INHALTSVERZEICHNIS ZUM EWR-ABKOMMEN
(460 der Beilagen)

BAND 1

I. HAUPTABKOMMEN

		Seite
PRÄAMBEL		
TEIL I	ZIELE UND GRUNDSÄTZE	8
TEIL II	FREIER WARENVERKEHR	
Kapitel 1	Grundsätze	10
Kapitel 2	Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fischereierzeugnisse	12
Kapitel 3	Zusammenarbeit in Zollsachen und Handelserleichterungen	12
Kapitel 4	Sonstige Regeln für den freien Warenverkehr	13
Kapitel 5	Kohle- und Stahlerzeugnisse	14
TEIL III	FREIZÜGIGKEIT, FREIER DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR	
Kapitel 1	Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige	15
Kapitel 2	Niederlassungsrecht	16
Kapitel 3	Dienstleistungen	17
Kapitel 4	Kapitalverkehr	18
Kapitel 5	Wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit	20
Kapitel 6	Verkehr	21
TEIL IV	WETTBEWERBS- UND SONSTIGE GEMEINSAME REGELN	
Kapitel 1	Vorschriften für Unternehmen	22
Kapitel 2	Staatliche Beihilfen	26
Kapitel 3	Sonstige gemeinsame Regeln	27
TEIL V	HORIZONTALE BESTIMMUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN VIER FREIHEITEN	
Kapitel 1	Sozialpolitik	28
Kapitel 2	Verbraucherschutz	29
Kapitel 3	Umwelt	29
Kapitel 4	Statistik	30
Kapitel 5	Gesellschaftsrecht	30
TEIL VI	ZUSAMMENARBEIT AUSSERHALB DER VIER FREIHEITEN	31
TEIL VII	INSTITUTIONELLE BESTIMMUNGEN	
Kapitel 1	Struktur der Assoziation	35
Kapitel 2	Beschlußfassungsverfahren	38
Kapitel 3	Homogenität, Überwachungsverfahren und Streitbeilegung	41
Kapitel 4	Schutzmaßnahmen	44
TEIL VIII	FINANZIERUNGSMECHANISMUS	46
TEIL IX	ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN	47

II. PROTOKOLLE

		Seite
Protokoll 1	über horizontale Anpassungen	54
Protokoll 2	über die nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgeschlossenen Waren	56
Protokoll 3	über Waren nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b des Abkommens	57
Protokoll 4	über die Ursprungsregeln	81
Protokoll 5	über Fiskalzölle (Schweiz/Liechtenstein)	301
Protokoll 6	über das Anlegen von Pflichtlagern durch die Schweiz und Liechtenstein	304
Protokoll 7	über mengenmäßige Beschränkungen, die Island beibehalten darf	305
Protokoll 8	über staatliche Monopole	306
Protokoll 9	über den Handel mit Fisch und anderen Meereserzeugnissen	307
Protokoll 10	über die Vereinfachung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr	318
Protokoll 11	über Amtshilfe in Zollsachen	325
Protokoll 12	über Vereinbarungen mit Drittländern über die Konformitätsbewertung	331
Protokoll 13	über die Nichtanwendung von Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen	332
Protokoll 14	über den Handel mit Kohle- und Stahlerzeugnissen	333
Protokoll 15	über Übergangszeiten für die Freizügigkeit (Schweiz und Liechtenstein)	335
Protokoll 16	über Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit in bezug auf Übergangszeiten für die Freizügigkeit (Schweiz und Liechtenstein)	339
Protokoll 17	betreffend Artikel 34	341
Protokoll 18	über interne Verfahren zur Durchführung von Artikel 43	342
Protokoll 19	über den Seeverkehr	343
Protokoll 20	über den Zugang zu Binnenwasserstraßen	345
Protokoll 21	über die Durchführung der Wettbewerbsregeln für Unternehmen	346
Protokoll 22	über die Definition der Begriffe „Unternehmen“ und „Umsatz“ (Artikel 56)	357
Protokoll 23	über die Zusammenarbeit zwischen den Überwachungsorganen (Artikel 58)	360
Protokoll 24	über die Zusammenarbeit im Bereich der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen	368
Protokoll 25	über den Wettbewerb bei Kohle und Stahl	377
Protokoll 26	über die Befugnisse und Aufgaben der EFTA-Überwachungsbehörde im Bereich der staatlichen Beihilfen	382
Protokoll 27	über die Zusammenarbeit im Bereich der staatlichen Beihilfen	383
Protokoll 28	über geistiges Eigentum	384
Protokoll 29	über die berufliche Bildung	389
Protokoll 30	mit besonderen Bestimmungen für die Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik	390
Protokoll 31	über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten	392
Protokoll 32	über Finanzbestimmungen zur Anwendung von Artikel 82	401
Protokoll 33	über das Schiedsverfahren	407
Protokoll 34	zur Möglichkeit für Gerichte und Gerichtshöfe der EFTA-Staaten, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um Entscheidung über die Auslegung von EWR-Bestimmungen zu ersuchen, die EG-Bestimmungen entsprechen	408
Protokoll 35	zur Durchführung der EWR-Bestimmungen	409
Protokoll 36	über die Satzung des Gemeins. Parlamentarischen EWR-Ausschusses	410
Protokoll 37	mit der Liste gemäß Artikel 101	412
Protokoll 38	über den Finanzierungsmechanismus	413
Protokoll 39	über die ECU	416
Protokoll 40	über Svalbard	417

Seite

Protokoll 41 über bestehende Abkommen ... 418
Protokoll 42 zu bilateralen Vereinbarungen betreffend besondere landwirtschaftliche Erzeugnisse ... 419
Protokoll 43 über das Abkommen zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße ... 420
Protokoll 44 über das Abkommen zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene ... 421
Protokoll 45 über Übergangszeiten betreffend Spanien und Portugal ... 422
Protokoll 46 über die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Fischerei ... 423
Protokoll 47 über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein ... 424
Protokoll 48 betreffend die Artikel 105 und 111 ... 434
Protokoll 49 über Ceuta und Melilla ... 434

III. ANHÄNGE

Anhang I Tiergesundheit und Pflanzenschutz ... 435
Anhang II Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung ... 518

BAND 2

Seite

Anhang III Produkthaftung ... 641
Anhang IV Energie ... 643
Anhang V Freizügigkeit der Arbeitnehmer ... 648
Anhang VI Soziale Sicherheit ... 651
Anhang VII Gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen ... 724
Anhang VIII Niederlassungsrecht ... 777
Anhang IX Finanzdienstleistungen ... 781
Anhang X Audiovisuelle Dienste ... 798
Anhang XI Telekommunikationsdienste ... 799
Anhang XII Freier Kapitalverkehr ... 802
Anhang XIII Verkehr ... 804
Anhang XIV Wettbewerb ... 833
Anhang XV Staatliche Beihilfen ... 854
Anhang XVI Öffentliches Auftragswesen ... 859
Anhang XVII Geistiges Eigentum ... 898
Anhang XVIII Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht sowie Gleichbehandlung von Männern und Frauen ... 901
Anhang XIX Verbraucherschutz ... 911
Anhang XX Umweltschutz ... 914
Anhang XXI Statistik ... 927
Anhang XXII Gesellschaftsrecht ... 951

IV. SCHLUSSAKTE ... 965

V. GEMEINSAME ERKLÄRUNGEN DER VERTRAGSPARTEIEN

1. Gemeinsame Erklärung über die Erstellung gemeinsamer Berichte nach Nummer 5 des Protokolls 1 über horizontale Anpassungen ... 977
2. Gemeinsame Erklärung zu Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen von Wein und Spirituosen ... 978
3. Gemeinsame Erklärung zu einer Übergangszeit für die Erteilung und Ausstellung von Dokumenten über den Ursprungsnachweis ... 979

Seite

4. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 10 und Artikel 14 Absatz 1 des Protokolls 11 zum Abkommen ... 980
5. Gemeinsame Erklärung über elektromedizinische Geräte ... 981
6. Gemeinsame Erklärung betreffend Staatsangehörige der Republik Island, die Inhaber eines in einem Drittland erteilten Diploms als Facharzt, Fachzahnarzt, Tierarzt, Apotheker, praktischer Arzt oder Architekt sind ... 982
7. Gemeinsame Erklärung betreffend Staatsangehörige der Republik Island, die Inhaber eines in einem Drittland erteilten Hochschuldiploms sind, das eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließt ... 983
8. Gemeinsame Erklärung zum Güterkraftverkehr ... 984
9. Gemeinsame Erklärung über Wettbewerbsregeln ... 985
10. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe b des Abkommens ... 986
11. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c des Abkommens ... 987
12. Gemeinsame Erklärung über Beihilfen aus den EG-Strukturfonds oder anderen Finanzierungsinstrumenten ... 988
13. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 27 Buchstabe c des Abkommens ... 989
14. Gemeinsame Erklärung zum Schiffbau ... 990
15. Gemeinsame Erklärung über die anwendbaren Verfahren in Fällen, in denen die EFTA-Staaten gemäß Artikel 76 und Teil VI des Abkommens und der entsprechenden Protokolle uneingeschränkt an den EG-Ausschüssen teilnehmen 991
16. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit in kulturellen Angelegenheiten . 992
17. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern ... 993
18. Gemeinsame Erklärung über die Beteiligung von Sachverständigen der Gemeinschaft an der Arbeit von Ausschüssen der EFTA-Staaten oder von Ausschüssen, die von der EFTA-Überwachungsbehörde eingesetzt werden ... 994
19. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 103 des Abkommens ... 995
20. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 35 zum Abkommen ... 996
21. Gemeinsame Erklärung zum Finanzierungsmechanismus ... 997
22. Gemeinsame Erklärung zum Verhältnis zwischen dem EWR-Abkommen und bestehenden Abkommen ... 998
23. Gemeinsame Erklärung zur vereinbarten Auslegung von Artikel 4 Absätze 1 und 2 des Protokolls 9 über den Handel mit Fisch und anderen Meereserzeugnissen ... 999
24. Gemeinsame Erklärung zur Anwendung von Zollzugeständnissen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse ... 1000
25. Gemeinsame Erklärung zum Pflanzenschutz ... 1001
26. Gemeinsame Erklärung zur Amtshilfe der Aufsichtsbehörden in bezug auf Spirituosen ... 1002
27. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 47 über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein ... 1003
28. Gemeinsame Erklärung zur Änderung von Zollzugeständnissen und zu den Sonderregelungen für Spanien und Portugal ... 1004
29. Gemeinsame Erklärung zum Tierschutz ... 1005
30. Gemeinsame Erklärung zum Harmonisierten System ... 1006

VI. Der Schlußakte beigefügte gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben die nachstehenden Erklärungen angenommen, die dieser Schlußakte beigefügt sind:

1. Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten über die Erleichterung der Grenzkontrollen ... 1008
2. Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten über den politischen Dialog ... 1009

Seite

VII. Erklärungen einer oder mehrerer Vertragsparteien

1. Erklärung der Regierungen Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens zu Alkoholmonopolen ... 1011
2. Erklärung der Regierungen Liechtensteins und der Schweiz zu Alkoholmonopolen 1012
3. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Amtshilfe in Zollsachen ... 1013
4. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zum freien Verkehr leichter Nutzfahrzeuge ... 1014
5. Erklärung der Regierung Liechtensteins zur Produkthaftung ... 1015
6. Erklärung der Regierung Liechtensteins zur besonderen Lage des Landes ... 1016
7. Erklärung der Regierung Österreichs zu Schutzmaßnahmen ... 1017
8. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft ... 1018
9. Erklärung der Regierung Islands zur Anwendung von Schutzmaßnahmen nach dem Abkommen ... 1019
10. Erklärung der Regierung der Schweiz zu Schutzmaßnahmen ... 1020
11. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft ... 1021
12. Erklärung der Regierung der Schweiz zur Einführung von Nachdiplom-Studiengängen für Architektur an den Höheren Technischen Lehranstalten ... 1022
13. Erklärung der Regierungen Österreichs und der Schweiz über audiovisuelle Dienste ... 1023
14. Erklärung der Regierungen Liechtensteins und der Schweiz zur Amtshilfe ... 1024
15. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft ... 1025
16. Erklärung der Regierung der Schweiz zur Anwendung der Schutzklausel im Kapitalverkehr ... 1026
17. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft ... 1027
18. Erklärung der Regierung Norwegens zur unmittelbaren Vollstreckbarkeit von Entscheidungen der EG-Organe, durch die in Norwegen ansässigen Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden ... 1028
19. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur unmittelbaren Vollstreckbarkeit von Entscheidungen der EG-Organe, durch die in Norwegen ansässigen Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden ... 1029
20. Erklärung der Regierung Österreichs zur Vollstreckung von Entscheidungen der EG-Organe bezüglich finanzieller Verpflichtungen im Hoheitsgebiet Österreichs ... 1030
21. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft ... 1031
22. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zum Schiffbau ... 1032
23. Erklärung der Regierung Irlands zu Protokoll 28 über geistiges Eigentum — Internationale Übereinkommen ... 1033
24. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zur Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer ... 1034
25. Erklärung der Regierung Österreichs zur Umsetzung des Artikels 5 der Richtlinie 76/207/EWG hinsichtlich der Nachtarbeit ... 1035
26. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft ... 1036
27. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu den Rechten der EFTA-Staaten vor dem EG-Gerichtshof ... 1037
28. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu den Rechten von Anwälten aus den EFTA-Staaten nach dem Gemeinschaftsrecht ... 1038
29. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Beteiligung von Sachverständigen der EFTA-Staaten an für den EWR relevanten EG-Ausschüssen gemäß Artikel 100 des Abkommens ... 1039
30. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu Artikel 103 des Abkommens ... 1040
31. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zu Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens ... 1041
32. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zum Transitverkehr im Fischereisektor 1042
33. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und der Regierungen Finnlands, Liechtensteins, Österreichs, Schwedens und der Schweiz zu Walerzeugnissen ... 1043

Seite

34. Erklärung der Regierung der Schweiz über Fiskalzölle ... 1044
35. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu bilateralen Abkommen ... 1045
36. Erklärung der Regierung der Schweiz zum Abkommen zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene ... 1046
37. Erklärung der Regierung Österreichs zu dem Abkommen zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße ... 1047
38. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zum Finanzierungsmechanismus der EFTA ... 1048
39. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zu einem Gericht erster Instanz ... 1049

VIII. Vereinbarung über die Veröffentlichung der Informationen, die für den EWR von Bedeutung sind ... 1050

IX. Vereinbarung über die Veröffentlichung von EFTA-Bekanntmachungen betreffend das Auftragswesen ... 1059

X. Vereinbarte Niederschrift der Verhandlungen ... 1065

XI. Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über bestimmte die Landwirtschaft betreffende Vereinbarungen ... 1071

BAND 3

ERLÄUTERUNGEN ZUM EWR-ABKOMMEN

1. Allgemeiner Teil Seite

1.1. Entstehungsgeschichte des Abkommens ... 1095
1.2. Ziele des Abkommens ... 1098
1.3. Aufbau des Abkommens ... 1099
1.4. Der institutionelle Rahmen ... 1100
1.5. Die Rechtssetzung im EWR ... 1101
1.6. Die Einheitlichkeit in der Auslegung des Abkommens ... 1102
1.7. Außenhandelspolitische Gesichtspunkte ... 1102
1.8. Rechtliche Gesichtspunkte ... 1103
1.9. Finanzielle Auswirkungen ... 1109

2. Besonderer Teil

2.1. Teil I: Ziele und Grundsätze (Art. 1 bis 7) ... 1111
2.2. Teil II: Der Freie Warenverkehr (Art. 8 bis 27) ... 1116
2.2.1. Grundsätze ... 1117
2.2.2. Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fischereierzeugnisse ... 1126
2.2.3. Die Zusammenarbeit im Zollbereich und die Förderung des Handels ... 1129
2.2.4. Sonstige Regelungen für den freien Warenverkehr ... 1131
2.2.5. Kohle und Stahl ... 1144
2.3. Teil III: Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (Art. 28 bis 52) ... 1147
2.3.1. Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige ... 1149
2.3.2. Niederlassungsrecht ... 1152
2.3.3. Dienstleistungen ... 1160

Seite

2.3.4. Kapitalverkehr ... 1162
2.3.5. Wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit ... 1163
2.3.6. Verkehr ... 1163
2.4. Teil IV: Wettbewerbs- und sonstige gemeinsame Regeln (Art. 53 bis 65) ... 1169
2.4.1. Vorschriften für Unternehmen ... 1169
2.4.2. Staatliche Beihilfen ... 1171
2.4.3. Sonstige gemeinsame Regeln ... 1173
2.5. Teil V: Horizontale Bestimmungen im Zusammenhang mit den vier Freiheiten (Art. 66 bis 77) ... 1177
2.5.1. Sozialpolitik ... 1177
2.5.2. Verbraucherschutz ... 1182
2.5.3. Umwelt ... 1182
2.5.4. Statistik ... 1185
2.5.5. Gesellschaftsrecht ... 1185
2.6. Teil VI: Zusammenarbeit außerhalb des Bereichs der vier Freiheiten (Art. 78 bis 88) ... 1187
2.7. Teil VII: Bestimmungen über die Organe (Art. 89 bis 114) ... 1194
2.7.1. Struktur der Assoziation ... 1194
2.7.1.1. EWR-Rat ... 1194
2.7.1.2. Geimeinsamer EWR-Ausschuß ... 1194
2.7.1.3. Parlamentarische Zusammenarbeit ... 1195
2.7.1.4. Zusammenarbeit zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern ... 1196
2.7.2. Beschlußfassungsverfahren ... 1196
2.7.3. Homogenität, Überwachungsverfahren und Streitbeilegung ... 1200
2.7.3.1. Homogenität ... 1200
2.7.3.2. Überwachungsverfahren ... 1201
2.7.3.3. Streitbeilegung ... 1202
2.7.4. Schutzmaßnahmen ... 1203
2.8. Teil VIII: Finanzierungsmechanismus (Art. 115 bis 117) ... 1204
2.9. Teil IX: Allgemeine und Schlußbestimmungen (Art. 118 bis 129) ... 1205
2.10. Erläuternde Verweise auf Protokolle und Anhänge; diverse Briefwechsel erläuternden Charakters ... 1209

3. Bilaterale Agrarabkommen: Erläuternde Bemerkungen ... 1233
3.1. Allgemeiner Teil ... 1233
3.2. Besonderer Teil ... 1234

4. Beilage: Legistische Richtlinie des Bundeskanzleramtes —Verfassungsdienst ... 1237

460 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen)

sowie

Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der EWG und der Republik Österreich über bestimmte die Landwirtschaft betreffende Vereinbarungen

Band 1

460 der Beilagen

ABKOMMEN ÜBER DEN

EUROPÄISCHEN

WIRTSCHAFTSRAUM

INHALTSVERZEICHNIS

I. HAUPTABKOMMEN

PRÄAMBEL

TEIL I ZIELE UND GRUNDSÄTZE

TEIL II FREIER WARENVERKEHR

Kapitel 1 Grundsätze
Kapitel 2 Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fischereierzeugnisse
Kapitel 3 Zusammenarbeit in Zollsachen und Handelserleichterungen
Kapitel 4 Sonstige Regeln für den freien Warenverkehr
Kapitel 5 Kohle- und Stahlerzeugnisse

TEIL III FREIZÜGIGKEIT, FREIER DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

Kapitel 1 Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige
Kapitel 2 Niederlassungsrecht
Kapitel 3 Dienstleistungen
Kapitel 4 Kapitalverkehr
Kapitel 5 Wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit
Kapitel 6 Verkehr

TEIL IV WETTBEWERBS- UND SONSTIGE GEMEINSAME REGELN

Kapitel 1 Vorschriften für Unternehmen
Kapitel 2 Staatliche Beihilfen
Kapitel 3 Sonstige gemeinsame Regeln

TEIL V HORIZONTALE BESTIMMUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN VIER FREIHEITEN

Kapitel 1 Sozialpolitik
Kapitel 2 Verbraucherschutz
Kapitel 3 Umwelt
Kapitel 4 Statistik
Kapitel 5 Gesellschaftsrecht

TEIL VI ZUSAMMENARBEIT AUSSERHALB DER VIER FREIHEITEN

TEIL VII INSTITUTIONELLE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1 Struktur der Assoziation
Kapitel 2 Beschlußfassungsverfahren
Kapitel 3 Homogenität, Überwachungsverfahren und Streitbeilegung
Kapitel 4 Schutzmaßnahmen

TEIL VIII FINANZIERUNGSMECHANISMUS

TEIL IX ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

II. PROTOKOLLE

Protokoll 1	über horizontale Anpassungen,
Protokoll 2	über die nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgeschlossenen Waren
Protokoll 3	über Waren nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b des Abkommens
Protokoll 4	über die Ursprungsregeln
Protokoll 5	über Fiskalzölle (Schweiz/Liechtenstein)
Protokoll 6	über das Anlegen von Pflichtlagern durch die Schweiz und Liechtenstein
Protokoll 7	über mengenmäßige Beschränkungen, die Island beibehalten darf
Protokoll 8	über staatliche Monopole
Protokoll 9	über den Handel mit Fisch und anderen Meereserzeugnissen
Protokoll 10	über die Vereinfachung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr
Protokoll 11	über Amtshilfe in Zollsachen
Protokoll 12	über Vereinbarungen mit Drittländern über die Konformitätsbewertung
Protokoll 13	über die Nichtanwendung von Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen
Protokoll 14	über den Handel mit Kohle- und Stahlerzeugnissen
Protokoll 15	über Übergangszeiten für die Freizügigkeit (Schweiz und Liechtenstein)
Protokoll 16	über Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit in bezug auf Übergangszeiten für die Freizügigkeit (Schweiz und Liechtenstein)

Protokoll 17	betreffend Artikel 34
Protokoll 18	über interne Verfahren zur Durchführung von Artikel 43
Protokoll 19	über den Seeverkehr
Protokoll 20	über den Zugang zu Binnenwasserstraßen
Protokoll 21	über die Durchführung der Wettbewerbsregeln für Unternehmen
Protokoll 22	über die Definition der Begriffe "Unternehmen" und "Umsatz" (Artikel 56)
Protokoll 23	über die Zusammenarbeit zwischen den Überwachungsorganen (Artikel 58)
Protokoll 24	über die Zusammenarbeit im Bereich der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen
Protokoll 25	über den Wettbewerb bei Kohle und Stahl
Protokoll 26	über die Befugnisse und Aufgaben der EFTA-Überwachungsbehörde im Bereich der staatlichen Beihilfen
Protokoll 27	über die Zusammenarbeit im Bereich der staatlichen Beihilfen
Protokoll 28	über geistiges Eigentum
Protokoll 29	über die berufliche Bildung
Protokoll 30	mit besonderen Bestimmungen für die Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik
Protokoll 31	über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten
Protokoll 32	über Finanzbestimmungen zur Anwendung von Artikel 82
Protokoll 33	über das Schiedsverfahren
Protokoll 34	zur Möglichkeit für Gerichte und Gerichtshöfe der EFTA-Staaten, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um Entscheidung über die Auslegung von EWR-Bestimmungen zu ersuchen, die EG-Bestimmungen entsprechen

Protokoll 35	zur Durchführung der EWR-Bestimmungen
Protokoll 36	über die Satzung des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses
Protokoll 37	mit der Liste gemäß Artikel 101
Protokoll 38	über den Finanzierungsmechanismus
Protokoll 39	über die ECU
Protokoll 40	über Svalbard
Protokoll 41	über bestehende Abkommen
Protokoll 42	zu bilateralen Vereinbarungen betreffend besondere landwirtschaftliche Erzeugnisse
Protokoll 43	über das Abkommen zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße
Protokoll 44	über das Abkommen zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene
Protokoll 45	über Übergangszeiten betreffend Spanien und Portugal
Protokoll 46	über die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Fischerei
Protokoll 47	über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein
Protokoll 48	betreffend die Artikel 105 und 111
Protokoll 49	über Ceuta und Melilla

III. ANHÄNGE

Anhang I	Tiergesundheit und Pflanzenschutz
Anhang II	Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung
Anhang III	Produkthaftung
Anhang IV	Energie
Anhang V	Freizügigkeit der Arbeitnehmer
Anhang VI	Soziale Sicherheit

Anhang VII	Gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen
Anhang VIII	Niederlassungsrecht
Anhang IX	Finanzdienstleistungen
Anhang X	Audiovisuelle Dienste
Anhang XI	Telekommunikationsdienste
Anhang XII	Freier Kapitalverkehr
Anhang XIII	Verkehr
Anhang XIV	Wettbewerb
Anhang XV	Staatliche Beihilfen
Anhang XVI	Öffentliches Auftragswesen
Anhang XVII	Geistiges Eigentum
Anhang XVIII	Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht sowie Gleichbehandlung von Männern und Frauen
Anhang XIX	Verbraucherschutz
Anhang XX	Umweltschutz
Anhang XXI	Statistik
Anhang XXII	Gesellschaftsrecht

IV. SCHLUSSAKTE

V. GEMEINSAME ERKLÄRUNGEN DER VERTRAGSPARTEIEN

1. Gemeinsame Erklärung über die Erstellung gemeinsamer Berichte nach Nummer 5 des Protokolls 1 über horizontale Anpassungen

2. Gemeinsame Erklärung zu Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen von Wein und Spirituosen

3. Gemeinsame Erklärung zu einer Übergangszeit für die Erteilung und Ausstellung von Dokumenten über den Ursprungsnachweis

4. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 10 und Artikel 14 Absatz 1 des Protokolls 11 zum Abkommen

5. Gemeinsame Erklärung über elektromedizinische Geräte

6. Gemeinsame Erklärung betreffend Staatsangehörige der Republik Island, die Inhaber eines in einem Drittland erteilten Diploms als Facharzt, Fachzahnarzt, Tierarzt, Apotheker, praktischer Arzt oder Architekt sind

7. Gemeinsame Erklärung betreffend Staatsangehörige der Republik Island, die Inhaber eines in einem Drittland erteilten Hochschuldiploms sind, das eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließt

8. Gemeinsame Erklärung zum Güterkraftverkehr

9. Gemeinsame Erklärung über Wettbewerbsregeln

10. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe b des Abkommens

11. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c des Abkommens

12. Gemeinsame Erklärung über Beihilfen aus den EG-Strukturfonds oder anderen Finanzierungsinstrumenten

13. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 27 Buchstabe c des Abkommens

14. Gemeinsame Erklärung zum Schiffbau

15. Gemeinsame Erklärung über die anwendbaren Verfahren in Fällen, in denen die EFTA-Staaten gemäß Artikel 76 und Teil VI des Abkommens und der entsprechenden Protokollen uneingeschränkt an den EG-Ausschüssen teilnehmen

16. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit in kulturellen Angelegenheiten

17. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern

18. Gemeinsame Erklärung über die Beteiligung von Sachverständigen der Gemeinschaft an der Arbeit von Ausschüssen der EFTA-Staaten oder von Ausschüssen, die von der EFTA-Überwachungsbehörde eingesetzt werden

19. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 103 des Abkommens

20. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 35 zum Abkommen

21. Gemeinsame Erklärung zum Finanzierungsmechanismus

22. Gemeinsame Erklärung zum Verhältnis zwischen dem EWR-Abkommen und bestehenden Abkommen

23. Gemeinsame Erklärung zur vereinbarten Auslegung von Artikel 4 Absätze 1 und 2 des Protokolls 9 über den Handel mit Fisch und anderen Meereserzeugnissen

24. Gemeinsame Erklärung zur Anwendung von Zollzugeständnissen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse

25. Gemeinsame Erklärung zum Pflanzenschutz

26. Gemeinsame Erklärung zur Amtshilfe der Aufsichtsbehörden in bezug auf Spirituosen

27. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 47 über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein

28. Gemeinsame Erklärung zur Änderung von Zollzugeständnissen und zu den Sonderregelungen für Spanien und Portugal

29. Gemeinsame Erklärung zum Tierschutz

30. Gemeinsame Erklärung zum Harmonisierten System

VI. Der Schlußakte beigefügte gemeinsame Erklärungen der Vertragsparteien

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben die nachstehenden Erklärungen angenommen, die dieser Schlußakte beigefügt sind:

1. Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten über die Erleichterung der Grenzkontrollen;

2. Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten über den politischen Dialog

VII. Erklärungen einer oder mehrerer Vertragsparteien

1. Erklärung der Regierungen Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens zu Alkoholmonopolen

2. Erklärung der Regierungen Liechtensteins und der Schweiz zu Alkoholmonopolen

3. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Amtshilfe in Zollsachen

4. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zum freien Verkehr leichter Nutzfahrzeuge

5. Erklärung der Regierung Liechtensteins zur Produkthaftung

6. Erklärung der Regierung Liechtensteins zur besonderen Lage des Landes

7. Erklärung der Regierung Österreichs zu Schutzmaßnahmen

8. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

9. Erklärung der Regierung Islands zur Anwendung von Schutzmaßnahmen nach dem Abkommen

10. Erklärung der Regierung der Schweiz zu Schutzmaßnahmen

11. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

12. Erklärung der Regierung der Schweiz zur Einführung von Nachdiplom-Studiengängen für Architektur an den Höheren Technischen Lehranstalten

13. Erklärung der Regierungen Österreichs und der Schweiz über audiovisuelle Dienste

14. Erklärung der Regierungen Liechtensteins und der Schweiz zur Amtshilfe

15. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

16. Erklärung der Regierung der Schweiz zur Anwendung der Schutzklausel im Kapitalverkehr

17. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

18. Erklärung der Regierung Norwegens zur unmittelbaren Vollstreckbarkeit von Entscheidungen der EG-Organe, durch die in Norwegen ansässigen Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden

19. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur unmittelbaren Vollstreckbarkeit von Entscheidungen der EG-Organe, durch die in Norwegen ansässigen Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden

20. Erklärung der Regierung Österreichs zur Vollstreckung von Entscheidungen der EG-Organe bezüglich finanzieller Verpflichtungen im Hoheitsgebiet Österreichs

21. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

22. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zum Schiffbau

23. Erklärung der Regierung Irlands zu Protokoll 28 über geistiges Eigentum - Internationale Übereinkommen

24. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zur Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer

25. Erklärung der Regierung Österreichs zur Umsetzung des Artikels 5 der Richtlinie 76/207/EWG hinsichtlich der Nachtarbeit

26. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

27. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu den Rechten der EFTA-Staaten vor dem EG-Gerichtshof

28. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu den Rechten von Anwälten aus den EFTA-Staaten nach dem Gemeinschaftsrecht

29. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Beteiligung von Sachverständigen der EFTA-Staaten an für den EWR relevanten EG-Ausschüssen gemäß Artikel 100 des Abkommens

30. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu Artikel 103 des Abkommens

31. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zu Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens

32. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zum Transitverkehr im Fischereisektor

33. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und der Regierungen Finnlands, Liechtensteins, Österreichs, Schwedens und der Schweiz zu Walerzeugnissen

34. Erklärung der Regierung der Schweiz über Fiskalzölle

35. Erklärung der Europäischen Gemeinschaften zu bilateralen Abkommen

36. Erklärung der Regierung der Schweiz zum Abkommen zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene

37. Erklärung der Regierung Österreichs zu dem Abkommen zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße

38. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zum Finanzierungsmechanismus der EFTA

39. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zu einem Gericht erster Instanz

VIII. Vereinbarung über die Veröffentlichung der Informationen, die für den EWR von Bedeutung sind

IX. Vereinbarung über die Veröffentlichung von EFTA-Bekanntmachungen betreffend das Auftragswesen

X. Vereinbarte Niederschrift der Verhandlungen

XI. Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über bestimmte die Landwirtschaft betreffende Vereinbarungen

HAUPTABKOMMEN

ABKOMMEN ÜBER DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM

DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT,
DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL,
DAS KÖNIGREICH BELGIEN,
DAS KÖNIGREICH DÄNEMARK,
DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DIE GRIECHISCHE REPUBLIK,
DAS KÖNIGREICH SPANIEN,
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,
IRLAND,
DIE ITALIENISCHE REPUBLIK,
DAS GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG,
DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE,
DIE PORTUGIESISCHE REPUBLIK,
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

UND

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH,
DIE REPUBLIK FINNLAND,
DIE REPUBLIK ISLAND,
DAS FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN,
DAS KÖNIGREICH NORWEGEN,
DAS KÖNIGREICH SCHWEDEN,
DIE SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT,

nachstehend die VERTRAGSPARTEIEN genannt,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß ein Europäischer Wirtschaftsraum einen Beitrag zur Errichtung eines auf Frieden, Demokratie und Menschenrechte gegründeten Europas leisten wird,

UNTER ERNEUTER BESTÄTIGUNG der hohen Priorität, die sie den privilegierten Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, ihren Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten zuerkennen, welche auf Nachbarschaft, den traditionellen gemeinsamen Werten und der europäischen Identität beruhen.

IN DEM FESTEN WILLEN, auf der Grundlage der Marktwirtschaft zur Liberalisierung des Welthandels und zur weltweiten handelspolitischen Zusammenarbeit beizutragen, insbesondere im Einklang mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und dem Übereinkommen über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,

IN ANBETRACHT des Ziels, einen dynamischen und homogenen Europäischen Wirtschaftsraum zu errichten, der auf gemeinsamen Regeln und gleichen Wettbewerbsbedingungen beruht und in dem angemessene Mittel für deren Durchsetzung - und zwar auch auf

gerichtlicher Ebene - vorgesehen sind und der auf der Grundlage der Gleichheit und Gegenseitigkeit sowie eines Gesamtgleichgewichts der Vorteile, Rechte und Pflichten der Vertragsparteien verwirklicht wird,

IN DEM FESTEN WILLEN, für die weitestmögliche Verwirklichung der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs innerhalb des ganzen Europäischen Wirtschaftsraums sowie für eine verstärkte und erweiterte Zusammenarbeit bei den begleitenden und horizontalen Politiken zu sorgen,

IN DEM BESTREBEN, die harmonische Entwicklung des Europäischen Wirtschaftsraums zu fördern, und überzeugt von der Notwendigkeit, durch die Anwendung dieses Abkommens zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen regionalen Ungleichgewichte beizutragen,

IN DEM WUNSCH, zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Parlamente der EFTA-Staaten sowie zwischen den Sozialpartnern in der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Staaten beizutragen,

ÜBERZEUGT von der wichtigen Rolle, die der einzelne im Europäischen Wirtschaftsraum durch die Ausübung der ihm durch dieses Abkommen verliehenen Rechte und durch die gerichtliche Geltendmachung dieser Rechte spielen wird,

IN DEM FESTEN WILLEN, die Umwelt zu bewahren, zu schützen und ihre Qualität zu verbessern und die umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen auf der Grundlage insbesondere des Grundsatzes der umweltverträglichen Entwicklung sowie des Grundsatzes der Vorsorge und Vorbeugung zu gewährleisten,

IN DEM FESTEN WILLEN, bei der Weiterentwicklung von Vorschriften ein hohes Schutzniveau für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt zugrunde zu legen,

IN KENNTNIS der Bedeutung der Entwicklung der sozialen Dimension einschließlich der Gleichbehandlung von Mann und Frau im Europäischen Wirtschaftsraum und in dem Wunsch, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu gewährleisten und die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung, einen höheren Lebensstandard und verbesserte Arbeitsbedingungen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums zu fördern,

IN DEM FESTEN WILLEN, im Streben nach einem hohen Verbraucherschutzniveau die Interessen der Verbraucher zu fördern und ihre Marktposition zu stärken,

IN DEM VORSATZ, gemeinsam die wissenschaftliche und technologische Grundlage der europäischen Industrie zu stärken und deren Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene zu fördern,

IN DER ERWÄGUNG, daß der Abschluß dieses Abkommens in keiner Weise die Möglichkeit eines Beitritts eines jeden EFTA-Staates zu den Europäischen Gemeinschaften berührt,

IN ANBETRACHT des Zieles der Vertragsparteien, bei voller Wahrung der Unabhängigkeit der Gerichte eine einheitliche Auslegung und Anwendung dieses Abkommens und der gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen, die in ihrem wesentlichen Gehalt in dieses Abkommen übernommen werden, zu erreichen und beizubehalten und eine Gleichbehandlung der Einzelpersonen und Marktteilnehmer hinsichtlich der vier Freiheiten und der Wettbewerbsbedingungen zu erreichen.

IN ANBETRACHT der Tatsache, daß vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens und der durch das Völkerrecht gesetzten Grenzen dieses Abkommen weder die Autonomie der Beschlußfassung noch die Befugnis zum Vertragsschluß der Vertragsparteien beschränkt,

HABEN BESCHLOSSEN, folgendes Abkommen zu schließen:

TEIL I ZIELE UND GRUNDSÄTZE

Artikel 1

(1) Ziel dieses Assoziierungsabkommens ist es, eine beständige und ausgewogene Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien unter gleichen Wettbewerbsbedingungen und die Einhaltung gleicher Regeln zu fördern, um einen homogenen Europäischen Wirtschaftsraum, nachstehend EWR genannt, zu schaffen.

(2) Zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele umfaßt die Assoziation im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens:

a) den freien Warenverkehr,
b) die Freizügigkeit,
c) den freien Dienstleistungsverkehr,
d) den freien Kapitalverkehr,
e) die Einrichtung eines Systems, das den Wettbewerb vor Verfälschungen schützt und die Befolgung der diesbezüglichen Regeln für alle in gleicher Weise gewährleistet, sowie
f) eine engere Zusammenarbeit in anderen Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Umwelt, Bildungswesen und Sozialpolitik.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet

a) "Abkommen": das Hauptabkommen, die Protokolle und Anhänge dazu sowie die Rechtsakte, auf die darin verwiesen wird,
b) "EFTA-Staaten": die Vertragsparteien, die Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation sind,
c) "Vertragsparteien" im Falle der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten: die Gemeinschaft und die EG-Mitgliedstaaten oder die Gemeinschaft oder die EG-Mitgliedstaaten. Die jeweilige Bedeutung dieses Begriffs ist im Einzelfall abzuleiten aus den einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens und aus den Zuständigkeiten der Gemeinschaft bzw. der Mitgliedstaaten, wie sie sich aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ergeben.

Artikel 3

Die Vertragsparteien treffen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen, die sich aus diesem Abkommen ergeben.

Sie unterlassen alle Maßnahmen, welche die Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens gefährden könnten.

Sie fördern außerdem die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens.

Artikel 4

Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Abkommens ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.

Artikel 5

Die Vertragsparteien können nach Maßgabe des Artikels 92 Absatz 2 beziehungsweise des Artikels 89 Absatz 2 jederzeit ein Anliegen im Gemeinsamen EWR-Ausschuß oder im EWR-Rat zur Sprache bringen.

Artikel 6

Unbeschadet der künftigen Entwicklungen der Rechtsprechung werden die Bestimmungen dieses Abkommens, soweit sie mit den entsprechenden Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der aufgrund dieser beiden Verträge erlassenen Rechtsakte in ihrem wesentlichen Gehalt identisch sind, bei ihrer Durchführung und Anwendung im Einklang mit den einschlägigen Entscheidungen ausgelegt, die der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens erlassen hat.

Artikel 7

Rechtsakte, auf die in den Anhängen zu diesem Abkommen oder in den Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Bezug genommen wird oder die darin enthalten sind, sind für die Vertragsparteien verbindlich und Teil des innerstaatlichen Rechts oder in innerstaatliches Recht umzusetzen, und zwar wie folgt:

a) Ein Rechtsakt, der einer EWG-Verordnung entspricht, wird als solcher in das innerstaatliche Recht der Vertragsparteien übernommen.

b) Ein Rechtsakt, der einer EWG-Richtlinie entspricht, überläßt den Behörden der Vertragsparteien die Wahl der Form und der Mittel zu ihrer Durchführung.

TEIL II FREIER WARENVERKEHR

KAPITEL 1 GRUNDSÄTZE

Artikel 8

(1) Der freie Warenverkehr zwischen den Vertragsparteien wird nach Maßgabe dieses Abkommens verwirklicht.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Artikel 10 bis 15, 19, 20, 25, 26 und 27 nur für Ursprungswaren der Vertragsparteien.

(3) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens lediglich für

a) Waren, die unter die Kapitel 25 bis 97 des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Kodierung der Waren fallen, mit Ausnahme der in Protokoll 2 aufgeführten Waren;

b) Waren, die in Protokoll 3 aufgeführt sind, vorbehaltlich der dort getroffenen Sonderregelungen.

Artikel 9

(1) Die Ursprungsregeln sind in Protokoll 4 niedergelegt. Sie gelten unbeschadet der internationalen Verpflichtungen, die die Vertragsparteien im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens eingegangen sind oder eingehen werden.

(2) Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der in diesem Abkommen erzielten Ergebnisse werden die Vertragsparteien ihre Bemühungen fortsetzen, um die Ursprungsregeln in allen Aspekten weiter zu verbessern und zu vereinfachen und die Zusammenarbeit in Zollfragen zu vertiefen.

(3) Eine Überprüfung wird erstmals vor Ende 1993 vorgenommen. Danach werden alle zwei Jahre weitere Überprüfungen vorgenommen. Die Vertragsparteien verpflichten sich, auf der Grundlage dieser Überprüfungen über die Einbeziehung geeigneter Maßnahmen in das Abkommen zu beschließen.

Artikel 10

Ein- und Ausfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung zwischen den Vertragsparteien sind verboten. Unbeschadet der Regelungen des Protokolls 5 gilt dieses Verbot auch für Fiskalzölle.

Artikel 11

Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Vertragsparteien sind verboten.

Artikel 12

Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung zwischen den Vertragsparteien sind verboten.

Artikel 13

Die Bestimmungen der Artikel 11 und 12 stehen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutze der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind. Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels zwischen den Vertragsparteien darstellen.

Artikel 14

Die Vertragsparteien erheben auf Waren aus anderen Vertragsparteien weder unmittelbar noch mittelbar höhere inländische Abgaben gleich welcher Art, als gleichartige inländische Waren unmittelbar oder mittelbar zu tragen haben.

Die Vertragsparteien erheben auf Waren der anderen Vertragsparteien keine inländischen Abgaben, die geeignet sind, andere Produktionen mittelbar zu schützen.

Artikel 15

Werden Waren in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ausgeführt, so darf die Rückvergütung für inländische Abgaben nicht höher sein als die auf die ausgeführten Waren mittelbar oder unmittelbar erhobenen inländischen Abgaben.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien tragen dafür Sorge, daß ihre staatlichen Handelsmonopole so umgeformt werden, daß jede Diskriminierung in den Versorgungs- und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten ausgeschlossen ist.

(2) Dieser Artikel gilt für alle Einrichtungen, durch die die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unmittelbar oder mittelbar die Einfuhr oder die Ausfuhr zwischen den Vertragsparteien rechtlich oder tatsächlich kontrollieren, lenken oder merklich beeinflussen. Er gilt auch für die von einem Staat auf andere Rechtsträger übertragenen Monopole.

KAPITEL 2 LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGNISSE UND FISCHEREIERZEUGNISSE

Artikel 17

Die besonderen Bestimmungen und besonderen Regelungen für das Veterinärwesen und den Pflanzenschutz sind in Anhang I enthalten.

Artikel 18

Unbeschadet der besonderen Regelungen für den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen tragen die Vertragsparteien dafür Sorge, daß die Regelungen nach Artikel 17 und Artikel 23 Buchstaben a und b, sofern sie für andere Waren gelten als die in Artikel 8 Absatz 3 genannten, nicht durch andere technische Handelshemmnisse beeinträchtigt werden. Artikel 13 findet Anwendung.

Artikel 19

(1) Die Vertragsparteien untersuchen alle Schwierigkeiten, die sich im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen ergeben könnten, und bemühen sich um geeignete Lösungen.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, ihre Bemühungen um eine schrittweise Liberalisierung des Agrarhandels fortzusetzen.

(3) Zu diesem Zweck nehmen die Vertragsparteien vor Ende 1993 und danach alle zwei Jahre eine Überprüfung der Bedingungen im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor.

(4) Im Lichte der Ergebnisse dieser Überprüfungen im Rahmen ihrer jeweiligen Agrarpolitik und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Uruguay-Runde beschließen die Vertragsparteien im Rahmen dieses Abkommens auf präferentieller, bilateraler oder multilateraler Grundlage und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Nutzens über einen weiteren Abbau der Handelshemmnisse aller Art im Agrarsektor, einschließlich der Hemmnisse, die sich aus staatlichen Handelsmonopolen im Agrarbereich ergeben.

Artikel 20

Die Bestimmungen und Regelungen über Fisch und andere Meereserzeugnisse sind in Protokoll 9 niedergelegt.

KAPITEL 3 ZUSAMMENARBEIT IN ZOLLSACHEN UND HANDELSERLEICHTERUNGEN

Artikel 21

(1) Zur Erleichterung des Handels zwischen Vertragsparteien vereinfachen diese die Kontrollen und Formalitäten an den Grenzen. Die entsprechenden Regelungen sind in Protokoll 10 niedergelegt.

(2) Die Vertragsparteien leisten einander Amtshilfe in Zollsachen, um die ordnungsgemäße Anwendung der Zollvorschriften sicherzustellen. Die entsprechenden Regelungen sind in Protokoll 11 niedergelegt.

(3) Die Vertragsparteien verstärken und erweitern die Zusammenarbeit zur Vereinfachung der Verfahren im Warenverkehr, insbesondere im Rahmen von Gemeinschaftsprogrammen, -projekten und -aktionen zur Handelserleichterung nach Maßgabe der Regeln des Teils VI.

(4) Dieser Artikel gilt unbeschadet des Artikels 8 Absatz 3 für alle Waren.

Artikel 22

Eine Vertragspartei, die beabsichtigt, ihre tatsächlich angewandten Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung gegenüber Drittländern, denen die Meistbegünstigungsklausel zugutekommt, zu senken oder ihre Anwendung auszusetzen, notifiziert - sofern dies möglich ist - diese Senkung oder Aussetzung dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß spätestens 30 Tage vor ihrem Inkrafttreten. Die betreffende Vertragspartei nimmt von Darlegungen der anderen Vertragsparteien über Verzerrungen Kenntnis, die sich aus dieser Senkung oder Aussetzung ergeben könnten.

KAPITEL 4 SONSTIGE REGELN FÜR DEN FREIEN WARENVERKEHR

Artikel 23

Besondere Bestimmungen und besondere Regelungen sind festgelegt in

a) Protokoll 12 und Anhang II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung);

b) Protokoll 47 (Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein);

c) Anhang III (Produkthaftung).

Sie gelten, soweit nichts anderes bestimmt ist, für alle Waren.

Artikel 24

Besondere Bestimmungen und besondere Regelungen für den Energiebereich sind in Anhang IV enthalten.

Artikel 25

Führt die Beachtung der Artikel 10 und 12

a) zu einer Wiederausfuhr in ein Drittland, dem gegenüber die ausführende Vertragspartei für die betreffende Ware mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen, Ausfuhrzölle oder Maßnahmen oder Abgaben gleicher Wirkung aufrechterhält, oder

b) zu einer schwerwiegenden Verknappung oder der Gefahr einer schwerwiegenden Verknappung bei einer für die ausführende Vertragspartei wesentlichen Ware,

und ergeben sich aus den angeführten Sachverhalten tatsächlich oder voraussichtlich für die ausführende Vertragspartei erhebliche Schwierigkeiten, so kann diese Vertragspartei nach dem Verfahren des Artikels 113 geeignete Maßnahmen treffen.

Artikel 26

Soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, werden im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien Antidumpingmaßnahmen, Ausgleichszölle und Maßnahmen zum Schutz gegen unlautere Handelspraktiken von Drittländern nicht angewendet.

KAPITEL 5 KOHLE- UND STAHLERZEUGNISSE

Artikel 27

Die Bestimmungen und Regelungen für Kohle- und Stahlerzeugnisse sind in den Protokollen 14 und 25 niedergelegt.

TEIL III FREIZÜGIGKEIT, FREIER DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

KAPITEL 1 ARBEITNEHMER UND SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE

Artikel 28

(1) Zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten wird die Freizügigkeit der Arbeitnehmer hergestellt.

(2) Sie umfaßt die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten in bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen.

(3) Sie gibt - vorbehaltlich der aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit gerechtfertigten Beschränkungen - den Arbeitnehmern das Recht,

a) sich um tatsächlich angebotene Stellen zu bewerben;

b) sich zu diesem Zweck im Hoheitsgebiet der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten frei zu bewegen;

c) sich im Hoheitsgebiet eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates aufzuhalten, um dort nach den für die Arbeitnehmer dieses Staates geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften eine Beschäftigung auszuüben;

d) nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates zu verbleiben.

(4) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

(5) Die besonderen Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sind in Anhang V enthalten.

Artikel 29

Zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der selbständig Erwerbstätigen stellen die Vertragsparteien auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit gemäß Anhang VI für Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige sowie deren Familienangehörige insbesondere folgendes sicher:

a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs sowie für die Berechnung der Leistungen;

b) die Zahlung der Leistungen an Personen, die in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien wohnen.

Artikel 30

Um Arbeitnehmern und selbständig Erwerbstätigen die Aufnahme und Ausübung von Erwerbstätigkeiten zu erleichtern, treffen die Vertragsparteien die erforderlichen Maßnahmen nach Anhang VII zur gegenseitigen Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen sowie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Vertragsparteien über die Aufnahme und Ausübung von Erwerbstätigkeiten durch Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige.

KAPITEL 2 NIEDERLASSUNGSRECHT

Artikel 31

(1) Im Rahmen dieses Abkommens unterliegt die freie Niederlassung von Staatsangehörigen eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates im Hoheitsgebiet eines dieser Staaten keinen Beschränkungen. Das gilt gleichermaßen für die Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates, die im Hoheitsgebiet eines dieser Staaten ansässig sind.

Vorbehaltlich des Kapitels 4 umfaßt die Niederlassungsfreiheit die Aufnahme und Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des Artikels 34 Absatz 2, nach den Bestimmungen des Aufnahmestaats für seine eigenen Angehörigen.

(2) Die besonderen Bestimmungen über das Niederlassungsrecht sind in den Anhängen VIII bis XI enthalten.

Artikel 32

Auf Tätigkeiten, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei dauernd oder zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, findet dieses Kapitel im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei keine Anwendung.

Artikel 33

Dieses Kapitel und die aufgrund desselben getroffenen Maßnahmen beeinträchtigen nicht die Anwendbarkeit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die eine besondere Regelung für Ausländer vorsehen und aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

Artikel 34

Für die Anwendung dieses Kapitels stehen die nach den Rechtsvorschriften eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien haben, den natürlichen Personen gleich, die Angehörige der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten sind.

Als Gesellschaften gelten die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

Artikel 35

Auf das in diesem Kapitel geregelte Sachgebiet findet Artikel 30 Anwendung.

KAPITEL 3 DIENSTLEISTUNGEN

Artikel 36

(1) Im Rahmen dieses Abkommens unterliegt der freie Dienstleistungsverkehr im Gebiet der Vertragsparteien für Angehörige der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten, die in einem anderen EG-Mitgliedstaat beziehungsweise einem anderen EFTA-Staat als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, keinen Beschränkungen.

(2) Die besonderen Bestimmungen über den freien Dienstleistungsverkehr sind in den Anhängen IX bis XI enthalten.

Artikel 37

Dienstleistungen im Sinne dieses Abkommens sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit unterliegen.

Als Dienstleistungen gelten insbesondere:

a) gewerbliche Tätigkeiten,
b) kaufmännische Tätigkeiten,
c) handwerkliche Tätigkeiten,
d) freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet des Kapitels 2 kann der Leistende zwecks Erbringung seiner Leistungen seine Tätigkeit vorübergehend in dem Staat ausüben, in dem die Leistung erbracht wird, und zwar unter den Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

Artikel 38

Für den freien Dienstleistungsverkehr auf dem Gebiet des Verkehrs gelten die Bestimmungen des Kapitels 6.

Artikel 39

Auf das in diesem Kapitel geregelte Sachgebiet finden die Artikel 30, 32, 33 und 34 Anwendung.

KAPITEL 4 KAPITALVERKEHR

Artikel 40

Im Rahmen dieses Abkommens unterliegt der Kapitalverkehr in bezug auf Berechtigte, die in den EG-Mitgliedstaaten oder den EFTA-Staaten ansässig sind, keinen Beschränkungen und keiner Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnortes der Parteien oder des Anlageortes. Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel sind in Anhang XII enthalten.

Artikel 41

Die laufenden Zahlungen, die mit dem Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Vertragsparteien im Rahmen dieses Abkommens zusammenhängen, unterliegen keinen Beschränkungen.

Artikel 42

(1) Bei der Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften für den Kapitalmarkt und das Kreditwesen auf die nach diesem Abkommen liberalisierten Kapitalbewegungen sehen die Vertragsparteien von Diskriminierungen ab.

(2) Anleihen zur mittelbaren oder unmittelbaren Finanzierung eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates oder seiner Gebietskörperschaften dürfen in einem anderen EG-Mitgliedstaat oder einem anderen EFTA-Staat nur aufgelegt oder untergebracht werden, wenn sich die beteiligten Staaten darüber geeinigt haben.

Artikel 43

(1) Benutzen in einem EG-Mitgliedstaat oder einem EFTA-Staat ansässige Personen wegen Unterschieden zwischen den Devisenvorschriften der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten die in Artikel 40 vorgesehenen Transfererleichterungen im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, um die für den Kapitalverkehr mit Drittländern geltenden Vorschriften eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates zu umgehen, so kann die betreffende Vertragspartei geeignete Maßnahmen zur Behebung dieser Schwierigkeiten treffen.

(2) Haben Kapitalbewegungen Störungen im Funktionieren des Kapitalmarkts eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates zur Folge, so kann die betreffende Vertragspartei Schutzmaßnahmen auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs treffen.

(3) Nehmen die zuständigen Behörden einer Vertragspartei eine Änderung des Wechselkurses vor, die die Wettbewerbsbedingungen schwerwiegend verfälscht, so können die anderen Vertragsparteien für eine genau begrenzte Frist die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den Folgen dieses Vorgehens zu begegnen.

(4) Ist ein EG-Mitgliedstaat oder ein EFTA-Staat hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz von Schwierigkeiten betroffen oder ernstlich bedroht, die sich entweder aus einem Ungleichgewicht seiner Gesamtzahlungsbilanz oder aus der Art der ihm zur Verfügung stehenden Devisen ergeben, und sind diese Schwierigkeiten geeignet, insbesondere das Funktionieren dieses Abkommens zu gefährden, so kann die betreffende Vertragspartei Schutzmaßnahmen treffen.

Artikel 44

Zur Durchführung des Artikels 43 wenden sowohl die Gemeinschaft als auch die EFTA-Staaten gemäß dem Protokoll 18 ihre internen Verfahren an.

Artikel 45

(1) Entscheidungen, Stellungnahmen und Empfehlungen, die sich auf die in Artikel 43 aufgeführten Maßnahmen beziehen, werden dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß mitgeteilt.

(2) Alle Maßnahmen sind Gegenstand vorheriger Konsultationen und eines vorherigen Informationsaustauschs im Gemeinsamen EWR-Ausschuß.

(3) In Fällen nach Artikel 43 Absatz 2 kann eine Vertragspartei jedoch aus Gründen der Geheimhaltung und Dringlichkeit die sich als notwendig erweisenden Maßnahmen treffen, ohne daß zuvor Konsultationen und ein Informationsaustausch stattgefunden haben.

(4) Tritt plötzlich eine Zahlungsbilanzkrise im Sinne von Artikel 43 Absatz 4 ein und können die in Absatz 2 genannten Verfahren nicht angewendet werden, so kann die betreffende Vertragspartei vorsorglich die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen. Sie dürfen nur ein Mindestmaß an Störungen im Funktionieren dieses Abkommens hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

(5) Werden Maßnahmen nach den Absätzen 3 und 4 getroffen, so sind sie spätestens zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mitzuteilen; der Informationsaustausch und die Konsultationen sowie die Mitteilungen nach Absatz 1 erfolgen danach so bald wie möglich.

KAPITEL 5 WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITISCHE ZUSAMMENARBEIT

Artikel 46

Die Vertragsparteien führen einen Meinungs- und Informationsaustausch über die Durchführung dieses Abkommens und die Auswirkungen der Integration auf die Wirtschaftstätigkeiten und die Wirtschafts- und Währungspolitik. Sie können ferner makroökonomische Gegebenheiten, Politiken und Aussichten erörtern. Dieser Meinungs- und Informationsaustausch ist unverbindlich.

KAPITEL 6 VERKEHR

Artikel 47

(1) Die Artikel 48 bis 52 gelten für die Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr.

(2) Die besonderen Bestimmungen für sämtliche Verkehrsträger sind in Anhang XIII enthalten.

Artikel 48

(1) Die Bestimmungen eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates für den Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr, die nicht unter Anhang XIII fallen, dürfen in ihren unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrsunternehmer anderer Staaten im Vergleich zu den inländischen Verkehrsunternehmern nicht ungünstiger sein.

(2) Eine Vertragspartei, die von dem Grundsatz in Absatz 1 abweicht, teilt dies dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß mit. Die anderen Vertragsparteien, die diese Abweichung nicht akzeptieren, können entsprechende Gegenmaßnahmen treffen.

Artikel 49

Mit diesem Abkommen vereinbar sind Beihilfen, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen.

Artikel 50

(1) Im Verkehr im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien dürfen keine Diskriminierungen in der Form bestehen, daß ein Verkehrsunternehmen in denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem Herkunfts- oder Bestimmungsland unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet.

(2) Das gemäß Teil VII zuständige Organ prüft von sich aus oder auf Antrag eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates die unter diesen Artikel fallenden Diskriminierungsfälle und erläßt die erforderlichen Entscheidungen im Rahmen seiner Geschäftsordnung.

Artikel 51

(1) Im Verkehr im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien sind die von einer Vertragspartei auferlegten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstützung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei denn, daß das gemäß Artikel 50 Absatz 2 zuständige Organ die Genehmigung hierzu erteilt.

(2) Das zuständige Organ prüft von sich aus oder auf Antrag eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates die in Absatz 1 bezeichneten Frachten und Beförderungsbedingungen; hierbei berücksichtigt es insbesondere sowohl die Erfordernisse einer angemessenen Standortpolitik, die Bedürfnisse der unterentwickelten Gebiete und die Probleme der durch politische Umstände schwer betroffenen Gebiete als auch die Auswirkungen dieser Frachten und Beförderungsbedingungen auf den Wettbewerb zwischen den Verkehrsarten.

Das zuständige Organ erläßt die erforderlichen Entscheidungen im Rahmen seiner Geschäftsordnung.

(3) Das in Absatz 1 genannte Verbot betrifft nicht die Wettbewerbstarife.

Artikel 52

Die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten beim Grenzübergang in Rechnung stellt, dürfen unter Berücksichtigung der hierdurch tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht übersteigen. Die Vertragsparteien werden bemüht sein, diese Kosten schrittweise zu verringern.

TEIL IV WETTBEWERBS- UND SONSTIGE GEMEINSAME REGELN

KAPITEL 1 VORSCHRIFTEN FÜR UNTERNEHMEN

Artikel 53

(1) Mit diesem Abkommen unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen den Vertragsparteien zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs im räumlichen Geltungsbereich dieses Abkommens bezwecken oder bewirken, insbesondere

a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;

b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;

c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;

d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;

e) die an den Abschluß von Verträgen geknüpfte Bedingung, daß die Vertragsparteien zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

(2) Die nach diesem Artikel verbotenen Vereinbarungen oder Beschlüsse sind nichtig.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 1 können für nicht anwendbar erklärt werden auf

- Vereinbarungen oder Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen,
- Beschlüsse oder Gruppen von Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen,
- aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen oder Gruppen von solchen,

die unter angemessener Beteiligung der Verbraucher an dem entstehenden Gewinn zur Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts beitragen, ohne daß den beteiligten Unternehmen

a) Beschränkungen auferlegt werden, die für die Verwirklichung dieser Ziele nicht unerläßlich sind, oder

b) Möglichkeiten eröffnet werden, für einen wesentlichen Teil der betreffenden Waren den Wettbewerb auszuschalten.

Artikel 54

Mit diesem Abkommen unvereinbar und verboten ist die mißbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung im räumlichen Geltungsbereich dieses Abkommens oder in einem wesentlichen Teil desselben durch ein oder mehrere Unternehmen, soweit dies dazu führen kann, den Handel zwischen den Vertragsparteien zu beeinträchtigen.

Dieser Mißbrauch kann insbesondere in folgendem bestehen:

a) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen oder sonstigen Geschäftsbedingungen;

b) der Einschränkung der Erzeugung, des Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden der Verbraucher;

c) der Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;

d) der an den Abschluß von Verträgen geknüpften Bedingung, daß die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.

Artikel 55

(1) Unbeschadet der Bestimmungen des Protokolls 21 und des Anhangs XIV zur Durchführung der Artikel 53 und 54 achten die EG-Kommission und die in Artikel 108 Absatz 1 genannte EFTA-Überwachungsbehörde auf die Verwirklichung der in den Artikeln 53 und 54 niedergelegten Grundsätze.

Das gemäß Artikel 56 zuständige Überwachungsorgan untersucht von Amts wegen, auf Antrag eines Staates in dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich oder auf Antrag des anderen Überwachungsorgans die Fälle, in denen Zuwiderhandlungen gegen diese Grundsätze vermutet werden. Das zuständige Überwachungsorgan führt diese Untersuchungen in Zusammenarbeit mit den zuständigen einzelstaatlichen Behörden in dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich und dem anderen Überwachungsorgan durch, das ihm nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung Amtshilfe leistet.

Stellt es eine Zuwiderhandlung fest, so schlägt es geeignete Mittel vor, um diese abzustellen.

(2) Wird die Zuwiderhandlung nicht abgestellt, so trifft das zuständige Überwachungsorgan in einer mit Gründen versehenen Entscheidung die Feststellung, daß eine derartige Zuwiderhandlung vorliegt.

Das zuständige Überwachungsorgan kann die Entscheidung veröffentlichen und die Staaten seines Zuständigkeitsbereichs ermächtigen, die erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen, deren Bedingungen und Einzelheiten es festlegt. Es kann auch das andere Überwachungsorgan ersuchen, die Staaten in dem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu ermächtigen, solche Maßnahmen zu treffen.

Artikel 56

(1) Einzelfälle, die in den Anwendungsbereich des Artikels 53 fallen, werden von den Überwachungsorganen wie folgt entschieden:

a) Einzelfälle, die nur den Handel zwischen EFTA-Staaten beeinträchtigen, werden von der EFTA-Überwachungsbehörde entschieden.

b) Unbeschadet des Buchstabens c entscheidet die EFTA-Überwachungsbehörde nach Maßgabe des Artikels 58, des Protokolls 21 und der diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen, des Protokolls 23 und des Anhangs XIV in Fällen, in denen der Umsatz der betreffenden Unternehmen im Hoheitsgebiet der EFTA-Staaten 33 % oder mehr ihres Umsatzes im räumlichen Geltungsbereich dieses Abkommens ausmacht.

c) In allen sonstigen Fällen sowie in Fällen gemäß Buchstabe b, die den Handel zwischen EG-Mitgliedstaaten beeinträchtigen, entscheidet die EG-Kommission unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 58, des Protokolls 21, des Protokolls 23 und des Anhangs XIV.

(2) Einzelfälle, die in den Anwendungsbereich des Artikels 54 fallen, werden von dem Überwachungsorgan entschieden, in dessen Zuständigkeitsbereich die beherrschende Stellung festgestellt wird. Besteht die beherrschende Stellung in den Zuständigkeitsbereichen beider Überwachungsorgane, so gilt Absatz 1 Buchstaben b und c.

(3) Einzelfälle, die in den Anwendungsbereich des Absatzes 1 Buchstabe c fallen und die keine spürbaren Auswirkungen auf den Handel zwischen EG-Mitgliedstaaten oder auf den Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft haben, werden von der EFTA-Überwachungsbehörde entschieden.

(4) Die Begriffe "Unternehmen" und "Umsatz" im Sinne dieses Artikels werden in Protokoll 22 bestimmt.

Artikel 57

(1) Zusammenschlüsse, deren Kontrolle in Absatz 2 vorgesehen ist und die eine beherrschende Stellung begründen oder verstärken, durch die wirksamer Wettbewerb im räumlichen Geltungsbereich dieses Abkommens oder in einem wesentlichen Teil desselben erheblich behindert wird, werden für mit diesem Abkommen unvereinbar erklärt.

(2) Die Kontrolle der Zusammenschlüsse im Sinne des Absatzes 1 wird durchgeführt von:

a) der EG-Kommission in den unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fallenden Fällen im Einklang mit jener Verordnung und den Protokollen 21 und 24 sowie dem Anhang XIV dieses Abkommens. Vorbehaltlich einer Überprüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften hat die EG-Kommission in diesen Fällen die alleinige Entscheidungsbefugnis;

b) der EFTA-Überwachungsbehörde in den nicht unter Buchstabe a genannten Fällen, sofern die einschlägigen Schwellen des Anhangs XIV im Hoheitsgebiet der EFTA-Staaten erreicht werden, im Einklang mit den Protokollen 21 und 24 sowie dem Anhang XIV und unbeschadet der Zuständigkeiten der EG-Mitgliedstaaten.

Artikel 58

Die zuständigen Organe der Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe der Protokolle 23 und 24 zusammen, um im gesamten Europäischen Wirtschaftsraum eine einheitliche Überwachung für den Wettbewerbsbereich zu entwickeln und aufrechtzuerhalten und um eine homogene Durchführung, Anwendung und Auslegung der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens zu fördern.

Artikel 59

(1) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß in bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen EG-Mitgliedstaaten oder EFTA-Staaten besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine Maßnahmen getroffen oder beibehalten werden, die diesem Abkommen, insbesondere Artikel 4 und den Artikeln 53 bis 63, widersprechen.

(2) Für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, gelten die Vorschriften dieses Abkommens, insbesondere die Wettbewerbsregeln, soweit die Anwendung dieser Vorschriften nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert. Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der Vertragsparteien zuwiderläuft.

(3) Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde achten im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit auf die Anwendung dieses Artikels und treffen erforderlichenfalls die geeigneten Maßnahmen gegenüber den Staaten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

Artikel 60

Die besonderen Bestimmungen zur Durchführung der Grundsätze der Artikel 53, 54, 57 und 59 sind in Anhang XIV enthalten.

KAPITEL 2 STAATLICHE BEIHILFEN

Artikel 61

(1) Soweit in diesem Abkommen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind Beihilfen der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Funktionieren dieses Abkommens unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Vertragsparteien beeinträchtigen.

(2) Mit dem Funktionieren dieses Abkommens vereinbar sind:

a) Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher, wenn sie ohne Diskriminierung nach der Herkunft der Waren gewährt werden;

b) Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind;

c) Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter, durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.

(3) Als mit dem Funktionieren dieses Abkommens vereinbar können angesehen werden:

a) Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht;

b) Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse oder zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates;

c) Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft;

d) sonstige Arten von Beihilfen, die der Gemeinsame EWR-Ausschuß gemäß Teil VII festlegt.

Artikel 62

(1) Alle bestehenden Beihilferegelungen im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien sowie die geplante Gewährung oder Änderung staatlicher Beihilfen werden fortlaufend auf ihre Vereinbarkeit mit Artikel 61 überprüft. Zuständig für diese Prüfung ist

a) im Falle der EG-Mitgliedstaaten die EG-Kommission gemäß Artikel 93 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

b) im Falle der EFTA-Staaten die EFTA-Überwachungsbehörde gemäß den Bestimmungen eines Abkommens zwischen den EFTA-Staaten zur Errichtung einer EFTA-Überwachungsbehörde, die mit den in Protokoll 26 festgelegten Aufgaben und Befugnissen betraut ist.

(2) Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde arbeiten nach Maßgabe des Protokolls 27 zusammen, um eine einheitliche Überwachung der staatlichen Beihilfen im gesamten räumlichen Geltungsbereich dieses Abkommens sicherzustellen.

Artikel 63

Die besonderen Bestimmungen über die staatlichen Beihilfen sind in Anhang XV enthalten.

Artikel 64

(1) Ist eines der Überwachungsorgane der Ansicht, daß die Durchführung der Artikel 61 und 62 dieses Abkommens sowie des Artikels 5 des Protokolls 14 durch das andere Überwachungsorgan nicht der Aufrechterhaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen im räumlichen Geltungsbereich dieses Abkommens entspricht, so findet innerhalb von zwei Wochen ein Meinungsaustausch nach dem Verfahren des Protokolls 27 Buchstabe f statt.

Wird bis zum Ablauf dieser Zweiwochenfrist keine einvernehmliche Lösung gefunden, so kann die zuständige Behörde der betroffenen Vertragspartei unverzüglich geeignete vorläufige Maßnahmen ergreifen, um der sich ergebenden Wettbewerbsverfälschung zu begegnen.

Danach finden Konsultationen im Gemeinsamen EWR-Ausschuß statt, um eine für alle Seiten annehmbare Lösung zu finden.

Kann der Gemeinsame EWR-Ausschuß innerhalb von drei Monaten keine solche Lösung finden und führt die betreffende Verhaltensweise zu einer den Handel zwischen den Vertragsparteien beeinträchtigenden Wettbewerbsverfälschung oder droht sie dazu zu führen, so können die vorläufigen Maßnahmen durch die endgültigen Maßnahmen ersetzt werden, die unbedingt erforderlich sind, um die Auswirkungen der Verfälschung auszugleichen. Es sind vorrangig solche Maßnahmen zu ergreifen, die das Funktionieren des EWR am wenigsten stören.

(2) Dieser Artikel gilt auch für staatliche Monopole, die nach der Unterzeichnung des Abkommens errichtet werden.

KAPITEL 3 SONSTIGE GEMEINSAME REGELN

Artikel 65

(1) Die besonderen Bestimmungen und besonderen Regelungen über das öffentliche Auftragswesen sind in Anhang XVI enthalten und gelten, sofern nichts anderes bestimmt ist, für alle Waren und die aufgeführten Dienstleistungen.

(2) Die besonderen Bestimmungen und besonderen Regelungen über das geistige Eigentum und den gewerblichen Rechtsschutz sind in Protokoll 28 und in Anhang XVII enthalten und gelten, sofern nichts anderes bestimmt ist, für alle Waren und Dienstleistungen.

TEIL V HORIZONTALE BESTIMMUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN VIER FREIHEITEN

KAPITEL 1 SOZIALPOLITIK

Artikel 66

Die Vertragsparteien sind sich über die Notwendigkeit einig, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken.

Artikel 67

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, die Verbesserung insbesondere der Arbeitsumwelt zu fördern, um die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen. Als Beitrag zur Verwirklichung dieses Zieles werden Mindestvorschriften angewendet, die unter Berücksichtigung der bestehenden Bedingungen und technischen Regelungen der einzelnen Vertragsparteien schrittweise durchzuführen sind. Derartige Mindestvorschriften hindern die einzelnen Vertragsparteien nicht daran, Maßnahmen zum verstärkten Schutz der Arbeitsbedingungen beizubehalten oder zu treffen, die mit diesem Abkommen vereinbar sind.

(2) Die Bestimmungen, die als Mindestvorschriften im Sinne des Absatzes 1 durchzuführen sind, sind in Anhang XVIII aufgeführt.

Artikel 68

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts führen die Vertragsparteien die für das gute Funktionieren dieses Abkommens erforderlichen Maßnahmen ein. Diese Maßnahmen sind in Anhang XVIII aufgeführt.

Artikel 69

(1) Jede Vertragspartei wird den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und beibehalten.

Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer mittelbar und unmittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.

Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet:

a) daß das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird;

b) daß für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(2) Die besonderen Durchführungsbestimmungen zu Absatz 1 sind in Anhang XVIII enthalten.

Artikel 70

Die Vertragsparteien fördern den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen mit der Durchführung der in Anhang XVIII enthaltenen Bestimmungen.

Artikel 71

Die Vertragsparteien bemühen sich darum, den Dialog zwischen den Sozialpartnern auf europäischer Ebene zu fördern.

KAPITEL 2 VERBRAUCHERSCHUTZ

Artikel 72

Die Bestimmungen über den Verbraucherschutz sind in Anhang XIX enthalten.

KAPITEL 3 UMWELT

Artikel 73

(1) Die Umweltpolitik der Vertragsparteien hat zum Ziel,

a) die Umwelt zu erhalten, zu schützen und ihre Qualität zu verbessern;

b) zum Schutz der menschlichen Gesundheit beizutragen;

c) eine umsichtige und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen zu gewährleisten.

(2) Die Tätigkeit der Vertragsparteien im Bereich der Umwelt unterliegt dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen vorzubeugen und sie nach Möglichkeit an ihrem Ursprung zu bekämpfen, sowie dem Verursacherprinzip. Die Erfordernisse des Umweltschutzes sind Bestandteil der anderen Politiken der Vertragsparteien.

Artikel 74

Die besonderen Bestimmungen über die Schutzmaßnahmen nach Artikel 73 sind in Anhang XX enthalten.

Artikel 75

Die Schutzmaßnahmen nach Artikel 74 hindern die einzelnen Vertragsparteien nicht daran, verstärkte Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen, die mit diesem Abkommen vereinbar sind.

KAPITEL 4 STATISTIK

Artikel 76

(1) Die Vertragsparteien sorgen für die Erstellung und Verbreitung von kohärenten und vergleichbaren Statistiken für die Beschreibung und Überwachung aller einschlägigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte des EWR.

(2) Zu diesem Zweck entwickeln und benutzen die Vertragsparteien harmonisierte Methoden, Definitionen und Klassifikationen sowie gemeinsame Programme und Verfahren, in denen die Zusammenarbeit der zuständigen Verwaltungsebenen im Bereich der Statistik organisiert wird und der Datenschutz gebührende Beachtung findet.

(3) Die besonderen Bestimmungen über die Statistik sind in Anhang XXI enthalten.

(4) Die besonderen Bestimmungen über die Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik sind in Protokoll 30 enthalten.

KAPITEL 5 GESELLSCHAFTSRECHT

Artikel 77

Die besonderen Bestimmungen über das Gesellschaftsrecht sind in Anhang XXII enthalten.

TEIL VI ZUSAMMENARBEIT AUSSERHALB DER VIER FREIHEITEN

Artikel 78

Die Vertragsparteien verstärken und erweitern ihre Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsaktionen in den Bereichen

- Forschung und technologische Entwicklung,
- Informationsdienste,
- Umwelt,
- allgemeine und berufliche Bildung und Jugend,
- Sozialpolitik,
- Verbraucherschutz,
- kleine und mittlere Unternehmen,
- Fremdenverkehr,
- audiovisueller Sektor und
- Katastrophenschutz,

soweit diese Sachgebiete nicht unter andere Teile dieses Abkommens fallen.

Artikel 79

(1) Die Vertragsparteien vertiefen den Dialog miteinander in jeder geeigneten Weise, insbesondere gemäß den Verfahren des Teils VII, um festzustellen, auf welchen Gebieten und in welchen Arbeitsbereichen eine engere Zusammenarbeit zur Verwirklichung ihrer in Artikel 78 aufgeführten gemeinsamen Ziele beitragen könnte.

(2) Sie tauschen insbesondere Informationen aus und führen auf Antrag einer Vertragspartei Konsultationen im Gemeinsamen EWR-Ausschuß über Pläne oder Vorschläge für die Aufstellung oder Änderung von Rahmenprogrammen, Sonderprogrammen, Aktionen und Vorhaben in den in Artikel 78 aufgeführten Bereichen.

(3) Teil VII gilt sinngemäß für diesen Teil, soweit dieser Teil oder Protokoll 31 dies ausdrücklich vorsehen.

Artikel 80

Die Zusammenarbeit nach Artikel 78 gestaltet sich in der Regel wie folgt:

- Beteiligung der EFTA-Staaten an Rahmenprogrammen, Sonderprogrammen, Projekten oder anderen Aktionen der Gemeinschaft;

- Festlegung gemeinsamer Tätigkeiten in besonderen Bereichen; dazu gehören auch Konzertierung oder Koordinierung der Tätigkeiten, Zusammenschluß bisheriger Tätigkeiten und Festlegung gemeinsamer Ad-hoc-Tätigkeiten;

- Austausch oder Bereitstellung von Informationen auf formeller und informeller Grundlage;

- gemeinsames Bemühen zur Förderung bestimmter Tätigkeiten im gesamten Hoheitsgebiet der Vertragsparteien;

- soweit zweckmäßig, parallele Gesetzgebung gleichen oder gleichartigen Inhalts;

- Koordinierung der Bemühungen und Tätigkeiten mittels oder im Rahmen internationaler Organisationen sowie der Zusammenarbeit mit Drittländern, soweit dies im gegenseitigen Interesse liegt.

Artikel 81

Die Zusammenarbeit in Form einer Beteiligung der EFTA-Staaten an Rahmenprogrammen, Sonderprogrammen, Projekten oder anderen Aktionen der Gemeinschaft beruht auf folgenden Grundsätzen:

a) Die EFTA-Staaten haben Zugang zu allen Teilen eines Programms.

b) Bei der Festlegung des Status der EFTA-Staaten in den Ausschüssen, die die EG-Kommission bei der Durchführung oder Entwicklung von Tätigkeiten der Gemeinschaft unterstützen, zu denen die EFTA-Staaten aufgrund ihrer Beteiligung finanzielle Beiträge leisten, wird diesen Beiträgen voll Rechnung getragen.

c) Die Entscheidungen der Gemeinschaft, die nicht den Gesamthaushalt der Gemeinschaft betreffen und die sich unmittelbar oder mittelbar auf ein Rahmenprogramm, ein Sonderprogramm, ein Projekt oder eine andere Aktion auswirken, an denen sich EFTA-Staaten aufgrund einer Entscheidung nach diesem Abkommen beteiligen, werden gemäß Artikel 79 Absatz 3 getroffen. Die Bedingungen der weiteren Beteiligung an den betreffenden Maßnahmen können von dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß gemäß Artikel 86 überprüft werden.

d) Bei der Projektvorbereitung haben die Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Angehörigen der EFTA-Staaten im Rahmen der Programme und anderen Aktionen der Gemeinschaft die gleichen Rechte und Pflichten wie die Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Angehörigen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Das gleiche gilt sinngemäß im Rahmen der jeweiligen Aktionen für die Teilnehmer am Austausch zwischen EG-Mitgliedstaaten und EFTA-Staaten.

e) Die EFTA-Staaten, ihre Einrichtungen, Unternehmen, Organisationen und Angehörigen haben hinsichtlich der Verbreitung, Bewertung und Verwertung von Ergebnissen die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, ihre Institutionen, Unternehmen, Organisationen und Angehörigen.

f) Die Vertragsparteien verpflichten sich, im Einklang mit ihren jeweiligen Regelungen und Vorschriften die Mobilität der Teilnehmer an den Programmen und anderen Aktionen im erforderlichen Umfang zu erleichtern.

Artikel 82

(1) Ist mit der in diesem Teil vorgesehenen Zusammenarbeit eine finanzielle Beteiligung der EFTA-Staaten verbunden, so gestaltet sich diese je nach Fall wie folgt:

a) Der Beitrag der EFTA-Staaten aufgrund ihrer Beteiligung an Maßnahmen der Gemeinschaft berechnet sich proportional

- zu den Verpflichtungsermächtigungen und
- zu den Zahlungsermächtigungen,

die für die Gemeinschaft jährlich in den jeweiligen Haushaltsposten für die betreffenden Maßnahmen im Gesamthaushaltsplan der Gemeinschaft veranschlagt sind.

Der Proportionalitätsfaktor, der die Höhe der Beteiligung der EFTA-Staaten bestimmt, ist die Summe der Zahlen, die das jeweilige Verhältnis wiedergeben zwischen dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen jedes einzelnen EFTA-Staates einerseits und der Summe der Bruttoinlandsprodukte zu Marktpreisen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und des betreffenden EFTA-Staates andererseits. Dieser Faktor wird für jedes Haushaltsjahr auf der Grundlage der neuesten Statistiken berechnet.

Der Beitrag der EFTA-Staaten wird sowohl bei den Verpflichtungsermächtigungen als auch bei den Zahlungsermächtigungen zusätzlich zu den Beträgen bereitgestellt, die für die Gemeinschaft in dem jeweiligen Posten für die betreffenden Maßnahmen im Gesamthaushaltsplan veranschlagt sind.

Die jährlich zu zahlenden Beiträge der EFTA-Staaten werden auf der Grundlage der Zahlungsermächtigungen festgesetzt.

Weder Verpflichtungen, die die Gemeinschaft eingegangen war, bevor die Beteiligung der EFTA-Staaten an den betreffenden Maßnahmen aufgrund dieses Abkommens in Kraft getreten ist, noch hierauf geleistete Zahlungen begründen eine Beitragspflicht der EFTA-Staaten.

b) Der finanzielle Beitrag der EFTA-Staaten aufgrund ihrer Beteiligung an bestimmten Projekten oder anderen Maßnahmen beruht auf dem Grundsatz, daß jede Vertragspartei ihre eigenen Kosten trägt und einen angemessenen Beitrag zur Deckung der Gemeinkosten der Gemeinschaft leistet, den der Gemeinsame EWR-Ausschuß festsetzt.

c) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß faßt die notwendigen Beschlüsse über den Beitrag der Vertragsparteien zu den Kosten der betreffenden Maßnahme.

(2) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel sind in Protokoll 32 im einzelnen niedergelegt.

Artikel 83

Unter Beachtung der Erfordernisse der Vertraulichkeit, die vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß festgelegt werden, haben die EFTA-Staaten im Falle der Zusammenarbeit in Form eines Informationsaustauschs zwischen Behörden das gleiche Informationsrecht und die gleiche Informationspflicht wie die EG-Mitgliedstaaten.

Artikel 84

Die Bestimmungen über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen sind in Protokoll 31 niedergelegt.

Artikel 85

Soweit in Protokoll 31 nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Zusammenarbeit, die zwischen der Gemeinschaft und einzelnen EFTA-Staaten in den in Artikel 78 aufgeführten Bereichen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens bereits bestand, nach diesem Zeitpunkt die einschlägigen Bestimmungen dieses Teils und des Protokolls 31.

Artikel 86

Der Gemeinsame EWR-Ausschuß faßt nach Maßgabe des Teils VII alle für die Durchführung der Artikel 78 bis 85 und der daraus abgeleiteten Maßnahmen erforderlichen Beschlüsse, wozu unter anderem die Ergänzung oder Anpassung des Protokolls 31 wie auch der Erlaß von für die Durchführung des Artikels 85 erforderlichen Übergangsregelungen gehören kann.

Artikel 87

Die Vertragsparteien unternehmen die notwendigen Schritte, um die Zusammenarbeit bei Maßnahmen der Gemeinschaft in Bereichen, die nicht in Artikel 78 aufgeführt sind, zu entwickeln, zu verstärken oder zu erweitern, wenn eine derartige Zusammenarbeit geeignet erscheint, einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens zu leisten, oder nach Ansicht der Vertragsparteien auf sonstige Weise im gegenseitigen Interesse liegt. Dazu kann gehören, daß Artikel 78 durch Einbeziehung weiterer Bereiche ergänzt wird.

Artikel 88

Unbeschadet der Bestimmungen anderer Teile dieses Abkommens hindern die Bestimmungen dieses Teils eine Vertragspartei nicht daran, unabhängig Maßnahmen vorzubereiten, zu ergreifen und durchzuführen.

TEIL VII INSTITUTIONELLE BESTIMMUNGEN

KAPITEL 1 STRUKTUR DER ASSOZIATION

ABSCHNITT 1 DER EWR-RAT

Artikel 89

(1) Es wird ein EWR-Rat eingesetzt. Er hat insbesondere die Aufgabe, die politischen Anstöße für die Durchführung dieses Abkommens zu geben und die allgemeinen Leitlinien für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß festzulegen.

Zu diesem Zweck bewertet der EWR-Rat das allgemeine Funktionieren und die Entwicklung des Abkommens. Er trifft die politischen Entscheidungen, die zu Änderungen des Abkommens führen.

(2) Die Vertragsparteien können - hinsichtlich der Gemeinschaft und der EG-Mitgliedstaaten innerhalb des jeweiligen Zuständigkeitsbereichs - eine Frage, die zu einer Schwierigkeit führen kann, nach ihrer Erörterung im Gemeinsamen EWR-Ausschuß oder in besonders dringenden Fällen unmittelbar im EWR-Rat zur Sprache bringen.

(3) Der EWR-Rat gibt sich durch Beschluß eine Geschäftsordnung.

Artikel 90

(1) Der EWR-Rat besteht aus den Mitgliedern des Rates der Europäischen Gemeinschaften und Mitgliedern der EG-Kommission sowie je einem Mitglied der Regierung jedes EFTA-Staates.

Die Mitglieder des EWR-Rates können sich nach Maßgabe der in seiner Geschäftsordnung festzulegenden Bestimmungen vertreten lassen.

(2) Der EWR-Rat faßt seine Beschlüsse im Einvernehmen zwischen der Gemeinschaft einerseits und den EFTA-Staaten andererseits.

Artikel 91

(1) Der Vorsitz im EWR-Rat liegt abwechselnd für jeweils sechs Monate bei einem Mitglied des Rates der Europäischen Gemeinschaften und bei einem Mitglied der Regierung eines EFTA-Staates.

(2) Der EWR-Rat wird zweimal jährlich von seinem Präsidenten einberufen. Der EWR-Rat tritt nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung ferner zusammen, sooft die Umstände dies erfordern.

ABSCHNITT 2 DER GEMEINSAME EWR-AUSSCHUSS

Artikel 92

(1) Es wird ein Gemeinsamer EWR-Ausschuß eingesetzt. Er gewährleistet die wirksame Durchführung und Anwendung dieses Abkommens. Zu diesem Zweck führt er einen Meinungs- und Informationsaustausch und faßt in den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen Beschlüsse.

(2) Im Gemeinsamen EWR-Ausschuß beraten die Vertragsparteien - hinsichtlich der Gemeinschaft und der EG-Mitgliedstaaten innerhalb des jeweiligen Zuständigkeitsbereichs - über eine das Abkommen betreffende Frage, die zu Schwierigkeiten führen kann und die von einer der Vertragsparteien zur Sprache gebracht wird.

(3) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß gibt sich durch Beschluß eine Geschäftsordnung.

Artikel 93

(1) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß besteht aus Vertretern der Vertragsparteien.

(2) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß faßt seine Beschlüsse im Einvernehmen zwischen der Gemeinschaft einerseits und den mit einer Stimme sprechenden EFTA-Staaten andererseits.

Artikel 94

(1) Der Vorsitz im Gemeinsamen EWR-Ausschuß liegt abwechselnd für jeweils sechs Monate bei dem Vertreter der Gemeinschaft, d.h. der EG-Kommission, und bei einem Vertreter eines der EFTA-Staaten.

(2) Zur Erfüllung seiner Aufgaben tritt der Gemeinsame EWR-Ausschuß grundsätzlich mindestens einmal monatlich zusammen. Er wird nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung ferner von seinem Präsidenten oder auf Antrag einer Vertragspartei einberufen.

(3) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß kann die Einsetzung von Unterausschüssen oder Arbeitsgruppen beschließen, die ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen. Der Gemeinsame EWR-Ausschuß legt in seiner Geschäftsordnung Zusammensetzung und Arbeitsweise dieser Unterausschüsse und Arbeitsgruppen fest. Die Aufgaben dieser Gremien werden für jeden Einzelfall vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß festgelegt.

(4) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß erstellt einen Jahresbericht über das Funktionieren und die Entwicklung dieses Abkommens.

ABSCHNITT 3 DIE PARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT

Artikel 95

(1) Es wird ein Gemeinsamer Parlamentarischer EWR-Ausschuß eingesetzt. Er besteht zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments einerseits und aus Mitgliedern der Parlamente der EFTA-Staaten andererseits. Die Gesamtzahl der Ausschußmitglieder ist in der Satzung in Protokoll 36 festgelegt.

(2) Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß hält seine Sitzungen nach Maßgabe der in Protokoll 36 festgelegten Bestimmungen abwechselnd in der Gemeinschaft und in einem EFTA-Staat ab.

(3) Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß trägt durch Dialog und Beratung zu einer besseren Verständigung zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten in den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen bei.

(4) Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß kann je nach Zweckmäßigkeit Stellungnahmen in Form von Berichten oder Entschließungen abgeben. Insbesondere prüft er den vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß gemäß Artikel 94 Absatz 4 erstellten Jahresbericht über das Funktionieren und die Entwicklung dieses Abkommens.

(5) Der Präsident des EWR-Rates kann vor dem Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschuß auftreten, um von diesem gehört zu werden.

(6) Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

ABSCHNITT 4 DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPARTNERN

Artikel 96

(1) Die Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses und anderer Gremien, die die Sozialpartner in der Gemeinschaft vertreten, sowie die Mitglieder der entsprechenden Gremien in den EFTA-Staaten bemühen sich, ihre Kontakte zu verstärken sowie in organisierter und regelmäßiger Weise zusammenzuarbeiten, um das Bewußtsein für die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der zunehmenden Verflechtung der Volkswirtschaften der Vertragsparteien und deren Interessen im Rahmen des EWR zu fördern.

(2) Zu diesem Zweck wird ein Beratender EWR-Ausschuß eingesetzt. Er besteht zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Gemeinschaft und des Beratenden Ausschusses der EFTA. Der Beratende EWR-Ausschuß kann je nach Zweckmäßigkeit Stellungnahmen in Form von Berichten oder Entschließungen abgeben.

(3) Der Beratende EWR-Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

KAPITEL 2 BESCHLUSSFASSUNGSVERFAHREN

Artikel 97

Dieses Abkommen berührt nicht das Recht jeder Vertragspartei, unter Beachtung des Grundsatzes der Nicht-Diskriminierung und nach Unterrichtung der übrigen Vertragsparteien ihre internen Rechtsvorschriften in den unter dieses Abkommen fallenden Bereichen zu ändern,

- sofern der Gemeinsame EWR-Ausschuß feststellt, daß die geänderten Rechtsvorschriften das gute Funktionieren dieses Abkommens nicht beeinträchtigen, oder

- sofern das Verfahren nach Artikel 98 abgeschlossen ist.

Artikel 98

Die Anhänge zu diesem Abkommen sowie die Protokolle 1 bis 7, 9, 10, 11, 19 bis 27, 30, 31, 32, 37, 39, 41 und 47 können je nach Fall durch Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses gemäß Artikel 93 Absatz 2 und den Artikeln 99, 100, 102 und 103 geändert werden.

Artikel 99

(1) Sobald die EG-Kommission neue Rechtsvorschriften in einem unter dieses Abkommen fallenden Bereich ausarbeitet, holt sie auf informellem Wege den Rat von Sachverständigen der EFTA-Staaten ein, so wie sie bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge den Rat von Sachverständigen der EG-Mitgliedstaaten einholt.

(2) Wenn die EG-Kommission dem Rat der Europäischen Gemeinschaften ihren Vorschlag übermittelt, übermittelt sie den EFTA-Staaten Abschriften davon.

Auf Antrag einer Vertragspartei findet im Gemeinsamen EWR-Ausschuß ein erster Meinungsaustausch statt.

(3) In den wichtigen Abschnitten der der Beschlußfassung des Rates der Europäischen Gemeinschaften vorausgehenden Phase konsultieren die Vertragsparteien einander auf Antrag einer Vertragspartei im Rahmen eines stetigen Informations- und Konsultationsprozesses erneut im Gemeinsamen EWR-Ausschuß.

(4) Während der Informations- und Konsultationsphase arbeiten die Vertragsparteien nach Treu und Glauben zusammen, um die Beschlußfassung im Gemeinsamen EWR-Ausschuß am Ende dieses Prozesses zu erleichtern.

Artikel 100

Die EG-Kommission gewährleistet, daß Sachverständige der EFTA-Staaten je nach Bereich so weitgehend wie möglich an der Ausarbeitung jener Maßnahmenentwürfe beteiligt werden, die anschließend den Ausschüssen zu unterbreiten sind, die die EG-Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse unterstützen. In diesem Zusammenhang zieht die EG-Kommission bei der Ausarbeitung von Maßnahmenentwürfen Sachverständige der EFTA-Staaten auf derselben Grundlage heran wie Sachverständige der EG-Mitgliedstaaten.

In den Fällen, in denen der Rat der Europäischen Gemeinschaften nach dem für den beteiligten Ausschuß geltenden Verfahren mit dem Entwurf befaßt wird, übermittelt die EG-Kommission dem Rat der Europäischen Gemeinschaften die Stellungnahmen der Sachverständigen der EFTA-Staaten.

Artikel 101

(1) An den Arbeiten von Ausschüssen, die weder unter Artikel 81 noch unter Artikel 100 fallen, werden Sachverständige aus EFTA-Staaten beteiligt, wenn dies für das gute Funktionieren dieses Abkommens erforderlich ist.

Diese Ausschüsse sind in Protokoll 37 aufgeführt. Die Modalitäten einer solchen Beteiligung sind in den Protokollen und Anhängen festgelegt, die sich mit dem jeweiligen Sachgebiet befassen.

(2) Gelangen die Vertragsparteien zu der Auffassung, daß eine solche Beteiligung auf andere Ausschüsse, die ähnliche Merkmale aufweisen, ausgedehnt werden sollte, so kann der Gemeinsame EWR-Ausschuß das Protokoll 37 ändern.

Artikel 102

(1) Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit und der Homogenität des EWR faßt der Gemeinsame EWR-Ausschuß Beschlüsse zur Änderung eines Anhangs zu diesem Abkommen so bald wie möglich nach Erlaß der entsprechenden neuen Rechtsvorschriften durch die Gemeinschaft, damit diese Gemeinschaftsvorschriften und die Änderungen der Anhänge zu diesem Abkommen gleichzeitig angewendet werden können. Zu diesem Zweck unterrichtet die Gemeinschaft, wenn sie einen Rechtsakt auf einem unter dieses Abkommen fallenden Sachgebiet erläßt, so bald wie möglich die übrigen Vertragsparteien im Gemeinsamen EWR-Ausschuß.

(2) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß beurteilt, welcher Teil eines Anhangs zu diesem Abkommen von den neuen Rechtsvorschriften unmittelbar berührt wird.

(3) Die Vertragsparteien setzen alles daran, in Fragen, die dieses Abkommen berühren, Einvernehmen zu erzielen.

Der Gemeinsame EWR-Ausschuß setzt insbesondere alles daran, eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu finden, wenn sich in einem Bereich, der in den EFTA-Staaten in die Zuständigkeit des Gesetzgebers fällt, ein ernstes Problem ergibt.

(4) Kann trotz Anwendung des Absatzes 3 kein Einvernehmen über eine Änderung eines Anhangs zu diesem Abkommen erzielt werden, so prüft der Gemeinsame EWR-Ausschuß alle sonstigen Möglichkeiten, das gute Funktionieren dieses Abkommens aufrechtzuerhalten; zu diesem Zweck kann er die erforderlichen Beschlüsse fassen, einschließlich der Möglichkeit der Anerkennung der Gleichwertigkeit der Rechtsvorschriften. Ein solcher Beschluß wird bis zum

Ablauf einer Frist von sechs Monaten ab der Befassung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses oder bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Gemeinschaftsvorschriften gefaßt, falls dieser Zeitpunkt später liegt.

(5) Hat der Gemeinsame EWR-Ausschuß bis zum Ablauf der Frist des Absatzes 4 keinen Beschluß über eine Änderung eines Anhangs zu diesem Abkommen gefaßt, so gelten dessen von den neuen Vorschriften berührten Teile in dem gemäß Absatz 2 festgelegten Umfang als vorläufig außer Kraft gesetzt, es sei denn, der Gemeinsame EWR-Ausschuß beschließt etwas anderes. Eine solche vorläufige Außerkraftsetzung wird sechs Monate nach Ablauf der Frist des Absatzes 4 wirksam, keinesfalls jedoch vor dem Zeitpunkt, zu dem der entsprechende EG-Rechtsakt in der Gemeinschaft zur Durchführung kommt. Der Gemeinsame EWR-Ausschuß setzt seine Bemühungen fort, Einvernehmen über eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu erzielen, damit die vorläufige Außerkraftsetzung so bald wie möglich aufgehoben werden kann.

(6) Die praktischen Folgen der vorläufigen Außerkraftsetzung gemäß Absatz 5 werden im Gemeinsamen EWR-Ausschuß erörtert. Die gemäß diesem Abkommen bereits begründeten Rechte und Pflichten von Privatpersonen und Marktteilnehmern bleiben unberührt. Die Vertragsparteien beschließen gegebenenfalls über Anpassungen, die infolge der vorläufigen Außerkraftsetzung notwendig werden.

Artikel 103

(1) Wird ein Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses für eine Vertragspartei erst nach Erfüllung verfassungsrechtlicher Anforderungen verbindlich, so tritt der Beschluß, falls er ein Datum enthält, zu diesem Zeitpunkt in Kraft, sofern die betreffende Vertragspartei den übrigen Vertragsparteien bis zu diesem Zeitpunkt mitgeteilt hat, daß die verfassungsrechtlichen Anforderungen erfüllt sind.

Liegt eine solche Mitteilung bis zu dem betreffenden Zeitpunkt nicht vor, so tritt der Beschluß am ersten Tag des zweiten Monats nach der letzten Mitteilung in Kraft.

(2) Liegt eine solche Mitteilung bei Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der Beschlußfassung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses nicht vor, so wird der Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bis zur Erfüllung der verfassungsrechtlichen Anforderungen vorläufig angewendet, es sei denn, eine Vertragspartei teilt mit, daß eine solche vorläufige Anwendung nicht möglich ist. In letzterem Fall oder falls eine Vertragspartei die Nichtratifikation eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses mitteilt, wird die in Artikel 102 Absatz 5 vorgesehene vorläufige Außerkraftsetzung einen Monat nach der Mitteilung wirksam, keinesfalls jedoch vor dem Zeitpunkt, zu dem der entsprechende EG-Rechtsakt in der Gemeinschaft zur Durchführung kommt.

Artikel 104

Sofern in diesem Abkommen nichts anderes vorgesehen ist, sind die Beschlüsse, die der Gemeinsame EWR-Ausschuß in den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen faßt, ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens für die Vertragsparteien verbindlich; diese treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die Durchführung und Anwendung dieser Beschlüsse sicherzustellen.

KAPITEL 3 HOMOGENITÄT, ÜBERWACHUNGSVERFAHREN UND STREITBEILEGUNG

ABSCHNITT 1 HOMOGENITÄT

Artikel 105

(1) In Verfolgung des Ziels der Vertragsparteien, eine möglichst einheitliche Auslegung des Abkommens und der gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen, die in ihrem wesentlichen Gehalt in das Abkommen übernommen werden, zu erreichen, wird der Gemeinsame EWR-Ausschuß nach Maßgabe dieses Artikels tätig.

(2) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß verfolgt ständig die Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des in Artikel 108 Absatz 2 genannten EFTA-Gerichtshofs. Zu diesem Zweck werden die Urteile dieser Gerichte dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß übermittelt; dieser setzt sich dafür ein, daß die homogene Auslegung des Abkommens gewahrt bleibt.

(3) Gelingt es dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß nicht, innerhalb von zwei Monaten, nachdem ihm eine Abweichung in der Rechtsprechung der beiden Gerichte vorgelegt wurde, die homogene Auslegung des Abkommens zu wahren, so können die Verfahren des Artikels 111 angewendet werden.

Artikel 106

Um eine möglichst einheitliche Auslegung dieses Abkommens bei voller Wahrung der Unabhängigkeit der Gerichte zu gewährleisten, richtet der Gemeinsame EWR-Ausschuß ein System für den Austausch von Informationen über Urteile des EFTA-Gerichtshofs, des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften sowie der Gerichte letzter Instanz der EFTA-Staaten ein. Dieses System umfaßt:

a) die Übermittlung von Urteilen der genannten Gerichte an den Kanzler des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, die die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens oder des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in ihrer geänderten oder ergänzten Fassung sowie der aufgrund dieser Verträge erlassenen Rechtsakte zum Gegenstand haben, soweit sie Bestimmungen betreffen, die mit denen dieses Abkommens in ihrem wesentlichen Gehalt identisch sind;

b) die Klassifizierung dieser Urteile durch den Kanzler des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften; dazu gehört auch, soweit notwendig, die Anfertigung und Veröffentlichung von Übersetzungen und Zusammenfassungen;

c) die Übermittlung der betreffenden Dokumente an die zuständigen von den einzelnen Vertragsparteien zu bestimmenden nationalen Behörden durch den Kanzler des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften.

Artikel 107

Die EFTA-Staaten können einem Gericht oder Gerichtshof gestatten, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften zu ersuchen, über die Auslegung einer EWR-Bestimmung zu entscheiden; die Bestimmungen hierüber sind in Protokoll 34 festgelegt.

ABSCHNITT 2 ÜBERWACHUNGSVERFAHREN

Artikel 108

(1) Die EFTA-Staaten setzen ein unabhängiges Überwachungsorgan (EFTA-Überwachungsbehörde) ein und führen ähnliche Verfahren ein, wie sie in der Gemeinschaft bestehen; dazu gehören auch Verfahren, durch die die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Abkommen gewährleistet wird, und solche, mit denen die Rechtmäßigkeit der Rechtsakte der EFTA-Überwachungsbehörde auf dem Gebiet des Wettbewerbs kontrolliert wird.

(2) Die EFTA-Staaten setzen einen Gerichtshof (EFTA-Gerichtshof) ein.

Der EFTA-Gerichtshof ist aufgrund einer besonderen Vereinbarung zwischen den EFTA-Staaten hinsichtlich der Anwendung dieses Abkommens insbesondere zuständig für:

a) Klagen wegen des die EFTA-Staaten betreffenden Überwachungsverfahrens,

b) Rechtsmittel gegen Entscheidungen der EFTA-Überwachungsbehörde in Wettbewerbssachen,

c) die Beilegung von Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr EFTA-Staaten.

Artikel 109

(1) Die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Abkommen wird einerseits durch die EFTA-Überwachungsbehörde und andererseits durch die EG-Kommission im Einklang mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und diesem Abkommen überwacht.

(2) Um eine einheitliche Überwachung im gesamten EWR zu gewährleisten, arbeiten die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission zusammen, tauschen Informationen aus und konsultieren einander in Fragen der Überwachungspolitik und in Einzelfällen.

(3) Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde nehmen Beschwerden entgegen, die die Anwendung dieses Abkommens betreffen. Sie setzen einander von den eingegangenen Beschwerden in Kenntnis.

(4) Jedes Organ prüft die unter seine Zuständigkeit fallenden Beschwerden und übermittelt dem anderen Organ die Beschwerden, die unter dessen Zuständigkeit fallen.

(5) Treten zwischen den beiden Organen Meinungsverschiedenheiten über das Vorgehen in einem Beschwerdefall oder über das Ergebnis der Prüfung auf, so kann jedes Organ die Sache an den Gemeinsamen EWR-Ausschuß verweisen, der sich nach Maßgabe des Artikels 111 damit befaßt.

Artikel 110

Entscheidungen der EFTA-Überwachungsbehörde und der EG-Kommission aufgrund dieses Abkommens, die eine Zahlung auferlegen, sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten. Dasselbe gilt für entsprechende Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften und des EFTA-Gerichtshofs aufgrund dieses Abkommens.

Die Zwangsvollstreckung erfolgt nach den Vorschriften des Zivilprozeßrechts des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung, die sich lediglich auf die Echtheit des Titels erstreckt, von der Behörde erteilt, die jede Vertragspartei zu diesem Zweck bestimmt, und wird den anderen Vertragsparteien, der EFTA-Überwachungsbehörde, der EG-Kommission, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, dem Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften und dem EFTA-Gerichtshof bekanntgeben.

Sind diese Formvorschriften auf Antrag der die Vollstreckung betreibenden Partei erfüllt, so kann diese die Zwangsvollstreckung nach dem Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung stattfinden soll, betreiben, indem sie die zuständige Behörde unmittelbar anruft.

Die Zwangsvollstreckung von Entscheidungen der EG-Kommission, des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften oder des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften einstweilig eingestellt werden; die Zwangsvollstreckung von Entscheidungen der EFTA-Überwachungsbehörde oder des EFTA-Gerichtshofs kann nur durch eine Entscheidung des EFTA-Gerichtshofs einstweilig eingestellt werden. Für die Prüfung von Beschwerden betreffend die Ordnungsmäßigkeit der Vollstreckungsmaßnahmen sind jedoch die Gerichte der betreffenden Staaten zuständig.

ABSCHNITT 3 STREITBEILEGUNG

Artikel 111

(1) In Streitsachen über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens kann die Gemeinschaft oder ein EFTA-Staat gemäß den nachstehenden Bestimmungen den Gemeinsamen EWR-Ausschuß anrufen.

(2) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß kann den Streit beilegen. Ihm werden alle Informationen zur Verfügung gestellt, die für eine eingehende Untersuchung der Lage von Nutzen sein können, damit eine annehmbare Lösung gefunden werden kann. Zu diesem Zweck untersucht der Gemeinsame EWR-Ausschuß alle Möglichkeiten, das gute Funktionieren des Abkommens aufrechtzuerhalten.

(3) Betrifft die Streitigkeit die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens, die in ihrem wesentlichen Gehalt identisch sind mit entsprechenden Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl oder der aufgrund dieser Verträge erlassenen Rechtsakte, und wird die Streitigkeit nicht innerhalb von drei Monaten nach der Anrufung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses beigelegt, so können die an dem Streit beteiligten Vertragsparteien vereinbaren, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um eine Entscheidung über die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen zu ersuchen.

Hat der Gemeinsame EWR-Ausschuß in einer solchen Streitigkeit innerhalb von sechs Monaten nach der Einleitung dieses Verfahrens keine Einigkeit über eine Lösung erzielt oder haben die Streitparteien bis dahin nicht beschlossen, eine Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften einzuholen, so kann eine Vertragspartei zum Ausgleich etwaiger Ungleichgewichte

- entweder nach dem Verfahren des Artikels 113 eine Schutzmaßnahme gemäß Artikel 112 Absatz 2 ergreifen,

- oder Artikel 102 sinngemäß anwenden.

(4) Betrifft der Streit den Umfang oder die Dauer von Schutzmaßnahmen gemäß Artikel 111 Absatz 3 oder Artikel 112 oder die Angemessenheit von Ausgleichsmaßnahmen gemäß Artikel 114 und gelingt es dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß nicht, den Streit innerhalb von drei Monaten, nachdem er angerufen wurde, beizulegen, so kann jede Vertragspartei den Streitfall gemäß den Verfahren des Protokolls 33 dem Schiedsgericht unterbreiten. Fragen, die die Auslegung der in Absatz 3 genannten Bestimmungen dieses Abkommens betreffen, dürfen in einem solchen Verfahren nicht behandelt werden. Der Schiedsspruch ist für die Streitparteien verbindlich.

KAPITEL 4 SCHUTZMASSNAHMEN

Artikel 112

(1) Treten ernstliche wirtschaftliche, gesellschaftliche oder ökologische Schwierigkeiten sektoraler oder regionaler Natur auf und ist damit zu rechnen, daß sie anhalten, so kann eine Vertragspartei gemäß den Voraussetzungen und Verfahren des Artikels 113 einseitig geeignete Maßnahmen treffen.

(2) Diese Schutzmaßnahmen sind in ihrem Anwendungsbereich und ihrer Dauer auf das für die Behebung der Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Es sind vorzugsweise Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren dieses Abkommens so wenig wie möglich stören.

(3) Die Schutzmaßnahmen gelten gegenüber allen Vertragsparteien.

Artikel 113

(1) Eine Vertragspartei, die Schutzmaßnahmen nach Artikel 112 in Erwägung zieht, teilt dies über den Gemeinsamen EWR-Ausschuß unverzüglich den anderen Vertragsparteien mit und stellt alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung.

(2) Die Vertragsparteien nehmen unverzüglich Konsultationen im Gemeinsamen EWR-Ausschuß auf, um eine allseits annehmbare Lösung zu finden.

(3) Die betreffende Vertragspartei darf Schutzmaßnahmen erst nach Ablauf eines Monats nach dem Zeitpunkt der Bekanntgabe nach Absatz 1 treffen, es sei denn, das Konsultationsverfahren nach Absatz 2 wurde vor Ablauf der genannten Frist abgeschlossen. Schließen außergewöhnliche Umstände, die ein sofortiges Eingreifen erfordern, eine vorherige Prüfung aus, so darf die betreffende Vertragspartei unverzüglich die für die Behebung der Schwierigkeiten unbedingt erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen.

In der Gemeinschaft werden die Schutzmaßnahmen von der EG-Kommission getroffen.

(4) Die betreffende Vertragspartei teilt diese Maßnahmen unverzüglich dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß mit und stellt alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung.

(5) Über die getroffenen Schutzmaßnahmen finden im Gemeinsamen EWR-Ausschuß vom Zeitpunkt ihrer Einführung an alle drei Monate Konsultationen mit dem Ziel statt, diese Maßnahmen vor dem vorgesehenen Ablauf ihrer Geltungsdauer aufzuheben oder ihren Anwendungsbereich zu beschränken.

Jede Vertragspartei kann jederzeit beim Gemeinsamen EWR-Ausschuß die Überprüfung dieser Maßnahmen beantragen.

Artikel 114

(1) Entsteht durch eine von einer Vertragspartei getroffene Schutzmaßnahme ein Ungleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten aus diesem Abkommen, so kann jede andere Vertragspartei gegenüber dieser Vertragspartei die angemessenen Ausgleichsmaßnahmen treffen, die für die Behebung des Ungleichgewichts unbedingt erforderlich sind. Es sind vorzugsweise Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des EWR so wenig wie möglich stören.

(2) Das Verfahren nach Artikel 113 findet Anwendung.

TEIL VIII FINANZIERUNGSMECHANISMUS

Artikel 115

Die Vertragsparteien sind sich einig, daß im Hinblick auf die Förderung einer beständigen und ausgewogenen Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien gemäß Artikel 1 das Bedürfnis zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen ihren Regionen besteht. Sie nehmen in dieser Hinsicht die einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens und die dazugehörigen Protokolle, einschließlich gewisser Regelungen betreffend Landwirtschaft und Fischerei zur Kenntnis.

Artikel 116

Die EFTA-Staaten richten einen Finanzierungsmechanismus ein, um damit im Rahmen des EWR und zusätzlich zu den in dieser Hinsicht bereits unternommenen Anstrengungen der Gemeinschaft zur Verwirklichung der Ziele des Artikels 115 beizutragen.

Artikel 117

Die Bestimmungen über den Finanzierungsmechanismus sind in Protokoll 38 niedergelegt.

TEIL IX ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 118

(1) Ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß es im Interesse aller Vertragsparteien liegt, die durch dieses Abkommen begründeten Beziehungen durch Ausdehnung auf nicht darunter fallende Sachgebiete weiterzuentwickeln, so legt sie den anderen Vertragsparteien im EWR-Rat einen mit Gründen versehenen Antrag vor. Der EWR-Rat kann den Gemeinsamen EWR-Ausschuß beauftragen, den Antrag unter allen Gesichtspunkten zu prüfen und einen Bericht zu erstellen.

Der EWR-Rat kann gegebenenfalls die politischen Beschlüsse für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien fassen.

(2) Die aus den Verhandlungen nach Absatz 1 hervorgehenden Abkommen bedürfen der Ratifikation oder Genehmigung durch die Vertragsparteien nach ihren eigenen Verfahren.

Artikel 119

Die Anhänge und die für die Zwecke dieses Abkommens angepaßten Rechtsakte, auf die darin Bezug genommen wird, sowie die Protokolle sind Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 120

Sofern in diesem Abkommen, insbesondere in den Protokollen 41, 43 und 44, nichts anderes bestimmt ist, geht die Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens den Bestimmungen bestehender bilateraler oder multilateraler Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einem EFTA-Staat oder mehreren EFTA-Staaten vor, soweit durch dieses Abkommen dasselbe Sachgebiet geregelt ist.

Artikel 121

Dieses Abkommen berührt nicht die Zusammenarbeit:

a) im Rahmen der nordischen Zusammenarbeit, soweit diese nicht das gute Funktionieren dieses Abkommens beeinträchtigt;

b) im Rahmen der regionalen Union zwischen der Schweiz und Liechtenstein, soweit die Ziele dieser Union nicht durch die Anwendung dieses Abkommens erreicht werden und das gute Funktionieren dieses Abkommens nicht beeinträchtigt wird;

c) im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Italien betreffend Tirol, Vorarlberg und Trentino-Südtirol, soweit diese Zusammenarbeit das gute Funktionieren dieses Abkommens nicht beeinträchtigt.

Artikel 122

Die Vertreter, Delegierten und Sachverständigen der Vertragsparteien sowie Beamte und sonstige Bedienstete, die im Rahmen dieses Abkommens tätig werden, sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht preiszugeben; dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen sowie deren Geschäftsbeziehungen oder Kostenelemente.

Artikel 123

Dieses Abkommen hindert eine Vertragspartei in keiner Weise daran, Maßnahmen zu ergreifen,

a) die ihres Erachtens erforderlich sind, um die Preisgabe von Auskünften zu verhindern, die ihren wesentlichen Sicherheitsinteressen widerspricht;

b) die sich beziehen auf die Erzeugung von, oder den Handel mit, Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder sonstigen Waren, die für Verteidigungszwecke oder für Forschung, Entwicklung oder Erzeugung für Verteidigungszwecke unerläßlich sind, sofern diese Maßnahmen die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen;

c) die sie bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen, die sie im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat, für die eigene Sicherheit als wesentlich erachtet.

Artikel 124

Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens stellen die Vertragsparteien die Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten hinsichtlich ihrer Beteiligung am Kapital von Gesellschaften im Sinne des Artikels 34 den eigenen Staatsangehörigen gleich.

Artikel 125

Dieses Abkommen läßt die Eigentumsordnung der einzelnen Vertragsparteien unberührt.

Artikel 126

(1) Das Abkommen gilt für die Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl angewendet wird, und nach Maßgabe jener Verträge und für die Hoheitsgebiete der Republik Österreich, der Republik Finnland, der Republik Island, des Fürstentums Liechtenstein, des Königreichs Norwegen, des Königreichs Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 findet dieses Abkommen auf die Ålandinseln keine Anwendung. Die Regierung Finnlands kann jedoch durch eine Erklärung, die bei der Ratifikation dieses Abkommens beim Verwahrer zu hinterlegen ist, notifizieren, daß das Abkommen auf die genannten Inseln unter den für die übrigen Teile Finnlands geltenden Voraussetzungen und vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen Anwendung findet; der Verwahrer übermittelt den Vertragsparteien eine beglaubigte Abschrift.

a) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung der auf den Ålandinseln zu irgendeiner Zeit geltenden Bestimmungen über:

   i) die Beschränkungen des Rechts für natürliche Personen, die nicht das regionale Einwohnerrecht der Ålandinseln besitzen, und für juristische Personen, ohne Genehmigung der zuständigen Behörden der Ålandinseln Grundstücke auf den Ålandinseln zu erwerben und zu besitzen;

   ii) die Beschränkungen des Rechts für natürliche Personen, die nicht das regionale Einwohnerrecht der Ålandinseln besitzen, oder für juristische Personen, sich ohne Genehmigung der zuständigen Behörden der Ålandinseln niederzulassen, und des Rechts, ohne eine solche Genehmigung Dienstleistungen zu erbringen.

b) Die Rechte der Åländer in Finnland werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

c) Die Behörden der Ålandinseln behandeln alle natürlichen und juristischen Personen der Vertragsparteien gleich.

Artikel 127

Jede Vertragspartei kann von diesem Abkommen zurücktreten, sofern sie dies mindestens zwölf Monate zuvor den übrigen Vertragsparteien schriftlich mitteilt.

Nach der Mitteilung des beabsichtigten Rücktritts treten die übrigen Vertragsparteien unverzüglich zu einer diplomatischen Konferenz zusammen, um zu erwägen, in welchen Punkten das Abkommen geändert werden muß.

Artikel 128

(1) Jeder europäische Staat, der Mitglied der Gemeinschaft wird, beantragt, und jeder europäische Staat, der Mitglied der EFTA wird, kann beantragen, Vertragspartei dieses Abkommens zu werden. Er richtet seinen Antrag an den EWR-Rat.

(2) Die Bedingungen für eine solche Beteiligung werden durch ein Abkommen zwischen den Vertragsparteien und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung durch alle Vertragsparteien nach ihren eigenen Verfahren.

Artikel 129

(1) Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, isländischer, italienischer, niederländischer, norwegischer, portugiesischer, schwedischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Wortlaut der Rechtsakte, auf die in den Anhängen Bezug genommen wird, ist in der im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichten Fassung in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache gleichermaßen verbindlich und wird für die Authentifizierung in finnischer, isländischer, norwegischer und schwedischer Sprache abgefaßt.

(2) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung durch die Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Es wird beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt den anderen Vertragsparteien eine beglaubigte Abschrift.

Die Ratifikations- bzw. Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses notifiziert die anderen Vertragsparteien davon.

(3) Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1993 in Kraft, vorausgesetzt, daß alle Vertragsparteien ihre Ratifikations- bzw. Genehmigungsurkunden vor diesem Datum hinterlegt haben. Nach diesem Datum tritt dieses Abkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach erfolgter letzter Notifikation in Kraft. Der letzte Termin für eine solche Notifikation ist der 30. Juni 1993. Danach treten die Vertragsparteien zu einer diplomatischen Konferenz zusammen, um die Lage zu würdigen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

Geschehen zu Porto am zweiten Mai neunzehnhundertzweiundneunzig.

PROTOKOLL 1

ÜBER HORIZONTALE ANPASSUNGEN

Die Bestimmungen der Rechtsakte, auf die in den Anhängen zu diesem Abkommen Bezug genommen wird, sind nach Maßgabe des Abkommens und dieses Protokolls anzuwenden, sofern in dem jeweiligen Anhang nichts anderes bestimmt ist. Die für einzelne Rechtsakte erforderlichen besonderen Anpassungen sind in dem Anhang niedergelegt, in dem der betreffende Rechtsakt aufgeführt ist.

1. Einleitungen der Rechtsakte

   Die Präambeln der Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird, werden für die Zwecke dieses Abkommens nicht angepaßt. Soweit notwendig sind sie im Rahmen des Abkommens für die richtige Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieser Rechtsakte von Bedeutung.

2. Bestimmungen über EG-Ausschüsse

   Die Verfahren, institutionellen Vereinbarungen oder sonstigen Bestimmungen, die EG-Ausschüsse betreffen und in den Rechtsakten enthalten sind, auf die Bezug genommen wird, werden in den Artikeln 81, 100 und 101 des Abkommens und in Protokoll 31 behandelt.

3. Bestimmungen über Verfahren zur Anpassung oder Änderung von Rechtsakten der Gemeinschaft

   Sieht ein Rechtsakt, auf den Bezug genommen wird, vor, daß er nach EG-Verfahren angepaßt, ausgedehnt oder geändert werden kann oder daß neue Politiken, Maßnahmen oder Rechtsakte der Gemeinschaft ausgearbeitet werden können, so finden die einschlägigen Beschlußfassungsverfahren des Abkommens Anwendung.

4. Informationsaustausch und Notifikationsverfahren

a) Hat ein EG-Mitgliedstaat der EG-Kommission Informationen vorzulegen, so legt ein EFTA-Staat derartige Informationen der EFTA-Überwachungsbehörde und einem Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten vor. Dasselbe gilt, wenn die Informationen von den zuständigen Behörden zu übermitteln sind. Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde tauschen die Informationen aus, die sie von den EG-Mitgliedstaaten bzw. den EFTA-Staaten oder von den zuständigen Behörden erhalten haben.

b) Hat ein EG-Mitgliedstaat Informationen einem anderen EG-Mitgliedstaat oder mehreren anderen EG-Mitgliedstaaten vorzulegen, so legt er diese Informationen auch der EG-Kommission vor; diese leitet sie an den Ständigen Ausschuß zur Übermittlung an die EFTA-Staaten weiter.

Ein EFTA-Staat legt entsprechende Informationen einem anderen EFTA-Staat oder mehreren anderen EFTA-Staaten sowie dem Ständigen Ausschuß vor; dieser leitet sie an die EG-Kommission zur Übermittlung an die EG-Mitgliedstaaten weiter. Dasselbe gilt, wenn die Informationen von den zuständigen Behörden vorzulegen sind.

c) In Bereichen, in denen aus Dringlichkeitsgründen eine schnelle Informationsübermittlung erforderlich ist, finden geeignete sektorbezogene Lösungen Anwendung, die den direkten Austausch der Informationen vorsehen.

d) Die Aufgaben der EG-Kommission in Überprüfungs- oder Genehmigungs-, Informations-, Notifikations- oder Konsultations- und ähnlichen Verfahren werden für die EFTA-Staaten nach Maßgabe von Verfahren wahrgenommen, die diese gemeinsam einführen. Die Ziffern 2, 3 und 7 bleiben hiervon unberührt. Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde oder der Ständige

Ausschuß tauschen alle Informationen über diese Angelegenheiten aus. Mit Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, kann der Gemeinsame EWR-Ausschuß befaßt werden.

5. Berichtsverfahren

Hat die EG-Kommission oder ein sonstiges EG-Gremium gemäß dem Rechtsakt, auf den Bezug genommen wird, einen Bericht, eine Bewertung oder ähnliches auszuarbeiten, so arbeitet, falls nichts anderes vereinbart wird, die EFTA-Überwachungsbehörde bzw. der Ständige Ausschuß gleichzeitig einen entsprechenden Bericht, eine entsprechende Bewertung oder ähnliches für die EFTA-Staaten aus. Während der Ausarbeitung ihrer jeweiligen Berichte konsultieren sich die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde bzw. der Ständige Ausschuß und tauschen Informationen aus; dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß werden Abschriften der Berichte übersandt.

6. Veröffentlichung von Informationen

a) Hat ein EG-Mitgliedstaat gemäß dem Rechtsakt, auf den Bezug genommen wird, bestimmte Informationen über Tatsachen, Verfahren oder ähnliches zu veröffentlichen, so veröffentlichen auch die EFTA-Staaten im Rahmen des Abkommens die einschlägigen Informationen in entsprechender Weise.

b) Sind gemäß dem Rechtsakt, auf den Bezug genommen wird, Tatsachen, Verfahren, Berichte oder ähnliches im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

zu veröffentlichen, so werden die entsprechenden Informationen betreffend die EFTA-Staaten in einem besonderen EWR-Abschnitt (1) des Amtsblatts veröffentlicht.

7. Rechte und Pflichten

Die den EG-Mitgliedstaaten oder ihren Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander verliehenen Rechte und die ihnen auferlegten Pflichten gelten als den Vertragsparteien verliehen bzw. auferlegt; als Vertragsparteien gelten gegebenenfalls auch ihre zuständigen Behörden, ihre Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihre Unternehmen oder ihre Einzelpersonen.

8. Bezugnahmen auf Gebiete

Enthalten die Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird, Bezugnahmen auf das Gebiet der "Gemeinschaft" oder auf den "Gemeinsamen Markt", so gelten diese Bezugnahmen im Sinne des Abkommens als Bezugnahmen auf die Hoheitsgebiete der Vertragsparteien im Sinne des Artikels 126 des Abkommens.

9. Bezugnahmen auf die Angehörigen der EG-Mitgliedstaaten

Enthalten die Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird, Bezugnahmen auf die Angehörigen der EG-Mitgliedstaaten, so gelten diese Bezugnahmen im Sinne des Abkommens auch als Bezugnahmen auf die Angehörigen der EFTA-Staaten.

(1) Das Inhaltsverzeichnis des EWR-Abschnitts enthält auch Hinweise darauf, wo die entsprechenden Informationen über die EG und ihre Mitgliedstaaten zu finden sind.

10. Bezugnahmen auf Sprachen

Verleiht ein Rechtsakt, auf den Bezug genommen wird, den EG-Mitgliedstaaten oder ihren Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen Rechte oder erlegt er ihnen Pflichten hinsichtlich des Gebrauchs einer Amtssprache der Europäischen Gemeinschaften auf, so gelten die entsprechenden Rechte und Pflichten hinsichtlich des Gebrauchs einer Amtssprache der Vertragsparteien als den Vertragsparteien, ihren zuständigen Behörden, ihren Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen verliehen bzw. auferlegt.

11. Inkrafttreten und Durchführung der Rechtsakte

Die Bestimmungen über das Inkrafttreten und die Durchführung der Rechtsakte, auf die in den Anhängen zum Abkommen Bezug genommen wird, sind für die Zwecke des Abkommens unbeachtlich. Für die EFTA-Staaten ergeben sich die Fristen und Daten für das Inkraftsetzen und die Durchführung der Rechtsakte, auf die Bezug genommen wird, aus Artikel 129 Absatz 3 des Abkommens und aus den Übergangsregelungen.

12. Adressaten der Rechtsakte der Gemeinschaft

Die Bestimmungen, daß ein Rechtsakt der Gemeinschaft an die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gerichtet ist, sind für die Zwecke des Abkommens unbeachtlich.

* * * * *

PROTOKOLL 2

ÜBER DIE NACH ARTIKEL 8 ABSATZ 3 BUCHSTABE A

VOM ANWENDUNGSBEREICH DES ABKOMMENS AUSGESCHLOSSENEN WAREN

Die folgenden Waren der Kapitel 25 bis 97 des HS sind vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgeschlossen:

HS-Position	Warenbezeichnung
35.01	Casein, Caseinate und andere Caseinderivate; Caseinleime
35.02	Albumine, Albuminate und andere Albuminderivate:
10	- Eieralbumin:
ex 10	-- anderes als ungenießbar oder ungenießbar gemacht
90	- andere:
ex 90	-- Molkenprotein (Lactalbumin), anderes als ungenießbar oder ungenießbar gemacht
35.05	Dextrine und andere modifizierte Stärken (z.B. Quellstärke oder veresterte Stärke); Leime auf der Grundlage von Stärken, Dextrinen und anderen modifizierten Stärken:
10	- Dextrine und andere modifizierte Stärken
ex 10	-- veresterte Stärken und veretherte Stärken

PROTOKOLL 3

ÜBER WAREN NACH ARTIKEL 8 ABSATZ 3 BUCHSTABE b DES ABKOMMENS

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNG

Artikel 1

Anwendung der EWR-Bestimmungen

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Protokolls und soweit in dem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, gilt das Abkommen für die in den Tabellen I und II aufgeführten Waren.

KAPITEL II

PREISAUSGLEICHSREGELUNGEN

Artikel 2

Allgemeiner Grundsatz des Preisausgleichs

(1) Zur Berücksichtigung der Kostenunterschiede bei landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen, die zum Herstellen der in Tabelle I genannten Waren verwendet werden, steht das Abkommen der Anwendung von Preisausgleichsmaßnahmen für diese Waren nicht entgegen, das heißt der Erhebung beweglicher Teilbeträge bei der Einfuhr und der Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr.

(2) Wendet eine Vertragspartei binnenwirtschaftliche Maßnahmen an, durch die sich der Preis von Grunderzeugnissen für die Verarbeitungsindustrie ermäßigt, so sind diese Maßnahmen bei der Berechnung der Preisausgleichsbeträge zu berücksichtigen.

Artikel 3

Neues Berechnungssystem

(1) Vorbehaltlich der in den Artikeln 4 bis 9 festgelegten Voraussetzungen und besonderen Bestimmungen wird der Preisausgleich anhand der Beträge der tatsächlich zum Herstellen der Ware verwendeten Grunderzeugnisse und der gemeinsamen bestätigten Referenzpreise errechnet.

(2) Soweit in Artikel 1 der Anlage 1 nichts anderes bestimmt ist, erheben die Vertragsparteien keine Zölle oder anderen festen Beträge auf eingeführte Waren, für die das in Absatz 1 genannte System gilt.

(3) Die Liste der Grunderzeugnisse, für die jede Vertragspartei einen Preisausgleich beantragen kann, ist in Anlage 2 enthalten. Das Verfahren für die Änderung der Liste ist in Anlage 3 festgelegt.

Artikel 4

Anmeldung von Grunderzeugnissen

(1) Wird den Behörden des Einfuhrstaates bei der Einfuhr eine Anmeldung für die im Produktionsverfahren verwendeten Grunderzeugnisse vorgelegt, so errechnen diese Behörden, sofern sie nicht begründete Zweifel an der Richtigkeit der in der Anmeldung gemachten Angaben haben, den beweglichen Teilbetrag im Verhältnis zum Eigengewicht der zur Abfertigung gestellten Ware und den in der Anmeldung angegebenen Beträgen der Grunderzeugnisse.

(2) Die Regeln über die zu verwendenden Anmeldungen und die Verfahren für ihre Vorlage sind in Anlage 4 festgelegt.

Artikel 5

Überprüfung der Anmeldungen

(1) Die Vertragsparteien leisten einander bei der Überprüfung der Richtigkeit der Anmeldungen Amtshilfe.

(2) Das Verfahren zur Überprüfung der Anmeldungen ist in Anlage 5 näher geregelt.

Artikel 6

Referenzpreise

(1) Die Vertragsparteien teilen dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß die Preise der Grunderzeugnisse mit, für die Preisausgleichsmaßnahmen gelten. Die mitgeteilten Preise geben die tatsächliche Preislage im Hoheitsgebiet der Vertragspartei wieder. Dabei geht es um die Preise, die von der Verarbeitungsindustrie gewöhnlich auf der Großhandels- oder Herstellungsstufe gezahlt werden. Steht der Verarbeitungsindustrie oder einem Teil davon ein landwirtschaftliches Grunderzeugnis zu einem Preis zur Verfügung, der unter dem auf dem Inlandsmarkt üblichen Preis liegt, so ist die Mitteilung entsprechend anzupassen.

(2) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß bestätigt auf der Grundlage der Mitteilungen regelmäßig die bei der Berechnung der Preisausgleichsbeträge anzuwendenden Referenzpreise.

(3) Die anzuwendenden Referenzpreise, das Mitteilungssystem und die Verfahren für die Bestätigung der Referenzpreise sind in Anlage 6 geregelt.

Artikel 7

Koeffizienten

(1) Bei der Umrechnung der für diese Grunderzeugnisse angegebenen Beträge in Mengen, für die ein Referenzpreis bestätigt worden ist, wenden die Vertragsparteien vereinbarte Koeffizienten an.

(2) Anlage 7 enthält eine Liste der anzuwendenden Koeffizienten.

Artikel 8

Unterschied zwischen den Referenzpreisen

Für die jeweiligen Grunderzeugnisse darf der Preisausgleichsbetrag nicht höher sein als der Unterschied zwischen dem inländischen Referenzpreis und dem niedrigsten Referenzpreis in einer der Vertragsparteien.

Artikel 9

Höchstgrenze der Preisausgleichsbeträge

Eine Vertragspartei erhebt auf eine Ware aus dem Gebiet einer anderen Vertragspartei keine beweglichen Preisausgleichsbeträge, die höher sind als der Zoll oder der feste Betrag, den sie am 1. Januar 1992 für diese Ware anwendete, wenn diese aus der betreffenden Vertragspartei stammte. Diese Höchstgrenze gilt auch, wenn der Zoll oder der feste Betrag im Rahmen eines Zollkontingents verwaltet wurde, jedoch nicht, wenn zusätzlich zu dem Zoll oder dem festen Betrag am 1. Januar 1992 für die betreffende Ware eine Preisausgleichsmaßnahme galt.

KAPITEL III

SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Artikel 10

Nichtanwendung von Kapitel II auf Waren der Tabelle II

(1) Die Bestimmungen des Kapitels II gelten nicht für die in Tabelle II genannten Waren. Insbesondere dürfen die Vertragsparteien bei diesen Waren weder Einfuhrzölle noch Abgaben gleicher Wirkung einschließlich beweglicher Teilbeträge erheben oder Ausfuhrerstattungen gewähren.

(2) Für die in Absatz 1 genannten Waren sind in Artikel 2 der Anlage 1 besondere Regelungen im Hinblick auf Einfuhrzölle und andere feste Beträge festgelegt.

Artikel 11

Anwendung des Protokolls Nr. 2

Für den Handel zwischen einem EFTA-Staat und der Gemeinschaft mit einer Ware der jeweiligen Tabelle des Protokolls Nr. 2 zum Freihandelsabkommen gelten unbeschadet des Artikels 6 der Anlage 1 zu diesem Protokoll die Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 und des Protokolls Nr. 3 zu dem jeweiligen Freihandelsabkommen sowie alle anderen einschlägigen Bestimmungen des Freihandelsabkommens,

- wenn die Ware in Tabelle I aufgeführt ist, die Voraussetzungen für die Anwendung des in den Artikeln 3 bis 9 festgelegten Systems jedoch nicht erfüllt sind, oder

- wenn die Ware zu den HS-Kapiteln 1 bis 24 gehört, jedoch nicht in Tabelle I oder II aufgeführt ist, oder

- wenn die Ware in Protokoll 2 zu diesem Abkommen genannt ist.

Artikel 12

Transparenz

(1) Die Vertragsparteien stellen dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß alle näheren Angaben über sämtliche gemäß dem System nach den Artikeln 3 bs 9 angewandten Preisausgleichsmaßnahmen so bald wie möglich, spätestens jedoch zwei Wochen nach ihrem Inkrafttreten zur Verfügung. Jede Vertragspartei kann eine Überprüfung dieser Maßnahmen aufgrund der vorstehenden Bestimmungen im Gemeinsamen EWR-Ausschuß beantragen.

(2) Wendet eine Vertragspartei autonom oder vertragsmäßig für Waren, die in Tabelle I nicht aufgeführt sind, oder für Waren, die dort aufgeführt sind, jedoch aus Drittländern stammen, ein ähnliches wie das in den Artikeln 3 bis 9 festgelegte System an, so teilt sie dies dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß mit.

(3) Die Vertragsparteien teilen dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß binnenwirtschaftliche Maßnahmen mit, durch die sich der Preis von Grunderzeugnissen für die Verarbeitungsindustrie ermäßigt.

(4) Jede Vertragspartei kann über die Systeme und Maßnahmen im Sinne der Absätze 2 und 3 eine Erörterung im Gemeinsamen EWR-Ausschuß beantragen.

Artikel 13

Länderspezifische Regelungen

Die Artikel 4 bis 6 der Anlage 1 enthalten besondere Regelungen für Finnland, Island, Norwegen und Österreich.

Artikel 14

Überprüfungen

Die Vertragsparteien überprüfen zweijährlich die Entwicklung ihres Handels mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen. Eine erste Überprüfung ist vor Ende 1993 vorzunehmen. Im Lichte dieser Überprüfungen entscheiden die Vertragsparteien über eine mögliche Ausdehnung des Anwendungsbereich des Protokolls auf andere Waren sowie über eine mögliche Abschaffung der restlichen Zölle und sonstigen Abgaben im Sinne der Artikel 1 und 2 der Anlage 1.

ANLAGE 1

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien können zusätzlich zu den beweglichen Preisausgleichsteilbeträgen Zölle oder andere feste Beträge, die 10 v.H. nicht überschreiten, für folgende Waren anwenden:

2007 Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmus und Fruchtpasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln

(2) Die Vertragsparteien beseitigen die Zölle und sonstigen festen Beträge für die nachstehenden Waren schrittweise wie folgt:

a) Am 1. Januar 1993 wird jeder Zollsatz auf fünf Sechstel des Ausgangszollsatzes gesenkt;

b) die fünf weiteren Senkungen um je ein Sechstel erfolgen am 1. Januar 1994, 1. Januar 1995, 1. Januar 1996, 1. Januar 1997 und 1. Januar 1998.

1302 Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge; Pektinstoffe, Pektinate und Pektate; Agar-Agar und andere Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert:

20 - Pektinstoffe, Pektinate und Pektate:

ex 20 -- mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 5 GHT oder mehr

1517 Margarine; genießbare Mischungen und Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten und Ölen sowie von Fraktionen verschiedener Fette und Öle dieses Kapitels, ausgenommen genießbare Fette und Öle sowie deren Fraktionen der Position 1516:

10 - Margarine, ausgenommen flüssige Margarine:

ex 10 -- mit einem Milchfettgehalt von mehr als 10 bis 15 GHT

90 - andere:

ex 90	--	mit einem Milchfettgehalt von mehr als 10 bis 15 GHT
2106		Lebensmittelzubereitungen, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
ex 2106	-	andere als Zuckersirupe, aromatisiert oder gefärbt:
	--	mit einem Milchfettgehalt von mehr als 15 GHT

(3) Die Vertragsparteien senken die Zölle und sonstigen festen Beträge für die nachstehenden Waren schrittweise wie folgt:

a) Am 1. Januar 1993 wird jeder Zollsatz auf 90 v.H. des Ausgangszollsatzes gesenkt;

b) die vier weiteren Senkungen um je 10 v.H. erfolgen am 1. Januar 1994, 1. Januar 1995, 1. Januar 1996 und 1. Januar 1997.

1702		Andere Zucker, einschließlich chemisch reine Lactose, Maltose, Glucose und Fructose, fest; Zuckersirupe, ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen; Invertzuckercreme, auch mit natürlichem Honig vermischt; Zucker und Melassen, karamelisiert:
	50 -	chemisch reine Fructose

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien beseitigen die Einfuhrzölle und sonstigen festen Beträge für die nachstehenden Waren schrittweise wie folgt:

a) Am 1. Januar 1993 wird jeder Zollsatz auf fünf Sechstel des Ausgangszollsatzes gesenkt;

b) die fünf weiteren Senkungen um je ein Sechstel erfolgen am 1. Januar 1994, 1. Januar 1995, 1. Januar 1996, 1. Januar 1997 und 1. Januar 1998.

1302			Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge; Pektinstoffe, Pektinate und Pektate; Agar-Agar und andere Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert:
	20	-	Pektinstoffe, Pektinate und Pektate:
ex	20	--	mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von weniger als 5 GHT

(2) Die Vertragsparteien senken die Einfuhrzölle und sonstigen festen Beträge für die nachstehenden Waren schrittweise wie folgt:

a) Am 1. Januar 1993 wird jeder Zollsatz auf 90 v.H. des Ausgangszollsatzes gesenkt;

b) die vier weiteren Senkungen um je 10 v.H. erfolgen am 1. Januar 1994, 1. Januar 1995, 1. Januar 1996 und 1. Januar 1997.

1702			Andere Zucker, einschließlich chemisch reine Lactose, Maltose, Glucose und Fructose, fest; Zuckersirupe, ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen; Invertzuckercreme, auch mit natürlichem Honig vermischt; Zucker und Melassen, karamelisiert:
	90	-	andere, einschließlich Invertzucker:
ex	90	--	chemisch reine Maltose

Artikel 3

(1) Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz, von dem die in Artikel 1 und 2 vorgesehenen aufeinanderfolgenden Zollsenkungen vorgenommen werden, der von einer Vertragspartei am 1. Januar 1992 tatsächlich angewandte Zollsatz. Sollten nach dem 1. Januar 1992 Zollsenkungen aufgrund der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde zur Anwendung kommen, so sind diese gesenkten Zollsätze als Ausgangszollsätze zugrunde zu legen.

(2) Die gesenkten Zollsätze werden unter Abrundung auf die erste Dezimalstelle durch Streichen der zweiten Dezimalstelle angewendet.

Artikel 4

(1) Im Falle Finnlands gilt Artikel 9 des Protokolls nicht für Waren der HS-Positionen 1517 und 2007.

(2) Im Falle Norwegens gilt Artikel 9 des Protokolls nicht für Waren der HS-Positionen 2007, 2008 und 2104.

Artikel 5

(1) Im Falle Islands gilt das Protokoll nicht für folgende Waren:

2105		Speiseeis, auch kakaohaltig
2106		Lebensmittelzubereitungen, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
	90	- - andere:
ex	90	-- Zubereitungen, hauptsächlich aus Fett und Wasser bestehend, mit einem Gehalt an Butter oder anderem Milchfett von mehr als 15 GHT

Die Vertragsparteien werden vor Ende 1998 diese vorläufige Regelung überprüfen.

(2) Im Falle Islands gilt die in Artikel 9 festgelegte Höchstgrenze der auf Einfuhren erhobenen Preisausgleichsbeträge nicht für Waren der HS-Positionen 0403, 1517, 1806, 1901, 1902, 1905, 2007, 2103 und 2104.

Die Beträge der an der Grenze erhobenen Einfuhrabgaben dürfen jedoch auf keinen Fall die 1991 von Island auf Einfuhren aus dem Gebiet einer Vertragspartei angewandten Höchstbeträge überschreiten.

Artikel 6

(1) Im Falle Österreichs gilt Artikel 16 des Abkommens für Waren der HS-Position 2208 spätestens ab 1. Januar 1996. Das von Österreich für diese Waren angewandte Lizenzverfahren wird jedoch ab 1. Januar 1993 liberalisiert; ab diesem Zeitpunkt werden Lizenzen automatisch gewährt.

Österreich beseitigt in der Zeit vom 1. Januar 1993 bis 1. Januar 1996 die an der Grenze für Spirituosen und unvergällten Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von weniger als 80 % vol der HS-Position 2208 erhobenen Zölle schrittweise wie folgt:

a) Am 1. Januar 1993 wird der am 1. Januar 1991 tatsächlich angewandte Zollsatz um 15 v.H. gesenkt,

b) eine weitere Senkung um 15 v.H. erfolgt am 1. Januar 1994,

c) eine weitere Senkung um 30 v.H. erfolgt am 1. Januar 1995 und

d) eine letzte Senkung um 40 v.H. erfolgt am 1. Januar 1996.

Die gesenkten Zollsätze werden unter Abrundung auf die erste Dezimalstelle durch Streichen der zweiten Dezimalstelle angewendet.

Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen beseitigt Österreich unter Berücksichtigung der Zollzugeständnisse, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Rahmen der Handelsvereinbarung für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft gewährt worden sind, ab 1. Januar 1993 die Einfuhrzölle für folgende Waren:

2208	ex	30 Irish Whiskey
		40 Rum und Taffia
	ex	90 Irish Cream-Likör und Ouzo

(2) Für andere Zölle und Abgaben auf Spirituosen der HS-Position 2208 beachtet Österreich Artikel 14 des Abkommens.

(3) a) Österreich wendet spätestens ab 1. Januar 1997 das Abkommen auf folgende Waren an:

3505			Dextrine und andere modifizierte Stärken (z.B. Quellstärke oder veresterte Stärke); Leime auf der Grundlage von Stärken, Dextrinen oder anderen modifizierten Stärken:
	10	-	Dextrine und andere modifizierte Stärken
ex	10	--	andere als Stärken, verestert oder verethert
	20	-	Leime
3809			Appretur- oder Endausrüstungsmittel, Beschleuniger zum Färben oder Fixieren von Farbstoffen und andere Erzeugnisse und Zubereitungen (z.B. zubereitete Schlichtemittel und Zubereitungen zum Beizen), von der in der Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie oder ähnlichen Industrien verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen
	10	-	auf der Grundlage von Stärke oder Stärkederivaten
		--	andere:
ex	91	--	von der in der Textilindustrie verwendeten Art:
		-	mit einem Gehalt an Stärke oder Stärkederivaten
ex	92	--	von der in der Papierindustrie verwendeten Art:
		-	mit einem Gehalt an Stärke oder Stärkederivaten
ex	99	--	andere:
		-	mit einem Gehalt an Stärke oder Stärkederivaten

3823			Zubereitete Bindemittel für Gießereiformen oder -kerne; chemische Erzeugnisse und Zubereitungen der chemischen Industrie oder verwandter Industrien (einschließlich Mischungen von Naturprodukten), anderweit weder genannt noch inbegriffen; Rückstände der chemischen Industrie oder verwandter Industrien, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
	10	-	zubereitete Bindemittel für Gießereiformen oder -kerne:
ex	10	--	auf der Grundlage von Stärke oder Dextrinstärke
	90	-	andere:
ex	90	--	mit einem Gesamtgehalt an Zucker, Stärke, Stärkederivaten oder Waren der Positionen 0401 bis 0404 von 30 GHT oder mehr

b) solange Österreich auf die vorstehend genannten Waren das Abkommen nicht anwendet, gelten weiterhin die Bestimmungen des Freihandelsabkommens zwischen der EWG und Österreich betreffend den bilateralen Handel in diesem Sektor, einschließlich der Ursprungsregeln des Protokolls Nr. 3 und aller sonstigen einschlägigen Bestimmungen. Unter den gleichen Bedingungen gelten für den Handel zwischen Österreich und anderen EFTA-Staaten mit den vorstehend genannten Waren weiterhin Artikel 21 und Anhang B des EFTA-Übereinkommens sowie alle sonstigen einschlägigen Bestimmungen.

ANLAGE 2

Liste der Grunderzeugnisse, für die ein Preisausgleich im Sinne von Artikel 3 Absatz 3 des Protokolls gilt

ANLAGE 3

Verfahren für die Änderung der Liste der Grunderzeugnisse, für die ein Preisausgleich im Sinne von Artikel 3 Absatz 3 des Protokolls und Anlage 2 gilt

ANLAGE 4

Regeln über die zu verwendenden Anmeldungen und die Verfahren für ihre Vorlage im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 des Protokolls

ANLAGE 5

Einzelheiten über das Verfahren zur Überprüfung der Anmeldung im Sinne von Artikel 5 Absatz 2 des Protokolls

ANLAGE 6

Einzelheiten über die anzuwendenden Referenzpreise, das Mitteilungssystem und die Verfahren für die Bestätigung der Referenzpreise im Sinne von Artikel 6 Absatz 3 des Protokolls

ANLAGE 7

Liste der anzuwendenden Koeffizienten im Sinne von Artikel 7 Absatz 2 des Protokolls

TABELLE I

HS-Position	Warenbezeichnung
0403	Buttermilch, saure Milch und saurer Rahm, Joghurt, Kefir und andere fermentierte oder gesäuerte Milch (einschließlich Rahm), auch eingedickt oder aromatisiert, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln, Früchten, Nüssen oder Kakao:
10	- Joghurt:
ex 10	-- aromatisiert oder mit Zusatz von Früchten, Nüssen oder Kakao
90	- andere:
ex 90	-- aromatisiert oder mit Zusatz von Früchten, Nüssen oder Kakao
0710	Gemüse, auch in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren:
40	- Zuckermais (Zea mays var. saccharata)
0711 (*)	Gemüse, vorläufig haltbar gemacht (z.B. durch Schwefeldioxid oder in Wasser, dem Salz, Schwefeldioxid oder andere vorläufig konservierend wirkende Stoffe zugesetzt sind), zum unmittelbaren Genuß nicht geeignet
90	- anderes Gemüse; Mischungen von Gemüsen:
ex 90	-- Zuckermais (Zea mays var. saccharata)
1302	Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge; Pektinstoffe, Pektinate und Pektate; Agar-Agar und andere Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert:
20	- Pektinstoffe, Pektinate und Pektate:
ex 20	-- mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 5 GHT oder mehr

(*) Anmerkung: Zu dem in den HS-Positionen 0711, 2001 und 2004 genannten Zuckermais gehören nicht Mischungen von Zuckermais und anderen Erzeugnissen dieser Positionen.

www.parlament.gv.at

HS-Position	Warenbezeichnung
1517	Margarine; genießbare Mischungen und Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten und Ölen sowie von Fraktionen verschiedener Fette und Öle dieses Kapitels, ausgenommen genießbare Fette und Öle sowie deren Fraktionen der Position 1516:
	- Margarine, ausgenommen flüssige Margarine
10	-- mit einem Milchfettgehalt von mehr als 10 bis 15 GHT
ex 10	- andere:
90	-- mit einem Milchfettgehalt von mehr als 10 bis 15 GHT
ex 90	
1702	Andere Zucker, einschließlich chemisch reine Lactose, Maltose, Glucose und Fructose, fest; Zuckersirupe, ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen; Invertzuckercreme, auch mit natürlichem Honig vermischt; Zucker und Melassen, karamelisiert:
	- chemisch reine Fructose
50	Zuckerwaren ohne Kakaogehalt (einschließlich weiße Schokolade)
1704	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen
1806	Malzextrakt; Lebensmittelzubereitungen aus Mehl, Grieß, Stärke oder Malzextrakt, ohne Gehalt an Kakaopulver oder mit einem Gehalt an Kakaopulver von weniger als 50 GHT, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Lebensmittelzubereitungen aus Waren der Positionen 0401 bis 0404, ohne Gehalt an Kakaopulver oder mit einem Gehalt an Kakaopulver von weniger als 10 GHT, anderweit weder genannt noch inbegriffen
1901	
1902	Teigwaren, auch gekocht oder gefüllt (mit Fleisch oder anderen Stoffen) oder in anderer Weise zubereitet, z.B. Spaghetti, Makkaroni, Nudeln, Lasagne, Gnocchi, Ravioli, Canneloni; Couscous, auch zubereitet
	- Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt noch in anderer Weise zubereitet:
11	-- Eier enthaltend

HS-Position	Warenbezeichnung
19	-- andere
20	- Teigwaren, gefüllt (auch gekocht oder in anderer Weise zubereitet):
ex 20	-- andere als Waren mit einem Gehalt an Wurst, Fleisch, Schlachtnebenerzeugnissen oder Blut oder Mischungen daraus von mehr als 20 GHT;
30	- andere Teigwaren
40	- Couscous
1903	Tapiokasago und Sago aus anderen Stärken, in Form von Flocken, Graupen, Perlen, Krümeln und dergleichen
1904	Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide oder Getreideerzeugnissen hergestellt (z.B. Corn Flakes); Getreidekörner, ausgenommen Mais, vorgekocht oder in anderer Weise zubereitet
1905	Backwaren, auch kakaohaltig; Hostien, leere Oblatenkapseln der für Arzneiwaren verwendeten Art, Siegeloblaten, getrocknete Teigblätter aus Mehl oder Stärke und ähnliche Waren
2001	Gemüse, Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, mit Essig zubereitet oder haltbar gemacht:
90	- andere
ex 90	-- Zuckermais (Zea mays var. saccharata); Yamswurzeln, Süßkartoffeln und ähnliche genießbare Pflanzenteile, mit einem Stärkegehalt von 5 GHT oder mehr
2004	Anderes Gemüse, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht, gefroren:
10	- Kartoffeln
ex 10	-- in Form von Mehl, Grieß oder Flocken
90	- anderes Gemüse und Mischungen von Gemüsen
ex 90	-- Zuckermais (Zea mays var. saccharata)

HS-Position	Warenbezeichnung
2005	Anderes Gemüse, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht, nicht gefroren:
20	- Kartoffeln
ex 20	-- in Form von Mehl, Grieß oder Flocken
80	-- Zuckermais (Zea mays var. saccharata)
2007	Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und Fruchtpasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
2008	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
	- Schalenfrüchte, Erdnüsse und andere Samen, auch miteinander vermischt:
11	-- Erdnüsse:
ex 11	--- Erdnußmark
	- andere, einschließlich Mischungen, ausgenommen Mischungen der Unterposition 2008.19:
92	-- Mischungen:
ex 92	--- auf der Grundlage von Getreide
99	-- andere:
ex 99	--- Mais, anderer als Zuckermais (Zea mays var. saccharata)
2101	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee, Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Waren oder auf der Grundlage von Kaffee, Tee oder Mate; geröstete Zichorien und andere geröstete Kaffeemittel sowie Auszüge, Essenzen und Konzentrate hieraus:
10	- Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Auszüge, Essenzen und Konzentrate oder auf der Grundlage von Kaffee:

HS-Position	Warenbezeichnung
ex 10	-- mit einem Gehalt an Milchfett von 1,5 GHT oder mehr, an Milchprotein von 2,5 GHT oder mehr, an Zucker von 5 GHT oder mehr oder an Stärke von 5 GHT oder mehr
20	- Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Auszüge, Essenzen und Konzentrate oder auf der Grundlage von Tee oder Mate:
ex 20	-- mit einem Gehalt an Milchfett von 1,5 GHT oder mehr, an Milchprotein von 2,5 GHT oder mehr, an Zucker von 5 GHT oder mehr oder an Stärke von 5 GHT oder mehr
30	- geröstete Zichorienwurzeln und andere geröstete Kaffeemittel sowie Auszüge, Essenzen und Konzentrate hieraus:
ex 30	-- andere geröstete Kaffeemittel als geröstete Zichorienwurzeln; Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus anderen gerösteten Kaffeemitteln als gerösteten Zichorienwurzeln
2102	Hefen (lebend oder nicht lebend); andere Einzeller-Mikroorganismen, nicht lebend (ausgenommen Vaccine der Position 3002); zubereitete Backtriebmittel in Pulverform:
10	- Hefen, lebend:
ex 10	-- andere als Backhefen, ausgenommen solche zur Fütterung
20	- Hefen, nicht lebend; andere Einzeller-Mikroorganismen, nicht lebend
ex 20	-- andere als solche zur Fütterung
30	- zubereitete Backtriebmittel in Pulverform
2103	Zubereitungen zum Herstellen von Würzsoßen und zubereitete Würzsoßen; zusammengesetzte Würzmittel; Senfmehl, auch zubereitet, und Senf
20	- Tomatenketchup und andere Tomatensoßen
30	- Senfmehl, auch zubereitet, und Senf:
ex 30	-- Senf (einschließlich zubereitetes Senfmehl) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 5 GHT oder mehr
90	- andere:

HS-Position	Warenbezeichnung
ex 90	-- andere als Mango-Chutney, flüssig
2104	Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen und Brühen; zusammengesetzte homogenisierte Lebensmittelzubereitungen
2105	Speiseeis, auch kakaohaltig
2106	Lebensmittelzubereitungen, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
ex 2106	- andere als Zuckersirupe, aromatisiert oder gefärbt
2203	Bier aus Malz
2205	Wermutwein und andere Weine aus frischen Weintrauben, mit Pflanzen oder anderen Stoffen aromatisiert
2208	Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von 80 % vol, unvergällt; Branntwein, Likör und andere Spirituosen; zusammengesetzte alkoholhaltige Zubereitungen der zum Herstellen von Getränken verwendeten Art:
50	- Gin und Genever
90	- andere:
ex 90	-- Likör mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von 5 GHT oder mehr; Wodka und Aquavit
2209	Speiseessig

HS-Position	Warenbezeichnung
2905	Acyclische Alkohole, ihre Halogen-, Sulfo-, Nitro- oder Nitrosoderivate:
	- andere mehrwertige Alkohole
43	-- Mannitol
44	-- D-Glucitol (Sorbit)
3505	Dextrine und andere modifizierte Stärken (z.B. Quellstärke oder veresterte Stärke), Leime auf der Grundlage von Stärken, Dextrinen oder anderen modifizierten Stärken:
ex 3505	- andere als Stärken, verestert oder verethert (ex 10)
3809	Appretur- oder Endausrüstungsmittel, Beschleuniger zum Färben oder Fixieren von Farbstoffen und andere Erzeugnisse und Zubereitungen (z.B. zubereitete Schlichtemittel und Zubereitungen zum Beizen), von der in der Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie oder ähnlichen Industrien verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen
10	- auf der Grundlage von Stärke oder Stärkederivaten
3823	Zubereitete Bindemittel für Gießereiformen oder -kerne; chemische Erzeugnisse und Zubereitungen der chemischen Industrie oder verwandter Industrien (einschließlich Mischungen von Naturprodukten), anderweit weder genannt noch inbegriffen; Rückstände der chemischen Industrie oder verwandter Industrien, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
60	- Sorbit, ausgenommen Waren der Unterposition 2905.44

TABELLE II

HS-Position	Warenbezeichnung
0901	Kaffee, auch geröstet oder entkoffeiniert; Kaffeeschalen und Kaffeehäutchen; Kaffeemittel mit beliebigem Kaffeegehalt
0902	Tee
1302	Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge; Pektinstoffe, Pektinate und Pektate; Agar-Agar und andere Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert:
	- Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge:
12	-- von Süßholzwurzeln
13	-- von Hopfen
20	- Pektinstoffe, Pektinate und Pektate:
ex 20	-- mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von weniger als 5 GHT
	- Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert
31	-- Agar-Agar
32	-- Schleime und Verdickungsstoffe aus Johannisbrot, Johannisbrotkernen oder Guarsamen, auch modifiziert
39	-- andere
1404	Pflanzliche Erzeugnisse, anderweit weder genannt noch inbegriffen
20	- Baumwoll-Linters

HS-Position	Warenbezeichnung
1516	Tierische und pflanzliche Öle und Fette sowie deren Fraktionen, ganz oder teilweise hydriert, umgeestert, wiederverestert oder elaidiniert, auch raffiniert, jedoch nicht weiterverarbeitet:
20	- pflanzliche Fette und Öle sowie deren Fraktionen:
ex 20	-- hydriertes Rizinusöl (sog. Opalwachs)
1518	Tierische und pflanzliche Fette und Öle sowie deren Fraktionen, gekocht, oxidiert, dehydratisiert, geschwefelt, geblasen, durch Hitze im Vakuum oder in inertem Gas polymerisiert oder anders chemisch modifiziert, ausgenommen Waren der Position 1516; ungenießbare Mischungen und Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten und Ölen sowie von Fraktionen verschiedener Fette und Öle dieses Kapitels, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
ex 1518	- Linoxyn
1519	Technische einbasische Fettsäuren; saure Öle aus der Raffination; technische Fettalkohole:
ex 1519	- andere als solche zur Fütterung
1520	Glycerin, auch rein; Glycerinwasser und Glycerinunterlaugen
1521	Pflanzenwachse (ausgenommen Triglyceride), Bienenwachs, andere Insektenwachse und Walrat, auch raffiniert oder gefärbt
1522	Degras; Rückstände aus der Verarbeitung von Fettstoffen oder von tierischen oder pflanzlichen Wachsen
1702	Andere Zucker, einschließlich chemisch reine Lactose, Maltose, Glucose und Fructose, fest; Zuckersirupe, ohne Zusatz von Aroma- oder Farbstoffen; Invertzuckercreme, auch mit natürlichem Honig vermischt; Zucker und Melassen, karamelisiert:
90	- andere, einschließlich Invertzucker
ex 90	-- chemisch reine Maltose
1803	Kakaomasse, auch entfettet
1804	Kakaobutter, Kakaofett und Kakaoöl

HS-Position	Warenbezeichnung
1805	Kakaopulver ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln
2002	Tomaten, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht
90	- andere als ganz oder in Stücken
2008	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen
	- andere, einschließlich Mischungen, ausgenommen Mischungen der Unterposition 2008.19:
91	-- Palmherzen
2101	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee, Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Waren oder auf der Grundlage von Kaffee, Tee oder Mate; geröstete Zichorien und andere geröstete Kaffeemittel sowie Auszüge, Essenzen und Konzentrate hieraus:
10	- Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Auszüge, Essenzen und Konzentrate oder auf der Grundlage von Kaffee
ex 10	-- kein Milchfett, Milchprotein, Zucker und keine Stärke enthaltend, oder weniger als 1,5 GHT Milchfett, 2,5 GHT Milchprotein, 5 GHT Zucker oder 5 GHT Stärke enthaltend
20	- Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Auszüge, Essenzen und Konzentrate oder auf der Grundlage von Tee oder Mate:
ex 20	-- kein Milchfett, Milchprotein, Zucker und keine Stärke enthaltend, oder weniger als 1,5 GHT Milchfett, 2,5 GHT Milchprotein, 5 GHT Zucker oder 5 GHT Stärke enthaltend

HS-Position	Warenbezeichnung
30	- geröstete Zichorienwurzeln und andere geröstete Kaffeemittel sowie Auszüge, Essenzen und Konzentrate hieraus:
ex 30	-- geröstete Zichorienwurzeln; Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus gerösteten Zichorienwurzeln
2103	Zubereitungen zum Herstellen von Würzsoßen und zubereitete Würzsoßen; zusammengesetzte Würzmittel; Senfmehl, auch zubereitet, und Senf:
10	- Sojasoße
30	- Senfmehl, auch zubereitet, und Senf:
ex 30	-- Senfmehl, auch zubereitet, und Senf; Senf (einschließlich zubereitetes Senfmehl) mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker von weniger als 5 GHT
90	- andere:
ex 90	-- Mango-Chutney, flüssig
2201	Wasser, einschließlich natürliches oder künstliches Mineralwasser und kohlensäurehaltiges Wasser, ohne Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Aromastoffen; Eis und Schnee
2208	Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von weniger als 80 % vol, unvergällt; Branntwein, Likör und andere Spirituosen; zusammengesetzte alkoholhaltige Zubereitungen der zum Herstellen von Getränken verwendeten Art:
20	- Branntwein aus Wein oder Traubentrester
30	- Whisky
40	- Rum und Taffia
90	- andere:
ex 90	-- andere als Likör mit einem Gehalt an zugesetztem Zucker, Wodka und Aquavit von mehr als 5 GHT

PROTOKOLL 4

ÜBER DIE URSPRUNGSREGELN

INHALTSVERZEICHNIS

TITEL I - ALLGEMEINES

- Art. 1 Begriffsbestimmungen

TITEL II - BESTIMMUNG DES BEGRIFFS "URSPRUNGSERZEUGNISSE"

- Art. 2 Urprungskriterien
- Art. 3 Vollständig gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse
- Art. 4 In ausreichendem Maße be- oder verarbeitete Erzeugnisse
- Art. 5 Nicht ausreichende Be- oder Verarbeitungen
- Art. 6 Maßgebende Einheit
- Art. 7 Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge
- Art. 8 Warenzusammenstellungen
- Art. 9 Neutrale Elemente

TITEL III - TERRITORIALE VORAUSSETZUNGEN

- Art. 10 Territorialitätsprinzip
- Art. 11 Be- oder Verarbeitungen außerhalb des EWR
- Art. 12 Wiedereinfuhr von Waren
- Art. 13 Unmittelbare Beförderung
- Art. 14 Ausstellungen

TITEL IV - ZOLLRÜCKVERGÜTUNG ODER ZOLLBEFREIUNG

- Art. 15 Verbot der Zollrückvergütung oder Zollbefreiung

TITEL V - NACHWEIS DER URSPRUNGSEIGENSCHAFT

- Art. 16 Allgemeines
- Art. 17 Verfahren für die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1
- Art. 18 Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigung EUR.1
- Art. 19 Ausstellung eines Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1
- Art. 20 Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 auf der Grundlage vorher ausgestellter Ursprungsnachweise
- Art. 21 Voraussetzungen für die Ausfertigung einer Erklärung auf der Rechnung
- Art. 22 Ermächtigter Ausführer
- Art. 23 Geltungsdauer der Ursprungsnachweise
- Art. 24 Vorlage der Ursprungsnachweise
- Art. 25 Einfuhr in Teilsendungen
- Art. 26 Ausnahmen vom förmlichen Ursprungsnachweis
- Art. 27 Lieferantenerklärung
- Art. 28 Belege
- Art. 29 Aufbewahrung der Ursprungsnachweise, Lieferantenerklärungen und Belege
- Art. 30 Abweichungen und Formfehler
- Art. 31 In ECU ausgedrückte Beträge

TITEL VI - METHODEN DER ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGEN

- Art. 32 Amtshilfe
- Art. 33 Prüfung der Ursprungsnachweise
- Art. 34 Prüfung der Lieferantenerklärungen
- Art. 35 Beilegung von Streitigkeiten
- Art. 36 Sanktionen

TITEL VII - CEUTA UND MELILLA

- Art. 37 Bestimmungen für Ceuta und Melilla

- Art. 38 Besondere Bestimmungen

LISTE DER ANLAGEN

Anlage I: Einleitende Bemerkungen zur Liste in Anlage II

Anlage II: Liste der Be- oder Verarbeitungen, die an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft vorgenommen werden müssen, um der hergestellten Ware die Ursprungseigenschaft zu verleihen

Anlage III: Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und Antrag auf eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

Anlage IV: Erklärung auf der Rechnung

Anlage V: Lieferantenerklärung

Anlage VI: Langzeit-Lieferantenerklärung

Anlage VII: Liste der in Artikel 2 Absatz 3 genannten Waren, die zeitweilig aus dem Geltungsbereich dieses Protokolls mit Ausnahme der Titel IV bis VI ausgeschlossen sind

Anlage VIII: Liste der in Artikel 2 Absatz 2 genannten Waren, für die das Gebiet der Republik Österreich zum Zwecke der Bestimmung des Ursprungs aus dem EWR ausgeschlossen ist

TITEL I

ALLGEMEINES

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls bedeuten

a) der Begriff "Herstellen" jede Be- oder Verarbeitung einschließlich Zusammenbau oder besondere Vorgänge;

b) der Begriff "Vormaterial" jegliche Zutaten, Rohstoffe, Komponenten oder Teile usw., die beim Herstellen des Erzeugnisses verwendet werden;

c) der Begriff "Erzeugnis" das hergestellte Erzeugnis, auch wenn es zur späteren Verwendung in einem anderen Herstellungsvorgang bestimmt ist;

d) der Begriff "Waren" sowohl Vormaterialien als auch Erzeugnisse;

e) der Begriff "Zollwert" den Wert, der gemäß dem am 12. April 1979 in Genf unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens festgelegt wird;

f) der Begriff "ab-Werk-Preis" den Preis Ware ab Werk, der dem Hersteller im EWR , in dessen Unternehmen die letzte Be- oder Verarbeitung durchgeführt worden ist, oder der Person im EWR gezahlt wird, die die letzte Be- oder Verarbeitung außerhalb des EWR veranlaßt hat, sofern dieser Preis den Wert aller verwendeten Vormaterialien umfaßt, abzüglich aller internen Abgaben, die erstattet werden oder erstattet werden können, wenn das hergestellte Erzeugnis ausgeführt wird;

g) der Begriff "Wert der Vormaterialien" den Zollwert zum Zeitpunkt der Einfuhr der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft oder, wenn dieser Wert nicht bekannt ist und nicht festgestellt werden kann, den ersten feststellbaren Preis, der im EWR für die Vormaterialien gezahlt worden ist;

h) der Begriff "Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft" den Wert dieser Materialien im Sinne des Buchstabens g, der sinngemäß anzuwenden ist;

i) die Begriffe "Kapitel" und "Position" die Kapitel und die Positionen (vierstelligen Codes) der Nomenklatur des Harmonisierten Systems zur Bezeichnung und Codierung der Waren (in diesem Protokoll als "Harmonisiertes System" oder "HS" bezeichnet);

j) der Begriff "einreihen" die Einreihung von Erzeugnissen oder Vormaterialien in eine bestimmte Position;

k) der Begriff "Sendung" Erzeugnisse, die entweder gleichzeitig von einem Ausführer an einen Empfänger oder mit einem einzigen Beförderungspapier oder - bei Fehlen eines solchen Papiers - mit einer einzigen Rechnung vom Ausführer an den Empfänger versandt werden.

TITEL II

BESTIMMUNG DES BEGRIFFS "URSPRUNGSERZEUGNISSE"

Artikel 2

Ursprungskriterien

(1) Im Sinne dieses Abkommens gilt ein Erzeugnis als Ursprungserzeugnis des EWR, wenn es im EWR entweder vollständig gewonnen oder hergestellt oder in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden ist. Für diesen Zweck gelten die Gebiete der Vertragsparteien einschließlich der Küstenmeere, für die dieses Abkommen gilt, als ein Gebiet.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 ist das Gebiet der Republik Österreich bis zum 1. Januar 1997 für die Zwecke der Bestimmung des Ursprungs der Erzeugnisse in Anlage VIII aus dem EWR ausgeschlossen; solche Erzeugnisse gelten nur dann als Ursprungserzeugnisse des EWR, wenn sie im Gebiet der anderen Vertragsparteien entweder vollständig gewonnen oder hergestellt oder in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind.

(3) Die Erzeugnisse in Anlage VII werden zeitweilig aus dem Geltungsbereich dieses Protokolls ausgeschlossen. Jedoch gelten die Titel IV bis VI sinngemäß für diese Erzeugnisse.

Artikel 3

Vollständig gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse

(1) Folgende Erzeugnisse gelten als im EWR vollständig gewonnen oder hergestellt:

a) dort aus dem Boden oder dem Meeresgrund gewonnene mineralische Stoffe;

b) dort geerntete pflanzliche Erzeugnisse;

c) dort geborene und aufgezogene lebende Tiere;

d) Erzeugnisse von dort gehaltenen lebenden Tieren;

e) Erzeugnisse der dort betriebenen Jagd und Fischerei;

f) Erzeugnisse der Seefischerei und andere von Schiffen der Vertragsparteien außerhalb der eigenen Hoheitsgewässer aus der See gewonnene Erzeugnisse;

g) Erzeugnisse, die an Bord von Fabrikschiffen der Vertragsparteien ausschließlich aus den unter Buchstabe f genannten Erzeugnissen hergestellt werden;

h) dort gesammelte Altwaren, die nur zur Gewinnung von Rohstoffen verwendet werden können, einschließlich gebrauchte Reifen, die nur zur Runderneuerung oder als Abfall verwendet werden können;

i) Abfälle, die bei einer dort ausgeübten Produktionstätigkeit anfallen;

j) Waren, die dort ausschließlich aus Erzeugnissen gemäß den Buchstaben a bis i hergestellt werden.

(2) Der Begriff "Schiffe" beziehungsweise "Fabrikschiffe der Vertragsparteien" in Absatz 1 Buchstaben f) und g) bezeichnet nur Schiffe und Fabrikschiffe,

a) die in einem EG-Mitgliedstaat oder in einem EFTA-Staat im Schiffsregister eingetragen oder dort angemeldet sind;

b) die die Flagge eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staats führen;

c) die mindestens zur Hälfte Eigentum von Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten oder einer Gesellschaft sind, die ihren Hauptsitz in einem dieser Staaten hat, bei der der oder die Geschäftsführer, der Vorsitzende des Verwaltungsrats oder des Aufsichtsrats und die Mehrheit der Mitglieder dieser Gremien Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten sind und im Falle von Personengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung außerdem das Gesellschaftskapital mindestens zur Hälfte an dem Abkommen beteiligten Staaten, öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Staatsangehörigen dieser Staaten gehört;

d) deren Schiffsführung aus Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten besteht;

e) deren Besatzung zu wenigstens 75 % aus Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten besteht.

Artikel 4

In ausreichendem Maße be- oder verarbeitete Erzeugnisse

(1) Im Sinne des Artikels 2 gelten Erzeugnisse, die nicht vollständig im EWR gewonnen oder hergestellt worden sind, als dort in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet, wenn sie die Voraussetzungen der Liste in Anlage II erfüllen.

Diese Voraussetzungen bestehen für alle unter das Abkommen fallenden Erzeugnisse in der Angabe der Be- oder Verarbeitungen, die an Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die für die Herstellung dieser Erzeugnisse verwendet werden, vorgenommen werden müssen, und gelten nur im Zusammenhang mit diesen Vormaterialien. Wird demnach ein Erzeugnis, das durch Erfüllen der Voraussetzungen der Liste für dieses Erzeugnis die Ursprungseigenschaft erworben hat, zur Herstellung eines anderen Erzeugnisses verwendet, so braucht es die Voraussetzungen, die für das Erzeugnis gelten, zu dessen Herstellung es verwendet wird, nicht zu erfüllen, und Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die gegebenenfalls zu seiner Herstellung verwendet worden sind, bleiben unberücksichtigt.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 und vorbehaltlich des Artikels 11 Absatz 4 können Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die gemäß den für ein Erzeugnis in der Liste angegebenen Voraussetzungen für die Herstellung dieses Erzeugnisses nicht verwendet werden dürfen, unter folgenden Voraussetzungen dennoch verwendet werden:

a) ihr Gesamtwert überschreitet nicht 10 v.H. des ab-Werk-Preises des hergestellten Erzeugnisses;

b) sind in der Liste ein oder mehrere Vomhundertsätze für den Höchstwert von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft angegeben, so dürfen sie durch die Anwendung dieses Absatzes nicht überschritten werden.

Dieser Absatz gilt nicht für Waren der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten vorbehaltlich des Artikels 5.

Artikel 5

Nicht ausreichende Be- und Verarbeitungen

(1) Folgende Be- oder Verarbeitungen gelten ohne Rücksicht darauf, ob die Voraussetzungen des Artikels 4 erfüllt sind, als nicht ausreichend, um die Ursprungseigenschaft zu verleihen:

a) Behandlungen, die dazu bestimmt sind, die Erzeugnisse während des Transports oder der Lagerung in ihrem Zustand zu erhalten (Lüften, Ausbreiten, Trocknen, Kühlen, Einlegen in Salzlake oder in Wasser mit Schwefel oder mit einem Zusatz von anderen Stoffen, Entfernen verdorbener Teile und ähnliche Behandlungen);

b) einfaches Entstauben, Sieben, Aussondern, Einordnen, Sortieren (einschließlich des Zusammenstellens von Sortimenten), Waschen, Anstreichen, Zerschneiden;

c) i) Auswechseln von Umschließungen, Teilen oder Zusammenstellen von Packstücken;

ii) einfaches Abfüllen in Flaschen, Fläschchen, Säcke, Etuis, Schachteln, Befestigen auf Brettchen usw. sowie alle anderen einfachen Verpackungsvorgänge;

d) Anbringen von Warenmarken, Etiketten oder anderen gleichartigen Unterscheidungszeichen auf den Erzeugnissen selbst oder auf ihren Umschließungen;

e) einfaches Mischen von Erzeugnissen auch verschiedener Arten, wenn ein oder mehrere Bestandteile der Mischung nicht den in diesem Protokoll festgelegten Voraussetzungen entsprechen, um als Ursprungserzeugnisse des EWR zu gelten;

f) einfaches Zusammenfügen von Teilen zu einem vollständigen Erzeugnis;

g) Zusammentreffen von zwei oder mehr der unter den Buchstaben a bis f genannten Behandlungen;

h) Schlachten von Tieren.

(2) Alle im EWR an einem Erzeugnis vorgenommene Be- und Verarbeitungen sind zusammengenommen der Entscheidung zugrunde zu legen, ob die an dem betreffenden Erzeugnis vorgenommenen Be- und Verarbeitungen als nicht ausreichend im Sinne des Absatzes 1 anzusehen sind.

Artikel 6

Maßgebende Einheit

(1) Maßgebende Einheit für die Anwendung dieses Protokolls ist jedes Erzeugnis, das als Grundlage für die Einreihung in die Position des Harmonisierten Systems dient.

Daraus ergibt sich, daß

a) jede Gruppe oder Zusammenstellung von Erzeugnissen, die nach dem Harmonisierten System in eine einzige Position eingereiht wird, als Ganzes die maßgebende Einheit darstellt;

b) bei einer Sendung mit gleichen Erzeugnissen, die in dieselbe Position des Harmonisierten Systems eingereiht werden, jedes Erzeugnis zur Anwendung dieses Protokolls für sich betrachtet werden muß.

(2) Werden Umschließungen gemäß der Allgemeinen Vorschrift 5 zum Harmonisierten System wie das darin enthaltene Erzeugnis eingereiht, so werden sie auch für die Bestimmung des Ursprungs wie das Erzeugnis behandelt.

Artikel 7

Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge

Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge, die mit Geräten, Maschinen, Apparaten oder Fahrzeugen geliefert werden, werden mit diesen zusammen als Einheit angesehen, wenn sie als Bestandteil der Normalausrüstung in deren Preis enthalten sind oder als zu den betreffenden Geräten, Maschinen, Apparaten oder Fahrzeugen gehörig betrachtet und nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.

Artikel 8

Warenzusammenstellungen

Warenzusammenstellungen im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 3 zum Harmonisierten System gelten als Ursprungserzeugnisse, wenn alle dazugehörigen Waren Ursprungserzeugnisse sind. Jedoch gilt eine Warenzusammenstellung aus Ursprungserzeugnissen und Erzeugnissen ohne Ursprungseigenschaft insgesamt als Ursprungserzeugnis, sofern der Wert der Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft 15 v.H. des ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet.

Artikel 9

Neutrale Elemente

Bei der Feststellung, ob ein Erzeugnis ein Ursprungserzeugnis des EWR ist, wird nicht geprüft, ob Energie, Anlagen und Ausrüstung, Maschinen und Werkzeuge, die zur Herstellung des Erzeugnisses verwendet wurden, oder sonstige Waren, die im Verlauf der Herstellung verwendet wurden, aber nicht in die endgültige Zusammensetzung des Erzeugnisses eingehen sollten und auch nicht eingegangen sind, Ursprungserzeugnisse sind oder nicht.

TITEL III

TERRITORIALE AUFLAGEN

Artikel 10

Territorialitätsprinzip

Die in Titel II genannten Voraussetzungen für den Erwerb der Ursprungseigenschaft müssen ohne Unterbrechung im EWR erfüllt werden. In diesem Sinne gilt der Erwerb der Ursprungseigenschaft vorbehaltlich der Artikel 11 und 12 als unterbrochen, wenn im EWR be- oder verarbeitete Waren das Gebiet des EWR verlassen haben, ohne Rücksicht darauf, ob Be- oder Verarbeitungen außerhalb dieses Gebiets vorgenommen worden sind.

Artikel 11

Be- oder Verarbeitungen außerhalb des EWR

(1) Der Erwerb der Ursprungseigenschaft unter den Voraussetzungen des Titels II wird nicht berührt durch Be- oder Verarbeitungen, die außerhalb des EWR an aus dem EWR ausgeführten und anschließend in den EWR wiedereingeführten Vormaterialien durchgeführt werden, sofern:

a) die genannten Vormaterialien im EWR vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind oder dort vor ihrer Ausfuhr aus dem EWR eine Be- oder Verarbeitung erfahren haben, die über die in Artikel 5 genannten nicht ausreichenden Behandlungen hinausgeht; und

b) den Zollbehörden glaubhaft dargelegt werden kann, daß

i) die wiedereingeführten Waren aus der Be- oder Verarbeitung der ausgeführten Vormaterialien stammen; und

ii) die gemäß diesem Artikel außerhalb des EWR insgesamt erzielte Wertsteigerung 10 v.H. des ab-Werk-Preises des fertigen Erzeugnisses nicht überschreitet, für das die Ursprungseigenschaft beansprucht wird.

(2) Im Sinne des Absatzes 1 gelten die Voraussetzungen des Titels II für den Erwerb der Ursprungseigenschaft nicht für Be- oder Verarbeitungen außerhalb des EWR. Enthält aber die Liste in Anlage II für die Bestimmung der Ursprungseigenschaft des betreffenden fertigen Erzeugnisses eine Regel mit dem Höchstwert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, so dürfen der Gesamtwert der im EWR verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft und die gemäß diesem Artikel außerhalb des EWR insgesamt erzielte Wertsteigerung zusammengenommen den angegebenen Vomhundertsatz nicht überschreiten.

(3) Im Sinne der Absätze 1 und 2 bedeutet der Begriff "insgesamt erzielte Wertsteigerung" alle außerhalb des EWR anfallenden Kosten einschließlich des gesamten Werts der dort hinzugefügten Vormaterialien.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Erzeugnisse, die die Voraussetzungen der Liste in Anlage II nicht erfüllen und nur infolge der allgemeinen Toleranz in Artikel 4 Absatz 2 als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet angesehen werden können.

(5) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Waren der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems.

Artikel 12

Wiedereinfuhr von Waren

Waren, die aus dem Gebiet einer Vertragspartei in ein Drittland ausgeführt und anschließend wiedereingeführt worden sind, werden so behandelt, als hätten sie den EWR nicht verlassen, sofern den Zollbehörden glaubhaft dargelegt werden kann, daß

a) die wiedereingeführten Waren die nämlichen ausgeführten Waren sind;

b) diese Waren während ihres Aufenthalts in dem betreffenden Land oder während der Ausfuhr keine Behandlung erfahren haben, die über das zur Erhaltung ihres Zustandes erforderliche Maß hinausgeht.

Artikel 13

Unmittelbare Beförderung

(1) Die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Präferenzbehandlung gilt nur für den Voraussetzungen dieses Protokolls entsprechende Erzeugnisse, die im EWR befördert werden. Jedoch kann die Beförderung von Erzeugnissen, die eine einzige Sendung bilden, unter Durchfuhr durch andere Gebiete als dem EWR, gegebenenfalls auch mit einer Umladung oder vorübergehenden Einlagerung in diesen Gebieten, erfolgen, sofern die Erzeugnisse unter der zollamtlichen Überwachung der Behörden des Durchfuhr- oder Einlagerungslandes verbleiben und dort nur ent- und wiederverladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben.

(2) Der Nachweis, daß die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist erbracht, wenn den Zollbehörden des Einfuhrlandes folgende Unterlagen vorgelegt werden:

a) ein in dem Ausfuhrland ausgestelltes durchgehendes Frachtpapier, mit dem die Beförderung durch das Durchfuhrland erfolgt ist, oder

b) eine von den Zollbehörden des Durchfuhrlandes ausgestellte Bescheinigung mit folgenden Angaben:

   i) genaue Warenbeschreibung,

   ii) Zeitpunkt des Ent- und Wiederverladens der Waren, gegebenenfalls unter Angabe der benutzten Schiffe, und

   iii) Bescheinigung über die Bedingungen, unter denen die Waren im Durchfuhrland verblieben sind, oder,

c) falls diese Papiere nicht vorhanden sind, alle sonstigen beweiskräftigen Unterlagen.

Artikel 14

Ausstellungen

(1) Werden Erzeugnisse aus dem Gebiet einer Vertragspartei zu einer Ausstellung in ein Drittland versandt und nach der Ausstellung zur Einfuhr in das Gebiet einer anderen Vertragspartei verkauft, so ist das Abkommen bei der Einfuhr auf sie anzuwenden, sofern sie die Voraussetzungen dieses Protokolls für die Anerkennung als Ursprungserzeugnisse des EWR erfüllen und sofern den Zollbehörden nachgewiesen wird, daß

a) ein Ausführer diese Erzeugnisse aus dem Gebiet einer Vertragspartei in das Ausstellungsland versandt und dort ausgestellt hat;

b) dieser Ausführer die Erzeugnisse einem Empfänger im Gebiet einer anderen Vertragspartei verkauft oder überlassen hat;

c) die Erzeugnisse während oder unmittelbar nach der Ausstellung in dem Zustand, in dem sie zur Ausstellung versandt worden waren, in das Gebiet der zuletzt genannten Vertragspartei versandt worden sind; und

d) die Erzeugnisse ab dem Zeitpunkt, zu dem sie zur Ausstellung versandt wurden, nicht zu anderen Zwecken als zur Vorführung auf dieser Ausstellung verwendet worden sind.

(2) Nach Maßgabe des Titels V ist ein Ursprungsnachweis auszustellen oder auszufertigen und den Zollbehörden des Einfuhrlandes unter den üblichen Voraussetzungen vorzulegen. Darin sind Bezeichnung und Anschrift der Ausstellung anzugeben. Falls erforderlich, kann ein zusätzlicher Nachweis über die Beschaffenheit der Waren und die Umstände verlangt werden, unter denen sie ausgestellt worden sind.

(3) Absatz 1 gilt für alle Ausstellungen, Messen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen kommerzieller, industrieller, landwirtschaftlicher oder handwerklicher Art, bei denen die Waren unter zollamtlicher Überwachung bleiben; ausgenommen sind Veranstaltungen zu privaten Zwecken für den Verkauf ausländischer Erzeugnisse in Läden oder Geschäftslokalen.

TITEL IV

ZOLLRÜCKVERGÜTUNG ODER ZOLLBEFREIUNG

Artikel 15

Verbot der Zollrückvergütung oder Zollbefreiung

(1) Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die zur Herstellung von Ursprungserzeugnissen des EWR im Sinne dieses Protokolls verwendet worden sind, für die ein Ursprungsnachweis nach Maßgabe des Titels V ausgestellt oder ausgefertigt wird, dürfen im Gebiet einer Vertragspartei nicht Gegenstand einer wie auch immer gearteten Zollrückvergütung oder Zollbefreiung sein.

(2) Das Verbot nach Absatz 1 betrifft alle im Gebiet einer Vertragspartei geltenden Maßnahmen, durch die die Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf verwendete Vormaterialien vollständig oder teilweise erstattet, erlassen oder nicht erhoben werden, sofern die Erstattung, der Erlaß oder die Nichterhebung ausdrücklich oder faktisch gewährt wird, wenn die aus den betreffenden Vormaterialien hergestellten Erzeugnisse ausgeführt werden, nicht dagegen, wenn diese Erzeugnisse im Gebiet der betreffenden Vertragspartei in den freien Verkehr übergehen.

(3) Der Ausführer von Erzeugnissen, für die ein Ursprungsnachweis vorliegt, hat auf Verlangen der Zollbehörden jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis dessen vorzulegen, daß für die bei der Herstellung dieser Erzeugnisse verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft keine Zollrückvergütung gewährt worden ist und sämtliche für solche Vormaterialien geltenden Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung tatsächlich entrichtet worden sind.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Umschließungen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2, für Zubehör, Ersatzteile und Werkzeuge im Sinne des Artikels 7 sowie für Warenzusammenstellungen im Sinne des Artikels 8, wenn es sich dabei um Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft handelt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten nur für Vormaterialien der Art, die unter das Abkommen fallen. Sie schließen ferner nicht aus, daß die Vertragsparteien Preisausgleichsmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse anwenden, die nach Maßgabe dieses Abkommens bei der Ausfuhr zulässig sind.

TITEL V

NACHWEIS DER URSPRUNGSEIGENSCHAFT

Artikel 16

Allgemeines

(1) Ursprungserzeugnisse im Sinne dieses Protokolls werden bei der Einfuhr in das Gebiet einer Vertragspartei nach Maßgabe des Abkommens behandelt, sofern

a) eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nach dem Muster in Anlage III vorgelegt wird, oder

b) in den in Artikel 21 Absatz 1 genannten Fällen vom Ausführer eine Erklärung mit dem in Anlage IV zu diesem Protokoll angegebenen Wortlaut auf einer Rechnung, einem Lieferschein oder anderen Handelspapieren abgegeben wird, in der die Erzeugnisse so genau

bezeichnet sind, daß die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist (nachstehend "Erklärung auf der Rechnung" genannt).

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 werden die Ursprungserzeugnisse im Sinne dieses Protokolls in den in Artikel 26 genannten Fällen nach Maßgabe des Abkommens behandelt, ohne daß eines der obengenannten Papiere vorgelegt werden muß.

Artikel 17

Verfahren für die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes auf schriftlichen Antrag des Ausführers oder unter seiner Verantwortung gestellten schriftlichen Antrag seines bevollmächtigten Vertreters ausgestellt.

(2) Der Ausführer oder sein bevollmächtigter Vertreter füllt das Formblatt der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und des Antrags nach den Mustern in Anlage III aus.

Die Formblätter sind gemäß den Rechtsvorschriften des Ausfuhrlandes in einer der Sprachen auszufüllen, in denen das Abkommen abgefaßt ist. Werden sie handschriftlich ausgefüllt, so muß dies mit Tinte in Druckschrift erfolgen. Die Warenbezeichnung ist in dem dafür vorgesehenen Feld ohne Zeilenzwischenraum einzutragen. Ist das Feld nicht vollständig

ausgefüllt, so ist unter die letzte Zeile der Warenbezeichnung ein waagerechter Strich zu ziehen und der nicht ausgefüllte Teil des Feldes durchzustreichen.

(3) Der Ausführer, der die Ausstellung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat auf Verlangen der Zollbehörden des Ausfuhrlandes, in dem die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt wird, jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls vorzulegen.

(4) Die Zollbehörden eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staats stellen eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 aus, wenn die betreffenden Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse des EWR gelten können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllen.

(5) Die ausstellenden Zollbehörden treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und die Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls zu überprüfen. Sie sind hierzu berechtigt, die Vorlage von Nachweisen zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachteten Kontrollen durchzuführen.

Die ausstellenden Zollbehörden achten ferner darauf, daß die in Absatz 2 genannten Formblätter ordnungsgemäß ausgefüllt sind. Sie prüfen insbesondere, ob das Feld mit der Warenbezeichnung so ausgefüllt ist, daß jede Möglichkeit eines mißbräuchlichen Zusatzes ausgeschlossen ist.

(6) In dem von den Zollbehörden auszufüllenden Teil der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist das Ausstellungsdatum anzugeben.

(7) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 wird bei der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sie sich bezieht, von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes ausgestellt. Sie wird zur Verfügung des Ausführers gehalten, sobald die Ausfuhr tatsächlich erfolgt oder sichergestellt ist.

Artikel 18

Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1

(1) Unbeschadet des Artikels 17 Absatz 7 kann die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausnahmsweise auch nach der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sie sich bezieht, ausgestellt werden,

a) wenn sie infolge eines Irrtums, unverschuldeten Versehens oder besonderer Umstände bei der Ausfuhr nicht ausgestellt worden ist; oder

b) wenn den Zollbehörden nachgewiesen wird, daß eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausgestellt, aber bei der Einfuhr aus technischen Gründen nicht angenommen worden ist.

(2) Bei Inanspruchnahme des Absatzes 1 hat der Ausführer in seinem Antrag Ort und Zeitpunkt der Ausfuhr der Erzeugnisse, auf die sich die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 bezieht, sowie die Gründe für seinen Antrag anzugeben.

(3) Die Zollbehörden dürfen eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 nachträglich erst ausstellen, nachdem sie geprüft haben, ob die Angaben im Antrag des Ausführers mit den entsprechenden Unterlagen übereinstimmen.

(4) Nachträglich ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 müssen einen der folgenden Vermerke tragen:

'EXPEDIDO A POSTERIORI', 'UDSTEDT EFTERFØLGENDE', 'NACHTRÄGLICH AUSGESTELLT', 'ΕΚΔΟΘΕΝ ΕΚ ΤΩΝ ΥΣΤΕΡΩΝ', 'ISSUED RETROSPECTIVELY', 'DELIVRE A POSTERIORI', 'RILASCIATO A POSTERIORI', 'AFGEGEVEN A POSTERIORI', 'EMITIDO A POSTERIORI', 'ÚTGEFID EFTIR Á' 'UTSTEDT SENERE', 'ANNETTU JÄLKIKÄTEEN', 'UTFÄRDAT I EFTERHAND'.

(5) Der in Absatz 4 genannte Vermerk wird in das Feld "Bemerkungen" der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 eingetragen.

Artikel 19

Ausstellung eines Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1

(1) Bei Diebstahl, Verlust oder Vernichtung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 kann der Ausführer bei den Zollbehörden, die sie ausgestellt haben, ein Duplikat beantragen, das anhand der in ihrem Besitz befindlichen Ausfuhrpapiere ausgefertigt wird.

(2) Dieses Duplikat ist mit einem der folgenden Vermerke zu versehen:

'DUPLICADO', 'DUPLIKAT', 'DUPLIKAT', 'ΑΝΤΙΓΡΑΦΟ', 'DUPLICATE', 'DUPLICATA', 'DUPLICATO', 'DUPLICAAT', 'SEGUNDA VIA', 'EFTIRRIT', 'DUPLIKAT', 'KAKSOISKAPPALE', 'DUPLIKAT'.

(3) Der in Absatz 2 genannte Vermerk wird in das Feld "Bemerkungen" des Duplikats der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 eingetragen.

(4) Das Duplikat trägt das Datum des Originals und gilt mit Wirkung von diesem Tage.

Artikel 20

Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 auf der Grundlage vorher ausgestellter Ursprungsnachweise

Werden Waren, die eine einzige Sendung bilden und von einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder einer Erklärung auf der Rechnung begleitet sind, in einem EG-Mitgliedstaat oder einem EFTA-Staat der Überwachung einer Zollstelle unterstellt, so kann der ursprüngliche Ursprungsnachweis im Hinblick auf den Versand sämtlicher oder eines Teils dieser Waren zu anderen Zollstellen im selben oder in einem anderen EG-Mitgliedstaat oder EFTA-Staat durch eine oder mehrere von dieser Zollstelle ausgestellte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 ersetzt werden.

Artikel 21

Voraussetzungen für die Ausfertigung einer Erklärung auf der Rechnung

(1) Die in Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b genannte Erklärung auf der Rechnung kann ausgefertigt werden:

a) von einem ermächtigten Ausführer im Sinne des Artikels 22;

b) von jedem Ausführer für Sendungen, die aus einem oder mehreren Packstücken bestehen, die Ursprungserzeugnisse enthalten, deren Gesamtwert 6.000 ECU nicht überschreitet.

(2) Eine Erklärung auf der Rechnung kann ausgefertigt werden, wenn diese Erzeugnisse als Ursprungserzeugnisse des EWR gelten können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllen.

(3) Der Ausführer, der eine Erklärung auf der Rechnung ausfertigt, hat auf Verlangen der Zollbehörden des Ausfuhrlandes jederzeit alle zweckdienlichen Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft dieser Erzeugnisse sowie der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls vorzulegen.

(4) Die Erklärung ist vom Ausführer auf der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier maschinenschriftlich, gestempelt oder gedruckt mit dem Wortlaut und in einer der Sprachfassungen der Anlage IV nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Ausfuhrlandes auszufertigen. Die Erklärung kann auch handschriftlich ausgefertigt werden; in diesem Falle ist sie mit Tinte in Druckschrift zu erstellen.

(5) Erklärungen auf der Rechnung sind vom Ausführer handschriftlich zu unterzeichnen.

Ein ermächtigter Ausführer im Sinne von Artikel 22 braucht jedoch solche Erklärungen nicht zu unterzeichnen, wenn er sich gegenüber den Zollbehörden des Ausfuhrlandes schriftlich verpflichtet, die volle Verantwortung für alle Erklärungen auf der Rechnung zu übernehmen,

die ihn in der gleichen Weise identifizieren, als ob sie tatsächlich von ihm handschriftlich unterzeichnet worden wären.

(6) Eine Erklärung auf der Rechnung kann vom Ausführer bei der Ausfuhr der Erzeugnisse oder zu einem späteren Zeitpunkt ausgefertigt werden. Wird die Erklärung auf der Rechnung ausgefertigt, nachdem die betreffenden Waren den Zollbehörden des Einfuhrlandes angemeldet worden sind, so muß in dieser Erklärung ein Hinweis auf die Papiere gegeben werden, die diesen Zollbehörden bereits vorgelegt worden sind.

Artikel 22

Ermächtigter Ausführer

(1) Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes können einen Ausführer (nachstehend "ermächtigter Ausführer" genannt), der häufig unter dieses Abkommen fallende Erzeugnisse versendet und jede von den Zollbehörden für erforderlich gehaltene Gewähr für die Kontrolle der Ursprungseigenschaft der Erzeugnisse und die Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls bietet, dazu ermächtigen, ohne Rücksicht auf den Wert der Erzeugnisse Erklärungen auf der Rechnung auszufertigen.

(2) Die Zollbehörden können die Bewilligung des Status eines ermächtigten Ausführers von allen ihnen zweckdienlich erscheinenden Voraussetzungen abhängig machen.

(3) Die Zollbehörden erteilen dem ermächtigten Ausführer eine Bewilligungsnummer, die in der Erklärung anzugeben ist.

(4) Die Zollbehörden überprüfen die Verwendung der Bewilligung durch den ermächtigten Ausführer.

(5) Die Zollbehörden können die Bewilligung jederzeit widerrufen. Sie widerrufen sie, wenn der ermächtigte Ausführer die in Absatz 1 genannte Gewähr nicht mehr bietet, die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder die Bewilligung in unzulässiger Weise verwendet.

Artikel 23

Geltungsdauer der Ursprungsnachweise

(1) Die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 bleibt vier Monate nach dem Datum der Ausstellung im Ausfuhrland gültig und ist innerhalb dieser Frist den Zollbehörden des Einfuhrlandes vorzulegen.

Die Erklärung auf der Rechnung bleibt vier Monate nach ihrer Ausfertigung durch den Ausführer gültig und ist innerhalb dieser Frist den Zollbehörden des Einfuhrlandes vorzulegen.

(2) Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und Erklärungen auf der Rechnung, die den Zollbehörden des Einfuhrlandes nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Vorlagefrist vorgelegt werden, können zur Anwendung der Präferenzbehandlung angenommen werden, wenn die Frist aus Gründen höherer Gewalt oder wegen außerordentlicher Umstände nicht eingehalten werden konnte.

(3) In allen anderen Fällen können die Zollbehörden des Einfuhrlandes verspätet vorgelegte Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 oder Erklärungen auf der Rechnung

annehmen, wenn die Waren diesen Behörden vor Ablauf der Vorlagefrist gestellt worden sind.

Artikel 24

Vorlage der Ursprungsnachweise

Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und Erklärungen auf der Rechnung sind den Zollbehörden des Einfuhrlandes nach den dort geltenden Verfahrensvorschriften vorzulegen. Diese Behörden können eine Übersetzung der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder Erklärung auf der Rechnung verlangen. Sie können außerdem verlangen, daß die Einfuhrzollanmeldung durch eine Erklärung des Einführers ergänzt wird, aus der hervorgeht, daß die Waren die Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens erfüllen.

Artikel 25

Einfuhr in Teilsendungen

Werden auf Antrag des Einführers zerlegte oder nicht montierte Waren im Sinne der Allgemeinen Vorschrift 2 a zum Harmonisierten System, die in die Abschnitte XVI und XVII oder die Positionen 73.08 und 94.06 des Harmonisierten Systems einzureihen sind, unter den von den Zollbehörden des Einfuhrlandes festgelegten Voraussetzungen in Teilsendungen eingeführt, so ist den Zollbehörden bei der Einfuhr der ersten Teilsendung ein einziger Ursprungsnachweis für die betreffenden Waren vorzulegen.

Artikel 26

Ausnahmen vom förmlichen Ursprungsnachweis

(1) Waren, die in Kleinsendungen von Privatpersonen an Privatpersonen geschickt werden oder die sich im persönlichen Gepäck von Reisenden befinden, werden ohne Vorlage eines förmlichen Ursprungsnachweises als Ursprungserzeugnisse angesehen, sofern es sich um Einfuhren nichtkommerzieller Art handelt und erklärt wird, daß sie die Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllen, wobei an der Richtigkeit dieser Erklärung kein Zweifel bestehen darf. Bei Postversand kann diese Erklärung auf der Zollinhaltserklärung C2/CP3 oder einem dieser beigefügten Blatt abgegeben werden.

(2) Als Einfuhren nichtkommerzieller Art gelten solche, die gelegentlich erfolgen und die ausschließlich aus Waren bestehen, die zum persönlichen Ge- oder Verbrauch der Empfänger oder Reisenden oder in deren Haushalt bestimmt sind; dabei dürfen diese Waren weder durch ihre Beschaffenheit noch durch ihre Menge vermuten lassen, daß ihre Einfuhr aus kommerziellen Gründen erfolgt.

(3) Außerdem darf der Gesamtwert der Waren bei Kleinsendungen 500 ECU und bei den im persönlichen Gepäck von Reisenden enthaltenen Waren 1.200 ECU nicht überschreiten.

Artikel 27

Lieferantenerklärung

(1) Wird im Gebiet einer Vertragspartei eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Erklärung auf der Rechnung für Ursprungserzeugnisse ausgestellt bzw. ausgefertigt, zu deren Herstellung Waren aus anderen Vertragsparteien verwendet wurden, die im EWR be- oder verarbeitet worden sind, ohne den Präferenzursprung zu erlangen, so wird die für diese Waren nach Maßgabe dieses Artikels abgegebene Lieferantenerklärung berücksichtigt.

(2) Die Lieferantenerklärung gemäß Absatz 1 dient als Nachweis für die im EWR an den betreffenden Waren vorgenommene Be- oder Verarbeitung im Hinblick auf die Entscheidung, ob die Erzeugnisse, zu deren Herstellung diese Waren verwendet worden sind, als Ursprungserzeugnisse des EWR gelten können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllt sind.

(3) Außer in Fällen nach Absatz 4 wird eine gesonderte Lieferantenerklärung vom Lieferanten für jede Warensendung in der in Anlage V vorgeschriebenen Form auf einem Blatt Papier ausgefertigt, das der Rechnung, dem Lieferschein oder einem anderen Handelspapier mit einer zur Feststellung der Nämlichkeit der betreffenden Waren hinreichend genauen Beschreibung beigefügt wird.

(4) Ein Lieferant, der regelmäßig einen Kunden mit Waren beliefert, die im EWR über einen längeren Zeitraum hinweg in der gleichen Weise be- oder verarbeitet werden sollen, kann eine einmalige Lieferantenerklärung - nachstehend "Langzeit-Lieferantenerklärung" genannt - abgeben, die für alle weiteren Lieferungen der betreffenden Waren gilt.

Eine Langzeit-Lieferantenerklärung bleibt in der Regel bis zu einem Jahr nach dem Zeitpunkt der Ausfertigung gültig. Die Zollbehörden des Landes, in dem die Erklärung ausgefertigt wird, legen fest, unter welchen Voraussetzungen längere Zeiträume zulässig sind.

Die Langzeit-Lieferantenerklärung wird vom Lieferanten in der in Anlage VI vorgeschriebenen Form ausgefertigt und muß eine zur Feststellung der Nämlichkeit der Waren hinreichend genaue Beschreibung enthalten. Sie wird dem Kunden vor der ersten Lieferung der Waren, auf die sie sich bezieht, oder zusammen mit dieser Lieferung zur Verfügung gestellt.

Der Lieferant unterrichtet seinen Kunden unverzüglich, wenn die Langzeit-Lieferantenerklärung für die betreffenden Waren nicht mehr gilt.

(5) Die Lieferantenerklärung gemäß den Absätzen 3 und 4 ist maschinenschriftlich oder gedruckt in einer der Sprachen, in denen das Abkommen abgefaßt ist, nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ausgefertigt wird, zu erstellen und vom Lieferanten handschriftlich zu unterzeichnen. Die Erklärung kann auch handschriftlich ausgefertigt werden; in diesem Fall ist sie mit Tinte in Druckschrift zu erstellen.

(6) Der die Erklärung abgebende Lieferant hat auf Verlangen der Zollbehörden des Landes, in dem die Erklärung abgegeben wird, jederzeit alle zusätzlichen Unterlagen zum Nachweis der Richtigkeit seiner Angaben in der Erklärung zu erbringen.

Artikel 28

Belege

Bei den in Artikel 17 Absatz 3, Artikel 21 Absatz 3 und Artikel 27 Absatz 6 genannten Unterlagen zum Nachweis dafür, daß Erzeugnisse, für die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Erklärung auf der Rechnung vorliegt, tatsächlich als Erzeugnisse mit Ursprung im EWR anzusehen sind und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllen und daß die in einer Lieferantenerklärung enthaltenen Angaben richtig sind, kann es sich unter anderem um folgende Unterlagen handeln:

a) unmittelbarer Nachweis der vom Ausführer oder Lieferanten angewendeten Verfahren zur Herstellung der betreffenden Waren, z.B. aufgrund seiner geprüften Bücher oder seiner internen Buchführung;

b) Unterlagen zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der bei der Herstellung der Waren verwendeten Vormaterialien, die im Gebiet der Vertragspartei ausgestellt oder ausgefertigt worden sind, in dem diese Unterlagen im Einklang mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei verwendet werden;

c) Unterlagen zum Nachweis der im EWR durchgeführten Be- oder Verarbeitung an Vormaterialien, die bei der Herstellung der Waren verwendet worden sind, sofern diese Unterlagen im Gebiet der Vertragspartei ausgestellt oder ausgefertigt worden sind, in dem sie im Einklang mit den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei verwendet werden;

d) Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 oder Erklärungen auf der Rechnung zum Nachweis der Ursprungseigenschaft der bei der Herstellung der Waren verwendeten Vormaterialien, die im Einklang mit diesem Protokoll im Gebiet anderer Vertragsparteien ausgestellt oder ausgefertigt worden sind;

e) Lieferantenerklärungen zum Nachweis der im EWR durchgeführten Be- oder Verarbeitung an Vormaterialien, die bei der Herstellung der Waren verwendet worden sind, sofern sie im Einklang mit diesem Protokoll im Gebiet anderer Vertragsparteien ausgefertigt worden sind;

f) zweckdienliche Unterlagen über die gemäß Artikel 11 außerhalb des EWR vorgenommenen Be- oder Verarbeitungen zum Nachweis, daß die Voraussetzungen dieses Artikels erfüllt worden sind.

Artikel 29

Aufbewahrung der Ursprungsnachweise, der Lieferantenerklärungen und der Belege

(1) Ein Ausführer, der die Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 beantragt, hat die in Artikel 17 Absatz 3 genannten Unterlagen mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren.

(2) Ein Ausführer, der eine Erklärung auf der Rechnung ausfertigt, hat eine Abschrift dieser Erklärung auf der Rechnung sowie die in Artikel 21 Absatz 3 genannten Unterlagen mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren.

(3) Ein Lieferant, der eine Lieferantenerklärung ausfertigt, hat Abschriften der Erklärung und der Rechnung, des Lieferscheins oder sonstiger Handelspapiere, denen die Erklärung beigefügt ist, sowie die in Artikel 27 Absatz 6 genannten Unterlagen mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren.

Ein Lieferant, der eine Langzeit-Lieferantenerklärung ausfertigt, hat Abschriften der Erklärung und aller Rechnungen, Lieferscheine oder sonstigen Handelspapiere, die sich auf die im

Rahmen der betreffenden Erklärung an einen Kunden gelieferten Waren beziehen, sowie die in Artikel 27 Absatz 6 genannten Unterlagen mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren. Diese Frist beginnt mit dem Tag, an dem die Geltungsdauer der Langzeit-Lieferantenerklärung abläuft.

(4) Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes, die eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ausstellen, haben das in Artikel 17 Absatz 2 genannte Antragsformblatt mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren.

(5) Die Zollbehörden des Einfuhrlandes haben die ihnen vorgelegten Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und Erklärungen auf der Rechnung mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren.

Artikel 30

Abweichungen und Formfehler

(1) Bei geringfügigen Abweichungen zwischen den Angaben in der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder der Erklärung auf der Rechnung und den Angaben in den Unterlagen, die den Zollbehörden zur Erfüllung der Zollförmlichkeiten für die Einfuhr der Erzeugnisse vorgelegt werden, ist die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder die Erklärung auf der Rechnung nicht ipso facto ungültig, sofern einwandfrei nachgewiesen wird, daß diese Papiere sich auf die gestellten Waren beziehen.

(2) Eindeutige Formfehler wie Tippfehler in der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1, der Erklärung auf der Rechnung oder der Lieferantenerklärung bewirken nicht die Ablehnung

dieser Papiere, sofern diese Fehler keine Zweifel an der Richtigkeit der in diesen Papieren abgegebenen Erklärungen entstehen lassen.

Artikel 31

In ECU ausgedrückte Beträge

(1) Beträge in der Währung des Ausfuhrlandes, die den in ECU ausgedrückten Beträgen entsprechen, werden durch das Ausfuhrland festgelegt und den anderen Vertragsparteien mitgeteilt.

Sind diese Beträge höher als die betreffenden durch das Einfuhrland festgelegten Beträge, so erkennt das Einfuhrland sie an, wenn die Erzeugnisse in der Währung des Ausfuhrlandes in Rechnung gestellt werden. Werden die Erzeugnisse in der Währung eines anderen EG-Mitgliedstaats oder EFTA-Staats in Rechnung gestellt, so erkennt das Einfuhrland den vom betreffenden Land mitgeteilten Betrag an.

(2) Für die Umrechnung der in ECU ausgedrückten Beträge in die jeweilige Landeswährung gilt bis einschließlich 30. April 1998 der ECU-Kurs der jeweiligen Landeswährung vom 1. Oktober 1992.

Alle fünf Jahre werden die in ECU ausgedrückten Beträge und deren Gegenwert in den jeweiligen Landeswährungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten von dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß überprüft, wobei die jeweiligen ECU-Kurse des ersten Arbeitstages im Oktober des Jahres zugrunde gelegt werden, das jeweils dem neuen Fünfjahreszeitraum vorausgeht.

Bei dieser Überprüfung sorgt der Gemeinsame EWR-Ausschuß dafür, daß sich die in den Landeswährungen ausgedrückten Beträge nicht verringern; ferner erwägt er, ob es erstrebenswert ist, die Auswirkungen dieser Beschränkungen in realen Werten zu erhalten. Zu diesem Zweck kann er beschließen, die in ECU ausgedrückten Beträge zu ändern.

TITEL VI

METHODEN DER ZUSAMMENARBEIT DER VERWALTUNGEN

Artikel 32

Amtshilfe

Um die ordnungsgemäße Durchführung dieses Protokolls zu gewährleisten, leisten die Vertragsparteien einander durch ihre jeweiligen Zollverwaltungen Amtshilfe bei der Prüfung der Echtheit der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1, der Erklärungen auf der Rechnung und der Lieferantenerklärung sowie der Richtigkeit der in diesen Papieren enthaltenen Angaben.

Artikel 33

Prüfung der Ursprungsnachweise

(1) Nachträgliche Prüfungen der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und der Erklärungen auf der Rechnung erfolgen stichprobenweise oder immer dann, wenn die Zollbehörden des Einfuhrlandes begründete Zweifel an der Echtheit des Papiers,

der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse oder der Erfüllung der übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls haben.

(2) Zur Durchführung des Absatzes 1 senden die Zollbehörden des Einfuhrlandes die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und die gegebenenfalls vorgelegte Rechnung, die Erklärung auf der Rechnung oder eine Abschrift davon an die Zollbehörden des Ausfuhrlandes zurück, gegebenenfalls unter Angabe der sachlichen oder formalen Gründe, die eine Untersuchung rechtfertigen.

Zur Begründung des Antrags auf nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen alle bekannten Umstände mit, die auf die Unrichtigkeit der Angaben in der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder in der Erklärung auf der Rechnung schließen lassen.

(3) Diese Prüfung wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlandes durchgeführt. Diese sind hierzu berechtigt, die Vorlage von Nachweisen zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachteten Kontrollen durchzuführen.

(4) Beschließen die Zollbehörden des Einfuhrlandes, bis zum Eingang des Ergebnisses der Prüfung die Gewährung der Präferenzbehandlung für das betreffende Erzeugnis auszusetzen, so bieten sie dem Einführer an, vorbehaltlich der für notwendig erachteten Sicherungsmaßnahmen die Waren freizugeben.

(5) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, die die Prüfung beantragt haben, baldmöglich mitzuteilen. Anhand dieser Ergebnisse muß sich eindeutig feststellen lassen, ob die Papiere echt sind und ob die Waren als Ursprungserzeugnisse des EWR angesehen werden

können und die übrigen Voraussetzungen dieses Protokolls erfüllen.

Artikel 34

Prüfung der Lieferantenerklärungen

(1) Nachträgliche Prüfungen von Lieferantenerklärungen beziehungsweise Langzeit-Lieferantenerklärungen können stichprobenweise oder immer dann erfolgen , wenn die Zollbehörden des Landes, in dem solche Erklärungen für die Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder für die Ausfertigung einer Erklärung auf der Rechnung berücksichtigt worden sind, begründete Zweifel an der Echtheit des Papiers oder der Richtigkeit der Angaben haben.

(2) Zur Durchführung des Absatzes 1 senden die Zollbehörden des obengenannten Landes die Lieferantenerklärung und die Rechnung, den Lieferschein oder sonstige Handelspapiere, denen diese Erklärung beigefügt ist, oder eine Abschrift davon an die Zollbehörden des Landes zurück, in dem die Erklärung ausgefertigt wurde, gegebenenfalls unter Angabe der sachlichen oder formalen Gründe, die eine Untersuchung rechtfertigen.

Zur Begründung des Antrags auf nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Papiere und teilen alle bekannten Umstände mit, die auf die Unrichtigkeit der Angaben in der Erklärung schließen lassen.

(3) Diese Prüfung wird von den Zollbehörden des Landes durchgeführt, in dem die Lieferantenerklärung ausgefertigt wurde. Diese sind hierzu berechtigt, die Vorlage von

Nachweisen zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachteten Kontrollen durchzuführen.

(4) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, die die Prüfung beantragt haben, baldmöglich mitzuteilen. Anhand dieser Ergebnisse muß sich eindeutig feststellen lassen, ob die in der Lieferantenerklärung enthaltenen Angaben richtig sind; ferner muß es den Zollbehörden möglich sein festzustellen, ob und inwieweit diese Erklärung für die Ausstellung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder die Ausfertigung einer Erklärung auf der Rechnung berücksichtigt werden konnte.

Artikel 35

Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten in Verbindung mit den Prüfungsverfahren der Artikel 33 und 34, die zwischen den Zollbehörden, die eine Prüfung beantragen, und den für diese Prüfung zuständigen Zollbehörden entstehen, oder Fragen zur Auslegung dieses Protokolls sind dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß vorzulegen.

Artikel 36

Sanktionen

Sanktionen werden gegen denjenigen angewendet, der ein Schriftstück mit sachlich falschen

Angaben angefertigt oder anfertigen läßt, um die Präferenzbehandlung für ein Erzeugnis zu erlangen.

TITEL VII

CEUTA UND MELILLA

Artikel 37

Bestimmungen für Ceuta und Melilla

(1) Im Sinne dieses Protokolls schließt der Begriff "EWR" Ceuta und Melilla nicht ein. Der Begriff "Ursprungserzeugnisse des EWR" schließt Ursprungserzeugnisse von Ceuta und Melilla nicht ein.

(2) Zur Durchführung des Protokolls 49 zum Abkommen betreffend Erzeugnisse mit Ursprung in Ceuta und Melilla gilt dieses Protokoll vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen des Artikels 38 sinngemäß.

Artikel 38

Besondere Bestimmungen

(1) Es gelten als

a) Ursprungserzeugnisse von Ceuta und Melilla

i) vollständig in Ceuta und Melilla gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse;

ii) in Ceuta und Melilla hergestellte Erzeugnisse, zu deren Herstellung dort nicht vollständig gewonnene oder hergestellte Vormaterialien verwendet worden sind, sofern diese Erzeugnisse in Ceuta und Melilla in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind. Diese Voraussetzung gilt jedoch nicht für Vormaterialien mit Ursprung im EWR im Sinne dieses Protokolls.

b) Ursprungserzeugnisse des EWR

i) vollständig im EWR gewonnene oder hergestellte Erzeugnisse;

ii) im EWR hergestellte Erzeugnisse, bei deren Herstellung dort nicht vollständig gewonnene oder hergestellte Vormaterialien verwendet worden sind, sofern diese Erzeugnisse im EWR in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind. Diese Voraussetzung gilt jedoch nicht für Vormaterialien mit Ursprung in Ceuta und Melilla im Sinne dieses Protokolls.

(2) Ceuta und Melilla gelten als ein Gebiet.

(3) Wird für Erzeugnisse mit Ursprung in Ceuta und Melilla ein Ursprungsnachweis nach Maßgabe dieses Protokolls ausgestellt oder ausgefertigt, so kennzeichnet der Ausführer diesen deutlich sichtbar mit der Kurzbezeichnung "CM".

Bei Verwendung einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 ist diese Angabe in Feld 4 anzubringen.

Im Falle einer Erklärung auf der Rechnung ist diese Angabe auf dem Papier zu machen, auf dem die Erklärung abgegeben wird.

(4) Die spanischen Zollbehörden gewährleisten die Durchführung dieses Protokolls in Ceuta und Melilla.

(5) Artikel 15 gilt nicht für den Handel zwischen Ceuta und Melilla einerseits und den EFTA-Staaten andererseits.

ANLAGE I

EINLEITENDE BEMERKUNGEN ZUR LISTE IN ANLAGE II

Bemerkung 1:

In der Liste sind für alle unter das Abkommen fallenden Erzeugnisse die Voraussetzungen festgelegt, die zu erfüllen sind, damit diese Erzeugnisse als in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 des Protokolls gelten können.

Bemerkung 2:

2.1. Die ersten beiden Spalten in dieser Liste beschreiben die hergestellten Erzeugnisse. In der ersten Spalte steht die Position oder das Kapitel nach dem Harmonisierten System, in der zweiten Spalte die Warenbezeichnung, die im Harmonisierten System für diese Position oder dieses Kapitel verwendet wird. Für jede Eintragung in den ersten beiden Spalten ist in Spalte 3 oder 4 eine Regel vorgesehen. Steht vor der Eintragung in der ersten Spalte ein "ex", so bedeutet dies, daß die Regel in Spalte 3 oder 4 nur für jenen Teil der Position oder des Kapitels gilt, der in Spalte 2 genannt ist.

2.2. In Spalte 1 sind in bestimmten Fällen mehrere Positionen zusammengefaßt oder Kapitel angeführt; dementsprechend ist die zugehörige Warenbezeichnung in Spalte 2 in allgemeiner Form enthalten. Die entsprechende Regel in Spalte 3 oder 4 bezieht sich dann auf alle Erzeugnisse, die gemäß dem Harmonisierten System in die Positionen des Kapitels oder in jede der Positionen einzureihen sind, die in Spalte 1 zusammengefaßt sind.

2.3. Wenn in dieser Liste verschiedene Regeln angeführt sind, die auf verschiedene Erzeugnisse einer Position anzuwenden sind, enthält jede Eintragung die Bezeichnung jenes Teils der Position, auf die sich die entsprechende Regel in Spalte 3 oder 4 bezieht.

2.4. Sind zu einer Eintragung in den ersten beiden Spalten Ursprungsregeln sowohl in Spalte 3 als auch in Spalte 4 angeführt, so kann der Ausführer zwischen der Regel in Spalte 3 und der Regel in Spalte 4 wählen. Ist in Spalte 4 keine Ursprungsregel angeführt, so ist die Regel in Spalte 3 anzuwenden.

Bemerkung 3:

3.1 Die Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 1 des Protokolls für Erzeugnisse, die die Ursprungseigenschaft erworben haben und zur Herstellung anderer Erzeugnisse verwendet werden, gelten ohne Rücksicht darauf, ob die Ursprungseigenschaft im selben Unternehmen, in einem Unternehmen desselben Landes oder in einem anderen Land des EWR erworben wurde.

Beispiel:

Ein Motor der Position 84.07, für den die Regel in dieser Liste vorsieht, daß der Wert der verwendbaren Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft 40 v.H. des ab-Werk-Preises nicht übersteigen darf, wird aus vorgeschmiedetem, legiertem Stahl der Position ex 72.24 hergestellt.

Wenn dieser vorgeschmiedete Stahl im EWR aus einem Ingot ohne Ursprungseigenschaft geschmiedet wurde, hat er bereits die Ursprungseigenschaft durch die Regel zu Position ex 72.24 dieser Liste erworben. Bei der Berechnung der Wertanteile

für den Motor kann der geschmiedete Stahl daher als Ursprungserzeugnis angerechnet werden, ohne Rücksicht darauf, ob er im selben Unternehmen, in einem anderen Unternehmen desselben Landes oder in einem anderen Land des EWR hergestellt wurde. Der Wert des Ingots ohne Ursprungseigenschaft wird daher nicht zu den bei der Herstellung des Motors verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft gerechnet.

3.2. Die Regel in dieser Liste legt das Mindestausmaß der erforderlichen Be- oder Verarbeitungen fest und ein darüber hinausgehender Herstellungsvorgang verleiht gleichfalls die Ursprungseigenschaft; umgekehrt verleiht ein weniger weit gehender Herstellungsvorgang nicht die Ursprungseigenschaft. Wenn daher eine Regel vorsieht, daß Vormaterial ohne Ursprungseigenschaft einer bestimmten Verarbeitungsstufe verwendet werden kann, ist auch die Verwendung von Vormaterial dieser Art in einer vorhergehenden Verarbeitungsstufe zulässig, nicht aber die Verwendung von solchem Vormaterial in einer höheren Verarbeitungsstufe.

3.3. Wenn eine Regel in dieser Liste vorsieht, daß eine Ware aus mehr als einem Vormaterial hergestellt werden kann, bedeutet dies, daß eines oder mehrere dieser Vormaterialien verwendet werden können; es müssen aber nicht alle verwendet werden.

Beispiel:

Die Regel für Gewebe der ex-Kapitel 50 bis 55 sieht vor, daß natürliche Fasern verwendet werden können, daß aber chemische Vormaterialien - neben anderen - ebenfalls verwendet werden können. Das bedeutet nicht, daß beide verwendet werden müssen; man kann sowohl die einen als auch die anderen oder beide verwenden.

3.4. Wenn eine Regel in dieser Liste vorsieht, daß eine Ware aus einem bestimmten Vormaterial hergestellt werden muß, so schließt diese Bedingung selbstverständlich die Verwendung anderer Vormaterialien nicht aus, die ihrer Natur nach nicht unter diese Regel fallen können (Bezüglich Textilien siehe auch die Bemerkung 6.2).

Beispiel:

Die Regel für zubereitete Lebensmittel der Position 19.04 schließt die Verwendung von Getreide und seinen Folgeprodukten ausdrücklich aus, verhindert aber nicht die Verwendung von Salzen, Chemikalien und anderen Zusätzen, die nicht aus Getreide hergestellt werden.

Dies gilt jedoch nicht für Erzeugnisse, die zwar nicht aus einem bestimmten in der Liste aufgeführten Vormaterial hergestellt werden können, wohl aber aus einem gleichartigen Vormaterial auf einer niedrigeren Verarbeitungsstufe.

Beispiel;

Bei einem aus Vliesstoffen hergestellten Kleidungsstück des ex-Kapitels 62 ist die Verwendung nur von Garnen ohne Ursprungseigenschaft zulässig; obwohl Vliesstoffe normalerweise nicht aus Garnen hergestellt werden können, darf man jedoch nicht von Vliesstoffen ausgehen. In solchen Fällen müßte das zulässige Vormaterial normalerweise eine Stufe vor dem Garn liegen, d.h. auf der Stufe der Fasern.

3.5. Sind in einer Regel in dieser Liste als Höchstwert für die zulässigen Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft zwei oder mehr v.H.-Sätze vorgesehen, so dürfen diese nicht zusammengezählt werden. Mit anderen Worten, der Gesamtwert aller Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft darf den höchsten der vorgesehenen v.H.-Sätze niemals überschreiten. Darüber hinaus dürfen die einzelnen v.H.-Sätze bezüglich der jeweiligen Vormaterialien, für die sie vorgesehen sind, nicht überschritten werden.

Bemerkung 4:

4.1. Der in dieser Liste verwendete Begriff "natürliche Fasern" bezieht sich auf alle Fasern, die nicht künstlich oder synthetisch sind; er ist auf die Verarbeitungsstufen vor dem Spinnen beschränkt und schließt auch Abfälle ein. Soweit nichts Gegenteiliges bestimmt ist, umfaßt er daher auch Fasern, die kardiert, gekrempelt, gekämmt oder in anderer Weise bearbeitet, aber noch nicht gesponnen sind.

4.2. Der Begriff "natürliche Fasern" umfaßt Roßhaar der Position 05.03, Seide der Positionen 50.02 und 50.03, Wolle, feine und grobe Tierhaare der Positionen 51.01 bis 51.05, Baumwolle der Positionen 52.01 bis 52.03 und andere pflanzliche Spinnstoffe der Positionen 53.01 bis 53.05.

4.3. Die Begriffe "Spinnmasse", "chemische Materialien" und "Materialien für die Papierherstellung" stehen in dieser Liste als Beispiel für alle nicht in die Kapitel 50 bis 63 einzureihenden Vormaterialien, die für die Herstellung künstlicher oder synthetischer Fasern oder Garne oder solcher aus Papier verwendet werden können.

4.4. Der in dieser Liste verwendete Begriff "synthetische oder künstliche Spinnfasern" bezieht sich auf synthetische oder künstliche Spinnfasern oder auf Abfälle der Positionen 55.01 bis 55.07.

Bemerkung 5:

5.1. Wird bei einem Erzeugnis in der Liste auf diese Bemerkung verwiesen, so werden die in Spalte 3 vorgesehenen Voraussetzungen auf alle bei der Herstellung dieses Erzeugnisses verwendeten textilen Grundmaterialien nicht angewendet, die zusammengenommen 10 v.H. oder weniger des Gesamtgewichts aller verwendeten textilen Grundmaterialien ausmachen (siehe auch die Bemerkungen 5.3 und 5.4).

5.2. Diese Toleranz kann jedoch nur auf Mischerzeugnisse angewendet werden, die aus zwei oder mehr textilen Grundmaterialien hergestellt sind.

Textile Grundmaterialien sind:

- Seide,
- Wolle,
- grobe Tierhaare,
- feine Tierhaare,
- Roßhaar,

- Baumwolle,
- Vormaterialien für die Papierherstellung und Papier,
- Flachs,
- Hanf (Canabis satina L.),
- Jute und andere textile Bastfasern,
- Sisal und andere textile Agavefasern,
- Kokos, Abaca, Ramie und andere pflanzliche Spinnstoffe,
- synthetische Filamente,
- künstliche Filamente,
- synthetische Spinnfasern,
- künstliche Spinnfasern.

Beispiel:

Ein Garn der Position 52.05, das aus Baumwollfasern der Position 52.03 und aus synthetischen Spinnfasern der Position 55.06 hergestellt ist, ist ein Mischgarn. Daher können Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die die Ursprungsregeln nicht erfüllen (die das Herstellen aus chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse verlangen), bis zum Gewicht von 10 v.H. des Garns verwendet werden.

Beispiel:

Ein Kammgarngewebe aus Wolle der Position 51.12, das aus Kammgarn aus Wolle der Position 51.07 und aus Garn aus synthetischen Spinnfasern der Position 55.09 hergestellt ist, ist ein Mischgewebe. Daher kann synthetisches Garn, das die Ursprungsregeln nicht erfüllt (die das Herstellen aus chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse verlangen), oder Kammgarn aus Wolle, das den Ursprungsregeln nicht entspricht (die das

Herstellen aus Naturfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anderweitig für das Spinnen bearbeitet, verlangen), oder eine Mischung aus diesen beiden Garnarten bis zum Gewicht von 10 v.H. des Gewebes verwendet werden.

Beispiel:

Ein getuftetes Spinnstofferzeugnis der Position 58.02, das aus Baumwollgarn der Position 52.05 und aus Baumwollgewebe der Position 52.10 hergestellt ist, ist nur dann ein Mischerzeugnis, wenn das Baumwollgewebe selbst ein Mischgewebe aus Garnen ist, die in zwei verschiedenen Positionen eingereiht werden, oder wenn die verwendeten Baumwollgarne selbst ein Mischerzeugnis sind.

Beispiel:

Wenn das betreffende getuftete Spinnstofferzeugnis aus Baumwollgarn der Position 52.05 und aus synthetischem Gewebe der Position 54.07 hergestellt worden ist, sind die verwendeten Garne selbstverständlich zwei verschiedene textile Grundmaterialien und ist das getuftete Spinnstofferzeugnis folglich ein Mischerzeugnis.

Beispiel:

Ein getufteter Teppich, der aus künstlichen Garnen und aus Baumwollgarnen und einem Grundgewebe aus Jute hergestellt ist, ist ein Mischerzeugnis, weil drei textile Grundmaterialien verwendet worden sind. Daher können alle anderen Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft einer weiteren Verarbeitungsstufe, als die Regel erlaubt, verwendet werden, wenn ihr Gesamtgewicht 10 v.H. des Gewichts der textilen Grundmaterialien in dem Teppich nicht überschreitet. Das Grundgewebe aus Jute und/oder die künstlichen Garne können in dieser Verarbeitungsstufe eingeführt werden, vorausgesetzt, die Gewichtsgrenze ist eingehalten.

5.3. Diese Toleranz erhöht sich auf 20 v.H. für Erzeugnisse aus Polyurethangarnen mit Zwischenstücken aus elastischen Polyethersegmenten, auch umsponnen.

5.4. Diese Toleranz erhöht sich auf 30 v.H. für Erzeugnisse aus Streifen mit einer Breite von nicht mehr als 5 mm, bestehend aus einer Seele aus einem dünnen Aluminiumstreifen oder aus einem mit Aluminiumpuder bedeckten oder nicht bedeckten Kunststoffstreifen, die mit durchsichtigem oder gefärbtem Leim zwischen zwei Streifen aus Kunststoff geklebt ist.

Bemerkung 6:

6.1. Im Falle von Spinnstofferzeugnissen, die in dieser Liste mit einer auf diese Bemerkung verweisenden Fußnote bezeichnet sind, können textile Vormaterialien, ausgenommen Futter und Einlagestoffe, die nicht die Regel erfüllen, die in Spalte 3 dieser Liste für die betreffenden Konfektionswaren vorgesehen ist, dennoch verwendet werden, vorausgesetzt, daß sie zu einer anderen Position gehören als das hergestellte Erzeugnis und ihr Wert 8 v.H. des ab-Werk-Preises des hergestellten Erzeugnisses nicht überschreitet.

6.2. Vormaterialien, die nicht zu Kapitel 50 bis 63 gehören, können ohne Rücksicht darauf, ob sie Spinnstoffe enthalten oder nicht, unbeschränkt verwendet werden.

Beispiel:

Wenn eine Regel in der Liste vorsieht, daß für ein bestimmtes Textilerzeugnis, wie etwa lange Hosen, Garn verwendet werden muß, schließt dies nicht die Verwendung von Metallgegenständen wie etwa Knöpfen aus, weil die Knöpfe nicht zu den Kapiteln 50 bis 63 gehören. Aus demselben Grund ist auch die Verwendung von Reißverschlüssen nicht ausgeschlossen, obwohl diese in der Regel Spinnstoffe enthalten.

6.3. Der Wert der nicht zu den Kapiteln 50 bis 63 gehörenden Vormaterialien muß aber bei der Berechnung des Wertes der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft berücksichtigt werden, wenn eine Prozentregel gilt.

ANLAGE II

Liste der Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 02.08	Anderes Fleisch und andere geniessbare Schlachtnebenerzeugnisse, frisch, gekühlt oder gefroren, von Walen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
Kapitel 3	Fische und Krebstiere, Weichtiere und andere wirbellose Wassertiere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
ex 04.03	Buttermilch, saure Milch und saurer Rahm, Joghurt, Kefir und andere fermentierte oder gesäuerte Milch (einschließlich Rahm), aromatisiert, auch mit Zusatz von Früchten, Nüssen oder Kakao	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen - verwendete Fruchtsäfte (ausgenommen Ananas-, Limonen-, Limetten- und Grapefruitsäfte) der Position 20.09 Ursprungserzeugnisse sind und - der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 07.10 und ex 07.11	Zuckermais (Zea mays var. saccharata)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
09.01	Kaffee, auch geröstet oder entkoffeiniert; Kaffeeschalen und Kaffeehäutchen; Kaffeemittel mit beliebigem Kaffeegehalt	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position		
09.02	Tee, auch aromatisiert	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position		
ex 13.02	Pflanzensäfte und Pflanzenauszüge von Grünholzwurzeln und Hopfen; Pektinstoffe, Pektinate und Pektate; Agar-Agar und andere Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert			
	- Schleime und Verdickungsstoffe von Pflanzen, auch modifiziert	Herstellen aus nicht modifizierten Schleimen und Verdickungsstoffen		
	- andere	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 14.04	Baumwoll-Linters	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
15.04	Fette und Öle sowie deren Fraktionen, von Fischen oder Meeressäugetieren, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert			
	- feste Fraktionen von Fetten und Öle von Fischen und Öle von Meeressäugetieren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich anderer Vormaterialien der Position 15.04		
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 2 und 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
ex 15.16	Tierische Fette und Öle sowie deren Fraktionen, ganz oder teilweise hydriert, umgeestert, wiederverestert oder elaidiniert, auch raffiniert, jedoch nicht weiterverarbeitet, vollständig gewonnen von Fischen oder Meeressäugetieren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 2 und 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
ex 15.16	Hydriertes Rizinusöl (sog. Opalwachs)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 15.17	Margarine; genießbare Mischungen und Zubereitungen von tierischen oder pflanzlichen Fetten und Ölen sowie von Fraktionen verschiedener Fette und Öle dieses Kapitels, ausgenommen genießbare Fette und Öle sowie deren Fraktionen der Position 15.16 mit einem Milchfettgehalt von mehr als 10 bis 15 GHT	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellt Ware einzureihen sind - alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
ex 15.18	Linoxyn	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 15.19	Technische einbasische Fettsäuren; saure Öle aus der Raffination; technische Fettalkohole, nicht zu Futterzwecken			
	- technische einbasische Fettsäuren; saure Öle aus Raffination	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
	- technische Fettalkohole	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 15.19		
15.20	Glycerol, auch rein; Glycerinwasser und Glycerinunterlaugen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
15.21	Pflanzenwachse (ausgenommen Triglyceride), Bienenwachs, andere Insektenwachse und Walrat, auch raffiniert oder gefärbt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
15.22	Degras; Rückstände aus der Verarbeitung von Fettstoffen oder von tierischen oder pflanzlichen Wachsen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 16.03	Extrakte und Säfte von Walfleisch, Fischen, Krebstieren, Weichtieren und anderen wirbellosen Wassertieren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 2 und 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
16.04	Fische, zubereitet oder haltbar gemacht, Kaviar und Kaviarersatz, aus Fischeiern gewonnen	Herstellen, bei dem der Fisch oder die Fischeier vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
16.05	Krebstiere und Weichtiere, zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle Krebstiere und Weichtiere vollständig gewonnen sein müssen		
ex 17.02	Chemisch reine Maltose und Fructose	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 17.02		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
17.04	Zuckerwaren ohne Kakaogehalt (einschließlich weiße Schokolade)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, vorausgesetzt, daß der Wert aller anderen verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
18.03	Kakaomasse, auch entfettet	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
18.04	Kakaobutter, Kakaofett und Kakaoöl	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
18.05	Kakaopulver ohne Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
18.06	Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, vorausgesetzt, daß der Wert aller anderen verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
19.01	Malzextrakt; Lebensmittelzubereitungen aus Mehl, Grieß, Stärke oder Malzextrakt, ohne Gehalt an Kakaopulver oder mit einem Gehalt an Kakaopulver von weniger als 50 GHT, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Lebensmittelzubereitungen aus Waren der Positionen 04.01 bis 04.04, ohne Gehalt an Kakaopulver oder mit einem Gehalt an Kakaopulver von weniger als 10 GHT, anderweit weder genannt noch inbegriffen			
	- Malzextrakt	Herstellen aus Getreide des Kapitels 10		
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, vorausgesetzt, daß der Wert aller verwendeten Vormaterialien des Kapitals 17 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 19.02	Teigwaren, auch gekocht oder gefüllt (mit Fleisch oder anderen Stoffen) oder in anderer Weise zubereitet, z.B. Spaghetti, Makkaroni, Nudeln, Lasagne, Gnocchi, Ravioli, Canneloni, ausgenommen solche Waren mit einem Gehalt von mehr als 20 GHT an Würsten, Fleisch, Innereien oder anderen Schlachtnebenerzeugnissen und Blut oder Mischungen daraus; einschließlich Fetten, Couscous, auch zubereitet	Herstellen, bei dem alle verwendeten Getreide und seine Folgeprodukte (ausgenommen Hartweizen und seine Folgeprodukte) vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
19.03	Tapiokasago und Sago aus anderen Stärken, in Form von Flocken, Graupen, Perlen, Krümeln und dergleichen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Kartoffelstärke der Position 11.08		
19.04	Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide oder Getreideerzeugnissen hergestellt (z.B. Corn Flakes); Getreidekörner, ausgenommen Mais, vorgekocht oder in anderer Weise zubereitet			
	- keinen Kakao enthaltend			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
--	Getreidekörner, ausgenommen Mais, vorgekocht oder in anderer Weise zubereitet	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position. Jedoch dürfen Körner und Kolben von Zuckermais, zubereitet oder haltbar gemacht, der Positionen 20.01, 20.04 und 20.05 sowie Zuckermais, roh, in Wasser oder Dampf gekocht, gefroren, der Position 07.10 nicht verwendet werden.		
--	andere	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Getreide und ihre Folgeprodukte (ausgenommen Mais der Type "Zea Indurata" und Hartweizen sowie ihre Folgeprodukte) vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
--	Kakao enthaltend	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Position 18.06 einzureihen sind, vorausgesetzt, daß der Wert aller verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
19.05	Backwaren, auch kakaohaltig; Hostien, leere Oblatenkapseln der für Arzneiwaren verwendeten Art, Siegeloblaten, getrocknete Teigblätter aus Mehl oder Stärke und ähnliche Waren	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Vormaterialien des Kapitels 11 (1)		
ex 20.01	Zuckermais (Zea Mays var. saccharata), mit Essig zubereitet oder haltbar gemacht; Yamswurzeln, Süßkartoffeln und ähnliche genießbare Pflanzenteile, mit einem Stärkegehalt von 5 GHT oder mehr, mit Essig zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 20.02	Tomaten, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht, ganz oder in Stücken	Herstellen, bei dem alle verwendeten Tomaten der Kapitel 7 und 20 Ursprungserzeugnisse sein müssen		
ex 20.04 und ex 20.05	Kartoffeln, in Form von Mehl, Grieß oder Flocken, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht; Zuckermais (Zea mays var. saccharata), ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

(1) *Bis zum 30. November 1993 darf jedoch Maismehl ("Masa"-Mehl), das nach dem sogenannten "Nixtamalization"-Verfahren (alkalisches Kochen und Einweichen) gewonnen wird, verwendet werden.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
20.07	Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und Fruchtpasten, durch Kochen hergestellt, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind und - der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 17 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 20.08	Erdnußmark; Mischungen auf der Grundlage von Getreide; Palmherzen; Mais, ausgenommen Zuckermais (Zea mays var. saccharata)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
21.01	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee, Tee oder Mate und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Waren oder auf der Grundlage von Kaffee, Tee oder Mate; geröstete Zichorien und andere geröstete Kaffeemittel sowie Auszüge, Essenzen und Konzentrate hieraus;	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 21.02	Lebende Hefen, andere als Backhefen, ausgenommen solche zu Futterzwecken; nicht lebende Hefen, nicht zu Futterzwecken; andere Einzeller-Mikroorganismen, nicht lebend, nicht zu Futterzwecken; zubereitete Backtriebmittel in Pulverform	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
21.03	Zubereitungen zum Herstellen von Würzsoßen und zubereitete Würzsoßen; zusammengesetzte Würzmittel; Senfmehl, auch zubereitet, und Senf			
	- Zubereitungen zum Herstellen von Würzsoßen und zubereitete Würzsoßen; zusammengesetzte Würzmittel	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Senfmehl, auch zubereitet, und Senf verwendet werden		
	- Senfmehl, auch zubereitet, und Senf	Herstellen aus Vormateralien jeder Position		
21.04	Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen und Brühen; zusammengesetzte homogenisierte Lebensmittelzubereitungen			
	- Zubereitungen zum Herstellen von Suppen oder Brühen; Suppen und Brühen;	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, mit Ausnahme von zubereitetem oder haltbar gemachtem Gemüse der Positionen 20.02 bis 20.05		
	- zusammengesetzte homogenisierte Lebensmittelzubereitungen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
21.05	Speiseeis, auch kakaohaltig	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 21.06	Lebensmittelzubereitungen, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
22.01	Wasser, einschließlich natürliches oder künstliches Mineralwasser und kohlensäurehaltiges Wasser, ohne Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Aromastoffen; Eis und Schnee	Herstellen, bei dem alle verwendeten Wasser des Kapitels 22 Ursprungserzeugnisse sein müssen		
22.03	Bier aus Malz	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
22.05	Wermutwein und andere Weine aus frischen Weintrauben, mit Pflanzen oder anderen Stoffen aromatisiert	Herstellen, bei dem die verwendeten Weintrauben und ihre Folgeprodukte vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 22.08	Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von 80 % vol oder mehr, unvergällt; Ethylalkohol und Branntwein mit beliebigem Alkoholgehalt, vergällt			
	- Ouzo	Herstellen - aus Vormaterialien, die nicht in die Positionen 22.07 und 22.08 eingereiht werden, und - bei dem die verwendeten Weintrauben und ihre Folgeprodukte vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
	- andere	Herstellen - aus Vormaterialien, die nicht in die Positionen 22.07 und 22.08 eingereiht werden, und - bei dem die verwendeten Weintrauben und ihre Folgeprodukte vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen ODER Herstellen unter Verwendung von Arrak bis höchstens 5 RHT, vorausgesetzt, alle anderen verwendeten Vormaterialien sind Ursprungszeugnisse		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
22.09	Speiseessig	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind und - bei dem die verwendeten Weintrauben und ihre Folgeprodukte vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
ex 23.01	Walmehl; Mehl und Pellets von Fischen oder von Krebstieren, von Weichtieren oder anderen wirbellosen Wassertieren	Herstellen, bei dem alle Vormaterialien der Kapitel 2 und 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		
ex 23.09	Solubles von Fischen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 3 vollständig gewonnen oder hergestellt sein müssen		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.25	Salz, Schwefel, Steine und Erden; Gips, Kalk und Zement, ausgenommen der Positionen 25.04, ex 25.15, ex 25.16, ex 25.18, ex 25.19, ex 25.20, ex 25.24, ex 25.25 und ex 25.30, für die die folgenden Regeln festgelegt sind .	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 25.04	Natürlicher, kristalliner Graphit mit angereichertem Kohlenstoffgehalt, gereinigt, gemahlen	Anreicherung des Kohlenstoffgehalts, Reinigen und Mahlen von kristallinem Rohgraphit		
ex 25.15	Marmor, durch Sägen oder auf andere Weise lediglich zerteilt, in Blöcken oder quadratischen oder rechteckigen Platten mit einer Dicke von 25 cm oder weniger	Zerteilen von Marmor, auch bereits zerteiltem, mit einer Dicke von mehr als 25 cm, durch Sägen oder auf andere Weise		
ex 25.16	Granit, Porphyr, Basalt, Sandstein und andere Werksteine, durch Sägen oder auf andere Weise lediglich zerteilt, in Blöcken oder quadratischen oder rechteckigen Platten mit einer Dicke von 25 cm oder weniger	Zerteilen von Steinen, auch bereits zerteiltem, mit einer Dicke von mehr als 25 cm, durch Sägen oder auf andere Weise		
ex 25.18	Dolomit, gebrannt	Brennen von nicht gebranntem Dolomit		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 25.19	Natürliches Magnesiumcarbonat (Magnesit), gebrochen in luftdicht verschlossenen Behältnissen; Magnesiumoxid, auch rein, ausgenommen Magnesia und geschmolzene totgebrannte (gesinterte) Magnesia	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch kann natürliches Magnesiumcarbonat (Magnesium) verwendet werden		
ex 25.20	Gips, zu zahnärztlichen Zwecken besonders zubereitet	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 25.24	Natürliche Asbestfasern	Herstellen aus Asbestkonzentrat		
ex 25.25	Glimmerpulver	Mahlen von Glimmer und Glimmerabfall		
ex 25.30	Farberden, gebrannt oder pulverisiert	Brennen oder Mahlen von Farberden		
Kap. 26	Erze sowie Schlacken und Aschen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex Kap.27	Mineralische Brennstoffe, Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse, ausgenommen der Positionen ex 27.07 und 27.09 bis 27.15, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 27.07	Öle, in denen die aromatischen Bestandteile gegenüber den nichtaromatischen Bestandteilen gewichtsmäßig überwiegen und die ähnlich sind den Mineralölen und anderen Erzeugnissen der Destillation des Hochtemerpatur-Steinkohlenteers, bei deren Destillation bis 250°C mindestens 65 RHT übergehen (einschließlich der Benzin-Benzol-Gemische), zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe	Waren der Anlage VII		
27.09 bis 27.15	Erdöle und ihre Destillationserzeugnisse; bituminöse Stoffe; Mineralwachse	Waren der Anlage VII		
ex Kap.28	Anorganische chemische Erzeugnisse; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, Seltenerdmetallen, radioaktiven Elementen oder Isotopen; ausgenommen der Positionen ex 28.11, ex 28.33 und ex 28.40, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 28.11	Schwefeltrioxid	Herstellen aus Schwefeldioxid		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 28.33	Aluminiumsulfat	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 28.40	Natriumperborat	Herstellen aus Dinatriumtetraboratpentahydrat		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.29	Organische chemische Erzeugnisse; ausgenommen der Positionen ex 29.01, ex 29.02, ex 29.05, 29.15, 29.32, 29.33 und 29.34, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 29.01	Acyclische Kohlenwasserstoffe, zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe	Waren der Anlage VII		
ex 29.02	Cyclane und Cyclene, (ausgenommen Azulene), Benzol, Toluol, Xylole, zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe	Waren der Anlage VII		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 29.05	Metallalkoholate von Alkoholen dieser Position oder von Ethanol oder Glycerol	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 29.05. Jedoch können Metallalkoholate dieser Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
29.15	Gesättigte acyclische einbasische Carbonsäuren und ihre Anhydride, Halogenide, Peroxide und Peroxysäuren; ihre Halogen-, Sulfo-, Nitro- oder Nitrosoderivate	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position. Jedoch darf der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 29.15 oder 29.16 insgesamt 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreiten		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
29.32	Heterocyclische Verbindungen, nur mit Stickstoff als Heteroatom(e):			
	- innere Ether und deren Halogen-, Sulfo-, Nitro- oder Nitrosoderivate	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position. Jedoch darf der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 29.09 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreiten		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- cyclische Acetale und innere Halbacetale und deren Halogen-, Sulfo-, Nitro- oder Nitrosoderivate	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
29.33	Heterocyclische Verbindungen, nur mit Stickstoff als Heteroatom(e); Nucleinsäuren und ihre Salze	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position. Jedoch darf der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 29.32 oder 29.33 insgesamt 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreiten		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
29.34	Andere heterocyclische Verbindungen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position. Jedoch darf der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 29.32, 29.33 und 29.34 insgesamt 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreiten		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.30	Pharmazeutische Erzeugnisse; ausgenommen der Positionen 30.02, 30.03 und 30.04, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
30.02	Menschliches Blut; tierisches Blut zu therapeutischen, prophylaktischen oder diagnostischen Zwecken zubereitet; Antisera und andere Blutfraktionen; Vaccine, Toxine, Kulturen von Mikroorganismen (ausgenommen Hefen) und ähnliche Erzeugnisse:			
	- Waren bestehend aus zwei oder mehr Bestandteilen, die zu therapeutischen oder prophylaktischen Zwecken gemischt worden sind, oder ungemischte Waren zu diesen Zwecken, dosiert oder in Aufmachungen für den Einzelverkauf	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 30.02. Jedoch können Vormaterialien dieser Beschreibung verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	- andere:			
	-- menschliches Blut	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 30.02. Jedoch können Vormaterialien dieser Beschreibung verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	– tierisches Blut zu therapeutischen oder prophylaktischen Zwecken	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 30.02. Jedoch können Vormaterialien dieser Beschreibung verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	– Blutfraktionen, andere als Antisera, Hämoglobin und Serumglobine	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 30.02. Jedoch können Vormaterialien dieser Beschreibung verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	-- Hämoglobin, Blutglobine und Serumglobine	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 30.02. Jedoch können Vormaterialien dieser Beschreibung verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	-- andere	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus anderen Vormaterialien der Position 30.02. Jedoch können Vormaterialien dieser Beschreibung verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
30.03 und 30.04	Arzneiwaren (ausgenommen Waren der Positionen 30.02, 30.05 und 30.06)	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien dieser Beschreibung verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.31	Düngemittel; ausgenommen der Position ex 31.05, für die im folgenden eine Regel festgelegt ist	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 31.05	Mineralische oder chemische Düngemittel, zwei oder drei der düngenden Stoffe Stickstoff, Phosphor und Kalium enthaltend; andere Düngemittel; Erzeugnisse dieses Kapitels in Tabletten oder ähnlichen Formen oder in Einzelpackungen, mit einem Rohgewicht von 10 kg oder weniger, ausgenommen: - Natriumnitrat - Calciumcyanamid - Kaliumsulfat - Kaliummagnesiumsulfat	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.32	Gerb- und Farbstoffauszüge; Tannine und ihre Derivate; Farbstoffe, Pigmente und andere Farbmittel; Anstrichfarben und Lacke; Kitte; Tinten; ausgenommen der Positionen ex 32.01 und 32.05, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 32.01	Tannine sowie deren Salze, Ether, Ester und andere Derivate	Herstellen aus Gerbstoffauszügen pflanzlichen Ursprungs		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
32.05	Farblacke; Zubereitungen im Sinne der Anmerkung 3 zu diesem Kapitel auf der Grundlage von Farblacken[1]	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen der Positionen 32.03, 32.04 und 32.05. Jedoch können Vormaterialien der Position 32.05 verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.33	Etherische Öle und Resionoide; zubereitete Riech-Körperpflege oder Schönheitsmittel, ausgenommen der Position 33.01, für die im folgenden eine Regel festgelegt ist	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
33.01	Etherische Öle (auch terpenfrei gemacht), einschließlich "konkrete" oder "absolute" Öle; Resinoide; Konzentrate etherischer Öle in Fetten, nichtflüchtigen Ölen, Wachsen oder ähnlichen Stoffen, durch Enfleurage oder Mazeration gewonnen; terpenhaltige Nebenerzeugnisse aus etherischen Ölen; destillierte, aromatische Wässer und wäßrige Lösungen etherischer Öle	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich aus Vormaterialien einer anderen Warengruppe[2] dieser Position. Jedoch können Vormaterialien derselben Warengruppe verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

1 *Anmerkung 3 zu Kapitel 32 besagt, daß es sich bei diesen Zubereitungen um solche handelt, wie sie zum Färben beliebiger Stoffe oder zum Herstellen von Farbzubereitungen verwendet werden, vorausgesetzt, sie gehören nicht zu einer anderen Position des Kapitels 32.*

2 *Als Warengruppe gilt jeder Teil der Position, der von den übrigen Waren durch einen Strichpunkt getrennt ist.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.34	Seifen, organische grenzflächenaktive Stoffe, zubereitete Waschmittel, zubereitete Schmiermittel, künstliche Wachse, zubereitete Wachse, Schuhcreme, Scheuerpulver und dergleichen, Kerzen und ähnliche Erzeugnisse, Modelliermassen, "Dentalwachs" und Zubereitungen für zahnärzliche Zwecke auf der Grundlage von Gips; ausgenommen Positionen ex 34.03 und 34.04, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 34.03	Zubereitete Schmiermittel, Erdöle oder Öle aus bituminösen Mineralien enthaltend, vorausgesetzt, deren Anteil beträgt weniger als 70 GHT	Waren der Anlage VII		
34.04	Künstliche Wachse und zubereitete Wachse:			
	- auf der Grundlage von Paraffin, Erdölwachsen oder von Wachsen aus bituminösen Mineralien oder von paraffinischen Rückständen	Waren der Anlage VII		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus - hydrierten Ölen, die den Charakter von Wachsen haben, der Position 15.16 - Fettsäuren von chemisch nicht eindeutig bestimmter Konstitution und technischen Fettalkoholen, die den Charakter von Wachsen haben, der Position 15.19 - Vormaterialien der Position 34.04. Jedoch können diese Vormaterialien verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.35	Eiweißstoffe, modifizierte Stärken; Klebstoffe; Enzyme, ausgenommen der Positionen 35.01, 35.02, 35.05 und ex 35.07. Für die Positionen ex 35.02, ex 35.05 und ex 35.07 sind die folgenden Regeln festgelegt	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 35.02	Eieralbumin, für die menschliche Ernährung ungenießbar oder ungenießbar gemacht; Molkenproteine (Lactalbumin), für die menschliche Ernährung ungenießbar oder ungenießbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 35.05	Dextrine und andere modifizierte Stärken (z.B. Quellstärke oder veresterte Stärke); Leime auf der Grundlage von Stärken, Dextrinen oder anderen modifizierten Stärken	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus solchen der Position 11.08		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 35.07	Zubereitete Enzyme, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
Kap. 36	Pulver und Sprengstoffe; pyrotechnische Artikel; Zündhölzer; Zündmetallegierungen; leicht entzündliche Stoffe	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.37	Erzeugnisse zu photographischen und kinematographischen Zwecken; ausgenommen der Positionen 37.01, 37.02 und 37.04, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
37.01	Lichtempfindliche photographische Platten und Planfilme, nicht belichtet, aus Stoffen aller Art (ausgenommen Papier, Pappe oder Spinnstoffe); lichtempfindliche photographische Sofortbild-Planfilme, nicht belichtet, auch in Kassetten			
	- Sofortbild-Planfilme für Farbaufnahmen, in Kassetten	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Position 31.01 oder 37.02 einzureihen sind; jedoch können Vormaterialien der Position 37.02 verwendet werden, wenn ihr Wert 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Nummern 37.01 oder 37.02 einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien der Positionen 37.01 und 37.02 verwendet werden, wenn ihr Wert insgesamt 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
37.02	Lichtempfindliche photographische Filme in Rollen, nicht belichtet, aus Stoffen aller Art (ausgenommen Papier, Pappe oder Spinnstoffe); lichtempfindliche photographische Sofortbild-Rollfilme, nicht belichtet	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen der Position 37.01 oder 37.02		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
37.04	Photographische Platten, Filme, Papiere, Pappen und Spinnstoffwaren, belichtet, jedoch nicht entwickelt	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen der Positionen 37.01 bis 37.04		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.38	Verschiedene Erzeugnisse der chemischen Industrie, ausgenommen der Positionen 38.01, ex 38.03, ex 38.05, ex 38.06, ex 38.07, 38.08 bis 38.14, 38.18 bis 38.20, 38.22 und 38.23, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
38.01	Künstlicher Graphit; kolloider Graphit und halbkolloider Graphit;			
	- kolloider Graphit in Suspensionen und halbkolloider Graphit; kohlenstoffhaltige Pasten für Elektroden	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	- Graphit in Form von Pasten, bestehend aus einer Mischung von mehr als 30 GHT von Graphit mit Mineralölen	Herstellen, bei dem der Wert der verwendeten Vormaterialien der Position 34.03 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 38.03	Tallöl, raffiniert	Raffinieren von rohem Tallöl		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 38.05	Sulfatterpentinöl, gereinigt	Reinigen durch Destillieren oder Raffinieren von rohem Sulfatterpentinöl		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 38.06	Harzester	Raffinieren von Harzspuren		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 38.07	Schwarzpech, auch Pech schlechthin genannt	Destillieren von Holzteer		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
38.08	Insektizide, Rodentizide, Fungizide, Herbizide, Keimhemmungsmittel und Pflanzenwuchsregulatoren, Desinfektionsmittel und ähnliche Erzeugnisse, in Formen oder Aufmachungen für den Einzelverkauf oder als Zubereitungen oder Waren (z.B. Schwefelbänder, Schwefelfäden, Schwefelkerzen und Fliegenfänger)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.09	Appretur- oder Endausrüstungsmittel, Beschleuniger zum Färben oder Fixieren von Farbstoffen und andere Erzeugnisse und Zubereitungen (z.B. zubereitete Schlichtemittel und Zubereitungen zum Beizen), von der in der Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie oder ähnlichen Industrien verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
38.10	Zubereitungen zum Abbeizen von Metallen; Flußmittel und andere Hilfsmittel zum Schweißen oder Löten von Metallen; Pasten und Pulver zum Schweißen oder Löten, aus Metall und anderen Stoffen; Zubereitungen von der als Überzugs- oder Füllmasse für Schweißelektroden oder Schweißstäbe verwendeten Art	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.11	Zubereitete Antiklopfmittel, Antioxidantien, Antigums, Viskositätsverbesserer, Antikorrosivadditives und andere zubereitete Additives für Mineralöle (einschließlich Kraftstoffe) oder für andere, zu denselben Zwecken wie Mineralöle verwendete Flüssigkeiten:			
	- zubereitete Additives für Schmieröle, Erdöle oder Öle aus bituminösen Mineralien enthaltend	Waren der Anlage VII		
	- andere	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
38.12	Zubereitete Vulkanisationsbeschleuniger; zusammengesetzte Weichmacher für Kautschuk oder Kunststoffe, anderweit weder genannt noch inbegriffen; zubereitete Antioxidationsmittel und andere zusammengesetzte Stabilisatoren für Kautschuk und Kunststoffe	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.13	Gemische und Ladungen für Feuerlöschgeräte; Feuerlöschgranaten und Feuerlöschbomben	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.14	Zusammengesetzte organische Lösungs- und Verdünnungsmittel, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Zubereitungen zum Entfernen von Farben oder Lacken	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.18	Chemische Elemente, zur Verwendung in der Elektronik dotiert, in Scheiben, Plättchen oder ähnlichen Formen; chemische Verbindungen zur Verwendung in der Elektronik dotiert	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.19	Flüssigkeiten für hydraulische Bremsen und andere zubereitete Flüssigkeiten für hydraulische Kraftübertragung, kein Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien enthaltend oder mit einem Gehalt an Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien von weniger als 70 GHT	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
38.20	Zubereitete Gefrierschutzmittel und zubereitete Flüssigkeiten zum Enteisen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.22	Zusammengesetzte Diagnostik- oder Laborreagenzien, ausgenommen der Waren der Position 30.02 oder 30.06	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
38.23	Zubereitete Bindemittel für Gießereiformen oder -kerne; chemische Erzeugnisse und Zubereitungen der chemischen Industrie oder verwandter Industrien (einschließlich Mischungen von Naturprodukten), anderweit weder genannt noch inbegriffen; Rückstände der chemischen Industrie oder verwandter Industrien, anderweit weder genannt noch inbegriffen:			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- folgende Waren dieser Position -- zubereitete Bindemittel für Gießereiformen oder Gießereikerne auf der Grundlage von natürlichen Harzprodukten -- Naphtensäuren, ihre wasserunlöslichen Salze und Esther der Naphtensäuren -- Sorbit, ausgenommen Sorbit der Position 29.05 -- Petroleumsulfonate, ausgenommen solche des Ammoniums, der Alkalimetalle oder der Äthanolamine; thiopenhaltige Sulfosäuren von Öl aus bituminösen Minteralien und ihre Salze -- Ionenaustauscher -- absorbierende Zubereitungen (Getter) zum Vervollständigen des Hochvakuums in elektrischen Lampen und Röhren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	-- nicht ausgebrauchte Gasreinigungsmassen -- Ammoniakwasser und ausgebrauchte Gasreinigungsmassen -- Sulfonaphtensäuren und ihre wasserunlöslichen Salze; Ester der Sulfonaphtensäuren -- Fuselöle und Dippelöle -- Mischungen von Salzen mit verschiedenen Anionen -- Kopierpasten auf der Grundlage von Gelatine, auch auf Unterlagen aus Papier oder Textilien			
	- andere	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 39.01 bis 39.15	Kunststoffe in Primärformen, Abfälle, Schnitzel und Bruch von Kunststoffen, ausgenommen der Position ex 39.07, für die im folgende eine Regel festgelegt ist:			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- Additionshomopolymerisationserzeugnisse	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 39 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- andere	Herstellen, bei dem der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 39 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 39.07	Copolymere der Polycarbonate und Acrylnitril-Butadienstyrol-Copolymere (ABS)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Vormaterialien derselben Position verwendet werden, wenn ihr Wert 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 39.16 bis 39.21	Halb- und Fertigerzeugnisse aus Kunststoffen, ausgenommen der Positionen ex 39.16, ex 39.17 und ex 39.20, für die im folgenden Regeln festgelegt sind:			

1 *Bei Erzeugnissen, die aus Vormaterialien der Positionen 39.01 bis 39.06 einerseits und aus Vormaterialien der Positionen 39.07 bis 39.11 andererseits zusammengesetzt sind, gilt diese Beschränkung nur für jene Gruppe von Vormaterialien, die in der hergestellten Ware gewichtsmäßig überwiegt.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- Flacherzeugnisse, weiter behandelt als nur auf der Oberfläche bearbeitet oder anders zugeschnitten als lediglich zu Rechtecken oder Quadraten; andere Erzeugnisse, weiter behandelt als nur auf der Oberfläche bearbeitet	Herstellen, bei dem der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 39 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- andere			
	– aus Additionshomopolymerisationserzeugnissen	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 39 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	-- andere	Herstellen, bei dem der Wert der verwendeten Vormaterialien des Kapitels 39 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

[1] *Bei Erzeugnissen, die aus Vormaterialien der Positionen 39.01 bis 39.06 einerseits und aus Vormaterialien der Positionen 39.07 bis 39.11 andererseits zusammengesetzt sind, gilt diese Beschränkung nur für jene Gruppe von Vormaterialien, die in der hergestellten Ware gewichtsmäßig überwiegt.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 39.16 und ex 39.17	Profile und Rohre	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert der Vormaterialien, die in dieselbe Nummer wie die hergestellte Ware einzureihen sind, 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 39.20	Folien oder Filme aus Ionomeren	Herstellen aus einem thermoplastischen Teilsalz, bestehend aus einem Copolymer von Ethylen und Metacrylsäure, teilweise mit Metallionen (vorwiegend Zink) und Natrium, neutralisiert		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
39.22 bis 39.26	Fertigerzeugnisse aus Kunststoffen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.40	Kautschuk und Waren daraus, ausgenommen der Positionen ex 40.01, 40.05, 40.12 und ex 40.17, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 40.01	Geschichtete Platten aus Kautschuk für Sohlenkrepp	Aufeinanderschichten von Platten aus Naturkautschuk		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
40.05	Kautschukmischungen, nicht vulkanisiert, in Primärformen oder in Platten, Blättern oder Streifen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
40.12	Luftreifen aus Kautschuk, runderneuert oder gebraucht; Vollreifen oder Hohlkammerreifen, auswechselbare Überreifen und Felgenbänder, aus Kautschuk			
	- Luftreifen, Vollreifen oder Hohlkammerreifen, runderneuert, aus Kautschuk	Runderneuern von gebrauchten Reifen		
	- andere	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus solchen der Position 40.11 oder 40.12		
ex 40.17	Waren aus Hartkautschuk	Herstellen aus Hartkautschuk		
ex Kap.41	Rohe Häute und Felle (andere als Pelzfelle) und Leder, ausgenommen der Positionen ex 41.02, 41.04 bis 41.07 und 41.09, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 41.02	Rohe Felle von Schafen oder Lämmern, enthaart	Enthaaren von Schaffellen oder Lammfellen		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
41.04 bis 41.07	Leder, enthaart, ausgenommen Leder der Position 41.08 oder 41.09	Nachgerben von vorgegerbtem Leder ODER Herstellen aus Vormaterialien, die zu einer anderen Position als die hergestellte Ware gehören		
41.09	Lackleder und folienkaschierte Lackleder; metallisierte Leder	Herstellen aus Leder der Positionen 41.04 bis 41.07, wenn sein Wert 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
Kap. 42	Lederwaren; Sattlerwaren; Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse; Waren aus Därmen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex Kap.43	Pelzfelle und künstliches Pelzwerk; Waren daraus, ausgenommen der Positionen ex 43.02 und 43.04, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 43.02	Pelzfelle, gegerbt oder zugerichtet, zusammengesetzt:			
	- in Platten, Kreuzen oder ähnlichen Formen	Bleichen oder Färben mit Zuschneiden und Zusammensetzen von nicht zusammengesetzten gegerbten oder zugerichteten Pelzfellen		
	- andere	Herstellen aus nicht zusammengesetzten gegerbten oder zugerichteten Pelzfellen		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
43.03	Bekleidung, Bekleidungszubehör und andere Waren, aus Pelzfellen	Herstellen aus nicht zusammengesetzten gegerbten oder zugerichteten Pelzfellen der Position 43.02		
ex Kap.44	Holz und Holzwaren; Holzkohle, ausgenommen der Positionen ex 44.03, ex 44.07, 44.09, ex 44.10 bis ex 44.13, ex 44.15, ex 44.16, 44.18 und ex 44.21, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 44.03	Rohholz, zwei- oder vierseitig grob zugerichtet	Herstellen aus Rohholz, auch entrindet oder vom Splint befreit		
ex 44.07	Holz, in der Längsrichtung gesägt oder gesäumt, gemessert oder geschält, mit einer Dicke von mehr als 6 mm, gehobelt, geschliffen oder keilverzinkt	Hobeln, Schleifen oder Keilverzinken		
ex 44.08	Furnierblätter oder Blätter für Sperrholz (auch zusammengefügt), mit einer Dicke von 6 mm oder weniger; anderes Holz, in der Längsrichtung gesägt oder gesäumt, gemessert oder geschält, mit einer Dicke von 6 mm oder weniger, gehobelt, geschliffen oder keilverzinkt	Zusammenfügen, Hobeln, Schleifen oder Keilverzinken		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
44.09	Holz (einschließlich Stäbe und Friese für Parkett, nicht zusammengesetzt), entlang einer oder mehrerer Kanten oder Oberflächen profiliert (gekehlt, genutet, gefedert, gefalzt, abgeschrägt, gefriest, gerundet oder in ähnlicher Weise bearbeitet), geschliffen oder keilverzinkt			
	- geschliffen oder keilverzinkt	Schleifen oder Keilverzinken		
	- gefrieste oder profilierte Leisten und Friese für Möbel, Rahmen, Innenausstattungen, elektrische Leitungen und dergleichen	Fräsen oder Profilieren		
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 44.10 bis ex 44.13	Gefräste oder profilierte Holzleisten und Holzfriese für Möbel, Rahmen, Innenausstattungen, elektrische Leitungen oder für ähnliche Zwecke	Fräsen oder Profilieren		
ex 44.15	Kisten, Kistchen, Verschläge, Trommeln und ähnliche Verpackungsmittel, aus Holz	Herstellen aus noch nicht auf die erforderlichen Maße zugeschnittenen Brettern		
ex 44.16	Fässer, Tröge, Bottiche, Eimer und andere Böttcherwaren und Teile davon, aus Holz	Herstellen aus Faßstäben, auch auf beiden Hauptflächen gesägt, aber nicht weiter bearbeitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
44.18	Bautischler- und Zimmermannsarbeiten, einschließlich Verbundplatten mit Hohlraum-Mittellagen, Parkettafeln, Schindeln ("shingles" und "shakes") aus Holz:			
	- Bautischler- und Zimmermannsarbeiten, aus Holz	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Verbundplatten mit Hohlraummittellagen und Schindeln ("shingles" und "shakes") verwendet werden		
	- gefrieste oder profilierte Leisten und Friese für Möbel, Rahmen, Innenausstattungen, elektrische Leitungen oder für ähnliche Zwecke	Friesen oder Profilieren		
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 44.21	Holz für Zündhölzer, vorgerichtet; Holznägel für Schuhe	Herstellen aus Holz jeder Position, ausgenommen aus Holzdraht der Position 44.09		
ex Kap.45	Kork und Korkwaren, ausgenommen der Position 45.03, für die im folgenden eine Regel festgelegt ist	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
45.03	Waren aus Naturkork	Herstellen aus Kork der Position 45.01		
Kap. 46	Flechtwaren und Korbmacherwaren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
Kap. 47	Halbstoffe aus Holz oder anderen cellulosehaltigen Faserstoffen; Abfälle und Ausschuß von Papier oder Pappe	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex Kap.48	Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe, ausgenommen der Positionen ex 48.11, 48.16, 48.17, ex 48.18, ex 48.19, ex 48.20 und ex 48.23, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 48.11	Papier und Pappe, nur liniert oder kariert	Herstellen aus Vormaterialien für die Papierherstellung des Kapitels 47		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
48.16	Kohlepapier, präpariertes Durchschreibepapier und anderes Vervielfältigungs- und Umdruckpapier (ausgenommen Waren der Position 48.09), vollständige Dauerschablonen und Offsetplatten aus Papier, auch in Kartons	Herstellen aus Vormaterialien für die Papierherstellung des Kapitels 47		
48.17	Briefumschläge, Einsteckbriefe, Postkarten (ohne Bilder) und Briefkarten, aus Papier oder Pappe; Zusammenstellungen solcher Schreibwaren, in Schachteln, Taschen und ähnlichen Behältnissen, aus Papier oder Pappe	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 48.18	Toilettenpapier	Herstellen aus Vormaterialien für die Papierherstellung des Kapitels 47		
ex 48.19	Schachteln, Kartons, Säcke, Beutel, Tüten und andere Verpackungsmittel, aus Papier, Pappe, Zellstoffwatte oder Vliesen aus Zellstoffasern	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 48.20	Briefpapierblöcke	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 48.23	Andere Papiere, Pappen, Zellstoffwatte und Vliese aus Zellstoffasern, zugeschnitten	Herstellen aus Vormaterialien für die Papierherstellung des Kapitels 47		
ex Kap.49	Bücher, Zeitungen, Bilddrucke und andere Erzeugnisse des graphischen Gewerbes; hand- oder maschinengeschriebene Schriftstücke oder Pläne; ausgenommen der Positionen 49.09 und 49.10, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
49.09	Bedruckte oder illustrierte Postkarten; Glückwunschkarten und bedruckte Karten mit Glückwünschen oder persönlichen Mitteilungen, auch illustriert, auch mit Umschlägen und Verzierungen aller Art	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Position 49.09 oder 49.11 einzureihen sind		
49.10	Kalender aller Art, bedruckt, einschließlich Blöcke von Abreißkalendern:			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- Dauerkalender, oder Kalender, deren auswechselbarer Block auf einer Unterlage angebracht ist, die nicht aus Papier oder Pappe besteht	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	- andere	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Position 49.09 oder 49.11 einzureihen sind		
ex Kap.50	Seide, ausgenommen der Positionen ex 50.03, 50.04 bis ex 50.06 und 50.07, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 50.03	Abfälle von Seide (einschließlich nicht abhaspelbare Kokons, Garnabfälle und Reißspinnstoff), gekrempelt oder gekämmt	Krempeln oder Kämmen von Abfällen von Seide		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
50.04 bis ex 50.06	Seidengarne, Schappeseidengarne oder Bouretteseidengarne	Herstellen aus[1]: - Grège oder Abfällen von Seide, gekrempelt oder gekämmt oder anders für die Spinnerei bearbeitet - anderen natürlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet, - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
50.07	Gewebe aus Seide, Schappeseide oder Bouretteseide - in Verbindung mit Kautschukfäden	Herstellen aus einfachen Garnen[1]		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Papier ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.51	Wolle, feine und grobe Tierhaare; Garne und Gewebe aus Roßhaar, ausgenommen der Positionen 51.06 bis 51.10 und 51.11 bis 51.13, für die im folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
51.06 bis 51.10	Garne aus Wolle, feinen oder groben Tierhaaren oder Roßhaar	Herstellen aus[1]: - Grège oder Abfällen von Seide, gekrempelt oder gekämmt oder anders für die Spinnerei bearbeitet - natürlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet, - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
51.11 bis 51.13	Gewebe aus Wolle, feinen oder groben Tierhaaren oder Roßhaar			
	- in Verbindung mit Kautschukfäden	Herstellen aus einfachen Garnen[1]		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Papier ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.52	Baumwolle, ausgenommen der Positionen 52.04 bis 52.07 und 52.08 bis 52.12, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
52.04 bis 52.07	Nähgarne und andere Garne aus Baumwolle	Herstellen aus[1]: - Grège oder Abfällen von Seide, gekrempelt oder gekämmt oder anders für die Spinnerei bearbeitet - natürlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet, - chemischen Vormaterialien oder Spinnmase oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
52.08 bis 52.12	Gewebe aus Baumwolle - in Verbindung mit Kautschukfäden	Herstellen aus einfachen Garnen[1]		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Papier ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.53	Andere pflanzliche Spinnstoffe; Papiergarne und Gewebe aus Papiergarnen, ausgenommen der Positionen 53.06 bis 53.08 und 53.09 bis 53.11, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
53.06 bis 53.08	Garne aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen; Papiergarne	Herstellen aus[1]: - Grège oder Abfällen von Seide, gekrempelt oder gekämmt oder anders für die Spinnerei bearbeitet - natürlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
53.09 bis 53.11	Gewebe aus anderen pflanzlichen Spinnstoffen; Gewebe aus Papiergarnen			
	- in Verbindung mit Kautschukfäden	Herstellen aus einfachen Garnen[1]		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Papier ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
54.01 bis 54.06	Garne, Monofile und Nähgarne aus synthetischen oder künstlichen Filamenten	Herstellen aus[1]: - Grège oder Abfällen von Seide, gekrempelt oder gekämmt oder anders für die Spinnerei bearbeitet - natürlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
54.07 und 54.08	Gewebe aus Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten			
	- in Verbindung mit Kautschukfäden	Herstellen aus einfachen Garnen[1]		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Papier ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
55.01 bis 55.07	Synthetische oder künstliche Spinnfasern	Herstellen aus chemischen Vormaterialien oder aus Spinnmasse		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
55.08 bis 55.11	Garne und Nähgarne	Herstellen aus[1]: - Grège oder Abfällen von Seide, gekrempelt oder gekämmt oder anders für die Spinnerei bearbeitet - natürlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
55.12 bis 55.16	Gewebe aus synthetischen oder künstlichen Spinnfasern			
	- in Verbindung mit Kautschukfäden	Herstellen aus einfachen Garnen[1]		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Papier ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.56	Watte, Filze und Vliesstoffe; Spezialgarne; Bindfäden, Seile, Taue und Seilerwaren, ausgenommen der Positionen 56.02, 56.04, 56.05 und 56.06, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
56.02	Filze, auch getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen:			
	- Nadelfilze	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse. Jedoch können - Monofile aus Polypropylen der Position 54.02 - Spinnfasern aus Polypropylen der Position 55.03 oder 55.06 oder - Spinnkabel aus Filamenten aus Polypropylen der Position 55.01, bei denen jeweils eine Faser oder ein Filament einen Titer von weniger als 9 dtex aufweist, verwendet werden, wenn ihr Wert 40 v.H. des ab-Werk-Preises nicht überschreitet		
	- andere	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - Spinnfasern aus Kasein - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
56.04	Fäden und Kordeln aus Kautschuk, mit einem Überzug aus Spinnstoffen; Spinnstoffgarne, Streifen und dergleichen der Position 54.04 oder 54.05, mit Kautschuk oder Kunststoff getränkt, bestrichen, überzogen oder umhüllt			
	- Kautschukfäden, mit einem Überzug aus Spinnstoffen	Herstellen aus Kautschukfäden und -kordeln, nicht mit einem Überzug aus Spinnstoffen		
	- andere	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
56.05	Metallgarne und metallisierte Garne, auch umsponnen, bestehend aus Garnen und Spinnstoffen, Streifen oder dergleichen der Position 54.04 oder 54.05, in Verbindung mit Metall in Form von Fäden, Streifen oder Pulver oder mit Metall überzogen	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
56.06	Gimpen, umsponnene Streifen und dergleichen der Position 54.04 oder 54.05 (ausgenommen Waren der Position 56.05 und umsponnene Garne aus Roßhaar); Chenillegarne; "Maschengarne"	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse oder - Vormaterialien für die Papierherstellung		
Kap. 57	Teppiche und andere Fußbodenbeläge, aus Spinnstoffen:			
	- aus Nadelfilz	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse. Jedoch können - Monofile aus Polypropylen der Position 54.02 - Spinnfasern aus Polypropylen der Position 55.03 oder 55.06 oder - Spinnkabel aus Filamenten aus Polypropylen der Position 55.01, bei denen jeweils eine Faser oder ein Filament einen Titer von weniger als 9 dtex aufweist, verwendet werden, wenn ihr Wert 40 v.H. des ab-Werk-Preises nicht überschreitet		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- aus anderem Filz	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - Garnen aus synthetischen oder künstlichen Filamenten - natürlichen Fasern oder - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht kardiert oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet		
ex Kap.58	Spezialgewebe; getuftete Spinnstofferzeugnisse; Spitzen; Tapisserien; Posamentierwaren; Stickereien; ausgenommen der Positionen 58.05 und 58.10, für die die folgenden Regeln festgelegt sind			
	- in Verbindung mit Kautschukfäden	Herstellen aus einfachen Garnen[1]		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
58.05	Tapisserien, handgewebt (Gobelins, Flandrische Gobelins, Aubusson, Beauvais und ähnliche), und Tapisserien als Nadelarbeit (z.B. Petit Point-, Kreuzstich), auch konfektioniert	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
58.10	Stickereien als Meterware, Streifen oder als Motive	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind - der Wert der verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
59.01	Gewebe, mit Leim oder stärkehaltigen Stoffen bestrichen, von der zum Einbinden von Büchern, zum Herstellen von Futteralen, Kartonagen oder zu ähnlichen Zwecken verwendeten Art; Pausleinwand; präparierte Malleinwand; Bougram und ähnliche steife Gewebe, von der für die Hutmacherei verwendeten Art	Herstellen aus Garnen		
59.02	Reifencordgewebe aus hochfesten Garnen aus Nylon oder anderen Polyamiden, Polyestern oder Viskose:			
	- mit einem Anteil an textilen Vormaterialien von nicht mehr als 90 GHT	Herstellen aus Garnen		
	- andere	Herstellen aus chemischen Vormaterialien oder aus Spinnmasse		
59.03	Gewebe, mit Kunststoff getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen aus Kunststoff versehen, andere als solche der Position 59.02	Herstellen aus Garnen		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
59.04	Linoleum, auch zugeschnitten; Fußbodenbeläge, aus einer Spinnstoffunterlage mit einer Deckschicht oder einem Überzug bestehend, auch zugeschnitten	Herstellen aus Garnen[1]		
59.05	Wandverkleidungen aus Spinnstoffen			
	- mit Kunststoff getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen aus Kautschuk, Kunststoff oder anderem Material versehen	Herstellen aus Garnen		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse ODER Bedrucken mit mindestens zwei Vor- oder Nachbehandlungen (wie Reinigen, Bleichen, Merzerisieren, Thermofixieren, Aufhellen, Kalandrieren, krumpfecht Ausrüsten, Fixieren, Dekatieren, Imprägnieren, Ausbessern und Noppen), wenn der Wert des unbedruckten Gewebes 47,5 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
59.06	Kautschutierte Gewebe, andere als solche der Position 59.02:			

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- aus Gewirken oder Gestricken	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		
	- andere Gewebe aus synthetischem Filamentgarn, mit einem Anteil an textilen Materialien von mehr als 90 GHT	Herstellen aus chemischen Vormaterialien		
	- andere	Herstellen aus Garnen		
59.07	Andere Gewebe, getränkt, bestrichen oder überzogen; bemalte Gewebe für Theaterdekorationen, Atelierhintergründe oder dergleichen	Herstellen aus Garnen		
59.08	Dochte, gewebt, geflochten, gewirkt oder gestrickt, aus Spinnstoffen, für Lampen, Kocher, Feuerzeuge, Kerzen oder dergleichen; Glühstrümpfe und schlauchförmige Gewirke oder Gestricke für Glühstrümpfe, auch getränkt			
	- Glühstrümpfe, getränkt	Herstellen aus schlauchförmigen Gewirken für Glühstrümpfe		

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
59.09 bis 59.11	Waren des technischen Bedarfs aus Spinnstoffen:			
	- Polierscheiben und -ringe, andere als aus Filz der Position 59.11	Herstellen aus Garnen, Abfällen von Geweben oder Lumpen der Position 63.10		
	- andere	Herstellen aus[1]: - Kokosgarnen - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		
Kap. 60	Gewirke und Gestricke	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		
Kap. 61	Bekleidung und Bekleidungszubehör, aus Gewirken oder Gestricken:			

(1) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- die durch Zusammennähen oder sonstiges Zusammenfügen von zwei oder mehr zugeschnittenen oder abgepaßten gewirkten oder gestrickten Teilen hergestellt wurden	Herstellen aus Garnen[1]		
	- andere	Herstellen aus[2]: - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		
ex Kap.62	Bekleidung und Bekleidungszubehör, nicht gewirkt oder gestrickt; ausgenommen der Positionen ex 62.02, ex 62.04, ex 62.06, ex 62.09, ex 62.10, 62.13, 62.14, ex 62.16 und 62.17, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen aus Garnen[1,2]		

(1) *Siehe Einleitende Bemerkung 6.*
(2) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 62.02, ex 62.04, ex 62.06 und ex 62.09	Bekleidung für Frauen, Mädchen oder Kleinkinder, bestickt; "anderes konfektioniertes Bekleidungszubehör", bestickt	Herstellen aus Garnen[1] ODER Herstellen aus nicht bestickten Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]		
ex 62.10 und ex 62.16	Feuerschutzausrüstung aus Geweben, mit einer Folie aus aluminisiertem Polyester überzogen	Herstellen aus Garnen[1] ODER Herstellen aus nicht überzogenen Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht überzogenen Gewebe 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]		
62.13 und 62.14	Taschentücher und Ziertaschentücher, Schals, Umschlagtücher, Halstücher, Kragenschoner, Kopftücher, Schleier und ähnliche Waren:			
	- bestickt	Herstellen aus rohen, einfachen Garnen[1,2] ODER Herstellen aus nicht bestickten Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[2]		
	- andere	Herstellen aus rohen, einfachen Garnen[1,2]		

(1) *Siehe Einleitende Bemerkung 6.*
(2) *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*
(1)	(2)	(3) oder (4)
62.17	Anderes konfektioniertes Bekleidungszubehör; Teile von Bekleidung oder von Bekleidungszubehör, ausgenommen solche der Position 62.12:	
	- bestickt	Herstellen aus Garnen[1] ODER Herstellen aus nicht bestickten Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]
	- Feuerschutzausrüstung aus Geweben, mit einer Folie aus aluminisiertem Polyester überzogen	Herstellen aus Garnen[1] ODER Herstellen aus nicht überzogenen Geweben, wenn der Wert der verwendeten nicht überzogenen Gewebe 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet[1]
	- Einlagen für Kragen und Manschetten, zugeschnitten	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. - der Wert der verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- andere	Herstellen aus Garnen[1]

1 *Siehe Einleitende Bemerkung 6.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.63	Andere konfektionierte Spinnstoffwaren; Warenzusammenstellungen; Altwaren und Lumpen, ausgenommen der Positionen 63.01 bis 63.04, 63.05, 63.06, ex 63.07 und 63.08, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
63.01 bis 63.04	Decken, Bettwäsche usw.; Gardinen usw.; andere Waren zur Innenausstattung:			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- aus Filz oder Vliesstoffen	Herstellen aus(1): - natürlichen Fasern - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		
	- andere:			
	-- bestickt	Herstellen aus rohen, einfachen Garnen[1,2] ODER Herstellen aus nicht bestickten Geweben (andere als gewirkte oder gestrickte), wenn der Wert der verwendeten nicht bestickten Gewebe 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	-- andere	Herstellen aus rohen, einfachen Garnen[1,2]		
63.05	Säcke und Beutel zu Verpackungszwecken	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - synthetischen oder künstlichen Spinnfasern, nicht gekrempelt oder gekämmt oder nicht anders für die Spinnerei bearbeitet - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		

1 *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

2 *Für Waren aus Gewirken oder Gestricken, weder gummielastisch noch kautschutiert, die durch Zusammennähen oder sonstiges Zusammenfügen von zwei oder mehr zugeschnittenen oder abgepaßten gewirkten oder gestrickten Teilen hergestellt wurden, siehe Einleitende* Bemerkung 6.

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
63.06	Planen, Segel für Wasserfahrzeuge, für Surfbretter und für Landfahrzeuge, Markisen, Zelte und Campingausrüstungen:			
	- aus Vliesstoffen	Herstellen aus[1]: - natürlichen Fasern - chemischen Vormaterialien oder Spinnmasse		
	- andere	Herstellen aus rohen, einfachen Garnen[1]		
63.07	Andere konfektionierte Waren, einschließlich Schnittmuster zum Herstellen von Bekleidung	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
63.08	Warenzusammenstellungen, aus Geweben und Garn, auch mit Zubehör, für die Herstellung von Teppichen, Tapisserien, bestickten Tischdecken oder Servietten oder ähnlichen Spinnstoffwaren, in Aufmachungen für den Einzelverkauf	Jede Ware in der Warenzusammenstellung muß die Regel erfüllen, die anzuwenden wäre, wenn sie nicht in der Warenzusammenstellung enthalten wäre. Jedoch können Waren ohne Ursprungseigenschaft mitverwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 15 v.H. des ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet		
64.01 bis 64.05	Fußbekleidung	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, ausgenommen aus Zusammensetzungen von Oberteilen, die mit einer Brandsohle oder anderen Sohlenteilen verbunden sind, der Position 64.06		

1 *Wegen der besonderen Vorschrift betreffend Waren, die aus verschiedenen textilen Vormaterialien bestehen, siehe Einleitende Bemerkung 5.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
64.06	Schuhteile (einschließlich Schuhoberteile, auch an Sohlen befestigt, nicht jedoch an Laufsohlen); Einlegesohlen, Fersenstücke und ähnliche herausnehmbare Waren; Gamaschen und ähnliche Waren sowie Teile davon	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex Kap.65	Kopfbedeckungen und Teile davon, ausgenommen der Positionen 65.03 und 65.05, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
65.03	Hüte und andere Kopfbedeckungen, aus Filz, aus Hutstumpen oder Hutplatten der Position 65.01 hergestellt, auch ausgestattet	Herstellen aus Garnen und Spinnfasern[1]		
65.05	Hüte und andere Kopfbedeckungen, gewirkt oder gestrickt oder aus Stücken (ausgenommen Streifen) von Spitzen, Filz oder anderen Spinnstofferzeugnissen hergestellt, auch ausgestattet; Haarnetze aus Stoffen aller Art, auch ausgestattet	Herstellen aus Garnen oder Spinnfasern[1]		
ex Kap.66	Regenschirme, Sonnenschirme, Gehstöcke, Sitzstöcke, Peitschen, Reitpeitschen und Teile davon, ausgenommen der Position 66.01, für die im folgenden eine Regel festgelegt ist	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

1 *Siehe Einleitende Bemerkung 6.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
66.01	Regenschirme und Sonnenschirme (einschließlich Stockschirme, Gartenschirme und ähnliche Waren)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
Kap. 67	Zugerichtete Federn und Daunen und Waren aus Federn oder Daunen; künstliche Blumen; Waren aus Menschenhaaren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex Kap.68	Waren aus Steinen, Gips, Zement, Asbest, Glimmer oder ähnlichen Stoffen, ausgenommen der Positionen ex 68.03, ex 68.12 und ex 68.14, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 68.03	Waren aus Tonschiefer oder aus Preßschiefer	Herstellen aus bearbeitetem Schiefer		
ex 68.12	Waren aus Asbest oder aus Mischungen auf der Grundlage von Asbest oder auf der Grundlage von Asbest und Magnesiumcarbonat	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position		
ex 68.14	Waren aus Glimmer; agglomerierter oder rekonstituierter Glimmer, auf Unterlagen aus Papier, Pappe oder aus anderen Stoffen	Herstellen aus bearbeitetem Glimmer (einschließlich agglomeriertem oder rekonstituiertem Glimmer)		
Kap. 69	Keramische Waren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.70	Glas und Glaswaren, ausgenommen der Positionen 70.06, 70.07, 70.08, 70.09, 70.10, 70.13 und ex 70.19, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
70.06	Glas der Positionen 70.03, 70.04 oder 70.05, gebogen, mit bearbeiteten Kanten, graviert, gelocht, emailliert oder anders bearbeitet, jedoch weder gerahmt noch in Verbindung mit anderen Stoffen	Herstellen aus Vormaterialien der Position 70.01		
70.07	Vorgespanntes Einschichten-Sicherheitsglas und Mehrschichten-Sicherheitsglas (Verbundglas)	Herstellen aus Vormaterialien der Position 70.01		
70.08	Mehrschichtige Isolierverglasungen	Herstellen aus Vormaterialien der Position 70.01		
70.09	Spiegel aus Glas, auch gerahmt, einschließlich Rückspiegel	Herstellen aus Vormaterialien der Position 70.01		
70.10	Flaschen, Glasballons, Korbflaschen, Flakons, Krüge, Töpfe, Röhrchen, Ampullen und andere Behältnisse aus Glas, zu Transport- oder Verpackungszwecken; Konservengläser; Stopfen, Deckel und andere Verschlüsse aus Glas	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind	ODER	Schleifen von Glaswaren, wenn ihr Wert 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*
(1)	(2)	(3) oder (4)
70.13	Glaswaren zur Verwendung bei Tisch, in der Küche, bei der Toilette, im Büro, zur Innenausstattung oder zu ähnlichen Zwecken (ausgenommen Waren der Position 70.10 oder 70.18)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind ODER Schleifen von Glaswaren, wenn ihr Wert 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet ODER mit der Hand ausgeführtes Verzieren (ausgenommen Siebdruck) von mundgeblasenen Glaswaren, wenn ihr Wert 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 70.19	Waren aus Glasfasern (ausgenommen Garne)	Herstellen aus: - ungefärbten Glasstapelfasern, Glasseidensträngen (Rovings) und Garnen, geschnittenem Textilglas oder - Glaswolle
ex Kap.71	Echte Perlen oder Zuchtperlen, Edelsteine oder Schmucksteine, Edelmetalle, Edelmetallplattierungen und Waren daraus; Phantasieschmuck; Münzen, ausgenommen der Positionen ex 71.02, ex 71.03, ex 71.04, 71.06, ex 71.07, 71.08, ex 71.09, 71.10, ex 71.11, 71.16 und 71.17, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 71.02, ex 71.03 und ex 71.04	Edelsteine und Schmucksteine (natürliche, synthetische oder rekonstitutierte), bearbeitet	Herstellen aus nicht bearbeiteten Edelsteinen oder Schmucksteinen		
71.06, 71.08 und 71.10	Edelmetalle			
	- in Rohform	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Position 71.06, 71.08 oder 71.10 einzureihen sind ODER elektrolytische, thermische oder chemische Trennung von Edelmetallen der Position 71.06, 71.08 oder 71.10 ODER Legieren von Edelmetallen der Position 71.06, 71.08 oder 71.10 untereinander oder mit unedlen Metallen		
	- als Halbzeug oder Pulver	Herstellen aus Edelmetallen in Rohform		
ex 71.07, ex 71.09 und ex 71.11	Metalle, mit Edelmetallen plattiert, als Halbzeug	Herstellen aus mit Edelmetallen plattierten Metallen, in Rohform		
71.16	Waren aus echten Perlen oder Zuchtperlen, aus Edelsteinen, Schmucksteinen, synthetischen oder rekonstituierten Steinen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
71.17	Phantasieschmuck	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind ODER Herstellen aus Teilen aus unedlen Metallen, nicht versilbert, vergoldet oder platiniert, wenn ihr Wert 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.72	Eisen und Stahl, ausgenommen der Positionen 72.07, 72.08 bis 72.16, 72.17, ex 72.18, 72.19 bis 72.22, 72.23, ex 72.24, 72.25 bis 72.27, 72.28 und 72.29, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
72.07	Halbzeug aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Vormaterialien der Position 72.01, 72.02, 72.03, 72.04 oder 72.05		
72.08 bis 72.16	Flachgewalzte Erzeugnisse, Walzdraht, Stabstahl und Profile aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen der Position 72.06		
72.17	Draht aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Halbzeug der Position 72.07		
ex 72.18, 72.19 bis 72.22	Halbzeug, flachgewalzte Erzeugnisse, Walzdraht, Stabstahl und Profile aus nichtrostendem Stahl	Herstellen aus Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen der Position 72.18		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
72.23	Draht aus nichtrostendem Stahl	Herstellen aus Halbzeug der Position 72.18		
ex 72.24, 72.25 bis 72.27	Halbzeug, flachgewalzte Erzeugnisse, Walzdraht, Stabstahl und Profile aus anderem legierten Stahl	Herstellen aus Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen der Position 72.24		
72.28	Stabstahl und Profile aus anderem legierten Stahl; Hohlbohrerstäbe aus legiertem oder nichtlegiertem Stahl	Herstellen aus Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen der Position 72.06, 72.18 oder 72.24		
72.29	Draht aus anderem legierten Stahl	Herstellen aus Halbzeug der Position 72.24		
ex Kap.73	Waren aus Eisen oder Stahl, ausgenommen der Positionen ex 73.01, 73.02, 73.04, 73.05, 73.06, ex 73.07, 73.08 und ex 73.15, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 73.01	Spundwände	Herstellen aus Vormaterialien der Position 72.06		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
73.02	Oberbaumaterial für Bahnen, aus Eisen oder Stahl, wie Schienen, Leitschienen und Zahnstangen, Weichenzungen, Herzstücke, Zungenverbindungsstangen und anderes Material für Kreuzungen oder Weichen, Bahnschwellen, Laschen, Schienenstühle, Winkel, Unterlagsplatten, Klemmplatten, Spurplatten und Spurstangen, und anderes für das Verlegen, Zusammenfügen oder Befestigen von Schienen besonders hergerichtetes Material	Herstellen aus Vormaterialien der Position 72.06		
73.04, 73.05 und 73.06	Rohre und Hohlprofile, aus Eisen (ausgenommen Gußeisen) oder Stahl	Herstellen aus Vormaterialien der Position 72.06, 72.07, 72.18 oder 72.24		
ex 73.07	Rohrformstücke, Rohrverschlußstücke und Rohrverbindungsstücke aus nichtrostendem Stahl (ISO Nr. X5CrNiMo 1712), aus mehreren Teilen bestehend	Drehen, Bohren, Freischneiden, Gewindeschneiden, Entgraten und Sandstrahlen von Schmiederohlingen, deren Wert 35 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
73.08	Konstruktionen und Konstruktionsteile (z.B. Brücken, Brückenelemente, Schleusentore, Türme, Gittermaste, Pfeiler, Säulen, Gerüste, Dächer, Dachstühle, Tore, Türen, Fenster und deren Rahmen und Verkleidungen, Tor- und Türschwellen, Tür- und Fensterläden, Geländer), aus Eisen oder Stahl, ausgenommen vorgefertigte Gebäude der Position 94.06; zu Konstruktionszwecken vorgearbeitete Bleche, Stäbe, Profile, Rohre und dergleichen, aus Eisen oder Stahl	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen durch Schweißen hergestellte Profile der Position 73.01 nicht verwendet werden		
ex 73.15	Gleitschutzketten	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 73.15 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.74	Kupfer und Waren daraus, ausgenommen der Positionen 74.01, 74.02, 74.03, 74.04 und 74.05, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
74.01	Kupfermatte; Zementkupfer (gefälltes Kupfer)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
74.02	Nicht raffiniertes Kupfer; Kupferanoden zum elektrolytischen Raffinieren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
74.03	Raffiniertes Kupfer und Kupferlegierungen, in Rohform			
	- raffiniertes Kupfer	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
	- Kupfervorlegierungen	Herstellen aus raffiniertem Kupfer, in Rohform, oder aus Abfällen und Schrott		
74.04	Abfälle und Schrott, aus Kupfer	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
74.05	Kupfervorlegierungen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.75	Nickel und Waren daraus, ausgenommen der Positionen 75.01 bis 75.03, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
75.01 bis 75.03	Nickelmatte, Nickeloxidsinter und andere Zwischenerzeugnisse der Nickelmetallurgie; Nickel in Rohform; Abfälle und Schrott, aus Nickel	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex Kap.76	Aluminium und Waren daraus, ausgenommen der Positionen 76.01, 76.02 und ex 76.16, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
76.01	Aluminium in Rohform	Herstellen aus nichtlegiertem Aluminium oder aus Abfällen und Schrott durch Wärmebehandlung oder elektrolytische Behandlung		
76.02	Abfälle und Schrott, aus Aluminium	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 76.16	Andere Waren aus Aluminium, ausgenommen Gewebe, Gitter und Geflechte, aus Aluminiumdraht, und Streckbleche aus Aluminium	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Gewebe, Gitter und Geflechte aus Aluminiumdraht oder Streckbleche aus Aluminium verwendet werden; und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.78	Blei und Waren daraus, ausgenommen der Positionen 78.01 und 78.02, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
78.01	Blei in Rohform			
	- raffiniertes Blei	Herstellen aus Barrenblei oder Werkblei		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- anderes	Herstellen aus Vormaterialien, die in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen Abfälle und Schrott der Position 78.02 nicht verwendet werden		
78.02	Abfälle und Schrott, aus Blei	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex Kap.79	Zink und Waren daraus, ausgenommen der Positionen 79.01 und 79.02, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
79.01	Zink in Rohform	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen Abfälle und Schrott der Position 79.02 nicht verwendet werden		
79.02	Abfälle und Schrott, aus Zink	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.80	Zinn und Waren daraus, ausgenommen der Positionen 80.01, 80.02 und 80.07, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
80.01	Zinn in Rohform	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen Abfälle und Schrott der Position 80.02 nicht verwendet werden		
80.02 und 80.07	Abfälle und Schrott, aus Zinn; andere Waren aus Zinn	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
Kap. 81	Andere unedle Metalle; Cermets; Waren daraus:			
	- andere unedle Metalle, bearbeitet; Waren daraus	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien derselben Position wie die hergestellte Ware 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	- andere	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap. 82	Werkzeuge, Schneidewaren und Eßbestecke, aus unedlen Metallen; Teile davon, aus unedlen Metallen, ausgenommen der Positionen 82.06, 82.07, 82.08, ex 82.11, 82.14 und 82.15, für die diefolgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
82.06	Zusammenstellungen von Werkzeugen aus zwei oder mehr der Positionen 82.02 bis 82.05, in Aufmachungen für den Einzelverkauf	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Positionen 82.02 bis 82.05 einzureihen sind. Jedoch kann die Warenzusammenstellung auch Waren der Positionen 82.02 bis 82.05 enthalten, wenn ihr Wert 15 v.H. des ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet		
82.07	Auswechselbare Werkzeuge zur Verwendung in mechanischen oder nichtmechanischen Handwerkzeugen oder in Werkzeugmaschinen (z.B. zum Tiefziehen, Gesenkschmieden, Stanzen, Lochen, Gewindeschneiden, Gewindebohren, Bohren, Reiben, Räumen, Fräsen, Drehen, Schrauben), einschließlich Ziehwerkzeuge und Preßmatrizen zum Ziehen oder Strangpressen von Metallen, und Erd-, Gesteins- oder Tiefbohrwerkzeuge	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
82.08	Messer und Schneideklingen, für Maschinen oder mechanische Geräte	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 82.11	Messer mit schneidender Klinge, auch gezahnt (einschließlich Klappmesser für den Gartenbau), ausgenommen Messer der Position 82.08	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen Klingen und Griffe aus unedlen Metallen verwendet werden		
82.14	Andere Schneidwaren (z.B. Haarschneide- und Scherapparate, Spaltmesser, Hackmesser, Wiegemesser für Metzger oder für den Küchengebrauch und Papiermesser); Instrumente und Zusammenstellungen, für die Hand- oder Fußpflege (einschließlich Nagelfeilen)	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen Griffe aus unedlen Metallen verwendet werden		
82.15	Löffel, Gabeln, Schöpfkellen, Schaumlöffel, Tortenheber, Fischmesser, Buttermesser, Zuckerzangen und ähnliche Waren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen Griffe aus unedlen Metallen verwendet werden		
ex Kap.83	Verschiedene Waren aus unedlen Metallen, ausgenommen der Position ex 83.06, für die im folgenden eine Regel festgelegt ist	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 83.06	Statuetten und andere Ziergegenstände, aus unedlen Metallen	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können andere Vormaterialien der Position 83.06 verwendet werden, wenn ihr Wert 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*	
(1)	(2)	(3) oder	(4)
ex Kap.84	Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte; Teile davon; ausgenommen der Positionen ex 84.01, 84.02, 84.03, ex 84.04, 84.06 bis 84.09, 84.11, 84.12, ex 84.13, ex 84.14, 84.15, 84.18, ex 84.19, 84.20, 84.23, 84.25 bis 84.30, ex 84.31, 84.39, 84.41, 84.44 bis 84.47, ex 84.48, 84.52, 84.56 bis 84.66, 84.69 bis 84.72, 84.80, 84.82, 84.84 und 84.85, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 84.01	Brennstoffelemente[1]	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.02	Dampfkessel (Dampferzeuger), ausgenommen Zentralheizungskessel, die sowohl heißes Wasser als auch Niederdruckdampf erzeugen können; Kessel zum Erzeugen von überhitztem Wasser	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

1 *Diese Regel gilt bis zum 31. Dezember 1993.*

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
84.03 und ex 84.04	Zentralheizungskessel, ausgenommen solche der Position 84.02; Hilfsapparate für Zentralheizungskessel	Herstellen aus Vormaterialien, die in eine andere Position einzureihen sind als die Position 84.03 oder 84.04		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vorma-terialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.06	Dampfturbinen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.07	Hub- und Rotationskolbenverbrennungsmotoren, mit Fremdzündung	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.08	Kolbenverbrennungsmotoren mit Selbstzündung (Diesel- oder Halbdieselmotoren)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.09	Teile, erkennbar ausschließlich oder hauptsächlich für Motoren der Position 84.07 oder 84.08 bestimmt	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
84.11	Turbo-Strahltriebwerke, Turbo-Propellertriebwerke und andere Gasturbinen	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.12	Andere Motoren und Kraftmaschinen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 84.13	Rotierende Verdrängerpumpen	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 84.14	Ventilatoren und dergleichen, für industrielle Zwecke	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
84.15	Klimageräte, bestehend aus einem motorbetriebenen Ventilator und Vorrichtungen zur Änderung der Temperatur und des Feuchtigkeitsgehalts der Luft, einschließlich solcher, bei denen der Luftfeuchtigkeitsgrad nicht unabhängig von der Lufttemperatur reguliert wird	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.18	Kühl- und Gefrierschränke, Gefrier- und Tiefkühltruhen und andere Einrichtungen, Maschinen, Apparate und Geräte zur Kälteerzeugung, mit elektrischer oder anderer Ausrüstung; Wärmepumpen, ausgenommen Klimageräte der Position 84.15	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 84.19	Apparate und Vorrichtungen für die Holz-, Papierhalbstoff-, Papier- und Pappindustrie	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in dieselbe Position wie die hergestellte Ware einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.20	Kalander und Walzwerke (ausgenommen Metallwalzwerke und Glaswalzmaschinen) sowie Walzen für diese Maschinen	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in dieselbe Position wie die hergestellte Ware einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
84.23	Waagen (einschließlich Zähl- und Kontrollwaagen), ausgenommen Waagen mit einer Empfindlichkeit von 50 mg oder feiner; Gewichte für Waagen aller Art	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.25 bis 84.28	Maschinen, Apparate und Geräte zum Heben, Beladen, Entladen oder Fördern	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in Position 84.31 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.29	Selbstfahrende Planiermaschinen (Bulldozer und Angledozer), Erd- oder Straßenhobel (Grader), Schürfwagen (Scraper), Bagger, Schürf- und andere Schaufellader, Straßenwalzen und andere Bodenverdichter			
	- Straßenwalzen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in Position 84.31 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.30	Andere Maschinen, Apparate und Geräte zur Erdbewegung, zum Planieren, Verdichten oder Bohren des Bodens oder zum Abbauen von Erzen oder anderen Mineralien; Rammen und Pfahlzieher; Schneeräumer	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in Position 84.31 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 84.31	Teile für Straßenwalzen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
84.39	Maschinen und Apparate zum Herstellen von Halbstoff aus cellulosehaltigen Faserstoffen oder zum Herstellen oder Fertigstellen von Papier oder Pappe	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in dieselbe Position wie die hergestellte Ware einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.41	Andere Maschinen und Apparate zum Be- oder Verarbeiten von Papierhalbstoff, Papier oder Pappe, einschließlich Schneidemaschinen aller Art	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in dieselbe Position wie die hergestellte Ware einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
84.44 bis 84.47	Maschinen für die Textilindustrie aus diesen Positionen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 84.48	Hilfsmaschinen und -apparate für Maschinen der Position 84.44 oder 84.45	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.52	Nähmaschinen, andere als Fadenheftmaschinen der Position 84.40; Möbel, Sockel und Deckel, für Nähmaschinen besonders hergerichtet; Nähmaschinennadeln:			
	- Steppstichnähmaschinen, deren Kopf ohne Motor 16 kg oder weniger oder mit Motor 17 kg oder weniger wiegt	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die zum Zusammenbau des Kopfes (ohne Motor) verwendet werden, den Wert der verwendeten Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet und - der Mechanismus für die Oberfadenführung, der Steuer-Greifer mit Antriebsmechanismus und die Organe für den Zick-Zack-Stich Ursprungserzeugnisse sind		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.56 bis 84.66	Werkzeugmaschinen und Maschinen, Teile und Zubehör, aus diesen Positionen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.69 bis 84.72	Büromaschinen und -apparate (Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, automatische Datenverarbeitungsmaschinen, Vervielfältigungsmaschinen, Büroheftmaschinen)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.80	Gießerei-Formkästen; Grundplatten für Formen; Gießereimodelle; Formen für Metalle (andere als solche zum Gießen von Ingots, Masseln oder dergleichen), Hartmetalle, Glas, mineralische Stoffe, Kautschuk oder Kunststoffe	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.82	Wälzlager (Kugellager, Rollenlager und Nadellager)	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
84.84	Metalloplastische Dichtungen; Sätze oder Zusammenstellungen von Dichtungen verschiedener stofflicher Beschaffenheit, in Beuteln, Kartons oder ähnlichen Umschließungen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
84.85	Teile von Maschinen, Apparaten oder Geräten, in Kapitel 84 anderweit weder genannt noch inbegriffen, ausgenommen Teile mit elektrischer Isolierung, elektrischen Anschlußstücken, Wicklungen, Kontakten oder anderen charakteristischen Merkmalen elektrotechnischer Waren	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap. 85	Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und andere elektronische Waren, Teile davon; Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegeräte, Bild- und Tonaufzeichnungs- oder -wiedergabegeräte, für das Fernsehen, Teile und Zubehör für diese Geräte; ausgenommen der Positionen 85.01, 85.02, ex 85.18, 85.19 bis 85.29, 85.35 bis 85.37, ex 85.41, 85.42, 85.44 bis 85.48, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
85.01	Elektromotoren und elektrische Generatoren, ausgenommen Stromerzeugungsaggregate	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet, - Vormaterialien, die in die Position 85.03 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.02	Stromerzeugungsaggregate und elektrische rotierende Umformer	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet, - Vormaterialien, die in die Positionen 85.01 und 85.03 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 85.18	Mikrophone und Haltevorrichtungen dafür; Lautsprecher, auch in Gehäusen; elektrische Tonfrequenzverstärker; elektrische Tonverstärkereinrichtungen	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.19	Plattenspieler, Schallplatten-Musikautomaten, Kassetten-Tonbandabspielgeräte und andere Tonwiedergabegeräte, ohne eingebaute Tonaufnahmevorrichtung:			
	- elektrische Grammophone	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.20	Magnetbandgeräte und andere Tonaufnahmegeräte, auch mit eingebauter Tonwiedergabevorrichtung	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
85.21	Videogeräte zur Bild- und Tonaufzeichnung oder -wiedergabe, auch mit eingebautem Videotuner	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.22	Teile und Zubehör für Geräte der Positionen 85.19 bis 85.21	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
85.23	Tonträger und ähnliche zur Aufnahme vorgerichtete Aufzeichnungsträger, ohne Aufzeichnung, ausgenommen Waren des Kapitels 37	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
85.24	Schallplatten, Magnetbänder und andere Tonträger und ähnliche Aufzeichnungsträger, mit Aufzeichnung, einschließlich der zur Schallplattenherstellung dienenden Matrizen und Galvanos, ausgenommen Waren des Kapitels 37:			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- Matrizen und Galvanos, für die Schallplattenherstellung	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	- andere	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - Vormaterialien, die in die Position 85.23 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.25	Sendegeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr, den Rundfunk oder das Fernsehen, auch mit eingebautem Empfangsgerät, Tonaufnahmegerät oder Tonwiedergabegerät; Fernsehkameras	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
85.26	Funkmeßgeräte (Radargeräte), Funknavigationsgeräte und Funkfernsteuergeräte	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.27	Empfangsgeräte für den Funksprech- oder Funktelegraphieverkehr oder den Rundfunk, auch in einem gemeinsamen Gehäuse mit einem Tonaufnahme- oder Tonwiedergabegerät oder einer Uhr kombiniert	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.28	Fernsehempfangsgeräte (einschließlich Videomonitore und Videoprojektoren), auch in einem gemeinsamen Gehäuse mit einem Rundfunkempfangsgerät oder einem Ton- oder Bildaufzeichnungs- oder -wiedergabegerät kombiniert:			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- Videogeräte zur Bild- und Tonaufzeichnung oder -wiedergabe mit eingebautem Videotuner	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- andere	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.29	Teile, erkennbar ausschließlich oder hauptsächlich für Geräte der Positionen 85.25 bis 85.28 bestimmt:			
	- erkennbar ausschließlich für Videogeräte zur Bild- und Tonaufzeichnung oder -wiedergabe	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- andere	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.35 und 85.36	Elektrische Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen oder Verbinden von elektrischen Stromkreisen	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - Vormaterialien, die in die Position 85.38 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
85.37	Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke (einschließlich Steuerschränke für numerische Steuerungen) und andere Träger mit mehreren Geräten der Position 85.35 oder 85.36 oder auch Instrumenten oder Geräten des Kapitels 90 ausgerüstet, zum elektrischen Schalten oder Steuern oder für die Stromverteilung, ausgenommen Vermittlungseinrichtungen der Position 85.17	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - Vormaterialien, die in die Position 85.38 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 85.41	Dioden, Transistoren und ähnliche Halbleiterbauelemente, ausgenommen noch nicht in Mikroplättchen zerschnittene Scheiben (Wafers)	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
85.42	Elektronische integrierte Schaltungen und zusammengesetzte elektronische Mikroschaltungen (Mikrobausteine)	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - Vormaterialien, die in die Positionen 85.41 und 85.42 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von zusammen 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
85.44	Isolierte (auch lackisolierte oder elektrolytisch oxidierte) Drähte, Kabel (einschließlich Koaxialkabel) und andere isolierte elektrische Leiter, auch mit Anschlußstücken; Kabel aus optischen, einzeln umhüllten Fasern, auch elektrische Leiter enthaltend oder mit Anschlußstücken versehen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
85.45	Kohleelektroden, Kohlebürsten, Lampenkohlen, Batterie- und Elementekohlen und andere Waren für elektrotechnische Zwecke aus Graphit oder anderem Kohlenstoff, auch in Verbindung mit Metall	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
85.46	Elektrische Isolatoren aus Stoffen aller Art	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
85.47	Isolierteile, ganz aus Isolierstoffen oder nur mit in die Masse eingepreßten einfachen Metallteilen zum Befestigen (z.B. mit eingepreßten Hülsen mit Innengewinde), für elektrische Maschinen, Apparate, Geräte oder Installationen, ausgenommen Isolatoren der Position 85.46; Isolierrohre und Verbindungsstücke dazu, aus unedlen Metallen, mit Innenisolierung	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
85.48	Elektrische Teile von Maschinen, Apparaten oder Geräten, in Kapitel 85 anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
86.01 bis 86.07	Lokomotiven, schienengebundene Wagen und Teile davon	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
86.08	Ortsfestes Gleismaterial; mechanische (auch elektromechanische) Signal-, Sicherungs-, Überwachungs- oder Steuergeräte für Schienenwege oder dergleichen, Straßen, Binnenwasserstraßen, Parkplätze oder Parkhäuser, Hafenanlagen oder Flughäfen; Teile davon	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
86.09	Warenbehälter (Container), einschließlich solcher für Flüssigkeiten oder Gase, speziell für eine oder mehrere Beförderungsarten gebaut und ausgestattet	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.87	Zugmaschinen, Kraftwagen, Krafträder, Fahrräder und andere nicht schienengebundene Landfahrzeuge, Teile davon und Zubehör, ausgenommen der Positionen 87.09 bis 87. 11, ex 87.12, 87.15 und 87.16, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
87.09	Kraftkarren ohne Hebevorrichtung, von der in Fabriken, Lagerhäusern, Hafenanlagen oder auf Flugplätzen zum Kurzstreckentransport von Waren verwendeten Art; Zugkraftkarren, von der auf Bahnhöfen verwendeten Art; Teile davon	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
87.10	Panzerkampfwagen und andere selbstfahrende gepanzerte Kampffahrzeuge, auch mit Waffen; Teile davon	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
87.11	Krafträder (einschließlich Mopeds) und Fahrräder mit Hilfsmotor, auch mit Beiwagen; Beiwagen:			
	- mit Hubkolbenverbrennungsmotor mit einem Hubraum von:			
	-- 50 cm^3 oder weniger	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 20 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	-- mehr als 50 cm^3	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- andere	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 87.12	Fahrräder, ohne Kugellager	Herstellen aus Vormaterialien, die nicht in die Position 87.14 einzureihen sind		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
87.15	Kinderwagen und Teile davon	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
87.16	Anhänger, einschließlich Sattelanhänger, für Fahrzeuge aller Art; andere nicht selbstfahrende Fahrzeuge; Teile davon	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.88	Luftfahrzeuge; Raumfahrzeuge und Teile davon, ausgenommen der Positionen ex 88.04 und 88.05, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 88.04	Rotierende Fallschirme	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich anderer Vormaterialien der Position 88.04		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
88.05	Startvorrichtungen für Luftfahrzeuge; Abbremsvorrichtungen für Schiffsdecks und ähnliche Landehilfen für Luftfahrzeuge; Bodengeräte zur Flugausbildung; Teile davon	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
Kap. 89	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen	Herstellen aus Vormaterialien, die in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch dürfen Rümpfe der Position 89.06 nicht verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex Kap.90	Optische, photographische, kinematographische Instrumente, Apparate und Geräte; Meß-, Prüf- und Präzisionsinstrumente; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Teile und Zubehör für diese Instrumente, Apparate und Geräte; ausgenommen der Positionen 90.01 90.02, 90.04, ex 90.05, ex 90.06, 90.07, 90.11, ex 90.14, 90.15 bis 90.20 und 90.24 bis 90.33, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
90.01	Optische Fasern und Bündel aus optischen Fasern; Kabel aus optischen Fasern, ausgenommen solche der Position 85.44; polarisierende Stoffe in Form von Folien oder Platten; Linsen (einschließlich Kontaktlinsen), Prismen, Spiegel und andere optische Elemente, aus Stoffen aller Art, nicht gefaßt (ausgenommen solche aus optisch nicht bearbeitetem Glas)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
90.02	Linsen, Prismen, Spiegel und andere optische Elemente, aus Stoffen aller Art, für Instrumente, Apparate und Geräte, gefaßt (ausgenommen solche aus optisch nicht bearbeitetem Glas)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.04	Brillen (Korrektionsbrillen, Schutzbrillen und andere Brillen) und ähnliche Waren	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 90.05	Ferngläser, Fernrohre, optische Teleskope und Montierungen hierfür, ausgenommen für Refraktoren und Montierungen hierfür	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 90.06	Photoapparate, Blitzlichtgeräte und -vorrichtungen für photographische Zwecke sowie Photoblitzlampen, ausgenommen Photoblitzlampen mit elektrischer Zündung	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
90.07	Filmkameras und Filmvorführapparate, auch mit eingebauten Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräten	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
90.11	Optische Mikroskope, einschließlich solcher für Mikrophotographie, Mikrokinematographie oder Mikroprojektion	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
ex 90.14	Andere Navigationsinstrumente, -apparate und -geräte	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.15	Instrumente, Apparate und Geräte für die Geodäsie, Topographie, Photogrammetrie, Hydrographie, Ozeanographie, Hydrologie, Meteorologie oder Geophysik, ausgenommen Kompasse; Entfernungsmesser	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.16	Waagen mit einer Empfindlichkeit von 50 mg oder feiner, auch mit Gewichten	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	Warenbezeichnung	Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
90.17	Zeichen-, Anreiß- oder Recheninstrumente und -geräte (z.B. Zeichenmaschinen, Pantographen, Winkelmesser, Reißzeuge, Rechenschieber und Rechenscheiben); Längenmeßinstrumente und -geräte, für den Handgebrauch (z.B. Maßstäbe und Maßbänder, Mikrometer, Schieblehren und andere Lehren, in Kapitel 90 anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.18	Medizinische, chirurgische, zahnärztliche oder tierärztliche Instrumente, Apparate und Geräte, einschließlich Szintigraphen und andere elektromedizinische Apparate und Geräte, sowie Apparate und Geräte zum Prüfen der Sehschärfe:			
	- zahnärztliche Behandlungsstühle mit zahnärztlichen Vorrichtungen oder Speifontänen	Herstellen aus Vormaterialien jeder Position, einschließlich anderer Vormaterialien der Position 90.18		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
	- andere	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
90.19	Apparate und Geräte für Mechanotherapie; Massageapparate und -geräte; Apparate und Geräte für Psychotechnik; Apparate und Geräte für Ozontherapie, Sauerstofftherapie oder Aeorosoltherapie, Beatmungsapparate zum Wiederbeleben und andere Apparate und Geräte für Atmungstherapie	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
90.20	Andere Atmungsapparate und -geräte und Gasmasken, ausgenommen Schutzmasken ohne mechanische Teile und ohne auswechselbares Filterelement	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
90.24	Maschinen, Apparate und Geräte zum Prüfen der Härte, Zugfestigkeit, Druckfestigkeit, Elastizität oder anderer mechanischer Eigenschaften von Materialien (z.B. von Metallen, Holz, Spinnstoffen, Papier oder Kunststoffen)	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.25	Dichtemesser (Aräometer, Senkwaagen) und ähnliche schwimmende Instrumente, Thermometer, Pyrometer, Barometer, Hygrometer und Psychrometer auch mit Registriervorrichtung, auch miteinander kombiniert	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
90.26	Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen oder Überwachen von Durchfluß, Füllhöhe, Druck oder anderen veränderlichen Größen von Flüssigkeiten oder Gasen (z.B. Durchflußmesser, Flüssigkeitsstand- oder Gasstandanzeiger, Manometer, Wärmemengenzähler), ausgenommen Instrumente, Apparate und Geräte der Position 90.14, 90.15, 90.28 oder 90.32	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.27	Instrumente, Apparate und Geräte für physikalische oder chemische Untersuchungen (z.B. Polarimeter, Refraktometer, Spektrometer und Untersuchungsgeräte für Gase oder Rauch); Instrumente, Apparate und Geräte zum Bestimmen der Viskosität, Porosität, Dilatation, Oberflächenspannung oder dergleichen oder für kalorimetrische, akustische oder photometrische Messungen (einschließlich Belichtungsmesser); Mikrotome	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.28	Gaszähler, Flüssigkeitszähler oder Elektrizitätszähler, einschließlich Eichzähler dafür:			

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
	- Teile und Zubehör	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	- andere	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
90.29	Andere Zähler (z.B. Tourenzähler, Produktionszähler, Taxameter, Kilometerzähler oder Schrittzähler); Tachometer und andere Geschwindigkeitsmesser, ausgenommen solche der Position 90.15; Stroboskope	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.30	Oszilloskope, Spektralanalysatoren und andere Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen oder Prüfen elektrischer Größen; Instrumente, Apparate und Geräte zum Messen oder zum Nachweis von Alpha-, Beta-, Gamma-, Röntgenstrahlen, kosmischen oder anderen ionisierenden Strahlen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
90.31	Instrumente, Apparate, Geräte und Maschinen zum Messen oder Prüfen, in Kapitel 90 anderweit weder genannt noch inbegriffen; Profilprojektoren	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.32	Instrumente, Apparate und Geräte zum Regeln	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
90.33	Teile und Zubehör (in Kapitel 90 anderweit weder genannt noch inbegriffen) für Maschinen, Apparate, Geräte, Instrumente oder andere Waren des Kapitels 90	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.91	Uhrmacherwaren, ausgenommen der Positionen 91.05 und 91.09 bis 91.13, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
91.05	Andere Uhren	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
91.09	Andere Uhrwerke (ausgenommen Kleinuhrwerke), vollständig und zusammengesetzt	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft den Wert der Vormaterialien mit Ursprungseigenschaft nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
91.10	Nicht oder nur teilweise zusammengesetzte, vollständige Uhrwerke (Schablonen), unvollständige, zusammengesetzte Uhrwerke, Uhrrohrwerke	Herstellen, bei dem - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - Vormaterialien, die in die Position 91.14 einzureihen sind, innerhalb der obenstehenden Begrenzung nur bis zu einem Wert von 10 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware verwendet werden		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
91.11	Gehäuse für Uhren, und Teile davon	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet
91.12	Gehäuse für andere Uhrmacherwaren, Teile davon	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
91.13	Uhrarmbänder, Teile davon:			
	- aus unedlen Metallen, auch vergoldet oder versilbert oder aus Edelmetallplattierungen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
	- andere	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
Kap. 92	Musikinstrumente; Teile und Zubehör für diese Instrumente	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 40 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
Kap. 93	Waffen und Munition; Teile davon und Zubehör	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex Kap.94	Möbel; Bettausstattungen und ähnliche Waren; Beleuchtungskörper, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Reklameleuchten, Leuchtschilder, beleuchtete Namensschilder und dergleichen; vorgefertigte Gebäude, ausgenommen der Positionen ex 94.01, ex 94.03, 94.05 und 94.06, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 94.01 und ex 94.03	Möbel aus unedlen Metallen, mit nicht geopolsterten Baumwollgeweben mit einem Quadratmetergewicht von 300 g oder weniger	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind ODER Herstellen aus gebrauchsfertig konfektionierten Baumwollgeweben der Positionen 94.01 oder 94.03, wenn - ihr Wert 25 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet und - alle anderen verwendeten Vormaterialien Ursprungserzeugnisse sind und in eine andere Position einzureihen sind als der Position 94.01 oder 94.03		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
94.05	Beleuchtungskörper (einschließlich Scheinwerfer) und Teile davon, anderweit weder genannt noch inbegriffen; Reklameleuchten, Leuchtschilder, beleuchtete Namensschilder und dergleichen, mit fest angebrachter Lichtquelle, und Teile davon, anderweit weder genannt noch inbegriffen	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
94.06	Vorgefertigte Gebäude	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex Kap.95	Spielzeug, Spiele, Unterhaltungsartikel und Sportgeräte; Teile davon und Zubehör, ausgenommen der Positionen 95.03 und ex 95.06, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
95.03	Anderes Spielzeug; maßstabgetreu verkleinerte Modelle und ähnliche Modelle für Spiele und zur Unterhaltung, auch mit Antrieb; Puzzles aller Art	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 95.06	Geräte und Ausrüstungen für Gymnastik, Athletik, andere Sportarten (ausgenommen für Tischtennis) und Freiluftspiele, nicht in anderen Positionen dieses Kapitels genannt oder inbegriffen; Schwimmbecken und Planschbecken	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind. Jedoch können Rohformen zum Herstellen von Golfschlägern verwendet werden		
ex Kap.96	Verschiedene Waren, ausgenommen der Positionen ex 96.01, ex 96.02, ex 96.03, 96.05, 96.06, 96.12, ex 96.13 und ex 96.14, für die die folgenden Regeln festgelegt sind	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
ex 96.01 und ex 96.02	Waren aus tierischen, pflanzlichen und mineralischen Schnitzstoffen	Herstellen aus bearbeiteten Vormaterialien derselben Position		
ex 96.03	Besen, Bürsten und Pinsel, von Hand zu führende mechanische Fußbodenkehrer ohne Motor, Kissen und Roller zum Anstreichen; Wischer und Mops, ausgenommen Reisigbesen und dergleichen sowie Bürsten und Pinsel aus Marder- oder Eichhörnchenhaar	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
96.05	Zusammenstellungen für die Reise (Nécessaires), von Waren zur Körperpflege, zum Nähen, zum Reinigen von Schuhen oder Bekleidung	Jede Ware in der Warenzusammenstellung muß die Regel erfüllen, die anzuwenden wäre, wenn sie nicht in der Warenzusammenstellung enthalten wäre. Jedoch können Waren ohne Ursprungseigenschaft mitverwendet werden, wenn ihr Gesamtwert 15 v.H. des ab-Werk-Preises der Warenzusammenstellung nicht überschreitet		
96.06	Knöpfe, Druckknöpfe, Knopfformen und andere Teile; Knopfrohlinge	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
96.12	Farbbänder für Schreibmaschinen und ähnliche Farbbänder, mit Tinte oder anders für Abdrucke präpariert, auch auf Spulen oder in Kassetten; Stempelkissen, auch getränkt, auch mit Schachteln	Herstellen, bei dem - alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind, und - der Wert aller verwendeten Vormaterialien 50 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		
ex 96.13	Feuerzeuge mit piezoelektrischer Zündung	Herstellen, bei dem der Wert aller verwendeten Vormaterialien der Position 96.13 30 v.H. des ab-Werk-Preises der hergestellten Ware nicht überschreitet		

Position	*Warenbezeichnung*	*Be- oder Verarbeitungen von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft, die Ursprung verleihen*		
(1)	(2)	(3)	oder	(4)
ex 96.14	Tabakpfeifen, einschließlich Pfeifenköpfe	Herstellen aus Pfeifenrohformen		
Kap. 97	Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in eine andere Position als die hergestellte Ware einzureihen sind		
		* * * * * *		

ANLAGE III

WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG EUR.1 UND ANTRAG AUF EINE WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG EUR.1

Druckanweisungen:

1. Jedes Formblatt hat das Format 210 x 297 mm, wobei die Länge höchstens 5 mm weniger und 8 mm mehr betragen darf. Es ist weißes, holzfreies, geleimtes Schreibpapier mit einem Quadratmetergewicht von mindestens 25 g zu verwenden. Dieses ist mit einem grünen, guillochierten Überdruck zu versehen, auf dem jede mechanisch oder chemisch vorgenommene Verfälschung sichtbar wird.

2. Die Behörden der Länder des EWR können sich den Druck der Warenverkehrsbescheinigungen vorbehalten oder ihn Druckereien überlassen, die sie hierzu ermächtigt haben. Im letzteren Fall muß auf jedem Formblatt auf diese Ermächtigung hingewiesen werden. Jedes Formblatt muß den Namen und die Anschrift oder das Kennzeichen der Druckerei enthalten. Sie trägt ferner zur Kennzeichnung eine Seriennummer, die auch aufgedruckt sein kann.

WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

1. **Ausführer/Exporteur** (Name, vollständige Anschrift, Staat)	**EUR. 1 Nr. A** **Vor dem Ausfüllen Anmerkungen auf der Rückseite beachten**
3. **Empfänger** (Name, vollständige Anschrift, Staat) (Ausfüllung freigestellt)	2. **Bescheinigung für den Präferenzverkehr zwischen** ..... **und** ..... (Angabe der betreffenden Staaten, Staatengruppen oder Gebiete)
	4. Staat, Staatengruppe oder Gebiet, als dessen bzw. deren Ursprungswaren die Waren gelten 5. Bestimmungsstaat, -staatengruppe oder -gebiet
6. **Angaben über die Beförderung** (Ausfüllung freigestellt)	7. Bemerkungen

8. Laufende Nr.; Zeichen, Nummern, Anzahl und Art der Packstücke [1]); Warenbezeichnung	9. Rohgewicht (kg) oder andere Maße (l, m³ usw.)	10. Rechnungen (Ausfüllung freigestellt)

11. **SICHTVERMERK DER ZOLLBEHÖRDE** Die Richtigkeit der Erklärung wird bescheinigt. Ausfuhrpapier [2])	12. **ERKLÄRUNG DES AUSFÜHRERS/ EXPORTEURS** Der Unterzeichner erklärt, daß die vorgenannten Waren die Voraussetzungen erfüllen, um diese Bescheinigung zu erlangen.
Art/Muster ..... Nr. ..... vom ..... Zollbehörde ..... Ausstellender/s Staat/Gebiet .... (Ort und Datum) ..... (Unterschrift) Stempel	..... (Ort und Datum) ..... (Unterschrift)

[1]) Bei unverpackten Waren ist die Anzahl der Gegenstände oder „lose geschüttet" anzugeben.

[2]) Nur auszufüllen, wenn nach den internen Rechtsvorschriften des Ausfuhrstaates oder -gebietes erforderlich.

St. Dr. Lager-Nr. 1011. — Österreichische Staatsdruckerei, Verlag.

13. **ERSUCHEN UM NACHPRÜFUNG, zu übersenden an:**	14. **ERGEBNIS DER NACHPRÜFUNG**
	Die Nachprüfung hat ergeben, daß diese Bescheinigung [1]) ☐ von der auf ihr angegebenen Zollbehörde ausgestellt worden ist und daß die darin enthaltenen Angaben richtig sind. ☐ nicht den Erfordernissen für ihre Echtheit und für die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben entspricht (siehe beigefügte Bemerkungen).
Es wird um Überprüfung dieser Bescheinigung auf ihre Echtheit und Richtigkeit ersucht. ..... (Ort und Datum) Stempel ..... (Unterschrift)	..... (Ort und Datum) Stempel ..... (Unterschrift) [1]) Zutreffendes Feld ankreuzen.

Anmerkungen

1. Die Warenverkehrsbescheinigung darf weder Rasuren noch Übermalungen aufweisen. Etwaige Änderungen sind so vorzunehmen, daß die irrtümlichen Eintragungen gestrichen und gegebenenfalls die beabsichtigten Eintragungen hinzugefügt werden. Jede so vorgenommene Änderung muß von demjenigen, der die Bescheinigung ausgefüllt hat, gebilligt und von der Zollbehörde des ausstellenden Staates oder Gebietes bestätigt werden.
2. Zwischen den in der Warenverkehrsbescheinigung angeführten Warenposten dürfen keine Zwischenräume bestehen; jeder Warenposten muß mit einer laufenden Nummer versehen sein. Unmittelbar unter dem letzten Warenposten ist ein waagrechter Schlußstrich zu ziehen. Leerfelder sind durch Streichungen unbrauchbar zu machen.
3. Die Waren sind nach dem Handelsbrauch so genau zu bezeichnen, daß die Feststellung der Nämlichkeit möglich ist.

ANTRAG AUF AUSSTELLUNG EINER WARENVERKEHRSBESCHEINIGUNG

1. **Ausführer/Exporteur** (Name, vollständige Anschrift, Staat)	**EUR. 1 Nr. A** **Vor dem Ausfüllen Anmerkungen auf der Rückseite beachten**
3. **Empfänger** (Name, vollständige Anschrift, Staat) (Ausfüllung freigestellt)	2. **Antrag auf Ausstellung einer Bescheinigung für den Präferenzverkehr zwischen** ..... **und** ..... (Angabe der betreffenden Staaten, Staatengruppen oder Gebiete)
	4. Staat, Staatengruppe oder Gebiet, als dessen bzw. deren Ursprungswaren die Waren gelten 5. Bestimmungsstaat, -staatengruppe oder -gebiet
6. **Angaben über die Beförderung** (Ausfüllung freigestellt)	7. Bemerkungen

8. Laufende Nr.; Zeichen; Nummern, Anzahl und Art der Packstücke [1]); Warenbezeichnung	9. Rohgewicht (kg) oder andere Maße (l, m³ usw.)	10. Rechnungen (Ausfüllung freigestellt)

[1]) Bei unverpackten Waren ist die Anzahl der Gegenstände oder „lose geschüttet" anzugeben.

Erklärung des Ausführers/Exporteurs

Der Unterzeichner, Ausführer/Exporteur der auf der Vorderseite beschriebenen Waren,

ERKLÄRT, daß diese Waren die Voraussetzungen erfüllen, um die beigefügte Bescheinigung zu erlangen;

BESCHREIBT den Sachverhalt, aufgrund dessen diese Waren die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, wie folgt:

.....

.....

.....

.....

LEGT folgende Nachweise VOR [1]):

.....

.....

.....

.....

VERPFLICHTET SICH, auf Verlangen der zuständigen Behörden alle zusätzlichen Nachweise zu erbringen, die für die Ausstellung der beigefügten Bescheinigung erforderlich sind, und gegebenenfalls jede Kontrolle seiner Buchführung und der Herstellungsbedingungen für die obengenannten Waren zu dulden;

BEANTRAGT die Ausstellung der beigefügten Bescheinigung für diese Waren.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

[1]) Zum Beispiel: Einfuhrpapiere, Warenverkehrsbescheinigungen, Rechnungen, Erklärungen des Herstellers usw. über die verwendeten Erzeugnisse oder die in unverändertem Zustand wieder ausgeführten Waren.

ANLAGE IV

ERKLÄRUNG AUF DER RECHNUNG

Die Erklärung auf der Rechnung, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

Deutsche Fassung

Der Ausführer (Ermächtigter Ausführer; Bewilligungs-Nr. ...(1)) der Waren, auf die sich dieses Handelspapier bezieht, erklärt, daß diese Waren, soweit nicht anderes angegeben, präferenzbegünstigte EWR-Ursprungswaren sind (2).

Spanische Fassung

El exportador de los productos incluidos en el presente documento (autorización aduanera n ... (1)) declara que, salvo indicación en sentido contrario, estos productos gozan de un origen preferencial EEE (2).

Dänische Fassung

Eksportøren af varer, der er omfattet af nærværende dokument, (toldmyndighedernes tilladelse nr. ... (1)), erklærer, at varerne, medmindre andet tydeligt er angivet, har præferenceoprindelse i EØS (2).

Englische Fassung

The exporter of the products covered by this document (customs authorization no ... (1)) declares that, except where otherwise clearly indicated, these products are of EEA preferential origin (2).

Griechische Fassung

Ο *εξαγωγέας των προϊόντων που καλύπτονται από το παρόν έγγραφο (άδεια τελωνείου υπ· αριθ.* ... (1)) *δηλώνει ότι, εκτός εάν δηλώνεται σαφώς άλλως, τα προϊόντα αυτά είναι προτιμησιακής καταγωγής* ΕΟΧ (2).

Französische Fassung

L'exportateur des produits couverts par le présent document (autorisation douanière n° ... (1)) déclare que, sauf indication claire du contraire, ces produits ont l'origine préférentielle EEE (2).

Italienische Fassung

L'esportatore delle merci contemplate nel presente documento (autorizzazione doganale n. ... (1)) dichiara che, salvo indicazione contraria, le merci sono di origine preferenziale SEE (2).

Niederländische Fassung

De exporteur van de goederen waarop dit document van toepassing is (douanevergunning nr. ... (1)), verklaart dat, behoudens uitdrukkelijke andersluidende vermelding, deze goederen van preferentiële EER-oorsprong zijn (2).

Portugiesische Fassung

O abaixo assinado, exportador dos produtos cobertos pelo presente documento (autorização aduaneira n ... (1)), declara que, salvo expressamente indicado em contrário, estes produtos são de origem preferencial EEE (2).

Isländische Fassung

Útflytjandi framleiðsluvara sem skjal þetta tekur til (leyfi tollyfirvalda nr. ... (1)) lýsir því yfir að vörurnar séu, ef annars er ekki greinilega getið, af EES-fríðindauppruna (2).

Norwegische Fassung

Eksportøren av produktene omfattet av dette dokument (tollmyndighetenes autorisasjonsnr. ... (1)) erklærer at disse produktene, unntatt hvor annet er tydelig angitt, har EØS preferanseopprinnelse (2).

Finnische Fassung

Tässä asiakirjassa mainittujen tuotteiden viejä (tullin lupanumero ... (1)) ilmoittaa, että nämä tuotteet ovat, ellei toisin ole selvästi merkitty, etuuskohteluun oikeuttavaa ETA-alkuperää (2).

Schwedische Fassung

Exportören av de varor som omfattas av detta dokument (tullmyndighetens tillstånd nr ... (1)) försäkrar att dessa varor, om inte annat tydligt markerats, har förmånsberättigande EES-ursprung (2).

.....(3)
(Ort und Datum)

.....(4)
(Unterschrift des Ausführers und Name des Unterzeichners in Druckschrift)

(1) Wird die Erklärung auf der Rechnung durch einen ermächtigten Ausführer im Sinne des Artikels 22 dieses Protokolls ausgefertigt, so ist die Bewilligungsnummer des ermächtigten Ausführers an dieser Stelle einzutragen. Wird die Erklärung auf der Rechnung nicht durch einen ermächtigten Ausführer ausgefertigt, so können die Wörter in Klammern weggelassen oder leer gelassen werden.

(2) Betrifft die Erklärung auf der Rechnung ganz oder teilweise Erzeugnisse mit Ursprung in Ceuta und Melilla im Sinne des Artikels 38 des Protokolls, so bringt der Ausführer auf dem Papier, auf dem die Erklärung ausgefertigt ist, deutlich sichtbar die Kurzbezeichnung "CM" an.

(3) Diese Angaben können entfallen, wenn sie in dem Papier selbst enthalten sind.

(4) Siehe Artikel 21 Absatz 5 des Protokolls. In Fällen, in denen der Ausführer nicht unterzeichnen muß, entfällt auch der Name des Unterzeichners.

ANLAGE V

LIEFERANTENERKLÄRUNG

Die Lieferantenerklärung, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

LIEFERANTENERKLÄRUNG

für Waren, die im EWR be- oder verarbeitet worden sind,
ohne die Präferenzursprungseigenschaft erlangt zu haben

Ich, der Unterzeichner, Lieferant der in dem beigefügten Papier erfaßten Waren, erkläre, daß

1. die nachstehenden Vormaterialien, die nicht Ursprungserzeugnisse des EWR sind, im EWR zur Herstellung dieser Waren verwendet worden sind:

Bezeichnung der gelieferten Waren (1)	Bezeichnung der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft	HS-Position der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft (2)	Wert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft (2) (3)
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
		Gesamtwert:	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
		Gesamtwert:	.....

2. alle anderen im EWR zur Herstellung dieser Waren verwendeten Vormaterialien Ursprungserzeugnisse des EWR sind;

3. die folgenden Waren gemäß Artikel 11 des Protokolls 4 des EWR-Abkommens außerhalb des EWR be- oder verarbeitet worden sind und die dort auf diese Waren erzielte Wertsteigerung insgesamt folgenden Betrag erreicht:

Bezeichnung der gelieferten Waren	Außerhalb des EWR erzielte Wertsteigerung insgesamt (4)
.....	.....
.....	.....
.....	.....
	.....
	(Ort und Datum)
	.....
	.....
	.....
	(Anschrift und Unterschrift des Lieferanten und Name des Unterzeichners in Druckschrift)

(1) Betreffen die Rechnungen, Lieferscheine oder sonstigen Handelspapiere, denen die Erklärung beigefügt ist, verschiedene Waren oder Waren, die nicht in gleichem Umfang Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft enthalten, so hat sie der Lieferant eindeutig voneinander zu unterscheiden.

Beispiel:

Das Papier betrifft verschiedene Modelle von Elektromotoren der Position 85.01 zur Verwendung bei der Herstellung von Waschmaschinen der Position 84.50. Art und Wert der bei der Herstellung dieser Motoren verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft unterscheiden sich von einem Modell zum anderen. In Spalte 1 ist daher zwischen den Modellen zu unterscheiden, und die in den übrigen Spalten verlangten Angaben sind für jedes Modell getrennt aufzuführen, damit der Hersteller der Waschmaschinen die Ursprungseigenschaft seiner Erzeugnisse je nach dem verwendeten Elektromotor richtig beurteilen kann.

(2) Die Angaben in diesen Spalten sind nur zu machen, soweit sie erforderlich sind.

Beispiele:

Die Regel für Bekleidung des ex-Kapitels 62 sieht vor, daß Garne ohne Ursprungseigenschaft verwendet werden können. Verwendet ein Hersteller solcher Bekleidung in Frankreich aus der Schweiz eingeführtes Gewebe, das dort durch Weben von Garn ohne Ursprungseigenschaft hergestellt worden ist, so reicht es aus, wenn der schweizerische Lieferant in seiner Erklärung das verwendete Garn ohne Ursprungseigenschaft beschreibt; es ist nicht erforderlich, die HS-Position und den Wert dieses Garns anzugeben.

Ein Hersteller von Draht aus Eisen der HS-Position 72.17, der zur Herstellung Eisenstäbe ohne Ursprungseigenschaft verwendet hat, sollte in der zweiten Spalte "Stäbe aus Eisen" angeben. Wird dieser Draht zur Herstellung einer Maschine verwendet, bei der die Ursprungsregel die Verwendung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft auf einen bestimmten Vomhundertsatz begrenzt, so muß in der dritten Spalte der Wert der Stäbe ohne Ursprungseigenschaft angegeben werden.

(3) Der "Wert der Vormaterialien" ist der Zollwert zum Zeitpunkt der Einfuhr der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft oder, wenn dieser nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der im EWR für diese Vormaterialien gezahlt worden ist.

Der genaue Wert jedes Vormaterials ohne Ursprungseigenschaft ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Ware anzugeben.

(4) "Wertsteigerung insgesamt" bedeutet alle außerhalb des EWR angefallenen Kosten einschließlich des Werts aller dort hinzugefügten Vormaterialien.

Die genaue außerhalb des EWR insgesamt erzielte Wertsteigerung ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Waren anzugeben.

ANLAGE VI

LANGZEIT-LIEFERANTENERKLÄRUNG

Die Langzeit-Lieferantenerklärung, deren Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, ist gemäß den Fußnoten auszufertigen. Die Fußnoten brauchen jedoch nicht wiedergegeben zu werden.

LANGZEIT-LIEFERANTENERKLÄRUNG

für Waren, die im EWR be- oder verarbeitet worden sind, ohne die Präferenzursprungseigenschaft erlangt zu haben

Ich, der Unterzeichner, Lieferant der in dem beigefügten Papier erfaßten Waren, die regelmäßig an .....(1) geliefert werden, erkläre, daß

1. die nachstehenden Vormaterialien, die nicht Ursprungserzeugnisse des EWR sind, im EWR zur Herstellung dieser Waren verwendet worden sind:

Bezeichnung der gelieferten Waren (2)	Bezeichnung der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft	HS-Position der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft (3)	Wert der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft (3) (4)
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
		Gesamtwert:	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
		Gesamtwert:	.....

2. alle anderen im EWR zur Herstellung dieser Waren verwendeten Vormaterialien Ursprungserzeugnisse des EWR sind;

3. die folgenden Waren gemäß Artikel 11 des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen außerhalb des EWR be- oder verarbeitet worden sind und die dort auf diese Waren erzielte Wertsteigerung insgesamt folgenden Betrag erreicht:

Bezeichnung der gelieferten Waren	Außerhalb des EWR erzielte Wertsteigerung insgesamt (5)
.....	.....
.....	.....
.....	.....
	.....

Diese Erklärung gilt für alle weiteren Sendungen dieser Waren

vom .....

bis zum ..... (6)

Ich verpflichte mich, ...(1) unverzüglich zu unterrichten, wenn diese Erklärung nicht mehr gültig ist.

.....

(Ort und Datum)

.....

.....

.....

(Anschrift und Unterschrift des Lieferanten und Name des Unterzeichners in Druckschrift)

(1) Name und Anschrift des Empfängers der Waren

(2) Betrifft die Erklärung verschiedene Waren oder Waren, die nicht in gleichem Umfang Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft enthalten, so hat sie der Lieferant eindeutig voneinander zu unterscheiden.

Beispiel:

Das Papier betrifft verschiedene Modelle von Elektromotoren der Position 85.01 zur Verwendung bei der Herstellung von Waschmaschinen der Position 84.50. Art und Wert der bei der Herstellung dieser Motoren verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft unterscheiden sich von einem Modell zum anderen. In Spalte 1 ist daher zwischen den Modellen zu unterscheiden, und die in den übrigen Spalten verlangten Angaben sind für jedes Modell getrennt aufzuführen, damit der Hersteller der Waschmaschinen die Ursprungseigenschaft seiner Erzeugnisse je nach dem verwendeten Elektromotor richtig beurteilen kann.

(2) Die Angaben in diesen Spalten sind nur zu machen, soweit sie erforderlich sind.

Beispiele:

Die Regel für Bekleidung des ex-Kapitels 62 sieht vor, daß Garne ohne Ursprungseigenschaft verwendet werden können. Verwendet ein Hersteller solcher Bekleidung in Frankreich aus der Schweiz eingeführtes Gewebe, das dort durch Weben von Garn ohne

Ursprungseigenschaft hergestellt worden ist, so reicht es aus, wenn der schweizerische Lieferant in seiner Erklärung das verwendete Garn ohne Ursprungseigenschaft beschreibt; es ist nicht erforderlich, die HS-Position und den Wert dieses Garns anzugeben.

Ein Hersteller von Draht aus Eisen der HS-Position 72.17, der zur Herstellung Eisenstäbe ohne Ursprungseigenschaft verwendet hat, sollte in der zweiten Spalte "Stäbe aus Eisen" angeben. Wird dieser Draht zur Herstellung einer Maschine verwendet, bei der die Ursprungsregel die Verwendung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft auf einen bestimmten Vomhundertsatz begrenzt, so muß in der dritten Spalte der Wert der Stäbe ohne Ursprungseigenschaft angegeben werden.

(4) Der "Wert der Vormaterialien" ist der Zollwert zum Zeitpunkt der Einfuhr der verwendeten Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft oder, wenn dieser nicht bekannt ist oder nicht festgestellt werden kann, der erste feststellbare Preis, der im EWR für diese Vormaterialien gezahlt worden ist.

Der genaue Wert jedes Vormaterials ohne Ursprungseigenschaft ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Ware anzugeben.

(5) "Wertsteigerung insgesamt" bedeutet alle außerhalb des EWR angefallenen Kosten einschließlich des Werts aller dort hinzugefügten Vormaterialien.

Die genaue außerhalb des EWR insgesamt erzielte Wertsteigerung ist je Einheit der in der ersten Spalte aufgeführten Waren anzugeben.

(6) Daten einsetzen. Die Geltungsdauer der Lieferantenerklärung sollte vorbehaltlich der Voraussetzungen, die von den Zollbehörden des Landes festgelegt werden, in dem die Erklärung ausgefertigt wird, normalerweise 12 Monate nicht überschreiten.

ANLAGE VII

LISTE DER IN ARTIKEL 2 ABSATZ 3 GENANNTEN WAREN, DIE VORÜBERGEHEND AUS DEM GELTUNGSBEREICH DIESES PROTOKOLLS MIT AUSNAHME DER TITEL IV BIS VI AUSGENOMMEN SIND

HS-Position	Warenbezeichnung
ex 2707	Öle, in denen die aromatischen Bestandteile gegenüber den nicht aromatischen Bestandteilen gewichtsmäßig überwiegen und die ähnlich sind den Mineralölen und anderen Erzeugnissen der Destillation des Hochtemperatur-Steinkohlenteers, bei deren Destillation bis 250 °C mindestens 65 RHT übergehen (einschließlich der Benzin-Benzol-Gemische), zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe
2709 bis 2715	Erdöle und ihre Destillationserzeugnisse; bituminöse Stoffe; Mineralwachse
ex 2901	Acyclische Kohlenwasserstoffe, zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe
ex 2902	Cyclane und Cyclene (ausgenommen Azulene), Benzol, Toluol, Xylole, zur Verwendung als Kraft- oder Heizstoffe
ex 3403	Zubereitete Schmiermittel, Erdöl oder Öle aus bituminösen Mineralien enthaltend, vorausgesetzt deren Anteil beträgt weniger als 70 GHT
ex 3404	Künstliche Wachse und zubereitete Wachse auf der Grundlage von Paraffin, Erdölwachsen oder von Wachsen aus bituminösen Mineralien oder von paraffinischen Rückständen
ex 3811	Zubereitete Additive für Schmieröle, Erdöl oder Öl aus bituminösen Mineralien enthaltend

ANLAGE VIII

LISTE DER ERZEUGNISSE NACH ARTIKEL 2 ABSATZ 2, FÜR DIE DAS GEBIET DER REPUBLIK ÖSTERREICH ZUM ZWECKE DER BESTIMMUNG DES URSPRUNGS AUS DEM EWR AUSGESCHLOSSEN IST

HS-Position	Warenbezeichnung
ex 3505	Dextrine und andere modifizierte Stärken, verethert oder verestert
ex 3809	Appretur- oder Endausrüstungsmittel, Beschleuniger zum Färben oder Fixieren von Farbstoffen und andere Erzeugnisse und Zubereitungen (z.B. zubereitete Schlichtemittel und Zubereitungen zum Beizen), von der in der Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie oder ähnlichen Industrien verwendeten Art, anderweit weder genannt noch inbegriffen
ex 3823	Zubereitete Bindemittel für Gießereiformen oder -kerne; chemische Erzeugnisse und Zubereitungen der chemischen Industrie oder verwandter Industrien (einschließlich Mischungen von Naturprodukten), anderweit weder genannt noch inbegriffen; Rückstände der chemischen Industrie und verwandter Industrien, anderweit weder genannt noch inbegriffen - Zubereitete Bindemittel für Gießereiformen oder -kerne, Stärke oder Stärkederivate enthaltend - andere (als Naphthensäuren, ihre wasserunlöslichen Salze und ihre Ester, nicht gesinterte Metallcarbide, untereinander oder mit metallischen Bindemitteln gemischt, zubereitete Additive für Zement, Mörtel oder Beton, Mörtel und Beton, nicht feuerfest, und Sorbit, ausgenommen Waren der Unterposition 2905 44), mit einem Gesamtgehalt an Zucker, Stärke, Stärkederivaten und Waren der Positionen 0401 bis 0404 von 30 GHT oder mehr

PROTOKOLL 5

ÜBER FINANZZÖLLE

(LIECHTENSTEIN, SCHWEIZ)

(1) Unbeschadet des Absatzes 2 dieses Protokolls können Liechtenstein und die Schweiz die Fiskalzölle auf Erzeugnisse, die zu den Tarifpositionen der nachstehenden Tabelle gehören, vorläufig nach Maßgabe des Artikels 14 des Abkommens beibehalten. Für die Erzeugnisse der Tarifpositionen 0901 und ex 2101 sind diese Zölle bis zum 31. Dezember 1996 zu beseitigen.

(2) Wird in Liechtenstein oder in der Schweiz die Herstellung eines Erzeugnisses von der gleichen Art wie ein in der Tabelle aufgeführtes Erzeugnis aufgenommen, so muß der Fiskalzoll für dieses Erzeugnis beseitigt werden.

(3) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß wird die Lage vor Ende des Jahres 1996 prüfen.

Tabelle

Tarifposition	Warenbezeichnung
0901	Kaffee, auch geröstet oder entkoffeiniert; Kaffeeschalen und Kaffeehäutchen; Kaffeemittel mit beliebigem Kaffeegehalt (für einen Übergangszeitraum von vier Jahren)
ex 2101	Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee und Zubereitungen auf der Grundlage dieser Auszüge, Essenzen und Konzentrate (für einen Übergangszeitraum von vier Jahren)
2707. 1010/9990 2709. 0010/0090 2710. 0011/0029	Mineralöle und ihre Destillationserzeugnisse
2711. 1110/2990	Erdgas und andere gasförmige Kohlenwasserstoffe
ex alle Kapitel des Zolltarifs	Erzeugnisse zur Verwendung als Kraftstoffe
ex 8407	Hub- und Rotationskolbenverbrennungsmotoren mit Fremdzündung für Kraftfahrzeuge der Positionen 8702. 9010, 8703. 1000/2420, 9010/9030, 8704. 3110/3120, 9010/9020
ex 8408	Kolbenverbrennungsmotoren mit Selbstzündung (Diesel- oder Halbdieselmotoren) für Kraftfahrzeuge der Positionen 8702. 1010, 8703. 1000, 3100/3320, 8704. 2110/2120
ex 8409	Teile, erkennbar ausschließlich oder hauptsächlich für Motoren der Position 8407 oder 8408 bestimmt: - Zylinderblöcke und Zylinderköpfe für Kraftfahrzeuge der Positionen 8702. 1010, 9010, 8703. 1000/2420, 3100/3320, 8704. 2110/2120, 3110/3120
ex 8702	Omnibusse (Kraftfahrzeuge zur öffentlichen Personenbeförderung) mit einem Gewicht von 1.600 kg oder weniger
ex 8703	Personenkraftwagen und andere hauptsächlich zur Personenbeförderung gebaute Kraftfahrzeuge (ausgenommen solche der Position 8702), einschließlich Kombinationskraftwagen und Rennwagen

ex 8704		Lastkraftwagen mit einem Gewicht von 1.600 kg oder weniger
ex 8706		Fahrgestelle für Kraftfahrzeuge der Positionen 8702. 1010, 9010, 8703. 1000/9030, 8704. 2110/2120, 3110/3120, 9010/9020
ex 8707		Karosserien (einschließlich Fahrerhäuser), für Kraftfahrzeuge der Positionen 8702. 1010, 9010, 8703. 1000/9030, 8704. 2110/2120, 3110/3120, 9010/9020
ex 8708		Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge der Positionen 8702. 1010, 9010, 8703. 1000/9030, 8704. 2110/2120, 3110/3120, 9010/9020
	1000	- Stoßstangen und Teile davon
	2990	- andere Teile und anderes Zubehör von Karosserien (einschließlich Fahrerhäuser) als solche der Positionen 8708. 1000/2010, ausgenommen Gepäckträger, Kennzeichenschilder und Skiträger
		- Bremsen und Servobremsen sowie Teile davon
	3100	- montierte Bremsbeläge
	3990	- andere als Druckluftbehälter, für Bremsen
	4090	- Schaltgetriebe
	5090	- Achsbrücken (Triebachsen) mit Ausgleichgetriebe, auch mit anderen Kraftübertragungsvorrichtungen
	6090	- Tragachsen und Teile davon
	7090	- Räder sowie Teile davon und Zubehör, ausgenommen Felgen und Teile davon, nicht oberflächenbehandelt, sowie Felgen und Teile davon, unbearbeitet oder nur vorbearbeitet
	9299	- andere Auspufftöpfe (Schalldämpfer) und Auspuffrohre als in Normalausführung, mit Nebenrohren mit einer Länge von 15 cm oder weniger
	9390	- Schaltkupplungen und Teile davon
	9490	- Lenkräder, Lenksäulen und Lenkgetriebe
	9999	- andere, ausgenommen Lenkradüberzüge

PROTOKOLL 6

ÜBER DAS ANLEGEN VON PFLICHTLAGERN

DURCH DIE SCHWEIZ UND LIECHTENSTEIN

Die Schweiz und Liechtenstein können für Erzeugnisse, die für das Überleben der Bevölkerung, und im Falle der Schweiz für die Armee, bei schwerwiegenden Versorgungsstörungen unerläßlich sind, eine Pflichtlagerhaltung einführen, sofern diese Erzeugnisse in der Schweiz und in Liechtenstein nicht oder in ungenügenden Mengen hergestellt werden und sofern deren Eigenschaften und Natur die Lagerhaltung erlauben.

Die Schweiz und Liechtenstein wenden diese Regelung derart an, daß die aus den Vertragsparteien eingeführten Erzeugnisse gegenüber gleichartigen oder substituierbaren nationalen Erzeugnissen weder direkt noch indirekt eine Diskriminierung erfahren.

PROTOKOLL 7

ÜBER MENGENMÄSSIGE BESCHRÄNKUNGEN, DIE ISLAND BEIBEHALTEN DARF

Unbeschadet von Artikel 11 des Abkommens kann Island für die nachstehend aufgeführten Waren mengenmäßige Beschränkungen beibehalten:

Nr. des Isländischen Zolltarifs	Warenbezeichnung
96.03	Besen, Bürsten und Pinsel (einschließlich solcher, die Teile von Maschinen, Apparaten oder Fahrzeugen sind), von Hand zu führende mechanische Fußbodenkehrer ohne Motor, Mops und Staubwedel; Pinselköpfe; Kissen und Roller zum Anstreichen; Wischer aus Kautschuk oder ähnlichen geschmeidigen Stoffen:
	- Zahnbürsten, Rasierpinsel, Haarbürsten, Nagelbürsten, Wimpernbürstchen und andere Bürsten zur Körperpflege, einschließlich Bürsten, die Teile von Apparaten sind:
96.03 29	-- andere:
96.03 29 01	--- mit Rücken aus Kunststoff
96.03 29 09	--- andere

PROTOKOLL 8

ÜBER STAATLICHE MONOPOLE

1. Artikel 16 des Abkommens findet spätestens ab dem 1. Januar 1995 auf folgende staatliche Handelsmonopole Anwendung:

   - das österreichische Salzmonopol,
   - das isländische Düngemittelmonopol,
   - das schweizerische und liechtensteinische Salz- und Schießpulvermonopol.

2. Artikel 16 gilt auch für Wein (HS-Position 22.04).

PROTOKOLL 9

ÜBER DEN HANDEL MIT FISCH UND ANDEREN MEERESERZEUGNISSEN

Artikel 1

(1) Unbeschadet der in Anlage 1 genannten Bestimmungen beseitigen die EFTA-Staaten mit Inkrafttreten des Abkommens Einfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung für die in Tabelle I der Anlage 2 genannten Waren.

(2) Unbeschadet der in Anlage 1 genannten Bestimmungen wenden die EFTA-Staaten keine mengenmäßigen Einfuhrbeschränkunkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung für die in Tabelle I der Anlage 2 genannten Waren an. In diesem Zusammenhang gilt Artikel 13 des Abkommens.

Artikel 2

(1) Die Gemeinschaft beseitigt mit Inkrafttreten des Abkommens Einfuhrzölle und Abgaben gleicher Wirkung für die in Tabelle II der Anlage 2 genannten Waren.

(2) Die Gemeinschaft beseitigt die Zölle auf die in Tabelle III der Anlage 2 genannten Waren schrittweise wie folgt:

a) Am 1. Januar 1993 wird jeder Zollsatz auf 86 v.H. des Ausgangszollsatzes gesenkt;

b) die vier weiteren Senkungen um je 14 v.H. des Ausgangszollsatzes erfolgen am 1. Januar 1994, 1. Januar 1995, 1. Januar 1996 und 1. Januar 1997.

(3) Für jede Ware gilt als Ausgangszollsatz, von dem die in Absatz 2 vorgesehenen aufeinanderfolgenden Zollsenkungen vorgenommen werden, der von der Gemeinschaft im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens konsolidierte Zollsatz oder, wenn der Zollsatz nicht konsolidiert ist, der autonome Zollsatz am 1. Januar 1992. Sollten nach dem 1. Januar 1992 Zollsenkungen aufgrund der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde zur Anwendung kommen, so sind diese gesenkten Zollsätze als Ausgangszollsätze zugrunde zu legen.

Sind im Rahmen von bilateralen Abkommen zwischen der Gemeinschaft und einzelnen EFTA-Staaten Zollsätze für bestimmte Waren gesenkt worden, so sind diese Zollsätze als Ausgangszollsätze für den jeweiligen EFTA-Staat zu betrachten.

(4) Die gemäß den Absätzen 2 und 3 errechneten Zollsätze werden unter Abrundung auf die erste Dezimalstelle durch Streichen der zweiten Dezimalstelle angewendet.

(5) Die Gemeinschaft wendet keine mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung für die in Anlage 2 genannten Waren an. In diesem Zusammenhang gilt Artikel 13 des Abkommens.

Artikel 3

Die Artikel 1 und 2 gelten für Erzeugnisse mit Ursprung im Gebiet der Vertragsparteien. Die Ursprungsregeln sind in Protokoll 4 zum Abkommen enthalten.

Artikel 4

(1) Den Wettbewerb verzerrende staatliche Beihilfen im Fischereisektor werden abgeschafft.

(2) Die Rechtsvorschriften betreffend die Marktorganisation für den Fischereisektor werden so angepaßt, daß sie den Wettbewerb nicht verzerren.

(3) Die Vertragsparteien bemühen sich, Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, die es den anderen Vertragsparteien ermöglichen, von Antidumpingmaßnahmen und Ausgleichszöllen abzusehen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß alle Fischereifahrzeuge, die die Flagge anderer Vertragsparteien führen, zu den Häfen und Einrichtungen der ersten Vermarktungsstufe einschließlich aller dazugehörigen Ausrüstungen und technischen Anlagen den gleichen Zugang haben wie ihre eigenen Fahrzeuge.

Unbeschadet des Absatzes 1 kann eine Vertragspartei Anlandungen von Fisch aus einem Fischbestand von gemeinsamem Interesse ablehnen, über dessen Bewirtschaftung ernste Meinungsverschiedenheiten herrschen.

Artikel 6

Sollten die erforderlichen rechtlichen Anpassungen mit Inkrafttreten des Abkommens nicht zur Zufriedenheit der Vertragsparteien vorgenommen worden sein, so können alle strittigen Fragen dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß vorgelegt werden. Wird keine Einigung erzielt, so gilt Artikel 114 des Abkommens sinngemäß.

Artikel 7

Die Bestimmungen der in Anlage 3 genannten Abkommen gehen den Bestimmungen dieses Protokolls vor, soweit sie den betreffenden EFTA-Staaten günstigere Handelsbedingungen als dieses Protokoll einräumen.

ANLAGE 1

Artikel 1

Für folgende Erzeugnisse kann Finnland vorübergehend seine bisherige Regelung beibehalten. Spätestens am 31. Dezember 1992 legt Finnland einen festen Zeitplan für die Beseitigung dieser Ausnahmen vor.

HS-Position	Warenbezeichnung
ex 03.02	Fische, frisch oder gekühlt, ausgenommen Fischfilets und anderes Fischfleisch der Position 03.04: - Lachs - Ostseehering
ex 03.03	Fische, gefroren, ausgenommen Fischfilets und anderes Fischfleisch der Position 03.04: - Lachs - Ostseehering
ex 03.04	Fischfilets und anderes Fischfleisch (auch fein zerkleinert), frisch, gekühlt oder gefroren - Filets vom Lachs, frisch oder gekühlt - Filets vom Ostseehering, frisch oder gekühlt (Der Begriff "Filet" umfaßt auch Filets, bei denen die zwei Stücke zum Beispiel am Rücken oder an der Bauchseite zusammenhängen.)

Artikel 2

(1) Liechtenstein und die Schweiz dürfen ihre Einfuhrzölle für folgende Waren beibehalten.

HS-Position	Warenbezeichnung
ex 03.01 bis 03.05	Fische, ausgenommen ex 03.04 gefrorene Filets, andere als Seefische, Aale und Lachs

Diese Regelungen werden vor dem 1. Januar 1993 überprüft.

(2) Unbeschadet einer möglichen Tarifikation aufgrund der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde können Liechtenstein und die Schweiz bewegliche Abschöpfungen in Verbindung mit ihrer Agrarpolitik für folgende Fische und andere Meereserzeugnisse beibehalten:

HS-Position	Warenbezeichnung
ex Kapitel 15	Fette und Öle für die menschliche Ernährung
ex Kapitel 23	Futtermittel für landwirtschaftliche Nutztiere

Artikel 3

(1) Für folgende Erzeugnisse kann Schweden bis zum 31. Dezember 1993 mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen anwenden, wenn dies zur Vermeidung ernster Störungen auf dem schwedischen Markt erforderlich ist.

HS-Position	Warenbezeichnung
ex 03.02	Fische, frisch oder gekühlt, ausgenommen Fischfilets und anderes Fischfleisch der Position 03.04: - Hering - Kabeljau

(2) Solange Finnland vorübergehend seine derzeitige Regelung für Ostseehering beibehält, kann Schweden für Ostseehering mit Ursprung in Finnland mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen anwenden.

ANLAGE 2

Tabelle I

HS-Position	Warenbezeichnung
02 08	Anderes Fleisch und andere genießbare Schlachtnebenerzeugnisse, frisch, gekühlt oder gefroren:
ex 0208 90	- andere: - - von Walen
Kapitel 3	Fische und Krebstiere, Weichtiere und andere wirbellose Wassertiere
15 04	Fette und Öle sowie deren Fraktionen, von Fischen oder Meeressäugetieren, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert
15 16	Tierische und pflanzliche Fette und Öle sowie deren Fraktionen, ganz oder teilweise hydriert, umgeestert, wiederverestert oder elaidiniert, auch raffiniert, jedoch nicht weiterverarbeitet:
ex 1516 10	- tierische Fette und Öle sowie deren Fraktionen - - vollständig aus Fischen oder Meeressäugetieren gewonnen
16 03	Extrakte und Säfte von Fleisch, Fischen, Krebstieren, Weichtieren und anderen wirbellosen Wassertieren:
ex 1603 00	- Extrakte und Säfte von Fleisch von Walen, von Fischen oder Krebstieren und anderen wirbellosen Weichtieren
16 04	Fische, zubereitet oder haltbar gemacht; Kaviar und Kaviarersatz, aus Fischeiern gewonnen
16 05	Krebstiere, Weichtiere und andere wirbellose Wassertiere, zubereitet oder haltbar gemacht
23 01	Mehl und Pellets von Fleisch, von Schlachtnebenerzeugnissen, von Fischen oder von Krebstieren, von Weichtieren oder anderen wirbellosen Wassertieren, ungenießbar; Grieben:
ex 2301 10	- Mehl und Pellets von Fleisch oder von Schlachtnebenerzeugnissen; Grieben: - - Fleisch von Walen
2301 20	- Mehl und Pellets von Fischen oder von Krebstieren, von Weichtieren oder anderen wirbellosen Wassertieren

23 09	Zubereitungen von der zur Fütterung verwendeten Art:
ex 2309 90	- andere: - - Solubles von Fischen

Tabelle II

KN-Nummer	Warenbezeichnung
0302 50 0302 69 35 0303 60 0303 79 41 0304 10 31	Kabeljau (Gadus morhua, Gadus ogac, Gadus macrocephalus) und Fische der Art Boreogadus saida, frisch, gekühlt oder gefroren, einschließlich Filets, frisch oder gekühlt
0302 62 00 0303 72 00 ex 0304 10 39	Schellfisch (Melanogrammus aeglefinus), frisch, gekühlt oder gefroren, einschließlich Filets, frisch oder gekühlt
0302 63 00 0303 73 00 ex 0304 10 39	Seelachs [Köhler] (Pollachius virens), frisch, gekühlt oder gefroren, einschließlich Filets, frisch oder gekühlt
0302 21 10 0302 21 30 0303 31 10 0303 31 30 ex 0304 10 39	Schwarzer Heilbutt (Reinhardtius hippoglossoides) und Atlantischer Heilbutt (Hippoglossus hippoglossus), frisch, gekühlt oder gefroren, einschließlich Filets, frisch oder gekühlt
0305 62 00 0305 69 10	Kabeljau (Gadus morhua, Gadus ogac, Gadus macrocephalus) und Fische der Art Boreogadus saida, gesalzen, jedoch weder getrocknet noch geräuchert, und diese Fische in Salzlake
0305 51 10 0305 59 11	Kabeljau (Gadus morhua, Gadus ogac, Gadus macrocephalus) und Fische der Art Boreogadus saida, getrocknet, nicht gesalzen (Stockfisch)
0305 30 11 0305 30 19	Filets, vom Kabeljau (Gadus morhua, Gadus ogac, Gadus macrocephalus) und der Art Boreogadus saida, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake, jedoch nicht geräuchert
0305 30 90	Andere Filets, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake, jedoch nicht geräuchert
1604 19 91	Andere Filets, roh, lediglich mit Teig umhüllt oder mit Paniermehl bestreut (paniert), auch in Öl vorgebacken, gefroren
1604 30 90	Kaviarersatz

Tabelle III

Im Falle der folgenden Positionen umfassen die Zugeständnisse der Gemeinschaft nicht die in Tabelle II oder in der Beilage zu Tabelle III genannten Erzeugnisse.

KN-Position	Warenbezeichnung
0301	Fische, lebend
0302	Fische, frisch oder gekühlt, ausgenommen Fischfilets und anderes Fischfleisch der Position 0304
0303	Fische, gefroren, ausgenommen Fischfilets und anderes Fischfleisch der Position 0304
0304	Fischfilets und anderes Fischfleisch (auch fein zerkleinert), frisch, gekühlt oder gefroren
0305	Fische, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake; Fische, geräuchert, auch vor oder während des Räucherns gegart; Mehl, Pulver und Pellets von Fischen, genießbar
0306	Krebstiere, auch ohne Panzer, lebend, frisch, gekühlt, gefroren, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake; Krebstiere in ihrem Panzer, in Wasser oder Dampf gekocht, auch gekühlt, gefroren, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake; Mehl, Pulver und Pellets von Krebstieren, genießbar
0307	Weichtiere, auch ohne Schale, lebend, frisch, gekühlt, gefroren, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake; wirbellose Wassertiere, andere als Krebstiere und Weichtiere, lebend, frisch, gekühlt, gefroren, getrocknet, gesalzen oder in Salzlake; Mehl, Pulver und Pellets von wirbellosen Wassertieren, anderen als Krebstieren, genießbar
1604	Fische, zubereitet oder haltbar gemacht; Kaviar und Kaviarersatz, aus Fischeiern gewonnen
1605	Krebstiere, Weichtiere und andere wirbellose Wassertiere, zubereitet oder haltbar gemacht

Beilage zu Tabelle III

KN-Position	Warenbezeichnung
a)	Lachs: Pazifischer Lachs (Oncorhynchus-Arten), Atlantischer Lachs (Salmo salar) und Donaulachs (Hucho hucho)
0301 99 11	lebend
0302 12 00	frisch oder gekühlt
0303 10 00	Pazifischer Lachs, gefroren
0303 22 00	Atlantischer Lachs und Donaulachs, gefroren
0304 10 13	Filets, frisch oder gekühlt
0304 20 13	Filets, gefroren
ex 0304 90 97	anderes Fleisch von Lachs, gefroren
0305 30 30	Filets, gesalzen oder in Salzlake, nicht geräuchert
0305 41 00	geräuchert, einschließlich Filets
0305 69 50	gesalzen oder in Salzlake, jedoch nicht getrocknet oder geräuchert
1604 11 00	ganz oder in Stücken, zubereitet oder haltbar gemacht
1604 20 10	andere, zubereitet oder haltbar gemacht
b)	Heringe: (Clupea harengus, Clupea pallasii)
0302 40 90	frisch oder gekühlt, vom 16.6. bis 14.2.
ex 0302 70 00	Lebern und Rogen, frisch oder gekühlt
0303 50 90	gefroren, vom 16.6. bis 14.2.
ex 0303 80 00	Lebern und Rogen, gefroren
ex 0304 10 39	Filets von Heringen, frisch
0304 10 93	Lappen, frisch, vom 16.6. bis 14.2.
ex 0304 10 98	anderes Fleisch von Heringen, frisch
0304 20 75	Filets, gefroren
0304 90 25	anderes Fleisch von Heringen, frisch, vom 16.6. bis 14.2.
ex 0305 20 00	Lebern und Rogen von Heringen, getrocknet, geräuchert, gesalzen oder in Salzlake
0305 42 00	geräuchert, einschließlich Filets
0305 59 30	getrocknet, auch gesalzen, jedoch nicht geräuchert
0305 61 00	gesalzen oder in Salzlake, weder getrocknet noch geräuchert
1604 12 10	Filets, roh, lediglich mit Teig umhüllt oder mit Paniermehl bestreut (paniert), auch in Öl vorgebacken, gefroren
1604 12 90	Heringe, zubereitet oder haltbar gemacht, ganz oder in Stücken, jedoch nicht fein zerkleinert
ex 1604 20 90	andere Heringe, zubereitet oder haltbar gemacht

c) Makrelen (Scomber scombrus, Scomber australasicus, Scomber japonicus)

	0302 64 90	frisch oder gekühlt, vom 16.6. bis 14.2.
	0303 74 19	gefroren, vom 16.6. bis 14.2. (Scomber scombrus, Scomber japonicus)
	0303 74 90	gefroren, vom 16.6. bis 14.2. (Scomber australasicus)
ex	0304 10 39	Filets von Makrelen, frisch
	0304 20 51	Filets (Scomber australasicus), gefroren
ex	0304 20 53	Filets (Scomber scombrus, Scomber japonicus), gefroren
ex	0304 90 97	anderes Fleisch von Makrelen, gefroren
	0305 49 30	geräuchert, einschließlich Filets
	1604 15 10	ganz oder in Stücken, zubereitet oder haltbar gemacht (S.s., S.j.)
	1604 15 90	ganz oder in Stücken, zubereitet oder haltbar gemacht (S. austral.)
ex	1604 20 90	andere Makrelen, zubereitet oder haltbar gemacht

d) Garnelen

	0306 13 10	Garnelen der Familie Pandalidae, gefroren
	0306 13 30	Garnelen der Gattung Crangon, gefroren
	0306 13 90	andere Garnelen, gefroren
	0306 23 10	Garnelen der Familie Pandalidae, nicht gefroren
	0306 23 31	Garnelen der Gattung Crangon, frisch, gekühlt oder nur in Wasser oder Dampf gekocht
	0306 23 39	andere Garnelen der Gattung Crangon
	0306 23 90	andere Garnelen, nicht gefroren
	1605 20 00	zubereitet oder haltbar gemacht

e) Große Pilger-Muscheln (Pecten maximus)

ex	0307 21 00	lebend, frisch oder gekühlt
	0307 29 10	gefroren
ex	1605 90 10	zubereitet oder haltbar gemacht

f) Kaisergranat (Nephrops norvegicus)

	0306 19 30	gefroren
	0306 29 30	nicht gefroren
ex	1605 40 00	zubereitet oder haltbar gemacht

ANLAGE 3

Abkommen zwischen der Gemeinschaft und einzelnen EFTA-Staaten im Sinne des Artikels 7:

Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Schweden, unterzeichnet am 22. Juli 1972, und anschließender Briefwechsel über Landwirtschaft und Fischerei, unterzeichnet am 15. Juli 1986.

Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, unterzeichnet am 22. Juli 1972, und anschließender Briefwechsel über Landwirtschaft und Fischerei, unterzeichnet am 14. Juli 1986.

Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen, unterzeichnet am 14. Mai 1973, und anschließender Briefwechsel über Landwirtschaft und Fischerei, unterzeichnet am 14. Juli 1986.

Artikel 1 des Protokolls Nr. 6 zum Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Island, unterzeichnet am 22. Juli 1972.

PROTOKOLL 10

ÜBER DIE VEREINFACHUNG DER KONTROLLEN UND FORMALITÄTEN IM GÜTERVERKEHR

KAPITEL I

ALLGEMEINES

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls sind:

a) "Kontrollen" alle Maßnahmen, bei der der Zoll oder eine andere Dienststelle, die Kontrollen durchführt, eine körperliche Kontrolle, einschließlich der Sichtkontrolle, des Beförderungsmittels und/oder der Waren vornimmt, um sich zu vergewissern, daß Art, Ursprung, Zustand, Menge oder Wert der Waren den Angaben in den vorgelegten Dokumenten entsprechen;

b) "Formalitäten" alle Formalitäten, zu der die Verwaltung den Beteiligten verpflichtet und die in der Vorlage oder Prüfung der die Waren begleitenden Dokumente oder Bescheinigungen oder sonstiger Angaben in jeder beliebigen Form über die Waren oder die Beförderungsmittel besteht.

Artikel 2

Geltungsbereich

(1) Unbeschadet der besonderen Bestimmungen in Übereinkünften zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den EFTA-Staaten gilt dieses Protokoll für Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr über eine Grenze zwischen einem EFTA-Staat und der Gemeinschaft sowie zwischen den EFTA-Staaten.

(2) Dieses Protokoll gilt nicht für Kontrollen und Formalitäten,

- die Schiffe und Luftfahrzeuge als Verkehrsmittel betreffen, wohl aber für Fahrzeuge und Waren, die mit den genannten Verkehrsmitteln befördert werden;

- die für die Erteilung von Gesundheitszeugnissen oder Pflanzengesundheitszeugnissen im Ursprungs- oder Herkunftsland der Waren erforderlich sind.

KAPITEL II

VERFAHREN

Artikel 3

Stichprobenkontrollen und Formalitäten

(1) Die Vertragsparteien treffen unbeschadet der besonderen Bestimmungen dieses Protokolls die erforderlichen Maßnahmen, damit

- die verschiedenen in Artikel 2 Absatz 1 vorgesehenen Kontrollen und Formalitäten mit dem geringsten erforderlichen Zeitaufwand und möglichst an ein und demselben Ort erfolgen;

- die Kontrollen außer in begründeten Fällen in Form von Stichproben erfolgen.

(2) Bei der Durchführung des Absatzes 1 zweiter Gedankenstrich ist als Grundlage für die Stichprobe nicht die Gesamtheit der jeweils eine Sendung bildenden Waren, sondern die Gesamtheit der über eine Grenzübergangsstelle geleiteten und bei einer Zollstelle oder Kontrollbehörde im Laufe eines bestimmten Zeitraums gestellten Sendungen heranzuziehen.

(3) Die Vertragsparteien erleichtern an den Abgangs- und Bestimmungsorten der Güter die Inanspruchnahme der vereinfachten Verfahren sowie der elektronischen Datenverarbeitung und der Telematik bei der Ausfuhr, der Durchfuhr und der Einfuhr der Güter.

(4) Die Vertragsparteien bemühen sich, die räumliche Verteilung der Zollämter - auch innerhalb ihres Gebiets - in einer Weise vorzunehmen, die den Erfordernissen der Wirtschaftsteilnehmer am besten entspricht.

Artikel 4

Veterinärbestimmungen

Auf den Gebieten des Schutzes der Gesundheit von Mensch und Tier sowie des Tierschutzes wird über die Durchführung der in den Artikeln 3, 7 und 13 niedergelegten Grundsätze sowie der Bestimmungen über die für Formalitäten und Kontrollen zu erhebenden Gebühren vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß gemäß Artikel 93 Absatz 2 des Abkommens entschieden.

Artikel 5

Pflanzenschutzbestimmungen

(1) Die pflanzengesundheitlichen Kontrollen bei der Einfuhr werden außer in begründeten Fällen nur stichprobenweise und anhand von Proben vorgenommen. Diese Kontrollen werden entweder am Bestimmungsort der Waren oder an einem anderen zu bestimmenden Ort im Innern des jeweiligen Gebietes unter der Bedingung vorgenommen, daß der Beförderungsweg der Waren möglichst wenig geändert wird.

(2) Die Modalitäten der Nämlichkeitsprüfung bei der Einfuhr von Waren, für die Pflanzenschutzbestimmungen gelten, werden vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß gemäß Artikel 93 Absatz 2 des Abkommens angenommen. Die Bestimmungen über die für die Formalitäten und pflanzengesundheitlichen Kontrollen zu erhebenden Gebühren werden vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß gemäß Artikel 93 Absatz 2 des Abkommens beschlossen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nur für Waren, die in der Gemeinschaft oder einem EFTA-Staat erzeugt worden sind, außer wenn sie ihrer Natur nach unter Pflanzenschutzgesichtspunkten unbedenklich sind oder wenn sie beim Eingang in das Gebiet der jeweiligen Vertragsparteien einer pflanzengesundheitlichen Kontrolle unterzogen worden sind und diese Kontrolle ergeben hat, daß die Waren den Pflanzenschutzbestimmungen dieser Vertragsparteien genügen.

(4) Besteht nach Auffassung einer Vertragspartei eine unmittelbare Gefahr der Einschleppung oder Verbreitung von Schadorganismen in ihr Gebiet, so kann sie vorübergehend die erforderlichen Maßnahmen treffen, um sich vor dieser Gefahr zu schützen. Die Vertragsparteien teilen einander unverzüglich diese Maßnahmen sowie die Gründe mit, die sie erforderlich gemacht haben.

Artikel 6

Kompetenzdelegation

Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß eine der anderen vertretenen Dienststellen, vorzugsweise der Zoll, aufgrund einer ausdrücklichen Kompetenzdelegation der zuständigen Behörden für diese bestimmte Kontrollen und, soweit im Rahmen dieser Kontrollen die Vorlage der erforderlichen Dokumente zu verlangen ist, die Prüfung der Gültigkeit und Echtheit dieser Dokumente sowie die Nämlichkeitsprüfung der darin angemeldeten Waren vornehmen kann. In diesem Falle sorgen die betreffenden Behörden dafür, daß die für diese Kontrollen erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 7

Anerkennung der Kontrollen und Dokumente

Im Rahmen dieses Protokolls und unbeschadet der Möglichkeit von Kontrollen durch Stichproben erkennen die Vertragsparteien, in deren Gebiet die Waren eingeführt oder im Durchfuhrverfahren verbracht werden, die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragsparteien durchgeführten Kontrollen und ausgestellten Dokumente an, aus denen hervorgeht, daß die Waren den Rechtsvorschriften des Einfuhrlandes oder den einschlägigen Vorschriften des Ausfuhrlandes entsprechen.

Artikel 8

Öffnungszeiten der Grenzübergangsstellen

(1) Sofern das Verkehrsaufkommen es rechtfertigt, sorgen die Vertragsparteien dafür, daß

a) die Grenzübergangsstellen außer bei einem Verkehrsverbot so geöffnet sind, daß:

- der Grenzübertritt mit den entsprechenden Kontrollen und Formalitäten 24 Stunden am Tag für Waren im Durchfuhrverfahren und ihre Beförderungsmittel sowie für Fahrzeuge, die eine Leerfahrt vornehmen, gewährleistet ist, außer wenn eine Grenzkontrolle zur Vermeidung der Verbreitung von Krankheiten oder zum Schutz von Tieren erforderlich ist;

- die Kontrollen und Formalitäten beim Verkehr von Beförderungsmitteln und Waren, die sich nicht im Durchfuhrverfahren befinden, von Montag bis Freitag mindestens 10 Stunden durchgehend und samstags mindestens 6 Stunden durchgehend vorgenommen werden können, außer wenn es sich bei diesen Tagen um Feiertage handelt;

b) bei mit Luftfahrzeugen beförderten Fahrzeugen und Waren die unter Buchstabe a zweiter Gedankenstrich genannten Zeiten den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt und zu diesem Zweck gegebenenfalls aufgeteilt oder verlängert werden.

(2) Ergeben sich für die Veterinärdienste Probleme, die in Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich und in Buchstabe b vorgesehenen Zeiten allgemein einzuhalten, so tragen die Vertragsparteien dafür Sorge, daß ein Veterinärsachverständiger während der betreffenden Zeiten verfügbar ist, sofern der Verkehrsunternehmer mindestens 12 Stunden zuvor eine Voranmeldung vornimmt; diese Meldefrist kann für die Beförderung lebender Tiere bis auf 18 Stunden heraufgesetzt werden.

(3) Befinden sich in ein und demselben Grenzgebiet in unmittelbarer Nähe mehrere Grenzübergangsstellen, so können die betroffenen Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen für einige von ihnen Ausnahmen von Absatz 1 vorsehen, sofern die übrigen in diesem Gebiet gelegenen Grenzübergangsstellen den Güter- und Fahrzeugverkehr tatsächlich entsprechend Absatz 1 abfertigen können.

(4) Die zuständigen Behörden sehen in Ausnahmefällen unter den von den Vertragsparteien festgelegten Bedingungen die Möglichkeit vor, daß die Kontrollen und Formalitäten an den Grenzübergangsstellen sowie bei den Zolldienststellen und Dienststellen im Sinne des Absatzes 1 auf besonderen begründeten Antrag, der während der Öffnungszeiten vorzulegen ist, gegebenenfalls gegen Vergütung der erbrachten Leistungen außerhalb der Öffnungszeiten erledigt werden können.

Artikel 9

Schnellspuren

Die Vertragsparteien bemühen sich, überall dort, wo dies technisch möglich und nach dem Verkehrsaufkommen gerechtfertigt ist, an den Grenzübergangsstellen Schnellspuren zu schaffen, die Gütern im Durchfuhrverfahren und deren Beförderungsmitteln, Fahrzeugen, die eine Leerfahrt vornehmen, sowie allen Waren vorbehalten sind, bei denen die Kontrollen und Formalitäten nicht über die für Waren im Durchfuhrverfahren geltenden Kontrollen und Formalitäten hinausgehen.

KAPITEL III

ZUSAMMENARBEIT

Artikel 10

Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen

(1) Die Vertragsparteien treffen zur Erleichterung des Grenzübertritts sowohl auf nationaler als auch auf regionaler oder lokaler Ebene die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden, die mit der Organisation der Kontrollen betraut sind, sowie zwischen den verschiedenen Stellen, die beiderseits der Grenze Kontrollen und Formalitäten durchführen.

(2) Jede Vertragspartei trägt dafür Sorge, daß die am Güterverkehr im Sinne dieses Protokolls Beteiligten die zuständigen Behörden über Schwierigkeiten, auf die sie beim Grenzübertritt gegebenenfalls gestoßen sind, rasch unterrichten können.

(3) Die Zusammenarbeit im Sinne des Absatzes 1 betrifft insbesondere:

a) die Gestaltung der Grenzübergangsstellen, damit diese den Erfordernissen des Verkehrs genügen;

b) die Umgestaltung der Grenzstellen in nebeneinanderliegende Abfertigungsstellen, soweit dies möglich ist;

c) die Angleichung der Aufgaben der Grenzübergangsstellen und der Abfertigungsstellen auf beiden Seiten der Grenze;

d) die Suche nach geeigneten Lösungen für die gegebenenfalls mitgeteilten Schwierigkeiten.

(4) Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um die Öffnungszeiten der einzelnen Dienststellen, die beiderseits der Grenze Kontrollen und Formalitäten durchführen, anzugleichen.

Artikel 11

Notifizierung neuer Kontrollen und Formalitäten

Beabsichtigt eine Vertragspartei, eine neue Kontrolle oder Formalität einzuführen, so unterrichtet sie die anderen Vertragsparteien davon. Die betreffende Vertragspartei sorgt dafür, daß die zur Erleichterung des Grenzübertritts getroffenen Maßnahmen nicht durch diese neuen Kontrollen oder Formalitäten wirkungslos gemacht werden.

Artikel 12

Verkehrsfluß

(1) Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit die Wartezeiten bei den Kontrollen und Formalitäten nicht länger sind, als es für ihre ordnungsgemäße Durchführung notwendig ist. Zu diesem Zweck organisieren sie die Öffnungszeiten der Dienststellen, die die Kontrollen und Formalitäten zu erledigen haben, das zur Verfügung stehende Personal sowie die Behandlungsverfahren für Waren und Dokumente im Zusammenhang mit der Durchführung von Kontrollen und Formalitäten so, daß die Wartezeiten bei der Verkehrsabfertigung so weit wie irgend möglich verkürzt werden.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien, in deren Gebiet es zu schweren Störungen im Güterverkehr kommt, die die angestrebte Erleichterung und Beschleunigung des Grenzübertritts in Frage stellen, unterrichten unverzüglich die zuständigen Behörden der anderen von diesen Störungen betroffenen Vertragsparteien.

(3) Die zuständigen Behörden der betroffenen Vertragsparteien treffen unverzüglich geeignete Maßnahmen, um so weit wie möglich zu gewährleisten, daß der Verkehr ungehindert fließt. Die Maßnahmen werden dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß mitgeteilt, der gegebenenfalls auf Antrag einer Vertragspartei unverzüglich zusammentritt und über die betreffenden Maßnahmen berät.

Artikel 13

Amtshilfe

Zur Sicherstellung eines reibungslosen Güterverkehrs zwischen den Vertragsparteien und zur Erleichterung der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten oder Zuwiderhandlungen wenden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bei ihrer Zusammenarbeit Protokoll 11 sinngemäß an.

Artikel 14

Konzertierungsgruppen

(1) Die zuständigen Behörden der betreffenden Vertragsparteien können Konzertierungsgruppen zur Behandlung praktischer, technischer und organisatorischer Fragen von regionaler und lokaler Bedeutung einsetzen.

(2) Diese Konzertierungsgruppen treten bei Bedarf auf Antrag der zuständigen Behörden einer Vertragspartei zusammen. Die Vertragsparteien unterrichten den Gemeinsamen EWR-Ausschuß regelmäßig über die Arbeit ihrer jeweiligen Konzertierungsgruppen.

KAPITEL IV

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 15

Zahlungsmöglichkeiten

Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß die bei der Durchführung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr gegebenenfalls zu entrichtenden Beträge auch mit garantierten oder bestätigten internationalen Bankschecks, die auf die Währung des Landes lauten, in der diese Beträge zu entrichten sind, gezahlt werden können.

Artikel 16

Beziehung zu anderen Übereinkünften und innerstaatlichem Recht

Dieses Protokoll steht weitergehenden Erleichterungen nicht entgegen, die zwei oder mehrere Vertragsparteien einander einräumen; es berührt auch nicht das Recht der Vertragsparteien, bei Kontrollen und Formalitäten an ihren Grenzen innerstaatliches Recht anzuwenden, sofern dadurch die aufgrund dieses Protokolls gewährten Erleichterungen nicht beeinträchtigt werden.

PROTOKOLL 11

ÜBER AMTSHILFE IN ZOLLSACHEN

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Protokolls gelten als

a) "Zollrecht" die im Gebiet der Vertragsparteien geltenden Bestimmungen über Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Waren oder deren Überführung in ein anderes Zollverfahren einschließlich der von den Vertragsparteien festgelegten Verbote, Beschränkungen und Kontrollen;

b) "Zollabgaben" alle Zölle, Abgaben, Gebühren und anderen Belastungen, die in den Gebieten der Vertragsparteien aufgrund des Zollrechts erhoben werden, ausgenommen Gebühren und Belastungen, deren Höhe auf die ungefähren Kosten der erbrachten Dienstleistungen begrenzt ist;

c) "ersuchende Behörde" die von einer Vertragspartei bezeichnete zuständige Behörde, die ein Amtshilfeersuchen in Zollsachen stellt;

d) "ersuchte Behörde" die von einer Vertragspartei bezeichnete zuständige Behörde, an die ein Amtshilfeersuchen in Zollsachen gerichtet wird;

e) "Zuwiderhandlungen" alle Verstöße oder versuchten Verstöße gegen das Zollrecht.

Artikel 2

Geltungsbereich

(1) Die Vertragsparteien leisten einander Amtshilfe in der Form und unter den Voraussetzungen, die in diesem Protokoll vorgesehen sind, um die Einhaltung des Zollrechts zu gewährleisten, insbesondere durch Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht.

(2) Die Amtshilfe in Zollsachen im Sinne dieses Protokolls betrifft die Verwaltungsbehörden der Vertragsparteien, die für die Durchführung dieses Protokolls zuständig sind. Sie berührt nicht die Vorschriften über die gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen.

Artikel 3

Amtshilfe auf Ersuchen

(1) Auf Antrag erteilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde alle zweckdienlichen Auskünfte, die es dieser ermöglichen, die Einhaltung des Zollrechts zu gewährleisten, einschließlich Auskünfte über festgestellte oder beabsichtigte Handlungen, die gegen das Zollrecht verstoßen oder verstoßen würden.

(2) Auf Antrag teilt die ersuchte Behörde der ersuchenden Behörde mit, ob die aus dem Gebiet einer Vertragspartei ausgeführten Waren ordnungsgemäß in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingeführt worden sind, gegebenenfalls unter Angabe des für die Waren geltenden Zollverfahrens.

(3) Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlaßt die ersuchte Behörde die Überwachung von

a) natürlichen oder juristischen Personen, bei denen Grund zu der Annahme besteht, daß sie Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht begehen oder begangen haben;

b) Warenbewegungen, die den vorliegenden Angaben zufolge möglicherweise eine schwere Zuwiderhandlung gegen das Zollrecht darstellen;

c) Beförderungsmitteln, bei denen Grund zu der Annahme besteht, daß sie bei Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht benutzt worden sind, benutzt werden oder benutzt werden könnten.

Artikel 4

Amtshilfe ohne vorhergehendes Ersuchen

Die Vertragsparteien leisten einander im Rahmen ihrer Befugnisse Amtshilfe, sofern dies ihres Erachtens zur Einhaltung des Zollrechts notwendig ist, insbesondere wenn sie Kenntnis erhalten über

- Handlungen, die gegen das Zollrecht verstoßen haben, verstoßen oder verstoßen könnten und für andere Vertragsparteien von Interesse sein können;
- neue Mittel oder Methoden zur Begehung solcher Handlungen;
- Waren, die bekanntermaßen Gegenstand von schweren Zuwiderhandlungen gegen die zollrechtlichen Vorschriften über Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr oder ein anderes Zollverfahren sind.

Artikel 5

Zustellung/Bekanntgabe

Auf Antrag der ersuchenden Behörde veranlaßt die ersuchte Behörde nach Maßgabe der für sie geltenden Vorschriften

- die Zustellung aller Schriftstücke,

- die Bekanntgabe aller Entscheidungen,

die in den Geltungsbereich dieses Protokolls fallen, an einen auf ihrem Gebiet wohnhaften oder ansässigen Adressaten.

Artikel 6

Form und Inhalt der Amtshilfeersuchen

(1) Amtshilfeersuchen gemäß diesem Protokoll sind schriftlich zu stellen. Dem Ersuchen sind alle Unterlagen beizufügen, die zu seiner Erledigung erforderlich sind. In dringenden Fällen können mündliche Ersuchen zugelassen werden, die jedoch unverzüglicher schriftlicher Bestätigung bedürfen.

(2) Amtshilfeersuchen gemäß Absatz 1 müssen folgende Angaben enthalten:

a) Bezeichnung der ersuchenden Behörde;

b) Maßnahme, um die ersucht wird;

c) Gegenstand und Grund des Ersuchens;

d) betroffene Rechts- und Verwaltungsvorschriften;

e) möglichst genaue und umfassende Angaben zu der natürlichen oder juristischen Person, gegen die ermittelt wird;

f) Zusammenfassung des Sachverhalts, außer in Fällen nach Artikel 5.

(3) Amtshilfeersuchen werden in einer Amtssprache der ersuchten Behörde oder in einer von dieser zugelassenen Sprache gestellt.

(4) Entspricht ein Amtshilfeersuchen nicht den Formvorschriften, so kann seine Berichtigung oder Ergänzung verlangt werden; die Anordnung von vorsorglichen Maßnahmen wird dadurch jedoch nicht berührt.

Artikel 7

Erledigung von Amtshilfeersuchen

(1) Bei der Erledigung von Amtshilfeersuchen verfährt die ersuchte Behörde oder, wenn diese nicht selbst tätig werden kann, die Behörde, welche von dieser Behörde mit dem Ersuchen befaßt wird, im Rahmen ihrer Befugnisse und Mittel so, als ob sie bei der Durchführung von Ermittlungen in Erfüllung eigener Aufgaben oder auf Ersuchen anderer Behörden der eigenen Vertragspartei handelte, indem sie bereits erhaltene Auskünfte weitergibt, angemessene Ermittlungen durchführt oder deren Durchführung veranlaßt.

(2) Die Erledigung von Amtshilfeersuchen erfolgt nach Maßgabe der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der ersuchten Vertragspartei.

(3) Ordnungsgemäß bevollmächtigte Beamte einer Vertragspartei können im Einvernehmen mit der anderen Vertragspartei und unter den von dieser festgelegten Voraussetzungen bei der ersuchten Behörde oder einer dieser nachgeordneten Behörde Auskünfte über die Nichteinhaltung des Zollrechts einholen, die die ersuchende Behörde zu den in diesem Protokoll niedergelegten Zwecken benötigt.

(4) Beamte der einen Vertragspartei können im Einvernehmen mit der anderen Vertragspartei bei auf deren Gebiet durchgeführten Ermittlungen zugegen sein.

Artikel 8

Form der Auskunftserteilung

(1) Die ersuchte Behörde teilt der ersuchenden Behörde das Ergebnis ihrer Ermittlungen in Form von Schriftstücken, beglaubigten Kopien, Berichten oder dergleichen mit.

(2) Anstelle der in Absatz 1 genannten Schriftstücke können für den gleichen Zweck erstellte EDV-Dokumente jedweder Form verwendet werden.

Artikel 9

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Amtshilfe

(1) Die Vertragsparteien können die Amtshilfe nach Maßgabe dieses Protokolls verweigern, wenn diese

a) die Souveränität, die öffentliche Ordnung, die Sicherheit oder andere wesentliche Interessen beeinträchtigen könnte oder

b) Währungs- oder Steuervorschriften außerhalb des Zollrechts betrifft oder

c) ein Betriebs-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis verletzen würde.

(2) Ersucht eine Behörde um Amtshilfe, die sie selbst im Fall eines Ersuchens nicht leisten könnte, so weist sie in ihrem Ersuchen auf diesen Umstand hin. Die Erledigung eines derartigen Ersuchens steht im Ermessen der ersuchten Behörde.

(3) Wird die Amtshilfe nicht gewährt oder verweigert, so ist der ersuchenden Behörde die betreffende Entscheidung samt Begründung unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 10

Geheimhaltungspflicht

Sämtliche Auskünfte, die nach Maßgabe dieses Protokolls in beliebiger Form erteilt werden, sind vertraulich. Sie unterliegen dem Amtsgeheimnis und genießen den Schutz, den das innerstaatliche Recht der Vertragspartei, die sie erhalten hat, und die entsprechenden für die Gemeinschaftsbehörden geltenden Vorschriften für derartige Auskünfte gewähren.

Artikel 11

Verwendung der Auskünfte

(1) Die erlangten Auskünfte dürfen nur für die Zwecke dieses Protokolls verwendet werden; zu anderen Zwecken dürfen sie im Gebiet einer Vertragspartei nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der auskunftserteilenden Behörde und gegebenenfalls mit von dieser auferlegten Einschränkungen verwendet werden. Diese Bestimmung gilt nicht für Angaben über Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen. In derartigen Fällen können Auskünfte an die für die Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels unmittelbar zuständigen Stellen weitergegeben werden.

(2) Absatz 1 steht der Verwendung von Auskünften bei Gerichts- oder Verwaltungsverfahren wegen Nichteinhaltung des Zollrechts nicht entgegen.

(3) Die Vertragsparteien können die aufgrund dieses Protokolls erhaltenen Auskünfte und eingesehenen Schriftstücke als Beweismittel in Protokollen, Berichten und für Zeugenvernehmungen sowie in gerichtlichen Verfahren und Ermittlungen verwenden.

Artikel 12

Sachverständige und Zeugen

Beamten der ersuchten Behörde einer Vertragspartei kann gestattet werden, im Rahmen der erteilten Bewilligung bei Gerichts- oder Verwaltungsverfahren in unter dieses Protokoll fallenden Angelegenheiten als Sachverständige oder Zeugen im Bereich der Gerichtsbarkeit einer anderen Vertragspartei aufzutreten und dabei Gegenstände, Schriftstücke oder beglaubigte Kopien davon vorzulegen, wenn dies für das Verfahren erforderlich ist. In dem Ersuchen auf Erscheinen ist ausdrücklich anzugeben, in welcher Angelegenheit und in welcher Eigenschaft die betreffenden Beamten befragt werden sollen.

Artikel 13

Kosten der Amtshilfe

Die Vertragsparteien verzichten auf gegenseitige Ansprüche auf Erstattung der bei der Durchführung dieses Protokolls angefallenen Kosten; hiervon ausgenommen sind gegebenenfalls Aufwendungen für Zeugen und Sachverständige sowie für Dolmetscher und Übersetzer, die nicht dem öffentlichen Dienst angehören.

Artikel 14

Durchführung

(1) Die Durchführung dieses Protokolls wird den zentralen Zolldienststellen der EFTA-Staaten einerseits und den zuständigen Dienststellen der EG-Kommission und gegebenenfalls den Zollbehörden der EG-Mitgliedstaaten andererseits übertragen. Diese beschließen unter Berücksichtigung von Datenschutzbestimmungen alle dazu notwendigen praktischen Maßnahmen und Regelungen. Sie können den zuständigen Instanzen Änderungen dieses Protokolls empfehlen, die ihrer Meinung nach erforderlich sind.

(2) Die Vertragsparteien übermitteln einander Verzeichnisse der zuständigen Dienststellen, die als Verbindungsstellen für die praktische Durchführung dieses Protokolls benannt worden sind.

Bei Fällen, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft fallen, wird besonderen Situationen in angemessener Weise Rechnung getragen, in denen es wegen der Dringlichkeit oder weil nur zwei Länder betroffen sind, für die Bearbeitung von Amtshilfeersuchen oder den Informationsaustausch direkter Kontakte zwischen den zuständigen Dienststellen der EFTA-Staaten und der EG-Mitgliedstaaten bedarf. Zur Ergänzung werden Listen der Beamten dieser Dienststellen ausgetauscht, die für die Verhütung, Ermittlung oder Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen das Zollrecht zuständig sind; diese Listen sind gegebenenfalls zu aktualisieren.

Um eine größtmögliche Wirksamkeit dieses Protokolls zu gewährleisten, treffen die Vertragsparteien alle zweckdienlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die für die Schmuggelbekämpfung zuständigen Dienststellen direkte persönliche Kontakte, gegebenenfalls auf der Ebene der örtlichen Zollstellen, aufnehmen, um den Informationsaustausch und die Bearbeitung von Amtshilfeersuchen zu erleichtern.

(3) Die Vertragsparteien konsultieren und unterrichten einander im einzelnen über die Durchführungsbestimmungen, die sie gemäß diesem Artikel erlassen.

Artikel 15

Ergänzungscharakter des Protokolls

(1) Dieses Protokoll steht der Durchführung etwaiger Amtshilfeabkommen, die zwischen EG-Mitgliedstaaten und EFTA-Staaten oder zwischen den EFTA-Staaten geschlossen worden sind oder geschlossen werden, nicht entgegen, sondern bildet eine Ergänzung dazu. Auch schließt es eine im Rahmen solcher Abkommen vereinbarte weiterreichende Amtshilfe nicht aus.

(2) Unbeschadet des Artikels 11 bleiben Gemeinschaftsvorschriften über den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Dienststellen der Kommission und den Zollbehörden der Mitgliedstaaten in Zollsachen, die für die Gemeinschaft von Interesse sein könnten, durch solche Abkommen unberührt.

PROTOKOLL 12

ÜBER VEREINBARUNGEN MIT DRITTLÄNDERN ÜBER DIE KONFORMITÄTSBEWERTUNG

Vereinbarungen mit Drittländern über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen bei Produkten, für die nach den EG-Rechtsvorschriften die Verwendung eines Zeichens vorgesehen ist, werden auf Initiative der Gemeinschaft ausgehandelt. Verhandlungsgrundlage für die Gemeinschaft ist, daß die betreffenden Drittländer gleichzeitig mit den EFTA-Staaten gleichwertige Vereinbarungen über eine gegenseitige Anerkennung schließen, wie sie mit der Gemeinschaft getroffen werden sollen. Die Vertragsparteien arbeiten nach den im EWR-Abkommen festgelegten Informations- und Konsultationsverfahren zusammen. Etwaige Streitigkeiten in den Beziehungen zu Drittländern werden nach den entsprechenden Bestimmungen des EWR-Abkommens geregelt.

PROTOKOLL 13

ÜBER DIE NICHTANWENDUNG VON

ANTIDUMPING- UND AUSGLEICHSMASSNAHMEN

Die Anwendung von Artikel 26 dieses Abkommens beschränkt sich auf die Bereiche, die unter dieses Abkommen fallen und in denen das geltende Gemeinschaftsrecht vollständig in dieses Abkommen übernommen worden ist.

Sofern die Vertragsparteien keine anderen Lösungen vereinbaren, erfolgt seine Anwendung unbeschadet der Maßnahmen, die die Vertragsparteien gegebenenfalls gegenüber Drittländern zur Vermeidung der Umgehung folgender Maßnahmen einführen:

- Antidumpingmaßnahmen,
- Ausgleichszölle,
- Maßnahmen gegen unlautere Handelspraktiken, die Drittländern zugerechnet werden können.

PROTOKOLL 14

ÜBER DEN HANDEL MIT KOHLE- UND STAHLERZEUGNISSEN

Artikel 1

Dieses Protokoll gilt für Erzeugnisse, die unter die bilateralen Freihandelsabkommen (nachstehend "Freihandelsabkommen" genannt) fallen, die zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und ihren Mitgliedstaaten einerseits und einzelnen EFTA-Staaten andererseits oder zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den betreffenden EFTA-Staaten geschlossen worden sind.

Artikel 2

(1) Sofern dieses Protokoll nichts anderes bestimmt, bleiben die Freihandelsabkommen davon unberührt. Finden die Freihandelsabkommen keine Anwendung, so gelten die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens. Soweit die materiellen Bestimmungen der Freihandelsabkommen weiterhin gelten, finden auch die institutionellen Bestimmungen dieser Abkommen Anwendung.

(2) Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung sowie Zölle und Abgaben gleicher Wirkung, die für den Handel innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums bestehen, werden beseitigt.

Artikel 3

Die Vertragsparteien führen keinerlei Beschränkungen oder administrative und technische Vorschriften ein, die im Handel mit den Vertragsparteien ein Hindernis für den freien Verkehr der unter dieses Protokoll fallenden Erzeugnisse darstellen würden.

Artikel 4

Die wesentlichen für Unternehmen geltenden Wettbewerbsvorschriften für die unter dieses Protokoll fallenden Erzeugnisse sind in Protokoll 25 enthalten. Die sekundären Rechtsvorschriften sind in Protokoll 21 und Anhang XIV aufgeführt.

Artikel 5

Die Vertragsparteien halten die Beihilferegelungen für die Stahlindustrie ein. Sie erkennen insbesondere die Relevanz und Annehmbarkeit der Gemeinschaftsregelungen für Beihilfen für die Stahlindustrie an, die in der Entscheidung 322/89/EGKS der Kommission festgelegt wurden, deren Geltungsdauer am 31. Dezember 1991 endet. Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei Inkrafttreten dieses Abkommens neue Gemeinschaftsregelungen über Beihilfen für die Stahlindustrie in das EWR-Abkommen aufzunehmen, vorausgesetzt, sie entsprechen im wesentlichen der vorgenannten Entscheidung.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien tauschen Marktinformationen aus. Die EFTA-Staaten sorgen nach besten Kräften dafür, daß die Stahlerzeuger, -verbraucher und -händler diese Informationen liefern.

(2) Die EFTA-Staaten sorgen nach besten Kräften dafür, daß sich die in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen stahlerzeugenden Unternehmen an den jährlichen Investitionserhebungen beteiligen, die nach Artikel 15 der Entscheidung Nr. 3302/81/EGKS der Kommission vom 18. November 1981 durchgeführt werden. Unbeschadet der erforderlichen Wahrung von Geschäftsgeheimnissen informieren sich die Vertragsparteien gegenseitig über bedeutsame Investitions- und Desinvestitionsprojekte.

(3) Alle Fragen im Zusammenhang mit dem Informationsaustausch zwischen den Vertragsparteien fallen unter die allgemeinen institutionellen Bestimmungen des Abkommens.

Artikel 7

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß die im Protokoll 3 der zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einzelnen EFTA-Staaten geschlossenen Freihandelsabkommen festgelegten Ursprungsregeln durch Protokoll 4 dieses Abkommens ersetzt werden.

PROTOKOLL 15

ÜBER ÜBERGANGSZEITEN FÜR DIE FREIZÜGIGKEIT

(SCHWEIZ UND LIECHTENSTEIN)

Artikel 1

Die Bestimmungen des Abkommens und seiner Anhänge in bezug auf die Freizügigkeit zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten finden vorbehaltlich der in diesem Protokoll festgelegten Übergangsbestimmungen Anwendung.

Artikel 2

(1) Unbeschadet des Artikels 4 können die Schweiz einerseits und die EG-Mitgliedstaaten sowie die übrigen EFTA-Staaten andererseits bis zum 1. Januar 1998 in bezug auf Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten und der übrigen EFTA-Staaten bzw. in bezug auf Staatsangehörige der Schweiz die nationalen Bestimmungen beibehalten, die für Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung eine vorherige Bewilligung vorschreiben.

(2) Die Schweiz kann in bezug auf Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten sowie der übrigen EFTA-Staaten bis zum 1. Januar 1998 zahlenmäßige Beschränkungen für Personen, die dort einen Wohnsitz begründen wollen, sowie für Saisonarbeiter beibehalten. Diese zahlenmäßigen Beschränkungen werden bis zum Ende der Übergangszeit schrittweise verringert.

Artikel 3

(1) Unbeschadet des Absatzes 3 kann die Schweiz bis zum 1. Januar 1998 nationale Bestimmungen zur Beschränkung der beruflichen und geographischen Freizügigkeit von Saisonarbeitern beibehalten, einschließlich der Verpflichtung für diese Arbeitnehmer, bei Ablauf der Saisonbewilligung das Gebiet der Schweiz für mindestens drei Monate zu verlassen. Ab 1. Januar 1993 wird eine Saisonbewilligung für Saisonarbeiter, die über einen Saisonarbeitsvertrag verfügen, bei ihrer Rückkehr in das Gebiet der Schweiz automatisch erneuert.

(2) Die Artikel 10, 11 und 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 gemäß Anhang V Nummer 2 des Abkommens finden in der Schweiz in bezug auf Saisonarbeiter ab 1. Januar 1997 Anwendung.

(3) Unbeschadet des Artikels 2 dieses Protokolls finden Artikel 28 des Abkommens und Anhang V des Abkommens ab 1. Januar 1993 auf Saisonarbeiter in der Schweiz Anwendung, sofern diese Arbeitnehmer innerhalb eines vorangegangenen Referenzzeitraums von vier aufeinanderfolgenden Jahren insgesamt 30 Monate Saisonarbeit in der Schweiz ausgeübt haben.

Artikel 4

Die Schweiz kann folgendes beibehalten:

- bis zum 1. Januar 1996 nationale Bestimmungen, nach denen ein Arbeitnehmer, der seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als der Schweiz hat und in der Schweiz beschäftigt ist (Grenzgänger), jeden Tag in den Wohnsitzstaat zurückkehren muß;

- bis zum 1. Januar 1998 nationale Bestimmungen, nach denen ein Arbeitnehmer, der seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als der Schweiz hat und in der Schweiz beschäftigt ist (Grenzgänger), jede Woche in den Wohnsitzstaat zurückkehren muß;

- bis zum 1. Januar 1997 nationale Bestimmungen zur Begrenzung der Beschäftigung von Grenzgängern in festgelegten Grenzgebieten;

- bis zum 1. Januar 1995 nationale Bestimmungen, nach denen die Aufnahme einer Beschäftigung durch Grenzgänger in der Schweiz einer vorherigen Bewilligung bedarf.

Artikel 5

(1) Liechtenstein einerseits und die EG-Mitgliedstaaten sowie die übrigen EFTA-Staaten andererseits können bis zum 1. Januar 1998 in bezug auf Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten und der übrigen EFTA-Staaten bzw. in bezug auf Staatsangehörige Liechtensteins die nationalen Bestimmungen beibehalten, die für Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung eine vorherige Bewilligung vorschreiben.

(2) Liechtenstein kann in bezug auf Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten sowie der übrigen EFTA-Staaten bis zum 1. Januar 1998 zahlenmäßige Beschränkungen für Personen, die dort einen Wohnsitz begründen wollen, sowie für Saisonarbeiter und Grenzgänger beibehalten. Diese zahlenmäßigen Beschränkungen werden schrittweise verringert.

Artikel 6

(1) Liechtenstein kann bis zum 1. Januar 1998 nationale Bestimmungen zur Beschränkung der beruflichen und geographischen Freizügigkeit von Saisonarbeitern beibehalten, einschließlich der Verpflichtung für diese Arbeitnehmer, bei Ablauf der Saisonbewilligung das Hoheitsgebiet Liechtensteins für mindestens drei Monate zu verlassen. Ab 1. Januar 1993 wird die Saisonbewilligung für Saisonarbeiter, die über einen Saisonarbeitsvertrag verfügen, bei ihrer Rückkehr in das Hoheitsgebiet Liechtensteins automatisch erneuert.

(2) Die Artikel 10, 11 und 12 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 gemäß Anhang V Nummer 2 des Abkommens finden in Liechtenstein in bezug auf Wohnsitzinhaber ab 1. Januar 1995 und in bezug auf Saisonarbeiter ab 1. Januar 1997 Anwendung.

(3) Die Regelungen gemäß Absatz 2 finden auch auf die Familienangehörigen eines im Hoheitsgebiet Liechtensteins selbständig Erwerbstätigen Anwendung.

Artikel 7

Liechtenstein kann folgendes beibehalten:

- bis zum 1. Januar 1998 nationale Bestimmungen, nach denen ein Arbeitnehmer, der seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines anderen Staates als Liechtensteins hat und in Liechtenstein beschäftigt ist (Grenzgänger), jeden Tag in den Wohnsitzstaat zurückkehren muß,

- bis zum 1. Januar 1998 nationale Bestimmungen zur Einschränkung der beruflichen Freizügigkeit und des Berufszugangs für alle Arbeitnehmerkategorien;

- bis zum 1. Januar 1995 nationale Bestimmungen zur Begrenzung des Zugangs zu beruflichen Tätigkeiten in bezug auf selbständig Erwerbstätige, die ihren Wohnsitz im Hoheitsgebiet Liechtensteins haben. Diese Begrenzungen können in bezug auf selbständig Erwerbstätige mit Wohnsitz außerhalb Liechtensteins bis zum 1. Januar 1997 beibehalten werden.

Artikel 8

(1) Abgesehen von den Einschränkungen gemäß den Artikeln 2 bis 7 führen die Schweiz und Liechtenstein ab dem Tag der Unterzeichnung des Abkommens keine neuen einschränkenden Maßnahmen in bezug auf Einreise, Beschäftigung und Wohnsitz von Arbeitnehmern und selbständig Erwerbstätigen ein.

(2) Die Schweiz und Liechtenstein ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen, damit während der Übergangszeiten Staatsangehörige der EG-Mitgliedstaaten und der übrigen

EFTA-Staaten verfügbare Stellen mit gleichem Vorrang annehmen können wie die Staatsangehörigen der Schweiz bzw. Liechtensteins.

Artikel 9

(1) Ab 1. Januar 1996 überprüfen die Vertragsparteien die Ergebnisse der Anwendung der Übergangszeiten gemäß den Artikeln 2, 3 und 4. Nach Abschluß dieser Prüfung können die Vertragsparteien anhand neuer Daten und im Hinblick auf eine mögliche Verkürzung der Übergangszeiten Regelungen zur Anpassung dieser Übergangszeiten vorschlagen.

(2) Bei Ablauf der Übergangszeit für Liechtenstein werden die Vertragsparteien die Übergangsmaßnahmen gemeinsam überprüfen, wobei sie die besondere geographische Lage Liechtensteins gebührend berücksichtigen.

Artikel 10

Während der Übergangszeiten finden bestehende bilaterale Regelungen weiterhin Anwendung, sofern sich nicht aus diesem Abkommen Bestimmungen ergeben, die in ihrer Wirkung für die Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten oder der EFTA-Staaten günstiger sind.

Artikel 11

Im Sinne dieses Protokolls gelten als "Saisonarbeiter" bzw. "Grenzgänger" Beschäftigte gemäß der Definition in den nationalen Rechtsvorschriften der Schweiz bzw. Liechtensteins zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens.

* * * * * * * * * *

PROTOKOLL 16

ÜBER MASSNAHMEN AUF DEM GEBIET DER SOZIALEN SICHERHEIT

IN BEZUG AUF ÜBERGANGSZEITEN FÜR DIE FREIZÜGIGKEIT

(SCHWEIZ UND LIECHTENSTEIN)

Artikel 1

Für die Anwendung dieses Protokolls und der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 149 vom 5.7.1971, S. 416) gilt in bezug auf die Schweiz und Liechtenstein als "Saisonarbeiter" jeder Arbeitnehmer, der Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaft oder eines anderen EFTA-Staates und Inhaber einer auf höchstens neun Monate befristeten Aufenthaltsbewilligung im Sinne der nationalen Rechtsvorschriften der Schweiz bzw. Liechtensteins ist.

Artikel 2

Während der Geltungsdauer der Aufenthaltsbewilligung hat der Saisonarbeiter Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung gemäß den schweizerischen bzw. liechtensteinischen Rechtsvorschriften, unter denselben Bedingungen wie ein Staatsangehöriger der Schweiz bzw. Liechtensteins, und zwar gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71.

Artikel 3

Ein Teil der von den Saisonarbeitern eingezahlten Beiträge an die Arbeitslosenversicherung wird von der Schweiz bzw. Liechtenstein den Wohnsitzstaaten dieser Arbeitnehmer nach folgendem Verfahren zurückerstattet:

a) Für jeden Staat wird der Gesamtbetrag der Beiträge aufgrund der Anzahl von Saisonarbeitern, die Staatsangehörige dieses Staates sind und sich am Ende des Monats August in der Schweiz bzw. Liechtenstein aufhalten, sowie aufgrund der durchschnittlichen

Dauer der Saison, der Lohn- bzw. Gehaltshöhe und der Beitragssätze an die schweizerische bzw. liechtensteinische Arbeitslosenversicherung (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) ermittelt.

b) Der Gesamtbetrag der Rückerstattung an den einzelnen Staat entspricht 50 vom Hundert des Gesamtbetrags der gemäß vorstehendem Buchstaben a) ermittelten Beiträge.

c) Die Rückerstattung erfolgt nur dann, wenn die Gesamtzahl der Saisonarbeiter, die ihren Wohnsitz in dem betreffenden Staat haben, innerhalb des Berechnungszeitraums im Falle der Schweiz fünfhundert bzw. im Falle Liechtensteins fünfzig übersteigt.

Artikel 4

Die Bestimmungen über die Rückerstattung von Beiträgen an die Arbeitslosenversicherung in den Abkommen über die Arbeitslosenversicherung, die die Schweiz mit Frankreich (Abkommen vom 14. Dezember 1978), Italien (Abkommen vom 12. Dezember 1978), der Bundesrepublik Deutschland (Abkommen vom 17. November 1982), Österreich (Abkommen vom 14. Dezember 1978) und dem Fürstentum Liechtenstein (Abkommen vom 15. Januar 1979) geschlossen hat, finden während der Übergangszeiten weiterhin Anwendung.

Artikel 5

Die Gültigkeit dieses Protokolls ist auf die Dauer der in Protokoll 15 festgelegten Übergangszeiten begrenzt.

* * * * * * * * * *

PROTOKOLL 17

BETREFFEND ARTIKEL 34

1. Der Erlaß von Rechtsvorschriften und die Durchführung von Maßnahmen durch die Vertragsparteien betreffend den Zugang eines Drittlandes zu ihren Märkten werden durch Artikel 34 nicht präjudiziert.

   Rechtsvorschriften in Bereichen, die unter das Abkommen fallen, werden gemäß den im Abkommen beschriebenen Verfahren behandelt; die Vertragsparteien sind bestrebt, entsprechende EWR-Regeln auszuarbeiten.

   In allen übrigen Fällen unterrichten die Vertragsparteien den Gemeinsamen EWR-Ausschuß von den Maßnahmen und erlassen soweit notwendig Bestimmungen, um sicherzustellen, daß die Maßnahmen nicht über das Gebiet der anderen Vertragsparteien umgangen werden.

   Läßt sich keine Einigung auf solche Regeln oder Bestimmungen erzielen, so kann die betreffende Vertragspartei die notwendigen Maßnahmen treffen, um Umgehungen zu verhindern.

2. Für die Bestimmung der Begünstigten, die Rechte aus Artikel 34 für sich in Anspruch nehmen können, gilt Abschnitt I des Allgemeinen Programms zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit (ABl. Nr. 2 vom 15.1.1962, S. 36/62) mit gleicher Rechtswirkung wie innerhalb der Gemeinschaft.

PROTOKOLL 18

ÜBER INTERNE VERFAHREN

ZUR DURCHFÜHRUNG VON ARTIKEL 43

Die Verfahren, die die Europäische Gemeinschaft zur Durchführung von Artikel 43 anwenden wird, sind im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geregelt.

Die Verfahren für die EFTA-Staaten sind im Abkommen über den Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten geregelt und werden folgende Aspekte umfassen:

Ein EFTA-Staat, der Maßnahmen gemäß Artikel 43 des Abkommen zu ergreifen beabsichtigt, unterrichtet hiervon rechtzeitig den Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten.

Bei geheimen oder dringenden Maßnahmen werden die übrigen EFTA-Staaten und der Ständige Ausschuß der EFTA-Staaten spätestens beim Inkrafttreten der Maßnahmen unterrichtet.

Der Ständige Ausschuß der EFTA-Staaten prüft daraufhin die Lage und nimmt zu der Einführung der Maßnahmen Stellung. Er beobachtet die Situation auch weiterhin und kann mit Mehrheit Empfehlungen für eine eventuelle Änderung, Aussetzung oder Aufhebung der ergriffenen Maßnahmen oder hinsichtlich aller sonstigen Maßnahmen abgeben, die dem betreffenden EFTA-Staat bei der Überwindung seiner Schwierigkeiten helfen sollen.

PROTOKOLL 19

ÜBER DEN SEEVERKEHR

Die Vertragsparteien wenden untereinander die Maßnahmen, die in den Verordnungen (EWG) Nr. 4057/86 des Rates (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 14) und Nr. 4058/86 des Rates (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 21) sowie in der Entscheidung 83/573/EWG des Rates (ABl. Nr. L 332 vom 28.11.1983, S. 37) genannt werden oder sonstige ähnliche Maßnahmen nicht an, sofern die in das Abkommen aufgenommenen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zum Seeverkehr vollständig durchgeführt werden.

Die Vertragsparteien werden ihre Aktionen und Maßnahmen auf dem Gebiet des Seeverkehrs gegenüber Drittländern und Unternehmen aus Drittländern gemäß folgenden Bestimmungen zu koordinieren:

1. Beschließt eine Vertragspartei, die Tätigkeiten bestimmter Drittländer in der Frachtschiffahrt zu überwachen, so unterrichtet sie hiervon den Gemeinsamen EWR-Ausschuß und kann anderen Vertragsparteien vorschlagen, sich an dieser Aktion zu beteiligen.

2. Beschließt eine Vertragspartei, bei einem Drittland diplomatische Schritte zu unternehmen, weil dieses den Zugang zu Ladungen in der Seeschiffahrt beschränkt oder zu beschränken droht, so unterrichtet sie hiervon den Gemeinsamen EWR-Ausschuß. Die anderen Vertragsparteien können beschließen, sich solchen diplomatischen Schritten anzuschließen.

3. Beabsichtigt eine Vertragspartei, gegen ein Drittland und/oder Drittlandsreedereien Aktionen oder Maßnahmen einzuleiten, um damit beispielsweise auf unlautere Preispraktiken bestimmter, im internationalen Frachtlinienverkehr tätiger Reedereien oder auf Beschränkungen oder angedrohte Beschränkungen des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschiffahrt zu reagieren, so unterrichtet sie hiervon den Gemeinsamen EWR-Ausschuß. Die Vertragspartei, die das Verfahren einleitet, kann die anderen Vertragsparteien ggf. um Mitarbeit bei diesem Verfahren ersuchen.

   Die anderen Vertragsparteien können in ihrem Zuständigkeitsbereich dieselben Maßnahmen oder Aktionen beschließen. Werden die Maßnahmen oder Aktionen einer Vertragspartei über das Gebiet anderer Vertragsparteien umgangen, die solche Maßnahmen oder Aktionen nicht beschlossen haben, so kann die Vertragspartei, deren Maßnahmen oder Aktionen umgangen werden, geeignete Maßnahmen ergreifen, um Abhilfe zu schaffen.

4. Beabsichtigt eine Vertragspartei, gemäß Artikel 5 Absatz 1 und Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 des Rates (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 1) Ladungsanteilvereinbarungen auszuhandeln oder diese Verordnung gemäß ihrem Artikel 7 auf Staatsangehörige eines Drittlandes auszudehnen, so unterrichtet sie hiervon den Gemeinsamen EWR-Ausschuß.
   Haben eine oder mehrere Vertragsparteien Einwände gegen das geplante Vorgehen, so ist im Gemeinsamen EWR-Ausschuß eine befriedigende Lösung anzustreben. Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu kann notfalls die Aufhebung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs zwischen den Vertragsparteien gemäß Artikel 1 der genannten Verordnung gehören.

5. Die in den Absätzen 1 bis 4 genannten Informationen werden nach Möglichkeit so rechtzeitig erteilt, daß die Vertragsparteien ihre Aktionen koordinieren können.

6. Auf Antrag einer Vertragspartei können zwischen den Vertragsparteien Konsultationen stattfinden über Fragen des Seeverkehrs, die in den internationalen Organisationen behandelt werden, über die verschiedenen Aspekte der Entwicklungen, die in den Beziehungen zwischen Vertragsparteien und Drittländern auf dem Gebiet des Seeverkehrs eingetreten sind, und über das Funktionieren der in diesem Bereich geschlossenen bilateralen und multilateralen Übereinkünfte.

PROTOKOLL 20

ÜBER DEN ZUGANG ZU BINNENWASSERSTRASSEN

1. Die Vertragsparteien gewähren einander Zugang zu ihren Binnenwasserstraßen. Im Falle von Rhein und Donau unternehmen die Vertragsparteien alle erforderlichen Schritte, um die Ziele des gleichberechtigten Zugangs und der Niederlassungsfreiheit im Bereich der Binnenwasserstraßen gleichzeitig zu erreichen.

2. Bis 1. Januar 1996 werden in den zuständigen internationalen Organisationen Vereinbarungen ausgearbeitet, die unter Berücksichtigung der Verpflichtungen aus den diesbezüglichen multilateralen Abkommen allen Vertragsparteien einen gleichberechtigten Zugang zu den Binnenwasserstraßen im Gebiet der Vertragsparteien sichern.

3. Alle einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft über die Binnenwasserstraßen gelten ab Inkrafttreten des Abkommens für die Vertragsparteien, die zu diesem Zeitpunkt Zugang zu den Wasserstraßen der Gemeinschaft haben, und für die übrigen EFTA-Staaten, sobald auch sie gleichberechtigten Zugang erhalten.

   Dagegen gilt für Binnenschiffe aus den letzteren EFTA-Staaten, die nach dem 1. Januar 1993 in Fahrt gesetzt wurden, Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates vom 27. April 1989 (ABl. Nr. L 116 vom 28.4.1989, S. 25) in der für die Zwecke des Abkommens angepaßten Fassung, sobald diese Staaten Zugang zu den Binnenwasserstraßen der Gemeinschaft erhalten.

PROTOKOLL 21
ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSREGELN FÜR UNTERNEHMEN

Artikel 1

Die EFTA-Überwachungsbehörde erhält durch eine Vereinbarung zwischen den EFTA-Staaten gleichwertige Befugnisse und ähnliche Aufgaben, wie sie die EG-Kommission zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens in bezug auf die Anwendung der Wettbewerbsregeln des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl besitzt. Die EFTA-Überwachungsbehörde wird dadurch ermächtigt, den in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e und in den Artikeln 53 bis 60 des Abkommens sowie im Protokoll 25 niedergelegten Grundsätzen Wirksamkeit zu verleihen.

Die Gemeinschaft erläßt, soweit erforderlich, die Vorschriften, die den in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e und in den Artikeln 53 bis 60 des Abkommens sowie im Protokoll 25 zum Abkommen genannten Grundsätzen Wirksamkeit verleihen, damit gewährleistet ist, daß die EG-Kommission aufgrund dieses Abkommens über gleichwertige Befugnisse und ähnliche Aufgaben verfügt, wie sie sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens in bezug auf die Anwendung der Wettbewerbsregeln des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl besitzt.

Artikel 2

Sofern gemäß den Verfahren in Teil VII des Abkommens weitere Rechtsakte zur Durchführung der Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e und 53 bis 60 sowie des Protokolls 25 oder zur

Änderung der in Artikel 3 dieses Protokolls aufgeführten Rechtsakte angenommen werden, so werden entsprechende Änderungen in der Vereinbarung über die Einsetzung der EFTA-Überwachungsbehörde vorgenommen, damit gewährleistet ist, daß die EFTA-Überwachungsbehörde gleichzeitig mit gleichwertigen Befugnissen und ähnlichen Aufgaben wie die EG-Kommission ausgestattet wird.

Artikel 3

(1) Zusätzlich zu den in Anhang XIV aufgeführten Rechtsakten beinhalten folgende Rechtsakte die Befugnisse und Aufgaben der EG-Kommission bei der Anwendung der Wettbewerbsregeln des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft:

Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen

1. **389 R 4064:** Artikel 6 bis 25 der Verordnung (EWG) des Rates Nr. 4064/89 vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 1) in der berichtigten Fassung gemäß ABl. Nr. L 257 vom 21.9.1990, S. 13

2. **390 R 2367:** Verordnung (EWG) Nr. 2367/90 der Kommission vom 25. Juli 1990 über die Anmeldungen, über die Fristen sowie über die Anhörung nach der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 219 vom 14.8.1990, S. 5)

Allgemeine Verfahrensregeln

3. **362 R 0017:** Verordnung Nr. 17/62 des Rates vom 6. Februar 1962. Erste Durchführungsverordnung zu den Artikeln 85 und 86 des Vertrages (ABl. Nr. 13 vom 21.2.1962, S. 204/62), geändert durch:

   - **362 R 0059**: Verordnung Nr. 59/62 vom 3. Juli 1962 (ABl. Nr. 58 vom 10.7.1962, S. 1655/62)

   - **363 R 0118**: Verordnung Nr. 118/63 vom 5. November 1963 (ABl. Nr. 162 vom 7.11.1963, S. 2696/63)

   - **371 R 2822**: Verordnung (EWG) Nr. 2822/71 vom 20. Dezember 1971 (ABl. Nr. L 285 vom 29.12.1971, S. 49)

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge -

Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 92)

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 93)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 165)

4. **362 R 0027:** Verordnung (EWG) Nr. 27/62 der Kommission vom 3. Mai 1962. Erste Ausführungsverordnung zur Verordnung Nr. 17 des Rates vom 6. Februar 1962 (Form, Inhalt und weitere Einzelheiten von Anträgen und Anmeldungen) (ABl. Nr. 35 vom 10.5.1962, S. 1118/62), geändert durch:

   - **368 R 1133:** Verordnung (EWG) Nr. 1133/68 vom 26. Juli 1968 (ABl. Nr. L 189 vom 1.8.1968, S. 1)

   - **375 R 1699:** Verordnung (EWG) Nr. 1699/75 vom 2. Juli 1975 (ABl. Nr. L 172 vom 3.7.1975, S. 11)

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 94)

   - **385 R 2526:** Verordnung (EWG) Nr. 2526/85 vom 5. August 1985 (ABl. Nr. L 240 vom 7.9.1985, S. 1)

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 166)

5. **363 R 0099:** Verordnung Nr. 99/63/EWG der Kommission vom 25. Juli 1963 über die Anhörung nach Artikel 19 Absätze 1 und 2 der Verordnung Nr. 17/62/EWG des Rates (ABl. Nr. 127 vom 20.8.1963, S. 2268/63)

Verkehr

6. **362 R 0141:** Verordnung Nr. 141/62 des Rates vom 26. November 1962 über die Nichtanwendung der Verordnung Nr. 17 des Rates auf den Verkehr, geändert durch die Verordnungen Nr. 165/65/EWG und 1002/67/EWG (ABl. Nr. 124 vom 28.11.1962, S. 2751/62)

7. **368 R 1017:** Artikel 6 und Artikel 10 - 31 der Verordnung (EWG) des Rates Nr. 1017/68 vom 19. Juli 1968 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 175 vom 23.7.1968, S. 1)

8. **369 R 1629:** Verordnung (EWG) Nr. 1629/69 der Kommission vom 8. August 1969 über Form, Inhalt und andere Einzelheiten der Beschwerde nach Artikel 10, der Anträge nach Artikel 12 und der Anmeldungen nach Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 vom 19. Juli 1968 (ABl. Nr. L 209 vom 21.8.1969, S. 1)

9. **369 R 1630:** Verordnung (EWG) Nr. 1630/69 der Kommission vom 8. August 1969 über die Anhörung nach Artikel 26 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1017/78 des Rates vom 19. Juli 1968 (ABl. Nr. L 209 vom 21.8.1969, S. 11)

10. **374 R 2988:** Verordnung (EWG) Nr. 2988/74 vom 26. November 1974 über die Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung im Verkehrs- und Wettbewerbsrecht der Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 319 vom 29.11.1974, S. 1)

11. **386 R 4056:** Teil II der Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Einzelheiten der Anwendung der Artikel 85 und 86 des Vertrages auf den Seeverkehr (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 4)

12. **388 R 4260:** Verordnung (EWG) Nr. 4260/88 der Kommission vom 16. Dezember 1988 über die Mitteilungen, Beschwerden, Anträge sowie über die Anhörung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 des Rates über die Einzelheiten der Anwendung der Artikel 85 und 86 des Vertrages auf den Seeverkehr (ABl. Nr. L 376 vom 31.12.1988, S. 1)

13. **387 R 3975:** Verordnung (EWG) Nr. 3975/87 des Rates vom 14. Dezember 1987 über die Einzelheiten der Anwendung der Wettbewerbsregeln auf Luftfahrtunternehmen (ABl. Nr. L 374 vom 31.12.1987, S. 1), geändert durch:

    - **391 R 1284**: Verordnung (EWG) Nr. 1284/91 des Rates vom 14. Mai 1991 (ABl. Nr. L 122 vom 15.5.1991, S. 2)

14. **388 R 4261:** Verordnung (EWG) Nr. 4261/88 der Kommission vom 16. Dezember 1988 über die Beschwerden, Anträge sowie über die Anhörung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3975/87 des Rates über die Einzelheiten der Anwendung der Wettbewerbsregeln auf Luftfahrtunternehmen (ABl. Nr. L 376 vom 31.12.1988, S. 10)

(2) Zusätzlich zu den in Anhang XIV aufgeführten Rechtsakten beinhalten die folgenden Rechtsakte die Befugnisse und Aufgaben der EG-Kommission zur Anwendung der Wettbewerbsregeln des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS):

1. EGKSV Artikel 65 Absatz 2 Unterabsätze 3 bis 5, Absatz 3, Absatz 4 Unterabsatz 2 und Absatz 5

2. EGKSV Artikel 66 Absatz 2 Unterabsätze 2 bis 4 und Absätze 4 bis 6

3. **354 D 7026:** EGKS Hohe Behörde: Entscheidung Nr. 26/54 betreffend eine Verordnung über die Auskunftspflicht aufgrund des Artikels 66 Absatz 4 des Vertrages vom 6. Mai 1954 (ABl. Nr. 9 der EGKS vom 11.5.1954, S. 350/54)

4. **378 S 0715:** Entscheidung Nr. 715/78/EGKS der Kommission vom 6. April 1978 über die Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung im Geltungsbereich des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (ABl. Nr. L 94 vom 8.4.1978, S. 22)

5. **384 S 0379:** Entscheidung Nr. 379/84/EGKS der Kommission vom 15. Februar 1984 zur Festlegung der Befugnisse der mit den im EGKS-Vertrag und den in Anwendung des Vertrages ergangenen Entscheidungen

vorgesehenen Nachprüfungen beauftragten Beamten und Bevollmächtigten der Kommission (ABl. Nr. L 46 vom 16.2.1984, S. 23)

Artikel 4

(1) Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen der in Artikel 53 Absatz 1 bezeichneten Art, die nach Inkrafttreten des Abkommens zustande kommen und für welche die Beteiligten Artikel 53 Absatz 3 in Anspruch nehmen wollen, sind bei der zuständigen Überwachungsbehörde gemäß Artikel 56, Protokoll 23 und den in den Artikeln 1 bis 3 dieses Protokolls genannten Bestimmungen anzumelden. Solange sie nicht angemeldet worden sind, kann keine Erklärung nach Artikel 53 Absatz 3 abgegeben werden.

2. Absatz 1 gilt nicht für Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, wenn

a) an ihnen nur Unternehmen aus einem EG-Mitgliedstaat oder aus einem EFTA-Staat beteiligt sind und die Vereinbarungen, Beschlüsse oder abgestimmten Verhaltensweisen nicht die Ein- oder Ausfuhr zwischen den Vertagsparteien betreffen;

b) an ihnen nur zwei Unternehmen beteiligt sind und die Vereinbarungen lediglich

i) eine Vertragspartei bei der Weiterveräußerung von Waren, die sie von der anderen Vertragspartei bezieht, in der Freiheit der Gestaltung von Preisen oder Geschäftsbedingungen beschränken,

ii) dem Erwerber oder Nutzer von gewerblichen Schutzrechten - insbesondere von Patenten, Gebrauchsmustern, Geschmacksmustern oder Warenzeichen - oder dem Berechtigten aus einem Vertrag zur Übertragung oder Gebrauchsüberlassung von

Herstellungsverfahren oder von zum Gebrauch und zur Anwendung von Betriebstechniken dienenden Kentnissen Beschränkungen hinsichtlich der Ausübung dieser Rechte auferlegen;

c) sie lediglich zum Gegenstand haben:

i) die Entwicklung oder einheitliche Anwendung von Normen und Typen oder

ii) die gemeinsame Forschung und Entwicklung oder

iii) die Spezialisierung bei der Herstellung von Erzeugnissen, einschließlich der zu ihrer Durchführung erforderlichen Abreden,

- wenn die Erzeugnisse, die Gegenstand der Spezialisierung sind, in einem wesentlichen Teil des Geltungsbereichs dieses Abkommens mehr als 15 % des Umsatzes mit gleichen Erzeugnissen und solchen, die für den Verbraucher aufgrund ihrer Eigenschaften, ihrer Preislage und ihres Verwendungszwecks als gleichartig anzusehen sind, nicht ausmachen, und

- wenn der gesamte jährliche Umsatz der beteiligte Unternehmen 200 Millionen ECU nicht überschreitet.

Diese Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen können gemäß Artikel 56, Protokoll 23 und den in den Artikeln 1 bis 3 dieses Protokolls genannten Bestimmungen bei der zuständigen Überwachungsbehörde angemeldet werden.

Artikel 5

(1) Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen der in Artikel 53 Absatz 1 bezeichneten Art, die bei Inkrafttreten des Abkommens bestehen und für welche die Beteiligten Artikel 53 Absatz 3 in Anspruch nehmen wollen, sind gemäß Artikel 56, Protokoll 23 und den in den Artikeln 1 bis 3 dieses Protokolls genannten Bestimmungen bei der zuständigen Überwachungsbehörde innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens anzumelden.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen der in Artikel 53 Absatz 1 des Abkommens bezeichneten Art zu den in Artikel 4 Absatz 2 dieses Protokolls genannten Gruppen gehören; sie können gemäß Artikel 56, Protokoll 23 und den in den Artikeln 1 bis 3 dieses Protokolls genannten Bestimmungen bei der zuständigen Überwachungsbehörde angemeldet werden.

Artikel 6

Die zuständige Überwachungsbehörde gibt in ihrer Entscheidung gemäß Artikel 53 Absatz 3 den Zeitpunkt an, von dem ab die Entscheidung wirksam wird. Dieser Zeitpunkt kann bei den in den Artikeln 4 Absatz 2 und 5 Absatz 2 dieses Protokolls genannten Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen oder bei denjenigen der in Artikel 5 Absatz 1 dieses Protokolls genannten Art, die innerhalb der in Artikel 5 Absatz 1 vorgesehenen Frist angemeldet worden sind, vor dem Tage der Anmeldung liegen.

Artikel 7

(1) Sind bei Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen der in Artikel 53 Absatz 1 bezeichneten Art, die bei Inkrafttreten des Abkommens bestehen und innerhalb der in Artikel 5 Absatz 1 dieses Protokolls vorgesehenen Fristen

angemeldet werden, die Voraussetzungen des Artikels 53 Absatz 3 nicht erfüllt und setzen die beteiligten Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen ihre Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen nicht fort oder ändern diese derart ab, daß sie nicht mehr unter das Verbot gemäß Artikel 53 Absatz 1 fallen oder daß sie die Voraussetzungen des Artikels 53 Absatz 3 erfüllen, so gilt das Verbot gemäß Artikel 53 Absatz 1 nur für die von der zuständigen Überwachungsbehörde festgesetzte Frist. Eine Entscheidung der zuständigen Überwachungsbehörde laut vorstehendem Satz kann denjenigen Unternehmen und Unternehmensvereinbarungen nicht entgegengehalten werden, die der Anmeldung nicht ausdrücklich zugestimmt haben.

(2) Auf Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die bei Inkrafttreten des Abkommens bestehen und zu den in Artikel 4 Absatz 2 dieses Protokolls genannten Gruppen gehören, ist Absatz 1 anwendbar, wenn sie innerhalb von sechs Monaten nach diesem Zeitpunkt angemeldet werden.

Artikel 8

Die vor Inkrafttreten dieses Abkommens bei der EG-Kommission eingereichten Anträge und Anmeldungen gelten als ordnungsgemäß im Sinne der Vorschriften für Anträge und Anmeldungen im Rahmen des Abkommens.

Die gemäß Artikel 56 des Abkommens und Artikel 10 des Protokolls 23 zuständige Überwachungsbehörde kann verlangen, daß bei ihr binnen einer von ihr festgesetzten Frist ein gemäß den Vorschriften zur Durchführung des Abkommmens ordnungsgemäß ausgefülltes Formblatt eingereicht wird. In diesem Fall gelten der Antrag und die Anmeldung nur dann als ordnungsgemäß, wenn die Formblätter innerhalb der festgesetzten Frist nach Maßgabe der Bestimmungen des Abkommens eingereicht werden.

Artikel 9

Geldbußen bei Verstößen gegen Artikel 53 Absatz 1 dürfen nicht für Handlungen festgelegt werden, die vor der Anmeldung im Rahmen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen begangen werden, die unter die Artikel 5 und 6 dieses Protokolls fallen und die innerhalb der in diesen Absätzen vorgesehenen Fristen angemeldet worden sind.

Artikel 10

Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß Maßnahmen zur Gewährung der erforderlichen Unterstützung für die Beamten der EFTA-Überwachungsbehörde und der EG-Kommission innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens getroffen werden, damit diese ihre in dem Abkommen vorgesehenen Nachprüfungen durchführen können.

Artikel 11

Auf Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die bei Inkrafttreten des Abkommens bestehen und zu den in Artikel 53 Absatz 1 genannten Gruppen gehören, ist das Verbot gemäß Artikel 53 Absatz 1 nicht anwendbar, wenn die Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens derart abgeändert werden, daß sie die in Anhang XIV vorgesehenen Voraussetzungen für Gruppenfreistellungen erfüllen.

Artikel 12

Auf Vereinbarungen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die bei Inkrafttreten dieses Abkommens bestehen und zu den in Artikel 53 Absatz 1 genannten Gruppen gehören, ist das Verbot gemäß Artikel 53 Absatz 1 nach Inkrafttreten dieses Abkommens nicht anwendbar, wenn die Vereinbarungen, Beschlüsse und Verhaltensweisen innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens derart abgeändert werden, daß sie nicht mehr unter das Verbot gemäß Artikel 53 Absatz 1 fallen.

Artikel 13

Vereinbarungen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, für die nach Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor dem Inkrafttreten des Abkommens Einzelfreistellungen gewährt wurden, bleiben bis zum Ablauf der in den entsprechenden Entscheidungen genannten Freistellungsfristen oder bis zu einer abweichenden Entscheidung der EG-Kommission von den Bestimmungen dieses Abkommens freigestellt. Ausschlaggebend ist das jeweils frühere Datum.

PROTOKOLL 22
ÜBER DIE DEFINITION DER BEGRIFFE "UNTERNEHMEN" UND "UMSATZ" (ARTIKEL 56)

Artikel 1

Zum Zwecke der Zuweisung der Einzelfälle gemäß Artikel 56 des Abkommens gilt als "Unternehmen" jedes Rechtssubjekt, das eine kommerzielle oder wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.

Artikel 2

"Umsatz" im Sinne des Artikels 56 des Abkommens umfaßt die Umsätze, welche die beteiligten Unternehmen in dem unter dieses Abkommen fallenden Gebiet im letzten Geschäftsjahr mit Waren und Dienstleistungen erzielt haben und die dem normalen Tätigkeitsbereich der Unternehmen zuzuordnen sind, unter Abzug von Erlösschmälerungen, der Mehrwertsteuer und anderer unmittelbar auf den Umsatz bezogener Steuern.

Artikel 3

An die Stelle des Umsatzes tritt:

a) bei Kredit- und sonstigen Finanzinstituten die Bilanzsumme, die mit dem Verhältnis zwischen den Forderungen aufgrund von Geschäften mit in dem unter dieses Abkommen fallenden Gebiet ansässigen Kreditinstituten und Kunden und dem Gesamtbetrag der Forderungen gegenüber Kreditinstituten und Kunden multipliziert wird;

b) bei Versicherungsunternehmen die Summe der Bruttoprämien, die von in dem unter dieses Abkommen fallenden Gebiet ansässigen Personen vereinnahmt wurden; diese Summe umfaßt alle vereinnahmten sowie alle noch zu vereinnahmenden Prämien aufgrund von Versicherungsverträgen, die von diesen Unternehmen oder für ihre Rechnung abgeschlossen worden sind, einschließlich etwaiger Rückversicherungsprämien und abzüglich der aufgrund des Betrages der Prämie oder des gesamten Prämienvolumens berechneten Steuern und sonstigen Abgaben.

Artikel 4

(1) Abweichend von der in Artikel 2 dieses Protokolls festgelegten Definition des für die Anwendung von Artikel 56 des Abkommens ausschlaggebenden Umsatzes besteht der ausschlaggebende Umsatz:

a) bei Vereinbarungen, Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Vertriebs- und Liefervereinbarungen zwischen nichtkonkurrierenden Unternehmen aus den Beträgen, die mit Waren und Dienstleistungen, die Gegenstand der Vereinbarungen, Beschlüsse oder abgestimmten Verhaltensweisen sind, und den sonstigen Waren oder Dienstleistungen erzielt werden, die vom Verbraucher aufgrund ihrer Eigenschaften, ihrer Preise und ihres Verwendungszwecks als gleichwertig angesehen werden;

b) bei Vereinbarungen, Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Technologietransfervereinbarungen zwischen nichtkonkurrierenden Unternehmen aus den Beträgen, die mit Waren und Dienstleistungen, die sich aus der Technologie ergeben, die Gegenstand der Vereinbarungen, Beschlüsse oder aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen ist, und aus

den Beträgen, die mit Waren und Dienstleistungen erzielt werden, die diese Technologie verbessern oder ersetzen soll.

(2) Ist jedoch zur Zeit des Entstehens der in Absatz 1 Buchstaben a und b beschriebenen Vereinbarungen ein Umsatz mit Waren und Dienstleistungen nicht nachweisbar, gilt Artikel 2.

Artikel 5

(1) Betreffen Einzelfälle Erzeugnisse, die in den Anwendungsbereich des Protokolls 25 fallen, so ist für die Zuweisung dieser Fälle der Umsatz ausschlaggebend, der mit diesen Erzeugnissen erzielt wurde.

(2) Betreffen Einzelfälle Erzeugnisse, die in den Anwendungsbereich des Protokolls 25 fallen, sowie Erzeugnisse oder Dienstleistungen, die in den Anwendungsbereich der Artikel 53 und 54 des Abkommens fallen, so wird der ausschlaggebende Umsatz unter Berücksichtigung aller Erzeugnisse und Dienstleistungen nach Maßgabe von Artikel 2 bestimmt.

PROTOKOLL 23

ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN ÜBERWACHUNGSORGANEN (ARTIKEL 58)

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Artikel 1

Auf Ersuchen eines der Überwachungsorgane tauschen die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission Informationen aus und beraten über allgemeine Fragen.

Die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission arbeiten nach Maßgabe ihrer Geschäftsordnungen unter Beachtung des Artikels 56 des Abkommens, des Protokolls 22 sowie der Entscheidungsautonomie beider Seiten bei der Behandlung von unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 fallenden Einzelfällen gemäß den nachstehenden Vorschriften zusammen.

Für die Zwecke dieses Protokolls ist das "Gebiet eines Überwachungsorgans" für die EG-Kommission das Hoheitsgebiet der EG-Mitgliedstaaten, auf das der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nach Maßgabe jener Verträge angewendet wird; für die EFTA-Überwachungsbehörde sind darunter die unter das Abkommen fallenden Hoheitsgebiete der EFTA-Staaten zu verstehen.

EINLEITUNG DER VERFAHREN

Artikel 2

In den unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Abkommens fallenden Fällen übermitteln die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission einander unverzüglich Anmeldungen und Beschwerden, soweit nicht erkennbar ist, daß diese an beide Überwachungsorgane gerichtet wurden. Sie unterrichten sich ebenfalls gegenseitig, wenn Verfahren von Amts wegen eingeleitet werden.

Das Überwachungsorgan, das die in Absatz 1 genannten Informationen erhalten hat, kann hierzu innerhalb von 40 Arbeitstagen nach ihrem Eingang Stellung nehmen.

Artikel 3

Das zuständige Überwachungsorgan konsultiert in den unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Abkommens fallenden Fällen das andere Überwachungsorgan,

- wenn es seine Absicht zur Erteilung eines Negativattests bekanntgibt
- wenn es seine Absicht, eine Entscheidung in Anwendung von Artikel 53 Absatz 3 des Abkommens zu treffen, bekanntgibt
- oder wenn es seine Mitteilung der Beschwerdepunkte an die betreffenden Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen sendet.

Das andere Überwachungsorgan kann innerhalb der in der Bekanntgabe oder der Mitteilung der Beschwerdepunkte genannten Frist hierzu Stellung nehmen.

Von den beteiligten Unternehmen oder Dritten erhaltene Stellungnahmen sind dem anderen Überwachungsorgan zu übermitteln.

Artikel 4

In den unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Abkommens fallenden Fällen übermittelt das zuständige Überwachungsorgan dem anderen Überwachungsorgan die Verwaltungsschreiben, mit denen eine Akte geschlossen oder eine Beschwerde zurückgewiesen wird.

Artikel 5

In den unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Abkommens fallenden Fällen lädt das zuständige Überwachungsorgan das andere Überwachungsorgan ein, an den Anhörungen der beteiligten Unternehmen teilzunehmen. Diese Einladung ist auch an die Staaten des Zuständigkeitsbereichs des anderen Überwachungsorgans zu richten.

BERATENDE AUSSCHÜSSE

Artikel 6

In den unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Abkommens fallenden Fällen teilt das zuständige Überwachungsorgan dem anderen Überwachungsorgan rechtzeitig den Sitzungstermin des Beratenden Ausschusses mit und übermittelt alle sachdienlichen Unterlagen.

Alle zu diesem Zweck vom anderen Überwachungsorgan übermittelten Unterlagen sind dem Beratenden Ausschuß des für die Entscheidung eines Falles gemäß Artikel 56 des

Abkommens zuständigen Überwachungsorgans zusammen mit den von diesem Überwachungsorgan zusammengestellten Unterlagen vorzulegen.

Jedes Überwachungsorgan sowie die Staaten seines Zuständigkeitsbereichs haben das Recht, sich an den Beratenden Ausschüssen des anderen Überwachungsorgans zu beteiligen und dort Stellung zu nehmen; sie haben jedoch kein Stimmrecht.

ERSUCHEN UM ÜBERMITTLUNG VON UNTERLAGEN UND RECHT, BEMERKUNGEN ZU MACHEN

Artikel 7

In den unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Abkommens fallenden Fällen kann das Überwachungsorgan, das nach Artikel 56 nicht für die Entscheidung eines Falles zuständig ist, in allen Stadien des Verfahrens Abschriften der wichtigsten Unterlagen verlangen, die zur Feststellung von Verstößen gegen Artikel 53 und 54 des Abkommens oder zur Erteilung eines Negativattests oder einer Freistellung bei dem zuständigen Überwachungsorgan eingereicht wurden, und darüber hinaus vor einer endgültigen Entscheidung alle ihr sachdienlich erscheinenden Bemerkungen machen.

AMTSHILFE

Artikel 8

(1) Richtet das gemäß Artikel 56 des Abkommens zuständige Überwachungsorgan ein Auskunftsverlangen an ein Unternehmen oder an eine Unternehmensvereinigung mit Sitz im

Gebiet des anderen Überwachungsorgans, so übermittelt sie dem anderen Überwachungsorgan gleichzeitig eine Abschrift dieses Verlangens.

(2) Wird eine von Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen verlangte Auskunft innerhalb einer von dem zuständigen Überwachungsorgan festgesetzten Frist nicht oder nicht vollständig erteilt, so fordert das zuständige Überwachungsorgan die Auskunft durch Entscheidung an. Bei Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen mit Sitz im Gebiet des anderen Überwachungsorgans übermittelt das zuständige Überwachungsorgan dem anderen Überrwachungsorgan eine Abschrift dieser Entscheidung.

(3) Auf Ersuchen des gemäß Artikel 56 des Abkommens zuständigen Überwachungsorgans nimmt das andere Überwachungsorgan nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung in seinem Gebiet Nachprüfungen vor, sofern das ersuchende Überwachungsorgan dies für angezeigt hält.

(4) Das zuständige Überwachungsorgan ist zur aktiven Teilnahme an Nachprüfungen berechtigt, die von dem anderen Überwachungsorgan gemäß Absatz 3 vorgenommen werden.

(5) Alle Informationen, die bei diesen auf ein Ersuchen hin vorgenommenen Nachprüfungen erlangt werden, sind dem Überwachungsorgan, das die Nachprüfungen verlangt hat, unverzüglich nach deren Abschluß zu übermitteln.

(6) Führt das zuständige Überwachungsorgan in Fällen, die unter Artikel 56 Absatz 1 Buchstaben b und c, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Abkommens fallen, Nachprüfungen

im eigenen Gebiet durch, teilt sie dem anderen Überwachungsorgan mit, daß Nachprüfungen stattgefunden haben, und übermittelt ihm auf Antrag die Nachprüfungsergebnisse.

Artikel 9

(1) Die in Anwendung dieses Protokolls erlangten Kenntnisse dürfen nur zu dem mit den Verfahren nach den Artikeln 53 und 54 des Abkommens verfolgten Zweck verwertet werden.

(2) Die EG-Kommission, die EFTA-Überwachungbehörde, die zuständigen Behörden der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten sowie ihre Beamten und sonstigen Bediensteten sind verpflichtet, Kenntnisse nicht preiszugeben, die sie in Anwendung dieses Protokolls erlangt haben und die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen.

(3) Die im Abkommen oder im Recht der Vertragsparteien enthaltenen Vorschriften über das Berufsgeheimnis und die eingeschränkte Verwendung von Informationen dürfen den in diesem Protokoll vorgesehenen Informationsaustausch nicht verhindern.

Artikel 10

(1) Die Unternehmen haben Anmeldungen von Vereinbarungen an das gemäß Artikel 56 des Abkommens zuständige Überwachungsorgan zu richten. Beschwerden können an beide Überwachungsorgane gerichtet werden.

(2) Anmeldungen oder Beschwerden, die an das Überwachungsorgan gerichtet werden, das gemäß Artikel 56 des Abkommens nicht für die Entscheidung eines bestimmten Falls zuständig ist, sind unverzüglich dem zuständigen Überwachungsorgan zu überweisen.

(3) Stellt sich bei der Vorbereitung oder Einleitung von Verfahren von Amts wegen heraus, daß gemäß Artikel 56 des Abkommens das andere Überwachungsorgan für die

Entscheidung eines Falls zuständig ist, wird dieser Fall dem zuständigen Überwachungsorgan überwiesen.

(4) Sobald ein Fall gemäß den Absätzen 2 und 3 dem anderen Überwachungsorgan überwiesen wurde, ist eine Rücküberweisung des Falles ausgeschlossen. Nach Bekanntgabe der Absicht, ein Negativattest zu erteilen oder eine Entscheidung gemäß Artikel 53 Absatz 3 des Abkommens zu erlassen, nach Übersendung der Mitteilung der Beschwerdepunkte an die beteiligten Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen oder nach Übermittlung eines Schreibens an den Beschwerdeführer, daß keine ausreichenden Gründe für eine weitere Bearbeitung der Beschwerde vorliegen, darf ein Fall nicht überwiesen werden.

Artikel 11

Der Antrag oder die Anmeldung ist zum Zeitpunkt des Eingangs bei der EG-Kommission oder bei der EFTA-Überwachungsbehörde bewirkt, unabhängig davon, welches Organ für die Entscheidung des Falles gemäß Artikel 56 des Abkommens zuständig ist. Jedoch gilt im Falle der Aufgabe zur Post als eingeschriebener Brief das Datum des Poststempels des Aufgabeorts als Zeitpunkt des Eingangs.

SPRACHEN

Artikel 12

Der Schriftwechsel zwischen Unternehmen und der EFTA-Überwachungsbehörde sowie der EG-Kommission im Zusammenhang mit Anträgen, Anmeldungen und Beschwerden erfolgt in der von den Unternehmen bestimmten Amtssprache der EFTA-Länder oder der Europäischen

Gemeinschaften. Dasselbe gilt für alle Verfahrensarten, unabhängig davon, ob das Verfahren im Hinblick auf Anträge, Anmeldungen oder Beschwerden oder von Amts wegen von dem zuständigen Überwachungsorgan eingeleitet wird.

PROTOKOLL 24

ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER KONTROLLE VON UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSEN

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Artikel 1

(1) Zwischen der EFTA-Überwachungsbehörde und der EG-Kommission findet ein Informationsaustausch und eine Konsultation über allgemeine politische Fragen statt, falls eine der beiden Überwachungsbehörden darum ersucht.

(2) In den von Artikel 57 Absatz 2 Buchstabe a erfaßten Fällen arbeiten die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde bei der Behandlung von Zusammenschlüssen gemäß den nachstehend genannten Bestimmungen zusammen.

(3) Für die Zwecke dieses Protokolls ist das "Gebiet eines Überwachungsorgans" für die EG-Kommission das Hoheitsgebiet der EG-Mitgliedstaaten, auf das der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nach Maßgabe jener Verträge angewendet wird; für die EFTA-Überwachungsbehörde sind darunter die unter das Abkommen fallenden Hoheitsgebiete der EFTA-Staaten zu verstehen.

Artikel 2

(1) Zusammenarbeit findet im Einklang mit den in diesem Protokoll niedergelegten Bestimmungen statt,

a) wenn der gemeinsame Umsatz der beteiligten Unternehmen im Gebiet der EFTA-Staaten 25 % oder mehr ihres Gesamtumsatzes in dem unter dieses Abkommen fallenden Gebiet ausmacht, oder

b) wenn mindestens zwei beteiligte Unternehmen einen Umsatz von mehr als 250 Millionen ECU im Gebiet der EFTA-Staaten erzielen, oder

c) wenn Zusammenschlüsse eine beherrschende Stellung begründen oder verstärken könnten und dadurch der wirksame Wettbewerb in den Gebieten der EFTA-Staaten oder in einem wesentlichen Teil derselbigen erheblich behindert würde.

(2) Zusammenarbeit findet auch statt,

a) wenn der Zusammenschluß eine beherrschende Stellung zu begründen oder zu verstärken droht, durch die wirksamer Wettbewerb auf einem Markt in einem EFTA-Staat, der alle Merkmale eines gesonderten Marktes aufweist, erheblich behindert würde, unabhängig davon, ob dieser einen wesentlichen Teil des unter dieses Abkommen fallenden Gebietes ausmacht oder nicht, oder

b) wenn ein EFTA-Staat wünscht, gemäß Artikel 7 dieses Protokolls Maßnahmen zum Schutz berechtigter Interessen zu treffen.

ERSTE PHASE DER VERFAHREN

Artikel 3

(1) Die EG-Kommission übermittelt der EFTA-Überwachungsbehörde binnen dreier Arbeitstage eine Kopie der Anmeldungen der in Artikel 2 Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe a genannten Fälle und so bald wie möglich Kopien der wichtigsten Schriftstücke, die bei ihr

eingereicht bzw. von ihr erstellt werden.

(2) Die EG-Kommission führt die für die Durchführung des Artikels 57 des Abkommens vorgesehenen Verfahren in enger und stetiger Verbindung mit der EFTA-Überwachungsbehörde durch. Die EFTA-Überwachungsbehörde und die EFTA-Staaten sind berechtigt, zu diesen Verfahren Stellung zu nehmen. Im Hinblick auf die Anwendung des Artikels 6 dieses Protokolls nimmt die EG-Kommission die Mitteilungen der zuständigen Behörde des betreffenden EFTA-Staates entgegen; sie gibt dieser Behörde Gelegenheit, sich in allen Abschnitten des Verfahrens bis zum Erlaß einer Entscheidung nach diesem Artikel zu äußern. Zu diesem Zwecke gewährt sie ihr Akteneinsicht.

ANHÖRUNGEN

Artikel 4

In den in Artikel 2 Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe a genannten Fällen fordert die EG-Kommission die EFTA-Überwachungsbehörde auf, bei den Anhörungen der betreffenden Unternehmen vertreten zu sein. Die EFTA-Staaten können ebenfalls bei diesen Anhörungen vertreten sein.

DER BERATENDE EG-AUSSCHUSS FÜR DIE KONTROLLE VON UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSEN

Artikel 5

(1) In den in Artikel 2 Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe a genannten Fällen teilt die EG-Kommission der EFTA-Überwachungsbehörde rechtzeitig den Zeitpunkt der Sitzung des Beratenden EG-Ausschusses für die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen mit und übermittelt die einschlägigen Unterlagen.

(2) Alle von der EFTA-Überwachungsbehörde zu diesem Zwecke beigebrachten Unterlagen, einschließlich Unterlagen von EFTA-Staaten, werden dem Beratenden EG-Ausschuß für die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen zusammen mit weiteren einschlägigen Unterlagen der EG-Kommission vorgelegt.

(3) Die EFTA-Überwachungsbehörde und die EFTA-Staaten sind berechtigt, in dem Beratenden EG-Ausschuß für die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen anwesend zu sein und Stellung zu beziehen; sie haben jedoch kein Stimmrecht.

RECHTE DER EINZELNEN STAATEN

Artikel 6

(1) Die EG-Kommission kann einen angemeldeten Zusammenschluß durch eine Entscheidung, die sie den beteiligten Unternehmen, den zuständigen Behörden der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Überwachungsbehörde unverzüglich mitteilt, an einen EFTA-Staat verweisen, in welchem ein Zusammenschluß eine beherrschende Stellung zu begründen oder zu verstärken droht, durch die wirksamer Wettbewerb auf einem Markt in diesem Staat, der alle Merkmale eines gesonderten Marktes aufweist, erheblich behindert würde, unabhängig davon, ob dieser einen wesentlichen Teil des unter dieses Abkommen fallenden Gebietes ausmacht oder nicht.

(2) In den in Absatz 1 genannten Fällen kann jeder EFTA-Staat zwecks Anwendung seiner innerstaatlichen Wettbewerbsvorschriften beim Europäischen Gerichtshof aus denselben Gründen und unter denselben Voraussetzungen Klage erheben, wie dies ein EG-Mitgliedstaat gemäß Artikel 173 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft tun kann, und insbesondere den Erlaß einstweiliger Anordnungen beantragen.

geeignet, den Handel zwischen den Vertragsparteien zu beeinträchtigen, so richtet es an diese Unternehmen alle geeigneten Empfehlungen, um zu verhindern, daß sie ihre Stellung für diese Zwecke ausnutzen.

Artikel 3

Unter dem Begriff "Unternehmen" sind, was Artikel 1 und 2 dieses Protokolls sowie die zu ihrer Anwendung erforderlichen Auskünfte und die ihretwegen erhobenen Klagen anbelangt, diejenigen Unternehmen zu verstehen, die im räumlichen Geltungsbereich des Abkommens eine Produktionstätigkeit auf dem Gebiet von Kohle und Stahl ausüben, sowie diejenigen Unternehmen oder Organisationen, die gewerbsmäßig eine Vertriebstätigkeit ausüben, mit Ausnahme des Verkaufs an Haushalte oder an Kleingewerbetreibende.

Artikel 4

Anhang XIV des Abkommens enthält besondere Bestimmungen zur Durchführung der in den Artikeln 1 und 2 niedergelegten Grundsätze.

Artikel 5

Die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission achten auf die Verwirklichung der in den Artikeln 1 und 2 dieses Protokolls niedergelegten Grundsätze nach Maßgabe der Bestimmungen des Protokolls 21 und des Anhangs XIV des Abkommens zur Durchführung der Artikel 1 und 2.

Artikel 6

Einzelfälle der in den Artikeln 1 und 2 dieses Protokolls genannten Art werden von der EG-Kommission oder die EFTA-Überwachungsbehörde gemäß Artikel 56 des Abkommens entschieden.

Artikel 7

Die zuständigen Organe arbeiten nach Maßgabe des Protokolls 23 zusammen, um im Europäischen Wirtschaftsraum eine einheitliche Überwachung für den Wettbewerbsbereich zu entwickeln und zu gewährleisten und eine einheitliche Durchführung, Anwendung und Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Abkommens zu fördern.

PROTOKOLL 26

ÜBER DIE BEFUGNISSE UND AUFGABEN DER EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE IM BEREICH DER STAATLICHEN BEIHILFEN

Eine Vereinbarung zwischen den EFTA-Staaten überträgt der EFTA-Überwachungsbehörde gleichwertige Befugnisse und ähnliche Aufgaben wie sie die EG-Kommission zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens zur Anwendung der Wettbewerbsregeln betreffend staatliche Beihilfen gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft innehat; damit soll die EFTA-Überwachungsbehörde in die Lage versetzt werden, die in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e und in den Artikeln 49 und 61 bis 64 des Abkommens niedergelegten Grundsätze zu verwirklichen. Die EFTA-Überwachungsbehörde erhält dieselben Befugnisse zur Anwendung der für staatliche Beihilfen geltenden Wettbewerbsregeln bei den unter den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnissen nach Maßgabe von Protokoll 14.

PROTOKOLL 27

ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER STAATLICHEN BEIHILFEN

Um eine einheitliche Durchführung, Anwendung und Auslegung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Gebiet der Vertragsparteien und ihre harmonische Entwicklung zu gewährleisten, befolgen die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde folgende Regeln:

a) Ein Informations- und Meinungsaustausch über allgemeinpolitische Fragen wie Durchführung, Anwendung und Auslegung der in dem Abkommen niedergelegten Vorschriften über staatliche Beihilfen findet regelmäßig oder auf Ersuchen eines Überwachungsorgans statt.

b) Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde erstellen regelmäßig Berichte über staatliche Beihilfen in ihren jeweiligen Staaten. Diese Berichte werden der jeweils anderen Überwachungsbehörde zur Verfügung gestellt.

c) Falls das in Artikel 93 Absatz 2 Unterabsätze 1 und 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft genannte Verfahren oder das entsprechende in einer Vereinbarung zwischen den EFTA-Staaten zur Einrichtung der EFTA-Überwachungsbehörde dargelegte Verfahren für staatliche Beihilfeprogramme und Beihilfefälle eingeleitet wird, benachrichtigt die EG-Kommission bzw. die EFTA-Überwachungsbehörde die andere Überwachungsbehörde und die betroffenen Parteien, damit diese sich äußern können.

d) Sobald eine Entscheidung getroffen wird, wird sie der anderen Überwachungsbehörde mitgeteilt.

e) Die Einleitung des unter Buchstabe c genannten Verfahrens sowie die unter Buchstabe d genannten Entscheidungen werden von der jeweils zuständigen Überwachungsbehörde veröffentlicht.

f) Ungeachtet der Vorschriften dieses Protokolls stellen die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde auf Ersuchen der anderen Überwachungsbehörde von Fall zu Fall Informationen über einzelne staatliche Beihilfeprogramme und Beihilfefälle zur Verfügung und führen einen Meinungsaustausch darüber durch.

g) Die gemäß Buchstabe f erhaltenen Informationen werden vertraulich behandelt.

PROTOKOLL 28

ÜBER GEISTIGES EIGENTUM

Artikel 1

Gegenstand des Schutzes

(1) In diesem Protokoll umfaßt der Begriff "geistiges Eigentum" auch den Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gemäß Artikel 13 des Abkommens.

(2) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Protokolls und des Anhangs XVII passen die Vertragsparteien nach Inkrafttreten des Abkommens ihre Rechtsvorschriften über den Schutz des geistigen Eigentums in der Weise an, daß diese den Grundsätzen des freien Waren- und Dienstleistungsverkehrs und dem im Gemeinschaftsrecht auf dem Gebiet der Rechte des geistigen Eigentums erreichten Schutzniveau, einschließlich des Grads der Durchsetzbarkeit dieser Rechte, entsprechen.

(3) Nach Maßgabe der Verfahrensvorschriften des Abkommens und unbeschadet der Bestimmungen dieses Protokolls und des Anhangs XVII passen die EFTA-Staaten auf Ersuchen und nach Konsultierung der Vertragsparteien ihre Rechtsvorschriften über den Schutz des geistigen Eigentums in der Weise an, daß diese mindestens dem Schutzniveau entsprechen, das nach Unterzeichnung des Abkommens in der Gemeinschaft gilt.

Artikel 2

Erschöpfung der Rechte

(1) Soweit die Erschöpfung der Rechte in Maßnahmen oder in der Rechtsprechung der Gemeinschaft geregelt ist, sehen die Vertragsparteien die Erschöpfung der Rechte des geistigen Eigentums nach Maßgabe des Gemeinschaftsrechts vor. Diese Bestimmung ist unbeschadet der künftigen Entwicklung der Rechtsprechung in Übereinstimmung mit den vor der Unterzeichnung des Abkommens ergangenen einschlägigen Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften auszulegen.

(2) Für Patentrechte gilt diese Bestimmung spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 3

Gemeinschaftspatente

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um binnen drei Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung 89/695/EWG über Gemeinschaftspatente die Verhandlungen über die Beteiligung der EFTA-Staaten an dieser Vereinbarung zum Abschluß zu bringen. Die Beteiligung Islands erfolgt frühestens am 1. Januar 1998.

(2) Die besonderen Bedingungen für die Beteiligung der EFTA-Staaten an der Vereinbarung 89/695/EWG über Gemeinschaftspatente bilden Gegenstand künftiger Verhandlungen.

(3) Die Gemeinschaft verpflichtet sich, nach Inkrafttreten der Vereinbarung über Gemeinschaftspatente alle EFTA-Staaten, die dies wünschen, gemäß Artikel 8 der Vereinbarung über Gemeinschaftspatente einzuladen, in Verhandlungen einzutreten, sofern die Bestimmungen der Absätze 4 und 5 erfüllt sind.

(4) Die EFTA-Staaten übernehmen die materiellen Bestimmungen des Europäischen Patentübereinkommens vom 5. Oktober 1973 in ihre Rechtsvorschriften.

(5) Hinsichtlich der Patentierbarkeit von Arzneimitteln und Lebensmitteln hat Finnland den Bestimmungen des Absatzes 4 bis zum 1. Januar 1995 nachzukommen. Hinsichtlich der Patentierbarkeit von Arzneimitteln hat Island den Bestimmungen des Absatzes 4 bis zum 1. Januar 1997 nachzukommen. Vor Ablauf der jeweiligen Frist richtet die Gemeinschaft weder an Finnland noch an Island eine Einladung gemäß Absatz 3.

(6) Unbeschadet des Artikels 2 kann sich der Inhaber oder Berechtigte eines Patents, das für ein in Absatz 5 genanntes Erzeugnis in einem Vertragsstaat zu einem Zeitpunkt angemeldet wurde, zu dem weder in Finnland noch in Island ein Erzeugnispatent für das Erzeugnis erlangt werden konnte, auf die Rechte aus dem Patent berufen, um die Einfuhr und das Inverkehrbringen des Erzeugnisses in den Vertragsstaaten, in denen das Erzeugnis patentrechtlich geschützt ist, zu verhindern, selbst wenn das Erzeugnis in Finnland oder Island zuerst vom Patentinhaber oder mit seiner Zustimmung in Verkehr gebracht worden ist.

Dieses Recht kann für die in Absatz 5 genannten Erzeugnisse bis zum Ende des zweiten Jahres, nachdem Finnland oder Island die Patentierbarkeit dieser Erzeugnisse eingeführt hat, geltend gemacht werden.

Artikel 4

Halbleitererzeugnisse

(1) Die Vertragsparteien sind berechtigt, die Ausdehnung des Rechtsschutzes von Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen zu beschließen, die keinen Rechtsschutz nach Maßgabe des Abkommens genießen und aus Drittländern oder Gebieten stammen, die nicht Vertragspartei sind. Sie können hierzu auch Abkommen schließen.

(2) Dehnt eine Vertragspartei den Rechtsschutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Nichtvertragsparteien aus, so unternimmt die betreffende Vertragspartei alles in ihrer Kraft Stehende, damit die Nichtvertragspartei den anderen Vertragsparteien des Abkommens zu den gleichen Bedingungen Rechtsschutz gewährt.

(3) Die Ausdehnung der Rechte durch parallele oder gleichwertige Abkommen, Vereinbarungen oder gleichwertige Beschlüsse zwischen einer der Vertragsparteien und einem Drittland wird von allen Vertragsparteien anerkannt und beachtet.

(4) Auf die Absätze 1 bis 3 finden die im Abkommen niedergelegten allgemeinen Regeln über die gegenseitige Unterrichtung, Konsultierung und Streitschlichtung Anwendung.

(5) Für den Fall, daß zwischen einer Vertragspartei und einem Drittland abweichende Beziehungen begründet werden, sind gemäß Absatz 4 unverzüglich Konsultationen über die Auswirkungen einer solchen Abweichung auf das Fortbestehen des freien Warenverkehrs im Sinne des vorliegenden Abkommens einzuleiten. Werden solche Abkommen, Vereinbarungen oder Beschlüsse trotz anhaltender Meinungsverschiedenheiten zwischen der Gemeinschaft und der betreffenden anderen Vertragspartei angenommen, so findet Teil VII des Abkommens Anwendung.

Artikel 5

Internationale Übereinkommen

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, vor dem 1. Januar 1995 folgenden multilateralen Übereinkommen auf dem Gebiet des gewerblichen, geistigen und kommerziellen Eigentums beizutreten:

a) Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (Stockholmer Fassung von 1967);
b) Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst (Pariser Fassung von 1971);
c) Internationales Abkommen zum Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendeunternehmen (Rom 1961);
d) Protokoll zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (Madrid 1989);
e) Abkommen von Nizza über die internationale Klassifikation von Waren und Dienstleistungen für die Eintragung von Marken (Genf 1977, geänderte Fassung 1979);
f) Budapester Vertrag über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren (1980);
g) Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (1984).

(2) Der in Absatz 1 genannte Termin für den Beitritt Finnlands, Norwegens und Irlands zu dem Protokoll zum Madrider Markenabkommen wird auf den 1. Januar 1996, für Island hingegen auf den 1. Januar 1997 verlegt.

(3) Nach Inkrafttreten dieses Protokolls übernehmen die Vertragsparteien die materiellen Bestimmungen der in Absatz 1 Buchstaben a bis c aufgeführten Übereinkommen in ihr innerstaatliches Recht. Irland setzt die materiellrechtlichen Bestimmungen der Berner Übereinkunft bis zum 1. Januar 1995 in innerstaatliches Recht um.

Artikel 6

Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens

Die Vertragsparteien kommen überein, die durch das Abkommen begründete Regelung über das geistige Eigentum unbeschadet der Zuständigkeiten der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet im Hinblick auf die Verhandlungsergebnisse der Uruguay-Runde zu verbessern.

Artikel 7

Gegenseitige Unterrichtung und Konsultierung

Die Vertragsparteien verpflichten sich, sich gegenseitig über die Arbeiten im Rahmen internationaler Organisationen und Übereinkommen, die das geistige Eigentum betreffen, auf dem laufenden zu halten.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, auf Ersuchen in Bereichen, für die eine Gemeinschaftsregelung gilt, im obengenannten Rahmen und Kontext vorherige Konsultationen durchzuführen.

Artikel 8

Übergangsbestimmungen

Die Vertragsparteien kommen überein, in Verhandlungen einzutreten, um interessierten EFTA-Staaten die volle Beteiligung an künftigen gemeinschaftsrechtlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums zu ermöglichen.

Werden solche Maßnahmen vor Inkrafttreten des Abkommens erlassen, so sind die Verhandlungen über die Beteiligung an diesen Maßnahmen zum frühestmöglichen Zeitpunkt aufzunehmen.

Artikel 9

Zuständigkeiten

Die Zuständigkeiten der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des geistigen Eigentums bleiben von den Bestimmungen dieses Protokolls unberührt.

PROTOKOLL 29

ÜBER DIE BERUFLICHE BILDUNG

Zur Förderung der Mobilität junger Menschen innerhalb des EWR kommen die Vertragsparteien überein, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen Bildung zu verstärken und sich um eine Verbesserung der Bedingungen für Studenten zu bemühen, die in einem anderen als ihrem eigenen EWR-Staat studieren wollen. In diesem Zusammenhang kommen sie überein, daß die Bestimmungen des Abkommens betreffend das Aufenthaltsrecht für Studenten die vor Inkrafttreten des Abkommens bestehenden Möglichkeiten einzelner Vertragsparteien in bezug auf die von ausländischen Studenten erhobenen Studiengebühren nicht berühren.

* * * * * * * * *

PROTOKOLL 30

MIT BESONDEREN BESTIMMUNGEN FÜR DIE GESTALTUNG DER ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER STATISTIK

(1) Es wird eine Konferenz von Vertretern der nationalen statistischen Einrichtungen der Vertragsparteien, des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (EUROSTAT) und des Office of the Statistical Adviser der EFTA-Staaten (OSA-EFTA) eingesetzt. Die Konferenz leitet die statistische Zusammenarbeit, entwickelt Programme und Verfahren für die statistische Zusammenarbeit, die eng mit denen der Gemeinschaft abgestimmt sind, und überwacht ihre Durchführung.

(2) Mit dem Inkrafttreten des Abkommens nehmen die EFTA-Staaten an allen Arbeiten im Rahmen von Plänen für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information [1] teil.

Gemäß Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens und den entsprechenden Finanzvorschriften leisten die EFTA-Staaten einen Finanzbeitrag zu diesen Maßnahmen.

Die EFTA-Staaten nehmen uneingeschränkt an allen EG-Ausschüssen teil, die die EG-Kommission bei der Verwaltung und Entwicklung solcher Maßnahmen unterstützen, bei denen es um Bereiche geht, die Gegenstand des Abkommens sind.

(3) Statistische Informationen aus den EFTA-Staaten über Bereiche, die Gegenstand des Abkommens sind, werden von OSA-EFTA koordiniert und über dieses Amt an EUROSTAT weitergeleitet. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten erfolgt bei EUROSTAT.

(4) EUROSTAT und OSA-EFTA stellen sicher, daß die EWR-Statistiken unter den verschiedenen Benutzern und in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

---

(1) D.h. künftige Pläne in der Art des Plans, der mit 389 Y 0 628(01) - Entschließung des Rates vom 19. Juni 1989 über die Durchführung eines Plans für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information: Statistisches Programm der Europäischen Gemeinschaften 1989-1992 (ABl. Nr. C 161 vom 28.6.1989, S. 1) aufgestellt wurde.

(5) Die EFTA-Staaten übernehmen die EUROSTAT entstehenden zusätzlichen Kosten der Speicherung, Verarbeitung und Verbreitung der Daten aus ihren Ländern nach den Bestimmungen des Abkommens. Die betreffenden Beträge werden vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß regelmäßig festgesetzt.

(6) Vertrauliche statistische Daten dürfen lediglich für statistische Zwecke verwendet werden.

PROTOKOLL 31

ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IN BESTIMMTEN BEREICHEN AUSSERHALB DER VIER FREIHEITEN

Artikel 1

Forschung und technologische Entwicklung

(1) a) Mit Inkrafttreten des Abkommens beteiligen sich die EFTA-Staaten an der Durchführung des gemeinschaftlichen Rahmenprogramms im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) [1] durch Beteiligung an den spezifischen Programmen dieses Rahmenprogramms.

b) Die EFTA-Staaten leisten entsprechend Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens einen Finanzbeitrag zu den unter Buchstabe a genannten Tätigkeiten.

c) Nach Maßgabe des Buchstaben b ist die volle Mitwirkung der EFTA-Staaten in allen EG-Ausschüssen, welche die EG-Kommission bei der Verwaltung oder Entwicklung des genannten Rahmenprogramms und seiner spezifischen Programme unterstützen, gewährleistet.

d) Angesichts der besonderen Merkmale der auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung vorgesehenen Zusammenarbeit werden Vertreter der EFTA-Staaten außerdem im Ausschuß für wissenschaftliche und technische Forschung (CREST) und sonstigen EG-Ausschüssen mitarbeiten, die die EG-Kommission in diesem Bereich konsultiert, soweit dies für das reibungslose Funktionieren der Zusammenarbeit erforderlich ist.

(2) Im Falle Islands gilt Absatz 1 jedoch erst ab dem 1. Januar 1994.

(3) Nach Inkrafttreten des Abkommens erfolgt eine Evaluierung und umfassende Neuausrichtung der Maßnahmen des gemeinschaftlichen Rahmenprogramms im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1990-1994) entsprechend dem Verfahren des Artikels 79 Absatz 3 des Abkommens.

---

(1) 390 D 0221: Beschluß 90/221/Euratom,EWG des Rates vom 23. April 1990 (ABl. Nr. L 117 vom 8.5.1990, S.28).

(4) Das Abkommen berührt weder die bilaterale Zusammenarbeit innerhalb des gemeinschaftlichen Rahmenprogramms im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung (1987-1991) [2] noch die bilateralen Rahmenabkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten, soweit es darin um die nicht unter das Abkommen fallende Zusammenarbeit geht.

Artikel 2

Informationsdienste

Mit Inkrafttreten des Abkommens legt der Gemeinsame EWR-Ausschuß die Bedingungen für eine Teilnahme der EFTA-Staaten an den Programmen fest, die aufgrund beziehungsweise im Rahmen der nachstehend genannten Entscheidungen des EG-Rates auf dem Gebiet der Informationsdienste aufgestellt wurden:

- 388 D 0524: Entscheidung 88/524/EWG des Rates vom 26. Juli 1988 über die Durchführung eines Aktionsplans zur Schaffung eines Marktes für Informationsdienste (ABl. Nr. L 288 vom 21.10.88, S.39)

- 389 D 0286: Entscheidung 89/286/EWG des Rates vom 17. April 1989 über die Durchführung auf Gemeinschaftsebene der Hauptphase des strategischen Programms für Innovation und Technologietransfer (1989 - 1993) (Programm SPRINT) (ABl. Nr. L 112 vom 25.4.89, S.12)

(2) 387 D 0516: Beschluß 87/516/Euratom, EWG des Rates vom 28. September 1987 (ABl. Nr. L 302 vom 24.10.1987, S.1).

Artikel 3

Umwelt

(1) Die Zusammenarbeit in Umweltfragen wird im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahmen insbesondere in folgenden Bereichen vertieft:

- Umweltpolitik und Umweltaktionsprogramme;
- Einbindung der Erfordernisse des Umweltschutzes in andere Politikbereiche;
- wirtschaftliche und steuerliche Instrumente;
- Umweltfragen von grenzüberschreitender Bedeutung;
- wichtige regionale und globale Themen, die in internationalen Organisationen erörtert werden.

Die Zusammenarbeit schließt unter anderem regelmäßige Sitzungen ein.

(2) Die notwendigen Entscheidungen werden baldmöglichst nach Inkrafttreten des Abkommens getroffen; dadurch soll die Mitwirkung der EFTA-Staaten in der von der Gemeinschaft einzurichtenden Europäischen Umweltagentur nach deren Arbeitsaufnahme gewährleistet werden, soweit dies nicht bereits vor Inkrafttreten des Abkommens geregelt wurde.

(3) Entscheidet der Gemeinsame EWR-Ausschuß, daß die Zusammenarbeit durch parallele Gesetzgebung der Vertragsparteien mit gleichem oder gleichartigem Inhalt zu erfolgen hat, so gelten künftig für die Ausarbeitung einer derartigen Gesetzgebung in dem betreffenden Bereich die Verfahren des Artikels 79 Absatz 3 des Abkommens.

Artikel 4

Allgemeine und berufliche Bildung und Jugend

(1) Mit Inkrafttreten des Abkommens beteiligen sich die EFTA-Staaten gemäß Abschnitt VI an dem Gemeinschaftsprogramm "Jugend für Europa".

(2) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Teils VI beteiligen sich die EFTA-Staaten ab 1. Januar 1995 an allen zu diesem Zeitpunkt bereits in Kraft befindlichen bzw. angenommenen Gemeinschaftsprogrammen im Bereich allgemeine und berufliche Bildung und Jugend. Die Planung und Entwicklung dieser Gemeinschaftsprogramme erfolgt mit Inkrafttreten des Abkommens gemäß den in Abschnitt VI, insbesondere in Artikel 79 Absatz 3, genannten Verfahren.

(3) Die EFTA-Staaten leisten nach Maßgabe von Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe a einen Finanzbeitrag zu den in den Absätzen 1 und 2 genannten Programmen.

(4) Mit Beginn der Zusammenarbeit im Rahmen der Programme, zu denen die EFTA-Staaten gemäß Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe a einen Finanzbeitrag leisten, ist ihre volle Mitwirkung in allen EG-Ausschüssen, welche die Kommission bei der Verwaltung oder Entwicklung der genannten Programme unterstützen, gewährleistet.

(5) Mit Inkrafttreten des Abkommens beteiligen sich die EFTA-Staaten an den verschiedenen Maßnahmen der Gemeinschaft; dazu gehören der Austausch von Informationen sowie gegebenenfalls Kontakte und Zusammenkünfte von Sachverständigen, Seminare und Konferenzen. Über den Gemeinsamen EWR-Ausschuß bzw. andere Gremien ergreifen die Vertragspartner auch weitere Initiativen, die ihnen in diesem Zusammenhang als geeignet erscheinen.

(6) Die Vertragsparteien fördern die zweckdienliche Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Organisationen, Organen und anderen Einrichtungen in ihren Hoheitsgebieten, soweit dies zur Vertiefung und Ausweitung dieser Zusammenarbeit beitragen könnte. Dies gilt insbesondere für Fragen, die in den Tätigkeitsbereich des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) [3] fallen.

---

(3) 375 R 0337: Verordnung (EWG) Nr. 337/75 des Rates vom 10. Februar 1975 über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (ABl. Nr. L 39 vom 13.2.1975, S.1), geändert durch:

- 1 79 H: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S.99)

- 1 85 I: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Republik Portugal (ABl. Nr. L 302, 15.11.1985, S. 170).

Artikel 5

Sozialpolitik

(1) Auf dem Gebiet der Sozialpolitik sind im Rahmen des in Artikel 79 Absatz 1 des Abkommens genannten Dialogs unter anderem folgende Maßnahmen vorgesehen: Organisation von Sitzungen, einschließlich entsprechender Sachverständigenkontakte, Untersuchung von Fragen von gegenseitigem Interesse aus spezifischen Bereichen, Austausch von Informationen über Maßnahmen der Vertragsparteien, Bestandsaufnahme der Zusammenarbeit sowie gemeinsame Durchführung von Veranstaltungen wie Seminare und Konferenzen.

(2) Die Vertragsparteien bemühen sich insbesondere um eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahmen, denen folgende Gemeinschaftsakte zugrunde liegen:

- 388 Y 0203: Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1987 über Sicherheit, Arbeitshygiene und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (ABl. C 28 vom 3.2.1988, S.3);

- 391 Y 0531: Entschließung des Rates vom 21. Mai 1991 zum dritten mittelfristigen Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit für Frauen und Männer (1991-1995) (ABl. C 142 vom 31.5.1991, S. 1);

- 390 Y 627(06): Entschließung des Rates vom 29. Mai 1990 über Maßnahmen zur Unterstützung der Langzeitarbeitslosen (ABl. C 157 vom 27.6.1990, S.4);

- 386 X 0379: Empfehlung 86/379/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 zur Beschäftigung von Behinderten in der Gemeinschaft (ABl. L 225 vom 12.8.1986, S. 43);

- 389 D 0457: Beschluß 89/457/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 über ein mittelfristiges Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht benachteiligten Personengruppen (ABl. L 224 vom 2.8.1989, S.10).

(3) Mit Inkrafttreten des Abkommens beteiligen sich die EFTA-Staaten an den gemeinschaftlichen Aktionen zugunsten älterer Menschen [4].

Die EFTA-Staaten leisten einen Finanzbeitrag nach Maßgabe von Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens.

---

(4) 391 D 0049: Beschluß 91/49/EWG des Rates vom 26. November 1991 (ABl. Nr. L 28 vom 2.2.1991, S.29).

Die volle Mitwirkung der EFTA-Staaten in den EG-Ausschüssen, welche die EG-Kommission bei der Verwaltung oder Entwicklung eines Programms unterstützen, ist gewährleistet; ausgenommen sind Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Zuweisung von Finanzmitteln der Gemeinschaft an die Mitgliedstaaten.

(4) Der Gemeinsame EWR-Ausschuß trifft die notwendigen Entscheidungen, um bei der Durchführung künftiger Gemeinschaftsprogramme und -maßnahmen im sozialen Bereich die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu erleichtern.

(5) Die Vertragsparteien fördern die zweckdienliche Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Organisationen, Organen und anderen Einrichtungen in ihren Hoheitsgebieten, soweit dies zur Vertiefung und Ausweitung dieser Zusammenarbeit beitragen könnte. Dies gilt insbesondere für Fragen, die in den Tätigkeitsbereich der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen [5] fallen.

Artikel 6

Verbraucherschutz

(1) Auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes vertiefen die Vertragsparteien den Dialog miteinander in jeder geeigneten Weise, um festzustellen, auf welchen Gebieten und durch welche Aktionen eine engere Zusammenarbeit zur Verwirklichung ihrer Ziele beitragen könnte.

---

(5) 375 R 1365: Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 über die Gründung einer Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 139 vom 30.5.1975, S.1), geändert durch:

- 1 79 H: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S.111)
- 1 85 I: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.86, S.170).

(2) Die Vertragsparteien bemühen sich, insbesondere durch die Gewährleistung der Einflußnahme und Mitwirkung der Verbraucher, um eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahmen, denen folgende Gemeinschaftsakte zugrunde liegen:

- 389 Y 1122(01): Entschließung des Rates vom 9. November 1989 über künftige Prioritäten bei der Neubelebung der Verbraucherschutzpolitik (ABl. Nr. C 294 vom 22.11.1989, S.1);

- 590 DC 0098: Dreijähriger verbraucherpolitischer Aktionsplan für die EWG (1990-1992);

- 388 Y 1117(01): Entschließung des Rates vom 4. November 1988 über die Verbesserung der Verbraucherbeteiligung bei der Normung (ABl. Nr. C 293 vom 17.11.1988, S.1).

Artikel 7

Kleine und mittlere Unternehmen

(1) Die Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen ist vor allem im Rahmen folgender Gemeinschaftsmaßnahmen zu fördern:

- Beseitigung administrativer, finanzieller und rechtlicher Hemmnisse im Geschäftsleben;

- Unterrichtung von Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, über Politiken und Programme, die für sie von Bedeutung sein könnten, sowie Maßnahmen zu ihrer Unterstützung;

- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, insbesondere zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, aus verschiedenen Regionen des Europäischen Wirtschaftsraums sowie Förderung von Partnerschaften zwischen diesen Unternehmen.

(2) Die Vertragsparteien bemühen sich insbesondere um eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahmen, denen folgende Gemeinschaftsakte zugrunde liegen:

- 388 Y 0727(02): Entschließung des Rates über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und die Förderung der Entwicklung von Unternehmen, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 197 vom 27.7.1988, S.6);

- 389 D 0490: Beschluß 89/490/EWG des Rates vom 28. Juli 1989 über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und die Förderung ihrer Entwicklung (ABl. Nr. L 239 vom 16.8.1989, S.33);

- 389 Y 1007(01): Entschließung des Rates vom 26. September 1989 zur Entwicklung des Zulieferwesens in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 254 vom 7.10.1989, S.1);

- 390 X 0246: Empfehlung des Rates vom 28. Mai 1990 zur Durchführung von Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 141 vom 2.6. 1990, S.55);

- 391 Y 0605: Entschließung des Rates vom 27. Mai 1991 über das Aktionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen, einschließlich der Handwerksbetriebe (ABl. Nr. C 146 vom 5.6.1991, S.3).

- 391 D 0319: Beschluß 91/319/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 zur Änderung des Programms über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und die Förderung ihrer Entwicklung (ABl. Nr. L 175 vom 4.7.1991, S.32).

(3) Mit Inkrafttreten des Abkommens beschließt der Gemeinsame EWR-Ausschuß über die Modalitäten der Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsmaßnahmen bei der Durchführung des Beschlusses des Rates über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Gemeinschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und die Förderung ihrer Entwicklung [6] sowie der sich daraus ergebenden Maßnahmen; er legt ferner die Modalitäten für etwaige Finanzbeiträge der EFTA-Staaten fest.

Artikel 8

Fremdenverkehr

Im Bereich des Fremdenverkehrs soll im Rahmen des in Artikel 79 Absatz 1 des Abkommens genannten Dialogs festgestellt werden, auf welchen Gebieten und durch welche Aktionen eine engere Zusammenarbeit zur Förderung des Fremdenverkehrs und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Fremdenverkehrsindustrie in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien beitragen könnte.

---

(6) 389 D 0490: Beschluß 89/490/EWG des Rates vom 28. Juli 1989 (ABl. Nr. L 239 vom 16.8.1989, S.33).

Artikel 9

Audiovisueller Sektor

Die notwendigen Entscheidungen werden baldmöglichst nach Inkrafttreten des Abkommens getroffen, um die Teilnahme der EFTA-Staaten an den gemäß dem Beschluß 90/685/EWG des Rates vom 21. Dezember 1990 über die Durchführung eines Aktionsprogramms zur Förderung der Entwicklung der europäischen audiovisuellen Industrie (MEDIA) (1991-1995) (ABl. Nr. L 380 vom 31.12.1990, S.37) aufgestellten Programmen zu gewährleisten, soweit dies nicht bereits vor diesem Zeitpunkt geregelt wurde.

Artikel 10

Katastrophenschutz

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich um eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen von Gemeinschaftsmaßnahmen, die auf der Grundlage der Entschließung des Rates und der Mitgliedstaaten vom 13. Februar 1989 zu den neuen Entwicklungen der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes (ABl. Nr. C 44 vom 13.2.1989, S.3) eingeleitet werden.

(2) Die EFTA-Staaten sorgen dafür, daß in ihren Hoheitsgebieten die Entscheidung 91/395/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über die Einführung einer einheitlichen europäischen Notrufnummer (ABl. Nr. L 217 vom 6.8.1991, S.31) angewandt und die Nummer 112 als diese einheitliche europäische Notrufnummer eingeführt wird.

PROTOKOLL 32
ÜBER FINANZBESTIMMUNGEN ZUR ANWENDUNG VON ARTIKEL 82

Artikel 1

Verfahren zur Festlegung der finanziellen Beteiligung der EFTA-Staaten

(1) Zur Berechnung der finanziellen Beteiligung der EFTA-Staaten an den Aktivitäten der Gemeinschaft wird das nachstehend festgelegte Verfahren angewandt.

(2) Spätestens am 30. Mai jeden Haushaltsjahres übermittelt die EG-Kommission dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß zusammen mit den dazugehörigen Unterlagen:

a) den jeweiligen Umfang der "zur Erinnerung" in den Ausgabenansatz des Vorentwurfs für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften eingesetzten Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen für die Aktivitäten, an denen sich die EFTA-Staaten beteiligen. Die jeweiligen Beträge werden gemäß Artikel 82 berechnet;

b) den im Einnahmenansatz des Vorentwurfs für den Gesamthaushaltsplan veranschlagten und "zur Erinnerung" eingesetzten Umfang der Beiträge, die der Beteiligung der EFTA-Staaten an diesen Aktivitäten entsprechen.

(3) Vor dem 1. Juli jeden Jahres bestätigt der Gemeinsame EWR-Ausschuß, daß die in Absatz 2 genannten Beträge mit Artikel 82 des Abkommens in Einklang stehen.

(4) Die der Beteiligung der EFTA-Staaten entsprechenden "zur Erinnerung" eingesetzten Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen sowie die Höhe der Beiträge werden gemäß Artikel 82 angepaßt, wenn der Haushalt von der Haushaltsbehörde festgestellt ist.

(5) Sobald der Gesamthaushaltsplan von der Haushaltsbehörde endgültig festgestellt ist, teilt die EG-Kommission dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß mit, welche Beträge im Einnahmen- und im Ausgabenansatz "zur Erinnerung" für die Beteiligung der EFTA-Staaten eingesetzt sind.

Innerhalb von 15 Tagen nach dieser Mitteilung bestätigt der Gemeinsame EWR-Ausschuß, daß die Beträge mit Artikel 82 in Einklang stehen.

(6) Spätestens am 1. Januar jeden Haushaltsjahres informiert der Ständige Ausschuß der EFTA-Staaten die EG-Kommission über die endgültige Aufteilung des Beitrags auf die einzelnen EFTA-Staaten.

Diese Aufteilung ist für alle EFTA-Staaten verbindlich.

Sollte diese Information am 1. Januar noch nicht vorliegen, so gilt vorläufig die Aufteilung des Vorjahres.

Artikel 2

Bereitstellung der Beiträge der EFTA-Staaten

(1) Auf der Grundlage der vom Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten gemäß Artikel 1 Absatz 6 übermittelten Informationen beantragt die EG-Kommission

a) gemäß Artikel 28 Absatz 1 der Haushaltsordnung [1] die Feststellung einer Forderung in Höhe des Beitrags der EFTA-Staaten, wie er sich aus den Verpflichtungsermächtigungen ergibt.

Nach Beantragung der Feststellung einer Forderung eröffnet die EG-Kommission die Verpflichtungsermächtigungen für die betreffenden Haushaltslinien im Rahmen der zu diesem Zweck geschaffenen Haushaltsstruktur.

Ist der Haushaltsplan zu Beginn des Haushaltsjahres noch nicht festgestellt, so gilt Artikel 9 der Haushaltsordnung.

---

(1) Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 356 vom 31.12.1977), geändert durch die Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 des Rates vom 13. März 1990 (ABl. Nr. L 70 vom 16.3.1990), nachstehend Haushaltsordnung genannt.

b) gemäß Artikel 28 Absatz 2 der Haushaltsordnung die Einziehung der Beiträge der EFTA-Staaten, wie sie sich aus den Zahlungsermächtigungen ergeben.

(2) Die Einziehungsanordnung sieht die Zahlung der Beiträge der einzelnen EFTA-Staaten in zwei Schritten vor:

- sechs Zwölftel des Beitrags bis spätestens 20. Januar;
- sechs Zwölftel des Beitrags bis spätestens 15. Juli.

Die bis spätestens 20. Januar zu zahlenden sechs Zwölftel werden auf der Grundlage des in den Einnahmenansatz des Vorentwurfs des Gesamthaushaltsplans "zur Erinnerung" eingesetzten Betrags berechnet: der Ausgleich für die gezahlten Beträge wird bei der Zahlung der am 15. Juli fälligen Zwölftel vorgenommen.

Ist der Haushalt am 30. März noch nicht festgestellt, erfolgt die zweite Zahlung ebenfalls auf der Grundlage des "zur Erinnerung" im Vorentwurf des Haushaltsplans ausgewiesenen Betrags. Der Ausgleich wird drei Monate nach Abschluß der in Artikel 1 Absatz 5 vorgesehenen Verfahren vorgenommen.

Nach Einziehung der von den EFTA-Staaten zu zahlenden Beiträge werden unbeschadet der Anwendung des Artikels 9 der Haushaltsordnung die Zahlungsermächtigungen für die betreffenden Haushaltslinien im Rahmen der zu diesem Zweck geschaffenen Haushaltsstruktur erteilt.

(3) Die Beiträge werden in ECU ausgewiesen und gezahlt.

(4) Zu diesem Zweck richtet jeder EFTA-Staat bei seinem Schatzamt bzw. einer von ihm zu diesem Zweck bestimmten Stelle im Namen der EG-Kommission ein ECU-Konto ein.

(5) Gehen die Zahlungen auf das in Absatz 4 genannte Konto später als zu den in Absatz 2 festgelegten Terminen ein, schuldet der betreffende EFTA-Staat Zinsen in Höhe des vom Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit bei seinen ECU-Transaktionen für den Fälligkeitsmonat angewandten Zinssatzes, der jeden Monat im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Reihe C, veröffentlicht wird, zuzüglich 1,5 Prozentpunkten.

Artikel 3

Anpassungen bei der Ausführung

(1) Normalerweise bleibt die für die entsprechenden Haushaltslinien gemäß Artikel 82 des Abkommens festgesetzte Höhe der Beiträge der EFTA-Staaten im betreffenden Haushaltsjahr unverändert.

(2) Beim Rechnungsabschluß für das jeweilige Haushaltsjahr (n) nimmt die EG-Kommission im Rahmen der Erstellung der Haushaltsrechnung einen Ausgleich hinsichtlich der Beteiligung der EFTA-Staaten vor, bei dem folgendes berücksichtigt wird:

- Änderungen, die sich im Laufe des Haushaltsjahres durch Übertragungen oder einen Nachtragshaushalt ergeben haben;

- die endgültige Ausführung der Mittel für das Haushaltsjahr, einschließlich etwaiger Annulierungen und Übertragungen;

- alle gemeinschaftsbezogenen Ausgaben, die von einzelnen EFTA-Staaten übernommen wurden, oder von EFTA-Staaten erbrachte Sachleistungen, wie beispielsweise Verwaltungsarbeiten.

Der Ausgleich erfolgt im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplans für das folgende Jahr (n + 2).

(3) Unter besonderen, ordnungsgemäß begründeten Umständen und bei Wahrung des Proportionalitätsfaktors kann die EG-Kommission jedoch von den EFTA-Staaten nach Zustimmung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses noch in dem Haushaltsjahr, in dem die Veränderung eingetreten ist, einen zusätzlichen Beitrag verlangen. Solche zusätzlichen Beiträge müssen zu einem Termin, der vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß festzulegen ist und der möglichst mit dem in Artikel 2 Absatz 2 vorgesehenen Ausgleich zusammenfallen sollte, auf den in Artikel 2 Absatz 4 genannten Konten eingehen. Gehen die entsprechenden Beträge nicht rechtzeitig ein, so findet Artikel 2 Absatz 5 Anwendung.

(4) Erforderlichenfalls kann der Gemeinsame EWR-Ausschuß ergänzende Bestimmungen zur Anwendung der Absätze 1 bis 3 erlassen.

Dies gilt insbesondere für die Art und Weise, in der von einzelnen EFTA-Staaten übernommene Ausgaben für gemeinschaftsbezogene Zwecke sowie von EFTA-Staaten erbrachte Sachleistungen berücksichtigt werden.

Artikel 4

Überprüfung

Die Bestimmungen von

- Artikel 2 Absatz 1;
- Artikel 2 Absatz 2;
- Artikel 3 Absatz 2 und
- Artikel 3 Absatz 3

werden bis 1. Januar 1994 vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß überprüft und nach Maßgabe der Erfahrungen, die bei ihrer Anwendung gemacht wurden, sowie unter Berücksichtigung etwaiger Entscheidungen der Gemeinschaft zur Haushaltsordnung und/oder zur Vorlage des Gesamthaushaltsplans entsprechend geändert.

Artikel 5

Auflagen für die Ausführung

(1) Die Verwendung der aus der Beteiligung der EFTA-Staaten resultierenden Mittel erfolgt gemäß den Bestimmungen der Haushaltsordnung.

(2) Hinsichtlich der Bestimmungen für die Auftragsvergabe steht jedoch die Beteiligung an Ausschreibungen allen EG-Mitgliedstaaten und allen EFTA-Mitgliedstaaten offen, wenn die Finanzierung über Haushaltslinien erfolgt, an denen die EFTA-Staaten beteiligt sind.

Artikel 6

Information

(1) Am Ende jeden Quartals legt die EG-Kommission dem Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten einen Auszug aus ihrer Rechnungsführung vor, der Aufschluß über Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Programmen und sonstigen Aktionen gibt, an denen die EFTA-Staaten finanziell beteiligt sind.

(2) Nach Abschluß des Haushaltsjahres übermittelt die EG-Kommission dem Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten zu den Programmen und sonstigen Aktionen, an denen die EFTA-Staaten finanziell beteiligt sind, die Angaben, die in der Haushaltsrechnung und der Vermögensübersicht, die gemäß den Artikeln 78 und 81 der Haushaltsordnung aufzustellen sind, ausgewiesen werden.

(3) Die Gemeinschaft legt dem Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten alle sonstigen zu Recht angeforderten Finanzdaten zu den Programmen und sonstigen Aktionen vor, an denen die EFTA-Staaten finanziell beteiligt sind.

Artikel 7

Kontrolle

(1) Die Kontrolle der Festlegung und der Bereitstellung aller Einnahmen sowie die Kontrolle der Mittelbindungen und des Fälligkeitsplans für alle Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung der EFTA-Staaten erfolgt gemäß den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Haushaltsordnung und der geltenden Verordnungen in den in den Artikeln 76 und 78 des Abkommens genannten Bereichen.

(2) Zwischen den Rechnungsprüfungsstellen der Gemeinschaft und der EFTA-Staaten werden entsprechende Vereinbarungen getroffen, um die gemäß Absatz 1 erfolgende Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, die der Beteiligung der EFTA-Staaten an Aktivitäten der Gemeinschaft entsprechen, zu vereinfachen.

Artikel 8

Bei der Berechnung des Proportionalitätsfaktors zugrunde gelegtes BIP

(1) Bei den in Artikel 82 des Abkommens genannten Daten zum BIP zu Marktpreisen handelt es sich um die in Anwendung von Artikel 76 des Abkommens veröffentlichten Daten.

(2) Für die Haushaltsjahre 1993 und 1994 werden ausnahmsweise die von der OECD ermittelten BIP-Daten verwendet. Erforderlichenfalls beschließt der Gemeinsame EWR-Ausschuß über eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieser Bestimmung um ein oder mehrere aufeinanderfolgende Jahre.

PROTOKOLL 33
ÜBER DAS SCHIEDSVERFAHREN

(1) Wird ein Streitfall einem Schiedsverfahren überwiesen, so werden, sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, drei Schiedsrichter ernannt.

(2) Von beiden Seiten eines Streitfalls wird innerhalb von 30 Tagen je ein Schiedsrichter ernannt.

(3) Die auf diese Weise bestimmten Schiedsrichter einigen sich auf einen Schiedsrichterobmann, der die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei, nicht jedoch dieselbe wie die der beiden ernannten Schiedsrichter besitzt. Können letztere sich nicht innerhalb von zwei Monaten nach ihrer Ernennung auf den Schiedsrichterobmann einigen, so wird dieser von ihnen aus einer vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß aufgestellten Liste von sieben Personen ausgewählt. Der Gemeinsame EWR-Ausschuß erstellt und überprüft diese Liste nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung.

(4) Sofern die Vertragsparteien nichts anderes beschließen, erläßt das Schiedsgericht seine Verfahrensordnung. Es trifft seine Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß.

PROTOKOLL 34

ZUR MÖGLICHKEIT FÜR GERICHTE UND GERICHTSHÖFE DER EFTA-STAATEN, DEN GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN UM ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE AUSLEGUNG VON EWR-BESTIMMUNGEN ZU ERSUCHEN, DIE EG-BESTIMMUNGEN ENTSPRECHEN

Artikel 1

Ergibt sich in einer Rechtssache, die bei einem Gericht oder Gerichtshof eines EFTA-Staates anhängig ist, eine Frage nach der Auslegung von Bestimmungen des Abkommens, die in ihrem wesentlichen Gehalt identisch sind mit Bestimmungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften in ihrer geänderten oder ergänzten Fassung oder der aufgrund dieser Verträge erlassenen Rechtsakte, so kann das Gericht oder der Gerichtshof, sofern er dies für erforderlich hält, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften ersuchen, über eine solche Frage zu entscheiden.

Artikel 2

Ein EFTA-Staat, der beabsichtigt, von diesem Protokoll Gebrauch zu machen, teilt dem Verwahrer und dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften mit, inwieweit und nach welchen Modalitäten das Protokoll für seine Gerichte und Gerichtshöfe gilt.

Artikel 3

Der Verwahrer gibt den Vertragsparteien jede Mitteilung gemäß Artikel 2 bekannt.

PROTOKOLL 35
ZUR DURCHFÜHRUNG DER EWR-BESTIMMUNGEN

In Anbetracht der Tatsache, daß dieses Abkommen auf die Errichtung eines homogenen Europäischen Wirtschaftsraums abzielt, der auf gemeinsamen Regeln beruht, ohne daß von einer Vertragspartei verlangt wird, einem Organ des Europäischen Wirtschaftsraums Gesetzgebungsbefugnisse zu übertragen sowie

in Anbetracht der Tatsache, daß dies folglich durch nationale Verfahren erreicht werden muß -

Einziger Artikel

Für Fälle möglicher Konflikte zwischen durchgeführten EWR-Bestimmungen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen verpflichten sich die EFTA-Staaten, nötigenfalls eine gesetzliche Bestimmung des Inhalts einzuführen, daß in diesen Fällen die EWR-Bestimmungen vorgehen.

PROTOKOLL 36

ÜBER DIE SATZUNG DES GEMEINSAMEN PARLAMENTARISCHEN EWR-AUSSCHUSSES

Artikel 1

Der durch Artikel 95 des Abkommens eingesetzte Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß wird gemäß den Bestimmungen des Abkommens und dieser Satzung gebildet und übt seine Tätigkeit gemäß den genannten Bestimmungen aus.

Artikel 2

Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß besteht aus sechsundsechzig Mitgliedern.

Das Europäische Parlament und die Parlamente der EFTA-Staaten bestellen jeweils die Hälfte der Mitglieder des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses.

Artikel 3

Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten. Der Vorsitz des Ausschusses liegt abwechselnd jeweils für ein Jahr bei einem vom Europäischen Parlament bestellten Mitglied und bei einem von einem Parlament eines EFTA-Staates bestellten Mitglied.

Der Ausschuß bestellt sein Präsidium.

Artikel 4

Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß hält zweimal jährlich abwechselnd in der Gemeinschaft und in einem EFTA-Staat eine ordentliche Tagung ab. Der Ausschuß entscheidet auf jeder Tagung, wo die nächste ordentliche Tagung stattfinden soll. Außerordentliche Tagungen können abgehalten werden, sofern der Ausschuß oder sein Präsidium dies gemäß der Geschäftsordnung des Ausschusses beschließt.

Artikel 5

Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuß erläßt seine Geschäftsordnung mit Zweidrittelmehrheit der Ausschußmitglieder.

Artikel 6

Die Kosten der Beteiligung an dem Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschuß werden von dem Parlament übernommen, das das betreffende Mitglied bestellt hat.

PROTOKOLL 37

MIT DER LISTE GEMÄSS ARTIKEL 101

1. Wissenschaftlicher Lebensmittelausschuß
   (Beschluß 74/234/EWG der Kommission)

2. Pharmazeutischer Ausschuß
   (Beschluß 75/320/EWG des Rates)

3. Wissenschaftlicher Veterinärausschuß
   (Beschluß 81/651/EWG der Kommission)

4. Ausschuß auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur
   (Entscheidung 78/174/EWG des Rates)

5. Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer
   (Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates)

6. Kontaktausschuß Geldwäsche
   (Richtlinie 91/308/EWG des Rates)

7. Beratender Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen
   (Verordnung (EWG) Nr. 17/62 des Rates)

8. Beratender Ausschuß für die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen
   (Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates)

PROTOKOLL 38

ÜBER DEN FINANZIERUNGSMECHANISMUS

Artikel 1

(1) Im Rahmen des Finanzierungsmechanismus werden Finanzhilfen für die Entwicklung und Strukturanpassung der in Artikel 4 genannten Regionen zum einen in Form von Zinsermäßigungen bei Darlehen und zum anderen in Form direkter Zuschüsse gewährt.

(2) Die Mittel für den Finanzierungsmechanismus werden von den EFTA-Staaten aufgebracht. Die genannten Staaten erteilen der Europäischen Investitionsbank ein Mandat, das diese in Übereinstimmung mit den folgenden Artikeln ausübt. Die EFTA-Staaten setzen einen Ausschuß für den Finanzierungsmechanismus ein, der die in Artikel 2 und 3 vorgesehenen Entscheidungen trifft, soweit diese Zinsermäßigungen und Zuschüsse betreffen.

Artikel 2

(1) Die in Artikel 1 vorgesehenen Zinsermäßigungen können im Zusammenhang mit Darlehen der Europäischen Investitionsbank gewährt werden, die möglichst auf ECU lauten sollten.

(2) Die Zinsermäßigungen dieser Darlehen belaufen sich auf drei Prozentpunkte jährlich gegenüber den Zinssätzen der Europäischen Investitionsbank und können für ein bestimmtes Darlehen über einen Zeitraum von zehn Jahren gewährt werden.

(3) Vor Beginn der Rückzahlung des Kapitals in gleichmäßigen Tranchen wird eine tilgungsfreie Zeit von zwei Jahren gewährt.

(4) Die Zinsermäßigungen bedürfen der Zustimmung des EFTA-Ausschusses für den Finanzierungsmechanismus und einer Stellungnahme der EG-Kommission.

(5) Der Gesamtbetrag der Darlehen, die während des Zeitraums von 1993 bis einschließlich 1997 für die in Artikel 1 vorgesehenen Zinsermäßigungen in Betracht kommen und in gleichmäßigen Tranchen gebunden werden, beläuft sich auf 1,5 Milliarden ECU.

Artikel 3

(1) Der Gesamtbetrag der in Artikel 1 vorgesehenen Zuschüsse beläuft sich auf 500 Millionen ECU, die während des Zeitraums von 1993 bis einschließlich 1997 in gleichen Tranchen gebunden werden.

(2) Diese Zuschüsse werden von der Europäischen Investitionsbank auf der Grundlage der Vorschläge der Empfänger-Mitgliedstaaten nach Anhörung der EG-Kommission und nach Zustimmung des EFTA-Ausschusses für den Finanzierungsmechanismus ausgezahlt; der genannte Ausschuß ist während der Dauer des Verfahrens auf dem laufenden zu halten.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 1 vorgesehenen Finanzhilfen beschränken sich auf Vorhaben, die von staatlichen Stellen und öffentlichen oder privaten Unternehmen in Griechenland, auf der irischen Insel, in Portugal und in den im Anhang aufgeführten spanischen autonomen Regionen durchgeführt werden. Der Anteil jeder einzelnen Region am Gesamtbetrag der Finanzhilfen wird von der Gemeinschaft festgelegt, die ihrerseits die EFTA-Staaten davon in Kenntnis setzt.

(2) Vorrang haben Vorhaben, die den Belangen des Umweltschutzes (einschließlich der Stadtentwicklung), des Verkehrs (einschließlich der Verkehrsinfrastruktur) oder der Ausbildung und beruflichen Bildung in besonderem Maß Rechnung tragen. Bei den Vorhaben, die von Privatunternehmen vorgelegt werden, werden kleinere und mittlere Unternehmen besonders berücksichtigt.

(3) Der maximale Zuschußanteil eines Vorhabens, das durch den Finanzierungsmechanismus gefördert wird, darf nicht auf ein Niveau festgelegt werden, das nicht mit den einschlägigen EG-Politiken zu vereinbaren wäre.

Artikel 5

Die EFTA-Staaten treffen mit der Europäischen Investitionsbank und der EG-Kommission die nötigen Vereinbarungen, die im gegenseitigen Einvernehmen als geeignet angesehen werden, um das reibungslose Funktionieren des Finanzierungsmechanismus zu gewährleisten. Über die Kosten, die mit der Verwaltung des Finanzierungsmechanismus verbunden sind, wird im Rahmen dieses Verfahrens entschieden.

Artikel 6

Die Europäische Investitionsbank ist berechtigt, als Beobachter an den Sitzungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses teilzunehmen, wenn Fragen im Zusammenhang mit dem Finanzierungsmechanismus, die die Europäische Investitionsbank betreffen, auf der Tagesordnung stehen.

Artikel 7

Über weitere Regelungen hinsichtlich der Anwendung des Finanzierungsmechanismus beschließt, falls erforderlich, der Gemeinsame EWR-Ausschuß.

ANLAGE ZU PROTOKOLL 38

Liste der förderungswürdigen spanischen Regionen

Andalusien (Andalucía)
Asturien (Asturias)
Kastilien und León (Castilla y León)
Kastilien - La Mancha (Castilla - La Mancha)
Ceuta - Melilla
Valencia
Extremadura
Galicien (Galicia)
Kanarische Inseln (Islas Canarias)
Murcia

PROTOKOLL 39

ÜBER DIE ECU

Als "ECU" im Sinne dieses Abkommens gilt die von den zuständigen Gemeinschaftsbehörden festgelegte ECU. Die Bezeichnung "Europäische Rechnungseinheit" wird in allen Rechtsakten, auf die in den Anhängen zum Abkommen Bezug genommen wird, durch "ECU" ersetzt.

PROTOKOLL 40
ÜBER SVALBARD

1. Das Königreich Norwegen ist berechtigt, bei der Ratifizierung des EWR-Abkommens das Gebiet Svalbards von der Anwendung des Abkommens auszunehmen.

2. Macht das Königreich Norwegen von diesem Recht Gebrauch, so gelten bestehende Übereinkünfte, die für Svalbard gelten, z.B. das Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation, das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Norwegen und das Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und dem Königreich Norwegen andererseits, auch weiterhin für das Gebiet Svalbards.

PROTOKOLL 41

ÜBER BESTEHENDE ABKOMMEN

In Übereinstimmung mit Artikel 120 des EWR-Abkommens sind die Vertragsparteien übereingekommen, daß die nachstehenden bilateralen oder multilateralen Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und einem oder mehreren EFTA-Staaten andererseits nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens weiterhin angewendet werden:

29.4.1963/ 3.12.1976	Vereinbarung und Zusatzvereinbarung über die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung. Gemischtes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden.
3.12.1976	Vereinbarung zum Schutz des Rheins gegen chemische Verunreinigung. Gemischtes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden.
1.12.1987	Übereinkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft andererseits über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau.
19.11.1991	Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über das Inverkehrbringen von in Flaschen abgefüllten Tafelweinen und "Landwein" aus der Gemeinschaft in Österreich.

PROTOKOLL 42

ZU BILATERALEN VEREINBARUNGEN

BETREFFEND BESONDERE LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGNISSE

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß gleichzeitig mit dem vorliegenden Abkommen bilaterale Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterzeichnet worden sind. Diese Abkommen, die frühere Abkommen der Vertragsparteien weiter ausbauen oder ergänzen und außerdem unter anderem das vereinbarte gemeinsame Ziel widerspiegeln, zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen ihren Regionen beizutragen, treten spätestens zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Abkommens in Kraft.

PROTOKOLL 43

ÜBER DAS ABKOMMEN ZWISCHEN DER EWG UND DER REPUBLIK ÖSTERREICH ÜBER DEN GÜTERVERKEHR IM TRANSIT AUF DER SCHIENE UND DER STRASSE

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß gleichzeitig mit dem vorliegenden Abkommen ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße unterzeichnet wurde.

Die Bestimmungen des bilateralen Abkommens gehen den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens vor, soweit sie dieselben Sachgebiete betreffen und in dem Maße, wie dies in dem vorliegenden Abkommen im einzelnen festgelegt ist.

Sechs Monate vor Ablauf des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße wird die Lage des Straßengüterverkehrs gemeinsam überprüft.

PROTOKOLL 44

ÜBER DAS ABKOMMEN ZWISCHEN DER EWG UND DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT ÜBER DEN GÜTERVERKEHR AUF STRASSE UND SCHIENE

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß gleichzeitig mit dem vorliegenden Abkommen ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene unterzeichnet wurde.

Die Bestimmungen des bilateralen Abkommens gehen den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens vor, soweit sie dieselben Sachgebiete betreffen und in dem Maße, wie dies in dem vorliegenden Abkommen im einzelnen festgelegt ist.

Sechs Monate vor Ablauf des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene wird die Lage des Straßengüterverkehrs gemeinsam überprüft.

PROTOKOLL 45

ÜBER ÜBERGANGSZEITEN

BETREFFEND SPANIEN UND PORTUGAL

Die Vertragsparteien sind der Ansicht, daß das Abkommen die Übergangszeiten, die Spanien und Portugal in der Akte über ihren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften gewährt wurden, nicht berührt; diese könnten nach dem Inkrafttreten des Abkommens unabhängig von den im Abkommen selbst vorgesehenen Übergangszeiten bestehen bleiben.

PROTOKOLL 46

ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER ZUSAMMENARBEIT IN DER FISCHEREI

Im Lichte der Ergebnisse der Zweijahresprüfungen über den Stand der Zusammenarbeit in der Fischerei werden sich die Vertragsparteien bemühen, diese Zusammenarbeit auf harmonischer, gegenseitig vorteilhafter Grundlage und im Rahmen ihrer jeweiligen Fischereipolitik zu entwickeln. Die erste Prüfung wird vor Ende 1993 stattfinden.

PROTOKOLL 47

ÜBER DIE BESEITIGUNG TECHNISCHER HANDELSHEMMNISSE FÜR WEIN

Die Vertragsparteien lassen die Einfuhr und das Inverkehrbringen von Weinbauerzeugnissen mit Ursprung in ihrem Hoheitsgebiet zu, die den Anforderungen der zum Zweck dieses Abkommens angepaßten und in der Anlage zu diesem Protokoll genannten Gemeinschaftsvorschriften über die Begriffsbestimmung der Erzeugnisse, die önologischen Verfahren, die Zusammensetzung der Erzeugnisse und die Bestimmungen für das Inverkehrbringen und die Vermarktung entsprechen.

Im Sinne dieses Protokolls sind "Ursprungserzeugnisse aus Wein" zu verstehen als "Weinbauerzeugnisse, bei denen alle verwendeten Weintrauben oder aus Weintrauben hergestellten Vormaterialien vollständig gewonnen sind".

Für alle anderen Zwecke als den Handel zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft dürfen die EFTA-Staaten weiterhin ihre nationalen Rechtsvorschriften anwenden.

Das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen findet auf die in der Anlage zu diesem Protokoll genannten Rechtsakte Anwendung. Der Ständige Ausschuß der EFTA-Staaten erfüllt die in Nummer 4 Buchstabe d und Nummer 5 des Protokolls 1 genannten Aufgaben.

ANLAGE

1. **373 R 2805**: Verordnung (EWG) Nr. 2805/73 der Kommission vom 12. Oktober 1973 zur Aufstellung des Verzeichnisses der in bestimmten Anbaugebieten erzeugten weißen Qualitätsweine und der eingeführten weißen Qualitätsweine mit einem außergewöhnlichen Schwefeldioxidgehalt sowie zur Festlegung bestimmter Übergangsmaßnahmen für den Schwefeldioxidgehalt bei vor dem 1. Oktober 1973 erzeugten Weinen (ABl. Nr. L 289 vom 16.10.1973, S. 21), geändert durch:

   - **373 R 3548**: Verordnung (EWG) Nr. 3548/73 der Kommission vom 21. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 361 vom 29.12.1973, S. 35);

   - **375 R 2160**: Verordnung (EWG) Nr. 2160/75 der Kommission vom 19. August 1975 (ABl. Nr. L 220 vom 20.8.1975, S. 7);

   - **377 R 0966**: Verordnung (EWG) Nr. 966/77 der Kommission vom 4. Mai 1977 (ABl. Nr. L 115 vom 6.5.1977, S.77).

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Von dieser Verordnung betroffene Weine mit Ursprung in den EFTA-Staaten fallen weiterhin unter Artikel 1 Abschnitt B.

2. **374 R 2319**: Verordnung (EWG) Nr. 2319/74 der Kommission vom 10. September 1974 zur Festlegung bestimmter Weinbauflächen zur Erzeugung von Tafelweinen, die einen natürlichen Höchst-Gesamtalkoholgehalt von 17 Grad haben können (ABl. Nr. L 248 vom 11.9.1974, S. 7).

3. **378 R 1972**: Verordnung (EWG) Nr. 1972/78 der Kommission vom 16. August 1978 zur Festsetzung der Durchführungsbestimmungen zu den önologischen Verfahren (ABl. Nr. L 226 vom 17.8.1978, S. 11), geändert durch:

   - **380 R 0045**: Verordnung (EWG) Nr. 45/80 der Kommission vom 10. Januar 1980 (ABl. Nr. L 7 vom 11.1.1980, S. 12).

4. **379 R 0358**: Verordnung (EWG) Nr. 358/79 des Rates vom 5. Februar 1979 über in der Gemeinschaft hergestellte Schaumweine von Nummer 13 des Anhangs II der Verordnung (EWG) Nr. 337/79 (ABl. Nr. L 54 vom 5.3.1979, S. 130), geändert durch:

   - **379 R 2383**: Verordnung (EWG) Nr. 2383/79 des Rates vom 29. Oktober 1979 (ABl. Nr. L 274 vom 31.10.1979, S. 8);

   - **179 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 83);

   - **380 R 3456**: Verordnung (EWG) Nr. 3456/80 des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 360 vom 31.12.1980, S. 18);

   - **384 R 3686**: Verordnung (EWG) Nr. 3686/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 341 vom 29.12.1984, S. 3);

   - **385 R 3310**: Verordnung (EWG) Nr. 3310/85 des Rates vom 18. November 1985 (ABl. Nr. L 320 vom 29.12.1985, S. 19);

- **385 R 3805**: Verordnung (EWG) Nr. 3805/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 367 vom 31.12.1985, S. 39);

- **389 R 2044**: Verordnung (EWG) Nr. 2044/89 des Rates vom 19. Juni 1989 (ABl. Nr. L 202 vom 14.7.1989, S. 8);

- **390 R 1328**: Verordnung (EWG) Nr. 1328/90 des Rates vom 14. Mai 1990 (ABl. Nr. L 132 vom 23.5.1990, S. 74);

- **391 R 1735**: Verordnung (EWG) Nr. 1735/91 des Rates vom 13. Juni 1991 (ABl. Nr. L 163 vom 26.6.1991, S. 9).

5. **383 R 2510**: Verordnung (EWG) Nr. 2510/83 der Kommission vom 7. September 1983 über eine Ausnahme in bezug auf den Gehalt bestimmter Weine an flüchtiger Säure (ABl. Nr. L 248 vom 8.9.1983, S. 16), berichtigt in ABl. Nr. L 265 vom 28.9.1983, S. 22.

6. **384 R 2394**: Verordnung (EWG) Nr. 2394/84 der Kommission vom 20. August 1984 zur Festlegung der Verwendungsbedingungen für Ionenaustauschharze und der Durchführungsbestimmungen für die Bereitung von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat für die Weinwirtschaftsjahre 1984/85 und 1985/86 (ABl. Nr. L 224 vom 21.8.1984, S. 8), geändert durch:

   - **385 R 0888**: Verordnung (EWG) Nr. 888/85 der Kommission vom 2. April 1985 (ABl. Nr. L 96 vom 3.4.1965, S. 14);

   - **386 R 2751**: Verordnung (EWG) Nr. 2751/86 der Kommission vom 4. September 1986 (ABl. Nr. L 253 vom 5.9.1986, S. 11).

7. **385 R 3309**: Verordnung (EWG) Nr. 3309/85 des Rates vom 18. November 1985 zur Festlegung der Grundregeln für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure (ABl. Nr. L 320 vom 29.11.1985, S. 9), berichtigt in ABl. Nr. L 72 vom 15.3.1986, S. 47 und geändert durch:

   - **385 R 3805**: Verordnung (EWG) Nr. 3805/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 367 vom 31.12.1985, S. 39);

   - **386 R 1626**: Verordnung (EWG) Nr. 1626/86 des Rates vom 6. Mai 1986 (ABl. Nr. L 144 vom 29.5.1986, S. 3);

   - **387 R 0538**: Verordnung (EWG) Nr. 538/87 des Rates vom 23. Februar 1987 (ABl. Nr. L 55 vom 25.2.1987, S. 4);

   - **389 R 2045**: Verordnung (EWG) Nr. 2045/89 des Rates vom 19. Juni 1989 (ABl. Nr. L 202 vom 14.7.1989, S. 12), berichtigt in ABl. Nr. L 347 vom 28.11.1989, S. 37.

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 3 Absatz 4 erster Gedankenstrich findet keine Anwendung.
   b) Artikel 5 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:
      "h) bei einem in Titel III der Verordnung (EWG) Nr. 358/79 genannten Qualitätsschaumwein mit Ursprung in
         - Österreich: "Qualitätsschaumwein", "Qualitätssekt"".

c) Artikel 6 wird wie folgt ergänzt:

"5b. Der Begriff "Hauersekt" ist Qualitätsschaumweinen vorbehalten, die Qualitätsschaumweinen b.A. gemäß Titel III der Verordnung (EWG) Nr. 358/89 und Artikel 6 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3309/85 gleichwertig sind, sofern sie
- in Österreich hergestellt worden sind;
- aus Trauben gewonnen worden sind, die in demselben Weinbaubetrieb geerntet wurden, in dem der Erzeuger Wein aus Trauben zur Herstellung von Qualitätsschaumwein gewinnt;
- vom Erzeuger vermarktet und mit Etiketten angeboten werden, die Angaben über den Weinbaubetrieb, die Rebsorte und das Jahr enthalten;
- den österreichischen Vorschriften entsprechen."

8. **385 R 3803**: Verordnung (EWG) Nr. 3803/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Feststellung des Ursprungs und zur Verfolgung der Handelsbewegungen von spanischem rotem Tafelwein (ABl. Nr. L 367 vom 31.12.1985, S. 36).

9. **385 R 3804**: Verordnung (EWG) Nr. 3804/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Festlegung des Verzeichnisses der Rebflächen in bestimmten spanischen Regionen, für die der vorhandene Alkoholgehalt bei Tafelwein unter den Gemeinschaftsanforderungen liegen darf (ABl. Nr. L 367 vom 31.12.1985, S. 37).

10. **386 R 0305**: Verordnung (EWG) Nr. 305/86 der Kommission vom 12. Februar 1986 über den höchstzulässigen Gesamtgehalt an schwefliger Säure in Weinen aus der Gemeinschaft, die vor dem 1. September 1986 erzeugt werden, sowie während einer Übergangszeit in eingeführten Weinen (ABl. Nr. L 38 vom 13.12.1986, S. 13).

11. **386 R 1627**: Verordnung (EWG) Nr. 1627/86 des Rates vom 6. Mai 1986 mit Regeln für die Bezeichnung der Spezialweine betreffend die Angabe des Alkoholgehalts (ABl. Nr. L 144 vom 29.5.1986, S. 4).

12. **386 R 1888**: Verordnung (EWG) Nr. 1888/86 der Kommission vom 18. Juni 1986 über den Höchstwert für den Gesamtschwefeldioxidgehalt bestimmter vor dem 1. September 1986 in der Gemeinschaft hergestellter Schaumweine und eingeführter Schaumweine während einer Übergangszeit (ABl. Nr. L 163 vom 19.6.1986, S. 19).

13. **386 R 2094**: Verordnung (EWG) Nr. 2094/86 der Kommission vom 3. Juli 1986 mit Durchführungsbestimmungen über die Verwendung von Weinsäure für die Entsäuerung von bestimmten Erzeugnissen des Weinbaus in einigen Gebieten der Weinbauzone A (ABl. Nr. L 180 vom 4.7.1986, S. 17), geändert durch:

- **386 R 2736**: Verordnung (EWG) Nr. 2736/86 der Kommission (ABl. Nr. L 252 vom 4.9.1986, S. 15).

14. **386 R 2707**: Verordnung (EWG) Nr. 2707/86 der Kommission vom 28. August 1986 über Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure (ABl. Nr. L 246 vom 30.8.1986, S. 71), geändert durch:

- **386 R 3378**: Verordnung (EWG) Nr. 3378/86 der Kommission vom 4. November 1986 (ABl. Nr. L 310 vom 5.11.1986, S. 5);

- **387 R 2249**: Verordnung (EWG) Nr. 2249/87 der Kommission vom 28. Juli 1987 (ABl. Nr. L 207 vom 29.7.1987, S. 26);

- **388 R 0575**: Verordnung (EWG) Nr. 575/88 der Kommission vom 1. März 1988 (ABl. Nr. L 56 vom 2.3.1988, S. 22);

- **388 R 2657**: Verordnung (EWG) Nr. 2657/88 der Kommission vom 25. August 1988 (ABl. Nr. L 237 vom 27.8.1988, S. 17);

- **389 R 0596**: Verordnung (EWG) Nr. 596/89 der Kommission vom 8. März 1989 (ABl. Nr. L 65 vom 9.3.1989, S. 9);

- **390 R 2776**: Verordnung (EWG) Nr. 2776/90 der Kommission vom 27. September 1990 (ABl. Nr. L 267 vom 29.9.1990, S. 30);

- **390 R 3826**: Verordnung (EWG) Nr. 3826/90 der Kommission vom 19. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 366 vom 29.12.1990, S. 58).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang II Nummer 1 findet keine Anwendung.

15. **387 R 0822**: Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. Nr. L 84 vom 27.3.1974, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 284 vom 19.10.1988, S. 65 und geändert durch:

- **387 R 1390**: Verordnung (EWG) Nr. 1390/87 des Rates vom 18. Mai 1987 (ABl. Nr. L 133 vom 22.5.1987, S. 3);

- **387 R 1972**: Verordnung (EWG) Nr. 1972/87 des Rates vom 2. Juli 1987 (ABl. Nr. L 184 vom 3.7.1987, S. 26);

- **387 R 3146**: Verordnung (EWG) Nr. 3146/87 des Rates vom 19. Oktober 1987 (ABl. Nr. L 300 vom 23.10.1987, S. 4);

- **387 R 3992**: Verordnung (EWG) Nr. 3992/87 der Kommission vom 23. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 377 vom 31.12.1987, S. 20);

- **388 R 1441**: Verordnung (EWG) Nr. 1441/88 des Rates vom 24. Mai 1988 (ABl. Nr. L 132 vom 28.5.1988, S. 1);

- **388 R 2253**: Verordnung (EWG) Nr. 2253/88 des Rates vom 19. Juli 1988 (ABl. Nr. L 198 vom 26.7.1988, S. 35);

- **388 R 2964**: Verordnung (EWG) Nr. 2964/88 des Rates vom 26. September 1988 (ABl. Nr. L 269 vom 29.9.1988, S. 5);

- **388 R 4250**: Verordnung (EWG) Nr. 4250/88 des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 373 vom 31.12.1988, S. 55);

- **389 R 1236**: Verordnung (EWG) Nr. 1236/89 des Rates vom 3. Mai 1989 (ABl. Nr. L 128 vom 11.5.1989, S. 31);

- **390 R 0388**: Verordnung (EWG) Nr. 388/90 des Rates vom 12. Februar 1990 (ABl. Nr. L 42 vom 16.2.1990, S. 9);

- **390 R 1325:** Verordnung (EWG) Nr. 1325/90 des Rates vom 14. Mai 1990 (ABl. Nr. L 132 vom 23.5.1990, S. 19);

- **390 R 3577:** Verordnung (EWG) Nr. 3577/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 2).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1, Artikel 1 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstaben c, e und g und Artikel 1 Absatz 4 Unterabsatz 2 finden keine Anwendung.

b) Abweichend von Artikel 1 Absatz 6 beginnt das Weinwirtschaftsjahr für die Schweiz am 1. Juli eines jeden Jahres und endet am 30. Juni des darauffolgenden Jahres.

c) Die Titel I (mit Ausnahme von Artikel 13), III und IV finden keine Anwendung.

d) Österreich, die Schweiz und Liechtenstein nehmen gemäß den Grundsätzen des Artikels 13 eine Klassifizierung der Rebsorten vor.

e) In Artikel 16 Absatz 7 werden die Worte "Verschnitt eines aus einem Drittland stammenden Weines" ersetzt durch "Verschnitt eines aus einem Drittland oder einem EFTA-Staat stammenden Weines".

f) Für in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet hergestellte Erzeugnisse dürfen Österreich, die Schweiz und Liechtenstein ihre einzelstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich der in den Artikeln 18, 19, 21, 22, 23 und 24 genannten Verfahren anwenden.

g) Artikel 20 findet keine Anwendung.

h) Abweichend von Artikel 66 Absatz 1 darf der Gehalt an flüchtiger Säure bei folgenden in Österreich nach besonderen Verfahren hergestellten Qualitätsweinen 18 Milliäquivalent pro Liter, jedoch nicht 22 Milliäquivalent pro Liter überschreiten: "Ausbruch", "Beerenauslese", "Trockenbeerenauslese", "Eiswein" und "Strohwein".

i) Die Artikel 70, 75, 76, 80 und 85 finden keine Anwendung.

j) Artikel 78 fällt unter Nummer 3 des Protokolls 1.

k) Anhang I wird wie folgt ergänzt:

   a) "Strohwein": das Erzeugnis mit Ursprung in Österreich, das gemäß Artikel 17 Absatz 3 Unterabsatz 1 des Österreichischen Weingesetzes von 1985 hergestellt wird.

   b) Gemäß Anhang I Nummer 3 in Gärung befindlicher Traubenmost kann eine der folgenden Bezeichnungen tragen:

      - "Sturm", wenn er aus Österreich stammt,

- "Federweiss" oder "Federweisser", wenn er aus der Schweiz oder Liechtenstein stammt.

Aus technischen Gründen darf der vorhandene Alkoholgehalt in vol % jedoch ausnahmsweise drei Fünftel des Gesamtalkoholgehalts in vol % überschreiten.

c) Der Begriff "Tafelwein" und die entsprechenden Bezeichnungen gemäß Nummer 13 werden nicht für Weine mit Ursprung in Österreich verwendet.

l) Die Anhänge III, V und VII finden keine Anwendung.

m) Im Sinne von Anhang IV gehören Österreich, die Schweiz und Liechtenstein zur Weinbauzone B.

n) Abweichend von Anhang VI

- darf Österreich das allgemeine Verbot von Sorbinsäure aufrechterhalten,

- dürfen Norwegen und Schweden das allgemeine Verbot von Metaweinsäure aufrechterhalten,

- dürfen Weine mit Ursprung in Österreich, Liechtenstein und der Schweiz nach Maßgabe der jeweiligen Weingesetze mit Silberchlorid behandelt werden.

16. **387 R 0823:** Verordnung (EWG) Nr. 823/87 des Rates vom 16. März 1987 zur Festlegung besonderer Vorschriften für Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete (ABl. Nr. L 84 vom 27.3.1987, S. 59), geändert durch:

- **389 R 2043:** Verordnung (EWG) Nr. 2043/89 des Rates vom 19. Juni 1989 (ABl. Nr. L 202 vom 14.7.1989, S. 1);

- **390 R 3577:** Verordnung (EWG) Nr. 3577/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 23).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Weinbauerzeugnisse mit Ursprung in den EFTA-Staaten gelten als gleichwertig mit Qualitätsweinen bestimmter Anbaugebiete ("Qualitätsweinen b.A."), sofern sie einzelstaatlichen Rechtsvorschriften entsprechen, die zum Zweck dieses Protokolls mit den Grundsätzen des Artikels 2 der Verordnung übereinstimmen.

Jedoch dürfen die Bezeichnung "Qualitätswein b.A." und die anderen in Artikel 1 Absatz 2 aufgeführten Bezeichnungen für diese Weine nicht verwendet werden.

Die von den weinerzeugenden EFTA-Staaten erstellten Verzeichnisse der Qualitätsweine werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

17. **387 R 1069:** Verordnung (EWG) Nr. 1069/87 der Kommission vom 15. April 1987 mit Durchführungsbestimmungen für die Angabe des Alkoholgehalts auf dem Etikett der Spezialweine (ABl. Nr. L 104 vom 16.4.1987, S. 14).

18. **388 R 3377**: Verordnung (EWG) Nr. 3377/88 der Kommission vom 28. Oktober 1988 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, unter bestimmten Voraussetzungen eine zusätzliche Erhöhung des Alkoholgehalts bestimmter Weine und bestimmter zur Weinherstellung vorgesehener Erzeugnisse zu gestatten (ABl. Nr. L 296 vom 29.10.1988, S. 69).

19. **388 R 4252**: Verordnung (EWG) Nr. 4252/88 des Rates vom 21. Dezember 1988 über die Herstellung und Vermarktung von in der Gemeinschaft erzeugten Likörweinen (ABl. Nr. L 373 vom 31.12.1988, S. 59), geändert durch:

- **390 R 1328**: Verordnung (EWG) Nr. 1328/90 des Rates vom 14. Mai 1990 (ABl. Nr. L 132 vom 25.3.1990, S. 24).

20. **389 R 0986**: Verordnung (EWG) Nr. 986/89 der Kommission vom 10. April 1989 über die Begleitpapiere für den Transport von Weinbauerzeugnissen und die im Weinsektor zu führenden Ein- und Ausgangsbücher (ABl. Nr. L 106 vom 18.4.1989, S. 1); geändert durch:

- **389 R 2600**: Verordnung (EWG) Nr. 2600/89 der Kommission vom 25. August 1989 (ABl. Nr. L 261 vom 29.8.1989, S. 15);

- **390 R 2246**: Verordnung (EWG) Nr. 2246/90 der Kommission vom 31. Juli 1990 (ABl. Nr. L 203 vom 1.8.1990, S. 50);

- **390 R 2776**: Verordnung (EWG) Nr. 2776/90 der Kommission vom 27. September 1990 (ABl. Nr. L 267 vom 29.9.1990, S. 30);

- **391 R 0592**: Verordnung (EWG) Nr. 592/91 der Kommission vom 12. März 1991 (ABl. Nr. L 66 vom 13.3.1991, S. 13).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 10 Absatz 4 und Titel II finden keine Anwendung.

21. **389 R 2202**: Verordnung (EWG) Nr. 2202/89 der Kommission vom 20. Juli 1989 zur Definition von Verschnitt, Weinbereitung, Abfüller und Abfüllung (ABl. Nr. L 209 vom 21.7.1989, S. 31).

22. **389 R 2392**: Verordnung (EWG) Nr. 2392/89 des Rates vom 24. Juli 1989 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Bezeichnung und Aufmachung der Weine und der Traubenmoste (ABl. Nr. L 232 vom 9.8.1989, S. 13), geändert durch:

- **389 R 3886**: Verordnung (EWG) Nr. 3886/89 des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 378 vom 27.12.1989, S. 12).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Für Weinbauerzeugnisse mit Ursprung in Österreich, der Schweiz und Liechtenstein gelten die Bezeichnungsvorschriften von Kapitel II anstelle von Kapitel I.

b) Gemäß Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe d werden die Bezeichnung "Tafelwein" oder "Landwein" oder andere entsprechende Bezeichnungen zusammen mit dem Namen des Ursprungslandes angegeben.

c) Für Tafelwein mit Ursprung in der Schweiz bzw. in Liechtenstein darf der Begriff "Landwein", "Vin de pays" oder "Vino tipico" verwendet werden, sofern der betreffende Erzeugerstaat Vorschriften für die Verwendung dieses Begriffs erlassen hat, die mindestens folgende Bedingungen umfassen:

- einen besonderen geographischen Bezug;
- bestimmte Anforderungen an die Herstellung, insbesondere hinsichtlich der Rebsorten, des natürlichen Mindestalkoholgehalts in Volumenprozenten und der organoleptischen Merkmale.

23. **389 R 3677**: Verordnung (EWG) Nr. 3677/89 des Rates vom 7. Dezember 1989 über den Gesamtalkoholgehalt und Gesamtsäuregehalt bestimmter eingeführter Qualitätsweine und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2931/80 (ABl. Nr. L 360 vom 9.12.1989, S. 1), geändert durch:

- **390 R 2178**: Verordnung (EWG) Nr. 2178/90 des Rates vom 24. Juli 1990 (ABl. Nr. L 198 vom 28.7.1990, S. 9).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c finden keine Anwendung.

24. **390 R 0743**: Verordnung (EWG) Nr. 743/90 der Kommission vom 28. März 1990 über eine Ausnahme in bezug auf den Gehalt bestimmter Weine an flüchtiger Säure (ABl. Nr. L 82 vom 29.3.1990, S. 20).

25. **390 R 2676**: Verordnung (EWG) Nr. 2676/90 der Kommission vom 17. September 1990 zur Festlegung gemeinsamer Analysemethoden für den Weinsektor (ABl. Nr. L 272 vom 3.10.1990, S. 1).

26. **390 R 3201**: Verordnung (EWG) Nr. 3201/90 der Kommission vom 16. Oktober 1990 über Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Aufmachung der Weine und der Traubenmoste (ABl. Nr. L 309 vom 8.11.1990, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 28 vom 2.2.1991, S. 47.

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 3 Unterabsatz 1 zweiter Gedankenstrich werden die Begriffe "Weinhauer" und "Hauer" hinzugefügt.

b) In Anhang I Nummer 4 (Österreich) werden folgende Angaben hinzugefügt:
" - Strohwein
- Qualitätswein".

c) In Anhang I Nummer 12 (Schweiz) werden folgende Angaben hinzugefügt:
" - La Gerle
- appellation d'origine controlée
- appellation d'origine".

d) In Anhang II Nummer 17 (Schweiz) Buchstabe A werden folgende Angaben hinzugefügt:

"19. Kanton Jura
Name des örtlichen Verwaltungsgebiets:
Buix".

e) Anhang II wird wie folgt ergänzt:

"23. LIECHTENSTEIN

Weine, die den Namen eines der folgenden Weinbaugebiete, aus dem sie stammen, tragen:
- Balzers
- Bendern
- Eschen
- Mauren
- Schaan
- Triesen
- Vaduz."

f) In Anhang IV wird Nummer 17 (Schweiz) folgendermaßen ergänzt:

i) Die linke Spalte wird um folgende Sorten ergänzt:

" - Rèze
- Kerner
- Charmont
- Bacchus
- Gamay
- Humagne rouge
- Cornalin
- Cabernet franc
- Diolinoir
- Gamaret
- Granoir".

ii) In der rechten Spalte wird der Name "Humagne blanche" als Synonym für "Humagne" eingefügt.

g) Anhang V Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

"4. In Österreich folgende Weine der Anbaugebiete Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Wien:
- Qualitätsweine aus den Rebsorten Gewürztraminer und Muskat-Ottonel,
- Beerenauslese, Trockenbeerenauslese, Eiswein, Strohwein, Ausbruch".

27. **390 R 3220**: Verordnung (EWG) Nr. 3220/90 der Kommission vom 7. November 1990 mit Durchführungsvorschriften für bestimmte önologische Verfahren gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 (ABl. Nr. L 308 vom 8.11.1990, S. 22).

28. **390 R 3825**: Verordnung (EWG) Nr. 3825/90 der Kommission vom 19. Dezember 1990 betreffend die in Portugal im Weinsektor vom 1. Januar bis 1. September 1991 geltenden Übergangsmaßnahmen (ABl. Nr. L 366 vom 29.12.1990, S. 56).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Artikel 2, 4 und 5 finden keine Anwendung.

PROTOKOLL 48

ZU DEN ARTIKELN 105 UND 111

Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses gemäß den Artikeln 105 und 111 dürfen nicht die Rechtsprechungspraxis des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften beeinträchtigen.

PROTOKOLL 49

BETREFFEND CEUTA UND MELILLA

Bei der Einfuhr von unter das Abkommen fallenden Waren mit Ursprung im EWR nach Ceuta und Melilla gilt in jeder Hinsicht die gleiche Zollregelung, wie sie aufgrund des Protokolls 2 der Akte über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften auf Waren mit Ursprung im Zollgebiet der Gemeinschaft angewandt wird.

Die EFTA-Staaten wenden bei der Einfuhr von unter dieses Abkommen fallenden Waren mit Ursprung in Ceuta und Melilla die gleiche Zollregelung an wie für Waren mit Ursprung im EWR, die von dort eingeführt werden.

ANHANG I

TIERGESUNDHEIT UND PFLANZENSCHUTZ

Liste nach Artikel 17

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

In bezug auf die in diesem Anhang genannten Rechtsakte werden die Schweiz und Liechtenstein als ein Gebiet betrachtet.

I. TIERGESUNDHEIT

1. a) Die Bestimmungen über Beziehungen zu Drittländern in den Rechtsakten, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen werden, sind nicht anwendbar. Es gelten jedoch folgende allgemeinen Grundsätze:

- Die Vertragsparteien wenden für Einfuhren aus Drittländern keine günstigeren als die aus dem Abkommen resultierenden Regeln an.

  Die EFTA-Staaten können jedoch die nationalen Rechtsvorschriften über Stoffe mit hormonaler oder thyreostatischer Wirkung für Einfuhren aus Drittländern beibehalten.

- Beim Handel zwischen EFTA-Staaten oder zwischen einem EFTA-Staat und der Gemeinschaft müssen Tiere und Erzeugnisse aus Drittländern oder teilweise oder gänzlich daraus hergestellte Erzeugnisse den für Drittländer geltenden Regelungen der einführenden Vertragspartei entsprechen.

  Die ausführende Vertragspartei sorgt dafür, daß die zuständige Behörde in jedem Fall die notwendigen Maßnahmen trifft, um sicherzustellen, daß dieser Absatz eingehalten wird.

b) Die Vertragsparteien werden die Frage im Laufe des Jahres 1995 überprüfen.

2. Die Bestimmungen über Grenzkontrollen, Tierschutz und Finanzierungsregelungen in den Rechtsakten, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen wird, sind nicht anwendbar. Die Vertragsparteien werden die Frage im Laufe des Jahres 1995 überprüfen.

3. Damit die EFTA-Überwachungsbehörde die notwendigen Maßnahmen treffen kann, werden die Rechtsakte, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen wird, für die Zwecke dieses Abkommens erst neun Monate nach dem Inkrafttreten des Abkommens, spätestens jedoch ab 1. Januar 1994, angewandt.

4. Die Rechtsakte, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen wird, gelten - außer den Richtlinien 91/67/EWG, 91/492/EWG und 91/493/EWG - nicht für Island. Die übrigen Vertragsparteien dürfen beim Handel mit Island ihre für Drittländer geltenden Regelungen für diejenigen Bereiche beibehalten, die nicht unter die genannten Rechtsakte fallen. Die Vertragsparteien werden die Frage im Laufe des Jahres 1995 überprüfen.

5. Unbeschadet der Übernahme der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften über BSE in dieses Abkommen und in Erwartung der Ergebnisse der laufenden Beratungen, die so bald wie möglich zu einer umfassenden Einigung über die Anwendung dieser Rechtsvorschriften durch die EFTA-Staaten führen sollen, dürfen die EFTA-Staaten die nationalen Regelungen anwenden. Sie verpflichten sich jedoch, auf objektiven Kriterien beruhende transparente nationale Regelungen in nicht-diskriminierender Weise anzuwenden. Diese nationalen Regelungen werden der Europäischen Gemeinschaft gemäß den Regeln in Protokoll 1 Nummer 4 bei Inkrafttreten des Abkommens übermittelt. Die Gemeinschaft behält sich das Recht vor, im Handel mit dem betreffenden EFTA-Staat gleichartige Regelungen anzuwenden. Die Vertragsparteien werden die Lage im Jahre 1995 überprüfen.

6. Unbeschadet der Übernahme der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften über die neue Schweinekrankheit in dieses Abkommen und in Erwartung der Ergebnisse der laufenden Beratungen, die so bald wie möglich zu einer umfassenden Einigung über die Anwendung dieser Rechtsvorschriften durch Norwegen führen sollen, darf Norwegen seine eigenen Schutzmaßnahmen für lebende Schweine, Frischfleisch, Fleischerzeugnisse und Schweinesamen anwenden, die auf einer Begriffsbestimmung der nicht betroffenen Regionen beruhen. Die übrigen Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, im Handel mit Norwegen gleichartige Regelungen anzuwenden. Die Vertragsparteien werden die Lage im Laufe des Jahres 1995 überprüfen.

7. Unbeschadet der Übernahme der Richtlinie 91/68/EWG des Rates zur Regelung der tierseuchenrechtlichen Fragen beim innergemeinschaftlichen Verkehr mit Schafen und Ziegen in dieses Abkommen und in Erwartung der Ergebnisse der laufenden Beratungen, die so bald wie möglich zu einer umfassenden Einigung über die Anwendung dieser Rechtsvorschriften durch Finnland, Norwegen und Österreich führen sollen, dürfen diese Vertragsparteien ihre nationalen Regelungen anwenden. Die übrigen Vertragsparteien können ihre für den Handel mit Drittländern in diesem Bereich geltenden Regelungen gegenüber diesen Staaten beibehalten. Die Vertragsparteien werden die Lage im Laufe des Jahres 1995 überprüfen.

8. Unbeschadet der Übernahme der Richtlinie 91/67/EWG des Rates betreffend die tierseuchenrechtlichen Vorschriften für die Vermarktung von Tieren und anderen Erzeugnissen der Aquakultur in dieses Abkommen und in Erwartung der Ergebnisse der laufenden Beratungen, die so bald wie möglich zu einer umfassenden Einigung über die Anwendung dieser Rechtsvorschriften durch Finnland, Island und Norwegen führen sollen, dürfen diese Vertragsparteien ihre nationalen Regelungen über lebende Fische und Krebstiere sowie Eier und Gameten von Fischen und Krebstieren für die Nutzung und Bestandshaltung anwenden. Die übrigen Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, gegenüber diesen Vertragsparteien ihre für den Handel mit Drittländern in den genannten Bereichen geltenden Regelungen anzuwenden. Die Vertragsparteien werden die Lage im Laufe des Jahres 1995 überprüfen.

9. Schutzklausel

1) a) Die Gemeinschaft und die EFTA-Staaten können aufgrund ernsthafter Erwägungen zur Gesundheit von Mensch und Tier übergangsweise Schutzmaßnahmen gemäß ihren eigenen Verfahren für die Verbringung von Tieren oder tierischen Erzeugnissen in ihr Hoheitsgebiet treffen.

Diese Maßnahmen werden allen Vertragsparteien sowie der EG-Kommission und der EFTA-Überwachungsbehörde unverzüglich notifiziert.

b) Innerhalb von 10 Tagen nach dem Datum der Notifizierung finden Beratungen zur Lage statt.

Die EG-Kommission und/oder die EFTA-Überwachungsbehörde treffen im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die notwendigen Maßnahmen, um den Ergebnissen dieser Beratungen angemessen Rechnung zu tragen.

2) Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde können Beratungen über alle Gesichtspunkte der gesundheitlichen Lage für Mensch und Tier abhalten. Absatz 1 Buchstabe b findet Anwendung.

3) a) Die EG-Kommission übermittelt der EFTA-Überwachungsbehörde alle Entscheidungen über Schutzmaßnahmen im innergemeinschaftlichen Handel. Hält die EFTA-Überwachungsbehörde diese Entscheidungen für unangemessen, so findet Absatz 2 Anwendung.

b) Die EFTA-Überwachungsbehörde übermittelt der EG-Kommission alle Entscheidungen über Schutzmaßnahmen im Handel zwischen den EFTA-Staaten. Hält die EG-Kommission diese Entscheidungen für unangemessen, so findet Absatz 2 Anwendung.

10. Kontrollen vor Ort

1) In bezug auf die Durchführung der Bestimmungen betreffend Überprüfungen vor Ort, Kontrollen oder Streitfälle, die den Einsatz von Sachverständigen gemäß diesem Kapitel erfordern, ist die EFTA-Überwachungsbehörde für die EFTA-Staaten verantwortlich.

2) Es gelten folgende Grundsätze:

a) Die Kontrollen werden im Rahmen von Programmen durchgeführt, die denen der Gemeinschaft gleichwertig sind.

b) Die EFTA-Überwachungsbehörde muß für die Kontrollen in den EFTA-Staaten über eine Struktur verfügen, die denen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gleichwertig ist.

c) Für die Kontrollen gelten die gleichen Kriterien.

d) Der Kontrolleur muß seine Kontrollaufgaben unabhängig durchführen.

e) Die Kontrolleure müssen einen vergleichbaren Ausbildungs- und Erfahrungsstand haben.

f) Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde tauschen Informationen über die Kontrollen aus.

g) Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde koordinieren die Folgemaßnahmen zu den Kontrollen.

3) Die notwendigen Regeln zur Durchführung der Bestimmungen betreffend Überprüfungen vor Ort, Kontrollen oder Streitfälle, die den Einsatz von Sachverständigen gemäß diesem Kapitel erfordern, werden in enger Zusammenarbeit zwischen der EG-Kommission und der EFTA-Überwachungsbehörde festgelegt.

4) Die Regeln betreffend Überprüfungen vor Ort, Kontrollen oder Streitfälle, die den Einsatz von Sachverständigen gemäß diesem Kapitel erfordern, gelten nur für Rechtsakte oder Teile von Rechtsakten, die von den EFTA-Staaten angewendet werden.

11. Bestimmung der gemeinsamen Referenzlaboratorien

Unbeschadet der finanziellen Auswirkungen gelten die gemeinschaftlichen Referenzlaboratorien als Referenzlaboratorien für alle Vertragspartner.

Über die Festlegung der Arbeitsbedingungen finden Konsultationen der Vertragsparteien statt.

12. Der Wissenschaftliche Veterinärausschuß

Die EG-Kommission benennt zusätzlich zu der in Artikel 3 des Beschlusses 81/651/EWG des Rates [1] festgelegten Anzahl Personen für jeden Bereich gemäß Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 3 des Beschlusses zwei hochqualifizierte Wissenschaftler aus den EFTA-Staaten, die vollständig in die Arbeit des Wissenschaftlichen Veterinäraussschusses einbezogen werden. Sie nehmen nicht an den Abstimmungen teil und ihre Stellungnahmen werden getrennt aufgezeichnet.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. GRUNDVORSCHRIFTEN

1.1. TIERGESUNDHEIT

1.1.1. **Handel und Inverkehrbringen**

Rinder/Schweine

1. **364 L 0432:** Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen (ABl. Nr. 121 vom 29.7.1964, S. 1977/64), geändert durch:

   - **366 L 0600:** Richtlinie 66/600/EWG des Rates vom 25. Oktober 1966 (ABl. Nr. 124 vom 27.10.1966, S. 3294/66)

   - **371 L 0285:** Richtlinie 71/285/EWG des Rates vom 19. Juli 1971 (ABl. Nr. L 179 vom 9.8.1971, S. 1)

   - **1 72 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 76)

   - **372 L 0445:** Richtlinie 72/445/EWG des Rates vom 28. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 298 vom 31.12.1972, S. 49)

(1) ABl. Nr. L 233 vom 19.8.1981, S. 32.

- **373 L 0150:** Richtlinie 73/150/EWG des Rates vom 5. Juni 1973 (ABl. Nr. L 172 vom 28.6.1973, S. 18)

- **377 L 0098:** Richtlinie 77/98/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 81)

- **379 L 0109:** Richtlinie 79/109/EWG des Rates vom 24. Januar 1979 (ABl. Nr. L 29 vom 3.2.1979, S. 20)

- **379 L 0111:** Richtlinie 79/111/EWG des Rates vom 24. Januar 1979 (ABl. Nr. L 29 vom 3.2.1979, S. 26)

- **380 L 0219:** Richtlinie 80/219/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 (ABl. Nr. L 47 vom 21.2.1980, S. 25)

- **380 L 1098:** Richtlinie 80/1098/EWG des Rates vom 11. November 1980 (ABl. Nr. L 325 vom 1.12.1980, S. 11)

- **380 L 1274:** Richtlinie 80/1274/EWG des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 75)

- **381 L 0476:** Richtlinie 81/476/EWG des Rates vom 24. Juni 1981 (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1981, S. 20)

- **382 L 0061:** Richtlinie 82/61/EWG des Rates vom 26. Januar 1982 (ABl. Nr. L 29 vom 6.2.1982, S. 13)

- **382 L 0893:** Richtlinie 82/893/EWG des Rates vom 21. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 57)

- **383 L 0642:** Richtlinie 83/642/EWG des Rates vom 12. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 358 vom 22.12.1983, S. 41)

- **383 L 0646:** Richtlinie 83/646/EWG des Rates vom 13. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 360 vom 23.12.1983, S. 44)

- **384 L 0336:** Richtlinie 84/336/EWG des Rates vom 19. Juni 1984 (ABl. Nr. L 177 vom 4.7.1984, S. 22)

- **384 L 0643:** Richtlinie 84/643/EWG des Rates vom 11. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 339 vom 27.12.1984, S. 27)

- **384 L 0644:** Richtlinie 84/644/EWG des Rates vom 11. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 339 vom 27.12.1984, S. 30)

- **385 L 0320:** Richtlinie 85/320/EWG des Rates vom 12. Juni 1985 (ABl. Nr. L 168 vom 28.6.1985, S. 36)

- **385 L 0586:** Richtlinie 85/586/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 44)

- **387 D 0231:** Entscheidung 87/231/EWG des Rates vom 7. April 1987 (ABl. Nr. L 99 vom 11.4.1987, S. 18)

- **387 L 0489:** Richtlinie 87/489/EWG des Rates vom 22. September 1987 (ABl. Nr. L 280 vom 3.10.1987, S. 28)

- **388 L 0406:** Richtlinie 88/406/EWG des Rates vom 14. Juni 1988 (ABl. Nr. L 194 vom 22.7.1988, S. 1)

- **389 L 0360:** Richtlinie 89/360/EWG des Rates vom 30. Mai 1989 (ABl. Nr. L 153 vom 6.6.1989, S. 29)

- **389 D 0469:** Entscheidung 89/469/EWG der Kommission vom 28. Juli 1989 (ABl. Nr. L 225 vom 3.8.1989, S. 51)

- **389 L 0662:** Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

- **390 L 0422:** Richtlinie 90/422/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 9)

- **390 L 0423:** Richtlinie 90/423/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 13)

- **390 L 0425:** Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 29)

- **391 D 0013:** Entscheidung 91/13/EWG der Kommission vom 17. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 8 vom 11.1.1991, S. 26)

- **391 D 0177:** Entscheidung 91/177/EWG der Kommission vom 26. März 1991 (ABl. Nr. L 86 vom 6.4.1991, S. 32)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 2 Buchstabe o über die Gebiete werden folgende Gedankenstriche hinzugefügt:

"- in Österreich: "Bundesland",
- in Finnland: "Lääni/Län",
- in Liechtenstein: Liechtenstein,
- in Norwegen: "Fylke",
- in Schweden: "Län",
- in der Schweiz: "Kanton/Canton/Cantone"".

b) Artikel 4 Buchstabe b findet keine Anwendung. Neue Rechtsvorschriften werden nach dem Verfahren dieses Abkommens erlassen.

c) In Artikel 10 Absatz 2 letzter Satz werden die Daten "1. Juli 1991" und "1. Januar 1992" für die EFTA-Staaten durch die Daten "1. Januar 1993" und "1. Juli 1993" ersetzt.

d) In Anlage B Nummer 12 werden nachstehende staatliche Institute angefügt, die mit der amtlichen Prüfung der Tuberkuline beauftragt sind:

m)	Österreich:	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung, Mödling
n)	Finland:	Veterinærinstituttet, Oslo
o)	Norwegen:	Veterinærinstituttet, Oslo
p)	Schweden:	Institut des Versorgungslandes
q)	Schweiz/ Liechtenstein:	Eidgenössisches Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe, Mittelhäusern

e) In Anlage C Nummer 9 werden nachstehende staatliche Institute angefügt, die mit der amtlichen Prüfung der Antigene beauftragt sind:

m)	Österreich:	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung, Mödling
n)	Finland:	Veterinærinstituttet, Oslo
o)	Norwegen:	Veterinærinstituttet, Oslo
p)	Schweden:	Statens veterinärmedicinska anstalt, Uppsala
q)	Schweiz/ Liechtenstein:	Institut für Veterinär-Bakteriologie, Bern

f) In Anlage F

Muster I Fußnote 4,
Muster II Fußnote 5,
Muster III Fußnote 4 und
Muster IV Fußnote 5
werden folgende Bezeichnungen der tierärztlichen Dienste angefügt:

m)	in Österreich:	Amtstierarzt,
n)	in Finnland:	Kunnaneläinlääkäri/Kaupungineläinlääkäri oder Läänineläinlääkäri Kommunalveterinär/Stadsveterinär/Länsveterinär
o)	in Norwegen:	Distriktsveterinær
p)	in Schweden:	Gränsveterinär/Distriktsveterinär
q)	in der Schweiz/ in Liechtenstein:	Kontrolltierarzt/Vétérinaire de contrôle/Veterinario di controllo

g) In Anlage G Buchstabe A Nummer 2 werden nachstehende amtliche Institute angefügt:

m)	Österreich:	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung, Mödling
n)	Finland:	Valtion eläinlääketieteellinen laitos, Helsinki/Statens veterinärmedicinska anstalt, Helsingfors
o)	Norwegen:	Veterinærinstituttet, Oslo
p)	Schweden:	Statens veterinärmedicinska anstalt, Uppsala
q)	Schweiz/ Liechtenstein:	Eidgenössisches Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe, Mittelhäusern

Schafe/Ziegen

2. **391 L 0068**: Richtlinie 91/68/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 zur Regelung tierseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Verkehr mit Schafen und Ziegen (ABl. Nr. L 46 vom 19.2.1991, S. 19).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2 Nummer 3 erhält folgende Fassung:

"Haltung: landwirtschaftliche Betriebe oder Räumlichkeiten eines Händlers gemäß den Definitionen des geltenden nationalen Rechts, die sich im Hoheitsgebiet eines EG-Mitgliedstaats oder eines EFTA-Staates befinden und in dem Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, lebendes Geflügel und Hauskaninchen üblicherweise gehalten oder untergebracht werden, sowie Betriebe gemäß der Definition des Artikels 2 Buchstabe a der Richtlinie 90/426/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Verbringen von Equiden und für ihre Einfuhr aus Drittländern" (2).

b) Artikel 2 Nummer 9 erhält folgende Fassung:

"zugelassener Markt bzw. zugelassene Sammelstelle: jeder Ort, der keine Haltung ist, an dem Schafe oder Ziegen verkauft, gekauft und/oder zusammengetrieben oder verladen werden, und der Artikel 3 Absatz 7 der Richtlinie 64/432/EWG des Rates entspricht und der zugelassen wurde".

c) Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

"muß in einer Weise gekennzeichnet und registriert sein, daß der Herkunfts- oder Transitbetrieb, das Zentrum oder die Einrichtung festzustellen sind. Die EFTA-Staaten verpflichten sich, ihr Kennzeichnungssystem mit der EG zu koordinieren."

Die EFTA-Staaten treffen bis zum 1. September 1993 alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Kennzeichnungs- und Registrierungssysteme für den Handel innerhalb des EWR auf die Verbringung von Tieren innerhalb ihrer Hoheitsgebiete ausgedehnt werden. Die nationalen Kennzeichnungs- und Registrierungssysteme sind der EFTA-Überwachungsbehörde bis zum 1. Juli 1993 zu notifizieren.

(2) ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 42.

d) Artikel 4 Absatz 2 erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

"- im Rahmen eines nationalen Programms zur Tilgung der nicht in folgender Liste oder in Anhang B Kapitel I zu dieser Richtlinie aufgeführten Krankheiten geschlachtet werden müßten:

- Maul- und Klauenseuche (MKS)
- Klassische Schweinepest (ESP)
- Afrikanische Schweinepest (ASP)
- Vesikuläre Schweinekrankheit
- Newcastle-Krankheit (ND)
- Rinderpest
- Pest der kleinen Wiederkäuer
- Vesikuläre Stomatitis (VS)
- Blauzungenkrankheit
- Afrikanische Pferdepest
- Infektiöse Enzephalomyelitis des Pferdes
- Teschen-Krankheit
- Geflügelpest
- Schaf- und Ziegenpocken
- Knotenausschlag der Rinder
- Rifttalfieber
- Infektiöse Rinderpleuropneumonie."

e) Artikel 4 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

"- aus gesundheitlichen oder tierseuchenrechtlichen Gründen in ihrem eigenen Gebiet nicht vermarktet werden dürfen."

f) Artikel 6 Buchstabe b Ziffer i erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

"aus einer Haltung stammen, die unter Berücksichtigung folgender Anforderungen regelmäßig von den Veterinärbehörden untersucht wird:

Unbeschadet der Kontrollaufgaben, die dem amtlichen Tierarzt im Rahmen dieses Abkommens übertragen werden, überwacht die zuständige Behörde die Haltungen, zugelassenen Märkte und Sammelstellen sowie Zentren oder Einrichtungen, um sich zu vergewissern, daß die für den Handel bestimmten Tiere und tierischen Erzeugnisse dieser Richtlinie entsprechen und insbesondere die Bedingungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a über die Kennzeichnung und Registrierung erfüllen sowie bis zum Bestimmungsort/zu den Bestimmungsorten von einer Gesundheitsbescheinigung gemäß dieser Richtlinie begleitet werden."

g) In Artikel 8 Absatz 2 letzter Satz werden die Daten "1. Januar 1992" und "1. Juli 1992" für die EFTA-Staaten durch die Daten "1. Januar 1993" und "1. Juli 1993" ersetzt.

h) Artikel 10 findet keine Anwendung.

i) In Anhang A Kapitel 2 Buchstabe D Nummer 2 erhält der erste Satz folgende Fassung:

"bis zum 1. September 1993 nur Schafe oder Ziegen aufgenommen werden, die aus einer anderen Haltung als den unter Nummer 1 genannten stammen und folgende Bedingungen erfüllen:"

j) Anhang C erhält folgende Fassung:

"Testverfahren für die Untersuchung auf Brucellose (B. melitensis)

Soll eine Haltung als brucellosefrei anerkannt werden, wird die dazu erforderliche Untersuchung auf Brucellose (B. melitensis) mittels des Rose-Bengal-Tests oder durch die in nachstehenden Nummern 1 und 2 beschriebene Komplementbindungsreaktion oder jeder anderen Methode, die nach dem in Artikel 15 dieser Richtlinie genannten Verfahren anerkannt wurde, durchgeführt. Die Komplementbindungsreaktion wird nur bei der Untersuchung einzelner Tiere angewendet.

1. Rose-Bengal-Test

Der Rose-Bengal-Test kann bei Reihenuntersuchungen in Schafoder Ziegenhaltungen eingesetzt werden, um die Haltungen als amtlich brucellosefrei oder als brucellosefrei anzuerkennen.

2. Komplementbindungsreaktion

a) Die Komplementbindungsreaktion ist bei der Untersuchung einzelner Tiere anzuwenden.

b) Die Komplementbindungsreaktion kann bei der Untersuchung von Schaf- und Ziegenhaltungen angewandt werden, um die Haltungen als amtlich brucellosefrei oder als brucellosefrei anzuerkennen.

Fällt der Rose-Bengal-Test bei mehr als 5 % der Tiere einer Haltung positiv aus, so muß jedes Tier der Haltung zusätzlich einer Untersuchung mittels Komplementbindungsreaktion unterzogen werden.

Bei der Komplementbindungreaktion ist ein Serum, das mindestens 20 ICTF-Einheiten pro ml enthält, als positiv anzusehen.

Die verwendeten Antigene müssen von dem nationalen Laboratorium zugelassen und gegenüber dem zweiten internationalen Brucella-abortus-Standardserum eingestellt worden sein."

k) In Anhang E finden keine Anwendung:

Muster I, III Buchstabe b und V Buchstabe e dritter Gedankenstrich,
Muster II, II Buchstabe b und V Buchstabe f dritter Gedankenstrich sowie
Muster III, II Buchstabe b und V Ziffer i dritter Gedankenstrich.

Equide

3. **390 L 0426**: Richtlinie 90/426/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Verbringen von Equiden und für ihre Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 42).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 9 findet keine Anwendung.

b) In Anhang C wird Fußnote 1 wie folgt ergänzt:

Österreich:	Amtstierarzt
Finnland:	Kunnaneläinlääkäri/Kaupungineläinlääkäri oder Lääninеläinlääkäri
	Kommunalveterinär/Stadsveterinär oder Länsveterinär
Norwegen:	Distriktveterinär
Schweden:	Gränsveterinär oder Distriktveterinär
Schweiz/ Liechtenstein:	Kontrolltierarzt/Vétérinaire de contrôle/Veterinario di controllo

Geflügel/Bruteier

4. **390 L 0539**: Richtlinie 90/539/EWG des Rates vom 15. Oktober 1990 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit Geflügel und Bruteiern für ihre Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 303 vom 31.10.1990, S. 6)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 3 Absatz 1 erster Satz wird das Datum "1. Juli 1991" für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. Juli 1993" ersetzt.

b) Für die Zwecke von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b sind die Vermarktungsvorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 1868/77 der Kommission [3] maßgeblich. Bei der Durchführung dieser Vorschriften gelten für die EFTA-Staaten folgende Abkürzungen:

AT für Österreich
FI für Finnland
NO für Norwegen
SE für Schweden
CH oder FL für die Schweiz/Liechtenstein.

(3) ABl. Nr. L 209 vom 17.8.1977, S. 1.

c) In Artikel 13 Absatz 2 zweiter Unterabsatz werden die Daten "1. Juli 1991" und "1. Januar 1992" für die EFTA-Staaten durch die Daten "1. Januar 1993" und "1. Juli 1993" ersetzt.

d) In Artikel 14 Absatz 2 letzter Satz werden die Daten "1. Juli 1991" und "1. Januar 1992" für die EFTA-Staaten durch die Daten "1. Januar 1993" und "1. Juli 1993" ersetzt.

e) Artikel 29 findet keine Anwendung.

f) Artikel 30 findet keine Anwendung.

g) In Anhang I werden nachstehende nationale Referenzlabors für die Geflügelkrankheiten angefügt:

Österreich:	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, Wien-Hetzendorf
Finnland:	Valtion eläinlääketieteellinen laitos, Helsinki/ Statens veterinärmedicinska anstalt, Helsingfors
Norwegen:	Veterinærinstituttet, Oslo
Schweden:	Statens veterinärmedicinska anstalt, Uppsala
Schweiz/ Liechtenstein:	Eidgenössisches Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe, Mittelhäusern

h) Der Bezug auf die Verordnung (EWG) Nr. 2782/75 in Anhang II Kapitel I Nummer 2 findet keine Anwendung.

Aquakultur

5. **391 L 0067**: Richtlinie 91/67/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 betreffend die tierseuchenrechtlichen Vorschriften für die Vermarktung von Tieren und anderen Erzeugnissen der Aquakultur (ABl. Nr. L 46 vom 19.2.1991, S. 1)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 16 findet keine Anwendung.

Embryonen von Rindern

6. **389 L 0556**: Richtlinie 89/556/EWG des Rates vom 25. September 1989 über viehseuchenrechtliche Fragen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Embryonen von Hausrindern und ihrer Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 302 vom 19.10.1989, S. 1), geändert durch:

   - **390 L 0425**: Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 29)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 14 findet keine Anwendung.

Samen von Rindern

7. **388 L 0407:** Richtlinie 88/407/EWG des Rates vom 14. Juni 1988 zur Festlegung der tierseuchenrechtliche Anforderungen an den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit gefrorenem Samen von Rindern und an dessen Einfuhr (ABl. Nr. L 194 vom 22.7.1988, S. 10), geändert durch:

   - **390 L 0120:** Richtlinie 90/120/EWG des Rates vom 5. März 1990 (ABl. Nr. L 71 vom 17.3.1990, S. 37)

   - **390 L 0425:** Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 29)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 15 findet keine Anwendung.

Samen von Schweinen

8. **390 L 0429:** Richtlinie 90/429/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierseuchenrechtliche Anforderungen an den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Samen von Schweinen und an dessen Einfuhr (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1988, S. 62)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 6 Absatz 2 findet keine Anwendung.

   b) Artikel 14 findet keine Anwendung.

   c) Artikel 15 findet keine Anwendung.

Frisches Fleisch

9. **372 L 0461:** Richtlinie 72/461/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch (ABl. Nr. L 302 vom 31.12.1972, S. 24), geändert durch:

   - **377 L 0098:** Richtlinie 77/98/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 81)

   - **380 L 0213:** Richtlinie 80/213/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 (ABl. Nr. L 47 vom 21.2.1980, S. 1)

- **380 L 1099**: Richtlinie 80/1099/EWG des Rates vom 11. November 1980 (ABl. Nr. L 325 vom 1.12.1980, S. 14)

- **381 L 0476**: Richtlinie 81/476/EWG des Rates vom 24. Juni 1981 (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1981, S. 20)

- **382 L 0893**: Richtlinie 82/893/EWG des Rates vom 21. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 57)

- **383 L 0646**: Richtlinie 83/646/EWG des Rates vom 13. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 360 vom 23.12.1983, S. 44)

- **384 L 0336**: Richtlinie 84/336/EWG des Rates vom 19. Juni 1984 (ABl. Nr. L 177 vom 4.7.1984, S. 22)

- **384 L 0643**: Richtlinie 84/643/EWG des Rates vom 11. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 339 vom 27.12.1984, S. 27)

- **385 L 0322**: Richtlinie 85/322/EWG des Rates vom 12. Juni 1985 (ABl. Nr. L 168 vom 28.6.1985, S. 41)

- **387 L 0064**: Richtlinie 87/64/EWG des Rates vom 30. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 34 vom 5.12.1987, S. 52)

- **387 D 0231**: Entscheidung 87/231/EWG des Rates vom 7. April 1987 (ABl. Nr. L 99 vom 11.4.1987, S. 18)

- **387 L 0489**: Richtlinie 87/489/EWG des Rates vom 22. September 1987 (ABl. Nr. L 280 vom 3.10.1987, S. 28)

- **389 L 0662**: Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

- **391 L 0266**: Richtlinie 91/266/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 (ABl. Nr. L 134 vom 29.5.1991, S. 45)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 1 wird der Bezug auf "Anlage I Kapitel IX" durch den Bezug auf "Anlage I Kapitel XI" ersetzt.

b) Für die Anwendung von Artikel 8a Absatz 2 wird der Bezug auf "Artikel 9 der Richtlinie 89/662/EWG des Rates" durch den Bezug auf "Anhang I Kapitel I Nummer 9 des EWR-Abkommens" ersetzt.

c) Artikel 13 a findet keine Anwendung. Neue Rechtsvorschriften werden nach dem Verfahren dieses Abkommens erlassen.

d) Artikel 15 findet keine Anwendung.

e) Im Anhang Nummer 2 dritter Gedankenstrich wird folgende Abkürzung angefügt:

"EFTA".

Geflügelfleisch

10. **391 L 0494:** Richtlinie 91/494/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über die tierseuchenrechtliche Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit frischem Geflügelfleisch und für seine Einfuhr aus Drittländern (ABl. Nr. L 268 vom 24.9.1991, S. 35)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 6 findet keine Anwendung.

Fleischerzeugnisse

11. **380 L 0215:** Richtlinie 80/215/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Fleischerzeugnissen (ABl. Nr. L 47 vom 21.2.1980, S. 4), geändert durch:

- **380 L 1100:** Richtlinie 80/1100/EWG des Rates vom 11. November 1980 (ABl. Nr. L 325 vom 1.12.1980, S. 16)
- **381 L 0476:** Richtlinie 81/476/EWG des Rates vom 24. Juni 1981 (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1981, S. 20)
- **385 L 0321:** Richtlinie 85/321/EWG des Rates vom 12. Juni 1985 (ABl. Nr. L 168 vom 28.6.1985, S. 39)
- **387 L 0491:** Richtlinie 87/491/EWG des Rates vom 22. September 1987 (ABl. Nr. L 279 vom 2.10.1987, S. 27)
- **388 L 0660:** Richtlinie 88/660/EWG des Rates vom 19. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 35)
- **389 L 0662:** Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Für die Anwendung von Artikel 7a Absätze 1 und 2 wird der Bezug auf "Artikel 9 der Richtlinie 89/662/EWG" durch den Bezug auf "Anhang I Kapitel I Nummer 9 des EWR-Abkommens" ersetzt.

b) Artikel 10 findet keine Anwendung. Neue Rechtsvorschriften werden nach dem Verfahren dieses Abkommens erlassen.

c) Artikel 15 findet keine Anwendung.

1.1.2 Seuchenbekämpfungsmaßnahmen

Maul- und Klauenseuche

12. **385 L 0511:** Richtlinie 85/511/EWG des Rates vom 18. November 1985 zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche (ABl. Nr. L 315 vom 26.11.1985, S. 11), geändert durch:

- **390 L 0423:** Richtlinie 90/423/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 13)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang A werden nachstehende zugelassene Einrichtungen angefügt:

Öffentliche Unternehmen

m)	Österreich:	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, Wien
n)	Finnland:	-
o)	Norwegen:	Veterinærinstituttet, Oslo
p)	Schweden:	Statens veterinärmedicinska anstalt, Uppsala
q)	Schweiz/ Liechtenstein:	Eidgenössisches Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe, Mittelhäusern

Privatunternehmen: Keine.

b) In Anhang B werden nachstehende einzelstaatliche Laboratorien angefügt:

m) Österreich:	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, Wien-Hetzendorf
n) Finnland:	Statens veterinære Institut for virusforskning, Lindholm, Dänemark
	Animal Virus Reserach Institute, Pirbright, Woking, Surrey
o) Norwegen:	Statens veterinære Institut for virusforskning, Lindholm, Dänemark
	Animal Virus Reserach Institute, Pirbright, Woking, Surrey
p) Schweden:	Statens veterinärmedicinska anstalt, Uppsala
q) Schweiz/ Liechtenstein:	Eidgenössisches Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe, Mittelhäusern

13. **390 L 0423:** Richtlinie 90/423/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Änderung der Richtlinie 85/511/EWG zur Einführung von Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, der Richtlinie 64/432/EWG zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen und der Richtlinie 72/462/EWG zur Regelung viehseuchenrechtlicher und gesundheitlicher Fragen bei der Einfuhr von Rindern und Schweinen, von frischem Fleisch oder von Fleischerzeugnissen aus Drittländern (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 13)

Klassische Schweinepest

Die Entscheidung 90/678/EWG des Rates vom 13. Dezember 1990, mit der bestimmte Teile des Gebiets der Gemeinschaft als amtlich schweinepestfrei oder als schweinepestfrei anerkannt werden, ist neu gefaßt worden und wird deshalb von den EFTA-Staaten nicht übernommen. Die neuen Gemeinschaftsvorschriften in diesem Bereich werden gemäß den Bestimmungen des Abkommens behandelt werden.

14. **380 L 0217:** Richtlinie 80/217/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 über Maßnahmen der Gemeinschaft zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest (ABl. Nr. L 47 vom 21.2.1980, S. 11), geändert durch:

- **380 L 1274:** Richtlinie 80/1274/EWG des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 75)
- **381 L 0476:** Richtlinie 81/476/EWG des Rates vom 24. Juni 1981 (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1981, S. 20)
- **384 L 0645:** Richtlinie 84/645/EWG des Rates vom 11. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 339 vom 27.12.1984, S. 33)
- **385 L 0586:** Richtlinie 85/586/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 44)
- **387 L 0486:** Richtlinie 87/486/EWG des Rates vom 22. September 1987 (ABl. Nr. L 280 vom 3.10.1987, S. 21)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang II werden nachstehende einzelstaatliche, für die Schweinepest zuständige Laboratorien angefügt:

m)	Österreich:	Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, Wien-Hetzendorf
n)	Finnland:	Statens veterinære Institut for virusforskning, Lindholm, Dänemark
o)	Norwegen:	Statens veterinære Institut for virusforskning, Lindholm, Dänemark
p)	Schweden:	Statens veterinärmedicinska anstalt, Uppsala
q)	Schweiz/ Liechtenstein:	Eidgenössisches Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe, Mittelhäusern

b) Für die Anwendung von Anhang III schaffen die EFTA-Staaten ein vergleichbares Notifizierungs- und Informationssystem, das gemäß Protokoll 1 funktioniert und auf das EG-System abgestimmt wird.

1.1.3 Seuchennotifizierung

15. **382 L 0894:** Richtlinie 82/894/EWG des Rates vom 21. Dezember 1982 über die Mitteilung von Viehseuchen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 58), geändert durch:

    - **389 D 0162:** Entscheidung 89/162/EWG der Kommission vom 10. Februar 1989 (ABl. Nr. L 61 vom 4.3.1989, S. 48)

    - **390 D 0134:** Entscheidung 90/134/EWG der Kommission vom 6. März 1990 (ABl. Nr. L 76 vom 22.3.1990, S. 23)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Die EFTA-Staaten schaffen ein vergleichbares Notifizierungs- und Informationssystem, das gemäß Protokoll 1 des Abkommens funktioniert und grundsätzlich bis zum 1. September 1993 auf das EG-System (ADNS) abgestimmt worden sein muß.

16. **384 D 0090:** Entscheidung 84/90/EWG der Kommission vom 3. Februar 1984 zur Festlegung der Code-Form für die Meldung von Viehseuchen gemäß der Richtlinie 82/894/EWG (ABl. Nr. L 50 vom 21.2.1984, S. 10), geändert durch:

    - **389 D 0163:** Entscheidung 89/163/EWG der Kommission vom 13. Februar 1989 (ABl. Nr. L 61 vom 4.3.1989, S. 49)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Die EFTA-Staaten schaffen ein vergleichbares Notifizierungs- und Informationssystem, das gemäß Protokoll 1 des Abkommens funktioniert und grundsätzlich bis zum 1. September 1993 auf das EG-System (ADNS) abgestimmt worden sein muß.

17. **390 D 0442**: Entscheidung 90/442/EWG der Kommission vom 25. Juli 1990 zur Festlegung der Codes für die Meldung von Viehseuchen (ABl. Nr. L 227 vom 21.8.1990, S. 39).

Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die EFTA-Staaten schaffen ein vergleichbares Notifizierungs- und Informationssystem, das gemäß Protokoll 1 des Abkommens funktioniert und grundsätzlich bis zum 1. September 1993 auf das EG-System (ADNS) abgestimmt worden sein muß.

1.2 ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

Frisches Fleisch

18. **364 L 0433**: Richtlinie 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch (ABl. Nr. 121 vom 29.7.1964, S. 2010/64), geändert durch:

- **391 L 0497**: Richtlinie 91/497/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 (ABl. Nr. L 268 vom 24.9.1991, S. 69).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 4 Abschnitt A erster Satz werden die Daten "1. Januar 1993" und "31. Dezember 1991" für die EFTA-Staaten durch die Daten "1. September 1993" und "31. Dezember 1992" ersetzt.

b) Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i erhält folgende Fassung:

"Tieren, bei denen unbeschadet folgender Krankheiten:

- Maul- und Klauenseuche (MKS),
- Klassische Schweinepest (ESP),
- Afrikanische Schweinepest (ASP),
- Vesikuläre Schweinekrankheit,
- Newcastle-Krankheit (ND),
- Rinderpest,
- Pest der kleinen Wiederkäuer,
- Vesikuläre Stomatitis (VS),
- Blauzungenkrankheit,
- Afrikanische Pferdepest,
- Infektiöse Enzephalomyelitis des Pferdes,
- Teschen-Krankheit,
- Geflügelpest,
- Schaf- und Ziegenpocken,
- Knotenausschlag der Rinder,
- Rifttalfieber,
- Infektiöse Rinderpleuropneumonie,

eine der nachfolgend aufgeführten Krankheiten festgestellt wurde:

- generalisierte Aktinobazillose oder Aktinomykose,
- Milzbrand oder Rauschbrand,
- generalisierte Tuberkulose,
- generalisierte Lymphadenitis,
- Rotz,
- Tollwut,
- Tetanus,
- akute Salmonellose,
- akute Brucellose,
- Rotlauf (Erysipelas),
- Botulismus,
- Septikämie, Pyrämie, Toxämie und Virämie".

c) Für die Zwecke von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a ist die Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Untersuchung von frischem Schweinefleisch auf Trichinen bei der Einfuhr aus Drittländern [4] maßgeblich.

d) Bei der Durchführung von Artikel 6 Absatz 2 trifft der Ständige Ausschuß der EFTA-Staaten bis zum 1. September 1993 die notwendigen Entscheidungen für die EFTA-Staaten.

---

(4) ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 67.

e) In Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 6 lautet der Anfang des letzten Satzes wie folgt:

"Die übrigen Mitgliedstaaten, die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission werden ... unterrichtet".

f) In Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b wird das Datum "1. Juli 1991" für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. Januar 1993" ersetzt.

g) Artikel 18 findet keine Anwendung.

h) In Anhang I Kapitel VI Nummer 26 Buchstabe b werden die Worte "Gemeinschaftsvorschriften über das Wohlbefinden von Tieren" durch die Worte "nationalen Rechtsvorschriften über das Wohlbefinden von Tieren" ersetzt.

i) Für die Zwecke von Anhang I Kapitel VIII Nummer 42 Abschnitt A Absatz 3 dritter Unterabsatz ist Anhang I Ziffer I der Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Untersuchung von frischem Schweinefleisch auf Trichinen bei der Einfuhr aus Drittländern (5) maßgeblich.

j) In Anhang I Kapitel XI Nummer 50 Buchstabe a) erster Gedankenstrich werden folgende Kurzbezeichnungen angefügt:

"- AT - FI - NO - SE - CH - FL".

k) In Anhang I Kapitel XI Nummer 50 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich und Buchstabe b dritter Gedankenstrich wird folgende Abkürzung angefügt:

"EFTA".

19. **391 L 0498**: Richtlinie 91/498/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über die Gewährung von zeitlich und inhaltlich begrenzten Ausnahmen von den besonderen Hygienevorschriften der Gemeinschaft für die Herstellung und das Inverkehrbringen von frischem Fleisch (ABl. Nr. L 268 vom 24.9.1991, S. 105)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 2 Absatz 1 werden die Worte "zum Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Richtlinie" für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. Januar 1993" ersetzt.

(5) ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 67.

b) In Artikel 2 Absatz 2 wird

- das Datum "1. April 1992" in Unterabsatz 1 für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. April 1993" ersetzt;

- das Datum "1. Juli 1992" in Unterabsatz 4 für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. Juli 1993" ersetzt;

- das Datum "1. Januar 1993" in Unterabsatz 5 für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. September 1993" ersetzt.

20. **371 L 0118**: Richtlinie 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971 zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim Handelsverkehr mit frischem Geflügelfleisch (ABl. Nr. L 55 vom 8.3.1971, S. 23), geändert durch:

- **375 L 0431**: Richtlinie 75/431/EWG des Rates vom 10. Juli 1975 (ABl. Nr. L 192 vom 24.7.1975, S. 6)

- **378 L 0050**: Richtlinie 78/50/EWG des Rates vom 13. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 15 vom 19.1.1978, S. 28)

- **380 L 0216**: Richtlinie 80/216/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 (ABl. Nr. L 47 vom 21.2.1980, S. 8)

- **380 L 0879**: Richtlinie 80/879/EWG der Kommission vom 3. September 1980 (ABl. Nr. L 251 vom 24.9.1980, S. 10)

- **381 L 0476**: Richtlinie 81/476/EWG des Rates vom 24. Juni 1981 (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1981, S. 20)

- **384 L 0642**: Richtlinie 84/642/EWG des Rates vom 11. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 339 vom 27.12.1984, S.26)

- **385 L 0324**: Richtlinie 85/324/EWG des Rates vom 12. Juni 1985 (ABl. Nr. L 168 vom 28.6.1985, S. 45)

- **385 L 0326**: Richtlinie 85/326/EWG des Rates vom 12. Juni 1985 (ABl. Nr. L 168 vom 28.6.1985, S. 48)

- **387 R 3805**: Verordnung (EWG) Nr. 3805/87 des Rates vom 15. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 357 vom 19.12.1987, S. 1)

- **388 L 0657**: Richtlinie 88/657/EWG des Rates vom 14. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 3)

- **389 L 0662**: Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

- **390 D 0484**: Entscheidung 90/484/EWG der Kommission vom 27. September 1990 (ABl. Nr. L 267 vom 29.9.1990, S. 45)

- **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

- **391 L 0494**: Richtlinie 91/494/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 (ABl. Nr. L 268 vom 24.9.1991, S. 35)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 4 lautet der letzte Satz wie folgt: "Er teilt den Entzug der Zulassung den anderen Mitgliedstaaten, der EFTA-Überwachungsbehörde und der EG-Kommission mit."

b) Artikel 19 findet keine Anwendung.

c) In Anhang I Kapitel X Nummer 44 Absatz 1 Buchstabe a erster Gedankenstrich werden folgende Kurzbezeichnungen angefügt:

"- AT - FI - NO - SE - CH - FL".

d) In Anhang I Kapitel X Nummer 44 Absatz 1 Buchstabe a dritter Gedankenstrich wird folgende Abkürzung angefügt:

"EFTA"

Fleischerzeugnisse

21. **377 L 0099**: Richtlinie 77/99/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 zur Regelung gesundheitlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Fleischerzeugnissen (ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 85), geändert durch:

- **381 L 0476**: Richtlinie 81/476/EWG des Rates vom 24. Juni 1981 (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1981, S. 20)

- **385 L 0327**: Richtlinie 85/327/EWG des Rates vom 12. Juni 1985 (ABl. Nr. L 168 vom 28.6.1985, S. 49)

- **385 L 0586**: Richtlinie 85/586/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 44)

- **387 R 3805**: Verordnung (EWG) Nr. 3805/87 des Rates vom 15. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 357 vom 19.12.1987, S. 1)

- **388 L 0658**: Richtlinie 88/658/EWG des Rates vom 14. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 15)

- **389 L 0227**: Richtlinie 89/227/EWG des Rates vom 21. März 1989 (ABl. Nr. L 93 vom 6.4.1989, S. 25)

- 389 L 0662: Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 3 lautet der letzte Satz wie folgt: "Ein Entzug der Zulassung wird den anderen Mitgliedstaaten, der EFTA-Überwachungsbehörde und der EG-Kommission mitgeteilt."

b) Artikel 24 findet keine Anwendung.

c) In Anhang A Kapitel VI Nummer 39 Buchstabe a Ziffer i erster Gedankenstrich werden folgende Kurzbezeichnungen angefügt:

"- AT - FI - NO - SE - CH - FL"

d) In Anhang A Kapitel VI Nummer 39 Buchstabe a Ziffer i zweiter Gedankenstrich und Ziffer ii dritter Gedankenstrich wird folgende Abkürzung angefügt:

"EFTA".

Hackfleisch

22. **388 L 0657**: Richtlinie 88/675/EWG des Rates vom 14. Dezember 1988 zur Festlegung der für die Herstellung und den Handelsverkehr geltenden Anforderungen an Hackfleisch, Fleisch in Stücken von weniger als 100 g und Fleischzubereitungen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/433/EWG, 71/118/EWG und 72/462/EWG (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 3), geändert durch:

- **389 L 0662**: Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 7 Absatz 3 lautet der letzte Satz wie folgt: "Die übrigen Mitgliedstaaten, die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission werden über den Entzug der Kennzeichnung gemäß Absatz 1 unterrichtet".

b) Artikel 18 findet keine Anwendung.

Eiprodukte

23. **389 L 0437**: Richtlinie 89/437/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 zur Regelung hygienischer und gesundheitlicher Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Eiprodukten (ABl. Nr. L 212 vom 22.7.1989, S. 87), geändert durch:

- **389 L 0662**: Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 2 wird der erste Satz durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Für die Zwecke dieser Richtlinie gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- Ei: Hühnereier in der Schale, die zum Direktverzehr oder zur Verarbeitung in der Nahrungsmittelindustrie geeignet sind, ausgenommen bebrütete Eier, die folgende Bedingungen nicht erfüllen:

  a) sie werden vor Einlegen in einen Brutapparat vermarktet;
  b) sie sind nicht befruchtet und bei Durchleuchtung völlig klar;
  c) ihre Luftkammer ist nicht höher als 9 mm;
  d) sie haben nicht länger als sechs Tage in einem Brutapparat gelegen;
  e) sie sind nicht mit Anitbiotika behandelt worden;
  f) sind sind für einen Verarbeitungsbetrieb bestimmt, der pasteurisierte Eiprodukte herstellt;

- Industrieeier: Hühnereier in der Schale, außer den im vorstehenden Gedankenstrich genannten.

Ferner gelten folgende Begriffsbestimmungen:"

b) Artikel 2 Nummer 11 erhält folgende Fassung:

"11. Vermarktung: Inverkehrbringen der Eiprodukte, d.h. zum Verkauf vorrätig halten, feilhalten, anbieten, verkaufen, liefern sowie jedes sonstige Inverkehrbringen".

c) In Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 2 lautet der letzte Satz wie folgt: "Die übrigen Mitgliedstaaten, die EFTA-Überwachungsbehörde und die EG-Kommission werden über den Entzug der Zulassung unterrichtet".

d) Artikel 17 findet keine Anwendung.

e) Kapitel IV Nummer 1 des Anhangs erhält folgende Fassung:

"1. Die zur Herstellung von Eiprodukten verwendeten Eier müssen sich in Verpackungen befinden, die folgenden Anforderungen genügen:

a) i) Verpackungen, einschließlich Innenverpackungen müssen stoßfest, trocken, sauber und in gutem Zustand sein und aus Materialien bestehen, die geruchsdicht sind und Qualitätsminderungen vorbeugen.

ii) Für den Transport und Versand von Eiern verwendete Großpackungen, einschließlich Innenverpackungen, dürfen nur wiederverwendet werden, wenn sie neuwertig sind und die technischen Anforderungen der Nummer 1 erfüllen. Wiederverwendete Großpackungen dürfen keine alten Kennzeichnungen tragen, die eine Irreführung bewirken könnten.

iii) Kleine Packungen dürfen nicht wiederverwendet werden.

b) i) Eier müssen in sauberen, trockenen und geruchsdichten Räumlichkeiten gelagert werden.

ii) Während des Transports und der Lagerung müssen die Eier sauber, trocken, geruchsdicht und stoßsicher gehalten und vor den Einwirkungen von Wetter und Licht geschützt werden.

iii) Während des Transports und der Lagerung sind die Eier vor extremen Temperaturen zu schützen."

f) In Kapitel XI Nummer 1 Ziffer i erster Gedankenstrich des Anhangs werden folgende Kurzbezeichnungen angefügt:

"/AT/FI/NO/SE/CH/FL".

g) In Kapitel XI Nummer 1 Ziffer i zweiter Gedankenstrich und Ziffer ii dritter Gedankenstrich des Anhangs wird folgende Abkürzung angefügt:

"EFTA."

Fischereierzeugnisse

24. **391 L 0493:** Richtlinie 91/493/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und die Vermarktung von Fischereierzeugnissen (ABl. Nr. L 268 vom 24.9.1991, S. 15)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 7 Absatz 2 zweiter Satz werden die Daten "31. Dezember 1991" und "1. Juli 1992" für die EFTA-Staaten durch die Daten "31. Dezember 1992" und "1. April 1993" ersetzt.

b) Artikel 9 findet keine Anwendung.

c) Für die Zwecke von Kapitel V Abschnitt II Nummer 1 des Anhangs sind die gemeinsamen Vermarktungsnormen gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3796/81 maßgeblich.

Muscheln

25. **391 L 0492:** Richtlinie 91/492/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und Vermarktung lebender Muscheln (ABl. Nr. L 268 vom 24.9.1991, S. 1)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz 2 zweiter Satz werden die Daten "31. Dezember 1991" und "1. Juli 1992" für die EFTA-Staaten durch die Daten "31. Dezember 1992" und "1. April 1993" ersetzt.

b) Artikel 7 findet keine Anwendung.

Hormone

26. **381 L 0602:** Richtlinie 81/602/EWG des Rates vom 31. Juli 1981 über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 222 vom 7.8.1981, S. 32), geändert durch:

    - **385 L 0358:** Richtlinie 85/358/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 (ABl. Nr. L 191 vom 23.7.1985, S. 46)

27. 385 L 0358: Richtlinie 85/358/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 zur Ergänzung der Richtlinie 81/602/EWG über ein Verbot von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 191 vom 23.7.1985, S. 46), geändert durch:

    - **388 L 0146:** Richtlinie 88/146/EWG des Rates vom 7. März 1988 (ABl. Nr. L 70 vom 16.3.1988, S. 16)

28. **388 L 0146:** Richtlinie 88/146/EWG des Rates vom 7. März 1988 zum Verbot des Gebrauchs von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung im Tierbereich (ABl. Nr. L 70 vom 16.3.1988, S. 16)

Rückstände

29. **386 L 0469:** Richtlinie 86/469/EWG des Rates vom 16. September 1986 über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände (ABl. Nr. L 275 vom 26.9.1986, S. 36)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) In Artikel 2 wird der Bezug "Richtlinie 85/649/EWG" durch den Bezug "Richtlinie 88/146/EWG" ersetzt.

    b) In Artikel 4 Absatz 1 erster Satz wird das Datum "31. Mai 1987" für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. Januar 1993" ersetzt.

c) In Artikel 4 Absatz 3 dritter Satz wird das Datum "30. September 1987" für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. September 1993" ersetzt.

d) In Artikel 9 Absatz 1 erster Satz wird das Datum "16. September 1986" für die EFTA-Staaten durch das Datum "1. Januar 1993" ersetzt.

BST

30. **390 D 0218**: Entscheidung 90/218/EWG des Rates vom 25. April 1990 über die Verabreichung von Rindersomatotropin (BST) (ABl. Nr. L 116 vom 8.5.1990, S. 27)

1.3. GEMISCHTE VORSCHRIFTEN

Milch

31. **385 L 0397**: Richtlinie 85/397/EWG des Rates vom 5. August 1985 zur Regelung gesundheitlicher und tierseuchenrechtlicher Fragen im innergemeinschaftlichen Handel mit wärmebehandelter Milch (ABl. Nr. L 226 vom 24.8.1985, S. 13), geändert durch:

- **389 D 0159**: Entscheidung 89/159/EWG der Kommission vom 21. Februar 1989 (ABl. Nr. L 59 vom 2.3.1989, S. 40)

- **389 D 0165**: Entscheidung 89/165/EWG der Kommission vom 22. Februar 1989 (ABl. Nr. L 61 vom 4.3.1989, S. 57)

- **389 L 0662**: Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 13)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Für die Zwecke von Anhang A Kapitel VIII Nummer 4 ist der Bezug auf die Richtlinie 79/112/EWG des Rates [6] maßgeblich.

b) In Anhang A Kapitel VIII Nummer 4 Buchstabe c wird folgende Abkürzung angefügt:

"EFTA".

(6) ABl. Nr. L 33 vom 8.2.19979, S. 1.

Tierische Abfälle und Krankheitserreger

32. **390 L 0667:** Richtlinie 90/667/EWG des Rates vom 27. November 1990 zum Erlaß veterinärrechtlicher Vorschriften für die Beseitigung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer Abfälle und zum Schutz von Futtermitteln tierischen Ursprungs, auch aus Fisch, gegen Krankheitserreger sowie zur Änderung der Richtlinie 90/425/EWG (ABl. Nr. L 363 vom 27.12.1990, S. 51)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe g werden die Worte "Gemeinschaftsvorschriften" und "Gemeinschaftsbestimmungen" für die EFTA-Staaten durch die Worte "nationale Rechtsvorschriften der EFTA-Staaten" ersetzt.

b) Artikel 7 Ziffer iii findet keine Anwendung.

c) Artikel 13 findet keine Anwendung.

Fütterungsarzneimittel

33. **390 L 0167:** Richtlinie 90/167/EWG des Rates vom 26. März 1990 zur Festlegung der Bedingungen für die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Fütterungsarzneimitteln in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 92 vom 7.4.1990, S. 42)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 2 erster Satz wird der "in Artikel 15 Absatz 1 erster Gedankenstrich genannte Zeitpunkt" für die EFTA-Staaten durch den "1. April 1993" ersetzt.

b) Artikel 11 findet keine Anwendung.

Kaninchenfleisch und Fleisch von Zuchtwild

34. **391 L 0495:** Richtlinie 91/495/EWG des Rates vom 27. November 1990 zur Regelung der gesundheitlichen und tierseuchenrechtlichen Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Kaninchenfleisch und Fleisch von Zuchtwild (ABl. Nr. L 268 vom 24.9.1991, S. 41)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Für die Zwecke von Artikel 6 Absatz 1 letzter Unterabsatz ist die Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Untersuchung von frischem Schweinefleisch auf Trichinen bei der Einfuhr aus Drittländern (7) maßgeblich.

b) In Artikel 6 Absatz 2 sechster Gedankenstrich wird der Bezug "gemäß der Richtlinie 74/577/EWG" durch "gemäß den jeweiligen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften" ersetzt.

c) Artikel 16 findet keine Anwendung.

d) Artikel 21 findet keine Anwendung.

e) In Anhang I Kapitel III Nummer 11.1 Buchstabe a erster Gedankenstrich werden folgende Kurzbezeichnungen angefügt:

"AT, FI, NO, SE, CH, FL".

f) In Anhang I Kapitel III Nummer 11.1 Buchstabe a dritter Gedankenstrich wird folgende Abkürzung angefügt:

"EFTA".

(7) ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 67.

Gegenseitige Unterstützung

35. **389 L 0608:** Richtlinie 89/608/EWG des Rates vom 21. November 1989 betreffend die gegenseitige Unterstützung der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission, um die ordnungsgemäße Anwendung der tierärztlichen und tierzuchtrechtlichen Vorschriften zu gewährleisten (ABl. Nr. L 351 vom 2.12.1989, S. 34)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die EFTA-Staaten schaffen ein vergleichbares System der Zusammenarbeit, das gemäß dieser Richtlinie funktioniert und mit dem EG-System koordiniert ist.

1.4. TIERZUCHT

Rinder

36. **377 L 0504:** Richtlinie 77/504/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 über reinrassige Zuchtrinder (ABl. Nr. L 206 vom 12.8.1977, S. 8), geändert durch:

- **379 L 0268:** Richtlinie 79/268/EWG des Rates vom 5. März 1979 (ABl. Nr. L 62 vom 13.3.1979, S. 5)
- **385 L 0586:** Richtlinie 85/586/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 44)
- **391 L 0174:** Richtlinie 91/174/EWG des Rates vom 25. März 1991 (ABl. Nr. L 85 vom 5.4.1991, S. 37)

Schweine

37. **388 L 0661:** Richtlinie 88/661/EWG des Rates vom 19. Dezember 1988 über die tierzüchterischen Normen für Zuchtschweine (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 36)

Schafe und Ziegen

38. **389 L 0361:** Richtlinie 89/361/EWG des Rates vom 30. Mai 1989 über reinrassige Zuchtschafe und -ziegen (ABl. Nr. L 153 vom 6.6.1989, S. 30)

Equide

39. **390 L 0427:** Richtlinie 90/427/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Festlegung der tierzüchterischen und genealogischen Vorschriften für den innergemeinschaftlichen Handel mit Equiden (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 55)

40. **390 L 0428:** Richtlinie 90/428/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 über den Handel mit Sportpferden und zur Festlegung der Bedingungen für die Teilnahme an pferdesportlichen Veranstaltungen (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 60)

Reinrassige Tiere

41. **391 L 0174:** Richtlinie 91/174/EWG des Rates vom 25. März 1991 über züchterische und genealogischen Bedingungen für die Vermarktung reinrassiger Tiere und zur Änderung der Richtlinien 77/504/EWG und 90/425/EWG (ABl. Nr. L 224 vom 18.8.1990, S. 55)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Artikel 1 finden die Worte "von Anhang II des Vertrages erfaßten" keine Anwendung.

2. DURCHFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN

2.1. TIERGESUNDHEIT

42. **373 D 0053:** Entscheidung 73/53/EWG der Kommission vom 26. Februar 1973 über von den Mitgliedstaaten anzuwendende Schutzmaßnahmen gegen die vesikuläre Schweinekrankheit (ABl. Nr. L 83 vom 30.3.1973, S. 43)

43. **385 D 0445:** Entscheidung 85/445/EWG der Kommission vom 31. Juli 1985 über bestimmte tiergesundheitliche Maßnahmen betreffend die enzootische Leukose der Rinder (ABl. Nr. L 260 vom 2.10.1982, S. 18)

44. **389 D 0091:** Entscheidung 89/91/EWG der Kommission vom 16. Januar 1989 zur Ermächtigung des Königreichs Spanien, bei der Einfuhr von Zucht- oder Nutzrindern zusätzliche Gesundheitsgarantien zum Schutz gegen die Einschleppung der enzootischen Leukose der Rinder zu verlangen (ABl. Nr. L 32 vom 3.3.1989, S. 37)

45. **390 D 0552:** Entscheidung 90/552/EWG der Kommission vom 6. November 1990 zur Abgrenzung des von der Pferdepest befallenen Gebietes (ABl. Nr. L 313 vom 13.11.1990, S. 38)

46. **390 D 0553:** Entscheidung 90/553/EWG der Kommission vom 6. November 1990 über das Zeichen zur Identifizierung der gegen Pferdepest geimpften Equiden (ABl. Nr. L 313 vom 13.11.1990, S. 40)

47. **391 D 0093:** Entscheidung 91/93/EWG der Kommission vom 11. Februar 1991 zur Festsetzung des Jahresabschnitts, in dem Portugal gewisse Equiden aus dem von Pferdepest befallenen Teil seines Hoheitsgebiets ausführen kann (ABl. Nr. L 50 vom 23.2.1991, S. 27)

48. **388 D 0397:** Entscheidung 88/397/EWG der Kommission vom 12. Juli 1988 zur Koordinierung der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 6 der Richtlinie 85/511/EWG des Rates getroffenen Maßnahmen (ABl. Nr. L 189 vom 20.7.1988, S. 25)

49. **389 D 0531:** Entscheidung 89/531/EWG des Rates vom 25. September 1989 zur Bestimmung eines Bezugslabors für die Identifizierung des Maul- und Klauenseuchevirus und zur Festlegung von Funktion und Aufgabe dieses Labors (ABl. Nr. L 279 vom 28.9.1989, S. 32)

50. **391 D 0042:** Entscheidung 91/42/EWG der Kommission vom 8. Januar 1991 über die Kriterien für die Aufstellung der Notstandspläne zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche gemäß Artikel 5 der Richtlinie 90/423/EWG (ABl. Nr. L 23 vom 29.1.1991, S. 29)

51. **381 D 0859:** Entscheidung 81/859/EWG des Rates vom 19. Oktober 1981 über die Bestimmung und Arbeitsweise eines Verbindungslabors für die klassische Schweinepest (ABl. Nr. L 319 vom 7.11.1981, S. 20)

52. **387 D 0065:** Entscheidung 87/65/EWG des Rates vom 19. Januar 1987 zur Verlängerung der in der Entscheidung 81/859/EWG über die Bestimmung und Arbeitsweise eines Verbindungslabors für die klassische Schweinepest vorgesehenen Maßnahme (ABl. Nr. L 34 vom 5.2.1987, S. 54)

53. **383 D 0138:** Entscheidung 83/138/EWG der Kommission vom 25. März 1983 über bestimmte Schutzmaßnahmen gegen die afrikanische Schweinepest (ABl. Nr. L 93 vom 14.4.1983, S. 17), geändert durch:

    - **383 D 0300:** Entscheidung 83/300/EWG der Kommission vom 8. Juni 1983 (ABl. Nr. L 160 vom 18.6.1983, S. 44)

    - **384 D 0434:** Entscheidung 84/343/EWG der Kommission vom 18. Juni 1984 (ABl. Nr. L 180 vom 7.7.1984, S. 38)

54. **389 D 0021:** Entscheidung 89/21/EWG der Kommission vom 14. Dezember 1988 über eine Ausnahmeregelung für bestimmte Teile des spanischen Hoheitsgebiets in bezug auf das Verbringungsverbot aufgrund der afrikanischen Schweinepest (ABl. Nr. L 9 vom 12.1.1989, S. 24), geändert durch:

    - **391 D 0112:** Entscheidung 91/112/EWG der Kommission vom 12. Februar 1991 (ABl. Nr. L 58 vom 5.3.1991, S. 29)

55. **390 D 0208:** Entscheidung 90/208/EWG der Kommission vom 18. April 1990 über bestimmte Schutzmaßnahmen gegen die infektiöse Pleuropneumonie der Rinder in Spanien (ABl. Nr. L 108 vom 28.4.1990, S. 102)

56. **391 D 0052:** Entscheidung 91/52/EWG der Kommission vom 14. Januar 1991 über bestimmte Schutzmaßnahmen gegen die infektiöse Pleuropneumonie der Rinder in Portugal (ABl. Nr. L 34 vom 6.2.1991, S. 12)

57. **391 D 0056:** Entscheidung 91/56/EWG der Kommission vom 21. Januar 1991 über bestimmte Schutzmaßnahmen gegen die infektiöse Pleuropneumonie der Rinder in Italien (ABl. Nr. L 35 vom 7.2.1991, S. 29)

58. **389 D 0469:** Entscheidung 89/469/EWG der Kommission vom 28. Juli 1989 zum Erlaß von Maßnahmen zum Schutz gegen spongiforme Rinderenzephalopathie im Vereinigten Königreich (ABl. Nr. L 225 vom 3.8.1989, S. 51), geändert durch:

    - **390 D 0059:** Entscheidung 90/59/EWG der Kommission vom 7. Februar 1990 (ABl. Nr. L 41 vom 15.2.1990, S. 23)

    - **390 D 0261:** Entscheidung 90/261/EWG der Kommission vom 8. Juni 1990 (ABl. Nr. L 146 vom 9.6.1990, S. 29)

59. **390 D 0200:** Entscheidung 90/200/EWG der Kommission vom 9. April 1990 über zusätzliche Anforderungen an gewisse Gewebe und Organe im Hinblick auf spongiforme Rinderenzephalopathie (ABl. Nr. L 105 vom 25.4.1990, S. 24), geändert durch:

    - **390 D 0261:** Entscheidung 90/261/EWG der Kommission vom 8. Juni 1990 (ABl. Nr. L 146 vom 9.6.1990, S. 29)

60. **391 D 0237:** Entscheidung 91/237/EWG der Kommission vom 25. April 1991 mit weiteren Maßnahmen zum Schutz gegen eine neue Schweinekrankheit (ABl. Nr. L 106 vom 26.4.1991, S. 67), geändert durch:

    - **391 D 0332:** Entscheidung 91/332/EWG der Kommission vom 8. Juli 1991 (ABl. Nr. L 183 vom 9.7.1991, S. 15)

2.2. ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

61. **384 D 0371:** Entscheidung 84/371/EWG der Kommission vom 3. Juli 1984 zur Festlegung des besonderen Kennzeichens für frisches Fleisch gemäß Artikel 5 Buchstabe a der Richtlinie 64/433/EWG des Rates (ABl. Nr. L 196 vom 26.7.1984, S. 46)

62. **385 D 0446:** Entscheidung 85/446/EWG der Kommission vom 18. September 1985 über die beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch an Ort und Stelle vorzunehmenden Kontrollen (ABl. Nr. L 260 vom 2.10.1985, S. 19), geändert durch:

    - **389 D 0136:** Entscheidung 89/136/EWG der Kommission vom 8. Februar 1989 (ABl. Nr. L 49 vom 21.2.1989, S. 36)

    - **390 D 0011:** Entscheidung 90/11/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 7 vom 10.1.1990, S. 12)

63. **390 D 0515:** Entscheidung 90/515/EWG der Kommission vom 26. September 1989 zur Festlegung der Referenzmethoden zum Nachweis von Schwermetall- und Arsenrückständen (ABl. Nr. L 268 vom 18.10.1990, S. 33)

64. **387 D 0266:** Entscheidung 87/266/EWG der Kommission vom 8. Mai 1987, mit der die von den Niederlanden mitgeteilte Regelung für die ärztliche Kontrolle des Personals als gleichwertig anerkannt wird (ABl. Nr. L 126 vom 15.5.1987, S. 20)

65. **390 D 0514:** Entscheidung 90/514/EWG der Kommission vom 25. September 1990, mit der die von Dänemark mitgeteilte Regelung der ärztlichen Kontrolle des Personals als gleichwertig anerkannt wird (ABl. Nr. L 286 vom 18.10.1990, S. 29)

66. **390 D 0610:** Entscheidung 89/610/EWG der Kommission vom 14. November 1990 zur Festlegung der Referenzmethoden und des Verzeichnisses der einzelstaatlichen Referenzlaboratorien für Rückstandsuntersuchungen (ABl. Nr. L 351 vom 2.12.1989, S. 39)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang II werden folgende einzelstaatliche Referenzlaboratorien angefügt:

Mitgliedstaat	Referenzlaboratorium	Rückstandsgruppen
Österreich:	Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung, Mödling	Alle Gruppen
Finnland:	Valtion eläinlääketieteellinen laitos, Helsinki/ Statens veterinärmedicinska anstalt, Helsingfors	Alle Gruppen
	Valtion maitovalmisteiden tarkastoslaitos, Helsinki/ Statens kontrollanstalt för mjölkprodukter, Helsingfors	Gruppe A III a, b Gruppe B II c
Norwegen:	Norges Veterinærhøyskole/ Veterinærinstituttet, Oslo	Gruppe A I b; Gruppe A III Gruppe B I a, f; Gruppe B II
	Hormonlaboratoriet, Aker Sykehus Oslo	Gruppe A I a, c; Gruppe A II
	Tiergesundheitsdienst Bayern, Grub	Gruppe B I b
Schweden:	Statens livsmedelverk, Uppsala	Alle Gruppen
Schweiz/ Liechtenstein:	Bundesamt für Veterinärwesen, Sektion Chemie, Schwarzenburgstraße 161, CH-3097 Liebefeld	Alle Gruppen.

67. **380 L 0879:** Richtlinie 80/879/EWG der Kommission vom 3. September 1980 über die Kennzeichnung der Genußtauglichkeit von frischem Geflügelfleisch in Großpackungen (ABl. Nr. L 251 vom 24.9.1980, S. 10)

68. **383 L 0201:** Richtlinie 83/201/EWG der Kommission vom 12. April 1983 über Ausnahmen von den Bestimmungen der Richtlinie 77/99/EWG des Rates für bestimmte Erzeugnisse, die andere Lebensmittel enthalten und in denen Fleisch oder Fleischerzeugnisse nur einen geringfügigen Anteil ausmachen (ABl. Nr. L 112 vom 28.4.1983, S. 28), geändert durch:

    - **383 L 0577:** Richtlinie 83/577/EWG der Kommission vom 15. November 1983 (ABl. Nr. L 334 vom 29.11.1983, S. 21)

69. **387 D 0602:** Entscheidung 87/410/EWG der Kommission vom 14. Juli 1987 zur Festlegung der Analyseverfahren zum Nachweis von Rückständen von bestimmten Stoffen mit hormonaler Wirkung und von Stoffen mit thyreostatischer Wirkung (ABl. Nr. L 223 vom 11.8.1987, S. 18)

70. **389 D 0153:** Entscheidung 89/153/EWG der Kommission vom 13. Februar 1989 über die Beziehung zwischen den zur Feststellung von Rückständen entnommenen Stichproben und den Tieren und ihren Ursprungsbetrieben (ABl. Nr. L 59 vom 2.3.1989, S. 33)

71. **389 D 0358:** Entscheidung 89/358/EWG der Kommission vom 23. Mai 1989 mit Maßnahmen gemäß Artikel 8 der Richtlinie 85/358/EWG des Rates (ABl. Nr. L 151 vom 3.6.1989, S. 39)

72. **389 D 0187:** Entscheidung 89/187/EWG des Rates vom 6. März 1989 zur Festlegung der Befugnisse und Betriebsbedingungen der Gemeinschaftsreferenzlaboratorien nach der Richtlinie 86/469/EWG des Rates über die Untersuchung von Tieren und von frischem Fleisch auf Rückstände (ABl. Nr. L 66 vom 10.3.1989, S. 37)

73. **388 L 0299:** Richtlinie 88/299/EWG des Rates vom 17. Mai 1988 über den Handel mit in Artikel 7 der Richtlinie 88/146/EWG genannten Tieren, die mit bestimmten Stoffen hormonaler Wirkung behandelt wurden, sowie mit deren Fleisch (ABl. Nr. L 128 vom 21.5.1988, S. 36)

2.3. GEMISCHTE VORSCHRIFTEN

74. **389 L 0362:** Richtlinie 89/362/EWG der Kommission vom 26. Mai 1989 über die allgemeinen Hygienevorschriften für Milcherzeugerbetriebe (ABl. Nr. L 156 vom 8.6.1989, S. 30)

75. **389 L 0383:** Richtlinie 89/384/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 zur Festlegung der Modalitäten für die Kontrollen der Einhaltung des in Anhang A der Richtlinie 85/397/EWG vorgesehenen Gefrierpunkts von unbehandelter Rohmilch (ABl. Nr. L 181 vom 28.6.1989, S. 50)

76. **391 D 0383:** Entscheidung 91/180/EWG der Kommission vom 14. Februar 1991 zur Festlegung bestimmter Analyse- und Testverfahren für Rohmilch und wärmebehandelte Milch (ABl. Nr. L 93 vom 13.4.1991, S. 1)

2.4. TIERZUCHT

77. **384 D 0247:** Entscheidung 84/247/EWG der Kommission vom 27. April 1984 zur Festlegung der Kriterien für die Anerkennung von Züchtervereinigungen und Zuchtorganisationen, die Zuchtbücher für reinrassige Zuchtrinder halten oder einrichten (ABl. Nr. L 125 vom 12.5.1984, S. 58)

78. **384 D 0419:** Entscheidung 84/419/EWG der Kommission vom 19. Juli 1984 über die Kriterien für die Eintragung in die Rinderzuchtbücher (ABl. Nr. L 237 vom 5.9.1984, S. 11)

79. **386 D 0419:** Entscheidung 86/130/EWG der Kommission vom 11. März 1986 über die Methoden der Leistungs- und Zuchtwertprüfung bei reinrassigen Zuchtrindern (ABl. Nr. L 101 vom 17.4.1986, S. 37)

80. **386 D 0404:** Entscheidung 86/404/EWG der Kommission vom 29. Juli 1986 zur Festlegung des Musters und der Angaben für die Zuchtbescheinigung für reinrassige Zuchtrinder (ABl. Nr. L 233 vom 20.8.1986, S. 19)

81. **387 L 0404:** Richtlinie 87/328/EWG des Rates vom 18. Juni 1987 über die Zulassung reinrassiger Zuchtrinder zur Zucht (ABl. Nr. L 167 vom 26.6.1987, S. 54)

82. **388 D 0124:** Entscheidung 88/124/EWG der Kommission vom 21. Januar 1988 über die Muster und Angaben in Zuchtbescheinigungen für Samen und befruchtete Eizellen reinrassiger Zuchtrinder (ABl. Nr. L 62 vom 8.3.1988, S. 32)

83. **389 D 0501:** Entscheidung 89/501/EWG der Kommission vom 18. Juli 1989 über die Kriterien für die Zulassung und Kontrolle der Züchtervereinigungen und Zuchtorganisationen, die Herdbücher für reinrassige Zuchtschweine führen oder einrichten (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1989, S. 19)

84. **389 D 0502:** Entscheidung 89/502/EWG der Kommission vom 18. Juli 1989 über die Kriterien für die Eintragung reinrassiger Zuchtschweine in die Herdbücher (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1989, S. 21)

85. **389 D 0503:** Entscheidung 89/503/EWG der Kommission vom 18. Juli 1989 über die Bescheinigung für reinrassige Zuchtschweine, ihre Samen, Eizellen und Embryonen (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1989, S. 22)

86. **389 D 0504:** Entscheidung 89/504/EWG der Kommission vom 18. Juli 1989 über die Kriterien für die Zulassung und Kontrolle der Züchtervereinigungen, Zuchtorganisationen und privaten Unternehmen, die Register für hybride Zuchtschweine führen oder einrichten (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1989, S. 31)

87. **389 D 0505:** Entscheidung 89/505/EWG der Kommission vom 18. Juli 1989 über die Kriterien für die Eintragung in die Register für hybride Zuchtschweine (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1989, S. 33)

88. **389 D 0506:** Entscheidung 89/506/EWG der Kommission vom 18. Juli 1989 über die Bescheinigung für hybride Zuchtschweine, ihre Samen, Eizellen und Embryonen (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1989, S. 34)

89. **389 D 0507:** Entscheidung 89/507/EWG der Kommission vom 18. Juli 1989 über die Methoden der Leistungskontrolle sowie der genetischen Bewertung der reinrassigen und der hybriden Zuchtschweine (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1989, S. 43)

90. **390 L 0118:** Richtlinie 90/118/EWG des Rates vom 5. März 1990 über die Zulassung reinrassiger Zuchtschweine zur Zucht (ABl. Nr. L 71 vom 17.3.1990, S. 34)

91. **390 L 0119:** Richtlinie 90/119/EWG des Rates vom 5. März 1990 über die Zulassung hybrider Zuchtschweine zur Zucht (ABl. Nr. L 71 vom 17.3.1990, S. 36)

92. **390 D 0254:** Entscheidung 90/254/EWG der Kommission vom 10. Mai 1990 über die Kriterien für die Zulassung und Kontrolle der Züchtervereinigungen und Zuchtorganisationen, die Zuchtbücher für reinrassige Zuchtschafe und -ziegen führen oder anlegen (ABl. Nr. L 145 vom 8.6.1990, S. 30)

93. **390 D 0255:** Entscheidung 90/255/EWG der Kommission vom 10. Mai 1990 über die Kriterien für die Eintragung reinrassiger Zuchtschafe und -ziegen in Zuchtbücher (ABl. Nr. L 145 vom 8.6.1990, S. 32)

94. **390 D 0256:** Entscheidung 90/256/EWG der Kommission vom 10. Mai 1990 über die Methoden der Leistungsprüfung und der Zuchtwertschätzung reinrassiger Zuchtschafe und -ziegen (ABl. Nr. L 145 vom 8.6.1990, S. 35)

95. **390 D 0257:** Entscheidung 90/257/EWG der Kommission vom 10. Mai 1990 über die Zulassung reinrassiger Zuchtschafe und -ziegen zur Zucht und die Verwendung von Sperma, Eizellen und Embryonen dieser Tiere (ABl. Nr. L 145 vom 8.6.1990, S. 38)

96. **390 D 0258:** Entscheidung 90/258/EWG der Kommission vom 10. Mai 1990 über die Zuchtbescheinigung für reinrassige Zuchtschafe und -ziegen sowie Sperma, Eizellen und Embryonen dieser Tiere (ABl. Nr. L 145 vom 8.6.1990, S. 39)

3. RECHTSAKTE, DENEN DIE EFTA-STAATEN UND DIE EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE GEBÜHREND RECHNUNG TRAGEN MÜSSEN

3.1. TIERGESUNDHEIT

97. **379 D 0837:** Entscheidung 79/837/EWG der Kommission vom 25. September 1979 zur Festlegung der Kontrollbestimmungen für die Beibehaltung des Status eines amtlich anerkannt brucellosefreien Rinderbestands in Dänemark (ABl. Nr. L 257 vom 12.10.1979, S. 46)

98. **380 D 0775:** Entscheidung 80/775/EWG der Kommission vom 25. Juli 1980 zur Festlegung der Kontrollmethoden für die Beibehaltung des amtlich anerkannt brucellosefreien Status der Rinderbestände in bestimmten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland (ABl. Nr. L 224 vom 27.8.1980, S. 14), geändert durch:

- **389 D 0031:** Entscheidung 89/31/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 15 vom 19.1.1989, S. 20)

- **390 D 0029:** Entscheidung 90/29/EWG der Kommission vom 10. Januar 1990 (ABl. Nr. L 16 vom 20.1.1990, S. 34)

99. **380 D 0984:** Entscheidung 80/984/EWG der Kommission vom 2. Oktober 1980 über Kontrollmethoden zur Aufrechterhaltung des amtlich anerkannt tuberkulosefreien Status der Rinderbestände in Dänemark (ABl. Nr. L 281 vom 25.10.1980, S. 31)

100. **388 D 0267:** Entscheidung 88/267/EWG der Kommission vom 13. April 1988 zur Festsetzung des Abstands zwischen den serologischen Brucelloseuntersuchungen in bestimmten Gebieten des Vereinigten Königreichs (ABl. Nr. L 107 vom 28.4.1988, S. 51)

3.2. ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

101. **388 D 0196:** Entscheidung 88/196/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des vom Vereinigten Königreich vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 22)

102. **388 D 0197:** Entscheidung 88/197/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Dänemark vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 23)

103. **388 D 0198**: Entscheidung 88/198/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von der Bundesrepublik Deutschland vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 24)

104. **388 D 0199**: Entscheidung 88/199/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Italien vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 25)

105. **388 D 0200**: Entscheidung 88/200/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Belgien vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 26)

106. **388 D 0201**: Entscheidung 88/201/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Spanien vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 27)

107. **388 D 0202**: Entscheidung 88/202/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Irland vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 28)

108. **388 D 0203**: Entscheidung 88/203/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Frankreich vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 29)

109. **388 D 0204**: Entscheidung 88/204/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Luxemburg vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 30)

110. **388 D 0205**: Entscheidung 88/205/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von Griechenland vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 31)

111. **388 D 0206**: Entscheidung 88/206/EWG der Kommission vom 18. Februar 1988 zur Genehmigung des von den Niederlanden vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 94 vom 12.4.1988, S. 32)

112. **388 D 0240:** Entscheidung 88/240/EWG der Kommission vom 14. März 1988 zur Genehmigung des von Portugal vorgelegten Plans zur Ermittlung von Hormonrückständen (ABl. Nr. L 105 vom 26.4.1988, S. 28)

113. **389 D 0265:** Entscheidung 89/265/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des vom Königreich Spanien vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 20)

114. **389 D 0266:** Entscheidung 89/266/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des vom Königreich Dänemark vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 21)

115. **389 D 0267:** Entscheidung 89/267/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des von Italien vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 22)

116. **389 D 0268:** Entscheidung 89/268/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des von Frankreich vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 23)

117. **389 D 0269:** Entscheidung 89/269/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des vom Königreich Belgien vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 24)

118. **389 D 0270:** Entscheidung 89/270/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des von der Bundesrepublik Deutschland vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 25)

119. **389 D 0271:** Entscheidung 89/271/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des von Portugal vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 26)

120. **389 D 0272:** Entscheidung 89/272/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des vom Großherzogtum Luxemburg vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 27)

121. **389 D 0273:** Entscheidung 89/273/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des vom Königreich der Niederlande vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 28)

122. **389 D 0274:** Entscheidung 89/274/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des vom Vereinigten Königreich vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 29)

123. **389 D 0275:** Entscheidung 89/275/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des von Griechenland vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 30)

124. **389 D 0276:** Entscheidung 89/276/EWG der Kommission vom 30. März 1989 zur Genehmigung des von Irland vorgelegten Plans zur Ermittlung von Rückständen von anderen Stoffen als solchen mit hormonaler Wirkung (ABl. Nr. L 108 vom 19.4.1989, S. 31)

4. RECHTSAKT, DEN DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN:

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt des folgenden Rechtsakts zur Kenntnis:

125. **389 X 0214:** Empfehlung 89/214/EWG der Kommission vom 24. Februar 1989 über die Regeln, die bei Besichtigungen in den für den innergemeinschaftlichen Handel zugelassenen Fleischlieferbetrieben zu beachten sind (ABl. Nr. L 87 vom 31.3.1989, S. 1)

II. FUTTERMITTEL

1. Unbeschadet der Bestimmungen der Rechtsakte, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen wird, erlassen die Schweiz und Liechtenstein bis spätestens 1. Januar 1995 einzelstaatliche Vorschriften für Heimtierfutter, die mit diesen Rechtsakten in Einklang stehen. Ab dem 1. Januar 1993 lassen die Schweiz und Liechtenstein das Inverkehrbringen von Erzeugnissen zu, die den Bestimmungen der Rechtsakte entsprechen.

2. Futtermittel, die entsprechend den Rechtsakten, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, aus Erzeugnissen tierischen Ursprungs gewonnen werden, dürfen infolge der Regelungen dieses Kapitels keinerlei Handelsbeschränkungen unterworfen werden.

RECHTSVORSCHRIFTEN, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

Zusatzstoffe

1. **370 L 0524**: Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (ABl. Nr. L 270 vom 14.12.1970, S. 1), geändert durch:

   - **373 L 0103**: Richtlinie 73/103/EWG des Rates vom 28. April 1973 (ABl. Nr. L 124 vom 10.5.1973, S. 17)

   - **384 L 0587**: Richtlinie 84/587/EWG des Rates vom 29. November 1984 (ABl. Nr. L 319 vom 8.12.1984, S. 13)

   - **387 L 0153**: Richtlinie 87/153/EWG des Rates vom 16. Februar 1987 (ABl. Nr. L 64 vom 7.3.1987, S. 19)

   - **391 L 0248**: Richtlinie 91/248/EWG der Kommission vom 12. April 1991 (ABl. Nr. L 124 vom 18.5.1991, S. 1)

   - **391 L 0249**: Richtlinie 91/249/EWG der Kommission vom 19. April 1991 (ABl. Nr. L 124 vom 18.5.1991, S. 43)

   - **391 L 0336**: Richtlinie 91/336/EWG der Kommission vom 10. Juni 1991 (ABl. Nr. L 185 vom 17.7.1991, S. 31)

Die EFTA-Staaten übernehmen ab dem 1. Januar 1993 die Bestimmungen der Richtlinie vorbehaltlich folgender Bedingungen:

- In bezug auf Wachstumsförderer können die EFTA-Staaten ihre nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden diese Frage im Laufe des Jahres 1995 erneut prüfen;

- die EFTA-Staaten können ihre nationale Gesetzgebung über sonstige in Anhang I genannte Zusatzstoffe bis 31. Dezember 1994 anwenden.

Dessen ungeachtet

- kann Finnland in bezug auf Antibiotika seine nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden diese Frage 1995 erneut prüfen;

- kann Island

  - in bezug auf Antibiotika seine nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden diese Frage 1995 erneut prüfen;

  - in bezug auf Antioxidantien, Aromastoffe und Appetitanreger sowie Farbstoffe, einschließlich Pigmente, seine nationale Gesetzgebung bis 31. Dezember 1995 anwenden;

- kann Norwegen

  - in bezug auf Antibiotika, Kokzidiostatika und sonstige Arzneimittel, die Konservierungsstoffe Schwefelsäure und Chlorwasserstoffsäure sowie das Spurenelement Kupfer als Wachstumsförderer seine nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden dieses Frage 1995 erneut prüfen;

  - in bezug auf Vitamine, Provitamine und chemisch genau definierte Stoffe mit ähnlicher Wirkung seine nationale Gesetzgebung bis zum 31. Dezember 1994 anwenden. Die Vertragsparteien können diese Frist einvernehmlich verlängern;

- kann Schweden in bezug auf Antibiotika, Kokzidiostatika und sonstige Arzneimittel sowie den Konservierungsstoff Ameisensäure seine nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden diese Frage 1995 erneut prüfen.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Zur Anwendung der Artikel 4 und 5

- übermitteln die EFTA-Staaten bis 1. Januar 1993 nach den Leitlinien gemäß der Richtlinie 87/153/EWG erstellte Dossiers über Zusatzstoffe, die von den EFTA-Staaten genehmigt, in der Gemeinschaft jedoch nicht zugelassen sind.

  Die Dossiers und gegebenenfalls Monographien sind zumindest in englischer Sprache zu übermitteln. Außerdem ist eine zur Veröffentlichung bestimmte kurze Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts der Dossiers und Monographien in englischer, französischer und deutscher Sprache vorzulegen;

- wird bis 1. Januar 1995 nach dem Verfahren des Artikels 23 über die von den EFTA-Staaten erteilten nationalen Zulassungen entschieden. Bis zu einer diesbezüglichen Entscheidung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft können die EFTA-Staaten für in ihrem Hoheitsgebiet vermarktete Erzeugnisse die nationale Zulassung beibehalten.

2. **387 L 0153**: Richtlinie 87/153/EWG des Rates vom 16. Februar 1987 zur Festlegung von Leitlinien zur Beurteilung von Zusatzstoffen in der Tierernährung (ABl. Nr. L 64 vom 7.3.1987, S. 19)

Einzel- und Mischfuttermittel

3. **377 L 0101**: Richtlinie 77/101/EWG des Rates vom 23. November 1976 über den Verkehr mit Einzelfuttermitteln (ABl. Nr. L 32 vom 3.2.1977, S. 1), geändert durch:

   - **379 L 0372**: Richtlinie 79/372/EWG des Rates vom 2. April 1979 (ABl. Nr. L 24 vom 6.4.1979, S. 29)

   - **379 L 0797**: Erste Richtlinie 79/797/EWG der Kommission vom 10. August 1979 (ABl. Nr. L 239 vom 22.9.1979, S. 53)

   - **380 L 0510**: Zweite Richtlinie 80/510/EWG der Kommission vom 2. Mai 1980 (ABl. Nr. L 126 vom 21.5.1980, S. 12)

- **382 L 0937**: Dritte Richtlinie 82/937/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 383 vom 31.12.1982, S. 11)

- **386 L 0354**: Richtlinie 86/354/EWG des Rates vom 21. Juli 1986 (ABl. Nr. L 212 vom 2.8.1986, S. 27)

- **387 L 0234**: Richtlinie 87/234/EWG der Kommission vom 31. März 1987 (ABl. Nr. L 102 vom 14.4.1987, S. 31)

- **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

Unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie

- kann Schweden in bezug auf Fischmehl und sonstige aus hochgefährlichen Stoffen hergestellte Erzeugnisse im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 90/667/EWG des Rates seine nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden diese Frage 1995 erneut prüfen;

- können die Schweiz und Liechtenstein ihre nationale Gesetzgebung über das Verbot der Verfütterung von Erdnüssen bis 31. Dezember 1994 beibehalten.

4. **379 L 0373**: Richtlinie 79/373/EWG des Rates vom 2. April 1979 über den Verkehr mit Mischfuttermitteln (ABl. Nr. L 86 vom 6.4.1979, S. 30), geändert durch:

- **380 L 0509**: Erste Richtlinie 80/509/EWG der Kommission vom 2. Mai 1980 (ABl. Nr. L 126 vom 21.5.1980, S. 9)

- **380 L 0695**: Zweite Richtlinie 80/695/EWG der Kommission vom 27. Juni 1980 (ABl. Nr. L 188 vom 22.7.1980, S. 23)

- **382 L 0957**: Dritte Richtlinie 82/957/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 386 vom 31.12.1982, S. 42)

- **386 L 0354**: Richtlinie 86/354/EWG des Rates vom 21. Juli 1986 (ABl. Nr. L 212 vom 2.8.1986, S. 27)

- **387 L 0235**: Richtlinie 87/235/EWG der Kommission vom 31. März 1987 (ABl. Nr. L 102 vom 14.4.1987, S. 34)

- **390 L 0044**: Richtlinie 90/44/EWG des Rates vom 22. Januar 1990 (ABl. Nr. L 27 vom 31.1.1990, S. 35)

Unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie

- kann Schweden in bezug auf Tierkörpermehl und sonstige aus hochgefährlichen Stoffen hergestellte Erzeugnisse im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie 90/667/EWG des Rates seines nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden diese Frage 1995 erneut prüfen;

- können die Schweiz und Liechtenstein ihre nationale Gesetzgebung über das Verbot der Verfütterung von Erdnüssen bis 31. Dezember 1994 beibehalten.

5. **380 L 0511**: Richtlinie 80/511/EWG der Kommission vom 2. Mai 1980 über Inverkehrbringen von Mischfuttermitteln in unverschlossenen Verpackungen oder Behältnissen (ABl. Nr. L 126 vom 21.5.1980, S. 14)

6. **382 L 0475**: Richtlinie 82/475/EWG der Kommission vom 23. Juni 1982 über die Kategorien von Ausgangserzeugnissen, die zur Kennzeichnung von Mischfuttermitteln für Heimtiere verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 213 vom 21.7.1982, S. 27), geändert durch:

   - **391 L 0334**: Richtlinie 91/334/EWG der Kommission vom 6. Juni 1991 (ABl. Nr. L 184 vom 10.7.1991, S. 27)

   - **391 L 0336**: Richtlinie 91/336/EWG der Kommission vom 10. Juni 1991 (ABl. Nr. L 185 vom 17.7.1991, S. 31)

7. **386 L 0174**: Richtlinie 86/174/EWG der Kommission vom 9. April 1986 zur Festlegung der Methode zur Berechnung des Energiegehaltes von Mischfuttermitteln für Geflügel (ABl. Nr. L 130 vom 6.5.1986, S. 53)

8. **391 L 0357**: Richtlinie 91/357/EWG der Kommission vom 13. Juni 1991 zur Festlegung der Kategorien von Ausgangserzeugnissen, die zur Kennzeichnung von Mischfuttermitteln für andere Tiere als Heimtiere verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 193 vom 17.7.1991, S. 34)

Bioproteine und ähnliche Stoffe

9. **382 L 0471**: Richtlinie 82/471/EWG des Rates vom 30. Juni 1982 über bestimmte Erzeugnisse für die Tierernährung (ABl. Nr. L 213 vom 21.7.1982, S. 8), geändert durch:

   - **385 L 0509**: Zweite Richtlinie 85/509/EWG der Kommission vom 6. November 1985 (ABl. Nr. L 314 vom 23.11.1985, S. 25)

   - **386 L 0530**: Richtlinie 86/530/EWG der Kommission vom 28. Oktober 1986 (ABl. Nr. L 312 vom 7.11.1986, S. 39)

   - **388 L 0485**: Richtlinie 88/485/EWG der Kommission vom 26. Juli 1988 (ABl. Nr. L 239 vom 30.8.1988, S. 36)

   - **389 L 0520**: Richtlinie 89/520/EWG der Kommission vom 6. September 1989 (ABl. Nr. L 270 vom 19.9.1989, S. 13)

   - **390 L 0439**: Richtlinie 90/439/EWG der Kommission vom 24. Juli 1990 (ABl. Nr. L 227 vom 21.8.1989, S. 33)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Zur Anwendung der Richtlinie

   - übermitteln die EFTA-Staaten bis 1. Januar 1993 nach den Leitlinien der Richtlinie 83/228/EWG erstellte Dossiers über Erzeugnisse, die in die Gruppe der Mikroorganismen gemäß Nummern 1.1 und 1.2 des Anhangs fallen und die von den EFTA-Staaten genehmigt, in der Gemeinschaft jedoch nicht zugelassen sind.

     Die Dossiers sind zumindest in englischer Sprache zu übermitteln. Außerdem ist eine zur Veröffentlichung bestimmte kurze Zusammenfassung über den wesentlichen Inhalt der Dossiers in englischer, französischer und deutscher Sprache vorzulegen;

   - wird bis zum 1. Januar 1995 nach dem Verfahren des Artikels 13 über die von den EFTA-Staaten erteilten nationalen Zulassungen entschieden. Bis zu einer diesbezüglichen Entscheidung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft können die EFTA-Staaten für in ihrem Gebiet vermarktete Erzeugnisse weiterhin die nationale Zulassung beibehalten.

10. **383 L 0228**: Richtlinie 83/228/EWG des Rates vom 18. April 1983 über Leitlinien zur Beurteilung bestimmter Erzeugnisse für die Tierernährung (ABl. Nr. L 126 vom 13.5.1983, S. 23)

11. **385 D 0382**: Entscheidung 85/382/EWG der Kommission vom 10. Juli 1985 über das Verbot von aus auf n-Alkanen gezüchteten Hefen der Art "Candida" gewonnenen Proteinerzeugnissen in der Tierernährung (ABl. Nr. L 217 vom 14.8.1985, S. 27)

Analyse- und Kontrollmethoden

12. **370 L 0373**: Richtlinie 70/373/EWG des Rates vom 20. Juli 1970 über die Einführung gemeinschaftlicher Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 170 vom 3.8.1970, S. 2), geändert durch:

    - **372 L 0275**: Richtlinie 72/275/EWG des Rates vom 28. Juli 1972 (ABl. Nr. L 171 vom 29.7.1972, S. 39)

13. **371 L 0250**: Erste Richtlinie 71/250/EWG der Kommission vom 15. Juni 1971 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 155 vom 12.7.1971, S. 13), geändert durch:

    -**381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

14. **371 L 0393**: Zweite Richtlinie 71/393/EWG der Kommission vom 18. November 1971 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 279 vom 20.12.1971, S. 7), geändert durch:

    - **373 L 0047**: Richtlinie 73/47/EWG der Kommission vom 5. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 83 vom 30.3.1973, S. 35)

    - **381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

    - **384 L 0004**: Richtlinie 84/4/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 15 vom 18.1.1984, S. 28)

15. **372 L 0199**: Dritte Richtlinie 72/199/EWG der Kommission vom 27. April 1972 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 123 vom 29.5.1972, S. 6), geändert durch:

    - **381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

    - **384 L 0004**: Richtlinie 84/4/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 15 vom 18.1.1984, S. 28)

16. **373 L 0046**: Vierte Richtlinie 73/46/EWG der Kommission vom 5. Dezember 1972 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 83 vom 30.3.1973, S. 21), geändert durch:

    - **381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

17. **374 L 0203**: Fünfte Richtlinie 74/203/EWG der Kommission vom 25. März 1974 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 108 vom 22.4.1974, S. 7), geändert durch:

    - **381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

18. **375 L 0084**: Sechste Richtlinie 75/84/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1974 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 32 vom 5.2.1975, S. 26), geändert durch:

    - **381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

19. **376 L 0371**: Erste Richtlinie 76/371/EWG der Kommission vom 1. März 1976 zur Festlegung gemeinschaftlicher Probenahmeverfahren für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 102 vom 15.4.1976, S. 1)

20. **376 L 0372**: Siebte Richtlinie 76/372/EWG der Kommission vom 1. März 1976 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 102 vom 15.4.1976, S. 8), geändert durch:

    - **381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

21. **378 L 0633**: Achte Richtlinie 78/633/EWG der Kommission vom 15. Juni 1978 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1978, S. 43), geändert durch:

    - **381 L 0680**: Richtlinie 81/680/EWG der Kommission vom 30. Juli 1981 (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 32)

    - **384 L 0004**: Richtlinie 84/4/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 15 vom 18.1.1984, S. 28)

22. **381 L 0715**: Neunte Richtlinie 81/715/EWG der Kommission vom 31. Juli 1981 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 257 vom 10.9.1981, S. 38)

23. **384 L 0425**: Zehnte Richtlinie 84/425/EWG der Kommission vom 25. Juli 1984 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Untersuchung von Futtermitteln (ABl. Nr. L 238 vom 6.9.1984, S. 34)

Unerwünschte Stoffe und Erzeugnisse

24. **374 L 0063**: Richtlinie 74/63/EWG des Rates vom 17. Dezember 1974 über unerwünschte Stoffe und Erzeugnisse in der Tierernährung (ABl. Nr. L 38 vom 11.2.1974, S. 31), geändert durch:

- **376 L 0934**: Richtlinie 76/934/EWG der Kommission vom 1. Dezember 1976 (ABl. Nr. L 364 vom 31.12.1976, S. 20)
- **380 L 0502**: Richtlinie 80/502/EWG des Rates vom 6. Mai 1980 (ABl. Nr. L 124 vom 20.5.1980, S. 17)
- **383 L 0381**: Dritte Richtlinie 83/381/EWG der Kommission vom 28. Juli 1983 (ABl. Nr. L 222 vom 13.8.1983, S. 31)
- **386 L 0299**: Vierte Richtlinie 86/299/EWG der Kommission vom 3. Juni 1986 (ABl. Nr. L 189 vom 11.7.1986, S. 40)
- **386 L 0354**: Richtlinie 86/354/EWG des Rates vom 21. Juli 1986 (ABl. Nr. L 212 vom 2.8.1986, S. 27)
- **387 L 0238**: Richtlinie 87/238/EWG der Kommission vom 1. April 1987 (ABl. Nr. L 110 vom 25.4.1987, S. 25)
- **387 L 0519**: Richtlinie 87/519/EWG des Rates vom 19. Oktober 1987 (ABl. Nr. L 304 vom 27.10.1987, S. 38)
- **391 L 0126**: Richtlinie 91/126/EWG der Kommission vom 13. Februar 1991 (ABl. Nr. L 60 vom 7.3.1991, S. 16)
- **391 L 0132**: Richtlinie 91/132/EWG des Rates vom 4. März 1991 (ABl. Nr. L 66 vom 13.3.1991, S. 16)

Unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie kann Schweden in bezug auf Aflatoxin seine nationale Gesetzgebung beibehalten. Die Vertragsparteien werden diese Frage 1995 erneut prüfen.

III. PFLANZENSCHUTZ

Die in den Rechtsvorschriften, auf die in diesem Kapitel Bezug genommen wird, enthaltenen Bestimmungen über Beziehungen zu Drittländern und Grenzkontrollen finden keine Anwendung.

SAATGUT

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. GRUNDVORSCHRIFTEN

1. **366 L 0400**: Richtlinie 66/400/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Betarübensaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11.7.1966, S. 2290/66), geändert durch:

   - **369 L 0061**: Richtlinie 69/61/EWG des Rates vom 18. Februar 1969 (ABl. Nr. L 48 vom 26.2.1969, S. 4)
   - **371 L 0162**: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. Nr. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)
   - **372 L 0274**: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. Nr. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)
   - **372 L 0418**: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)
   - **373 L 0438**: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 356 vom 27.12.1973, S. 79)
   - **375 L 0444**: Richtlinie 75/444/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 (ABl. Nr. L 196 vom 26.7.1975, S. 6)
   - **376 L 0331**: Erste Richtlinie 76/331/EWG der Kommission vom 29. März 1976 (ABl. Nr. L 83 vom 30.3.1976, S. 34)
   - **378 L 0055**: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)
   - **378 L 0692**: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)
   - **387 L 0120**: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. Nr. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)
   - **388 L 0095**: Richtlinie 88/95/EWG der Kommission vom 8. Januar 1988 (ABl. Nr. L 56 vom 2.3.1988, S. 42)

- **388 L 0332**: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

- **388 L 0380**: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

- **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

2. **366 L 0401**: Richtlinie 66/401/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11.7.1966, S. 2298/66), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 76)

- **378 L 0055**: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

- **378 L 0386**: Erste Richtlinie 78/386/EWG der Kommission vom 18. April 1978 (ABl. Nr. L 113 vom 25.4.1978, S. 1)

- **378 L 0692**: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

- **378 L 1020**: Richtlinie 78/1020/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 350 vom 14.12.1978, S. 27)

- **379 L 0641**: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. Nr. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

- **379 L 0692**: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. Nr. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)

- **380 L 0754**: Richtlinie 80/754/EWG der Kommission vom 17. Juli 1980 (ABl. Nr. L 207 vom 9.8.1980, S. 36)

- **381 L 0126**: Richtlinie 81/126/EWG der Kommission vom 16. Februar 1981 (ABl. Nr. L 67 vom 12.3.1981, S. 36)

- **382 L 0287**: Richtlinie 82/287/EWG der Kommission vom 13. April 1982 (ABl. Nr. L 131 vom 13.5.1982, S. 24)

- **385 L 0038**: Richtlinie 85/38/EWG der Kommission vom 14. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 16 vom 19.1.1985, S. 41)

- **385 D 0370**: Entscheidung 85/370/EWG der Kommission vom 8. Juli 1985 (ABl. Nr. L 209 vom 6.8.1985, S. 41)

- **386 D 0153**: Entscheidung 86/153/EWG der Kommission vom 25. März 1986 (ABl. Nr. L 115 vom 3.5.1986, S. 26)

- **386 L 0155**: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. Nr. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

- **387 L 0120**: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. Nr. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

- **387 L 0480**: Richtlinie 87/480/EWG der Kommission vom 9. September 1987 (ABl. Nr. L 273 vom 26.9.1987, S. 43)

- **388 L 0332**: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

- **388 L 0380**: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

- **389 L 0100**: Richtlinie 89/100/EWG der Kommission vom 20. Januar 1989 (ABl. Nr. L 38 vom 10.2.1989, S. 36)

- **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

Unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie

a) kann Finnland, sofern zwischen den Vertragsparteien nichts anderes vereinbart wird, für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1996 in seinem Hoheitsgebiet die Vermarktung
   - von in Finnland erzeugtem Saatgut zulassen, das hinsichtlich der Keimfähigkeit den Anforderungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht entspricht;
   - Saatgut anderer Arten der Kategorie "Handelssaatgut" ("kauppasiemen"/"handelsutsäde") entsprechend der Definition der geltenden finnischen Gesetzgebung zulassen;

b) kann Norwegen, sofern zwischen den Vertragsparteien nichts anderes vereinbart wird, für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1996 in seinem Hoheitsgebiet die Vermarktung von in Norwegen erzeugtem Saatgut zulassen, das hinsichtlich der Keimfähigkeit den Anforderungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht entspricht.

3. **366 L 0402**: Richtlinie 66/402/EWG des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut (ABl. Nr. 125 vom 11.7.1966, S. 2309/66), geändert durch:

- **369 L 0060**: Richtlinie 69/60/EWG des Rates vom 18. Februar 1969 (ABl. Nr. L 48 vom 26.2.1969, S. 1)

- **371 L 0162**: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. Nr. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 76)

- **372 L 0274**: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. Nr. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)

- **372 L 0418**: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)

- **373 L 0438**: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 356 vom 27.12.1973, S. 79)

- **375 L 0444**: Richtlinie 75/444/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 (ABl. Nr. L 196 vom 26.7.1975, S. 6)

- **378 L 0055**: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

- **378 L 0387**: Erste Richtlinie 78/387/EWG der Kommission vom 18. April 1978 (ABl. Nr. L 113 vom 25.4.1978, S. 13)

- **378 L 0692**: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

- **378 L 1020**: Richtlinie 78/1020/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 350 vom 14.12.1978, S. 27)

- **379 L 0641**: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. Nr. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

- **379 L 0692**: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. Nr. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)

- **381 L 0126**: Richtlinie 81/126/EWG der Kommission vom 16. Februar 1981 (ABl. Nr. L 67 vom 12.3.1981, S. 36)

- **386 D 0153**: Entscheidung 86/153/EWG der Kommission vom 25. März 1986 (ABl. Nr. L 115 vom 3.5.1986, S. 26)

- **386 L 0155**: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. Nr. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

- **386 L 0320**: Richtlinie 86/320/EWG der Kommission vom 20.Juni 1986 (ABl. Nr. L 200 vom 23.7.1986, S. 38)

- **387 L 0120**: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. Nr. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

- **388 L 0332**: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

- **388 L 0380**: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

- **388 L 0506**: Richtlinie 88/506/EWG der Kommission vom 13. September 1988 (ABl. Nr. L 274 vom 6.10.1988, S. 44)

- **389 D 0101**: Entscheidung 89/101/EWG der Kommission vom 20. Januar 1989 (ABl. Nr. L 38 vom 10.2.1989, S. 37)

- **389 L 0002**: Richtlinie 89/2/EWG der Kommission vom 15. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 5 vom 7.1.1989, S. 31)

- **390 L 0623**: Richtlinie 90/623/EWG der Kommission vom 7. November 1990 (ABl. Nr. L 333 vom 30.11.1990, S. 65)

- **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

Unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie

a) kann Finnland, sofern von den Vertragsparteien nichts anderes vereinbart wird, für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1996 in seinem Hoheitsgebiet die Vermarktung
   - von Saatgut der Arten Hafer, Gerste, Weizen und Roggen zulassen, das in bezug auf die höchstzulässige Anzahl von Generationen "zertifiziertem Saatgut" ("valiosemen"/"elitutsäde") den Anforderungen dieser Richtlinie nicht entspricht;
   - von in Finnland erzeugtem Saatgut zulassen, das hinsichtlich der Keimfähigkeit den Anforderungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht entspricht;
   - von Saatgut anderer Arten der Kategorie "Handelssaatgut" ("kauppasiemen"/"handelsutsäde"), entsprechend der Definition der geltenden finnischen Gesetzgebung, zulassen;

b) kann Norwegen, sofern von den Vertragsparteien nichts anderes vereinbart wird, für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1996 in seinem Hoheitsgebiet die Vermarktung von in Norwegen erzeugtem Saatgut zulassen, das hinsichtlich der Keimfähigkeit den Anforderungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht entspricht.

4. **369 L 0208**: Richtlinie 69/208/EWG des Rates vom 30. Juni 1969 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen (ABl. Nr. L 169 vom 10.7.1969, S. 3), geändert durch:

   - **371 L 0162**: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. Nr. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)

   - **372 L 0274**: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. Nr. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)

   - **372 L 0418**: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)

   - **373 L 0438**: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 356 vom 27.12.1973, S. 79)

- **375 L 0444**: Richtlinie 75/444/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 (ABl. Nr. L 196 vom 26.7.1975, S. 6)

- **378 L 0055**: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

- **378 L 0388**: Erste Richtlinie 78/388/EWG der Kommission vom 18. April 1978 (ABl. Nr. L 113 vom 25.4.1978, S. 20)

- **378 L 0692**: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

- **378 L 1020**: Richtlinie 78/1020/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 350 vom 14.12.1978, S. 27)

- **379 L 0641**: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. Nr. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

- **380 L 0304**: Richtlinie 80/304/EWG der Kommission vom 25. Februar 1980 (ABl. Nr. L 68 vom 14.3.1980, S. 33)

- **381 L 0126**: Richtlinie 81/126/EWG der Kommission vom 16. Februar 1981 (ABl. Nr. L 67 vom 12.3.1981, S. 36)

- **382 L 0287**: Richtlinie 82/287/EWG der Kommission vom 13. April 1982 (ABl. Nr. L 131 vom 13.5.1982, S. 24)

- **382 L 0727**: Richtlinie 82/727/EWG des Rates vom 25. Oktober 1982 (ABl. Nr. L 310 vom 6.11.1982, S. 21)

- **382 L 0859**: Richtlinie 82/859/EWG der Kommission vom 2. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 357 vom 18.12.1982, S. 31)

- **386 L 0155**: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. Nr. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)

- **387 L 0120**: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. Nr. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

- **387 L 0480**: Richtlinie 87/480/EWG der Kommission vom 9. September 1987 (ABl. Nr. L 273 vom 26.9.1987, S. 43)

- **388 L 0332**: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

- **388 L 0380**: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

- **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

5. **370 L 0457**: Richtlinie 70/457/EWG des Rates vom 29. September 1970 über einen gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten (ABl. Nr. L 225 vom 12.10.1970, S. 1), geändert durch:

   - **372 L 0418**: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)
   - **373 L 0438**: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 356 vom 27.12.1973, S. 79)
   - **376 D 0687**: Entscheidung 76/687/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 (ABl. Nr. L 235 vom 26.8.1976, S. 21)
   - **378 D 0122**: Entscheidung 78/122/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 41 vom 11.2.1978, S. 34)
   - **379 D 0095**: Entscheidung 79/95/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 22 vom 31.1.1979, S. 21)
   - **379 L 0692**: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. Nr. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)
   - **379 L 0967**: Richtlinie 79/967/EWG des Rates vom 12. November 1979 (ABl. Nr. L 293 vom 20.11.1979, S. 16)
   - **381 D 0436**: Entscheidung 81/436/EWG der Kommission vom 8. Mai 1981 (ABl. Nr. L 167 vom 24.6.1981, S. 29)
   - **381 D 0888**: Entscheidung 81/888/EWG der Kommission vom 19. Oktober 1981 (ABl. Nr. L 324 vom 12.11.1981, S. 28)
   - **382 D 0041**: Entscheidung 82/41/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1981 (ABl. Nr. L 16 vom 22.1.1982, S. 50)
   - **383 D 0297**: Entscheidung 83/297/EWG der Kommission vom 6. Juni 1983 (ABl. Nr. L 157 vom 15.6.1983, S. 35)
   - **386 L 0155**: Richtlinie 86/155/EWG des Rates vom 22. April 1986 (ABl. Nr. L 118 vom 7.5.1986, S. 23)
   - **388 L 0380**: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)
   - **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

Unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie

- erstellen die Vertragsparteien nach Inkrafttreten des Abkommens zusammen einen gemeinsamen Sortenkatalog, in dem auch Sorten der EFTA-Staaten aufgeführt sind, die den Anforderungen der Richtlinie genügen. Dieser gemeinsame Sortenkatalog soll möglichst bis 31. Dezember 1995 fertiggestellt sein;

- wenden die EFTA-Staaten bis zum Inkrafttreten des zusammen erstellten Sortenkatalogs ihre nationalen Sortenkataloge an.

6. **370 L 0458**: Richtlinie 70/458/EWG des Rates vom 29. September 1970 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut (ABl. Nr. L 225 vom 12.10.1970, S. 7), geändert durch:

- **371 L 0162**: Richtlinie 71/162/EWG des Rates vom 30. März 1971 (ABl. Nr. L 87 vom 17.4.1971, S. 24)

- **372 L 0274**: Richtlinie 72/274/EWG des Rates vom 20. Juli 1972 (ABl. Nr. L 171 vom 29.7.1972, S. 37)

- **372 L 0418**: Richtlinie 72/418/EWG des Rates vom 6. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 287 vom 26.12.1972, S. 22)

- **373 L 0438**: Richtlinie 73/438/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 356 vom 27.12.1973, S. 79)

- **376 L 0307**: Richtlinie 76/307/EWG des Rates vom 15. März 1976 (ABl. Nr. L 72 vom 18.3.1976, S. 16)

- **378 L 0055**: Richtlinie 78/55/EWG des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 16 vom 20.1.1978, S. 23)

- **378 L 0692**: Richtlinie 78/692/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (ABl. Nr. L 236 vom 26.8.1978, S. 13)

- **379 D 0355**: Entscheidung 79/355/EWG der Kommission vom 20. März 1979 (ABl. Nr. L 84 vom 4.4.1979, S. 23)

- **379 L 0641**: Richtlinie 79/641/EWG der Kommission vom 27. Juni 1979 (ABl. Nr. L 183 vom 19.7.1979, S. 13)

- **379 L 0692**: Richtlinie 79/692/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. Nr. L 205 vom 13.8.1979, S. 1)

- **379 L 0967**: Richtlinie 79/967/EWG des Rates vom 12. November 1979 (ABl. Nr. L 293 vom 20.11.1979, S. 16)

- **381 D 0436**: Entscheidung 81/436/EWG der Kommission vom 8. Mai 1981 (ABl. Nr. L 167 vom 24.6.1981, S. 29)

- **381 D 0888**: Entscheidung 81/888/EWG der Kommission vom 19. Oktober 1981 (ABl. Nr. L 324 vom 12.11.1981, S. 28)

- **387 L 0120**: Richtlinie 87/120/EWG der Kommission vom 14. Januar 1987 (ABl. Nr. L 49 vom 18.2.1987, S. 39)

- **387 L 0481**: Richtlinie 87/481/EWG der Kommission vom 9. September 1987 (ABl. Nr. L 273 vom 26.9.1987, S. 45)

- **388 L 0332**: Richtlinie 88/332/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 151 vom 17.6.1988, S. 82)

- **388 L 0380**: Richtlinie 88/380/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 31)

- **390 L 0654**: Richtlinie 90/654/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 48)

7. **372 L 0168**: Richtlinie 72/168/EWG der Kommission vom 14. April 1972 zur Festlegung von Merkmalen und Mindestanforderungen für die Prüfung von Sorten von Gemüsearten (ABl. Nr. L 103 vom 2.5.1972, S. 6)

8. **372 L 0180**: Richtlinie 72/180/EWG der Kommission vom 14. April 1972 zur Festlegung von Merkmalen und Mindestanforderungen für die Prüfung von Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten (ABl. Nr. L 108 vom 8.5.1972, S. 68)

9. **374 L 0268**: Richtlinie 74/268/EWG der Kommission vom 2. Mai 1974 zur Festlegung besonderer Voraussetzungen im Hinblick auf das Vorhandensein von Avena fatua in Futterpflanzensaatgut und in Getreidesaatgut (ABl. Nr. L 141 vom 24.5.1974, S. 19), geändert durch:

   - **378 L 0110**: Richtlinie 78/511/EWG der Kommission vom 24. Mai 1978 (ABl. Nr. L 157 vom 15.6.1978, S. 34)

2. DURCHFÜHRUNGSVORSCHRIFTEN

10. **375 L 0502**: Richtlinie 75/502/EWG der Kommission vom 25. Juli 1975 zur Beschränkung des Verkehrs mit Saatgut von Wiesenrispe (Poa pratensis L:) auf amtlich als "Basissaatgut" oder "zertifiziertes Saatgut" anerkanntes Saatgut (ABl. Nr. L 228 vom 29.8.1975, S. 23)

11. **380 D 0755**: Entscheidung 80/755/EWG der Kommission vom 17. Juli 1980 zur Genehmigung der vorschriftsmäßigen Kennzeichnung der Verpackungen von Getreidesaatgut (ABl. Nr. L 207 vom 9.8.1980, S. 37), geändert durch:

    - **381 D 0109**: Entscheidung 81/109/EWG der Kommission vom 10. Februar 1981 (ABl. Nr. L 64 vom 11.3.1981, S. 13)

12. **381 D 0675**: Entscheidung 81/675/EWG der Kommission vom 28. Juli 1981 zur Feststellung, daß bestimmte Verschlußsysteme nicht wiederverwendbare Verschlußsysteme im Sinne der Richtlinien 66/400/EWG, 66/401/EWG, 66/402/EWG, 69/208/EWG und 70/458/EWG des Rates sind (ABl. Nr. L 246 vom 29.8.1981, S. 26), geändert durch:

    - **386 D 0563**: Entscheidung 86/563/EWG der Kommission vom 12. November 1986 (ABl. Nr. L 327 vom 22.12.1986, S. 50)

13. **386 L 0109**: Richtlinie 86/109/EWG der Kommission vom 27. Februar 1986 zur Beschränkung des Verkehrs mit Saatgut bestimmter Arten von Futter-, Öl- und Faserpflanzen auf amtlich als "Basissaatgut" oder "zertifiziertes Saatgut" anerkanntes Saatgut (ABl. Nr. L 93 vom 8.4.1986, S. 21), geändert durch:

    - **389 L 0424**: Richtlinie 89/424/EWG der Kommission vom 30. Juni 1989 (ABl. Nr. L 196 vom 12.7.1989, S. 50)

    - **391 L 0376**: Richtlinie 91/376/EWG der Kommission vom 25. Juni 1991 (ABl. Nr. L 203 vom 26.7.1991, S. 108)

14. **387 D 0309**: Entscheidung 87/309/EWG der Kommission vom 2. Juni 1987 zur Genehmigung der vorschriftsmäßigen Kennzeichnung der Verpackungen von Saatgut bestimmter Futterpflanzen (ABl. Nr. L 155 vom 16.6.1987, S. 26), geändert durch:

    - **388 D 0493**: Entscheidung 88/493/EWG der Kommission vom 8. September 1988 (ABl. Nr. L 261 vom 21.9.1988, S. 27)

15. **389 L 0014**: Richtlinie 89/14/EWG der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Festlegung der in den Bestandisolierungsbedingungen der Anlage I der Richtlinie 70/458/EWG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut genannten Sortengruppen von Mangold und roten Rüben (ABl. Nr. L 8 vom 11.1.1989, S. 9)

16. **389 D 0374**: Entscheidung 89/374/EWG der Kommission vom 2. Juni 1989 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs im Rahmen der Richtlinie 66/402/EWG des Rates über den Verkehr mit Getreidesaatgut zur Festlegung der Voraussetzungen, denen der Feldbestand und das Saatgut von Roggenhybriden genügen müssen (ABl. Nr. L 166 vom 16.6.1989, S. 66)

17. **389 D 0540**: Entscheidung 89/540/EWG der Kommission vom 22. September 1989 über die Durchführung eines zeitlich befristeten Versuchs über den Verkehr mit Saat- und Pflanzgut (ABl. Nr. L 286 vom 4.10.1989, S. 24)

18. **390 D 0639**: Entscheidung 90/639/EWG der Kommission vom 12. November 1990 zur Festlegung der Bezeichnungen von Sorten, die aus den in der Entscheidung 89/7/EWG der Kommission aufgeführten Gemüsesorten entwickelt worden sind (ABl. Nr. L 348 vom 12.12.1990, S. 1)

3. RECHTSAKTE, DENEN DIE EFTA-STAATEN UND DIE EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE GEBÜHREND RECHNUNG TRAGEN MÜSSEN

19. **370 D 0047**: Entscheidung 70/47/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1969 über die Entbindung der Französischen Republik von der Verpflichtung, die Richtlinien des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut und Getreidesaatgut hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 13 vom 19.1.1970, S. 26), geändert durch:

    - **380 D 0301**: Entscheidung 80/301/EWG der Kommission vom 25. Februar 1980 (ABl. Nr. L 68 vom 14.3.1980, S. 30)

20. **373 D 0083**: Entscheidung 73/83/EWG des Rates vom 26. März 1973 über die Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Saatgutvermehrungsbeständen in Dänemark, in Irland und im Vereinigten Königreich (ABl. Nr. L 106 vom 20.4.1973, S. 9), geändert durch:

    - **374 D 0350**: Entscheidung 74/350/EWG des Rates vom 27. Juni 1974 (ABl. Nr. L 191 vom 15.7.1974, S. 27)

21. **373 D 0188**: Entscheidung 73/188/EWG der Kommission vom 4. Juni 1973 zur Entbindung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland von der Verpflichtung, die Richtlinie des Rates vom 29. September 1970 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 194 vom 16.7.1973, S. 16)

22. **374 D 0005**: Entscheidung 74/5/EWG der Kommission vom 6. Dezember 1973 zur Entbindung des Königreichs Dänemark von der Verpflichtung, die Richtlinie des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 12 vom 15.1.1974, S. 13)

23. **374 D 0269**: Entscheidung 74/269/EWG der Kommission vom 2. Mai 1974 zur Ermächtigung einiger Mitgliedstaaten, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Futterpflanzensaatgut und in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. Nr. L 141 vom 24.5.1974, S. 20), geändert durch:

    - **378 D 0512**: Entscheidung 78/512/EWG der Kommission vom 24. Mai 1978 (ABl. Nr. L 157 vom 15.6.1978, S. 35)

24. **374 D 0358**: Entscheidung 74/358/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur Entbindung Irlands von der Verpflichtung, die Richtlinie des Rates vom 29. September 1970 über den Verkehr mit Gemüsesaatgut hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 196 vom 19.7.1974, S. 15), geändert durch:

    - **390 D 0209**: Entscheidung 90/209/EWG der Kommission vom 19. April 1990 (ABl. Nr. L 108 vom 28.4.1990, S. 104)

25. **374 D 0360**: Entscheidung 74/360/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur Entbindung des Vereinigten Königreichs von der Verpflichtung, die Richtlinie des Rates vom 30. Juni 1969 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 196 vom 19.7.1974, S. 18)

26. **374 D 0361**: Entscheidung 74/361/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur Entbindung des Vereinigten Königreichs von der Verpflichtung, die Richtlinie des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Getreidesaatgut hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 196 vom 19.7.1974, S. 19)

27. **374 D 0362**: Entscheidung 74/362/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur Entbindung des Vereinigten Königreichs von der Verpflichtung, die Richtlinie des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 196 vom 19.7.1974, S. 20)

28. **374 D 0366**: Entscheidung 74/366/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur vorläufigen Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut der Buschbohnensorte "Sim" in Frankreich zu untersagen (ABl. Nr. L 196 vom 19.7.1974, S. 24)

29. **374 D 0367**: Entscheidung 74/367/EWG der Kommission vom 13. Juni 1974 zur vorläufigen Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut der Buschbohnensorte "Dustor" in Frankreich zu untersagen (ABl. Nr. L 196 vom 19.7.1974, S. 25)

30. **374 D 0491**: Entscheidung 74/491/EWG der Kommission vom 17. September 1974 zur Entbindung des Königreichs Dänemark von der Verpflichtung, die Richtlinie des Rates vom 30. Juni 1969 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 267 vom 3.10.1974, S. 18)

31. **374 D 0531**: Entscheidung 74/531/EWG der Kommission vom 16. Oktober 1974 zur Ermächtigung des Königreichs der Niederlande, bezüglich des Vorhandenseins von Avena fatua in Getreidesaatgut strengere Vorschriften zu erlassen (ABl. Nr. L 299 vom 7.11.1974, S. 13)

32. **374 D 0532**: Entscheidung 74/532/EWG der Kommission vom 16. Oktober 1974 zur Entbindung Irlands von der Verpflichtung, die Richtlinien des Rates vom 14. Juni 1966 über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut und Getreidesaatgut sowie die Richtlinie des Rates vom 30. Juni 1969 über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 299 vom 7.11.1974, S. 14)

33. **375 D 0577**: Entscheidung 75/577/EWG der Kommission vom 30. Juni 1975 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 253 vom 30.9.1975, S. 41)

34. **375 D 0578**: Entscheidung 75/578/EWG der Kommission vom 30. Juni 1975 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 253 vom 30.9.1975, S. 45), geändert durch:

    - **378 D 0285**: Entscheidung 78/285/EWG der Kommission vom 22. Februar 1978 (ABl. Nr. L 74 vom 16.3.1978, S. 29)

35. **375 D 0752**: Entscheidung 75/752/EWG der Kommission vom 20. November 1975 zur Entbindung des Vereinigten Königreichs von der Verpflichtung, die Richtlinie 70/458/EWG des Rates auf einige Gemüsearten anzuwenden (ABl. Nr. L 319 vom 10.12.1975, S. 12)

36. **376 D 0219**: Entscheidung 76/219/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1975 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 46 vom 21.2.1976, S. 30)

37. **376 D 0221**: Entscheidung 76/221/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1975 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saat- oder Pflanzgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 46 vom 21.2.1976, S. 33)

38. **376 D 0687**: Entscheidung 76/687/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 235 vom 26.8.1976, S. 21), geändert durch:

    - **378 D 0615**: Entscheidung 78/615/EWG der Kommission vom 23. Juni 1978 (ABl. Nr. L 198 vom 22.7.1978, S. 12)

39. **376 D 0688**: Entscheidung 76/688/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 235 vom 26.8.1976, S. 24)

40. **376 D 0689**: Entscheidung 76/689/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 235 vom 26.8.1976, S. 27)

41. **376 D 0690**: Entscheidung 76/690/EWG der Kommission vom 30. Juni 1976 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 235 vom 26.8.1976, S. 29)

42. **377 D 0147**: Entscheidung 77/147/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1976 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 47 vom 18.2.1977, S. 66)

43. **377 D 0149**: Entscheidung 77/149/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1976 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 47 vom 18.2.1977, S. 70)

44. **377 D 0150**: Entscheidung 77/150/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1976 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einer Sorte von Getreide zu beschränken (ABl. Nr. L 47 vom 18.2.1977, S. 72)

45. **377 D 0282**: Entscheidung 77/282/EWG der Kommission vom 30. März 1977 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 95 vom 19.4.1977, S. 21)

46. **377 D 0283**: Entscheidung 77/283/EWG der Kommission vom 30. März 1977 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 95 vom 19.4.1977, S. 23)

47. **377 D 0406**: Entscheidung 77/406/EWG der Kommission vom 1. Juni 1977 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 148 vom 16.6.1977, S. 25)

48. **378 D 0124**: Entscheidung 78/124/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung des Großherzogtums Luxemburg, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 41 vom 11.2.1978, S. 38)

49. **378 D 0126**: Entscheidung 78/126/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 41 vom 11.2.1978, S. 41)

50. **378 D 0127**: Entscheidung 78/127/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1977 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 41 vom 11.2.1978, S. 43)

51. **378 D 0347**: Entscheidung 78/347/EWG der Kommission vom 30. März 1978 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 99 vom 12.4.1978, S. 26)

52. **378 D 0348**: Entscheidung 78/348/EWG der Kommission vom 30. März 1978 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 99 vom 12.4.1978, S. 28)

53. **378 D 0350**: Entscheidung 78/349/EWG der Kommission vom 30. März 1978 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 99 vom 12.4.1978, S. 30)

54. **379 D 0092**: Entscheidung 79/92/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 22 vom 31.1.1979, S. 14)

55. **379 D 0093**: Entscheidung 79/93/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 22 vom 31.1.1979, S. 17)

56. **379 D 0094**: Entscheidung 79/94/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1978 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 22 vom 31.1.1979, S. 19)

57. **379 D 0348**: Entscheidung 79/348/EWG der Kommission vom 14. März 1979 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 84 vom 4.4.1979, S. 12)

58. **379 D 0355**: Entscheidung 79/355/EWG der Kommission vom 20. März 1979 zur Befreiung des Königreichs Dänemark von der Verpflichtung, die Richtlinie 70/458/EWG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut hinsichtlich einiger Arten anzuwenden (ABl. Nr. L 84 vom 4.4.1979, S. 23)

59. **380 D 0128**: Entscheidung 80/128/EWG der Kommission vom 28. Dezember 1979 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 29 vom 6.2.1980, S. 15)

60. **380 D 0446**: Entscheidung 80/446/EWG der Kommission vom 31. März 1980 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 110 vom 29.4.1980, S. 23)

61. **380 D 0512**: Entscheidung 80/512/EWG der Kommission vom 2. Mai 1980 zur Ermächtigung des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande und des Vereinigten Königreichs, die Bestimmungen der Richtlinie 66/401/EWG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut hinsichtlich des Probegewichts für die Bestimmung von Körnern von Cuscuta nicht anzuwenden (ABl. Nr. L 126 vom 21.5.1980, S. 15)

62. **380 D 1359**: Entscheidung 80/1359/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1980 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 384 vom 31.12.1980, S. 42)

63. **380 D 1360**: Entscheidung 80/1360/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1980 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 384 vom 31.12.1980, S. 44)

64. **380 D 1361**: Entscheidung 80/1361/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1980 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 384 vom 31.12.1980, S. 46)

65. **381 D 0277**: Entscheidung 81/277/EWG der Kommission vom 31. März 1981 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 123 vom 7.5.1981, S. 32)

66. **381 D 0436**: Entscheidung 81/436/EWG der Kommission vom 8. Mai 1981 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, die Frist für die Zulassung bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten und Gemüsearten zu verlängern (ABl. Nr. L 167 vom 24.6.1981, S. 29)

67. **382 D 0041**: Entscheidung 82/41/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1981 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 16 vom 22.1.1982, S. 50)

68. **382 D 0947**: Entscheidung 82/947/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1982 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 383 vom 31.12.1982, S. 23), geändert durch:

    - **388 D 0625**: Entscheidung 88/625/EWG der Kommission vom 8. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 347 vom 16.12.1988, S. 74)

69. **382 D 0948**: Entscheidung 82/948/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1982 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 383 vom 31.12.1982, S. 25)

70. **382 D 0949**: Entscheidung 82/949/EWG der Kommission vom 30. Dezember 1982 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 383 vom 31.12.1982, S. 27)

71. **384 D 0019**: Entscheidung 84/19/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1983 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 18 vom 21.1.1984, S. 43)

72. **384 D 0020**: Entscheidung 84/20/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1983 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 18 vom 21.1.1984, S. 45)

73. **384 D 0023**: Entscheidung 84/23/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1983 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 20 vom 25.1.1984, S. 19)

74. **385 D 0370**: Entscheidung 85/370/EWG der Kommission vom 8. Juli 1985 zur Ermächtigung der Niederlande, die Einhaltung der in Anlage II der Richtlinie 66/401/EWG des Rates festgelegten Anforderungen an die Sortenreinheit für Saatgut von apomiktischen Einklonsorten von Poa pratensis auch aufgrund der Ergebnisse von Saatgut- und Keimlingsprüfungen zu beurteilen (ABl. Nr. L 209 vom 6.8.1985, S. 41)

75. **385 D 0623**: Entscheidung 85/623/EWG der Kommission vom 16. Dezember 1985 zur Ermächtigung der Französischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 379 vom 31.12.1985, S. 18)

76. **385 D 0624**: Entscheidung 85/624/EWG der Kommission vom 16. Dezember 1985 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 379 vom 31.12.1985, S. 20)

77. **386 D 0153**: Entscheidung 86/153/EWG der Kommission vom 25. März 1986 zur Freistellung Griechenlands von der Anwendung der Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, und 69/208/EWG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut bzw. Getreidesaatgut bzw. Saatgut von Öl- und Faserpflanzen auf bestimmte Arten (ABl. Nr. L 115 vom 3.5.1986, S. 26)

78. **387 D 0110**: Entscheidung 87/110/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 48 vom 17.2.1987, S. 27)

79. **387 D 0111**: Entscheidung 87/111/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 48 vom 17.2.1987, S. 29)

80. **387 D 0448**: Entscheidung 87/448/EWG der Kommission vom 31. Juli 1987 zur Ermächtigung des Vereinigten Königreichs, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 240 vom 22.8.1987, S. 39)

81. **389 D 0078**: Entscheidung 89/78/EWG der Kommission vom 29. Dezember 1988 zur Liberalisierung des Handels mit bestimmten landwirtschaftlichen Pflanzenarten zwischen Portugal und anderen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 30 vom 1.2.1989, S. 75)

82. **389 D 0101**: Entscheidung 89/101/EWG der Kommission vom 20. Januar 1989 zur Freistellung Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Spaniens, Irlands, Luxemburgs und des Vereinigten Königreichs von der Anwendung der Richtlinien 66/401/EWG, 66/402/EWG, 69/208/EWG und 70/458/EWG des Rates über den Verkehr mit Futterpflanzensaatgut bzw. Getreidesaatgut bzw. Saatgut von Öl- und Faserpflanzen bzw. Gemüsesaatgut auf bestimmte Arten (ABl. Nr. L 38 vom 10.2.1989, S. 37)

83. **389 D 0421**: Entscheidung 89/421/EWG der Kommission vom 22. Juni 1989 zur Ermächtigung der Griechischen Republik, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 193 vom 8.7.1989, S. 41)

84. **389 D 0422**: Entscheidung 89/422/EWG der Kommission vom 22. Juni 1989 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut einiger Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken und zur Änderung der Entscheidung 89/77/EWG (ABl. Nr. L 193 vom 8.7.1989, S. 43)

85. **390 D 0057**: Entscheidung 90/57/EWG der Kommission vom 24. Januar 1990 zur Liberalisierung des Verkehrs mit Saatgut bestimmter landwirtschaftlicher Pflanzenarten zwischen Portugal und anderen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 40 vom 14.2.1989, S. 13)

86. **390 D 0209**: Entscheidung 90/209/EWG der Kommission vom 19. April 1990 zur Freistellung der Mitgliedstaaten von der Verpflichtung zur Anwendung der Richtlinie 70/458/EWG des Rates über den Verkehr mit Gemüsesaatgut auf bestimmte Arten sowie zur Änderung der Entscheidungen 73/122/EWG und 74/358/EWG und zur Aufhebung der Entscheidung 74/363/EWG (ABl. Nr. L 108 vom 28.4.1990, S. 104)

87. **391 D 0037**: Entscheidung 91/37/EWG der Kommission vom 20. Dezember 1990 zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland und der Griechischen Republik, den Verkehr mit Saatgut bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken und zur Änderung bestimmter Entscheidungen zur Ermächtigung der Bundesrepublik Deutschland, den Verkehr mit Saatgut bestimmter Sorten landwirtschaftlicher Pflanzenarten zu beschränken (ABl. Nr. L 18 vom 24.1.1991, S. 19)

ANHANG II

TECHNISCHE VORSCHRIFTEN, NORMEN, PRÜFUNG UND ZERTIFIZIERUNG

Verzeichnis nach Artikel 23

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Die Bezugnahme auf die Artikel 30 und 36 oder 30 bis 36 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird durch die Bezugnahme auf die Artikel 11 und 13 oder 11 bis 13 und gegebenenfalls Artikel 18 des Abkommens ersetzt.

I. KRAFTFAHRZEUGE

Die EFTA-Staaten dürfen bis zum 1. Januar 1995 ihre nationalen Rechtsvorschriften anwenden, einschließlich der Möglichkeit, aufgrund ihrer Schadstoffemissionen bei allen Motoren, Partikeln von Dieselmotoren und Lärmemissionen die Zulassung, den Verkauf, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Kraftfahrzeugen zu verweigern, die in den Geltungsbereich der betreffenden Richtlinien fallen und die den Anforderungen der Richtlinien 70/157/EWG, 70/220/EWG, 72/306/EWG und 88/77/EWG in ihrer letzten Fassung entsprechen, und für die die Betriebserlaubnis gemäß den Vorschriften der Richtlinie 70/156/EWG erteilt wurde. Vom 1. Januar 1995 an dürfen die EFTA-Staaten weiterhin ihre nationalen Rechtsvorschriften anwenden, müssen jedoch den freien Handel auf der Grundlage der gemeinschaftlichen Rechtsakte zulassen. Alle Vorschläge zur Änderung, Aktualisierung, Erweiterung oder sonstigen Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Rechtsakte in Verbindung mit den von diesen Richtlinien abgedeckten Bereichen müssen Gegenstand der allgemeinen Bestimmungen über die Entscheidungsfindung des Abkommens sein.

Die EFTA-Staaten sind bis 1. Januar 1995 innerhalb des Geltungsbereichs von Absatz 1 nicht zur Erteilung der EWG-Betriebserlaubnis für vollständige Fahrzeuge oder von Bescheinigungen im Rahmen von Einzelrichtlinien für Systeme, Bauteile oder selbständige technische Einheiten befugt.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **370 L 0156**: Richtlinie 70/156/EWG des Rates vom 6. Februar 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 42 vom 23.2.1970, S. 1), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 115);

   - **378 L 0315**: Richtlinie 78/315/EWG des Rates vom 21. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 81 vom 28.3.1978, S. 1);

   - **378 L 0547**: Richtlinie 78/547/EWG des Rates vom 12. Juni 1978 (ABl. Nr. L 168 vom 26.6.1978, S. 39);

   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. 291 vom 19.11.1979, S. 108);

- **380 L 01267:** Richtlinie 80/1267/EWG des Rates vom 16. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 34), berichtigt in ABl. Nr. L 265 vom 19.9.1981, S. 28;

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 211)

- **387 L 0358:** Richtlinie 87/358/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 (ABl. Nr. L 192 vom 11.7.1987, S. 51);

- **387 L 0403:** Richtlinie 87/403/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Ergänzung des Anhangs 1 der Richtlinie 70/156/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 220 vom 8.8.1987, S. 44)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 2 a wird wie folgt ergänzt:

- "Typengenehmigung" nach österreichischem Recht,
- "tyyppihyväksyntä"/"typgodkännande" nach finnischem Recht,
- "gerðarviðurkenning" nach isländischem Recht,
- "Typengenehmigung" nach Liechtensteiner Recht,
- "typegodkjenning" nach norwegischem Recht,
- "typgodkännande" nach schwedischem Recht,
- "Typengenehmigung"/"approbation du type"/"approvazione del tipo" nach Schweizer Recht.

2. **370 L 0157:** Richtlinie 70/157/EWG des Rates vom 6. Februar 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Geräuschpegel und die Auspuffvorrichtung von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 42 vom 23.2.1970, S. 16), geändert durch:

   - **1 72 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 115);

- **373 L 0350:** Richtlinie 73/350/EWG der Kommission vom 7. November 1973 (ABl. Nr. L 321 vom 22.11.1973, S. 33).

- **377 L 0212:** Richtlinie 77/212/EWG des Rates vom 8. März 1977 (ABl. Nr. L 66 vom 12.3.1977, S. 33).

- **381 L 0334:** Richtlinie 81/334/EWG der Kommission vom 13. April 1981 (ABl. Nr. L 131 vom 18.5.1981, S. 6);

- **384 L 0372:** Richtlinie 84/372/EWG der Kommission vom 3. Juli 1984 (ABl. Nr. L 196 vom 26.7.1984, S. 47);

- **384 L 0424:** Richtlinie 84/424/EWG des Rates vom 3. September 1984 (ABl. Nr. L 238 vom 6.9.1984, S. 31)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 211)

- **389 L 0491:** Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. Nr. L 238 vom 15.8.1989, S. 43);

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang II wird die Fußnote betreffend Nummer 3.1.3 wie folgt ergänzt:

"A = Österreich, CH = Schweiz, FL = Liechtenstein, IS = Island, N = Norwegen, S = Schweden, SF = Finnland"

b) In Anhang IV wird die Fußnote betreffend den(die) Kennbuchstabe(n) des die Betriebserlaubnis erteilenden Landes wie folgt ergänzt:

"A = Österreich, CH = Schweiz, FL = Liechtenstein, IS = Island, N = Norwegen, S = Schweden, SF = Finnland"

3. **370 L 0220**: Richtlinie 70/220/EWG des Rates vom 20. März 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen gegen die Verunreinigung der Luft durch Emissionen von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 76 vom 6.4.1970, S. 1), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 115);

- **374 L 0290**: Richtlinie 74/290/EWG des Rates vom 28. Mai 1974 (ABl. Nr. L 159 vom 15.6.1974, S. 61);

- **377 L 0102**: Richtlinie 77/102/EWG der Kommission vom 30. November 1976 (ABl. Nr. L 32 vom 3.2.1977, S. 32);

- **378 L 0665**: Richtlinie 78/665/EWG der Kommission vom 14. Juli 1978 (ABl. Nr. L 223 vom 14.8.1978, S. 48);

- **383 L 0351**: Richtlinie 83/351/EWG des Rates vom 16. Juni 1983 (ABl. Nr. L 197 vom 20.7.1983, S. 1);

- **388 L 0076**: Richtlinie 88/76/EWG des Rates vom 3. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 36 vom 9.2.1988, S. 1);

- **388 L 0436**: Richtlinie 88/436/EWG des Rates vom 16. Juni 1988 (ABl. Nr. L 214 vom 6.8.1988, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 303 vom 8.11.1988, S. 36;

- **389 L 0458**: Richtlinie 89/458/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 (ABl. Nr. L 226 vom 3.8.1989, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 270 vom 19.9.1989, S. 16;

- **389 L 0491**: Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. Nr. L 238 vom 15.8.1989, S. 43);

- **391 L 0441**: Richtlinie 91/441/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 (ABl. Nr. L 242 vom 30.8.1991, S. 1)

4. **370 L 0221**: Richtlinie 70/221/EWG des Rates vom 20. März 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Behälter für flüssigen Kraftstoff und den Unterfahrschutz von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. Nr. L 76 vom 6.4.1970, S. 23), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 116);

   - **379 L 0490**: Richtlinie 79/490/EWG der Kommission vom 18. April 1979 (ABl. Nr. L 128 vom 26.5.1979, S. 22), geändert durch die Richtlinie 81/333/EWG der Kommission vom 13. April 1981;

   - **381 L 0333**: Richtlinie 81/333/EWG der Kommission vom 13. April 1981 (ABl. Nr. L 131 vom 18.5.1981, S. 4);

5. **370 L 0222**: Richtlinie 70/222/EWG des Rates vom 20. März 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anbringungsstellen und die Anbringung der amtlichen Kennzeichen an der Rückseite von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. Nr. L 76 vom 6.4.1970, S. 25), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 116);

6. **370 L 0311**: Richtlinie 70/311/EWG des Rates vom 8. Juni 1970 über die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Lenkanlagen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. Nr. L 133 vom 18.6.1970, S. 10), berichtigt in ABl. Nr. L 196, vom 3.9.1970, S. 14, und geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 116);

7. **370 L 0387**: Richtlinie 70/387/EWG des Rates vom 27. Juli 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Türen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. Nr. L 176 vom 10.8.1970, S. 5), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 116);

8. **370 L 0388**: Richtlinie 70/388/EWG des Rates vom 27. Juli 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Vorrichtungen für Schallzeichen von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 176 vom 10.8.1970, S. 227), berichtigt in ABl. Nr. L 329 vom 25.11.1982, S. 31 und geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 116).

   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 108)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 212).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Unter Nr. 1.4.1 im Anhang I ist der Text in Klammern wie folgt zu ergänzen:

"12 für Österreich, 17 für Finnland, IS für Island, FL für Liechtenstein, 16 für Norwegen, 5 für Schweden, 14 für die Schweiz"

9. **371 L 0127**: Richtlinie 71/127/EWG des Rates vom 1. März 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Rückspiegel von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 68 vom 22.3.1971, S. 1), geändert durch:

- **1 72 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 116);

- **397 L 0795:** Richtlinie 79/795/EWG der Kommission vom 20. Juli 1979 (ABl. Nr. L 239 vom 22.9.1979, S. 1);

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **385 L 0205:** Richtlinie 85/205/EWG der Kommission vom 18. Februar 1985 (ABl. Nr. L 90 vom 29.3.1985, S. 1);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 212);

- **386 L 0562:** Richtlinie 86/562/EWG der Kommission vom 6. November 1986 (ABl. Nr. L 327 vom 22.11.1986, S. 49);

- **388 L 0321:** Richtlinie 88/321/EWG der Kommission vom 16. Mai 1988 (ABl. Nr. L 147 vom 14.6.1988, S. 77).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Aufzählung der Kennummern unter Nr. 4.2 der Anlage 2 des Anhangs II ist wie folgt zu ergänzen:

"12 für Österreich, 17 für Finnland, IS für Island, FL für Liechtenstein, 16 für Norwegen, 5 für Schweden, 14 für die Schweiz"

10. **371 L 0320**: Richtlinie 71/320/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bremsanlagen bestimmter Klassen von Kraftfahrzeugen und deren Anhängern (ABl. Nr. L 202 vom 6.9.1971, S. 37), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 118);

   - **374 L 0132**: Richtlinie 74/132/EWG der Kommission vom 11. Februar 1974 (ABl. Nr. L 74 vom 19.3.1974, S. 7);

   - **375 L 0524**: Richtlinie 75/524/EWG der Kommission vom 25. Juli 1975 (ABl. Nr. L 236 vom 8.9.1975, S. 3);

   - **379 L 0489**: Richtlinie 79/489/EWG der Kommission vom 18. April 1979 (ABl. Nr. L 128 vom 26.5.1979, S. 12);

   - **385 L 0647**: Richtlinie 85/647/EWG der Kommission vom 23. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 380 vom 31.12.1985, S. 1);

   - **388 L 0194**: Richtlinie 88/194/EWG der Kommission vom 24. März 1988 (ABl. Nr. L 92 vom 9.4.1988, S. 47).

11. **372 L 0245**: Richtlinie 72/245/EWG des Rates vom 20. Juni 1972 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Funkentstörung von Kraftfahrzeugmotoren mit Fremdzündung (ABl. Nr. L 152 vom 6.7.1972, S. 15), geändert durch:

   - **389 L 0491**: Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. Nr. L 238 vom 15.8.1989, S. 43)

12. **372 L 0306**: Richtlinie 72/306/EWG des Rates vom 2. August 1972 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen gegen die Emission verunreinigender Stoffe aus Dieselmotoren zum Antrieb von Fahrzeugen (ABl. Nr. L 190 vom 20.8.1972, S. 1), geändert durch:

    - **389 L 0491**: Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. Nr. L 238 vom 15.8.1989, S. 43);

13. **374 L 0060**: Richtlinie 74/60/EWG des Rates vom 17. Dezember 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Innenausstattung der Kraftfahrzeuge (Teile im Insassenraum - ausgenommen Innenrückspiegel -, Anordnung der Betätigungseinrichtungen, Dach und Schiebedach, Rückenlehne und hinterer Teil der Sitze) (ABl. Nr. L 38 vom 11.2.1974, S. 2), geändert durch:

    - **378 L 0632**: Richtlinie 78/632/EWG der Kommission vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1978, S. 26).

14. **374 L 0061**: Richtlinie 74/61/EWG des Rates vom 17. Dezember 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherungseinrichtung gegen unbefugte Benutzung von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 38 vom 11.2.1974, S. 22).

15. **374 L 0297**: Richtlinie 74/297/EWG des Rates vom 4. Juni 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Innenausstattung von Kraftfahrzeugen (Verhalten der Lenkanlage bei Unfallstößen) (ABl. Nr. L 165 vom 20.6.1974, S. 16).

16. **374 L 0408**: Richtlinie 74/408/EWG des Rates vom 22. Juli 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Innenausstattung der Kraftfahrzeuge (Widerstandsfähigkeit der Sitze und ihrer Verankerung) (ABl. Nr. L 221 vom 12.8.1974, S. 1), geändert durch:

    - **381 L 0577**: Richtlinie 81/557/EWG des Rates vom 20. Juli 1981 (ABl. Nr. L 209 vom 29.7.1981, S. 34).

17. **374 L 0483**: Richtlinie 74/483/EWG des Rates vom 17. September 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die vorstehenden Außenkanten bei Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 226 vom 2.10.1974, S. 4), geändert durch:

- **379 L 0488**: Richtlinie 79/488/EWG der Kommission vom 18. April 1979 (ABl. Nr. L 128 vom 26.5.1979, S. 1).

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 212).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang I wird die Fußnote zu Nr. 3.2.2.2 wie folgt ergänzt:

"12 für Österreich, 17 für Finnland, IS für Island, FL für Liechtenstein, 16 für Norwegen, 5 für Schweden, 14 für die Schweiz"

18. **375 L 0443**: Richtlinie 75/443/EWG des Rates vom 26. Juni 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Rückwärtsgang und das Geschwindigkeitsmeßgerät in Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 196 vom 26.7.1975, S. 1).

19. **376 L 0114**: Richtlinie 76/114/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Schilder, vorgeschriebene Angaben, deren Lage und Anbringungsart an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. Nr. L 24 vom 30.1.1976, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 329 vom 25.11.1982, S. 31 und geändert durch:

- **378 L 0507**: Richtlinie 78/507/EWG der Kommission vom 19. Mai 1978 (ABl. Nr. L 155 vom 13.6.1978, S. 31);

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Im Anhang wird unter Nr. 2.1.2 der Text in Klammern wie folgt ergänzt:

"12 für Österreich, 17 für Finnland, IS für Island, FL für Liechtenstein, 16 für Norwegen, 5 für Schweden, 14 für die Schweiz"

20. **376 L 0115**: Richtlinie 76/115/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Verankerungen der Sicherheitsgurte in Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 24 vom 30.1.1976, S. 6), geändert durch:

   - **381 L 0575**: Richtlinie 81/575/EWG des Rates vom 20. Juli 1981 (ABl. Nr. L 209 vom 29.7.1981, S. 30);

   - **382 L 0318**: Richtlinie 82/318/EWG der Kommission vom 2. April 1982 (ABl. Nr. L 139 vom 19.5.1982, S. 9).

21. **376 L 0756**: Richtlinie 76/756/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 1), geändert durch:

   - **380 L 0233**: Richtlinie 80/233/EWG der Kommission vom 21. November 1979 (ABl. Nr. L 51 vom 25.2.1980, S. 8), berichtigt in ABl. Nr. L 111 vom 30.4.1980, S. 22;

   - **382 L 0244**: Richtlinie 82/244/EWG der Kommission vom 17. März 1982 (ABl. Nr. L 109 vom 22.4.1982, S. 31);

   - **383 L 0276**: Richtlinie 83/276/EWG des Rates vom 26. Mai 1983 (ABl. Nr. L 151 vom 9.6.1983, S. 47);

   - **384 L 0008**: Richtlinie 84/8/EWG der Kommission vom 14. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 9 vom 12.1.1984, S. 24);

   - **389 L 0278**: Richtlinie 89/278/EWG der Kommission vom 28. März 1989 (ABl. Nr. L 109 vom 20.4.1989, S. 38), berichtigt in ABl. Nr. L 114 vom 27.4.1989, S. 52.

22. **376 L 0757**: Richtlinie 76/757/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Rückstrahler für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 32), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang III wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

23. **376 L 0758:** Richtlinie 76/758/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Umrißleuchten, Begrenzungsleuchten, Schlußleuchten und Bremsleuchten für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 54), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213);

- **389 L 0516:** Richtlinie 89/516/EWG der Kommission vom 1. August 1989 (ABl. Nr. L 265 vom 12.9.1989, S. 1).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang III wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

24. **376 L 0759**: Richtlinie 76/759/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Fahrtrichtungsanzeiger für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 71), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213);

- **389 L 0277**: Richtlinie 89/277/EWG der Kommission vom 28. März 1989 (ABl. Nr. L 109 vom 20.4.1989, S. 25), berichtigt in ABl. Nr. L 114 vom 27.4.1989, S. 52.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang III wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

25. **376 L 0760**: Richtlinie 76/760/EWG des Rates vom 22. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Beleuchtungseinrichtungen für das hintere Kennzeichen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 85), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213);

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang I wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

26. **376 L 0761**: Richtlinie 76/761/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Kraftfahrzeugscheinwerfer für Fernlicht und/oder Abblendlicht sowie über Glühlampen für diese Scheinwerfer (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 96), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213);

- **389 L 0517**: Richtlinie 89/517/EWG der Kommission vom 1. August 1989 (ABl. Nr. L 265 vom 12.9.1989, S. 15).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang VI wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

27. **376 L 0762**: Richtlinie 76/762/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Nebelscheinwerfer für Kraftfahrzeuge und über Glühlampen für diese Scheinwerfer (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 122), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang II wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

28. **377 L 0389**: Richtlinie 77/389/EWG des Rates vom 17. Mai 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Abschleppeinrichtungen an Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 145 vom 13.6.1977, S. 41).

29. **377 L 0538**: Richtlinie 77/538/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Nebenschlußleuchten für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 220 vom 29.8.1977, S. 60), berichtigt in ABl. Nr. L 284 vom 10.10.1978, S. 11 und geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213);

- **389 L 0518**: Richtlinie 89/518/EWG der Kommission vom 1. August 1989 (ABl. Nr. L 265 vom 12.9.1989, S. 24).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang II wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

30. **377 L 0539**: Richtlinie 77/539/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Rückfahrscheinwerfer für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 220 vom 29.8.1977, S. 72), berichtigt in ABl. Nr. L 284 vom 10.10.1978, S. 12 und geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang II wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

31. **377 L 0540**: Richtlinie 77/540/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Parkleuchten für Kraftfahrzeuge (ABl. Nr. L 220 vom 29.8.1977, S. 83), berichtigt in ABl. Nr. L 284 vom 10.10.1978, S. 12 und geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang VI wird die Nr. 4.2 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

32. **377 L 0541**: Richtlinie 77/541/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sicherheitsgurte und Haltesysteme für Kraftfahrzeuge (ABl. Nr. L 220 vom 29.8.1977, S. 95), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **381 L 0576:** Richtlinie 81/576/EWG des Rates vom 20. Juli 1981 (ABl. Nr. L 209 vom 29.7.1981, S. 32);

- **382 L 0319:** Richtlinie 82/319/EWG der Kommission vom 2. April 1982 (ABl. Nr. L 139 vom 19.5.1982, S. 17);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214)

- **390 L 0628:** Richtlinie 90/628/EWG der Kommission vom 30. Oktober 1990 (ABl. Nr. L 341 vom 6.12.1990, S. 1).

Die Vertragsparteien dürfen bis zum 1. Juli 1997 das Inverkehrbringen von Fahrzeugen der Klassen M1, M2 und M3 verweigern, deren Sicherheitsgurte oder Rückhaltesysteme den Anforderungen der Richtlinie 77/541/EWG, zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/628/EWG, nicht genügen; sie dürfen jedoch nicht das Inverkehrbringen von Fahrzeugen verweigern, die diesen Anforderungen entsprechen. Die EFTA-Staaten sind erst von dem Zeitpunkt an zur Erteilung der EWG-Betriebserlaubnis gemäß diesen Richtlinien berechtigt, zu dem die betreffenden Richtlinien von den Vertragsparteien vollständig angewandt werden.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Anhang III wird die Nr. 1.1.1 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

33. **377 L 0649**: Richtlinie 77/649/EWG des Rates vom 27. September 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über das Sichtfeld der Fahrer von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 267 vom 19.10.1977, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 150 vom 6.6.1978, S. 6 und geändert durch:

    - **381 L 0643**: Richtlinie 81/643/EWG der Kommission vom 29. Juli 1981 (ABl. Nr. L 231 vom 15.8.1981, S. 41);

    - **388 L 0366**: Richtlinie 88/366/EWG der Kommission vom 17. Mai 1988 (ABl. Nr. L 181 vom 12.7.1988, S. 40).

34. **378 L 0316**: Richtlinie 78/316/EWG des Rates vom 21. Dezember 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Innenausstattung der Kraftfahrzeuge (Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen, Kontrolleuchten und Anzeiger) (ABl. Nr. L 81 vom 28.3.1978, S. 3).

35. **378 L 0317**: Richtlinie 78/317/EWG des Rates vom 21. Dezember 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Entfrostungs- und Trocknungsanlagen für die verglasten Flächen von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 81 vom 28.3.1978, S. 27), berichtigt in ABl. Nr. L 194 vom 19.7.1978, S. 30.

36. **378 L 0318**: Richtlinie 78/318/EWG des Rates vom 21. Dezember 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Scheibenwischer und die Scheibenwascher von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 81 vom 28.3.1978, S. 49), berichtigt in ABl. Nr. L 194 vom 19.7.1978, S. 30.

37. **378 L 0548**: Richtlinie 78/548/EWG des Rates vom 12. Juni 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Heizung des Innenraums von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 168 vom 26.6.1978, S. 40).

38. **378 L 0549**: Richtlinie 78/549/EWG des Rates vom 12. Juni 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Radabdeckung von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 168 vom 26.6.1978, S. 45).

39. **378 L 0932**: Richtlinie 78/932/EWG des Rates vom 16. Oktober 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Kopfstützen für Sitze von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 325 vom 20.11.1978, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 329 vom 25.11.1982, S. 31 und geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang VI wird die Nr. 1.1.1 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

40. **378 L 1015:** Richtlinie 78/1015/EWG des Rates vom 23. November 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Geräuschpegel und die Auspuffanlage von Krafträdern (ABl. Nr. L 349 vom 13.12.1978, S. 21), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214).

- **387 L 0056:** Richtlinie 87/56/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 24 vom 27.1.1987, S. 42);

- **389 L 0235:** Richtlinie 89/235/EWG des Rates vom 13. März 1989 (ABl. Nr. L 98 vom 11.4.1989, S. 1).

Die EFTA-Staaten dürfen bis zum 1. Januar 1995 ihre nationalen Rechtsvorschriften anwenden, einschließlich der Möglichkeit, aufgrund ihres Lärmpegels und Auspuffsystems die Zulassung, den Verkauf, die Inbetriebnahme oder die Benutzung von Krafträdern zu verweigern, die in den Geltungsbereich der betreffenden Richtlinie fallen und die den Anforderungen der Richtlinie 78/1015/EWG in ihrer letzten Fassung entsprechen. Vom 1. Januar 1995 an dürfen die EFTA-Staaten weiterhin ihre nationalen Rechtsvorschriften anwenden, müssen jedoch den freien Handel auf der Grundlage der gemeinschaftlichen Rechtsakte zulassen. Alle Vorschläge zur Änderung, Aktualisierung, Erweiterung oder sonstigen Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Rechtsakte in Verbindung mit den von diesen Richtlinien abgedeckten Bereichen müssen Gegenstand der allgemeinen Bestimmungen über die Entscheidungsfindung dieses Abkommens sein.

Die EFTA-Staaten dürfen vor dem 1. Januar 1995 keine Bescheinigungen gemäß der Richtlinie ausstellen.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Der Artikel 2 wird durch folgende Gedankenstriche ergänzt:

- "Typengenehmigung" nach österreichischem Recht,
- "tyyppihyväksyntä"/"typgodkännande" nach finnischem Recht,
- "gerðarviðurkenning" nach isländischem Recht,
- "Typengenehmigung" nach Liechtensteiner Recht,
- "typegodkjenning" nach norwegischem Recht,
- "typgodkännande" nach schwedischem Recht,
- "Typengenehmigung"/"approbation du type"/"approvazione del tipo" nach Schweizer Recht.

b) In Anhang II wird die Nr. 3.1.3 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

41. **380 L 0780**: Richtlinie 80/780/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Rückspiegel von Zweiradmotorfahrzeugen mit oder ohne Beiwagen und ihren Anbau an diese Fahrzeuge (ABl. Nr. L 229 vom 30.8.1980, S. 49), geändert durch:

    - **380 L 1272**: Richtlinie 80/1272/EWG des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 73);

    - **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214).

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 8 wird durch folgende Gedankenstriche ergänzt:

    - "Typengenehmigung" nach österreichischem Recht,
    - "tyyppihyväksyntä"/"typgodkännande" nach finnischem Recht,
    - "gerðarviðurkenning" nach isländischem Recht,
    - "Typengenehmigung" nach Liechtensteiner Recht,
    - "typegodkjenning" nach norwegischem Recht,
    - "typgodkännande" nach schwedischem Recht,
    - "Typengenehmigung"/"approbation du type"/"approvazione del tipo" nach Schweizer Recht.

42. **380 L 1268**: Richtlinie 80/1268/EWG des Rates vom 16. Dezember 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Kraftstoffverbrauch von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 36), geändert durch:

    - **389 L 0491**: Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. Nr. L 238 vom 15.8.1989, S. 43).

43. **380 L 1269**: Richtlinie 80/1269/EWG des Rates vom 16. Dezember 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Motorleistung von Kraftfahrzeugen (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 46), geändert durch:

- **388 L 0195**: Richtlinie 88/195/EWG der Kommission vom 24. März 1988 (ABl. Nr. L 92 vom 9.4.1988, S. 50);

- **389 L 0491**: Richtlinie 89/491/EWG der Kommission vom 17. Juli 1989 (ABl. Nr. L 238 vom 15.8.1989, S. 43).

44. **388 L 0077**: Richtlinie 88/77/EWG des Rates vom 3. Dezember 1987 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen gegen die Emission gasförmiger Schadstoffe aus Dieselmotoren zum Antrieb von Fahrzeugen (ABl. Nr. L 36 vom 9.2.1988, S. 33)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang I wird die Nr. 5.1.3 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

45. 389 L 0297: Richtlinie 89/297/EWG des Rates vom 13. April 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über seitliche Schutzvorrichtungen (Seitenschutz) bestimmter Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 124 vom 5.5.1989, S. 1).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

46. **377 Y 0726(01)**: Entschließung des Rates vom 29. Juni 1977 betreffend die vollständige EWG-Betriebserlaubnis für zur Personenbeförderung bestimmte Kraftfahrzeuge (ABl. Nr. C 177 vom 26.7.1977, S. 1).

47. **C/281/88 S. 9**: Mitteilung der Kommission betreffend die Betriebserlaubnis- und Zulassungsverfahren für Fahrzeuge, die vorher in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen waren (ABl. Nr. C 281 vom 4.11.1988, S. 9).

II. LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTLICHE ZUGMASCHINEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **374 L 0150**: Richtlinie 74/150/EWG des Rates vom 4. März 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 84 vom 28.3.1974, S. 10), geändert durch:

   - **379 L 0694**: Richtlinie 79/694/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. Nr. L 205 vom 13.8.1979, S. 17);

   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 17);

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

   - **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 212);

   - **388 L 0297**: Richtlinie 88/297/EWG des Rates vom 3. Mai 1988 (ABl. Nr. L 126 vom 20.5.1988, S. 52).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Der Artikel 2 a wird durch folgende Gedankenstriche ergänzt:

   - "Typengenehmigung" nach österreichischem Recht,
   - "tyyppihyväksyntä"/"typgodkännande" nach finnischem Recht,
   - "gerðarviðurkenning" nach isländischem Recht,
   - "Typengenehmigung" nach Liechtensteiner Recht,
   - "typegodkjenning" nach norwegischem Recht,
   - "typgodkännande" nach schwedischem Recht,
   - "Typengenehmigung"/"approbation du type"/approvazione del tipo" nach Schweizer Recht.

2. **374 L 0151**: Richtlinie 74/151/EWG des Rates vom 4. März 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über bestimmte Bestandteile und Merkmale von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 84 vom 28.3.1974, S. 25), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

   - **388 L 0410**: Richtlinie 88/410/EWG der Kommission vom 21. Juni 1988 (ABl. Nr. L 200 vom 26.7.1988, S. 27).

3. **374 L 0152**: Richtlinie 74/152/EWG des Rates vom 4. März 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit und die Ladepritschen von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 84 vom 28.3.1974, S. 33), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

   - **388 L 0412**: Richtlinie 88/412/EWG der Kommission vom 22. Juni 1988 (ABl. Nr. L 200 vom 26.7.1988, S. 31).

4. **374 L 0346**: Richtlinie 74/346/EWG des Rates vom 25. Juni 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Rückspiegel von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 191 vom 15.7.1974, S. 1), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45).

5. **374 L 0347**: Richtlinie 74/347/EWG des Rates vom 25. Juni 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend das Sichtfeld und die Scheibenwischer von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 191 vom 15.7.1974, S. 5), geändert durch:

   - **379 L 1073**: Richtlinie 79/1073/EWG der Kommission vom 22. November 1979 (ABl. Nr. L 331 vom 27.12.1979, S. 20);

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

6. **375 L 0321**: Richtlinie 75/321/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Lenkanlage von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 147 vom 9.6.1975, S. 24), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

   - **388 L 0411**: Richtlinie 88/411/EWG der Kommission vom 21. Juni 1988 (ABl. Nr. L 200 vom 26.7.1988, S. 30).

7. **375 L 0322**: Richtlinie 75/322/EWG des Rates vom 20. Mai 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Funkentstörung der Fremdzündungsmotoren von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 174 vom 9.6.1975, S. 28), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

8. **376 L 0432**: Richtlinie 76/432/EWG des Rates vom 6. April 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bremsanlagen von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 122 vom 8.5.1976, S. 1), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

9. **376 L 0763**: Richtlinie 76/763/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Beifahrersitze von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 262, vom 27.9.1976, S. 135), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

10. **377 L 0311**: Richtlinie 77/311/EWG des Rates vom 29. März 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Geräuschpegel in Ohrenhöhe der Fahrer von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 105 vom 28.4.1977, S. 1), geändert durch:

   - **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

11. **377 L 0536**: Richtlinie 77/536/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Umsturzschutzvorrichtungen für land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 220 vom 29.8.1977, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110)

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213)

- **389 L 0680**: Richtlinie 89/680/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 26).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang VI wird wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

12. **377 L 0537**: Richtlinie 77/537/EWG des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen gegen die Emission verunreinigender Stoffe aus Dieselmotoren zum Antrieb von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 220 vom 29.8.1977, S. 38), geändert durch:

- **382 L 0890**: Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

13. **378 L 0764**: Richtlinie 78/764/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Führersitz von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 225 vom 18.9.1978, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **382 L 0890:** Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

- **383 L 0190:** Richtlinie 83/190/EWG der Kommission vom 28. März 1983 (ABl. Nr. L 109 vom 26.4.1983, S. 13);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214);

- **388 L 0465:** Richtlinie 88/465/EWG der Kommission vom 30. Juni 1988 (ABl. Nr. L 228 vom 17.8.1988, S. 31).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang II wird die Nr. 3.5.2.1 wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

14. **378 L 0933:** Richtlinie 78/933/EWG des Rates vom 17. Oktober 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 325 vom 20.11.1978, S. 16), geändert durch:

- **382 L 0890:** Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

15. **379 L 0532:** Richtlinie 79/532/EWG des Rates vom 17. Mai 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bauartgenehmigung der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen für land- oder forstwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 145 vom 13.6.1979, S. 16), geändert durch:

- **382 L 0890:** Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

16. **379 L 0533**: Richtlinie 79/533/EWG des Rates vom 17. Mai 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Abschleppeinrichtung und den Rückwärtsgang von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 145 vom 13.6.1979, S. 20), geändert durch:

- **382 L 0890:** Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

17. **379 L 0622**: Richtlinie 79/622/EWG des Rates vom 25. Juni 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Umsturzschutzvorrichtungen für land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 179 vom 17.7.1979, S. 1), geändert durch:

- **382 L 0953:** Richtlinie 82/953/EWG der Kommission vom 15. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 386 vom 31.12.1982, S. 31);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214);

- **388 L 0413:** Richtlinie 88/413/EWG der Kommission vom 22. Juni 1988 (ABl. Nr. L 200 vom 26.7.1988, S. 32).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang VI wird wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

18. **380 L 0720**: Richtlinie 80/720/EWG des Rates vom 24. Juni 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Betätigungsraum, Zugänge zum Fahrersitz sowie Türen und Fenster von land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 194 vom 28.7.1980, S. 1), geändert durch:

- **382 L 0890:** Richtlinie 82/890/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 45);

- **388 L 0414:** Richtlinie 88/414/EWG der Kommission vom 22. Juni 1988 (ABl. Nr. L 200 vom 26.7.1988, S. 34).

19. **386 L 0297:** Richtlinie 86/297/EWG des Rates vom 26. Mai 1986 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Zapfwellen und ihre Schutzvorrichtungen an land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1986, S. 19).

20. **386 L 0298:** Richtlinie 86/298/EWG des Rates vom 26. Mai 1986 über hinten angebrachte Umsturzschutzvorrichtungen an land- und forstwirtschaftlichen Schmalspurzugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1986, S. 26), geändert durch:

- **389 L 0682:** Richtlinie 89/682/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 29).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang VI wird wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

21. **386 L 0415:** Richtlinie 86/415/EWG vom 24. Juli 1986 über Einbau, Position, Funktionsweise und Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 240 vom 26.8.1989, S. 1).

22. **387 L 0402:** Richtlinie 87/402/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 über vor dem Führersitz angebrachte Umsturzschutzvorrichtungen an land- und forstwirtschaftlichen Schmalspurzugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 220 vom 8.8.1987, S. 1), geändert durch:

- **389 L 0681:** Richtlinie 89/681/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 27).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang VII wird wie folgt ergänzt:

" 12 für Österreich
17 für Finnland
IS für Island
FL für Liechtenstein
16 für Norwegen
5 für Schweden
14 für die Schweiz"

23. **389 L 0173**: Richtlinie 89/173/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über bestimmte Bauteile und Merkmale von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (ABl. Nr. L 67 vom 10.3.1989, S. 1).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

a) In Anhang III A wird die Fußnote 1 zu Nr. 5.4.1 wie folgt ergänzt:

"12 für Österreich, 17 für Finnland, IS für Island, FL für Liechtenstein, 16 für Norwegen, 5 für Schweden, 14 für die Schweiz"

b) In Anhang V wird unter Nr. 2.1.3 der Text in Klammern wie folgt ergänzt:

"12 für Österreich, 17 für Finnland, IS für Island, FL für Liechtenstein, 16 für Norwegen, 5 für Schweden, 14 für die Schweiz"

III. HEBEZEUGE UND FÖRDERGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **373 L 0361**: Richtlinie 73/361/EWG des Rates vom 19. November 1973 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bescheinigungen und Kennzeichnungen für Drahtseile, Ketten und Lasthaken (ABl. Nr. L 335 vom 5.12.1973, S. 51), geändert durch:

   - **376 L 0434**: Richtlinie 76/434/EWG der Kommission vom 13. April 1976 (ABl. Nr. L 122 vom 8.5.1976, S. 20).

2. **384 L 0528**: Richtlinie 84/528/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über gemeinsame Vorschriften für Hebezeuge und Fördergeräte (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 72), geändert durch:

   - **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214)

   - **388 L 0665**: Richtlinie 88/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 42).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   In Anhang I wird unter Nr. 3 der Text in Klammern wie folgt ergänzt:

   "A für Österreich, CH für die Schweiz, FL für Liechtenstein, IS für Island, N für Norwegen, S für Schweden, SF für Finnland"

3. **384 L 0529**: Richtlinie 84/529/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über elektrisch betriebene Aufzüge (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 86), geändert durch:

   - **386 L 0312**: Richtlinie 86/312/EWG der Kommission vom 18. Juni 1986 (ABl. Nr. L 196 vom 18.7.1986, S. 56)

   - **390 L 0486**: Richtlinie 90/486/EWG des Rates vom 17. September 1990 (ABl. Nr. L 270 vom 2.10.1990, S. 21)

4. **386 L 0663**: Richtlinie 86/663/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kraftbetriebene Flurförderzeuge (ABl. Nr. L 384 vom 31.12.1986, S. 12), geändert durch:

   - **389 L 0240**: Richtlinie 89/240/EWG der Kommission vom 16. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 100 vom 12.4.1989, S. 1).

IV. HAUSHALTSGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **379 L 0530**: Richtlinie 79/530/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 zur Unterrichtung über den Energieverbrauch von Haushaltsgeräten durch Etikettierung (ABl. Nr. L 145 vom 13.6.1979, S. 1)

2. **379 L 0531**: Richtlinie 79/531/EWG des Rates vom 14. Mai 1979 über die Anwendung der Richtlinie 79/530/EWG zur Unterrichtung über den Energieverbrauch von Haushaltsgeräten durch Etikettierung auf elektrischen Backöfen (ABl. Nr. L 145 vom 13.6.1979, S. 7), geändert durch:

   - **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 227)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Anhang I wird die Nr. 3.1.1 wie folgt ergänzt:

      "sähköuuni, auf finnisch (FI)

      rafmagnsbökunarofn, auf isländisch (IS)

      elektrisk stekeovn, auf norwegisch (N)

      elektrisk ugn, auf schwedisch (S)"

   b) In Anhang I wird die Nr. 3.1.3 wie folgt ergänzt:

      "käyttötilavuus, auf finnisch (FI)

      nytanlegt rymi, auf isländisch (IS)

      nyttevolum, auf norwegisch (N)

      nyttevolym, auf schwedisch (S)"

c) In Anhang I wird die Nr. 3.1.5.1 wie folgt ergänzt:

"esilämmityskulutus 200 °C:een, auf finnisch (FI)

forhitunarnotkun í 200 °C, auf isländisch (IS)

energiforbruk ved oppvarming til 200 °C, auf norwegisch (N)

Energiförbrukning vid uppvärmning till 200 °C, auf schwedisch (S)

vakiokulutus (yhden tunnin aikana 200 °C:ssa), auf finnisch (FI)

jafnstöðunotkun (ein klukkustund við 200 °C), auf isländisch (IS)

energiforbruk for á opprettholde en bestemt temperatur (en time på 200 °C), auf norwegisch (N)

Energiförbrukning för att upprätthålla en temperatur (på 200 °C i en timme), auf schwedisch (S)

KOKONAISKULUTUS, auf finnisch (FI)

ALLS, auf isländisch (IS)

TOTALT, auf norwegisch (N)

TOTALT, auf schwedisch (S)"

d) In Anhang I wird die Nr. 3.1.5.3 wie folgt ergänzt:

"puhdistusvaiheen kulutus, auf finnisch (FI)

hreinsilotunotkun, auf isländisch (IS)

energiforbruk for en rengjøringsperiode, auf norwegisch (N)

Energiförbrukning vid en rengöringsprocess, auf schwedisch (S)"

e) Die folgenden Anhänge werden hinzugefügt:

ANHANG II(h)
(Zeichnungen mit finnischen Textanpassungen)

ANHANG II(i)
(Zeichnungen mit isländischen Textanpassungen)

ANHANG II(j)
(Zeichnungen mit norwegischen Textanpassungen)

ANHANG II(k)
(Zeichnungen mit schwedischen Textanpassungen)

3. **386 L 0594**: Richtlinie 86/594/EWG des Rates vom 1. Dezember 1986 über die Geräuschemissionen von Haushaltsgeräten (ABl. Nr. L 344 vom 6.12.1986, S. 24).

V. GASGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **378 L 0170**: Richtlinie 78/170/EWG des Rates vom 13. Februar 1978 betreffend die Leistung von Wärmeerzeugern zur Raumheizung und Warmwasserbereitung in neuen oder bestehenden nichtindustriellen Gebäuden sowie die Isolierung des Verteilungsnetzes für Wärme und Warmwasser in nichtindustriellen Neubauten (ABl. Nr. L 52 vom 23.2.1978, S. 32) (1)

2. **390 L 0396**: Richtlinie 90/396/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Gasverbrauchseinrichtungen (ABl. Nr. L 196 vom 26.7.1990, S. 15).

(1) Hier nur zur Information aufgeführt; Anwendung siehe Anhang IV über Energie.

VI. BAUMASCHINEN UND BAUGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **379 L 0113**: Richtlinie 79/113/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Ermittlung des Geräuschemissionspegels von Baumaschinen und Baugeräten (ABl. Nr. L 33 vom 8.2.1979, S. 15), geändert durch:

   - **381 L 1051**: Richtlinie 81/1051/EWG des Rates vom 7. Dezember 1981 (ABl. Nr. L 376 vom 30.12.1981, S. 49);

   - **385 L 0405**: Richtlinie 85/405/EWG der Kommission vom 11. Juli 1985 (ABl. Nr. L 233 vom 30.8.1985, S. 9)

2. **384 L 0532**: Richtlinie 84/532/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend Baugeräte und Baumaschinen: gemeinsame Bestimmungen (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 111), korrigiert durch ABl. Nr. L 41 vom 12.2.1985, S. 15, geändert durch:

   - **388 L 0665**: Richtlinie 88/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. I 382 vom 31.12.1988, S. 42)

3. **384 L 0533**: Richtlinie 84/533/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Schalleistungspegel von Motorkompressoren (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 123), geändert durch:

   - **385 L 0406**: Richtlinie 85/406/EWG der Kommission vom 11. Juli 1985 (ABl. Nr. L 223 vom 30.8.1985, S. 11)

4. **384 L 0534**: Richtlinie 84/534/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend den zulässigen Schalleistungspegel von Turmdrehkränen (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 130), berichtigt in ABl. Nr. L 41 vom 12.2.1985, S. 15 und geändert durch:

   - **387 L 0405**: Richtlinie 87/405/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 (ABl. Nr. L 220 vom 8.8.1987, S. 60)

5. **384 L 0535**: Richtlinie 84/535/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Schalleistungspegel von Schweißstromerzeugern (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 142), geändert durch:

- **385 L 0407**: Richtlinie 85/407/EWG der Kommission vom 11. Juli 1985 (ABl. Nr. L 233 vom 30.8.1985, S. 16)

6. **384 L 0536**: Richtlinie 84/536/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Schalleistungspegel von Kraftstromerzeugern (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 142), geändert durch:

   - **385 L 0408**: Richtlinie 85/408/EWG der Kommission vom 11. Juli 1985 (ABl. Nr. L 233 vom 30.8.1985, S. 18)

7. **384 L 0537**: Richtlinie 84/537/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Schalleistungspegel handbedienter Betonbrecher und Abbau-, Aufbruch- und Spatenhämmer (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 156), berichtigt in ABl. Nr. L 41 vom 12.2.1985, S. 17 und geändert durch:

   - **385 L 0409**: Richtlinie 85/409/EWG der Kommission vom 11. Juli 1985 (ABl. Nr. L 233 vom 30.8.1985, S. 20)

8. **386 L 0295**: Richtlinie 86/295/EWG des Rates vom 26. Mai 1986 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Überrollschutzaufbauten (ROPS) bestimmter Baumaschinen (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1986, S. 1).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   In Anhang IV wird der Text in Klammern wie folgt ergänzt:

   "A für Österreich, CH für die Schweiz, FL für Liechtenstein, IS für Island, N für Norwegen, S für Schweden, SF für Finnland"

9. **386 L 0296**: Richtlinie 86/296/EWG des Rates vom 26. Mai 1986 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Schutzaufbauten gegen herabfallende Gegenstände (FOPS) bestimmter Baumaschinen (ABl. Nr. L 186 vom 8.7.1986, S. 10).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Anhang IV wird der Text in Klammern wie folgt ergänzt:

"A für Österreich, CH für die Schweiz, FL für Liechtenstein, IS für Island, N für Norwegen, S für Schweden, SF für Finnland"

10. **386 L 0662**: Richtlinie 86/662/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Begrenzung des Geräuschemissionspegels von Hydraulikbaggern, Seilbaggern, Planiermaschinen, Ladern und Baggerladern (ABl. Nr. L 384 vom 31.12.1986, S. 1), geändert durch:

    - **389 L 0514:** Richtlinie 89/514/EWG der Kommission vom 2. August 1989 (ABl. Nr. L 253 vom 30.8.1989, S. 35).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt folgender Rechtsakte zur Kenntnis:

11. Mitteilung der Kommission über die Angleichung der Methoden zur Messung des Lärms von Baumaschinen (am 3.1.1981 angenommen)

12. **386 X 0666**: Empfehlung 86/666/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über den Brandschutz in bestehenden Hotels (ABl. Nr. L 384 vom 31.12.1986, S. 60).

VII. SONSTIGE MASCHINEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **384 L 0538**: Richtlinie 84/538/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Schalleistungspegel von Rasenmähern (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 171), geändert durch:

   - **387 L 0252**: Richtlinie 87/252/EWG der Kommission vom 7. April 1987 (ABl. Nr. L 117 vom 5.5.1987, s. 22), berichtigt in ABl. Nr. L 158 vom 18.6.1987, S. 31;

   - **388 L 0180**: Richtlinie 88/180/EWG des Rates vom 22. März 1988 (ABl. Nr. L 81 vom 26.3.1988, S. 69);

   - **388 L 0181**: Richtlinie 88/181/EWG des Rates vom 22. März 1988 (ABl. Nr. L 81 vom 26.3.1988, S. 71).

VIII. DRUCKGEFÄSSE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **375 L 0324**: Richtlinie 75/324/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aerosolpackungen (ABl. Nr. L 147 vom 9.6.1975, S. 40).

2. **376 L 0767**: Richtlinie 76/767/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über gemeinsame Vorschriften für Druckbehälter sowie über Verfahren zu deren Prüfung (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 153), geändert durch:

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 213);

   - **388 L 0665**: Richtlinie 88/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 42).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Unter dem ersten Gedankenstrich der Nr. 3.1 in Anhang I und unter dem ersten Gedankenstrich der Nr. 3.1.1.1.1 in Anhang II wird der Text in Klammern wie folgt ergänzt:

   "A für Österreich, CH für die Schweiz, FL für Liechtenstein, IS für Island, N für Norwegen, S für Schweden, SF für Finnland"

3. **384 L 0525**: Richtlinie 84/525/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über nahtlose Gasflaschen aus Stahl (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 1).

4. **384 L 0526**: Richtlinie 84/526/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über nahtlose Gasflaschen aus unlegiertem Aluminium und Aluminiumlegierungen (ABl. Nr. L 300 vom 19.11. 1984, S. 20).

5. **384 L 0527**: Richtlinie 84/527/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über geschweißte Gasflaschen aus unlegiertem Stahl (ABl. Nr. L 300 vom 19.11. 1984, S. 48).

6. **387 L 0404**: Richtlinie 87/404/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für einfache Druckbehälter (ABl. Nr. L 220 vom 8.8.1987, S. 48), geändert durch:

   - **390 L 0488**: Richtlinie 90/488/EWG des Rates vom 17. September 1990 (ABl. Nr. L 270 vom 2.10.1990, S. 25).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

7. **389 X 0349**: Empfehlung 89/349/EWG der Kommission vom 13. April 1989 zur freiwilligen Verringerung der Fluorchlorkohlenwasserstoffe durch die europäische Aerosolindustrie (ABl. Nr. L 144 vom 27.5.1989, S. 56).

IX. MESSGERÄTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **371 L 0316:** Richtlinie 71/316/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend gemeinsame Vorschriften über Meßgeräte sowie über Meß- und Prüfverfahren (ABl. Nr. L 202 vom 6.9.1971, S. 1), geändert durch:

   - **1 72 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 118);

   - **372 L 0427:** Richtlinie 72/427/EWG des Rates vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 291 vom 28.12.1972, S. 156);

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

   - **383 L 0575:** Richtlinie 84/575/EWG des Rates vom 26. Oktober 1983 (ABl. Nr. I 332 vom 28.11.1983, S. 43);

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 212)

   - **387 L 0354:** Richtlinie 87/354/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 (ABl. Nr. L 192 vom 11.7.1987, S. 43);

   - **388 L 0665:** Richtlinie 88/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 42).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   a) Unter dem ersten Gedankenstrich der Nr. 3.1 in Anhang I und unter dem ersten Gedankenstrich der Nr. 3.1.1.1 (a) in Anhang II wird der Text in Klammern wie folgt ergänzt:

      "A für Österreich, CH für die Schweiz, FL für Liechtenstein, IS für Island, N für Norwegen, S für Schweden, SF für Finnland"

b) In die Zeichnungen, auf die unter Nr. 3.2.1 des Anhangs II Bezug genommen wird, sind die Buchstaben für die Zeichen A, CH, FL, IS, N, S, SF einzufügen.

2. **371 L 0317**: Richtlinie 71/317/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Blockgewichte der mittleren Fehlergrenzenklasse von 5 bis 50 kg und über zylindrische Gewichtsstücke der mittleren Fehlergrenzenklasse von 1 Gramm bis 10 Kilogramm (ABl. Nr. L 202 vom 6.9.1971, S. 14).

3. **371 L 0318**: Richtlinie 71/318/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Volumengaszähler (ABl. Nr. L 202 vom 6.9.1971, S. 21), geändert durch:

   - **374 L 0331**: Richtlinie 74/331/EWG der Kommission vom 12. Juni 1974 (ABl. Nr. L 189 vom 12.7.1974, S. 9);

   - **378 L 0365**: Richtlinie 78/365/EWG der Kommission vom 31. März 1978 (ABl. Nr. I 104 vom 18.4.1978, S. 26);

   - **382 L 0623**: Richtlinie 82/623/EWG der Kommission vom 1. Juli 1982 (ABl. Nr. L 252 vom 27.8.1982, S. 5).

4. **371 L 0319**: Richtlinie 71/319/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Zähler für Flüssigkeiten (außer Wasser) (ABl. Nr. L 202 vom 6.9.1971, S. 32).

5. **371 L 0347**: Richtlinie 71/347/EWG des Rates vom 12. Oktober 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Messung der Schüttdichte von Getreide (ABl. Nr. L 239 vom 25.10.1971, S. 1), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 119);

   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 212)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 1 a) wird zwischen den Klammern wie folgt ergänzt:

"EY hehtolitrapaino" (auf finnisch)

"EB hektolitrapyngd" (auf isländisch)

"EF hektolitervekt" (auf norwegisch)

"EG hektoliter vikt" (auf schwedisch)

6. **371 L 0348:** Richtlinie 71/348/EWG des Rates vom 12. Oktober 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Zusatzeinrichtungen zu Zählern für Flüssigkeiten (außer Wasser) (ABl. Nr. L 239 vom 25.10.1971, S. 9), geändert durch:

- **1 72 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 119);

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 212)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Kapitel IV des Anhangs wird am Ende des Abschnitts 4.8.1 wie folgt ergänzt:

"10 Groschen (Österreich)

10 penniä/10 penni (Finnland)

10 aurar (Island)

1 Rappen (Liechtenstein)

10 øre (Norwegen)

1 öre (Schweden)

1 Rappen/1 centime/1 centesimo (Schweiz)"

7. **371 L 0349**: Richtlinie 71/349/EWG des Rates vom 12. Oktober 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Vermessung von Schiffsbehältern (ABl. Nr. L 239 vom 25.10.1971, S. 15).

8. **373 L 0360**: Richtlinie 73/360/EWG des Rates vom 19. November 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für nicht selbsttätige Waagen (ABl. Nr. L 335 vom 5.12.1973, S. 1), geändert durch:

   - **376 L 0696**: Richtlinie 76/696/EWG der Kommission vom 27. Juli 1976 (ABl. Nr. 236 vom 27. 8.1976, S. 26);

   - **382 L 0622**: Richtlinie 82/622/EWG der Kommission vom 1. Juli 1982 (ABl. Nr. L 252 vom 27.8.1982, S. 2);

   - **390 L 0384**: Richtlinie 90/384/EWG des Rates vom 20. Juni 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über nichtselbsttätige Waagen (ABl. Nr. L 189 vom 20.7.1990, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 258 vom 22.9.1990, S. 35.

9. **373 L 0362**: Richtlinie 73/362/EWG des Rates vom 19. November 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über verkörperte Längenmaße (ABl. Nr. L 335 vom 5.12.1973, S. 56), geändert durch:

   - **378 L 0629**: Richtlinie 78/629/EWG des Rates vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1978, S. 8);

   - **385 L 0146**: Richtlinie 85/146/EWG der Kommission vom 31. Januar 1985 (ABl. Nr. L 54 vom 23.2.1985, S. 29).

10. **374 L 0148**: Richtlinie 74/148/EWG des Rates vom 4. März 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Wägestücke von 1 mg bis 50 kg von höheren Genauigkeitsklassen als der mittleren Genauigkeit (ABl. Nr. L 84 vom 28.3.1974, S. 3).

11. **375 L 0033**: Richtlinie 75/33/EWG des Rates vom 17. Dezember 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Kaltwasserzähler (ABl. Nr. L 14 vom 20.1.1975, S. 1).

12. **375 L 0106**: Richtlinie 75/106/EWG des Rates vom 19. Dezember 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Abfüllung bestimmter Flüssigkeiten nach Volumen in Fertigpackungen (ABl. Nr. L 42 vom 15.2.1975, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 324 vom 16.12.1975, S. 31 und geändert durch:

    - **378 L 0891**: Richtlinie 78/891/EWG der Kommission vom 28. September 1978 (ABl. Nr. L 311 vom 4.11.1978, S. 21);

    - **379 L 1005**: Richtlinie 79/1005/EWG des Rates vom 23. November 1979 (ABl. Nr. L 308 vom 4.12.1979, S. 25);

    - **385 L 0010**: Richtlinie 85/10/EWG des Rates vom 18. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 4 vom 5.1.1985, S. 20);

    - **388 L 0316**: Richtlinie 88/316/EWG des Rates vom 7. Juni 1988 (ABl. Nr. L 143 vom 10.6.1988, S. 26);

    - **389 L 0676**: Richtlinie 89/676/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 18).

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) Die in Anhang III Absatz 1 a) aufgeführten Erzeugnisse dürfen, wenn sie in Rückgabeverpackungen enthalten sind, bis 31. Dezember 1996 in folgenden Volumina in den Verkehr gebracht werden:
    In der Schweiz und in Liechtenstein: 0,7 Liter;
    in Schweden: 0,7 Liter;
    in Norwegen: 0,35 - 0,7 Liter;
    in Österreich: 0,7 Liter.

    Die in Anhang III Absatz 3 a) aufgeführten Erzeugnisse dürfen, wenn sie in Rückgabeverpackungen enthalten sind, in Norwegen bis 31. Dezember 1996 in Volumina von 0,35 - 0,7 Litern in den Verkehr gebracht werden.

Die in Anhang III Absatz 4 aufgeführten Erzeugnisse dürfen, wenn sie in Rückgabeverpackungen enthalten sind, in Schweden bis 31. Dezember 1996 in Volumina von 0,375 - 0,75 Litern in den Verkehr gebracht werden.

Die in Anhang III Absatz 8 (a) und (b) aufgeführten Erzeugnisse dürfen, wenn sie in Rückgabeverpackungen enthalten sind, in Norwegen bis 31. Dezember 1996 in Volumina von 0,35 Litern in den Verkehr gebracht werden.

Die EFTA-Staaten sorgen dafür, daß entsprechend den Bestimmungen der Richtlinie 75/106/EWG in ihrer letzten Fassung in den Verkehr gebrachte Erzeugnisse vom 1. Januar 1993 frei gehandelt werden können.

b) In Anhang III wird die linke Spalte durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"

Erzeugnisse in flüssiger Form
1. a) Wein aus frischen Weintrauben; mit Alkohol stummgemachter Most aus frischen Weintrauben, einschließlich Weine aus ungegorenem Traubensaft vermischt mit Alkohol, ausgenommen Weine der Tarifstellen 2205 A und B des GZT/HS Positionen 2204.10, 2204.21 und 2204.29, sowie Likörwein (GZT: ex 22 05 C/HS Position ex 22 04); Traubenmost, teilweise gegoren, auch ohne Alkohol stummgemacht (GZT: 22 04/HS Unterposition 2204.30)
b) Weine der Sorte "Vins jaunes", die folgende Ursprungsbezeichnung haben dürfen: "Côtes du Jura", "Arbois", "L'Etoile" und "Château-Chalon".
c) Apfelwein, Birnenwein, Met und andere gegorene Getränke, nicht schäumend (GZT: 22 07 B II/HS Unterposition 2206.00)
d) Wermutwein und andere Weine aus frischen Weintrauben, mit Pflanzen oder anderen Stoffen aromatisiert (GZT: 22 06/HS Position 22 05); Likörwein (GZT: ex 22 05 C/HS Position ex 22 04)

2.	a)	- Schaumweine (GZT: 22 05 A/HS Unterposition 2204.10) - Andere Weine als die unter 2204.10 aufgeführten, in Flaschen mit Schaumweinstopfen, die durch besondere Haltevorrichtungen befestigt sind, sowie Wein in anderen Umschließungen, mit einem Überdruck von mindestens 1 bar und weniger als 3 bar, gemessen bei einer Temperatur von 20 °C (GZT: 22 05 B/HS Unterpositionen ex 2204.21 und ex 2204.29)
	b)	Apfelwein, Birnenwein, Met und andere gegorene Getränke, schäumend (GZT: 22 07 B I/HS Position 2206.00)
3.	a)	Bier aus Malz (GZT: 22 03/HS Position 2203.00), ausgenommen Bier mit Selbstgärung
	b)	Bier mit Selbstgärung, Gueuze
4.		Branntweine (außer den unter GZT 2208/HS Position 2207 aufgeführten), Likör und andere alkoholische Getränke; zusammengesetzte alkoholische Zubereitungen als "konzentrierte Extrakte" bezeichnet zum Herstellen von Getränken (GZT: 22 09/HS Position 22 08)
5.		Speiseessig (GZT: 22 10/HS Position 2209.00)
6.		Olivenöl (GZT: 15 07 A/HS Positionen 1509.10 und 1509.90 und HS Position 15 10), andere Speiseöle (GZT: 15 07 D II/HS Positionen 15 07 und 15 08 und 15 11 bis 15 17)
7.		- Milch, frisch, weder eingedickt noch gezuckert (GZT: ex 04 01/HS Position 04 01), ausgenommen Joghurt, Kefir, saure Milch, Molke und andere fermentierte oder gesäuerte Milch - Milchgetränke (GZT: 22 02 B/HS Unterpositionen ex 0403.10 und ex 0403.90)

8. a) Wasser, Mineralwasser, kohlensäurehaltiges Wasser (GZT: 22 01/HS Position 22 01)

   b) Limonaden (einschließlich der aus Mineralwasser hergestellten) und andere nichtalkoholische Getränke, keine Milch oder kein Milchfett enthaltend (GZT: 22 02 A/HS Position 22 02), ausgenommen Frucht- und Gemüsesäfte der Tarifnummer 22 07 des GZT/HS Position 22 09 sowie Konzentrate

   c) Getränke, die auf dem Etikett als alkoholfreie Aperitifs bezeichnet werden

9. Fruchtsäfte (einschließlich Traubenmost) und Gemüsesäfte, nicht gegoren, ohne Zusatz von Alkohol, auch mit Zusatz von Zucker, der Tarifstelle 20 07 B des GZT/HS Position 2009, Fruchtnektar (Richtlinie 75/726/EWG des Rates vom 17. November 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Fruchtsäfte und einige gleichartige Erzeugnisse) (1)

---

(1) ABl. Nr. L 311 vom 1.12.1975, S. 40.

---

13. **375 L 0107**: Richtlinie 75/107/EWG des Rates vom 19. Dezember 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Flaschen als Maßbehältnisse (ABl. Nr. L 42 vom 15.2.1975, S. 14).

14. **375 L 0410**: Richtlinie 75/410/EWG des Rates vom 24. Juni 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für selbsttätige Waagen zum kontinuierlichen Wägen (Förderbandwaagen) (ABl. Nr. L 183 vom 14.7.1975, S. 25).

15. **376 L 0211**: Richtlinie 76/211/EWG des Rates vom 20. Januar 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Abfüllung bestimmter Erzeugnisse nach Gewicht oder Volumen in Fertigpackungen (ABl. Nr. L 46 vom 21.2.1976, S. 1), geändert durch:

   - **378 L 0891**: Richtlinie 78/891/EWG der Kommission vom 28. September 1978 (ABl. Nr. L 311 vom 4.11.1978, S. 21);

16. **376 L 0764**: Richtlinie 76/764/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über medizinische Quecksilberglasthermometer mit Maximumvorrichtung (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 139), geändert durch:

- **383 L 0128**: Richtlinie 83/128/EWG des Rates vom 28. März 1983 (ABl. Nr. L 91 vom 9.4.1983, S. 29);

- **384 L 0414**: Richtlinie 84/414/EWG der Kommission vom 18. Juli 1984 (ABl. Nr. L 228 vom 25.8.1984, S. 25);

17. **376 L 0765**: Richtlinie 76/765/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Alkoholometer und Aräometer für Alkohol (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S 143), geändert durch:

    - **382 L 0624**: Richtlinie 82/624/EWG der Kommission vom 1. Juli 1982 (ABl. Nr. L 252 vom 27.8.1982, S. 8);

18. **376 L 0766**: Richtlinie 76/766/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Alkoholtafeln (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 149).

19. **376 L 0891**: Richtlinie 76/891/EWG des Rates vom 4. November 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Elektrizitätszähler (ABl. Nr. L 336 vom 4.12.1976, S. 30), geändert durch:

    - **382 L 0621**: Richtlinie 82/621/EWG der Kommission vom 1. Juli 1982 (ABl. Nr. L 252 vom 27.8.1982, S. 1)

20. **377 L 0095**: Richtlinie 77/95/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Taxameter (ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 59).

21. **377 L 0313**: Richtlinie 77/313/EWG des Rates vom 7. April 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Meßanlagen für Flüssigkeiten (außer Wasser) (ABl. Nr. L 105 vom 28.4.1977, S. 18), geändert durch:

    - **382 L 0625**: Richtlinie 82/625/EWG der Kommission vom 1. Juli 1982 (ABl. Nr. L 252 vom 27.8.1982, S. 10);

22. **378 L 1031**: Richtlinie 78/1031/EWG des Rates vom 5. Dezember 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über selbsttätige Kontrollwaagen und Sortierwaagen (ABl. Nr. L 364 vom 27.12.1978, S. 1).

23. **379 L 0830**: Richtlinie 79/830/EWG des Rates vom 11. September 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Warmwasserzähler (ABl. Nr. L 259 vom 15.10.1979, S. 1).

24. **380 L 0181**: Richtlinie 80/181/EWG des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Einheiten im Meßwesen und zur Aufhebung der Richtlinie 71/354/EWG (ABl. Nr. L 39 vom 15.2.1980, S. 40), geändert durch:

    - **385 L 0001**: Richtlinie 85/1/EWG des Rates vom 18. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 11);

    - **387 L 0355**: Richtlinie 87/355/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 (ABl. Nr. L 192 vom 11.7.1987, S. 46);

    - **389 L 0617**: Richtlinie 89/617/EWG des Rates vom 27. November 1989 (ABl. Nr. L 357 vom 7.12.1989, S. 28).

25. **380 L 0232**: Richtlinie 80/232/EWG des Rates vom 15. Januar 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die zulässigen Reihen von Nennfüllmengen und Nennvolumen von Behältnissen für bestimmte Erzeugnisse in Fertigpackungen (ABl. Nr. L 51 vom 25.2.1980, S. 1), geändert durch:

    - **386 L 0096**: Richtlinie 86/96/EWG des Rates vom 18. März 1986 (ABl. Nr. L 80 vom 25.3.1986, S. 55);

    - **387 L 0356**: Richtlinie 87/356/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 (ABl. Nr. L 192 vom 11.7.1987, S. 48).

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) In Anhang I erhalten die Nummern 1 bis 1.6 folgende Fassung:

        1. LEBENSMITTEL, VERKAUF NACH GEWICHT (Werte in g)

        1.1 Butter (GZT: 04 03/HS Unterposition 04 05.00), Margarine, tierische und pflanzliche Fette, auch emulgiert, Brotaufstriche mit niedrigem Fettgehalt
        125-250-500-1000-1500-2000-2500-5000

        1.2 Frischkäse, ausgenommen "petits suisses" und Käse gleicher Aufmachung (GZT: ex 04 04 E I c)/HS Unterposition 04 06.10)
        62,5 - 125 - 250 - 500 - 1000 - 2000 - 5000

1.3 Tafel- und Kochsalz (GZT: 25 01 A/HS Position 25 01)
125 - 250 - 500 - 750 - 1000 - 1500 - 5000

1.4 Puderzucker, goldbrauner oder brauner Zucker, Kandiszucker
125 - 250 - 500 - 750 - 1000 - 1500 - 2000 - 2500 - 3000 - 4000 - 5000

1.5 Getreideerzeugnisse (ausgenommen Baby- und Kleinkindernahrung)

1.5.1 Getreidemehl, -grütze, -flocken und -grieß, Haferflocken und -mehl (ausgenommen Erzeugnisse der Nummer 1.5.4)
125 - 250 - 500 - 1000 - 1500 - 2000 - 2500 (1) - 5000 - 10000

1.5.2 Teigwaren (GZT: 19 03/HS Position 19 02)
125 - 250 - 500 - 1000 - 1500 - 2000 - 3000 - 4000 - 5000 - 10000

1.5.3 Reis (GZT: 10 06/HS Position 10 06)
125 - 250 - 500 - 1000 - 2000 - 2500 - 5000

1.5.4 Lebensmittel, durch Aufblähen oder Rösten von Getreide oder Getreideerzeugnissen hergestellt (Puffreis, Corn Flakes oder ähnliche Erzeugnisse) (GZT 19 05/HS 19 04)
250 - 375 - 500 - 750 - 1000 - 1500 - 2000

1.6 Gemüse, getrocknet (GZT 07 05/HS 07 12 07 13) (2), Obst, getrocknet (GZT Positionen oder Unterpositionen ex 08 01, 08 03 B, 08 04 B, 08 12/HS Positionen ex 08 03, ex 08 04, ex 08 05, ex 08 06, ex 08 13)
125 - 250 - 500 - 1000 - 1500 - 2000 - 5000 - 7500 - 10000."

---

(1) Wert nicht zugelassen für Haferflocken und -mehl.
(2) Aus dieser Nummer sind Trockengemüse und Kartoffeln ausgeklammert.

b) In Anhang I erhält Punkt 4 folgende Fassung:

"4. GEBRAUCHSFERTIGE ANSTRICHFARBEN UND LACKE (MIT ODER OHNE ZUFÜGUNG VON LÖSEMITTELN, GZT 32 09 A II/HS Position 32 08, 32 09, 32 10, mit Ausnahme von dispergierten Pigmenten und Lösungen) (Werte in ml)
25 - 50 - 125 - 250 - 375 - 300 - 750 - 1000 - 2000 - 2500 - 4000 - 5000 - 10000"

c) In Anhang I erhält Punkt 6 folgende Fassung:

"6. PFLEGEMITTEL
(fest oder pulverförmig in g, flüssig oder pastös in ml) unter anderem: Pflegemittel für Leder und Schuhe, Holz und Bodenbeläge, Herde und Metalle einschließlich für Automobile, Fenster und Spiegelgläser einschließlich für Automobile (GZT 34 05/HS 34 05); Fleckenmittel, Appreturen und Färbemittel für den Haushalt (GZT Unterposition 38 12 A und 32 09 C/HS Unterpositionen 38 09.10 und ex 3212.90), Haushaltsinsektenmittel (GZT ex 38 11/HS Unterposition 3808.10), Entkalkungsmittel (GZT ex 34 02/HS ex 34 01, ex 34 02), Desodorierungsmittel für den Haushalt (GZT Unterposition 33 06 B/HS Unterpositionen 3307.20, 3307.41 und 3307.49), nichtpharmazeutische Desinfektionsmittel
25 - 50 - 75 - 100 - 150 - 200 - 250 - 375 - 500 - 750 - 1000 - 1500 - 2000 - 5000 - 10000"

d) In Anhang I erhält Punkt 7 folgende Fassung:

"7. KÖRPERPFLEGEMITTEL: ERZEUGNISSE ZUR SCHÖNHEITSPFLEGE, TOILETTENARTIKEL (GZT: 33 06 A und B /HS 33 03, ex 33 07)
(fest oder pulverförmig in g, flüssig oder pastös in ml)"

e) In Anhang I erhalten die Punkte 8 bis 8.4 folgende Fassung:

"8. WASCHMITTEL

8.1 Feste Toiletten- und Haushaltsseifen (Werte in g) (GZT: ex 34 01/HS Unterpositionen ex 3401.11 und ex 3401.19)
25 - 50 - 75 - 100 - 150 - 200 - 250 - 300 - 400 - 500 - 1000

8.2 Seifen, weich (Werte in g) (GZT: 34 01/HS 34 01(20))
125 - 250 - 500 - 570 - 1000 - 5000 - 10000

8.3 Seifen in Spänen, Flocken und ähnlichem (Werte in g) (GZT: ex 34 01/HS Unterposition ex 3401.20)
250 - 500 - 750 - 1000 - 3000 - 5000 - 10000

8.4 Flüssige Wasch-, Reinigungs-, Scheuer-, und Hilfsmittel (GZT 34 02/HS 34 02) sowie Hypochloritzubereitungen (außer den unter Nummer 6 genannten Erzeugnissen) (Werte in ml)
125 - 250 - 500 - 750 - 1000 - 1250 (1) - 1500 - 2000 - 3000 - 4000 - 5000 - 6000 - 7000 - 10000

---

(1) Nur für Hypochlorite."

26. **386 L 0217**: Richtlinie 86/217/EWG des Rates vom 26. Mai 1986 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Luftdruckmeßgeräte für Kraftfahrzeugreifen (ABl. Nr. L 152 vom 6.6.1986, S. 48).

27. **390 L 0384**: Richtlinie 90/384/EWG des Rates vom 20. Juni 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über nichtselbsttätige Waagen (ABl. Nr. L 189 vom 20.7.1990, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 258 vom 22.9.1990, S. 35.

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

28. **376 X 0223**: Empfehlung 76/223/EWG der Kommission vom 5. Februar 1976 an die Mitgliedstaaten über die in den Patentübereinkommen bezeichneten Maßeinheiten (ABl. Nr. L 43 vom 19.2.1976, S. 22).

29. **C/64/73/S. 26**: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 64 vom 6.8.1973, S. 26).

30. **C/29/74/S. 33**: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 29 vom 18.3.1974, S. 33).

31. C/108/74/S. 8: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 108 vom 18.9.1974, S. 8).

32. C/50/75/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 50 vom 3.3.1975, S. 1).

33. C/66/76/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 66 vom 22.3.1976, S. 1).

34. C/247/76/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 247 vom 20.10.1976, S. 1).

35. C/298/76/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 298 vom 17.12.1976, S. 1).

36. C/9/77/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 9 vom 13.1.1977, S. 1).

37. C/53/77/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 53 vom 3.3.1977, S. 1).

38. C/156/77/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 176 vom 25.7.1977, S. 1).

39. C/79/78/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 79 vom 3.4.1978, S. 1).

40. C/221/78/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 221 vom 18.9.1978, S. 1).

41. C/47/79/S. 1: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 47 vom 21.2.1979, S. 1).

42. **C/194/79/51**: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 194 vom 31.7.1979, S. 1).

43. **C/40/80/S. 1**: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 40 vom 18.2.1980, S. 1).

44. **C/349/80/S. 1**: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 349 vom 31.12.1980, S. 1).

45. **C/297/81/S. 1**: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 71/316/EWG des Rates (ABl. Nr. C 297 vom 16.11.1981, S. 1).

X. ELEKTRISCHE BETRIEBSMITTEL

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **373 L 0023**: Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (ABl. Nr. L 77 vom 26.3.1973, S. 29).

   Finnland, Island und Schweden müssen der Richtlinie ab 1. Januar 1994 nachkommen.

2. **376 L 0117**: Richtlinie 76/117/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre (ABl. Nr. L 24 vom 30.1.1976, S. 45).

3. **379 L 0196**: Richtlinie 79/196/EWG des Rates vom 6. Februar 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre (ABl. Nr. L 43 vom 20.2.1979, S. 20), geändert durch:

   - **384 L 0047**: Richtlinie 84/47/EWG der Kommission vom 16. Januar 1984 (ABl. Nr. L 31 vom 2.2.1984, S. 19);
   - **388 L 0571**: Richtlinie 88/571/EWG der Kommission vom 10. November 1988 (ABl. Nr. L 311 vom 17.11.1988, S. 46);
   - **388 L 0665**: Richtlinie 88/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 42);
   - **390 L 0487**: Richtlinie 90/487/EWG des Rates vom 17. September 1990 (ABl. Nr. L 270 vom 2.10.1990, S. 23)

4. **382 L 0130**: Richtlinie 82/130/EWG des Rates vom 15. Februar 1982 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen in grubengasführenden Bergwerken (ABl. Nr. L 59 vom 2.3.1982, S. 10), geändert durch:

   - **388 L 0035**: Richtlinie 88/35/EWG der Kommission vom 2. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 20 vom 26.1.1988, S. 28);
   - **391 L 0269**: Richtlinie 91/269/EWG der Kommission vom 30. April 1991 (ABl. Nr. L 134 vom 29.5.1991, S. 51).

5. **384 L 0539**: Richtlinie 84/539/EWG des Rates vom 17. September 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die in der Humanmedizin und der Veterinärmedizin eingesetzten elektrischen Geräte (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 179).

6. **389 L 0336**: Richtlinie 89/336/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (ABl. Nr. L 139 vom 23.5.1989, S. 19).

7. **390 L 0385**: Richtlinie 90/385/EWG des Rates vom 20. Juni 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über aktive implantierbare medizinische Geräte (ABl. Nr. L 189 vom 20.7.1990, S. 17).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

8. **C/184/79/S. 1**: Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (ABl. Nr. C 184 vom 23.7.1979, S. 1), geändert durch:

   - **C/26/80/S. 2**: Änderung der Mitteilung der Kommission (ABl. Nr. C 26 vom 2.2.1990, S. 2).

9. **C/107/80/S. 2**: Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (ABl. Nr. C 107 vom 30.4.1980, S. 2).

10. **C/199/80/S. 2**: Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (ABl. Nr. C 199 vom 5.8.1980, S. 2).

11. **C/59/82/S. 2**: Mitteilung der Kommission vom 15. Dezember 1981 zur Durchführung der Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen - die "Niederspannungsrichtlinie" (ABl. Nr. C 59 vom 9.3.1982, S. 2).

12. **C/235/84/S. 2**: Vierte Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (ABl. Nr. C 235 vom 5.9.1984, S. 2).

13. **C/166/85/S. 7**: Fünfte Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (ABl. Nr. C 166 vom 5.7.1985, S. 7).

14. **C/168/88/S. 5**: Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 73/23/EWG des Rates vom 19. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung innerhalb bestimmter Spannungsgrenzen (ABl. Nr. C 168 vom 27.6.1988, S. 5), berichtigt in ABl. Nr. C 238 vom 13.9.1988, S. 4.

15. **C/46/81/S. 3**: Mitteilung der Kommission im Rahmen der Richtlinie 76/117/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre (ABl. Nr. C 46 vom 5.3.1981, S. 3).

16. **C/149/81/S. 1**: Mitteilung der Kommission in Anwendung der Richtlinie 76/117/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre (ABl. Nr. C 149 vom 18.6.1981, S. 1).

17. **382 X 0490**: Empfehlung 82/490/EWG der Kommission vom 6. Juli 1982 betreffend die in der Richtlinie 76/117/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel Verwendung in explosibler Atmosphäre vorgesehenen Konformitätsbescheinigungen (ABl. Nr. C 218 vom 27.7.1982, S. 27).

18. C/328/82/S. 2: Erste Mitteilung der Kommission infolge der Richtlinie 79/196/EWG des Rates vom 6. Februar 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre, die mit bestimmten Zündschutzarten versehen sind (ABl. Nr. C 328 vom 14.12.1982, S. 2) und Anhang (ABl. Nr. C 328A vom 14.12.1982, S. 1).

19. C/356/83/S. 20: Zweite Mitteilung der Kommission infolge der Richtlinie 79/196/EWG des Rates vom 6. Februar 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre, die mit bestimmten Zündschutzarten versehen sind (ABl. Nr. C 356 vom 31.12.1983, S. 20) und Anhang (ABl. Nr. C 356A vom 31.12.1983, S. 1).

20. C/194/86/S. 3: Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 76/117/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosibler Atmosphäre (ABl. Nr. C 194 vom 1.8.1986, S. 3).

21. C/311/87/S. 3: Mitteilung der Kommission infolge der Richtlinie 82/130/EWG des Rates vom 15. Februar 1982 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend elektrische Betriebsmittel zur Verwendung in explosionsgefährdeten Bereichen in grubengasgefährdeten Bergwerken (ABl. Nr. C 311 vom 21.11.1987, S. 3).

XI. TEXTILIEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **371 L 0307**: Richtlinie 71/307/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Bezeichnung von Textilerzeugnissen (ABl. Nr. L 185 vom 16.8.1971, S. 16), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 118);

   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 109);

   - **383 L 0623**: Richtlinie 83/623/EWG des Rates vom 25. November 1983 (ABl. Nr. L 353 vom 15.12.1983, S. 8);

   - **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 219);

   - **337 L 0140**: Richtlinie 87/140/EWG der Kommission vom 6. Februar 1987 (ABl. Nr. L 56 vom 26.2.1987, S. 24);

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 5 Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:

   "- uusi villa

   - ny ull

   - ren ull

   - kamull"

2. **372 L 0276**: Richtlinie 72/276/EWG des Rates vom 17. Juli 1972 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über bestimmte Methoden der quantitativen Analyse von binären Textilfasergemischen (ABl. Nr. L 173 vom 31.7.1972, S. 1), geändert durch:

- **379 L 0076**: Richtlinie 79/76/EWG der Kommission vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 17 vom 24.1.1979, S. 17);

- **381 L 0075**: Richtlinie 81/75/EWG des Rates vom 17. Februar 1981 (ABl. Nr. L 57 vom 4.3.1981, S. 23);

- **387 L 0184**: Richtlinie 87/184/EWG der Kommission vom 6. Februar 1987 (ABl. Nr. L 75 vom 17.3.1987, S. 21).

3. **373 L 0044**: Richtlinie 73/44/EWG des Rates vom 26. Februar 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die quantitative Analyse von ternären Textilfasergemischen (ABl. Nr. L 83 vom 30.3.1973, S. 1).

4. **375 L 0036**: Richtlinie 75/36/EWG des Rates vom 17. Dezember 1974 zur Ergänzung der Richtlinie 71/307/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Bezeichnung von Textilerzeugnissen (ABl. Nr. L 14 vom 20.1.1975, S. 15).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

5. **387 X 0142**: Empfehlung 87/142/EWG der Kommission vom 6. Februar 1987 betreffend bestimmte Methoden zur Entfernung der nicht aus Fasern bestehenden Stoffe vor der quantitativen Analyse der Zusammensetzung der Textilfasergemische (ABl. Nr. L 57 vom 27.2.1987, S. 52).

6. **387 X 0185**: Empfehlung 87/185/EWG der Kommission vom 6. Februar 1987 betreffend die Methoden der quantitativen Bestimmung zum Nachweis der Polyakrylfasern, Modakrylfasern sowie der Polychloridfasern und Trivinylfasern (ABl. Nr. L 75 vom 17.3.1987, S. 28).

XII. LEBENSMITTEL

Die EG-Kommission ernennt aus einem Kreis hochqualifizierter Wissenschaftler der EFTA-Staaten mindestens einen, der im Wissenschaftlichen Ausschuß für Lebensmittel anwesend ist und die Befugnis hat, seine Auffassungen dort vorzubringen. Sein Standpunkt wird getrennt aufgezeichnet.

Die EG-Kommission unterrichtet ihn rechtzeitig über den Zeitpunkt der Ausschußsitzung und übermittelt ihm die entsprechenden Informationen.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **362 L 2645**: Richtlinie des Rates vom 23. Oktober 1962 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für färbende Stoffe, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 115 vom 11.11.1962, S. 2645/62), geändert durch:

   - **365 L 0469**: Richtlinie 65/469/EWG des Rates vom 25. Oktober 1965 (ABl. Nr. 178 vom 26.10.1965, S. 2793/65);
   - **367 L 0653**: Richtlinie 67/653/EWG des Rates vom 24. Oktober 1967 (ABl. Nr. 263 vom 30.10.1967, S. 4);
   - **368 L 0419**: Richtlinie 68/419/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968 (ABl. Nr. L 309 vom 24.12.1968, S. 24);
   - **370 L 0358**: Richtlinie 70/358/EWG des Rates vom 13. Juli 1970 (ABl. Nr. L 157 vom 18.7.1979, S. 36);
   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 120);
   - **376 L 0399**: Richtlinie 76/399/EWG des Rates vom 6. April 1976 (ABl. Nr. L 108 vom 26.4.1976, S. 19);
   - **378 L 0144**: Richtlinie 78/144/EWG des Rates vom 30. Januar 1978 (ABl. Nr. L 44 vom 15.2.1978, S. 20);
   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);
   - **381 L 0020**: Richtlinie 81/20/EWG des Rates vom 20. Januar 1981 (ABl. Nr. L 43 vom 14.2.1981, S. 11);
   - **385 L 0007**: Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);

- 1 85 I: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214).

2. 364 L 0054: Richtlinie 64/54/EWG des Rates vom 5. November 1963 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für konservierende Stoffe, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. 12 vom 27.1.1964, S. 161/64), geändert durch:

- 371 L 0160: Richtlinie 71/160/EWG des Rates vom 30. März 1971, S. 12);
- 1 72 B: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 121);
- 372 L 0444: Richtlinie 72/444/EWG des Rates vom 26. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 298 vom 31.12.1972, S. 48);
- 374 L 0062: Richtlinie 74/62/EWG des Rates vom 17. Dezember 1973 (ABl. Nr. L 38 vom 11.2.1974, S. 29);
- 374 L 0394: Richtlinie 74/394/EWG des Rates vom 22. Juli 1974 (ABl. Nr. L 208 vom 30.7.1974, S. 25);
- 376 L 0462: Richtlinie 76/462/EWG des Rates vom 4. Mai 1976 (ABl. Nr. L 126 vom 14.5.1976, S.31);
- 1 79 H: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);
- 381 L 0214: Richtlinie 81/214/EWG des Rates vom 16. März 1981 (ABl. Nr. L 101 vom 11.4.1981, S. 10);
- 383 L 0636: Richtlinie 83/636/EWG des Rates vom 13. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 357 vom 21.12.1983, S. 40);
- 384 L 0458: Richtlinie 84/458/EWG des Rates vom 18. September 1984 (ABl. Nr. L 256 vom 26.9.1984, S. 19);
- 385 L 0007: Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);
- 1 85 I: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den

Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 215);

- **385 L 0585**: Richtlinie 85/585/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 43).

3. **365 L 0066**: Richtlinie 65/66/EWG des Rates vom 26. Januar 1965 zur Festlegung spezifischer Reinheitskriterien für konservierende Stoffe, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. 22 vom 9.2.1965, S. 373), geändert durch:

   - **367 L 0428**: Richtlinie 67/428/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 (ABl. Nr. 148 vom 11.7.1967, S. 10);

   - **376 L 0463**: Richtlinie 76/463/EWG des Rates vom 4. Mai 1976 (ABl. Nr. L 126 vom 14.5.1976, S. 33);

   - **386 L 0604**: Richtlinie 86/604/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 352 vom 13.12.1986, S. 45).

4. **367 L 0427**: Richtlinie 67/427/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 über die Verwendung gewisser konservierender Stoffe für die Oberflächenbehandlung von Zitrusfrüchten sowie über Überwachungsmaßnahmen zum Nachweis und zur Bestimmung der konservierenden Stoffe in und auf Zitrusfrüchten (ABl. Nr. L 148 vom 11.7.1967, S. 1)

5. **370 L 0357**: Richtlinie 70/357/EWG des Rates vom 13. Juli 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Stoffe mit antioxydierender Wirkung, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 157 vom 18.7.1970, S. 31), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 121);

   - **378 L 0143**: Richtlinie 78/143/EWG des Rates vom 30. Januar 1978 (ABl. Nr. L 44 vom 15.2.1978, S. 18);

   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

   - **381 L 0962**: Richtlinie 81/962/EWG des Rates vom 24. November 1981 (ABl. Nr. L 354 vom 9.12.1981, S. 22)

- **385 L 0007**: Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 215);

- **387 L 0055**: Richtlinie 87/55/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 24 vom 27.1.1987, S. 41).

6. **373 L 0241**: Richtlinie 73/241/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für zur Ernährung bestimmte Kakao- und Schokoladeerzeugnisse (ABl. Nr. L 228 vom 16.8.1973, S. 23), geändert durch:

- **374 L 0411**: Richtlinie 74/411/EWG des Rates vom 1. August 1974 (ABl. Nr. L 221 vom 12.8.1974, S. 17);

- **374 L 0644**: Richtlinie 74/644/EWG des Rates vom 19. Dezember 1974 (ABl. Nr. L 349 vom 28.12.1974, S. 63);

- **375 L 0155**: Richtlinie 75/155/EWG des Rates vom 4. März 1975 (ABl. Nr. L 64 vom 11.3.1975, S. 21);

- **376 L 0628**: Richtlinie 76/628/EWG des Rates vom 20. Juli 1976 (ABl. Nr. L 223 vom 16.8.1976, S. 1);

- **378 L 0609**: Richtlinie 78/609/EWG des Rates vom 29. Juni 1978 (ABl. Nr. L 197 vom 22.7.1978, S. 10);

- **378 L 0842**: Richtlinie 78/842/EWG des Rates vom 10. Oktober 1978 (ABl. Nr. L 291 vom 17.10.1978, S. 15);

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **380 L 0608**: Richtlinie 80/608/EWG des Rates vom 30. Juni 1980 (ABl. Nr. L 170 vom 3.7.1980, S. 33);

- **385 L 0007**: Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 216);

- 389 L 0344: Richtlinie 89/344/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 19).

7. 373 L 0437: Richtlinie 73/437/EWG des Rates vom 11. Dezember 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für einige zur menschlichen Ernährung bestimmte Zuckerarten (ABl. Nr. L 356 vom 27.12.1973, S. 71), geändert durch:

   - 1 79 H: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

   - 1 85 I: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 216).

8. 374 L 0329: Richtlinie 74/329/EWG des Rates vom 18. Juni 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Emulgatoren, Stabilisatoren, Verdickungs- und Geliermittel, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 189 vom 12.7.1974, S. 1), geändert durch:

   - 378 L 0612: Richtlinie 78/612/EWG des Rates vom 29. Juni 1978 (ABl. Nr. L 197 vom 22.7.1978, S. 22);

   - 1 79 H: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

   - 380 L 0597: Richtlinie 80/597/EWG des Rates vom 29. Mai 1980 (ABl. Nr. L 155 vom 23.6.1980, S. 23);

   - 385 L 0006: Richtlinie 85/6/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 21);

   - 385 L 0007: Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);

   - 1 85 I: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 216);

   - 386 L 0102: Richtlinie 86/102/EWG des Rates vom 24. März 1986 (ABl. Nr. L 88 vom 3.4.1986, S. 40);

- **389 L 0393**: Richtlinie 89/393/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 (ABl. Nr. L 186 vom 30.6.1989, S. 13).

9. **374 L 0409**: Richtlinie 74/409/EWG des Rates vom 22. Juli 1974 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend Honig (ABl. Nr. L 221 vom 12.8.1974, S. 10), geändert durch:

   - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

   - **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 216).

10. **375 L 0726**: Richtlinie 75/726/EWG des Rates vom 17. November 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Fruchtsäfte und einige gleichartige Erzeugnisse (ABl. Nr. L 311 vom 1.12.1975, S. 40), geändert durch:

    - **379 L 0168**: Richtlinie 79/168/EWG des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. Nr. L 37 vom 12.2.1979, S. 27);

    - **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 17);

    - **381 L 0487**: Richtlinie 81/487/EWG des Rates vom 30. Juni 1981 (ABl. Nr. L 189 vom 11.7.1981, S. 43);

    - **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 216 und 217);

    - **389 L 0394**: Richtlinie 89/394/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 (ABl. Nr. L 186 vom 30.6.1989, S. 14).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

"f) "Must" zusammen mit der Bezeichnung der verwendeten Früchte (auf schwedisch), für Fruchtsäfte."

11. **376 L 0118**: Richtlinie 76/118/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über bestimmte Sorten eingedickter Milch und Trockenmilch für die menschliche Ernährung (ABl. Nr. L 24 vom 30.1.1976, S. 49), geändert durch:

- **378 L 0630**: Richtlinie 78/630/EWG des Rates vom 19. Juni 1978 (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1978, S. 12);

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **383 L 0635**: Richtlinie 83/635/EWG des Rates vom 13. Dezember 1983 (ABl. Nr. L 357 vom 21.12.1983, S. 37);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 216 und 217).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 3 Absatz 2 c wird wie folgt ergänzt:

""fløde pulver" in Dänemark, "Rahmpulver" und "Sahnepulver" in Deutschland und Österreich, "gräddpulver" in Schweden, "niðurzeydd nýmjólk" in Island, "kermajauhe/ +gräddpulver" in Finnland und "fløtepulver" in Norwegen zur Bezeichnung des unter Nummer 2 Buchstabe d des Anhangs beschriebenen Erzeugnisses"

12. **376 L 0621**: Richtlinie 76/621/EWG des Rates vom 20. Juli 1976 zur Festsetzung des Höchstgehalts an Erukasäure in Speiseölen und -fetten sowie in Lebensmitteln mit Öl- und Fettzusätzen (ABl. Nr. L 202 vom 28.7.1976, S. 35), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 216).

13. **376 L 0895**: Richtlinie 76/895/EWG des Rates vom 23. November 1976 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 340 vom 9.12.1976, S. 26), geändert durch:

- **380 L 0428**: Richtlinie 80/428/EWG der Kommission vom 28. März 1980 (ABl. Nr. L 102 vom 19.4.1980, S. 26);

- **381 L 0036**: Richtlinie 81/36/EWG des Rates vom 9. Februar 1981 (ABl. Nr. L 46 vom 19.2.1981, S. 33);

- **382 L 0528**: Richtlinie 82/528/EWG des Rates vom 19. Juli 1982 (ABl. Nr. L 234 vom 9.8.1982, S. 1);

- **388 L 0298**: Richtlinie 88/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1988 (ABl. Nr. L 126 vom 20.5.1988, S. 53);

- **389 L 0186**: Richtlinie 89/186/EWG des Rates vom 6. März 1989 (ABl. Nr. L 66 vom 10.3.1989, S. 36).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Anhang I erhält folgende Fassung:

"Anhang I

Liste der von Artikel 1 erfaßten Erzeugnisse

HS Position	GZT Nr.	Warenbezeichnung
07.04	0701 B	Kohl, Blumenkohl und Rosenkohl, frisch oder gekühlt
0709.70	0701 C	Spinat, frisch oder gekühlt
ex 0709.90 0705	0701 D	Salate, einschließlich Endivie und Chicorée, frisch oder gekühlt
ex 0709.90	0701 E	Mangold und Karde, frisch oder gekühlt
07.08	0701 F	Hülsengemüse, auch ausgelöst, frisch oder gekühlt
07.06	0701 G	Karotten und Speisemöhren, Spreiserüben, rote Rüben, Schwarzwurzeln, Knollensellerie, Rettiche und andere ähnliche genießbare Wurzeln, frisch oder gekühlt
0703.10 0703.20	0701 H	Speisezwiebeln, Schalotten und Knoblauch, frisch oder gekühlt
0703.90	0701 IJ	Porree und andere Allium-Arten, frisch oder gekühlt
0709.20	0701 K	Spargel, frisch oder gekühlt
0709.10	0701 L	Artischocken, frisch oder gekühlt
07.02	0701 M	Tomaten, frisch oder gekühlt
ex 0709.90	0701 N	Oliven, frisch oder gekühlt.
ex 0709.90	0701 O	Kapern, frisch oder gekühlt
0707	0701 P	Gurken und Cornichons, frisch oder gekühlt

	0709.51 0709.52		0701 Q	Pilze und Trüffeln, frisch oder gekühlt
ex	0709.90		0701 R	Fenchel, frisch oder gekühlt
ex	0709.60		0701 S	Gemüsepaprika oder Paprika, ohne brennenden Geschmack, frisch oder gekühlt
ex	07.09		0701 T	Andere Gemüse, frisch oder gekühlt
ex	07.10	ex	0702	Gemüse, nichtgekocht, gefroren
ex ex	08.01 08.03 08.04	ex	0801	Datteln, Bananen, Kokosnüsse, Paranüsse, Cashewnüsse[1], Avokadofrüchte, Mangofrüchte, Mangostanfrüchte, Guaven, frisch, ohne Schalen oder enthäutet
ex	08.05	ex	0802	Zitrusfrüchte, frisch[1]
ex	08.04	ex	0803	Feigen, frisch[1]
ex	08.06	ex	0804	Weintrauben, frisch[1]
ex	08.02	ex	0805	Schalenfrüchte (ausgenommen solche der Tarifnummer 08.01), frisch[1], ohne äußere Schalen oder enthäutet
	08.08		0806	Äpfel, Birnen und Quitten, frisch[1]
	08.09		0807	Steinobst, frisch[1]
ex	08.10 0807.20		0808	Beeren, frisch[1]
ex	08.10 0807.10		0809	Andere Früchte, frisch[1]
ex	08.11	ex	08.10	Früchte, nichtgekocht, gefroren, ohne Zusatz von Zucker[1]".

(1) Gekühltes Obst wird wie frisches Obst behandelt.

14. **377 L 0436**: Richtlinie 77/436/EWG des Rates vom 27. Juni 1977 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Kaffee-Extrakte und Zichorien-Extrakte (ABl. Nr. L 172 vom 12.7.1977, S. 20), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge -

Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 110);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 217)

- **385 L 0007:** Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);

- **385 L 0573:** Richtlinie 85/573/EWG des Rates vom 19. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 22).

15. **378 L 0142:** Richtlinie 78/142/EWG des Rates vom 30. Januar 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Vinylchlorid-Monomer enthaltende Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 44 vom 15.2.1978, S. 15)

16. **378 L 0663:** Richtlinie 78/663/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 zur Festlegung spezifischer Reinheitskriterien für Emulgatoren, Stabilisatoren, Verdickungs- und Geliermittel, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 223 vom 14.8.1978, S. 7), berichtigt in ABl. Nr. L 91 vom 10.4.1979, S. 7 und geändert durch:

    - **382 L 0504:** Richtlinie 82/504/EWG des Rates vom 12. Juli 1982 (ABl. Nr. L 230 vom 5.8.1982, S. 35);

    - **390 L 0612:** Richtlinie 90/612/EWG der Kommission vom 26. Oktober 1990 (ABl. Nr. L 326 vom 24.11.1990, S. 58).

17. **378 L 0664:** Richtlinie 78/664/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 zur Festlegung der spezifischen Reinheitskriterien für Stoffe mit antioxydierender Wirkung, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 223 vom 14.8.1978, S. 30), geändert durch:

    - **382 L 0712:** Richtlinie 82/712/EWG des Rates vom 18. Oktober 1982 (ABl. Nr. L 297 vom 23.10.1982, S. 31).

18. **379 L 0112:** Richtlinie 79/112/EWG des Rates vom 18. Dezember 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Etikettierung und Aufmachung von Lebensmitteln sowie die Werbung hierfür (ABl. Nr. L 33 vom 8.2.1979, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 17);

- **385 L 0007:** Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 218);

- **386 L 0197:** Richtlinie 86/197/EWG des Rates vom 26. Mai 1986 (ABl. Nr. L 144 vom 29.5.1986, S. 38);

- **389 L 0395:** Richtlinie 89/395/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 (ABl. Nr. L 186 vom 30.6.1989, S. 17);

- **391 L 0072:** Richtlinie 91/72/EWG der Kommission vom 16. Januar 1991 (ABl. Nr. L 42 vom 15.2.1991, S. 27).

Lebensmittel, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens nach den derzeit geltenden einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften der EFTA-Staaten etikettiert wurden, können noch bis zum 1.1.1995 auf deren eigenen Märkten abgesetzt werden.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 5 Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

"- auf finnisch "säteilytetty, käsitelty ionisoivalla säteilyllä"

- auf isländisch "geislað, meðhöndlað með jónaudi geislun"

- auf norwegisch "bestrålt, behandlet med ioniserende stråling"

- auf schwedisch "bestrålad, behandlad med joniserande strålning"

b) In Artikel 9 Absatz 6 entspricht die Position 2206 im Harmonisierten System den CN-Kodes 2206 00 91, 2206 00 93 und 2206 00 99.

c) Artikel 9 a Absatz 2 ist wie folgt zu ergänzen:

"- auf finnisch "viimeinen käyttöajankohta"

- auf isländisch "síðasti neysludagur"
- auf norwegisch "holdbar til"
- auf schwedisch "sista förbrukningsdagen""

d) In Artikel 10 a entspricht die Position 2204 im Harmonisierten System den GZT-Positionen 2204 und 2205.

19. **379 L 0693**: Richtlinie 79/693/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Konfitüren, Gelees, Marmeladen und Maronencreme (ABl. Nr. L 205 vom 13.8.1979, S. 5), geändert durch:

- **380 L 1276**: Richtlinie 80/1276/EWG des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 77);
- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 217);
- **388 L 0593**: Richtlinie 88/593/EWG des Rates vom 18. November 1988 (ABl. Nr. L 318 vom 25.11.1988, S. 44).

20. **379 L 0700**: Richtlinie 79/700/EWG der Kommission vom 24. Juli 1979 zur Festlegung gemeinschaftlicher Probenahmeverfahren für die amtliche Kontrolle der Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 207 vom 15.8.1979, S. 26).

21. **379 L 0796**: Erste Richtlinie 79/796/EWG der Kommission vom 26. Juli 1979 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die Kontrolle von zur menschlichen Ernährung bestimmten Zuckerarten (ABl. Nr. L 239 vom 22.9.1979, S. 24).

22. **379 L 1066**: Erste Richtlinie 79/1066/EWG der Kommission vom 13. November 1979 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden zur Überwachung der Zusammensetzung von Kaffee-Extrakten und ZichorienExtrakten (ABl. Nr. L 327 vom 24.12.1979, S. 17).

23. **379 L 1067**: Erste Richtlinie 79/1067/EWG der Kommission vom 13. November 1979 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden zur Prüfung bestimmter Sorten eingedickter Milch und Trockenmilch für die menschliche Ernährung (ABl. Nr. L 327 vom 24.12.1979, S. 29).

24. **380 L 0590**: Richtlinie 80/590/EWG der Kommission vom 9. Juni 1980 zur Festlegung des Symbols für Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 151 vom 19.6.1980, S. 21), geändert durch:

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 217).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Der Titel des Anhangs wird wie folgt ergänzt:

"LIITE" (finnisch)

"VIDAUKI" (isländisch)

"VEDLEGG" (norwegisch)

"BILAGA" (schwedisch)

b) Der Text im Anhang wird wie folgt ergänzt:

"tunnus" (finnisch)

"merki" (isländisch)

"symbol" (norwegisch)

"symbol" (schwedisch)

25. **380 L 0766**: Richtlinie 80/766/EWG der Kommission vom 8. Juli 1980 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die amtliche Prüfung des Gehalts an Vinylchlorid-Momomer in Materialien und Gegenständen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 213 vom 16.8.1980, S. 42).

26. **380 L 0777**: Richtlinie 80/777/EWG des Rates vom 15. Juli 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Gewinnung von und den Handel mit natürlichen Mineralwässern (ABl. Nr. L 229 vom 30.8.1980, S. 1), geändert durch:

- **380 L 1276**: Richtlinie 80/1276/EWG des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 77);

- **385 L 0007**: Richtlinie 85/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 22);

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 217).

27. **380 L 0891**: Richtlinie 80/891/EWG der Kommission vom 25. Juli 1980 über die gemeinschaftliche Analysemethode zur Bestimmung des Eurukasäuregehalts in Speiseöl und -fetten sowie in Lebensmitteln mit Öl und Fettzusätzen (ABl. Nr. L 254 vom 27.9.1980, S. 35).

28. **381 L 0432**: Richtlinie 81/432/EWG der Kommission vom 29. April 1981 zur Festlegung der gemeinschaftlichen Analysemethode für die amtliche Prüfung auf Vinylchlorid, das von Bedarfsgegenständen in Lebensmittel übergegangen ist (ABl. Nr. L 167 vom 24.6.1981, S. 6).

29. **381 L 0712**: Erste Richtlinie 81/712/EWG der Kommission vom 28. Juli 1981 zur Festlegung gemeinschaftlicher Analysemethoden für die Überwachung der Reinheitskriterien bestimmter Lebensmittelzusatzstoffe (ABl. Nr. L 257 vom 10.9.1981, S. 1).

30. **382 L 0711**: Richtlinie 82/711/EWG des Rates vom 18. Oktober 1982 über die Grundregeln für die Ermittlung der Migration aus Materialien und Gegenständen aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 297 vom 23.10.1982, S. 26).

31. **383 L 0229**: Richtlinie 83/229/EWG des Rates vom 25. April 1983 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend Materialien und Gegenstände aus Zellglasfolien, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 123 vom 11.5.1983, S. 31), geändert durch:

    - **386 L 0388**: Richtlinie 86/388/EWG der Kommission vom 23. Juli 1986 (ABl. Nr. L 228 vom 14.8.1986, S. 32).

32. **383 L 0417**: Richtlinie 83/417/EWG des Rates vom 25. Juli 1983 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über bestimmte Milcherzeugnisse (Kaseine und Kaseinate) für die menschliche Ernährung (ABl. Nr. L 237 vom 26.8.1983, S. 25), geändert durch:

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 217).

33. **383 L 0463**: Richtlinie 83/463/EWG der Kommission vom 22. Juli 1983 mit Übergangsbestimmungen über die Angabe bestimmter Zutaten in der Etikettierung von für den Endverbraucher bestimmten Lebensmitteln (ABl. Nr. L 225 vom 15.9.1983, S. 1).

34. **384 L 0500**: Richtlinie 84/500/EWG des Rates vom 15. Oktober 1984 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Keramikgegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 277 vom 20.10.1984, S. 12).

    Norwegen und Schweden müssen der Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachkommen.

35. **385 L 0503**: Erste Richtlinie 85/503/EWG der Kommission vom 25. Oktober 1985 zur Festlegung der Gemeinschaftsmethoden für die Analysen von Nährkaseinen und Nährkaseinaten (ABl. Nr. L 308 vom 20.11.1985, S. 12).

36. **385 L 0572**: Richtlinie 85/572/EWG des Rates vom 19. Dezember 1985 über die Liste der Simulanzlösemittel für die Migrationsuntersuchungen von Materialien und Gegenständen aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 14).

37. **385 L 0591**: Richtlinie 85/591/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Einführung gemeinschaftlicher Probenahmeverfahren und Analysemethoden für die Kontrolle von Lebensmitteln (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 50).

38. **386 L 0362**: Richtlinie 86/362/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Getreide (ABl. Nr. L 221 vom 7.8.1986, S. 37), geändert durch:

    - **388 L 0298**: Richtlinie 88/298/EWG des Rates vom 16. Mai 1988 (ABl. Nr. L 126 vom 20.5.1988, S. 53).

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Anhang I erhält folgende Fassung:

"Anhang I

HS Position	GZT Nr.	Warenbezeichnung
ex 1001	ex 1001	Weizen
1002	1002	Roggen
1003	1003	Gerste
1004	1004	Hafer
ex 1005	ex 1005	Mais
ex 1006	ex 1006	Paddy-Reis
ex 1007	ex 1007	Buchweizen, Hirse, Körner, Sorghum, Tricale und anderes Getreide"

39. **386 L 0363**: Richtlinie 86/363/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Lebensmitteln tierischen Ursprungs (ABl. Nr. L 221 vom 7.8.1986, S. 43).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Anhang I erhält folgende Fassung:

"Anhang I

HS Position	GZT Nr.	Warenbezeichnung
0201	ex 0201	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall von
0202		Pferden, Eseln, Maultieren und Mauleseln,
0203		Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen,
0204		frisch, gekühlt oder gefroren
0205		
0206		
ex 0207	0202	Hausgeflügel, nicht lebend, (d.h. Hühner,Enten, Gänse, Truthähne, Perlhühner) und genießbarer

			Schlachtabfall hiervon (ausgenommen Lebern), frisch, gekühlt oder gefroren.
ex	020731, 020739, 020750 021090	0203	Geflügellebern, frisch, gekühlt, gefroren, gesalzen oder in Salzlake
ex	020810, 020890	ex 0204	Anderes Fleisch und anderer genießbarer Schlachtabfall, frisch, gekühlt oder gefroren, von Haustauben, Hauskaninchen und Wild
	0209	ex 02.05	Schweinespeck, Schweinefett und Geflügelfett, frisch, gekühlt, gefroren, gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert
	0210	0206	Fleisch und genießbarer Schlachtabfall aller Art (Ausgenommen Geflügellebern), gesalzen, in Salzlake, getrocknet oder geräuchert
ex	0401, 0403 0404	0401	Milch und Rahm, frisch, weder eingedickt noch gezuckert
ex	0401 0402 0403, 0404	0402	Milch und Rahm, haltbar gemacht, eingedickt oder gezuckert
	0405	0403	Butter
	0406	0404	Käse und Quark
ex	0407 0408	ex 0405	Vogeleier und Eigelb, frisch, getrocknet oder in anderer Weise haltbar gemacht, auch gezuckert, ausgenommen Bruteier sowie Eier und Eigelb, die zu anderen als Ernährungszwecken bestimmt sind
ex	1601, 1902.20	1601	Würste und dergleichen, aus Fleisch, aus Schlachtabfall oder aus Tierblut
ex	0210.90 1602 1902.20	1602	Fleisch und Schlachtabfall, anders zubereitet oder haltbar gemacht"

40. **386 L 0424**: Erste Richtlinie 86/424/EWG der Kommission vom 15. Juli 1986 zur Festlegung der Gemeinschaftsmethoden für die Probenahme von Kaseinen und Kaseinaten (ABl. Nr. L 243 vom 28.8.1986, S. 29).

41. **387 L 0250**: Richtlinie 87/250/EWG der Kommission vom 15. April 1987 betreffend die Angabe des Alkoholgehalts als Volumenkonzentration in der Etikettierung von alkoholhaltigen, für den Endverbraucher bestimmten Lebensmittel (ABl. Nr. L 113 vom 30.4.1987, S. 57)

42. **387 L 0524**: Erste Richtlinie 87/524/EWG der Kommission vom 6. Oktober 1987 zur Festlegung der Gemeinschaftsmethoden für die Probenahme von Dauermilcherzeugnissen (ABl. Nr. L 306 vom 28.10.1987, S. 24).

43. **388 L 0344**: Richtlinie 88/344/EWG des Rates vom 13. Juni 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Extraktionslösungsmittel, die bei der Herstellung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten verwendet werden (ABl. Nr. L 157 vom 24.6.1988, S. 28).

44. **388 L 388**: Richtlinie 88/388/EWG des Rates vom 22. Juni 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aromen zur Verwendung in Lebensmitteln und über Ausgangsstoffe für ihre Herstellung (ABl. Nr. L 184 vom 15.7.1988, S. 61) berichtigt in ABl. Nr. L 345 vom 14.12.1988, S. 29 und geändert durch:

    - **391 L 0071**: Richtlinie 91/71/EWG der Kommission vom 16. Januar 1991 (ABl. Nr. L 42 vom 15.2.1991, S. 25).

45. **388 D 0389**: Beschluß 88/389/EWG des Rates vom 22. Juni 1988 über die von der Kommission vorzunehmende Erstellung eines Verzeichnisses der Ausgangsstoffe und sonstigen Stoffe für die Herstellung von Aromen (ABl. Nr. L 184 vom 15.7.1988, S. 67).

46. **389 L 0107**: Richtlinie 89/107/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Zusatzstoffe, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (ABl. Nr. L 40 vom 11.2.1989, S. 27).

47. **389 L 0108**: Richtlinie 89/108/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über tiefgefrorene Lebensmittel (ABl. Nr. L 40 vom 11.2.1989, S. 34).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a wird wie folgt ergänzt:

- "auf finnisch "pakastettu"
- auf isländisch "hraðfryst"
- auf norwegisch "dypfryst"
- auf schwedisch "djupfryst""

48. **389 L 0109**: Richtlinie 89/109/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Materialien und Gegenstände, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 40 vom 11.2.1989, S. 38), berichtigt in ABl. Nr. L 347 vom 28.11.1989, S. 37.

49. **389 L 0396**: Richtlinie 89/369/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 über Angaben oder Marken, mit denen sich das Los, zu dem ein Lebensmittel gehört, feststellen läßt (ABl. Nr. L 186 vom 30.6.1989, S. 21), geändert durch:

    - **391 L 0238**: Richtlinie 91/238/EWG des Rates vom 22. April 1991 (ABl. Nr. L 107 vom 27.4.1991, S. 50).

50. **389 L 0397**: Richtlinie 89/397/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 über die amtliche Lebensmittelüberwachung (ABl. Nr. L 186 vom 30.6.1986, S. 23).

51. **389 L 0398**: Richtlinie 89/398/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind (ABl. Nr. L 186 vom 30.6.1989, S. 27).

52. **390 L 0128**: Richtlinie 90/128/EWG der Kommission vom 23. Februar 1990 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABl. Nr. L 75 vom 21.3.1990, S. 19).

53. **390 L 0496**: Richtlinie 90/496/EWG des Rates vom 24. September 1990 über die Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln (ABl. Nr. L 276 vom 6.10.1990, S. 40).

54. **390 L 0642**: Richtlinie 90/642/EWG des Rates vom 27. November 1990 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs, einschließlich Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 350 vom 14.12.1990, S. 71).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

55. **378 X 0358**: Empfehlung 78/358/EWG der Kommission vom 29. März 1978 an die Mitgliedstaaten über die Verwendung von Saccharin als Lebensmittelzusatzstoff und den Verkauf von Saccharin in Tablettenform an den Endverbraucher (ABl. Nr. L 103 vom 15.4.1978, S. 32).

56. **380 X 1089**: Empfehlung der Kommission 80/1089/EWG vom 11. November 1980 an die Mitgliedstaaten betreffend Untersuchungen zur Sicherheitsbeurteilung von Lebensmittelzusatzstoffen (ABl. Nr. L 320 vom 11.11.1980, S. 36).

57. Mitteilung der Kommission über den freien Verkehr mit Lebensmitteln innerhalb der Gemeinschaft KOM(89) 265 (ABl. Nr. C 271 vom 24.10.1989, S. 3).

XIII. ARZNEISPEZIALITÄTEN

Die EFTA-Überwachungsbehörde kann entsprechend ihrer Verfahrensordnung zwei Beobachter bestellen, die die Befugnis haben, an den Aufgaben des Ausschusses nach Artikel 2 erster Gedankenstrich des Beschlusses 75/320/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 betreffend die Einsetzung eines Pharmazeutischen Ausschusses teilzunehmen.

Unbeschadet von Artikel 101 des Abkommens lädt die EG-Kommission entsprechend Artikel 99 des Abkommens Sachverständige der EFTA-Staaten ein, an den in Artikel 2 zweiter Gedankenstrich des Beschlusses 75/320/EWG des Rates beschriebenen Aufgaben teilzunehmen.

Die Kommission unterrichtet die EFTA-Überwachungsbehörde rechtzeitig über den Zeitpunkt der Ausschußsitzung und übermittelt die entsprechenden Unterlagen.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **365 L 0065**: Richtlinie 65/65/EWG des Rates vom 26. Januar 1965 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneimittel (ABl. Nr. 22 vom 9.2.1965, S. 369/65), geändert durch:

   - **375 L 0319**: Zweite Richtlinie 75/319/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneispezialitäten (ABl. Nr. L 147 vom 9.6.1975, S. 13);

   - **383 L 0570**: Richtlinie 83/570/EWG des Rates vom 26. Oktober 1983 (ABl. Nr. L 332 vom 28.11.1983, S. 1);

   - **387 L 0021**: Richtlinie 87/21/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 15 vom 17.1.1987, S. 36);

   - **389 L 0341**: Richtlinie 89/341/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 11).

2. **375 L 0318**: Richtlinie 75/318/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die analytischen, toxikologisch- pharmakologischen und ärztlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Versuche mit Arzneimitteln (ABl. Nr. L 147 vom 9.6.1975, S. 1), geändert durch:

   - **383 L 0570**: Richtlinie 83/570/EWG des Rates vom 26. Oktober 1983 (ABl. Nr. L 332 vom 28.11.1983, S. 1);

- **387 L 0019**: Richtlinie 87/19/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 15 vom 17.1.1987, S. 31);

- **389 L 0341**: Richtlinie 84/341/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 11).

3. **375 L 0319**: Zweite Richtlinie 75/319/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneispezialitäten (ABl. Nr. L 147 vom 9.6.1975, S. 13), geändert durch:

   - **378 L 0420**: Richtlinie 78/420/EWG des Rates vom 2. Mai 1978 (ABl. Nr. L 123 vom 11.5.1978, S. 26);

   - **383 L 0570**: Richtlinie 83/570/EWG des Rates vom 26. Oktober 1983 (ABl. Nr. L 332 vom 28.11.1983, S. 1);

   - **389 L 0341**: Richtlinie 84/341/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 11).

4. **378 L 0025**: Richtlinie 78/25/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Stoffe, die Arzneimitteln zum Zwecke der Färbung hinzugefügt werden dürfen (ABl. Nr. L 11 vom 14.1.1978, S. 18), geändert durch:

   - **381 L 0464**: Richtlinie 81/464/EWG des Rates vom 24. Juni 1981 (ABl. Nr. L 183 vom 4.7.1981, S. 33).

5. **381 L 0851**: Richtlinie 81/851/EWG des Rates vom 28. September 1981 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Tierarzneimittel (ABl. Nr. L 317 vom 6.11.1981, S. 1), geändert durch:

   - **390 L 0676**: Richtlinie 90/676/EWG des Rates vom 13. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 373 vom 31.12.1990, S. 15).

6. **381 L 0852**: Richtlinie 81/852/EWG des Rates vom 28. September 1981 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die analytischen, toxikologisch-pharmakologischen und tierärztlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Versuche mit Tierarzneimitteln (ABl. Nr. L 317 vom 6.11.1981, S. 16), geändert durch:

   - **387 L 0020**: Richtlinie 87/20/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 15 vom 17.1.1987, S. 34).

7. **386 L 0609**: Richtlinie 86/609/EWG des Rates vom 24. November 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftlichen Zwecke verwendeten Tiere (ABl. Nr. L 358 vom 18.12.1986, S. 1)

8. **387 L 0022**: Richtlinie 87/22/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der einzelstaatlichen Maßnahmen betreffend das Inverkehrbringen technologisch hochwertiger Arzneimittel, insbesondere aus der Biotechnologie (ABl. Nr. L 15 vom 17.1.1987, S. 38).

9. **389 L 0105**: Richtlinie 89/105/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme (ABl. Nr. L 40 vom 11.2.1989, S. 8).

10. **389 L 0342**: Richtlinie 89/342/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG und zur Festlegung zusätzlicher Vorschriften für aus Impfstoffen, Toxinen oder Seren und Allergenen bestehende immunologische Arzneimittel (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 14).

11. **389 L 0343**: Richtlinie 89/343/EWG des Rates vom 3. Mai 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG und zur Festlegung zusätzlicher Vorschriften für radioaktive Arzneimittel (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 16).

12. **389 L 0381**: Richtlinie 89/381/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinien 65/65/EWG und 75/319/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneispezialitäten und zur Festlegung besonderer Vorschriften für Arzneimittel aus menschlichem Blut oder Blutplasma (ABl. Nr. L 181 vom 28.6.1989, S. 44).

13. **390 L 0667**: Richtlinie 90/667/EWG des Rates vom 13. Dezember 1990 zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie 81/851/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Tierarzneimittel sowie zur Festlegung zusätzlicher Vorschriften für immunologische Tierarzneimittel (ABl. Nr. L 373 vom 31.12.1990, S. 26).

14. **390 R 2377**: Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates vom 26. Juni 1990 zur Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs (ABl. Nr. 224 vom 18.8.1990, S. 1).

15. **391 L 0356**: Richtlinie 91/356/EWG der Kommission vom 13. Juni 1991 zur Festlegung der Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis für zur Anwendung beim Menschen bestimmte Arzneimittel (ABl. Nr. L 193 vom 17.7.1991, S. 30).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

16. **C/310/86/S. 7**: Mitteilung der Kommission zur Frage der Vereinbarkeit der von den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Arzneimittelpreiskontrolle und der -kostenerstattung getroffenen Maßnahmen mit Artikel 30 EWG-Vertrag (ABl. Nr. C 310 vom 4.12.1986, S. 7)

17. **C/115/82/S. 5**: Mitteilung der Kommission über parallele Einfuhren von Arzneispezialitäten, für die bereits eine Genehmigung für das Inverkehrbringen erteilt wurde] (ABl. Nr. C 115 vom 6.5.1982, S. 5)

XIV. DÜNGEMITTEL.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **376 L 0116**: Richtlinie 76/116/EWG des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Düngemittel (ABl. Nr. L 24 vom 30.1.1976, S. 21), geändert durch:

   - **388 L 0183**: Richtlinie 88/183/EWG des Rates vom 22. März 1988 (ABl. Nr. L 83 vom 29.3.1988, S. 33);

   - **389 L 0284**: Richtlinie 89/284/EWG des Rates vom 13. April 1989 zur Ergänzung und Änderung der Richtlinie 76/116/EWG hinsichtlich Kalzium, Magnesium, Natrium und Schwefel in Düngemitteln (ABl. Nr. L 111 vom 22.4.1989, S. 34);

   - **389 L 0530**: Richtlinie 89/530/EWG des Rates vom 18. September 1989 zur Ergänzung und Änderung der Richtlinie 76/116/EWG in Bezug auf die Spurennährstoffe Bor, Kobald, Kupfer, Eisen, Mangan, Molybdän und Zink in Düngemitteln (ABl. Nr. L 281 vom 30.9.1989, S. 116).

   Es steht den EFTA-Staaten frei, den Zugang zu ihren Märkten entsprechend den Bestimmungen ihrer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bestehenden Rechtsvorschriften über Kadmium in Düngemitteln zu beschränken. Die Vertragsparteien werden im Jahre 1995 die Lage gemeinsam erneut prüfen.

   Diese Richtlinie wird für die Zwecke dieses Abkommens folgendermaßen angepaßt:

   a) In Anhang I, Kapitel A II ist in Nummer 1 Spalte 6 dritter Absatz der Text in Klammern wie folgt zu ergänzen:
   "Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden, Schweiz".

   b) In Anhang I, Kapitel B 1, 2 und 4 ist in der Spalte 9 Nummer 3 der Text in Klammern nach (6b) wie folgt zu ergänzen:
   "Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden, Schweiz."

2. **377 L 0535**: Richtlinie 77/535/EWG der Kommission vom 22. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Probenahme- und Analysemethoden von Düngemitteln (ABl. Nr. L 213 vom 22.8.1977, S. 1), geändert durch:

- **379 L 0138:** Richtlinie 79/138/EWG der Kommission vom 14. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 39 vom 14.2.1979, S. 3), berichtigt in ABl. Nr. L 1 vom 3.1.1980, S. 11;

- **387 L 0566:** Richtlinie 87/566/EWG der Kommission vom 24. November 1987 (ABl. Nr. L 342 vom 4.12.1987, S. 32);

- **389 L 0519:** Richtlinie 89/519/EWG der Kommission vom 1. August 1989 zur Ergänzung und Änderung der Richtlinie 77/535/EWG (ABl. Nr. L 265 vom 12.9.1989, S. 30).

3. **380 L 0876**: Richtlinie 80/876/EWG des Rates vom 15. Juli 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend Ammoniumnitrat - ein Nährstoffdüngemittel mit hohem Stickstoffgehalt (ABl. Nr. L 250 vom 23.9.1980, S. 7).

4. **387 L 0094**: Richtlinie 87/94/EWG der Kommission vom 8. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Verfahren zur Überprüfung der Merkmale, Grenzwerte und der Detonationsfestigkeit von Ammonium - ein Nährstoffdünger mit hohem Stickstoffgehalt - (ABl. Nr. L 38 vom 7.2.1987, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 63 vom 9.3.1988, S. 16 und geändert durch:

   - **388 L 0126:** Richtlinie 88/126/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1987 (ABl. Nr. L 63 vom 9.3.1988, S. 12).

5. **389 L 0284**: Richtlinie 89/284/EWG des Rates vom 13. April 1989 zur Ergänzung und Änderung der Richtlinie 76/116/EWG hinsichtlich Kalzium, Magnesium, Natrium und Schwefel in Düngemitteln (ABl. Nr. L 111 vom 22.4.1989, S. 34).

6. **389 L 0519**: Richtlinie 89/519/EWG der Kommission vom 1. August 1989 zur Ergänzung und Änderung der Richtlinie 77/535/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Probenahme- und Analysemethoden von Düngemitteln (ABl. Nr. L 265 vom 12.9.1989, S. 30).

7. **389 L 0530**: Richtlinie 89/530/EWG des Rates vom 18. September 1989 zur Ergänzung und Änderung der Richtlinie 76/116/EWG in Bezug auf die Spurennährstoffe Bor, Kobald, Kupfer, Eisen, Mangan, Molybdän und Zink in Düngemitteln (ABl. Nr. L 281 vom 30.9.1989, S. 116).

XV. GEFÄHRLICHE STOFFE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **367 L 0548**: Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (ABl. Nr. 196 vom 16.8.1967, S. 1), geändert und ergänzt durch:

   - **379 L 0831:** Richtlinie 79/831/EWG des Rates vom 18. September 1979 (ABl. Nr. L 259 vom 15.10.1979, S. 10);

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 17);

   - **384 L 0449:** Richtlinie 84/449/EWG der Kommission vom 25. April 1984 (ABl. Nr. L 251 vom 19.9.1984, S. 1);

   - **388 L 0302:** Richtlinie 88/302/EWG der Kommission vom 18. November 1987 (ABl. Nr. L 133 vom 30.5.1988, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 136 vom 2.6.1988, S. 20;

   - **390 D 0420:** Entscheidung 90/420/EWG der Kommission vom 25. Juli 1990 über die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von Di(2-ethylhexyl)phthalat nach Artikel 23 der Richtlinie 67/548/EWG des Rates (ABl. Nr. L 222 vom 17.8.1990, S. 49)

   - **391 L 0325:** Richtlinie 91/325/EWG der Kommission vom 1. März 1991 (ABl. Nr. L 180 vom 8.7.91);

   - **391 L 0326:** Richtlinie 91/326/EWG der Kommission vom 5. März 1991 (ABl. Nr. L 180 vom 8.7.91, S. 79).

Die Vertragsparteien stimmen mit dem Ziel überein, daß die Bestimmungen der Gemeinschaftsrechtsakte über gefährliche Stoffe und Zubereitungen ab 1. Januar 1995 gelten sollten. Finnland wird den Bestimmungen der Rechtsakte vom Inkrafttreten der siebten Änderung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates an nachkommen. Infolge der Zusammenarbeit, die ab der Unterzeichnung dieses Abkommens einzuleiten sein wird, um verbleibende Probleme zu lösen, wird im Laufe des Jahres 1994 die Lage einschließlich der Bereiche, die nicht durch die Gemeinschaftsrechtsvorschriften abgedeckt sind, überprüft. Kommt ein EFTA-Staat zu dem Schluß, daß er eine Ausnahmeregelung zu den Gemeinschaftsrechtsakten über die Einstufung und

Kennzeichnung benötigt, so findet diese auf ihn keine Anwendung, es sei denn, daß der Gemeinsame EWR-Ausschuß einer anderen Lösung zustimmt.

Für den Informationsaustausch gilt folgendes:

i) Die EFTA-Staaten, die den Rechtsakten über gefährliche Stoffe und Zubereitungen nachkommen, müssen gleichwertige Garantien, wie sie in der Gemeinschaft gelten, abgeben, daß:

- soweit Informationen aufgrund industrieller und kommerzieller Geheimhaltung innerhalb der Gemeinschaft gemäß den Bestimmungen der Richtlinie als vertraulich behandelt werden, nur jene EFTA-Staaten an dem Informationsaustausch teilnehmen, die die relevanten Rechtsakte übernommen haben;

- die Vertraulichkeit in den EFTA-Staaten im gleichen Maße sichergestellt wird wie das innerhalb der Gemeinschaft der Fall ist.

ii) Alle EFTA-Staaten nehmen an dem Informationsaustausch über alle anderen in der Richtlinie vorgesehenen Aspekte teil.

2. **373 L 0404**: Richtlinie 73/404/EWG des Rates vom 22. November 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Detergenzien (ABl. Nr. L 347 vom 17.12.1973, S. 51), geändert durch:

- **382 L 0242:** Richtlinie 82/242/EWG des Rates vom 31. März 1982 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Methoden zur Kontrolle der biologischen Abbaubarkeit nichtionischer grenzflächenaktiver Substanzen und zur Änderung der Richtlinie 73/404/EWG (ABl. Nr. L 109 vom 22.4.1982, S. 1);

- **386 L 0094:** Richtlinie 86/94/EWG des Rates vom 10. März 1986 (ABl. Nr. L 80 vom 25.3.1986, S. 51).

3. **373 L 0405**: Richtlinie 73/405/EWG des Rates vom 22. November 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Methoden zur Kontrolle der biologischen Abbaubarkeit anionischer grenzflächenaktiver Substanzen (ABl. Nr. L 347 vom 17.12.1973, S. 53), geändert durch:

- **382 L 0243:** Richtlinie 82/243/EWG des Rates vom 31. März 1982 (ABl. Nr. L 109 vom 22.4.1982, S. 18).

4. **376 L 0769**: Richtlinie 76/769/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 201), geändert durch:

   - **379 L 0663:** Richtlinie 79/663/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 zur Ergänzung des Anhangs der Richtlinie 76/769/EWG (ABl. Nr. L 197 vom 3.8.1979, S. 37);

   - **382 L 0806:** Richtlinie 82/806/EWG des Rates vom 22. November 1982 (ABl. Nr. L 339 vom 1.12.1982, S. 55);

   - **382 L 0828:** Richtlinie 82/828/EWG des Rates vom 3. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 350 vom 10.12.1982, S. 34);

   - **383 L 0264:** Richtlinie 83/264/EWG des Rates vom 16. Mai 1983 (ABl. Nr. L 147 vom 6.6.1983, S. 9);

   - **383 L 0478:** Richtlinie 83/478/EWG des Rates vom 19. September 1983 (ABl. Nr. L 263 vom 24.9.1983, S. 33);

   - **385 L 0467:** Richtlinie 85/467/EWG des Rates vom 1. Oktober 1985 (ABl. Nr. L 269 vom 11.10.1985, S. 56);

   - **385 L 0610:** Richtlinie 85/610/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1985, S. 1);

   - **389 L 0677:** Richtlinie 89/677/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 19);

   - **389 L 0678:** Richtlinie 89/678/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 24);

   - **391 L 0173:** Richtlinie 90/173/EWG des Rates vom 21. März 1991 (ABl. Nr. L 85 vom 5.4.1991, S. 34);

   - **391 L 0338:** Richtlinie 91/338/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 (ABl. Nr. L 186 vom 12.7.1991, S. 59);

   - **391 L 0339:** Richtlinie 91/339/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 (ABl. Nr. L 186 vom 12.7.1991, S. 64).

Es steht den EFTA-Staaten frei, den Zugang zu ihren Märkten entsprechend den Bestimmungen ihrer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens bestehenden Rechtsvorschriften über folgende Stoffe zu beschränken:

- chlorierte organische Lösemittel
- Asbestfasern
- Quecksilberverbindungen
- Arsenverbindungen
- Organozinnverbindungen
- Pentachlorphenol
- Kadmium
- Batterien.

Die Vertragsparteien werden 1995 die Lage erneut gemeinsam überprüfen.

5. **378 L 0631**: Richtlinie 78/631/EWG des Rates vom 26. Juni 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (Schädlingsbekämpfungsmittel) (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1978, S. 13), geändert durch:

   - **381 L 0187:** Richtlinie 81/187/EWG des Rates vom 26. März 1981 (ABl. Nr. L 88 vom 2.4.1981, S. 29);

   - **384 L 0291:** Richtlinie 84/291/EWG der Kommission vom 18. April 1984 (ABl. Nr. L 144 vom 30.5.1984, S. 1);

   Es steht den EFTA-Staaten frei, den Zugang zu ihren Märkten entsprechend den Bestimmungen ihrer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bestehenden Rechtsvorschriften zu beschränken. Neue EG-Regelungen werden gemäß den in den Artikeln 97 bis 104 des Abkommens festgelegten Verfahren behandelt.

6. **379 L 0117**: Richtlinie 79/117/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über das Verbot des Inverkehrbringens und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die bestimmte Wirkstoffe enthalten (ABl. Nr. L 33 vom 8.2.1979, S. 36), geändert durch:

   - **383 L 0131:** Richtlinie 83/131/EWG der Kommission vom 14. März 1983 (ABl. Nr. L 91 vom 9.4.1983, S. 35);

   - **385 L 0298:** Richtlinie 85/298/EWG der Kommission vom 22. Mai 1985 (ABl. Nr. L 154 vom 13.6.1985, S. 48);

   - **386 L 0214:** Richtlinie 86/214/EWG des Rates vom 26. Mai 1986 (ABl. Nr. L 152 vom 6.6.1986, S. 45);

- **386 L 0355:** Richtlinie 86/355/EWG des Rates vom 21. Juli 1986 (ABl. Nr. L 212 vom 2.8.1986, S. 33);

- **387 L 0181:** Richtlinie 78/181/EWG des Rates vom 9. März 1987 (ABl. Nr. L 71 vom 14.3.1987, S. 33);

- **387 L 0477:** Richtlinie 87/477/EWG der Kommission vom 9. September 1987 (ABl. Nr. L 273 vom 26.9.1987, S. 40);

- **389 L 0365:** Richtlinie 89/365/EWG des Rates vom 30. Mai 1989 (ABl. Nr. L 159 vom 10.6.1989, S. 58);

- **390 L 0533:** Richtlinie 90/533/EWG des Rates vom 15. Oktober 1990 (ABl. Nr. L 296 vom 27.10.1990);

- **391 L 0188:** Richtlinie 91/188/EWG des Rates vom 19. März 1991 (ABl. Nr. L 92 vom 13.4.1991, S. 44).

Es steht den EFTA-Staaten frei, den Zugang zu ihren Märkten entsprechend den Bestimmungen ihrer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bestehenden Rechtsvorschriften zu beschränken. Neue EG-Regelungen werden gemäß den in den Artikeln 97 bis 104 des Abkommens festgelegten Verfahren behandelt.

7. **382 L 0242**: Richtlinie 82/242/EWG des Rates vom 31. März 1982 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Methoden zur Kontrolle der biologischen Abbaubakeit nichtionischer grenzflächenaktiver Substanzen und zur Änderung der Richtlinie 73/404/EWG (ABl. Nr. L 109 vom 22.4.1982, S. 1).

8. **387 L 0018**: Richtlinie 87/18/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Grundsätze der guten Laborpraxis und zur Kontrolle ihrer Anwendung bei Versuchen mit chemischen Stoffen (ABl. Nr. L 15 vom 17.1.1987, S. 29).

9. **388 L 0320**: Richtlinie 88/320/EWG des Rates vom 9. Juni 1988 über die Inspektion und Überprüfung der guten Laborpraxis (GLP) (ABl. Nr. L 145 vom 11.6.1988, S. 35), geändert durch:

   - **390 L 0018:** Richtlinie 90/18/EWG der Kommission vom 18. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 11 vom 13.1.1990, S. 37).

10. **388 L 0379**: Richtlinie 88/379/EWG des Rates vom 7. Juni 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 14), geändert durch:

- **389 L 0178:** Richtlinie 89/178/EWG der Kommission vom 22. Februar 1989 (ABl. Nr. L 64 vom 8.3.1989, S. 18);

- **390 L 0035:** Richtlinie 90/35/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 19 vom 24.1.1990, S. 14);

- **390 L 0492:** Richtlinie 90/492/EWG der Kommission vom 5. September 1990 (ABl. Nr. L 275 vom 5.10.1990, S. 35);

- **391 L 0155:** Richtlinie 91/155/EWG der Kommission vom 5. März 1991 (ABl. Nr. L 76 vom 22.3.1991, S. 35).

Die Vertragsparteien stimmen mit dem Ziel überein, daß die Bestimmungen der Gemeinschaftsrechtsakte über gefährliche Stoffe und Zubereitungen ab 1. Januar 1995 gelten sollten. Finnland wird den Bestimmungen der Rechtsakte vom Inkrafttreten der siebten Änderung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates an nachkommen. Infolge der Zusammenarbeit, die ab der Unterzeichnung dieses Abkommens einzuleiten sein wird, um verbleibende Probleme zu lösen, wird im Laufe des Jahres 1994 die Lage einschließlich der Bereiche die nicht durch die Gemeinschaftsrechtsvorschriften abgedeckt sind, überprüft. Kommt ein EFTA-Staat zu dem Schluß, daß er eine Ausnahmeregelung zu den Gemeinschaftsrechtsakten über die Einstufung und Kennzeichnung benötigt, so findet diese auf ihn keine Anwendung, es sei denn, daß der Gemeinsame EWR-Ausschuß einer anderen Lösung zustimmt.

Für den Informationsaustausch gilt folgendes

i) Die EFTA-Staaten, die den Rechtsakten über gefährliche Stoffe und Zubereitungen nachkommen, müssen gleichwertige Garantien, wie sie in der Gemeinschaft gelten, abgeben, daß:

   - soweit Informationen aufgrund industrieller und kommerzieller Geheimhaltung innerhalb der Gemeinschaft gemäß den Bestimmungen der Richtlinie als vertraulich behandelt werden, nur jene EFTA-Staaten an dem Informationsaustausch teilnehmen, die die relevanten Rechtsakten übernommen haben,

   - die Vertraulichkeit in den EFTA-Staaten in gleichen Maße sichergestellt wird wie das innerhalb der Gemeinschaft der Fall ist.

ii) Alle EFTA-Staaten nehmen an dem Informationsaustausch über alle anderen in der Richtlinie vorgesehenen Aspekte teil.

11. **391 0157**: Richtlinie 91/157/EWG des Rates vom 18. März 1991 über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren (ABl. Nr. L 78 vom 26.3.1991, S. 38).

Es steht den EFTA-Staaten frei, den Zugang zu ihren Märkten entsprechend den Bestimmungen ihrer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens bestehenden Rechtsvorschriften über Batterien zu beschränken. Die Vertragsparteien werden im Jahre 1995 die Lage gemeinsam erneut prüfen.

12. **391 R 0594**: Verordnung (EWG) Nr. 594/91 des Rates vom 4. März 1991 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (ABl. Nr. L 67 vom 14.3.1991, S. 1).

Die EFTA-Staaten können ihre zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bestehenden nationalen Rechtsvorschriften anwenden. Die Vertragsparteien organisieren die praktische Zusammenarbeit. Sie werden im Jahre 1995 die Lage gemeinsam erneut prüfen.

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

13. **389 X 0542**: Empfehlung 89/542/EWG der Kommission vom 13. September 1989 über die Kennzeichnung von Wasch- und Reinigungsmitteln (ABl. Nr. L 291 vom 10.10.1989, S. 55).

14. **C/79/82/S. 3**: Mitteilung zu der Entscheidung 81/437/EWG der Kommission vom 11. Mai 1991 zur Festlegung der Kriterien, nach denen die Mitgliedstaaten der Kommission die Auskünfte für das Verzeichnis der chemischen Stoffe erteilen (ABl. Nr. C 79 vom 31.3.1982, S. 3).

15. **C/146/90/S. 4**: Veröffentlichung des EINECS-Verzeichnisses (ABl. Nr. C 146 vom 15.6.1990, S. 4).

XVI. KOSMETIKA

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **376 L 0768:** Richtlinie 76/768/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel (ABl. Nr. L 262 vom 27.9.1976, S. 169), geändert durch:

   - **379 L 0661:** Richtlinie 79/661/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 (ABl. Nr. L 192 vom 31.7.1979, S. 35);

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittserklärungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 108)

   - **382 L 0147:** Richtlinie 82/147/EWG der Kommission vom 11. Februar 1982 (ABl. Nr. L 63 vom 6.3.1982, S. 26);

   - **382 L 0368:** Richtlinie 82/368/EWG des Rates vom 17. Mai 1982 (ABl. Nr. L 167 vom 15.6.1982, S. 1);

   - **383 L 0191:** Zweite Richtlinie 83/191/EWG der Kommission vom 30. März 1983 (ABl. Nr. L 109 vom 26.4.1983, S. 25);

   - **383 L 0341:** Dritte Richtlinie 83/341/EWG der Kommission vom 29. Juni 1983 (ABl. Nr. L 188, vom 13.7.1983, S. 15);

   - **383 L 0496:** Vierte Richtlinie 83/496/EWG der Kommission vom 22. September 1983 (ABl. Nr. L 275 vom 8.10.1983, S. 20);

   - **383 L 0574:** Richtlinie 83/574/EWG des Rates vom 26. Oktober 1983 (ABl. Nr. L 332 vom 28.11.1983, S. 38);

   - **384 L 0415:** Fünfte Richtlinie 84/415/EWG der Kommission vom 18. Juli 1984 (ABl. Nr. L 228 vom 25.8.1984, S. 31), berichtigt in ABl. Nr. L 255 vom 25.9.1984, S. 28;

   - **385 L 0391:** Sechste Richtlinie 85/391/EWG der Kommission vom 16. Juli 1985 (ABl. Nr. L 224 vom 22.8.1985, S. 40);

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittserklärungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 218)

- **386 L 0179:** Siebte Richtlinie 86/179/EWG der Kommission vom 28. Februar 1986 (ABl. Nr. L 138 vom 24.5.1986, S. 40);

- **386 L 0199:** Achte Richtlinie 86/199/EWG der Kommission vom 26. März 1986 (ABl. Nr. L 149 vom 3.6.1986, S. 38);

- **387 L 0137:** Neunte Richtlinie 87/137/EWG der Kommission vom 2. Februar 1987 (ABl. Nr. L 56 vom 26.2.1987, S. 20);

- **388 L 0233:** Zehnte Richtlinie 88/233/EWG der Kommission vom 2. März 1988 (ABl. Nr. L 105 vom 26.4.1988, S. 11);

- **388 L 0667:** Richtlinie 88/667/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1988, S. 46);

- **389 L 0174:** Elfte Richtlinie 89/174/EWG der Kommission vom 21. Februar 1989 (ABl. Nr. L 64 vom 8.3.1989, S. 10), berichtigt in ABl. Nr. L 199 vom 13.7.1989, S. 23;

- **389 L 0679:** Richtlinie 89/679/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 25);

- **390 L 0121:** Zwölfte Richtlinie 90/121/EWG der Kommission vom 20. Februar 1990 (ABl. Nr. L 71 vom 17.3.1990, S. 40);

- **391 L 0184:** Dreizehnte Richtlinie 91/184/EWG der Kommission vom 12. März 1991 (ABl. Nr. L 91 vom 12.4.1991, S. 59).

2. **380 L 1335:** Erste Richtlinie 80/1335/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. Nr. L 383 vom 31.12.1980, S. 27), geändert durch:

   - **387 L 0143:** Richtlinie 87/143/EWG der Kommission vom 10. Februar 1987 (ABl. Nr. L 57 vom 27.2.1987, S. 56).

3. **382 L 0434:** Zweite Richtlinie 82/434/EWG der Kommission vom 14. Mai 1982 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. Nr. L 185 vom 30.6.1982, S. 1), geändert durch:

   - **390 L 0207:** Richtlinie 90/207/EWG der Kommission vom 4. April 1990 (ABl. Nr. L 108 vom 28.4.1990, S. 92).

4. **383 L 0514:** Dritte Richtlinie 83/514/EWG der Kommission vom 27. September 1983 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. Nr. L 291 vom 24.10.1983, S. 9).

5. **385 L 0490:** Vierte Richtlinie 85/490/EWG der Kommission vom 11. Oktober 1985 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Analysemethoden zur Kontrolle der Zusammensetzung der kosmetischen Mittel (ABl. Nr. L 295 vom 7.11.1985, S. 30).

XVII. UMWELTSCHUTZ

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **375 L 0716:** Richtlinie 75/716/EWG des Rates vom 24. November 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Schwefelgehalt bestimmter flüssiger Brennstoffe (ABl. Nr. L 307 vom 27.11.1975, S. 22), geändert durch:

   - **387 L 0219:** Richtlinie 87/219/EWG des Rates vom 30. März 1987 (ABl. Nr. L 91 vom 3.4.1987, S. 19).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a entspricht die Position ex 2710 des Harmonisierten Systems der Unterposition 2710 C I des Gemeinsamen Zolltarifs.

2. **380 L 0051:** Richtlinie 80/51/EWG des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Verringerung der Schallemissionen von Unterschalluftfahrzeugen (ABl. Nr. L 18 vom 24.1.1980, S. 26), geändert durch:

   - **383 L 0206:** Richtlinie 83/206/EWG des Rates vom 21. April 1983 (ABl. Nr. L 117 vom 4.5.1983, S. 15).

3. **385 L 210:** Richtlinie 85/210/EWG des Rates vom 20. März 1985 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Bleigehalt von Benzin (ABl. Nr. L 96 vom 3.4.1985, S. 25), geändert durch:

   - **385 L 0581:** Richtlinie 85/581/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 37);

   - **387 L 0416:** Richtlinie 87/416/EWG des Rates vom 21. Juli 1987 (ABl. Nr. L 225 vom 13.8.1987, S. 33).

4. **385 L 0339:** Richtlinie 85/339/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über Verpackungen für flüssige Lebensmittel (ABl. Nr. L 176 vom 6.7.1985, S. 18).

5. **389 L 0629:** Richtlinie 89/629/EWG des Rates vom 4. Dezember 1989 zur Begrenzung der Schallemission von zivilen Unterschallstrahlflugzeugen (ABl. Nr. L 363 vom 13.12.1989, S. 27).

XVIII. INFORMATIONSTECHNOLOGIE, TELEKOMMUNIKATION UND DATENVERARBEITUNG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **386 L 0529:** Richtlinie 86/529/EWG des Rates vom 3. November 1986 über die Annahme gemeinsamer technischer Spezifikationen der MAC/ Pakete-Normenfamilie für die Direktausstrahlung von Fernsehsendungen über Satelliten (ABl. Nr. L 311 vom 6.11.1986, S. 28).

2. **387 L 0095:** Beschluß 87/95/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (ABl. Nr. L 36 vom 7.2.1987, S. 31).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Die "Europäische Norm", auf die in Artikel 1 Absatz 7 des Beschlusses Bezug genommen wird, bedeutet eine Norm, die vom ETSI, dem CEN/CENELEC, der CEPT und anderen Gremien gebilligt wurde, auf welche sich die Vertragsparteien geeinigt haben. Die "Europäische Vornorm", auf die in Artikel 1 Absatz 8 des Beschlusses Bezug genommen wird, bedeutet eine Norm, die von denselben Gremien angenommen wurde."

3. **389 L 0337:** Beschluß 89/337/EWG des Rates vom 27. April 1989 über das hochauflösende Fernsehen (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 1).

4. **391 L 0263:** Richtlinie 91/263/EWG des Rates vom 29. April 1991 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Telekommunikationsendeinrichtungen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität (ABl. Nr. L 128 vom 23.5.1991, S. 1).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

5. **384 X 0549:** Empfehlung 84/549/EWG des Rates vom 12. November 1984 betreffend die Durchführung der Harmonisierung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens (ABl. Nr. L 298 vom 16.11.1984, S. 49).

6. **389 Y 0511 (01)**: Entschließung 89/C 117/01 des Rates vom 27. April 1989 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (ABl. Nr. C 117 vom 11.5.1989, S. 1).

XIX. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN AUF DEM GEBIET DER TECHNISCHEN HANDELSHEMMNISSE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **383 L 0189:** Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. L 109 vom 26.4.1983, S. 8), geändert durch:

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittserklärungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 214);

   - **388 L 0182:** Richtlinie 88/182/EWG des Rates vom 22. März 1988 (ABl. Nr. L 81 vom 26.3.1988, S. 75).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 1 Nummer 7 erhält folgende Fassung:

      "7. Erzeugnis: Erzeugnisse, die gewerblich hergestellt werden, und landwirtschaftliche Erzeugnisse, einschließlich Fischprodukte."

   b) Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird wie folgt ergänzt:

      "Der vollständige Wortlaut des notifizierten Entwurfs der technischen Vorschrift wird sowohl in der Originalsprache als auch als vollständige Übersetzung in eine der Amtssprachen der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt".

   c) Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 2 wird wie folgt ergänzt:

      "Die Gemeinschaft einerseits und die EFTA-Überwachungsbehörde oder die EFTA-Staaten über die EFTA-Überwachungsbehörde andererseits können über einen notifizierten Entwurf einer technischen Vorschrift weitere Auskünfte anfordern".

d) Artikel 8 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

"Die Bemerkungen der EFTA-Staaten werden durch die EFTA-Überwachungsbehörde in Form einer einzigen abgestimmten Mitteilung an die EG-Kommission weitergeleitet, und die Bemerkungen der Gemeinschaft werden von der Kommission an die EFTA-Überwachungsbehörde übermittelt. Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig in ähnlicher Weise über eine Berufung auf eine sechsmonatige Stillhaltefrist gemäß den Regeln ihrer jeweiligen internen Systeme."

e) Artikel 8 Absatz 4 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

"Die aufgrund dieses Artikels gelieferten Informationen sind auf Antrag vertraulich zu behandeln".

f) Artikel 9 erhält folgende Fassung:

"Die zuständigen Behörden der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten stellen die Verabschiedung von notifizierten Entwürfen von technischen Vorschriften um drei Monate nach dem Empfang des Textes des Vorschriftenentwurfs

- durch die EG-Kommission im Falle von Entwürfen, die von den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft notifiziert wurden,

- durch die EFTA-Überwachungsbehörde bei Entwürfen, die von den EFTA-Staaten notifiziert wurden,

zurück.

Diese dreimonatige Stillhaltefrist gilt jedoch nicht, wenn die zuständigen Behörden aus dringenden Gründen des allgemeinen Gesundheitsschutzes oder der Sicherheit gezwungen sind, ohne Möglichkeit vorheriger Konsultationen in kürzester Frist technische Vorschriften auszuarbeiten, um sie unverzüglich zu erlassen und durchzuführen. Die Gründe für die Dringlichkeit der getroffenen Maßnahme sind anzugeben. Die Begründung der dringenden Maßnahmen ist im einzelnen klar darzulegen, wobei insbesondere die Unvorhersehbarkeit und die Bedenklichkeit der Gefahr, der sich die zuständigen Behörden gegenübergestellt sehen sowie die absolute Notwendigkeit für sofortige Abhilfemaßnahmen hervorzuheben sind".

g) Die Liste I des Anhangs wird wie folgt ergänzt:

"ON (Österreich)
Österreichisches Normungsinstitut
Heinestraße 38
A - 1020 Wien

ÖVE (Österreich)
Österreichischer Verband für Elektrotechnik
Eschenbachgasse 9
A - 1010 Wien

SFS (Finnland)
Suomen Standardisoimisliitto SFS r.y.
PL 205
SF -00121 Helsinki

SESKO (Finnland)
Suomen Sähköteknillinen Standardisoimisyhdistys Sesko r.y.
Särkiniementie 3
SF - 00210 Helsinki

STRI (Island)
Staðlaráð Íslands
Keldnaholti
IS - 112 Reykjavík

SNV (Liechtenstein)
Schweizerische Normen-Vereinigung
Kirchenweg 4
Postfach
CH - 8032 Zürich

NSF (Norwegen)
Norges Standardiseringsforbund
Pb 7020 Homansbyen
N - 0306 Oslo 3

NEK (Norwegen)
Norsk Elektroteknisk Komite
Pb 280 Skøyen
N - 0212 Oslo 2

SIS (Schweden)
Standardiseringskommissionen i Sverige
Box 3295
S - 103 66 Stockholm

SEK (Schweden)
Svenska Elektriska Kommissionen
Box 1284
S - 164 28 Kista

SNV (Schweiz)
Schweizerische Normen-Vereinigung
Kirchenweg 4
Postfach
CH - 8032 Zürich

CES (Schweiz)
Schweizerisches Elektrotechnisches Komitee
Postfach
CH - 8034 Zürich"

h) Im Rahmen der Richtlinie gelten folgende Mitteilungen durch elektronische Post als notwendig:

1. Kurzmitteilungen. Diese können vor oder gleichzeitig mit dem vollständigen Text übermittelt werden;

2. Bestätigung des Eingangs des Entwurfs, in der unter anderem angegeben ist, wann die nach Maßgabe des jeweiligen Verfahrens festgelegte Stillhaltefrist abläuft;

3. Anfragen nach zusätzlichen Informationen;

4. Antworten auf Anfragen nach zusätzlichen Informationen;

5. Bemerkungen;

6. Anträge auf Einberufung von Ad-hoc-Tagungen;

7. Antworten auf Anträge auf Einberufung von Ad-hoc-Tagungen;

8. Ersuchen um Übermittlung des endgültigen Textes;

9. Mitteilung, daß eine Stillhaltefrist von sechs Monaten in Anspruch genommen wurde.

Die folgenden Mitteilungen können vorerst mit normaler Post gemacht werden:

10. Der vollständige Text des notifizierten Entwurfes;

11. Grundlegende Rechts- und Verwaltungsvorschriften;

12. Der endgültige Text;

i) Verwaltungsvereinbarungen über die Mitteilungen werden von den Vertragsparteien gemeinsam getroffen.

2. **389 D 0045:** Entscheidung 89/45/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über ein gemeinschaftliches System zum raschen Austausch von Informationen über die Gefahren bei der Verwendung von Konsumgütern (ABl. Nr. L 17 vom 21.1.1989, S. 51), geändert durch:

   - **390 D 0352:** Entscheidung 90/352/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 (ABl. Nr. L 173 vom 6.7.1990, S. 49)

   Diese Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Die von den EFTA-Staaten benannte Stelle übermittelt der EG-Kommission unverzüglich die Informationen, die sie an die EFTA-Staaten oder deren zuständige Behörden sendet. Die EG-Kommission übermittelt der von den EFTA-Staaten benannten Stelle unverzüglich die Informationen, die sie an die EFTA-Staaten oder deren zuständige Behörde sendet.

3. **390 D 0683:** Beschluß 90/683/EWG des Rates vom 13. Dezember 1990 über die in den technischen Harmonisierungsrichtlinien zu verwendenden Module für die verschiedenen Phasen der Konformitätsbewertungsverfahren (ABl. Nr. L 380 vom 21.12.1990, S. 13).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

4. **C/136/85/S. 2:** Schlußfolgerungen zur Normung, vom Rat am 16. Juli 1984 angenommen (ABl. Nr. C. 136 vom 4.6.1985, S. 2).

5. **385 Y 0604(01):** Entschließung des Rates 85/C 136/01 vom 7. Mai 1985 über eine neue Konzeption auf dem Gebiet der technischen Harmonisierung und der Normung (ABl. Nr. C 136 vom 4.6.1985, S. 1).

6. **386 Y 1001(01):** Mitteilung der Kommission betreffend die Einhaltung gewisser Bestimmungen der Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften (ABl. Nr. C 245 vom 1.10.1986, S. 4).

7. **C/67/89/S. 3:** Mitteilung der Kommission betreffend die Veröffentlichung der Titel der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Richtlinie 83/189/EWG des Rates vom 28. März 1983, geändert durch die Richtlinie 88/182/EWG vom 22. März 1988, notifizierten Entwürfe technischer Vorschriften im Amtsblatt der EG (ABl. Nr. C 67 vom 17.3.1989, S. 3).

8. **390/Y 0116 (01):** Entschließung des Rates vom 21. Dezember 1989 zu einem Gesamtkonzept für die Konformitätsbewertung (ABl. Nr. C 10 vom 16.1.1990, S. 1).

9. **590 DC 0456:** Grünbuch der EG-Kommission zur Entwicklung der europäischen Normung: Maßnahmen für eine schnellere technologische Integration in Europa (ABl. Nr. C 20 vom 28.1.1991, S. 1).

XX. FREIER WARENVERKEHR - ALLGEMEINES

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

1. **380 Y 1003 (01):** Mitteilung der Kommission über die Auswirkungen des Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften vom 20. Februar 1979 in der Rechtssache 120/78 ("Cassis de Dijon") (ABl. Nr. C 256 vom 3.10.1980, S. 2).

2. **585 PC 0310:** Mitteilung der Kommission über die Vollendung des Binnenmarktes KOM(85) 310 endg. ("Weißbuch").

XXI. BAUPRODUKTE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **389 L 0106:** Richtlinie 89/106/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Bauprodukte (ABl. Nr. L 40 vom 11.2.1989, S. 12).

   Hinsichtlich der Teilnahme der EFTA-Staaten an den Arbeiten des in Anhang II der Richtlinie erwähnten Europäischen Gremiums der technischen Zulassungsstellen auf europäischer Ebene gilt Artikel 100 des Abkommens.

460 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen)

sowie

Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der EWG und der Republik Österreich über bestimmte die Landwirtschaft betreffende Vereinbarungen

Band 2

XXII. PERSÖNLICHE SCHUTZAUSRÜSTUNGEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **389 L 0686:** Richtlinie 89/686/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für persönliche Schutzausrüstungen (ABl. Nr. L 399 vom 30.12.1989, S. 18)

XXIII. SPIELZEUG

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **388 L 0378:** Richtlinie 88/378/EWG des Rates vom 3. Mai 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheit von Spielzeug (ABl. Nr. L 187 vom 16.7.1988, S. 1)

   Norwegen kommt der Richtlinie ab 1. Januar 1995 nach.

   Die Bestimmungen über die Einstufung und Kennzeichnung sowie über die Beschränkungen bei der Vermarktung und Verwendung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen in diesem Abkommen gelten auch für die Bestimmungen in Anhang II, Teil II, Nummer 3 der Richtlinie.

XXIV. MASCHINEN

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **389 L 0392:** Richtlinie 89/392/EWG des Rates vom 14. Juni 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Maschinen (ABl. Nr. L 183 vom 29.6.1989, S. 9), geändert durch

   - **391 L 0368:** Richtlinie 91/368/EWG des Rates vom 20. Juni 1991 (ABl. Nr. L 198 vom 22.7.1991, S. 16)

   Schweden kommt der Richtlinie ab 1. Januar 1994 nach.

XXV. TABAK

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **389 L 0622:** Richtlinie 89/622/EWG des Rates vom 13. November 1989 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Etikettierung von Tabakerzeugnissen (ABl. Nr. L 359 vom 8.12.1989, S. 1).

2. **390 L 0239:** Richtlinie 90/239/EWG des Rates vom 17. Mai 1990 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den höchstzulässigen Teergehalt von Zigaretten (ABl. Nr. L 137 vom 30.5.1990, S. 36).

XXVI. ENERGIE

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **385 L 0536:** Richtlinie 85/536/EWG des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Einsparung von Rohöl durch die Verwendung von Ersatz-Kraftstoffkomponenten im Benzin (ABl. Nr. 334 vom 12.12.1985, S. 20) (1)

(1) Hier nur zur Information aufgeführt. Bezüglich der Anwendung siehe Anhang IV über Energie.

XXVII. SPIRITUOSEN

Die Vertragsparteien lassen die Einfuhr und das Inverkehrbringen von Spirituosen zu, die den Anforderungen der in diesem Kapitel genannten Gemeinschaftsvorschriften entsprechen. Für alle anderen Zwecke dürfen die EFTA-Staaten weiterhin ihre nationalen Rechtsvorschriften anwenden.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **389 R 1576:** Verordnung (EWG) Nr. 1576/89 des Rates vom 29. Mai 1989 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Begriffsbestimmung, Bezeichnung und Aufmachung von Spirituosen (ABl. Nr. L 160 vom 12.6.1989, S. 1).

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Diese Verordnung berührt nicht das Recht der EFTA-Staaten, auf ihrem Markt das Inverkehrbringen von Spirituosen mit einem Alkoholgehalt von über 60% zum unmittelbaren menschlichen Verbrauch auf nichtdiskriminierende Weise zu verbieten.

   b) In Artikel 1 Absatz 2 entsprechen den KN-Codes 2203 00, 2204, 2205, 2206 und 2207 die HS-Codes 2203, 2204, 2205, 2206 und 2207.

   c) Zur Definition der Obstspirituosen in Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe l: Für Österreich darf Äthylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs zu jedem Zeitpunkt des Herstellungsverfahrens zugesetzt werden, sofern zumindest 33% des im Enderzeugnis enthaltenen Alkohols von der Frucht stammt, die der Spirituose ihren Namen gibt.

   d) Zu Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe q: Finnland, Island, Norwegen und Schweden dürfen das Inverkehrbringen von Wodka aus anderen Ausgangserzeugnissen als Getreide oder Kartoffeln verbieten.

   e) In Anwendung von Artikel 6 Absatz 1 kann die Verkehrsbezeichnung durch folgende Begriffe ergänzt werden:

      - Für eine Spirituose, deren Ausgangserzeugnis Zuckerrohrdestillat ist, können die Bezeichnungen "Suomalainen punssi/Finsk Punsch/Finnish punch" und "Svensk Punsch/Swedish punch" verwendet werden. Sie darf mit Alkohol landwirtschaftlichen Ursprungs und Süßstoff vermischt und mit Wein oder Saft oder

natürlichem Aroma von Zitrusfrüchten oder anderen Früchten oder Beeren aromatisiert sein.

- Die Bezeichnung "Spritglögg" kann verwendet werden für eine Spirituose, die durch Aromatisieren von Äthylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs mit natürlichen Extrakten von Gewürznelken oder anderen Pflanzen, die im wesentlichen das gleiche Aroma aufweisen, nach einem der folgenden Verfahren hergestellt wird:

  - Einmaischen und/oder Destillation,

  - erneute Destillation des Alkohols unter Zusatz von Knospen oder anderen Teilen der vorgenannten Pflanzen,

  - Beigabe von natürlichen destillierten Extrakten von Gewürznelkenpflanzen,

  - Kombination der drei vorgenannten Methoden.

  Andere natürliche Pflanzenextrakte oder würzende Samen können ergänzend verwendet werden, jedoch muß der Nelkengeschmack vorherrschend bleiben.

- Für einen Likör mit Ursprung in Österreich, der vor seinem Verbrauch normalerweise mit heißem Wasser oder Tee verdünnt wird, kann die Bezeichnung "Jägertee" verwendet werden. Dieser Likör wird auf der Grundlage von Äthylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs, Essenz aus bestimmten Spirituosen oder Tee hergestellt, dem bzw. der verschiedene natürliche Aromastoffe beigegeben werden. Der Alkoholgehalt beträgt zumindest 22,5% vol. und der Zuckergehalt, ausgedrückt als Invertzucker, zumindest 100 g/l.

  Dieser Likör darf auch die Bezeichnung "Jagertee" oder "Jagatee" tragen.

f) In Artikel 3 Absatz 2 muß es statt "Verordnung" "Abkommen" heißen.

g) Artikel 7 Absatz 6, Artikel 7 Absatz 7, Artikel 10 Absatz 2 sowie die Artikel 11 und 12 finden keine Anwendung.

h) Anhang II wird wie folgt ergänzt:

5. Brandy

Wachauer Weinbrand
Weinbrand Dürnstein

6. Tresterbrand

Balzner Marc
Baselbieter Marc
Benderer Marc
Eschner Marc
Grappa del Ticino/Grappa Ticinese
Grappa della Val Calanca
Grappa della Val Bregaglila
Grappa della Val Mesolcina
Grappa della Valle di Poschiavo
Marc d'Auvernier
Marc de Dôle du Valais
Schaaner Marc
Triesner Marc
Vaduzer Marc

7. Obstbrand

Aargauer Bure Kirsch
Abricotine du Valais/Walliser Aprikosenwasser
Baselbieterkirsch
Baselbieter Zwetschgenwasser
Bernbieter Birnenbrand
Bernbieter Kirsch
Bernbieter Mirabellen
Bernbieter Zwetschgenwasser
Bérudges de Cornaux
Emmentaler Kirsch
Freiämter Theilersbirnenbranntwein
Freiämter Zwetschgenwasser
Fricktaler Kirsch
Kirsch de la Béroche
Luzerner Birnenträsch
Luzerner Kirsch
Luzerner Theilersbirnenbranntwein
Luzerner Zwetschgenwasser
Mirabelle du Valais
Rigi Kirsch
Seeländer Pflümliwasser
Urschwyzerkirsch
Wachauer Marillenbrand
William du Valais/Walliser Williams
Zuger Kirsch

9. Enzian

Gentiane du Jura

11. Spirituosen mit Wacholder

Genièvre du Jura

12. Spirituosen mit Kümmel

Íslenskt Brennivín/Icelandic Aquavit
Norsk Aquavit/Norsk Akvavit/Norwegian Aquavit
Svensk Aquavit/Svensk Akvavit/Swedish Aquavit

14. Likör

Bernbieter Griottes Liqueur
Bernbieter Kirschen Liqueur
Genépi du Valais
Großglockner Alpenbitter
Mariazeller Magenlikör
Mariazeller Jagasaftl
Puchheimer Bitter
Puchheimer Schloßgeist
Steinfelder Magenbitter
Wachauer Marillenlikör

15. Gemischte Spirituosen

Bernbieter Cherry Brandy Liqueur
Bernbieter Kräuterbitter
Eau-de-vie d'herbes du Jura
Gotthard Kräuterbranntwein
Luzerner Chrüter (Kräuterbranntwein)
Suomalainen punssi/Finsk Punsch/Finnish punch
Svensk Punsch/Swedish punch
Vieille lie du Mandement
Walliser Chrüter (Kräuterbranntwein)

Die in Nummer 15 aufgeführten geographischen Angaben betreffen Erzeugnisse, die in der Verordnung nicht definiert sind. Daher müssen sie durch die Verkehrsbezeichnung "gemischte Spirituose" ergänzt werden.

Die EFTA-Staaten, die diese gemischten Spirituosen herstellen, unterrichten die übrigen Vertragsparteien über die nationalen Begriffsbestimmungen dieser Erzeugnisse.

16. Wodka

Íslenskt Vodka/Icelandic Vodka
Norsk Vodka/Norwegian Vodka
Suomalainen Vodka/Finsk Vodka/Vodka of Finland
Svensk Vodka/Swedish Vodka

2. **390 R 1014:** Verordnung (EWG) Nr. 1014/90 der Kommission vom 24. April 1990 mit Durchführungsbestimmungen für die Begriffsbestimmung, Bezeichnung und Aufmachung von Spirituosen (ABl. Nr. L 105 vom 24.4.1990, S. 9), geändert durch:

   - **391 R 1180:** Verordnung (EWG) Nr. 1180/91 der Kommission vom 6. Mai 1991 (ABl. Nr. L 115 vom 8.5.1991, S. 5);

   - **391 R 1781:** Verordnung (EWG) Nr. 1781/91 der Kommission vom 19. Juni 1991 (ABl. Nr. L 160 vom 25.6.1991, S. 6).

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Für die Anwendung der Artikel 2 und 6 dürfen Finnland, Island, Norwegen und Schweden einen Höchstgehalt an Methanol von 1 200 g/hl reinen Alkohol vorsehen.

3. **391 R 1601:** Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates vom 10. Juni 1991 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Begriffsbestimmung, Bezeichnung und Aufmachung aromatisierter Weine, weinhaltiger Getränke und aromatisierter weinhaltiger Cocktails (ABl. Nr. L 149 vom 14.6.1991, S. 1).

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 2 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

      "d) Starkvinsglögg:

      aus in Absatz 1 Buchstabe a genanntem Wein hergestellter aromatisierter Wein, dessen charakteristisches Aroma durch Verwendung von Gewürznelken, die stets zusammen mit anderen Gewürzen verwendet werden müssen, erzielt wird; dieses Getränk darf gemäß Artikel 3 Buchstabe a gesüßt werden."

   b) In der Überschrift und in Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe f werden nach dem Wort "Glühwein" die Worte "oder vinglögg" eingefügt.

   c) Artikel 8 Absatz 7, Artikel 8 Absatz 8, Artikel 9 Absatz 2 sowie die Artikel 10 und 11 finden keine Anwendung.

ANHANG III

PRODUKTHAFTUNG

Verzeichnis nach Artikel 23 Buchstabe c

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nicht anderes bestimmt ist.

RECHTSAKT, AUF DEN BEZUG GENOMMEN WIRD

385 L 0374: Richtlinie des Rates 85/374/EWG vom 25. Juli 1985 über die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ABl. Nr. L 210 vom 7.8.1985, S. 29)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In bezug auf die in Artikel 3 Absatz 2 geregelte Haftung des Importeurs gilt folgendes:

i) Unbeschadet der Haftung des Herstellers haftet jede Person, die ein Produkt zum Zweck des Verkaufs, der Vermietung, des Mietkaufs oder einer anderen Form des Vertriebs im Rahmen ihrer geschäftlichen Tätigkeit in den EWR einführt, wie der Hersteller.

ii) Das gleiche gilt für Importe aus einem EFTA-Staat in die Gemeinschaft und umgekehrt sowie aus einem EFTA-Staat in einen anderen EFTA-Staat.

Sobald das Luganer Übereinkommen vom 16. September 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen für einen EG-Mitgliedstaat oder einen EFTA-Staat in Kraft tritt, ist der erste Satz dieses Unterabsatzes insoweit nicht mehr auf die Staaten, die das Übereinkommen ratifiziert haben, anwendbar, als ein Urteil eines nationalen Gerichts zugunsten des Geschädigten aufgrund der Ratifizierungen gegen den Hersteller oder den Importeur im Sinne von Unterabsatz i) vollstreckbar ist.

iii) Die Schweiz und Liechtenstein können untereinander auf die Haftung des Importeurs verzichten.

b) In bezug auf Artikel 14 gilt folgendes:

Die Richtlinie ist nicht auf Schäden infolge eines nuklearen Zwischenfalls anwendbar, die in einem von EFTA-Staaten und EG-Mitgliedstaaten ratifizierten internationalen Abkommen erfaßt sind.

Außerdem gilt die Richtlinie für die Schweiz und Liechtenstein nicht, wenn ihre nationalen Rechtsvorschriften den gleichen Schutz wie internationale Übereinkommen im obigen Sinne gewähren.

ANHANG IV

ENERGIE

Verzeichnis nach Artikel 24

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bestimmungen enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **372 R 1056**: Verordnung (EWG) Nr. 1056/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über die Mitteilung der Investitionsvorhaben von gemeinschaftlichem Interesse auf dem Erdöl-, Erdgas- und Elektrizitätssektor an die Kommission (ABl. Nr. L 120 vom 25.5.1972, S. 7), geändert durch:

   - **376 R 1215:** Verordnung (EWG) Nr. 1215/76 des Rates vom 4. Mai 1976 zur Änderung der Verordnung (EWG) des Rates Nr. 1056/72 (ABl. Nr. L 140 vom 28.5.1976, S. 1)

2. **375 L 0405**: Richtlinie 75/405/EWG des Rates vom 14. April 1975 über die Einschränkung des Einsatzes von Erdölerzeugnissen in Kraftwerken (ABl. Nr. L 178 vom 9.7.1975, S. 26)

3. **376 L 0491**: Richtlinie 76/491/EWG des Rates vom 4. Mai 1976 über ein gemeinschaftliches Verfahren zur Unterrichtung und Konsultation über die Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 140 vom 28.5.1976, S. 4)

4. **378 L 0170**: Richtlinie 78/170/EWG des Rates vom 13. Februar 1978 betreffend die Leistung von Wärmeerzeugern zur Raumheizung und Warmwasserbereitung in neuen oder bestehenden nichtindustriellen Gebäuden sowie die Isolierung des Verteilungsnetzes für Wärme und Warmwasser in nichtindustriellen Neubauten (ABl. Nr. L 052 vom 23.2.1978, S. 32), geändert durch:

   - **382 L 0885**: Richtlinie 82/885/EWG des Rates vom 10. Dezember 1982 (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 19)

5. **379 R 1893**: Verordnung (EWG) Nr. 1893/79 des Rates vom 28. August 1979 zur Schaffung einer Registrierung der Einfuhren von Rohöl und/oder Mineralölerzeugnissen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 220 vom 30.8.1979, S. 1), geändert durch:

   - **388 R 4152**: Verordnung (EWG) Nr. 4152/88 des Rates vom 21. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 367 vom 31.12.1988, S. 7)

6. **385 L 0536**: Richtlinie 85/536/EWG des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Einsparung von Rohöl durch die Verwendung von Ersatzkraftstoffkomponenten im Benzin (ABl. Nr. L 334 vom 12.12.1985, S. 20), geändert durch:

   - **387 L 0441**: Richtlinie 87/441/EWG der Kommission vom 29. Juli 1987 betreffend die Einsparung von Rohöl durch die Verwendung von Ersatzkraftstoffkomponenten im Benzin (ABl. Nr. L 238 vom 12.8.1987, S. 40)

7. **390 L 0377**: Richtlinie 90/377/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Einführung eines gemeinschaftlichen Verfahrens zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise (ABl. Nr. L 185 vom 17.7.1990, S. 16) (1)

8. **390L0547**: Richtlinie 90/547/EWG des Rates vom 29. Oktober 1990 über den Transit von Elektrizitätslieferungen über große Netze (ABl. Nr. L 313 vom 13.11.1990, S. 30)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 3 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

      " i) Jede der betroffenen Gesellschaften kann beantragen, daß bezüglich des innergemeinschaftlichen Handels die Transitbedingungen einer von der Kommission eingesetzten Schlichtungsstelle unterbreitet werden, in der sie den Vorsitz führt und in der die für die großen Netze der Gemeinschaft verantwortlichen Gesellschaften vertreten sind.

(1) Hier nur zur Information aufgeführt; hinsichtlich der Anwendung siehe Anhang XXI über Statistik.

ii) Jede der betroffenen Gesellschaften kann beantragen, daß bezüglich des Handels innerhalb der EFTA die Transitbedingungen einer von der EFTA-Überwachungsbehörde eingesetzten Schlichtungsstelle unterbreitet werden, in der die EFTA-Überwachungsbehörde den Vorsitz führt und in der die für die großen Netze in der EFTA verantwortlichen Gesellschaften vertreten sind.

iii) Jede der betroffenen Gesellschaften kann beantragen, daß bezüglich des Handels zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten die Transitbedingungen Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens sind, das vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß festzulegen ist."

b) Anlage 1 enthält das Verzeichnis der Gesellschaften und großen Netze für die EFTA-Staaten, die unter diese Richtlinie fallen.

9. **391 L 0296**: Richtlinie 91/296/EWG des Rates vom 31. Mai 1991 über den Transit von Erdgas über große Netze (ABl. Nr. L 147 vom 12.6.1991, S. 37)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

" i) Jede der betroffenen Gesellschaften kann beantragen, daß bezüglich des innergemeinschaftlichen Handels die Transitbedingungen einer von der Kommission eingesetzten Schlichtungsstelle unterbreitet werden, in der sie den Vorsitz führt und in der die für die großen Netze der Gemeinschaft verantwortlichen Gesellschaften vertreten sind.

ii) Jede der betroffenen Gesellschaften kann beantragen, daß bezüglich des Handels innerhalb der EFTA die Transitbedingungen einer von der EFTA-Überwachungsbehörde eingesetzten Schlichtungsstelle unterbreitet werden, in der die EFTA-Überwachungsbehörde den Vorsitz führt und in der die für die großen Netze der EFTA-Länder verantwortlichen Gesellschaften vertreten sind.

iii) Jede der betroffenen Gesellschaften kann beantragen, daß bezüglich des Handels zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten die Transitbedingungen Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens sind, das vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß festzulegen ist."

b) Anlage 2 enthält das Verzeichnis der Gesellschaften und großen Netze für die EFTA-Staaten, die unter diese Richtlinie fallen.

ANLAGE 1

Verzeichnis der Gesellschaften und großen Netze, die unter die Richtlinie 90/547/EWG des Rates vom 29. Oktober 1990 über den Transit von Elektrizitätslieferungen über große Netze fallen

EFTA-Staat	Gesellschaft	Netz
Österreich	Österreichische Elektrizitäts-wirtschaft AG	Hochspannungs-leitungs-Netz
Finnland	Imatran Voima Oy	"
	Teollisuuden Voimansiirto Oy	"
Island	Landsvirkjun	"
Liechtenstein	Liechtensteinische Kraftwerke	Verbundnetz
Norwegen	Statnett SF	Hochspannungs-leitungsnetz
Schweden	Statens Vattenfallsverk	"
Schweiz	Aare-Tessin Aktiengesellschaft für Elektrizität Bernische Kraftwerke AG L'Energie Ouest-Suisse SA Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg Nordostschweizerische Kraftwerke AG	Verbundnetze

ANLAGE 2

Verzeichnis der Gesellschaften und Hochdruck-Gasleitungsnetze, die unter die Richtlinie 91/296/EWG des Rates vom 31. Mai 1990 über den Transit von Erdgas über große Netze fallen.

EFTA-Staat	Gesellschaft	Netz
Österreich	ÖMV Aktiengesellschaft	Hochdruck-Gasleitungsnetz
Finnland	Neste Oy	"
Liechtenstein	Liechtensteinische Gasversorgung	"
Schweden	Swedegas AB	"
	Sydgas AB	"
Schweiz	Swissgas AG	Transit-Netz
	Transitgas AG	"

ANHANG V

FREIZÜGIGKEIT DER ARBEITNEHMER

Verzeichnis nach Artikel 28

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der Gemeinschaftsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Für die Zwecke dieses Anhangs und unbeschadet der Bestimmungen des Protokolls 1 gelten als "Mitgliedstaat(en)" neben den in den EG-Rechtsakten, auf die Bezug genommen wird, gemeinten Ländern auch Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **364 L 0221**: Richtlinie 64/221/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 zur Koordinierung der Sondervorschriften für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern, soweit sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind (ABl. Nr. 56 vom 4.4.1964, S. 850/64)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 Absatz 3 findet keine Anwendung.

2. **368 R 1612**: Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 257 vom 19.10.1968, S. 2).

   - **376 R 0312**: Verordnung (EWG) Nr. 312/76 des Rates vom 9. Februar 1976 (ABl. Nr. L 39 vom 14.2.1976, S. 2)

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 15 Absatz 2 findet der Satzteil "innerhalb 18 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung" keine Anwendung.

   b) Artikel 40 findet keine Anwendung.

   c) Artikel 41 findet keine Anwendung.

   d) Artikel 42 Absatz 1 findet keine Anwendung.

   e) In Artikel 42 Absatz 2 wird der Hinweis auf Artikel 51 des EWG-Vertrags durch einen Hinweis auf Artikel 29 dieses Abkommens ersetzt.

   f) Artikel 48 findet keine Anwendung.

3. **368 L 0360**: Richtlinie Nr. 68/360/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten und ihre Familienangehörigen innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 257 vom 19.10.1968, S. 13)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 4 Absatz 2 wird "Aufenthaltserlaubnis für Angehörige eines Mitgliedstaats der EWG" ersetzt durch "Aufenthaltserlaubnis".

   b) In Artikel 4 Absatz 3 wird "Aufenthaltserlaubnis für Angehörige eines Mitgliedstaats der EWG" ersetzt durch "Aufenthaltserlaubnis".

   c) Artikel 11 findet keine Anwendung.

d) Artikel 13 findet keine Anwendung

e) in der Anlage wird

i) der erste Absatz des Vermerks durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Diese Aufenthaltserlaubnis wird aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Oktober 1968 und der zur Durchführung der Richtlinie 68/360/EWG getroffenen Maßnahmen in der in das EWR-Abkommen aufgenommenen Fassung ausgestellt."

ii) Die Fußnote wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Je nach Ausstellungsland: belgischen, britischen, dänischen, deutschen, griechischen, isländischen, irischen, französischen, finnischen, italienischen, liechtensteinischen, luxemburgischen, niederländischen, norwegischen, österreichischen, portugiesischen, spanischen, schwedischen oder schweizerischen."

4. **370 R 1251**: Verordnung (EWG) Nr. 1251/70 der Kommission vom 29. Juni 1970 über das Recht der Arbeitnehmer, nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zu verbleiben (ABl. Nr. L 142 vom 30.6.1970, S. 24)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 9 findet keine Anwendung.

5. **372 L 0194**: Richtlinie Nr. 72/194/EWG des Rates vom 18. Mai 1972 über die Erweiterung des Geltungsbereichs der Richtlinie 64/221/EWG auf die Arbeitnehmer, die von dem Recht, nach Beendigung einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbleiben zu können, Gebrauch machen (ABl. Nr. L 121 vom 26.5.1972, S. 32)

6. **377 L 0486**: Richtlinie Nr. 77/486/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern (ABl. Nr. L 199 vom 6.8.1977, S. 32)

* * * * * * * * *

ANHANG VI

SOZIALE SICHERHEIT

Verzeichnis nach Artikel 29

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der Gemeinschaftsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der Europäischen Gemeinschaft
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

I. Für die Zwecke dieses Anhangs und unbeschadet der Bestimmungen des Protokolls 1 gelten als "Mitgliedstaat(en)" neben den in den EG-Rechtsakten, auf die Bezug genommen wird, gemeinten Ländern auch Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

II. Bei der Anwendung der Bestimmungen der Rechtsakte, auf die in diesem Anhang im Sinne dieses Abkommens Bezug genommen wird, gehen die Rechte und Pflichten der bei der EG-Kommission eingesetzten Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer und die Rechte und Pflichten des Rechnungsausschusses dieser Verwaltungskommission gemäß den Bestimmungen des Teils VII des Abkommens auf den Paritätischen EWR-Ausschuß über.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. Verordnung des Rates (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern,

   aktualisiert durch:

   - **383 R 2001**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 2001/83 vom 2. Juni 1983 (ABl. Nr. L 230 vom 22.8.1983, S. 6)

   und im weiteren geändert durch:

   - **385 R 1660**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 1660/85 vom 13. Juni 1985 (ABl. Nr. L 160 vom 20.6.1985, S. 1)

   - **385 R 1661**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 1661/85 vom 13. Juni 1985 (ABl. Nr. L 160 vom 20.6.1985, S. 7)

   - **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften und die Anpassungen der Verträge (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 170)

   - **386 R 3811**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 3811/86 vom 11. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 355 vom 16.12.1986, S. 5)

   - **389 R 1305**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 1305/89 vom 11. Mai 1989 (ABl. Nr. L 131 vom 13.5.1989, S. 1)

   - **389 R 2332**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 2332/89 vom 18. Juli 1989 (ABl. Nr. L 224 vom 2.8.1989, S. 1)

   - **389 R 3427**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 3427/89 vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 331 vom 16.11.1989, S. 1)

   - **391 R 2195**: Verordnung des Rates (EWG) Nr. 2195/91 vom 25. Juni 1991 (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1991, S. 2)

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 1 Buchstabe j Unterabsatz 3 findet keine Anwendung.

   b) Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Verordnung findet bis 1. Januar 1996 keine Anwendung auf das Schweizerische Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung.

   c) In Artikel 88 wird "Artikel 106 des Vertrags" ersetzt durch "Artikel 41 des EWR-Abkommens".

   d) Artikel 94 Absatz 9 findet keine Anwendung.

e) Artikel 96 findet keine Anwendung.

f) Artikel 100 findet keine Anwendung.

g) Anhang I Teil I wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Gegenstandslos

N. FINNLAND

Als Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt jede Person, die Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne der Rechtsvorschriften über das System der beruflichen Renten ist.

O. ISLAND

Als Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt jede Person, die Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne der Bestimmungen in bezug auf die berufliche Unfallversicherung des Gesetzes über die soziale Sicherheit ist.

P. LIECHTENSTEIN

Gegenstandslos

Q. NORWEGEN

Als Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt jede Person, die Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne des Gesetzes über nationale Versicherungen ist.

R. SCHWEDEN

Als Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer ii der Verordnung gilt jede Person, die Arbeitnehmer oder Selbständiger im Sinne der Rechtsvorschriften über die Arbeitsunfallversicherung ist.

S. SCHWEIZ

Gegenstandslos"

h) Anhang I Teil II wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Gegenstandslos

N. FINNLAND

Für die Feststellung des Anspruchs auf Sachleistungen nach Titel III Kapitel 1 der Verordnung bezeichnet der Ausdruck "Familienangehöriger" den Ehegatten oder ein Kind im Sinne des Gesetzes über die Krankenversicherung.

O. ISLAND

Für die Feststellung des Anspruchs auf Sachleistungen nach Titel III Kapitel 1 der Verordnung bezeichnet der Ausdruck "Familienangehöriger" den Ehegatten oder ein Kind unter 25 Jahren.

P. LIECHTENSTEIN

Für die Feststellung des Anspruchs auf Sachleistungen nach Titel III Kapitel 1 der Verordnung bezeichnet der Ausdruck "Familienangehöriger" den Ehegatten oder ein unterhaltsberechtigtes Kind unter 25 Jahren.

Q. NORWEGEN

Für die Feststellung des Anspruchs auf Sachleistungen nach Titel III Kapitel 1 der Verordnung bezeichnet der Ausdruck "Familienangehöriger" den Ehegatten oder ein Kind unter 25 Jahren.

R. SCHWEDEN

Für die Feststellung des Anspruchs auf Sachleistungen nach Titel III Kapitel 1 der Verordnung bezeichnet der Ausdruck "Familienangehöriger" den Ehegatten oder ein Kind unter 18 Jahren.

S. SCHWEIZ

"Familienangehöriger" ist jeder Familienangehörige gemäß der Definition in den Rechtsvorschriften des zuständigen Staates. Für die Feststellung des Anspruchs auf Sachleistungen nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a und nach Artikel 31 der Verordnung bezeichnet der Ausdruck "Familienangehöriger" jedoch den Ehegatten oder ein unterhaltsberechtigtes Kind unter 25 Jahren.

i) Anhang II Teil I wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Gegenstandslos

N. FINNLAND

Gegenstandslos

O. ISLAND

Gegenstandslos

P. LIECHTENSTEIN

Gegenstandslos

Q. NORWEGEN

Gegenstandslos

R. SCHWEDEN

Gegenstandslos

S. SCHWEIZ

Gegenstandslos"

j) Anhang II Ziffer II wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Der allgemeine Teil der Geburtenbeihilfe

N. FINNLAND

Die Mutterschaftsbeihilfen insgesamt oder die pauschale Mutterschaftsbeihilfe gemäß Gesetz über Mutterschaftsbeihilfe

O. ISLAND

Keine

P. LIECHTENSTEIN

Keine

Q. NORWEGEN

Pauschale, zahlbar bei Geburt eines Kindes, gemäß norwegischem Versicherungsgesetz

R. SCHWEDEN

Keine

S. SCHWEIZ

Die Geburtszulagen gemäß den jeweiligen kantonalen Familienzulagengesetzen (Freiburg, Genf, Jura, Luzern, Neuenburg, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, Uri, Wallis, Waadt)"

k) Anhang III Teil A wird wie folgt ergänzt:

"67. ÖSTERREICH - BELGIEN

a) Artikel 4 des Abkommens vom 4. April 1977 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer III des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

68. ÖSTERREICH - DÄNEMARK

a) Artikel 4 des Abkommens vom 16. Juni 1987 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer I des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

69. ÖSTERREICH - DEUTSCHLAND

a) Artikel 41 des Abkommens vom 22. Dezember 1966 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 10. April 1969, Nr. 2 vom 29. März 1974 und Nr. 3 vom 29. August 1980

b) Absatz 3 Buchstaben c und d, Ziffer 17, Ziffer 20 Buchstabe a und Ziffer 21 des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen

c) Artikel 3 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

d) Ziffer 3 Buchstabe g des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

e) Artikel 4 Absatz 1 des Abkommens in bezug auf die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen Unfälle (und Berufskrankheiten), die außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie Zeiten, die außerhalb dieses Hoheitsgebietes zurückgelegt werden, keinen Anspruch auf Leistungen begründen, bzw. einen solchen Anspruch nur unter bestimmten Bedingungen begründen, wenn die Berechtigten außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland ihren Wohnsitz haben, und zwar in Fällen, in denen:

   i) die Leistungen am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Abkommens bereits erbracht werden oder erbracht werden könnten,

   ii) die betreffende Person vor Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich genommen hat und die Leistung aus der Renten- und Unfallversicherung innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens beginnt.

f) Ziffer 19 Buchstabe b des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen. Bei der Anwendung von Ziffer 3 Buchstabe c dieser Bestimmung darf der vom zuständigen Träger anzurechnende Betrag den

Betrag nicht übersteigen, der auf die von ihm zu entschädigenden entsprechenden Zeiten entfällt.

g) Artikel 2 des Zusatzabkommens Nr. 1 vom 10. April 1969 zu obengenanntem Abkommen

h) Artikel 1 Absatz 5 und Artikel 8 des Abkommens vom 19. Juli 1978 über die Arbeitslosenversicherung

i) Ziffer 10 des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen

70. ÖSTERREICH - SPANIEN

a) Artikel 4 des Abkommens vom 6. November 1981 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

71. ÖSTERREICH - FRANKREICH

Keine

72. ÖSTERREICH - GRIECHENLAND

a) Artikel 4 des Abkommens vom 14. Dezember 1979 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 21. Mai 1986 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

73. ÖSTERREICH - IRLAND

Artikel 4 des Abkommens vom 30. September 1988 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

74. ÖSTERREICH - ITALIEN

a) Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 2 des Abkommens vom 21. Januar 1981 über soziale Sicherheit

b) Artikel 4 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

c) Ziffer 2 des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

75. ÖSTERREICH - LUXEMBURG

a) Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 21. Dezember 1971 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 16. Mai 1973 und Nr. 2 vom 9. Oktober 1978

b) Artikel 3 Absatz 2 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

c) Nummer III des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

76. ÖSTERREICH - NIEDERLANDE

a) Artikel 3 des Abkommens vom 7. März 1974 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 5. November 1980 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

77. ÖSTERREICH - PORTUGAL

Keine

78. ÖSTERREICH - VEREINIGTES KÖNIGREICH

a) Artikel 3 des Abkommens vom 22. Juli 1980 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 9. Dezember 1985 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Protokoll über Sachleistungen zu obengenanntem Abkommen, mit Ausnahme des Artikels 2 Absatz 3 in bezug auf Personen, die keinen Anspruch nach Titel III Kapitel 1 der Verordnung geltend machen können

79. ÖSTERREICH - FINNLAND

a) Artikel 4 des Abkommens vom 11. Dezember 1985 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

80. ÖSTERREICH - ISLAND

Kein Abkommen

81. ÖSTERREICH - LIECHTENSTEIN

Artikel 4 des Abkommens vom 26. September 1968 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 16. Mai 1977 und das Zweite Zusatzabkommen vom 22. Oktober 1987 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

82. ÖSTERREICH - NORWEGEN

a) Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 27. August 1985 über soziale Sicherheit

b) Artikel 4 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

c) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

83. ÖSTERREICH - SCHWEDEN

a) Artikel 4 und Artikel 24 Absatz 1 des Abkommens vom 11. November 1975 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 21. Oktober 1982 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

84. ÖSTERREICH - SCHWEIZ

Artikel 4 des Abkommens vom 15. November 1967 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 17. Mai 1973, Nr. 2 vom 30. November 1977 und Nr. 3 vom 14. Dezember 1987 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

85. FINNLAND - BELGIEN

Kein Abkommen

86. FINNLAND - DÄNEMARK

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

87. FINNLAND - DEUTSCHLAND

a) Artikel 4 des Abkommens vom 23. April 1979 über soziale Sicherheit

b) Nummer 9 Buchstabe a des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen

88. FINNLAND - SPANIEN

a) Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 19. Dezember 1985 über soziale Sicherheit

89. FINNLAND - FRANKREICH

Kein Abkommen

90. FINNLAND - GRIECHENLAND

Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 21 des Abkommens vom 11. März 1988 über soziale Sicherheit

91. FINNLAND - IRLAND

Kein Abkommen

92. FINNLAND - ITALIEN

Kein Abkommen

93. FINNLAND - LUXEMBURG

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 15. September 1988 über soziale Sicherheit

94. FINNLAND - NIEDERLANDE

Kein Abkommen

95. FINNLAND - PORTUGAL

Kein Abkommen

96. FINNLAND - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Keine

97. FINNLAND - ISLAND

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

98. FINNLAND - LIECHTENSTEIN

Kein Abkommen

99. FINNLAND - NORWEGEN

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

100. FINNLAND - SCHWEDEN

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

101. FINNLAND - SCHWEIZ

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 28. Juni 1985 über soziale Sicherheit

102. ISLAND - BELGIEN

Kein Abkommen

103. ISLAND - DÄNEMARK

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

104. ISLAND - DEUTSCHLAND

Kein Abkommen

105. ISLAND - SPANIEN

Kein Abkommen

106. ISLAND - FRANKREICH

Kein Abkommen

107. ISLAND - GRIECHENLAND

Kein Abkommen

108. ISLAND - IRLAND

Kein Abkommen

109. ISLAND - ITALIEN

Kein Abkommen

110. ISLAND - LUXEMBURG

Kein Abkommen

111. ISLAND - NIEDERLANDE

Kein Abkommen

112. ISLAND - PORTUGAL

Kein Abkommen

113. ISLAND - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Keine

114. ISLAND - LIECHTENSTEIN

Kein Abkommen

115. ISLAND - NORWEGEN

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

116. ISLAND - SCHWEDEN

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

117. ISLAND - SCHWEIZ

Kein Abkommen

118. LIECHTENSTEIN - BELGIEN

Kein Abkommen

119. LIECHTENSTEIN - DÄNEMARK

Kein Abkommen

120. LIECHTENSTEIN - DEUTSCHLAND

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 7. April 1977 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 11. August 1989 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

121. LIECHTENSTEIN - SPANIEN

Kein Abkommen

122. LIECHTENSTEIN - FRANKREICH

Kein Abkommen

123. LIECHTENSTEIN - GRIECHENLAND

Kein Abkommen

124. LIECHTENSTEIN - IRLAND

Kein Abkommen

125. LIECHTENSTEIN - ITALIEN

Artikel 5 zweiter Satz des Abkommens vom 11. November 1976 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

126. LIECHTENSTEIN - LUXEMBURG

Kein Abkommen

127. LIECHTENSTEIN - NIEDERLANDE

Kein Abkommen

128. LIECHTENSTEIN - PORTUGAL

Kein Abkommen

129. LIECHTENSTEIN - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Kein Abkommen

130. LIECHTENSTEIN - NORWEGEN

Kein Abkommen

131. LIECHTENSTEIN - SCHWEDEN

Kein Abkommen

132. LIECHTENSTEIN - SCHWEIZ

Artikel 4 des Abkommens vom 8. März 1989 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

133. NORWEGEN - BELGIEN

Kein Abkommen

134. NORWEGEN - DÄNEMARK

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

135. NORWEGEN - DEUTSCHLAND

Kein Abkommen

136. NORWEGEN - SPANIEN

Kein Abkommen

137. NORWEGEN - FRANKREICH

Keine

138. NORWEGEN - GRIECHENLAND

Artikel 16 Absatz 5 des Abkommens vom 12. Juni 1980 über soziale Sicherheit

139. NORWEGEN - IRLAND

Kein Abkommen

140. NORWEGEN - ITALIEN

Keine

141. NORWEGEN - LUXEMBURG

Kein Abkommen

142. NORWEGEN - NIEDERLANDE

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 13. April 1989 über soziale Sicherheit

143. NORWEGEN - PORTUGAL

Artikel 6 des Abkommens vom 5. Juni 1980 über soziale Sicherheit

144. NORWEGEN - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Keine

145. NORWEGEN - SCHWEDEN

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

146. NORWEGEN - SCHWEIZ

Artikel 6 Absatz 2 des Abkommens vom 21. Februar 1979 über soziale Sicherheit

147. SCHWEDEN - BELGIEN

Kein Abkommen

148. SCHWEDEN - DÄNEMARK

Artikel 14 Absatz 4 des Nordischen Abkommens vom 5. März 1981 über soziale Sicherheit

149. SCHWEDEN - DEUTSCHLAND

a) Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 27. Februar 1976 über soziale Sicherheit

b) Nummer 8 Buchstabe a des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen

150. SCHWEDEN - SPANIEN

Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 16 des Abkommens vom 29. Juni 1987 über soziale Sicherheit

151. SCHWEDEN - FRANKREICH

Keine

152. SCHWEDEN - GRIECHENLAND

Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 23 des Abkommens vom 5. Mai 1978 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 14. September 1984.

153. SCHWEDEN - IRLAND

Kein Abkommen

154. SCHWEDEN - ITALIEN

Artikel 20 des Abkommens vom 25 September 1979 über soziale Sicherheit

155. SCHWEDEN - LUXEMBURG

a) Artikel 4 und Artikel 29 Absatz 1 des Abkommens vom 21. Februar 1985 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Artikel 30 des obengenannten Abkommens

156. SCHWEDEN - NIEDERLANDE

Artikel 4 und Artikel 24 Absatz 3 des Abkommens vom 2. Juli 1976 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

157. SCHWEDEN - PORTUGAL

Artikel 6 des Abkommens vom 25. Oktober 1978 über soziale Sicherheit

158. SCHWEDEN - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Artikel 4 Absatz 3 des Abkommens vom 29. Juni 1987 über soziale Sicherheit

159. SCHWEDEN - SCHWEIZ

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 20. Oktober 1978 über soziale Sicherheit

160. SCHWEIZ - BELGIEN

a) Artikel 3 Absatz 1 des Abkommens vom 24. September 1975 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer 4 des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

161. SCHWEIZ - DÄNEMARK

Keine

162. SCHWEIZ - DEUTSCHLAND

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 25. Februar 1964 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 9. September 1975 und Nr. 2 vom 2. März 1989 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

163. SCHWEIZ - SPANIEN

Artikel 2 des Abkommens vom 13. Oktober 1969 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 11. Juni 1982 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

164. SCHWEIZ - FRANKREICH

Keine

165. SCHWEIZ - GRIECHENLAND

Artikel 4 des Abkommens vom 1. Juni 1973 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

166. SCHWEIZ - IRLAND

Kein Abkommen

167. SCHWEIZ - ITALIEN

a) Artikel 3 zweiter Satz des Abkommens vom 14. Dezember 1962 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 18. Dezember 1963, die Zusatzvereinbarung Nr. 1 vom 4. Juli 1969, das Zusatzprotokoll vom 25. Februar 1974 und die Zusatzvereinbarung Nr. 2 vom 2 April 1980 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Artikel 9 Absatz 1 des obengenannten Abkommens

168. SCHWEIZ - LUXEMBURG

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 3. Juni 1967 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 26. März 1976

169. SCHWEIZ - NIEDERLANDE

Artikel 4 zweiter Satz des Abkommens vom 27. Mai 1970 über soziale Sicherheit

170. SCHWEIZ - PORTUGAL

Artikel 3 zweiter Satz des Abkommens vom 11. September 1975 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

171. SCHWEIZ - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Artikel 3 Absätze 1 und 2 des Abkommens vom 21. Februar 1968 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen"

l) Anhang III Teil B wird wie folgt ergänzt:

"67. ÖSTERREICH - BELGIEN

a) Artikel 4 des Abkommens vom 4. April 1977 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer III des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

68. ÖSTERREICH - DÄNEMARK

a) Artikel 4 des Abkommens vom 16. Juni 1987 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer I des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

69. ÖSTERREICH - DEUTSCHLAND

a) Artikel 41 des Abkommens vom 22. Dezember 1966 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 10. April 1969, Nr. 2 vom 29. März 1974 und Nr. 3 vom 29. August 1980

b) Ziffer 20 Buchstabe a des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen

c) Artikel 3 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

d) Ziffer 3 Buchstabe g des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen

e) Artikel 4 Absatz 1 des Abkommens in bezug auf die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen Unfälle (und Berufskrankheiten), die außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie Zeiten, die außerhalb dieses Hoheitsgebietes zurückgelegt werden, keinen Anspruch auf Leistungen begründen, bzw. einen solchen Anspruch nur unter bestimmten Bedingungen begründen, wenn die

Berechtigten außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik Deutschland ihren Wohnsitz haben, und zwar in Fällen, in denen:

i) die Leistungen am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Abkommens bereits erbracht werden oder erbracht werden könnten,

ii) die betreffende Person vor Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich genommen hat und die Leistung aus der Renten- und Unfallversicherung innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens beginnt.

f) Ziffer 19 Buchstabe b des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen. Bei der Anwendung von Nummer 3 Buchstabe c dieser Bestimmung darf der vom zuständigen Träger anzurechnende Betrag den Betrag nicht übersteigen, der auf die von ihm zu entschädigenden entsprechenden Zeiten entfällt.

70. ÖSTERREICH - SPANIEN

a) Artikel 4 des Abkommens vom 6. November 1981 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

71. ÖSTERREICH - FRANKREICH

Keine

72. ÖSTERREICH - GRIECHENLAND

a) Artikel 4 des Abkommens vom 14. Dezember 1979 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 21. Mai 1986 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

73. ÖSTERREICH - IRLAND

Artikel 4 des Abkommens vom 30. September 1988 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

74. ÖSTERREICH - ITALIEN

a) Artikel 5 Absatz 3 und Artikel 9 Absatz 2 des Abkommens vom 21. Januar 1981 über soziale Sicherheit

b) Artikel 4 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

c) Ziffer 2 des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

75. ÖSTERREICH - LUXEMBURG

a) Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 21. Dezember 1971 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 16. Mai 1973 und Nr. 2 vom 9. Oktober 1978

b) Artikel 3 Absatz 2 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

c) Nummer III des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

76. ÖSTERREICH - NIEDERLANDE

a) Artikel 3 des Abkommens vom 7. März 1974 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 5. November 1980 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

77. ÖSTERREICH - PORTUGAL

Keine

78. ÖSTERREICH - VEREINIGTES KÖNIGREICH

a) Artikel 3 des Abkommens vom 22. Juli 1980 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 9. Dezember 1985 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Protokoll über Sachleistungen zu obengenanntem Abkommen, mit Ausnahme des Artikels 2 Absatz 3 in bezug auf Personen, die keinen Anspruch nach Titel III Kapitel 1 der Verordnung geltend machen können

79. ÖSTERREICH - FINNLAND

a) Artikel 4 des Abkommens vom 11. Dezember 1985 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

80. ÖSTERREICH - ISLAND

Kein Abkommen

81. ÖSTERREICH - LIECHTENSTEIN

Artikel 4 des Abkommens vom 26. September 1968 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 16. Mai 1977 und das Zweite Zusatzabkommen vom 22. Oktober 1987 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

82. ÖSTERREICH - NORWEGEN

a) Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 27. August 1985 über soziale Sicherheit

b) Artikel 4 des obengenannten Abkommens in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

c) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

83. ÖSTERREICH - SCHWEDEN

a) Artikel 4 und 24 Absatz 1 des Abkommens vom 11. November 1975 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 21. Oktober 1982 in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer II des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

84. ÖSTERREICH - SCHWEIZ

Artikel 4 des Abkommens vom 15. November 1967 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 17. Mai 1973, Nr. 2 vom 30. November 1977 und Nr. 3 vom 14. Dezember 1987 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

85. FINNLAND - BELGIEN

Kein Abkommen

86. FINNLAND - DÄNEMARK

Keine.

87. FINNLAND - DEUTSCHLAND

Artikel 4 des Abkommens vom 23. April 1979 über soziale Sicherheit

88. FINNLAND - SPANIEN

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 19. Dezember 1985 über soziale Sicherheit

89. FINNLAND - FRANKREICH

Kein Abkommen

90. FINNLAND - GRIECHENLAND

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 11. März 1988 über soziale Sicherheit

91. FINNLAND - IRLAND

Kein Abkommen

92. FINNLAND - ITALIEN

Kein Abkommen

93. FINNLAND - LUXEMBURG

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 15. September 1988 über soziale Sicherheit

94. FINNLAND - NIEDERLANDE

Kein Abkommen

95. FINNLAND - PORTUGAL

Kein Abkommen

96. FINNLAND - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Keine

97. FINNLAND - ISLAND

Keine

98. FINNLAND - LIECHTENSTEIN

Kein Abkommen

99. FINNLAND - NORWEGEN

Keine

100. FINNLAND - SCHWEDEN

Keine

101. FINNLAND - SCHWEIZ

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 28. Juni 1985 über soziale Sicherheit

102. ISLAND - BELGIEN

Kein Abkommen

103. ISLAND - DÄNEMARK

Keine.

104. ISLAND - DEUTSCHLAND

Kein Abkommen

105. ISLAND - SPANIEN

Kein Abkommen

106. ISLAND - FRANKREICH

Kein Abkommen

107. ISLAND - GRIECHENLAND

Kein Abkommen

108. ISLAND - IRLAND

Kein Abkommen

109. ISLAND - ITALIEN

Kein Abkommen

110. ISLAND - LUXEMBURG

Kein Abkommen

111. ISLAND - NIEDERLANDE

Kein Abkommen

112. ISLAND - PORTUGAL

Kein Abkommen

113. ISLAND - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Keine

114. ISLAND - LIECHTENSTEIN

Kein Abkommen

115. ISLAND - NORWEGEN

Keine

116. ISLAND - SCHWEDEN

Keine

117. ISLAND - SCHWEIZ

Kein Abkommen

118. LIECHTENSTEIN - BELGIEN

Kein Abkommen

119. LIECHTENSTEIN - DÄNEMARK

Kein Abkommen

120. LIECHTENSTEIN - DEUTSCHLAND

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 7. April 1977 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 11. August 1989 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

121. LIECHTENSTEIN - SPANIEN

Kein Abkommen

122. LIECHTENSTEIN - FRANKREICH

Kein Abkommen

123. LIECHTENSTEIN - GRIECHENLAND

Kein Abkommen

124. LIECHTENSTEIN - IRLAND

Kein Abkommen

125. LIECHTENSTEIN - ITALIEN

Artikel 5 zweiter Satz des Abkommens vom 11. November 1976 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

126. LIECHTENSTEIN - LUXEMBURG

Kein Abkommen

127. LIECHTENSTEIN - NIEDERLANDE

Kein Abkommen

128. LIECHTENSTEIN - PORTUGAL

Kein Abkommen

129. LIECHTENSTEIN - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Kein Abkommen

130. LIECHTENSTEIN - NORWEGEN

Kein Abkommen

131. LIECHTENSTEIN - SCHWEDEN

Kein Abkommen

132. LIECHTENSTEIN - SCHWEIZ

Artikel 4 des Abkommens vom 8. März 1989 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

133. NORWEGEN - BELGIEN

Kein Abkommen

134. NORWEGEN - DÄNEMARK

Keine

135. NORWEGEN - DEUTSCHLAND

Kein Abkommen

136. NORWEGEN - SPANIEN

Kein Abkommen

137. NORWEGEN - FRANKREICH

Keine

138. NORWEGEN - GRIECHENLAND

Keine

139. NORWEGEN - IRLAND

Kein Abkommen

140. NORWEGEN - ITALIEN

Keine

141. NORWEGEN - LUXEMBURG

Kein Abkommen

142. NORWEGEN - NIEDERLANDE

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 13. April 1989 über soziale Sicherheit

143. NORWEGEN - PORTUGAL

Keine

144. NORWEGEN - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Keine

145. NORWEGEN - SCHWEDEN

Keine

146. NORWEGEN - SCHWEIZ

Artikel 6 Absatz 2 des Abkommens vom 21. Februar 1979 über soziale Sicherheit

147. SCHWEDEN - BELGIEN

Kein Abkommen

148. SCHWEDEN - DÄNEMARK

Keine.

149. SCHWEDEN - DEUTSCHLAND

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 27. Februar 1976 über soziale Sicherheit

150. SCHWEDEN - SPANIEN

Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 16 des Abkommens vom 29. Juni 1987 über soziale Sicherheit

151. SCHWEDEN - FRANKREICH

Keine

152. SCHWEDEN - GRIECHENLAND

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 5. Mai 1978 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 14. September 1984

153. SCHWEDEN - IRLAND

Kein Abkommen

154. SCHWEDEN - ITALIEN

Artikel 20 des Abkommens vom 25. September 1979 über soziale Sicherheit

155. SCHWEDEN - LUXEMBURG

Artikel 4 und Artikel 29 Absatz 1 des Abkommens vom 21. Februar 1985 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

156. SCHWEDEN - NIEDERLANDE

Artikel 4 und Artikel 24 Absatz 3 des Abkommens vom 2. Juli 1976 über soziale Sicherheit in bezug auf Personen, die in einem Drittstaat wohnen

157. SCHWEDEN - PORTUGAL

Artikel 6 des Abkommens vom 25. Oktober 1978 über soziale Sicherheit

158. SCHWEDEN - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Artikel 4 Absatz 3 des Abkommens vom 29. Juni 1987 über soziale Sicherheit

159. SCHWEDEN - SCHWEIZ

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens vom 20. Oktober 1978 über soziale Sicherheit

160. SCHWEIZ - BELGIEN

a) Artikel 3 Absatz 1 des Abkommens vom 24. September 1975 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Nummer 4 des Schlußprotokolls zu obengenanntem Abkommen in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

161. SCHWEIZ - DÄNEMARK

Keine

162. SCHWEIZ - DEUTSCHLAND

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 25. Februar 1964 über soziale Sicherheit, geändert durch die Zusatzabkommen Nr. 1 vom 9. September 1975 und Nr. 2 vom 2. März 1989 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

163. SCHWEIZ - SPANIEN

Artikel 2 des Abkommens vom 13. Oktober 1969 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 11. Juni 1982 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

164. SCHWEIZ - FRANKREICH

Keine

165. SCHWEIZ - GRIECHENLAND

Artikel 4 des Abkommens vom 1. Juni 1973 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

166. SCHWEIZ - IRLAND

Kein Abkommen

167. SCHWEIZ - ITALIEN

a) Artikel 3 zweiter Satz des Abkommens vom 14. Dezember 1962 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 18. Dezember 1963, die Zusatzvereinbarung Nr. 1 vom 4. Juli 1969, das Zusatzprotokoll vom 25. Februar 1974 und die Zusatzvereinbarung Nr. 2 vom 2. April 1980 in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

b) Artikel 9 Absatz 1 des obengenannten Abkommens

168. SCHWEIZ - LUXEMBURG

Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vom 3. Juni 1967 über soziale Sicherheit, geändert durch das Zusatzabkommen vom 26. März 1976

169. SCHWEIZ - NIEDERLANDE

Artikel 4 zweiter Satz des Abkommens vom 27. Mai 1970 über soziale Sicherheit

170. SCHWEIZ - PORTUGAL

Artikel 3 zweiter Satz des Abkommens vom 11. September 1975 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen

171. SCHWEIZ - VEREINIGTES KÖNIGREICH

Artikel 3 Absätze 1 und 2 des Abkommens vom 21. Februar 1968 über soziale Sicherheit in bezug auf die Zahlung von Geldleistungen an Personen, die in einem Drittstaat wohnen"

m) Anhang IV wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Keine

N. FINNLAND

Keine

O. ISLAND

Keine

P. LIECHTENSTEIN

Keine

Q. NORWEGEN

Keine

R. SCHWEDEN

Keine

S. SCHWEIZ

Keine."

n) Anhang VI wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

1. Für die Anwendung des Kapitels 1 des Titels III der Verordnung gilt der Bezieher einer Rentenleistung für Beamte als Rentenberechtigter.

2. Für die Anwendung des Artikels 46 Absatz 2 der Verordnung werden Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung und der knappschaftliche Leistungszuschlag gemäß den österreichischen Rechtsvorschriften nicht berücksichtigt. In diesen Fällen wird der gemäß Artikel 46 Absatz 2 der Verordnung ermittelte Betrag um die Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung und den knappschaftlichen Leistungszuschlag erhöht.

3. Für die Anwendung von Artikel 46 Absatz 2 der Verordnung gilt bei Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften der Stichtag als Eintritt des Versicherungsfalles.

4. Die Anwendung der Bestimmungen der Verordnung hat keine mindernde Wirkung auf Ansprüche auf Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften in bezug auf Personen, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten haben.

N. FINNLAND

1. Um festzustellen, ob der Zeitraum zwischen dem Eintritt des Rentenfalls und dem rentenberechtigten Alter (künftiger Zeitraum) bei der Berechnung des Betrags der finnischen Berufsrente zu berücksichtigen ist, werden die unter den Rechtsvorschriften eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, zurückgelegten Versicherungs- und Wohnzeiten für die Voraussetzung des Wohnsitzes in Finnland mit berücksichtigt.

2. Ist die Beschäftigung oder selbständige Erwerbstätigkeit in Finnland beendet und tritt der Versicherungsfall während einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt, ein, und schließt die Rente gemäß den finnischen Rechtsvorschriften für die Berufsrente den Zeitraum zwischen dem Eintritt des Versicherungsfalls und dem Rentenalter (künftiger Zeitraum) nicht mehr ein, so werden die unter den Rechtsvorschriften eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, zurückgelegten Versicherungszeiten für die Forderung des künftigen Zeitraums so berücksichtigt, als handele es sich um in Finnland zurückgelegte Versicherungszeiten.

3. Ist nach finnischen Rechtsvorschriften wegen Verzögerungen bei der Bearbeitung eines Antrags auf Leistungen seitens eines Trägers ein Zuschlag zahlbar, so ist für einen bei einem Träger eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, eingereichten Antrag für die Anwendung der Bestimmungen der finnischen Rechtsvorschriften in bezug auf derartige Zuschläge als Tag der Einreichung derjenige Tag anzusehen, an dem der Antrag mit allen erforderlichen Anlagen bei dem zuständigen Träger in Finnland eingeht.

O. ISLAND

Ist eine Beschäftigung oder selbständige Erwerbstätigkeit in Island beendet und tritt der Versicherungsfall während einer Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt, ein, und schließt die Erwerbsunfähigkeitsrente der Sozialversicherung wie auch der Zusatzversicherungssysteme (Rentenkassen) in Island den Zeitraum zwischen dem Eintritt des Versicherungsfalls und dem Rentenalter (künftiger Zeitraum) nicht mehr ein, so werden die unter den Rechtsvorschriften eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, zurückgelegten Versicherungszeiten für die Forderung des künftigen Zeitraums so berücksichtigt, als handele es sich um in Island zurückgelegte Versicherungszeiten.

P. LIECHTENSTEIN

Ein Arbeitnehmer oder Selbständiger, der den liechtensteinischen Rechtsvorschriften nicht mehr unterliegt, gilt bei Anwendung des Kapitels 3 des Titels III der Verordnung in bezug auf die ordentlichen Invalidenrenten als in dieser Versicherung versichert, wenn:

a) er entweder für den Zeitpunkt des Versicherungsfalls gemäß den Bestimmungen der liechtensteinischen Rechtsvorschriften über die Invalidenversicherung:

i) Eingliederungsmaßnahmen der liechtensteinischen Invalidenversicherung bezieht; oder

ii) im Sinne der Rechtsvorschriften über die Alters-, Hinterbliebenen- oder Invalidenversicherung eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, versichert ist; oder

iii) Anspruch auf eine Rente aus der Invaliden- oder Altersversicherung eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, hat oder eine solche Rente bezieht; oder

iv) arbeitsunfähig im Sinne der Rechtsvorschriften eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, ist und Anspruch auf Leistungen der Kranken- oder Unfallversicherung dieses Staates hat oder eine solche Leistung bezieht; oder

v) aufgrund von Arbeitslosigkeit Anspruch auf Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, hat oder solche Leistungen bezieht;

b) oder er in Liechtenstein als Grenzgänger erwerbstätig war und in den drei Jahren, die dem Zeitpunkt des Versicherungsfalls gemäß den liechtensteinischen Rechtsvorschriften unmittelbar vorangehen, für mindestens zwölf Monate Beiträge gemäß diesen Rechtsvorschriften entrichtet hat; oder

c) wenn er seine Beschäftigung als Arbeitnehmer oder seine selbständige Erwerbstätigkeit in Liechtenstein infolge Unfall oder Erkrankung aufgeben muß, solange er in Liechtenstein verbleibt; dabei muß er Beiträge auf der gleichen Grundlage entrichten wie eine nicht erwerbstätige Person.

Q. NORWEGEN

1. Die Übergangsbestimmungen der norwegischen Rechtsvorschriften, die eine Minderung der Versicherungszeit, die bei Personen, die vor 1937 geboren sind, für eine volle Zusatzrente erforderlich ist, beinhalten, sind auf alle dieser Verordnung unterliegenden Personen anwendbar, sofern sie für die erforderliche Anzahl von Jahren nach ihrem sechzehnten Geburtstag und vor dem 1. Januar 1967 einen Wohnsitz in Norwegen hatten oder dort als Beschäftigte oder Selbständige einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Die erforderliche Anzahl beträgt jeweils ein Jahr für jedes

vor 1937 liegende Lebensjahr der betreffenden Person.

2. Eine aufgrund des norwegischen Versicherungsgesetzes versicherte Person, die versicherte und pflegebedürftige alte Menschen, Behinderte oder Kranke betreut, erhält unter bestimmten Voraussetzungen für diese Zeiten Rentenpunkte zugerechnet. In gleicher Weise erhält eine Person, die in einem anderen Staat als Norwegen, für den diese Verordnung gilt, Kinder betreut, Rentenpunkte zugerechnet, wenn die betreffende Person sich im Elternurlaub gemäß dem norwegischen Arbeitsrecht befindet.

R. SCHWEDEN

1. Bei der Anwendung des Artikels 18 Absatz 1 zur Feststellung eines Anspruchs auf Elternbeihilfen gelten unter den Rechtsvorschriften eines anderen Staates als Schweden, für die diese Verordnung gilt, zurückgelegte Versicherungszeiten als auf der Grundlage derselben Durchschnittseinkommen berechnet wie die schwedischen Versicherungszeiten, mit denen sie zusammengerechnet werden.

2. Die Bestimmungen der Verordnung über die Zusammenrechnung von Versicherungs- oder Wohnzeiten gelten nicht für die Übergangsbestimmungen der schwedischen Rechtsvorschriften in bezug auf das Recht auf eine vorteilhaftere Berechnung der Grundrente für Personen, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums vor dem Datum des Anspruchs ihren Wohnsitz in Schweden hatten.

3. Für die Ermittlung eines Anspruchs auf Invaliditäts- oder Hinterbliebenenrente, der teilweise auf vorausgeschätzten künftigen Versicherungszeiten beruht, wird angenommen, daß eine Person, die als Beschäftigter oder Selbständiger durch ein Versicherungs- oder Wohnsystem eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, abgesichert ist, die Versicherungs- und Einkommensvoraussetzungen der schwedischen Rechtsvorschriften erfüllt.

4. Kinderbetreuungszeiten gelten unter bestimmten, in den schwedischen Rechtsvorschriften festgelegten Bedingungen als Versicherungszeiten für die Zwecke einer Zusatzrentenversicherung auch dann, wenn das Kind und die betreffende Person ihren Wohnsitz in einem anderen Staat haben, für den diese Verordnung gilt, sofern die Person, die das Kind betreut, Elternurlaub nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Recht auf Urlaub zur Kindererziehung in Anspruch nimmt.

S. SCHWEIZ

1. Ist eine Person aufgrund der Bestimmungen der Verordnung berechtigt, die Aufnahme in eine schweizerische anerkannte Krankenkasse zu beantragen, so sind auch ihre Familienangehörigen, die im

Hoheitsgebiet eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, wohnen, berechtigt, die Aufnahme in dieselbe Krankenkasse zu beantragen.

2. Bei Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung werden Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines anderen Staates zurückgelegt wurden, für den diese Verordnung gilt, so berücksichtigt, als handelte es sich bei der betreffenden Person um einen "Züger" im Sinne der schweizerischen Rechtsvorschriften. Die Mitversicherung bzw. der Mitanspruch als Familienangehöriger wird der persönlichen Versicherung gleichgestellt.

3. Ein Arbeitnehmer oder Selbständiger, der den schweizerischen Rechtsvorschriften über die Invalidenversicherung nicht mehr unterliegt, gilt bei Anwendung des Kapitels 3 des Titels III der Verordnung in bezug auf die Gewährung ordentlicher Invalidenrenten als in dieser Versicherung versichert, wenn:

   a) er entweder für den Zeitpunkt des Versicherungsfalls gemäß den schweizerischen Rechtsvorschriften über die Invalidenversicherung:

      i) Eingliederungsmaßnahmen der schweizerischen Invalidenversicherung bezieht; oder

      ii) im Sinne der Rechtsvorschriften über die Alters-, Hinterlassenen- oder Invalidenversicherung eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, versichert ist; oder

      iii) Anspruch auf eine Rente der Invaliden- oder Altersversicherung eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, hat oder eine solche Rente bezieht; oder

      iv) arbeitsunfähig im Sinne der Rechtsvorschriften eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, ist und Anspruch auf Leistungen der Kranken- oder Unfallversicherung dieses Staates hat oder eine solche Leistung bezieht; oder

      v) aufgrund von Arbeitslosigkeit Anspruch auf Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung eines anderen Staates, für den diese Verordnung gilt, hat oder solche Leistungen bezieht;

   b) oder er in der Schweiz als Grenzgänger erwerbstätig war und in den drei Jahren, die dem Zeitpunkt des Versicherungsfalls gemäß den

schweizerischen Rechtsvorschriften unmittelbar vorangehen, für mindestens zwölf Monate Beiträge gemäß diesen Rechtsvorschriften entrichtet hat; oder

c) wenn er seine Beschäftigung als Arbeitnehmer oder seine selbständige Erwerbstätigkeit in der Schweiz infolge Unfall oder Erkrankung aufgeben muß, solange er in der Schweiz verbleibt; dabei muß er Beiträge auf der gleichen Grundlage entrichten wie eine nicht erwerbstätige Person."

o) Anhang VII wird wie folgt ergänzt:

"10. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit in Österreich und einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt.

11. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit in Finnland und einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt, durch eine Person mit Wohnsitz in Finnland.

12. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit in Island und einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt, durch eine Person mit Wohnsitz in Island.

13. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit in Liechtenstein und einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt.

14. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit in Norwegen und einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt, durch eine Person mit Wohnsitz in Norwegen.

15. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit in Schweden und einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt, durch eine Person mit Wohnsitz in Schweden.

16. Ausübung einer selbständigen Tätigkeit in der Schweiz und einer Beschäftigung im Lohn- oder Gehaltsverhältnis in einem anderen Staat, für den diese Verordnung gilt.

2. Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern,

aktualisiert durch:

- **383 R 2001**: Verordnung (EWG) Nr. 2001/83 des Rates vom 2. Juni 1983 (ABl. Nr. L 230 vom 22.8.1983, S. 6)

und im weiteren geändert durch:

- **385 R 1660**: Verordnung (EWG) Nr. 1660/85 des Rates vom 13. Juni 1985 (ABl. Nr. L 160 vom 20.6.1985, S. 1)

- **385 R 1661**: Verordnung (EWG) Nr. 1661/85 des Rates vom 13. Juni 1985 (ABl. Nr. L 160 vom 20.6.1985, S. 7)

- **1 85 I**: Dokumente betreffend den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 188)

- **386 R 513**: Verordnung (EWG) Nr. 513/86 der Kommission vom 26. Februar 1986 (ABl. Nr. L 51 vom 28.2.1986, S. 44)

- **386 R 3811**: Verordnung (EWG) Nr. 3811/86 des Rates vom 11. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 355 vom 16.12.1986, S. 5)

- **389 R 1305**: Verordnung (EWG) Nr. 1305/89 des Rates vom 11. Mai 1989 (ABl. Nr. L 131 vom 13.5.1989, S. 1)

- **389 R 2332**: Verordnung (EWG) Nr. 2332/89 des Rates vom 18. Juli 1989 (ABl. Nr. L 224 vom 2.8.1989, S. 1)

- **389 R 3427**: Verordnung (EWG) Nr. 3427/89 des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 331 vom 16.11.1989, S. 1)

- **391 R 2195**: Verordnung (EWG) Nr. 2195/91 des Rates vom 25. Juni 1991 (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1991, S. 2)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Anhang 1 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

1. Bundesminister für Arbeit und Soziales, Wien

2. Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie, Wien

N. FINNLAND

Sosiaali- ja terveysministeriö - social- och hälsovårdsministeriet (Ministerium für Soziales und Volksgesundheit), Helsinki

O. ISLAND

1. Heilbrigdis- og tryggingamálarádherra (Minister für Volksgesundheit und Soziale Sicherheit), Reykjavík

2. Félagsmálarádherra (Minister für Soziale Angelegenheiten), Reykjavík

3. Fjármálarádherra (Minister der Finanzen), Reykjavík

P. LIECHTENSTEIN

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz

Q. NORWEGEN

1. Sosialdepartementet (Ministerium für Volksgesundheit und Soziale Angelegenheiten), Oslo

2. Arbeids - og administrasjonsdepartementet (Ministerium für Arbeit und Allgemeine Verwaltung), Oslo

3. Barne - og familiedepartementet (Ministerium für Kinder- und Familienangelegenheiten), Oslo

R. SCHWEDEN

Regeringen (Socialdepartementet) (die Regierung (Ministerium für Volksgesundheit und Soziale Angelegenheiten)), Stockholm

S. SCHWEIZ

1. Bundesamt für Sozialversicherung, Bern - Office fédéral des assurances sociales, Berne - Ufficio federale delle assicurazioni sociali, Berna

2. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern - Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, Berne - Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro, Berna"

b) Anhang 2 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Sofern nachstehend nichts anderes bestimmt ist, richtet sich die Zuständigkeit der österreichischen Träger nach den Bestimmungen der österreichischen Rechtsvorschriften:

1. Krankenversicherung

a) Hat die betreffende Person ihren Wohnsitz auf dem Gebiet eines anderen Staates, für den die Verordnung gilt, und ist eine Gebietskrankenkasse für eine Versicherung zuständig, kann aber die örtliche Zuständigkeit nach den österreichischen Rechtsvorschriften nicht entschieden werden, so wird die örtliche Zuständigkeit wie folgt bestimmt:

- die Gebietskrankenkasse, die hinsichtlich der letzten Beschäftigung in Österreich zuständig war, oder

- die Gebietskrankenkasse, die für den letzten Wohnsitz in Österreich zuständig war, oder

- sofern kein Beschäftigungsverhältnis bestanden hat, für das eine Gebietskrankenkasse zuständig war, oder nie ein Wohnsitz in Österreich bestanden hat, die Wiener Gebietskrankenkasse, Wien.

b) Für die Anwendung von Titel III, Kapitel 1, Abschnitte 4 und 5 der Verordnung in Verbindung mit Artikel 95 der Durchführungsverordnung in bezug auf die Erstattung der Leistungen an Personen, die nach dem ASVG (Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz) zum Bezug einer Rente berechtigt sind:

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien, wobei gilt, daß der Kostenersatz aus den Beiträgen zur Krankenversicherung der Rentner erfolgt, die an den genannten Hauptverband entrichtet werden.

2. Rentenversicherung

Bei der Feststellung, welcher Träger für die Zahlung einer Leistung zuständig ist, werden ausschließlich die nach den österreichischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt.

3. Arbeitslosenversicherung

a) Für die Arbeitslosmeldung:

das für den Wohn- oder Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Arbeitsamt

b) Für die Ausstellung der Formulare Nr. E 301, E 302 und E 303:

das für den Beschäftigungsort der betreffenden Person zuständige Arbeitsamt

4. Familienleistungen

a) Familienleistungen mit Ausnahme des Karenzurlaubsgelds:

das Finanzamt

b) Karenzurlaubsgeld:

das für den Wohn- oder Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Arbeitsamt

N. FINNLAND

1. Krankheit und Mutterschaft:

a) Geldleistungen:

- Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt) mit ihren örtlichen Büros, oder
- Krankenkassen

b) Sachleistungen:

i) Rückerstattung unter Krankenversicherung:

- Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt) mit ihren örtlichen Büros, oder
- Krankenkassen

ii) Volksgesundheit und Krankenhausleistungen:

lokale Einheiten, die Leistungen im Rahmen des Systems erbringen

2. Alter, Invalidität, Tod (Renten):

a) Staatliche Renten:

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt)

b) Berufsrenten:

Der Berufsrententräger, der Renten gewährt und auszahlt

3. Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten:

Tapaturmavakuutuslaitosten Liitto Olycksfallsförsäkringsanstalterna Förbund (Verband der Unfallversicherer) bei ärztlicher Behandlung, in anderen Fällen der Träger, der Leistungen gewährt und auszahlt

4. Leistungen im Todesfalle:

- Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), oder

- der Träger, der Leistungen aus der Unfallversicherung gewährt und auszahlt

5. Arbeitslosigkeit:

a) Grundsystem:

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt) mit ihren örtlichen Büros

b) Zusatzsystem:

die zuständige Arbeitslosenversicherung

6. Familienleistungen:

a) Kinderzulagen

die lokale Sozialbehörde der Gemeinde, in der der Berechtigte seinen Wohnsitz hat

b) Erziehungszulage

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt) mit ihren örtlichen Büros

O. ISLAND

1. Für alle Versicherungsfälle mit Ausnahme von Arbeitslosigkeits- und Familienleistungen:

Tryggingastofnun ríkisins (staatliches Institut für soziale Sicherheit), Reykjavík

2. Für Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

Tryggingastofnun ríkisins, Atvinnuleysistryggingasjódur (staatliches Institut für soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung), Reykjavík

3. Für Familienleistungen:

a) Familienleistungen mit Ausnahme der Kinderzulage und der ergänzenden Kinderzulage:

Tryggingastofnun ríkisins (staatliches Institut für soziale Sicherheit), Reykjavík

b) Kinderzulage und ergänzende Kinderzulage:

Ríkisskattstjóri (Leiter der Finanzbehörde), Reykjavík

P. LIECHTENSTEIN

1. Krankheit und Mutterschaft

   - die anerkannte Krankenkasse, bei der die betreffende Person versichert ist; oder

   - das Amt für Volkswirtschaft

2. Invalidität

   a) Invalidenversicherung:

      Liechtensteinische Invalidenversicherung

   b) Betriebliche Personalvorsorge

      die Pensionskasse, der der letzte Arbeitgeber angeschlossen ist

3. Alter und Tod (Renten)

   a) Alters- und Hinterlassenenversicherung

      Liechtensteinische Alters- und Hinterlassenenversicherung

   b) Betriebliche Personalvorsorge

      die Pensionskasse, der der letzte Arbeitgeber angeschlossen ist

4. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten:

   - die Unfallversicherung, bei der die betreffende Person versichert ist, oder

   - das Amt für Volkswirtschaft

5. Arbeitslosigkeit

   Amt für Volkswirtschaft

6. Familienleistungen

   Liechtensteinische Familienausgleichskasse

Q. NORWEGEN

1. Für Leistungen bei Arbeitslosigkeit

   Arbeidsdirektoratet, Oslo, fylkesarbeidskontorene og de lokale arbeidskontor på bostedet eller oppholdsstedet (staatliches Arbeitsamt, Oslo, die regionalen Arbeitsämter und die örtlichen Arbeitsämter am Wohn- oder Aufenthaltsort)

2. Alle andere Leistungen im Rahmen des Norwegischen Versicherungsgesetzes

   Rykstrygderverket, Oslo, fylkesarbeidskontorene og de lokale trygdekontor på bostedet eller oppholdsstedet (die staatliche Versicherungsverwaltung, Oslo, die regionalen Versicherungsbüros und örtlichen Versicherungsbüros am Wohn- oder Aufenthaltsort)

3. Familienleistungen

   Rykstrygderverket, Oslo, og de lokale trygdekontor på bostedet eller oppholdsstedet (die staatliche Versicherungsverwaltung, Oslo, und die örtlichen Versicherungsbüros am Wohn- oder Aufenthaltsort)

4. Rentenversicherung für Seeleute

   Pensjonstrygden for sjømenn (Rentenversicherung für Seeleute), Oslo

R. SCHWEDEN

1. Für alle Versicherungsfälle mit Ausnahme von Leistungen bei Arbeitslosigkeit

   a) Generell:

      die Sozialversicherungsanstalt, bei der die betreffende Person versichert ist

   b) Für Seeleute, die keinen Wohnsitz in Schweden haben:

      Göteborgs allmänna försäkringskassa, Sjöfartskontoret (Sozialversicherungsanstalt Göteborg, Abteilung Seeleute)

   c) Für die Anwendung der Artikel 35 bis einschließlich 59 der Durchführungsverordnung in bezug auf Personen, die keinen Wohnsitz in Schweden haben:

      Stockholms läns allmänna försäkringskassa, utlandsavdelningen (Sozialversicherungsanstalt Stockholm, Abteilung Ausland)

d) Für die Anwendung der Artikel 60 bis einschließlich 77 der Durchführungsverordnung in bezug auf Personen, mit Ausnahme von Seeleuten, die keinen Wohnsitz in Schweden haben:

- die Sozialversicherungsanstalt an dem Ort, an dem sich der Arbeitsunfall ereignet hat oder die Berufskrankheit aufgetreten ist, oder

- Stockholms läns allmänna försäkringskassa (Sozialversicherungsanstalt Stockholm, Abteilung Ausland)

2. Für Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

Arbetsmarknadsstyrelsen (Nationaler Rat für den Arbeitsmarkt)

S. SCHWEIZ

1. Krankheit und Mutterschaft:

Anerkannte Krankenkasse - Caisse-maladie reconnue - Cassa malati riconosciuta, bei der die betreffende Person versichert ist

2. Invalidität:

a) Invalidenversicherung:

i) Personen, die in der Schweiz wohnen

Invalidenversicherungskommission - Commission de l'assurance invalidité - Commissione dell'assicurazione invalidità - des Wohnkantons

ii) Personen, die außerhalb der Schweiz wohnen

Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation, Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra

b) Berufliche Vorsorge:

die Pensionskasse, der der letzte Arbeitgeber angeschlossen ist

3. Alter und Tod:

a) Alters- und Hinterlassenenversicherung:

i) Personen, die in der Schweiz wohnen

Ausgleichskasse - Caisse de compensation - Cassa di compensazione, an die zuletzt Beiträge gezahlt wurden

ii) Personen, die außerhalb der Schweiz wohnen

Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation, Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra

b) Berufliche Vorsorge:

die Pensionskasse, der der letzte Arbeitgeber angeschlossen ist

4. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten:

a) Arbeitnehmer:

der Unfallversicherer, bei dem der Arbeitgeber versichert ist

b) Selbständige:

der Unfallversicherer, bei dem die betreffende Person freiwillig versichert ist

5. Arbeitslosigkeit:

a) Bei Vollarbeitslosigkeit:

die vom Arbeitnehmer gewählte Arbeitslosenkasse

b) Bei Teilarbeitslosigkeit:

die vom Arbeitgeber gewählte Arbeitslosenkasse

6. Familienleistungen:

a) Bundesrechtliche Ordnung:

i) Arbeitnehmer:

Kantonale Ausgleichskasse - Caisse cantonale de compensation - Cassa cantonale di compensazione -, der der Arbeitgeber angeschlossen ist

ii) Selbständige:

Kantonale Ausgleichskasse - Caisse cantonale de compensation - Cassa cantonale di compensazione - des Wohnkantons

b) Kantonale Ordnungen:

i) Arbeitnehmer:

Familienausgleichskasse - Caisse de compensation familiale - Cassa di compensazione familiale -, der der Arbeitgeber angeschlossen ist, oder der Arbeitgeber

ii) Selbständige:

Kantonale Ausgleichskasse - Caisse cantonale de compensation - Cassa cantonale di compensazione -, der die betreffende Person angeschlossen ist"

c) Am Ende von Anhang 3 wird folgendes eingefügt:

"M. ÖSTERREICH

1. Krankenversicherung:

a) In allen Fällen, mit Ausnahme der Anwendung der Artikel 27 und 29 der Verordnung sowie Artikel 30 und 31 der Durchführungsverordnung in bezug auf den Träger des Wohnortes eines Rentners gemäß Artikel 27 der Verordnung:

die für den Wohn- oder Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Gebietskrankenkasse

b) Für die Anwendung der Artikel 27 und 29 der Verordnung sowie der Artikel 30 und 31 der Durchführungsverordnung in bezug auf den Träger des Wohnortes eines Rentners gemäß Artikel 27 der Verordnung:

der zuständige Träger

2. Rentenversicherung:

a) Sofern die betreffende Person den österreichischen Rechtsvorschriften unterlag, mit Ausnahme der Anwendung von Artikel 53 der Durchführungsverordnung:

der zuständige Träger

b) In allen anderen Fällen mit Ausnahme der Anwendung von Artikel 53 der Durchführungsverordnung:

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, Wien

c) Für die Anwendung von Artikel 53 der Durchführungsverordnung:

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien

3. Unfallversicherung:

a) Sachleistungen

- die für den Wohn- oder Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Gebietskrankenkasse;

- oder die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Wien, welche ebenfalls Leistungen gewähren kann.

b) Geldleistungen

i) In allen Fällen außer der Anwendung von Artikel 53 in Verbindung mit Artikel 77 der Durchführungsverordnung:

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Wien

ii) Für die Anwendung von Artikel 53 in Verbindung mit Artikel 77 der Durchführungsverordnung:

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien

4. Arbeitslosenversicherung:

das für den Wohn- oder Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Arbeitsamt

5. Familienleistungen:

a) Familienleistungen mit Ausnahme des Karenzurlaubsgeldes:

das für den Wohn- oder Aufenthaltsort des Berechtigten zuständige Finanzamt

b) Karenzurlaubsgeld:

das für den Wohn- oder Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständige Arbeitsamt

N. FINNLAND

1. Krankheit und Mutterschaft:

a) Geldleistungen

- Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit ihren örtlichen Büros, oder
- die Krankenversicherungen

b) Sachleistungen:

i) Rückerstattungen aus der Krankenversicherung:

- Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit ihren örtlichen Büros, oder
- die Krankenversicherungen

ii) Volksgesundheit und Krankenhausleistungen:

die örtlichen Einheiten, die Leistungen im Rahmen des Systems erbringen

2. Alter, Invalidität, Tod (Renten):

Staatliche Renten:

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit ihren örtlichen Büros

3. Leistungen im Todesfall:

Allgemeine Leistungen im Todesfall:

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit ihren örtlichen Büros

4. Arbeitslosigkeit:

Grundsystem:

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit ihren örtlichen Büros

5. Familienleistungen:

a) Kinderzulage:

das örtliche Sozialamt der Gemeinde, in der der Begünstigte seinen Wohnsitz hat

b) Erziehungszulage:

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit ihren örtlichen Büros

O. ISLAND

1. Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Alter, Tod, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten:

Tryggingastofnun ríkisins (staatliche Sozialversicherungsanstalt), Reykjavík

2. Arbeitslosigkeit:

Tryggingastofnun ríkisins, Atvinnuleysistryggingasjódur (staatliche Sozialversicherungsanstalt, Arbeitslosenversicherung), Reykjavík

3. Familienleistungen:

a) Familienleistungen mit Ausnahme von Kinderzulage und ergänzender Kinderzulage:

Tryggingastofnun ríkisins (staatliche Sozialversicherungsanstalt), Reykjavík

b) Kinderzulage und ergänzende Kinderzulage:

Ríkisskattstjóri (Leiter der Finanzbehörde), Reykjavík

P. LIECHTENSTEIN

1. Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Arbeitslosigkeit:

Amt für Volkswirtschaft

2. Alter und Tod

a) Alters- und Hinterlassenenversicherung:

Liechtensteinische Alters- und Hinterlassenenversicherung

b) Betriebliche Personalvorsorge

Amt für Volkswirtschaft

3. Invalidität

a) Invalidenversicherung

Liechtensteinische Invalidenversicherung

b) Betriebliche Personalvorsorge

Amt für Volkswirtschaft

4. Familienleistungen:

Liechtensteinische Familienausgleichskasse

Q. NORWEGEN

De lokale arbeidskontor og trygdekontor på bostedet eller oppholdsstedet (die örtlichen Arbeitsämter oder Versicherungsbüros am Wohn- oder Aufenthaltsort)

R. SCHWEDEN

1. Für alle Versicherungsfälle mit Ausnahme von Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

die Sozialversicherungsanstalt des Wohn- oder Aufenthaltsortes

2. Für Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

das Arbeitsamt des Wohn- oder Aufenthaltsortes

S. SCHWEIZ

1. Invalidität:

a) Invalidenversicherung:

Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation, Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra

2. Alter und Tod:

Alters- und Hinterlassenenversicherung:

Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation,

Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra

3. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten:

Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Luzern - Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Lucerne - Cassa nazionale svizzera di assicurazione contro gli incidenti, Lucerna

4. Arbeitslosigkeit:

a) Bei Vollarbeitslosigkeit:

die vom Arbeitnehmer gewählte Arbeitslosenkasse

b) Bei Teilarbeitslosigkeit:

die vom Arbeitgeber gewählte Arbeitslosenkasse"

d) Anhang 4 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

1. Krankheits-, Unfall- und Rentenversicherung:

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien

2. Arbeitslosenversicherung:

a) für die Beziehungen zu Liechtenstein und der Schweiz:

Landesarbeitsamt Vorarlberg, Bregenz

b) für die Beziehungen zu Deutschland:

Landesarbeitsamt Salzburg, Salzburg

c) in allen übrigen Fällen:

Landesarbeitsamt Wien, Wien

3. Familienleistungen:

a) Familienleistungen mit Ausnahme des Karenzurlaubsgelds:

Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Wien

b) Karenzurlaubsgeld:

Landesarbeitsamt Wien, Wien

N. FINNLAND

1. Kranken- und Mutterschaftsversicherung, staatliche Renten:

Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), Helsinki

2. Berufsrenten:

Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscentralen (Zentralanstalt für die Rentensicherung), Helsinki

3. Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten:

Tapaturmavakuutuslaitosten Liitto - Olycksfallsförsäkringsanstalternas Förbund (Verband der Unfallversicherer), Helsinki

4. Alle übrigen Fälle:

Sosiaali- ja terveysministeriö - Social- och hälsovårdsministeriet (Ministerium für soziale Angelegenheiten und Volksgesundheit), Helsinki

O. ISLAND

1. Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Alter, Tod, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten:

Tryggingastofnun ríkisins (staatliche Institut für soziale Sicherheit), Reykjavík

2. Arbeitslosigkeit:

Tryggingastofnun ríkisins, Atvinnuleysistryggingasjódur (das staatliche Institut für soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung), Reykjavík

3. Familienleistungen:

a) Familienleistungen mit Ausnahme der Kinderzulage und der ergänzenden Kinderzulage:

Tryggingastofnun ríkisins (das staatliche Institut für soziale Sicherheit), Reykjavík

b) Kinderzulage und ergänzende Kinderzulage:

Ríkisskattstjóri (der Leiter der Finanzbehörde), Reykjavík

P. LIECHTENSTEIN

1. Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Arbeitslosigkeit:

Amt für Volkswirtschaft

2. Alter und Tod:

a) Alters- und Hinterlassenenversicherung

Liechtensteinische Alters- und Hinterlassenenversicherung

b) Betriebliche Personalvorsorge

Amt für Volkswirtschaft

3. Invalidität

a) Invalidenversicherung

Liechtensteinische Invalidenversicherung

b) Betriebliche Personalvorsorge

Amt für Volkswirtschaft

4. Familienleistungen

Liechtensteinische Familienausgleichskasse

Q. NORWEGEN

1. Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

Arbeidsdirektoratet (Arbeitsdirektion), Oslo

2. In allen übrigen Fällen:

Rikstrygdevertet (staatliche Versicherungsverwaltung), Oslo

R. SCHWEDEN

1. Für alle Versicherungsfälle außer Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

   Riksförsäkringsverket (staatlicher Sozialversicherungsrat)

2. Für Leistungen bei Arbeitslosigkeit:

   Arbetsmarknadsstyrelsen (staatlicher Rat für den Arbeitsmarkt)

S. SCHWEIZ

1. Krankheit und Mutterschaft:

   Bundesamt für Sozialversicherung, Bern - Office fédéral des assurances sociales, Berne - Ufficio federale degli assicurazioni sociali, Berna

2. Invalidität:

   Invalidenversicherung:

   Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation, Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra

3. Alter und Tod:

   Alters- und Hinterlassenenversicherung:

   Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation, Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra

4. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten:

   Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Luzern - Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Lucerne - Cassa nazionale svizzera di assicurazione contro gli incidenti, Lucerna

5. Arbeitslosigkeit:

   Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern - Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, Berne - Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro, Berna

6. Familienleistungen:

Bundesamt für Sozialversicherung, Bern - Office fédéral des assurances sociales, Berne - Ufficio federale degli assicurazioni sociali, Berna"

e) Anhang 6 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Unmittelbare Zahlung

N. FINNLAND

Unmittelbare Zahlung

O. ISLAND

Unmittelbare Zahlung

P. LIECHTENSTEIN

Unmittelbare Zahlung

Q. NORWEGEN

Unmittelbare Zahlung

R. SCHWEDEN

Unmittelbare Zahlung

S. SCHWEIZ

Unmittelbare Zahlung"

f) Anhang 7 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Österreichische Nationalbank, Wien

N. FINNLAND

Postipankki Or, Helsinki - Postbanken Ab, Helsingfors (Postbank, Helsinki)

O. ISLAND

Sedlabanki Íslands (Zentralbank von Island), Reykjavík

P. LIECHTENSTEIN

Liechtensteinische Landesbank, Vaduz

Q. NORWEGEN

Sparebanken Nor (Unionsbank von Norwegen), Oslo

R. SCHWEDEN

Keine

S. SCHWEIZ

Schweizerische Nationalbank, Zürich - Banque nationale suisse, Zurich - Banca nazionale svizzera, Zurigo"

g) Anhang 9 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung folgender Versicherungsträger berechnet:

a) Gebietskrankenkassen und

b) Betriebskrankenkassen

N. FINNLAND

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung der Systeme der Volksgesundheit und Krankenhauspflege sowie der Erstattungen aus der Krankenversicherung berechnet.

O. ISLAND

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung der Leistungen der allgemeinen Systeme der sozialen Sicherheit in Island berechnet.

P. LIECHTENSTEIN

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung der Leistungen anerkannter Krankenversicherer gemäß den Bestimmungen der nationalen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung berechnet.

Q. NORWEGEN

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung der Leistungen aufgrund von Kapitel 2 des Versicherungsgesetzes (Gesetz vom 17. Juni 1966), aufgrund des Gesetzes vom 19. November 1982 über die kommunale Gesundheitsfürsorge, aufgrund des Gesetzes vom 19. Juni 1969 für das Krankenhauswesen und aufgrund des

Gesetzes vom 28. April 1961 über die psychische Gesundheitsfürsorge berechnet.

R. SCHWEDEN

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung der vom staatlichen System der Sozialversicherung erbrachten Leistungen berechnet.

S. SCHWEIZ

Die Jahresdurchschnittskosten für Sachleistungen werden unter Berücksichtigung der von den anerkannten Krankenkassen gemäß den Bestimmungen der Bundesgesetze über die Krankenversicherung erbrachten Leistungen berechnet."

h) Anhang 10 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

1. Für die Anwendung des Artikels 6 Absatz 1 der Durchführungsverordnung in bezug auf Selbstversicherung gemäß Paragraph 16 ASVG (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz) für Personen mit Wohnsitz außerhalb des Hoheitsgebietes von Österreich:

   Wiener Gebietskrankenkasse, Wien

2. Für die Anwendung von Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 17 der Verordnung:

   Bundesminister für Arbeit und Soziales, Wien, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie, Wien

3. Für die Anwendung der Artikel 11, 11a, 12, 12a, 13 und 14 der Durchführungsverordnung:

   a) Wenn die betreffende Person den österreichischen Rechtsvorschriften unterliegt und krankenversichert ist:

      der zuständige Krankenversicherungsträger

   b) Wenn die betreffende Person den österreichischen Rechtsvorschriften unterliegt und nicht krankenversichert ist:

      der zuständige Unfallversicherungsträger

   c) In allen übrigen Fällen:

      Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien

4. Für die Anwendung von Artikel 38 Absatz 1 und Artikel 70 Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

   die für den Wohnort der Familienangehörigen zuständige Gebietskrankenkasse

5. Für die Anwendung von Artikel 80 Absatz 2, Artikel 81 und Artikel 82 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

   das für den letzten Wohn- oder Aufenthaltsort des Arbeitnehmers oder den letzten Beschäftigungsort zuständige Arbeitsamt

6. Für die Anwendung von Artikel 85 Absatz 2 und Artikel 86 Absatz 2 der Durchführungsverordnung in bezug auf das Karenzurlaubsgeld:

   das für den letzten Wohn- oder Aufenthaltsort des Arbeitnehmers oder den letzten Beschäftigungsort zuständige Arbeitsamt

7. Für die Anwendung von:

   a) Artikel 102 Absatz 2 der Durchführungsverordnung in bezug auf die Artikel 36 und 63 der Verordnung:

      Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien

   b) Artikel 102 Absatz 2 der Durchführungsverordnung in bezug auf Artikel 70 der Verordnung:

      Landesarbeitsamt Wien, Wien

8. Für die Anwendung von Artikel 110 der Durchführungsverordnung:

   - der zuständige Träger, oder

   - sofern es keinen zuständigen österreichischen Träger gibt, der Träger des Wohnortes

9. Für die Anwendung von Artikel 113 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

   Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien, wobei gilt, daß der Kostenersatz aus den Beiträgen zur Krankenversicherung der Rentner erfolgt, die an den genannten Hauptverband entrichtet werden

N. FINNLAND

1. Für die Anwendung von Artikel 11 Absatz 1, Artikel 11a Absatz 1, Artikel 12a, 13 und 14 der Durchführungsverordnung:

   Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscent (Zentralanstalt für Rentensicherheit), Helsinki

2. für die Anwendung von:

   a) Artikel 36 Absätze 1 und 3 und Artikel 90 Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

      - Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit örtlichen Büros, und

      - Työeläkelaitokset (Berufsrententräger) und Eläketurvakeskus (Zentralanstalt für Rentensicherheit)

   b) Artikel 36 Absatz 1 zweiter Satz, Artikel 36 Absatz 2 und Artikel 90 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

      - Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), Helsinki

      - Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscent (Zentralanstalt für die Rentensicherheit), Helsinki, als Wohnortträger

3. Für die Anwendung von Artikel 37b, Artikel 38 Absatz 1, Artikel 70 Absatz 1, Artikel 82 Absatz 2 und Artikel 86 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

   - Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), mit ihren örtlichen Büros

4. Für die Anwendung der Artikel 41 bis einschließlich 59 der Durchführungsverordnung:

   a) Staatliche Renten:

      Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), Helsinki

   b) Berufsrenten:

      Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscent (Zentralanstalt für die Rentensicherheit), Helsinki

5. Für die Anwendung der Artikel 60 bis 67, 71 und 75 der Durchführungsverordnung:

   Tapaturmavakuutuslaitosten liitto Olycksfallsförsäkringsanstalterna Förbund

(Verband der Unfallversicherer), Helsinki, als Wohnortträger

6. Für die Anwendung der Artikel 68 und 69 der Durchführungsverordnung:

   der im jeweiligen Fall für die Unfallversicherung zuständige Träger

7. Für die Anwendung der Artikel 76 und 78 der Durchführungsverordnung:

   Tapaturmavakuutuslaitosten liitto Olycksfallsförsäkringsanstalterna Förbund (Verband der Unfallversicherer), Helsinki, im Falle einer Unfallversicherung

8. Für die Anwendung der Artikel 80, 81 und 85 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

   Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscent (Zentralanstalt für die Rentensicherheit), Helsinki

9. Für die Anwendung der Artikel 96 und 113 der Durchführungsverordnung:

   Tapaturmavakuutuslaitosten liitto Olyckfallsförsäkringsanstalterna Förbund (Verband der Unfallversicherer), Helsinki, im Falle einer Unfallversicherung

10. Für die Anwendung des Artikels 110 der Durchführungsverordnung:

    a) Kranken- und Mutterschaftsversicherung, staatliche Renten:

       Kansaneläkelaitos - Folkpensionsanstalten (Sozialversicherungsanstalt), Helsinki

    b) Berufsrenten:

       Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscent (Zentralanstalt für Rentensicherheit), Helsinki

    c) Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten:

       Tapaturmavakuutuslaitosten Liitto Olycksfallsförsäkringsanstalterna Förbund (Verband der Unfallversicherer), Helsinki

    d) In allen übrigen Fällen:

       Sosiaali- ja terveysministeriö - Social- och hälsovårdministeriet (Ministerium für Soziale Angelegenheiten und Volksgesundheit), Helsinki

O. ISLAND

Für alle Versicherungsfälle mit Ausnahme von Artikel 17 der Verordnung und Artikel 102 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

Tryggingastofnun ríkisins (staatliche Anstalt für soziale Sicherheit), Reykjavík

P. LIECHTENSTEIN

1. Für die Anwendung des Artikels 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

   a) in bezug auf Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 14b Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

      Liechtensteinische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

   b) in bezug auf Artikel 17 der Verordnung:

      Amt für Volkswirtschaft

2. Für die Anwendung von Artikel 11a Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

   a) in bezug auf Artikel 14a Absatz 1 und Artikel 14b Absatz 2 der Verordnung:

      Liechtensteinische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

   b) in bezug auf Artikel 17 der Verordnung:

      Amt für Volkswirtschaft

3. Für die Anwendung von Artikel 13 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 14 Absätze 1 und 2 der Durchführungsverordnung:

   Amt für Volkswirtschaft und Liechtensteinische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

4. Für die Anwendung von Artikel 38 Absatz 1, Artikel 70 Absatz 1, Artikel 82 Absatz 2 und Artikel 86 Absatz 2:

   Gemeindeverwaltung des Wohnortes

5. Für die Anwendung von Artikel 80 Absatz 2 und Artikel 81:

   Amt für Volkswirtschaft

6. Für die Anwendung von Artikel 102 Absatz 2 der Durchführungsverordnung in bezug auf die Artikel 36, 63 und 70:

   Amt für Volkswirtschaft

7. Für die Anwendung von Artikel 113 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

   Amt für Volkswirtschaft

Q. NORWEGEN

1. Für die Anwendung von Artikel 14 Absatz 1 Buchstaben a) und b) der Verordnung, Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 2 der Durchführungsverordnung, wenn die Tätigkeit außerhalb Norwegens ausgeführt wurde, und Artikel 14a Absatz 1 Buchstabe b):

   Folketrygdkontoret for utenlandssaker (staatliche Versicherungsanstalt für Sozialversicherungen im Ausland), Oslo

2. Für die Anwendung von Artikel 14a Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung, wenn die Tätigkeit in Norwegen ausgeübt wird:

   das örtliche Versicherungsbüro in der Gemeinde, in der die betreffende Person ihren Wohnsitz hat

3. Für die Anwendung von Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung, wenn die betreffende Person in Norwegen entsandt ist:

   das örtliche Versicherungsbüro in der Gemeinde, in der der Vertreter des Arbeitgebers in Norwegen registriert ist, oder, wenn der Arbeitgeber keine Vertretung in Norwegen hat, das örtliche Versicherungsbüro in der Gemeinde, in der die Tätigkeit ausgeübt wird

4. Für die Anwendung von Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 14 Absatz 3:

   das örtliche Versicherungsbüro in der Gemeinde, in der die betreffende Person ihren Wohnsitz hat

5. Für die Anwendung von Artikel 14a Absatz 2:

   das örtliche Versicherungsbüro in der Gemeinde, in der die Tätigkeit ausgeübt wird

6. Für die Anwendung von Artikel 14b Absätze 1 und 2:

   Folketrygdkontoret for utenlandssaker (staatliche Versicherungsanstalt für Sozialversicherungen im Ausland), Oslo

7. Für die Anpassung der Kapitel 1, 2, 3, 4, 5 und 8 des Teils III der Verordnung und der damit zusammenhängenden Bestimmungen der Durchführungsverordnung:

   Rikstrygdeverket (staatliche Versicherungsverwaltung), Oslo, und nachgeordnete Stellen (Regionalverwaltungen und örtliche Versicherungsbüros)

8. Für die Anwendung von Kapitel 6 des Teils III der Verordnung und der damit zusammenhängenden Bestimmungen der Durchführungsverordnung:

   Arbeidsdirektoratet (Arbeitsdirektion), Oslo, und nachgeordnete Stellen

9. Für das Rentenversicherungssystem für Seeleute:

   a) das örtliche Versicherungsbüro am Wohnort, wenn die betreffende Person einen Wohnsitz in Norwegen hat

   b) Folketrygdkontoret for utenlandssaker (die staatliche Versicherungsanstalt für Sozialversicherungen im Ausland), Oslo, in bezug auf die Auszahlung von Leistungen im Rahmen des Systems an Personen mit Wohnsitz im Ausland

10. Für Familienleistungen:

    Rikstrygdeverket (staatliche Versicherungsverwaltung), Oslo, und nachgeordnete Stellen (örtliche Versicherungsbüros)

R. SCHWEDEN

1. Für die Anwendung von Artikel 14 Absatz 1, Artikel 14a Absatz 1, Artikel 14b Absätze 1 und 2 der Verordnung sowie Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 11a Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

   die Sozialversicherung, bei der die betreffende Person versichert ist

2. Für die Anwendung von Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b) und Artikel 14a Absatz 1 Buchstabe b in den Fällen, in denen eine Person nach Schweden entsandt ist:

   die Sozialversicherung an dem Ort, an dem die Tätigkeit ausgeübt wird

3. Für die Anwendung von Artikel 14b Absätze 1 und 2, wenn jemand länger als 12 Monate nach Schweden entsandt ist:

   Göteborgs allmänna försäkringskassa, Sjöfartskontoret (Sozialversicherungsanstalt Göteborg, Abteilung Seeleute)

4. Für die Anwendung von Artikel 14 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 14a Absätze 2 und 3 der Verordnung:

   die Sozialversicherungsanstalt am Wohnort

5. Für die Anwendung von Artikel 14a Absatz 4 der Verordnung und Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 11a Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 12a Absatz 5, Absatz 6 und Absatz 7 Buchstabe a der Durchführungsverordnung

   die Sozialversicherungsanstalt an dem Ort, an dem die Tätigkeit ausgeübt wird

6. Für die Anwendung von Artikel 17 der Verordnung:

   a) die Sozialversicherungsanstalt an dem Ort, an dem die Tätigkeit ausgeübt wird, und

   b) Riksförsäkringsverket (Nationaler Sozialversicherungsrat) für die Kategorien Beschäftigte und Selbständige

7. Für die Anwendung von Artikel 102 Absatz 2:

   a) Riksförsäkringsverket (Nationaler Sozialversicherungsrat)

   b) Arbetsmarknadsstyrelsen (Nationaler Rat für den Arbeitsmarkt), für Arbeitslosigkeitsleistungen

S. SCHWEIZ

1. Für die Anwendung von Artikel 11 Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

   a) in bezug auf Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 14b Absatz 1 der Verordnung:

      die zuständige Ausgleichskasse der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung - Caisse de compensation de l'assurance vieillesse, survivants et invalidité - Cassa di compensazione dell'assicurazione vecchiaia, superstiti e invalidità - und der zuständige Unfallversicherer

b) in bezug auf Artikel 17 der Verordnung:

Bundesamt für Sozialversicherung, Bern - Office fédéral des assurances sociales, Berne - Ufficio federale degli assicurazioni sociali, Berna

2. Für die Anwendung von Artikel 11a Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

a) in bezug auf Artikel 14a Absatz 1 und Artikel 14b Absatz 2 der Verordnung:

die zuständige Ausgleichskasse der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung - Caisse de compensation de l'assurance vieillesse, survivants et invalidité - Cassa di compensazione dell'assicurazione vecchiaia, superstiti e invalidità

b) in bezug auf Artikel 17 der Verordnung:

Bundesamt für Sozialversicherung, Bern - Office fédéral des assurances sociales, Berne - Ufficio federale degli assicurazioni sociali, Berna

3. Für die Anwendung von Artikel 12a der Durchführungsverordnung:

a) Personen, die in der Schweiz wohnen:

Kantonale Ausgleichkasse - Caisse cantonale de compensation - Cassa cantonale di compensazione - des Wohnkantons

b) Personen, die außerhalb der Schweiz wohnen:

Die für den Sitz des Arbeitgebers zuständige Kantonale Ausgleichkasse - Caisse cantonale de compensation - Cassa cantonale di compensazione

4. Für die Anwendung von Artikel 13 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 14 Absätze 1 und 2 der Durchführungsverordnung:

Eidgenössische Ausgleichskasse, Bern - Caisse fédérale de compensation, Berne - Cassa federale di compensazione, Berna - und Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Kreisagentur Bern, Bern -

Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, agence d'arrondissement de Berne, Berne -Istituto nazionale svizzero di assicurazione contro gli infortuni, agenzia circondariale di Berna, Berna

5. Für die Anwendung von Artikel 38 Absatz 1, Artikel 70 Absatz 1, Artikel 82 Absatz 2 und Artikel 86 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

   Gemeindeverwaltung - Administration communale - Amministrazione communale - des Wohnortes

6. Für die Anwendung von Artikel 80 Absatz 2 und Artikel 81 der Durchführungsverordnung:

   Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern - Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, Berne - Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro, Berna

7. Für die Anwendung von Artikel 102 Absatz 2 der Durchführungsverordnung

   a) in bezug auf Artikel 63 der Verordnung:

      Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Luzern - Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Lucerne - Cassa nazionale svizzera di assicurazione contro gli incidenti, Lucerna

   b) in bezug auf Artikel 70 der Verordnung:

      Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern - Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, Berne - Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro, Berna

8. Für die Anwendung von Artikel 113 Absatz 2 der Durchführungsverordnung:

   in bezug auf Artikel 62 Absatz 1 der Durchführungsverordnung:

   Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Luzern - Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, Lucerne - Cassa nazionale svizzera di assicurazione contro gli incidenti, Lucerna"

k) Anhang 11 wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Keine

N. FINNLAND

Keine

O. ISLAND

Keine

P. LIECHTENSTEIN

Keine

Q. NORWEGEN

Keine

R. SCHWEDEN

Keine

S. SCHWEIZ

Keine"

BESCHLÜSSE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

3. **373 Y 0919(02)**: Beschluß Nr. 74 vom 22. Februar 1973 über die Gewährung von Sachleistungen bei vorübergehendem Aufenthalt nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates und Artikel 21 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates (ABl. Nr. C 075 vom 19.9.1973, S. 4)

4. **373 Y 0919(03)**: Beschluß Nr. 75 vom 22. Februar 1973 über die Bearbeitung der Anträge auf Neufeststellung, die gemäß Artikel 94 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates von Personen eingereicht werden, die zum Bezug von Invaliditätsrenten berechtigt sind (ABl. Nr. C 075 vom 19.9.1973, S. 5)

5. **373 Y 0919(06)**: Beschluß Nr. 78 vom 22. Februar 1973 zur Auslegung des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Anwendung der Bestimmungen über die Kürzung und das Ruhen von Leistungen (ABl. Nr. C 075 vom 19.9.1973, S. 8)

6. **373 Y 0919(07)**: Beschluß Nr. 79 vom 22. Februar 1973 zur Auslegung des Artikels 48 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die

Zusammenrechnung derVersicherungszeiten und gleichgestellten Zeiten in der Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (ABl. Nr. C 075 vom 19.9.1973, S. 9)

7. **373 Y 0919(09)**: Beschluß Nr. 81 vom 22. Februar 1973 über die Zusammenrechnung der in einer bestimmten Beschäftigung zurückgelegten Versicherungszeiten und gemäß Artikel 45 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates (ABl. Nr. C 075 vom 19.9.1973, S. 11)

8. **373 Y 0919(11)**: Beschluß Nr. 83 vom 22. Februar 1973 zur Auslegung des Artikels 68 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates und des Artikels 82 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates bezüglich der Familienzuschläge zu den Leistungen bei Arbeitslosigkeit (ABl. Nr. C 075 vom 19.9.1973, S. 14)

9. **373 Y 0919(13)**: Beschluß Nr. 85 vom 22. Februar 1973 zur Auslegung des Artikels 57 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und des Artikels 67 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Bestimmung der geltenden Rechtsvorschriften und des zuständigen Trägers für die Gewährung der Leistungen bei Berufskrankheiten (ABl. Nr. C 075 vom 19.9.1973, S. 17)

10. **373 Y 1113(02)**: Beschluß Nr. 86 vom 24. September 1973 über die Arbeitsweise und die Zusammensetzung des Rechnungsausschusses bei der Verwaltungskommission der Europäischen Gemeinschaften für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer (ABl. Nr. C 96 vom 13.11.1973, S. 2), geändert durch:

    - **376 Y 0813(02)**: Beschluß Nr. 106 vom 8. Juli 1976 (ABl. Nr. C 190 vom 13.8.1976, S. 2)

11. **374 Y 0720(06)**: Beschluß Nr. 89 vom 20. März 1973 zur Auslegung des Artikels 16 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates bezüglich der Mitglieder des Geschäftspersonals der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen (ABl. Nr. C 86 vom 20.7.1974, S. 7)

12. **374 Y 0720(07)**: Beschluß Nr. 91 vom 12. Juli 1973 zur Auslegung des Artikels 46 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Feststellung der nach Absatz 1 geschuldeten Leistungen (ABl. Nr. C 86 vom 20.7.1974, S. 8)

13. **374 Y 0823(04)**: Beschluß Nr. 95 vom 24. Januar 1974 zur Auslegung des Artikels 46 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Berechnung nach dem "Zeitenverhältnis" (ABl. Nr. C 99 vom 23.8.1974, S. 5)

14. **374 Y 1017(03)**: Beschluß Nr. 96 vom 15. März 1974 über die Neufeststellung der Leistungsansprüche nach Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates (ABl. Nr. C 126 vom 17.10.1974, S. 23)

15. **375 Y 0705(02)**: Beschluß Nr. 99 vom 13. März 1975 über die Auslegung des Artikel 107 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates bezüglich der

Verpflichtung zur Neuberechnung laufender Leistungen (ABl. Nr. C 150 vom 5.7.1975, S. 2)

16. **375 Y 0705(03):** Beschluß Nr. 100 vom 23. Januar 1975 über die Erstattung der vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnorts für Rechnung des zuständigen Trägers gewährte Geldleistungen sowie über die Art und Weise der Erstattung dieser Leistungen (ABl. Nr. C 150 vom 5.7.1975, S. 3)

17. **376 Y 0526(03):** Beschluß Nr. 105 vom 19. Dezember 1975 zur Anwendung des Artikels 50 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates (ABl. Nr. C 117 vom 26.5.1976, S. 3)

18. **378 Y 0530(02):** Beschluß Nr. 109 vom 18. November 1977 zur Änderung des Beschlusses Nr. 92 vom 22. November 1973 über den Begriff "Sachleistungen" der Krankenversicherung (Krankheit und Mutterschaft) nach Artikel 19 Absätze 1 und 2, Artikel 22, Artikel 25 Absätze 1, 3 und 4, Artikel 26, Artikel 28 Absatz 1, Artikel 28a, Artikel 29 und Artikel 31 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates und die Ermittlung der Erstattungsbeträge nach Artikel 93, 94 und 95 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates sowie die nach Artikel 102 Absatz 4 dieser Verordnung zu zahlenden Vorschüsse (ABl. Nr. C 125 vom 30.5.1978, S. 2)

19. **383 Y 0115**: Beschluß Nr. 115 vom 15. Dezember 1982 über die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung, die unter Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates fallen (ABl. Nr. C 193 vom 20.7.1983, S. 7)

20. **383 Y 0117**: Beschluß Nr. 117 vom 7. Juli 1982 über die Durchführung des Artikels 50 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (ABl. Nr. C 238 vom 7.9.1983, S. 3)

Der Beschluß gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

"Österreich

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien

Finnland

Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscent (Zentralanstalt für Rentensicherheit), Helsinki

Island

Tryggingastotnun rískins (staatliche Sozialversicherungsanstalt), Reykjavík

Liechtenstein

Liechtensteinische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, Vaduz

Norwegen

Rikstrygdeverket (staatliche Versicherungsverwaltung), Oslo

Schweden

Riksförsäkringsverket (Nationalrat für Sozialversicherung), Stockholm

Schweiz

Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation, Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra"

21. **383 Y 1112(02):** Beschluß Nr. 118 vom 20. April 1983 über die Durchführung des Artikels 50 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 (ABl. Nr. C 306 vom 12.11.1983, S. 2)

Der Beschluß gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2 Absatz 4 wird wie folgt ergänzt:

"Österreich

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien

Finnland

Eläketurvakeskus - Pensionsskyddscent (Zentralanstalt für Rentensicherheit), Helsinki

Island

Tryggingastotnun rískins (Nationalrat für Soziale Sicherheit), Reykjavík

Liechtenstein

Liechtensteinische Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, Vaduz

Norwegen

Rikstrygdeverket (staatliche Versicherungsverwaltung), Oslo

Schweden

Riksförsäkringsverket (Nationalrat für Sozialversicherung), Stockholm

Schweiz

Schweizerische Ausgleichskasse, Genf - Caisse suisse de compensation, Genève - Cassa svizzera di compensazione, Ginevra"

22. **383 Y 1102(03):** Beschluß Nr. 119 vom 24. Februar 1983 zur Auslegung des Artikels 76 und des Artikels 79 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates sowie des Artikels 10 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates bezüglich des Zusammentreffens von Familienleistungen und -beihilfen (ABl. Nr. C 295 vom 2.11.1983, S. 3)

23. **383 Y 0121**: Beschluß Nr. 121 vom 21. April 1983 zur Auslegung des Artikels 17 Absatz 7 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates für die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung (ABl. Nr. C 193 vom 20.7.1983, S. 10)

24. **383 Y 0802(32)**: Beschluß Nr. 123 vom 24. Februar 1984 zur Auslegung des Artikels 22 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates bei Personen, die Nierendialyse benötigen (ABl. Nr. C 203 vom 2.8.1984, S. 13)

25. **386 Y 0125**: Beschluß Nr. 125 vom 17. Oktober 1985 über Verwendung der Bescheinigung über die geltenden Rechtsvorschriften (E 101) bei Entsendungen bis zu drei Monaten (ABl. Nr. C 141 vom 7.6.1986, S. 3)

26. **386 Y 0126**: Beschluß Nr. 126 vom 17. Oktober 1985 zur Anwendung des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe a), des Artikels 14a Absatz 1 Buchstabe a), des Artikels 14b Absätze 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates (ABl. Nr. C 141 vom 7.6.1986, S. 3)

27. **386 Y 0128**: Beschluß Nr. 128 vom 17. Oktober 1985 zur Durchführung des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe a) und des Artikels 14b Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates hinsichtlich der auf entsandte Arbeitnehmer anzuwendenden Rechtsvorschriften (ABl. Nr. C 141 vom 7.6.1986, S. 6)

28. **386 Y 0129**: Beschluß Nr. 129 vom 17. Oktober 1985 zur Anwendung des Artikels 77, des Artikels 78 und des Artikels 79 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates und des Artikels 10 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer ii) der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates (ABl. Nr. C 141 vom 7.6.1986, S. 7)

29. **386 Y 0130**: Beschluß Nr. 130 vom 17. Oktober 1985 über die zur Durchführung der Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und (EWG) Nr. 574/72 des Rates erforderlichen Vordrucke (E 001; E 101 bis 127; E 201 bis 215; E 301 bis 303; E 401 bis 411) (86/303/EWG) (ABl. Nr. L 192 vom 15.7.1986, S. 1), geändert durch:

- **391 X 0140:** Beschluß Nr. 144 vom 9. April 1990 über die zur Durchführung der Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und (EWG) Nr. 574/72 des Rates erforderlichen Vordrucke (E 401 - E 401 F) (ABl. Nr. L 071 vom 18.3.1991, S. 1)

30. **386 Y 0131:** Beschluß Nr. 131 vom 3. Dezember 1985 über den Geltungsbereich des Artikels 71 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer ii) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates betreffend den Anspruch auf Leistungen wegen Arbeitslosigkeit bei anderen Arbeitnehmern als Grenzgängern, die während ihrer letzten Beschäftigung im Gebiet eines anderen als des zuständigen Mitgliedstaats gewohnt haben (ABl. Nr. C 141 vom 7.6.1986, S. 10)

31. **87/C 271/03:** Beschluß Nr. 132 vom 23. April 1987 zur Auslegung von Artikel 40 Absatz 3 Buchstabe a) Unterabsatz ii) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 (ABl. Nr. C 271 vom 9.10.1987, S. 3)

32. **87/C 284/03:** Beschluß Nr. 133 vom 2. Juli 1987 über die Anwendung des Artikels 17 Absatz 7 und des Artikels 60 Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates (ABl. Nr. C 284 vom 22.10.1987, S. 3, und ABl. Nr. C 64 vom 9.3.1988, S. 13)

33. **88/C 64/04:** Beschluß Nr. 134 vom 1. Juli 1987 zur Auslegung des Artikels 45 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten, die in einem oder mehreren Mitgliedstaaten in einem Beruf zurückgelegt worden sind, für den ein Sondersystem gilt (ABl. Nr. C 64 vom 9.3.1988, S. 4)

34. **88/C 281/07:** Beschluß Nr. 135 vom 1. Juli 1987 über die Gewährung von Sachleistungen nach Artikel 17 Absatz 7 und Artikel 60 Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates und den Begriff der Dringlichkeit im Sinne des Artikels 20 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates und der äußersten Dringlichkeit im Sinne des Artikels 17 Absatz 7 und des Artikels 60 Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates (ABl. Nr. C 281 vom 9.3.1988, S. 7)

Der Beschluß gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

"i) ÖS 7 000 für den Wohnortträger in Österreich;

j) FIM 3 000 für den Wohnortträger in Finnland;

k) IKR 35 000 für den Wohnortträger in Island;

l) SFR 800 für den Wohnortträger in Liechtenstein;

m) NOK 3 600 für den Wohnortträger in Norwegen;

n) SEK 3 600 für den Wohnortträger in Schweden;

o) SFR 800 für den Wohnortträger in der Schweiz"

35. **88/C 64/07:** Beschluß Nr. 136 vom 1. Juli 1987 zur Auslegung des Artikels 45 Absätze 1 bis 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates bezüglich der Berücksichtigung von Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften anderer Mitgliedstaaten zurückgelegt worden sind, im Hinblick auf den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruchs (ABl. Nr. C 64 vom 9.3.1988, S. 7)

Der Beschluß gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Der Anhang wird wie folgt ergänzt:

"M. ÖSTERREICH

Keine

N. FINNLAND

Keine

O. ISLAND

Keine

P. LIECHTENSTEIN

Keine

Q. NORWEGEN

Keine

R. SCHWEDEN

Keine

S. SCHWEIZ

Keine"

36. **89/C 140/03:** Beschluß Nr. 137 vom 15. Dezember 1988 über die Durchführung des Artikels 15 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates (ABl. Nr. C 140 vom 6.6.1989, S. 3)

37. **89/C 287/03:** Beschluß Nr. 138 vom 17. Februar 1989 zur Auslegung des Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe c) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates bei Organtransplantationen oder sonstigen operativen Maßnahmen, bei denen Untersuchungen von Proben biologischen Materials erforderlich sind, wobei sich die

betreffende Person nicht in dem Mitgliedstaat befindet, in dem die Untersuchungen durchgeführt werden (ABl. Nr. C 287 vom 15.11.1989, S. 3)

38. **90/C 94/03:** Beschluß Nr. 139 vom 30. Juni 1989 über den Zeitpunkt, der bei der Berechnung einzelner Leistungen und Beiträge für die Bestimmung der in Artikel 107 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vorgesehenen Umrechnungskurse maßgebend ist (ABl. Nr. C 94 vom 12.4.1990, S. 3)

39. **90/C 94/04:** Beschluß Nr. 140 vom 17. Oktober 1989 zu dem Umrechnungskurs, der von dem Träger des Wohnorts eines vollarbeitslosen Grenzgängers auf das letzte von diesem Arbeitnehmer in dem zuständigen Staat bezogene Entgelt anzuwenden ist (ABl. Nr. C 94 vom 12.4.1990, S. 4)

40. **90/C 94/05:** Beschluß Nr. 141 vom 17. Oktober 1989 zur Änderung des Beschlusses Nr. 127 vom 17. Oktober 1985 über die Aufstellung der in Artikel 94 Absatz 4 und Artikel 95 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 vorgesehenen Verzeichnisse (ABl. Nr. C 94 vom 12.4.1990, S. 5)

41. **90/C 80/07:** Beschluß Nr. 142 vom 13. Februar 1990 zur Durchführung der Artikel 73, 74 und 75 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates (ABl. Nr. C 80 vom 30.3.1990, S. 7)

Der Beschluß gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Ziffer 1 findet keine Anwendung.

b) Ziffer 3 findet keine Anwendung.

42. **391 D 0425:** Beschluß Nr. 147 vom 10. Oktober 1990 zur Durchführung des Artikels 76 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates (ABl. Nr. L 235 vom 23.8.1991, S. 21)

- - - - - -

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt nachstehender Rechtsakte zur Kenntnis:

43. Empfehlung Nr. 14 vom 23. Januar 1975 über die Ausgabe des Formblatts E 111 an entsandte Arbeitnehmer (angenommen von der Verwaltungskommission auf ihrer 139. Tagung am 23. Januar 1975)

44. Empfehlung Nr. 15 vom 19. Dezember 1980 über die Festlegung der Ausgabesprache der Formblätter für die Anwendung der Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und (EWG)

Nr. 574/72 des Rates (angenommen von der Verwaltungskommission auf ihrer 139. Tagung am 23. Januar 1975)

45. **385 Y 0016:** Empfehlung Nr. 16 vom 12 Dezember 1984 zum Abschluß von Vereinbarungen aufgrund des Artikels 17 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates (ABl. Nr. C 273 vom 24.10.1985, S. 3)

46. **386 Y 0017:** Empfehlung Nr. 17 vom 12. Dezember 1984 bezüglich der statistischen Angaben, die alljährlich für die Berichte der Verwaltungskommission zur Verfügung gestellt werden sollen (ABl. Nr. C 273 vom 24.10.1985, S. 3)

47. **386 Y 0028:** Empfehlung Nr. 18 vom 28. Februar 1986 über die Rechtsvorschriften für Arbeitslose, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnland eine Teilzeitbeschäftigung ausüben (ABl. Nr. C 284 vom 11.11.1986, S. 4)

48. **380 Y 0609(03):** Aktualisierung der Erklärungen der Mitgliedstaaten zu Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. C 139 vom 9.6.1980, S. 1)

49. **381 Y 0613(01):** Erklärungen Griechenlands zu Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. C 143 vom 13.6.1981, S. 1)

50. **383 Y 1224(01):** Änderungen betreffend die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. C 351 vom 24.12.1983, S. 1)

51. **86/C 338/01:** Aktualisierung der Erklärungen der Mitgliedstaaten zu Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. C 338 vom 31.12.1986, S. 1)

52. **87/C 107/01:** Erklärungen der Mitgliedstaaten zu Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. C 107 vom 22.4.1987, S. 1)

53. **80/C 323/01:** Notifizierungen seitens der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Großherzogtums Luxemburg an den Rat betreffend den Abschluß eines Abkommens zwischen diesen beiden Regierungen über verschiedene Fragen der sozialen Sicherheit gemäß Artikel 8 Absatz 2 und Artikel 96 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der

Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. C 323 vom 11.12.1980, S. 1)

54. **87/L 90/39:** Erklärung der Französischen Republik nach Artikel 1 Buchstabe j der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. Nr. L 90 vom 2.4.1987, S. 39)

- - - - - - - - - -

MODALITÄTEN DER BETEILIGUNG DER EFTA-STAATEN AN DER VERWALTUNGSKOMMISSION FÜR DIE SOZIALE SICHERHEIT DER WANDERARBEITNEHMER UND AN DEM RECHNUNGSAUSSCHUSS DIESER VERWALTUNGSKOMMISSION GEMÄSS ARTIKEL 101 ABSATZ 1 DES ABKOMMENS

Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz können je einen Vertreter in beratender Funktion (Beobachter) zu den Sitzungen der bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eingesetzten Verwaltungskommission für die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer sowie zu den Sitzungen des Rechnungsausschusses dieser Verwaltungskommission entsenden.

* * * * * *

ANHANG VII

GEGENSEITIGE ANERKENNUNG BERUFLICHER QUALIFIKATIONEN

Verzeichnis nach Artikel 30

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Für die Zwecke dieses Anhangs und unbeschadet der Bestimmungen des Protokolls 1 gelten als "Mitgliedstaat(en)" neben den in den EG-Rechtsakten, auf die Bezug genommen wird, gemeinten Ländern auch Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

A. ALLGEMEINES SYSTEM

1. **389 L 0048**: Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. Nr. L 19 vom 24.1.1989, S. 16)

   Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 89/48/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1995 statt am 1. Januar 1993.

B. RECHTSANWÄLTE

2. **377 L 0249**: Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 22. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (ABl. Nr. L 78 vom 26.3.1977, S. 17), geändert durch:

   - **1 79 H**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 91)
   - **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 160)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Artikel 1 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

   'in Österreich: "Rechtsanwalt";

   in Finnland: "Asianajaja/Advokat";

   in Island: "Lögmaur";

   in Liechtenstein: "Rechtsanwalt";

   in Norwegen: "Advokat";

   in Schweden: "Advokat";

in der Schweiz:	"Avocat/Avvocato/Advokat/ Rechtsanwalt/Anwalt/Fürsprecher/ Fürsprech".'

C. MEDIZINISCHE UND PARAMEDIZINISCHE BERUFE

3. **381 L 1057**: Richtlinie 81/1057/EWG des Rates vom 14. Dezember 1981 zur Ergänzung der Richtlinien 75/362/EWG, 77/452/EWG, 78/686/EWG und 78/1026/EWG über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Arztes, der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, des Zahnarztes und des Tierarztes hinsichtlich der erworbenen Rechte (ABl. Nr. L 385 vom 31.12.1981, S. 25)

Ärzte

4. **375 L 0362**: Richtlinie 75/362/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Arztes und für Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr (ABl. Nr. 167 vom 30.6.1975, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 90)
- **382 L 0076**: Richtlinie 82/76/EWG des Rates vom 26. Januar 1982 (ABl. Nr. L 43 vom 15.2.1982, S. 21)
- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 158)
- **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)
- **390 L 0658**: Richtlinie 90/658/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 73)

Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 75/362/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 wird wie folgt ergänzt:

'm) in Österreich

"Doktor der gesamten Heilkunde", ausgestellt von der medizinischen Fakultät einer Hochschule, und "Bescheinigung über die Absolvierung der Tätigkeit als Arzt im Praktikum", ausgestellt von den zuständigen Behörden;

n) in Finnland

"todistus lääketieteen lisensiaatin tutkinnosta/bevis om medicine licenciat examen" (Bescheinigung über den Grad des Lizentiats in Medizin), ausgestellt von der medizinischen Fakultät einer Hochschule, und Bescheinigung über die praktische Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Gesundheitsbehörden;

o) in Island

"próf í læknisfræði frá læknadeild Háskóla Íslands" (Diplom der medizinischen Fakultät der Universität Islands) und eine Bescheinigung über die mindestens zwölfmonatige praktische Ausbildung in einem Krankenhaus, ausgestellt vom Chefarzt;

p) in Liechtenstein

Diplome, Bescheinigungen und sonstige Urkunden, die in einem anderen Staat ausgestellt wurden, für den diese Richtlinie gilt, und die in diesem Artikel aufgeführt sind, zusammen mit einer Bescheinigung über eine abgeschlossene praktische Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Behörden;

q) in Norwegen

"bevis for bestått medisinsk embetseksamen" (Diplom des Grades cand.med.), Ausgestellt durch die medizinische Fakultät einer Hochschule, und eine Bescheinigung über praktische Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Gesundheitsbehörden;

r) in Schweden

"läkarexamen" (medizinischer Hochschulgrad), ausgestellt von der medizinischen Fakultät einer Hochschule, und eine Bescheinigung über praktische Ausbildung, ausgestellt von der nationalen Gesundheitsbehörde;

s) in der Schweiz

"Eidgenössisch diplomierter Arzt/titulaire du diplôme fédéral de médecin/titolare di diploma federale di medico", ausgestellt vom Eidgenössischen Departement des Inneren.'

b) Artikel 5 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

'in Österreich

"Facharztdiplom", ausgestellt von den zuständigen Behörden;

in Finnland

"todistus erikoislääkärin oikeudesta/bevis om specialisträttigheten" (Bescheinigung über die Qualifikation als Facharzt), ausgestellt von den zuständigen Behörden;

in Island

"sérfrædileyfi" (Bescheinigung über die Qualifikation als Facharzt), ausgestellt vom Gesundheitsministerium;

in Liechtenstein

Diplome, Bescheinigungen und sonstige Urkunden, die in einem anderen Staat ausgestellt wurden, für den diese Richtlinie gilt, und die in diesem Artikel aufgeführt sind, zusammen mit einer Bescheinigung über eine abgeschlossene praktische Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Behörden;

in Norwegen

"bevis for tillatelse til å benytte spesialisttittelen" (Bescheinigung, wonach die Berufsbezeichnung eines Facharztes geführt werden darf), ausgestellt von den zuständigen Behörden;

in Schweden

"bevis om specialistkompetens som läkare utfärdat av socialstyrelsen" (Bescheinigung, wonach die Berufsbezeichnung eines Facharztes geführt

werden darf), ausgestellt von der nationalen Gesundheitsbehörde;

in der Schweiz

"Spezialarzt/spécialiste/specialista", ausgestellt von den zuständigen Behörden.'

c) Die Strichaufzählung unter Artikel 5 Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

- Anästhesiologie

"Österreich:	Anästhesiologie
Finnland:	anestesiologia/anestesiologi
Island:	sværingalækningar
Liechtenstein:	Anästhesiologie
Norwegen:	anestesiologi
Schweden:	anestesiologi
Schweiz:	Anästhesiologie/ anesthésiologie/ anestesiologia"

- Chirurgie:

"Österreich:	Chirurgie
Finnland:	kirurgia/kirurgi
Island:	almennar skurdlækningar
Liechtenstein:	Chirurgie
Norwegen:	generell kirurgi
Schweden:	allmän kirurgi
Schweiz:	Chirurgie/chirurgie/chirurgia"

- Neurochirurgie

"Österreich:	Neurochirurgie
Finnland:	neurokirurgia/neurokirurgi

Island:	taugaskurðlækningar
Liechtenstein:	Neurochirurgie
Norwegen:	nevrokirurgi
Schweden:	neurokirurgi
Schweiz:	Neurochirurgie/neurochirurgie/ neurochirurgia"

- Frauenheilkunde und Geburtshilfe

"Österreich:	Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Finnland:	naistentaudit ja synnytykset/ kvinnosjukdomar och förlossningar
Island:	kvenlækningar
Liechtenstein:	Gynäkologie und Geburtshilfe
Norwegen:	fødselshjelp og kvinnesykdommer
Schweden:	kvinnosjukdomar och förlossningar (gynekologi och obstetrik)
Schweiz:	Gynäkologie und Geburtshilfe/ gynécologie et obstétrique/ ginecologia e ostetricia"

- Innere Medizin

"Österreich:	Innere Medizin
Finnland:	sisätaudit/inremedicin
Island:	lyflækningar
Liechtenstein:	Innere Medizin
Norwegen:	indremedisin
Schweden:	allmän internmedicin
Schweiz:	Innere Medizin/ médécine interne/ medicina interna"

- Augenheilkunde:

"Österreich:	Augenheilkunde
Finnland:	silmätaudit/ ögonsjukdomar
Island:	augnlækningar
Liechtenstein:	Augenheilkunde
Norwegen:	øyesykdommer
Schweden:	ögonsjukdomar (oftalmologi)
Schweiz:	Ophthalmologie/ ophthalmologie/ oftalmologia"

- Hals-Nasen-Ohrenheilkunde:

"Österreich:	Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
Finnland:	korva-, nenä- ja kurkkutaudit/ öron-, näs- och strupsjukdomar
Island:	háls-, nef- og eyrnalækningar
Liechtenstein:	Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
Norwegen:	øre-nese-halssykdommer
Schweden:	öron-, näs- och halssjukdomar (oto-rhino-laryngologi)
Schweiz:	Oto-Rhino-Laryngologie/ oto-rhino-laryngologie/ otorinolaringoiatria"

- Kinderheilkunde:

"Österreich:	Kinderheilkunde
Finnland:	lastentaudit/ barnsjukdomar
Island:	barnalækningar
Liechtenstein:	Kinderheilkunde
Norwegen:	barnesykdommer

Schweden:	barnaålderns invärtes sjukdomar (pediatrik)
Schweiz:	Pädiatrie/ pédiatrie/ pediatria"

- Lungen- und Bronchialheilkunde:

"Österreich:	Lungénkrankheiten
Finnland:	keuhkosairaudet/ lungsjukdomar
Island:	lungnalækningar
Liechtenstein:	Lungenkrankheiten
Norwegen:	lungesykdommer
Schweden:	lungsjukdomar (pneumonologi)
Schweiz:	Lungenkrankheiten/ maladies des poumons/ malattie polmonari"

- Urologie:

"Österreich:	Urologie
Finnland:	urologia/ urologi
Island:	þvagfæraskurðlækningar
Liechtenstein:	Urologie
Norwegen:	urologi
Schweden:	urologisk kirurgi
Schweiz:	Urologie/ urologie/ urologia"

- Orthopädie:

"Österreich:	Orthopädie und orthopädische Chirurgie
Finnland:	ortopedia ja traumatologia/ ortopedi och traumatologi
Island:	bæklunarskurdlækningar
Liechtenstein:	Orthopädische Chirurgie

Norwegen:	ortopedisk kirurgi
Schweden:	ortopedisk kirurgi
Schweiz:	Orthopädische Chirurgie/ chirurgie orthopédique/ chirurgia ortopedica"

- Pathologie:

"Österreich:	Pathologie
Finnland:	patologia/ patologi
Island:	líffærameinafræði
Liechtenstein:	Pathologie
Norwegen:	patologi
Schweden:	klinisk patologi
Schweiz:	Pathologie/pathologie/patologia"

- Neurologie:

"Österreich:	Neurologie
Finnland:	neurologia/ neurologi
Island:	taugalækningar
Liechtenstein:	Neurologie
Norwegen:	nevrologi
Schweden:	nervsjukdomar (neurologi)
Schweiz:	Neurologie/ neurologie/ neurologia"

- Psychiatrie:

"Österreich:	Psychiatrie
Finnland:	psykiatria/ psykiatri
Island:	geðlækningar

Liechtenstein:	Psychiatrie und Psychotherapie
Norwegen:	psychiatri
Schweden:	allmän psykiatri
Schweiz:	Psychiatrie und Psychotherapie/ psychiatrie et psychothérapie/ psichiatria e psicoterapia"

d) Die Strichaufzählung unter Artikel 7 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

- Klinische Biologie:

"Österreich:	Medizinische Biologie"

- Biologische Hämatologie:

"Finnland:	hematologiset laboratoriotutkimukset/ hematologiska laboratorieundersökningar"

- Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie:

"Österreich:	Hygiene und Mikrobiologie
Finnland:	kliininen mikrobiologia/ klinisk mikrobiologi
Island:	syklafræði
Norwegen:	medisinsk mikrobiologi
Schweden:	klinisk bakteriologi"

- Biologische Chemie:

"Österreich:	Medizinisch-chemische Labordiagnostik
Finnland:	kliininen kemia/ klinisk kemi
Norwegen:	klinisk kjemi
Schweden:	klinisk kemi"

- Immunologie:

"Österreich:	Immunologie
Finnland:	immunologia/ immunologi
Island:	ónæmisfræði
Norwegen:	immunologi og transfusjonsmedisin
Schweden:	klinisk immunologi"

- Plastische Chirurgie:

"Österreich:	Plastische Chirurgie
Finnland:	plastiikkakirurgia/ plastikkirurgi
Island:	lytalækningar
Norwegen:	plastikkirurgi
Schweden:	plastikkirurgi
Schweiz:	Plastische und Wiederherstellungschirurgie/ chirurgie plastique et reconstructive/ chirurgia plastica e ricostruttiva"

- Thoraxchirurgie:

"Finnland:	thorax- ja verisuonikirurgia/ thorax- och kärlkirurgi
Island:	brjóstholsskurdlækningar
Norwegen:	thoraxkirurgi
Schweden:	thoraxkirurgie"

- Kinderchirurgie:

"Finnland:	lastenkirurgia/ barnkirurgi
Island:	barnaskurdlækningar
Norwegen:	barnekirurgi
Schweden:	barnkirurgi

Schweiz:	Kinderchirurgie/ chirurgie infantile/ chirurgia infantile"

- Gefäßchirurgie:

"Island:	æðaskurðlækningar
Norwegen:	karkirurgi"

- Kardiologie:

"Finnland:	kardiologia/ kardiologi
Island:	hjartalækningar
Norwegen:	hjertesykdommer
Schweden:	hjärtsjukdomar"

- Gastro-Enterologie:

"Finnland:	gastroenterologia/ gastroenterologi
Island:	meltingarlækningar
Norwegen:	fordøyelsessykdommer
Schweden:	matsmältningsorganens medicinska sjukdomar (medicins gastro-enterologi)"

- Rheumatologie:

"Finnland:	reumatologia/ reumatologi
Island:	gigtlækningar
Liechtenstein:	Rheumatologie
Norwegen:	revmatologi
Schweden:	reumatiska sjukdomar"

- Allgemeine Hämatologie:

"Finnland:	kliininen hematologia/ klinisk hematologi
Island:	blódmeinafræði
Norwegen:	blodsykdommer
Schweden:	hematologi"

- Endokrinologie:

"Finnland:	endokrinologia/ endokrinologi
Island:	efnaskipta- og innkirtlalækningar
Norwegen:	endokrinologi
Schweden:	endokrina sjukdomar"

- Physiotherapie:

"Österreich:	Physikalische Medizin
Finnland:	fysiatria/ fysiatri
Island:	orku- og endurhæfingarlækningar
Liechtenstein:	Physikalische Medizin und Rehabilitation
Norwegen:	fysikalisk medisin og rehabilitering
Schweden:	medicinsk rehabilitering
Schweiz:	Physikalische Medizin und Rehabilitation/ médecine physique et réhabilitation/ medicina fisica e riabilitazione"

- Dermatologie und Venerologie:

"Österreich:	Haut- und Geschlechtskrankheiten
Finnland:	iho- ja sukupuolitaudit/ hud- och könssjukdomar

Island:	hyð- og kynsjúkdómalækningar
Liechtenstein:	Dermatologie und Venereologie
Norwegen:	hud- og veneriske sykdommer
Schweden:	hudsjukdomar och veneriska sjukdomar (dermatologi och venerologi)
Schweiz:	Dermatologie und Venereologie/ dermatologie et vénéréologie/ dermatologia e venereologia"

- Radiologie:

"Österreich:	Radiologie
Island:	geislalækningar
Norwegen:	radiologi"

- Radiodiagnose:

"Österreich:	Radiologie-Diagnostik
Finnland:	radiologia/ radiologi
Liechtenstein:	Medizinische Radiologie
Schweden:	röntgendiagnostik
Schweiz:	Medizinische Radiologie - Radiodiagnostik/ radiologie médicale - radiodiagnostic / radiologia medica - radiodiagnostica"

- Radiotherapie:

"Österreich:	Radiologie-Strahlentherapie
Finnland:	syöpätaudit ja sädehoito/ cancersjukdomar och radioterapi
Norwegen:	onkologi
Schweden:	tumörsjukdomar (allmän onkologi)

Schweiz:	Medizinische Radiologie - Radio-Onkologie/ radiologie médicale - radio-oncologie/ radiologia medica - radio-oncologia"

- Tropenmedizin:

Schweiz:	Tropenkrankheiten/ maladies tropicales/ malattie tropicali"

- Kinder- und Jugendpsychiatrie:

"Finnland:	lasten psykiatria/ barnspsykiatri
Island:	barnageðlækningar
Liechtenstein:	Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie
Norwegen:	barne- og ungdomspsykiatri
Schweden:	barn- och ungdomspsykiatri
Schweiz:	Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie/ psychiatrie et psychothérapie d'enfants et d'adolescents/ psychiatria e psicoterapia infantile e dell'adolescenza"

- Geriatrie:

"Finnland:	geriatria/ geriatri
Island:	öldrunarlækningar
Liechtenstein:	Geriatrie
Norwegen:	geriatri
Schweden:	långvårdsmedicin"

- Nierenkrankheiten:

"Finnland:	nefrologia/ nefrologi
Island:	nyrnalækningar

Norwegen:	nyresykdommer
Schweden:	medicinska njursjukdomar (nefrologi)"

- Ansteckende Krankheiten:

"Finnland:	infektiosairaudet/ infektionssjukdomar
Island:	smitsjúkdómar
Norwegen:	infeksjonssykdommer
Schweden:	infektionssjukdomar"

- "Community medicine":

"Österreich:	Sozialmedizin
Finnland:	terveydenhuolto/ hälsovård
Island:	félagslækningar
Liechtenstein:	Prävention und Gesundheitswesen
Norwegen:	samfunnsmedisin
Schweiz:	Prävention und Gesundheitswesen/ prévention et santé publique/ prevenzione e sanità pubblica"

- Pharmakologie:

"Finnland:	kliininen farmakologia/ klinisk farmakologi
Island:	lyfjafræði
Norwegen:	klinisk farmakologi
Schweden:	klinisk farmakologi"

- "Arbeitsmedizin":

"Österreich:	Arbeitsmedizin

Finnland:	työterveyshuolto/ företagshälsovård
Island:	atvinnulækningar
Norwegen:	yrkesmedisin
Schweden:	yrkesmedicin"

- Allergologie:

"Finnland:	allergologia/ allergologi
Island:	ofnæmislækningar
Schweden:	internmedicinsk allergologi"

- Gastro-enterologische Chirurgie:

"Finnland:	gastroenterologia/ gastroenterologi
Norwegen:	gastro enterologisk kirurgi"

- Nuklearmedizin:

"Österreich:	Nuklearmedizin
Finnland:	isotooppitutkimukset/ isotopundersökningar
Schweiz:	Medizinische Radiologie - Nuklearmedizin/ radiologie médicale - médecine nucléaire/ radiologia medica - medicina nucleare"

- Zahn-, Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie (Grundausbildung des Arztes und des Zahnarztes):

"Finnland:	leukakirurgia/ käkkirurgi
Liechtenstein:	Kieferchirurgie
Norwegen:	kjevekirurgi og munnhulesykdommer
Schweiz:	Kieferchirurgie/ chirurgie maxillo-faciale/ chirurgia mascello-facciale"

5. **375 L 0363**: Richtlinie 75/363/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Tätigkeiten des Arztes (ABl. Nr. L 167 vom 30.6.1975, S. 14), geändert durch:

   - **382 L 0076**: Richtlinie 82/76/EWG des Rates vom 26. Januar 1982 (ABl. Nr. L 43 vom 15.2.1982, S. 21)

   - **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)

   Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 75/363/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.

6. **386 L 0457**: Richtlinie 86/457/EWG des Rates vom 15. September 1986 über eine spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin (ABl. Nr. L 267 vom 19.9.1986, S. 26)

   Norwegen erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen des Artikels 1 der Richtlinie 86/457/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1995 statt am 1. Januar 1993.

   Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 86/457/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993 bzw. am 1. Januar 1999 statt am 1. Januar 1995.

7. **C/268/90/S.2**: Liste 90/C 268/02 der Bezeichnungen der Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise und Berufsbezeichnungen praktischer Ärzte - Veröffentlichung gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Richtlinie 86/457/EWG des Rates (ABl. Nr. C 268 vom 14.10.90, S. 2)

<u>Krankenpflegepersonal</u>

8. **377 L 0452**: Richtlinie 77/452/EWG des Rates vom 27. Juni 1977 über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für

die allgemeine Pflege verantwortlich sind, und über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr (ABl. Nr. L 176 vom 15.7.1977, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 91)

- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 160)

- **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)

- **389 L 0595**: Richtlinie 89/595/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 30)

- **390 L 0658**: Richtlinie 90/658/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 73)

Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 77/452/EWG in der Fassung gemäß dem vorliegenden Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

'in Österreich

"Diplomierte Krankenschwester/ Diplomierter Krankenpfleger";

in Finnland

"sairaaanhoitaja/ sjukskötare - terveydenhoitaja/ hälsövårdare";

in Island

"hjúkrunarfræðingur";

in Liechtenstein

"Krankenschwester - Krankenpfleger"

in Norwegen

"offentlig godkjent sykepleier";

in Schweden

"sjuksköterska";

in der Schweiz

"Krankenschwester - Krankenpfleger/infirmière - infirmier/infermiera - infermiere".'

b) Artikel 3 wird wie folgt ergänzt:

'm) in Österreich

"Diplom in der allgemeinen Krankenpflege", ausgestellt von staatlich anerkannten Krankenpflegeschulen;

n) in Finnland

Diplom "sairaanhoitaja/sjukskötare" oder "terveyedenhoitaja/hälsovårdare", ausgestellt von einer Krankenpflegeschule;

o) in Island

"próf í hjúkrunarfræðum frá Háskóla Íslands" (Diplom der Krankenpflegeabteilung der medizinischen Fakultät der Universität Islands);

p) in Liechtenstein

Die in einem anderen Staat, für den diese Richtlinie gilt, ausgestellten und in diesem Artikel aufgeführten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise;

q) in Norwegen

"bevis for bestått sykepleiereksamen" (Diplom in allgemeiner Krankenpflege) ausgestellt von einer Krankenpflegeschule;

r) in Schweden

Diplom "sjuksköterska" (Hochschulzeugnis in allgemeiner Krankenpflege), ausgestellt von einer Fachschule für Krankenpflege;

s) in der Schweiz

"diplomierte Krankenschwester für allgemeine Krankenpflege/ diplomierter Krankenpfleger für allgemeine Krankenpflege/ infirmière diplômée en soins généraux - infirmier diplômé en soins généraux/ infermiera diplomata in cure generali - infermiere diplomato in cure generali", ausgestellt von der zuständigen Behörde.'

9. **377 L 0453**: Richtlinie 77/453/EWG des Rates vom 27. Juni 1977 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Tätigkeiten der Krankenschwester und des Krankenpflegers, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind (ABl. Nr. L 176 vom 15.7.1977, S. 8), geändert durch:

- **389 L 0595**: Richtlinie 89/595/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 30)

Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 77/453/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.'

Zahnärzte

10. **378 L 0686**: Richtlinie Nr. 78/686/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Zahnarztes und für Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr (ABl. Nr. L 233 vom 24.8.1978, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 91)

- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 160)

- **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)

- **390 L 0658**: Richtlinie 90/658/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 73)

Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 78/686/EWG in der Fassung des vorliegenden Abkommens die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 wird wie folgt ergänzt:

'in Österreich

der Titel, den Österreich den Vertragsparteien innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens mitteilt;

- in Finnland

  hammaslääkäri/tandläkare;

- in Island

  tannlæknir;

- in Liechtenstein

  Zahnarzt;

- in Norwegen

  tannlege;

- in Schweden

  tandläkare;

- in der Schweiz

  Zahnarzt/médecin-dentiste/medico-dentista.'

b) Artikel 3 wird wie folgt ergänzt:

'm) in Österreich

das Diplom, das Österreich den Vertragsparteien innerhalb von sechs Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens notifiziert;

n) in Finnland

"todistus hammaslääketieteen lisensiaatin tutkinnosta/ bevis om odontologi licentiat examen" (Zeugnis über das zahnärztliche Examen), ausgestellt von der medizinischen Fakultät einer Hochschule, sowie eine Bescheinigung über ein praktische Ausbildung, ausgestellt von der nationalen Gesundheitsbehörde;

o) in Island

"próf frá tannlæknadeild Háskóla Íslands"
(Diplom der zahnmedizinischen Fakultät der Universität Islands);

p) in Liechtenstein

Die in einem anderen Staat, für den diese Richtlinie gilt, ausgestellten und in diesem Artikel aufgeführten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise, zusammen mit einer Bescheinigung über den Abschluß einer praktischen Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Behörden;

q) in Norwegen

"bevis for bestått odontologisk embetseksamen" (Diplom über die Verleihung des Grads cand.odont.), ausgestellt von der zahnmedizinischen Fakultät einer Universität;

r) in Schweden

"tandläkarexamen" (Hochschulabschluß in Zahnheilkunde), ausgestellte von Zahnheilkundeinstituten, zusammen mit einer Bescheinigung über den Abschluß einer praktischen Ausbildung, ausgestellt von der nationalen Gesundheitsbehörde;

s) in der Schweiz

"eidgenössisch diplomierter Zahnarzt/titulaire du diplôme fédéral de médecin-dentiste/titolare di diploma federale di medico-dentista", ausgestellt vom Eidgenössischen Departement des Inneren.'

c) Die nachstehend genannten Nummern des Artikels 5 werden wie folgt ergänzt:

1. Kieferorthopädie

'- in Finnland:	"todistus erikoishammaslääkärin oikeudesta oikomishoidon alalla/bevis om specialist-tandläkarrättigheten inom området

	tandreglering" (Zeugnis eines Facharztes für Kieferorthopädie), ausgestellt von den zuständigen Behörden;
- in Norwegen:	"bevis for gjennomgått spesialistutdanning i kjeveortopedi" (Bescheinigung über die Fachausbildung als Kieferorthopäde), ausgestellt von der zahnmedizinischen Fakultät einer Hochschule
- in Schweden:	"bevis om specialistkompetens i tandreglering" (Bescheinigung über die Berechtigung, den Titel eines Zahnarztes mit dem Spezialgebiet Kieferorthopädie zu führen), ausgestellt von der nationalen Gesundheitsbehörde
- in der Schweiz:	"Dr.med.dent., Kieferorthopädie/ diplôme, dr.méd.dent., orthodontiste/ diploma, dott.med.dent., ortodontista", ausgestellt von der hierfür anerkannten zuständigen Behörde'

2. Oralchirurgie/Mundchirurgie

'- in Finnland:	"todistus erikoishammaslääkärin oikeudesta suukirurgian (hammas- ja suukirurgian) alalla/bevis om specialist-tandläkarrättigheten inom området oralkirurgi (tand- och munkirurgi)"

(Zeugnis eines Fachzahnarztes für Oral- oder Dental- und Oralchirurgie), ausgestellt von den zuständigen Behörden

- in Norwegen: "bevis for gjennomgått spesialistutdanning i oralkirurgi" (Bescheinigung über eine Fachausbildung in Oralchirurgie), ausgestellt von der zahnmedizinischen Fakultät einer Hochschule

- in Schweden: "bevis om specialistkompetens i tandsystemets kirurgiska sjukdomar" (Bescheinigung über die Berechtigung, den Titel eines Zahnarztes mit dem Spezialgebiet Oralchirurgie zu führen), ausgestellt von der nationalen Gesundheitsbehörde'

d) Folgender Abschnitt wird eingefügt:

'Artikel 19b

Von dem Zeitpunkt an, zu dem Österreich die Maßnahmen trifft, um dieser Richtlinie nachzukommen, erkennen die Staaten, für die diese Richtlinie gilt, zum Zwecke der Ausübung der in Artikel 1 dieser Richtlinie in der für das EWR-Abkommen angepaßten Fassung genannten Tätigkeiten die Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise der Ärzte an, die in Österreich Personen ausgestellt werden, die ihre Universitätsausbildung vor dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens begonnen hatten, sofern ihnen eine Bescheinigung der zuständigen österreichischen Behörden darüber beigefügt ist, daß sich die betreffenden Personen während der letzten fünf Jahre vor Ausstellung der Bescheinigung mindestens drei Jahre lang ununterbrochen tatsächlich und rechtmäßig sowie hauptsächlich den unter Artikel 5 der Richtlinie 78/687/EWG fallenden Tätigkeiten gewidmet haben, und daß sie berechtigt sind, diese Tätigkeiten unter denselben Bedingungen auszuüben wie die Inhaber der Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise gemäß Artikel 3 Buchstabe m.

Von dem in Absatz 1 genannten Erfordernis einer dreijährigen Tätigkeit befreit sind Personen, die ein mindestens dreijähriges erfolgreiches Studium absolviert haben, über dessen Gleichwertigkeit mit der in Artikel 1 der Richtlinie 78/687/EWG genannten Ausbildung eine Bescheinigung der zuständigen Stellen vorliegt.'

11. **378 L 0687**: Richtlinie 78/687/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Tätigkeiten des Zahnarztes (ABl. Nr. L 233 vom 24.8.1978, S. 10)

Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 78/687/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Artikel 6 wird die Formulierung "den von Artikel 19 der Richtlinie 78/686/EWG Begünstigten" ersetzt durch "den von Artikel 19, 19a und 19b der Richtlinie 78/686/EWG Begünstigten" ersetzt.

Zusätzlich gilt bezüglich der Richtlinien 78/686/EWG und 78/687/EWG (d.h. der vorstehenden Punkte 10 und 11) nachfolgende Bestimmung:

Bis zum Abschluß einer Zahnarztausbildung in Österreich unter den gemäß der Richtlinie 78/687/EWG festgelegten Bedingungen, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 1998, wird das Niederlassungsrecht und das Recht auf freien Dienstleistungsverkehr in Österreich für qualifizierte Zahnärzte aus den anderen, dieser Richtlinie unterliegenden Staaten, sowie in den anderen dieser Richtlinie unterliegenden Staaten für qualifizierte Ärzte aus Österreich, die dort die Tätigkeit eines Zahnarztes ausüben, ausgesetzt.

Während der vorstehend genannten zeitweiligen Aussetzung behalten allgemeine oder besondere Regelungen über das Niederlassungsrecht und das Recht auf freien Dienstleistungsverkehr, die aufgrund österreichischer Bestimmungen oder Vereinbarungen über die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und

anderen Staaten bestehen würden, weiterhin ihre Gültigkeit und Anwendbarkeit auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung gegenüber allen anderen Staaten, für die diese Richtlinie gilt.

Veterinärmedizin

12. **378 L 1026**: Richtlinie 78/1026/EWG des Rates vom 18. Dezember 1978 für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Tierarztes und für Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr (ABl. Nr. L 362 vom 23.12.1978, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 92)

- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 160)

- **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)

- **390 L 0658**: Richtlinie 90/658/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 73)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 3 wird wie folgt ergänzt:

'm) in Österreich:

"Diplom-Tierarzt", ausgestellt von der Wiener Universität für Veterinärmedizin;

n) in Finnland

"eläinlääketieteen lisensiaatti/veterinärmedicine licentiat" (Abschluß in Veterinärmedizin), ausgestellt vom Institut für Veterinärmedizin);

o) in Island:

Die in einem anderen Staat, für den diese Richtlinie gilt, ausgestellten und im vorliegenden Artikel aufgeführten Diplome, Prüfungszeugnisse und

sonstigen Befähigungsnachweise, zusammen mit einer Bescheinigung über den Abschluß einer praktischen Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Behörden;

p) In Liechtenstein

Die in einem anderen Staat, für den diese Richtlinie gilt, ausgestellten und in diesem Artikel aufgeführten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise, zusammen mit einer Bescheinigung über den Abschluß einer praktischen Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Behörden;

q) in Norwegen

"eksamensbevis utstedt av Norges veterinærhøgskole for bestått veterinærmedisinsk embetseksamen (Diplom über den Grad cand.med.vet.), Ausgestellt von der norwegischen Hochschule für Veterinärmedizin;

r) in Schweden

"veterinärexamen" (Diplomabschluß in Veterinärmedizin), ausgestellt von der schwedischen Universität für Agrarwissenschaften;

s) in der Schweiz

"eidgenössisch diplomierter Tierarzt/titulaire du diplôme fédéral de vétérinaire/titolare di diploma federale di veterinario", ausgestellt vom Eidgenössischen Departement des Inneren.'

13. **378 L 1027**: Richtlinie 78/1027/EWG des Rates vom 18. Dezember 1978 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Tätigkeiten des Tierarztes (ABl. Nr. L 362 vom 23.12.1978, S. 7), geändert durch:

- **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)

Hebammen

14. **380 L 0154**: Richtlinie 80/154/EWG des Rates vom 21. Januar 1980 über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise für Hebammen und über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien

Dienstleistungsverkehr (ABl. Nr. L 33 vom 11.2.1980, S. 1), geändert durch:

- **380 L 1273**: Richtlinie 80/1273/EWG des Rates vom 22. Dezember 1980 (ABl. Nr. 375 vom 31.12.1980, S. 74)

- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 161)

- **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)

- **390 L 0658**: Richtlinie 90/658/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 73)

Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 80/154/EWG in der Fassung gemäß vorliegendem Abkommen, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 wird wie folgt ergänzt:

'in Österreich

"Hebamme"

in Finnland

"kätilö/barnmorska";

in Island

"ljósmóðir";

in Liechtenstein

"Hebamme";

in Norwegen

"jordmor";

in Schweden

"barnmorska";

in der Schweiz

"Hebamme/sage-femme/levatrice".'

b) Artikel 3 wird wie folgt ergänzt:

'm) in Österreich

"Hebammen-Diplom", ausgestellt von einer Hebammenschule;

n) in Finnland

"kätilö/barnmorska" oder "erikoissairaanhoitaja, naistentaudit ja äitiyshuolto/specialsjukskötare, kvinnosjukdomar och mödravård" (Hebammendiplom), ausgestellt von einer Krankenpflegeschule;

o) in Island

"próf frá Ljósmæðraskóla Íslands (Diplom der isländischen Hebammenschule);

p) in Liechtenstein

Die in einem anderen Staat, für den diese Richtlinie gilt, ausgestellten und in diesem Artikel aufgeführten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise;

q) in Norwegen

"bevis for bestått jordmoreksamen" (Hebammendiplom), ausgestellt von einer Hebammenschule, zusammen mit einer Bescheinigung über eine praktische Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Gesundheitsbehörden;

r) in Schweden

"barnmorska" (Hebammen-/Krankenpflegediplom), ausgestellt von einer Fachschule für Krankenpflege;

s) in der Schweiz

"diplomierte Hebamme/sage-femme diplômée/ levatrice diplomata", ausgestellt von der zuständigen Behörde.'

15. **380 L 0155**: Richtlinie 80/155/EWG des Rates vom 21. Januar 1980 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeiten der Hebamme (ABl. Nr. L 33 vom 11.2.1980, S. 8), geändert durch:

- **389 L 0594**: Richtlinie 89/594/EWG des Rates vom 30. Oktober 1989 (ABl. Nr. L 341 vom 23.11.1989, S. 19)

Die Schweiz erfüllt, in Abweichung von den Bestimmungen der Richtlinie 80/155/EWG in der Fassung des vorliegenden Abkommens, die darin genannten Verpflichtungen spätestens am 1. Januar 1997 statt am 1. Januar 1993.

Pharmazie

16. **385 L 0432**: Richtlinie 85/432/EWG des Rates vom 16. September 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über bestimmte pharmazeutische Tätigkeiten (ABl. Nr. L 253 vom 24.9.1985, S. 34).

17. **385 L 0433**: Richtlinie 85/433/EWG des Rates vom 16. September 1985 über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Apothekers und über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts für bestimmte pharmazeutische Tätigkeiten (ABl. Nr. L 253 vom 24.9.1985, S. 37), geändert durch:

- **385 L 0584**: Richtlinie 85/584/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 42)

- **390 L 0658**: Richtlinie 90/658/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 73)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 wird wie folgt ergänzt:

'm) in Österreich

"Staatliches Apothekerdiplom", ausgestellt von den zuständigen Behörden;

n) in Finnland

"todistus proviisorin tutkinnosta/bevis om provisorexamen" (Magistergrad in Pharmazie), ausgestellt von einer Universität;

o) in Island

"próf frá Háskóla Íslands i lyfjafræði" (Diplom in Pharmazie der Universität Islands);

p) in Liechtenstein

Die in einem anderen Staat, für den diese Richtlinie gilt, ausgestellten und in diesem Artikel aufgeführten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise, zusammen mit einer Bescheinigung über den Abschluß einer praktischen Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Behörden;

q) in Norwegen

"bevis for bestått cand.pharm. eksamen" (Diplom über den Grad cand.pharm.), ausgestellt von der Fakultät einer Universität;

r) in Schweden

"apotekarexamen" (Magistergrad in Pharmazie), ausgestellt von der Universität Uppsala;

s) in der Schweiz

"eidgenössisch diplomierter Apotheker/titulaire du diplôme fédéral de pharmacien/titolare di diploma federale di farmacista", ausgestellt vom Eidgenössischen Departement des Inneren.'

D. ARCHITEKTUR

18. **385 L 0384**: Richtlinie 85/384/EWG des Rates vom 10. Juni 1985 für die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise auf dem Gebiet der Architektur und für Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr (ABl. Nr. L 223 vom 21.8.1985, S. 15), geändert durch:

- **385 L 0614**: Richtlinie 85/614/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 376 vom 31.12.1985, S. 1)

- **386 L 0017**: Richtlinie 86/17/EWG des Rates vom 27. Januar 1986 (ABl. Nr. L 27 vom 1.2.1986, S. 71)

- **390 L 0658**: Richtlinie 90/658/EWG des Rates vom 4. Dezember 1990 (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 73)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 11 wird wie folgt ergänzt:

'l) in Österreich

- die Diplome der Technischen Hochschulen für Architektur, Bauingenieurwesen, Hochbau, Wirtschaftsingenieurwesen-Bauwesen, Kulturtechnik und Wasserwirtschaft;
- die Diplome der Meisterschule für Architektur in Wien;
- die Diplome der Meisterklasse für Architektur in Wien;
- die Diplome der Meisterklasse für Architektur in Linz;
- die Ingenieurdiplome der Fachschulen oder Fachhochschulen für Bauwesen sowie die Baumeister-Lizenz, die eine mindestens sechsjährige Berufserfahrung in Österreich bescheinigt, abgeschlossen durch eine Prüfung;
- die Qualifikationsbescheinigungen für Ingenieure und technische Berater in den Bereichen Hochbau, Bauwesen, Wirtschaftsingenieurwesen-Bauwesen, Kulturtechnik und Wasserwirtschaft nach dem Ziviltechnikergesetz (Bundesgesetzblatt Nr. 146/1957);

m) in Finnland

- die von den Architekturfachbereichen der Technischen Hochschulen

- und der Universität Oulu ausgestellten Diplome (arkkitehti - arkitekt);
- die von den technischen Fachschulen ausgestellten Diplome (rakennusarkkitehti);

n) in Island

- die in einem anderen Staat, für den diese Richtlinie gilt, ausgestellten und in diesem Artikel aufgeführten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise, zusammen mit einer Bescheinigung über den Abschluß einer praktischen Ausbildung, ausgestellt von den zuständigen Behörden;

o) in Liechtenstein

- die Diplome der Höheren Technischen Lehranstalt: (Architekt HTL);

p) in Norwegen

- die vom norwegischen Institut für Technologie ausgestellten Diplome (sivilarkitekt) an der Universität Trondheim, der Fachhochschule für Architektur in Oslo und der Fachhochschule für Architektur in Bergen;
- der Nachweis der Mitgliedschaft im "Norske Arkitekters Landsforbund" (NAL), sofern die betreffende Person ihre Ausbildung in einem Staat absolviert hat, für den diese Richtlinie gilt;

q) in Schweden

- die von der Schule für Architektur am Königlichen Institut für Technologie, vom Chalmers-Institut für Technologie und dem Fachbereich Technologie der Lund-Universität ausgestellten Diplome (arkitekt, Magistergrad in Architektur);
- der Nachweis der Mitgliedschaft im "Svenska Arkitekters Riksförbund" (SAR), sofern die betreffende Person ihre Ausbildung in einem Staat absolviert hat, für den diese Richtlinie gilt;

r) in der Schweiz

- die von den Eidgenössischen Technischen Hochschulen, Ecoles Polytechniques Fédérales, Politecnici Federali ausgestellten Diplome

(dipl.Arch.ETH, arch.dipl.EPF, arch.dipl.PF) ausgestellten Diplome;
- die von der Schule für Architektur der Universität Genf (Ecole d'architecture de l'Université de Genève: architecte diplômé EAUG) ausgestellten Diplome;
- die Diplome der Höheren Technischen Lehranstalten, Ecoles Techniques Supérieures, Scuole Tecniche Superiori ausgestellten Diplome (Architekt HTL, architecte ETS, architetto STS), sowie eine Bescheinigung über eine mindestens vierjährige Berufserfahrung in der Schweiz;
- die Bescheinigungen der "Stiftung der Schweizerischen Register der Ingenieure, der Architekten und der Techniker/Fondation des Registres suisses des ingénieurs, des architectes et des techniciens/Fondazione dei Registri svizzeri degli ingegneri, degli architetti e dei tecnici" (REG): "Architekt REG A", "architecte REG A", "architetto REG A";
- die Bescheinigungen der "Stiftung der Schweizerischen Register der Ingenieure, der Architekten und der Techniker/Fondation des Registres suisses des ingénieurs, des architectes et des techniciens/Fondazione dei Registri svizzeri degli ingegneri, degli architetti e dei tecnici" (REG): "Architekt REG B", "architecte REG B", "architetto REG B", sowie eine Bescheinigung über eine mindestens vierjährige Berufserfahrung in der Schweiz."

b) Artikel 15 findet keine Anwendung.

19. **89/C 205/05**: Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise auf dem Gebiet der Architektur, die von den Mitgliedstaaten gegenseitig anerkannt werden (Neue Fassung der Mitteilung 88/C 270/03 vom 19. Oktober 1988) (ABl. Nr. C 205 vom 10.8.1989, S. 5)

E. HANDELS- UND VERMITTLERTÄTIGKEITEN

Großhandel

20. **364 L 0222**: Richtlinie 64/222/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Tätigkeiten des

Großhandels sowie der Vermittlertätigkeiten in Handel, Industrie und Handwerk (ABl. Nr. L 56 vom 4.4.1964, S. 857/64)

21. **364 L 0223**: Richtlinie 64/223/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für Tätigkeiten im Großhandel (ABl. Nr. L 56 vom 4.4.1964, S. 863/64), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 84)

Vermittlertätigkeiten in Handel, Industrie und Handwerk

22. **364 L 0224**: Richtlinie 64/224/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für Vermittlertätigkeiten in Handel, Industrie und Handwerk (ABl. Nr. L 56 vom 4.4.1964, S. 869), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 85)

- **1 79 H**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 89)

- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 155)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 3 wird wie folgt ergänzt:

	Für Selbständige	Für Unselbständige
'in Österreich:	Handelsagent	Handlungsreisender
in Finnland:	Kauppa-agentti/ Handelsagent Kauppaedustaja/ Handelsrepresentant	Myyntimies/ Försäljare
in Island:	smásali heildsali umboðssali farandsali	sölumaður
in Liechtenstein:	Handelsvertreter	Handelsreisender
in Norwegen:	Handelsagent Kommisjonær Grossist	Handelsagent Selger Representant
in Schweden:	Handelsagent Mäklare Kommissionär	Handelsresande
in der Schweiz:	Agent/agent/agente	Handelsreisender/ représentant de commerce/ rappresentante

Selbständige Tätigkeiten des Einzelhandels

23. **368 L 0363**: Richtlinie 68/363/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten des Einzelhandels (aus CITI-Gruppe 612) (ABl. Nr. L 260 vom 22.10.1968, S. 1)

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 86)

24. **368 L 0364**: Richtlinie 68/364/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der selbständigen

Tätigkeiten des Einzelhandels (aus CITI-Gruppe 612) (ABl. Nr. L 260 vom 22.10.1968, S. 6)

Selbständige Tätigkeiten des Kohlengroßhandels und Vermittlungstätigkeiten auf dem Sektor Kohle

25. **370 L 0522**: Richtlinie 70/522/EWG des Rates vom 30. November 1978 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für selbständige Tätigkeiten des Kohlengroßhandels und für Vermittlungstätigkeiten auf dem Sektor Kohle (ex CITI-Gruppe 6112) (ABl. Nr. L 267 vom 10.12.1970, S. 14), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 86)

26. **370 L 0523**: Richtlinie 70/523/EWG des Rates vom 30. November 1970 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der selbständigen Tätigkeiten des Kohlengroßhandels und der Vermittlungstätigkeiten auf dem Sektor Kohle (ex CITI-Gruppe 6112) (ABl. Nr. L 267 vom 10.12.1970, S. 18)

Handel mit und Verteilung von Giftstoffen

27. **374 L 0556**: Richtlinie 74/556/EWG des Rates vom 4. Juni 1974 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Tätigkeiten des Handels mit und der Verteilung von Giftstoffen und der Tätigkeiten, die die berufliche Verwendung dieser Stoffe umfassen, einschließlich der Vermittlertätigkeiten (ABl. Nr. L 307 vom 18.11.1974, S. 1)

28. **374 L 0557**: Richtlinie 74/557/EWG des Rates vom 4. Juni 1974 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten und die Vermittlertätigkeiten des Handels mit und der Verteilung von Giftstoffen (ABl. Nr. L 307 vom 18.11.1974, S. 5)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Der Anhang wird wie folgt ergänzt:

- 'Österreich:

  Giftstoffe und Zubereitungen, die als "stark toxisch" oder "toxisch" gemäß dem Chemikaliengesetz (Bundesgesetzblatt 326/1987) und den entsprechenden Verordnungen (§ 224 Gewerbeordnung) eingestuft sind;

- Finnland

  1. Chemikalien, die dem Chemikaliengesetz 1989 und den entsprechenden Verordnungen unterliegen;
  2. Biologische Schädlingsbekämpfungsmittel, die dem Gesetz über Schädlingsbekämpfungsmittel von 1969 und den entsprechenden Verordnungen unterliegen;

- Liechtenstein

  1. Benzol und Tetrachlorkohlenstoff (Verordnung Nr. 23 vom 1. Juni 1964);
  2. Alle Giftstoffe und Produkte gemäß Artikel 2 des Giftstoffgesetzes (SR 814.80), insbesondere diejenigen, die in dem Verzeichnis der Giftstoffe oder Produkte der Klassen 1, 2 und 3 gemäß Artikel 3 der Verordnung über Giftstoffe (SR 814.801) (anzuwenden gemäß Zollvertrag, Mitteilung Nr. 47 vom 28. August 1979) aufgeführt sind;

- Norwegen:

  1. Schädlingsbekämpfungsmittel, die dem Gesetz über Schädlingsbekämpfungsmittel vom 5. April 1963 und den entsprechenden Verordnungen unterliegen;
  2. Chemikalien nach Maßgabe der Verordnung vom 1. Juni 1990 über die Kennzeichnung von und den Handel mit Chemikalien, die für den Menschen gesundheitsschädlich sein können, sowie der entsprechenden Verordnung über das Verzeichnis der Chemikalien;

- Schweden:

  1. Extrem gefährliche und sehr gefährliche chemische Produkte gemäß der Verordnung über chemische Produkte (1985:835);
  2. Bestimmte Suchtstoffvorstufen gemäß den Anweisungen über Genehmigungen zur Erzeugung von, zum Handel mit und zum Vertrieb von giftigen und sehr gefährlichen chemischen Erzeugnissen (KIFS 1986:5, KIFS 1990:9);
  3. Schädlingsbekämpfungsmittel der Klasse 1 gemäß Verordnung 1985:836;
  4. Umweltgefährdende Abfallstoffe gemäß Verordnung 1985:841;

5. PCB und PCB-haltige chemische Produkte gemäß Verordnung 1985:837;
6. Unter Gruppe B in der Mitteilung über Anweisungen in bezug auf gesundheitliche Grenzwerte aufgeführte Stoffe (AFS 1990:13);
7. Asbest und asbesthaltige Materialien gemäß der Mitteilung AFS 1986:2;

- Schweiz:

Alle Giftstoffe und Produkte gemäß Artikel 2 des Giftstoffgesetzes (SR 814.80), insbesondere diejenigen, die in dem Verzeichnis der Giftstoffe oder Produkte, Teil 1, 2 und 3 gemäß Artikel 3 der Verordnung über Giftstoffe (SR 814.801) aufgeführt sind.

Reisegewerbe

29. **375 L 0369**: Richtlinie 75/369/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 über Maßnahmen zur Vereinfachung der tatsächlichen Ausübung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die Tätigkeiten des Reisegewerbes, insbesondere Übergangsmaßnahmen für diese Tätigkeiten (ABl. Nr. L 167 vom 30.6.1975, S. 29)

Selbständige Handelsvertreter

30. **386 L 0653**: Richtlinie 86/653/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1986, S. 17)

F. INDUSTRIE UND HANDWERK

Be- und verarbeitendes Gewerbe

31. **364 L 0427**: Richtlinie 64/427/EWG des Rates vom 7. Juli 1964 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der selbständigen Tätigkeiten der be- und verarbeitenden Gewerbe der CITI-Hauptgruppen 23-40 (Industrie und Handwerk) (ABl. Nr. L 117 vom 23.7.1964, S. 1863/64), geändert durch:

- **369 L 0077**: Richtlinie 69/77/EWG des Rates vom 4. März 1969 (ABl. Nr. L 59 vom 10.3.1969, S. 8)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 5 Absatz 3 findet keine Anwendung.

32. **364 L 0429**: Richtlinie 64/429/EWG des Rates vom 7. Juli 1964 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten der be- und verarbeitenden Gewerbe der CITI-Hauptgruppen 23-40 (Industrie und Handwerk) (ABl. Nr. L 117 vom 23.7.1964, S. 1880/64), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 83)

Bergbau einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden

33. **364 L 0428**: Richtlinie 64/428/EWG des Rates vom 7. Juli 1964 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten des Bergbaus einschließlich der Gewinnung von Steinen und Erden (CITI-Hauptgruppen 11-19 (ABl. Nr. L 117 vom 23.7.1964, S. 1871/64), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 81)

Elektrizität, Gas, Wasser und sanitäre Dienste

34. **366 L 0162**: Richtlinie 66/162/EWG des Rates vom 28. Februar 1966 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs auf dem Gebiet der selbständigen Berufstätigkeiten der Zweige Elektrizität, Gas, Wasser und sanitäre Dienste (Abteilung 5 ISIC) (ABl. Nr. 42 vom 8.3.1966, S. 584/66), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 82)

Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und Getränkeherstellung

35. **368 L 0365**: Richtlinie 68/365/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten der Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und der Getränkeherstellung (CITI-Hauptgruppen 20 und 21) (ABl. Nr. 260 vom 22.10.1968, S. 9), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 83)

36. **368 L 0366**: Richtlinie 68/366/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der selbständigen Tätigkeiten der Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und der Getränkeherstellung (CITI-Hauptgruppen 20 und 21) (ABl. Nr. 260 vom 22.10.1968, S. 12)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 6 Absatz 3 findet keine Anwendung.

Aufsuchen (Schürfen und Bohren) bei der Erdöl- und Erdgasgewinnung

37. **369 L 0082**: Richtlinie 69/82/EWG des Rates vom 13. März 1969 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten des Aufsuchens (Schürfens und Bohrens) bei der Erdöl- und Erdgasgewinnung (aus CITI-Hauptgruppe 13) (ABl. Nr. L 68 vom 19.3.1969, S. 4), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 82)

G. HILFSGEWERBETREIBENDE DES VERKEHRS

38. **382 L 0470**: Richtlinie 82/470/EWG des Rates vom 29. Juni 1982 über Maßnahmen zur Förderung der tatsächlichen Ausübung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten

bestimmter Hilfsgewerbetreibender des Verkehrs und der Reisevermittler (ISIC-Gruppe 718) sowie der Lagerhalter (ISIC-Gruppe 720) (ABl. Nr. L 213 vom 21.7.1982, S. 1)

- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 156)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 3 wird wie folgt ergänzt:

'Österreich

A. Spediteur
Transportagent
B. Reisebüro
C. Lagerhalter
Tierpfleger
D. Kraftfahrzeugprüfer
Kraftfahrzeugsachverständiger
Wäger

Finnland

A. Huolitsija/Speditör
Laivanselvittäjä/Skeppsmäklare
B. Matkanjärjestäjä/Researrangör
Matkanvälittäjä/Reseagent
C. -
D. Autonselvittäjä/Bilmäklare

Island

A. Skipamidlari
B. Ferðaskrifstofa
C. Flutningamiðstöd
D. Bifreiðaskoðun

Liechtenstein

A. Spediteur, Warentransportvermittler
B. Reisebürounternehmer
C. Lagerhalter
D. Fahrzeugsachverständiger, Wäger

Norwegen

A. Speditør
Sipsmegler
B. Reisebyrå
C. Oppbevaring
D. Bilinspektør

Schweden

A. Speditör
Skeppsmäklare
B. Resebyrå
C. Magasinering
Lagring
Förvaring
D. Bilinspektör
Bilprovare
Bilbesiktningsman

Schweiz

A. Spediteur/expéditeur/spedizioniere
Zolldeklarant/déclarant de douane/dichiarante di dogana
B. Reisebürounternehmer/agent de voyage/agente di viaggio
C. Lagerhalter/entrepositaire/agente di deposito
D. Automobilexperte/expert en automobiles/perito in automobili
Eichmeister/vérificateur des poids et mesures/verificatore dei pesi e delle misure'

H. FILMINDUSTRIE

39. **363 L 0607:** Richtlinie 63/607/EWG des Rates vom 15. Oktober 1963 zur Durchführung des Allgemeinen Programms zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs auf dem Gebiet des Filmwesens (ABl. Nr. 159 vom 2.11.1963, S. 2661/63)

40. **365 L 0264:** Zweite Richtlinie 65/264/EWG des Rates vom 13. Mai 1965 zur Durchführung der Allgemeinen Programme zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs auf dem Gebiet des Filmwesens (ABl. Nr. 85 vom 19.5.1965, S. 1437/65), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

41. **368 L 0369**: Richtlinie 68/369/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten des Filmverleihs (ABl. Nr. L 260 vom 22.10.1968, S. 22), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 88)

42. **370 L 0451**: Richtlinie 70/451/EWG des Rates vom 29. September 1970 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten der Filmproduktion (ABl. Nr. L 218 vom 3.10.1970, S. 37), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 88)

I. ANDERE SEKTOREN

Unternehmensdienstleistungen im Bereich Immobiliengeschäfte und in anderen Bereichen

43. **367 L 0043**: Richtlinie 67/43/EWG des Rates vom 12. Januar 1967 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten auf dem Gebiet 1. der "Immobiliengeschäfte" (außer 6401) (Gruppe aus 640 ISIC) 2. einiger "sonstiger Dienste für das Geschäftsleben" (Gruppe 839 ISIC) (ABl. Nr. 10 vom 19.1.1967, S. 140/67), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 86)

- **1 79 H**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 89)

- **1 85 I**: Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 156)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 2 Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

'in Österreich

- Immobilienmakler
- Immobilienverwaltung
- Bauträger (Bauorganisator, Baubetreuer)

in Finnland

- kiinteistönvälittäjä/fastighetsförmedlare, fastighetsmäklare

in Island

- Fasteigna- og skipasala
- Leigumiðlarar

in Liechtenstein

- Immobilien- und Finanzmakler
- Immobilienschätzer, Immobiliensachverständiger
- Immobilienhändler
- Baubetreuer
- Immobilien-, Haus- und Vermögensverwalter

in Norwegen

- Eiendomsmeglere, adokater
- Entreprenører, utbyggere av fast eiendom
- Eiendomsforvalter
- Eiendomsforvaltere
- Utleiekontorer

in Schweden

- Fastighetsmäklare
- (Fastighets-)Värderingsman

- Fastighetsförvaltare
- Byggnadsentreprenörer

in der Schweiz

- Liegenschaftenmakler/courtier en immeubles/agente immobiliare
- Hausverwalter/gestionnaire en immeubles/amministratore di stabili
- Immobilien-Treuhänder/régisseur et courtier en immeubles/fiduciario immobiliare.'

Persönliche Dienste

44. **368 L 0367**: Richtlinie 68/367/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten der persönlichen Dienste (aus CITI-Hauptgruppe 85); 1. Restaurations- und Schankgewerbe (CITI-Gruppe 852); 2. Beherbergungsgewerbe und Zeltplatzbetriebe (CITI-Gruppe 853) (ABl. Nr. L 260 vom 22.10.1968, S. 16), geändert durch:

   - **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 86)

45. **368 L 0368**: Richtlinie 68/368/EWG des Rates vom 15. Oktober 1968 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der selbständigen Tätigkeiten der persönlichen Dienste (aus CITI-Hauptgruppe 85); 1. Restaurations- und Schankgewerbe (CITI-Gruppe 852); 2. Beherbergungsgewerbe und Zeltplatzbetriebe (CITI-Gruppe 853) (ABl. Nr. L 260 vom 22.10.1968, S. 19)

Verschiedene Tätigkeiten

46. **375 L 0368**: Richtlinie 75/368/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für einige Tätigkeiten (aus ISIC-Hauptgruppe 01 bis ISIC-Hauptgruppe 85), insbesondere Übergangsmaßnahmen für diese Tätigkeiten (ABl. Nr. L 167 vom 30.6.1975, S. 22)

Friseure

47. **382 L 0489**: Richtlinie 82/489/EWG des Rates vom 19. Juli 1982 über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für Friseure (ABl. Nr. L 218 vom 27.7.1982, S. 24)

J. LANDWIRTSCHAFT

48. **363 L 0261**: Richtlinie 63/261/EWG des Rates vom 2. April 1963 über die Einzelheiten für die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit in der Landwirtschaft im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats für Angehörige der anderen Länder der Gemeinschaft, die als landwirtschaftliche Arbeitnehmer zwei Jahre lang ohne Unterbrechung in diesem Mitgliedstaat gearbeitet haben (ABl. Nr. 62 vom 20.4.1963, S. 1323/63), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

49. **363 L 0262**: Richtlinie 63/262/EWG des Rates vom 2. April 1963 über die Einzelheiten für die Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für landwirtschaftliche Betriebe, die seit mehr als zwei Jahren verlassen sind oder brachliegen (ABl. Nr. 62 vom 20.4.1963, S. 1326/63), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 14)

50. **365 L 0001**: Richtlinie 65/1/EWG des Rates vom 14. Dezember 1964 über die Einzelheiten der Verwirklichung des freien Dienstleistungsverkehrs in den Berufen der Landwirtschaft und des Gartenbaus (ABl. Nr. 1 vom 8.1.1965, S. 1/65), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 79)

51. **367 L 0530**: Richtlinie 67/530/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über das Recht der Landwirte, die Angehörige eines Mitgliedstaats und in einem anderen

Mitgliedstaat ansässig sind, auf Betriebswechsel (ABl. Nr. 190 vom 10.8.1967, S. 1), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 79)

52. **367 L 0531**: Richtlinie 67/531/EWG vom 25. Juli 1967 über die Anwendung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über landwirtschaftliche Pachtverträge auf die Landwirte, die Angehörige anderer Mitgliedstaaten sind (ABl. Nr. 190 vom 10.8.1967, S. 3), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 80)

53. **367 L 0532**: Richtlinie 67/532/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über das Recht der Landwirte, die Angehörige eines Mitgliedstaats sind und in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind, auf Zugang zu den Genossenschaften (ABl. Nr. 190 vom 10.8.1967, S. 5), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 80)

54. **367 L 0654**: Richtlinie 67/654/EWG des Rates vom 24. Oktober 1967 über die Einzelheiten der Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die selbständigen Tätigkeiten in der Forstwirtschaft und der Holzgewinnung (ABl. Nr. 263 vom 30.10.1967, S. 6), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 80)

55. **386 L 0192**: Richtlinie 68/192/EWG des Rates vom 5. April 1968 über das Recht der Landwirte, die Angehörige eines Mitgliedstaats sind und sich in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen haben, auf Zugang zu den verschiedenen Arten von Krediten (ABl. Nr. L 93 vom 17.4.1968, S. 13), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten

Königreichs Großbritannien und Nordirland
(ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 80)

56. **368 L 0415:** Richtlinie 68/415/EWG des Rates vom 20. Dezember 1968 über das Recht der Landwirte, die Angehörige eines Mitgliedstaats sind und sich in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen haben, auf Zugang zu den verschiedenen Arten von Beihilfen (ABl. Nr. L 308 vom 23.12.1968, S. 17)

57. **371 L 0018**: Richtlinie 71/18/EWG des Rates vom 16. Dezember 1970 über die Einzelheiten der Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit für die selbständigen landwirtschaftlichen Dienste und die Dienste des Gartenbaus (ABl. Nr. L 8 vom 11.1.1971, S. 24), geändert durch:

- **1 72 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 80)

K. SONSTIGES

58. **385 D 0368**: Entscheidung 86/368/EWG des Rates vom 16. Juli 1985 über die Entsprechungen der beruflichen Befähigungsnachweise zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 199 vom 31.7.1985, S. 56)

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die vertragschließenden Parteien nehmen folgende Rechtsakte zur Kenntnis:

Allgemein

59. **74/C 81/01:** Bekanntmachung der Kommission betreffend Nachweise, Erklärungen und Bescheinigungen, die in den bis zum 1. Juni 1973 vom Rat erlassenen Richtlinien auf dem Gebiet der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs vorgesehen sind und sich beziehen auf die Zuverlässigkeit, die Konkursfreiheit und die Art und Dauer der in den Herkunftsländern ausgeübten Berufstätigkeiten (ABl. Nr. C 81 vom 13.7.1974, S. 1)

60. **374 Y 0820(01):** Entschließung des Rates vom 6. Juni 1974 über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise (ABl. Nr. C 98 vom 20.8.1974, S. 1)

Allgemeines System

61. **389 L 0048**: Erklärung des Rates und der Kommission anläßlich des Erlasses der Richtlinie 89/48/EWG über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. Nr. L 19 vom 24.1.1989, S. 23)

Ärzte

62. **375 X 0366**: Empfehlung 75/366/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 betreffend die Staatsangehörigen des Großherzogtums Luxemburg, die Inhaber eines in einem Drittland ausgestellten ärztlichen Diploms sind (ABl. Nr. L 167 vom 30.6.1975, S. 20)

63. **375 X 0367**: Empfehlung 75/367/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 zur klinischen Ausbildung des Arztes (ABl. Nr. L 167 vom 30.6.1975, S. 21)

64. **375 Y 0701(01)**: Erklärungen des Rates bei der Annahme der Texte über die Niederlassungsfreiheit und den freien Dienstleistungsverkehr für Ärzte in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 146 vom 1.7.1975, S. 1)

65. **386 X 0458**: Empfehlung 86/458/EWG des Rates vom 15. September 1986 betreffend die Staatsangehörigen des Großherzogtums Luxemburg, die Inhaber eines in einem Drittstaat ausgestellten Diploms als praktischer Arzt sind (ABl. Nr. L 267 vom 19.9.1986, S. 30)

66. **389 X 0601**: Empfehlung 89/601/EWG der Kommission vom 8. November 1989 über die Ausbildung des Gesundheitspersonals in Krebsfragen (ABl. Nr. L 346 vom 27.11.1989, S. 1)

Zahnärzte

67. **378 Y 0824(01)**: Erklärung des Rates zur Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Tätigkeit des Zahnarztes (ABl. Nr. C 202 vom 24.8.1978, S. 1)

Tiermedizin

68. **378 X 1029**: Empfehlung 78/1029/EWG des Rates vom 18. Dezember 1978 betreffend die Staatsangehörigen des Großherzogtums Luxemburg, die Inhaber eines in einem Drittstaat ausgestellten tierärztlichen Diploms sind (ABl. Nr. L 362 vom 23.12.1978, S. 12)

69. **378 Y 1223(01)**: Erklärungen des Rates zur Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise des Tierarztes und über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Niederlassungsrechts und des Rechts auf freien Dienstleistungsverkehr (ABl. Nr. C 308 vom 23.12.1978, S. 1)

Apotheker

70. **385 X 0435**: Empfehlung 85/435/EWG des Rates vom 16. September 1985 betreffend die Staatsangehörigen des Großherzogtums Luxemburg, die Inhaber eines in einem Drittstaat ausgestellten Apothekerdiploms sind (ABl. Nr. L 253 vom 24.9.1985, S. 45)

Architekten

71. **385 X 0386**: Empfehlung 85/386/EWG des Rates vom 10. Juni 1985 betreffend die Inhaber eines in einem Drittland erteilten Diploms auf dem Gebiet der Architektur (ABl. Nr. L 223 vom 21.8.85, S. 28)

Großhandel

72. **365 X 0077**: Empfehlung 65/77/EWG des Rates vom 12. Januar 1965 an die Mitgliedstaaten betreffend die in Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie 64/222/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Tätigkeiten des Großhandels sowie der Vermittlertätigkeiten in Handel, Industrie und Handwerk vorgesehenen Bescheinigungen über die Berufsausübung im Herkunftsland (ABl. Nr. 24 vom 11.2.1965, S. 413/65)

Industrie und Handwerk

73. **365 X 0076**: Empfehlung 65/76/EWG der Kommission vom 12. Januar 1965 an die Mitgliedstaaten betreffend die in Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie 64/427/EWG des Rates vom 7. Juli 1964 über die Einzelheiten der Übergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der selbständigen Tätigkeiten der be- und verarbeitenden Gewerbe der CITI-Hauptgruppe 23 bis 40 (Industrie- und Handwerk) vorgesehenen Bescheinigungen über die Berufsausbildung im Herkunftsland (ABl. Nr. 24 vom 11.2.1965, S. 410/65)

74. **369 X 0174**: Empfehlung 69/174/EWG der Kommission vom 24. Mai 1969 an die Mitgliedstaaten betreffend die Bescheinigungen über die Berufsausübung im Herkunftsland, die in Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 68/366/EWG des Rates vorgesehen sind
(ABl. Nr. L 146 vom 18.6.1969, S. 4)

* * * * * * * * * * *

ANHANG VIII

NIEDERLASSUNGSRECHT

Verzeichnis nach Artikel 31

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bestimmungen enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der Gemeinschaftsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der Europäischen Gemeinschaft
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

- - - - - - - - - -

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Im Sinne dieses Anhangs und unbeschadet der Bestimmungen des Protokolls 1 gelten als "Mitgliedstaaten" neben den in den entsprechenden Rechtsakten der Gemeinschaft angesprochenen Ländern auch Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

- - - - - - - - - -

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **361 X 1201P0032/62**: Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs (ABl. Nr. 002 vom 15.1.1962, S. 32; englische Fassung: englische Sonderausgabe (Reihe 2) IX, S. 3)

Das Allgemeine Programm gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Abschnitt III Absatz 1 erster Gedankenstrich wird der Verweis auf Artikel 55 des EWG-Vertrags ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 32 dieses Abkommens.

b) In Abschnitt III Absatz 1 zweiter Gedankenstrich wird der Verweis auf Artikel 56 des EWG-Vertrags ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 33 dieses Abkommens.

c) In Abschnitt III Absatz 1 dritter Gedankenstrich wird der Verweis auf Artikel 61 des EWG-Vertrags ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 38 dieses Abkommens.

d) In Abschnitt VI Absatz 1 wird der Verweis auf Artikel 57 Absatz 3 des EWG-Vertrags ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 30 dieses Abkommens.

2. **361 X 1202P0036/62**: Allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit (ABl. Nr. 002 vom 15.1.1962, S. 36; englische Fassung: englische Sonderausgabe (Reihe 2) IX, S. 7).

Das Allgemeine Programm gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Abschnitt I Absatz 1 findet der erste Satz bis "(...) nach Inkrafttreten des Vertrages unabhängig gewordenen überseeischen Ländern und Hoheitsgebieten ..." keine Anwendung.

b) Abschnitt I wird um folgenden Absatz ergänzt:

'Verweise auf überseeische Länder und Hoheitsgebiete gelten im Sinne der Bestimmungen des Artikels 126 des EWR-Abkommens.'

c) In Abschnitt V Absatz 1 wird der Verweis auf Artikel 57 Absatz 3 des EWG-Vertrags ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 30 dieses Abkommens.

d) In Abschnitt VII wird der Verweis auf Artikel 92 ff des Vertrages ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 61 ff dieses Abkommens.

3. **373 R 0148**: Richtlinie 73/148/EWG des Rates vom 21. Mai 1973 zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten innerhalb der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Niederlassung und des Dienstleistungsverkehrs (ABl. Nr. L 172 vom 28.6.1973, S. 14)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 wird der Wortlaut ""Aufenthaltserlaubnis für Angehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaften" ersetzt durch den Wortlaut "Aufenthaltserlaubnis".

   b) Artikel 10 findet keine Anwendung.

4. **375 L 0034**: Richtlinie 75/34/EWG des Rates vom 17. Dezember 1974 über das Recht der Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats, nach Beendigung der Ausübung einer selbständigen Tätigkeit im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats zu verbleiben (ABl. Nr. L 14 vom 20.1.1975, S. 10)

5. **375 L 0035**: Richtlinie 75/35/EWG des Rates vom 17. Dezember 1974 zur Erweiterung des Geltungsbereichs der Richtlinie 64/221/EWG zur Koordinierung der Sondervorschriften für die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern, soweit sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind, auf die Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats, die von dem Recht, nach Beendigung einer selbständigen Tätigkeit im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zu verbleiben, Gebrauch machen (ABl. Nr. L 14 vom 20.1.1975, S. 14)

6. **390 L 0364**: Richtlinie 90/364/EWG vom 28. Juni 1990 über das Aufenthaltsrecht (ABl. Nr. L 180 vom 13.7.1990, S. 26)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   In Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 1 werden die Worte "Aufenthaltserlaubnis für Staatsangehörige eines EWG-Mitgliedstaats" ersetzt durch das Wort "Aufenthaltserlaubnis".

7. **390 L 0365**: Richtlinie 90/365/EWG vom 28. Juni 1990 über das Aufenthaltsrecht der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätigen (ABl. Nr. L 180 vom 13.7.1990, S. 28)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 1 werden die Worte "Aufenthaltserlaubnis für Staatsangehörige eines EWG-Mitgliedstaats" ersetzt durch das Wort "Aufenthaltserlaubnis".

8. **390 L 0366**: Richtlinie 90/366/EWG vom 28. Juni 1990 über das Aufenthaltsrecht der Studenten (ABl. Nr. L 180 vom 13.7.1990, S. 30)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 1 werden die Worte "Aufenthaltserlaubnis für Staatsangehörige eines EWG-Mitgliedstaats" ersetzt durch das Wort "Aufenthaltserlaubnis".

9. Unbeschadet der Artikel 31 bis 35 des Abkommens und der Bestimmungen dieses Anhangs kann Island die am Tag der Unterzeichnung des Abkommens bestehenden Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit für Personen fremder Staatsangehörigkeit und eigene Staatsangehörige ohne gesetzlichen Wohnsitz in Island in den Bereichen Fischerei und Fischverarbeitung weiterhin anwenden.

10. Unbeschadet der Artikel 31 bis 35 des Abkommens und der Bestimmungen dieses Anhangs kann Norwegen die am Tag der Unterzeichnung des Abkommens bestehenden Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit für Personen fremder Staatsangehörigkeit, die im Fischereiwesen tätig sind, oder für Unternehmen, die Eigentümer oder Betreiber von Fischereifahrzeugen sind, weiterhin anwenden.

* * * * * * * * * *

ANHANG IX

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Verzeichnis nach Artikel 36

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

- - - - - -

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Bei dem Austausch von Informationen zwischen den zuständigen Stellen der EG-Mitgliedstaaten, wie er in den in diesem Anhang aufgeführten Rechtsakten vorgesehen ist, findet für die Zwecke dieses Abkommens Protokoll 1 Nummer 7 Anwendung.

- - - - - -

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

I. VERSICHERUNGEN

i) Versicherungen mit Ausnahme von Lebensversicherungen

1. **364 L 0225**: Richtlinie 64/225/EWG des Rates vom 25. Februar 1964 zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs auf dem Gebiet der Rückversicherung und Retrozession (ABl. Nr. 56 vom 4.4.1964, S. 878/64).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 3 findet keine Anwendung.

2. **373 L 0239**: Erste Richtlinie 73/239/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) (ABl. Nr. L 228 vom 16.8.1973, S. 3); geändert durch

   - **376 L 0580**: Richtlinie 76/580/EWG des Rates vom 29. Juni 1976 (ABl. Nr. L 189 vom 13.7.1976, S. 13)

- **384 L 0641**: Richtlinie 84/641/EWG des Rates vom 10. Dezember 1984 zur insbesondere auf die touristische Beistandsleistung bezüglichen Änderung der Ersten Richtlinie 73/239/EWG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) (ABl. Nr. L 339 vom 27.12.1984, S. 21)

- **387 L 0343**: Richtlinie 87/343/EWG des Rates vom 22. Juni 1987 zur Änderung hinsichtlich der Kreditversicherung und der Kautionsversicherung der Ersten Richtlinie 73/239/EWG (ABl. Nr. L 185 vom 4.7.1987, S. 72)

- **387 L 0344**: Richtlinie 87/344/EWG des Rates vom 22. Juni 1987 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Rechtsschutzversicherung (ABl. Nr. L 185 vom 4.7.1987, S. 77)

- **388 L 0357**: Zweite Richtlinie 88/357/EWG des Rates vom 22. Juni 1988 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG (ABl. Nr. L 172 vom 4.7.1988, S. 1)

- **390 L 0618**: Richtlinie 90/618/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG und der Richtlinie 88/357/EWG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) insbesondere bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. Nr. L 330 vom 29.11.1990, S. 44)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 wird wie folgt ergänzt:

" f) in Island
- Húsatryggingar Reykjavíkurborgar
- Viðlagatrygging Islands

g) in der Schweiz
- Aargau: Aargauisches Versicherungsamt, Aarau
- Appenzell Ausser-Rhoden: Brand- und Elementarschadenversicherung Appenzell AR, Herisau
- Basel-Land: Basellandschaftliche Gebäudeversicherung, Liestal
- Basel-Stadt: Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt, Basel
- Bern / Berne: Gebäudeversicherung des Kantons Bern, Bern / Assurance immobilière du canton de Berne, Berne
- Fribourg / Freiburg: Etablissement cantonal d'assurance des bâtiments du canton de Fribourg, Fribourg / Kantonale Gebäudeversicherungsanstalt Freiburg, Freiburg
- Glarus: Kantonale Sachversicherung Glarus, Glarus
- Graubünden / Grigioni / Grischun: Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons Graubünden, Chur / Istituto d'assicurazione fabbricati del cantone dei Grigioni, Coira / Institut dil cantun Grischun per assicuranzas da baghetgs, Cuera
- Jura: Assurance immobilière de la République et canton du Jura, Saignelégier
- Luzern: Gebäudeversicherung des Kantons Luzern, Luzern

- Neuchâtel: Etablissement cantonal d'assurance immobilière contre l'incendie, Neuchâtel
- Nidwalden: Nidwaldner Sachversicherung, Stans
- Schaffhausen: Gebäudeversicherung des Kantons Schaffhausen, Schaffhausen
- Solothurn: Solothurnische Gebäudeversicherung, Solothurn
- St. Gallen: Gebäudeversicherungsanstalt des Kantons St. Gallen, St. Gallen
- Thurgau: Gebäudeversicherung des Kantons Thurgau, Frauenfeld
- Vaud: Etablissement d'assurance contre l'incendie et les éléments naturels du canton de Vaud, Lausanne
- Zug: Gebäudeversicherung des Kantons Zug, Zug
- Zürich: Gebäudeversicherung des Kantons Zürich, Zürich"

b) Artikel 8 wird wie folgt ergänzt:

" - in Österreich:
Aktiengesellschaft, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

- in Finnland:
Keskinäinen Vakuutusyhtiö / Ömsesidigt Försäkringsbolag,
Vakuutusosakeyhtiö / Försäkringsaktiebolag,
Vakuutusyhdistys / Försäkringsförening

- in Island:
Hlutafélag, Gagnkvæmt félag

- in Liechtenstein:
Aktiengesellschaft, Genossenschaft

- in Norwegen:
Aksjeselskaper, Gjensidige selskaper

- in Schweden:
Försäkringsaktiebolag, Ömsesidiga försäkringsbolag,
Understödsföreningar

- in der Schweiz:
Aktiengesellschaft / Société anonyme / Società anonima,
Genossenschaft / Société coopérative / Società cooperativa"

c) Artikel 29 findet keine Anwendung; es gilt folgende Bestimmung:

Jede Vertragspartei kann in Abkommen, die mit einem oder mehreren Drittländern geschlossen werden, die Anwendung von Vorschriften vereinbaren, die von den in Artikel 23 bis 28 vorgesehenen Bestimmungen abweichen, sofern ihren versicherten Personen ein angemessener und gleichwertiger Schutz gewährt wird. Vor Abschluß eines solchen Abkommens unterrichten und beraten sich die Vertragsparteien untereinander.

Die Vertragsparteien sehen von Bestimmungen ab, die dazu führen, daß Zweigniederlassungen von Versicherungsunternehmen, welche ihren Sitz außerhalb des Gebiets der Vertragsparteien haben, gegenüber Zweigniederlassungen von Versicherungsunternehmen mit Sitz im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien bevorzugt behandelt werden.

d) Die Artikel 30, 31, 32 und 34 finden keine Anwendung; es gilt folgende Bestimmung:

Die von Finnland, Island und Norwegen gesondert zu bezeichnenden Unternehmen für Versicherungen mit Ausnahme von Lebensversicherungen werden von den Bestimmungen der Artikel 16 und 17 ausgenommen. Die zuständige Aufsichtsbehörde verpflichtet diese Unternehmen, den sich aus den Bestimmungen dieser Artikel ergebenden Verpflichtungen bis 1. Januar 1995 nachzukommen. Vor Ablauf dieser Frist prüft der Gemeinsame EWR-Ausschuß die wirtschaftliche Lage der Unternehmen, die die Auflagen noch nicht erfüllen, und gibt entsprechende Empfehlungen. Solange ein Versicherungsunternehmen die Verpflichtungen aus den Artikeln 16 und 17 nicht erfüllt, sieht es von der Eröffnung einer Zweigniederlassung oder der Erbringung von Dienstleistungen auf dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei ab. Unternehmen, die ihre Tätigkeit gemäß Artikel 8 Absatz 2 bzw. Artikel 10 auszudehnen beabsichtigen, sind nur dann dazu berechtigt, wenn sie den Bestimmungen der Richtlinie unmittelbar nachkommen.

e) In der Frage der in Artikel 29b (siehe Artikel 4 der Richtlinie 90/618/EWG des Rates) behandelten Beziehungen zu Versicherungsunternehmen von Drittländern gilt folgendes:

1) Um bei der Anwendung einer Drittlandregelung in bezug auf Versicherungsunternehmen ein Höchstmaß an Konvergenz zu erreichen, unterrichten sich die Vertragsparteien gemäß Artikel 29b Absätze 1 und 5 gegenseitig und beraten sich über die in Artikel 29b Absätze 2, 3 und 4 genannten Angelegenheiten im Rahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und entsprechend den von den Vertragsparteien zu vereinbarenden besonderen Verfahren.

2) Erhält ein Versicherungsunternehmen als direktes oder indirektes Tochterunternehmen von Mutterunternehmen, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, von den zuständigen Behörden einer Vertragspartei die Zulassung, so gilt diese nach den Bestimmungen der Richtlinie für das gesamte Hoheitsgebiet aller Vertragsparteien. Dagegen

a) gelten Zulassungen, die von den zuständigen Behörden in der Gemeinschaft Versicherungsunternehmen erteilt werden, welche direkte oder indirekte Tochterunternehmen von Mutterunternehmen sind, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, ausschließlich in der Gemeinschaft, wenn das Drittland Niederlassungen von Versicherungsunternehmen eines EFTA-Staates mengenmäßig beschränkt oder diesen Versicherungsunternehmen Beschränkungen auferlegt, die es nicht gegen Versicherungsunternehmen der Gemeinschaft anwendet, es sei denn, ein EFTA-Staat sieht für seinen eigenen Zuständigkeitsbereich etwas anderes vor;

b) gelten Zulassungen, die die zuständige Behörde eines EFTA-Staates Versicherungsunternehmen erteilt, welche direkte oder indirekte Tochterunternehmen von Mutterunternehmen sind, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, ausschließlich in dem Zuständigkeitsbereich dieses EFTA-Staates, wenn die Gemeinschaft entschieden hat, daß Entscheidungen über die Zulassung solcher Versicherungsunternehmen beschränkt oder ausgesetzt werden, es sei denn, eine andere Vertragspartei sieht für ihren eigenen Zuständigkeitsbereich etwas anderes vor;

c) darf die in den Unterabsätzen a) und b) erwähnte Beschränkung bzw. Aussetzung von Zulassungsentscheidungen sich nicht auf Versicherungsunternehmen oder deren Tochterunternehmen beziehen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei bereits zugelassen sind.

3) Bei Verhandlungen mit einem Drittland auf der Grundlage des Artikels 29b Absätze 3 und 4 mit dem Ziel, daß ihre Versicherungsunternehmen wie inländische Versicherungsunternehmen behandelt werden und einen effektiven Marktzugang erlangen, ist die Gemeinschaft bestrebt, für Versicherungsunternehmen von EFTA-Ländern die gleiche Behandlung zu erreichen.

3. **373 L 0240**: Richtlinie 73/240/EWG des Rates vom 24. Juli 1973 zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit auf dem Gebiet der Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung (ABl. Nr. L 228 vom 16.8.1973, S. 20)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Artikel 1, 2 und 5 finden keine Anwendung.

4. **378 L 0473**: Richtlinie 78/473/EWG des Rates vom 30. Mai 1978 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet der Mitversicherung auf Gemeinschaftsebene (ABl. Nr. L 151 vom 7.6.1978, S. 25)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 9 findet keine Anwendung.

5. **384 L 0641**: Richtlinie 84/641/EWG des Rates vom 10. Dezember 1984 zur insbesondere auf die touristische Beistandsleistung bezüglichen Änderung der Ersten Richtlinie 73/239/EWG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) (ABl. Nr. L 339 vom 27.12.1984, S. 21)

6. **387 L 0344**: Richtlinie 87/344/EWG des Rates vom 22. Juni 1987 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Rechtsschutzversicherung (ABl. Nr. L 185 vom 4.7.1987, S. 77)

7. **388 L 0357**: Zweite Richtlinie 88/357/EWG des Rates vom 22. Juni 1988 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG (ABl. Nr. L 172 vom 4.7.1988, S. 1); geändert durch

- **390 L 0618**: Richtlinie 90/618/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG und der Richtlinie 88/357/EWG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung), insbesondere bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. Nr. L 330 vom 29.11.1990, S. 44)

ii) Kraftfahrzeugversicherungen

8. **372 L 0166**: Richtlinie 72/166/EWG des Rates vom 24. April 1972 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und der Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (ABl. Nr. L 103 vom 2.5.1972, S. 1); geändert durch

   - **372 L 0430**: Richtlinie 72/430/EWG des Rates vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 291 vom 28.12.1972, S. 162)

   - **384 L 0005**: Zweite Richtlinie 84/5/EWG des Rates vom 30. Dezember 1983 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. Nr. L 8 vom 11.1.1984, S. 17)

   - **390 L 0232**: Dritte Richtlinie 90/232/EWG des Rates vom 14. Mai 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. Nr. L 129 vom 19.5.1990, S. 33)

   - **391 D 0323**: Entscheidung der Kommission vom 30. Mai 1991 zur Durchführung der Richtlinie 72/166/EWG des Rates (ABl. Nr. L 177 vom 5.7.1991, S. 25)

9. **384 L 0005**: Zweite Richtlinie 84/5/EWG des Rates vom 30. Dezember 1983 betreffend die Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten bezüglich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. Nr. L 8 vom 11.1.1984, S. 17); geändert durch

   - **390 L 0232**: Dritte Richtlinie 90/232/EWG des Rates vom 14. Mai 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. Nr. L 129 vom 19.5.1990, S. 33)

10. **390 L 0232**: Dritte Richtlinie 90/232/EWG des Rates vom 14. Mai 1990 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (ABl. Nr. L 129 vom 19.5.1990, S. 33)

iii) Lebensversicherungen

11. **379 L 0267**: Erste Richtlinie 79/267/EWG des Rates vom 5. März 1979 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Direktversicherung (Lebensversicherung) (ABl. Nr. L 63 vom 13.3.1979, S. 1); geändert durch

   - **390 L 0619**: Zweite Richtlinie 90/619/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 79/267/EWG (ABl. Nr. L 330 vom 29.11.1990, S. 50)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 4 wird wie folgt ergänzt:

"In Finnland betrifft diese Richtlinie nicht die Rentengeschäfte von Rentenversicherungsunternehmen nach dem Arbeitnehmerrentengesetz (TEL) und andere damit zusammenhängende finnische Rechtsvorschriften. Die finnischen Behörden gestatten jedoch allen Staatsangehörigen und Unternehmen von Vertragsparteien im Sinne der Nichtdiskriminierung, die in Artikel 1 bezeichneten, mit dieser Ausnahme verbundenen Tätigkeiten nach finnischem Recht auszuüben, mittels

- Erwerb von Eigentum oder Beteiligung an einem bestehenden Versicherungsunternehmen oder einer -gruppe bzw. mittels
- Gründung oder Beteiligung an neuen Versicherungsunternehmen oder -gruppen, einschließlich Rentenversicherungsunternehmen."

b) Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a) wird wie folgt ergänzt:

" - in Österreich:
Aktiengesellschaft, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

- in Finnland:
Keskinäinen Vakuutusyhtiö / Ömsesidigt Försäkringsbolag,
Vakuutusosakeyhtiö / Försäkringsaktiebolag,
Vakuutusyhdistys / Försäkringsförening

- in Island:
Hlutafélag, Gagnkvæmt félag

- in Liechtenstein:
Aktiengesellschaft, Genossenschaft, Stiftung

- in Norwegen:
Aksjeselskaper, Gjensidige selskaper

- in Schweden:
Försäkringsaktiebolag, Ömsesidiga försäkringsbolag,
Understödsföreningar

- in der Schweiz:
Aktiengesellschaft / Société anonyme / Società anonima,
Genossenschaft / Société coopérative / Società cooperativa,
Stiftung / Fondation / Fondazione"

c) Artikel 13 Absatz 5 und die Artikel 33, 34, 35 und 36 finden keine Anwendung; es gilt folgende Bestimmung:

Die von Island gesondert zu bezeichnenden Lebensversicherungsunternehmen werden von den Artikeln 18, 19 und 20 ausgenommen. Die zuständige Aufsichtsbehörde verpflichtet diese Unternehmen, den sich aus den genannten Artikeln ergebenden Verpflichtungen bis 1. Januar 1995 nachzukommen. Vor Ablauf dieser Frist prüft der Gemeinsame EWR-Ausschuß die wirtschaftliche Lage der Unternehmen, die die Auflagen noch nicht erfüllen, und gibt entsprechende Empfehlungen. Solange ein Versicherungsunternehmen die Verpflichtungen aus den Artikeln 18, 19 und 20 nicht erfüllt, sieht es von der Eröffnung einer Zweigniederlassung oder der Erbringung von Dienstleistungen auf dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei ab.

Unternehmen, die ihre Tätigkeit gemäß Artikel 8 Absatz 2 bzw. Artikel 10 auszudehnen beabsichtigen, sind nur dann dazu berechtigt, wenn sie den Bestimmungen der Richtlinie unmittelbar nachkommen.

d) Artikel 32 findet keine Anwendung; es gilt folgende Bestimmung:

Jede Vertragspartei kann in Abkommen, die mit einem oder mehreren Drittländern geschlossen werden, die Anwendung von Vorschriften vereinbaren, die von den in den Artikeln 27 bis 31 der Richtlinie vorgesehenen Bestimmungen abweichen, sofern den versicherten Personen ein angemessener und gleichwertiger Schutz gewährt wird.

Vor Abschluß eines solchen Abkommens unterrichten und beraten sich die Vertragsparteien untereinander.

Die Vertragsparteien sehen von Bestimmungen ab, die dazu führen, daß Zweigniederlassungen von Versicherungsunternehmen, welche ihren Sitz außerhalb des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien haben, gegenüber Zweigniederlassungen von Versicherungsunternehmen mit Sitz im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien bevorzugt behandelt werden.

e) In der Frage der in Artikel 32b (siehe Artikel 9 der Richtlinie 90/619/EWG des Rates) behandelten Beziehungen zu Versicherungsunternehmen von Drittländern gilt folgendes:

1) Um bei der Anwendung einer Drittlandregelung in bezug auf Versicherungsunternehmen ein Höchstmaß an Konvergenz zu erreichen, unterrichten sich die Vertragsparteien gemäß Artikel 32b Absätze 1 und 5 gegenseitig und beraten sich über die in Artikel 32b Absätze 2, 3 und 4 genannten Angelegenheiten im Rahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und entsprechend den von den Vertragsparteien zu vereinbarenden besonderen Verfahren.

2) Erhält ein Versicherungsunternehmen als direktes oder indirektes Tochterunternehmen von Mutterunternehmen, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, von den zuständigen Behörden einer Vertragspartei die Zulassung, so gilt diese nach den Bestimmungen der Richtlinie für das gesamte Hoheitsgebiet aller Vertragsparteien. Dagegen

a) gelten Zulassungen, die von den zuständigen Behörden in der Gemeinschaft Versicherungsunternehmen erteilt werden, welche direkte oder indirekte Tochterunternehmen von Mutterunternehmen sind, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, ausschließlich in der Gemeinschaft, wenn das Drittland Niederlassungen von Versicherungsunternehmen eines EFTA-Staates mengenmäßig beschränkt oder diesen Versicherungsunternehmen Beschränkungen auferlegt, die es nicht gegen Versicherungsunternehmen der Gemeinschaft anwendet, es sei denn, ein EFTA-Staat sieht für seinen eigenen Zuständigkeitsbereich etwas anderes vor;

b) gelten Zulassungen, die die zuständige Behörde eines EFTA-Staates Versicherungsunternehmen erteilt, welche direkte oder indirekte Tochterunternehmen von Mutterunternehmen sind, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, ausschließlich in dem Zuständigkeitsbereich dieses EFTA-Staates, wenn die Gemeinschaft entschieden hat, daß Entscheidungen über die Zulassung solcher Versicherungsunternehmen beschränkt oder ausgesetzt werden, es sei denn, eine andere Vertragspartei sieht für ihren eigenen Zuständigkeitsbereich etwas anderes vor;

c) darf die in den Unterabsätzen a) und b) erwähnte Beschränkung bzw. Aussetzung von Zulassungsentscheidungen sich nicht auf Versicherungsunternehmen oder deren Tochterunternehmen beziehen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei bereits zugelassen sind.

3) Bei Verhandlungen mit einem Drittland auf der Grundlage des Artikels 32b Absätze 3 und 4 mit dem Ziel, daß ihre Versicherungsunternehmen wie inländische Versicherungsunternehmen behandelt werden und einen effektiven Marktzugang erlangen, ist die Gemeinschaft bestrebt, für Versicherungsunternehmen von EFTA-Ländern die gleiche Behandlung zu erreichen.

f) In Artikel 13 Absatz 3 werden die Worte "zum Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Richtlinie" durch "zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des EWR-Abkommens" ersetzt.

12. **390 L 0619**: Zweite Richtlinie 90/619/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 79/267/EWG (ABl. Nr. L 330 vom 29.11.1990, S. 50)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 9: siehe Anpassung (e) zur Richtlinie 79/267/EWG des Rates

iv) Sonstiges

13. **377 L 0092**: Richtlinie 77/92/EWG des Rates vom 13. Dezember 1976 über Maßnahmen zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für die Tätigkeiten des Versicherungsagenten und des Versicherungsmaklers (aus ISIC-Gruppe 630), insbesondere Übergangsmaßnahmen für solche Tätigkeiten (ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 14)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a) wird wie folgt ergänzt:

in Österreich:
- Versicherungsmakler
- Rückversicherungsmakler

in Finnland:
- Vakuutuksenvälittäjä / Försäkringsmäklare

in Island:
- Vátryggingamiðlari

in Liechtenstein:
- Versicherungsmakler

in Norwegen:
- Forsikringsmegler

in Schweden:
- Försäkringsmäklare

in der Schweiz:
- Versicherungsmakler
- Courtier en assurances
- Mediatore d'assicurazione
- Broker

b) Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b) wird wie folgt ergänzt:

" in Österreich:
- Versicherungsvertreter

in Finnland:
- Vakuutusasiamies / Försäkringsombud

in Island:
- Vátryggingaumboðsmaður

in Liechtenstein:
- Versicherungs-Generalagent
- Versicherungsagent
- Versicherungsinspektor

in Norwegen:
- Assurandør
- Agent

in Schweden:
- Försäkringsombud

in der Schweiz:
- Versicherungs-Generalagent
- Agent général d'assurance
- Agente generale d'assicurazione
- Versicherungsagent
- Agent d'assurance
- Agente d'assicurazione
- Versicherungsinspektor
- Inspecteur d'assurance
- Ispettore d'assicurazione"

c) Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c) wird wie folgt ergänzt:

" in Island:
- Vátryggingadlölumaður

in Norwegen:
- Underagent"

II. BANKEN UND KREDITINSTITUTE

i) Koordinierung der Rechtsvorschriften über die Niederlassungsfreiheit und den freien Dienstleistungsverkehr

14. **373 L 0183**: Richtlinie 73/183/EWG des Rates vom 28. Juni 1973 zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs für selbständige Tätigkeiten der Kreditinstitute und anderer finanzieller Einrichtungen (ABl. Nr. L 194 vom 16.7.1973, S. 1, berichtigt in ABl. Nr. L 320 vom 21.11.1973, S. 26 und ABl. Nr. L 17 vom 22.1.1974, S. 22)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die Artikel 1, 2, 3 und 6 der Richtlinie finden keine Anwendung.

b) In Artikel 5 Absätze 1 und 3 der Richtlinie werden die Worte "in Artikel 2" jeweils durch "in Anhang II (mit Ausnahme der Kategorie 4)" ersetzt.

15. **377 L 0780**: Erste Richtlinie 77/780/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (ABl. Nr. L 322 vom 17.12.1977, S. 30); geändert durch

- **386 L 0524**: Richtlinie 86/524/EWG des Rates vom 27. Oktober 1986 zur Änderung der Richtlinie 77/780/EWG hinsichtlich der Liste der ständigen Ausklammerungen bestimmter Kreditinstitute (ABl. Nr. L 309 vom 4.11.1986, S. 15)

- **389 L 0646**: Zweite Richtlinie 89/646/EWG des Rates vom 15. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie 77/780/EWG (ABl. Nr. L 386 vom 30.12.1989, S. 1)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 2 Absätze 5 und 6, Artikel 3 Absatz 3 Buchstaben b bis d, Artikel 9 Absätze 2 und 3 sowie Artikel 10 der Richtlinie finden keine Anwendung.

b) Artikel 2 Absatz 2 wird wie folgt ergänzt:

" - in Österreich: als gemeinnützige Bausparvereine anerkannte Unternehmen

- in Island: "Byggingarsjodir rikisins"

- in Liechtenstein: die "Liechtensteinische Landesbank"

- in Schweden: die "Svenska skeppshypotekskassan""

c) Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

16. **389 L 0646**: Zweite Richtlinie 89/646/EWG des Rates vom 15. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute und zur Änderung der Richtlinie 77/780/EWG (ABl. Nr. L 386 vom 30.12.1989, S. 1).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In der Frage der in Artikel 8 und 9 der Richtlinie behandelten Beziehungen zu Kreditinstituten von Drittländern gilt folgendes:

1) Um bei der Anwendung einer Drittlandregelung in bezug auf Kreditinstitute ein Höchstmaß an Konvergenz zu erreichen, unterrichten sich die Vertragsparteien gemäß Artikel 9 Absätze 1 und 5 gegenseitig und beraten sich über die in Artikel 9 Absätze 2, 3 und 4 genannten Angelegenheiten im Rahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und entsprechend den von den Vertragsparteien zu vereinbarenden besonderen Verfahren.

2) Erhält ein Kreditinstitut als direktes oder indirektes Tochterunternehmen von Mutterunternehmen, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, von den zuständigen Behörden einer Vertragspartei die Zulassung, so gilt diese nach den Bestimmungen der Richtlinie für das gesamte Hoheitsgebiet aller Vertragsparteien. Dagegen

a) gelten Zulassungen, die von den zuständigen Behörden in der Gemeinschaft Kreditinstituten erteilt werden, welche direkte oder indirekte Tochterunternehmen von Mutterunternehmen sind, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, ausschließlich in der Gemeinschaft, wenn das Drittland Niederlassungen von Kreditinstituten eines EFTA-Staates mengenmäßig beschränkt oder diesen Kreditinstituten Beschränkungen auferlegt, die es nicht gegen Kreditinstitute der Gemeinschaft anwendet, es sei denn, ein EFTA-Staat sieht für seinen eigenen Zuständigkeitsbereich etwas anderes vor;

b) gelten Zulassungen, die die zuständige Behörde eines EFTA-Staates Kreditinstituten erteilt, welche direkte oder indirekte Tochterunternehmen von Mutterunternehmen sind, die dem Recht eines Drittlandes unterliegen, ausschließlich in dem Zuständigkeitsbereich dieses EFTA-Staates, wenn die Gemeinschaft entschieden hat, daß Entscheidungen über die Zulassung solcher Kreditinstitute beschränkt oder ausgesetzt werden, es sei denn, eine andere Vertragspartei sieht für ihren eigenen Zuständigkeitsbereich etwas anderes vor;

c) darf die in den Unterabsätzen a) und b) erwähnte Beschränkung bzw. Aussetzung von Zulassungsentscheidungen sich nicht auf Kreditinstitute oder deren Tochterunternehmen beziehen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei bereits zugelassen sind.

3) Bei Verhandlungen mit einem Drittland auf der Grundlage des Artikels 9 Absätze 3 und 4 mit dem Ziel, daß ihre Kreditinstitute wie inländische Kreditinstitue behandelt werden und einen effektiven Marktzugang erlangen, ist die Gemeinschaft bestrebt, für Kreditinstitute von EFTA-Ländern die gleiche Behandlung zu erreichen.

b) In Artikel 10 Absatz 2 werden die Worte "zum Zeitpunkt der Umsetzung dieser Richtlinie" durch "bei Inkrafttreten des EWR-Abkommens" und die Worte "zum Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Richtlinie" durch "zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des EWR-Abkommens" ersetzt.

c) Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen. Während der Übergangszeit erkennt es gemäß den Bestimmungen der Richtlinie die von den zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien erteilten Zulassungen für Kreditinstitute an. Von den zuständigen isländischen Behörden erteilte Zulassungen gelten vor der vollständigen Anwendung der Richtlinie nicht EWR-weit.

ii) aufsichtsrechtliche Verpflichtungen und Vorschriften

17. **389 L 0299**: Richtlinie 89/299/EWG des Rates vom 17. April 1989 über die Eigenmittel von Kreditinstituten (ABl. Nr. L 124 vom 5.5.1989, S. 16)

18. **389 L 0647**: Richtlinie 89/647/EWG des Rates vom 18. Dezember 1989 über einen Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute (ABl. Nr. L 386 vom 30.12.1989, S. 14)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Ausleihungen, die vollständig oder teilweise durch Anteile an finnischen Wohneigentumsgesellschaften gesichert sind, welche ihre Tätigkeit gemäß dem finnischen Gesetz für Wohneigentumsgesellschaften von 1991 oder späteren gleichwertigen Rechtsvorschriften ausüben, werden nach der in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) Nummer 1 der Richtlinie festgelegten Regelung wie Hypotheken auf Wohneigentum gewichtet.

b) Artikel 11 Absatz 4 findet ebenfalls auf Österreich und Island Anwendung.

c) Österreich und Finnland schaffen vor dem 1. Januar 1993 ein System zur Ermittlung der Kreditinstitute, die nicht in der Lage sind, der in Artikel 10 Absatz 1 der Richtlinie festgelegten Verpflichtung nachzukommen. Für diese Kreditinstitute leitet die zuständige Behörde die erforderlichen Maßnahmen ein, um sicherzustellen, daß der Solvabilitätskoeffizient von 8% möglichst bald und spätestens bis 1. Januar 1995 erreicht wird. Solange die betreffenden Kreditinstitute den Solvabilitätskoeffizienten von 8% nicht erreichen, betrachten die zuständigen Behörden in Österreich und in Finnland die Finanzlage dieser Kreditinstitute in bezug auf Artikel 19 Absatz 3 der Richtlinie 89/646/EWG des Rates als unzureichend.

19. **391 L 0031**: Richtlinie 91/31/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1990 zur technischen Anpassung der Definition der "multilateralen Entwicklungsbanken" in der Richtlinie 89/647/EWG des Rates vom 18. Dezember 1989 über einen Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute (ABl. Nr. L 17 vom 23.1.1991, S. 20)

iii) Beaufsichtigung und Abschlüsse

20. **383 L 0350**: Richtlinie 83/350/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 über die Beaufsichtigung der Kreditinstitute auf konsolidierter Basis (ABl. Nr. L 193 vom 18.7.1983, S. 18)

21. **386 L 0635**: Richtlinie 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluß und den konsolidierten Abschluß von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1986, S. 1)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Österreich, Norwegen und Schweden kommen der Richtlinie bis 1. Januar 1995, Liechtenstein und die Schweiz bis 1. Januar 1996 nach. Während der Übergangszeit werden die von den Kreditinstituten der Vertragsparteien für Zweigniederlassungen veröffentlichten Jahresabschlüsse gegenseitig anerkannt.

22. **389 L 0117**: Richtlinie 89/117/EWG des Rates vom 13. Februar 1989 über die Pflichten der in einem Mitgliedstaat eingerichteten Zweigniederlassungen von Kreditinstituten und Finanzinstituten mit Sitz außerhalb dieses Mitgliedstaats zur Offenlegung von Jahresabschlußunterlagen (ABl. Nr. L 44 vom 16.2.1989, S. 40)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Artikel 3 findet keine Anwendung.

23. **391 L 0308**: Richtlinie 91/308/EWG des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche (ABl. Nr. L 166 vom 28.6.1991, S. 77)

    Modalitäten zur Assoziierung von EFTA-Staaten gemäß Artikel 101 des Abkommens:

    Für jeden EFTA-Staat kann sich ein Sachverständiger an den in Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben a und b bezeichneten Aufgaben des Kontaktausschusses für Fragen der Geldwäsche beteiligen. Hinsichtlich der Beteiligung von Sachverständigen der EFTA-Staaten an den in Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben c und d bezeichneten Aufgaben finden die entsprechenden Bestimmungen des Abkommens Anwendung.
    Zu gegebener Zeit gibt die EG-Kommission den Teilnehmern den Termin für die Sitzung des Ausschusses bekannt und übermittelt ihnen die sachdienlichen Unterlagen.

III. BÖRSE UND WERTPAPIERMÄRKTE

i) Amtliche Notierung und Transaktionen

24. **379 L 0279**: Richtlinie 79/279/EWG des Rates vom 5. März 1979 zur Koordinierung der Bedingungen für die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse (ABl. Nr. L 66 vom 16.3.1979, S. 21), geändert durch

    - **388 L 0627**: Richtlinie 88/627/EWG des Rates vom 12. Dezember 1988 über die bei Erwerb und Veräußerung einer bedeutenden Beteiligung an einer börsennotierten Gesellschaft zu veröffentlichenden Informationen (ABl. Nr. L 348 vom 17.12.1988, S. 62)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Island und die Schweiz kommen der Richtlinie bis 1. Januar 1995 nach. Während der Übergangszeit tauschen diese Staaten mit den zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien Informationen über die in der Richtlinie geregelten Angelegenheiten aus.

25. **380 L 0390**: Richtlinie 80/390/EWG des Rates vom 17. März 1980 zur Koordinierung der Bedingungen für die Erstellung, die Kontrolle und die Verbreitung des Prospekts, der für die Zulassung von Wertpapieren zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse zu veröffentlichen ist (ABl. Nr. L 100 vom 17.4.1980, S. 1), geändert durch

    - **387 L 0345**: Richtlinie 87/345/EWG des Rates vom 22. Juni 1987 (ABl. Nr. L 185 vom 4.7.1987, S. 81)

    - **390 L 0211**: Richtlinie 90/211/EWG des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung der Richtlinie 80/390/EWG hinsichtlich der gegenseitigen Anerkennung der Prospekte für öffentliche Angebote als Börsenprospekt (ABl. Nr. L 112 vom 3.5.1990, S. 24)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) Der mit der Richtlinie 87/345/EWG eingeführte Artikel 25a der Richtlinie findet keine Anwendung.

    b) Island und die Schweiz kommen der Richtlinie bis 1. Januar 1995 nach. Während der Übergangszeit tauschen diese Staaten mit den zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien Informationen über die in der Richtlinie geregelten Angelegenheiten aus.

26. **382 L 0121**: Richtlinie 82/121/EWG des Rates vom 15. Februar 1982 über regelmäßige Informationen, die von Gesellschaften zu veröffentlichen sind, deren Aktien zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse zugelassen sind (ABl. Nr. L 48 vom 20.2.1982, S. 26)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island und die Schweiz kommen der Richtlinie bis 1. Januar 1995 nach. Während der Übergangszeit tauschen diese Staaten mit den zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien Informationen über die in der Richtlinie geregelten Angelegenheiten aus.

27. **388 L 0627**: Richtlinie 88/627/EWG des Rates vom 12. Dezember 1988 über die bei Erwerb und Veräußerung einer bedeutenden Beteiligung an einer börsennotierten Gesellschaft zu veröffentlichenden Informationen (ABl. Nr. L 348 vom 17.12.1988, S. 62)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island, die Schweiz und Liechtenstein kommen der Richtlinie bis 1. Januar 1995 nach. Während der Übergangszeit tauschen diese Staaten mit den zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien Informationen über die in der Richtlinie geregelten Angelegenheiten aus.

28. **389 L 0298**: Richtlinie 89/298/EWG des Rates vom 17. April 1989 zur Koordinierung der Bedingungen für die Erstellung, Kontrolle und Verbreitung des Prospekts, der im Falle öffentlicher Angebote von Wertpapieren zu veröffentlichen ist (ABl. Nr. L 124 vom 5.5.1989, S. 8)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 24 der Richtlinie findet keine Anwendung.

b) Island, die Schweiz und Liechtenstein kommen der Richtlinie bis 1. Januar 1995 nach. Während der Übergangszeit tauschen diese Staaten mit den zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien Informationen über die in der Richtlinie geregelten Angelegenheiten aus.

29. **389 L 0592**: Richtlinie 89/592/EWG des Rates vom 13. November 1989 zur Koordinierung der Vorschriften bertreffend Insider-Geschäfte (ABl. Nr. L 334 vom 18.11.1989, S. 30)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Österreich, Island, die Schweiz und Liechtenstein kommen der Richtlinie bis 1. Januar 1995 nach. Während der Übergangszeit tauschen diese Staaten mit den zuständigen Behörden der übrigen Vertragsparteien Informationen über die in der Richtlinie geregelten Angelegenheiten aus.

b) Artikel 11 findet keine Anwendung.

ii) Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW)

30. **385 L 0611**: Richtlinie 85/611/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1985, S. 3), geändert durch

- **388 L 0220**: Richtlinie 88/220/EWG des Rates vom 22. März 1988 zur Änderung der Richtlinie 85/611/EWG zur Koordinierung der Rechtsund Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) in bezug auf die Anlagepolitik bestimmter OGAW (ABl. Nr. L 100 vom 19.4.1988, S. 31)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

In Artikel 57 Absatz 2 werden die Worte "zum Zeitpunkt des Beginns der Anwendung dieser Richtlinie" durch "zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des EWR-Abkommens" ersetzt.

- - - - - -

RECHTSAKTE, VON DENEN DIE VERTRAGSPARTEIEN KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen vom Inhalt folgender Rechtsakte Kenntnis:

31. **374 X 0165**: Empfehlung 74/165/EWG der Kommission vom 6. Februar 1974 an die Mitgliedstaaten zur Anwendung der Richtlinie des Rates vom 24. April 1972 (ABl. Nr. L 87 vom 30.3.1974, S. 12)

32. **381 X 0076**: Empfehlung 81/76/EWG der Kommission vom 8. Januar 1981 zur Beschleunigung der Regelung von Schadensfällen im Rahmen der Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (ABl. Nr. L 57 vom 4.3.1981, S. 27)

33. **385 X 0612**: Empfehlung 85/612/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 zu Artikel 25 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Richtlinie 85/611/EWG des Rates (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1985, S. 19)

34. **387 X 0062**: Empfehlung 87/62/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 über die Überwachung und Kontrolle der Großkredite von Kreditinstituten (ABl. Nr. L 33 vom 4.2.1987, S. 10)

35. **387 X 0063**: Empfehlung 87/63/EWG der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Einführung von Einlagensicherungssystemen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 33 vom 4.2.1987, S. 16)

36. **390 X 0109**: Empfehlung 90/109/EWG der Kommission vom 14. Februar 1990 zur Transparenz bei grenzüberschreitenden Finanztransaktionen (ABl. Nr. L 67 vom 15.3.1990, S. 39)

ANHANG X

AUDIOVISUELLE DIENSTE

Verzeichnis nach Artikel 36 Absatz 2

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bestimmungen enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG–Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKT, AUF DEN BEZUG GENOMMEN WIRD

1. 389L0552: Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehtätigkeit (ABl. Nr. L 298 vom 17.10.1989, S. 23).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Im Falle der EFTA-Staaten gelten als Werke im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie auch Werke, die gemäß Artikel 6 Absatz 3 von oder mit Herstellern geschaffen wurden, die in europäischen Drittländern ansässig sind, mit denen der betreffende EFTA-Staat diesbezügliche Abkommen geschlossen hat.

   Eine Vertragspartei, die den Abschluß eines Abkommens gemäß Artikel 6 Absatz 3 beabsichtigt, unterrichtet hiervon den Gemeinsamen EWR-Ausschuß. Auf Antrag einer Vertragspartei können über den Inhalt solcher Abkommen Konsultationen stattfinden.

b) Artikel 15 der Richtlinie wird wie folgt ergänzt:

   "Es bleibt den EFTA-Staaten unbenommen, den in ihrem Gebiet tätigen Kabelfernsehunternehmen vorzuschreiben, Werbespots für alkoholische Getränke zu verwürfeln oder auf andere Weise zu stören. Diese Ausnahmeregelung darf nicht dazu führen, daß die Übertragung von anderen Fernsehprogrammteilen beschränkt wird. Die Vertragsparteien werden diese Ausnahmeregelung im Jahre 1995 gemeinsam überprüfen."

ANHANG XI

TELEKOMMUNIKATIONSDIENSTE

Verzeichnis nach Artikel 36 Absatz 2

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bestimmungen enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nicht anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. **387 L 0372:** Richtlinie 87/372/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 über die Frequenzbänder, die für die koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes in der Gemeinschaft bereitzustellen sind (ABl. Nr. L 196 vom 17.7.1987, S. 87).

2. **390 L 0387:** Richtlinie 90/387/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 zur Verwirklichung des Binnenmarktes für Telekommunikationsdienste durch Einführung eines offenen Netzzugangs (ABl. Nr. L 192 vom 24.7.1990, S. 1).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 5 Absatz 3 wird der Verweis auf "Artikel 85 und 86 des Vertrages" ersetzt durch den Verweis auf "Artikel 53 und 54 des EWR-Abkommens".

   b) Island kommt der Richtlinie bis zum 1. Januar 1995 nach.

3. **390 L 0388:** Richtlinie 90/388/EWG der Kommission vom 28. Juni 1990 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste (ABl. Nr. L 192 vom 24.7.1990, S. 10).

4. **390 L 0544:** Richtlinie 90/544/EWG des Rates vom 9. Oktober 1990 über die Frequenzbänder für die koordinierte Einführung eines europaweiten terrestrischen öffentlichen Funkrufsystems in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 310 vom 9.11.1990, S. 28).

5. **391 L 0287:** Richtlinie 91/287/EWG des Rates vom 3. Juni 1991 über das Frequenzband, das für die koordinierte Einführung europäischer schnurloser Digitalkommunikation (DECT) in der Gemeinschaft vorzusehen ist (ABl. Nr. L 144 vom 8.6.1991, S. 45).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

6. **388 Y 1004(01):** Entschließung 88/C 257/01 des Rates vom 30. Juni 1988 über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienste und -geräte bis 1992 (ABl. Nr. C 257 vom 4.10.1988, S. 1.)

7. **389 Y 0511(01):** Entschließung 89/C 117/01 des Rates vom 27. April 1989 über die Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation (ABl. Nr. C 117 vom 11.5.1989, S. 1)

8. **C/196/89/S. 4:** Entschließung des Rates vom 18. Juli 1989 über eine verstärkte Koordinierung bei der Einführung des diensteintegrierenden digitalen Fernmeldenetzes (ISDN) in der Europäischen Gemeinschaft bis 1992 (ABl. Nr. C 196 vom 1.8.1989, S. 4)

9. **390 Y 0707(02):** Entschließung 90/C 166/02 des Rates vom 28. Juni 1990 zum Ausbau der europaweiten Zusammenarbeit im Bereich der Funkfrequenzen, insbesondere im Hinblick auf die Einführung europaweiter Dienste (ABl. Nr. C 166 vom 7.7.1990, S. 4)

10. **C/329/90/S. 25:** Entschließung des Rates vom 14. Dezember 1990 über die Schlußphase in der koordinierten Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes in der Gemeinschaft (GSM) (ABl. Nr. C 329 vom 31.12.1990, S. 25)

11. **384 X 0549:** Empfehlung 84/549/EWG des Rates vom 12. November 1984 betreffend die Durchführung der Harmonisierung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens (ABl. Nr. L 298 vom 16.11.1984, S. 49)

12. **384 X 0550:** Empfehlung 84/550/EWG des Rates vom 12. November 1984 betreffend die erste Phase der Öffnung der öffentlichen Fernmeldemärkte (ABl. Nr. L 298 vom 16.11.1984, S. 51)

13. **386 X 0659:** Empfehlung 86/659/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 über die koordinierte Einführung des diensteintegrierenden digitalen Fernmeldenetzes (ISDN) in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. Nr. L 382 vom 31.12.1986, S. 36)

14. **387 X 0371:** Empfehlung 87/371/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 für die koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes in der Gemeinschaft (GSM) (ABl. Nr. L 196 vom 17.7.1987, S. 81)

15. **390 X 0543:** Empfehlung 90/543/EWG des Rates zur koordinierten Einführung eines europaweiten terrestrischen öffentlichen Funkrufsystems in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 310 vom 9.11.1990, S. 23)

16. **391 X 0288:** Empfehlung 91/288/EWG des Rates zur koordinierten Einführung europäischer schnurloser Digital-Kommunikation (DECT) in der Gemeinschaft (GSM) (ABl. Nr. L 144 vom 8.6.1991, S. 47)

ANHANG XII

FREIER KAPITALVERKEHR

Verzeichnis gemäß Artikel 40

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nicht anders bestimmt ist.

RECHTSAKT, AUF DEN BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **388 L 0361**: Richtlinie 88/361/EWG des Rates vom 24. Juni 1988 zur Durchführung von Artikel 67 des Vertrages (ABl. Nr. L 178 vom 8.7.1988, S. 5)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Die EFTA-Staaten unterrichten den Gemeinsamen EWR-Ausschuß über die in Artikel 2 der Richtlinie bezeichneten Maßnahmen. Die Gemeinschaft unterrichtet den Gemeinsamen EWR-Ausschuß über die von ihren Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen. Informationen über diese Maßnahmen werden im Rahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses ausgetauscht.

   b) Bei der Durchführung von Maßnahmen gemäß Artikel 3 der Richtlinie folgen die EFTA-Staaten der in Protokoll 18 niedergelegten Verfahrensweise. Für die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien finden die gemeinsamen Verfahren nach Artikel 45 des Abkommens Anwendung.

   c) Entscheidungen, die die Gemeinschaft aufgrund von Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie treffen kann, unterliegen nicht den in Titel VII Kapitel 2 des Abkommens vorgesehenen Verfahren. Die Gemeinschaft unterrichtet die übrigen Vertragsparteien von diesen Entscheidungen. Die Beschränkungen, für die eine Verlängerung der Übergangsfristen gewährt wird, können im Rahmen dieses Abkommens unter denselben Bedingungen aufrechterhalten werden wie in der Gemeinschaft.

   d) Die EFTA-Staaten können zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bestehende innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Regelung von Eigentum von Ausländern und/oder Eigentum von Gebietsfremden unter Beachtung der nachstehend genannten Fristen und Bereiche beibehalten:
      - Island: Vorschriften über kurzfristige Geschäfte des Kapitalverkehrs gemäß Anhang II der Richtlinie bis 1. Januar 1995;

- Norwegen: Vorschriften über den Erwerb von inländischen Wertpapieren und die Zulassung von inländischen Wertpapieren an einem ausländischen Kapitalmarkt bis 1. Januar 1995;

- Vorschriften über Direktinvestitionen im Inland: Norwegen und Schweden bis 1. Januar 1995; Finnland, Island und Liechtenstein bis 1. Januar 1996;

- Schweiz: Vorschriften über Direktinvestitionen im berufsmäßigen Immobilienhandel im Inland bis 1. Januar 1998;

- Vorschriften über Immobilieninvestitionen im Inland: Norwegen bis 1. Januar 1995; Österreich, Finnland und Island bis 1. Januar 1996; Liechtenstein und die Schweiz bis 1. Januar 1998;

- Österreich: Vorschriften über Direktinvestitionen im Sektor Binnenwasserstraßen bis zu dem Zeitpunkt, an dem der gleichberechtigte Zugang zu den Wasserstraßen der EG gewährt ist.

e) Unbeschadet des Rechts der EFTA-Staaten, Vorschriften zu erlassen, die mit dem Abkommen vereinbar sind, insbesondere Vorschriften zur Regelung des Erwerbs von Zweitwohnsitzen, welche in ihrer Wirkung den in der Gemeinschaft nach Artikel 6 Absatz 4 der Richtlinie aufrechterhaltenen Rechtsvorschriften entsprechen, behandeln die EFTA-Staaten neue und bestehende Investitionen von Unternehmen oder Staatsangehörigen der EG-Mitgliedstaaten oder anderer EFTA-Länder während der Übergangszeit nicht weniger günstig als aufgrund der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens bestehenden Rechtsvorschriften.

f) Die Bezugnahme im einleitenden Teil des Anhangs I der Richtlinie auf Artikel 68 Absatz 3 des Vertrags wird als Bezugnahme auf Artikel 42 Absatz 2 des Abkommens angesehen.

g) Ungeachtet Artikel 40 des Abkommens und der Bestimmungen dieses Anhangs kann Island zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens bestehende Beschränkungen für Eigentum von Ausländern und/oder Eigentum von Gebietsfremden in den Bereichen Fischfang und Fischverarbeitung weiterhin anwenden.
Diese Beschränkungen stehen Investitionen von Ausländern oder Staatsangehörigen ohne rechtmäßigen Wohnsitz in Island in Unternehmen, die nur mittelbar im Fischfang oder in der Fischverarbeitung tätig sind, nicht entgegen. Die Behörden des Landes haben jedoch das Recht, Unternehmen, die von Ausländern oder Staatsangehörigen ohne rechtmäßigen Wohnsitz in Island teilweise oder vollständig erworben wurden, dazu zu verpflichten, sich von jeglichen Investitionen in Fischverarbeitungstätigkeiten oder Fischereifahrzeugen zu trennen.

h) Ungeachtet Artikel 40 des Abkommens und der Bestimmungen dieses Anhangs kann Norwegen zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens bestehende Beschränkungen für das Eigentum von Ausländern an Fischereifahrzeugen weiterhin anwenden.
Diese Beschränkungen stehen Investitionen von Ausländern in der Fischverarbeitung auf dem Festland oder in Unternehmen, die nur mittelbar in der Fischerei tätig sind, nicht entgegen. Die Behörden des Landes haben das Recht, Unternehmen, die von Ausländern teilweise oder vollständig erworben wurden, dazu zu verpflichten, sich von jeglichen Investitionen in Fischereifahrzeugen zu trennen.

ANHANG XIII

VERKEHR

Verzeichnis nach Artikel 47

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll Nr. 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

I. Wird in den Rechtsakten, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, auf den EWG-Vertrag Bezug genommen, so gelten für die Zwecke dieses Abkommens

a) die nachstehenden Bezugnahmen als wie folgt geändert:

- Artikel 55 EWG = Artikel 32 EWR
- Artikel 56 EWG = Artikel 33 EWR
- Artikel 57 EWG = Artikel 30 EWR
- Artikel 58 EWG = Artikel 34 EWR
- Artikel 77 EWG = Artikel 49 EWR
- Artikel 79 EWG = Artikel 50 EWR
- Artikel 85 EWG = Artikel 53 EWR
- Artikel 86 EWG = Artikel 54 EWR
- Artikel 92 EWG = Artikel 61 EWR
- Artikel 93 EWG = Artikel 62 EWR
- Artikel 214 EWG = Artikel 122 EWR

b) die nachstehenden Bezugnahmen als nicht relevant:

- Artikel 75 EWG
- Artikel 83 EWG
- Artikel 94 EWG
- Artikel 95 EWG
- Artikel 99 EWG
- Artikel 172 EWG
- Artikel 192 EWG
- Artikel 207 EWG
- Artikel 209 EWG

II. Für die Zwecke dieses Abkommens sind die Verzeichnisse in Anhang II, Abschnitt A.1 der Verordnung (EWG) Nr. 1108/70, in Artikel 19 der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69, in Artikel 1 der Entscheidung 83/418/EWG, in Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1192/69, in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2830/77, in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2183/78 sowie in Artikel 2 der Entscheidung 82/529/EWG wie folgt zu ergänzen:

" - Österreichische Bundesbahnen
- Valtionrautatiet/Statsjärnvägarna
- Norges Statsbaner
- Statens Järnvägar
- Schweizerische Bundesbahnen/Chemins de fer fédéraux suisses/Ferrovie federali svizzere/Viafiers federalas svizras"

III. Sieht ein Rechtsakt, auf den in diesem Anhang Bezug genommen wird, Verfahren zur Streitbeilegung zwischen Mitgliedstaaten der EG vor, so legen im Falle einer Streitigkeit zwischen EFTA-Staaten diese den Streitfall dem zuständigen EFTA-Organ vor, das ihn nach entsprechenden Verfahren beilegt. Im Falle einer Streitigkeit zwischen einem EG-Mitgliedstaat und einem EFTA-Staat legen die betroffenen Vertragsparteien den Streitfall dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß vor, der ihn nach entsprechenden Verfahren beilegt.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

I. LANDVERKEHR

i) ALLGEMEINES

1. **370 R 1108:** Verordnung (EWG) Nr. 1108/70 des Rates vom 4. Juni 1970 zur Einführung einer Buchführung über die Ausgaben für die Verkehrswege des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 130 vom 15.6.1970, S. 4), geändert durch:

   - **172 B**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Apassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 90);

   - **373 D 0101(01):** Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 zur Anpassung der Dokumente betreffend den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 2 vom 1.1.1973, S. 19);

   - **379 R 1384**: Verordnung (EWG) Nr. 1384/79 des Rates vom 25. Juni 1979 (ABl. Nr. L 167 vom 5.7.1979, S. 1);

   - **179 H**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 92);

   - **381 R 3021:** Verordnung (EWG) Nr. 3021/81 des Rates vom 19. Oktober 1981 (ABl. Nr. L 302 vom 23.10.1981, S. 8);

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 161);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Anhang II wird wie folgt ergänzt:

A.1. EISENBAHNEN - Hauptnetze

Siehe sektorale Anpassung II.

A.2. EISENBAHNEN - Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs, die an das Hauptnetz angeschlossen sind (ausgenommen Stadtbahnen)

"Österreich
1. Montafoner Bahn AG
2. Stubaitalbahn AG
3. Achenseebahn AG
4. Zillertaler Verkehrsbetriebe AG
5. Salzburger Stadtwerke Verkehrsbetriebe (SVB)
6. Bürmoos - Trimmelkamm AG
7. Lokalbahn Vöcklamarkt - Attersee AG
8. Lokalbahn Gmunden - Vorchdorf AG
9. Lokalbahn Lambach - Vorchdorf - Eggenberg AG
10. Linzer Lokalbahn AG
11. Lokalbahn Neumarkt - Walzenkirchen - Peuerbach AG
12. Lambach - Haag
13. Steiermärkische Landesbahnen
14. GKB Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau- Ges.m.b.H.
15. Raab - Sopron - Ebenfurther Eisenbahn
16. AG der Wiener Lokalbahnen

Finnland
Valtionrautatiet/Statsjärnvägarna

Norwegen
Norges Statsbaner

Schweden
Nordmark-Klarälvens Järnväg (NKLJ)
Malmö-Limhamns-Järnväg (MLJ)
Växjö-Hultsfred-Västerviks Järnväg (VHVJ)
Johannesberg-Ljungaverks Järnväg (JLJ)

Schweiz
1. Chemin de fer Vevey-Chexbres
2. Chemin de fer Pont-Brassus
3. Chemin de fer Orbe-Chavornay
4. Chemin de fer régional du Val-de-Travers
5. Chemins de fer du Jura

Schweiz (Fortsetzung)

6. Chemin de fer Fribourgeois
7. Chemin de fer Martigny-Orsières
8. Berner Alpenbahn Gesellschaft
   Bern-Lötschberg-Simplon
9. Bern-Neuenburg-Bahn
10. Gürbetal-Bern-Schwarzenburg-Bahn
11. Simmentalbahn, Spiez-Erlenbach-Zweisimmen
12. Sensetalbahn
13. Solothurn-Münster-Bahn
14. Emmental-Burgdorf-Thun-Bahn
15. Vereinigte Huttwil-Bahnen
16. Oensingen-Balsthal-Bahn
17. Wohlen-Meisterschwanden-Bahn
18. Sursee-Triengen-Bahn
19. Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn
20. Schweizerische Südostbahn
21. Mittel-Thurgau-Bahn
22. Bodensee-Toggenburg-Bahn
23. Chemin de fer Nyon-St Cergue-Morez
24. Chemin de fer Bière-Apples-Morges
25. Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher
26. Chemin de fer Yverdon-Ste Croix
27. Chemin de fer des Montagnes Neuchâteloises
28. Chemins de fer électiques Veveysans
29. Chemin de fer Montreux-Oberland Bernois
30. Chemin de fer Aigle-Leysin
31. Chemin de fer Aigle-Sépey-Diablerets
32. Chemin de fer Aigle-Ollon-Monthey-Champéry
33. Chemin de fer Bex-Villars-Bretaye
34. Chemin de fer Martigny-Châtelard
35. Berner Oberland-Bahnen
36. Meiringen-Innertkirchen-Bahn
37. Brig-Visp-Zermatt-Bahn
38. Furka-Oberalp-Bahn
39. Biel-Täuffelen-Ins-Bahn
40. Regionalverkehr Bern-Solothurn
41. Solothurn-Niederbipp-Bahn
42. Oberaargau-Jura-Bahnen
43. Baselland-Transport
44. Waldenburgerbahn
45. Wynental- und Suhrentalbahn
46. Bremgarten-Dietikon-Bahn
47. Luzern-Stans-Engelberg-Bahn
48. Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi
49. Ferrovia Lugano-Ponte Tresa
50. Forchbahn
51. Frauenfeld-Wil-Bahn
52. Appenzellerbahn
53. St. Gallen-Gais-Appenzell-Altstätten-Bahn
54. Trogenerbahn
    St. Gallen-Speicher-Trogen
55. Rhätische Bahn/Viafier Retica"

B. STRASSE

"Österreich

1. Bundesautobahnen
2. Bundesstraßen
3. Landesstraßen

www.parlament.gv.at

4. Gemeindestraßen

Finnland
1. Päätiet/Huvudvägar
2. Muut maantiet/Övriga landsvägar
3. Paikallistiet/Bygdevägar
4. Kadut ja kaavatiet/Gator och planlagda vägar

Island
1. Þjóðvegir
2. Sýsluvegir
3. Þjóðvegir í þéttbýli
4. Götur sveitarfélaga

Liechtenstein
1. Landesstraßen
2. Gemeindestraßen

Norwegen
1. Riksveger
2. Fylkesveger
3. Kommunale veger

Schweden
1. Motorvägar
2. Motortrafikieder
3. Överiga vägar

Schweiz
1. Nationalstraßen/routes nationales/strade nazionali
2. Kantonsstraßen/routes cantonales/strade cantonali
3. Gemeindestraßen/routes communales/strade comunali"

2. **370 R 2598:** Verordnung (EWG) Nr. 2598/70 der Kommission vom 18. Dezember 1970 zur Festlegung des Inhalts der verschiedenen Positionen der Verbuchungsschemata des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 1108/70 des Rates vom 4. Juni 1970 (ABl. Nr. 278 vom 23.12.1970, S. 1), geändert durch:

   - **378 R 2116:** Verordnung (EWG) Nr. 2116/78 der Kommission vom 7. September 1978 (ABl. Nr. L 246 vom 8.9.1978, S. 7);

3. **371 R 0281:** Verordnung (EWG) Nr. 281/71 der Kommission vom 9. Februar 1971 zur Festlegung des in Artikel 3 Buchstabe e) der Verordnung (EWG) Nr. 1108/70 des Rates vom 4. Juni 1970 genannten Verzeichnisses der Seeschiffahrtsstraßen (ABl. Nr. L 33 vom 10.2.1971, S. 11), geändert durch:

   - **172 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 92);

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 162).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Der Anhang wird wie folgt ergänzt:

"Finnland

- Saimaan kanava/Saima kanal
- Saimaan vesistö/Saimens vattendrag

Schweden

- Trollhätte kanal und Göta älv
- Vänersee
- Södertälje kanal
- Mälarsee"

4. **369 R 1191**: Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 des Rates vom 26. Juni 1969 über das Vorgehen der Mitgliedstaaten bei mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes verbundenen Verpflichtungen auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 156 vom 28.6.1969, S. 1), geändert durch:

- **172 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 90);

- **373 D 0101(01):** Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 zur Anpassung der Dokumente betreffend den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 2 vom 1.1.1973, S. 19);

- **179 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 92);

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 161);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

- **391 R 1893:** Verordnung (EWG) Nr. 1893/91 des Rates vom 20. Juni 1991 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 (ABl. Nr. L 169 vom 29.6.1991, S. 1).

ii) INFRASTRUKTUR

5. **378 D 0174:** Entscheidung 78/174/EWG des Rates vom 20. Februar 1978 zur Einführung eines Beratungsverfahrens und zur Schaffung eines Ausschusses auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur (ABl. Nr. L 54 vom 25.2.1978, S. 16).

Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Statt "von gemeinschaftlicher Bedeutung" heißt es in Artikel 1 Nummer 2 "die für die Vertragsparteien des EWR-Abkommens von Bedeutung sind", in Artikel 2 Absatz 1 "für die Vertragsparteien des EWR-Abkommens von Bedeutung" und in Artikel 5 "das für die Vertragsparteien des EWR-Abkommens von Bedeutung ist";

b) Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe c findet keine Anwendung.

Modalitäten für die Beteiligung der EFTA-Staaten gemäß Artikel 101 des Abkommens:

An den Arbeiten des Ausschusses auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur, die in dieser Entscheidung festgelegt sind, kann ein Sachverständiger aus jedem EFTA-Staat teilnehmen.
Die EG-Kommission übermittelt den Teilnehmern rechtzeitig die Sitzungsdaten und die entsprechenden Unterlagen.

iii) WETTBEWERBSREGELN

6. **360 R 0011:** Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. 52 vom 16.8.1960, S. 1121/60), geändert und ergänzt durch:

- **172 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 148);

- **384 R 3626:** Verordnung (EWG) Nr. 3626/84 des Rates vom 19. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 335 vom 22.12.1984, S. 4).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Zur Anwendung der Artikel 11 bis 26 siehe Protokoll Nr. 21.

7. **368 R 1017:** Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 175 vom 23.7.1968, S. 1) [1].

---

(1) Nur informationshalber angeführt. Zur Anwendung siehe Anhang XIV.

8. **369 R 1629:** Verordnung (EWG) Nr. 1629/69 der Kommission vom 8. August 1969 über Form, Inhalt und andere Einzelheiten der Beschwerden nach Artikel 10, der Anträge nach Artikel 12 und der Anmeldungen nach Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 (ABl. Nr. L 209 vom 21.8.1969, S. 1) (2).

9. **369 R 1630:** Verordnung (EWG) Nr. 1630/69 der Kommission vom 8. August 1969 über die Anhörung nach Artikel 26 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 (ABl. Nr. L 209 vom 21.8.1969, S. 11) (2).

10. **374 R 2988:** Verordnung (EWG) Nr. 2988/74 des Rates vom 26. November 1974 über die Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung im Verkehrs- und Wettbewerbsrecht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. Nr. L 319 vom 29.11.74, S. 1) (1).

iv) STAATLICHE BEIHILFEN

11. **370 R 1107:** Verordnung (EWG) Nr. 1107/70 des Rates vom 4. Juni 1970 über Beihilfen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr (ABl. Nr. L 130 vom 15.6.1970, S. 1), geändert durch:

    - **172 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 92);

    - **375 R 1473:** Verordnung (EWG) Nr. 1473/75 des Rates vom 20. Mai 1975 (ABl. Nr. L 152 vom 12.6.1975, S. 1);

    - **382 R 1658:** Verordnung (EWG) Nr. 1658/82 des Rates vom 10. Juni 1982 zur Ergänzung durch Bestimmungen über den kombinierten Verkehr der Verordnung (EWG) Nr. 1107/70 über Beihilfen im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr (ABl. Nr. L 184 vom 29.6.1982, S. 1);

    - **389 R 1100:** Verordnung (EWG) Nr. 1100/89 des Rates vom 27. April 1989 (ABl. Nr. L 116 vom 28.4.1989, S. 24).

    Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Statt "Kommission" heißt es in Artikel 5 "das gemäß Artikel 62 des EWR-Abkommens zuständige Überwachungsorgan".

(2) Nur informationshalber aufgeführt. Zur Anwendung siehe Protokoll 21.

v) ERLEICHTERUNG DES GRENZÜBERTRITTS

12. **389 R 4060:** Verordnung (EWG) Nr. 4060/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über den Abbau von Grenzkontrollen der Mitgliedstaaten im Straßen- und Binnenschiffsverkehr (ABl. Nr. L 390 vom 30.12.1989, S. 18).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Nach Artikel 17 des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße (im folgenden "Transitabkommen" genannt) kann Österreich Grenzkontrollen durchführen, um die Beachtung des Ökopunkte-Systems gemäß den Artikeln 15 und 16 des Transitabkommens zu überprüfen.
Alle betroffenen Vertragsparteien können Grenzkontrollen durchführen, um die Einhaltung der Kontingentsregelungen nach Artikel 16 des Transitabkommens, die nicht durch das Ökopunkte-System ersetzt wurden, sowie der Kontingentsregelungen aufgrund bilateraler Abkommen zwischen Österreich einerseits und Finnland, Norwegen, Schweden und der Schweiz andererseits zu überprüfen.
Alle anderen Kontrollen werden nach Maßgabe der Verordnung durchgeführt.

b) Die Schweiz kann Grenzkontrollen zur Überprüfung von Genehmigungen durchführen, die gemäß Anhang 6 des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene erteilt wurden.
Alle anderen Kontrollen werden nach Maßgabe der Verordnung durchgeführt.

vi) KOMBINIERTER VERKEHR

13. **375 L 0130:** Richtlinie 75/130/EWG des Rates vom 17. Februar 1975 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 48 vom 22.2.1975, S. 31), geändert durch:

- **379 L 0005:** Richtlinie 79/5/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 (ABl. Nr. L 5 vom 9.1.1979, S. 33);

- **382 L 0003:** Richtlinie 82/3/EWG des Rates vom 21. Dezember 1981 (ABl. Nr. L 5 vom 9.1.1982, S. 12);

- **382 L 0603:** Richtlinie 82/603/EWG des Rates vom 28. Juli 1982 (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1982, S. 6);

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 163);

- **386 L 0544:** Richtlinie 86/544/EWG des Rates vom 10. November 1986 (ABl. Nr. L 320 vom 15.11.1986, S. 33);

- **391 L 0224:** Richtlinie 91/224/EWG des Rates vom 27. März 1991 (ABl. Nr. L 103 vom 23.4.1991, S. 1).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 8 Absatz 3 wird wie folgt ergänzt:

"- Österreich: Straßenverkehrsbeitrag
- Finnland: Moottoriajoneuvovero/Motorfordonsskatt
- Schweden: Fordonsskatt"

Die Schweiz behält anstelle der Einführung von Steuererstattungen ein System von Beihilfen für den kombinierten Verkehr bei (zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens: Verordnung des schweizerischen Bundesrates vom 29. Juni 1988 über die Förderung des kombinierten Verkehrs und des Transportes begleiteter Motorfahrzeuge).

II. STRASSENVERKEHR

i) TECHNISCHE HARMONISIERUNG UND SICHERHEIT

14. **385 L 0003:** Richtlinie 85/3/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 über die Gewichte, Abmessungen und bestimmte andere technische Merkmale bestimmter Straßenfahrzeuge (ABl. Nr. L 2 vom 3.1.1985, S. 14), geändert durch:

- **386 L 0360:** Richtlinie 86/360/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 (ABl. Nr. L 217 vom 5.8.1986, S. 19);
- **388 L 0218:** Richtlinie 88/218/EWG des Rates vom 11. April 1988 (ABl. Nr. L 98 vom 15.4.1988, S. 48);
- **389 L 0338:** Richtlinie 89/338/EWG des Rates vom 27. April 1989 (ABl. Nr. L 142 vom 25.5.1989, S. 3);
- **389 L 0460:** Richtlinie 89/460/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 zur Änderung der Richtlinie 85/3/EWG über die Gewichte, Abmessungen und bestimmte andere technische Merkmale bestimmter Straßenfahrzeuge hinsichtlich der Festlegung des Fristablaufs der Ausnahmeregelung für Irland und das Vereinigte Königreich (ABl. Nr. L 226 vom 3.8.1989, S. 5);
- **389 L 0461:** Richtlinie 89/461/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 zur Änderung der Richtlinie 85/3/EWG über Gewichte, Abmessungen und bestimmte andere technische Merkmale bestimmter Straßenfahrzeuge hinsichtlich der Festlegung von maximal zulässigen Abmessungen für Sattelfahrzeuge (ABl. Nr. L 226 vom 3.8.1989, S. 7);
- **391 L 0060:** Richtlinie 91/60/EWG des Rates vom 4. Februar 1991 zur Änderung der Richtlinie 85/3/EWG hinsichtlich der Festsetzung zulässiger Höchstabmessungen von Lastzügen (ABl. Nr. L 37 vom 9.2.1991, S. 37), berichtigt in ABl. Nr. L 54 vom 28.2.1991, S. 41.

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Österreich kann seine nationalen Rechtsvorschriften für höchstzulässige Gewichte von Kraftfahrzeugen und Anhängern gemäß Anhang I Nummern 2.2.1 und 2.2.2 der Richtlinie beibehalten. Bestimmungen, die den Einsatz von Fahrzeugen (Einzelfahrzeuge oder Fahrzeugkombinationen) gestatten, die diesen nationalen Vorschriften nicht entsprechen, gelten daher in Österreich nicht. Sechs Monate vor Ablauf des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße erfolgt eine gemeinsame Überprüfung dieser Rechtslage.

Die Schweiz kann ihre nationalen Rechtsvorschriften für höchstzulässige Gewichte von Kraftfahrzeugen und Anhängern gemäß Anhang I Nummern 2.2 und 2.3.3 der Richtlinie beibehalten. Bestimmungen, die den Einsatz von Fahrzeugen (Einzelfahrzeuge oder Fahrzeugkombinationen) gestatten, die diesen nationalen Vorschriften nicht entsprechen, gelten daher in der Schweiz nicht. Sechs Monate vor Ablauf des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene erfolgt eine gemeinsame Überprüfung dieser Rechtslage.

Alle anderen Vorschriften dieser Richtlinie über Gewichte und Abmessungen werden von Österreich und der Schweiz in vollem Umfang angewandt.

15. **386 L 0364:** Richtlinie 86/364/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über den Nachweis der Übereinstimmung von Fahrzeugen mit der Richtlinie 85/3/EWG über die Gewichte, Abmessungen und bestimmte andere technische Merkmale bestimmter Straßenfahrzeuge (ABl. Nr. L 221 vom 7.8.1986, S. 48).

16. **377 L 0143:** Richtlinie 77/143/EWG des Rates vom 29. Dezember 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die technische Überwachung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger (ABl. Nr. L 47 vom 18.2.1977, S. 47), geändert durch:

    - **388 L 0449:** Richtlinie 88/449/EWG des Rates vom 26. Juli 1988 (ABl. Nr. L 222 vom 12.8.1988, S. 10), berichtigt in ABl. Nr. L 261 vom 21.9.1988, S. 28;

    - **391 L 0225:** Richtlinie 91/225/EWG des Rates vom 27. März 1991 (ABl. Nr. L 103 vom 23.4.1991, S. 3).

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    Die Schweiz kann bis zum 1. Januar 1998 für alle in Anhang I aufgeführten Fahrzeugkategorien längere Intervalle zwischen zwei Terminen für die technische Überwachung beibehalten.

17. **389 L 0459:** Richtlinie 89/459/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Profiltiefe der Reifen an bestimmten Klassen von Kraftfahrzeugen und deren Anhängern (ABl. Nr. L 226 vom 3.8.1989, S. 4).

ii) STEUERWESEN

18. **368 L 0297:** Richtlinie 68/297/EWG des Rates vom 19. Juli 1968 zur Vereinheitlichung der Vorschriften über die abgabenfreie Einfuhr des in den Treibstoffbehältern der Nutzkraftfahrzeuge enthaltenen Treibstoffs (ABl. Nr. L 175 vom 23.7.1968, S. 15), geändert durch:

    - **172 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 92);

    - **385 L 0347:** Richtlinie 85/347/EWG des Rates vom 8. Juli 1985 (ABl. Nr. L 183 vom 16.7.1985, S. 22).

iii) HARMONISIERUNG DER SOZIALVORSCHRIFTEN

19. **377 L 0796:** Richtlinie 77/796/EWG des Rates vom 12. Dezember 1977 über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise für die Beförderung von Gütern und die Beförderung von Personen im Straßenverkehr und über Maßnahmen zur Förderung der tatsächlichen Inanspruchnahme der Niederlassungsfreiheit der betreffenden Verkehrsunternehmer (ABl. Nr. 334 vom 24.12.1977, S. 37), geändert durch:

- **389 L 0438**: Richtlinie 89/438/EWG des Rates vom 21. Juni 1989 (ABl. Nr. L 212 vom 22.07.1989, S. 101), berichtigt im ABl. Nr. L 298 vom 17.10.1989, S. 31.

20. **385 R 3820**: Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr (ABl. Nr. L 370 vom 31.12.1985, S. 1).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 findet keine Anwendung.

b) Die Schweiz führt Artikel 5 Absatz 2, Artikel 6 Absatz 1, Artikel 7 Absätze 1 und 2 und Artikel 8 Absätze 1, 2 und 3 bis zum 1. Januar 1995 durch.

21. **385 R 3821**: Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 vom 20. Dezember 1985 über das Kontrollgerät im Straßenverkehr (ABl. Nr. 370 vom 31.12.1985, S. 8), geändert durch:

- **390 R 3572**: Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Österreich kann bis zum 1. Januar 1995 Fahrzeuge, die ausschließlich im Binnenverkehr eingesetzt werden, von der Verpflichtung zum Einbau eines Kontrollgeräts gemäß Artikel 3 Absatz 1 befreien.

b) Die Schweiz kann bis zum 1. Januar 1995 Fahrpersonal, das aus mehr als einem Fahrer besteht, von der Verpflichtung gemäß Anhang I, Kapitel III Buchstabe c Nummer 4.3 befreien, die unter Nummer 4.1 genannten Aufzeichnungen auf zwei getrennten Schaublättern festzuhalten.

22. **376 L 0914**: Richtlinie 76/914/EWG des Rates vom 16. Dezember 1976 über das Mindestniveau der Ausbildung für Fahrer von Transportfahrzeugen im Straßenverkehr (ABl. Nr. L 357 vom 29.12.1976, S. 36).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Die Schweiz kommt der Richtlinie bis zum 1. Januar 1995 nach.

23. **388 L 0599:** Richtlinie 88/599/EWG des Rates vom 23. November 1988 über einheitliche Verfahren zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr und der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 über das Kontrollgerät im Straßenverkehr (ABl. Nr. L 325 vom 29.11.1988, S. 55).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Österreich und die Schweiz kommen der Richtlinie bis zum 1. Januar 1995 nach.

24. **389 L 0684:** Richtlinie 89/684/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Schulung der Fahrer von Fahrzeugen zur Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ABl. Nr. L 398 vom 30.12.1989, S. 33).

iv) ZUGANG ZUM MARKT (Güter)

25. **362 L 2005:** Erste Richtlinie des Rates vom 23. Juli 1962 über die Aufstellung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im Güterkraftverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. 70 vom 6.8.1962, S. 2005/62), geändert und ergänzt durch:

- **172 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 126);

- **372 L 0426:** Richtlinie 72/426/EWG des Rates vom 19. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 291 vom 28.12.1972, S. 155);

- **374 L 0149:** Richtlinie 74/149/EWG des Rates vom 4. März 1974 (ABl. Nr. L 84 vom 28.3.1974, S. 8);

- **377 L 0158:** Richtlinie 77/158/EWG des Rates vom 14. Februar 1977 (ABl. Nr. L 48 vom 19.2.1977, S. 30);

- **378 L 0175:** Richtlinie 78/175/EWG des Rates vom 20. Februar 1978 (ABl. Nr. L 54 vom 25.02.1978, S. 18);

- **380 L 0049:** Richtlinie 80/49/EWG des Rates vom 20. Dezember 1979 (ABl. Nr. L 18 vom 24.1.1980, S. 23);

- **382 L 0050:** Richtlinie 82/50/EWG des Rates vom 19. Januar 1982 (ABl. Nr. L 27 vom 4.2.1982, S. 22);

- **383 L 0572:** Richtlinie 83/572/EWG des Rates vom 26. Oktober 1983 (ABl. Nr. L 332 vom 28.11.1983, S. 33);

- **384 L 0647:** Richtlinie 84/647/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr (ABl. Nr. L 335 vom 22.12.1984, S. 72).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die Richtlinie gilt nur für Beförderungen im Werkverkehr.

b) Während der Geltungsdauer des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße bleiben bestehende gegenseitige Marktzugangsrechte gemäß Artikel 16 des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße und aufgrund der bilateralen Abkommen zwischen Österreich einerseits und Finnland, Norwegen, Schweden und der Schweiz andererseits von der Richtlinie unberührt, sofern die betroffenen Parteien nichts anderes beschließen.

26. 376 R 3164: Verordnung (EWG) Nr. 3164/76 des Rates vom 16. Dezember 1976 über den Zugang zum grenzüberschreitenen Güterkraftverkehrsmarkt (ABl. Nr. L 357 vom 29.12.1976, S. 1), geändert durch:

- **388 R 1841:** Verordnung (EWG) Nr. 1841/88 des Rates vom 21. Juni 1988 (ABl. Nr. L 163 vom 30.6.1988, S. 1);

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Anwendung findet ausschließlich Artikel 4 a, vorbehaltlich der Durchführungsvorschriften nach Artikel 4 b, die im Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens erlassen wurden.

b) Während der Geltungsdauer des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße bleiben bestehende gegenseitige Marktzugangsrechte gemäß Artikel 16 des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße und aufgrund der bilateralen Abkommen zwischen Österreich einerseits und Finnland, Norwegen, Schweden und der Schweiz andererseits von der Verordnung unberührt, sofern die betroffenen Parteien nichts anderes beschließen.

v) BEFÖRDERUNGSENTGELTE (Güter)

27. 389 R 4058: Verordnung (EWG) Nr. 4058/89 des Rates vom 19. Dezember 1989 über die Preisbildung im Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 390 vom 30.12.1989, S. 1).

vi) ZUGANG ZUM BERUF (Güter)

28. 374 L 0561: Richtlinie 74/561/EWG des Rates vom 12. November 1974 über den Zugang zum Beruf des Güterkraftverkehrsunternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr (ABl. Nr. L 308 vom 19.11.1974, S. 18), geändert durch:

- **389 L 0438:** Richtlinie 89/438/EWG des Rates vom 21. Juni 1989 (ABl. Nr. L 212 vom 22.7.1989, S. 101);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Die Schweiz kommt der Richtlinie bis zum 1. Januar 1995 nach.

vii) MIETFAHRZEUGE (Güter)

29. **384 L 0647:** Richtlinie 84/647/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr (ABl. Nr. L 335 vom 22.12.1984, S. 72), geändert durch:

    - **390 L 0398:** Richtlinie 90/398/EWG des Rates vom 24. Juli 1990 (ABl. Nr. L 202 vom 31.7.1990, S. 46).

viii) MARKTZUGANG (Personen)

30. **366 R 0117:** Verordnung Nr. 117/66/EWG des Rates vom 28. Juli 1966 über die Einführung gemeinsamer Regeln für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen (ABl. Nr. 147 vom 9.8.1966, S. 2688/66).

    Die Verordnung wird für die Zwecke dieses Abkommens folgendermaßen angepaßt:

    Artikel 4 Absatz 2 findet keine Anwendung.

31. **368 R 1016:** Verordnung (EWG) Nr. 1016/68 der Kommission vom 9. Juli 1968 zur Festlegung der Muster der Kontrolldokumente gemäß Artikel 6 und 9 der Verordnung Nr. 117/66/EWG des Rates (ABl. Nr. L 173 vom 22.7.1968, S. 8), geändert durch:

    - **382 R 2485:** Verordnung (EWG) Nr. 2485/82 der Kommission vom 13. September 1982 (ABl. Nr. L 265 vom 15.9.1982, S. 5).

32. **372 R 0516:** Verordnung (EWG) Nr. 516/72 des Rates vom 28. Februar 1972 über die Einführung gemeinsamer Regeln für den Pendelverkehr mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 67 vom 20.3.1972, S. 13), geändert durch:

    - **378 R 2778:** Verordnung (EWG) Nr. 2778/78 des Rates vom 23. November 1978 (ABl. Nr. L 333 vom 30.11.1978, S. 4).

33. **372 R 0517:** Verordnung (EWG) Nr. 517/72 des Rates vom 28. Februar 1972 über die Einführung gemeinsamer Regeln für den Linienverkehr und die Sonderformen des Linienverkehrs mit Kraftomnibussen zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 67 vom 20.3.1972, S. 19), geändert durch:

- **377 R 3022:** Verordnung (EWG) Nr. 3022/77 des Rates vom 20. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 358 vom 31.12.1977, S. 1);

- **378 R 1301:** Verordnung (EWG) Nr. 1301/78 des Rates vom 12. Juni 1978 (ABl. Nr. L 158 vom 16.6.1978, S. 1).

34. **372 R 1172:** Verordnung (EWG) Nr. 1172/72 der Kommission vom 26. Mai 1972 zur Festlegung der Dokumente gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 517/72 und Nr. 516/72 des Rates (ABl. Nr. L 134 vom 12.6.1972, S. 1), geändert durch:

- **372 R 2278:** Verordnung (EWG) Nr. 2778/72 der Kommission vom 20. Dezember 1972 (ABl. Nr. L 292 vom 29.12.1972, S. 22);

- **179 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 92);

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 162);

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Fußnote 1 in Anhang I wird wie folgt ergänzt: Island (IS), Liechtenstein (FL), Norwegen (N), Österreich (A), Schweiz (CH), Finnland (SF), Schweden (S).

ix) ZUGANG ZUM BERUF (Personen)

35. **374 L 0562:** Richtlinie 74/562/EWG des Rates vom 12. November 1974 über den Zugang zum Beruf des Personenkraftverkehrsunternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr (ABl. Nr. L 308 vom 19.11.1974, S. 23), geändert durch:

- **389 L 0438:** Richtlinie 89/438/EWG des Rates vom 21. Juni 1989 (ABl. Nr. L 212 vom 22.7.1989, S. 101).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Österreich kommt der Richtlinie bis zum 1. Januar 1995 nach.

36. 390 R 3572: Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

III. EISENBAHNVERKEHR

i) STRUKTURPOLITIK

37. **375 D 0327:** Entscheidung 75/327/EWG des Rates vom 20. Mai 1975 zur Sanierung der Eisenbahnunternehmen und zur Harmonisierung der Vorschriften über die finanziellen Beziehungen zwischen diesen Unternehmen und den Staaten (ABl. Nr. L 152 vom 12.6.1975, S. 3), geändert durch:

- **179 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 92);

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 163);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 8 findet keine Anwendung.

b) Österreich wendet diese Entscheidung ab dem 1. Januar 1995 an.

38. **383 D 0418:** Entscheidung 83/418/EWG des Rates vom 25. Juli 1983 über die kommerzielle Selbständigkeit der Eisenbahnunternehmen bei der Verwaltung ihres grenzüberschreitenden Personen- und Gepäckverkehrs (ABl. Nr. L 237 vom 26.8.1983, S. 32), geändert durch:

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 165);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

39. **369 R 1192:** Verordnung (EWG) Nr. 1192/69 des Rates vom 26. Juni 1969 über gemeinsame Regeln für die Normalisierung der Konten der Eisenbahnunternehmen (ABl. Nr. L 156 vom 28.6.1969, S. 8), geändert durch:

- **172 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 90);

- **373 D 0101(01):** Beschluß des Rates vom 1. Januar 1973 zur Anpassung der Dokumente betreffend den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 2 vom 1.1.1973, S. 19);

- **179 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 92);

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 161);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

40. **377 R 2830:** Verordnung (EWG) Nr. 2830/77 des Rates vom 12. Dezember 1977 über Maßnahmen zur Herstellung der Vergleichbarkeit der Rechnungsführung und der Jahresrechnung von Eisenbahnunternehmen (ABl. Nr. L 334 vom 24.12.1977, S. 13), geändert durch:

    - **179 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 93);

    - **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 162);

    - **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

41. **378 R 2183:** Verordnung (EWG) Nr. 2183/78 des Rates vom 19. September 1978 zur Festlegung einheitlicher Grundsätze für die Kostenrechnung der Eisenbahnunternehmen (ABl. Nr. L 258 vom 21.9.1978, S. 1), geändert durch:

    - **179 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 93);

    - **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 162);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

ii) BEFÖRDERUNGSENTGELTE

42. **382 D 529:** Entscheidung 82/529/EWG des Rates vom 19. Juli 1982 über die Preisbildung im grenzüberschreitenden Eisenbahngüterverkehr (ABl. Nr. L 234 vom 9.8.1982, S. 5), geändert durch:

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 164);

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

IV. BINNENSCHIFFSVERKEHR

i) ZUGANG ZUM MARKT

43. 385 R 2919: Verordnung (EWG) Nr. 2919/85 des Rates vom 17. Oktober 1985 zur Festlegung der Bedingungen für die Inanspruchnahme der Regelung, die aufgrund der Revidierten Rheinschiffahrtsakte den Schiffen der Rheinschiffahrt vorbehalten ist (ABl. Nr. L 280 vom 22.10.1985, S. 4).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die EFTA-Staaten setzen die Kommission gemäß Artikel 2 über alle dort angeführten Informationen in Kenntnis, die sie der ZKR übermitteln.

b) Artikel 3 findet keine Anwendung.

ii) STRUKTURPOLITIK

44. 389 R 1101: Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates vom 27. April 1989 über die Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt (ABl. Nr. L 116 vom 28.4.1989, S. 25), geändert durch:

- **390 R 3572:** Verordnung (EWG) Nr. 3572/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung bestimmter Richtlinien, Entscheidungen und Verordnungen auf dem Gebiet des Straßen-, Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 12).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Die Kommission berücksichtigt bei ihren Entscheidungen im Sinne von Artikel 6 Absatz 7, Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe c die Standpunkte der EFTA-Staaten in gleicher Weise wie die der EG-Mitgliedstaaten.

45. 389 R 1102: Verordnung (EWG) Nr. 1102/89 der Kommission vom 27. April 1989 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates über die Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt (ABl. Nr. L 116 vom 28.4.1989, S. 30), geändert durch:

- **389 R 3685:** Verordnung (EWG) Nr. 3685/89 der Kommission vom 8. Dezember 1989 (ABl. Nr. L 360 vom 9.12.1989, S. 20);

- **391 R 0317:** Verordnung (EWG) Nr. 317/91 vom 8. Februar 1991 (ABl. Nr. L 37 vom 9.2.1991, S. 27).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Kommission berücksichtigt bei der Änderung dieser Verordnung im Sinne des Artikels 12 Absatz 1 die Standpunkte der EFTA-Staaten in gleicher Weise wie die der EG-Mitgliedstaaten.

iii) ZUGANG ZUM BERUF

46. **387 L 0540:** Richtlinie 87/540/EWG des Rates vom 9. November 1987 über den Zugang zum Beruf des Unternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr und über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise für diesen Beruf (ABl. Nr. L 322 vom 12.11.1987, S. 20).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Österreich kommt der Richtlinie bis zum 1. Juli 1994 nach. Die Schweiz kommt der Richtlinie bis zum 1. Januar 1995 nach.

iv) TECHNISCHE HARMONISIERUNG

47. **382 L 0714:** Richtlinie 82/714/EWG des Rates vom 4. Oktober 1982 über die technischen Vorschriften für Binnenschiffe (ABl. Nr. L 301 vom 28.10.1982, S. 1).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Die Liste in Anhang I wird wie folgt ergänzt:

KAPITEL I

Zone 2

Schweden

Trollhätte kanal und Göta älv
Vänersee
Södertälje kanal
Mälarsee
Falsterbo kanal
Sotenkanalen

KAPITEL II

Zone 3

Österreich
Donau von der Grenze Österreich/Deutschland bis zur Grenze Österreich/Tschechoslowakei

Schweden
Göta kanal
Vättersee

Schweiz
Rhein von Rheinfelden bis zur schweizerisch/deutschen Grenze

KAPITEL III

Zone 4

Schweden
Alle anderen, in den Zonen 1, 2 und 3 nicht aufgeführten Flüsse, Kanäle und Binnenseen.

48. **376 L 0135:** Richtlinie 76/135/EWG des Rates vom 20. Januar 1976 über die gegenseitige Anerkennung von Schiffsattesten für Binnenschiffe (ABl. Nr. L 21 vom 29.1.1976, S. 10), geändert durch:

- **378 L 1016:** Richtlinie 78/1016/EWG des Rates vom 23. November 1978 (ABl. Nr. L 349 vom 13.12.1978, S. 31);

49. **377 D 0527:** Entscheidung 77/527/EWG der Kommission vom 29. Juli 1977 zur Aufstellung der Liste der Seeschiffahrtsstraßen im Sinne der Richtlinie 76/135/EWG des Rates (ABl. Nr. L 209 vom 17.8.1977, S. 29), geändert durch:

- **185 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 164).

Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Das Verzeichnis im Anhang wird wie folgt ergänzt:

Suomi/Finnland
Saimaan kanava/Saima kanal
Saimaan vesistö/Saimens vattendrag

Sverige
Trollhätte kanal und Göta älv
Vänersee
Mälarsee
Södertälje kanal
Falsterbo kanal
Sotenkanalen

V. SEEVERKEHR

Für Beziehungen zu Drittländern im Seeverkehr gilt Protokoll Nr. 19.

50. **386 R 4056:** Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Einzelheiten der Anwendung der Artikel 85 und 86 des Vertrages auf den Seeverkehr (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 4). (3)

51. **388 R 4260:** Verordnung (EWG) Nr. 4260/88 der Kommission vom 16. Dezember 1988 über die Mitteilungen, Beschwerden, Anträge sowie über die Anhörung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 des Rates (ABl. Nr. L 376 vom 21.12.1988, S. 1). (4)

52. **379 R 0954:** Verordnung (EWG) Nr. 954/79 des Rates vom 15. Mai 1979 über die Ratifikation des Übereinkommens der Vereinten Nationen über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen durch die Mitgliedstaaten oder über den Beitritt der Mitgliedstaaten zu diesem Übereinkommen (ABl. Nr. L 121 vom 17.5.1979, S. 1). (3)

53. **386 R 4055:** Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf die Seeschiffahrt zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 1), berichtigt in ABl. Nr. L 117 vom 5.5.1988, S. 33 und geändert durch:

   - **390 R 3573:** Verordnung (EWG) Nr. 3573/90 des Rates vom 4. Dezember 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 4055/86 zur Anwendung des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs auf die Seeschiffahrt zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern aufgrund der Herstellung der deutschen Einheit (ABl. Nr. L 353 vom 17.12.1990, S. 16).

   Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Artikel 2 erhält folgende Fassung: "Es gibt keine einseitigen nationalen Beschränkungen, durch die die Beförderung bestimmter Güter ganz oder teilweise Schiffen der eigenen Flagge vorbehalten wird."

   b) Aus Artikel 5 Absatz 1 ergibt sich, daß bei künftigen Abkommen mit Drittländern Ladungsaufteilung im Massengutverkehr untersagt ist.

   c) Für die Durchführung der Artikel 5, 6 und 7 gilt das Protokoll 19 zum EWR-Abkommen.

54. **379 L 0115:** Richtlinie 79/115/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über die Beratung von Schiffen durch Überseelotsen in der Nordsee und im Englischen Kanal (ABl. Nr. L 33 vom 8.2.1979, S. 32).

---

(3) Nur informationshalber aufgeführt. Zur Anwendung siehe Anhang XIV.
(4) Nur informationshalber aufgeführt. Zur Anwendung siehe Protokoll 21.

www.parlament.gv.at

55. **379 L 0116:** Richtlinie 79/116/EWG des Rates vom 21. Dezember 1978 über Mindestanforderungen an das Einlaufen von bestimmten Tankschiffen in Seehäfen der Gemeinschaft und das Auslaufen (ABl. Nr. L 33 vom 8.2.1979, S. 33), geändert durch:

    - **379 L 1034:** Richtlinie 79/1034/EWG des Rates vom 6. Dezember 1979 (ABl. Nr. L 315 vom 11.12.1979, S. 16).

56. **391 R 0613:** Verordnung (EWG) Nr. 613/91 des Rates vom 4. März 1991 zur Umregistrierung von Schiffen innerhalb der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 68 vom 15.3.1991, S. 1).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt folgender Rechtsakte zur Kenntnis:

57. **386 R 4057:** Verordnung (EWG) Nr. 4057/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über unlautere Preisbildungspraktiken in der Seeschiffahrt (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 14).

58. **386 R 4058:** Verordnung (EWG) Nr. 4058/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 für ein koordiniertes Vorgehen zum Schutz des freien Zugangs zu Ladungen in der Seeschiffahrt (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 21).

59. **383 D 573:** Entscheidung 83/573/EWG des Rates vom 26. Oktober 1983 über Gegenmaßnahmen im Bereich der internationalen Handelsschiffahrt (ABl. Nr. L 332 vom 28.11.1983, S. 37).

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

VI. ZIVILLUFTFAHRT

i) WETTBEWERBSREGELN

60. 387 R 3975: Verordnung (EWG) Nr. 3975/87 des Rates vom 14. Dezember 1987 über die Einzelheiten der Anwendung der Wettbewerbsregeln auf Luftfahrtunternehmen (ABl. Nr. L 374 vom 31.12.1987, S. 1). (5)

61. 388 R 4261: Verordnung (EWG) Nr. 4261/88 der Kommission vom 16. Dezember 1988 über die Beschwerden, Anträge sowie über die Anhörung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3975 des Rates (ABl. Nr. L 376 vom 31.12.1988, S. 10). (5)

ii) ZUGANG ZUM MARKT

62. 390 R 2343: Verordnung (EWG) Nr. 2343/90 des Rates vom 24. Juli 1990 über den Zugang von Luftverkehrsunternehmen zu Strecken des innergemeinschaftlichen Linienflugverkehrs und über die Aufteilung der Kapazitäten für die Personenbeförderung zwischen Luftverkehrsunternehmen im Linienflugverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 217 vom 11.8.1990, S. 8.).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Das Verzeichnis in Anhang II der Verordnung wird wie folgt ergänzt:

Österreich:	Wien
Finnland:	Helsinki-Vantaa
Island:	Keflavik
Norwegen:	Oslo-Fornebu
	Oslo-Gardemoen
Schweden:	Stockholm-Arlanda
Schweiz:	Zürich
	Genf-Cointrin

63. 389 R 2299: Verordnung (EWG) Nr. 2299/89 des Rates vom 24. Juli 1989 über einen Verhaltenskodex im Zusammenhang mit computergesteuerten Reservierungssystemen (ABl. Nr. L 220 vom 29.7.1989, S. 1).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Zur Anwendung der Artikel 7 und 11 bis 20 siehe Protokoll 21.

64. 391 R 0294: Verordnung (EWG) Nr. 294/91 des Rates vom 4. Februar 1991 über den Betrieb von Luftfrachtdiensten zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 36 vom 8.2.1991, S. 1).

(5) Nur informationshalber aufgeführt. Zur Anwendung siehe Protokoll 21.

iii) FLUGPREISE

65. **390 R 2342:** Verordnung (EWG) Nr. 2342/90 des Rates vom 24. Juli 1990 über Tarife im Linienflugverkehr (ABl. Nr. L 217 vom 11.8.1990, S. 1).

iv) TECHNISCHE HARMONISIERUNG UND SICHERHEIT

66. **380 L 1266:** Richtlinie 80/1266/EWG des Rates vom 16. Dezember 1980 über die künftige Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Flugunfalluntersuchung (ABl. Nr. L 375 vom 31.12.1980, S. 32.

v) KONSULTATIONSVERFAHREN

67. **380 D 0050:** Entscheidung 80/50/EWG des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Einführung eines Konsultationsverfahrens betreffend die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern auf dem Gebiet des Luftverkehrs sowie die diesbezüglichen Aktionen in den internationalen Organisationen (ABl. Nr. L 18 vom 24.1.1980, S. 24).

vi) HARMONISIERUNG DER SOZIALVORSCHRIFTEN

68. **391 R 0295:** Verordnung (EWG) Nr. 295/91 des Rates vom 4. Februar 1991 über eine gemeinsame Regelung für ein System von Ausgleichsleistungen bei Nichtbeförderung im Linienflugverkehr (ABl. Nr. L 36 vom 8.2.1991, S. 5).

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt folgender Rechtsakte zur Kenntnis:

69. **C/257/88/S. 6:** Vermerk der Kommission betreffend Verfahren zur Vorlage von Mitteilungen an die Kommission gemäß den Artikeln 4 und 5 der Verordnung (EWG) Nr. 2671/88 der Kommission vom 26. Juli 1988 zur Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen oder aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zur gemeinsamen Planung und Koordinierung der Kapazität, der Aufteilung der Einnahmen, der Tarifkonsultationen im Fluglinienverkehr sowie der Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen (ABl. Nr. C 257 vom 4.10.1988, S.6).

70. **C/119/89/S. 6:** Mitteilung der Kommission über die Anwendung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EWG) Nr. 2671/88 der Kommission vom 26. Juli 1988 zur Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüssen von Unternehmensvereinigungen oder aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zur gemeinsamen Planung und Koordinierung der Kapazität, der Aufteilung der Einnahmen, der Tarifkonsultationen im Fluglinienverkehr sowie der Zuweisung von Zeitnischen auf Flughäfen (ABl. Nr. C 119 vom 13.5.1989, S.6).

71. **361 Y 0722(01):** Empfehlung der Kommission vom 14. Juni 1961 an die Mitgliedstaaten zur Durchführung der Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Vertrages (ABl. Nr. L 050 vom 22.7.1961, S. 975)

72. **485 Y 1231(01):** Entschließung Nr. 85/C348/01 des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1985 zur Verbesserung der Anwendung der Sozialverordnungen im Straßenverkehr (ABl. Nr. C 348 vom 31.12.1985, S. 1)

73. **384 X 0646:** Empfehlung 84/646/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 an die nationalen Eisenbahnunternehmen der Mitgliedstaaten über die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit beim grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr (ABl. Nr. L 333 vom 21.12.1984, S. 63)

74. **382 X 0922:** Empfehlung 82/922/EWG der Kommission vom 17. Dezember 1982 an die nationalen Eisenbahnunternehmen über die Festlegung eines Systems für die qualitativ hochwertige Bedienung im grenzüberschreitenden Personenverkehr (ABl. Nr. L 381 vom 31.12.1982, S. 38)

75. **371 Y 0119(01):** Entschließung des Rates vom 7. Dezember 1970 über die Zusammenarbeit zwischen den Eisenbahnunternehmen (ABl. Nr. C 5 vom 19.1.1971, S. 1)

ANHANG XIV

WETTBEWERB

Verzeichnis nach Artikel 60

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bestimmungen enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendug, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Sofern nichts Gegenteiliges bestimmt ist, gelten die Vorschriften dieses Anhangs für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

I. Das Wort "Kommission" wird durch "zuständiges Überwachungsorgan" ersetzt.

II. Der Ausdruck "gemeinsamer Markt" wird durch "räumlicher Geltungsbereich des EWR-Abkommens" ersetzt.

III. Der Ausdruck "Handel zwischen Mitgliedstaaten" wird durch "Handel zwischen Vertragsparteien" ersetzt.

IV. Die Angabe "die Kommission und die Behörden der Mitgliedstaaten" wird durch "die EG-Kommission, die EFTA-Überwachungsbehörde, die Behörden der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten" ersetzt.

V. Bezugnahmen auf Artikel des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder des Vertrags über die Gründung der Europäischen

Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) werden durch Bezugnahmen auf die folgenden Artikel des EWR-Abkommens (EWR) ersetzt:

Artikel 85 (EWG)	-	Artikel 53 (EWR)
Artikel 86 (EWG)	-	Artikel 54 (EWR)
Artikel 90 (EWG)	-	Artikel 59 (EWR)
Artikel 66 (EGKS)	-	Artikel 2 des Protokolls 25 zum EWR-Abkommen.
Artikel 80 (EGKS)	-	Artikel 3 des Protokolls 25 zum EWR-Abkommen.

VI. Der Ausdruck "diese Verordnung" wird durch "dieser Rechtsakt" ersetzt.

VII. Der Ausdruck "die Wettbewerbsregeln des Vertrags" wird durch "die Wettbewerbsregeln des EWR-Abkommens" ersetzt.

VIII. Der Ausdruck "Hohe Behörde" wird durch "zuständiges Überwachungsorgan" ersetzt.

Unbeschadet der Vorschriften über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen wird der in den nachstehend aufgeführten Regelungen verwendete Begriff "zuständiges Überwachungsorgan" durch "das für die Entscheidung gemäß Artikel 56 des EWR-Abkommens zuständige Überwachungsorgan" ersetzt.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

A. FUSIONSKONTROLLE

1. **389 R 4064:** Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 1), in der berichtigten Fassung im ABl. Nr. L 257 vom 21.9.1990, S. 13

   Die Artikel 1 bis 5 der Verordnung gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 1 Absatz 1 erhält der Satzteil "Artikel 22 bleibt unberührt" folgende Fassung: "Artikel 22 oder die entsprechende Vorschrift des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen bleibt unberührt".

Ferner wird der Ausdruck "gemeinschaftsweiter Bedeutung" durch "gemeinschafts- oder EFTA-weiter Bedeutung", ersetzt.

b) In Artikel 1 Absatz 2 wird der Ausdruck "gemeinschaftsweite Bedeutung" durch "gemeinschafts- oder EFTA-weite Bedeutung" ersetzt.

Ferner wird der Ausdruck "gemeinschaftsweiter Gesamtumsatz" durch "gemeinschafts- oder EFTA-weiter Gesamtumsatz" ersetzt.

In Artikel 1 Absatz 2, zweiter Satzteil wird das Wort "Mitgliedsstaat" durch "Staat" ersetzt.

c) Artikel 1 Absatz 3 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 2 Absatz 1 Satz 1 wird die Bezeichnung "Gemeinsamen Markt" durch "dem Funktionieren des EWR-Abkommens" ersetzt.

e) In Artikel 2 Absatz 2 (am Ende) wird die Bezeichnung "Gemeinsamen Markt" durch "dem Funktionieren des EWR-Abkommens" ersetzt.

f) In Artikel 2 Absatz 3 (am Ende) wird die Bezeichnung "Gemeinsamen Markt" durch "dem Funktionieren des EWR-Abkommens" ersetzt.

g) In Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe b wird das Wort "Mitgliedstaats" durch "EG-Mitgliedstaats oder EFTA-Staates" ersetzt.

h) In Artikel 4 Absatz 1 wird der Ausdruck "gemeinschaftsweiter Bedeutung" durch "gemeinschafts- oder EFTA-weiter Bedeutung" ersetzt.

Ferner ist im ersten Satz vor den Worten "bei der Kommission anzumelden" der Satzteil "gemäß Artikel 57 des EWR-Abkommens" einzufügen.

i) Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:

"Der in der Gemeinschaft oder in einem Mitgliedstaat erzielte Umsatz umfaßt den Umsatz, der mit Waren und Dienstleistungen für Unternehmen oder Verbraucher in der Gemeinschaft oder in diesem Mitgliedstaat erzielt wird. Dasselbe gilt für den Umsatz, der in dem gesamten Gebiet der EFTA-Staaten oder in einem EFTA-Staat erzielt wird.".

j) In Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a Unterabsatz 2 wird der Ausdruck "in der Gemeinschaft erzielten Gesamtumsatzes" durch "in der Gemeinschaft oder der EFTA erzielten Gesamtumsatzes" ersetzt.

Ferner wird der Ausdruck "in der Gemeinschaft ansässigen Kreditinstituten und Kunden" durch "in der Gemeinschaft oder der EFTA ansässigen Kreditinstituten und Kunden" ersetzt.

k) In Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a Unterabsatz 3 wird das Wort "Mitgliedstaat" durch "EG-Mitgliedstaat oder EFTA-Staat" ersetzt.

l) In Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe b erhält der letzte Satz "...ist auf die Bruttoprämien abzustellen, die von der Gemeinschaft bzw. in einem Mitgliedstaat ansässigen Personen gezahlt werden." folgende Fassung und wird wie folgt ergänzt:

"... ist auf die Bruttoprämien abzustellen, die von in der Gemeinschaft bzw. in einem EG-Mitgliedstaat ansässigen Personen gezahlt werden. Das gleiche gilt für die Bruttoprämien, die von in dem gesamten Gebiet der EFTA-Staaten bzw. in einem EFTA-Staat ansässigen Personen gezahlt werden".

B. AUSSCHLIESSLICHKEITSVERTRÄGE

2. **383 R 1983**: Verordnung (EWG) Nr. 1983/83 der Kommission vom 22. Juni 1983 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Alleinvertriebsvereinbarungen (ABl. Nr. L 173 vom 30.6.1983, S. 1), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. 302 vom 15.11.1985, S. 166)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 1 wird der Ausdruck "des Vertrages" durch "des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" ersetzt.

b) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 6 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordnung Nr. 19/65/EWG" ersetzt durch "entweder von Amts wegen oder auf Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen,".

c) Dem Artikel 6 wird folgender Absatz angefügt:

"Das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordnung Nr. 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich."

d) Artikel 7 findet keine Anwendung.

e) Artikel 10 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 31. Dezember 1997."

3. **383 R 1984**: Verordnung (EWG) Nr. 1984/83 der Kommission vom 22. Juni 1983 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Alleinbezugsvereinbarungen (ABl. Nr. L 173 vom 30.6.1983, S. 5), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. 302 vom 15.11.1985, S. 166)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 1 wird der Ausdruck "des Vertrages" durch "des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" ersetzt.

b) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 14 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordnung Nr. 19/65/EWG" ersetzt durch "entweder von Amts wegen, auf Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen,".

c) Dem Artikel 14 wird folgender Absatz angefügt:

"Das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordnung Nr. 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich."

d) Artikel 15 findet keine Anwendung.

e) Artikel 19 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 31. Dezember 1997."

4. **385 R 0123:** Verordnung (EWG) Nr. 123/85 der Kommission vom 12. Dezember 1984 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vertriebs- und Kundendienstvereinbarungen über Kraftfahrzeuge (ABl. Nr. L 15 vom 18.1.1985, S. 16), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 167).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 5 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe d wird das Wort "Mitgliedstaat" durch "EG-Mitgliedstaat oder EFTA-Staat" ersetzt.

b) Artikel 7 findet keine Anwendung.

c) Artikel 8 findet keine Anwendung.

d) Artikel 9 findet keine Anwendung.

e) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 10 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordnung Nr. 19/65/EWG" ersetzt durch "entweder von Amts wegen, auf Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen,".

f) In Artikel 10 Nummer 3 wird das Wort "Mitgliedstaaten" durch "Vertragsparteien" ersetzt.

g) Dem Artikel 10 wird am Ende folgender Absatz angefügt:

"Das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordnung Nr. 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich."

h) Artikel 14 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 30. Juni 1995."

C. PATENTLIZENZVEREINBARUNGEN

5. **384 R 2349:** Verordnung (EWG) Nr. 2349/84 der Kommission vom 23. Juli 1984 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Patentlizenzvereinbarungen (ABl. Nr. L 219 vom 16.8.1984, S. 15), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 166)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 4 Absatz 1 erhält der Satzteil "unter der Bedingung, daß diese Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1699/75, bei der Kommission angemeldet werden und die Kommission ... keinen Widerspruch ... erhebt" folgende Fassung: "unter der Bedingung, daß diese Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2526/85, sowie den entsprechenden Bestimmungen des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen bei der EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde angemeldet werden und das zuständige Überwachungsorgan ... keinen Widerspruch ... erhebt".

b) In Artikel 4 Absatz 2 wird das Wort "Kommission" durch "EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde" ersetzt.

c) Artikel 4 Absatz 4 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 4 Absatz 5 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Sie erhebt Widerspruch, wenn sie von einem Staat ihres Zuständigkeitsbereichs binnen drei Monaten nach der Übermittlung einer Anmeldung im Sinne von Absatz 1 an diesen Staat einen entsprechenden Antrag erhält.".

e) In Artikel 4 Absatz 6 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Ist jedoch der Widerspruch auf Antrag eines Staates ihres Zuständigkeitsbereichs erhoben worden und hält dieser seinen Antrag aufrecht, kann der Widerspruch erst nach Anhörung ihres Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen zurückgenommen werden.".

f) Dem Artikel 4 Absatz 9 wird am Ende folgende Angabe angefügt:

"oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen.".

g) Artikel 6 findet keine Anwendung.

h) Artikel 7 findet keine Anwendung.

i) Artikel 8 findet keine Anwendung.

j) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 9 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordung Nr. 19/65/EWG" ersetzt durch "entweder von Amts wegen oder auf Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen,".

k) Dem Artikel 9 wird folgender Absatz angefügt:

"Das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordung Nr. 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich.".

l) Artikel 14 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 31. Dezember 1994.".

D. SPEZIALISIERUNGSVEREINBARUNGEN SOWIE VEREINBARUNGEN ÜBER FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

6. **385 R 0417:** Verordnung (EWG) Nr. 417/85 der Kommission vom 19. Dezember 1984 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen (ABl. Nr. L 53 vom 22.2.1985, S. 1), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der

Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 167)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 4 Absatz 1 erhält der Satzteil "unter der Bedingung,daß die betreffenden Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission bei der Kommission angemeldet werden und die Kommission ... keinen Widerspruch ... erhebt" folgende Fassung: "unter der Bedingung, daß die betreffenden Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2526/85, sowie den entsprechenden Bestimmungen des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen bei der EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde angemeldet werden und das zuständige Überwachungsorgan ... keinen Widerspruch erhebt".

b) In Artikel 4 Absatz 2 wird das Wort "Kommission" durch "EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde" ersetzt.

c) Artikel 4 Absatz 4 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 4 Absatz 5 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Sie erhebt Widerspruch, wenn sie von einem Staat ihres Zuständigkeitsbereichs binnen drei Monaten nach der Übermittlung einer Anmeldung im Sinne von Absatz 1 an diesen Staat einen entsprechenden Antrag erhält.".

e) In Artikel 4 Absatz 6 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Ist jedoch der Widerspruch auf Antrag eines Staates ihres Zuständigkeitsbereichs erhoben worden und hält dieser seinen Antrag aufrecht, kann der Widerspruch erst nach Anhörung ihres Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen zurückgenommen werden.".

f) Dem Artikel 4 Absatz 9 wird am Ende folgender Satzteil angefügt:

"oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen.".

g) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 8 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2821/71" ersetzt durch "entweder von Amts wegen oder auf

Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen".

h) Dem Artikel 8 wird folgender Absatz angefügt:

"Das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordung Nr. 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich.".

i) Artikel 10 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 31. Dezember 1997.".

7. **385 R 0418:** Verordnung (EWG) Nr. 418/85 der Kommission vom 19. Dezember 1984 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung (ABl. L 53 vom 22.2.1985, S. 5), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Bedingungen des Beitritts und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 167)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 7 Absatz 1 erhält der Satzteil "unter der Bedingung, daß die betreffenden Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordung Nr. 27/62 der Kommission bei der Kommission angemeldet werden und die Kommission ... keinen Widerspruch ... erhebt" folgende Fassung: "unter der Bedingung, daß die betreffenden Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2526/85, sowie den entsprechenden Bestimmungen des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen bei der EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde angemeldet werden und das zuständige Überwachungsorgan ... keinen Widerspruch ... erhebt".

b) In Artikel 7 Absatz 2 wird das Wort "Kommission" durch "EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde" ersetzt.

c) Artikel 7 Absatz 4 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 7 Absatz 5 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Sie erhebt Widerspruch, wenn sie von einem Staat ihres Zuständigkeitsbereichs binnen drei Monaten nach der Übermittlung einer Anmeldung im Sinne von Absatz 1 an diesen Staat einen entsprechenden Antrag erhält.".

e) In Artikel 7 Absatz 6 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Ist jedoch der Widerspruch auf Antrag eines Staates ihres Zuständigkeitsbereichs erhoben worden und hält dieser seinen Antrag aufrecht, so kann der Widerspruch erst nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen zurückgenommen werden.".

f) Dem Artikel 7 Absatz 9 wird folgender Satzteil angefügt:

"oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen.".

(g) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 10 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2821/71" ersetzt durch "entweder von Amts wegen oder auf Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen,".

h) Dem Artikel 10 wird folgender Absatz angefügt:

"Das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordnung 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich.".

i) Artikel 11 findet keine Anwendung.

j) Artikel 13 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 31. Dezember 1997.".

E. FRANCHISEVEREINBARUNGEN

8. **388 R 4087:** Verordnung (EWG) Nr. 4087/88 der Kommission vom 30. November 1988 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrags auf Gruppen von Franchisevereinbarungen (ABl. Nr. L 359 vom 28.12.1988, S. 46)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 6 Absatz 1 erhält der Satzteil "sofern diese Vereinbarungen gemäß der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission angemeldet werden und die Kommission ... keinen Widerspruch ... erhebt" folgende Fassung: "sofern diese Vereinbarungen gemäß der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2526/85, sowie den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen bei der EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde angemeldet werden und das zuständige Überwachungsorgan ... keinen Widerspruch ... erhebt".

b) In Artikel 6 Absatz 2 wird das Wort "Kommission" durch "EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde" ersetzt.

c) Artikel 6 Absatz 4 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 6 Absatz 5 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Sie erhebt Widerspruch, wenn sie von einem Staat ihres Zuständigkeitsbereichs binnen drei Monaten nach Übermittlung einer Anmeldung im Sinne von Absatz 1 an diesen Staat einen entsprechenden Antrag erhält.".

e) In Artikel 6 Absatz 6 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Ist jedoch der Widerspruch auf Antrag eines Staates ihres Zuständigkeitsbereichs erhoben worden und hält dieser seinen Antrag aufrecht, so kann der Widerspruch erst nach Anhörung ihres Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen zurückgenommen werden.".

f) Dem Artikel 6 Absatz 9 wird folgender Satzteil angefügt:

"oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen.".

g) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 8 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordnung Nr. 19/65/EWG" ersetzt durch "entweder von Amts wegen oder auf Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen,".

h) Dem Artikel 8 wird folgender Absatz angefügt:

"Das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordnung Nr. 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich.".

i) In Artikel 8 Buchstabe c wird das Wort "Mitgliedstaaten" durch "EG-Mitgliedstaaten oder EFTA-Staaten" ersetzt.

j) Artikel 9 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 31. Dezember 1999.".

F. KNOW-HOW-VEREINBARUNGEN

9. **389 R 0556:** Verordnung (EWG) Nr. 556/89 der Kommission vom 30. November 1988 zur Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Know-how-Vereinbarungen (ABl. Nr. L 61 vom 4.3.1989, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 1 Absatz 2 wird der Ausdruck "der Europäischen Gemeinschaft" durch "des räumlichen Geltungsbereichs des EWR-Abkommens" ersetzt.

b) Artikel 1 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"Sofern die in Absatz 1 Ziffern 1 bis 5 genannten Verpflichtungen Gebiete betreffen, die EG-Mitgliedstaaten oder EFTA-Staaten einschließen, in denen dieselbe Technologie durch notwendige Patente geschützt ist, gilt die Freistellung nach Absatz 1 für diese Staaten so lange, wie das Vertragserzeugnis oder -verfahren in diesen Staaten durch derartige Patente geschützt ist, sofern diese Schutzdauer länger als die in Absatz 2 genannten Zeiträume ist.".

c) In Artikel 1 Absatz 7 Nummern 6 und 8 wird "Mitgliedstaaten" bzw. "Mitgliedstaat" durch "EG-Mitgliedstaaten oder EFTA-Staaten" bzw. "EG-Mitgliedstaat oder EFTA-Staat" ersetzt.

d) In Artikel 4 Absatz 1 erhält der Satzteil "unter der Bedingung, daß diese Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 27/62 der Kommission bei der Kommission angemeldet werden und die Kommission ... keinen Widerspruch erhebt" folgende Fassung: "unter der Bedingung, daß diese Vereinbarungen gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 27/62, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2526/85, sowie den entsprechenden Bestimmungen des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen bei der EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde angemeldet werden und das zuständige Überwachungsorgan ... keinen Widerspruch ... erhebt".

e) In Artikel 4 Absatz 3 wird das Wort "Kommission" durch "bei der EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde" ersetzt.

f) Artikel 4 Absatz 5 findet keine Anwendung.

g) In Artikel 4 Absatz 6 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Sie erhebt Widerspruch, wenn sie von einem Staat ihres Zuständigkeitsbereichs binnen drei Monaten nach der Übermittlung einer Anmeldung im Sinne von Absatz 1 an den Staat einen entsprechenden Antrag erhält.".

h) In Artikel 4 Absatz 7 erhält der zweite Satz folgende Fassung:

"Ist jedoch der Widerspruch auf Antrag eines Staates ihres Zuständigkeitsbereichs erhoben worden und hält dieser seinen Antrag aufrecht, kann der Widerspruch erst nach Anhörung des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen zurückgenommen werden.".

i) Dem Artikel 4 Absatz 10 wird folgender Satzteil angefügt:

"oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen.".

j) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 7 wird die Angabe "gemäß Artikel 7 der Verordnung Nr. 19/65/EWG" ersetzt durch "entweder von Amts wegen oder auf

Antrag des anderen Überwachungsorgans, eines Staates seines Zuständigkeitsbereichs oder auf Antrag von natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse geltend machen".

k) Dem Artikel 7 Nummer 5 Buchstabe a (vor "oder") und b wird ein Semikolon und jeweils folgender Wortlaut angefügt:

"das zuständige Überwachungsorgan kann in solchen Fällen eine Erklärung gemäß den Artikeln 6 und 8 der Verordnung Nr. 17/62 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen abgeben; eine Anmeldung durch die betreffenden Unternehmen ist nicht erforderlich.".

l) Artikel 8 findet keine Anwendung.

m) Artikel 9 findet keine Anwendung.

n) Artikel 10 findet keine Anwendung.

o) Artikel 12 erhält folgende Fassung:

"Dieser Rechtsakt gilt bis zum 31. Dezember 1999.".

G. VERKEHR

10. **368 R 1017**: Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates vom 19. Juli 1968 über die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (ABl. Nr. L 175 vom 23.7.1968, S. 1)

Die Artikel 1 bis 5 und die Artikel 7 bis 9 der Verordnung gelten für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Der einleitende Satzteil von Artikel 2 erhält folgende Fassung:

"Vorbehaltlich der Artikel 3 bis 6 und der dem Artikel 6 entsprechenden Vorschrift des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen sind mit dem Funktionieren des EWR-Abkommens unvereinbar und verboten, ohne daß dies einer vorherigen Entscheidung bedarf, alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen den Vertragsparteien zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des unter

das EWR-Abkommen fallenden Gebiets bezwecken oder bewirken, insbesondere".

b) Artikel 3 Absatz 2 findet keine Anwendung.

c) Artikel 6 findet keine Anwendung.

d) In Artikel 8 Absatz 1 wird die Angabe "Mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar" durch "Mit dem Funktionieren des EWR-Abkommens unvereinbar" ersetzt.

e) Artikel 9 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"Die Vertragsparteien werden auf dem Gebiet des Verkehrs in bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, denen EG-Mitgliedstaaten oder EFTA-Staaten besondere oder ausschließliche Rechte gewähren, keine den vorstehenden Artikeln widersprechende Maßnahmen treffen oder beibehalten.".

f) In Artikel 9 Absatz 2 wird das Wort "Gemeinschaft" durch "Vertragsparteien" ersetzt.

g) Artikel 9 Absatz 3 erhält die Fassung:

"Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde achten auf die Anwendung dieses Artikels und richten erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen an die in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallenden Staaten.".

11. **386 R 4056:** Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 des Rates vom 22. Dezember 1986 über die Einzelheiten der Anwendung der Artikel 85 und 86 des Vertrages auf den Seeverkehr (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1986, S. 4), berichtigt im ABl. Nr. L 117 vom 5.5.1988, S. 34.

Abschnitt I der Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 1 Absatz 2 wird der Ausdruck "Häfen der Gemeinschaft" durch "Häfen im räumlichen Geltungsbereich des EWR-Abkommens" ersetzt.

b) Artikel 2 Absatz 2 findet keine Anwendung.

c) In dem einleitenden Satzteil von Artikel 7 Nummer 1 wird die Angabe "Abschnitt II" ersetzt durch "Abschnitt II oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen".

Ferner wird im zweiten Gedankenstrich die Angabe "Artikel 11 Absatz 4" durch "Artikel 11 Absatz 4 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen" ersetzt.

d) In Artikel 7 Nummer 2 Buchstabe a wird die Angabe "des Abschnitts II" durch "des Abschnitts II oder der entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen" ersetzt.

e) Dem Artikel 7 Nummer 2 Buchstabe c Ziffer i werden folgende Absätze angefügt:

"Wenn eine der Vertragsparteien gemäß dieser Verordnung Konsultationen mit einem Drittland aufnehmen will, unterrichtet sie den Gemeinsamen EWR-Ausschuß.

Die Vertragspartei, die das Verfahren einleitet, kann gegebenenfalls die anderen Vertragsparteien zur Teilnahme an diesen Verfahren auffordern.

Sofern eine oder mehrere der anderen Vertragsparteien gegen das beabsichtigte Vorgehen Einwände erheben, ist in dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß nach einer zufriedenstellenden Lösung zu suchen. Wird zwischen den Vertragsparteien keine Einigung erzielt, so können geeignete Maßnahmen getroffen werden, um spätere Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.".

f) In Artikel 8 Absatz 2 werden die Worte "auf Antrag eines Mitgliedstaates" ersetzt durch "auf Antrag eines Staates ihres Zuständigkeitsbereichs".

Ferner wird "Artikel 10" durch "Artikel 10 oder den entsprechenden Vorschriften des Protokolls 21 zum EWR-Abkommen" ersetzt.

g) In Artikel 9 Absatz 1 wird der Ausdruck "handels- und seeschifffahrtsbezogene Belange der Gemeinschaft" durch "handels- und seeschiffahrtsbezogene Belange der Vertragsparteien" ersetzt.

h) Dem Artikel 9 wird folgender Absatz angefügt:

"(4) Wenn eine der Vertragsparteien gemäß dieser Verordnung Konsultationen mit einem Drittland aufnehmen will, unterrichtet sie den Gemeinsamen EWR-Ausschuß.

Die Vertragspartei, die das Verfahren einleitet, kann gegebenenfalls die anderen Vertragsparteien zur Teilnahme an diesem Verfahren auffordern.

Sofern eine oder mehrere der anderen Vertragsparteien gegen das beabsichtigte Vorgehen Einwände erheben, ist in dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß nach einer zufriedenstellenden Lösung zu suchen. Wenn zwischen den Vertragsparteien keine Einigung erzielt wird, so können geeignete Maßnahmen getroffen werden, um spätere Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.".

H. ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN

12. **388 L 0301:** Richtlinie 88/301/EWG der Kommission vom 16. Mai 1988 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikations-Endgeräte (ABl. Nr. L 131 vom 27.5.1988, S. 73)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 2 Absatz 2 wird der Ausdruck "Bekanntgabe dieser Richtlinie" durch "Inkrafttreten des EWR-Abkommens" ersetzt.

b) Artikel 10 findet keine Anwendung.

c) Ferner gilt folgendes:

Für die EFTA-Staaten ist die EFTA-Überwachungsbehörde Adressat aller Informationen, Mitteilungen, Berichte und Anmeldungen, die nach dieser Richtlinie innerhalb der Gemeinschaft an die EG-Kommission zu richten sind.

Für die in diesem Rechtsakt vorgesehenen unterschiedlichen Übergangszeiten gilt eine allgemeine Übergangszeit von sechs Monaten ab Inkrafttreten des EWR-Abkommens.

13. **390 L 0388:** Richtlinie 90/388/EWG der Kommission vom 28. Juni 1990 über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste (ABl. Nr. L 192 vom 24.7.1990, S. 10)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Je nach Zuständigkeit obliegt es der EG-Kommission oder der EFTA-Überwachungsbehörde, die Entwürfe vor ihrer Verwirklichung auf ihre Vereinbarkeit mit dem

EWR-Abkommen zu prüfen.".

b) In Artikel 6 Absatz 2 wird der Satzteil "vom Rat für die Bereitstellung des offenen Netzzugangs erlassenen einheitlichen Gemeinschaftsregeln" ersetzt durch "für die Bereitstellung des offenen Netzzugangs geltenden einheitlichen Vorschriften des EWR-Abkommens".

c) Artikel 10 Satz 1 findet keine Anwendung.

d) Ferner gilt folgendes:

Für die EFTA-Staaten ist die EFTA-Überwachungsbehörde Adressat aller Informationen, Mitteilungen, Berichte und Anmeldungen, die nach dieser Richtlinie innerhalb der Gemeinschaft an die EG-Kommission zu richten sind. Desgleichen ist die EFTA-Überwachungsbehörde im Hinblick auf die EFTA-Staaten dafür zuständig, die erforderlichen Berichte abzufassen oder Bewertungen vorzunehmen.

Für die in diesem Rechtsakt vorgesehenen unterschiedlichen Übergangszeiten gilt eine allgemeine Übergangszeit von sechs Monaten ab Inkrafttreten des EWR-Abkommens.

I. KOHLE UND STAHL

14. **354 D 7024:** Entscheidung Nr. 24/54 der Hohen Behörde vom 6. Mai 1954 betreffend eine Verordnung über die Tatbestandsmerkmale der Kontrolle eines Unternehmens auf Grund des Artikels 66 § 1 des Vertrages (ABl. der EGKS Nr. 9 vom 11.5.1954, S. 345/54)

Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Artikel 4 findet keine Anwendung.

15. **367 D 7025:** Entscheidung Nr. 25/67 der Hohen Behörde vom 22. Juni 1967 betreffend eine Verordnung über die Befreiung vom Erfordernis vorheriger Genehmigung aufgrund des Artikels 66 § 3 des Vertrages (ABl. Nr. 154 vom 14.7.1967, S. 11), geändert durch:

- **378 S 2495:** Entscheidung Nr. 2495/78/EGKS der Kommission vom 20. Oktober 1978 (ABl. Nr. L 300 vom 27.10.1978, S. 21)

Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 1 Nummer 2 wird nach "in der Gemeinschaft" die Angabe "und in den EFTA-Staaten" eingefügt.

b) In der Überschrift von Artikel 2 werden die Worte "der Gemeinschaft unterstehenden" durch "dem Protokoll 25 zum EWR-Abkommen unterliegenden" ersetzt.

c) In der Überschrift von Artikel 3 wird der Ausdruck "der Gemeinschaft unterstehenden" durch "dem Protokoll 25 zum EWR-Abkommen unterliegenden" ersetzt.

d) Artikel 11 findet keine Anwendung.

- - - - - -

RECHTSAKTE, DIE DIE EG-KOMMISSION UND DIE EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE GEBÜHREND BERÜCKSICHTIGEN MÜSSEN

Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde haben bei der Anwendung der Artikel 53 bis 60 des Abkommens und der Vorschriften, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, die Grundsätze und Regelungen der folgenden Rechtsakte gebührend zu berücksichtigen:

Kontrolle von Zusammenschlüssen

16. **C/203/90/S. 5:** Bekanntmachung der Kommission über Nebenabreden zu Zusammenschlüssen (ABl. Nr. C 203 vom 14.8.1990, S. 5)

17. **C/203/90/S. 10:** Bekanntmachung der Kommission über Konzentrations- und Kooperationstatbestände nach der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. Nr. C 203 vom 14.8.1990, S. 10)

Ausschließlichkeitsverträge

18. **C/101/84/S. 2:** Bekanntmachung der Kommission zu den Verordnungen (EWG) Nr. 1983/83 und (EWG) Nr. 1984/83 der Kommission vom 22. Juni 1983 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Alleinvertriebsvereinbarungen bzw. Alleinbezugsvereinbarungen (ABl. Nr. C 101 vom 13.4.1984, S. 2)

19. **C/17/85/S. 4:** Bekanntmachung der Kommission zu der Verordnung (EWG) Nr. 123/85 vom 12. Dezember 1984 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vertriebs- und Kundendienstvereinbarungen über Kraftfahrzeuge (ABl. Nr. C 17 vom 18.1.1985, S. 4)

Weitere Rechtsakte

20. **362 X 1224 (01):** Bekanntmachung der Kommission über Alleinvertriebsverträge mit Handelsvertretern (ABl. Nr. 139 vom 24.12.1962, S. 2921/62)

21. **C/75/68/S. 3:** Bekanntmachung der Kommission über Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine zwischenbetriebliche Zusammenarbeit betreffen (ABl. Nr. C 75 vom 29.7.1968, S. 3)

22. **C/111/72/S. 13:** Bekanntmachung der Kommission betreffend die Einfuhr japanischer Erzeugnisse in die Gemeinschaft, auf die der Vertrag von Rom anwendbar ist (ABl. Nr. C 111 vom 21.10.1972, S. 13)

23. **C/1/79/S. 2:** Bekanntmachung der Kommission vom 18. Dezember 1978 über die Beurteilung von Zulieferverträgen nach Artikel 85 Absatz 1 EWG-Vertrag (ABl. Nr. C 1 vom 3.1.1979, S. 2)

24. **C/231/86/S. 2:** Bekanntmachung der Kommission über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, die nicht unter Artikel 85 Absatz 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fallen (ABl. Nr. C 231 vom 12.9.1986, S. 2)

25. **C/233/91/S. 2:** Leitlinien für die Anwendung der EG-Wettbewerbsregeln im Telekommunikationsbereich (ABl. Nr. C 233 vom 6.9.1991, S. 2)

* * * * * *

ANHANG XV

STAATLICHE BEIHILFEN

Verzeichnis nach Artikel 63

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bestimmungen enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

- - - - - -

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

Öffentliche Unternehmen

1. **380 L 0723:** Richtlinie 80/723/EWG der Kommission vom 25. Juni 1980 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen (ABl. Nr. L 195 vom 29.7.1980, S. 35), geändert durch:

   - **385 L 0413:** Richtlinie 85/413/EWG der Kommission vom 24. Juli 1985 zur Änderung der Richtlinie 80/723/EWG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen (ABl. Nr. L 229 vom 28.8.1985, S. 20)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Das Wort "Kommission" wird durch "das gemäß Artikel 62 des EWR-Abkommens zuständige Überwachungsorgan" ersetzt.

b) Der Ausdruck "Handel zwischen Mitgliedstaaten" wird durch "Handel zwischen Vertragsparteien" ersetzt.

- - - - - -

RECHTSAKTE, DIE DIE EG-KOMMISSION UND DIE EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE GEBÜHREND BERÜCKSICHTIGEN MÜSSEN

Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde haben bei der Anwendung der Artikel 61 bis 63 des Abkommens und der Vorschriften, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, die Grundsätze und Regelungen der folgenden Rechtsakte gebührend zu berücksichtigen:

Überprüfung durch die Kommission

Vorherige Unterrichtung über die beabsichtigten staatlichen Beihilfen und andere Verfahrensregeln

2. **C/252/80/S. 2:** Die Unterrichtung der Kommission über staatliche Beihilfen gemäß Artikel 93 Absatz 3 EWG-Vertrag - Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten (ABl. Nr. C 252 vom 30.9.1980, S. 2)

3. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 2. Oktober 1981 (SG(81) 12740)

4. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 27. April 1989 (SG(89) D/5521)

5. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 30. April 1989 (SG(87) D/5540): Verfahren gemäß Artikel 93 Absatz 2 EWG-Vertrag - Fristen

6. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 11. Oktober 1990 (SG(90) D/28091): staatliche Beihilfen - Unterrichtung der Mitgliedstaaten über Beihilfen, die von der Kommission nicht beanstandet wurden

7. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 4. März 1991 (SG(91) D/4577): Mitteilung an die Mitgliedstaaten über die Verfahren der Unterrichtung über beabsichtigte Beihilfen sowie über die Verfahren, die anwendbar sind, wenn eine Beihilfe unter Verstoß gegen Artikel 93 Absatz 3 EWG-Vertrag gewährt wird.

Bewertung der Beihilfen von geringer Bedeutung

8. **C/40/90/S. 2:** Anmeldung von Beihilferegelungen von geringer Bedeutung (ABl. Nr. C 40 vom 20.2.1990, S. 2)

Staatliche Beteiligungen

9. Anwendung der Artikel 92 und 93 EWG-Vertrag auf staatliche Beteiligungen (Bulletin EG 9-1984)

Mißbräuchlich gewährte Beihilfen

10. **C/318/83/S. 3:** Mitteilung der Kommission über mißbräuchlich gewährte Beihilfen (ABl. Nr. C 318 vom 24.11.1983, S. 3)

Staatliche Bürgschaften

11. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 5. April 1989 (SG(89) D/4328)

12. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 12. Oktober 1989 (SG(89) D/12772)

Rahmen für sektorale Beihilferegelungen

Textil- und Bekleidungsindustrie

13. Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten betreffend den Gemeinschaftsrahmen für die Beihilfen zugunsten der Textilindustrie (SEK(71) 363 endg. - Juli 1971)

14. Schreiben der Kommission an die Migliedstaaten vom 4. Februar 1977 (SG(77) D/1190) und Anhang (SEK(77) 317 vom 25.1.1977): Prüfung der gegenwärtigen Situation im Hinblick auf Beihilfen an die Textil- und Bekleidungsindustrie

Kunstfaserindustrie

15. **C/173/89/S. 5:** Mitteilung der Kommission über Beihilfen zugunsten der Kunstfaserindustrie in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 173 vom 8.7.1989, S. 5)

Kraftfahrzeugindustrie

16. **C/123/89/S. 3:** Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen in der KfZ-Industrie (ABl. Nr. C 123 vom 18.5.1989, S. 3)

17. **C/81/91/S. 4:** Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen an die Kraftfahrzeug-Industrie (ABl. Nr. C 81 vom 26.3.1991, S. 4)

Rahmen für allgemeine regionale Beihilferegelungen

18. **471 Y 1104:** Entschließung des Rates vom 20. Oktober 1971 über die allgemeinen Beihilferegelungen mit regionaler Zielsetzung (ABl. Nr. C 111 vom 4.11.1971, S. 1)

19. **C/111/71/S. 7:** Mitteilung der Kommission zu der Entschließung des Rates vom 20. Oktober 1971 über allgemeine Beihilferegelungen mit regionaler Zwecksetzung (ABl. Nr. C 111 vom 4.11.1971, S. 7)

20. Mitteilung der Kommission an den Rat über Beihilferegelungen mit regionaler Zwecksetzung (KOM(75)77 endg.)

21. **C/31/79/S. 9:** Mitteilung der Kommission vom 21. Dezember 1978 über regionale Beihilferegelungen (ABl. Nr. C 31 vom 3.2.1979, S. 9)

22. **C/212/88/S. 2:** Mitteilung der Kommission über die Methode zur Anwendung von Artikel 92 Absätze 3 a) und c) auf Regionalbeihilfen (ABl. Nr. C 212 vom 12.8.1988, S. 2)

23. **C/10/90/S. 8:** Mitteilung der Kommission über die Änderung der Mitteilung vom 21. Dezember 1978 (ABl. Nr. C 10 vom 16.1.1990, S. 8)

24. **C/163/90/S. 5:** Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe c) auf Regionalbeihilfen (ABl. Nr. C 163 vom 4.7.1990, S. 5)

25. **C/163/90/S. 6:** Mitteilung der Kommission zur Methode der Anwendung von Artikel 92 Absatz 3 Buchstabe a) auf Regionalbeihilfen (ABl. Nr. C 163 vom 4.7.1990, S. 6)

Horizontale Rahmen

Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Umweltbereich

26. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 7. November 1974 (S/74/30.807)

27. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 7. Juli 1980 (SG(80) D/8287)

28. Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten (Anhang zu dem Schreiben vom 7. Juli 1980)

29. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 29. März 1987 (SG(87) D/3795)

Gemeinschaftsrahmen für staatliche Forschungs- und Entwicklungsbeihilfen

30. **C/83/86/S. 2:** Gemeinschaftsrahmen für staatliche FuE-Beihilfen (ABl. Nr. C 83 vom 11.4.1986, S. 2)

31. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 5. Februar 1990 (SG(90) D/01620)

Allgemeine Beihilferegelungen

32. Schreiben der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 14. September 1979 (SG(79) D/10478)

33. Kontrolle der Rettungs- und Begleitbeihilfen (Achter Bericht über die Wettbewerbspolitik, Ziffer 228)

Kumulierung von Beihilfen unterschiedlicher Zielsetzungen

34. **C/3/85/S. 3:** Mitteilung der Kommission über die Kumulierung von Beihilfen unterschiedlicher Zielsetzungen (ABl. Nr. C 3 vom 5.1.1985, S. 2)

Beschäftigungsbeihilfen

35. Sechzehnter Bericht über die Wettbewerbspolitik, Ziffer 253

36. Zwanzigster Bericht über die Wettbewerbspolitik, Ziffer 280

Kontrolle der Beihilfen zugunsten der Stahlindustrie

37. **C/320/88/S. 3:** Rahmenregelung für bestimmte, nicht unter den EGKS-Vertrag fallende Stahlbereiche (ABl. Nr. C 320 vom 13.12.1988, S. 3)

ANHANG XVI

ÖFFENTLICHES AUFTRAGWESEN

Verzeichnis nach Artikel 65 Absatz 1

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Hinweise auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Verweise auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nicht anders bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

1. Für die Anwendung der Richtlinien 71/305/EWG, 89/440/EWG und 90/531/EWG, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, gilt folgendes:

   Bis die Freizügigkeit der Arbeitskräfte gemäß Artikel 28 des Abkommens hergestellt ist, sorgen die Vertragsparteien für

   - den effektiven freien Zugang für Beschäftigte, die bei Auftraggnehmern der Vertragsparteien, die öffentliche Bauaufträge erhalten haben, Schlüsselstellungen bekleiden;

   - die nichtdiskriminierende Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Auftragnehmer der jeweils anderen Vertragsparteien, die öffentliche Bauaufträge erhalten haben.

2. Wenn aufgrund der Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bekanntmachungen oder Schriftstücke veröffentlicht werden müssen, gilt folgendes:

   a) Die Veröffentlichung von Bekanntmachungen und anderen Schriftstücken aufgrund der Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften und im "Tenders Electronic Daily" erfolgt durch das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

   b) Bekanntmachungen der EFTA-Staaten sind mindestens in einer der Gemeinschaftssprachen dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften zuzusenden. Sie sind in den Gemeinschaftssprachen in der Reihe S des Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften und im "Tenders Electronic Daily" zu veröffentlichen. EG-Bekanntmachungen brauchen nicht in die Sprachen der EFTA-Staaten übersetzt zu werden.

3. Wird Teil VII Kapitel 3 des Abkommens zur Überwachung im Sinne dieses Anhangs angewandt, so ist die EG-Kommission für die Überwachung vermutlicher Verstöße zuständig, die von einem Auftraggeber in der Gemeinschaft begangen werden, und die EFTA-Überwachungsbehörde für vermutliche Verstöße, die von einem Auftraggeber in einem EFTA-Staat begangen werden.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **371 L 0304**: Richtlinie 71/304/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 zur Aufhebung der Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs auf dem Gebiet der öffentlichen Bauaufträge und bei öffentlichen Bauaufträgen, die an die Auftragnehmer über ihre Agenturen oder Zweigniederlassungen vergeben werden (ABl. Nr. L 185 vom 16.8.1971, S. 1).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Das Verzeichnis der Berufstätigkeiten wird durch Anhang II der Richtlinie 89/440/EWG ersetzt.

   b) Die in Liechtenstein erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1995 in Kraft;

      die in der Schweiz erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1994 in Kraft;

      während dieser Übergangszeiten wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen diesen Staaten und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

2. **371 L 0305**: Richtlinie 71/305/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge (ABl. Nr. L 185 vom 16.8.1971, S. 5), geändert durch:

   - **89 L 0440**: Richtlinie 89/440/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 (ABl. Nr. L 210 vom 21.7.1989, S. 1),

   - **390 D 0380**: Entscheidung 90/380/EWG der Kommission vom 13. Juli 1990 betreffend die Aktualisierung von Anhang I der Richtlinie 89/440/EWG des Rates (ABl. Nr. L 187 vom 19.7.1990, S. 55).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Liechtenstein erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1995 in Kraft;

die in der Schweiz erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1994 in Kraft;

während dieser Übergangszeiten wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen diesen Staaten und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

b) In Artikel 4 Buchstabe a wird "gemäß dem EWG-Vertrag" durch "gemäß dem EWR-Abkommen" ersetzt.

c) Soweit in Finnland, in Liechtenstein und in der Schweiz die Mehrwertsteuer nicht eingeführt ist, heißt es in Artikel 4 a Absatz 1 und Absatz 3 statt "MWSt"

- "liikevaihtovero/omsättningsskatt" in Finnland;
- "Warenumsatzsteuer" in Liechtenstein
- "Warenumsatzsteuer/ impôt sur le chiffre d'affaires/ imposta sulla cifra d'affari" in der Schweiz.

d) Der Schwellenwert wird gemäß Artikel 4 a Absatz 2 zum 1. Januar 1993 in den Währungen der EFTA-Staaten berechnet, mit Wirkung vom 1. Januar 1995 grundsätzlich alle zwei Jahre überprüft und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

e) Artikel 24 wird wie folgt ergänzt:

für Österreich das "Firmenbuch", das "Gewerberegister", die "Mitgliederverzeichnisse der Landeskammern",
für Finnland das "Kaupparekisteri"-"Handelsregistret",
für Island die "Firmaskrà",
für Liechtenstein das Gewerberegister,
für Norwegen das "Foretaksregisteret",
für Schweden das "Aktiebolagsregistret", das "Handelsregistret",
für die Schweiz das "Handelsregister"-"Registre du Commerce"-"Registro di Commercio",

f) In Artikel 30 a Absatz 1 wird das Datum des 31. Oktober 1993 durch den 31. Oktober 1995 ersetzt.

g) Anhang I wird durch Anlage 1 zu diesem Anhang ergänzt.

6. **377 L 0062**: Richtlinie 77/62/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge (ABl. Nr. L 13 vom 15.1.1977, S. 1), geändert durch:

- **380 L 0767**: Richtlinie 80/767/EWG des Rates vom 22. Juli 1980 zur Anpassung und Ergänzung der Richtlinie 77/62/EWG über die Koordinierung zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge hinsichtlich bestimmter öffentlicher Auftraggeber (ABl. Nr. L 215 vom 18.8.1980, S. 1),

- **388 L 0295**: Richtlinie 88/295/EWG des Rates vom 22. März 1988 zur Änderung der Richtlinie 77/62/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge und zur Aufhebung einiger Bestimmungen der Richtlinie 80/767/EWG (ABl. Nr. L 127 vom 20.5.1988, S. 1).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Liechtenstein erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1995 in Kraft;

die in der Schweiz erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1994 in Kraft;

während dieser Übergangszeiten wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen diesen Staaten und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

b) In Artikel 2 a wird die Bezugnahme auf Artikel 223 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags ersetzt durch die Bezugnahme auf "Artikel 123 des EWR-Abkommens".

c) Soweit in Finnland, in Liechtenstein und in der Schweiz die Mehrwertsteuer nicht eingeführt ist, heißt es in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a statt "MWSt"

- "liikevaihtovero/omsättningsskatt" in Finnland,
- "Warenumsatzsteuer" in Liechtenstein,
- "Warenumsatzsteuer/impôt sur le chiffre d'affaires/ imposta sulla cifra d'affari" in der Schweiz.

d) Mit der Maßgabe, daß der Schwellenwert in ECU nur innerhalb des EWR gilt, werden in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c folgende Worte gestrichen:

- Satz 1: "und der Schwellenwert des GATT-Übereinkommens in ECU";
- Satz 2: "und der ECU in SZR".

e) Der Schwellenwert wird gemäß Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c zum 1. Januar 1993 in den Währungen der EFTA-Staaten berechnet.

f) In Artikel 9 Absatz 1 wird das Datum des 1. Januar 1989 durch den 1. Januar 1993 ersetzt.

g) Die Frist nach Artikel 20 Absatz 4 endet am 1. Januar 1993.

h) Artikel 21 wird wie folgt ergänzt:

für Österreich das "Firmenbuch", das "Gewerberegister", die"Mitgliederverzeichnisse der Landeskammern",
für Finnland das "Kaupparekisteri"-"Handelsregistret",
für Island die "Firmaskrà",
für Liechtenstein das "Gewerberegister".
für Norwegen das "Foretaksregisteret",
für Schweden das "Aktiebolagsregistret", das "Handelsregistret",
für die Schweiz das "Handelsregister"-"Registre du Commerce"-"Registro di Commercio",

i) In Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe b wird das Datum des 31. Oktober 1991 durch den 31. Oktober 1994 ersetzt.

j) Anhang I der Richtlinie 80/767/EWG wird durch Anlage 2 zu diesem Anhang ergänzt.

k) Anhang I der Richtlinie 88/295/EWG wird durch Anlage 3 zu diesem Anhang ersetzt.

4. **390 L 0531**: Richtlinie 90/531/EWG des Rates vom 17. September 1990 betreffend die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (ABl. Nr. L 297 vom 29.10.1990, S. 1).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Die in Liechtenstein erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1995 in Kraft;

      die in der Schweiz erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1994 in Kraft;

      während dieser Übergangszeiten wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen diesen Staaten und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

   b) Die in Norwegen erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten am 1. Januar 1995 oder früher in Kraft, wenn Norwegen mitgeteilt hat, daß es dieser Richtlinie nachgekommen ist. Während dieser Übergangszeit wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen Norwegen und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

   c) In Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e wird die Bezugnahme auf Artkel 36 des Vertrages ersetzt durch die Bezugnahme auf "Artikel 13 des EWR-Abkommens."

   d) In Artikel 11 Nummer 1 werden die Worte "gemäß dem Vertrag" durch die Worte "gemäß dem EWR-Abkommen" ersetzt.

   e) Soweit in Finnland, in Liechtenstein und in der Schweiz die Mehrwertsteuer nicht eingeführt ist, heißt es in Artikel 12 Absatz 1 und Absatz 6 statt "MWSt"

      - "liikevaihtovero/omsättningsskatt" in Finnland,
      - "Warenumsatzsteuer" in Liechtenstein,
      - "Warenumsatzsteuer/ impôt sur le chiffre d'affaires/ imposta sulla cifra d'affari" in der Schweiz.

f) In Artikel 27 Absatz 5 wird die Bezugnahme auf Artikel 93 Absatz 3 des Vertrages ersetzt durch die Bezugnahme auf "Artikel 62 des EWR-Abkommens".

g) "Drittländer" im Sinne des Artikels 29 sind solche, die nicht Vertragsparteien des EWR-Abkommens sind.

h) In Artikel 29 Absatz 1 wird das Wort "Gemeinschaft" durch die Worte "Gemeinschaft hinsichtlich ihrer Einrichtungen bzw. der EFTA-Staaten hinsichtlich ihrer Einrichtungen" ersetzt.

i) In Artikel 29 Absatz 1 werden die Worte "Unternehmen der Gemeinschaft" durch die Worte "Unternehmen der Gemeinschaft hinsichtlich der Abkommen der Gemeinschaft bzw. der EFTA-Staaten hinsichtlich der Abkommen der EFTA-Staaten" ersetzt.

j) In Artikel 29 Absatz 1 werden die Worte "der Gemeinschaft oder ihrer Mitgliedstaaten gegenüber den Drittländern" durch die Worte "entweder der Gemeinschaft oder ihrer Mitgliedstaaten gegenüber den Drittländern bzw. der EFTA-Staaten gegenüber den Drittländern" ersetzt.

k) In Artikel 29 Absatz 5 werden die Worte "durch einen Beschluß des Rates" durch die Worte "durch einen Beschluß im Rahmen des allgemeinen Beschlußfassungsverfahrens des EWR-Abkommens" ersetzt.

l) Artikel 29 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

"Im Rahmen der allgemeinen institutionellen Vorschriften des EWR-Abkommens werden Jahresberichte vorgelegt über die Fortschritte bei den multilateralen bzw. bilateralen Verhandlungen hinsichtlich des Zugangs der Unternehmen der Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zu den Märkten von Drittländern in den unter diese Richtlinie fallenden Bereichen, über alle durch diese Verhandlungen erzielten Ergebnisse und über die tatsächliche Anwendung aller geschlossenen Übereinkünfte.

Aufgrund dieser Entwicklungen können die Bestimmungen dieses Artikels im Rahmen des allgemeinen Beschlußfassungsmechanismus des EWR-Abkommens geändert werden."

m) Damit die Auftraggeber des EWR Artikel 29 Absatz 2 und Absatz 3 anwenden können, sorgen die Vertragsparteien dafür, daß die in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet niedergelassenen Lieferanten den Ursprung der Waren, die in ihren im Hinblick auf öffentliche Lieferaufträge eingereichten Angeboten enthaltenen sind, gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 802/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Begriffsbestimmung für den Warenursprung (ABl. L 148 vom 28.6.1968, S. 1) bestimmen.

n) Um die größtmögliche Konvergenz zu erreichen, gilt Artikel 29 im Rahmen des EWR mit der Maßgabe, daß

- das Vorgehen gemäß Absatz 3 den bestehenden Liberalisierungsgrad gegenüber Drittländern unberührt läßt;

- die Vertragsparteien sich bei ihren Verhandlungen mit Drittländern eng miteinander abstimmen.

Die Anwendung dieser Regelung wird 1996 gemeinsam überprüft.

o) Der Schwellenwert wird gemäß Artikel 30 zum 1. Januar 1993 in den Währungen der EFTA-Staaten berechnet. Er wird mit Wirkung vom 1. Januar 1995 grundsätzlich alle zwei Jahre überprüft.

p) Die Anhänge I bis X werden durch die Anlagen 4 bis 13 zu diesem Anhang ergänzt.

5. **389 L 0665**: Richtlinie 89/665/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anwendung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 33).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Liechtenstein erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1995 in Kraft;

die in der Schweiz erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1994 in Kraft;

während dieser Übergangszeiten wird die Anwendung der Richtlinie im Verhältnis zwischen diesen Staaten und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

b) In Artikel 2 Absatz 8 werden die Worte "des Artikels 177 des Vertrages" durch die Worte "der vom Gerichtshof in seiner Rechtsprechung zu Artikel 177 des Vertrages entwickelten Kriterien" (1) ersetzt.

---

(1) Beispiele: Rs. 61/65 - Vaassen/Beambtenfonds Mijnbedrijf, Slg. 1966, 261; CMLR 1966, 508; Rs. 36/73 - Nederlandse Spoorwegen/Minister van Verkeer en Waterstaat, Slg. 1973, 1299; 2 CMLR 1974, 148; Rs. 246/80 - Broekmeulen/Huisarts Registratie Commissie, Slg. 1981, 2311; 1 CMLR 1982, 91

6. **371 R 1182**: Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine (ABl. Nr. L 124 vom 8.6.1971, S. 1). (2)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die in Liechtenstein erforderlichen Maßnahmen, um dieser Verordnung nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1995 in Kraft;

die in der Schweiz erforderlichen Maßnahmen, um dieser Verordnung nachzukommen, treten spätestens am 1. Januar 1994 in Kraft;

während dieser Übergangszeiten wird die Anwendung der Verordnung im Verhältnis zwischen diesen Staaten und den anderen Vertragsparteien gegenseitig ausgesetzt.

b) Rechtsakte des Rates und der Kommission sind solche, auf die in diesem Anhang verwiesen wird.

DOKUMENTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNNIS NEHMEN

Bei der Anwendung der Bestimmungen dieses Anhangs nehmen die Vertragsparteien von den folgenden Dokumenten Kenntnis:

7. Vademekum über öffentliches Auftragswesen in der Gemeinschaft (ABl. Nr. C 358 vom 21.12.1987);

8. Mitteilung der Kommission (KOM(89)400 vom 27.7.1989) über regionale und soziale Aspekte (ABl. Nr. C 311 vom 12.12.1989, S. 7).

(2) Da Artikel 30 der Richtlinie 71/305/EWG und Artikel 28 der Richtlinie 77/62/EWG auf diese Verordnung verweisen, gehört diese zu den geltenden Vorschriften.

ANLAGE 1

LISTE DER KÖRPERSCHAFTEN UND KATEGORIEN VON KÖRPERSCHAFTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

I. In ÖSTERREICH:

Alle Körperschaften ohne industriellen oder kommerziellen Charakter, die der Finanzkontrolle des Rechnungshofs unterstehen.

II. In FINNLAND:

Öffentliche oder öffentlich kontrollierte Stellen ohne industriellen oder kommerziellen Charakter.

III. In ISLAND:

Kategorien

Fjármálaráðuneytið (Ministerium der Finanzen)

Innkaupastofnun ríkisins (Staatliche Ankaufsstelle) gemäß lög nr. 63 1970 um skipan opinberra framkvæmda

Lyfjaverslun ríkisins (Staatliche Einfuhrgesellschaft für Arzneimittel)

Samgönguráðuneytið (Ministerium für Kommunikationswesen)

Póst- og símamálastofnunin (Post- und Telekommunikationsverwaltung)

Vegagerð ríkisins (Öffentliche Straßenverwaltung)

Flugmálastjórn (Direktorat für zivile Luftfahrt)

Menntamálaráðuneytið (Ministerium für Kultur und Erziehung)

Háskóli Íslands (Universität Island)

Utanríkisráðuneytið (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten)

Félagsmálaráðuneytið (Ministerium für Soziales)

Heilbrigðis- og tryggingamálaráðuneytið (Ministerium für Gesundheit und Sozialversicherung)

Ríkisspítalar (Reichskrankenhäuser)

Sveitarfélög (Stadtverwaltungen)

Stadt Reykjavík

Innkaupastofnun Reykjavíkurborgar (Reykjaviker Beschaffungszentrum)

IV. In LIECHTENSTEIN:

Die öffentlich-rechtlichen Verwaltungseinrichtungen auf Landes- und Gemeindeebene.

V. In NORWEGEN:

Offentlige eller offentlig kontrollerte organer eller virksomheter som ikke har en industriell eller kommersiell karakter. (Öffentliche oder öffentlich kontrollierte Stellen oder Unternehmen ohne industriellen oder kommerziellen Charakter)

Körperschaften

- Norsk Rikskringkasting (Norwegische Reichsrundfunkgesellschaft)
- Norges Bank (Zentralbank)
- Statens Lånekasse for Utdanning (Staatliche Fonds für Erziehungsdarlehen)
- Statistisk Sentralbyrå (Zentrales Statistikbüro)
- Den Norske Stats Husbank (Staatliche Norwegische Wohnungsbaubank)
- Statens Innvandrar- og Flyktningeboliger (Staatliche Einwanderungs- und Flüchtlingswohnungen)
- Medisinsk Innovasjon Rikshospitalet (Reichskrankenhaus für medizinische Innovation)
- Norges Teknisk Naturvitenskapelig Forskningsråd (Norwegischer Rat für technische und naturwissenschaftliche Forschung)
- Statens Pensjonskasse (Staatliche Pensionskasse)

Kategorien

- Statsbedrifter i h.h.t lov om statsbedrifter av 25. juni 1965 nr. 3 (Staatsunternehmen)
- Statsbanker (Staatliche Banken)
- Universiteter of høyskoler etter lov av 16. juni 1989 nr. 77 (Universitäten oder Hochschulen)

VI. In SCHWEDEN:

Alla icke-kommersiella organ vars upphandling står under tillsyn av riksrevisionsverket. (Alle nicht-kommerziellen Stellen, deren Beschaffungswesen der Aufsicht des Nationalen Rechnungshofes untersteht.)

VII. In der SCHWEIZ:

Die öffentlich-rechtlichen Verwaltungseinrichtungen auf Landes-, kantonaler, Bezirks- und Gemeindeebene.

ANLAGE 2

ÖSTERREICH

LISTE DER ZENTRALEN BESCHAFFUNGSSTELLEN

1. Bundeskanzleramt

2. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

3. Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

4. Bundesministerium für Finanzen
   a) Amtswirtschaftsstelle
   b) Abteilung VI/5 (EDV-Bereich des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesrechenamtes)
   c) Abteilung III/1 (Beschaffung von technischen Geräten, Einrichtungen und Sachgütern für die Zollwache)

5. Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie Amtswirtschaftsstelle

6. Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten Abteilung Präsidium 1

7. Bundesministerium für Inneres
   a) Abteilung I/5 (Amtswirtschaftsstelle)
   b) EDV-Zentrale (Beschaffung von EDV-Hardware)
   c) Abteilung II/3 (Beschaffung von technischen Geräten und Einrichtungen für die Bundespolizei)
   d) Abteilung I/6 (Beschaffung aller Sachgüter für die Bundespolizei, soweit sie nicht von der Abteilung II/3 beschafft werden)
   e) Abteilung IV/8 (Beschaffung von Flugzeugen)

8. Bundesministerium für Justiz
   Amtswirtschaftsstelle

9. Bundesministerium für Landesverteidigung (Nichtkriegsmaterial ist in Anhang I, Teil II, Österreich, des GATT Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen enthalten)

10. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

11. Bundesministerium für Arbeit und Soziales Amtswirtschaftsstelle

12. Bundesministerium für Unterricht und Kunst

13. Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

14. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

15. Österreichisches Statistisches Zentralamt

16. Österreichische Staatsdruckerei

17. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

18. Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (BVFA)

19. Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten

20. Bundesamt für Zivilluftfahrt

21. Amt für Schiffahrt

22. Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

23. Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung (nur Einrichtungen für das Postwesen)

FINNLAND

LISTE DER INTERNEN BESCHAFFUNGSSTELLEN

1. Oikeusministeriö, Justitieministeriet (Ministerium für Justiz)

2. Suomen rahapaja, Myntverket i Finland (Finnisches Münzamt)

3. Valtion painatuskeskus, Statens tryckericentral (Staatliches Druckereizentrum)

4. Valtion ravitsemuskeskus, Statens måltidscentral (Staatliches Verpflegungszentrum)

5. Metsähallitus, Forststyrelsen (Forstverwaltung)

6. Maanmittaushallitus, Lantmäteristyrelsen (Vermessungsamt)

7. Maatalouden tutkimuskeskus, Lantbrukets forskningscentral (Landwirtschaftliches Forschungszentrum)

8. Valtion margariinitehdas, Statens margarinfabrik (Staatliche Margarinefabrik)

9. Ilmailulaitos, Luftfartsverket (Luftfahrtamt)

10. Ilmatieteen laitos, Meteorologiska institutet (Meteorologisches Institut)

11. Merenkulkuhallitus, Sjöfarststyrelsen (Seefahrtsamt)

12. Valtion teknillinen tutkimuskeskus, Statens tekniska forskningscentral (Staatliches, Technisches Forschungszentrum)

13. Valtion Hankintakeskus, Statens upphandlingscentral (Staatliches Beschaffungszentrum)

14. Vesi-ja ympäristöhallitus, Vatten- och miljöstyrelsen (Amt für Gewässer und Umwelt)

15. Opetushallitus, Utbildningstyrelsen (Amt für Erziehung)

ISLAND

LISTE DER ZENTRALEN BESCHAFFUNGSSTELLEN, DIE DENEN DES GATT-ABKOMMENS ÜBER ÖFFENTLICHES BESCHAFFUNGSWESEN ENTSPRECHEN

Zentrale Beschaffungsstellen gemäß dem lög um opinber innkaup 18. mars 1987, und reglugerð 14. april 1988.

LIECHTENSTEIN

LISTE DER ZENTRALEN BESCHAFFUNGSSTELLEN, DIE DENEN DES GATT-ABKOMMENS ÜBER ÖFFENTLICHES BESCHAFFUNGSWESEN ENTSPRECHEN

1. Regierung des Fürstentums Liechtenstein

2. Liechtensteinische Post-, Telefon- und Telegrafenbetriebe (PTT)

NORWEGEN

LISTE DER ZENTRALEN BESCHAFFUNGSSTELLEN

1. Statens vegvesen
(Staatliches Straßenwesen)

2. Postverket
(Postverwaltung)

3. Rikshospitalet
(Reichskrankenhaus)

4. Universitetet i Oslo
(Universität Oslo)

5. Politiet
(Polizei)

6. Norsk Rikskringkasting
(Norwegische Reichsrundfunkgesellschaft)

7. Universitetet i Trondheim
(Universität Trondheim)

8. Universitetet i Bergen
(Universität Bergen)

9. Kystdirektoratet
(Küstendirektorat)

10. Universitetet i Tromsø
(Universität Tromsø)

11. Statens forurensingstilsyn
(Staatliche Kontrollbehörde für Umweltverschmutzung)

12. Luftfartsverket
(Zivilluftfahrtverwaltung)

13. Forsvarsdepartementet
(Ministerium für Verteidigung)

14. Forsvarets Sanitet
(Heeressanitätsdienst)

15. Luftforsvarets Forsyningskommando
(Luftfahrts-Materialkommando)

16. Hærens Forsyningskommando
(Heeres-Materialkommando)

17. Sjøforsvarets Forsyningskommando
(Marine-Materialkommando)

18. Forsvarets Felles Materielltjeneste
(Gemeinsames Verteidigungs-Materialamt)

19. Norges Statsbaner (Staatliche Eisenbahn),
für die Beschaffung von
- Zementschwellen
- Bremsausrüstung für rollendes Material
- Ersatzteile für Eisenbahnzugmaschinen
- Autodiesel
- Personen- und Lastkraftwagen

SCHWEDEN

LISTE DER ZENTRALEN BESCHAFFUNGSSTELLEN. DIE AUFGEFÜHRTEN STELLEN BEINHALTEN REGIONALE UND ÖRTLICHE UNTERABTEILUNGEN.

1. Försvarets materielverk
   (Materialverwaltung der Landesverteidigung)

2. Vägverket
   (Straßenverwaltung)

3. Byggnadsstyrelsen
   (Amt für Bauwesen)

4. Postverket
   (Postverwaltung)

5. Domänverket
   (Forstdienst)

6. Luftfartsverket
   (Zivilluftfahrtverwaltung)

7. Fortifikationsförvaltningen
   (Verwaltung für Befestigungen)

8. Skolverket
   (Amt für Erziehungswesen)

9. Rikspolisstyrelsen
   (Reichspolizeileitung)

10. Statskontoret
    (Agentur für Verwaltungsentwicklung)

11. Kriminalvårdsstyrelsen
    (Verwaltung des Gefängniswesens)

12. Sjöfartsverket
    (Seefahrtsverwaltung)

13. Riksskatteverket
    (Reichsfinanzamt)

14. Skogsstyrelsen
    (Forstverwaltung)

15. Försvarets sjukvårdsstyrelse
    (Gesundheitswesen der Armee)

16. Statens trafiksäkerhetsverk
    (Staatliches Amt für Straßensicherheit)

17. Civilförsvarsstyrelsen
    (Zivilverteidigungsamt)

18. Närings- och teknikutvecklingsverket
(Amt für Entwicklung im Ernährungswesen und auf dem Gebiet der Technik)

19. Socialstyrelsen
(Sozialverwaltung)

20. Statistiska centralbyrån
(Zentrales Amt für Statistik)

SCHWEIZ

LISTE DER ZENTRALEN BESCHAFFUNGSSTELLEN

1. Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale
Office central fédéral des imprimés et du matériel
Ufficio centrale federale degli stampati e del materiale

2. Eidgenössische Parlaments-und Zentralbibliothek
Bibliothèque centrale du Parlement et de l'administration fédérale
Biblioteca centrale del Parlamento e dell'amministrazione federale

3. Amt für Bundesbauten
Office des constructions fédérales
Ufficio delle costruzioni federali

4. Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Ecole polytechnique fédérale de Zurich
Politecnico federale di Zurigo

5. Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne
Ecole polytechnique fédérale de Lausanne
Politecnico federale di Losanna

6. Schweizerische Meteorologische Zentralanstalt
Institut suisse de météorologie
Instituto svizzero di meteorologia

7. Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz
Institut fédéral pour l'aménagement, l'épuration et la protection des eaux
Instituto federale per l'approvvigionamento, la depurazione e la protezione delle acque

8. Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft
Institut fédéral de recherches sur la forêt, la neige et le paysage
Istituto federale di recerca per la foresta, la neve e il paesaggio

9. Bundesamt für Gesundheitswesen
Office fédéral de la santé publique
Ufficio federale della sanità pubblica

10. Schweizerische Landesbibliothek
Bibliothèque nationale suisse
Biblioteca nazionale svizzera

11. Bundesamt für Zivilschutz
Office fédéral de la protection civile
Ufficio federale della protezione civile

12. Eidgenössische Zollverwaltung
Administration fédérale des douanes
Amministrazione federale delle dogane

13. Eidgenössische Alkoholverwaltung
Régie fédérale des alcools
Regìa federale degli alcool

14. Münzstätte
Monnaie
Zecca

15. Eidgenössisches Amt für Meßwesen
Office fédéral de métrologie
Ufficio federale di metrologia

16. Paul Scherrer Institut
Institut Paul Scherrer
Istituto Paul Scherrer

17. Bundesamt für Landwirtschaft
Office fédéral de l'agriculture
Ufficio federale dell'agricoltura

18. Bundesamt für Zivilluftfahrt
Office fédéral de l'aviation civile
Ufficio federale dell'aviazione civile

19. Bundesamt für Wasserwirtschaft
Office fédéral de l'économie des eaux
Ufficio federale dell'economia delle acque

20. Gruppe für Rüstungsdienste
Groupement de l'armement
Aggruppamento dell'armamento

21. Postbetriebe
Entreprise des postes
Azienda delle poste

ANLAGE 3

LISTE DER KÖRPERSCHAFTEN UND KATEGORIEN VON KÖRPERSCHAFTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

I. In ÖSTERREICH:

Alle Körperschaften ohne industriellen oder kommerziellen Charakter, die der Finanzkontrolle des Rechnungshofs unterstehen.

II. In FINNLAND:

Öffentliche oder öffentlich kontrollierte Stellen ohne industriellen oder kommerziellen Charakter.

III. In ISLAND:

Kategorien

Fjármálaráðuneytið (Ministerium der Finanzen)

Innkaupastofnun ríkisins (Staatliche Ankaufsstelle) gemäß lög um opinber innkaup 18. mars 1987 and Reglugerð 14. apríl 1988

Lyfjaverslun ríkisins (Staatliche Einfuhrgesellschaft für Arzneimittel)

Samgönguráðuneytið (Ministerium für Kommunikationswesen)

Póst- og símamálastofnunin (Post- und Telekommunikationsverwaltung)

Vegagerð ríkisins (Öffentliche Straßenverwaltung)

Flugmálastjórn (Direktorat für zivile Luftfahrt)

Menntamálaráðuneytið (Ministerium für Kultur und Erziehung)

Háskóli Íslands (Universität Island)

Utanríkisráðuneytið (Ministerium für auswärtige Angelegenheiten)

Félagsmálaráðuneytið (Ministerium für Soziales)

Heilbrigðis- og tryggingamálaráðuneytið (Ministerium für Gesundheit und Sozialversicherung)

Ríkisspítalar (Reichskrankenhäuser)

Sveitarfélög (Stadtverwaltungen)

Stadt Reykjavík

Innkaupastofnun Reykjavíkurborgar (Reykjaviker Beschaffungszentrum)

IV. In LIECHTENSTEIN:

Die öffentlich-rechtlichen Verwaltungseinrichtungen auf Landes- und Gemeindeebene.

V. In NORWEGEN:

Offentlige eller offentlig kontrollerte organer eller virksomheter som ikke har en industriell eller kommersiell karakter. (Öffentliche oder öffentlich kontrollierte Stellen oder Unternehmen ohne industriellen oder kommerziellen Charakter).

Körperschaften

- Norsk Rikskringkasting (Norwegische Reichsrundfunkgesellschaft)
- Norges Bank (Zentralbank)
- Statens Lånekasse for Utdanning (Staatlicher Fonds für Erziehungsdarlehen)
- Statistisk Sentralbyrå (Zentrales Statistikbüro)
- Den Norske Stats Husbank (Staatliche Norwegische Wohnungsbaubank)
- Statens Innvandrar- og Flyktningeboliger (Staatliche Einwanderungs- und Flüchtlingswohnungen)
- Medisinsk Innovasjon Rikshospitalet (Reichskrankenhaus für medizinische Innovation)
- Norges Teknisk Naturvitenskapelig Forskningsråd (Norwegischer Rat für technische und naturwissenschaftliche Forschung)
- Statens Pensjonskasse (Staatliche Pensionskasse)

Kategorien

- Statsbedrifter i h.h.t. lov om statsbedrifter av 25. juni 1965 nr. 3 (Staatsunternehmen)
- Statsbanker (Staatliche Banken)
- Universiteter og høyskoler etter lov av 16. juni 1989 nr. 77 (Universitäten oder Hochschulen)

VI. In SCHWEDEN:

Alle icke-kommersiella organ vars upphandling står under tillsyn av riksrevisionsverket. (Alle nicht-kommerziellen Stellen, deren Beschaffungswesen der Aufsicht des Nationalen Rechnungshofes untersteht.)

VII. In der SCHWEIZ:

Die öffentlich-rechtlichen Verwaltungseinrichtungen auf Landes-, kantonaler, Bezirks- und Gemeindeebene.

ANLAGE 4

GEWINNUNG, WEITERLEITUNG ODER VERTEILUNG VON TRINKWASSER

ÖSTERREICH

Gemeinden und Gemeindeverbände gemäß den Wasserversorgungsgesetzen der neun Länder.

FINNLAND

Stellen, die Trinkwasser gewinnen, weiterleiten und verteilen, gemäß Artikel 1 Laki yleisistä vesi- ja viemärilaitoksista (982/77) vom 23. Dezember 1977.

ISLAND

Städtische Wasserwerke von Reykjavik und andere städtische Wasserwerke, gemäß lög nr. 15 frá 1923.

LIECHTENSTEIN

Gruppenwasserversorgung Liechtensteiner Oberland.

Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland.

NORWEGEN

Stellen, die Wasser gewinnen und verteilen, gemäß Forskrift om Drikkevann og Vannforsyning (FOR 1951-09-28 9576 SO).

SCHWEDEN

Örtliche Stellen und städtische Gesellschaften, die Trinkwasser gewinnen, aufbereiten, weiterleiten und verteilen, gemäß Lag (1970:244) om allmänna vatten- och avloppsanläggningar.

SCHWEIZ

Gebietliche Verwaltungsstellen und Unternehmen zur Gewinnung, Weiterleitung und Verteilung von Wasser.

Diese gebietlichen Verwaltungsstellen und Unternehmen werden gemäß örtlichem oder kantonalem Recht oder darauf beruhenden Einzelvereinbarungen tätig.

ANLAGE 5

ERZEUGUNG, WEITERLEITUNG ODER VERTEILUNG VON STROM

ÖSTERREICH

Stellen gemäß dem zweiten Verstaatlichungsgesetz (BGBl. 81/47, zuletzt geändert durch BGBl. 321/87) und dem Elektrizitätswirtschaftsgesetz (BGBl. 260/75, in der Fassung des BGBl. 131/79), sowie gemäß den Elektrizitätswirtschaftsgesetzten der neun Länder.

FINNLAND

Stellen, die Strom aufgrund einer Konzession erzeugen, weiterleiten oder verteilen, gemäß Artikel 27 des Sähkölaki (319/79) vom 16. März 1979.

ISLAND

Die nationale Elektrizitätsgesellschaft, gemäß dem lög nr. 59 árið 1965.

Die Staatlichen Elektrizitätswerke, gemäß dem 9. kafli orkulaga nr. 58 árið 1967.

Städtische Reykjaviker Elektrizitätswerke.

Sudurnes Regionale Heizungsgesellschaft gemäß dem lög nr. 100 árið 1974.

Vestfjord Elektrizitätsgesellschaft gemäß dem lög nr. 66 árið 1976.

LIECHTENSTEIN

Liechtensteinische Kraftwerke.

NORWEGEN

Stellen, die Strom erzeugen, weiterleiten oder verteilen, gemäß dem lov om bygging og drift av elektriske anlegg (LOV 1969-06-19) Lov om erverv av vannfall, bergverk og annen fast eiendom m.v., Kap. I, jf.kap.V (LOV 1917-12-14 16, kap. I), oder dem Vassdragsreguleringslov (LOV 1917-12-14 17) oder dem Energilov (LOV 1990-06-29 50).

SCHWEDEN

Stellen, die Strom weiterleiten oder verteilen aufgrund einer Konzession, gemäß dem Lag (1902:71 s.1) innefattande vissa bestämmelser om elektriska anläggningar.

SCHWEIZ

Gebietliche Verwaltungsstellen und Unternehmen zur Weiterleitung und Verteilung von Elektrizität, die nach Enteignungsermächtigungen tätig werden, gemäß dem Bundesgesetz vom 24. Juni 1902 betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen.

Gebietliche Verwaltungsstellen und Unternehmen zur Erzeugung von Elektrizität, die den vorstehend genannten gebietlichen Verwaltungsstellen und Unternehmen geliefert wird, gemäß dem Bundesgesetz vom 22. Dezember 1916 über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte und dem Bundesgesetz vom 23. Dezember 1959 über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz.

ANLAGE 6

WEITERLEITUNG ODER VERTEILUNG VON GAS UND WÄRME

ÖSTERREICH

Gas: Vertraglich ermächtigte Stellen gemäß dem Energiewirtschaftsgesetz 1935.

Wärme: Vertraglich ermächtigte Stellen, die Wärme weiterleiten oder verteilen, gemäß der Gewerbeordnung (BGBl. 50/74, zuletzt geändert durch BGBl. 233/80).

FINNLAND

Städtische Energieverwaltungen (kunnalliset energialaitokset), oder deren Zusammenschlüsse oder andere Stellen, die Gas oder Wärme aufgrund einer von den städtischen Verwaltungsbehörden erteilten Konzession verteilen.

ISLAND

Sudurnes Regionale Heizungsgesellschaft gemäß dem lög nr. 100 árið 1974.

Städtische Reykjaviker Distrikt-Heizungsgesellschaft und andere städtische Distrikt-Heizungsgesellschaften.

LIECHTENSTEIN

Liechtensteinische Gasversorgung.

NORWEGEN

Stellen, die Wärme weiterleiten oder verteilen, gemäß dem Lov om bygging og drift av fjernvarmeanlegg (LOV 1986-04-18 10) oder Energiloven (LOV 1990-06-29 50).

SCHWEDEN

Stellen, die gas oder Wärme weiterleiten oder verteilen, aufgrund einer Konzession gemäß dem Lag (1978:160) om vissa rörledningar.

SCHWEIZ

Gebietliche Verwaltungsstellen und Unternehmen, die eine Rohrleitung betreiben, gemäß dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1963 über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- und Treibstoffe.

ANLAGE 7

SCHÜRFEN NACH UND GEWINNEN VON ÖL ODER GAS

ÖSTERREICH

Stellen gemäß dem Berggesetz 1975 (BGBl. 259/75, zuletzt geändert durch BGBl. 355/90).

FINNLAND

Stellen, die aufgrund eines ausschließlichen Rechts tätig sind, gemäß den Artikeln 1 und 2 des Laki oikeudesta luovuttaa valtion maaomaisuutta ja tuloatuottavia oikeuksia (687/78).

ISLAND

Nationale Energiebehörde gemäß lög nr. 58 árið 1967.

LIECHTENSTEIN

-

NORWEGEN

Vertraglich ermächtigte Stellen gemäß dem Petroleumslov (LOV 1985-03-22 11) und Verordnungen aufgrund des Petroleumgesetzes oder gemäß dem Lov om undersøkelse etter og utvinning av petroleum i grunnen under norsk landområde (LOV 1973-05-04 21).

SCHWEDEN

Stellen, die nach Öl oder Gas schürfen oder es gewinnen, aufgrund einer Konzession gemäß dem Lag (1974:890) om vissa mineralfyndigheter oder denen eine Genehmigung erteilt worden ist, gemäß dem Lag (1966:314) om kontinentalsockeln.

SCHWEIZ

Territoriale Verwaltungsstellen oder Unternehmen, die nach Öl oder Gas schürfen oder es gewinnen, gemäß den kantonalen Rechtsvorschriften über die Erforschung des Unterbodens, gemäß den Verfassungen der Kantone oder dem Erdölkonkordat vom 24. September 1955 zwischen den Kantonen Zürich, Schwyz, Zug, Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, St. Gallen, Argau und Thurgau oder den Einführungsgesetzen zum Zivilgesetzbuch der Kantone oder den Spezialgesetzgebungen der Kantone.

ANLAGE 8

SCHÜRFEN NACH UND GEWINNEN VON KOHLE UND ANDEREN FESTEN BRENNSTOFFEN

ÖSTERREICH

Stellen gemäß dem Berggesetz 1975 (BGBl. 259/75, zuletzt geändert durch BGBl. 355/90).

FINNLAND

-

ISLAND

Nationale Energiebehörde gemäß dem lög nr. 58 árið 1967.

LIECHTENSTEIN

-

NORWEGEN

-

SCHWEDEN

Stellen, die nach Kohle oder anderen festen Brennstoffen schürfen oder diese gewinnen, aufgrund von Konzessionen gemäß dem Lag (1974:890) om vissa mineralfyndigheter oder dem Lag (1985:620) om vissa torvfyndigheter oder denen eine Genehmigung erteilt worden ist, gemäß dem Lag (1966:314) om kontinentalsockeln.

SCHWEIZ

-

ANLAGE 9

VERTRAGLICH ERMÄCHTIGTE STELLEN IM BEREICH DER EISENBAHNDIENSTE

ÖSTERREICH

Stellen gemäß dem Eisenbahngesetz 1957 (BGBl. 60/57, zuletzt geändert durch BGBl. 305/76).

FINNLAND

Valtion rautatiet, Statsjärnvägarna (Staatsbahnen).

ISLAND

-

LIECHTENSTEIN

-

NORWEGEN

Norges Statsbaner (NSB) und Stellen, die tätig sind gemäß dem Lov inneholdende særskilte Bestemmelser angaaende Anlæg af Jernveie til almindelig Benyttelse (LOV 1848-08-12) oder dem Lov inneholdende Bestemmelser angaaende Jernveie til almindelig Afbenyttelse (LOV 1854-09-07) oder dem Lov om Tillæg til Jernveisloven af 12te August 1848 (LOV 1898-04-23).

SCHWEDEN

Öffentliche Stellen, die Eisenbahndienste betreiben, gemäß der Förordning (1988:1339) om statens spåranläggningar und dem Lag (1990:1157) om järnvägssäkerhet.

Regionale und örtliche öffentliche Stellen, die regionale oder lokale Eisenbahnverbindungen betreiben, gemäß dem Lag (1978:438) om huvudmannaskap för viss kollektiv persontrafik.

Private Stellen, die Eisenbahndienste betreiben in Ausübung einer Genehmigung nach der Förordning (1988:1339) om statens spåranläggningar, sofern diese Genehmigungen dem Artikel 2 Absatz 3 der Richtlinie entsprechen.

SCHWEIZ

Schweizerische Bundesbahnen (SBB)/Chemins de Fer Fédéraux (CFF)/Ferrovie federali svizzere (FFS).

Alle anderen Unternehmen gemäß Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 2 Absatz 1 des Eisenbahngesetzes vom 20. Dezember 1957.

ANLAGE 10

VERTRAGLICH ERMÄCHTIGTE STELLEN IM BEREICH DER STÄDTISCHEN EISENBAHN - STRASSENBAHN - OBERLEITUNGSBUS ODER BUSDIENSTE

ÖSTERREICH

Stellen gemäß dem Eisenbahngesetz 1957 (BGBl. 60/57, zuletzt geändert durch BGBl. 305/76) und dem Kraftfahrliniengesetz 1952 (BGBl. 84/52, geändert durch BGBl. 265/66).

FINNLAND

Städtische Verkehrsämter (kunnalliset liikennelaitokset) oder Stellen, die öffentliche Busdienste aufgrund einer Konzession betreiben, die von den städtischen Behörden erteilt wurden.

ISLAND

Der Reykjaviker Städtische Busdienst.

LIECHTENSTEIN

Liechtensteinische Post-, Telefon- und Telegrafenbetriebe (PTT).

NORWEGEN

Norges Statsbaner (NSB) und Stellen für Landtransport, betrieben gemäß dem Lov inneholdende særskilte Bestemmelser angaaende Anlæg af Jernveie til almindelig Benyttelse (LOV 1848-08-12) oder dem Lov inneholdende Bestemmelser angaaende Jernveie til almindelig Afbenyttelse (LOV 1854-09-07) oder dem Lov om Tillæg til Jernveisloven af 12te August 1848 (LOV 1898-04-23) oder dem Lov om samferdsel (LOV 1976-06-04 63) oder dem Lov om anlæg av taugbaner og løipestrenger (LOV 1912-06-14 1).

SCHWEDEN

Öffentliche Stellen, die städtische Eisenbahn- oder Straßenbahndienste betreiben, gemäß dem Lag (1978:438) om huvudmannaskap för viss kollektiv persontrafik und dem Lag (1990:1157) om järnvägssäkerhet.

Öffentliche oder private Stellen, die einen Oberleitungsbus- oder einen Busdienst betreiben, gemäß dem Lag (1978:438) om huvudmannaskap för viss kollektiv persontrafik und dem Lag (1988:263) om yrkestrafik.

SCHWEIZ

Schweizerische Post-, Telefon- und Telegrafenbetriebe (PTT).

Gebietliche Verwaltungsstellen und Unternehmen, die Straßenbahndienste anbieten, gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Eisenbahngesetzes vom 20. Dezember 1957.

Gebietliche Verwaltungsstellen und Unternehmen des öffentlichen Verkehrs, die Dienste anbieten gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 29. März 1950 über die Trolleybusunternehmungen.

Gebietliche Verwaltungsstellen und Unternehmen, die fahrplanmäßigen Passagiertransport vornehmen, gemäß Artikel 1 Absatz 1 Ziffer a und Artikel 3 Absatz 1 des Postverkehrsgesetzes vom 2. Oktober 1924.

ANLAGE 11

VERTRAGLICH ERMÄCHTIGTE STELLEN IM BEREICH DER FLUGHAFENDIENSTE

ÖSTERREICH

Stellen gemäß der Definition der Artikel 60 bis 80 des Luftfahrtgesetzes 1957 (BGBl. 253/57).

FINNLAND

Flughäfen verwaltet von "Ilmailulaitos" gemäß Ilmailulaki (595/64).

ISLAND

Direktorat für Zivilluftfahrt.

LIECHTENSTEIN

-

NORWEGEN

Stellen, die Flughafendienste anbieten, gemäß dem Lov om luftfart (LOV 1960-12-16 1).

SCHWEDEN

Flughafen im öffentlichen Eigentum und öffentlicher Verwaltung, gemäß dem Lag (1957:297) om luftfart.

Flughafen im privaten Eigentum mit einer Betriebsgenehmigung nach dem Rechtsakt, insoweit als diese Genehmigung dem Kriterium des Artikels 2 Absatz 3 der Richtlinie entspricht.

SCHWEIZ

Flughafen Bâle-Mulhouse, eingerichtet gemäß der Convention Franco-Suisse du 4 juillet 1949 relative à la construction et à l'exploitation de l'aéroport de Bâle-Mulhouse, à Blotzheim.

Flughäfen, die aufgrund einer Bewilligung betrieben werden, gemäß Artikel 37 des Bundesgesetzes vom 21. Dezember 1948 über die Luftfahrt.

ANLAGE 12

VERTRAGLICH ERMÄCHTIGTE STELLEN AUF DEM GEBIET DER SEEHAFEN- ODER INLANDSHAFEN- ODER ANDERER TERMINALDIENSTE

ÖSTERREICH

Inlandshäfen, vollständig oder teilweise im Eigentum der Länder und/oder Gemeinden.

FINNLAND

Häfen im Eigentum oder unter der Verwaltung von städtischen Behörden gemäß dem Laki kunnallisista satamajärjestyksistä ja liikennemaksuista (955/76).

Saimaa Kanal (Saimaan kanavan hoitokunta).

ISLAND

Staatliche Leuchtturm- und Hafenbehörde, gemäß dem hafnalög nr. 69 árið 1984.

Hafen Reykjavik.

LIECHTENSTEIN

-

NORWEGEN

Norges Statsbaner (NSB) (Eisenbahnterminals).

Stellen, die tätig sind gemäß dem Havneloven (LOV 1984-06-08 51).

SCHWEDEN

Häfen und Terminaldienste in öffentlichem Eigentum und/oder unter öffentlicher Verwaltung, gemäß dem Lag (1988:293) om inrättande, utvidgning och avlysning av allmän farled och allmän hamn, der Förordning (1983:744) om trafiken på Göta kanal, der Kungörelse (1970:664) om trafik på Södertälje kanal sowie der Kungörelse (1979:665) om trafik på Trollhätte kanal.

SCHWEIZ

Rheinhäfen beider Basel: für den Kanton Basel-Stadt geschaffen gemäß dem Gesetz vom 13. November 1919 betreffend Verwaltung der baselstädtischen Rheinhafenanlagen, für den Kanton Basel-Land geschaffen gemäß dem Gesetz vom 26. Oktober 1936 über die Errichtung von Hafen-, Geleise- und Strassenanlagen auf dem "Sternenfeld", Birsfelden, und in der "Au", Muttenz.

ANLAGE 13

BETRIEB VON TELEKOMMUNIKATIONSNETZEN UND ANBIETEN VON TELEKOMMUNIKATIONSDIENSTEN

ÖSTERREICH

Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung (PTV).

FINNLAND

Stellen, die aufgrund eines ausschließlichen Rechts tätig sind, gemäß Artikel 4 des Teletoimintalaki (183/87) vom 16. Juli 1990.

ISLAND

Die Post- und Telekommunikationsverwaltung gemäß dem lög um fjarskipti nr. 73 árið 1984 und dem lög um stjórn og starfsemi póst- og símamála nr. 36 árið 1977.

LIECHTENSTEIN

Liechtensteinische Post-, Telefon- und Telegrafenbetriebe (PTT).

NORWEGEN

Stellen, die tätig sind gemäß dem Telegrafloven (LOV 1899-04-29).

SCHWEDEN

Private Stellen, die aufgrund von Genehmigungen tätig sind, die den Kriterien von Artikel 2 Absatz 3 der Richtlinie entsprechen.

SCHWEIZ

Schweizerische Post-, Telefon- und Telegrafenbetriebe (PTT).

ANHANG XVII

GEISTIGES EIGENTUM

Verzeichnis nach Artikel 65 Absatz 2

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Bestimmungen enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte,
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG,
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD:

1. **387 L 0054:** Richtlinie 87/54/EWG des Rates über den Rechtsschutz der Topographien von Halbleitererzeugnissen (ABl. Nr. L 24 vom 27.1.1987, S. 36)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c wird der Verweis auf Artikel 223 Absatz 1 Buchstabe b EWG-Vertrag durch den Verweis auf Artikel 123 des EWR-Abkommens ersetzt.

   b) Artikel 3 Absätze 6 bis 8 finden keine Anwendung.

   c) Artikel 5 Absatz 5 erhält folgende Fassung: "Das ausschließliche Recht zur Zustimmung oder zum Verbot der in Absatz 1 Buchstabe b genannten Handlungen erstreckt sich nicht auf Handlungen, welche vorgenommen werden, wenn die Topographie oder das Halbleitererzeugnis von dem zur Erteilung der Zustimmung für das Inverkehrbringen Berechtigten selbst oder mit seiner Zustimmung in einem Vertragsstaat in Verkehr gebracht worden ist".

2. **390 D 0510:** Erste Entscheidung 90/510/EWG des Rates zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus bestimmten Ländern oder Gebieten (ABl. Nr. L 285 vom 17.10.1990, S. 29)

   Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Im Anhang entfallen die Verweise auf Österreich und Schweden.

   b) Zusätzlich gilt folgende Bestimmung:

      Gewährt ein im Anhang aufgeführtes Land oder Gebiet den Angehörigen eines Vertragsstaates nicht den in der Entscheidung vorgesehenen gleichen Schutz, so bemühen sich die Vertragsparteien nach Kräften darum sicherzustellen, daß das fragliche Land oder Gebiet der betreffenden Vertragspartei diesen Schutz spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Abkommens gewährt.

3. a) **390 D 0541:** Zweite Entscheidung 90/511/EWG des Rates zur Ausdehnung des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen auf Personen aus bestimmten Ländern oder Gebieten (ABl. Nr. L 285 vom 17.10.1990, S. 31)

   b) Entscheidung 90/541/EWG der Kommission gemäß Entscheidung 90/511/EWG des Rates zur Bestimmung der Länder, auf deren Unternehmen oder sonstige juristische Personen der Rechtsschutz für Topographien von Halbleitererzeugnissen ausgedehnt wird (ABl. Nr. L 307 vom 7.11.1990, S. 21)

      Zusätzlich zu diesen beiden Entscheidungen gilt folgendes:

      Die EFTA-Staaten verpflichten sich, zur Anwendung dieses Abkommens die Entscheidung 90/511/EWG des Rates und die nach Maßgabe dieser Entscheidung ergangenen Entscheidungen der Kommission zu übernehmen, wenn deren Geltungsdauer über den 31. Dezember 1992 hinaus verlängert wird. Von der EG im Anschluß hieran vorgenommene Änderungen oder Ersetzungen müssen von den EFTA-Staaten vor Inkrafttreten des Abkommens angenommen werden.

4. **389 L 0104:** Erste Richtlinie 89/104/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (ABl. Nr. L 40 vom 11.2.1989, S. 1)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 3 Absatz 2 ist unter "Markenrecht" das in einem Vertragsstaat geltende Markenrecht zu verstehen.

b) In Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer i, Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3, Artikel 9 und 14 gelten die Bestimmungen über die Gemeinschaftsmarke für die EFTA-Staaten nur, soweit die Gemeinschaftsmarke auf sie ausgedehnt worden ist.

c) Artikel 7 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"Die Marke gewährt ihrem Inhaber nicht das Recht, einem Dritten zu verbieten, die Marke für Waren zu benutzen, die unter dieser Marke von ihm oder mit seiner Zustimmung in einem Vertragsstaat in den Verkehr gebracht worden sind".

5. **391 L 0250:** Richtlinie 91/250/EWG des Rates vom 14.5.1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen (ABl. Nr. 122 vom 17.5.1991, S. 42)

Artikel 4 Absatz c erhält folgende Fassung:

"jede Form der öffentlichen Verbreitung des originalen Computerprogramms oder von Kopien davon einschließlich der Vermietung. Mit dem Erstverkauf einer Programmkopie in einem Vertragsstaat durch den Rechtsinhaber oder mit seiner Zustimmung erschöpft sich im Gebiet der Vertragsparteien das Recht auf die Verbreitung dieser Kopie; ausgenommen hiervon ist jedoch das Recht auf Kontrolle der Weitervermietung des Programms oder einer Kopie davon".

ANHANG XVIII

SICHERHEIT UND GESUNDHEITSSCHUTZ AM ARBEITSPLATZ, ARBEITSRECHT SOWIE GLEICHBEHANDLUNG VON MÄNNERN UND FRAUEN

Verzeichnis nach den Artikeln 67 bis 70

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der Gemeinschaftsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

1. **377 L 0576:** Richtlinie Nr. 77/576/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 zur Angleichung der Rechts - und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz (ABl. NR. L 229 vom 7.9.1977, S. 19), geändert durch:

   - **379 L 0640:** Richtlinie Nr. 79/640/EWG des Rates vom 21. Juni 1979 (ABl. Nr. L 183 vom 19.7.1979, S. 11)

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 108)

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 208,209)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   Anhang II wird wie folgt ergänzt:

   Liite II - II. viðauki - Vedlegg II - Bilaga II

   Erityinen turvamerkintä - Sérstök öryggisskilti - Spesiell sikkerhetsskiltning - Särskilda Säkerhetsskyltar

   1. Kieltomerkit - Bannskilti - Forbudsskilt - Förbudsskyltar

      a) Tupakointi kielletty
         Reykingar bannaðar
         Røyking forbudt
         Rökning förbjuden

      b) Tupakointi ja avotulen teko kielletty
         Reykingar og opinn eldur bannaður
         Ild, åpen varme og røyking forbudt
         Förbud mot rökning och öppen eld

c) Jalankulku kielletty
Umferð gangandi vegfarenda bönnuð
Forbudt for gående
Förbjuden ingång

d) Vedellä sammuttaminen kielletty
Bannað að slökkva með vatni
Vann er forbudt som slokkingsmiddel
Förbud mot släckning med vatten

e) Juomakelvotonta vettä
Ekki drykkjarhæft
Ikke drikkevann
Ej dricksvatten

2. Varoitusmerkit - Viðvörunarskilti - Fareskilt - Varningsskyltar

a) Syttyvää ainetta
Eldfim efni
Forsiktig, brannfare
Brandfarliga ämnen

b) Räjähtävää ainetta
Sprengifim efni
Forsiktig, eksplosjonsfare
Explosiva ämnen

c) Myrkyllistä ainetta
Eiturefni
Forsiktig, fare for forgiftning
Giftiga ämnen

d) Syövyttävää ainetta
Ætandi efni
Forsiktig, fare for korrosjon eller etsing
Frätande ämnen

e) Radioaktiivista ainetta
Jónandi geislun
Forsiktig, ioniserende stråling
Radioaktiva ämnen

f) Riippuva taakka
Krani að vinnu
Forsiktig, kran i arbeid
Hängande last

g) Liikkuvia ajoneuvoja
Flutningatæki
Forsiktig, truckkjøring
Arbetsfordon i rörelse

h) Vaarallinen jännite
Hættuleg rafspenna

Forsiktig, farlig spenning
Farlig spänning

i) Yleinen varoitusmerkki
Hætta
Alminnelig advarsel, forsiktig, fare
Varning

j) Lasersäteilyä
Leysigeislar
Forsiktig, laserstråling
Laserstrålning

3. Käskymerkit - Boðskilti - Påbudsskilt - Påbudsskyltar

a) Silmiensuojaimien käyttöpakko
Notið augnhlífar
Påbudt med øyevern
Skyddsglasögon

b) Suojakypärän käyttöpakko
Notið öryggishjálma
Påbudt med vernehjelm
Skyddshjälm

c) Kuulonsuojainten käyttöpakko
Notið heyrnarhlífar
Påbudt med hørselvern
Hörselskydd

d) Hengityksensuojainten käyttöpakko
Notið öndunargrímur
Påbudt med ånderdettsvern
Andningskkydd

e) Suojajalkineiden käyttöpakko
Notið öryggisskó
Påbudt med vernesko
Skyddsskor

f) Suojakäsineiden käyttöpakko
Notið hlifðarhanska
Påbudt med vernehansker
Skyddshandskar

4. Hätätilanteisiin tarkoitetut merkit - Neyðarskilti - Redningsskilt - Räddningsskyltar

a) Ensiapu
Skyndihjálp
Førstehjelp
Första hjälpen

c) tai
eða
eller
eller

d) Poistumistie
Leið að neyðarútgangi
Retninsangivelse til nødutgang
Nödutgång i denna riktning

e) Poistumistie (asetetaan uloskäynnin yläpuolelle)
Neyðarútgangur (setjist yfir neyðarútganginn)
Nødutgang (plasseras over utgangen)
Nödutgång (placeras ovanför utgången)

2. **378 L 0610:** Richtlinie Nr. 78/610/EWG des Rates vom 29 . Juni 1978 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern, die Vinylchloridmonomer ausgesetzt sind (ABl. Nr. L 197 vom 22.7.1978, S. 12)

3. **380 L 1107:** Richtlinie Nr. 80/1107/EWG des Rates vom 27 . November 1980 zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (ABl. Nr. L 327 vom 3.12.1980, S. 8), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 209)

- **388 L 0642:** Richtlinie (88/642/EWG) des Rates vom 16. Dezember 1988 (ABl. Nr. L 356 vom 24.12.1988, S. 74)

4. **382 L 0605:** Richtlinie 82/605/EWG des Rates vom 28. Juli 1982 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch metallisches Blei und seine Ionenverbindungen am Arbeitsplatz (Erste Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG) (ABl. Nr. L 247 vom 23.8.1982, S. 12)

5. **383 L 0477:** Richtlinie 83/477/EWG des Rates vom 19 . September 1983 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG) (ABl. Nr. L 263 vom 24.9.1983, S. 25), geändert durch:

- **391 L 0382:** Richtlinie 91/382/EWG des Rates vom 25. Juni 1991 (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1991, S. 16)

6. **386 L 0188:** Richtlinie 86/188/EWG des Rates vom 12. Mai 1986 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Lärm am Arbeitsplatz (ABl. Nr. L 137 vom 24.5.1986, S. 28)

7. **388 L 0364:** Richtlinie Nr. 88/364/EWG des Rates vom 9. Juni 1988 zum Schutz der Arbeitnehmer durch ein Verbot bestimmter Arbeitsstoffe und/oder Arbeitsverfahren (Vierte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 8 der Richtlinie 80/1107/EWG) (ABl. Nr. L 179 vom 9.7.1988, S. 44)

8. **389 L 0391:** Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. Nr. L 183 vom 29.6.1989, S. 1)

9. **389 L 0654:** Richtlinie 89/654/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Arbeitsstätten (Erste Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 393 vom 30.12.1989, S. 1)

10. **389 L 0655:** Richtlinie 89/655/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Zweite Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 393 vom 30.12.1989, S. 13)

11. **389 L 0656:** Richtlinie 89/656/EWG des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung persönlicher Schutzausrüstungen durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (Dritte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 393 vom 30.12.1989, S. 18)

12. **390 L 0269:** Richtlinie 90/269/EWG des Rates vom 29 . Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der manuellen Handhabung von Lasten, die für die Arbeitnehmer insbesondere eine Gefährdung der Lendenwirbelsäule mit sich bringt (Vierte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 156 vom 21.06.1990, S. 9)

13. **390 L 0270:** Richtlinie 90/270/EWG des Rates vom 29. Mai 1990 über die Mindestvorschriften bezüglich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit an Bildschirmgeräten (Fünfte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 156 vom 21.06.1990, S. 14)

14. **390 L 0394:** Richtlinie 90/394/EWG des Rates vom 28. Juni 1990 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene bei der Arbeit (Sechste Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 196 vom 26.07.1990, S. 1)

15. **390 L 679:** Richtlinie 90/679/EWG des Rates vom 26. November 1990 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (Siebte Einzelrichtlinie im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. Nr. L 374 vom 31.12.1990, S. 1)

16. **391 L 0383:** Richtlinie 91/383/EWG des Rates vom 25. Juni 1991 zur Ergänzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis oder Leiharbeitsverhältnis (ABl. Nr. L 206 vom 29.7.1991, S. 19)

Gleichbehandlung von Männern und Frauen

17. **375 L 0117:** Richtlinie 75/117/EWG des Rates vom 10. Februar 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen (ABl. Nr. L 45 vom 19.2.1975, S. 19)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Artikel 1 gilt der Verweis auf "Artikel 119 des Vertrags" als Verweis auf "Artikel 69 des EWR-Abkommens".

18. **376 L 207:** Richtlinie 76/207/EWG des Rates vom 9. Februar 1976 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich

des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen (ABl. Nr. L 39 vom 14.2.1976, S. 40)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Schweiz und Liechtenstein setzen die zur Umsetzung der Bestimmungen dieser Richtlinie erforderlichen Maßnahmen zum 1. Januar 1995 in Kraft.

19. **379 L 0007:** Richtlinie 79/7/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit (ABl. Nr. L 6 vom 10.1.1979, S. 24)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Österreich setzt die zur Umsetzung der Bestimmungen dieser Richtlinie erforderlichen Maßnahmen zum 1. Januar 1994 in Kraft.

20. **386 L 0378:** Richtlinie 86/378/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit (ABl. Nr. L 225 vom 12.8.1986, S. 40)

21. **386 L 0613:** Richtlinie 86/613/EWG des Rates vom 11. Dezember 1986 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit - auch in der Landwirtschaft - ausüben, sowie über den Mutterschutz (ABl. Nr. L 359 vom 19.12.86, S. 56)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Österreich setzt die zur Umsetzung der Bestimmungen dieser Richtlinie erforderlichen Maßnahmen zum 1. Januar 1994 in Kraft.

Arbeitsrecht

22. **375 L 0129:** Richtlinie 75/129/EWG des Rates vom 17. Februar 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massenentlassungen (ABl. Nr. L 48 vom 22.2.1975, S. 29)

23. **377 L 0187:** Richtlinie 77/187/EWG des Rates vom 14. Februar 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen (ABl. Nr. L 61 vom 5.3.1977, S. 26)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Artikel 1 Absatz 2 ist "des territorialen Geltungsbereichs des Vertrages" zu ersetzen durch "des territorialen Geltungsbereichs des EWR-Abkommens".

24. **380 L 0987:** Richtlinie 80/987/EWG des Rates vom 20. Oktober 1980 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (ABl. Nr. L 283 vom 20.10.1980, S. 23), geändert durch:

- **387 L 0164:** Richtlinie 87/164/EWG des Rates vom 2. März 1987 (ABl. Nr. L 66 vom 11.3.1987, S. 11)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Abschnitt I des Anhangs wird wie folgt ergänzt:

"F. ÖSTERREICH

1. Mitglieder des Organs einer juristischen Person, die zur gesetzlichen Vertretung dieser berufen ist.

2. Gesellschafter, die befugt sind, einen bestimmenden Einfluß auf die Gesellschaft auszuüben, auch wenn dieser Einfluß auf einer treuhändigen Verfügung beruht.

G. LIECHTENSTEIN

Teilhaber oder Aktionäre, die in einer Personen- oder Handelsgesellschaft befugt sind, ausschlaggebenden Einfluß auszuüben.

H. ISLAND

1. Diejenigen, die Mitglieder des Vorstandes einer in Konkurs gegangenen Gesellschaft waren, nachdem die finanzielle Situation der Gesellschaft sich wesentlich verschlechtert hat.

2. Alle Personen, die mindestens 5 % des Kapitals einer in Konkurs gegangenen GmbH halten.

3. Der Generaldirektor einer in Konkurs gegangenen Gesellschaft bzw. alle anderen Personen, die aufgrund ihrer Tätigkeit für das Unternehmen einen Überblick über die finanzielle Situation des Unternehmens hatten, so daß ihnen der bevorstehende Konkurs zum Zeitpunkt der Gehaltszahlungen nicht verborgen bleiben konnte.

4. Der Ehegatte einer Person, auf die eine der in den Ziffern 1 bis 3 beschriebenen Situationen zutrifft, sowie Verwandte ersten Grades dieser Person und Verwandte ersten Grades des Ehegatten.

I. SCHWEDEN

Beschäftigte bzw. Hinterbliebene von Beschäftigten, die alleine oder zusammen mit nahen Verwandten Eigentümer eines wesentlichen Teils des Unternehmens bzw. Geschäftsbetriebes des Arbeitgebers waren und wesentlichen Einfluß auf die Betriebstätigkeit hatten. Dies gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber eine juristische Person ohne Unternehmen bzw. Geschäftsbetrieb ist."

b) Abschnitt II des Anhangs wird wie folgt ergänzt:

"E. LIECHTENSTEIN

Versicherte, die Leistungen aus der Altersversicherung beziehen.

F. SCHWEIZ

Versicherte, die Leistungen aus der Altersversicherung beziehen."

ANHANG XIX

VERBRAUCHERSCHUTZ

Verzeichnis nach Artikel 72

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der Gemeinschaftsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

- - - - - - - -

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Im Sinne dieses Anhangs und unbeschadet der Bestimmungen des Protokolls 1 gelten als "Mitgliedstaat(en)" neben den in den EG-Rechtsakten, auf die Bezug genommen wird, gemeinten Ländern auch Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

- - - - - - - -

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

1. **379 L 0581:** Richtlinie 79/581/EWG des Rates vom 19. Juni 1979 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Lebensmittelpreise (ABl. Nr. L 158 vom 26.6.1979, S. 19), geändert durch:

   - **388 L 0315:** Richtlinie 88/315/EWG des Rates vom 7. Juni 1988 (ABl. Nr. L 142 vom 9.6.1988, S. 23)

2. **384 L 0450:** Richtlinie 84/450/EWG des Rates vom 10. September 1984 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über irreführende Werbung (ABl. Nr. L 250 vom 19.9.1984, S. 17)

3. **385 L 0577:** Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 31)

4. **387 L 0102:** Richtlinie Nr. 87/102/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit (ABl. Nr. L 42 vom 12.2.1987, S. 48), geändert durch:

   - **390 L 0088:** Richtlinie Nr. 90/88/EWG des Rates vom 22. Februar 1990 (ABl. Nr. L 61 vom 10.3.1990, S. 14)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

In Artikel 1a Absatz 3 Buchstabe a) und Absatz 5 Buchstabe a) wird das Datum 1. März 1990 ersetzt durch den 1. März 1992.

5. **387 L 0357:** Richtlinie 87/357/EWG des Rates vom 25. Juni 1987 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Erzeugnisse, deren tatsächliche Beschaffenheit nicht erkennbar ist und die die Gesundheit oder die Sicherheit der Verbraucher gefährden (ABl. Nr. L 192 vom 11.7.1987, S. 49)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   In Artikel 4 Absatz 2 gilt der Verweis auf die Entscheidung 84/133/EWG als Verweis auf die Entscheidung 89/45/EWG.

6. **388 L 0314:** Richtlinie 88/314/EWG des Rates vom 7. Juni 1988 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise von anderen Erzeugnissen als Lebensmitteln (ABl. Nr. L 142 vom 9.6.1988, S. 19)

7. **390 L 0314:** Richtlinie 90/314/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (ABl. Nr. L 158 vom 23.6.1990, S. 59)

- - - - - - - -

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der nachstehenden Rechtsakte zur Kenntnis:

8. **388 X 0590:** Empfehlung 88/590/EWG der Kommission vom 17. November 1988 zu Zahlungssystemen, insbesondere zu den Beziehungen zwischen Karteninhabern und Kartenausstellern (ABl. Nr. L 317 vom 24.11.1988, S. 55)

9. **388 Y 0611(01):** Entschließung 88/C 153/01 des Rates vom 7. Juni 1988 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Lebensmittelpreise und der Preise bei anderen Erzeugnissen (ABl. Nr. C 153 vom 11.6.1988, S. 1)

* * * * * * * * * * *

ANHANG XX

UMWELTSCHUTZ

Verzeichnis nach Artikel 74

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nicht anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNG

Für die Zwecke dieses Anhangs und ungeachtet der Bestimmungen von Protokoll 1 ist der Begriff "Mitgliedstaat(en)" in den Rechtsakten, auf die Bezug genommen wird, so zu verstehen, daß er zusätzlich zu seiner Bedeutung in den entsprechenden EG-Rechtsakten Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich, Schweden und die Schweiz einschließt.

RECHTSAKTE, AUF DIE BEZUG GENOMMEN WIRD

I. ALLGEMEINES

1. **385 L 0337:** Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. Nr. L 175 vom 5.7.1985, S. 40)

2. **390 L 0313:** Richtlinie 90/313/EWG des Rates vom 7. Juni 1990 über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (ABl. Nr. L 158 vom 23.6.1990, S. 56)

II. WASSER

3. **375 L 0440:** Richtlinie 75/440/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 über die Qualitätsanforderungen an Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 194 vom 25.7.1975, S. 26), geändert durch:

   - **379 L 0869:** Richtlinie 79/869/EWG des Rates vom 9. Oktober 1979 (ABl. Nr. L 271 vom 29.10.1979, S. 44)

4. **376 L 0464:** Richtlinie 76/464/EWG des Rates vom 4. Mai 1976 betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 129 vom 18.5.1976, S. 23)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

5. **379 L 0869:** Richtlinie 79/869/EWG des Rates vom 9. Oktober 1979 über die Meßmethoden sowie über die Häufigkeit der Probenahmen und der Analysen des Oberflächenwassers für die Trinkwassergewinnung in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 271 vom 29.10.1979, S. 44), geändert durch:

   - **381 L 0855:** Richtlinie 81/855/EWG des Rates vom 19. Oktober 1981 (ABl. Nr. L 319 vom 7.11.1981, S. 16)

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 219)

6. **380 L 0068:** Richtlinie 80/68/EWG des Rates vom 17. Dezember 1979 über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe (ABl. Nr. L 20 vom 26.1.1980, S. 43)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 14 findet keine Anwendung.

7. **380 L 0778:** Richtlinie 80/778/EWG des Rates vom 15. Juli 1980 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (ABl. Nr. L 229 vom 30.8.1980, S. 11), geändert durch:

   - **381 L 0858:** Richtlinie 81/858/EWG des Rates vom 19. Oktober 1981 (ABl. Nr. L 319 vom 7.11.1981, S. 19)

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 219, 397)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Artikel 20 findet keine Anwendung.

8. **382 L 0176:** Richtlinie 82/176/EWG des Rates vom 22. März 1982 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Quecksilberableitungen aus dem Industriezweig Alkalichloridelektrolyse (ABl. Nr. L 81 vom 27.3.1982, S. 29)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

9. **383 L 0513:** Richtlinie 83/513/EWG des Rates vom 26. September 1983 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Cadmiumableitungen (ABl. Nr. L 291 vom 24.10.1983, S. 1)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

   Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

10. **384 L 0156:** Richtlinie 84/156/EWG des Rates vom 8. März 1984 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Quecksilberableitungen mit Ausnahme des Industriezweigs Alkalichloridelektrolyse (ABl. Nr. L 74 vom 17.3.1984, S. 49)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

11. **384 L 0491:** Richtlinie 84/491/EWG des Rates vom 9. Oktober 1984 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Ableitungen von Hexachlorcyclohexan (ABl. Nr. L 274 vom 17.10.1984, S. 11)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

12. **386 L 0280:** Richtlinie 86/280/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe im Sinne der Liste I im Anhang der Richtlinie 76/464/EWG (ABl. Nr. L 181 vom 4.7.1986, S. 16), geändert durch:

    - **388 L 0347:** Richtlinie 88/347/EWG des Rates vom 16. Juni 1988 zur Änderung von Anhang II der Richtlinie 86/280/EWG (ABl. Nr. L 158 vom 25.6.1988, S. 35)

    - **390 L 0415:** Richtlinie 90/415/EWG des Rates vom 27. Juli 1990 zur Änderung von Anhang II der Richtlinie 86/280/EWG (ABl. Nr. L 219 vom 14.8.1990, S. 49)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

13. **391 L 0271:** Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung vom kommunalem Abwasser (ABl. Nr. L 135 vom 30.5.1991, S. 40)

    Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

    Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

III. LUFT

14. **380 L 0779:** Richtlinie 80/779/EWG des Rates vom 15. Juli 1980 über Grenzwerte und Leitwerte der Luftqualität für Schwefeldioxid und Schwebestaub (ABl. Nr. L 229 vom 30.8.1980, S. 30), geändert durch:

    - **381 L 0857:** Richtlinie 81/857/EWG des Rates vom 19. Oktober 1981 (ABl. Nr. L 319 vom 7.11.1981, S. 18)

    - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 219)

- **389 L 0427:** Richtlinie 89/427/EWG des Rates vom 21. Juni 1989 (ABl. Nr. L 201 vom 14.7.1989, S. 53)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

15. **382 L 0884:** Richtlinie 82/884/EWG des Rates vom 3. Dezember 1982 betreffend einen Grenzwert für den Bleigehalt in der Luft (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 15)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

16. **384 L 0360:** Richtlinie 84/360/EWG des Rates vom 28. Juni 1984 zur Bekämpfung der Luftverunreinigung durch Industrieanlagen (ABl. Nr. L 188 vom 16.7.1984, S. 20)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

17. **385 L 0203:** Richtlinie 85/203/EWG des Rates vom 7. März 1985 über Luftqualitätsnormen für Stickstoffdioxid (ABl. Nr. L 87 vom 27.3.1985, S. 1), geändert durch:

- **385 L 0580:** Richtlinie 85/580/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 (ABl. Nr. L 372 vom 31.12.1985, S. 36)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

18. **387 L 0217:** Richtlinie 87/217/EWG des Rates vom 19. März 1987 zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest (ABl. Nr. L 85 vom 28.3.1987, S. 40)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 9 wird "der Vertrag" durch "das EWR-Abkommen" ersetzt.

b) Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

19. **388 L 0609:** Richtlinie 88/609/EWG des Rates vom 24. November 1988 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft (ABl. Nr. L 336 vom 7.12.1988, S. 1)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 3 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

" a) Sollte eine wesentliche und unerwartete Änderung der Energienachfrage oder der Verfügbarkeit bestimmter Brennstoffe oder bestimmter Energieerzeugungsanlagen zu schwerwiegenden technischen Problemen bei der Einhaltung der Emissionshöchstmengen durch eine Vertragspartei führen, kann diese Vertragspartei eine Änderung der in den Anhängen I und II festgelegten Emissionshöchstmengen und/oder Termine beantragen. Das in Buchstabe b beschriebene Verfahren ist anzuwenden.

b) Die Vertragspartei unterrichtet unter Angabe der Gründe über den Gemeinsamen EWR-Ausschuß umgehend die anderen Vertragsparteien von einer solchen Maßnahme. Auf Antrag einer Vertragspartei wird der Gemeinsame EWR-Ausschuß über die Angemessenheit der getroffenen Maßnahmen konsultiert. Teil VII des Abkommens findet Anwendung."

b) Die Tabelle für die Höchstmengen und Verringerungen in Anhang I sind wie folgt zu ergänzen:

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Finnland:	171	102	68	51	-40	-60	-70	-40	-60	-70
Österreich:	90	54	36	27	-40	-60	-70	-40	-60	-70

Schweden:	112	67	45	34	-40	-60	-70	-40	-60	-70
Schweiz:	28	14	14	14	-50	-50	-50	-50	-50	-50

c) Die Tabelle für die Höchstmengen und Verringerungen in Anhang II sind wie folgt zu ergänzen:

	0	1	2	3	4	5	6
Finnland:	81	65	48	-20	-40	-20	-40
Österreich:	19	15	11	-20	-40	-20	-40
Schweden:	31	25	19	-20	-40	-20	-40
Schweiz:	9	8	5	-10	-40	-10	-40

d) Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens verfügen Island, Liechtenstein und Norwegen über keine Großfeuerungsanlagen im Sinne der Begriffsbestimmung in Artikel 1. Diese Staaten werden der Richtlinie nachkommen, falls und wenn sie solche Anlagen beschaffen.

20. **389 L 0369:** Richtlinie 89/369/EWG des Rates vom 8. Juni 1989 über die Verhütung der Luftverunreinigung durch neue Verbrennungsanlagen für Siedlungsmüll (ABl. Nr. L 163 vom 14.6.1989, S. 32)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Island setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

21. **389 L 0429:** Richtlinie 89/429/EWG des Rates vom 21. Juni 1989 über die Verringerung der Luftverunreinigung durch bestehende Verbrennungsanlagen für Siedlungsmüll (ABl. Nr. L 203 vom 15.7.1989, S. 50)

IV. CHEMISCHE STOFFE, INDUSTRIELLE RISIKEN UND BIOTECHNOLOGIE

22. **376 L 0403:** Richtlinie 76/403/EWG des Rates vom 6. April 1976 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und Terphenyle (ABl. Nr. L 108 vom 26.4.1976, S. 41)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die EFTA-Staaten setzen die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie vom 1. Januar 1995 an - vorbehaltlich einer Überprüfung vor diesem Termin - nachzukommen.

23. **382 L 0501:** Richtlinie 82/501/EWG des Rates vom 24. Juni 1982 über die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten (ABl. Nr. L 230 vom 5.8.1982, S. 1), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 219)

- **387 L 0216:** Richtlinie 87/216/EWG des Rates vom 28. März 1987 (ABl. Nr. L 085 vom 28.3.1987, S. 36)

- **388 L 0610:** Richtlinie 88/610/EWG des Rates vom 24. November 1988 (ABl. Nr. L 336 vom 7.12.1988, S. 14)

24. **390 L 0219:** Richtlinie 90/219/EWG des Rates vom 23. April 1990 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. Nr. L 117 vom 8.5.1990, S. 1)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich und Schweden setzen die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995 nachzukommen.

25. **390 L 0220:** Richtlinie 90/220/EWG des Rates vom 23. April 1990 über die absichtliche Freisetzung genetische veränderter Organismen in die Umwelt (ABl. Nr. L 117 vom 8.5.1990, S. 15)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich und Schweden setzen die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie ab 1. Januar 1995

nachzukommen.

b) Artikel 16 erhält folgende Fassung:

" (1) Hat eine Vertragspartei berechtigten Grund zu der Annahme, daß ein Produkt, das nach dieser Richtlinie vorschriftsmäßig angemeldet wurde und für das eine schriftliche Zustimmung erteilt worden ist, eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellt, so kann sie den Einsatz und/oder Verkauf dieses Produkts in ihrem Gebiet einschränken oder verbieten. Sie unterrichtet hiervon unter Angabe von Gründen durch den Gemeinsamen EWR-Ausschuß unverzüglich die anderen Vertragsparteien.

(2) Auf Antrag einer Vertragspartei wird der Gemeinsame EWR-Ausschuß über die Angemessenheit der getroffenen Maßnahmen konsultiert. Teil VII des Abkommens findet Anwendung."

c) Die Vertragsparteien kommen überein, daß die Richtlinie nur Aspekte betrifft, die sich auf die potentiellen Gefahren für Menschen, Pflanzen, Tiere und die Umwelt beziehen.

Die EFTA-Staaten behalten sich daher das Recht vor, im Zusammenhang mit anderen Problemen als der Gesundheit und der Umwelt ihre nationalen Rechtsvorschriften in diesem Bereich anzuwenden, sofern das mit diesem Abkommen vereinbar ist.

V. ABFÄLLE

26. **375 L 0439:** Richtlinie 75/439/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 über die Altölbeseitigung (ABl. Nr. L 194 vom 25.7.1975, S. 23), geändert durch:

- **387 L 0101:** Richtlinie 87/101/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 (ABl. Nr. L 42 vom 12.2.1987, S. 43)

27. **375 L 0442:** Richtlinie 75/442/EWG des Rates vom 15. Juli 1975 über Abfälle (ABl. Nr. L 194 vom 25.7.1975, S. 39), geändert durch:

- **391 L 0156:** Richtlinie 91/156/EWG des Rates vom 18. März 1991 (ABl. Nr. L 78 vom 26.3.1991, S. 32)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Norwegen setzt die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie vom 1. Januar 1995 an - vorbehaltlich einer Überprüfung vor diesem Termin - nachzukommen.

28. **378 L 0176:** Richtlinie 78/176/EWG des Rates vom 20. Februar 1978 über Abfälle aus der Titandioxid-Produktion (ABl. Nr. L 54 vom 25.2.1978, S. 19), geändert durch:

- **382 L 0883:** Richtlinie 82/883/EWG des Rates vom 3. Dezember 1982 über die Einzelheiten der Überwachung und Kontrolle der durch die Ableitungen der Titandioxidproduktion betroffenen Umweltmedien (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 1)

- **383 L 0029:** Richtlinie 83/29/EWG des Rates vom 24. Januar 1983 (ABl. Nr. L 32 vom 3.2.1983, S. 28)

29. **378 L 0319:** Richtlinie 78/319/EWG des Rates vom 20. März 1978 über giftige und gefährliche Abfälle (ABl. Nr. L 84 vom 31.3.1978, S. 43) geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 111)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 219, 397)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die EFTA-Staaten setzen die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie von 1. Januar 1995 an - vorbehaltlich einer Überprüfung vor diesem Termin - nachzukommen.

30. **382 L 0883:** Richtlinie 82/883/EWG des Rates vom 3. Dezember 1982 über die Einzelheiten der Überwachung und Kontrolle der durch die Ableitungen aus der Titandioxidproduktion betroffenen Umweltmedien (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 1), geändert durch:

- **1 85 I**: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaten (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 219)

31. **384 L 0631:** Richtlinie 84/631/EWG vom 6. Dezember 1984 über die Überwachung und Kontrolle - in der Gemeinschaft - der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle (ABl. Nr. L 326 vom 13.12.1984, S. 31), geändert durch:

- **385 L 0469:** Richtlinie 85/469/EWG der Kommission vom 22. Juli 1985 (ABl. Nr. L 272 vom 12.10.1985, S. 1)

- **386 L 0121:** Richtlinie 86/121/EWG des Rates vom 8. April 1986 (ABl. Nr. L 100 vom 16.4.1986, S. 20)

- **386 L 0279:** Richtlinie 86/279/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 (ABl. Nr. L 181 vom 4.7.1986, S. 13)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Das Kästchen 36 des Anhangs I wird wie folgt ergänzt:

ISLENSKA: duft, duftkennt, fast, límkennt, seigfljótandi, punnfljótandi, vökvi, loftkennt

NORSK: pulverformet, støvformet, fast, pastaformet, viskØst (tyktflytende), slamformet, flytende, gassformet

SUOMEKSI: jauhemainen, pölymäinen, kiinteä, tahnamainen, siirappimainen, lietemäinen, nestemäinen, kaasumainen

SVENSKA: pulverformigt, stoft, fast, pastöst, visköst, slamformigt, flytande, gasformigt

b) Der letzte Satz der Bestimmung 6 des Anhangs III wird durch folgende neue Eintragungen ergänzt: AU für Österreich, SF für Finnland, IS für Island, LI für Liechtenstein, NO für Norwegen, SE für Schweden und CH für die Schweiz.

c) Die EFTA-Staaten setzen die erforderlichen Maßnahmen in Kraft, um dieser Richtlinie vom 1. Januar 1995 an - vorbehaltlich einer Überprüfung vor diesem Termin - nachzukommen.

32. **386 L 0278**: Richtlinie 86/278/EWG des Rates vom 12. Juni 1986 über den Schutz der Umwelt und insbesondere der Böden bei der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft (ABl. Nr. L 181 vom 4.7.1986, S. 6)

RECHTSAKTE, DIE DIE VERTRAGSPARTEIEN ZUR KENNTNIS NEHMEN

Die Vertragsparteien nehmen den Inhalt der folgenden Rechtsakte zur Kenntnis:

33. **375 X 0436**: Empfehlung 75/436/Euratom, EGKS, EWG des Rates vom 3. März 1975 über die Kostenzurechnung und die Intervention der öffentlichen Hand bei Umweltschutzmaßnahmen (ABl. Nr. L 194 vom 25.7.1975, S. 1).

34. **379 X 0003**: Empfehlung 79/3/EWG des Rates vom 19. Dezember 1978 an die Mitgliedstaaten betreffend Verfahren zur Berechnung der Umweltschutzkosten der Industrie (ABl. Nr. L 5 vom 9.1.1979, S. 28)

35. **380 Y 0830(01)**: Entschließung des Rates vom 15. Juli 1980 über grenzüberschreitende Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid und Schwebestaub (ABl. Nr. C 222 vom 30.8.1980, S. 1)

36. **389 Y 1026(01)**: Entschließung des Rates (89/C273/01) vom 16. Oktober 1989 über Leitlinien für die Verhütung technischer und natürlicher Risiken (ABl. Nr. C 273 vom 26.10.1989, S. 1)

37. **390 Y 0518(01)**: Entschließung des Rates 90/C 122/02 vom 7. Mai 1990 über die Abfallpolitik (ABl. Nr. C 122 vom 18.5.1990, S. 2)

38. **SEC (89) 934 endg.**: Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament vom 18. September 1989. Gemeinschaftsstrategie für die Abfallwirtschaft.

ANHANG XXI

STATISTIK

Verzeichnis nach Artikel 76

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie:

- Präambeln
- die Adressaten der gemeinschaftlichen Rechtsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Bezugnahmen auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet das Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, soweit in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

- - - - - - - -

SEKTORALE ANPASSUNGEN

1. Für die Zwecke dieses Anhangs und unbeschadet der Bestimmungen des Protokolls 1 gelten als "Mitgliedstaat(en)" neben den in den EG-Rechtsakten, auf die Bezug genommen wird, gemeinten Ländern auch Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

2. Bezugnahmen auf die "Systematik der Zweige des produzierenden Gewerbes in den Europäischen Gemeinschaften (NICE)" sowie auf die "Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE)" sind, sofern nicht etwas anderes bestimmt ist, als Bezugnahmen auf die "Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1)" zu verstehen, gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, sowie gemäß den für dieses Abkommen vorgenommen Änderungen. Die aufgeführten Kennzahlen sind als die entsprechend umgewandelten Kennzahlen der NACE Rev. 1 zu verstehen.

3. Bestimmungen darüber, wer die Kosten für die Durchführung von Erhebungen und ähnliche Kosten zu tragen hat, sind für die Zwecke dieses Abkommens nicht von Belang.

RECHTSAKTE BEZÜGLICH:

INDUSTRIESTATISTIK

1. **364 L 0475:** Richtlinie 64/475/EWG des Rates vom 30. Juli 1964 zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über Investitionen im produzierenden Gewerbe (ABl. Nr. 131 vom 13.08.1964, S. 2193/64), geändert durch:

   - **1 72 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (ABl. Nr. L 73 vom 27.03.1972, S. 121, 159)

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 112)

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 231)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) Der Anhang ist nicht von Belang.

   b) Die nach dieser Richtlinie geforderten Daten Liechtensteins werden in die Daten der Schweiz aufgenommen.

   c) Die EFTA-Staaten führen die erste Erhebung nach dieser Richtlinie bis spätestens 1995 durch.

   d) Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz liefern die nach dieser Richtlinie geforderten Daten mindestens bis zur dreistelligen Ebene, wenn möglich bis zur vierstelligen Ebene der NACE Rev. 1.

   e) Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz liefern über die zuständigen nationalen Statistikbehörden - unter gebührender Beachtung der Bestimmungen der Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom

11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, geändert für das vorliegende Abkommen - Informationen über Unternehmen, die durch die Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, unter der Kennzahl 27.10 eingeordnet sind. Diese Informationen entsprechen denjenigen, die mit Fragebogen 2.60 und 2.61 des Anhangs der Entscheidung 3302/81/EGKS der Kommission vom 18. November 1981 über die Auskunfterteilung der Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie betreffend ihre Investitionen (ABl. Nr. L 333 vom 20.11.1981, S. 35) angefordert werden.

2. **372 L 0211:** Richtlinie 72/211/EWG des Rates vom 30. Mai 1972 zur Durchführung koordinierter Konjunkturstatistiken in der Industrie und im warenproduzierenden Handwerk (ABl. Nr. L 128 vom 3.6.1972, S. 28), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 112)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 231)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 3 Absatz 1 entfällt Nummer 5 "die Zahl der abhängig beschäftigten Personen, darunter die der Arbeiter".

b) Island und Liechtenstein sind von der Erfassung der nach dieser Richtlinie geforderten Daten ausgenommen.

c) Die Schweiz erfaßt die nach dieser Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1997. Die Daten sind jedoch bereits ab 1995 vierteljährlich zu liefern.

d) Finnland erfaßt die nach dieser Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1997. Monatliche Daten über den Index der industriellen Produktion sind jedoch spätestens ab 1995 zu liefern.

e) Österreich, Norwegen und Schweden erfassen die nach dieser Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1995.

3. **372 L 0221:** Richtlinie 72/221/EWG des Rates vom 6. Juni 1972 zur Durchführung koordinierter jährlicher Erhebungen über die Tätigkeit der Industrie (ABl. Nr. L 133 vom 10.6.1972, S. 57), geändert durch:

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 112)

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 23)

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

   a) In Artikel 3 gilt der Verweis auf "NACE" als Verweis auf "NACE, Ausgabe 1970".

   b) Die nach der Richtlinie geforderten Daten Liechtensteins werden in die Daten der Schweiz aufgenommen.

   c) Die EFTA-Staaten erfassen die nach der Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1995.

   d) Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz liefern die nach den Artikeln 2 und 5 der Richtlinie geforderten Daten mindestens bis zur dreistelligen Ebene der NACE Rev. 1.

   e) Die Schweiz und Liechtenstein sind von der Lieferung der Daten über die Einheit der Wirtschaftstätigkeit und die örtliche Einheit für alle Variablen außer Umsatz und Beschäftigung ausgenommen.

   f) Die EFTA-Staaten sind von der Lieferung von Daten über die Variablen der Kennziffern 1.21, 1.21.1, 1.22 und 1.22.1 des Anhangs ausgenommen.

4. **378 L 0166:** Richtlinie 78/166/EWG des Rates vom 13. Februar 1978 zur Durchführung koordinierter Konjunkturstatistiken im Baugewerbe (ABl. Nr. L 52 vom 23.1.1978, S. 17), geändert durch:

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 113)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 231)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 2 Absatz 2 gilt der Verweis auf "Teil I der NACE" als Verweis auf "Teil I der NACE, Ausgabe 1970". In Absatz 3 gilt der Verweis auf "NACE" als Verweis auf "NACE Rev. 1".

b) Die Daten nach Artikel 3 Buchstabe a sind mindestens vierteljährlich einzuholen.

c) In Artikel 4 Absatz 1 werden die Worte "den vorhergehenden Monat oder" gestrichen.

d) Island und Liechtenstein sind von der Lieferung der nach der Richtlinie geforderten Daten ausgenommen.

e) Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden und die Schweiz erfassen die nach der Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1995.

VERKEHRSSTATISTIK

5. **378 L 0546:** Richtlinie 78/546/EWG des Rates vom 12. Juni 1978 zur Erfassung des Güterkraftverkehrs im Rahmen einer Regionalstatistik (ABl. Nr. L 168 vom 26.6.1978, S. 29), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 29)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 163)

- **389 L 0462:** Richtlinie 89/462/EWG des Rates vom 18. Juli 1989 (ABl. Nr. L 226 vom 03.08.1989, S. 8)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die nach der Verordnung geforderten Daten Liechtensteins werden in die Daten der Schweiz aufgenommen.

b) In Anhang II werden nach dem Vereinigten Königreich folgende Angaben angefügt:

"Österreich
Burgenland
Kärnten
Niederösterreich
Oberösterreich
Salzburg
Steiermark
Tirol
Vorarlberg
Wien

Finnland
Suomi/Finland

Island
Island

Norwegen
Norge/Noreg

Schweden
Sverige

Schweiz und Liechtenstein
Schweiz/Suisse/Svizzera und Liechtenstein"

c) Anhang III wird durch das folgende Länderverzeichnis ersetzt:

"Verzeichnis der Länder

Belgien
Dänemark
Frankreich
Deutschland
Griechenland
Irland
Italien
Luxemburg
Niederlande
Portugal
Spanien
Vereinigtes Königreich

Österreich
Finnland
Island
Norwegen
Schweden

Schweiz und Liechtenstein

Bulgarien
Tschechoslowakei
Ungarn
Polen
Rumänien
Türkei
UdSSR
Jugoslawien

Sonstige europäische Länder

Länder Nordafrikas

Länder des Nahen und Mittleren Ostens

Sonstige Länder"

d) In den Tabellen B, C2 und C4 des Anhangs IV ist der Ausdruck "Mitgliedstaaten" durch "EWR-Staaten" zu ersetzen.

e) In den Tabellen C1, C2, C3, C5 und C6 des Anhangs IV ist der Ausdruck "EUR" durch "EWR" zu ersetzen.

f) In Tabelle C 2 des Anhangs IV muß die letzte Länderkennziffer unter "Empfang aus" und "Versand nach" 18 lauten.

g) Österreich, Finnland, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz erfassen die nach der Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1995. Island erfaßt die Daten spätestens ab 1998.

h) Bis 1997 darf die Schweiz die nach der Richtlinie geforderten vierteljährlichen Daten über den innerstaatlichen Verkehr (einschließlich Versand nach und Empfang aus Liechtenstein) im Rahmen der jährlichen Daten übermitteln.

i) Island erfaßt die nach der Richtlinie geforderten Daten über den innerstaatlichen Verkehr mindestens alle drei Jahre.

6. **380 L 1119:** Richtlinie 80/1119/EWG des Rates vom 17. November 1980 über die statistische Erfassung des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (ABl. Nr. L 339 vom 15.12.1980, S. 30), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 163)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang II werden nach dem Vereinigten Königreich folgende Angaben angefügt:

"Österreich
Burgenland
Kärnten
Niederösterreich
Oberösterreich
Salzburg
Steiermark
Tirol
Vorarlberg
Wien

Finnland
Suomi/Finland

Island
Island

Norwegen
Norge/Noreg

Schweden
Sverige

Schweiz und Liechtenstein
Schweiz/Suisse/Svizzera und Liechtenstein"

b) Anhang III wird wie folgt geändert:

Zwischen der Überschrift "VERZEICHNIS DER ..." und Ziffer I wird der Zusatz eingefügt:

"A. EWR-Länder"

Ziffern II - VII werden durch folgende Eintragungen ersetzt:

"II. EFTA-Länder

13. Österreich
14. Finnland
15. Island
16. Norwegen
17. Schweden
18. Schweiz und Liechtenstein

B. Nicht-EWR-Länder

III. Europäische Nicht-EWR-Länder

19. UdSSR
20. Polen
21. Tschechoslowakei
22. Ungarn
23. Rumänien
24. Bulgarien
25. Jugoslawien
26. Türkei
27. Sonstige europäische Nicht-EWR-Länder

IV. 28. Vereinigte Staaten von Amerika

V. 29. Sonstige Länder"

c) In Anhang IV Tabellen 1 a und 1 b wird der Ausdruck "darunter: EWG" ersetzt durch "darunter: EWR".

d) In Anhang IV Tabellen 7 a, 7 b, 8 a und 8 b werden die Spalten mit den Überschriften "Staatshandelsländer" und "Sonstige Länder" ausgetauscht; die Überschrift "Sonstige Länder" wird ersetzt durch "EFTA-Länder"; die Überschrift "Staatshandelsländer" wird ersetzt durch "Sonstige Länder".

e) In Anhang IV Tabellen 10 a und 10 b werden die in der Spalte "Staatszugehörigkeit des Schiffes" aufgeführten Länder durch das "Verzeichnis der Länder und Ländergruppen" des geänderten Anhangs III ersetzt. Der Ausdruck "darunter: EWG" wird ersetzt durch "darunter: EWR".

f) Die EFTA-Länder führen die in der Richtlinie vorgesehenen Erhebungen spätestens ab 1995 durch.

7. **380 L 1177:** Richtlinie 80/1177/EWG des Rates vom 4. Dezember 1980 über die statistische Erfassung des Eisenbahngüterverkehrs im Rahmen einer Regionalstatistik (ABl. Nr. L 350 vom 23.12.1980, S. 23), geändert durch:

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 164)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Folgender Zusatz wird an Artikel 1 Ziffer 2 Buchstabe a angefügt:

" ÖBB:	Österreichische Bundesbahnen
VR:	Valtionrautatiet/Statsjärnvägarna
NSB:	Norgens Statsbaner
SJ:	Statens Järnvägar
SBB/CFF/FFS:	Schweizerische Bundesbahnen/ Chemins de fer fédéraux/ Ferrovie federali svizzere
BLS:	Bern-Lötschberg-Simplon"

b) In Anhang II werden nach dem Vereinigten Königreich folgende Länder angefügt:

"Österreich
Österreich

Finnland
Suomi/Finland

Island
Island

Norwegen
Norge/Noreg

Schweden
Sverige

Schweiz
Schweiz/Suisse/Svizzera"

c) Anhang III wird wie folgt geändert:

Zwischen der Überschrift "VERZEICHNIS DER ..." und Buchstabe a wird der Zusatz eingefügt:

"A. EWR-Länder"

Buchstabe b wird durch folgende Eintragung ersetzt:

"b) EFTA-Länder

13. Österreich
14. Finnland
15. Norwegen
16. Schweden
17. Schweiz

B. Nicht-EWR-Länder

18. UdSSR
19. Polen
20. Tschechoslowakei
21. Ungarn
22. Rumänien
23. Bulgarien
24. Jugoslawien
25. Türkei

26. Länder des Nahen und Mittleren Ostens
27. Sonstige Länder"

d) Die EFTA-Länder erfassen die nach der Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1995.

STATISTIKEN DES AUSSENHANDELS UND DES INNERGEMEINSCHAFTLICHEN HANDELS

8. **375 R 1736:** Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 183 vom 14.7.1975, S. 3), geändert durch:

- **377 R 2845:** Verordnung (EWG) Nr. 2845/77 des Rates vom 19. Dezember 1977 (ABl. Nr. L 329 vom 22.12.1977, S. 3)

- **384 R 3396:** Verordnung (EWG) Nr. 3396/84 der Kommission vom 3. Dezember 1984 (ABl. Nr. L 314 vom 4.12.1984, S. 10)

- **387 R 3367:** Verordnung (EWG) Nr. 3367/87 des Rates vom 9. November 1987 über die Anwendung der Kombinierten Nomenklatur auf die Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 321 vom 11.11.1987, S. 3)

- **387 R 3678:** Verordnung (EWG) Nr. 3678/87 der Kommission vom 9. Dezember 1987 über die statistischen Verfahren des Außenhandels der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 346 vom 10.12.1987, S. 12)

- **388 R 0455:** Verordnung (EWG) Nr. 455/88 der Kommission vom 18. Februar 1988 über die statistische Schwelle in der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 46 vom 19.2.1988, S. 19)

- **388 R 1629:** Verordnung (EWG) Nr. 1629/88 des Rates vom 27. Mai 1988 (ABl. Nr. L 147 vom 14.6.1988, S. 1)

- **391 R 0091:** Verordnung (EWG) Nr. 91/91 der Kommission vom 15. Januar 1991 (ABl. Nr. L 11 vom 16.01.1991, S. 5)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 2 Absatz 2 erhalten Buchstaben a und b folgende Fassung:

"a) in die Zollager eingehen oder sie verlassen, mit Ausnahme der im Anhang A genannten Zollager;

b) in die im Anhang A genannten Freizonen eingehen oder sie verlassen."

b) Artikel 3 erhält folgende Fassung:

"(1) Das statistische Erhebungsgebiet des EWR umfaßt grundsätzlich die Zollgebiete der Vertragsparteien. Die Vertragsparteien bestimmen ihre jeweiligen statistischen Erhebungsgebiete.

(2) Das statistische Erhebungsgebiet der Gemeinschaft umfaßt das Zollgebiet der Gemeinschaft, wie es in der Verordnung (EWG) Nr. 2151/84 des Rates vom 23. Juli 1984 betreffend das Zollgebiet der Gemeinschaft, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 4151/88, festgelegt ist.

(3) Das statistische Erhebungsgebiet der EFTA-Staaten umfaßt deren Zollgebiet. Das statistische Erhebungsgebiet Norwegens schließt jedoch den Archipel Svalbard und die Insel Jan Mayen ein. Die Schweiz und Liechtenstein bilden zusammen ein einziges statistisches Erhebungsgebiet."

c) Für die in Artikel 5 Absätze 1 und 3 vorgeschriebene Benennung der Ware ist eine wenigstens sechsstellige Schlüsselnummer zu verwenden.

d) In Artikel 7 Absatz 1 erhält der einleitende Satz folgende Fassung:

"Unbeschadet von Artikel 5 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 müssen die statistischen Anmeldungen der einzelnen KN-Unterpositionen die folgenden Angaben in wenigstens sechsstelliger Form enthalten:"

e) An Artikel 9 wird der folgende Absatz angefügt:

"(3) Für die EFTA-Staaten gilt als "Ursprungsland" das Herkunftsland der Waren gemäß den nationalen Ursprungsregeln."

f) In Artikel 17 Absatz 1 gilt der Verweis auf die "Verordnung (EWG) Nr. 808/68 des Rates vom ... zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1028/75" als

Verweis auf die "Verordnung (EWG) Nr. 1224/80 vom 28. Mai 1980 über den Zollwert der Waren (ABl. Nr. L 134 vom 31.05.1980, S. 1)".

g) Artikel 34 erhält folgende Fassung:

"Die in Artikel 22 Absatz 1 genannten Angaben werden für alle KN-Unterpositionen in der derzeit gültigen Fassung der ersten sechs Stellen der Kombinierten Nomenklatur erfaßt.

h) Anhang C wird wie folgt geändert:

Die folgende Überschrift wird zwischen "EUROPA" und "Gemeinschaft" eingefügt:

"Europäischer Wirtschaftsraum"

Nach dem Ländercode "022 Ceuta und ..." und der Überschrift "Übrige Länder und Gebiete Europas" wird folgendes eingefügt:

"EFTA-Länder

024	Island	
028	Norwegen	Einschließlich Archipel Svalbard und Insel Jan Mayen.
030	Schweden	
032	Finnland	Einschließlich Åland-Inseln.
036	Schweiz	Einschließlich Liechtenstein, die deutsche Exklave Büsingen und die italienische Gemeinde Campione d'Italia.
038	Österreich	Ohne die Gebiete Jungholz und Mittelberg."

Die Ländercodes 024, 025, 028, 030, 032, 036 und 038 unter "Übrige Länder ... Europas" werden ersetzt durch "041 Färöer".

i) Die EFTA-Staaten erfassen die nach dieser Verordnung geforderten Daten spätestens ab 1995.

9. **377 R 0546:** Verordnung (EWG) Nr. 546/77 der Kommission vom 16. März 1977 über die statistischen Verfahren im Außenhandel der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 70 vom 17.3.1977, S. 13), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 112)

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 230)

- **387 R 3678:** Verordnung (EWG) Nr. 3678/87 der Kommission vom 9. Dezember 1987 über die statistischen Verfahren des Außenhandels der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 346 vom 10.12.1987, S. 12)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) An Artikel 1 werden folgende Angaben angefügt:

" Österreich:	- Aktiver Veredelungsverkehr;
Finnland:	- Vientietumenettely/Exportförmånsförfarandet;
Island:	- Vinnsla innanlands fyrir erledan athila;
Norwegen:	- Foredling innenlandsk (aktiv);
Schweden:	- Industrirestitution;
Schweiz:	- Aktiver Eigen-/Lohnveredelungsverkehr - Traffic de perfectionnement actif à facon/commercial/Regime economico di perfezionamento attivo a cottimo;"

b) An Artikel 2 werden folgende Angaben angefügt:

" Österreich:	- Passiver Veredelungsverkehr;
Finnland:	- Tullinalennusmenettely/Tullnedsättningsförfarandet;
Island:	- Vinnsla erlendis fyrir innlendan athila;
Norwegen:	- Foredling utenlands (passiv);
Schweden:	- Återinförsel efter annan bearbetning än reparation;
Schweiz:	- Passiver Eigen-/Lohnveredelungsverkehr - Traffic de perfectionnement passif à facon/commercial/Regime economico di perfezionamento passivo a cottimo;"

10. **379 R 0518:** Verordnung (EWG) Nr. 518/79 der Kommission vom 19. März 1979 über die Erfassung der Ausfuhr vollständiger Fabrikationsanlagen in der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 69 vom 20.3.1979, S. 10), geändert durch:

- **387 R 3521:** Verordnung (EWG) Nr. 3521/87 der Kommission vom 24. November 1987 (ABl. Nr. L 335 vom 25.11.1987, S. 8)

11. **380 R 3345:** Verordnung (EWG) Nr. 3345/80 der Kommission vom 23. Dezember 1980 über die Erfassung des Versendungslandes in der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 351 vom 24.12.1980, S. 12)

12. **383 R 0200:** Verordnung (EWG) Nr. 200/83 des Rates vom 24. Januar 1983 über die Anpassung der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft an die Richtlinien zur Harmonisierung der Verfahren für die Ausfuhr von Waren und für die Überführung von Waren in den zollrechtlich freien Verkehr (ABl. Nr. L 26 vom 28.01.1983, S. 1)

13. **387 R 3367:** Verordnung (EWG) Nr. 3367/87 des Rates vom 9. November 1987 über die Anwendung der Kombinierten Nomenklatur auf die Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 321 vom 11.11.1987, S. 3)

    Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

    a) Die Kombinierte Nomenklatur (KN) wird wenigstens bis zur sechsstelligen Ebene angewendet.

    b) In Artikel 1 Absatz 2 findet der letzte Satz keine Anwendung.

14. **387 R 3522:** Verordnung (EWG) Nr. 3522/87 der Kommission vom 24. November 1987 über die Erfassung des Verkehrszweigs in der Statistik des Handels zwischen den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 335 vom 25.11.1987, S. 10)

15. **387 R 3678:** Verordnung (EWG) Nr. 3678/87 der Kommission vom 9. Dezember 1987 über die statistischen Verfahren des Außenhandels der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 346 vom 10.12.1987, S. 12)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 3 findet keine Anwendung.

16. **388 R 0455:** Verordnung (EWG) Nr. 455/88 der Kommission vom 18. Februar 1988 über die statistische Schwelle in der Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 46 vom 19.2.1988, S. 19)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

An Artikel 2 werden folgende Angaben angefügt:

" Österreich:	AS	11 500
Finnland:	FMk	4 000
Island:	IKr	60 000
Norwegen:	NKr	6 300
Schweden:	SKr	6 000
Schweiz:	SFrs	1 000"

STATISTISCHE GEHEIMHALTUNG

17. **390 R 1588:** Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 151 vom 15.6.1990, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) An Artikel 2 wird die folgende Nummer angefügt:

"11. Personal des Büros des EFTA-Beraters für Statistik: in den Räumlichkeiten des SAEG tätiges Personal des EFTA-Sekretariats."

b) In Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 wird der Ausdruck "SAEG" durch "SAEG und des Büros des EFTA-Beraters für Statistik" ersetzt.

c) An Artikel 5 Absatz 2 wird folgender Unterabsatz angefügt:

"Die über das Büro des EFTA-Beraters für Statistik an das SAEG übermittelten vertraulichen statistischen Daten sind auch dem Personal dieses Büros zugänglich."

d) In Artikel 6 schließt der Ausdruck "SAEG" im Sinne dieses Abkommens das Büro des EFTA-Beraters für Statistik ein.

BEVÖLKERUNGS- UND SOZIALSTATISTIK

18. **376 R 0311:** Verordnung (EWG) Nr. 311/76 des Rates vom 9. Februar 1976 über die Erstellung von Statistiken über ausländische Arbeitnehmer (ABl. Nr. L 39 vom 14.2.1976, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz sind nicht an die in Artikel 1 festgelegte regionale Gliederung gebunden.

b) Die EFTA-Staaten erfassen die nach dieser Verordnung geforderten Daten spätestens ab 1995.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN - BIP

19. **389 L 0130:** Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates vom 13. Februar 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (ABl. Nr. L 49 vom 21.2.1989, S. 26)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Liechtenstein ist von der Lieferung der nach dieser Richtlinie geforderten Daten ausgenommen.

b) Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz liefern die nach dieser Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1995.

NOMENKLATUREN

20. **390 R 3037:** Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen

Gemeinschaft (ABl. Nr. L 293 vom 24.10.1990, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Österreich, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz verwenden die "NACE Rev. 1" oder eine gemäß Artikel 3 davon abgeleitete Systematik spätestens ab 1995. Finnland wendet diese Verordnung spätestens ab 1997 an.

LANDWIRTSCHAFTSSTATISTIK

21. **372 L 0280:** Richtlinie 72/280/EWG des Rates vom 31. Juli 1972 betreffend die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 179 vom 7.8.1972, S. 2), geändert durch:

- **373 L 0358:** Richtlinie 73/358/EWG des Rates vom 19. November 1973 (ABl. Nr. L 326 vom 27.11.1973, S. 17)
- **378 L 0320:** Richtlinie 78/320/EWG des Rates vom 30. März 1978 (ABl. Nr. L 84 vom 31.3.1978, S. 49)
- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 67 u. 88)
- **386 L 0081:** Richtlinie 86/81/EWG des Rates vom 25. Februar 1986 (ABl. Nr. L 77 vom 22.3.1986, S. 29)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 2 findet keine Anwendung.

b) Die Gebietseinteilung in Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe a wird durch folgende Eintragungen ergänzt:

" Österreich	Bundesländer
Finnland	-
Island	-
Norwegen	-
Schweden	-
Schweiz	- "

c) Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz erfassen die nach dieser Richtlinie geforderten Daten spätestens ab 1995.

d) Liechtenstein ist von der Lieferung der nach dieser Richtlinie geforderten statistischen Daten ausgenommen.

e) Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz sind von der Lieferung der nach Artikel 4 Nummer 1 dieser Richtlinie geforderten wöchentlichen Daten ausgenommen.

f) Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz sind von der Lieferung von Daten über den Eigenverbrauch von Milch ausgenommen.

22. **372 D 0356:** Entscheidung 72/356/EWG der Kommission vom 19. Oktober 1972 über Durchführungsbestimmungen bezüglich der statistischen Erhebungen über Milch und Milcherzeugnisse (ABl. Nr. L 246 vom 30.10.1972, S. 1), geändert durch:

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 88)

- **386 D 0180:** Entscheidung 86/180/EWG der Kommission vom 19. März 1986 (ABl. Nr. L 138 vom 24.5.1986, S. 49)

Die Entscheidung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Die Gebietseinteilung in Anhang II Tabelle 4 Fußnote 1 wird durch folgende Eintragungen ergänzt:

" Österreich:	Bundesländer
Finnland:	ein Gebiet,
Island:	ein Gebiet,
Norwegen:	ein Gebiet,
Schweden:	ein Gebiet,
Schweiz:	ein Gebiet"

b) In Anhang II Tabelle 5 Teil B wird bei der Position 1 a "Eigenverbrauch" eine neue Fußnote eingefügt:

"(1) Ausgenommen für Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz."

Die beiden anderen Fußnoten werden entsprechend umnumeriert.

23. **388 R 0571:** Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der

landwirtschaftlichen Betriebe im Zeitraum 1988 bis 1997 (ABl. Nr. L 56 vom 2.3.1988, S. 1), geändert durch:

- **389 R 0807:** Verordnung (EWG) Nr. 807/89 des Rates vom 20. März 1989 (ABl. Nr. L 86 vom 31.03.1989, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 4 findet der Text ab den Worten "soweit sie örtlich von Bedeutung sind," bis zum Ende des Artikels keine Anwendung.

b) In Artikel 6 Buchstabe b werden die Worte "Standarddeckungsbeitrag im Sinne der Entscheidung 85/377/EWG" ersetzt durch:

"Standarddeckungsbeitrag - im Sinne der Entscheidung 85/377/EWG oder zum Wert der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung"

c) In Artikel 8 Absatz 2 wird der Verweis auf die "Entscheidung 83/461/EWG der Kommission, geändert durch die Entscheidungen 85/622/EWG und 85/643/EWG" durch einen Verweis auf die "Entscheidung 89/651/EWG" ersetzt. Die neue Fußnote lautet: "ABl. Nr. L 391 vom 30.12.1989, S. 1".

d) Artikel 10, 12 und 13 sowie Anhang II finden keine Anwendung.

e) In Anhang I werden zur Kennzeichnung der folgenden Variablen als fakultativ für die bezeichneten Länder entsprechende Fußnoten angefügt:

" B. 02:	Fakultativ für Island.
B. 03:	Fakultativ für Finnland, Island und Schweden.
B. 04:	Fakultativ für Österreich, Finnland und die Schweiz.
C. 03:	Fakultativ für Island.
C. 04:	Fakultativ für Österreich, Finnland, Island, Norwegen und Schweden.
E:	Fakultativ für Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz.
G. 05:	Fakultativ für Finnland.
I. 01:	Fakultativ für Norwegen.
I. 01 a):	Fakultativ für Norwegen.
I. 01 b):	Fakultativ für Norwegen.
I. 01 c):	Fakultativ für Norwegen.
I. 01 d):	Fakultativ für Norwegen.
I. 02:	Fakultativ für Norwegen.
I. 03:	Fakultativ für Österreich, Finnland und Schweden.

I. 03 a:	Fakultativ für Österreich, Finnland und Schweden.
J. 03:	Untergliederung nach männlichen und weiblichen Tieren fakultativ für Island.
J. 04:	Untergliederung nach männlichen und weiblichen Tieren fakultativ für Island.
J. 09 a:	Fakultativ für Finnland.
J. 09 b:	Fakultativ für Finnland.
J. 11:	Untergliederung nach Ferkeln, Zuchtsauen und anderen Schweinen fakultativ für Island.
J. 12:	Untergliederung nach Ferkeln, Zuchtsauen und anderen Schweinen fakultativ für Island.
J. 13:	Untergliederung nach Ferkeln, Zuchtsauen und anderen Schweinen fakultativ für Island.
J. 17:	Fakultativ für Österreich und die Schweiz.
K:	Fakultativ für Island und Schweden.
K:	Fakultativ für Österreich.
L:	Finnland, Island und Schweden dürfen die Variablen der Tabelle auf einer höheren Aggregationsebene liefern.
L. 10:	Fakultativ für Österreich."

f) Für Liechtenstein werden die nach der Verordnung geforderten Daten in die Daten der Schweiz aufgenommen.

g) Die in den Artikeln 4 und 8 sowie im Anhang I der Verordnung festgelegte geographische Gliederung der Daten gilt nicht für Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Diese Staaten stellen jedoch sicher, daß durch die Stichprobengröße eine repräsentative Gliederung der Daten, ausgenommen die regionalen Daten, gewonnen wird.

h) Die in den Artikeln 6, 7, 8, 9 und im Anhang I der Verordnung genannte Typologie gilt nicht für Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Diese Staaten liefern jedoch die nötigen Zusatzinformationen, die eine Neuklassifizierung entsprechend dieser Typologie erlauben.

i) Die EFTA-Staaten sind von der Verpflichtung befreit, die in Artikel 3 Buchstabe c festgelegten Erhebungen durchzuführen.

j) Die EFTA-Staaten erfassen die nach der Verordnung geforderten Daten spätestens ab 1995.

24. **390 R 0837:** Verordnung (EWG) Nr. 837/90 des Rates vom 26. März 1990 über die von den Mitgliedstaaten zu liefernden statistischen Informationen über die

Getreideerzeugung (ABl. Nr. L 88 vom 03.08.1990, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Artikel 8 Absatz 4 entfallen die Worte "zweimal jährlich".

b) In Anhang III wird nach dem Vereinigten Königreich folgender Zusatz angefügt:

" Österreich	Bundesländer
Finnland	-
Island	-
Norwegen	-
Schweden	-
Schweiz	- "

c) Liechtenstein ist von der Lieferung der nach der Verordnung geforderten Daten ausgenommen.

d) Österreich, Finnland, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz liefern die nach der Verordnung geforderten Daten spätestens ab 1995.

FISCHEREISTATISTIK

25. **391 R 1382:** Verordnung (EWG) Nr. 1382/91 des Rates vom 21. Mai 1991 betreffend die Übermittlung von Daten über die Anlandungen von Fischereierzeugnissen in den Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 133 vom 28.5.1991, S. 1)

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) In Anhang III wird der Aufbau der Tabelle wie folgt geändert:

Art	EG	EFTA (*)
	Menge / Preis	Menge / Preis
FÜR DEN MENSCHLICHEN VERBRAUCH: Kabeljau (CDZ) ganz, frisch		

*) Die Spalte ist auszufüllen von den EFTA-Staaten und denjenigen EG-Mitgliedstaaten, in denen EFTA-Schiffe registriert sind.

b) Die EFTA-Staaten liefern die nach der Verordnung geforderten Daten spätestens ab 1995. Der in Artikel 5 Absatz 1 genannte Bericht und, erforderlichenfalls, der in Artikel 5 Absatz 6 genannte Antrag auf Ausklammerung von kleinen Häfen sind im Laufe des Jahres 1995 vorzulegen.

ENERGIESTATISTIK

26. **390 L 0377:** Richtlinie 90/377/EWG des Rates vom 29. Juni 1990 zur Einführung eines gemeinschaftlichen Verfahrens zur Gewährleistung der Transparenz der vom industriellen Endverbraucher zu zahlenden Gas- und Strompreise (ABl. Nr. L 185 vom 17.7.1990, S. 16)

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) An Artikel 2 Absätze 1 und 3 wird jeweils folgender Zusatz angefügt:

"Die Daten für Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden und die Schweiz werden dem SAEG über die zuständigen nationalen Behörden übermittelt."

b) Ungeachtet der Artikel 4 und 5 gilt für die Behandung der aus Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden und der Schweiz stammenden vertraulichen Daten ausschließlich die an das vorliegende Abkommen angepaßte Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften.

c) Island und Liechtenstein sind von der Lieferung der in der Richtlinie vorgesehenen Informationen ausgenommen.

d) Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden und die Schweiz liefern die in der Richtlinie vorgesehenen Informationen spätestens ab 1995. Sie geben dem SAEG bis zum 1. Januar 1993 bekannt, in welchen Orten und Gebieten die Preise gemäß Anhang I Nummer 11 und Anhang II Nummern 2 und 13 registriert werden.

* * * * *

ANHANG XXII

GESELLSCHAFTSRECHT

Verzeichnis nach Artikel 77

EINLEITUNG

Falls die Rechtsakte, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, Begriffe enthalten oder sich auf Verfahren beziehen, die für die Rechtsordnung der Gemeinschaft charakteristisch sind, wie

- Präambeln
- die Adressaten der Gemeinschaftsakte
- Bezugnahmen auf Gebiete oder Sprachen der EG
- Bezugnahmen auf Rechte und Pflichten der EG-Mitgliedstaaten, deren Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen oder Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander und
- Verweise auf Informations- und Notifizierungsverfahren,

so findet Protokoll 1 über horizontale Anpassungen Anwendung, sofern in diesem Anhang nichts anderes bestimmt ist.

SEKTORALE ANPASSUNGEN

Einbeziehung von Gesellschaftsformen, die zum Zeitpunkt der Paraphierung des EWR-Abkommens nicht existierten:

Wird in den nachstehend aufgeführten Richtlinien ausschließlich oder vornehmlich auf eine Gesellschaftsform Bezug genommen, so kann diese Bezugnahme bei der Einführung von besonderen Regelungen für Privatgesellschaften geändert werden. Die Einführung derartiger besonderer Regelungen sowie die Bezeichnung der entsprechenden Gesellschaftsform sind dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß spätestens bei der Durchführung der betreffenden Richtlinien mitzuteilen.

- - - - - -

ÜBERGANGSFRISTEN

Die EFTA-Staaten führen die in diesem Anhang vorgesehenen Bestimmungen vollständig durch, und zwar die Schweiz und Liechtenstein bis spätestens in drei Jahren und Finnland, Island, Norwegen, Österreich und Schweden bis spätestens in zwei Jahren nach Inkrafttreten des EWR-Abkommens.

- - - - - -

VERWEISE AUF RECHTSAKTE

1. **368 L 0511**: Erste Richtlinie 68/151/EWG des Rates vom 9. März 1968 zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 58 Absatz 2 des Vertrages im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten (ABl. Nr. L 65 vom 14.3.1968, S. 41); geändert durch

   - **1 72 B:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 73 vom 27.3.1972, S. 89);

   - **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 89);

   - **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15. November 1985, S. 157).

   Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 1 wird wie folgt ergänzt:

"- in Österreich:
die Aktiengesellschaft, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung;

- in Finnland:
osakeyhtiö, aktiebolag;

- in Island:
almenningshlutafélag, einkahlutafélag, samlagsfélag;

- in Liechtenstein:
die Aktiengesellschaft, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
die Kommanditaktiengesellschaft;

- in Norwegen:
aksjeselskap;

- in Schweden:
aktiebolag;

- in der Schweiz:
die Aktiengesellschaft, la société anonyme, la società anonima,

die Gesellschaft mit beschränkter Haftung, la société à responsabilité limitée,
società a garanzia limitata;

die Kommanditaktiengesellschaft, la société en commandite par actions,
la società in accomandita per azioni."

2. **376 L 0091:** Zweite Richtlinie 77/91/EWG des Rates vom 13. Dezember 1976 zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 58 Absatz 2 des Vertrages im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter für die Gründung der Aktiengesellschaft sowie für die Erhaltung und Änderung des Kapitals vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten (ABl. Nr. L 26 vom 31.1.1977, S. 1); geändert durch

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 89);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 157).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird wie folgt ergänzt:

- in Österreich:
  die Aktiengesellschaft

- in Finnland:
  osakeyhtiö, aktiebolag

- in Island:
  almenningshlutafélag

- in Liechtenstein:
  die Aktiengesellschaft

- in Norwegen:
  aksjeselskap

- in Schweden:
  aktiebolag

- in der Schweiz:
  die Aktiengesellschaft,
  la société anonyme,
  la società anonima

b) In Artikel 6 wird der Begriff "Europäische Rechnungseinheit" durch "ECU" ersetzt.

c) Die Übergangsmaßnahmen des Artikels 43 Absatz 2 gelten ebenfalls für die EFTA-Staaten.

3. **378 L 0855:** Dritte Richtlinie 78/855/EWG des Rates vom 9. Oktober 1978 gemäß Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages betreffend die Verschmelzung von Aktiengesellschaften (ABl. Nr. L 295 vom 20.10.1978, S. 36); geändert durch

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 89);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 157).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:

"- in Österreich:
die Aktiengesellschaft

- in Finnland:
osakeyhtiö, aktiebolag

- in Island:
ålmennigshlutafélag

- in Liechtenstein:
die Aktiengesellschaft,

- in Norwegen:
aksjeselskap

- in Schweden:
aktiebolag

- in der Schweiz:
die Aktiengesellschaft,
la société anonyme,
la società anonima."

b) Die Übergangsmaßnahmen des Artikels 32 Absätze 3 und 4 gelten ebenfalls für die EFTA-Staaten.

4. **378 L 0660:** Vierte Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen (ABl. Nr. L 222 vom 14.8.1978, S. 11); geändert durch

- **1 79 H:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt der Republik Griechenland zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 291 vom 19.11.1979, S. 89);

- **383 L 0349:** Siebente Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluß (ABl. Nr. L 193 vom 18.7.1983, S. 1);

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 157);

- **389 L 0666:** Elfte Richtlinie 89/666/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Offenlegung von Zweigniederlassungen, die in einem Mitgliedstaat von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen errichtet wurden, die dem Recht eines anderen Staates unterliegen (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 36);

- **390 L 0604:** Richtlinie 90/604/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG über den Jahresabschluß und der Richtlinie 83/349/EWG über den konsolidierten Abschluß hinsichtlich der Ausnahme für

kleine und mittlere Gesellschaften sowie der Offenlegung von Abschlüssen in Ecu (ABl. Nr. L 317 vom 16.11.1990, S. 57);

- **390 L 0605:** Richtlinie 90/605/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG über den Jahresabschluß bzw. den konsolidierten Abschluß hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs (ABl. Nr. L 317 vom 16.11.1990, S. 60).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

a) Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird wie folgt ergänzt:

"- in Österreich:
die Aktiengesellschaft,
die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

- in Finnland:
osakeyhtiö, aktiebolag

- in Island:
almenningshlutafélag,
einkahlutafélag

- in Liechtenstein:
die Aktiengesellschaft,
die Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
die Kommanditaktiengesellschaft

- in Norwegen:
aksjeselskap

- in Schweden:
aktiebolag

- in der Schweiz:
  die Aktiengesellschaft,
  la société anonyme,
  la società anonima

  die Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
  la société à responsabilité limitée,
  la società a garanzia limitata

  die Kommanditaktiengesellschaft,
  la société en commandite par actions,
  la società in accomandita per azioni."

b) Artikel 1 Absatz 1 Unterabsatz 2 wird wie folgt ergänzt:

"m) in Österreich:
die offene Handelsgesellschaft,
die Kommanditgesellschaft

n) in Finnland:
avoin yhtiö, öppet bolag,
kommandiittiyhtiö
kommanditbolag

o) in Island:
sameignarfélag,
samlagsfélag

p) in Liechtenstein:
die offene Handelsgesellschaft, die Einzelfirma, die Kollektivgesellschaft,
die Kommanditgesellschaft

q) in Norwegen:
partrederi,

ansvarlig selskap,
kommanditselskap

r) in Schweden:
handelsbolag,
kommanditbolag."

5. **382 L 0891:** Sechste Richtlinie 82/891/EWG des Rates vom 17. Dezember 1982 gemäß Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages betreffend die Spaltung von Aktiengesellschaften (ABl. Nr. L 378 vom 31.12.1982, S. 47).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgender Anpassung:

Die Übergangsbestimmungen des Artikels 26 Absätze 4 und 5 gelten ebenfalls für die EFTA-Staaten.

6. **383 L 0349:** Siebente Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluß (ABl. Nr. L 193 vom 18.7.1983, S. 1); geändert durch

- **1 85 I:** Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge - Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften (ABl. Nr. L 302 vom 15.11.1985, S. 157);

- **390 L 0604:** Richtlinie 90/604/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG über den Jahresabschluß und der Richtlinie 83/349/EWG über den konsolidierten Abschluß hinsichtlich der Ausnahme für

kleine und mittlere Gesellschaften sowie der Offenlegung von Abschlüssen in Ecu (ABl. Nr. L 317 vom 16.11.1990, S. 57);

- **390 L 0605:** Richtlinie 90/605/EWG des Rates vom 8. November 1990 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG über den Jahresabschluß bzw. den konsolidierten Abschluß hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs (ABl. Nr. L 317 vom 16.11.1990, S. 60).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird wie folgt ergänzt:

"m) in Österreich:
die Aktiengesellschaft,
die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

n) in Finnland:
osakeyhtiö, aktiebolag

o) in Island:
almenningshlutafélag,
einkahlutafélag,
samlagsfélag

p) in Liechtenstein:
die Aktiengesellschaft,
die Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
die Kommanditaktiengesellschaft

q) in Norwegen:
aksjeselskap

r) in Schweden:
aktiebolag

s) in der Schweiz:
die Aktiengesellschaft,
la société anonyme,
la società anonima

die Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
la société à responsabilité limitée
la società a garanzia limitata

die Kommanditaktiengesellschaft,
la société en commandite par actions,
la società in accomandita per azioni."

7. **384 L 0253:** Achte Richtlinie 84/253/EWG des Rates vom 10. April 1984 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über die Zulassung der mit der Pflichtprüfung der Rechnungslegungsunterlagen beauftragten Personen (ABl. Nr. L 126 vom 12.5.1984, S. 20).

8. **389 L 0666:** Elfte Richtlinie 89/666/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Offenlegung von Zweigniederlassungen, die in einem Mitgliedstaat von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen errichtet wurden, die dem Recht eines anderen Staates unterliegen (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 36).

9. **389 L 0667:** Zwölfte Richtlinie 89/667/EWG des Rates vom 21. Dezember 1989 auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts betreffend Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter (ABl. Nr. L 395 vom 30.12.1989, S. 40).

Die Richtlinie gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

Artikel 1 wird wie folgt ergänzt:

"- Österreich:
"die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

- Finnland:
osakeyhtiö, aktiebolag

- Island:
einkahlutafélag

- Liechtenstein:
die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

- Norwegen:
aksjeselskap

- Schweden:
aktiebolag

- Schweiz:
die Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
la société à responsabilité limitée
la società a garanzia limitata."

10. **385 R 2137:** Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) (ABl. Nr. L 199 vom 31.7.1985, S. 1).

5994/92 ADD 5
AELE 31

SCHLUSSAKTE

SCHLUSSAKTE

Die Bevollmächtigten

DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT,
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL,

nachstehend "Gemeinschaft" genannt, und

DES KÖNIGREICHS BELGIEN,
DES KÖNIGREICHS DÄNEMARK,
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DER GRIECHISCHEN REPUBLIK,
DES KÖNIGREICHS SPANIEN,
DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,
IRLANDS,
DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,
DES GROSSHERZOGTUMS LUXEMBURG,
DES KÖNIGREICHS DER NIEDERLANDE,
DER PORTUGIESISCHEN REPUBLIK,
DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND,

Vertragsparteien des Vertrags zur Gründung der EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT und des Vertrags über die Gründung der EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL,

nachstehend "die EG-Mitgliedstaaten" genannt,

und

die Bevollmächtigten

DER REPUBLIK ÖSTERREICH,
DER REPUBLIK FINNLAND,
DER REPUBLIK ISLAND,
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN,
DES KÖNIGREICHS NORWEGEN,
DES KÖNIGREICHS SCHWEDEN,
DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT,

nachstehend "EFTA-Staaten" genannt,

die in Porto am zweiten Mai neunzehnhundertzweiundneunzig zur Unterzeichnung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, nachstehend EWR-Abkommen genannt, zusammengetreten sind, haben folgende Texte angenommen:

I. das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum;

II. die nachstehenden Texte, die dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum beigefügt sind:

A.	Protokoll 1	über horizontale Anpassungen,
	Protokoll 2	über die nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgeschlossenen Waren
	Protokoll 3	über Waren nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b des Abkommens
	Protokoll 4	über die Ursprungsregeln
	Protokoll 5	über Fiskalzölle (Schweiz/Liechtenstein)
	Protokoll 6	über das Anlegen von Pflichtlagern durch die Schweiz und Liechtenstein
	Protokoll 7	über mengenmäßige Beschränkungen, die Island beibehalten darf
	Protokoll 8	über staatliche Monopole
	Protokoll 9	über den Handel mit Fisch und anderen Meereserzeugnissen
	Protokoll 10	über die Vereinfachung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr
	Protokoll 11	über Amtshilfe in Zollsachen
	Protokoll 12	über Vereinbarungen mit Drittländern über die Konformitätsbewertung
	Protokoll 13	über die Nichtanwendung von Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen
	Protokoll 14	über den Handel mit Kohle- und Stahlerzeugnissen
	Protokoll 15	über Übergangszeiten für die Freizügigkeit (Schweiz und Liechtenstein)
	Protokoll 16	über Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit in bezug auf Übergangszeiten für die Freizügigkeit (Schweiz und Liechtenstein)

Protokoll 17	betreffend Artikel 34
Protokoll 18	über interne Verfahren zur Durchführung von Artikel 43
Protokoll 19	über den Seeverkehr
Protokoll 20	über den Zugang zu Binnenwasserstraßen
Protokoll 21	über die Durchführung der Wettbewerbsregeln für Unternehmen
Protokoll 22	über die Definition der Begriffe "Unternehmen" und "Umsatz" (Artikel 56)
Protokoll 23	über die Zusammenarbeit zwischen den Überwachungsorganen (Artikel 58)
Protokoll 24	über die Zusammenarbeit im Bereich der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen
Protokoll 25	über den Wettbewerb bei Kohle und Stahl
Protokoll 26	über die Befugnisse und Aufgaben der EFTA-Überwachungsbehörde im Bereich der staatlichen Beihilfen
Protokoll 27	über die Zusammenarbeit im Bereich der staatlichen Beihilfen
Protokoll 28	über geistiges Eigentum
Protokoll 29	über die berufliche Bildung
Protokoll 30	mit besonderen Bestimmungen für die Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der Statistik
Protokoll 31	über die Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen außerhalb der vier Freiheiten
Protokoll 32	über Finanzbestimmungen zur Anwendung von Artikel 82
Protokoll 33	über das Schiedsverfahren
Protokoll 34	zur Möglichkeit für Gerichte und Gerichtshöfe der EFTA-Staaten, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um Entscheidung über die Auslegung von EWR-Bestimmungen zu ersuchen, die EG-Bestimmungen entsprechen

	Protokoll 35	zur Durchführung der EWR-Bestimmungen
	Protokoll 36	über die Satzung des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses
	Protokoll 37	mit der Liste gemäß Artikel 101
	Protokoll 38	über den Finanzierungsmechanismus
	Protokoll 39	über die ECU
	Protokoll 40	über Svalbard
	Protokoll 41	über bestehende Abkommen
	Protokoll 42	zu bilateralen Vereinbarungen betreffend besondere landwirtschaftliche Erzeugnisse
	Protokoll 43	über das Abkommen zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße
	Protokoll 44	über das Abkommen zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene
	Protokoll 45	über Übergangszeiten betreffend Spanien und Portugal
	Protokoll 46	über die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Fischerei
	Protokoll 47	über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein
	Protokoll 48	betreffend die Artikel 105 und 111
	Protokoll 49	über Ceuta und Melilla
B.	Anhang I	Tiergesundheit und Pflanzenschutz
	Anhang II	Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung
	Anhang III	Produkthaftung
	Anhang IV	Energie
	Anhang V	Freizügigkeit der Arbeitnehmer
	Anhang VI	Soziale Sicherheit

Anhang VII	Gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen
Anhang VIII	Niederlassungsrecht
Anhang IX	Finanzdienstleistungen
Anhang X	Audiovisuelle Dienste
Anhang XI	Telekommunikationsdienste
Anhang XII	Freier Kapitalverkehr
Anhang XIII	Verkehr
Anhang XIV	Wettbewerb
Anhang XV	Staatliche Beihilfen
Anhang XVI	Öffentliches Auftragswesen
Anhang XVII	Geistiges Eigentum
Anhang XVIII	Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Arbeitsrecht sowie Gleichbehandlung von Männern und Frauen
Anhang XIX	Verbraucherschutz
Anhang XX	Umweltschutz
Anhang XXI	Statistik
Anhang XXII	Gesellschaftsrecht

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben die nachstehenden Gemeinsamen Erklärungen angenommen, die dieser Schlußakte beigefügt sind:

1. Gemeinsame Erklärung über die Erstellung gemeinsamer Berichte nach Nummer 5 des Protokolls 1 über horizontale Anpassungen

2. Gemeinsame Erklärung zu Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen von Wein und Spirituosen

3. Gemeinsame Erklärung zu einer Übergangszeit für die Erteilung und Ausstellung von Dokumenten über den Ursprungsnachweis

4. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 10 und Artikel 14 Absatz 1 des Protokolls 11 zum Abkommen

5. Gemeinsame Erklärung über elektromedizinische Geräte

6. Gemeinsame Erklärung betreffend Staatsangehörige der Republik Island, die Inhaber eines in einem Drittland erteilten Diploms als Facharzt, Fachzahnarzt, Tierarzt, Apotheker, praktischer Arzt oder Architekt sind

7. Gemeinsame Erklärung betreffend Staatsangehörige der Republik Island, die Inhaber eines in einem Drittland erteilten Hochschuldiploms sind, das eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließt

8. Gemeinsame Erklärung zum Güterkraftverkehr

9. Gemeinsame Erklärung über Wettbewerbsregeln

10. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe b des Abkommens

11. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c des Abkommens

12. Gemeinsame Erklärung über Beihilfen aus den EG-Strukturfonds oder anderen Finanzierungsinstrumenten

13. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 27 Buchstabe c des Abkommens

14. Gemeinsame Erklärung zum Schiffbau

15. Gemeinsame Erklärung über die anwendbaren Verfahren in Fällen, in denen die EFTA-Staaten gemäß Artikel 76 und Teil VI des Abkommens und der entsprechenden Protokollen uneingeschränkt an den EG-Ausschüssen teilnehmen

16. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit in kulturellen Angelegenheiten

17. Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern

18. Gemeinsame Erklärung über die Beteiligung von Sachverständigen der Gemeinschaft an der Arbeit von Ausschüssen der EFTA-Staaten oder von Ausschüssen, die von der EFTA-Überwachungsbehörde eingesetzt werden

19. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 103 des Abkommens

20. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 35 zum Abkommen

21. Gemeinsame Erklärung zum Finanzierungsmechanismus

22. Gemeinsame Erklärung zum Verhältnis zwischen dem EWR-Abkommen und bestehenden Abkommen

23. Gemeinsame Erklärung zur vereinbarten Auslegung von Artikel 4 Absätze 1 und 2 des Protokolls 9 über den Handel mit Fisch und anderen Meereserzeugnissen

24. Gemeinsame Erklärung zur Anwendung von Zollzugeständnissen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse

25. Gemeinsame Erklärung zum Pflanzenschutz

26. Gemeinsame Erklärung zur Amtshilfe der Aufsichtsbehörden in bezug auf Spirituosen

27. Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 47 über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein

28. Gemeinsame Erklärung zur Änderung von Zollzugeständnissen und zu den Sonderregelungen für Spanien und Portugal

29. Gemeinsame Erklärung zum Tierschutz

30. Gemeinsame Erklärung zum Harmonisierten System

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben die nachstehenden Erklärungen angenommen, die dieser Schlußakte beigefügt sind:

1. Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten über die Erleichterung der Grenzkontrollen;

2. Erklärung der Regierungen der EG-Mitgliedstaaten und der EFTA-Staaten über den politischen Dialog

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben ferner die Vereinbarung über die Tätigkeit einer hochrangigen Interimsgruppe für die Zeit vor dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens zur Kenntnis genommen, die dieser Schlußakte beigefügt ist. Sie sind des weiteren übereingekommen, daß die hochrangige Interimsgruppe spätestens zum Inkrafttreten des EWR-Abkommens über die Verbindlichkeit der in finnischer, isländischer, norwegischer und schwedischer Sprache erstellten EG-Rechtsakte entscheidet, auf die in den Anhängen zum EWR-Abkommen Bezug genommen wird.

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben ferner die Vereinbarung über die Veröffentlichung der Informationen, die für den EWR von Bedeutung sind, Kenntnis genommen, die dieser Schlußakte beigefügt ist.

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben auch die Vereinbarung über die Veröffentlichung von EFTA-Bekanntmachungen betreffend das Auftragswesen zur Kenntnis genommen, die dieser Schlußakte beigefügt ist.

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben des weiteren die Vereinbarte Niederschrift der Verhandlungen angenommen, die dieser Schlußakte beigefügt ist. Die Vereinbarte Niederschrift hat verbindlichen Charakter.

Die Bevollmächtigten der EG-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und die Bevollmächtigten der EFTA-Staaten haben schließlich die nachstehenden Erklärungen zur Kenntnis genommen, die dieser Schlußakte beigefügt sind:

1. Erklärung der Regierungen Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens zu Alkoholmonopolen

2. Erklärung der Regierungen Liechtensteins und der Schweiz zu Alkoholmonopolen

3. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Amtshilfe in Zollsachen

4. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zum freien Verkehr leichter Nutzfahrzeuge

5. Erklärung der Regierung Liechtensteins zur Produkthaftung

6. Erklärung der Regierung Liechtensteins zur besonderen Lage des Landes

7. Erklärung der Regierung Österreichs zu Schutzmaßnahmen

8. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

9. Erklärung der Regierung Islands zur Anwendung von Schutzmaßnahmen nach dem Abkommen

10. Erklärung der Regierung der Schweiz zu Schutzmaßnahmen

11. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

12. Erklärung der Regierung der Schweiz zur Einführung von Nachdiplom-Studiengängen für Architektur an den Höheren Technischen Lehranstalten

13. Erklärung der Regierungen Österreichs und der Schweiz über audiovisuelle Dienste

14. Erklärung der Regierungen Liechtensteins und der Schweiz zur Amtshilfe

15. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

16. Erklärung der Regierung der Schweiz zur Anwendung der Schutzklausel im Kapitalverkehr

17. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

18. Erklärung der Regierung Norwegens zur unmittelbaren Vollstreckbarkeit von Entscheidungen der EG-Organe, durch die in Norwegen ansässigen Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden

19. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur unmittelbaren Vollstreckbarkeit von Entscheidungen der EG-Organe, durch die in Norwegen ansässigen Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden

20. Erklärung der Regierung Österreichs zur Vollstreckung von Entscheidungen der EG-Organe bezüglich finanzieller Verpflichtungen im Hoheitsgebiet Österreichs

21. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

22. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zum Schiffbau

23. Erklärung der Regierung Irlands zu Protokoll 28 über geistiges Eigentum - Internationale Übereinkommen

24. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zur Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer

25. Erklärung der Regierung Österreichs zur Umsetzung des Artikels 5 der Richtlinie 76/207/EWG hinsichtlich der Nachtarbeit

26. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft

27. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu den Rechten der EFTA-Staaten vor dem EG-Gerichtshof

28. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu den Rechten von Anwälten aus den EFTA-Staaten nach dem Gemeinschaftsrecht

29. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zur Beteiligung von Sachverständigen der EFTA-Staaten an für den EWR relevanten EG-Ausschüssen gemäß Artikel 100 des Abkommens

30. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zu Artikel 103 des Abkommens

31. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zu Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens

32. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft zum Transitverkehr im Fischereisektor

33. Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und der Regierungen Finnlands, Liechtensteins, Österreichs, Schwedens und der Schweiz zu Walerzeugnissen

34. Erklärung der Regierung der Schweiz über Fiskalzölle

35. Erklärung der Europäischen Gemeinschaften zu bilateralen Abkommen

36. Erklärung der Regierung der Schweiz zum Abkommen zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene

37. Erklärung der Regierung Österreichs zu dem Abkommen zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße

38. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zum Finanzierungsmechanismus der EFTA

39. Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zu einem Gericht erster Instanz

GEMEINSAME ERKLÄRUNGEN

DER VERTRAGSPARTEIEN

DES ABKOMMENS ÜBER

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER DIE ERSTELLUNG GEMEINSAMER BERICHTE NACH NUMMER 5 DES PROTOKOLLS 1 ÜBER HORIZONTALE ANPASSUNGEN

Betreffend das Berichtsverfahren gemäß Abschnitt 5 des Protokolls 1 über horizontale Anpassungen wurde Einvernehmen erzielt, daß der Gemeinsame EWR-Ausschuß um die Erstellung eines gemeinsamen Berichtes ersuchen kann, so oft er dies für nützlich erachtet.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU VEREINBARUNGEN ÜBER DIE GEGENSEITIGE ANERKENNUNG UND DEN SCHUTZ DER BEZEICHNUNGEN VON WEIN UND SPIRITUOSEN

Die Vertragsparteien kommen überein, bis zum 1. Juli 1993 unter Berücksichtigung der bestehenden bilateralen Abkommen getrennte Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen von Wein und Spirituosen auszuhandeln.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU EINER ÜBERGANGSZEIT FÜR DIE ERTEILUNG ODER AUSSTELLUNG VON DOKUMENTEN ÜBER DEN URSPRUNGSNACHWEIS

a) In den zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens erkennen die zuständigen Zollbehörden der Gemeinschaft sowie Finnlands, Islands, Norwegens, Österreichs, Schwedens und der Schweiz die folgenden, in Artikel 13 des Protokolls Nr. 3 zu den Freihandelsabkommen zwischen der EWG und den einzelnen EFTA-Staaten erwähnten Dokumente als gültigen Ursprungsnachweis im Sinne des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen an:

   i) Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1, einschließlich Langzeitbescheinigungen, die zuvor mit dem Stempel der zuständigen Zollbehörde des Ausfuhrstaates versehen wurden,

   ii) Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1, einschließlich Langzeitbescheinigungen, die von einem zugelassenen Ausführer mit einem besonderen, von den Zollbehörden des Ausfuhrstaates zugelassenen Stempel versehen wurden, und

   iii) Rechnungen, die auf Langzeitbescheinigungen Bezug nehmen.

b) In den sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens erkennen die zuständigen Zollbehörden der Gemeinschaft sowie Finnlands, Islands, Norwegens, Österreichs, Schwedens und der Schweiz die folgenden, in Artikel 8 des Protokolls Nr. 3 zu den Freihandelsabkommen zwischen der EWG und den einzelnen EFTA-Staaten erwähnten Dokumente als gültigen Ursprungsnachweis im Sinne des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen an:

   i) Rechnungen mit der Ausführererklärung gemäß Anhang V zum Protokoll 3, die nach Maßgabe des Artikels 13 jenes Protokolls abgegeben wurde, und

   ii) Rechnungen mit der Ausführererklärung gemäß Anhang V zum Protokoll 3, die von einem Ausführer abgegeben wurde.

c) Anträge auf nachträgliche Überprüfung der unter den Buchstaben a und b genannten Dokumente bei den zuständigen Zollbehörden der Gemeinschaft sowie Finnlands, Islands, Norwegens, Österreichs, Schwedens und der Schweiz sind in einem Zeitraum von zwei Jahren nach Erteilung und Ausstellung des betreffenden Ursprungsnachweises zulässig. Diese Überprüfungen werden nach Maßgabe des Titels VI des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen durchgeführt.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU ARTIKEL 10 UND ARTIKEL 14 ABSATZ 1 DES PROTOKOLLS 11 ZUM ABKOMMEN

Die Vertragsparteien betonen, welche Bedeutung sie dem Schutz personenbezogener Daten beimessen. Sie verpflichten sich, diese Frage weiter zu prüfen, um den angemessenen Schutz dieser Daten gemäß Protokoll 11 auf einem Niveau zu gewährleisten, das mindestens mit dem der Konvention des Europarates vom 28. Januar 1981 vergleichbar ist.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER ELEKTROMEDIZINISCHE GERÄTE

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß die Kommission dem Rat einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über elektromedizinische Geräte vorgelegt hat, die bisher in den Geltungsbereich der Richtlinie 84/539/EWG (ABl. Nr. L 300 vom 19.11.1984, S. 179) (Anhang II) fallen.

Der Vorschlag der Kommission verstärkt den Schutz der Patienten, der Benutzer und Dritter, indem auf harmonisierte Normen verwiesen wird, die von CEN-CENELEC gemäß den gesetzlichen Voraussetzungen anzunehmen sind, und indem diese Waren geeigneten Konformitätsbewertungsverfahren unterworfen werden, die für bestimmte Anlagen eine Prüfung durch Dritte einschließen.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG BETREFFEND STAATSANGEHÖRIGE DER REPUBLIK ISLAND, DIE INHABER EINES IN EINEM DRITTLAND ERTEILTEN DIPLOMS ALS FACHARZT, FACHZAHNARZT, TIERARZT, APOTHEKER, PRAKTISCHER ARZT ODER ARCHITEKT SIND

Mit der Feststellung, daß die Richtlinien 75/362/EWG, 78/686/EWG, 78/1026/EWG, 85/384/EWG, 85/433/EWG und 86/457/EWG des Rates in der für die Zwecke des EWR angepaßten Fassung nur die von den Vertragsparteien erteilten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise betrifft;

in dem Bestreben jedoch, der besonderen Lage der Staatsangehörigen der Republik Island Rechnung zu tragen, die ihr Studium in einem Drittland absolviert haben, da es in Island selbst keine vollständige Universitätsausbildung zum Facharzt, Fachzahnarzt, Tierarzt oder Architekten gibt, da die Möglichkeiten einer Ausbildung zum Fachzahnarzt und einer spezifischen Ausbildung zum praktischen Arzt oder in einer anderen ärztlichen Fachrichtung begrenzt sind und da in Island erst seit kurzem eine vollständige Universitätsausbildung zum Apotheker angeboten wird;

empfehlen die Vertragsparteien den betreffenden Regierungen, den Staatsangehörigen der Republik Island, die ein in einem Drittland erteiltes und von den zuständigen isländischen Behörden anerkanntes Diplom als Fachzahnarzt, Tierarzt, Architekt, Apotheker oder ein Diplom über den Abschluß einer spezifischen Ausbildung zum praktischen Arzt oder in einer anderen ärztlichen Fachrichtung besitzen, durch die Anerkennung dieser Diplome in ihrem Hoheitsgebiet zu gestatten, im Europäischen Wirtschaftsraum eine Tätigkeit als Fachzahnarzt, Tierarzt, Architekt, Apotheker, praktischer Arzt oder Facharzt aufzunehmen und auszuüben.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG BETREFFEND STAATSANGEHÖRIGE DER REPUBLIK ISLAND, DIE INHABER EINES IN EINEM DRITTLAND ERTEILTEN HOCHSCHULDIPLOMS SIND, DAS EINE MINDESTENS DREIJÄHRIGE BERUFSAUSBILDUNG ABSCHLIESST

Mit der Feststellung, daß die Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. Nr. L 19 vom 24.1.1989, S. 16), in der für die Zwecke des EWR angepaßten Fassung in erster Linie die von den Vertragsparteien erteilten Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise betrifft;

in dem Bestreben jedoch, der besonderen Lage der Staatsangehörigen der Republik Island Rechnung zu tragen, die wegen der dort begrenzten Möglichkeiten einer Hochschulausbildung und einer langen Tradition, daß Studenten diese Ausbildung im Ausland erhalten, ihr Studium in einem Drittland absolviert haben;

empfehlen die Vertragsparteien den betreffenden Regierungen, den Staatsangehörigen der Republik Island, die ein unter die allgemeine Regelung fallendes, in einem Drittland erteiltes und von den zuständigen isländischen Behörden anerkanntes Hochschuldiplom besitzen, durch die Anerkennung dieser Diplome in ihrem Hoheitsgebiet zu gestatten, im Europäischen Wirtschaftsraum eine entsprechende Berufstätigkeit aufzunehmen und auszuüben.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM GÜTERKRAFTVERKEHR

Arbeitet die Europäische Gemeinschaft neue Rechtsvorschriften aus zur Änderung, Ablösung oder Verlängerung der Vorschriften über den Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt (Erste Richtlinie des Rates vom 23. Juli 1962 über die Aufstellung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im Güterkraftverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. Nr. L 70 vom 6.8.1962, S. 2005/62), Richtlinie 65/269/EWG des Rates (ABl. Nr. L 88 vom 24.5.1965, S. 1469/65), Verordnung (EWG) Nr. 3164/76 des Rates (ABl. Nr. L 357 vom 29.12.1976, S. 1), Entscheidung 80/48/EWG des Rates (ABl. Nr. L 18 vom 24.1.1980, S. 21), Verordnung (EWG) Nr. 4059/89 des Rates (ABl. Nr. L 390 vom 30.12.1989, S. 3)), so fassen die Vertragsparteien gemäß den gemeinsam vereinbarten Verfahren einen Beschluß über die Änderung des diesbezüglichen Anhangs, so daß die Verkehrsunternehmen der Vertragsparteien zu gleichen Bedingungen Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt der anderen Vertragsparteien erhalten.

Während der Geltungsdauer des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße berühren künftige Änderungen des Abkommens nicht die bestehenden gegenseitigen Marktzugangsrechte gemäß Artikel 16 des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich über den Güterverkehr auf der Schiene und auf der Straße und gemäß den bilateralen Abkommen zwischen Österreich einerseits und Finnland, Norwegen, Schweden und der Schweiz andererseits, sofern zwischen den betreffenden Parteien nichts anderes vereinbart wird.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER WETTBEWERBSREGELN

Die Vertragsparteien erklären, daß die Anwendung der Wettbewerbsregeln des EWR in den Fällen, die in den Zuständigkeitsbereich der EG-Kommission fallen, auf den bestehenden Zuständigkeiten der Gemeinschaft beruht, die durch die Bestimmungen des Abkommens ergänzt werden. In den Fällen, die in den Zuständigkeitsbereich der EFTA-Überwachungsbehörde fallen, beruht die Anwendung der Wettbewerbsregeln des EWR auf dem Abkommen zur Einsetzung dieses Organs sowie auf den Bestimmungen des EWR-Abkommens.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU ARTIKEL 61 ABSATZ 3 BUCHSTABE b DES ABKOMMENS

Die Vertragsparteien erklären, daß bei der Prüfung, ob eine Ausnahme gemäß Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe b gewährt werden kann, die EG-Kommission dem Interesse der EFTA-Staaten und die EFTA-Überwachungsbehörde dem Interesse der Gemeinschaft Rechnung trägt.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU ARTIKEL 61 ABSATZ 3 BUCHSTABE c DES ABKOMMENS

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß, selbst wenn eine Region nach Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe a und nach den Kriterien des ersten Prüfschrittes gemäß Buchstabe c (siehe Mitteilung der Kommission über die Methode zur Anwendung von Artikel 92 Absätze 3 Buchstaben a und c auf Regionalbeihilfen, ABl. Nr. C 212 vom 12.8.1988, S. 2) nicht für eine Beihilfe in Frage kommt, eine Prüfung anhand anderer Kriterien, zum Beispiel besonders niedrige Bevölkerungsdichte, möglich ist.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER BEIHILFEN AUS DEN EG-STRUKTURFONDS ODER ANDEREN FINANZIERUNGSINSTRUMENTEN

Die Vertragsparteien erklären, daß die finanzielle Unterstützung aus den EG-Strukturfonds sowie durch die Europäische Investitionsbank oder andere vergleichbare Finanzierungsinstrumente oder Fonds den Unternehmen nach Maßgabe der Bestimmungen des Abkommens über staatliche Beihilfen gewährt wird. Sie erklären, daß auf Ersuchen eines Überwachungsorgans ein Informations- und Meinungsaustausch über diese Formen der Hilfe stattfinden soll.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU PROTOKOLL 27 BUCHSTABE c DES ABKOMMENS

Die Mitteilung gemäß Abschnitt c des Protokolls 27 enthält eine Beschreibung des betreffenden staatlichen Beihilfeprogramms oder der betreffenden Beihilfe einschließlich aller Merkmale, die für eine ordnungsgemäße Bewertung des Programms oder der Beihilfe erforderlich sind (je nach den Merkmalen der staatlichen Beihilfe, z.B. Art der staatlichen Beihilfe, bewilligte Mittel, Begünstigte, Laufzeit). Außerdem werden dem jeweils anderen Überwachungsorgan die Gründe für die Einleitung des Verfahrens gemäß Artikel 93 Absatz 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. des entsprechenden Verfahrens gemäß dem Abkommen der EFTA-Staaten zur Einsetzung der EFTA-Überwachungsbehörde mitgeteilt. Der Informationsaustausch zwischen den beiden Überwachungsorganen findet auf der Basis der Gegenseitigkeit statt.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM SCHIFFBAU

Die Vertragsparteien kommen überein, bis zum Außerkrafttreten der Siebten Schiffbau-Richtlinie (Ende 1993) von der Anwendung der in Artikel 61 des Abkommens festgelegten allgemeinen Regeln für die staatlichen Beihilfen auf den Schiffbau abzusehen.

Artikel 62 Absatz 2 des Abkommens und die Protokolle über die staatlichen Beihilfen finden auf den Schiffbau Anwendung.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER DIE ANWENDBAREN VERFAHREN IN FÄLLEN, IN DENEN DIE EFTA-STAATEN GEMÄSS ARTIKEL 76 UND TEIL VI DES ABKOMMENS UND DEN ENTSPRECHENDEN PROTOKOLLEN UNEINGESCHRÄNKT AN DEN EG-AUSSCHÜSSEN TEILNEHMEN

Die EFTA-Staaten haben in den EG-Ausschüssen, an denen sie gemäß Artikel 76 und Teil VI des Abkommens sowie den entsprechenden Protokollen uneingeschränkt teilnehmen, dieselben Rechte und Pflichten wie die EG-Mitgliedstaaten, ausgenommen bei etwaigen Abstimmungsverfahren. Bei ihrer Beschlußfassung berücksichtigt die EG-Kommission vor der Abstimmung die Standpunkte der EFTA-Staaten in gebührender Weise, ebenso wie die Standpunkte der EG-Mitgliedstaaten.

In Fällen, in denen die EG-Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, den Beschluß der EG-Kommission dem EG-Rat vorzulegen, können die EFTA-Staaten die Angelegenheit gemäß Artikel 5 des Abkommens im Gemeinsamen EWR-Ausschuß zur Sprache bringen.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IN KULTURELLEN ANGELEGENHEITEN

Die Vertragsparteien, in Anbetracht ihrer Zusammenarbeit im Europarat, eingedenk der auf der Ministertagung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sowie der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation am 9. April 1984 in Luxemburg verabschiedeten Erklärung, in dem Bewußtsein, daß die Verwirklichung des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie der Freizügigkeit im Europäischen Wirtschaftsraum erhebliche Auswirkungen auf den Bereich der Kultur haben wird, erklären ihre Absicht, die Zusammenarbeit in kulturellen Angelegenheiten zu verstärken und zu erweitern, um zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Völker eines multikulturellen Europas beizutragen und das nationale und regionale Kulturerbe, durch dessen Vielfalt die europäische Kultur bereichert wird, zu schützen und zu fördern.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DER BEKÄMPFUNG DES ILLEGALEN HANDELS MIT KULTURGÜTERN

Die Vertragsparteien erklären sich bereit, Regelungen und Verfahren für die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern sowie Regelungen über die Ordnung des legalen Handels mit Kulturgütern einzuführen.

Unbeschadet der Bestimmungen des EWR-Abkommens und anderer internationaler Verpflichtungen tragen diese Regelungen und Verfahren den Rechtsvorschriften Rechnung, die die Gemeinschaft gegenwärtig auf diesem Gebiet ausarbeitet.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ÜBER DIE BETEILIGUNG VON SACHVERSTÄNDIGEN DER GEMEINSCHAFT AN DER ARBEIT VON AUSSCHÜSSEN DER EFTA-STAATEN ODER VON AUSSCHÜSSEN, DIE VON DER EFTA-ÜBERWACHUNGSBEHÖRDE EINGESETZT WERDEN

In der gleichen Weise, wie Sachverständige der EFTA-Staaten an der Arbeit der in Protokoll 37 zum Abkommen aufgeführten EG-Ausschüsse teilnehmen, werden Sachverständige der Gemeinschaft auf Ersuchen der Gemeinschaft an der Arbeit entsprechender Gremien der EFTA-Staaten oder entsprechender Gremien, die von der EFTA-Überwachungsbehörde eingesetzt werden, beteiligt, die sich mit denselben Sachgebieten befassen wie die in Protokoll 37 aufgeführten EG-Ausschüsse.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU ARTIKEL 103 DES ABKOMMENS

Zwischen den Vertragsparteien besteht Einigkeit darüber, daß die Bezugnahme auf die Erfüllung verfassungsrechtlicher Voraussetzungen in Artikel 103 Absatz 1 des Abkommens und die Bezugnahme auf die vorläufige Anwendung in Artikel 103 Absatz 2 keine praktischen Folgen für die internen Verfahren der Gemeinschaft haben.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU PROTOKOLL 35 ZUM ABKOMMEN

Zwischen den Vertragsparteien besteht Einigkeit darüber, daß die Wirkung bestehender innerstaatlicher Regelungen, die die unmittelbare Anwendbarkeit und den Vorrang internationaler Abkommen vorsehen, durch das Protokoll 35 nicht eingeschränkt wird.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM FINANZIERUNGSMECHANISMUS

Tritt eine EFTA-Vertragspartei aus der EFTA aus und der Gemeinschaft bei, so sind geeignete Regelungen zu treffen, um zu gewährleisten, daß den übrigen EFTA-Staaten daraus keine zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen entstehen. In diesem Zusammenhang nehmen die Vertragsparteien den Beschluß der EFTA-Staaten zur Kenntnis, ihre jeweiligen Beiträge zum Finanzierungsmechanismus auf der Grundlage des BSP zu Marktpreisen für die drei letzten Jahre zu berechnen. Für jeden beitretenden EFTA-Staat sind im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zweckdienliche und gerechte Lösungen zu finden.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM VERHÄLTNIS ZWISCHEN DEM EWR-ABKOMMEN UND BESTEHENDEN ABKOMMEN

Rechte, die durch bestehende Abkommen zwischen einem oder mehreren EG-Mitgliedstaaten auf der einen Seite und einem oder mehreren EFTA-Staaten auf der anderen Seite oder zwischen zwei oder mehr EFTA-Staaten gewährleistet werden, welche zum Beispiel Einzelpersonen, Wirtschaftsbeteiligte, die regionale Zusammenarbeit oder Verwaltungsvereinbarungen betreffen, bleiben vom EWR-Abkommen unberührt, bis auf seiner Grundlage mindestens gleichwertige Rechte verwirklicht werden können.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR VEREINBARTEN AUSLEGUNG VON ARTIKEL 4 ABSÄTZE 1 UND 2 DES PROTOKOLLS 9 ZUM HANDEL MIT FISCH UND ANDEREN MEERESERZEUGNISSEN

1. Solange die EFTA-Staaten nicht die geltenden Gemeinschaftsvorschriften für die Fischereipolitik übernehmen, ist in dem Fall, daß auf aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen Bezug genommen wird, jede Wettbewerbsverfälschung von den Vertragsparteien nach Artikel 92 und 93 des EWG-Vertrags und in Verbindung mit dem einschlägigen Gemeinschaftsrecht für die Fischerei und der Gemeinsamen Erklärung zu Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c des Abkommens zu prüfen.

2. Solange die EFTA-Staaten nicht die geltenden Gemeinschaftsvorschriften für die Fischereipolitik übernehmen, ist in dem Fall, daß auf Rechtsvorschriften für die Marktorganisation Bezug genommen wird, jede auf diesen Rechtsvorschriften beruhende Wettbewerbsverfälschung gemäß den Grundsätzen der geltenden Gemeinschaftsvorschriften für die gemeinsame Marktorganisation zu prüfen.

   Behält ein EFTA-Staat innerstaatliche Vorschriften für die Marktorganisation im Fischereisektor bei oder führt er solche Vorschriften ein, so gelten diese von vornherein als mit den im ersten Unterabsatz genannten Grundsätzen vereinbar, sofern sie folgende Mindestanforderungen erfüllen:

   a) Die Rechtsvorschriften für die Erzeugerorganisationen entsprechen den Grundsätzen der geltenden Gemeinschaftsvorschriften hinsichtlich

      - der Gründung auf Initiative der Erzeuger,
      - der Freiheit, als Mitglied ein- oder auszutreten,
      - des Fehlens einer beherrschenden Stellung, sofern diese nicht für die Verfolgung von Zielen erforderlich ist, die denen des Artikels 39 des EWG-Vertrags entsprechen.

   b) Werden die Regeln der Erzeugerorganisationen auf Nichtmitglieder der Erzeugerorganisationen ausgedehnt, so entsprechen die anzuwendenden Bestimmungen denen des Artikels 7 der Verordnung (EWG) Nr. 3687/91.

   c) Bestehen Bestimmungen über preisstützende Interventionen oder werden derartige Bestimmungen eingeführt, so entsprechen sie denen des Titels III der Verordnung (EWG) NR. 3687/91.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR ANWENDUNG VON ZOLLZUGESTÄNDNISSEN FÜR BESTIMMTE LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGNISSE

Die Vertragsparteien erklären, daß im Fall von Zollzugeständnissen, die sowohl gemäß Protokoll 3 zum Abkommen als auch gemäß einer in Protokoll 42 zum Abkommen erwähnten bilateralen Vereinbarung über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen eingeräumt werden, bei Vorlage entsprechender Unterlagen die günstigere Zollbehandlung gewährt wird.

Die Verpflichtungen aus Artikel 16 des Abkommens bleiben hiervon unberührt.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM PFLANZENSCHUTZ

Die Vertragsparteien stellen fest, daß die bestehenden Rechtsakte der Gemeinschaft auf diesem Gebiet gegenwärtig überprüft werden. Sie werden daher nicht von den EFTA-Staaten übernommen. Neue Regeln werden gemäß den Artikeln 99 und 102 des Abkommens behandelt.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR AMTSHILFE DER AUFSICHTSBEHÖRDEN IN BEZUG AUF SPIRITUOSEN

Die Vertragsparteien kommen überein, daß künftige EG-Rechtsvorschriften über die Amtshilfe in bezug auf Spirituosen zwischen den zuständigen Behörden der EG-Mitgliedstaaten, die für dieses Abkommen von Bedeutung sind, nach den allgemeinen Abkommensbestimmungen über die Beschlußfassung behandelt werden.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU PROTOKOLL 47 ÜBER DIE BESEITIGUNG TECHNISCHER HANDELSHEMMNISSE FÜR WEIN

Die in der Anlage zu Protokoll 47 vorgesehene Anpassung hinsichtlich der Verwendung der Bezeichnungen "Federweiß" und "Federweißer" erfolgt unbeschadet künftiger Änderungen der einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften, in die Bestimmungen über die Verwendung derselben Bezeichnungen und gleichwertiger Begriffe für in der Gemeinschaft erzeugten Wein aufgenommen werden können.

Die Einstufung der Weinbaugebiete der EFTA-Staaten in die Weinbauzone B für die Zwecke des Abkommens erfolgt unbeschadet künftiger Änderungen des Klassifikationssystems der Gemeinschaft, die Auswirkungen auf die Einstufung im Rahmen des Abkommens haben können. Solche Änderungen werden gemäß den allgemeinen Bestimmungen des Abkommens behandelt.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR ÄNDERUNG VON ZOLLZUGESTÄNDNISSEN UND ZU DEN SONDERREGELUNGEN FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

Die volle Umsetzung des in Protokoll 3 beschriebenen Systems hängt für einige Vertragsparteien davon ab, daß das jeweilige Preisausgleichssystem geändert wird. Diese Änderungen sind ohne Änderungen von Zollzugeständnissen nicht möglich. Diese Änderungen würden keinen Ausgleich zwischen den Vertragsparteien des Abkommens erfordern.

Das in Protokoll 3 beschriebene System berührt nicht die Anwendung der einschlägigen Übergangsbestimmungen der Beitrittsakte für Spanien und Portugal und führt in der Gemeinschaft - in ihrer Zusammensetzung vom 31. Dezember 1985 - nicht dazu, daß einer Vertragspartei des EWR-Abkommens eine günstigere Behandlung gewährt wird als den neuen EG-Mitgliedstaaten. Insbesondere berührt dieses System nicht die Beitrittspreisausgleichsbeträge gemäß der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM TIERSCHUTZ

Unbeschadet der Bestimmungen des Anhangs I Kapitel I Nummer 2 (Tiergesundheit) nehmen die Vertragsparteien die neuere Entwicklung des Gemeinschaftsrechts in diesem Bereich zur Kenntnis und vereinbaren, sich für den Fall zu konsultieren, daß Unterschiedlichkeiten in ihren gesetzlichen Vorschriften über den Tierschutz Hindernisse für den freien Warenverkehr bilden. Die Vertragsparteien vereinbaren, die Lage in diesem Bereich ständig zu verfolgen.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUM HARMONISIERTEN SYSTEM

Die Vertragsparteien kommen überein, so bald wie möglich, spätestens bis zum 31. Dezember 1992, den deutschen Text der Warenbezeichnungen im Harmonisierten System, der in den entsprechenden Protokollen und Anhängen zum EWR-Abkommen enthalten ist, zu harmonisieren.

ERKLÄRUNGEN DER REGIERUNGEN

DER EG-MITGLIEDSTAATEN

UND DER EFTA-STAATEN

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN DER EG-MITGLIEDSTAATEN UND DER EFTA-STAATEN ÜBER DIE ERLEICHTERUNG DER GRENZKONTROLLEN

Zur Förderung der Freizügigkeit arbeiten die EG-Mitgliedstaaten und die EFTA-Staaten vorbehaltlich der in den geeigneten Gremien festzulegenden praktischen Modalitäten zusammen, um den Angehörigen der jeweils anderen Staaten und ihren Familienangehörigen die Kontrollen an den Grenzen zwischen ihren Hoheitsgebieten zu erleichtern.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN DER EG-MITGLIEDSTAATEN UND DER EFTA-STAATEN ÜBER DEN POLITISCHEN DIALOG

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten und die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation gaben ihrem Wunsch Ausdruck, ihren politischen Dialog über die Außenpolitik im Hinblick auf die Entwicklung engerer Beziehungen in Bereichen beiderseitigen Interesses zu verstärken.

Sie vereinbarten diesbezüglich:

- anläßlich der Tagungen des EWR-Rates einen informellen Gedankenaustausch auf Ministerebene zu pflegen. Gegebenenfalls könnte ein solcher Gedankenaustausch auf den Sitzungen der politischen Direktoren vorbereitet werden;

- bestehende diplomatische Kanäle, insbesondere die diplomatischen Vertretungen in der Hauptstadt und dem Land des EG-Vorsitzes, in Brüssel und in den Hauptstädten der EFTA-Länder, voll auszuschöpfen;

- sich bei Konferenzen und in internationalen Organisationen informell zu konsultieren;

- daß dies in keiner Weise bestehende bilaterale Kontakte in diesem Bereich beeinträchtigt oder ersetzt.

ERKLÄRUNGEN

EINER ODER MEHRERER

VERTRAGSPARTEIEN

DES ABKOMMENS ÜBER

DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN FINNLANDS, ISLANDS, NORWEGENS UND SCHWEDENS ZU ALKOHOLMONOPOLEN

Unbeschadet ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen erinnern Finnland, Island, Norwegen und Schweden daran, daß ihre Alkoholmonopole auf wichtigen gesundheits- und sozialpolitischen Erwägungen beruhen.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN LIECHTENSTEINS UND DER SCHWEIZ ZU ALKOHOLMONOPOLEN

Unbeschadet ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen erklären die Schweiz und Liechtenstein, daß ihre Alkoholmonopole auf wichtigen agrar-, gesundheits- und sozialpolitischen Erwägungen beruhen.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZUR AMTSHILFE IN ZOLLSACHEN

Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten erklären, daß sich Artikel 2 Absatz 2 des Protokolls 11 über die Amtshilfe in Zollsachen nach ihrer Auffassung auch auf Artikel 11 Absatz 1 letzter Satz dieses Protokolls bezieht.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN DER EFTA-STAATEN ZUM FREIEN VERKEHR LEICHTER NUTZFAHRZEUGE

Der in Anhang II: Technische Vorschriften, Normen, Prüfungen und Bescheinigungen, Teil I: Kraftfahrzeuge festgelegte Grundsatz des freien Verkehrs leichter Nutzfahrzeuge ab dem 1. Januar 1995 wird von den EFTA-Staaten unter der Voraussetzung anerkannt, daß bis dahin neue Rechtsvorschriften gelten, die denen für die anderen Fahrzeugklassen entsprechen.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG LIECHTENSTEINS ZUR PRODUKTHAFTUNG

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein erklärt zu Artikel 14 der Richtlinie 85/374/EWG des Rates, daß das Fürstentum Liechtenstein bis zum Inkrafttreten dieses Abkommens soweit erforderlich Rechtsvorschriften über den Schutz vor nuklearen Störfällen eingeführt haben wird, die dem durch internationale Übereinkommen gewährten Schutz gleichwertig sind.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG LIECHTENSTEINS ZUR BESONDEREN LAGE DES LANDES

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein,

bezugnehmend auf Abschnitt 18 der Gemeinsamen Erklärung vom 14. Mai 1991, die auf der Ministertagung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten sowie der Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation verabschiedet wurde,

unter erneuter Bestätigung der Pflicht, zu gewährleisten, daß alle Bestimmungen des EWR-Abkommens beachtet und nach Treu und Glauben angewandt werden,

erwartet, daß der besonderen geographischen Lage Liechtensteins im Rahmen des EWR-Abkommens gebührend Rechnung getragen wird,

ist der Auffassung, daß eine Situation, die das Ergreifen der in Artikel 112 des EWR-Abkommens bezeichneten Maßnahmen rechtfertigt, insbesondere dann als gegeben anzusehen ist, wenn Kapitalzuflüsse aus einer anderen Vertragspartei geeignet sind, den Zugang der gebietsansässigen Bevölkerung zu Immobilien zu gefährden, oder wenn die Zahl der Angehörigen von EG-Mitgliedstaaten oder anderen EFTA-Staaten oder die Zahl der von diesen Staatsangehörigen insgesamt besetzten Arbeitsplätze in der Wirtschaft im Vergleich zu den jeweiligen Zahlen für die gebietsansässige Bevölkerung in außergewöhnlichem Maße zunimmt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG ÖSTERREICHS ZU SCHUTZMASSNAHMEN

Österreich erklärt, daß das verfügbare Siedlungsgebiet (insbesondere das verfügbare Bauland) wegen der besonderen geographischen Lage in einigen Landesteilen überdurchschnittlich knapp ist. Demzufolge könnten Störungen des Immobilienmarktes in bestimmten Gebieten zu ernstlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder ökologischen Schwierigkeiten im Sinne der Schutzklausel des Artikels 112 des EWR-Abkommens führen und Maßnahmen gemäß diesem Artikel erforderlich machen.

ERKLÄRUNG
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Die Europäische Gemeinschaft ist der Ansicht, daß die Erklärung der Regierung Österreichs zu Schutzmaßnahmen die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus dem Abkommen unberührt läßt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG ISLANDS ZUR ANWENDUNG VON SCHUTZMASSNAHMEN NACH DEM ABKOMMEN

Island stellt fest, daß es unbeschadet der Verpflichtungen aus dem Abkommen wegen der Einseitigkeit seiner Wirtschaftsstruktur und seiner niedrigen Bevölkerungsdichte Schutzmaßnahmen ergreifen darf, falls die Anwendung des Abkommens insbesondere

- durch Wanderbewegungen einer erheblichen Zahl von Arbeitskräften in bestimmte geographische Gebiete, Beschäftigungsarten oder Wirtschaftszweige zu ernstlichen Störungen des Arbeitsmarktes oder

- zu ernstlichen Störungen des Immobilienmarktes führt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER SCHWEIZ ZU SCHUTZMASSNAHMEN

Die Schweiz stellt fest, daß sie aus Gründen ihrer besonderen geographischen und demographischen Gegebenheiten bei Ungleichgewichten demographischer, sozialer oder ökologischer Natur, die sich aus Wanderbewegungen von Angehörigen der EWR-Staaten ergeben, Maßnahmen ergreifen kann, um die Einwanderung aus EWR-Staaten zu begrenzen.

ERKLÄRUNG
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Die Europäische Gemeinschaft ist der Ansicht, daß die Erklärung der Regierung der Schweiz zu Schutzmaßnahmen die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus dem Abkommen unberührt läßt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER SCHWEIZ ZUR EINFÜHRUNG VON NACHDIPLOM-STUDIENGÄNGEN FÜR ARCHITEKTUR AN DEN HÖHEREN TECHNISCHEN LEHRANSTALTEN

Mit dem Antrag, die von den Höheren Technischen Lehranstalten erteilten Diplome im Studiengang Architektur in Artikel 11 der Richtlinie 85/384/EWG einzubeziehen, erklärt sich die Schweizerische Eidgenossenschaft bereit, auf akademischem Niveau ein einjähriges, mit einer Prüfung abzuschließendes Nachdiplom-Studium einzurichten, damit der Studiengang insgesamt den Voraussetzungen des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe a entspricht. Dieses Nachdiplom-Studium wird vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit zum Beginn des Studienjahres 1995/96 eingeführt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN ÖSTERREICHS UND DER SCHWEIZ ÜBER AUDIOVISUELLE DIENSTE

Mit Bezug auf die Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehtätigkeit stellen die Regierung Österreichs und die Regierung der Schweiz fest, daß sie nach dem geltenden EG-Recht in seiner Auslegung durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften geeignete Maßnahmen ergreifen können, falls zur Umgehung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Verlegungsprozesse stattfinden.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN LIECHTENSTEINS UND DER SCHWEIZ ZUR AMTSHILFE

Mit Bezug auf die Bestimmungen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die sich mit der Zusammenarbeit zwischen den Überwachungsorganen im Bereich der Finanzdienstleistungen (Bankgeschäfte, OGAW und Wertpapierhandel) befassen, unterstreichen die Regierungen der Schweiz und Liechtensteins die Bedeutung, welche sie der Wahrung des Amtsgeheimnisses und des Spezialitätsprinzips beimessen, und stellen fest, daß die Auskünfte ihrer zuständigen Behörden von den Behörden, die diese Auskünfte erhalten, gemäß diesen Grundsätzen zu behandeln sind. Unbeschadet der in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten Fälle bedeutet dies:

- Alle Personen, die für Behörden, die Informationen erhalten, arbeiten oder gearbeitet haben, sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Als vertraulich bezeichnete Auskünfte werden entsprechend behandelt.

- Die zuständigen Behörden, die vertrauliche Auskünfte erhalten, dürfen diese nur zur Erfüllung ihrer in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten Aufgaben verwenden.

ERKLÄRUNG
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Die Europäische Gemeinschaft ist der Ansicht, daß die Erklärung der Regierungen der Schweiz und Liechtensteins zur Amtshilfe die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus dem Abkommen unberührt läßt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER SCHWEIZ ZUR ANWENDUNG DER SCHUTZKLAUSEL IM KAPITALVERKEHR

Angesichts der Tatsache, daß das Angebot an nutzbarem Land in der Schweiz besonders gering, die ausländische Nachfrage nach Immobilien traditionell groß und außerdem der Anteil der gebietsansässigen Bevölkerung, die eigenes Eigentum bewohnt, im Vergleich zum übrigen Europa niedrig ist, stellt die Schweiz fest, daß sie insbesondere dann Schutzmaßnahmen ergreifen kann, wenn Kapitalzuflüsse aus dem Gebiet anderer Vertragsparteien zu Störungen des Immobilienmarktes führen, die unter anderem den Zugang der gebietsansässigen Bevölkerung zu Immobilien gefährden könnten.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Die Europäische Gemeinschaft ist der Ansicht, daß die Erklärung der Regierung der Schweiz zur Anwendung der Schutzklausel im Kapitalverkehr die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus dem Abkommen unberührt läßt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG NORWEGENS ZUR UNMITTELBAREN VOLLSTRECKBARKEIT VON ENTSCHEIDUNGEN DER EG-ORGANE, DURCH DIE IN NORWEGEN ANSÄSSIGEN UNTERNEHMEN FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN AUFERLEGT WERDEN

Die Vertragsparteien werden darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Verfassung Norwegens nicht vorsieht, daß Entscheidungen der Gemeinschaftsorgane, durch die in Norwegen ansässigen Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden, unmittelbar vollstreckt werden können. Norwegen erkennt an, daß derartige Entscheidungen auch weiterhin unmittelbar an solche Unternehmen gerichtet werden und daß diese ihre Verpflichtungen nach der gegenwärtigen Praxis erfüllen sollten. Die genannten verfassungsrechtlichen Beschränkungen der unmittelbaren Vollstreckbarkeit von Entscheidungen der EG-Organe bezüglich finanzieller Verpflichtungen gelten nicht für Tochtergesellschaften und Vermögenswerte im Gebiet der Gemeinschaft, die in Norwegen ansässigen Unternehmen gehören.

Sollten Schwierigkeiten auftreten, so ist Norwegen bereit, in Konsultationen einzutreten und auf eine alle Teile befriedigende Lösung hinzuarbeiten.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZUR UNMITTELBAREN VOLLSTRECKBARKEIT VON ENTSCHEIDUNGEN DER EG-ORGANE, DURCH DIE IN NORWEGEN ANSÄSSIGEN UNTERNEHMEN FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN AUFERLEGT WERDEN

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wird die in der einseitigen Erklärung Norwegens beschriebene Lage beobachten. Sie kann jederzeit Konsultationen mit Norwegen einleiten, um befriedigende Lösungen für eventuell auftretende Probleme zu finden.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG ÖSTERREICHS ZUR VOLLSTRECKUNG VON ENTSCHEIDUNGEN DER EG-ORGANE BEZÜGLICH FINANZIELLER VERPFLICHTUNGEN IM HOHEITSGEBIET ÖSTERREICHS

Österreich erklärt, daß seine Verpflichtung, Entscheidungen der EG-Organe, durch die finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden, in seinem Hoheitsgebiet zu vollstrecken, nur solche Entscheidungen betrifft, die vollständig unter die Bestimmungen des EWR-Abkommens fallen.

ERKLÄRUNG
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Die Gemeinschaft versteht die österreichische Erklärung dahingehend, daß die Vollstreckung von Entscheidungen, durch die Unternehmen finanzielle Verpflichtungen auferlegt werden, auf österreichischem Hoheitsgebiet gewährleistet wird, soweit die Entscheidungen, durch die derartige Verpflichtungen auferlegt werden, - selbst dann, wenn nicht ausschließlich - auf Bestimmungen des EWR-Abkommens beruhen.

Die Kommission kann jederzeit Konsultationen mit der Regierung Österreichs einleiten, um befriedigende Lösungen für eventuell auftretende Probleme zu finden.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZUM SCHIFFBAU

Die Europäische Gemeinschaft ist bestrebt, das Niveau der auftragsbezogenen Produktionsbeihilfen für Werften schrittweise zu senken. Die Kommission arbeitet darauf hin, die Beihilfehöchstgrenzen so weit und so schnell wie im Rahmen der Siebten Richtlinie (90/684/EWG) möglich zu senken.

Die Siebte Richtlinie gilt bis Ende 1993. Bei der Entscheidung, ob eine neue Richtlinie erforderlich ist, überprüft die Kommission unter Berücksichtigung der Fortschritte beim Abbau auftragsbezogener Produktionsbeihilfen auch die Wettbewerbsbedingungen im Schiffbau im gesamten EWR. Bei dieser Überprüfung arbeitet die Kommission eng mit den EFTA-Staaten zusammen und trägt den Ergebnissen der Bemühungen in einem größeren internationalen Rahmen gebührend Rechnung, um Bedingungen zu schaffen, die einen Wettbewerb ohne Verzerrungen gewährleisten.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG IRLANDS ZU PROTOKOLL 28 ÜBER GEISTIGES EIGENTUM - INTERNATIONALE ÜBEREINKOMMEN

Irland versteht Artikel 5 Absatz 1 des Protokolls 28 in der Weise, daß die Regierung Irlands sich zu verpflichten hat, vorbehaltlich der verfassungsrechtlichen Vorschriften alle für die Einhaltung der aufgeführten Übereinkommen erforderlichen Schritte zu unternehmen.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN DER EFTA-STAATEN ZUR CHARTA DER SOZIALEN GRUNDRECHTE DER ARBEITNEHMER

Die Regierungen der EFTA-Staaten teilen die Ansicht, daß die erweiterte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Fortschritten auf sozialem Gebiet einhergehen muß, die in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu erzielen sind. Die EFTA-Staaten wollen einen aktiven Beitrag zur Entwicklung der sozialen Dimension des Europäischen Wirtschaftsraumes leisten. Sie begrüßen daher, daß die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten auf sozialem Gebiet aufgrund dieses Abkommens verstärkt wird. Die genannten Regierungen erkennen, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang einer Garantie der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer im gesamten EWR zukommt, billigen die in der Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer vom 9. Dezember 1989 festgelegten Grundsätze und Rechte und erinnern an das darin niedergelegte Subsidiaritätsprinzip. Sie stellen fest, daß bei der Umsetzung derartiger Rechte die unterschiedliche Praxis der einzelnen Staaten, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Sozialpartner und der Kollektivverträge, gebührend berücksichtigt werden muß.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG ÖSTERREICHS ZUR UMSETZUNG DES ARTIKELS 5 DER RICHTLINIE 76/207/EWG HINSICHTLICH DER NACHTARBEIT

Die Republik Österreich,

in Anbetracht des in diesem Abkommen festgelegten Grundsatzes der Gleichbehandlung,

angesichts Österreichs Verpflichtung aus diesem Abkommen, den gemeinschaftsrechtlichen Besitzstand in die österreichische Rechtsordnung zu übernehmen,

im Hinblick auf andere völkerrechtliche Verpflichtungen Österreichs,

mit Rücksicht auf die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Nachtarbeit und die besondere Schutzwürdigkeit weiblicher Arbeitnehmer,

erklärt sich bereit, der besonderen Schutzwürdigkeit weiblicher Arbeitnehmer Rechnung zu tragen.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Die Europäische Gemeinschaft ist der Ansicht, daß die einseitige Erklärung der Regierung Österreichs zur Umsetzung des Artikels 5 der Richtlinie 76/207/EWG hinsichtlich der Nachtarbeit die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus dem Abkommen unberührt läßt.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZU DEN RECHTEN DER EFTA-STAATEN VOR DEM EG-GERICHTSHOF

1. Um die rechtliche Homogenität im EWR zu verstärken, ändert die Gemeinschaft die Artikel 20 und 37 der Satzung des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften in der Weise, daß den EFTA-Staaten und der EFTA-Überwachungsbehörde der Zugang zum Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eröffnet wird.

2. Ferner trifft die Gemeinschaft die notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die EFTA-Staaten in bezug auf die Durchführung des Artikels 2 Absatz 2 Buchstabe b und des Artikels 6 des Protokolls 24 zum EWR-Abkommen dieselben Rechte haben wie die EG-Mitgliedstaaten gemäß Artikel 9 Absatz 9 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZU DEN RECHTEN VON ANWÄLTEN AUS DEN EFTA-STAATEN NACH DEM GEMEINSCHAFTSRECHT

Die Gemeinschaft verpflichtet sich, die Satzung des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften so zu ändern, daß die für eine Rechtssache ernannten Bevollmächtigen sich bei der Vertretung eines EFTA-Staates oder der EFTA-Überwachungsbehörde von einem Beistand oder einem Anwalt unterstützen lassen können, der berechtigt ist, vor dem Gericht eines EFTA-Staates aufzutreten. Sie verpflichtet sich ferner, zu gewährleisten, daß Anwälte, die berechtigt sind, vor einem Gericht eines EFTA-Staates aufzutreten, Einzelpersonen und Wirtschaftsbeteiligte vor dem Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften vertreten dürfen.

Treten solche Bevollmächtigten, Beistände und Anwälte vor dem Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften auf, so genießen sie unter den in den Verfahrensordnungen dieser Gerichte festzulegenden Bedingungen die Rechte und Immunitäten, die für die unabhängige Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

Ferner trifft die Gemeinschaft die notwendigen Maßnahmen, damit Anwälten aus den EFTA-Staaten nach dem Gemeinschaftsrecht dieselben rechtlichen Vorrechte eingeräumt werden wie Anwälten aus den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZUR BETEILIGUNG DER SACHVERSTÄNDIGEN DER EFTA-STAATEN AN FÜR DEN EWR RELEVANTEN EG-AUSSCHÜSSEN GEMÄSS ARTIKEL 100 DES ABKOMMENS

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften bestätigt, daß bei der Anwendung der Grundsätze des Artikels 100 davon ausgegangen wird, daß jeder EFTA-Staat seine eigenen Sachverständigen benennt. Diese werden gleichermaßen wie die Sachverständigen aus den EG-Mitgliedstaaten an der Sitzungsvorbereitung der jeweils zuständigen EG-Ausschüsse beteiligt. Die EG-Kommission setzt die Konsultationen so lange wie für notwendig erachtet fort, bis sie in einer förmlichen Sitzung ihren Vorschlag unterbreitet.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZU ARTIKEL 103 DES ABKOMMENS

Die Europäische Gemeinschaft ist der Ansicht, daß sie die endgültige Anwendung des in Artikel 103 des Abkommens genannten Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses aufschieben kann, bis die EFTA-Staaten die in Artikel 103 Absatz 1 genannten verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt haben.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN DER EFTA-STAATEN ZU ARTIKEL 103 ABSATZ 1 DES ABKOMMENS

In dem Bestreben, einen homogenen EWR zu verwirklichen, und unbeschadet der Arbeitsweise ihrer demokratischen Einrichtungen setzen sich die EFTA-Staaten nach Kräften dafür ein, daß die erforderlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen entsprechend Artikel 103 Absatz 1 Unterabsatz 1 des EWR-Abkommens erfüllt werden.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZUM TRANSITVERKEHR IM FISCHEREISEKTOR

Nach Auffassung der Gemeinschaft findet Artikel 6 des Protokolls 9 auch dann Anwendung, wenn bis zum Inkrafttreten des Abkommens keine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung der Frage des Transitverkehrs gefunden worden ist.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT UND DER REGIERUNGEN FINNLANDS, LIECHTENSTEINS, ÖSTERREICHS, SCHWEDENS UND DER SCHWEIZ ZU WALERZEUGNISSEN

Die Europäische Gemeinschaft und die Regierungen Finnlands, Liechtensteins, Österreichs, Schwedens und der Schweiz erklären, daß die Tabelle I der Anlage 2 zu Protokoll 9 ihr Einfuhrverbot für Walerzeugnisse unberührt läßt.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER SCHWEIZ ÜBER FISKALZÖLLE

Das interne Verfahren für die Umwandlung der Fiskalzölle in innerstaatliche Steuern ist eingeleitet worden.

Unbeschadet des Protokolls 5 zum Abkommen und vorbehaltlich der Zustimmung zu den erforderlichen Verfassungs- und Gesetzesänderungen gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften schafft die Schweiz die Zölle auf die Positionen in der dem Protokoll 5 beigefügten Tabelle ab, sobald die innerstaatliche Besteuerung in Kraft tritt.

Vor Ende 1993 findet eine Volksabstimmung über diese Frage statt.

Bei einem positiven Ausgang der Volksabstimmung werden alle Anstrengungen unternommen werden, damit die Umwandlung der Fiskalzölle in innerstaatliche Steuern bis Ende 1996 vollzogen wird.

ERKLÄRUNG DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT ZU BILATERALEN ABKOMMEN

Die Gemeinschaft ist der Ansicht, daß

- die bilateralen Abkommen über den Straßen- und Eisenbahngüterverkehr zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich sowie zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweiz,

- die bilateralen Abkommen über bestimmte Vereinbarungen betreffend die Landwirtschaft zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den einzelnen EFTA-Staaten,

- die bilateralen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Schweden, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Norwegen sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Island

zwar in getrennten Rechtsinstrumenten niedergelegt, aber Teil des Gesamtgleichgewichts der Verhandlungsergebnisse sind und ein wesentliches Element für ihre Zustimmung zum EWR-Abkommen darstellen.

Die Gemeinschaft behält sich daher das Recht vor, den Abschluß des EWR-Abkommens so lange auszusetzen, bis ihr die Ratifizierung der genannten bilateralen Abkommen von den betreffenden EFTA-Staaten notifiziert worden ist. Außerdem behält sich die Gemeinschaft die Entscheidung bezüglich der Folgerungen vor, die im Falle einer Nichtratifizierung dieser Abkommen zu ziehen sind.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNG DER SCHWEIZ ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER EWG UND DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT ÜBER DEN GÜTERVERKEHR AUF STRASSE UND SCHIENE

Die Schweiz bemüht sich, das bilaterale Abkommen zwischen der EWG und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Güterverkehr auf Straße und Schiene rechtzeitig für die Ratifizierung des EWR-Abkommens zu ratifizieren, bekräftigt aber ihren Standpunkt, daß das EWR-Abkommen und dieses bilaterale Abkommen als zwei getrennte Rechtsinstrumente mit eigenem Stellenwert anzusehen sind.

ERKLÄRUNG
DER REGIERUNG ÖSTERREICHS
ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER EWG UND DER REPUBLIK ÖSTERREICH ÜBER DEN GÜTERVERKEHR IM TRANSIT AUF DER SCHIENE UND DER STRASSE

Österreich bemüht sich, das bilaterale Abkommen zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Güterverkehr im Transit auf der Schiene und der Straße rechtzeitig für die Ratifizierung des EWR-Abkommens zu ratifizieren, bekräftigt aber seinen Standpunkt, daß das EWR-Abkommen und dieses bilaterale Abkommen als zwei getrennte Rechtsinstrumente mit eigenem Stellenwert anzusehen sind.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN DER EFTA-STAATEN ZUM FINANZIERUNGSMECHANISMUS DER EFTA

Die EFTA-Staaten sind der Ansicht, daß die in der gemeinsamen Erklärung betreffend den Finanzierungsmechanismus genannten "zweckdienlichen und gerechten Lösungen" dazu führen sollten, daß entweder der der Gemeinschaft beitretende EFTA-Staat nach seinem Beitritt zur Gemeinschaft keine finanziellen Verpflichtungen im Rahmen des EFTA-Finanzierungsmechanismus mehr hat oder daß seine Beiträge zum EG-Gesamthaushalt entsprechend angepaßt werden.

ERKLÄRUNG DER REGIERUNGEN DER EFTA-STAATEN ZU EINEM GERICHT ERSTER INSTANZ

Die EFTA-Staaten werden bei Bedarf ein Gericht erster Instanz für Wettbewerbssachen einsetzen.

VEREINBARUNG

ÜBER DIE VERÖFFENTLICHUNG DER INFORMATIONEN, DIE FÜR DEN EWR VON BEDEUTUNG SIND

ISLÄNDISCHE MISSION
bei den
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Rue Archimède 5
1040 Brüssel

Brüssel, den

Betr.: Veröffentlichung der Informationen, die für den EWR von Bedeutung sind

Sehr geehrter Herr !

Hinsichtlich der Veröffentlichung von Informationen, die für den EWR von Bedeutung sind und die nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens zu veröffentlichen sind, möchte ich zusammenfassen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Es wird sich um ein koordiniertes System handeln, das aus dem Amtsblatt der EG und einer besonderen EWR-Beilage zu diesem Amtsblatt besteht. Falls die Informationen, die sowohl für die EG als auch die EFTA-Staaten veröffentlicht werden sollen, identisch sind, wird die Veröffentlichung durch die EG im EG-Amtsblatt gleichzeitig als Veröffentlichung in den drei gemeinsamen EG/EFTA-Sprachen dienen, während die Informationen in den übrigen vier EFTA-Sprachen (Finnisch, Isländisch, Norwegisch und Schwedisch) in der EWR-Beilage zum Amtsblatt der EG veröffentlicht werden. Die EFTA-Staaten werden für eine geeignete Infrastruktur sorgen, um zu gewährleisten, daß die erforderlichen Übersetzungen in den vier Nicht-EG-EFTA-Sprachen rechtzeitig zur Verfügung stehen. Die EFTA-Staaten sind für die Bereitstellung der Unterlagen zur Erstellung der EWR-Beilage verantwortlich.

Das Veröffentlichungssystem würde aus folgenden Elementen bestehen:

a) **Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses über den Besitzstand und andere Entscheidungen, Rechtsakte, Bekanntgaben usw. der EWR-Organe**

Die den Besitzstand betreffenden Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses werden in den neun Amtssprachen in einem besonderen EWR-Abschnitt des Amtsblattes der EG veröffentlicht. Diese Veröffentlichung dient gleichzeitig als Veröffentlichung in den drei gemeinsamen Sprachen. Diese Entscheidungen werden außerdem in der EWR-Beilage in den Amtssprachen der nordischen EFTA-Staaten veröffentlicht; zudem besteht für die EFTA-Staaten in deren eigener Verantwortung die Möglichkeit, in der EWR-Beilage gegebenenfalls zu Informationszwecken Veröffentlichungen in ihrer Arbeitssprache vorzunehmen.

Dies gilt auch für andere Entscheidungen, Rechtsakte, Bekanntgaben usw. der EWR-Organe, insbesondere des EWR-Rates und des Gemeinsamen EWR-Ausschusses.

Was Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses über den Besitzstand betrifft, so wird aus dem Inhaltsverzeichnis des EWR-Abschnitts zu ersehen sein, wo die einschlägigen innergemeinschaftlichen Texte zu finden sind.

b) **Die EG betreffende EFTA-Daten**

Informationen seitens der EFTA-Staaten, der EFTA-Überwachungsbehörde, des Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten und des EFTA-Gerichtshofs, die beispielsweise die Bereiche Wettbewerb, staatliche Beihilfen, öffentliches Auftragswesen und technische Normen betreffen, werden in den neun Amtssprachen der EG in einem besonderen EWR-Abschnitt des Amtsblatts der EG veröffentlicht.

Diese Veröffentlichung dient in bezug auf die EFTA-Staaten gleichzeitig als Veröffentlichung in den drei gemeinsamen Sprachen, während die übrigen vier EFTA-Sprachen in der EWR-Beilage erscheinen. Erforderlichenfalls werden die Inhaltsverzeichnisse des EWR-Abschnitts bzw. der EWR-Beilage Verweise darüber enthalten, wo die entsprechende Information seitens der EG und ihrer Mitgliedstaaten zu finden ist.

c) **Die EFTA betreffende EG-Daten**

Informationen seitens der EG und ihrer Mitgliedstaaten, die beispielsweise die Bereiche Wettbewerb, staatliche Beihilfen, öffentliches Auftragswesen und technische Normen betreffen, werden in den neun Amtssprachen der EG im Amtsblatt der EG veröffentlicht. Diese Veröffentlichung dient gleichzeitig als Veröffentlichung für die EFTA-Staaten in den drei gemeinsamen Sprachen, während die übrigen vier EFTA-Sprachen in der EWR-Beilage erscheinen. Erforderlichenfalls werden Hinweise darauf gegeben, wo die entsprechenden Informationen seitens der EFTA-Staaten, der EFTA-Überwachungsbehörde, dem Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten und dem EFTA-Gerichtshof zu finden sind.

Die finanziellen Aspekte des Veröffentlichungssystems werden in einer gesonderten Vereinbarung geregelt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Zustimmung hierzu bestätigen könnten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr , den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Hannes Hafstein
Botschafter
Leiter der isländischen Mission
bei den Europäischen Gemeinschaften

Herrn Horst Krenzler
Generaldirektor
Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion I
Avenue d'Auderghem 35
Brüssel

**KOMMISSION
DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN**

Generaldirektion
Auswärtige Beziehungen

Der Generaldirektor

Brüssel, den

Herrn H. Hafstein
Botschafter
Leiter der EFTA-Delegation
EFTA-Sekretariat
Rue d'Arlon 118
1040 Brüssel

Sehr geehrter Herr !

Ich beehre mich, Ihnen den Eingang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

"Hinsichtlich der Veröffentlichung von Informationen, die für den EWR von Bedeutung sind und die nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens zu veröffentlichen sind, möchte ich zusammenfassen, daß wir folgendes vereinbart haben:

Es wird sich um ein koordiniertes System handeln, das aus dem Amtsblatt der EG und einer besonderen EWR-Beilage zu diesem Amtsblatt besteht. Falls die Informationen, die sowohl für die EG als auch die EFTA-Staaten veröffentlicht werden sollen, identisch sind, wird die Veröffentlichung durch die EG im EG-Amtsblatt gleichzeitig als Veröffentlichung in den drei gemeinsamen EG/EFTA-Sprachen dienen, während die Informationen in den übrigen vier EFTA-Sprachen (Finnisch, Isländisch, Norwegisch und Schwedisch) in der EWR-Beilage zum Amtsblatt der EG veröffentlicht werden. Die EFTA-Staaten werden für eine geeignete Infrastruktur sorgen, um zu gewährleisten, daß die erforderlichen Übersetzungen in den vier Nicht-EG-EFTA-Sprachen rechtzeitig zur Verfügung stehen. Die EFTA-Staaten sind für die Bereitstellung der Unterlagen zur Erstellung der EWR-Beilage verantwortlich.

Das Veröffentlichungssystem würde aus folgenden Elementen bestehen:

a) **Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses über den Besitzstand und andere Entscheidungen, Rechtsakte, Bekanntgaben usw. der EWR-Organe**

Die den Besitzstand betreffenden Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses werden in den neun Amtssprachen in einem besonderen EWR-Abschnitt des Amtsblattes der EG veröffentlicht. Diese Veröffentlichung dient gleichzeitig als Veröffentlichung in den drei gemeinsamen Sprachen. Diese Entscheidungen werden außerdem in der EWR-Beilage in den Amtssprachen der nordischen EFTA-Staaten veröffentlicht; zudem besteht für die EFTA-Staaten in deren eigener Verantwortung die Möglichkeit, in der EWR-Beilage gegebenenfalls zu Informationszwecken Veröffentlichungen in ihrer Arbeitssprache vorzunehmen.

Dies gilt auch für andere Entscheidungen, Rechtsakte, Bekanntgaben usw. der EWR-Organe, insbesondere des EWR-Rates und des Gemeinsamen EWR-Ausschusses.

Was Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses über den Besitzstand betrifft, so wird aus dem Inhaltsverzeichnis des EWR-Abschnitts zu ersehen sein, wo die einschlägigen innergemeinschaftlichen Texte zu finden sind.

b) **Die EG betreffende EFTA-Daten**

Informationen seitens der EFTA-Staaten, der EFTA-Überwachungsbehörde, des Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten und des EFTA-Gerichtshofs, die beispielsweise die Bereiche Wettbewerb, staatliche Beihilfen, öffentliches Auftragswesen und technische Normen betreffen, werden in den neun Amtssprachen der EG in einem besonderen EWR-Abschnitt des Amtsblatts der EG veröffentlicht.

Diese Veröffentlichung dient in bezug auf die EFTA-Staaten gleichzeitig als Veröffentlichung in den drei gemeinsamen Sprachen, während die übrigen vier EFTA-Sprachen in der EWR-Beilage erscheinen. Erforderlichenfalls werden die Inhaltsverzeichnisse des EWR-Abschnitts bzw. der EWR-Beilage Verweise darüber enthalten, wo die entsprechende Information seitens der EG und ihrer Mitgliedstaaten zu finden ist.

c) **Die EFTA betreffende EG-Daten**

Informationen seitens der EG und ihrer Mitgliedstaaten, die beispielsweise die Bereiche Wettbewerb, staatliche Beihilfen, öffentliches Auftragswesen und technische Normen betreffen, werden in den neun Amtssprachen der EG im Amtsblatt der EG veröffentlicht. Diese Veröffentlichung dient gleichzeitig als Veröffentlichung für die EFTA-Staaten in den drei gemeinsamen Sprachen, während die übrigen vier EFTA-Sprachen in der EWR-Beilage erscheinen. Erforderlichenfalls werden Hinweise darauf gegeben, wo die entsprechenden Informationen seitens der EFTA-Staaten, der EFTA-Überwachungsbehörde, dem Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten und dem EFTA-Gerichtshof zu finden sind.

Die finanziellen Aspekte des Veröffentlichungssystems werden in einer gesonderten Vereinbarung geregelt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Zustimmung hierzu bestätigen könnten."

Ich beehre mich, meine Zustimmung zum Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr , den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Horst G. Krenzler

VEREINBARUNG

ÜBER DIE VERÖFFENTLICHUNG VON EFTA-BEKANNTMACHUNGEN

BETREFFEND DAS AUFTRAGSWESEN

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Generaldirektion
Auswärtige Beziehungen

Der Generaldirektor

Brüssel, den

Herrn Hannes Hafstein
Botschafter
Leiter der EFTA-Delegation
EFTA-Sekretariat
Rue d'Arlon 118
1040 Brüssel

Betr.: Veröffentlichung von EFTA-Bekanntmachungen betreffend das Auftragswesen

Sehr geehrter Herr Hafstein!

Was die Veröffentlichung von Bekanntmachungen der EFTA-Staaten gemäß Anhang XVI des EWR-Abkommens und insbesondere Nummer 2 Buchstaben a und b im EG-Amtsblatt betrifft, darf ich die erzielte Vereinbarung wie folgt zusammenfassen:

a) Die Bekanntmachungen der EFTA-Staaten sind in mindestens einer der Gemeinschaftssprachen dem Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (EUROFICE) zuzusenden; in der Bekanntmachung ist anzugeben, in welcher EG-Sprache die Bekanntmachung maßgeblich ist;

b) das EUROFICE veröffentlicht die vollständige Fassung der als maßgeblich erklärten Bekanntmachung im Amtsblatt und im "Tenders Electronic Daily"; eine Zusammenfassung der wichtigsten Elemente wird in den übrigen Amtssprachen der Gemeinschaften veröffenlicht;

c) die Bekanntmachungen der EFTA-Staaten werden vom EUROFICE in der Reihe S des EG-Amtsblatts zusammen mit anderen Bekanntmachungen der Gemeinschaften und im Rahmen der Fristen veröffentlicht, die in Rechtsakten, auf die in Anhang XVI Bezug genommen wird, festgelegt sind;

d) die EFTA-Staaten tragen dafür Sorge, daß die Bekanntmachungen dem EUROFICE in einer der Amtssprachen der Gemeinschaften so rechtzeitig übermittelt werden, daß die Zeit, die den Lieferanten und Auftragnehmern zur Verfügung steht, um Angebote zu unterbreiten oder ihr Interesse kundzutun, nicht kürzer ist als die in Anhang XVI festgelegten Fristen; dies gilt unter der Voraussetzung, daß das EUROFICE seine Verpflichtung einhalten kann, die Bekanntmachungen in die Amtssprachen der Gemeinschaft zu übersetzen und sie im Amtsblatt und im "Tenders Electronic Daily" innerhalb eines Zeitraums von zwölf Tagen (in dringenden Fällen fünf Tagen) zu veröffentlichen.

e) die Bekanntmachungen der EFTA-Staaten sind in dem Format der Musterbekanntmachungen im Anhang zu den Rechtsakten, auf die in Anhang XVI Bezug genommen wird, zu übermitteln; jedoch nehmen die EFTA-Staaten im Hinblick auf die Schaffung eines effizienten und zeitgerechten Übersetzungs- und Veröffentlichungssystems zur Kenntnis, daß ihnen empfohlen wird, ähnliche genormte Bekanntmachungen für jeden einzelnen Staat festzulegen, wie sie in der Empfehlung 91/561/EWG vom 24. Oktober 1991 (1) für jeden der zwölf Mitgliedstaaten empfohlen werden;

f) die Verträge, die in den Jahren 1988 und 1989 durch die EG-Kommission über das EUROFICE und die jeweiligen von Schweden, Norwegen, Finnland, der Schweiz und Österreich benannten Stellen unterzeichnet wurden über die Veröffentlichung von EFTA-Lieferverträgen, die dem GATT-Abkommen über Öffentliches Beschaffungswesen entsprechen, laufen mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens aus;

g) die finanziellen Aspekte dieses Veröffentlichungssystems werden durch eine getrennte Vereinbarung geregelt, die für alle übrigen Veröffentlichungen betreffend den EWR festgelegt wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Sie dem Inhalt dieses Schreibens zustimmen.

Hochachtungsvoll

Horst G. Krenzler

(1) Abl. Nr. L 305 vom 6.11.1991 und ABl. Nr. S 217 A-N vom 16.11.1991.

ISLÄNDISCHE MISSION
bei den
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Rue Archimède 5
1040 Brüssel

Brüssel, den

Sehr geehrter Herr !

Ich beehre mich, den Eingang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

"Was die Veröffentlichung von Bekanntmachungen der EFTA-Staaten gemäß Anhang XVI des EWR-Abkommens und insbesondere Nummer 2 Buchstaben a und b im EG-Amtsblatt betrifft, darf ich die erzielte Vereinbarung wie folgt zusammenfassen:

a) Die Bekanntmachungen der EFTA-Staaten sind in mindestens einer der Gemeinschaftssprachen dem Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (EUROFICE) zuzusenden; in der Bekanntmachung ist anzugeben, in welcher EG-Sprache die Bekanntmachung maßgeblich ist;

b) das EUROFICE veröffentlicht die vollständige Fassung der als maßgeblich erklärten Bekanntmachung im Amtsblatt und im "Tenders Electronic Daily"; eine Zusammenfassung der wichtigsten Elemente wird in den übrigen Amtssprachen der Gemeinschaften veröffenlicht;

c) die Bekanntmachungen der EFTA-Staaten werden vom EUROFICE in der Reihe S des EG-Amtsblatts zusammen mit anderen Bekanntmachungen der Gemeinschaften und im Rahmen der Fristen veröffentlicht, die in Rechtsakten, auf die in Anhang XVI Bezug genommen wird, festgelegt sind;

d) die EFTA-Staaten tragen dafür Sorge, daß die Bekanntmachungen dem EUROFICE in einer der Amtssprachen der Gemeinschaften so rechtzeitig übermittelt werden, daß die Zeit, die den Lieferanten und Auftragnehmern zur Verfügung steht, um Angebote zu unterbreiten oder ihr Interesse kundzutun, nicht kürzer ist als die in Anhang XVI festgelegten Fristen; dies gilt unter der Voraussetzung, daß das EUROFICE seine Verpflichtung einhalten kann, die Bekanntmachungen in die Amtssprachen der Gemeinschaft zu übersetzen und sie im Amtsblatt und im "Tenders Electronic Daily" innerhalb eines Zeitraums von zwölf Tagen (in dringenden Fällen fünf Tagen) zu veröffentlichen.

e) die Bekanntmachungen der EFTA-Staaten sind in dem Format der Musterbekanntmachungen im Anhang zu den Rechtsakten, auf die in Anhang XVI Bezug genommen wird, zu übermitteln; jedoch nehmen die EFTA-Staaten im Hinblick auf die Schaffung eines effizienten und zeitgerechten Übersetzungs- und Veröffentlichungssystems zur Kenntnis, daß ihnen empfohlen wird, ähnliche genormte Bekanntmachungen für jeden einzelnen Staat festzulegen, wie sie in der Empfehlung 91/561/EWG vom 24. Oktober 1991 (1) für jeden der zwölf Mitgliedstaaten empfohlen werden;

f) die Verträge, die in den Jahren 1988 und 1989 durch die EG-Kommission über das EUROFICE und die jeweiligen von Schweden, Norwegen, Finnland, der Schweiz und Österreich benannten Stellen unterzeichnet wurden über die Veröffentlichung von EFTA-Lieferverträgen, die dem GATT-Abkommen über Öffentliches Beschaffungswesen entsprechen, laufen mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens aus;

(1) Abl. Nr. L 305 vom 6.11.1991 und ABl. Nr. S 217 A-N vom 16.11.1991.

g) die finanziellen Aspekte dieses Veröffentlichungssystems werden durch eine getrennte Vereinbarung geregelt, die für alle übrigen Veröffentlichungen betreffend den EWR festgelegt wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bestätigen würden, daß Sie dem Inhalt dieses Schreibens zustimmen."

Ich beehre mich, meine Zustimmung zum Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Hochachtungsvoll

Hannes Hafstein, Botschafter
Leiter der Isländischen Mission
bei den Europäischen Gemeinschaften

Herrn Horst Krenzler
Generaldirektor

VEREINBARTE NIEDERSCHRIFT
der Verhandlungen über ein Abkommen zwischen
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,
der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und
ihren Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten
über den Europäischen Wirtschaftsraum

Die Vertragsparteien sind wie folgt übereingekommen:

zu Artikel 26 und Protokoll 13
Vor dem Inkrafttreten des Abkommens prüft die Gemeinschaft gemeinsam mit den interessierten EFTA-Staaten, ob die Voraussetzungen erfüllt sind, unter denen Artikel 26 des Abkommens, ungeachtet des Absatzes 1 des Protokolls 13, im Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und den betreffenden EFTA-Staaten auf den Fischereisektor Anwendung findet.

zu Artikel 56 Absatz 3
Das Wort "spürbar" in Artikel 56 Absatz 3 des Abkommens hat dieselbe Bedeutung wie in der Bekanntmachung der Kommission über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, die nicht unter Artikel 85 Absatz 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fallen (ABl. Nr. C 231 vom 12.9.1986, S. 2).

zu Artikel 90
Die Geschäftsordnung des EWR-Rates stellt klar, daß die Minister der EFTA-Staaten bei der Beschlußfassung mit einer Stimme sprechen.

zu Artikel 91
Der EWR-Rat sieht gegebenenfalls in seiner Geschäftsordnung vor, daß Unterausschüsse oder Arbeitsgruppen eingesetzt werden können.

zu Artikel 91 Absatz 2
Die Geschäftsordnung des EWR-Rates stellt klar, daß die Worte "so oft die Umstände dies erfordern" in Artikel 91 Absatz 2 sich auch auf den Fall beziehen, daß eine Vertragspartei von ihrem Evokationsrecht gemäß Artikel 89 Absatz 2 Gebrauch macht.

zu Artikel 94 Absatz 3
Der Gemeinsame EWR-Ausschuß beschließt in einer seiner ersten Sitzungen, in der er sich eine Geschäftsordnung gibt, über die Einsetzung von Unterausschüssen oder Arbeitsgruppen, die er zur Unterstützung bei der Erfüllung seiner Aufgaben, zum Beispiel auf dem Gebiet der Ursprungsregeln und sonstiger Zollfragen, besonders dringend benötigt.

zu Artikel 102 Absatz 5
Im Falle einer vorläufigen Außerkraftsetzung gemäß Artikel 102 Absatz 5 wird deren Umfang und Inkrafttreten in geeigneter Weise bekanntgemacht.

zu Artikel 102 Absatz 6
Artikel 102 Absatz 6 gilt nur für tatsächlich erworbene Rechte, nicht jedoch für die bloße Aussicht auf den Erwerb der Rechte. Einige Beispiele für derartige erworbene Rechte:

- Eine vorläufige Außerkraftsetzung bezüglich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer berührt nicht das Recht eines Arbeitnehmers, im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei zu verbleiben, in dem er bereits vor der vorläufigen Außerkraftsetzung der Vorschriften gewohnt hat.

- Eine vorläufige Außerkraftsetzung bezüglich der Niederlassungsfreiheit berührt nicht die Rechte einer Gesellschaft im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, in dem sie sich bereits vor der vorläufigen Außerkraftsetzung der Vorschriften niedergelassen hat.

- Eine vorläufige Außerkraftsetzung bezüglich Investitionen, zum Beispiel in Immobilien, berührt nicht die Investitionen, die bereits vor dem Zeitpunkt der vorläufigen Außerkraftsetzung getätigt wurden.

- Eine vorläufige Außerkraftsetzung bezüglich des öffentlichen Auftragswesens berührt nicht die Ausführung eines bereits vor der vorläufigen Außerkraftsetzung vergebenen Auftrages.

- Eine vorläufige Außerkraftsetzung bezüglich der Anerkennung eines Diploms berührt nicht das Recht des Inhabers eines solchen Diploms, eine entsprechende Berufstätigkeit auch weiterhin im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei auszuüben, die das Diplom nicht erteilt hat.

zu Artikel 103
Faßt der EWR-Rat einen Beschluß, so gilt Artikel 103 Absatz 1.

zu Artikel 109 Absatz 3
Das Wort "Anwendung" in Artikel 109 Absatz 3 schließt auch die Durchführung des Abkommens ein.

zu Artikel 111
Die vorläufige Außerkraftsetzung liegt nicht im Interesse des guten Funktionierens des Abkommens und es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die vorläufige Außerkraftsetzung zu vermeiden.

zu Artikel 112 Absatz 1
Artikel 112 Absatz 1 bezieht sich auch auf die Lage in einem bestimmten Gebiet.

zu Artikel 123
Die Vertragsparteien werden Artikel 123 nicht dazu mißbrauchen, die Preisgabe von Auskünften im Wettbewerbsbereich zu verhindern.

zu Artikel 129
Sollte eine Vertragspartei nicht bereit sein, das Abkommen zu ratifizieren, so überprüfen die Unterzeichner die Lage.

zu Artikel 129
Sollte eine Vertragspartei das Abkommen nicht ratifizieren, so treten die übrigen Vertragsparteien zu einer diplomatischen Konferenz zusammen, um die Auswirkungen der Nichtratifikation auf das Abkommen zu beurteilen und um die Möglichkeit für die Annahme eines ergänzenden Protokolls zu prüfen, das den notwendigen internen Verfahren unterliegt. Eine solche Konferenz wird einberufen, sobald feststeht, daß eine Vertragspartei das Abkommen nicht ratifizieren wird, oder spätestens, wenn der Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Abkommens nicht eingehalten wird.

zu Protokoll 3
Die Anlagen 2 bis 7 werden vor dem Inkrafttreten des Abkommens abschließend ausgearbeitet. Die Anlagen 2 bis 7 werden so bald wie möglich, spätestens aber bis zum 1. Juli 1992 ausgearbeitet. Hinsichtlich Anlage 2 stellen die Sachverständigen ein Verzeichnis der dem Preisausgleich unterliegenden Grundstoffe auf und gehen dabei von den Grundstoffen aus, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens Preisausgleichsmaßnahmen der Vertragsparteien unterlagen.

zu Protokoll 3 Artikel 11
Um die Anwendung des Protokolls Nr. 2 der Freihandelsabkommen zu erleichtern, werden die Bestimmungen des Protokolls Nr. 3 zu den jeweiligen Freihandelsabkommen über die Bestimmung des Begriffs "Ursprungswaren" und die Verfahren der Zusammenarbeit der Verwaltungen vor dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens geändert. Diese Änderungen zielen darauf ab, die genannten Bestimmungen, die unter anderem den Ursprungsnachweis und die Zusammenarbeit der Verwaltungen betreffen, so weit wie möglich mit denen des Protokolls 4 des EWR-Abkommens in Einklang zu bringen, während das System der "diagonalen" Kumulierung und die zur Zeit im Rahmen des Protokolls Nr. 3 geltenden entsprechenden Bestimmungen beibehalten werden. Diese Änderungen schränken folglich den durch die Freihandelsabkommen erreichten Liberalisierungsgrad nicht ein.

zu Protokoll 9
Vor dem Inkrafttreten des Abkommens setzen die Gemeinschaft und die interessierten EFTA-Staaten ihre Erörterungen über die Angleichung der Rechtsvorschriften über die Durchfuhr von Fisch und Fischereierzeugnissen fort, um eine zufriedenstellende Regelung zu finden.

zu Protokoll 11 Artikel 14 Absatz 3
Wie in der Arbeitsunterlage XXI/201/89 der Kommission niedergelegt, wird die Gemeinschaft unter uneingeschränkter Beachtung der koordinierenden Rolle der Kommission unmittelbare Kontakte herstellen, soweit dies die Anwendung dieses Protokolls flexibler und effizienter gestaltet und dies auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geschieht.

zu Protokoll 16 und Anhang VI
Die Schweiz und die interessierten Staaten können bilateral die Möglichkeit erörtern, ob bilaterale Abkommen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit nach dem Ende der Übergangszeiten für die Freizügigkeit beibehalten werden sollen.

zu Protokoll 20
Die Vertragsparteien arbeiten im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen die Regeln für die Anwendung von Strukturverbesserungsmaßnahmen auf die österreichische Binnenschiffsflotte aus und berücksichtigen dabei, inwieweit diese Flotte an dem Markt teilnehmen wird, für den die Strukturverbesserungsmaßnahmen bestimmt sind. Der Zeitpunkt, zu dem die Verpflichtungen Österreichs aus den Strukturverbesserungsmaßnahmen wirksam werden, wird dabei gebührend berücksichtigt.

zu den Protokollen 23 und 24 (jeweils Artikel 12 betreffend die Sprachen)
Die EG-Kommission und die EFTA-Überwachungsbehörde vereinbaren praktische Regelungen über die gegenseitige Hilfe oder eine andere geeignete Lösung insbesondere für die Frage der Übersetzungen.

zu Protokoll 30
Folgende EG-Ausschüsse auf dem Gebiet der statistischen Information sind als Ausschüsse ermittelt worden, an denen die EFTA-Staaten gemäß Artikel 2 dieses Protokolls uneingeschränkt teilnehmen:

1. *Ausschuß für das statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften,*
   eingesetzt durch:

   389 D 0382: Beschluß des Rates 89/382/EWG, Euratom vom 19. Juni 1989 zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (Abl. Nr. L 181 vom 28.6.1989, S. 47),

2. *Ausschuß für die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken,*
   eingesetzt durch:

   391 D 0115: Beschluß des Rates 91/115/EWG vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung eines Ausschusses für die Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (Abl. Nr. L 59 vom 6.3.1991, S. 19),

3. *Ausschuß für die statistische Geheimhaltung,*
   eingesetzt durch:

   390 R 1588: Verordnung (Euratom, EWG) Nr. 1588/90 des Rates vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter die Geheimhaltungspflicht fallenden Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Abl. Nr. L 151 vom 15.6.1990, S. 1),

4. *Ausschuß für die Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen,*
   eingesetzt durch:

   389 L 0130: Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates vom 13. Februar 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (Abl. Nr. L 49 vom 21.2.1989, S. 26),

5. *Beratender Ausschuß für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich,*
   eingesetzt durch:

   391 D 0116: Beschluß 91/116/EWG des Rates vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschaft- und Sozialbereich (Abl. Nr. L 59 vom 6.3.1991, S. 21).

   Die Rechte und Pflichten der EFTA-Staaten in den genannten EG-Ausschüssen werden in der Gemeinsamen Erklärung zu den Verfahren für die Fälle festgelegt, in denen die EFTA-Staaten gemäß Artikel 76 und Teil VI des Abkommens sowie den entsprechenden Protokollen uneingeschränkt an EG-Ausschüssen teilnehmen.

zu Protokoll 36 Artikel 2
Die EFTA-Staaten beschließen vor dem Inkrafttreten des Abkommens über die Zahl der Vertreter ihrer jeweiligen Parlamente im Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschuß.

zu Protokoll 37
Gemäß Artikel 6 des Protokolls 23 gilt die Bezugnahme auf den Beratenden Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen (Verordnung (EWG) Nr. 17/62 des Rates) auch für:

- den Beratenden Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Verkehrs (Verordnung (EWG) Nr. 1017/68 des Rates),

- den Beratenden Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Seeverkehrs (Verordnung (EWG) Nr. 4056/86 des Rates),

- den Beratenden Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen auf dem Gebiet des Luftverkehrs (Verordnung (EWG) Nr. 3975/87 des Rates).

zu Protokoll 37
Gemäß der Revisionsklausel des Artikels 101 Absatz 2 des Abkommens wird in das Verzeichnis des Protokolls 37 beim Inkrafttreten des Abkommens folgender weiterer Ausschuß aufgenommen:

die Koordinierungsgruppe für die gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome (Richtlinie 89/48/EWG des Rates).

Die Teilnahmemodalitäten werden noch festgelegt.

zu Protokoll 47
Die Vertragsparteien erarbeiten auf der Grundlage der einschlägigen Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 2048/89 des Rates vom 19. Juni 1989 mit Grundregeln über die Kontrollen im Weinsektor ein Verfahren für die gegenseitige Amtshilfe zwischen den Behörden, die die Einhaltung der Gemeinschafts- und der innerstaatlichen Vorschriften für den Weinsektor zu gewährleisten haben.
Die Modalitäten dieser gegenseitigen Amtshilfe werden vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgelegt. Bis zur Einführung eines solchen Verfahrens sind die einschlägigen Bestimmungen der bilateralen Abkommen zwischen der Gemeinschaft und der Schweiz sowie zwischen der Gemeinschaft und Österreich über Zusammenarbeit und Kontrolle im Weinsektor maßgebend.

zu den Anhängen VI und VII
Weitere, in einer Unterlage der Verhandlungsgruppe III vom 11. November 1991 beschriebene besondere Anpassungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit und der gegenseitigen Anerkennung der Bescheinigungen über die berufliche Befähigung müssen noch vor dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens vorgenommen werden.

zu Anhang VII
Vom Inkrafttreten des Abkommens an kann sich kein Staat, für den dieses Abkommen gilt, auf Artikel 21 der Richtlinie 75/362/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 (Abl. Nr. L 167 vom 30.6.1975, S.1) berufen, um von Angehörigen anderer Staaten, für die das Abkommen gilt, für die Zulassung zur Tätigkeit als Kassenarzt die Ableistung einer zusätzlichen Vorbereitungszeit zu verlangen.

zu Anhang VII
Vom Inkrafttreten des Abkommens an kann sich kein Staat, für den dieses Abkommen gilt, auf Artikel 20 der Richtlinie 78/686/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 (Abl. Nr. L 233 vom 24.8.1978, S. 1) berufen, um von Angehörigen anderer Staaten, für die das Abkommen gilt, für die Zulassung zur Tätigkeit als Kassenzahnarzt die Ableistung einer zusätzlichen Vorbereitungszeit zu verlangen.

zu Anhang VII
Ingenieure der Stiftung der Schweizerischen Register der Ingenieure, der Architekten und der Techniker (REG) fallen unter Artikel 1 Buchstabe d erster Gedankenstrich der Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 (Abl. Nr. L 19 vom 24.1.1989, S. 16) über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, soweit sie die Voraussetzungen des Artikels 1 Buchstabe a dieser Richtlinie erfüllen.

zu Anhang IX
Bis zum 1. Januar 1993 stellen Finnland, Island und Norwegen jeweils ein Verzeichnis der Nichtlebensversicherungsunternehmen auf, die von den Anforderungen der Artikel 16 und 17 der Richtlinie 73/239/EWG des Rates (ABl. Nr. L 228 vom 16.8.1973, S. 3) freigestellt sind, und übermitteln dieses den anderen Vertragsparteien.

zu Anhang IX
Bis zum 1. Januar 1993 stellt Island ein Verzeichnis der Lebensversicherungsunternehmen auf, die von den Anforderungen der Artikel 18, 19 und 20 der Richtlinie 79/267/EWG des Rates (Abl. Nr. L 63 vom 13.3.1979, S. 1) freigestellt sind, und übermittelt dieses den anderen Vertragsparteien.

zu Anhang XIII
Die Vertragsparteien überprüfen nach einem gemeinsam vereinbarten Verfahren die Richtlinie 91/439/EWG des Rates vom 29. Juli 1991 über den Führerschein, um sie in den Anhang XIII über den Verkehr einzubeziehen.

zu Anhang XIII
Die EFTA-Staaten, die Vertragsparteien des Europäischen Abkommens über die Arbeit des Fahrpersonals im grenzüberschreitenden Kraftverkehr (AETR) sind, machen vor dem Inkrafttreten des Abkommens folgenden Vorbehalt zum AETR geltend:
"Der Verkehr zwischen den Vertragsparteien des EWR-Abkommens gilt als Binnenverkehr im Sinne des AETR, soweit er nicht im Durchgangsverkehr das Hoheitsgebiet eines Drittstaates berührt, der Vertragspartei des AETR ist."
Die Gemeinschaft ergreift die notwendigen Maßnahmen, um die Vorbehalte der EG-Mitgliedstaaten entsprechend zu ändern.

zu Anhang XVI
Artikel 100 des Abkommens findet auf die Ausschüsse im Bereich des öffentlichen Auftragswesens Anwendung.

ABKOMMEN

in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über bestimmte die Landwirtschaft betreffende Vereinbarungen

SCHREIBEN NR. 1

Brüssel, den .....

Herr .....!

Ich beehre mich, auf die Erörterungen über Handelsvereinbarungen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse im Rahmen der Verhandlungen über das EWR-Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich und auf Protokoll 42 im Anhang zum vorgenannten Abkommen Bezug zu nehmen.

Ich bestätige Ihnen hiermit, daß diese Verhandlungen zu folgenden Ergebnissen geführt haben:

I. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über den gegenseitigen Handel mit Käse. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang I dieses Schreibens;

II. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über gegenseitige Zollkontingente für Frucht- und Gemüsesäfte. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang II dieses Schreibens;

III. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über gegenseitige Zollkontingente für bestimmte Weine. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang III dieses Schreibens;

IV. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über gegenseitige Zollkontingente im Schweinefleischsektor. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang IV dieses Schreibens;

V. Zollzugeständnissen Österreichs an die Gemeinschaft. Die Zugeständnisse sind in Anhang V dieses Schreibens aufgeführt;

VI. Ursprungsregeln für die Durchführung der vorgenannten Vereinbarungen und Zugeständnisse. Die Regeln sind in Anhang VI dieses Schreibens aufgeführt.

Dieser Briefwechsel bedarf der Zustimmung durch die Vertragsparteien gemäß ihren eigenen Verfahren.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zustimmung der Regierung der Republik Österreich zum Inhalt dieses Schreibens bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr ....., den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Im Namen des Rates
der Europäischen Gemeinschaften

SCHREIBEN NR. 2

Brüssel, den .....

Herr .....!

Ich beehre mich, den Eingang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

"Ich beehre mich, auf die Erörterungen über Handelsvereinbarungen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse im Rahmen der Verhandlungen über das EWR-Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Österreich und auf Protokoll 42 im Anhang zum vorgenannten Abkommen Bezug zu nehmen.

Ich bestätige Ihnen hiermit, daß diese Verhandlungen zu folgenden Ergebnissen geführt haben:

I. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über den gegenseitigen Handel mit Käse. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang I dieses Schreibens;

II. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über gegenseitige Zollkontingente für Frucht- und Gemüsesäfte. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang II dieses Schreibens;

III. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über gegenseitige Zollkontingente für bestimmte Weine. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang III dieses Schreibens;

IV. einer Vereinbarung zwischen der Gemeinschaft und Österreich über gegenseitige Zollkontingente im Schweinefleischsektor. Der Wortlaut der Vereinbarung findet sich in Anhang IV dieses Schreibens;

V. Zollzugeständnissen Österreichs an die Gemeinschaft. Die Zugeständnisse sind in Anhang V dieses Schreibens aufgeführt;

VI. Ursprungsregeln für die Durchführung der vorgenannten Vereinbarungen und Zugeständnisse. Die Regeln sind in Anhang VI dieses Schreibens aufgeführt.

Dieser Briefwechsel bedarf der Zustimmung durch die Vertragsparteien gemäß ihren eigenen Verfahren.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zustimmung der Regierung der Republik Österreich zum Inhalt dieses Schreibens bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen die Zustimmung meiner Regierung zum Inhalt dieses Schreibens zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr ....., den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Für die Regierung der Republik Österreich

ANHANG I

VEREINBARUNG

zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den gegenseitigen Handel mit Käse

Zur Förderung einer harmonischen Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Republik Österreich unter Berücksichtigung der Erörterungen im Rahmen der Verhandlungen über das EWR-Abkommen beschlossen, folgende neue Vereinbarung über den gegenseitigen Handel mit Käse zu treffen:

1. Österreich und die Gemeinschaft eröffnen die nachstehenden jährlichen Zollkontingente zum Null-Zollsatz:

A. Bei der Einfuhr nach Österreich

Käse des HS-Codes ex 0406 mit Ursprung in der Gemeinschaft, der von einer anerkannten Bescheinigung begleitet ist:

				Jahresmenge (Tonnen)
	0406 30	-	Schmelzkäse, weder gerieben noch in Pulverform	2.000
ex	0406	-	Käse, andere als Schmelzkäse	10.600

A. Bei der Einfuhr in die Gemeinschaft

Käse des HS-Codes ex 0406 mit Ursprung in Österreich, der von einer anerkannten Bescheinigung begleitet ist:

				Jahresmenge (Tonnen)
	0406 30	-	Schmelzkäse, weder gerieben noch in Pulverform	3.750
ex	0406	-	Käse, ausgenommen Schmelzkäse	13.950

2. Österreich verpflichtet sich, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß

   - anerkannte Bescheinigungen nur für die Mengen erteilt werden, deren Ausfuhr in die Gemeinschaft es gemäß Abschnitt B vereinbart hat;

   - die Lizenzen für die Einfuhr nach Österreich regelmäßig so erteilt werden, daß die Einfuhr der vereinbarten Mengen aus der Gemeinschaft nach Österreich tatsächlich erfolgen kann.

     Die diesbezüglichen Bestimmungen, insbesondere die Einzelheiten der Lizenzerteilung, und jede gegebenenfalls vorgenommene Änderung werden der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie den Ausführern und/oder Einführern mitgeteilt.

   Die Gemeinschaft und Österreich tragen dafür Sorge, daß die gegenseitig eingeräumten Vorteile nicht durch andere Einfuhrmaßnahmen gefährdet werden.

3. Österreich und die Gemeinschaft verpflichten sich jeweils, darauf zu achten, daß die von ihren Ausführern angewendeten Preise keine Schwierigkeiten auf dem Markt des Einfuhrlandes hervorrufen.

   Sie kommen in diesem Zusammenhang überein, regelmäßig Preisnotierungen sowie alle sonstigen zweckdienlichen Informationen über den Markt für einheimische und eingeführte Käsesorten auszutauschen.

   Ergeben sich in Verbindung mit den angewendeten Preisen Schwierigkeiten, so finden auf Antrag einer der Vertragsparteien so bald wie möglich Konsultationen mit dem Ziel statt, entsprechende Abhilfemaßnahmen zu treffen.

4. Die beiden Vertragsparteien können sich jederzeit über das Funktionieren dieser Vereinbarung konsultieren und diese erforderlichenfalls im gemeinsamen Einvernehmen vor allem unter Berücksichtigung der Entwicklung der Marktpreise, Erzeugung, Vermarktung und des Verbrauchs von einheimischem oder eingeführtem Käse ändern.

   Insbesondere wenn ein bedeutender Anstieg der Einfuhren von Käse in die Gemeinschaft und/oder nach Österreich festgestellt wird, konsultieren sich die beiden Vertragsparteien auf Antrag einer der Vertragsparteien, um die Möglichkeiten einer Änderung der in dieser Vereinbarung festgesetzten Mengen zu prüfen.

5. Diese Vereinbarung gilt für die Gebiete, für die der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewendet wird, und nach Maßgabe dieses Vertrages einerseits und für das Gebiet der Republik Österreich andererseits.

6. Diese Vereinbarung tritt zum selben Zeitpunkt in Kraft wie das EWR-Abkommen.

   Sollte dieser Zeitpunkt nicht mit dem Beginn des Kalenderjahrs zusammenfallen, so gelten die in Nummer 1 enthaltenen Bestimmungen im ersten Jahr zeitanteilig.

7. Die am 31. Juli 1987 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich betreffend den gegenseitigen Handel mit Käse erlischt, sobald diese Vereinbarung in Kraft tritt.

ANHANG II

VEREINBARUNG

zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über gegenseitige Zollkontingente für Frucht- und Gemüsesäfte

Zur Förderung einer harmonischen Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Republik Österreich unter Berücksichtigung der Erörterungen im Rahmen der Verhandlungen über das EWR-Abkommen beschlossen, folgende Vereinbarung über den gegenseitigen Handel mit Frucht- und Gemüsesäften zu treffen:

1. Österreich eröffnet ein jährliches Zollkontingent zum Null-Zollsatz von 10.000 t für Frucht- und Gemüsesäfte des HS-Codes 2009 mit Ursprung in der Gemeinschaft.

2. Solange Österreich mengenmäßige Beschränkungen bei der Einfuhr von Frucht- und Gemüsesäften anwendet, muß die Menge, die der Gemeinschaft in dem jährlich von Österreich eröffneten Kontingent vorbehalten ist, mindestens dem unter Nummer 1 genannten Kontingent von 10.000 t entsprechen.

3. Die Gemeinschaft eröffnet ein jährliches Zollkontingent zum Null-Zollsatz von 10.000 t für Frucht- und Gemüsesäfte des HS-Codes 2009 mit Ursprung in Österreich, davon höchstens 500 t anderer Saft als Apfel- und Birnensaft.

4. Die Vertragsparteien behalten sich vor, gegebenenfalls einen Preisausgleich für zugesetzten Zucker anzuwenden.

5. Die Vertragsparteien tragen dafür Sorge, daß die gegenseitig eingeräumten Vorteile nicht durch andere Maßnahmen geschmälert werden.

6. Über alle auftauchenden Probleme im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Vereinbarung können auf Antrag einer der Vertragsparteien Konsultationen stattfinden, um bei entsprechendem Einvernehmen die Vereinbarung zu ändern.

7. Diese Vereinbarung gilt für die Gebiete, für die der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewendet wird und nach Maßgabe dieses Vertrages einerseits und für das Gebiet der Republik Österreich andererseits.

8. Diese Vereinbarung tritt zum selben Zeitpunkt in Kraft wie das EWR-Abkommen.

   Sollte dieser Zeitpunkt jedoch nicht mit dem Beginn des Kalenderjahrs zusammenfallen, so gelten die in Nummern 1 und 3 enthaltenen Bestimmungen im ersten Jahr zeitanteilig.

ANHANG III

VEREINBARUNG

zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über gegenseitige Zollkontingente für bestimmte Weine

Zur Förderung einer harmonischen Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Republik Österreich unter Berücksichtigung der Erörterungen im Rahmen der Verhandlungen über das EWR-Abkommen beschlossen, folgende Vereinbarung über den gegenseitigen Handel mit bestimmten Weinen zu treffen:

1. Österreich eröffnet ein jährliches Zollkontingent zum Null-Zollsatz von 150.000 hl für in der Verordnung (EWG) Nr. 823/87 genannte Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete - ausgenommen Schaumwein - mit Ursprung in der Gemeinschaft und in Behältnissen mit einem Inhalt von 2 Litern oder weniger sowie für Retsina in gleich großen Behältnissen; bei Wein und Retsina handelt es sich jeweils um Erzeugnisse der Unterposition ex 2204 21 A des österreichischen Zolltarifs.

2. Solange Österreich mengenmäßige Beschränkungen bei der Einfuhr von Wein anwendet, muß die Menge, die der Gemeinschaft in dem jährlich von Österreich eröffneten Kontingent für Qualitätsweine vorbehalten ist, mindestens dem unter Nummer 1 genannten Kontingent von 150.000 hl entsprechen.

3. Österreich eröffnet ferner ein jährliches Zollkontingent zum Null-Zollsatz von 4.000 hl für in der Verordnung (EWG) Nr. 823/87 genannte Qualitätsschaumweine bestimmter Anbaugebiete mit Ursprung in der Gemeinschaft und in Behältnissen mit einem Inhalt von 2 Litern oder weniger. Dieses Kontingent bezieht sich auf Weine der Unterposition ex 2204 10 des österreichischen Zolltarifs.

4. Die Gemeinschaft eröffnet ein jährliches Zollkontingent zum Null-Zollsatz von 150.000 hl der dem Weingesetz der Republik Österreich von 1985 entsprechenden und unter den KN-Code ex 2004 21 fallenden Qualitätsweine mit Ursprung in Österreich in Behältnissen mit einem Inhalt von 2 Litern oder weniger.

   Bei der Einfuhr von Wein mit Ursprung in Österreich nach Portugal werden jedoch Zölle in gleicher Höhe erhoben, wie sie Portugal gegenüber der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung vom 31. Dezember 1985 anwendet.

5. Ferner eröffnet die Gemeinschaft ein jährliches Zollkontingent zum Null-Zollsatz von 4.000 hl der dem Weingesetz der Republik Österreich von 1985 entsprechenden und unter den KN-Code 2004 10 fallenden Qualitätsschaumweine mit Ursprung in Österreich in Behältnissen mit einem Inhalt von 2 Litern oder weniger.

   Bei der Einfuhr von Qualitätsschaumwein mit Ursprung in Österreich nach Portugal werden jedoch Zölle in gleicher Höhe erhoben, wie sie Portugal gegenüber der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung vom 31. Dezember 1985 anwendet.

6. Die Lieferung von Wein, für den die Zugeständnisse dieser Vereinbarung gelten, wird von der Vorlage einer Einfuhrlizenz abhängig gemacht, die ab dem Zeitpunkt ihrer Erteilung bis zum Ende des vierten darauffolgenden Monats, aber nicht über das Ende des Kontingentjahres hinaus gültig ist. Die Erteilung der Lizenzen wird so gehandhabt, daß die vereinbarten Mengen auch eingeführt werden können. Zu diesem Zweck übermitteln die beiden Vertragsparteien einander regelmäßig Angaben über die Anzahl der erteilten und verwendeten Lizenzen. Ferner wird vereinbart, daß die Erteilung einer Einfuhrlizenz nicht an die Verpflichtung zum Kauf einer bestimmten Menge einheimischer Weine geknüpft werden darf.

   Bei den Weinlieferungen muß außerdem eine Bescheinigung mitgeführt werden, die von einer beiderseitig anerkannten amtlichen Stelle erteilt wurde und aus der hervorgeht, daß die betreffenden Weine den Nummern 1 bis 5 entsprechen. Die beiden Parteien einigen sich darauf, welche Stellen in ein einschlägiges Verzeichnis aufgenommen werden.

   Die Erteilung der Bescheinigungen nach Unterabsatz 2 der vorliegenden Nummer und ihre Überprüfung im Rahmen der Zusammenarbeit der Verwaltungen obliegen den jeweiligen zuständigen Behörden.

7. Die Vertragsparteien tragen dafür Sorge, daß die gegenseitig eingeräumten Vorteile nicht durch andere Maßnahmen gefährdet werden.

8. Über alle auftauchenden Probleme im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Vereinbarung können auf Antrag einer der Vertragsparteien Konsultationen stattfinden. Bei entsprechendem Einvernehmen kann die Vereinbarung geändert werden.

9. Diese Vereinbarung gilt für die Gebiete, für die der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewendet wird, und nach Maßgabe dieses Vertrages einerseits und für das Gebiet der Republik Österreich andererseits.

10. Diese Vereinbarung tritt zum selben Zeitpunkt in Kraft wie das EWR-Abkommen. Sollte dieser Zeitpunkt jedoch nicht mit dem Beginn des Kalenderjahrs zusammenfallen, so gelten die in Nummern 1 bis 5 enthaltenen Bestimmungen im ersten Jahr zeitanteilig.

11. Diese Vereinbarung tritt an die Stelle des am 23. Dezember 1988 unterzeichneten Abkommens in Form eines Notenwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über die gegenseitige Einräumung von Zollkontingenten für bestimmte Qualitätsweine.

ANHANG IV

VEREINBARUNG

zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Österreich über den gegenseitigen Handel im Schweinefleischsektor

Zur Förderung einer harmonischen Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Republik Österreich unter Berücksichtigung der Erörterungen im Rahmen der Verhandlungen über das EWR-Abkommen beschlossen, folgende Vereinbarung für bestimmte Erzeugnisse des Schweinefleischsektors zu treffen:

1. Mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens eröffnen die Gemeinschaft und Österreich auf gegenseitiger Basis jährliche Zollkontingente für folgende Erzeugnisse mit Ursprung in der anderen Vertragspartei:

KN-Code	Nummer des österreichischen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Menge (t)	Einfuhrabgabe
1601 00 91 1601 00 99	ex 1601 A ex 1601 B	) Salami und andere) Würste	200	50% der vollen Abgabe
0210 11 31 0210 19 81	ex 0210 11 ex 0210 19	) Schinken, getrocknet) oder geräuchert	200	50% der vollen Abgabe
0210 12 19	ex 0210 12	Speck, getrocknet oder geräuchert	200	50% der vollen Abgabe

2. Bei den Einfuhren in die Gemeinschaft erfolgt die Verwaltung der jeweiligen Kontingente durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf vierteljährlicher Basis im Rahmen einer Einfuhrlizenzregelung.

3. Sollte jedoch das tatsächliche Inkrafttreten der Vereinbarung nicht mit dem Beginn des Kalenderjahrs zusammenfallen, so werden die unter Nummer 1 genannten Mengen im ersten Jahr zeitanteilig angewendet.

ANHANG V

ZOLLZUGESTÄNDNISSE DER REPUBLIK ÖSTERREICH AN DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens erhebt die Republik Österreich keine Einfuhrzölle mehr auf die nachstehend genannten Erzeugnisse mit Ursprung in der Europäischen Gemeinschaft:

0603	--	Blumen und Blüten sowie deren Knospen, geschnitten, zu Binde- oder Zierzwecken, frisch, getrocknet, gebleicht, gefärbt, imprägniert oder anders bearbeitet:
	10	- frisch: ex 10 - Strelitzia, Anthurium, Protea, Ornithogalum
0709	--	Anderes Gemüse, frisch oder gekühlt:
	30	- Auberginen
	90	- anderes: A - Kürbisse aller Arten: ex A - Zucchini (Courgettes)
0802	--	Andere Schalenfrüchte, frisch oder getrocknet, auch ohne Schalen oder enthäutet:
	(10)	- Mandeln:
	11	-- in der Schale
	12	-- ohne Schale
	(20)	- Haselnüsse (Corylus-Arten):
	21	-- in der Schale
	22	-- ohne Schale
	(30)	Walnüsse:
	31	-- in der Schale
	32	-- ohne Schale
	90	- andere: A - Pinienkerne
0803	00	Bananen, einschließlich Mehlbananen, frisch oder getrocknet
0804	--	Datteln, Feigen, Ananas, Avocadofrüchte, Guaven, Mangofrüchte und Mangostanfrüchte, frisch oder getrocknet:
	20	- Feigen: B - getrocknet
	30	- Ananas
0805	--	Zitrusfrüchte, frisch oder getrocknet:
	10	- Orangen

	20	- Mandarinen (einschließlich Tangerinen und Satsumas); Clementinen, Wilkings und ähnliche Kreuzungen von Zitrusfrüchten
	30	- Zitronen (Citrus limon, Citrus limonum) und Limetten (Citrus aurantifolia)
0806	--	Weintrauben, frisch oder getrocknet:
	20	- getrocknet
0812	--	Früchte, vorläufig haltbar gemacht (z.B. durch Schwefeldioxid oder in Wasser, dem Salz, Schwefeldioxid oder andere vorläufig konservierende Stoffe zugesetzt sind), zum unmittelbaren Genuß nicht geeignet:
	90	- andere: ex 90 - Aprikosen
0813	--	Früchte (ausgenommen solche der Positionen 0801 bis 0806), getrocknet; Mischungen von getrockneten Früchten oder von Schalenfrüchten dieses Kapitels:
	10	- Aprikosen
	50	- Mischungen von getrockneten Früchten oder von Schalenfrüchten dieses Kapitels
0905	00	Vanille
0910	--	Ingwer, Safran, Kurkuma, Thymian, Lorbeerblätter, Curry und andere Gewürze:
	20	- Safran
1211	--	Pflanzen, Pflanzenteile, Samen und Früchte der hauptsächlich zur Herstellung von Riechmitteln oder zu Zwecken der Medizin, Insektenvertilgung, Schädlingsbekämpfung und dergleichen verwendeten Art, frisch oder getrocknet, auch in Stücken, als Pulver oder sonst zerkleinert:
	10	- Süßholzwurzeln
	20	- Ginsengwurzeln
	90	- andere

1509	--	Olivenöl und seine Fraktionen, auch raffiniert, jedoch nicht chemisch modifiziert:
	10	- nicht behandelt
	90	- andere
2002	--	Tomaten, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht:
	10	- Tomaten, ganz oder in Stücken
2005	--	Anderes Gemüse, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht, nicht gefroren:
	70	- Oliven
	90	- anderes Gemüse und Mischungen von Gemüsen:
		A - anderes Gemüse: 3 - Kapern 5 - Artischocken
2008	--	Früchte und andere genießbare Pflanzenteile, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker, anderen Süßmitteln oder Alkohol, anderweit weder genannt noch inbegriffen:
	20	- Ananas (1)
	30	- Zitrusfrüchte (1)
2208	--	Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von weniger als 80 % vol, unvergällt: Branntwein, Likör und andere Spirituosen; zusammengesetzte alkoholartige Zubereitungen der zum Herstellen von Getränken verwendeten Art:
	30	- Whisky: ex 30 - Irish Whiskey (2)
	40	- Rum und Taffia (2)
	90	- andere: ex D - alkoholische Getränke, Eier oder Eigelb und/oder Zucker (Saccharose oder Invertzucker) enthaltend: 1 - Irish cream liqueurs (2) 2 - Ouzo (2)

(1) Vorbehaltlich eines Preisausgleichs für zugesetzten Zucker.
(2) Vorbehaltlich Bedingungen, die von den zuständigen Behörden festzulegen sind.

ANHANG VI

URSPRUNGSREGELN

1. (1) Zur Anwendung des Abkommens gilt ein Erzeugnis als Ursprungserzeugnis der Gemeinschaft oder Österreichs, wenn es vollständig dort gewonnen oder hergestellt worden ist.

(2) Folgende Erzeugnisse gelten als vollständig in der Gemeinschaft oder Österreich gewonnen oder hergestellt:

a) dort geerntete pflanzliche Erzeugnisse;
b) dort geborene und aufgezogene lebende Tiere;
c) Erzeugnisse von dort gehaltenen lebenden Tieren;
d) Waren, die dort ausschließlich aus unter den Buchstaben a bis c genannten Erzeugnissen hergestellt worden sind.

(3) Verpackungsmaterialien und Behältnisse, die ein Erzeugnis enthalten, werden bei der Feststellung, ob dieses Erzeugnis Ursprungseigenschaft besitzt, nicht berücksichtigt; es muß nicht nachgewiesen werden, daß es sich bei diesen Verpackungsmaterialien und Behältnissen um Ursprungserzeugnisse handelt.

2. Unbeschadet des Absatzes 1 gelten die in den Spalten 1 und 2 der Liste in der Anlage aufgeführten Erzeugnisse, die in der Gemeinschaft oder Österreich gewonnen worden sind und Vormaterialien enthalten, die dort nicht vollständig hergestellt worden sind, auch als Ursprungserzeugnisse, sofern die Voraussetzungen von Spalte 3 für die Be- oder Verarbeitung dieser Vormaterialien erfüllt worden sind.

3. (1) Die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Präferenzbehandlung gilt nur für Erzeugnisse, die unmittelbar aus der Gemeinschaft nach Österreich oder aus Österreich in die Gemeinschaft befördert werden, ohne die Gebiete anderer Länder zu berühren. Jedoch kann die Beförderung von Erzeugnissen, die eine einzige Sendung bilden, unter Durchfuhr durch andere Gebiete als die der Gemeinschaft oder Österreichs gegebenenfalls auch mit einer Umladung oder vorübergehenden Einlagerung in diesen Gebieten erfolgen, sofern die Erzeugnisse unter der zollamtlichen Überwachung der Behörden des Durchfuhr- oder Einlagerungslandes verbleiben und dort nur ent- und verladen worden sind oder eine auf die Erhaltung ihres Zustands gerichtete Behandlung erfahren haben.

(2) Der Nachweis, daß die in Unterabsatz (1) genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist den Zollbehörden des Einfuhrlandes gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen zu erbringen.

4. (1) Ursprungserzeugnisse im Sinne dieses Anhangs werden bei der Einfuhr in die Gemeinschaft oder nach Österreich nach Maßgabe des Abkommens behandelt, sofern eine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder eine Erklärung auf der Rechnung gemäß Protokoll 4 Titel V des EWR-Abkommens vorgelegt wird.

(2) In den Papieren gemäß Unterabsatz (1) wird durch Verwendung der Worte "Gemeinschaft" oder "Österreich" in einer der Abkommenssprachen, gefolgt durch die Buchstaben "AGRI" in Klammern, deutlich auf den Ursprung der Erzeugnisse hingewiesen. Bei der Erklärung auf der Rechnung ersetzt vorstehende Angabe den Hinweis auf den "Präferenzursprung des EWR" im Wortlaut der Erklärung in Anlage IV des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen.

(3) Unbeschadet der Unterabsätze (1) und (2) sind die in Anhang I für Käse und Anhang III für Wein genannten Bescheinigungen als gültiger Ursprungsnachweis im Sinne dieses Abkommens zulässig, so daß keine Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder Erklärung auf der Rechnung vorgelegt werden muß.

5. Die Bestimmungen des Titels IV (Zollrückvergütung oder Zollbefreiung), V (Nachweis der Ursprungseigenschaft) und VI (Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen) des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen gelten sinngemäß. Das Verbot der Zollrückvergütung oder Zollbefreiung gemäß den Bestimmungen des Titels IV gilt nur für die Art Vormaterialien, für die das EWR-Abkommen gilt.

ANLAGE

Liste der unter Nummer 2 genannten Erzeugnisse, für die andere Voraussetzungen gelten als das Kriterium "vollständig gewonnen oder hergestellt"

HS-Position	Warenbezeichnung	Ursprung verleihende Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft
(1)	(2)	(3)
ex 0210	Schinken und Speck, getrocknet oder geräuchert	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Positionen 0103, 0203 oder 0210 vollständig erzeugt sind
ex 0406	Käse	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien des Kapitels 4 vollständig erzeugt sind
ex 1601	Salami und andere Würste	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien der Kapitel 1, 2 und 16 vollständig erzeugt sind
ex 2002	Tomaten, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht, ganz oder in Stücken	Herstellen, bei dem alle verwendeten Tomaten des Kapitels 7 oder 20 vollständig erzeugt sind
ex 2005	Oliven, Kapern und Artischocken, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht, nicht gefroren	Herstellen, bei dem alle verwendeten Oliven, Kapern und Artischocken vollständig erzeugt sind

HS-Position	Warenbezeichnung	Ursprung verleihende Be- oder Verarbeitung von Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft
(1)	(2)	(3)
ex 2008	Ananas und Zitrusfrüchte, in anderer Weise zubereitet oder haltbar gemacht	Herstellen, bei dem alle verwendeten Früchte vollständig erzeugt sind
2009	Fruchtsäfte und Gemüsesäfte	Herstellen, bei dem alle verwendeten Vormaterialien in einer anderen Position eingestuft sind als das Erzeugnis. Vollständig in der anderen Vertragspartei gewonnene bzw. hergestellte Vormaterialien der Position 2009 dürfen jedoch verwendet werden
ex 2204	Qualitätswein, auch Qualitätsschaum- oder Retsina-Wein in Behältnissen mit einem Inhalt von 2 l oder weniger	Herstellen, bei dem alle verwendeten Weintrauben und ihre Folgeprodukte vollständig erzeugt sind
ex 2208	Irish Whiskey, Rum und Taffia, Irish cream liqueurs und Ouzo	Herstellen: - aus Vormaterialien, die nicht in der Position 2207 oder 2208 eingestuft sind, und - bei dem alle verwendeten Weintrauben und ihre Folgeprodukte vollständig erzeugt sind

460 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Erläuterungen zum Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen)

sowie

Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der EWG und der Republik Österreich über bestimmte die Landwirtschaft betreffende Vereinbarungen

Band 3

ERLÄUTERUNGEN

zum

ABKOMMEN

über den

EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM

Vorblatt

Problem:

Um von Beginn an im weitestmöglichen Umfang an dem am 1. Jänner 1993 vollendeten einheitlichen Binnenmarkt der EG teilnehmen zu können, ergibt sich für die EFTA-Staaten und somit auch für Österreich die Notwendigkeit, ihre Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) in umfassender Weise zu regeln.

Problemlösung:

Um diesem Problem gerecht zu werden, war eine vertragliche Vereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft erforderlich. Das nunmehr unterzeichnete Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum beinhaltet die weitgehende Verwirklichung des freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie eine enge Zusammenarbeit im Bereich der sogenannten "flankierenden Politiken" (z.B. Forschung und Entwicklung, Umwelt, Bildungswesen und Sozialpolitik).

In dem gleichzeitig zwischen der EWG und der Republik Österreich in Form eines Briefwechsels abgeschlossenen Abkommen über bestimmte die Landwirtschaft betreffende Vereinbarungen räumen die beiden Vertragsparteien einander verschiedene Begünstigungen auf dem Agrarsektor ein.

Die vorliegenden Abkommen können einen Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften jedoch nicht ersetzen.

Alternative:

Abkoppelung Österreichs vom europäischen Integrationsprozeß.

Kosten:

Die finanziellen Auswirkungen werden unter Punkt 1.9 der Erläuterungen ausführlich behandelt.

EG-Konformität:

Vertragspartei sind unter anderem die Europäischen Gemeinschaften.

ERLÄUTERUNGEN ZUM EWR-ABKOMMEN

1. Allgemeiner Teil

1.1. Entstehungsgeschichte des Abkommens
1.2. Ziele des Abkommens
1.3. Aufbau des Abkommens
1.4. Der institutionelle Rahmen
1.5. Die Rechtssetzung im EWR
1.6. Die Einheitlichkeit in der Auslegung des Abkommens
1.7. Aussenhandelspolitische Gesichtspunkte
1.8. Rechtliche Gesichtspunkte
1.9. Finanzielle Auswirkungen

2. Besonderer Teil

2.1. Teil I: Ziele und Grundsätze (Art. 1-7)

2.2. Teil II: Der Freie Warenverkehr (Art. 8-27)
- 2.2.1. Grundsätze
- 2.2.2. Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fischereierzeugnisse
- 2.2.3. Die Zusammenarbeit im Zollbereich und die Förderung des Handels
- 2.2.4. Sonstige Regelungen für den freien Warenverkehr
- 2.2.5. Kohle und Stahl

2.3. Teil III: Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (Art. 28-52)
- 2.3.1. Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige
- 2.3.2. Niederlassungsrecht
- 2.3.3. Dienstleistungen
- 2.3.4. Kapitalverkehr
- 2.3.5. Wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit
- 2.3.6. Verkehr

2.4. Teil IV: Wettbewerbs - und sonstige gemeinsame Regeln (Art.53-65)
- 2.4.1. Vorschriften für Unternehmen
- 2.4.2. Staatliche Beihilfen
- 2.4.3. Sonstige gemeinsame Regeln

2.5. Teil V: Horizontale Bestimmungen im Zusammenhang mit den vier Freiheiten (Art. 66-77)
- 2.5.1. Sozialpolitik
- 2.5.2. Verbraucherschutz
- 2.5.3. Umwelt
- 2.5.4. Statistik
- 2.5.5. Gesellschaftsrecht

2.6. Teil VI: Zusammenarbeit außerhalb des Bereichs der vier Freiheiten (Art. 78-88)

2.7. Teil VII: Bestimmungen über die Organe (Art. 89-114)
- 2.7.1. Struktur der Assoziation
  - 2.7.1.1. EWR-Rat
  - 2.7.1.2. Gemeinsamer EWR-Ausschuß
  - 2.7.1.3. Parlamentarische Zusammenarbeit
  - 2.7.1.4. Zusammenarbeit zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern

2.7.2. Beschlußfassungsverfahren
2.7.3. Homogenität, Überwachungsverfahren und Streitbeilegung
2.7.3.1. Homogenität
2.7.3.2. Überwachungsverfahren
2.7.3.3. Streitbeilegung
2.7.4. Schutzmaßnahmen

2.8. Teil VIII: Finanzierungsmechanismus (Art. 115-117)

2.9. Teil IX: Allgemeine und Schlußbestimmungen (Art. 118-129)

2.10. Erläuternde Verweise auf Protokolle und Anhänge; diverse Briefwechsel erläuternden Charakters

3. Bilaterale Agrarabkommen: Erläuternde Bemerkungen

3.1. Allgemeiner Teil
3.2. Besonderer Teil

4. Beilage: Legistische Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst

1. ALLGEMEINER TEIL

1.1. Entstehungsgeschichte des Abkommens

Das am 2. Mai 1992 in Porto/Portugal zwischen Österreich und den übrigen EFTA-Staaten einerseits und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie deren Mitgliedstaaten andererseits unterzeichnete Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) - im folgenden "Abkommen" genannt - geht auf langjährige Bemühungen der EFTA-Staaten zurück, ihre Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) in umfassender Weise zu regeln und im weitestmöglichen Umfang an dem am 1.Jänner 1993 vollendeten einheitlichen Binnenmarkt der EG teilzunehmen.

Der Ausdruck "Europäischer Wirtschaftsraum" findet sich erstmals in der sogenannten "Luxemburger Erklärung" aus 1984. Diese Erklärung wurde von den Ministern der damaligen 17 EG- und EFTA-Staaten unterzeichnet. Sie zielte hauptsächlich auf eine engere wirtschaftliche Kooperation zwischen EG- und EFTA-Staaten. In der Folge wurden in ca. 30 gemeinsamen Arbeitsgruppen einzelne Themen aufgegriffen. Diese Arbeiten sind aber punktuell geblieben und führten zu keiner umfassenden Lösung. Schon vor der Luxemburger Erklärung hat es immer wieder Versuche gegeben, die in den fünfziger Jahren mit der Gründung der EWG einerseits und der EFTA (Gründung 1960) andererseits aufgetretene wirtschaftliche Spaltung Westeuropas zu überwinden. Dies ist aber nie gelungen.

Das Konzept des EWR geht auf eine programmatische Rede des Präsidenten der EG-Kommission, Jaques Delors, vor dem Europäischen Parlament in Straßburg am 17. Jänner 1989 zurück, nachdem sich gezeigt hatte, daß die bisherigen Formen der Zusammenarbeit (Freihandelsabkommen und Folgeprozeß zur "Luxemburger Erklärung" von 1984) nicht geeignet waren, eine parallele Entwicklung zwischen dem Binnenmarktprogramm der EG und den Beziehungen EG/EFTA zu gewährleisten.

Delors schlug nun eine neue Form der Assoziation mit gemeinsamen Organen vor, die von zwei Pfeilern (EG und EFTA) getragen wird. Ziel des EWR ist die Schaffung eines Wirtschaftsraumes, der den EFTA-Staaten die Teilnahme an den vier Freiheiten des Binnenmarktes und an den flankierenden und horizontalen Politikbereichen ermöglicht. Bezugspunkt dafür war das 1985 von der EG beschlossene Vorhaben, mit Beginn 1993 innerhalb der EG einen Binnenmarkt zu verwirklichen. Dafür sollten alle jene Schranken innerhalb der EG abgebaut werden, die der Verwirklichung der schon in den Gründungsverträgen der EG vorgesehen vier Freiheiten im Wege standen. Diese vier Freiheiten umfassen die **Freiheit des Waren-, des Personen-, des Dienstleistungs- und des Kapitalverkehrs.** Die EG hat sich zu diesem Binnenmarktprogramm unter anderem deshalb entschlossen, um durch eine EG-weite Deregulierung und durch den Abbau nationaler protektionistischer Maßnahmen die Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen maßgeblichen Wirtschaftsmächten auszugleichen.

Im Hinblick darauf, daß der Binnenmarkt mit der Verwirklichung der vier Freiheiten alleine unvollständig bleiben muß, hat sich die Gemeinschaft seit jeher bemüht, die Zusammenarbeit in den sogenannten horizontalen und flankierenden Bereichen zu fördern. Es handelt sich dabei um Sozialpolitik, Gesundheit, Konsumentenschutz, Umweltschutz, kleine und mittlere Unternehmen, Forschung und Entwicklung, Erziehung und Ausbildung, Gesellschaftsrecht, Tourismus und Statistik.

Bereits die Einheitliche Europäische Akte hat u.a. für den Sektor Umwelt, Gesundheit und Konsumentenschutz wichtige Prinzipien aufgestellt, so vor allem, daß in diesen Bereichen von einem hohen Schutzniveau auszugehen ist. Mit dem Vertrag über die Europäische Union sind diese Politikbereiche noch stärker in den Vordergrund gerückt worden; so hat die Gemeinschaft eigene Kompetenzen in den Bereichen Umwelt, Sozialpolitik, Gesundheit und Konsumentenschutz erhalten.

Vor diesem Hintergrund kommt der im Abkommen getroffenen Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft besondere Bedeutung zu: Den EFTA-Staaten wird es nunmehr möglich sein, aktiv auf eine Beschleunigung der europäischen Politik in diesen Bereichen hinzuwirken.

Für die EFTA-Staaten hätte die Verwirklichung eines Binnenmarktprogramms nur innerhalb der EG bedeutet, daß Produkte aus EFTA-Staaten auf den Märkten der EG diskriminiert gewesen wären, daß der Handel innerhalb der Gemeinschaft zu Lasten des Handels mit den EFTA-Staaten zugenommen hätte, daß die EFTA-Staaten ihre Attraktivität als Standorte für Industriebetriebe teilweise verloren hätten und insgesamt in ihrer Entwicklung und in ihren Teilnahmemöglichkeiten in Europa zurückgeblieben wären.

Die Antwort der EFTA auf die Initiative Delors erfolgte dementsprechend schnell und war positiv: Bereits am 15. März 1989 erklärten die Regierungschefs bei einer EFTA-Tagung in Oslo ihre Bereitschaft, mit der EG in exploratorische Gespräche einzutreten. Eine gemeinsame EFTA/EG-Ministerkonferenz in Brüssel am 20. März 1989 beschloß die Aufnahme solcher Gespräche zur Vorbereitung von Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum.

Die österreichische Haltung war sowohl von der loyalen Mitgliedschaft in der EFTA wie auch von seinem eigentlichen Integrationsziel, der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, geprägt: Der EWR stellt einen weitgehenden und nützlichen Zwischenschritt auf dem Weg zum EG-Betritt dar. Der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 14. Juli 1989 hat sich nicht - wie von anderen EFTA-Staaten ursprünglich befürchtet - als hemmend für den EWR-Verhandlungsprozeß erwiesen, sondern im Gegenteil ihm mehr Dynamik verliehen.

Der Verhandlungsprozeß begann am 28. April 1989 mit der exploratorischen Phase, die der Absteckung der Inhalte des Abkommens und der Vorbereitung formeller Verhandlungen auf Grund konkreter Verhandlungsmandate diente. Entsprechend dem Aufbau des Abkommens wurden Arbeitsgruppen für freien Warenverkehr, freien Dienstleistungs- u. Kapitalverkehr, freien Personenverkehr, flankierende und horizontale Politikbereiche (z.B. Forschung und technologische Entwicklung, Erziehung, Umweltschutz, Sozialpolitik) sowie für rechtliche und institutionelle Fragen eingesetzt. Die Koordination und Leitung der Arbeiten lag bei einer "High Level Negotiating Group", in der jeder EFTA-Staat durch einen Chefunterhändler (für Österreich Botschafter Dr. Manfred Scheich, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten) vertreten war.

Obwohl die Zielvorgabe "möglichst weitgehende Verwirklichung des freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- u. Personenverkehrs" lautete, zeigte sich sehr rasch, daß nur Österreich als Beitrittskandidat bereit war, den ganzen Weg zu gehen. Die Mehrzahl der anderen EFTA-Staaten lehnte etwa die Schaffung einer Zollunion ab.

Alle anderen EFTA-Staaten waren ebenso wie die EG nicht bereit, die gemeinsame EG-Agrarpolitik in den EWR einzubeziehen. Als Grundlage für die Verwirklichung der vier Freiheiten im Europäischen Wirtschaftsraum wurde der "acquis communautaire", d.h. der gemeinschaftliche Rechtsbesitzstand anerkannt, der - soweit wie notwendig - in die Rechtsordnung der EFTA-Staaten übernommen werden muß.

Schon in der exploratorischen Phase ergaben sich tiefgreifende Auffassungsunterschiede zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den EFTA-Staaten in der Frage des Entscheidungsprozesses. Während die EFTA-Staaten auf einer echten Mitentscheidung im EWR bestanden, hielt die Gemeinschaft unnachgiebig an der Wahrung ihrer eigenen Entscheidungsautonomie fest. Dennoch waren beide Seiten bereit, Ende Juni 1990 formelle Vertragsverhandlungen aufzunehmen.

Diese formellen Verhandlungen gestalteten sich von Anfang an äußerst schwierig, was auf die ungewöhnliche Aufgabenstellung zurückzuführen war: Die Gemeinschaft wollte ein Vertragswerk schaffen, das die EFTA-Staaten einerseits verpflichtet, zwei Drittel des EG-Rechtes zu übernehmen, jedoch andererseits den EFTA-Staaten keine Ingerenz in die Gemein-

schaftsinstitutionen gestattet. Wie beim Beitritt zur Gemeinschaft sollten allenfalls Übergangsperioden - und die nur in sehr begrenzter Zahl und von kurzer Dauer - zugestanden werden. Daneben gab es unzählige teils sehr schwerwiegende Sachprobleme.

Als schwierigste Verhandlungsfragen blieben letztlich folgende Probleme offen:

- Fisch (Frage des freien Marktzuganges für die EFTA-Staaten in die Gemeinschaft sowie Forderung der Gemeinschaft nach zusätzlichen Fangquoten in den Gewässern der EFTA-Staaten);

- Transit (Weigerung der EG, ein Abkommen abzuschliessen, ohne Lösung für den LKW-Transit der Gemeinschaft durch Österreich und die Schweiz);

- Kohäsionsfonds (die EG forderte von den EFTA-Staaten als Ausgleich für die wirtschaftlichen Vorteile, die diese aus dem Abkommen ziehen, eine finanzielle Leistung für die am wenigsten entwickelten Regionen der Gemeinschaft in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien);

- Institutionelle Fragen (hier galt es, den EFTA-Staaten eine Teilnahme an den EG-Komitees zu ermöglichen und ein Mitwirkungsrecht bei der künftigen Rechtssetzung im Europäischen Wirtschaftsraum zu gewähren, ohne die Entscheidungsautonomie der Gemeinschaft zu beeinträchtigen).

Im 1. Halbjahr 1991 übernahm Österreich turnusgemäß den Vorsitz in der EFTA. Während dieser sechs Monate war Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel als Vorsitzender des EFTA-Rates für die Gesamtführung der EWR-Verhandlungen namens der EFTA-Staaten zuständig, wobei Außenminister Dr. Mock die österreichische Delegation leitete. Am 13. Mai 1991 gelang bei einer gemeinsamen EFTA/EG-Ministertagung in zähen, vielstündigen Verhandlungen zwischen dem österreichischen EFTA-Vorsitz und der luxemburgischen EG-Präsidentschaft sowie Kommissionsvizepräsident Andriessen ein entscheidender Verhandlungsfortschritt: Das institutionelle Vertragskapitel konnte verabschiedet werden, indem man sich auf die Einführung eines Informations- u. Konsultationsmechanismus bei der Fortentwicklung des Gemeinschaftsrechtes sowie die Schaffung eines unabhängigen EWR-Gerichtshofes einigte. Der Versuch, am 18./19. Juni 1991 bei einer weiteren Ministertagung in Luxemburg die Verhandlungen abzuschliessen, mißlang. Unter finnischem Vorsitz wurde am 29./30. Juli 1991 in Brüssel ein zweiter Versuch zur Lösung der verbliebenen Fragen gestartet. Auch diese Konferenz scheiterte jedoch an unüberbrückbaren Gegensätzen in der Fischereifrage.

Am 21./22. Oktober 1991 wurde schließlich beim parallelen Treffen des EG-Ministerrats und der EFTA-Minister in Luxemburg ein dritter Anlauf unternommen. Alle Beteiligten waren sich einig, daß dies die letzte Chance für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluß darstelle. Zunächst wurden vom EG-Verkehrsministerrat die bilateralen Transitverträge der Schweiz und Österreichs mit der Gemeinschaft genehmigt. Damit war für die Gemeinschaft eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein EWR-Abkommen erfüllt. In 15-stündigen Verhandlungen konnten dann auch Kompromißlösungen in der Fischfrage und beim EFTA-Kohäsionsfonds gefunden werden, wodurch ein erfolgreicher Abschluß der Verhandlungen ermöglicht wurde.

Die für den 18. November 1991 vorgesehene Paraphierung des Abkommens mußte jedoch in letzter Minute verschoben werden: Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH), welcher bereits im August 1991 von der EG-Kommission gemäß Art.228, Abs.2 EWG-Vertrag um ein Gutachten hinsichtlich der Vereinbarkeit der die EWR-Gerichtsbarkeit betreffenden Bestimmungen des Abkommensentwurfes mit dem EWG-Vertrag ersucht worden war, stellte an die Kommission und die Mitgliedstaaten eine Reihe von Gegenfragen, die von der Sorge um die Erhaltung der institutionellen Autonomie und der rechtlichen Homogenität der Gemeinschaft sowie des Rechtsprechungsprimats des Europäischen Gerichtshofes geprägt waren. Zur Behandlung dieser Fragen wurde am 26. November 1991 am Sitz des EuGH in Luxemburg eine Anhörung abgehalten, bei der die EG-Kommission und die EG-Mitgliedstaaten Stellung nehmen konnten. Belgien, Spanien und das Vereinigte Königreich gaben schriftlich Stellungnahmen ab. In seinem am 14. Dezember 1991 vorgelegten ausführlichen Gutachten 1/91 gelangte der EuGH

zu dem Schluß, daß das System der gerichtlichen Kontrolle, welches der vorliegende Vertragsentwurf vorsah, mit dem EWG-Vertrag unvereinbar ist.

Infolge der rechtlichen und politischen Verbindlichkeit dieser Stellungnahme für die Gemeinschaft mußte versucht werden, die betroffenen Abkommensbestimmungen entsprechend anzupassen. Dies geschah im wesentlichen in der Form, daß der ursprünglich geplante EWR-Gerichtshof durch ein politisch-administratives Streitbeilegungsverfahren im Gemeinsamen EWR-Ausschuß sowie - auf EFTA-Seite - durch einen EFTA-Gerichtshof ersetzt wurde. Für die Wettbewerbskontrolle wurde ein Überwachungssystem eingeführt, das in Form von zwei Pfeilern arbeitet: einerseits die EG-Kommission und der EuGH, andererseits eine zu schaffende EFTA-Überwachungsbehörde und ein EFTA-Gerichtshof.

Schließlich wurde vereinbart, daß zur Lösung von Konflikten über die Dauer und Proportionalität von Ausgleichsmaßnahmen ein EWR-Schiedsgericht angerufen werden kann.

Nach Durchführung dieser Anpassungen konnten die Verhandlungen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) am 14.2.1992 in Brüssel abgeschlossen und von den Chefverhandlern eine "Gemeinsame Erklärung über den Abschluß der EWR-Verhandlungen" unterzeichnet werden.

Der von der EG-Kommission noch im Februar neuerlich um ein Gutachten zur Vereinbarkeit der in dieser Weise neu verhandelten Bestimmungen des Abkommens ersuchte EuGH gelangte in seinem Gutachten 1/92 vom 10. April 1992 zu dem Schluß, daß die Bestimmungen des Abkommens über die Streitbeilegung mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vereinbar sind, soweit der Grundsatz, daß die vom Gemeinsamen Ausschuß getroffenen Entscheidungen nicht der Rechtssprechung des Gerichtshofes zuwiderlaufen dürfen, in einer für die Vertragsparteien verbindlichen Form zum Ausdruck gebracht wird.

Nachdem dieser vom EuGH geforderten Klarstellung entsprochen worden war (siehe die Erläuterungen zu Protokoll 48), stand der am 14. April 1992 erfolgten Paraphierung des Abkommens und seiner nachfolgenden Unterzeichnung (am 2. Mai 1992 in Porto) nichts mehr im Wege.

1.2. Ziele des Abkommens

Ziel des Abkommens ist die weitgehende Verwirklichung des freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie eine enge Zusammenarbeit im Bereich der sogenannten "flankierenden Politiken" (z.B. Forschung und Entwicklung, Umwelt, Bildungswesen und Sozialpolitik) auf der Grundlage des gemeinschaftsrechtlichen Primär- und Sekundärrechtes, und auf diesem Wege die Errichtung eines dynamischen und einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraumes, der auf gemeinsamen Regeln und gleichen Wettbewerbsbedingungen beruht.

Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind neben dem allgemeinen Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsbürgerschaft insbesondere der Abbau von direkten und indirekten Hindernissen für die Verwirklichung der "vier Freiheiten", die Einrichtung eines Mechanismus zur Bekämpfung von Wettbewerbsverzerrungen, angemessene Rechtsangleichung zwischen den Vertragsparteien sowie die Schaffung der für das Funktionieren des Abkommens erforderlichen Institutionen.

Um die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraumes und damit die Verwirklichung binnenmarktähnlicher Verhältnisse zwischen den Vertragsparteien tatsächlich sicherzustellen, wurden die materiell-rechtlichen Bestimmungen des Abkommens, sofern sie auch vom EG-Recht abgedeckte Bereiche betreffen, inhaltlich möglichst gleichartig mit den Bestimmungen des gemeinschaftlichen Primär- und Sekundärrechtes gestaltet.

So entsprechen die diesbezüglichen, im Hauptteil des Abkommens enthaltenen grundlegenden Bestimmungen im wesentlichen den analogen Bestimmungen des EWG-Vertrages (EG-Primärrecht).

Darüber hinaus sind die für das Abkommen relevanten und für seine Zwecke angepaßten Rechtsakte des EG-Sekundärrechtes, auf die in den Anhängen zum Abkommen verwiesen wird, Bestandteil des Abkommens und als solche von den EFTA-Staaten in ihre Rechtsordnung zu übernehmen.

In den Anhängen wird nur auf jene EWR-relevanten Rechtsakte des EG-Sekundärrechtes verwiesen, die bis zum Stichtag 31.7.1991 im Amtsblatt der EG kundgemacht wurden.

Zwischen dem 31.7.1991 und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens ergangene EWR-relevante Rechtsakte des EG-Sekundärrechtes werden von den Vertragsparteien durch eine entsprechende Änderung der relevanten Anhänge des Abkommens berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der mit der Übernahme des "acquis communautaire" in die österreichische Rechtsordnung verbundenen legistischen Fragen siehe die den Erläuterungen angeschlossene Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst, GZ. 671.804/28-V/8/91.

1.3. Der Aufbau des Abkommens

Das Bemühen, das Abkommen dem EWG-Vertrag weitgehend nachzugestalten, hat auch beim Aufbau des Abkommens seinen Niederschlag gefunden.

Der auf die Präambel folgende Hauptteil des Abkommens ist wie folgt gegliedert: Teil I Ziele und Grundsätze, Teil II Freier Warenverkehr, Teil III Freizügigkeit, freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, Teil IV Wettbewerbs- und sonstige gemeinsame Regeln, Teil V Horizontale Bestimmungen im Zusammenhang mit den vier Freiheiten, Teil VI Zusammenarbeit außerhalb des Bereichs der vier Freiheiten, Teil VII Bestimmungen über die Organe, Teil VIII Finanzierungsmechanismus, Teil IX Allgemeine und Schlußbestimmungen.

Der Hauptteil des Abkommens wird durch eine Vielzahl von Protokollen und Anhängen, die einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden, sowie durch gemeinsame und ein- oder mehrseitige Erklärungen der Vertrgsparteien sowie ein Verhandlungsprotokoll ("Agreed Minutes") ergänzt.

Protokolle

In den 49 verschiedenen Protokollen werden die Bestimmungen des Hauptteils des Abkommens ergänzende bzw. präzisierende Regelungen, wie Bestimmungen über die Aufrechterhaltung bestehender Verträge oder spezielle Organisations- und Verfahrensvorschriften, festgehalten.

Anhänge

In den 22 Anhängen werden - überwiegend im Wege genereller Verweisungstechnik - alle für den EWR relevanten sekundären EG-Rechtsvorschriften mit den entsprechenden Anpassungen nach Sachbereichen geordnet aufgelistet bzw. wiedergegeben. Die Übernahme dieser gemeinschaftlichen Sekundärrechtsakte, insbesondere deren Anpassung an die EWR-Rahmenbedingungen, erwies sich aus rechtstechnischer Sicht als schwierige Aufgabe, da zahlreiche gemeinschaftsbezogene, institutionelle, aber auch materiell-rechtliche Bestimmungen im EG-Sekundärrecht an die geänderten institutionellen und rechtlichen Gegebenheiten im EWR angepaßt werden mußten. Auf Grund der gewählten Verweisungstechnik wird in den Anhängen lediglich auf den Titel der einschlägigen Gemeinschaftsrechtsakte und deren Fundstelle im Amtsblatt der EG verwiesen. Auch sind - sofern erforderlich - nur spezifische Anpassungen (z.B. Übergangsfristen) vorgesehen. Horizontale EWR-Anpassungen, d.h. solche, die für alle Sekundärrechtsakte gelten, sind in einem eigenen Protokoll (Protokoll 1) geregelt.

Für eine Änderung der in den Anhängen enthaltenen Rechtsvorschriften (EWR-Sekundärrecht) sowie mancher Protokolle ist ein besonderes Rechtssetzungsverfahren vorgesehen.

Die Anhänge, einschließlich der Rechtsakte, auf die in den Anhängen verwiesen wird, sowie die Protokolle sind integrierende Bestandteile des Abkommens.

Erklärungen

Gemeinsame Erklärungen ("joint declarations")

Gemeinsame Erklärungen sind von den Vertragsparteien anläßlich der Unterzeichnung förmlich abgegebene übereinstimmende Erklärungen zur Auslegung und/oder Anwendung des Abkommens (z.B. betreffend Wettbewerbsregeln). Sie sind vom Willen aller Vertragsparteien getragen und daher völkerrechtlich als verbindliche Zusatzvereinbarungen zum Abkommen zu verstehen, die dessen Inhalt ergänzen und erläutern. Das gleiche gilt für die dem Abkommen beigefügten

ein- oder mehrseitigen Erklärungen ("declarations"),

zu denen von keiner Vertragspartei eine Gegenerklärung abgegeben wurde sowie für das

Verhandlungsprotokoll ("agreed minutes"),

in welchem von den Vertragsparteien im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Abkommens zu einzelnen Bestimmungen desselben eine bestimmte Auslegung sowie Absichtserklärungen und Handlungsmaximen für die künftige Vorgangsweise der Vertragsparteien und der Organe des Abkommens festgehalten werden.

1.4. Der institutionelle Rahmen

Im institutionellen Rahmen sind im EWR folgende Einrichtungen vorgesehen:

Gemeinsame Organe:

EWR-Rat

Der auf Ministerebene (Mitglieder des EG-Rates, der EG-Kommission und der EFTA-Regierungen) gebildete EWR-Rat tagt mindestens zweimal jährlich. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die politischen Impulse für die Durchführung des Abkommens zu geben und die allgemeinen Leitlinien für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß festzulegen. Darüberhinaus trifft er die politischen Entscheidungen, die zu Änderungen des Abkommens führen. Die Beschlußfassung im EWR-Rat erfolgt im Einvernehmen zwischen der Gemeinschaft einerseits und den EFTA-Staaten andererseits.

Der Gemeinsame EWR-Ausschuß

Aufgabe des - auf hoher Beamtenebene der Vertragsparteien - gebildeten EWR-Ausschusses ist es, die ordnungsgemäße Durchführung und das reibungslose Funktionieren des Abkommens zu gewährleisten sowie in den im Abkommen vorgesehenen Fällen - u.a. im Bereich der EWR-Rechtssetzung bzw. im Zusammenhang mit der Abänderung des in den Anhängen enthaltenen Sekundärrechtes - Beschlüsse zu fassen. Der Gemeinsame Ausschuß faßt seine Beschlüsse im Einvernehmen zwischen der Gemeinschaft einerseits und den mit einer Stimme sprechenden EFTA-Staaten andererseits. Im Gemeinsamen Ausschuß finden u.a. auch die Beratungen zwischen den Vertragsparteien bei Anrufung von Schutzklauseln statt.

EWR-Aufsichtsorgane

Die Überwachung der Vertragsdurchführung erfolgt für den EG-Bereich durch die EG-Kommission, für den EFTA-Bereich durch ein von den EFTA-Staaten einzusetzendes unabhängiges EFTA-Überwachungsorgan (sog. "2-Pfeiler-Modell"). Beide Überwachungsorgane arbeiten hinsichtlich der Zuständigkeitsfrage zusammen, tauschen Informationen aus und konsultieren einander in Fragen der Überwachungspolitik in Einzelfällen. Bei Meinungsverschiedenheiten kann der Gemeinsame EWR-Ausschuß angerufen werden.

Zu unterscheiden sind die Sachbereiche der Allgemeinen Überwachung einerseits sowie der Überwachung im Wettbewerbs- und Beihilfenrecht, sowie im Beschaffungswesen andererseits. Im Bereich des Wettbewerbsrechts können Rechtsunterworfene unmittelbar Entscheidungsadressaten sein.

Die Tätigkeit der EWR-Überwachungsorgane unterliegt der gerichtlichen Kontrolle, wobei die EG-Kommission der Kontrolle durch den EuGH, das "EFTA-Überwachungsorgan" der Kontrolle durch den von den EFTA-Staaten einzusetzenden EFTA-Gerichtshof unterliegen, der u.a. auch für die Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten zwischen EFTA-Staaten aus dem Abkommen zuständig ist und von den Gerichten der EFTA-Staaten mit Fragen der Auslegung des Abkommens befaßt werden kann (siehe die Erläuterungen im Besonderen Teil zu Artikel 108).

Die Errichtung des EFTA-Überwachungsorgans und des EFTA-Gerichtshofes ist in einem eigenen, nur von den EFTA-Staaten abzuschließenden Abkommen vorgesehen, das parallel zum Abkommen unterzeichnet wurde und dem Nationalrat gesondert zur Genehmigung vorgelegt wird. Gleichzeitig wurde ein weiteres Abkommen unterzeichnet, das verschiedene Aspekte der Zusammenarbeit der EFTA-Staaten im EWR regelt, nämlich das Abkommen betr. einen Ständigen Ausschuß der EFTA-Staaten, das dem Nationalrat ebenfalls gesondert zur Genehmigung vorgelegt wird.

Der Gemeinsame parlamentarische EWR-Ausschuß,

der sich zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und aus Mitgliedern der Parlamente der EFTA-Staaten zusammensetzt, dient der Zusammenarbeit der Parlamentarier und soll den Dialog zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten auf den von diesem Abkommen erfaßten Gebieten fördern. Zu diesem Zweck soll er Stellungnahmen in Form von Berichten oder Entschließungen abgeben.

Der Beratende EWR-Ausschuß,

der zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Gemeinschaft und aus Mitgliedern des Beratenden Ausschusses der EFTA besteht, dient der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern und soll die Kontakte zwischen den Sozialpartnern der beiden Seiten intensivieren, um das Bewußtsein für die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der wachsenden wechselseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften und ihrer Interessen im Gesamtgefüge des EWR zu stärken.

1.5. Rechtsetzung im EWR

Im Stadium der Entscheidungsvorbereitung zieht die EG-Kommission bei der Ausarbeitung neuer, für den EWR relevanter EG-Rechtsvorschriften EFTA-Experten ebenso heran wie EG-Experten. Kopien der an den EG-Rat gerichteten Kommissionsvorschläge werden den EFTA-Staaten übermittelt. Hierauf findet vor der EG-internen Beschlußfassung ein Informations- und Konsultationsprozeß der Vertragsparteien im Gemeinsamen EWR-Ausschuß statt.

So bald wie möglich nach Erlaß der entsprechenden neuen Rechtsvorschriften durch die Gemeinschaft faßt der Gemeinsame EWR-Ausschuß den Beschluß zur Änderung des entsprechenden Anhanges zum Abkommen.

Soweit die Vertragsparteien verfassungsrechtlich hiefür ein besonderes Verfahren vorgesehen haben, erfolgt ein völkerrechtliches Inkrafttreten eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses erst nach Mitteilung der Erfüllung der betreffenden verfassungsrechtlichen Erfordernisse.

Bei Nichteinigung über eine Beschlußfassung zur Änderung eines Anhanges zum Abkommen (nach Ablauf von sechs Monaten), ferner im Fall eines Einwandes gegen eine provisorische Beschlußanwendung und bei Ratifikationsverweigerung gelten die von dem in Rede stehenden Beschluß betroffenen Teile eines Anhanges als von Rechts wegen suspendiert (teilweise Aussetzung des Vertrages).

1.6. Die Einheitlichkeit in der Auslegung des Abkommens (Homogenität)

Unbeschadet der künftigen Entwicklung der Rechtssprechung wird die für den EWR relevante EuGH-Judikatur zum Zeitpunkt der Unterzeichnung durch eine besondere Bestimmung des Abkommens (Artikel 6) zur Auslegungsgrundlage des einschlägigen EWR-Rechtes gemacht.

Um eine auch pro futuro möglichst einheitliche Auslegung des Abkommens zu gewährleisten, sieht Artikel 105 desselben daher eine "Rezeption" der neuen Rechtssprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften durch Maßnahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vor, die dann Bestandteil der im gesamten EWR geltenden Regeln sein wird. Zu diesem Zweck verfolgt der Gemeinsame EWR-Ausschuß ständig die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und des EFTA-Gerichtshofes und ergreift die notwendigen Maßnahmen. Da der Gemeinsame EWR-Ausschuß einvernehmlich handelt, finden die Verfahren für die Streitbeilegung Anwendung, falls die EFTA-Seite einer neuen Rechtsprechung des Gerichtshofes nicht zustimmen kann (siehe im Besonderen Teil zu Artikel 111).

1.7. Außenhandelspolitische Gesichtspunkte

Die Idee des EWR ist im Zusammenhang mit dem weltweiten Trend zur Schaffung regionaler Subsysteme wie etwa die geplante Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA und die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftszone APEC zu sehen. Diese Entwicklung kommt in der Regel auf Grund des vermehrten Handels auch außenstehenden Drittstaaten zugute, wenn auch das Problem einer einseitigen Ausrichtung auf Europa - im EWR werden fortan 70% des europäischen Handels durchgeführt werden - nicht aus den Augen verloren werden darf. Diese Entwicklung ist unbedenklich, wenn sie den GATT-Kriterien für die Bildung von Freihandelszonen entspricht.

Die Vertragsparteien des GATT anerkennen im Artikel XXIV, daß es wünschenswert ist, durch freiwillige Vereinbarungen zur Förderung der wirtschaftlichen Integration der teilnehmenden Länder eine größere Freiheit des Handels herbeizuführen. Demgemäß eröffnet das GATT die Möglichkeit, daß Gebiete von Vertragsparteien zu Zollunionen oder Freihandelszonen zusammengeschlossen werden.

Die Vertragsparteien des Abkommens sind bereits durch entsprechende Vereinbarungen zu Freihandelszonen zusammengeschlossen und zwar die EFTA-Staaten untereinander durch das multilaterale EFTA-Übereinkommen sowie die einzelnen EFTA-Staaten durch bilaterale Freihandelsabkommen mit der EWG einerseits sowie der EGKS und deren Mitgliedsstaaten andererseits.

Wie in der Folge noch näher erläutert wird, geht das Abkommen über die klassischen bilateralen Freihandelsabkommen und das multilaterale EFTA-Übereinkommen hinaus und stellt sich sohin im Sinne des Art. XXIV GATT als eine Weiterentwicklung bestehender Freihandelsregelungen dar.

Der Sektor Kohle und Stahl wurde aufgrund des Interesses einzelner EFTA-Staaten, insbesondere auch Österreichs, in die EWR-Regelungen einbezogen. Im Gegensatz zu den Verhandlungen über die Freihandelsabkommen vom 22.7.1972 wurde somit bei den Verhand-

lungen über das Abkommen davon Abstand genommen, zwei getrennte Vertragswerke, u.z. für den durch den Vertrag zur Gründung der EWG vom 25.3.1957 geschaffenen Wirtschaftsbereich einerseits und für den durch den Vertrag über die Gründung der EGKS vom 18.4.1951 geschaffenen Wirtschaftsbereich andererseits, vorzusehen.

Aufgrund dieser Einbeziehung des EGKS-Sektors, aber auch einiger anderer Regelungen, in denen die EWG bzw. die EGKS nicht allein zuständig ist, sondern gemäß dem EWG-Vertrag bzw. dem EGKS-Vertrag Kompetenzen bei den EG-Mitgliedsstaaten verblieben (siehe auch die Erläuterungen zu Art. 2), ist das somit "gemischte" Abkommen nicht nur mit den anderen EFTA-Staaten und der Gemeinschaft, sondern auch mit den Mitgliedsstaaten der letzteren abzuschließen. Infolgedessen bedarf es auch der Ratifikation durch alle diese Vertragsparteien.

Abgesehen davon, daß der EWR auch bei den flankierenden und horizontalen Politiken zwar eine weitgehende, aber eben nicht - wie im Falle eines EG-Beitritts - volle Einbindung in die Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungsprozesse der EG-Institutionen bringt, konnten die wesentlichen Ziele der EFTA-Staaten bei den Verhandlungen durchgesetzt werden (siehe Teil VI der Erläuterungen). Dennoch mußten auch hier in einzelnen Bereichen von den ursprünglichen Vorstellungen Abstriche gemacht werden: So konnte z.B. eine EWR-weite Gleichstellung bei den Studiengebühren nicht erreicht und eine Teilnahme an allen EG-Programmen im Bereich Erziehung und Ausbildung erst ab 1.1.1995 erzielt werden; auch konnte z.B. im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen die Gleichstellung der Korrespondenzzentren in EFTA-Staaten mit den Euro-Info-Centren der EG nicht verbindlich festgelegt werden.

Im Hinblick auf den weit über ein Freihandelsabkommen hinausgehenden Charakter des EWR-Abkommens wird dieses in seinem Artikel 1 folgerichtig auch als "Assoziationsabkommen" bezeichnet. Rechtsgrundlage für seinen Abschluß ist sohin gemeinschaftsseitig Art. 238 EWG-V und nicht, wie im Falle der Freihandelsabkommen, Art. 113 EWG-V.

Gleichzeitig mit dem Abkommen wurde zwischen der Republik Österreich und der EWG ein Briefwechsel betreffend sektorielle Vereinbarungen geschlossen. Darin räumen die beiden Vertragsparteien einander verschiedene Begünstigungen auf dem Agrarsektor ein. Es handelt sich bei diesem Briefwechsel um einen gesetzändernden Staatsvertrag im Sinne der österr. Bundesverfassung, der wegen seines Zusammenhangs mit dem Abkommen gleichzeitig mit diesem dem Nationalrat gemäß Artikel 50 B-VG zur Genehmigung vorgelegt wird (siehe auch Absatz 6 der Erläuterungen zu Teil II).

1.8. Rechtliche Gesichtspunkte

1.8.1. Gesetz- und verfassungsändernde Bestimmungen

Das Abkommen ist ein gesetzändernder bzw. gesetzesergänzender sowie ein politischer Staatsvertrag und bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Darüber hinaus enthält das Abkommen verfassungsändernde Bestimmungen. Es sind dies:

Art. 4, Art. 6, Art. 7 lit.a, Art. 62, Art. 102 Abs. 5, Art. 103 Abs. 2, Art. 110 Abs. 1, Art. 110 Abs. 4 und Art. 111 Abs. 4 des Hauptteils sowie Art. 6 des Protokolls 10 und Satz 1 des Protokolls 39 sowie Art. 9 und Art. 10 der in der ersten Eintragung des Abschnitts XIX des Anhangs II zitierten Richtlinie.

Die näheren Ausführungen zum verfassungsändernden Charakter dieser Bestimmungen finden sich im Besonderen Teil bei den Ausführungen zu diesen Bestimmungen. Das Abkommen bedarf aus diesen Gründen der Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 44 Abs. 1 B-VG.

1.8.2. Keine Gesamtänderung der Bundesverfassung

Zu der Frage einer Gesamtänderung der Bundesverfassung durch das Abkommen und damit der Frage des Erfordernisses einer Volksabstimmung über eine besondere bundesverfassungsgesetzliche Abschlußermächtigung zu diesem Abkommen (gem. Art. 44

Abs. 3 B-VG) ist vorweg folgendes festzuhalten: Eine Gesamtänderung der Bundesverfassung wäre dann anzunehmen, wenn durch das vorliegende Abkommen die innerstaatliche Verfassungsordnung so weitgehend geändert würde, daß dadurch Grundprinzipien der österreichischen Bundesverfassung beeinträchtigt wären. Dies trifft jedoch - wie den folgenden Ausführungen zu entnehmen ist - nicht zu.

A. Keine Übertragung von Rechtsetzungsbefugnissen

1. Übernahme des "acquis communautaire":

Das Abkommen wird - als gesetzändernder Staatsvertrag - gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG zur Gänze **dem Nationalrat und dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt** werden. Die dadurch bedingte Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstandes (sog. "acquis communautaire") erfolgt somit durch die hiefür zuständigen Organe der Bundesgesetzgebung in dem nach dem Bundes-Verfassungsgesetz hiefür vorgesehenen Verfahren. Eine Volksabstimmung wegen der Übernahme des acquis communautaire in das österreichische Recht ist daher - mangels Berührung eines Grundprinzips der Bundesverfassung - nicht erforderlich.

2. Künftige Fortentwicklung von EWR-Recht:

Änderungen des Hauptteils des Abkommens sowie bestimmter Protokolle hiezu (z.B. des Protokolls 43 betreffend den Vorrang des Transitabkommens Österreich-EWG vor dem EWR-Recht) haben durch Abschluß formeller völkerrechtlicher Verträge zwischen den Vertragsparteien des Abkommens zu erfolgen. Auch diesfalls ist die **innerstaatliche Genehmigung durch Nationalrat und Bundesrat** im Ratifikationsverfahren erforderlich.

Für Änderungen der Anhänge sowie der übrigen Protokolle zum Abkommen (für die nicht das soeben dargestellte formelle völkerrechtliche Vertragsänderungsverfahren zur Anwendung kommt) gilt - abgekürzt dargestellt - folgendes Verfahren (siehe die ausführliche Darstellung zu den Art. 97 bis 104):

- Wenn der EG-Rat eine für den EWR relevante Rechtsvorschrift (insbesondere EG-Richtlinie, EG-Verordnung) beschließt, ist **EFTA-intern nach dem Konsensprinzip** (hier kommt Österreich somit ein **Vetorecht** zu!) zu entscheiden, ob diese EG-Rechtsvorschrift auch zum Inhalt eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses gemacht werden soll.
- Ein anschließender Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (hiefür ist Einstimmigkeit erforderlich) kann, soweit dies verfassungsrechtlich erforderlich ist, gemäß Art. 103 Abs. 1 des Abkommens einer innerstaatlichen Ratifikation einschließlich der **Genehmigung durch den Nationalrat und den Bundesrat** vorbehalten werden.

Österreich hat es somit im Einzelfall in der Hand, von der Möglichkeit nachträglicher Genehmigung eines Beschlusses des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Gebrauch zu machen und dadurch - soweit dies (etwa im Hinblick auf die Ermächtigungsschranken des Art. 9 Abs. 2 B-VG) verfassungsrechtlich geboten ist - von einer Vertragsänderung durch supranationale Willensbildung, also durch für Österreich bindende Rechtsetzung eines internationalen Organs, abzusehen. Insbesondere kann Österreich verhindern, daß in Österreich Regelungen wirksam werden, deren Inhalt aus der Sicht der österreichischen Gesellschafts- und Rechtsordnung abzulehnen wäre (zu Art. 9 Abs. 2 B-VG ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, daß diese Bestimmung sich nur auf "einzelne Hoheitsrechte des Bundes" bezieht, eine pauschale Anwendung auf sämtliche im Abkommen vorgesehenen Beschlußbefugnisse daher nicht in Betracht kommt).

Hiebei soll keineswegs verkannt werden, daß gemäß Art. 102 Abs. 5 und Art. 103 Abs. 5 eine Weigerung Österreichs, einen Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Änderung eines Abkommensanhanges zuzulassen oder zu ratifizieren, äußerstenfalls zur vorläufigen Aussetzung jener Teile des Anhanges führen könnte, die durch diesen Beschluß betroffen wären, und daß Österreich dementsprechend unter Umständen durch Vertragsparteien, die eine

Herbeiführung bzw. ein Inkrafttreten des Beschlusses anstreben, unter Druck geraten könnte. Dessenungeachtet steht jedoch letztlich den zur Vorbereitung oder innerstaatlichen Genehmigung solcher Akte zuständigen österreichischen Organen jedenfalls die Möglichkeit offen, das Zustandekommen oder das Wirksamwerden insbesondere solcher Beschlüsse zu verhindern, die an die Fundamente der österreichischen Verfassungs- und Gesellschaftsordnung rühren. Soweit eine Genehmigung durch Gesetzgebungsorgane notwendig ist (diesbezüglich könnte allenfalls ein vereinfachtes verfassungsrechtliches Verfahren vorgesehen werden), wird die endgültige Entscheidung darüber somit stets dem Bundesgesetzgeber vorbehalten bleiben.

B. Künftige Rechtswirkung von EWR-Recht in der österreichischen Rechtsordnung:

Was die künftigen Rechtswirkungen von EWR-Recht in der österreichischen Rechtsordnung anlangt, so ist zu der Regelung des Art. 3 Abs. 2 des Abkommens folgendes zu bemerken: Diesem besonderen (alle Staatsfunktionen bindenden) Gebot, wonach beispielsweise der Gesetzgeber verhalten ist, keine EWR-widrigen Gesetze zu erlassen, kommt auch im Lichte der gemäß Art. 6 maßgeblichen Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften zu Art. 5 EWG-Vertrag keine die Grundprinzipien der Bundesverfassung berührende Bedeutung zu: In Wahrheit handelt es sich hiebei bloß um die ausdrückliche vertragliche Festschreibung jenes allgemeinen Grundsatzes des Völkerrechts, wonach vertragskonformes Verhalten geboten und jedes vertragswidrige Verhalten zu unterlassen ist. Dieser - für die österreichische Rechtstradition an sich selbstverständliche - Grundsatz ergibt sich bereits aus Art. 9 Abs. 1 B-VG und gilt nicht bloß für das vorliegende Abkommen, sondern für alle völkerrechtlichen Verträge. Das besondere Vertragsgenehmigungsverfahren des Art. 50 B-VG dient daher vor allem auch dazu, dem Gesetzgeber bei gesetzesrangigen Staatsverträgen Gelegenheit zu geben, eine derartige freiwillige Selbstbeschränkung zu akzeptieren oder abzulehnen. Dafür, daß die in Art. 3 Abs. 2 des Abkommens enthaltene Beschränkung von Gesetzgebung und Vollziehung eine Gesamtänderung der Bundesverfassung bewirken würde, gibt es somit keinen Anhaltspunkt.

C. Keine Ermächtigung von EG- bzw. EFTA-Aufsichts- bzw. Gerichtsorganen, die mit Prinzipien der Bundesverfassung unvereinbar wäre

1. Grundlegende Problematik

Unvorgreiflich allfälliger ergänzender Ausführungen im Zusammenhang mit dem EFTA-internen Abkommen betreffend die EFTA-Überwachungsbehörde und den EFTA-Gerichtshof kann festgehalten werden: Die Entscheidungen dieser Organe (Art. 108) wären - mit wenigen Ausnahmen - **nur für die Vertragsparteien bindend** und hätten **keine unmittelbare innerstaatliche Bindungswirkung.** Eine rechtsfortbildende Funktion des EFTA-Gerichtshofes ist weder im EWR-Vertrag noch in dem zitierten EFTA-internen Abkommen vorgesehen. Soweit hingegen dem Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften sowie der EG-Kommission auf Grund des Abkommens bindende Entscheidungsbefugnisse übertragen sind, ist aber folgendes zu bedenken: Diesen Organen kommt nach dem herrschenden Verständnis des Gemeinschaftsrechts und häufiger Praxis offenbar die EG-rechtliche Befugnis zu dynamischer (d.h. vertragsändernder) Rechtsfortentwicklung zu. Nach österreichischem Bundesverfassungsrecht sind Organe der Gerichtsbarkeit (und sonstige Vollziehungsorgane) jedoch nur zur Auslegung und Anwendung von Gesetzen im Einzelfall, nicht jedoch zur Änderung ("Fortentwicklung") von gesetzesrangigen Normen befugt, während die Rechtsfortbildung den (demokratisch legitimierten) Organen der Gesetzgebung vorbehalten ist. Eine Bindung österreichischer Organe an eine künftige Entscheidungspraxis von EG-Organen kommt daher verfassungsrechtlich nur in Betracht, soweit damit keine Rechtsfortbildung verbunden ist. Eine Bindung an rechtsfortbildende Entscheidungen könnte hingegen unter dem Gesichtspunkt des gewaltenteilenden (Trennung zwischen Vollziehung und Gesetzgebung), des rechtsstaatlichen (Vorhersehbarkeit von Rechtsakten) und des demokratischen (demokratische Legitimation) Grundprinzips die Problematik einer Gesamtänderung der Bundesverfassung aufwerfen.

2. Vorabentscheidungen des EuGH

Aus diesem Grund wird Österreich auch nicht von der gemäß Art. 107 in Verbindung mit Protokoll 34 eingeräumten Möglichkeit Gebrauch machen, nationale Gerichte zur Einholung bindender Vorabentscheidungen des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) zu ermächtigen (die im EFTA-internen Abkommen über die EFTA-Überwachungsbehörde und den EFTA-Gerichtshof vorgesehenen Vorabentscheidungen des EFTA-Gerichtshofes werden übrigens nicht bindend sein).

3. Bindende Entscheidungen im Wettbewerbsrecht

Ausnahmsweise könnte in bestimmten **Wettbewerbsangelegenheiten** unmittelbar in die Rechte und Pflichten Einzelner durch die für den EWR vorgesehenen Aufsichts- bzw. Gerichtsorgane eingegriffen werden. Es handelt sich hiebei aus der Sicht der österreichischen Bundesverfassung um bereichsmäßig beschränkte Entscheidungen zwischenstaatlicher Organe, die durch Art. 9 Abs. 2 B-VG bundesverfassungsrechtlich gedeckt sind. Soweit jedoch Wettbewerbsentscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften oder der EG-Kommission auf Grund des Abkommens mit für österreichische Rechtsunterworfene und Vollziehungsorgane bindender Wirkung getroffen werden können, war sicherzustellen, daß die Vollstreckung derartiger Einzelfallentscheidungen in Österreich nicht einer - verfassungswidrigen - Rechtsfortentwicklung dient. Aus diesem Grund hat Österreich mit besonderer, einseitiger Erklärung (einseitige Erklärung Nr. 20, siehe die Erläuterung hiezu) ausdrücklich klargestellt, daß seine Verpflichtung zur Vollstreckung von geldwerten Entscheidungen von EG-Institutionen auf österreichischem Hoheitsgebiet gemäß Art. 110 sich nur auf solche Entscheidungen erstreckt, die von den Bestimmungen des Abkommens voll gedeckt sind. Österreich behält sich somit vor, solche zur innerstaatlichen Vollstreckung anstehenden Entscheidungen von EG-Organen - ungeachtet des Wortlautes der genannten Bestimmung - daraufhin nachzuprüfen, ob sie mit dem Regelungsgehalt des Abkommens (einschließlich der darin verwiesenen EG-Rechtsvorschriften) übereinstimmen, oder ob es sich um einen Akt dynamischer Rechtsfortentwicklung handelt. In einer begleitenden Erklärung (einseitige Erklärung Nr. 21) hat die EG-Seite dem österreichischen Anliegen nicht widersprochen, jedoch ergänzend angedeutet, daß auch (vom Abkommen verwiesenes) EG-Recht Rechtsgrundlage solcher Rechtsakte von EG-Organen sein kann, und sie behält sich vor, Österreich bei Auftreten von Problemen um Konsultationen zu ersuchen.

Durch die oben erwähnte österreichische Erklärung wurde vermieden, daß in dem einzigen Bereich, in dem die Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften bzw. Rechtshandlungen der EG-Kommission mit innerstaatlich bindender Wirkung vollstreckt werden müßten (Zwangsvollstreckung von Entscheidungen über geldwerte Verpflichtungen im Wettbewerbsrecht), eine von der österreichischen Verfassungsordnung nicht vorgesehene dynamische Rechtsfortentwicklung durch hiezu verfassungsrechtlich nicht befugte Organe eintritt.

4. EuGH-Entscheidungen in den Bereichen "Streitbeilegung" und "Homogenität"

Sowohl hinsichtlich allgemeiner Streitfragen zwischen den Vertragsparteien (Art. 111) als auch zur Entscheidung strittiger Auslegungsfragen zwischen EuGH und EFTA-Gerichtshof (Art. 105 Abs. 3 i.V.m. Art. 111) können die Vertragsparteien in bestimmten Fällen vereinbaren, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um eine Entscheidung über die Auslegung einschlägiger Bestimmungen zu ersuchen.

Im Hinblick auf das zweite Gutachten des EuGH zum Abkommen (1/92) haben die Vertragsparteien überdies (zusätzlich zu einer entsprechenden Textpassage in der "Vereinbarten Niederschrift") ausdrücklich im Protokoll 48 vereinbart, daß Entscheidungen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses über Auslegungsfragen gemäß Art. 105 und Art. 111 der Judikatur des EuGH nicht zuwiderlaufen dürfen.

In den genannten Fällen könnte zunächst das Vorliegen der bereits oben angesprochenen Problematik einer Gesamtänderung der Bundesverfassung wegen der - im Einzelfall auch rechtsfortbildenden - Judikatur des EuGH vermutet werden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß sowohl in den Fällen des Art. 105 als auch des Art. 111 die Vertragsparteien zwar an die Rechtsansicht des EuGH gebunden sind, der Gemeinsame EWR-Ausschuß jedoch in beiden Fällen eine endgültige, das jeweilige Verfahren abschließende Entscheidung zu treffen hat. Österreich wird daher in der Lage sein, das Zustandekommen von solchen Beschlüssen in Einzelfällen (z.B. wenn diesen eine rechtsfortbildende Entscheidung des EuGH zugrundeliegt) zu verweigern. Eine Gesamtänderung der Bundesverfassung liegt hier also nicht vor.

5. Schutz der Grundrechte

Hinsichtlich des Grundrechtsschutzes ist davon auszugehen, daß die diesbezügliche Judikatur und Praxis des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften sowie der Organe nach der Europäischen Menschenrechtskonvention in Straßburg auch für die Praxis der Gerichts- und Aufsichtsorgane des EWR Beachtung finden werden. Auf die innerstaatliche Gesetzgebung und Vollziehung in EWR-relevanten Bereichen wird weiterhin das innerstaatliche Grundrechtssystem Anwendung finden.

D. Beschränkter Regelungsbereich des Abkommens

Auch nach dem endgültigen Verhandlungsergebnis wird der EWR **nicht die gesamte EG-Rechtsordnung, sondern nur Teile davon** erfassen. Ausgeschlossen sind beispielsweise alle die Zollunion betreffenden EG-Vorschriften, der Großteil des EG-Landwirtschaftsrechtes und die die gemeinsame Handelspolitik betreffenden EG-Vorschriften, sowie ein wesentlicher Teil der die gemeinsame Verkehrspolitik betreffenden EG-Vorschriften.

E. Übergangscharakter des EWR

In rechtspolitischer Hinsicht bleibt festzuhalten: Der EWR stellt für Österreich lediglich eine **kurzzeitige Übergangsphase** bis zu einer österreichischen EG-Mitgliedschaft dar.

F. Zusammenfassung

Alles in allem: Die verfassungsrechtlichen Konsequenzen einer österreichischen Teilnahme am EWR sind nicht derart gravierend, daß darin eine Gesamtänderung der Bundesverfassung zu sehen wäre, die eine Volksabstimmung bedingte (insbesondere: **keine mit Prinzipien der geltenden Bundesverfassung unvereinbare Abgabe von nationalen Entscheidungsbefugnissen).**

1.8.3. Keine Erlassung von Erfüllungsgesetzen

Weite Teile des Abkommens sind unmittelbar anwendbar; insbesondere verweisen Anhänge unter anderem auch auf EG-Verordnungen, welche gemäß Art. 7 lit.a des Abkommens im innerstaatlichen Bereich unmittelbar anzuwenden sind. Daher kommt eine Beschlußfassung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG betreffend die Erlassung von Erfüllungsgesetzen nicht in Betracht (siehe im übrigen die im Anhang beiliegende Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst). Dies ändert nichts daran, daß die EG-Richtlinien, die durch Verweisung in den Anhängen des Abkommens zum Vertragsbestandteil werden, gemäß Art. 7 lit.b durch besondere Rechtsetzungsakte in innerstaatliches Recht umzusetzen sind (siehe im übrigen die beiliegende Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst).

Die übrigen Bestimmungen des Abkommens - insbesondere dessen Hauptteil und die Protokolle - sind im Zusammenhalt mit bestehenden sowie noch zu erlassenden flankierenden gesetzlichen Regelungen einer Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich.

1.8.4. Aspekte des Föderalismus

Die Länder - und im übrigen auch die Gemeinden - waren in allen Phasen der Verhandlungen eingebunden. Insbesondere wurden diesen Gebietskörperschaften bzw. deren Vertretungen laufend die für sie einschlägigen Verhandlungsunterlagen und Vertragsentwürfe zur Stellungnahme übermittelt. Sie erhielten ferner Gelegenheit zur Teilnahme an den innerösterreichischen Vorbereitungssitzungen. Überdies wurde den Ländern auch ermöglicht, in den sie besonders interessierenden Bereichen Vertreter in die jeweilige österreichische Verhandlungsdelegation zu entsenden. Den Erfordernissen des Art. 10 Abs. 3 B-VG wurde damit jedenfalls entsprochen.

Das Abkommen regelt darüber hinaus auch Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder (dabei ist insbesondere auf die Bereiche der staatlichen Beihilfen, des öffentlichen Beschaffungswesen sowie des Abbaus technischer Handelshemmnisse hinzuweisen) und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG der Zustimmung des Bundesrates.

Da schließlich eine Reihe der oben erwähnten verfassungsändernden Bestimmungen (es sind dies insbesondere Art. 4, Art. 6, Art. 62, Art. 110 Abs. 1, Art. 110 Ab. 4 sowie Art. 111 Abs. 4 des Hauptteils) die Zuständigkeit der Länder zur Gesetzgebung oder Vollziehung einschränken, bedarf das Abkommen gemäß Art. 50 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 44 Abs. 2 B-VG der Zustimmung des Bundesrates mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

1.8.5. Fragen im Zusammenhang mit den Sprachfassungen sowie Kundmachungsfragen

Das Abkommen ist in deutscher Sprache sowie in Dänisch, Englisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Isländisch, Italienisch, Niederländisch, Norwegisch, Portugiesisch, Schwedisch und Spanisch (die übrigen offiziellen Sprachen der EG sowie der anderen EFTA-Staaten) gleichermaßen authentisch. Gegenstand der Genehmigung des Nationalrates sowie des Bundesrates werden daher alle Sprachfassungen sein. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wird jedoch bloß die deutsche Sprachfassung samt Erläuterungen in gedruckter Form vorgelegt. Die übrigen authentischen Sprachfassungen werden in je einem Exemplar zur Auflage in der Parlamentsdirektion zwecks allfälliger Einsichtnahme bereitgestellt (siehe § 23 Abs. 2 Geschäftsordnungsgesetz 1975).

Das Abkommen selbst wird in den authentischen Fassungen der neun EG-Amtssprachen (Dänisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Spanisch und Deutsch) im EG-Amtsblatt kundgemacht werden. Diejenigen Normen des EG-Rechts, die durch Verweisung in den Anhängen des Abkommens zu seinen Bestandteilen werden, sind gleichfalls in den neun offiziellen Sprachen der EG im EG-Amtsblatt aufzufinden. Die Fundstellen dieser EG-Rechtsakte sind aus den jeweiligen Anhängen des Abkommens ersichtlich. Bloß die von den nordischen EFTA-Staaten anzufertigenden Fassungen der so verwiesenen EG-Rechtsakte in ihre Amtssprachen (Finnisch, Isländisch, Norwegisch und Schwedisch) werden aller Voraussicht nach nicht im EG-Amtsblatt oder dessen EWR-Supplement abgedruckt werden.

Für die Kundmachung des Abkommens in Österreich ergibt sich daraus folgendes:

Die Bundesregierung wird - ungeachtet dessen, daß das Abkommen auch in seiner deutschen Fassung authentisch ist und, um allfälligen Zweifeln zuvorzukommen - im Zusammenhang mit anderen, im Hinblick auf den Abschluß des Abkommens erforderlichen flankierenden bundesverfassungsgesetzlichen Regelungen auch eine Regelung (hinsichtlich Art. 49 B-VG) vorbereiten, derzufolge eine Kundmachung im EG-Amtsblatt, soweit dies nach dem Abkommen vorgesehen ist, eine zulässige Kundmachungsform im Sinne des österreichischen Bundesverfassungsrechts darstellt. Ausgehend davon würde es grundsätzlich hinreichen, bloß die deutsche Textfassung des Abkommens im Bundesgesetzblatt abzudrucken und in einer Fußnote auf der Titelseite des Abkommens auf die Rechtsfundstellen des Abkommens in den nicht deutschsprachen Fassungen des EG-Amtsblattes sowie auf die Kundmachung der vier nordischen Sprachfassungen im EWR-Supplement des EG-Amtsblattes hinzuweisen.

Sollte diese Änderung des B-VG zum Zeitpunkt der Beschlußfassung des Nationalrates über das Abkommen noch nicht in Kraft sein, so könnte dasselbe Ergebnis durch einen Beschluß des Nationalrates gemäß Art. 49 Abs. 2 B-VG erreicht werden, wonach die dort vorgesehene zweckentsprechende Kundmachung bezüglich der nicht deutschsprachigen Fassungen des Abkommens im EG-Amtsblatt bzw. in dessen EWR-Supplement sowie der Fassungen des durch das Abkommen zu übernehmenden EG-Rechts in den vier nordischen Sprachen durch öffentliche Auflage erfolgt.

Bezüglich der zuletzt erwähnten nordischen Sprachfassungen des durch das Abkommen zu übernehmenden EG-Rechts wird, da diese aller Voraussicht nach weder im EG-Amtsblatt noch in dessen EWR-Supplement kundgemacht werden, ein Beschluß des Nationalrates gemäß Art. 49 Ab. 2 B-VG zu ihrer Kundmachung durch öffentliche Auflage jedenfalls erforderlich sein.

1.9. Finanzielle Auswirkungen

Die budgetären Auswirkungen des Abkommens auf Österreich ergeben sich:

1) aus direkten rechtlichen Verpflichtungen

2) aus Vertragsbestimmungen, die im Wege entsprechender Umsetzungsmaßnahmen administrative Kosten verursachen

Ad 1)

Unmittelbare budgetäre Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte ergeben sich im wesentlichen aus drei Bestimmungen des Abkommens, für welche Österreich anteilig die Finanzierung übernehmen wird:

a) Einrichtungen von EWR-Institutionen

Die Ausgaben lt. BVA 1992 für EFTA-Institutionen betragen 93 Mio. S. Sie wurden bisher allein vom Bund getragen. Durch den EWR werden zusätzliche Kosten anfallen, und zwar für eine Ausweitung des EFTA-Sekretariates sowie die Einrichtung einer EFTA-Überwachungsbehörde und eines EFTA-Gerichtshofes. Da die EFTA-internen Verhandlungen, vor allem über die personelle Ausstattung, noch nicht abgeschlossen sind, ist eine Quantifizierung derzeit noch nicht möglich. Österreich verfolgt in den Verhandlungen das Ziel einer möglichst sparsamen Ausstattung.

Für die Durchführung der Österreich erwachsenden Aufgaben werden Mehrerfordernisse durch zusätzliches qualifiziertes Personal nicht nur in den Ministerien selbst, sondern auch für eine entsprechende Verstärkung der österreichischen Vertretungen insbesondere in Genf und Brüssel notwendig sein. Auch hier ist es noch nicht möglich, das konkrete Ausmaß der Mehrerfordernisse zu quantifizieren. (Das BMwA etwa rechnet mit 20 qualifizierten Beamten für die Durchführung der Wettbewerbsbestimmungen des Abkommens.)

b) Kohäsionsfonds (siehe Erläuterungen zu Art. 116 und 117 des Abkommens)

Der Anteil Österreichs am Kohäsionsfonds (500 Mio. ECU Zuschuß und 3%iger Zinsenzuschuß zu einem Kreditvolumen von 1,5 Mrd. ECU) beträgt gemäß dem gegenwärtigen EFTA-internen Aufteilungsschlüssel 1.660 Mio. S, d.s. ab 1993 jährlich rd. 340 Mio S über 5 Jahre. Der genaue Betrag wird nach Abschluß der Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und der Europäischen Investitionsbank (EIB), welche die Leistungen des Kohäsionsfonds abwickeln wird, feststehen.

c) Beteiligungen an Programmen und Aktionen der EG

Österreich wird an Programmen und Aktionen in den Bereichen Forschung und Technologie, Soziales, Aus- und Weiterbildung, Jugendarbeit sowie Gesundheit teilnehmen. Die EG-

Programme werden von den EFTA-Staaten anteilig mitfinanziert (Die wichtigsten Modalitäten der Finanzierung der Beteiligungen werden in den Erläuterungen zu Art. 82 dargestellt); dem stehen Rückflüsse an die Teilnehmer an diesen Programmen gegenüber. Insoweit sie an die Stelle von Ausgaben im Rahmen bisher von Österreich finanzierter Programme treten, werden entsprechende budgetäre Entlastungseffekte eintreten. Andererseits werden durch innerösterreichische Begleitprogramme zusätzliche Mehrkosten entstehen, etwa in den Bereichen Gesundheit oder Soziales.

Die Abschätzung der Ausgaben für die Programmbeteiligungen ist mit einigen Unsicherheiten behaftet. Einerseits entwickeln sich die Programme laufend fort; andererseits reduzieren bis zum Inkrafttreten des EWR laufend eingegangene Zusagen zugunsten von EG-Teilnehmern die für eine Teilnahme durch EFTA-Staaten verbleibenden Beträge. Diese Vorbelastungen, die von den EFTA-Ländern nicht mitfinanziert werden, sind letzlich erst bei Inkrafttreten des EWR in genauer Höhe feststellbar.

Vorbehaltlich weiterer Entwicklungen lassen sich die Ausgaben für Programmbeteiligungen dzt. in folgender Höhe abschätzen:

- 3. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung: 1993 und 1994 zusammen maximal 1 Milliarde S (ursprünglicher Gesamtbetrag des 3. Rahmenprogrammes von 1990 - 1994: 5,7 Mrd. ECU). Maßnahmen zur Sicherung einer rationellen innerösterreichischen Abwicklung und einer entsprechenden Unterstützung von Wirtschaft und Forschung werden derzeit geplant.
- Die Beteiligungen an den EG-Sozialprogrammen (BMAS) werden für 1993 auf 25 Mio S geschätzt.
- Die Beteiligung am Programm "Jugend für Europa" (BMUJF) wird für 1993 auf 4 Mio S geschätzt.
- Programme im Bereich der Aus- und Weiterbildung:
  Maßnahmen im Bereich des BMwA, des BMAS und BMUK werden mit bis zu insgesamt 34 Mio. S (1993) veranschlagt, im Bereich des Austausches jugendlicher Facharbeiter mit 5 Mio. S.
- Gesundheit: Die Kosten von Aktionen auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes der Bürger werden für 1993 mit 30 Mio. S geschätzt, jene der innerösterreichischen Begleitmaßnahmen mit 23 Mio. S.

Ad 2)

Das Abkommen setzt in einigen Bereichen neue Rahmenbedingungen, die direkt oder indirekt finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften haben könnten.

Österreich hat entsprechend dem Abkommen Vorkehrungen zu treffen, die beim Verwaltungsaufwand der Gebietskörperschaften teilweise Mehrerfordernisse durch neue Aufgabenstellungen, aber auch Einsparungspotentiale durch eine (teilweise) Verlagerung von Aktivitäten auf die EWR-Ebene mit sich bringen. Vor allem letztere lassen sich kaum quantifizieren. Mehrerfordernisse sind zu erwarten, werden aber teilweise erst im Zuge der Durchführung des Abkommens abschätzbar sein (wie etwa durch steigende Reisetätigkeit).

Neue Aufgabenbereiche bzw. die verstärkte Wahrnehmung bestehender Aufgaben werden in diesen Bereichen zu einem personellen Mehrbedarf führen. In diesem Zusammenhang wird auf den von der Bundesregierung eingerichteten EG-Planstellenpool verwiesen. Darüber hinausreichende Mehrerfordernisse werden durch ressortinterne Umschichtungsmaßnahmen bedeckt werden.

Zu gewissen finanziellen Auswirkungen wird es auch aufgrund einer erforderlichen verstärkten Informationstätigkeit durch Fachressorts kommen.

Bei den bereits jetzt absehbaren Mehrbelastungen lassen sich folgende Beträge abschätzen:

- Die Verpflichtung Österreichs, an den wichtigsten Grenzübergängen die Abfertigung im Versandverfahren durchgehend und andere Abfertigungen mindestens 10 Stunden (an

Samstagen 6 Stunden) durchgehend ohne Kostenersatz vorzunehmen, wird zu Einnahmenausfällen von etwa 100 Mio. S führen.

- Für Kontrolleinrichtungen im phytosanitären Bereich (BMLuF) fallen jährliche Belastungen der Budgets der Gebietskörperschaften in Höhe von etwa 20 Mio. S an, davon 15 Mio. S an Erstausstattungskosten. Weiters ist ein Entfall von Kontrollgebühren in Höhe von netto 3,5 Mio.S zu erwarten.
- Die Kosten im Zusammenhang mit Maßnahmen im Umweltbereich (das im Entwurf vorliegende Umweltinformationsgesetz, die UVP, und das Immissionschutzgesetz) werden bei etwa 16.Mio. S für Investitionen sowie einem laufenden Aufwand von rund 13 Mio. S liegen.
- Die Bundesprüfanstalten für Kraftfahrzeuge werden erweiterte Prüfaufgaben vorzunehmen haben. Eine genaue Kostenabschätzung läßt sich derzeit nicht vornehmen. Aufgrund der erheblich vermehrten Prüfaufgaben im Zusammenhang mit der österreichischen Kraftfahrzeug-Zulieferindustrie ist mit einem signifikanten Mehraufwand zu rechnen, der über 100 Mio S liegen wird.
- Die Neugestaltung des Bundesbahnrechts in Österreich erfolgt in Erfüllung des Koalitionsabkommens; bei dieser Gelegenheit erfolgt jedoch auch gleichzeitig eine Anpassung an das durch den EWR zu übernehmende EG-Recht. Daraus erfolgen Änderungen in der Struktur von Einnahmen und Ausgaben, etwa infolge der Aufhebung gewisser Subventionstarife im Güterverkehr; die endgültigen finanziellen Auswirkungen hängen u.a. von den Möglichkeiten der zukünftigen Tarifgestaltung ab.

Die budgetären Gesamtauswirkungen der Bundesbahnreform hängen im wesentlichen von der Ausgestaltung des derzeit noch in Diskussion befindlichen BundesbahnG 1992 ab. Dessen finanzielle Auswirkungen werden im entsprechenden Gesetzesentwurf darzulegen sein.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Anpassungsvorgänge im Straßenverkehrsbereich (insbesondere Straßengüterverkehr) ist darauf hinzuweisen, daß diese durch den Transitvertrag bestimmt sind und daher im Zusammenhang mit den finanziellen Auswirkungen des Transitvertrages anzuführen sind. Dies gilt auch für die Infrastrukturvorhaben im Eisenbahnbereich und die gemeinwirtschaftlichen Leistungsabgeltungen für den Kombinierten Verkehr, wie sie im Transitvertrag vorgesehen sind.

Zusammenfassung:

Die budgetären Auswirkungen des Abkommens lassen sich nicht vollständig quantifizieren. Teilweise ist dies dadurch bedingt, daß die Beträge erst nach Inkrafttreten des Abkommens feststehen können. In anderen Teilbereichen müssen erst die organisatorischen Vorkehrungen getroffen werden. Es steht jedoch fest, daß die quantitativ bedeutendsten Belastungen der Budgets der Gebietskörperschaften durch den Kohäsionsfonds, die EG-Programmbeteiligungen und die Kosten der EWR-Institutionen erfolgen werden.

Die letztliche Belastung des Bundeshaushaltes aus durch das Abkommen hervorgerufenen Finanzierungserfordernissen hängt auch von entsprechenden Lastenteilungsvereinbarungen zwischen den Finanzausgleichspartnern ab.

Die auf den Bundeshaushalt im Zusammenhang mit der EWR-Mitgliedschaft zukommenden Finanzierungserfordernisse müssen mit der von der Bundesregierung weiterzuführenden Konsolidierung des Bundeshaushaltes in Einklang gebracht werden.

2.1. TEIL I: ZIELE UND GRUNDSÄTZE

Zu Artikel 1

Hier werden in Abs.1 die bereits im Allgemeinen Teil kommentierten Ziele des Abkommens und in Abs.2 die von ihm inhaltlich erfaßten Hauptbereiche angeführt, nämlich die vier Freiheiten des Binnenmarkts unter ausdrücklicher Hervorhebung des Erfordernisses der Herstellung gleicher

Wettbewerbsbedingungen als eine der wesentlichen Grundlagen des neuen Assoziationsverhältnisses sowie die ausdrücklich vereinbarten Zusammenarbeitsbereiche außerhalb der vier Freiheiten. Daß das Abkommen eingangs in Abs.1 als "Assoziationsabkommen" bezeichnet wird, weist es aus EG-Sicht als ein Abkommen im Sinne von Artikel 238 des EWG-Vertrages aus, das von der EG mit dritten Staaten zur Herstellung einer Assoziierung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamem Vorgehen und besonderen Verfahren geschlossen wird, und das auf EG-Seite nach Zustimmung des Europäischen Parlaments (mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder) vom EG-Rat geschlossen wird.

Zu Artikel 2

In diesem Artikel wird eine Begriffsbestimmung von "Abkommen" (lit.a), "EFTA-Staaten" (lit.b) und "Vertragsstaaten" (lit.c) vorgenommen.

Zum Begriff des "Abkommens" wird auf die Ausführungen des Allgemeinen Teils zum Aufbau des Abkommens verwiesen. Neben dem Hauptabkommen, den Protokollen und den Anhängen sind auch die Rechtsakte, "auf die darin verwiesen wird", d.h. alle für den EWR relevanten sekundären EG-Rechtsvorschriften, die in den Anhängen und teilweise in den Protokollen angeführt sind, Teile des Abkommens; und zwar im Sinne der Klarstellung des Artikels 119 (siehe unten) mit den im Abkommen selbst vorgesehenen Anpassungen. Solche Anpassungen sind einerseits in sogenannten "horizontalen" Regelungen vorgesehen, die auf die Gesamtheit des EWR-erheblichen "acquis" anzuwenden sind und insbesondere im Protokoll 1 aufscheinen (siehe hierzu unten zu Artikel 119),oder anderseits in spezifischen Regelungen, die u.a. auf besondere Erfordernisse des jeweiligen Sektors, auf mit einzelnen EFTA-Staaten getroffene Sondervereinbarungen oder auf andere individuelle Faktoren abstellen.

"EFTA-Staaten" im Sinne des Abkommens sind diejenigen Staaten, die einerseits Mitglieder der EFTA und anderseits Vertragsparteien des Abkommens sind. Dies war im Hinblick auf die Möglichkeit klarzustellen, daß Staaten der EFTA angehören, die nicht Vertragsparteien des Abkommens sind; etwa solche Staaten, die künftig der EFTA beitreten und entweder selbst eine Teilnahme am EWR nicht anstreben oder zu dieser nicht zugelassen werden (siehe unten zu Artikel 126); solche Staaten wären ungeachtet ihrer EFTA-Mitgliedschaft nicht "EFTA-Staaten" im Sinne des Abkommens.

Der Begriff "Vertragsparteien" im Abkommen umfaßt auf EG-Seite neben der EG als solcher auch die EG-Mitgliedstaaten; je nach EG-interner Zuständigkeit sind auf EG-Seite entweder die Gemeinschaft oder die Mitgliedstaaten oder Gemeinschaft und Mitgliedstaaten zusammen Vertragsparteien des Abkommens. Die EG-Kommission hat sich in einem späten Stadium der Verhandlungen der von den EG-Mitgliedstaaten mehrheitlich vertretenen Auffassung angeschlossen, daß das Abkommen als sogenannter "gemischter Vertrag" unter formeller Mitwirkung der Mitgliedstaaten auch nach außen (d.h. mit ihrer Unterzeichnung und Ratifizierung) abzuschließen ist, um auf Gemeinschaftsebene sicherzustellen, daß auch alle diejenigen Bereiche des Abkommens kompetenzmäßig erfaßt werden, die nicht eindeutig Gemeinschaftszuständigkeit sind. Dabei handelt es sich jedenfalls um den Handel mit Erzeugnissen aus Kohle und Stahl im Sinne von Kapitel X des EGKS-Vertrags und darüber hinaus um andere Bereiche, darunter solche, bei denen die Zuständigkeitsfrage im Verhältnis zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten nicht eindeutig geklärt ist; so z.B. jene der sozialen Sicherheit (Protokoll 16 mit seinem Verweis auf weiter anzuwendende bilaterale Abkommen während einer Übergangszeit), der Binnenschiffahrt (Protokoll 2o hinsichtlich der Rhein- und Donauschiffahrt als ausschließliche Zuständigkeit bestimmter Staaten) und des geistigen Eigentums (Protokoll 28; hier besteht wegen der durch die EG-Rechtsangleichungsbefugnisse überlagerten Zuständigkeit der Mitgliedstaaten eine zwischen der EG und den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeit); ferner den Bereich des Protokolls 31 (flankierende Politiken außerhalb der vier Freiheiten insbesondere in den Bereichen Umwelt, Erziehung, Bildung und Jugend, Sozialpolitik, Tourismus und Konsumentenschutz) und die

Frage der Weitergeltung bestehender Abkommen, an denen EG-Mitgliedstaaten beteiligt sind (Protokoll 41).

Gemeinschaftskompetenzen der EG sind nach außen von der EG-Kommission zu vertreten, wobei - abgesehen von EG-internen Eigenkompetenzen der Kommission (u.a. in bestimmten Wettbewerbsangelegenheiten) - die einzunehmende Haltung regelmäßig und vor allem in wichtigen Fragen vorher im EG-Rat abzuklären ist. Wenn somit im EWR in den meisten Fällen und insbesondere im Gemeinsamen EWR-Ausschuß die EG-Kommission gegenüber den EFTA-Staaten namens der "Vertragspartei EG" auftreten wird (siehe unten zu Artikel 93 Abs. 1), kann dennoch davon ausgegangen werden, daß ihre Haltung von den Mitgliedstaaten einvernehmlich oder mit Mehrheitsentscheidung bestimmt oder zumindest mitbestimmt wurde. Dies ist vor allem bei der Willensbildung im Gemeinsamen Ausschuß und dabei insbesondere im Beschlußfassungsverfahren, im Rahmen der Streitbeilegung sowie bei Schutzmaßnahmen und den hierzu ergriffenen Ausgleichsmaßnahmen von Bedeutung (siehe unten zu Teil VII).

Bei gemischten Kompetenzen würden den EFTA-Staaten die Kommission und die EG-Mitgliedstaaten gemeinsam als Vertragsparteien der EG-Seite gegenübertreten, bei ausschließlich den EG-Mitgliedstaaten vorbehaltenen Kompetenzen nur diese, wobei zu berücksichtigen ist, daß sowohl im EWR-Rat als auch im Gemeinsamen EWR-Ausschuß die Beschlüsse im Einvernehmen zu fassen sind (siehe unten zu Artikel 90 und zu Artikel 93).

Zu Artikel 3

In diesem Artikel, der inhaltlich auf Artikel 5 und teilweise auf Artikel 6 des EWG-Vertrages zurückgreift, werden die Vertragsparteien ausdrücklich zu vertragskonformem Verhalten einschließlich der Unterlassung aller die Verwirklichung der Ziele des Abkommens (Artikel 1) gefährdenden Maßnahmen verpflichtet. Hierzu sei erwähnt, daß Artikel 5 des EWG-Vertrags im Sinne der weitreichenden Judikatur des EuGH - über die an sich selbstverständliche Verpflichtung zu vertragskonformem Verhalten hinaus - eine eigenständige Rechtspflicht aufstellt, die dazu dient, die Funktionsfähigkeit der Gemeinschaft im Sinne einer Loyalitätsverpflichtung aller Beteiligten zu sichern.

Bei der Berücksichtigung dieser EuGH-Judikatur in der Anwendung von Artikel 3 des Abkommens ist zweifellos die gegenüber jener der EG eingeschränkte Zielsetzung des EWR in Rechnung zu stellen. Gleichzeitig ist aber auch davon auszugehen, daß Artikel 3 für den EWR das Prinzip der Vertragstreue in besonders eindrücklicher Weise darlegen will und daß dieses Prinzip in der Durchführung des Abkommens mit besonderem Nachdruck zu beobachten ist: Ungeachtet des in einem Vertragsstaat herrschenden Systems der Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen in das innerstaatliche Recht sind die erforderlichen legistischen und administrativen Vorkehrungen zu treffen, um die Erfüllung der im Abkommen übernommenen Verpflichtungen einschließlich jener der vollinhaltlichen Anwendung des EWR-erheblichen "acquis" mit den im Abkommen vorgenommenen Anpassungen zu erreichen.

Zu Artikel 4

In der gleichen Formulierung wie in Artikel 7 des EWG-Vertrages wird hier ein allgemeines Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit ausgesprochen, das allerdings - wie im EWG-Vertrag - nur zugunsten der Vertragsparteien gilt und demnach der Diskriminierung von Anhörigen dritter Staaten nicht entgegensteht. Die Gleichbehandlung aller Staatsangehörigen der EG- und der EFTA-Staaten im EWR einschließlich der juristischen Personen, namentlich der als Kapitalgesellschaften eingerichteten Unternehmen, ist zweifellos eines der wesentlichen Elemente eines Assoziationsverhältnisses mit beständiger und ausgewogener Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen unter gleichen Wettbewerbsbedingungen und unter der Einhaltung der gleichen Regeln. Der Artikel verweist auf die in verschiedenen Bestimmungen des Abkommens vorgesehenen Ausnahmen dieses Diskriminierungsverbots, wie sie etwa durch alle jenen Übergangsregelungen der Anhänge

eingeräumt werden, die bestimmten EFTA-Staaten die zeitweilige Aufrechterhaltung eines bestimmten status quo gestatten und dadurch deren eigene Staatsangehörige bevorzugen. Auch die Ergreifung von Schutzmaßnahmen aus wirtschaftlichen Gründen (siehe unten zu Artikel 112) wird sich zumeist als vorübergehende Diskriminierung ausländischer zugunsten inländischer Unternehmen auswirken. Im übrigen ist auch im Zusammenhang mit der fortgesetzten Anwendung älterer Staatsverträge mit anderen Vertragsstaaten oder mit Drittstaaten (siehe unten zu Artikel 12o) und mit der Aufrechterhaltung regionaler Zusammenarbeitssysteme (siehe unten zu Artikel 121) der Diskriminierungsaspekt zu berücksichtigen.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 4:

Dieses allgemeine Verbot, Staatsbürger eines EWR-Staates aus Gründen ihrer Staatsangehörigkeit zu diskriminieren, ist als verfassungsergänzende Bestimmung zum Bundesverfassungsgesetz vom 3. Juli 1973 zur Durchführung des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung, BGBl. Nr. 390, zu betrachten. Art. I Abs. 2 dieses Bundesverfassungsgesetzes sieht nämlich vor, daß das in Art. I Abs. 1 vorgesehene Diskriminierungsverbot nicht hindert, österreichischen Staatsbürgern besondere Rechte einzuräumen oder besondere Verpflichtungen aufzuerlegen, soweit dem Art. 14 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht entgegensteht. Diese Ausnahmebestimmung wird durch Art. 4 dahingehend erweitert, daß sich aus dem Abkommen ergebende Vorteile für Staatsangehörige von EWR-Staaten zulässig sind. Unvorgreiflich einer allfälligen - flankierenden - Änderung des erwähnten Bundesverfassungsgesetzes ist Art. 4 daher als verfassungsergänzende Bestimmung zu genehmigen.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel regelt das sogenannte "droit d'vocation", auf dessen Festlegung im Abkommen auf EFTA-Seite in den Verhandlungen großer Wert gelegt wurde. Es beinhaltet, daß jede Vertragspartei und demnach auch jeder EFTA-Staat von sich aus Fragen im Zusammenhang mit dem Abkommen, die von Belang erscheinen, in den gemeinsamen EWR-Organen (Rat und Gemeinsamen EWR-Ausschuß; siehe unten zu Artikel 89 Abs.2 und Artikel 92 Abs.2) zur Sprache bringen kann.

Von Bedeutung ist dieses Recht nicht zuletzt im Zusammenhang mit den im Abkommen vorgesehenen Möglichkeiten der EFTA-Staaten, unbeschadet der Entscheidungsautonomie der Gemeinschaft an der Entstehung von neuem, für den EWR relevantem sekundärem EG-Recht mitzuwirken (im Sinne des sogenannten "decision shaping"); Möglichkeiten, die einerseits auf der Sachverständigenebene und anderseits mittels des bereits im Allgemeinen Teil angesprochenen Informations- und Konsultationsmechanismus der Vertragsparteien (siehe unten zu Artikel 99) eingeräumt werden. So können die EFTA-Staaten erforderlichenfalls bereits im Frühstadium der Entstehung von neuem, für den EWR relevantem sekundärem EG-Recht die sich auf der Sachverständigenebene für sie abzeichnenden Probleme auf der hohen Beamtenebene des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und danach auf der Ministerebene des EWR-Rats mit dem angemessenen Nachdruck zur Sprache bringen.

Auch bei Problemen im Zuge der Durchführung des Abkommens, zu deren Lösung dieses selbst keine Vorkehrungen trifft, kann jede Vertragspartei die Initiative zur einvernehmlichen Bemühung um eine solche Lösung - gegebenenfalls durch Vertragsänderung - in den gemeinsamen EWR-Organen ergreifen. Dies erscheint deswegen von Bedeutung, da das Abkommen - abgesehen vom vereinfachten Verfahren nach Artikel 98 (siehe unten) - keine generelle Bestimmung zur Regelung der Vertragsänderung enthält (siehe unten zu Artikel 118), außer daß der EWR-Rat hierüber eine politische Grundsatzentscheidung zu treffen hat (siehe unten zu Artikel 89).

Zu Artikel 6

Der Artikel enthält die bereits im Allgemeinen Teil angeführte Regelung, daß für die Auslegung desjenigen EWR-Rechts, das mit EG-Recht "inhaltlich identisch" ist - d.h. die für den EWR relevanten und in das Abkommen übernommenen (siehe oben zu Artikel 2 lit.a) sekundären EG-Rechtsvorschriften (EWR-relevanter "acquis") und die zahlreichen Bestimmungen im Hauptteil des Abkommens, deren Formulierung dem EWG-Vertrag nachgebildet ist - die bis zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung ergangene EuGH-Judikatur maßgeblich zu sein hat, und daß demnach die EFTA-Staaten und die Rechtsanwender ihres Hoheitsbereichs (Gerichte, Verwaltungsbehörden) an die in der älteren EuGH-Judikatur vorgenommenen Auslegungen gebunden sind.

Dies entspricht aus EG-Sicht dem Postulat der ausschließlichen letztinstanzlichen Zuständigkeit des EuGH zur Auslegung des EG-Rechts, wenn man wie der EuGH in seinem Gutachten vom 14.12.1991 davon ausgeht, daß durch die Auslegung von "inhaltlich identischem" EWR-Recht auch die Auslegung von EG-Recht präjudiziert wird. Demgegenüber setzt die verbindliche Berücksichtigung der künftigen EuGH-Judikatur im EWR die ausdrückliche Zustimmung der EFTA-Staaten in einem Verfahren des Gemeinsamen Ausschusses voraus (siehe unten zu Artikel 1o5). Die EuGH-Judikatur befindet sich in der Parlamentsbibliothek.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 6

Die einschlägige, zum Zeitpunkt der Unterzeichnung vorgefundene Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) ist für die Auslegung aller Bestimmungen des Abkommens heranzuziehen, die inhaltlich mit EG-Recht übereinstimmen. Der Rechtsprechung des EuGH kommt diesfalls somit bindende Wirkung stets im Rang der jeweils auszulegenden Vertragsbestimmung zu. Da dies auch Bestimmungen des Abkommens betrifft, die im Verfassungsrang stehen, ist Art. 6 somit gleichfalls im Verfassungsrang abzusichern.

Zu Artikel 7

Hinsichtlich der in das Abkommen übernommenen Rechtsakte des EWR-relevanten "acquis" und ihrer Berücksichtigung im innerstaatlichen Recht der Vertragsparteien - d.h. hier praktisch der EFTA-Staaten, da die Anwendung der ursprünglichen EG-Rechtsakte durch die EG-Mitgliedstaaten den Grundsätzen des EG-Rechts unterliegt - unterscheidet das Abkommen zwischen Verordnungen und Richtlinien und stellt fest, daß Verordnungen als solche, d.h. in ihren vollen Wortlaut in das innerstaatliche Recht der Vertragsparteien zu übernehmen sind, während in der Wahl der legistischen Maßnahmen zur innerstaatlichen Durchführung von Richtlinien ein größerer Spielraum besteht. Ergänzend hierzu bestimmt Protokoll 35, daß die EFTA-Staaten im Falle eines Normkonflikts zwischen Rechtsakten des EWR-erheblichen "acquis" und innerstaatlichem Recht durch gesetzliche Maßnahmen dafür Vorsorge zu treffen haben, daß der "acquis" zur Anwendung kommt.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 7 lit.a:

Wie oben bereits ausgeführt, statuiert diese Bestimmung, daß EG-Verordnungen, die mittels Verweisung in den Anhängen des Abkommens zu dessen Bestandteilen werden, nicht speziell in die österreichische Rechtsordnung transformiert werden dürfen. Da diese völkerrechtliche Verpflichtung - unabhängig vom Grad der inhaltlichen Bestimmtheit eines solchen Rechsaktes - es ausschließt, daß der Nationalrat im Zuge der Genehmigung mittels eines Beschlusses gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG die Erlassung von Erfüllungsgesetzen vorsieht und damit der verfassungsrechtliche Spielraum des Gesetzgebers eingeschränkt wird, ist diese Bestimmung als verfassungsändernd zu genehmigen.

2.2. Teil II: DER FREIE WARENVERKEHR

Mit 1.1.1993 wird der überwiegende Teil des Warenverkehrs im Integrationsraum auf eine neue rechtliche Basis gestellt werden. Die bilateralen Freihandelsabkommen zwischen der EWG und den einzelnen EFTA-Staaten sowie das multilaterale EFTA-Übereinkommen bleiben zwar bestehen, soweit jedoch die gleiche Materie geregelt wird, werden die Bestimmungen des Abkommens angewendet werden, welche in einheitlicher Weise den von ihnen erfaßten Warenverkehr zwischen EG und den EFTA-Staaten, aber auch zwischen den letzteren, multilateral regeln werden.

Dabei handelt es sich aber nicht um eine bloße Ausweitung schon bestehender Freihandelsbeziehungen. Wenngleich das Abkommen auf den wesentlichen Elementen der bisherigen Freihandelsregelungen aufbaut (Verbot der Zölle und der Abgaben gleicher Wirkung, Verbot der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung etc.), welche in ihrer Substanz, z.T. auch im Wortlaut, aus den Freihandelsabkommen bzw. dem EFTA-Übereinkommen übernommen werden, führt das Abkommen durch die Einbeziehung neuer Produkte (Fische, verschiedene landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte) und der Energie zu einer Ausweitung des Freihandels. Noch wesentlicher ist aber die Vertiefung desselben durch die Schaffung neuer Rahmenbedingungen. So werden etwa die Ursprungsregeln verbessert, die technischen Handelshemmnisse beseitigt und die Wettbewerbsbestimmungen (einschließlich jener über staatliche Beihilfen) der Freihandelsabkommen bzw. des EFTA-Übereinkommens durch das aufgrund des Abkommens zu übernehmende umfassende Regelwerk der Gemeinschaft verdrängt. Ähnlich ist die Situation beim öffentlichen Beschaffungswesen, welches in den Freihandelsabkommen nicht spezifisch geregelt war (im Gegensatz zum EFTA-Übereinkommen). Weitere Regelungsbereiche, welche künftig den Freihandel im Integrationsraum erleichtern werden, sind die Bestimmungen über die Produkthaftung und das Geistige Eigentum. Letztlich sind verschiedene Bestimmungen des Abkommens darauf gerichtet, den Handel auch mit Nichtursprungserzeugnissen bzw. sämtlichen Erzeugnissen zu fördern.

Trotz dieses - global gesehen - wichtigen Fortschritts in Richtung auf einen freien Warenverkehr bewirkt das Abkommen aber keinen völlig freien Handel mit Waren. Denn es bleiben noch eine Reihe von Kontrollen im Warenverkehr aufrecht (wie z.B. auf dem Gebiet der Landwirtschaft, auf dem Steuersektor, bei den Ursprungsregeln). Dies bedeutet konkret, daß die Kontrollen an den Grenzen zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten, aber auch zwischen letzteren, aufrecht bleiben. Dies führt bei der Vollendung des Binnenmarktes durch die Gemeinschaft und dem damit verbundenen Wegfall der Kontrollen an den Grenzen zwischen den EG-Mitgliedstaaten zu einer Diskriminierung der Exporte der EFTA-Staaten im Vergleich zu EG-internen Lieferungen. In diesem Zusammenhang ist weiters zu bemerken, daß die österreichischen Bemühungen, die Reisefreigrenzen zumindest anzuheben, wegen des Widerstandes der skandinavischen EFTA-Staaten und der fehlenden Bereitschaft der EG zur Gegenseitigkeit keinen Erfolg hatten.

Der Vollständigkeit halber ist auch zu erwähnen, daß eine Reihe der über die Freihandelsabkommen bzw. das EFTA-Übereinkommen hinausgehenden Regelungen des Abkommens nicht erst im Zuge der EWR-Verhandlungen aufgegriffen wurden. Vielmehr wurde schon im Rahmen des follow up der Ministererklärung von Luxemburg 1984 über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse, staatliche Beihilfen, Produkthaftung, öffentliches Beschaffungswesen usw. verhandelt. Nach Einleitung der EWR-Verhandlungen konnte man sich daher auf die bis dahin erzielten Vorarbeiten stützen.

Das Abkommen baut auf dem Konzept des Freihandels zwischen den Vertragsparteien auf. Bei Beginn der Verhandlungen über den EWR hat Österreich eine alternative Lösung, nämlich die Errichtung einer Zollunion, forciert. Die diesbezüglichen Bemühungen scheiterten jedoch am Widerstand der anderen EFTA-Staaten, die ihre Autonomie gegenüber Drittländern aufrechterhalten wollten, sowie letztlich auch am Desinteresse der Gemeinschaft.

Das gleiche gilt für die gesamthafte Einbeziehung des Agrarsektors in das Abkommen. Während sich Österreich für die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik der Gemeinschaft und, damit verbunden, der Einbeziehung sämtlicher Agrarprodukte in den Freihandel einsetzte, wurde dieses umfassende Konzept von den anderen EFTA-Staaten strikt abgelehnt, weil sie lediglich punktuelle Vereinbarungen für einzelne Produkte anstrebten. Dies führte dazu, daß sich die Verhandlungen über das Abkommen auf die Schaffung einer einheitlichen Freihandelszone für den industriell-gewerblichen Sektor konzentrierten, während in bilateralen Verhandlungen der einzelnen EFTA-Staaten mit der Gemeinschaft Regelungen zur Förderung des jeweiligen agrarischen Warenverkehrs gesucht wurden. Auch Österreich hat - neben der Vereinbarung von Konzessionen zugunsten der Gemeinschaft für die sogenannten "Kohäsionsprodukte" - vier sektorielle Vereinbarungen, nämlich für Käse, Frucht- und Gemüsesaft, Wein und Fleischwaren, getroffen.

Deutliche Auffassungsunterschiede und, dadurch bedingt, erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich hinsichtlich der Ursprungsregeln, des Textilsektors, der staatlichen Beihilfen für den Schiffsbau und der Wettbewerbsregeln. In den beiden letzten Bereichen konnten erst in einem späten Stadium der Verhandlungen Lösungen erzielt werden. In dem für Österreich wichtigen Bereich der Ursprungsregeln konnten nur in einigen Teilgebieten gewisse Verbesserungen erzielt (siehe Erläuterungen zu Artikel 9) werden, wesentliche Verbesserungen, insbesondere am Textilsektor, konnten nicht erreicht werden. Für jene landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte, die durch das Abkommen in den Freihandel einbezogen werden, konnten erst in einem späten Stadium der Verhandlungen Vereinbarungen erzielt werden; hier hat sich Österreich erst nach langwierigen Auseinandersetzungen mit den anderen Vertragsparteien auf Kompromißlösungen für Stärkederivate und den Alkoholsektor einigen können. Auch am Fischsektor, wo Island und Norwegen am stärksten betroffen sind, konnten die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten, erst in der letzten Phase durch Kompromißlösungen abgeschlossen werden.

2.2.1. Grundsätze

Zu Artikel 8:

In diesem Artikel wird festgelegt, daß der in Artikel 1 als eines der Ziele des Abkommens stipulierte freie Warenverkehr in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Abkommens realisiert werden soll.

Soweit im Abkommen nichts anderes bestimmt ist, finden gemäß Absatz 2 dieses Artikels folgende Artikel nur auf Erzeugnisse mit Ursprung in den Vertragsparteien Anwendung: Artikel 1o (Verbot von Zöllen), Artikel 11 (Verbot von Einfuhrbeschränkungen), Artikel 12 (Verbot von Ausfuhrbeschränkungen), Artikel 13 (nicht wirtschaftliche Gründe für Beschränkungen), Artikel 14 (Verbot diskriminierender interner Besteuerung), Artikel 15 (Rückerstattung interner Steuern), Artikel 19 (landwirtschaftliche Evolutionsklausel), Artikel 2o (Fisch), Artikel 25 (Maßnahmen im Falle von Reexporten oder Verknappung), Artikel 26 (Nichtanwendung von Antidumping-Maßnahmen, Ausgleichsabgaben und anderen handelspolitischen Instrumenten) und Artikel 27 (Kohle und Stahl).

Die in Absatz 2 nicht erwähnten Artikel 16 (staatliche Handelsmonopole), 17 (veterinäre und phytosanitäre Regeln), 18 (keine anderen technischen Handelshemmnisse), 21 (Vereinfachung von Grenzformalitäten, gegenseitige Amtshilfe, Handelserleichterungen), 22 (Notifizierung von Änderungen von GATT-Zöllen), 23 (technische Vorschriften, technische Handelshemmnisse für Wein, Produkthaftung) und 24 (Energie) sind hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs nicht auf Ursprungserzeugnisse beschränkt, z.T. weil in den Verhandlungen ihre Anwendung auch auf Nicht-Ursprungserzeugnisse vereinbart wurde (z.B. staatliche Handelsmonopole), z.T. weil sich aufgrund ihres Inhalts ihre unterschiedslose Anwendung auf sämtliche Waren ungeachtet ihres Ursprungs anbietet (z.B. Vereinfachung der Grenzformalitäten). Dazu ist anzumerken, daß mit der Anwendung dieser Artikel auch auf Nicht-Ursprungserzeugnisse das Abkommen einen

beträchtlichen Schritt über die Freihandelsabkommen hinausgeht, welche nur auf Ursprungserzeugnisse anzuwenden sind.

Absatz 3 legt den Warenkreis, auf den das Abkommen anzuwenden ist, wie folgt fest:

a) Erzeugnisse der Kapitel 25 - 97 des Harmonisierten Systems zur Bezeichung und Codierung der Waren, ausgenommen die in Protokoll 2 angeführten Waren, welche als landwirtschaftliche Erzeugnisse angesehen werden. Infolge des Widerstandes der anderen Vertragsparteien ist es nicht gelungen, die Aufnahme aller Waren auf Stärkebasis, die im Anhang zum Freihandelsabkommen Österreich-EWG, der sogenannten "Ausnahmeliste", angeführt sind, in das vorerwähnte Protokoll 2 durchzusetzen.

b) Erzeugnisse gemäß Protokoll 3, vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Protokolls. Es handelt sich hiebei um landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, welche z.T. in die Zolltarifnummern bis Kapitel 24, z.T. darüber, fallen und die bei diesen Produkten anzuwendenden Modalitäten.

Dabei handelt es sich um die Weiterentwicklung des in den bestehenden Freihandelsvereinbarungen gehandhabten Systems, das mangels einer gemeinsamen Agrarpolitik auftretende Verzerrungen der Wettbewerbsbedingungen aufgrund unterschiedlicher Preise für landwirtschaftliche Vorprodukte für die Erzeuger von Nahrungs- und Genußmitteln in den Gebieten der Vertragsparteien ausgleichen soll.

Für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte entfällt dabei nur die dem Schutz der industriellen Fertigung dienende Komponente der Ausgleichsabgabe (fester Teilbetrag), während der verbleibende Rest in Form einer variablen Abgabe (beweglicher Teilbetrag) zum Ausgleich für die unterschiedlichen Preise der verarbeiteten landwirtschaftlichen Roh- und Grundstoffe erhalten bleibt.

Die Preisdifferenz zwischen höheren Inlands- und niedrigeren Weltmarktpreisen wird bei Einfuhren durch eine Ausgleichsabgabe ausgeglichen, während bei Ausfuhren die Gewährung von Erstattungen möglich ist.

Das vielfältige Warenangebot wird dabei im wesentlichen mit dem Durchschnittsgehalt an landwirtschaftlichen Roh- und Grundstoffen im Endprodukt erfaßt.

Dabei ist davon auszugehen, daß dieses System nur zu einem annähernden Ausgleich der Wettbewerbsverzerrungen führen kann und Referenzpreise samt Durchschnittsrezepturen bzw. Bandbreiten auszugleichender Roh- und Grundstoffe der Vielfalt der von den Nahrungs- und Genußmittelerzeugern angebotenen Warenpalette nicht immer im erforderlichen Ausmaß entsprechen können, und daß Überkompensationen von Preisunterschieden nicht ausgeschlossen werden können.

Bereits im follow-up von Luxemburg gab es deshalb Gespräche zwischen den EFTA-Staaten und der EG über eine fakultative Abschöpfungsregelung aufgrund einer Erklärung des Exporteurs über den tatsächlichen Gehalt an bestimmten landwirtschaftlichen Roh- und Grundstoffen in einem landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukt.

Das Protokoll 3 des Abkommens übernimmt diesen Gedanken und verbindet die Erklärung über den tatsächlichen Gehalt an landwirtschaftlichen Roh- und Grundstoffen mit dem Grundsatz, daß beim Ausgleich der Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis der Inlandspreis nur dem niedrigsten Preis in einem Mitgliedsland des EWR gegenübergestellt werden darf.

Überdies ist eine Plafondierung der Preiskompensation mit jenen Beträgen vorgesehen, die zum 1. Jänner 1992 auf das entsprechende Produkt als Zoll zur Anwendung kamen.

Für das Funktionieren des Systems sind eine Liste von Rohmaterialien, für die ein Preisausgleich gehandhabt werden kann, Regeln über die Warenerklärung samt dazugehörigen Verifizierungsverfahren und Details der heranzuziehenden Referenzpreise, ein Notifikationssystem

und, ausgehend von zwischen den Vertragsparteien abgestimmten Preisen, Umrechnungsfaktoren für weitere Verarbeitungsstufen in Form von Anlagen zum Protokoll 3 vorgesehen.

Der Inhalt der Anlagen steht grundsätzlich fest und in Expertengesprächen sollen bis längstens 1. Juli 1992 die Details ausgearbeitet werden.

Das neue System einer Abschöpfung entsprechend dem tatsächlichen Gehalt an Roh- und Grundstoffen unter Heranziehung der Differenz zwischen Inlands- und niedrigstem Preis im EWR bleibt der Wahl des Exporteurs überlassen. Die Anwendung des bisherigen Systems im Freihandelsbereich und somit eine Abschöpfung im wesentlichen nach dem durchschnittlichen Gehalt an landwirtschaftlichen Roh- und Grundstoffen wird daher im Artikel 11 des Protokolls 3 weiterhin ausdrücklich vorgesehen.

Zur Warenpalette wird bemerkt:

Über Drängen der EG, die in den EFTA-Ländern einen Absatzmarkt für ihre Agrarüberschüsse in Form von Verarbeitungsprodukten sieht, erfuhr die Liste der einem Rohstoffpreisausgleich unterliegenden Waren in Gestalt der Tabelle I zum Protokoll 3 eine Erweiterung insbesondere um alkoholische Getränke. Für eine Reihe anderer Produkte, die bei der Verwertung agrarischer Überschüsse nur eine geringe oder keine Rolle spielen, ist ein zoll- und abschöpfungsfreier Warenverkehr vorgesehen. Sie sind in der Tabelle II zum Protokoll 3 aufgezählt. Immerhin finden sich jedoch auch in dieser Liste alkoholische Getränke aus der Tarifnummer 2208.

Das Protokoll 3 trägt schließlich den aus klimatischen Gründen unterschiedlichen Agrarproduktionen und den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Interessen der einzelnen EFTA-Staaten Rechnung:

In einem Anhang wird festgehalten, bei welchen Waren gegenüber einzelnen EFTA-Staaten das Protokoll nicht oder nur nach einer Übergangszeit zur Anwendung kommen soll.

So ist für Österreich im Artikel 6 des Anhanges I ein Abbau des Zolles für einzelne alkoholische Getränke aus der Tarifnummer 2208 in vier Stufen bis zum 1. Jänner 1996 vorgesehen, für bestimmte in der Kohäsionsliste enthaltene alkoholische Getränke wird der Einfuhrzoll zum 1. Jänner 1993 abzuschaffen sein.

Ausdrücklich erwähnt wird weiters, daß die im Artikel 14 des Abkommens enthaltene Verpflichtung der nicht diskriminierenden Anwendung von inländischen Abgaben auf ausländische Produkte auch bei alkoholischen Getränken der Zolltarifnummer 2208 Anwendung findet.

Für die aus regionalpoltischen Gründen mit Schwerpunkt im Waldviertel schutzwürdige Stärkederivateproduktion konnte Österreich lediglich ein Moratorium bis 1. Jänner 1997 erzielen. Bis dahin bleiben Stärkederivate aus den Nummern 3505, 3809 und 3823 des Zolltarifes vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgenommen. Österreich kann aber auch seinerseits diese Produkte nicht zollfrei in die Mitgliedsländer der EG exportieren, es bleibt vielmehr das bestehende System aufrecht.

In der Gemeinsamen Erklärung zur Anwendung von Zollzugeständnissen für bestimmte Agrarerzeugnisse wurde aus praktischen Überlegungen und vor allem, um das zolltechnische Verfahren bei der Anwendung des Abkommens nicht unnötig zu belasten, für jene Waren, die sowohl im Protokoll 3 zum Abkommen als auch in den bilateralen Agrarvereinbarungen zwischen den einzelnen EFTA-Ländern und der EWG enthalten sind, vereinbart, daß bei Vorlage der entsprechenden Dokumente die jeweils günstigste Zollbehandlung zur Anwendung zu kommen hat.

Vollständigkeitshalber ist festzuhalten, daß gegenüber den Freihandelsabkommen und dem EFTA-Übereinkommen der Warenkreis des Abkommens - sieht man von den alkoholischen Getränken und den Stärkeverarbeitungserzeugnissen ab - um Waren wie Kaffee, Tee, Glycerin, Pflanzenwachse, Kakaomasse, Kakaobutter, Mineralwasser u. dgl. erweitert wurde. Zugleich wurden wirtschaftlich nicht unwichtige Erzeugnisse wie Stärkeäther und Stärkeester,

nichtalkoholische Getränke (z.B. Limonaden) sowie Kasein, Kaseinate und Kaseinderivate vom Abkommen ausgeschlossen. Für diese vom Abkommen ausgeschlossenen Waren können, wie für alle anderen dem Protokoll Nr. 2 der Freihandelsabkommen unterliegenden Waren, im Handel mit der Gemeinschaft aufgrund der Weitergeltung dieser Protokolle Nr. 2 nur die bisher bestehenden Begünstigungen auch weiterhin angewendet werden.

c) Darüberhinaus sind in Übereinstimmung mit dem Ausdruck "Soweit nichts anderes bestimmt ist" am Anfang des Absatzes 3 einige Bestimmungen des Abkommens, welche dies ausdrücklich festlegen, auf alle Waren, also auch auf solche, welche in Abs. 3 nicht angeführt sind, anzuwenden (s. Artikel 17, 18, 21, 23 und 65).

Zu Artikel 9:

Jede Freihandelszone, die zum Unterschied von einer Zollunion keinen gemeinsamen Außenzolltarif ihrer Mitglieder kennt, macht eine genaue Bestimmung jener Waren nötig, die in den Genuß der Vorzugszollbehandlung gelangen können. Dies erfolgt für das Abkommen im Protokoll 4 durch die Festlegung von Ursprungsregeln, von Bestimmungen über die unmittelbare Beförderung der begünstigten Waren in das Gebiet der anderen Vertragsparteien und von Vorschriften über das Verbot von Zollrückvergütungen im Ausfuhrland für in präferenzberechtigten Ursprungserzeugnissen verarbeitete Drittlandswaren, um Wettbewerbsverzerrungen und Handelsverlagerungen zu vermeiden.

Protokoll 4 enthält allgemeine Ursprungs- und Zollverfahrensbestimmungen sowie besondere Regeln für spezielle ursprungsbegründende Be- und Verarbeitungsvorgänge, die in Anlage II enthalten sind.

Ursprungserzeugnisse, für die die Vorzugszollbehandlung in Anspruch genommen werden soll, müssen in der Regel von einem urkundlichen Ursprungsnachweis begleitet sein.

Oben wurde bereits festgestellt, daß die Beibehaltung der Ursprungsregeln, verbunden mit der Kontrolle ihrer Einhaltung, dazu beiträgt, daß mit dem Abkommen kein völlig freier Warenverkehr verwirklicht werden kann. Daher war es das Bestreben der EFTA-Staaten, zumindest eine einschneidende Vereinfachung und Verbesserung der Ursprungsregeln zu erreichen. Die in den Verhandlungen mit der Gemeinschaft diesbezüglich erzielten Resultate blieben aber weit hinter den Erwartungen der EFTA-Staaten zurück. Andererseits konnten letztere nicht von den Vorteilen sämtlicher von der Gemeinschaft vorgeschlagener Maßnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten überzeugt werden. Dem Interesse der EFTA-Staaten an einer weiteren Vereinfachung und Verbesserung der Ursprungsregeln sowie an der Erleichterung der Durchführung passiver Veredelungsverkehre (insbesonders auf dem Textil- und Bekleidungssektor) bzw. der Gemeinschaft an einer Verstärkung der Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten entsprechend, verpflichteten sich die Vertragsparteien, diese Fragen zuerst vor Ende 1993 und sodann in zweijährlichen Zeitabständen zu prüfen und gegebenenfalls über geeignete Maßnahmen zur Ergänzung des Abkommens zu entscheiden.

Seitens der Gemeinschaft wurde unter Berufung auf die in der Uruguay-Runde laufenden Verhandlungen über die Ursprungsregeln versucht, die Anwendung des Protokolls 4 auf die Zollbestimmungen des Abkommens einzuschränken. Dies hätte zur Folge gehabt, daß bei Anwendung der Bestimmungen über die mengenmäßigen Beschränkungen, über Antidumping-Maßnahmen etc. nicht die verhandelten Regeln des Protokolls 4, sondern die autonomen Ursprungsregeln der Vertragsparteien zugrundezulegen gewesen wären. Diesem Vorstoß der Gemeinschaft haben sich die EFTA-Staaten mit juristischen und substantiellen Argumenten widersetzt. Der zweite Satz des 1. Absatzes des Artikels 9 stellt nun einen Kompromiß dar, welcher es unter Aufrechterhaltung der Rechtsstandpunkte beider Seiten erlaubt, zu gegebener Zeit mögliche künftige Verpflichtungen aus dem GATT zu berücksichtigen.

Das Protokoll 4 ist im wesentlichen eine Neufassung des bisherigen Protokolls Nr. 3 zu den Freihandelsabkommen von 1972, welches im Hinblick auf bessere Verständlichkeit und

Übersichtlichkeit völlig umgearbeitet wurde. Dabei wurden sowohl inhaltliche als auch formelle Verbesserungen vorgenommen. Hinsichtlich der inhaltlichen Verbesserungen sind - außer den Fortschritten gemäß den nachstehend erläuterten Artikeln 2, 4(2), 1o und 11 des Protokolls 4 - die Erhöhung der Wertgrenzen für die Ursprungserklärung auf der Rechnung und die Erweiterung des Warenkreises für die Möglichkeit der Einfuhr einer Ursprungsware in Teilsendungen hervorzuheben.

Zu den formellen Verbesserungen zählt insbesondere die Neufassung der Ursprungsliste, die nunmehr alle vom Abkommen erfaßten Waren mit jeweils zugehöriger Ursprungsregel einschließt. Dabei wurde für alle Waren desselben Kapitels des Zolltarifs eine allgemeine Regel formuliert und für die davon ausgenommenen Waren die entsprechende Sonderregel angeführt. Diese Systematik bewirkt eine bessere Übersichtlichkeit.

Hinsichtlich der substantiellen Neuerungen sei im einzelnen angeführt:

Gemäß Artikel 2 des Protokolls 4 werden die Gebiete der Vertragsparteien, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer, im Sinne der "vollen Kumulierung" für die Bestimmung des Ursprungs als ein einziges Territorium angesehen. Es gibt somit nur mehr einen gemeinsamen EWR-Ursprung. Demzufolge können alle Be- oder Verarbeitungsvorgänge, die innerhalb des EWR stattfinden, ungeachtet nationaler Grenzen für die Erfüllung der Ursprungsregeln zusammengefaßt herangezogen werden. Eine noch weitergehende Kumulierungsregelung, welche auch die Be- und Verarbeitungsvorgänge in den Reformstaaten Ungarn, CSFR und Polen einbeziehen würde, konnte nicht erreicht werden.

Ungeachtet der für eine bestimmte Fertigware jeweils geltenden Ursprungsregel läßt die neue generelle Toleranzregel gemäß Artikel 4, Absatz 2 zu, daß sich die Verwendung von drittländischen Vormaterialien bis zu einem Zollwert von maximal 10%, gerechnet vom ab-Werk-Preis, der daraus hergestellten Fertigware nicht ursprungsschädlich auswirkt. Bei jenen Ursprungsregeln, die auf ein Wertkriterium abstellen, ist die Anwendung dieser Toleranz jedoch nicht möglich, weil es sonst zu einem unerwünscht hohen Drittlandsanteil kommen könnte. Außerdem sind von der Anwendung der Toleranzregel die von der EG als wirtschaftlich sensibel eingestuften Waren der Kapitel 5o - 62 des Zolltarifs (Textilien und Bekleidung) ausgenommen.

Artikel 10 führt das schon gemäß den Freihandelsabkommen geltende sogenannte "Territorialitätsprinzip" fort, wonach alle in den Ursprungsregeln geforderten Be- oder Verarbeitungsvorgänge ununterbrochen innerhalb des Gebietes der Vertragsparteien vorgenommen werden müssen; Artikel 11 gewährt nunmehr bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen eine Ausnahme von diesem Prinzip. Der im Drittland erzielte gesamte Wertzuwachs darf jedoch 1o % des ab Werk-Preises der Fertigware nicht übersteigen. Bei jenen Waren, für die die Ursprungsregeln ein Wertkriterium vorsehen, ist bei der Bestimmung des Ursprungs ein allenfalls in Anwendung des Artikels 11 entstandener Wertzuwachs mitzuberücksichtigen. Von der Ausnahme gemäß Artikel 11 sind Waren der Kapitel 5o - 62 des Zolltarifs (Textilien und Bekleidung) ebenfalls ausgenommen.

In der Gemeinsamen Erklärung über eine Übergangszeit betreffend die Erstellung von Dokumenten über den Ursprungsnachweis wurde, um im Interesse der Wirtschaft einen "gleitenden" Übergang von den bisher geltenden formellen Bestimmungen über die Ursprungsnachweise zu ermöglichen, zwischen den Vertragsparteien eine angemessene Übergangsfrist vereinbart. Hinsichtlich jener Waren, die sowohl im Protokoll 3 zum Abkommen als auch in den bilateralen Agrarvereinbarungen enthalten sind, wird auf die Erläuterungen zu Artikel 8 verwiesen.

Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen der Vertragsparteien im Bereich der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte wird das Protokoll Nr. 2 zu dem bisher geltenden Freihandelsabkommen Österreich-EWG neben dem Protokoll 3 zum Abkommen weiterhin Gültigkeit haben. Um dennoch eine weitgehend einheitliche Anwendung in bezug auf die Ursprungsregeln zu ermöglichen, einigten sich die Vertragsparteien in den Verhandlungsprotokollen

zu Protokoll 3, Artikel 11 darauf, die bisher für das vorerwähnte Protokoll Nr. 2 geltenden Ursprungsregeln so weit wie möglich jenen des Abkommens anzugleichen.

Da die derzeitige Situation bezüglich der Kumulierungsmöglichkeiten EG-EFTA-Reformstaaten (CSFR, Polen, Ungarn) generell, insbesondere aber im Hinblick auf den Textilsektor, unbefriedigend ist, wurde auf Betreiben der EFTA-Staaten ein Briefwechsel zwischen dem isländischen Botschafter Hannes Hafstein und Generaldirektor Horst Krenzler, den Verhandlungsleitern auf EFTA- und auf EG-Seite, durchgeführt, der die Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen noch im 1. Halbjahr 1992 vorsieht.

Zu Artikel 1o:

Der Wortlaut dieses Artikels berücksichtigt den Umstand, daß die Ein- und Ausfuhrzölle sowie alle Abgaben gleicher Wirkung für die Produkte des industriell-gewerblichen Sektors im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien bereits aufgrund der Freihandelsabkommen bzw. des EFTA-Übereinkommens beseitigt wurden; es bedarf also keiner - generell anzuwendenden - Unterscheidung zwischen dem Verbot der Einführung neuer Zölle und Abgaben und dem Abbau (verbunden mit einem Abbaukalender) bestehender Zölle und Abgaben mehr.

Das Verbot der Anwendung von Zöllen zwischen den Vertragsparteien gilt auch für die Fiskalzölle, welche gleichfalls schon aufgrund der Freihandelsabkommen bzw. des EFTA-Übereinkommens abzubauen waren. Allerdings wurden der Schweiz/Liechtenstein seinerzeit Ausnahmen von diesem Verbot zugestanden, die nunmehr im Rahmen und unter den Bedingungen des Protokolls 5 weitergeführt werden dürfen.

Neben dem für einige Waren schon jetzt vorgesehenen Auslaufen dieser Regelung, ist eine Prüfung der Situation vor Ende 1996 vorgesehen. Gemäß einer anläßlich der Unterzeichnung abgegebenen Erklärung beabsichtigt die Schweiz, vorbehaltlich des positiven Ergebnisses der verfassungsmäßig vorgesehenen Volksabstimmung, ihre Fiskalzölle bis spätestens Ende 1996 durch interne Steuern zu ersetzen.

Bezüglich des Abbaus der Zölle für die neuen, ab 1.1.1993 dem Freihandel unterliegenden Waren (einige landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, Fische), wird auf die Erläuterungen zu den Artikeln 8 und 2o verwiesen.

Maßnahmen zur Berücksichtigung der Preisunterschiede bei den Agrarerzeugnissen, die in den dem Abkommen unterliegenden Waren mitverarbeitet sind, gelten nicht als Einfuhrzölle oder Maßnahmen gleicher Wirkung (siehe auch die Erläuterungen zu Artikel 8).

Wenn die Anwendung dieses Artikels auf Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung zur Wiederausfuhr einer Ware nach einem Drittland führt, demgegenüber die exportierende Vertragspartei für die betreffende Ware Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung anwendet, oder zu einer tatsächlichen oder drohenden ernsthaften Verknappung eines für die exportierende Vertragspartei wichtigen Erzeugnisses führt und wenn diese Situation wahrscheinliche oder tatsächliche größere Schwierigkeiten für die exportierende Vertragspartei nach sich zieht, können gemäß Artikel 25 geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Für Österreich ist diese Bestimmung derzeit irrelevant, weil es in Österreich weder Ausfuhrzölle noch Abgaben gleicher Wirkung gibt.

Zu Artikel 11:

Dieser - dem Artikel 3o EWG-Vertrag in der Wortwahl idente Artikel berücksichtigt den Umstand, daß die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung für die Produkte des industriell-gewerblichen Sektors im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien bereits aufgrund der Freihandelsabkommen bzw. des EFTA-Übereinkommens beseitigt wurden; es bedarf also keiner - generell anzuwendenden - Unterscheidung zwischen dem Verbot der Einführung neuer mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen (bzw. Maßnahmen gleicher Wirkung) und ihrem Abbau mehr.

Der Begriff einer "Maßnahme gleicher Wirkung" umfaßt u.a. eine offene Diskriminierung von Importgütern sowie innerstaatliche Produktions- und Vermarktungsregeln, die den Handel zwischen den Staaten behindern, selbst wenn keine Diskriminierung gegeben ist. Eine taxative Aufzählung der Maßnahmen gleicher Wirkung kann nicht erstellt werden, sondern dazu auf die umfangreiche Spruchpraxis des EuGH verwiesen werden. Artikel 11 stellt keinen Widerspruch zur Wahrung von Schutzinteressen gemäß Artikel 13 dar.

Für den Produktbereich, der nicht durch eine Harmonisierungsrichtlinie (siehe Ausführungen zu Anhang II, Artikel 23) geregelt ist und der im EWR dem freien Warenverkehr unterliegt (siehe Ausführungen zu Artikel 8), gilt somit - aufgrund des Urteils des EuGH im "Cassis de Dijon"-Fall - das Prinzip, daß Waren, die im Gebiet einer Vertragspartei rechtmäßig hergestellt und vermarktet wurden, in jedem anderen EWR-Staat zugelassen werden müssen. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist nur dann zulässig, wenn es zwingende Schutzerfordernisse, z.B. in den Bereichen Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz, gibt.

Bezüglich des Abbaues der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für einige landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, welche ab 1.1.1993 in den Freihandel einbezogen werden, wird auf die Erläuterungen zu Artikel 8 verwiesen.

Im Zuge der Verhandlungen über das Abkommen hat Österreich (wie auch andere EFTA-Staaten für andere Waren) darauf verzichtet, die im Protokoll Nr. 5 des Freihandelsabkommens Österreich-EWG zugestandene Ausnahme für Antibiotika und antibiotikahaltige Arzneiwaren vom Grundsatz des Verbots aller mengenmäßigen Beschränkungen aufrechtzuerhalten. Lediglich Island wurde im Protokoll 7 die Möglichkeit eingeräumt, mengenmäßige Beschränkungen für einige für den Warenverkehr unbedeutende Positionen der Tarifnummer 96o3 aufrechtzuerhalten.

Eine weitere Änderung gegenüber den Freihandelsabkommen besteht darin, daß das Abkommen keine dem Absatz 3 des Artikels 14 der Freihandelsabkommen analoge Regelung enthält. Dieser Absatz besagt, daß die bei der Einfuhr von Erdölerzeugnissen anwendbaren außertariflichen Regelungen (z.B. Regelungen über mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen) von den Freihandelsabkommen nicht berührt werden, wodurch die Einfuhr solcher Erzeugnisse derzeit mengenmäßigen Beschränkungen unterworfen werden kann. Diese Möglichkeit aufgrund einer Sonderregelung wird künftig nicht mehr bestehen.Hingegen wird die schon in den Ursprungsregeln der Freihandelsabkommen enthaltene Ausnahmeregelung für Erdölerzeugnisse im Abkommen weitergeführt.

Gemäß Protokoll 6 können die Schweiz und Liechtenstein das dort bestehende System von Pflichtreserven für bestimmte Waren beibehalten, sofern dieses System in einer Weise angewendet wird, welche keine direkte oder indirekte Diskriminierung von Waren der anderen Vertragsparteien gegenüber heimischen gleichen Produkten oder Substitutionsprodukten bewirkt.

Zu Artikel 12:

Dieser - Artikel 34(1) EWG-Vertrag in der Wortwahl entsprechende - Artikel berücksichtigt den Umstand, daß die mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen und alle Maßnahmen gleicher Wirkung für die Produkte des industriell-gewerblichen Sektors im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien bis zum Inkrafttreten des Abkommens beseitigt werden. Bereits das EFTA-Übereinkommen enthielt eine diesbezügliche Bestimmung; in die Freihandelsabkommen wurde eine solche durch das Zusatzprotokoll vom 31.1o.1989 eingefügt. Gemäß diesem Zusatzprotokoll müssen sämtliche mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung für die den Freihandelsabkommen unterliegenden Waren bis zum 1.1.1993 beseitigt werden.

Hinsichtlich dieses Artikels gelten - mutatis mutandis - die zu Artikel 11 ausgeführten Prinzipien. Voraussetzung ist eine spezifische Ausfuhrbeschränkung, die einen Vorteil etwa für die nationale Produktion darstellt.

Wenn die Anwendung dieses Artikels zur Wiederausfuhr einer Ware in ein Drittland führt, demgegenüber die exportierende Vertragspartei für die betreffende Ware mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung aufrechterhält, oder zu einer tatsächlichen oder drohenden ernsthaften Verknappung eines für die exportierende Vertragspartei wichtigen Erzeugnisses führt, und wenn diese Situation wahrscheinliche oder tatsächliche größere Schwierigkeiten für die exportierende Vertragspartei nach sich zieht, können gemäß Artikel 25 geeignete Maßnahmen - in Übereinstimmung mit den Verfahrensbestimmungen des Artikels 113 - ergriffen werden.

Zu Artikel 13:

Dieser - Artikel 36 EWG-Vertrag in der Wortwahl idente und im wesentlichen Artikel 2o der Freihandelsabkommen bzw. Artikel 12 des EFTA-Übereinkommens entsprechende - Artikel sieht in den in ihm angeführten Fällen Ausnahmen nicht-wirtschaftlicher Art vom Verbot der mengenmäßigen Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie der Maßnahmen gleicher Wirkung vor.

In der Ausgestaltung des Schutzes der aufgezählten Rechtsgüter (etwa Schutz der Gesundheit und - nach der Judikatur des EuGH - auch der Umweltschutz) sind die Vertragsparteien frei. Die Anwendung der Schutzklausel darf jedoch nicht der Verschleierung einer Handelsbeschränkung dienen. Die Interessenabwägung zwischen der Freiheit des Warenverkehrs und der nicht-wirtschaftlichen Schutzgüter hat jeweils im Einzelfall zu erfolgen.

Die wichtigste Abweichung gegenüber Artikel 2o der Freihandelsabkommen betrifft Regelungen für Gold und Silber, denen die Freihandelsabkommen und das EFTA-Übereinkommen nicht entgegenstehen, die aber im Abkommen nicht mehr angeführt sind, weil diesbezügliche Ausnahmen für entbehrlich gehalten wurden.

Zu Artikel 14:

Dieser Artikel verbietet in seinem Absatz 1, welcher Artikel 95 Absatz 1 des EWG-Vertrages entspricht, Produkte anderer Vertragsparteien durch interne Besteuerung jeglicher Art stärker zu belasten als "gleichartige" heimische Produkte. Dieser Absatz entspricht im wesentlichen dem Artikel 18 Absatz 1 der Freihandelsabkommen bzw. Artikel 6 Absatz 1 lit. a des EFTA-Übereinkommens.

Das Verbot der Anwendung diskriminierender steuerlicher Maßnahmen auf die aus den anderen Vertragsparteien eingeführten Erzeugnisse erfuhr, verglichen mit der Rechtslage aufgrund der Freihandelsabkommen, nicht jedoch des EFTA-Übereinkommens, insoferne eine Ausweitung, als nunmehr gemäß Absatz 2 des Artikels 14 - entsprechend Absatz 2 des Artikels 95 des EWG-Vertrages - nicht nur "gleichartige" Produkte, sondern auch "andere" Produkte nicht geschützt werden dürfen. Dies soll eine diskriminierende Behandlung von Substitutionsprodukten der anderen Vertragsparteien ausschließen.

Zu Artikel 15:

Dieser Artikel, welcher dem Artikel 96 des EWG-Vertrages entspricht, soll Handelsverzerrungen durch Erstattung für inländische Abgaben, welche höher ist als die auf diese Waren tatsächlich, unmittelbar oder mittelbar, erhobenen Abgaben, verhindern. Dieser Artikel entspricht Artikel 18 Absatz 2 der Freihandelsabkommen.

Zu Artikel 16:

Durch diese Bestimmung, welche in den Freihandelsabkommen und im EFTA-Übereinkommen keine Entsprechung findet, wird die Existenz der staatlichen Handelsmonopole nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Diese Monopole sind aber so anzupassen, daß sie hinsichtlich der Bedingungen, zu denen sie Waren beschaffen und absetzen, nicht zwischen Staatsangehörigen der EWR-Staaten differen-

zieren. Artikel 16 regelt also primär die Behandlung der Wirtschaftsbeteiligten, nicht der Waren; er erlaubt eine zwischen Ursprungserzeugnissen und Drittlandserzeugnissen unterschiedliche Vorgangsweise der Monopole, solange keine Diskriminierung der Wirtschaftsbeteiligten der EWR-Staaten eintritt.

In den Verhandlungen über das Abkommen wurde die Formulierung hinsichtlich der vorerwähnten "Anpassung" von den EFTA-Staaten erst nach längeren Diskussionen erreicht. Sie bedeutet, daß die staatlichen Handelsmonopole der EFTA-Staaten nicht schon zum 1.1.1993 angepaßt sein müssen, sondern daß ab diesem Zeitpunkt die Anpassung vorzunehmen ist.

Das Protokoll 8 enthält folgende Regelungen bezüglich der Anwendung des Artikels 16:

a) Auf verschiedene Monopole einzelner EFTA-Staaten, darunter das österreichische Salzmonopol, ist Artikel 16 spätestens ab 1.1.1995 anzuwenden.

b) Artikel 16 findet auch auf Wein (TNr. 22o4) Anwendung. Diese Bestimmung hat die Gemeinschaft wegen ihrer einschlägigen Exportinteressen und im Hinblick auf die Alkoholmonopole der skandinavischen EFTA-Staaten durchgesetzt, welche ihrerseits in einer Erklärung auf die große Bedeutung dieser Monopole aus gesundheitlichen und sozialen Gründen hinwiesen. Eine analoge, aber auch die Agrarpolitik berücksichtigende Erklärung haben die Schweiz und Liechtenstein abgegeben. Für Österreich ist die Bestimmung hinsichtlich der Anwendung des Artikels 16 auf Wein einfuhrseitig irrelevant (mangels Bestehens eines diesbezüglichen Monopols in Österreich).

Hinsichtlich des Österreichischen Branntweinmonopols ist zu bemerken, daß von den Waren, die in Österreich diesem Monopol unterliegen, der Ethylalkohol mit einen Alkoholgehalt von 8o % Vol. oder mehr der Nr. 22o7 des Zolltarifs zwar nicht unter das Abkommen fällt; jedoch fallen bestimmte Folgeprodukte, und zwar alkoholische Getränke und Ethylalkohol mit einem niedrigeren Alkoholgehalt als 8o % Vol. der Nr. 22o8 des Zolltarifs unter das Abkommen. Für diese alkoholischen Erzeugnisse der Nr. 22o8 des Zolltarifs kann Österreich die Bestimmungen des Branntweinmonopols bis Ende 1995 aufrecht erhalten. Erst danach kommt auch für diese Erzeugnisse Artikel 16 voll zur Anwendung. Monopolbehördliche Einfuhrbewilligungen sind jedoch bereits vom 1. Jänner 1993 an automatisch zu erteilen. Österreich wurde auch zugestanden, für die in Rede stehenden Erzeugnisse die Zölle bis 1. Jänner 1996 stufenweise auf Null abzubauen (siehe Artikel 6 der Anlage zum Protokoll 3).

Der durch das Abkommen bewirkte Abbau des Außenschutzes wurde schon frühzeitig vorhergesehen und daher bei der grundsätzlichen Neuregelung der Großverkaufspreise für Spiritus und der Neufestsetzung der Sätze der Monopolabgaben im Zuge der Reform der Getränkebesteuerung darauf Bedacht genommen (Kundmachung des Bundesministers für Finanzen betreffend die Großverkaufspreise für den von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols abgegebenen Spiritus, den Branntweinaufschlag und den Monopolausgleich, BGBl.Nr. 721/91). Die dreijährige Übergangsfrist bietet die Möglichkeit, mit weiteren Anpassungsschritten zuzuwarten, bis Klarheit über die Ausformung der Rahmenbedingungen für die Branntweinwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere über die Frage besteht, ob und zutreffendenfalls in welcher Form im Zuge der Errichtung des Binnenmarktes eine gemeinsame Marktorganisation für Agraralkohol geschaffen wird, die für die Umformung des Österreichischen Branntweinmonopols beispielhaft und bei den Anpassungsmaßnahmen zu berücksichtigen wäre.

Der mit Wirkung vom 1.Jänner 1993 vereinbarte volle Zollabbau für bestimmte Spirituosen wird wohl zu einer Beeinträchtigung des Monopolertrages führen, deren Ausmaß jedoch schwer abzuschätzen ist, weil gerade auf dem Spirituosensektor Änderungen der Verbrauchergewohnheiten, die durch Werbekampagnen beeinflußt werden können, temporär oder tendenziell eine Rolle spielen.

Tabak und Waren daraus fallen nicht unter die von Artikel 8 Absatz 3 lit. a und b des Abkommens erfaßten Waren, sodaß das österreichische Tabakmonopol von Artikel 16 des Abkommens nicht berührt wird.

2.2.2. Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Fischereierzeugnisse

Zu Artikel 17:

Dieser Artikel verweist auf Anhang I, welcher Regelungen über den Veterinär- und den Phytosanitärsektor enthält. Hinsichtlich des Veterinärsektors, der wegen seines engen Zusammenhangs mit der Landwirtschaft von der Gemeinschaft für eine Einbeziehung in das Abkommen ursprünglich nicht vorgesehen war (eine EG-interne Entscheidung zur Einbeziehung fiel erst im November 199o), legt Anhang I folgendes fest:

Vorerst werden diejenigen Bereiche angeführt, in denen der Veterinäracquis nicht zur Anwendung kommt. Dies sind die veterinärbehördliche Grenzkontrolle, die Drittlandsbeziehungen, der Tierschutz und die finanziellen Angelegenheiten, insbesonders die Entschädigungen bei Auftreten von Tierseuchen.

Eine Schutzklausel bildet einen weiteren wichtigen Bestandteil der Vereinbarungen betreffend den Veterinärbereich. Diese Schutzklausel sieht bei Gefährdung der Gesundheit von Mensch oder Tier Restriktionsmaßnahmen bei der Einfuhr von Tieren oder tierischen Produkten vor. Diese sind den Vertragsparteien mitzuteilen, welche innerhalb von 10 Tagen über die getroffenen Maßnahmen diskutieren.

Die Vorbehalte, die auf Seite der EFTA bestehen blieben und sich auf Richtlinien betreffend die Bekämpfung von Tierseuchen beziehen, sind als weitere Punkte angeführt. Bis zum Abschluß der Prüfung dieser Vorbehalte wenden die betreffenden EFTA-Staaten ihre bestehende nationale Gesetzgebung an.

Der österreichische Vorbehalt betrifft lediglich die BSE, eine in Großbritannien auftretende Rinderseuche, bei der nicht auszuschließen ist, daß es sich auch um eine Zoonose (auf Menschen übertragbare Krankheit) handelt, weshalb der österreichische Vorbehalt aus gesundheitspolitischen Gründen aufrecht erhalten werden mußte; auch die anderen EFTA-Staaten haben diesen Vorbehalt angemeldet und bestehen auf der Anwendung ihrer nationalen Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Die Vorbehalte hinsichtlich gewisser Krankheiten von Schafen und Ziegen stehen mit der BSE in engem Zusammenhang.

Hinsichtlich des Importes von Tieren und tierischen Produkten wurde für den Veterinärbereich vereinbart, daß gegenüber Drittländern keine weniger strengen Bedingungen angewendet werden dürfen, als sie im Abkommen festgelegt sind.

Anhang I führt die Richtlinien der EG an, die sich auf die Tierseuchenbekämpfung im Rahmen des Handels mit lebenden Tieren beziehen; ferner die Richtlinien, welche die Hygiene bei der Gewinnung von frischem Fleisch und Fleischprodukten betreffen, sowie Richtlinien über Rückstände im Fleisch und in Fleischprodukten. Weiters sind im Veterinäracquis Bestimmungen betreffend die hygienische Verarbeitung von Milch, Ei und Eiprodukten sowie tierischen Abfällen enthalten.

Aus der Übernahme des EG-Veterinäracquis ergibt sich die Notwendigkeit einer innerösterreichischen Rechtsänderung bei folgenden Gesetzen:

Fleischuntersuchungsgesetz 1982, BGBl.Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 252/1989, samt den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen; Gesetze betreffend Bekämpfung von Tierseuchen sowie die aufgrund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen.

Hinsichtlich des Tierzuchtrechtes ist zu bemerken, daß einschlägige Angelegenheiten in die Zuständigkeit der Länder, für den Bund in die federführende Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fallen.

Die Anlage zu Anhang I enthält EG-Ratsverordnungen betreffend Tierzucht im Bereich von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, Pferden und reinrassigen Tieren, deren Aufzucht im Rahmen der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit erfolgt.

Aufgrund von EG-Kommissionsentscheidungen in einzelnen Anlaßfällen ergeben sich Mindeststandards über nationale Regelungen betreffend insbesondere Züchtervereinigungen, Handel, Bescheinigungssysteme und Zuchtbücher.

EG-Ratsverordnungen sind weiters ergangen zur Regelung der Frage der Reinrassigkeit aufgrund der Eintragung ins Zuchtbuch.

Im Rahmen der Rechtsanpassung in Österreich werden die Länder ihre Tierzuchtförderungsgesetze hinsichtlich der tierzüchterischen Voraussetzungen jedenfalls dahingehend anzupassen haben, daß der Handel mit reinrassigen Tieren, mit deren Samen und befruchteten Eizellen nicht verboten, beschränkt oder anders behindert wird.

Darüberhinaus wird Vorsorge zu treffen sein, daß von einer Vertragspartei anerkannte Züchtervereinigungen oder Züchterorganisationen nicht diskriminiert werden.

Hinsichtlich des Futtermittelrechtes ist zu bemerken, daß die Registrierung aller Mischfuttermittel, die Kernbestimmung des geltenden Futtermittelrechtes, nicht mehr aufrecht zu erhalten sein wird. Vorschriften über Kennzeichnung und Verpackung, über Anforderungen an Futtermittel, Zusatzstoffe sowie über Analysenmethoden und Probenahmeverfahren sind anzupassen, Vorschriften über Schadstoffe neu zu schaffen. Aus der Übernahme des einschlägigen EG-Rechtsbestandes ergibt sich die Notwendigkeit einer Anpassung des Futtermittelgesetzes 1952, BGBl.Nr. 97/1952, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 557/1987, und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Futtermittelverordnung 1976.

Hinsichtlich des Phytosanitärsektors ist zu bemerken:

a) Pflanzenschutzmittelrecht:
Die zu übernehmenden EG-Richtlinien sind zum Teil bereits in österreichischen Rechtsvorschriften berücksichtigt, im übrigen jedoch erst bis 1995 umzusetzen. Derzeit besteht in Bezug auf das Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl.Nr. 476/1990, daher kein Anpassungsbedarf aufgrund des vorliegenden EG-Rechtsbestandes.

b) Saatgutrecht:
Die derzeit im Saatgutgesetz 1937, BGBl.Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 230/1982, und im Pflanzenzuchtgesetz 1947, BGBl.Nr. 34/1947, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 230/1982, sowie in den Anerkennungsgesetzen der Bundesländer enthaltenen Vorschriften sind grundlegend zu erneuern. Ein Saatgutverkehrsgesetz müßte die Regelung der Saatgutanerkennung einschließlich der Gleichstellung von Saatgutimporten beinhalten. Mittels Verordnung wäre neben den Saatgutnormen (Saatgutkundmachung) auch die Anforderung an den Feldbestand im Zuge der Saatgutanerkennung (derzeit Anerkennungsrichtlinien des BMLuF), die Gleichstellung von Saatgutimporten aus Drittländern sowie die erforderlichen Aufzeichnungen zur Saatgutaufbereitung zu regeln. Besondere Regelungen wären für Pflanzkartoffeln erforderlich.

Zu Artikel 18:

Gemäß Artikel 8 Absatz 3, welcher den produktmäßigen Anwendungsbereich des Abkommens festlegt, sind einzelne Bestimmungen desselben auch auf andere als die in diesem Absatz angeführten Waren anzuwenden. Dies trifft u.a. auf Artikel 17 betreffend den Veterinär- und den Phytosanitärsektor und auf Artikel 23 lit. a betreffend technische Vorschriften, Normen, Prüfungs- und Zertifizierungswesen sowie Artikel 23 lit. b betreffend Protokoll 47 über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse für Wein zu.

Durch die Anwendung der Artikel 17 und 23 lit. a und b soll eine Erleichterung des Handels mit jenen Waren erreicht werden, die von Anhang I und Anhang II (technische Vorschriften) sowie Protokoll 47 erfaßt werden. Es bestünde nun die Möglichkeit, diese Erleichterung des Warenverkehrs durch "andere" technische Handelshemmnisse zu vereiteln. Diese Möglichkeit

soll durch Artikel 18 ausgeschaltet werden. In diesem Zusammenhang ist aber Artikel 13 betreffend nicht wirtschaftliche Gründe für Beschränkungen anzuwenden.

Zu Artikel 19:

Wie bereits ausgeführt, verfolgten Österreich, die anderen EFTA-Staaten und die Gemeinschaft auf dem Agrarsektor unterschiedliche Ziele, weswegen die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den verschiedenen EFTA-Staaten und der Gemeinschaft bilateral geführt wurden. Die dabei erzielten Ergebnisse für einzelne Schwerpunkte im jeweiligen agrarischen Warenaustausch konnten dennoch nicht sämtliche Interessen auf diesem Gebiet berücksichtigen. Insbesonders die Gemeinschaft zeigte sich daher bei Abschluß der Verhandlungen über das Abkommen an einer Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen auf dem Agrarsektor interessiert. Da sich auch die EFTA-Staaten gegenüber einer solchen Weiterentwicklung aufgeschlossen zeigten, wurde im Artikel 19 eine Evolutionsklausel betreffend den agrarischen Warenaustausch festgelegt.

In ihr verpflichten sich die Vertragsparteien, bei allfälligen Schwierigkeiten in ihrem Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach geeigneten Lösungen zu suchen, ihre Bemühungen zur fortschreitenden Liberalisierung dieses Handels fortzusetzen und zu diesem Zweck vor Ende 1993 und sodann in zweijährlichen Zeitabständen die Bedingungen für diesen Handel zu überprüfen. Im Lichte der Ergebnisse dieser Prüfungen werden die Vertragsparteien im Rahmen ihrer jeweiligen Landwirtschaftspolitik und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Uruguay-Runde im Rahmen des Abkommens auf präferentieller, bilateraler oder multilateraler, reziproker und gegenseitig vorteilhafter Basis über den weiteren Abbau jeglicher Art von Handelshemmnissen auf dem Agrarsektor entscheiden, einschließlich jener, die aus staatlichen Handelsmonopolen auf dem Agrarsektor resultieren.

Österreich konnte dieser Evolutionsklausel ohne Schwierigkeiten zustimmen, weil es seine schon oben erwähnten bilateralen Verhandlungen mit der Gemeinschaft über sektorielle agrarische Vereinbarungen nach dem Grundsatz der Ausgewogenheit geführt hat.

Die Unterzeichnung des Briefwechsels Österreich-EWG über diese sektoriellen Vereinbarungen - wie auch der analogen Rechtsinstrumente der anderen EFTA-Staaten - wurde im Protokoll 42 über bilaterale Abkommen betreffend bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse festgehalten, desgleichen das Inkrafttreten dieser bilateralen Vereinbarungen spätestens gleichzeitig mit dem Abkommen.

Auf die Erläuterungen zu dem dem Nationalrat gleichzeitig vorgelegten Briefwechsel samt angeschlossenen sektoriellen Vereinbarungen auf dem Agrarsektor wird verwiesen.

Zu Artikel 2o:

Wie bereits im "Allgemeinen Teil" ausgeführt, haben sich die Verhandlungen auf dem Fischsektor besonders schwierig gestaltet. Ausgangspunkt für die EFTA-Staaten war das - v.a. durch die Interessen Islands und Norwegens bedingte - Verlangen nach Freihandel mit Fischen und anderen Meeresprodukten, für die EWG - außer dem Kohäsionsaspekt - das Verlangen nach Zugang zu den Fischgründen der nordischen EFTA-Staaten. Die Verhandlungen, welche z.T. auf bilateraler Ebene zwischen der Gemeinschaft und den hauptbetroffenen EFTA-Staaten geführt wurden, erbrachten letztlich die in Abkommen der Gemeinschaft mit Island, Norwegen und Schweden sowie in dem für alle Vertragsparteien relevanten Protokoll 9, auf welches Artikel 2o verweist, enthaltene Paketlösung. Dieses Protokoll sieht neben den v.a. die skandinavischen EFTA-Staaten berührenden Regelungen betreffend den Wettbewerb (einschließlich staatliche Beihilfen) und den Zugang zu den Häfen vor, daß die EFTA-Staaten für die in Tabelle I des Anhangs II zu diesem Protokoll genannten Waren (abgesehen von einzelnen produktspezifischen Sonderregelungen für die Schweiz/Liechtenstein, Finnland und Schweden) mit Inkrafttreten des Abkommens gegenüber der Gemeinschaft die Einfuhrzölle und die Abgaben gleicher Wirkung sowie die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und die Maßnahmen gleicher Wirkung beseitigen, während die Gemeinschaft den EFTA-Staaten folgende Konzessionen gewährt:

a) Vollständige Beseitigung der Einfuhrzölle und der Abgaben gleicher Wirkung bei Inkrafttreten des Abkommens für die Produkte der Tabelle II;

b) Fortschreitender Abbau der Zölle ab 1.1.1993 bis 1.1.1997 auf 30% der Ausgangszölle für Produkte der Tabelle III;

c) Für die in diesen beiden Listen angeführten Waren wendet die Gemeinschaft keine mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung an.

Für bestimmte, für die EFTA-Staaten wichtige, von der Gemeinschaft jedoch als sensibel angesehene Produkte hat sie keine Konzessionen gewährt.

Österreich, Finnland, Liechtenstein, Schweden, die Schweiz und die Gemeinschaft haben in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ein Einfuhrverbot für Walprodukte anwenden. Dieses Verbot beruht auf ihren Verpflichtungen aus dem Internationalen Artenschutzabkommen.

Schließlich enthält Protokoll 46 eine v.a. für die nordischen EFTA-Staaten bedeutsame Evolutionsklausel, welche einige der agrarischen Evolutionsklausel des Artikels 19 des Abkommens analoge Formulierungen aufweist.

Für Österreich ergibt sich aus dem Verhandlungsergebnis die Ausweitung des Einfuhrregimes, wie es derzeit gegenüber der EFTA besteht, per 1.1.1993 auf den gesamten EWR. Die tatsächlichen Auswirkungen dürften sich jedoch in Grenzen halten, weil in Österreich schon jetzt gegenüber der Gemeinschaft keine mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für Fische bestehen. Der Wegfall der bei Süßwasserfischen anzuwendenden österreichischen Einfuhrzölle wird zu einer Verbilligung des Angebots aus der Gemeinschaft führen, während die - vergleichsweise niedrigen - einschlägigen österreichischen Ausfuhren in die Gemeinschaft erleichtert werden. Nachteile werden sich allerdings für die österreichische fischverarbeitende Industrie aus der mangelnden Reziprozität beim Zollabbau für einige in Österreich erzeugte Produkte (geräucherte Fische, Fischmarinaden) ergeben.

2.2.3. Die Zusammenarbeit in Zollfragen und die Handelsförderung

Zu Artikel 21:

Dieser Artikel ist auf alle Waren, also nicht nur auf die in Artikel 8 Absatz 3 angeführten, anzuwenden.

In Absatz 1 ist der Grundsatz festgehalten, daß die Vertragsparteien zur Erleichterung des Handels zwischen ihnen die Kontrollen und Förmlichkeiten an den Grenzen vereinfachen. Das Protokoll 10 enthält die zur Realisierung dieses Grundsatzes getroffenen Vereinbarungen.

Dieses Protokoll 10 enthält Maßnahmen zur Vereinfachung der Abfertigung von Waren an den Grenzen zwischen einem EFTA-Land und der Gemeinschaft und zwischen EFTA-Ländern, gleichgültig ob die Abfertigung durch Zollbehörden oder andere Behörden erfolgt. Es entspricht inhaltlich weitgehend den derzeit für den innergemeinschaftlichen Verkehr geltenden Regelungen des Gemeinschaftsrechtes. Grundsatz des Protokolls ist, daß Kontrollen (Beschau von Waren) und Förmlichkeiten (Vorlage und Prüfung von Papieren) mit der geringstmöglichen Verzögerung des Warenflusses vollzogen und Kontrollen nur stichprobenweise vorgenommen werden, was der derzeitigen Rechtslage und Praxis weitestgehend entspricht. Auch das System der Durchführung anderer Kontrollen durch die Zollämter entspricht zumindest für den Bereich der Pflanzenschutz- und Qualitätskontrollen bereits der Rechtslage und Praxis in Österreich. Veterinärkontrollen bleiben allerdings einer späteren Regelung vorbehalten, da das diesbezügliche Gemeinschaftsrecht noch nicht ausreichend vereinheitlicht ist. Ein wesentlicher Vorteil gegenüber der bisherigen Situation kann darin liegen, daß bilaterale Probleme mit Nachbarstaaten nach dem Protokoll zwar mit diesen behandelt, letztlich aber nicht gelöste Probleme an die Kommission als Vertreterin der Gemeinschaft und an die Organe des Abkommens herangetragen werden können.

In Absatz 2 des Artikels 21 des Abkommens ist der Grundsatz festgehalten, daß die Vertragsparteien in Zollangelegenheiten einander Amtshilfe leisten. Das Protokoll 11 enthält die zur Realisierung dieses Grundsatzes getroffenen Vereinbarungen.

Nach diesem Protokoll 11 leisten die Vertragsparteien zur Durchsetzung ihrer Zollvorschriften und zur Aufdeckung von Zollzuwiderhandlungen einander durch ihre Zollverwaltungen auf Ersuchen, bei gravierenden Zuwiderhandlungen auch spontan, Amtshilfe.

Durch die Definition des Begriffes "Zollvorschriften" und durch die Zuständigkeitsregelung im Artikel 7 des Protokolls ist gewährleistet, daß Maßnahmen, die nicht in den Vollziehungsbereich der Zollverwaltungen fallen, aus dem Anwendungsbereich des Abkommens ausgeklammert bleiben. Bei der Behandlung von Amtshilfeersuchen ausländischer Verwaltungen ist grundsätzlich nach dem Recht der ersuchten Behörde vorzugehen.

Das Protokoll in der vorliegenden Fassung hält sich materiell im Rahmen der bisher von Österreich bilateral mit Staaten der Gemeinschaft abgeschlossenen Amtshilfeverträge (Bundesrepublik Deutschland, BGBl. Nr. 43o/1971, geändert BGBl. Nr. 126/1981; Italien, BGBl. Nr. 468/1979; Frankreich, BGBl. Nr. 376/1982; Spanien, BGBl. Nr. 1o4/1983); Einbringungshilfe ist nicht vorgesehen. Die Bestimmungen im Artikel 14 über den direkten Verkehr der Zollverwaltungen entsprechen den Bedürfnissen der Praxis.

Die im Artikel 9 eingeräumten Verweigerungsmöglichkeiten müssen für den innerstaatlichen Bereich im Hinblick auf die Bedeutung der aufgeführten Rechtsgüter als Verpflichtung, die Amtshilfe zu verweigern, aufgefaßt werden. Die Ziffer 2 soll den Grundsatz der Reziprozität sicherstellen.

Nach Artikel 15 des Protokolls 11 wird die Anwendung bereits bestehender oder zukünftiger bilateraler Amtshilfeverträge durch dieses Protokoll nicht berührt. Soweit in diesen Verträgen Amtshilfebestimmungen fehlen, gelten die korrespondierenden Bestimmungen des Protokolls.

In Absatz 3 des Artikels 21 des Abkommens ist der Grundsatz festgehalten, daß die Vertragsparteien ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel der Vereinfachung der Verfahren für den Handel mit Waren verstärken und ausweiten, insbesonders im Zusammenhang mit den Programmen, Projekten und Aktionen der Gemeinschaft zur Handelserleichterung. Die dabei anzuwendenden Regeln sind im Teil VI des Abkommens festgehalten.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 6 des Protokolls 10:

Diese Bestimmung sieht die Übertragung von Vollziehungszuständigkeiten im Zusammenhang mit dem Protokoll 10 an diesbezüglich zuständige Behörden anderer Vertragsparteien des EWR-Abkommens vor. Da weder ausgeschlossen werden kann, daß diesbezüglich auch Vollziehungszuständigkeiten der Länder betroffen sein können, noch daß nach dieser Bestimmung nicht Behörden von EG-Mitgliedstaaten, sondern solche der EG selbst ermächtigt werden, kann diese Bestimmung in Art. 9 Abs. 2 B-VG (arg. "Hoheitsrechte des Bundes" sowie arg. "Tätigkeit von Organen fremder Staaten im Inland") keine Deckung finden. Diese Bestimmung wird daher verfassungsändernd zu genehmigen sein.

Zu Artikel 22:

Das Recht der Vertragsparteien, die Zölle oder Abgaben gleicher Wirkung gegenüber Drittländern zu ändern, wird von dieser Bestimmung, die im gleichen Wortlaut bereits in den Freihandelsabkommen enthalten ist, nicht berührt.

2.2.4. Sonstige Regelungen für den freien Warenverkehr

Zu Artikel 23:

Soweit nicht anders festgelegt, sind die Bestimmungen der in diesem Artikel genannten Protokolle 12 und 47 und der Anhänge II und III auf alle Waren, also nicht nur auf die in Artikel 8 Absatz 3 angeführten, anzuwenden.

Nach dem Abbau der Zölle und der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen stellten die Verschiedenheit der technischen Vorschriften (einschließlich der Normen und der Bestimmungen über das Prüfungs- und Zertifizierungswesen) das wichtigste Handelshemmnis im Integrationsraum dar. Die Bemühungen der Vertragsparteien waren daher seit Jahren auf einen Abbau dieses Handelshemmnisses gerichtet, wobei Fortschritte, wenn auch primär punktuell, im Rahmen des follow up von Luxemburg erzielt wurden. Diese Bemühungen erfuhren während der Verhandlungen über das Abkommen eine systematische Ausweitung auf sämtliche einschlägige Rechtsvorschriften der Gemeinschaft. Nach intensiven Verhandlungen einigten sich die Vertragsparteien auf Anhang II, welcher die von den EFTA-Staaten auf diesem Gebiet zu übernehmenden Rechtsakte der Gemeinschaft (ca. 7oo) enthält. Durch die damit erreichte Vereinheitlichung der technischen Vorschriften fallen die aus deren bisheriger Verschiedenheit resultierenden Handelshemmnisse weg.

Hinsichtlich einer Reihe dieser technischen Vorschriften der Gemeinschaft haben die EFTA-Staaten, darunter auch Österreich, Schwierigkeiten für den Fall ihrer Übernahme per 1.1.1993 geltend gemacht. Nach eingehender Prüfung wurde in einem Teil der Fälle diesen Bedenken durch entsprechende Regelungen (z.T. für eine Übergangszeit) Rechnung getragen.

Der vorerwähnte Anhang II hat folgende Unterteilung:

I. Kraftfahrzeuge; Straßenverkehr

Die in den Teilen I und auch II enthaltenen Richtlinien beinhalten technische Vorschriften für das Betriebserlaubnisverfahren und werden in Österreich für die Genehmigung von Fahrzeugen (Typen) Bedeutung erlangen. Zur Umsetzung dieser Richtlinien in das österreichische Recht bedarf es grundsätzlich einer Anpassung der Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung (KDV) 1967, BGBl.Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 684/199o. Der Inhalt eines Teiles dieser Richtlinien ist jedoch bereits Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung.

Kraftfahrzeuge und Anhänger (LKW, leichte Nutzfahrzeuge, PKW und einspurige Kraftfahrzeuge):

Zu den Punkten 1, 2, 3, 12 und 44 (Typengenehmigung, Abgas- und Lärmwerte):

Die zulässigen Abgas- und Lärmwerte von Kraftfahrzeugen sind zur Zeit in der EG weniger streng als die österreichischen. Das Abkommen sieht vor, daß Österreich - wie die anderen EFTA-Staaten - bis zum 1. Jänner 1995 seine diesbezüglichen nationalen Regelungen aufrecht erhalten kann. Die Intention des Verordnungsgebers ist es, nach Maßgabe des Abkommens von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Dies hat zur Folge, daß in Österreich bis zu diesem Datum insbesondere der Verkauf und die Zulassung von Kraftfahrzeugen, die den strengeren österreichischen Emissionswerten nicht entsprechen, untersagt wird. Aus diesem Grund findet das System der EG-Betriebserlaubnis (Punkt 1) für eine Kraftfahrzeugtype, die grundsätzlich den freien Verkauf in der gesamten EG (bzw. später auch im EWR) ermöglicht und auch die nationalen Behörden zur Zulassung dieser Fahrzeuge ohne weiteres Verfahren verpflichtet, in Österreich vorläufig keine Anwendung.

In der EG werden am 1. Jänner 1995 Lärm- und Abgasvorschriften für LKW und PKW gelten, die in ihren Auswirkungen den österreichischen entsprechen. Es wird davon ausgegangen, daß in der EG zum 1. Jänner 1995 auch für leichte Nutzfahrzeuge Lärm- und Abgasvorschriften in Kraft sein werden, die den österreichischen entsprechen. In diesem Fall kann der freie Warenverkehr von Kraftfahrzeugen im EWR zum geplanten Zeitpunkt verwirklicht werden. Im gegenteiligen Fall

müßten die im EWR-Vertrag vorgesehenen Mechanismen angewendet werden, um sicherzustellen, daß das hohe Umweltschutzniveau Österreichs auch in diesem Bereich gewahrt bleibt.

Zu Punkt 40 (zulässige Lärmemissionen und Auspuffsysteme von einspurigen Kraftfahrzeugen):

Die Problematik hinsichtlich der Emissionen einspuriger Kraftfahrzeuge entspricht im wesentlichen der oben angeführten. Es soll ebenso wie bei mehrspurigen Kraftfahrzeugen vorgegangen werden, sollte die EG bis zum 1. Jänner 1995 keine Abgasvorschriften für einspurige Kraftfahrzeuge angenommen haben, die den strengen österreichischen Bestimmungen entsprechen.

Zu den übrigen Punkten:

Hinsichtlich der übrigen zu übernehmenden Richtlinien ergeben sich kaum Probleme, da ein Teil dieser EG-Bestimmungen zur Zeit inhaltlich bereits Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung ist.

Andere dieser Richtlinien wiederum betreffen Materien, die in Österreich noch keine gleichermaßen umfassende oder eine etwas andere Regelung erfahren haben. Die KDV muß diesbezüglich entsprechend angepaßt werden.

II. Land- und forstwirtschaftliche Nutzfahrzeuge:

Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die österreichischen Regelungen in der Materie weniger umfassend und detailliert als das zu übernehmende EG-Recht sind. Es besteht daher ein gewisser Anpassungsbedarf der KDV, der allerdings als unproblematisch beurteilt wird.

III. Aufzüge, Hebezeuge und Lastaufnahmeeinrichtungen:

Dieser Bereich wird grundsätzlich durch die österreichische Maschinensicherheitsverordnung aufgrund des § 71 der GewO geregelt. Für Aufzüge ist ein gemeinsames Vorgehen des Bundes und der Länder vorgesehen. Die EG-Regelung betreffend Personenaufzüge wird auf Seite des Bundes durch eine Verordnung gemäß § 71 der GewO umgesetzt. Sonst wird dieser Bereich durch derzeit unverbindliche Ö-Normen geregelt. Diese können je nach Erfordernis auf Bundes- oder Landesebene durch Gesetz oder Verordnung für verbindlich erklärt werden.

IV. Haushaltsgeräte:

Die Richtlinien 379 L 0530 und 379 L 0531 regeln die Kennzeichnungspflicht für den Energieverbrauch von Haushaltsgeräten; diese Regelungen sind aber nur fakultativ anzuwenden. In der EG wurden bereits umfassende Vorarbeiten für die Überarbeitung dieser Richtlinien durchgeführt; es gibt einen ersten Textentwurf, welcher eine obligatorische Kennzeichnungspflicht für den Energieverbrauch von Haushaltsgeräten vorsieht. Die in Österreich geltende Verordnung basiert auf dem UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb/1984), BGBl. Nr. 448/1984, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 422/1988. Derzeit wird geprüft, in welcher Form eine Anpassung der österreichischen Vorschriften an die bestehende bzw. künftige EG-Regelung erforderlich ist.

In der EG-Verordnung 386 L 0594 wird die Lärmkennzeichnung von Haushaltsgeräten, welche in der EG aber nur fakultativ vorgeschrieben ist, geregelt. Daher besteht kein Handlungsbedarf.

V. Gasgeräte:

Die Richtlinien für Gasflaschen und Aerosolpackungen entsprechen dem Konzept der "alten" Richtlinien, sie enthalten daher ins Detail gehende Bestimmungen. Der Geltungsbereich der Gasflaschen-Richtlinien umfaßt Gasflaschen aus Stahl und Aluminium. Der Geltungsbereich der Aerosolpackungs-Richtlinie umfaßt die in Österreich als Druckgaspackung bzw. "Spray" bezeichneten, nicht wiederverwertbaren Behälter.

Die Richtlinien für Gasflaschen werden 1995 durch die Druckgeräte-Richtlinie ersetzt. Die im EG-Raum bereits in Kraft befindlichen genannten Richtlinien werden durch das neue Kesselgesetz national umgesetzt werden.

VI. Baumaschinen und Ausrüstungen:

Dieser Bereich ist teilweise durch die Maschinensicherheitsverordnung geregelt (z.B. Lärmpegel). Aufgrund der Bauordnungen ist dieser Bereich zum Teil auch in den landesrechtlichen Regelungen enthalten. Es besteht derzeit die optionelle (nach freier Wahl) Anwendung der EG-Regelungen. Die EG-Richtlinien 86/295/EWG und 86/296/EWG werden durch die Maschinensicherheitsverordnung umgesetzt werden.

VII. Andere Maschinen:

Hier handelt es sich um Rasenmäher, wobei die EG-Verordnung hinsichtlich des Schalleistungspegels in der Verordnung BGBl.Nr. 572/1989 umgesetzt wurde. Hinsichtlich der übrigen EG-Vorschriften für Rasenmäher sind die diesbezüglichen derzeit unverbindlichen Ö-Normen heranzuziehen. Diese können je nach Erfordernis auf Bundes- oder Landesebene durch Gesetz oder Verordnung für verbindlich erklärt werden.

VIII. Druckbehälter:

Im Bereich der Druckbehälter wird derzeit ein neues Kesselgesetz der parlamentarischen Behandlung zugeführt, wodurch die Anpassung des österreichischen Rechts an die bestehenden EG-Richtlinien gewährleistet wird.

IX. Maß- und Eichwesen:

Das Maß- und Eichgesetz, BGBl.Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 213/1992, sieht die Übernahme der bestehenden EG-Richtlinien auf diesem Gebiet vor. Des weiteren wird eine umfangreiche Anpassung im Verordnungsweg durchgeführt.

X. Elektrotechnik:

Eine ETG-Novelle (Elektrotechnikgesetz 1965 i.d.F. BGBl.Nr. 662/1983) zur Anpassung an die Niederspannungsrichtlinie und an die elektrotechnischen Regelungen der Gemeinschaft ist in Vorbereitung.

XI. Textilien:

Hier handelt es sich um Kennzeichnungsbestimmungen bzw. bestimmte Analysemethoden. Eine Novellierung der bestehenden Kennzeichnungsverordnung, BGBL.Nr.336/1975, zuletzt geändert durch BGBl.Nr.578/1988, in Anlehnung an die EG-Richtlinie ist vorgesehen.

XII. Lebensmittel:

Das österreichische Lebensmittelrecht ist weitgehend mit dem EG-Recht kompatibel. Aufgrund der Rechtsprechung des EuGH (Cassis de Dijon) hat die EG-Kommission vorgeschlagen, die rechtlichen Regelungen in Zukunft auf die "zwingenden Erfordernisse des Gemeinwohles" zu beschränken, d.h. auf
- Schutz der öffentlichen Gesundheit
- wirtschaftlichen Verbraucherschutz
- lauteren Wettbewerb
- amtliche Überwachung

Dies sind auch Grundsätze des österreichischen Lebensmittelgesetzes 1975, BGBl.Nr. 86/1975, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 226/1988. Der Schutz vor Täuschung wird vor allem durch

ausreichende Kennzeichnung sicherzustellen sein. Eine Anpassung des Lebensmittelgesetzes ist nicht erforderlich, wohl aber werden eine Reihe von Verordnungen zu novellieren sein.

Von österreichischer Seite wurde in den Verhandlungen zum EWR auf die österreichischen Bedenken bezüglich der Anforderungen bei Zusatzstoffen, z.B. bei den Farbstoffen (insbesondere Tartrazin) und Konservierungsmitteln (insbesondere Propion- säure), hingewiesen. Im Rahmen der vorgesehenen Zusammenarbeit zwischen EFTA und EG wird Österreich seinen Standpunkt weiterhin vertreten können und gleichzeitigen einen besseren Zugang zu den diesbezüglichen wissenschaftlichen Ergebnissen von Forschungsstellen anderer Länder finden.

Bezüglich der Bestrahlung von Lebensmitteln und in weiten Bereichen bei den Pestizidrückständen in oder auf Lebensmitteln besteht noch kein Acquis. Wo ein Acquis bei Pestiziden bereits besteht, stimmen EG- und österreichische Höchstwerte weitgehend überein. In einigen Fällen sind österreichische Werte, in anderen Fällen die EG-Werte strenger. Entsprechende österreichische Verbote oder strengere Beschränkungen in diesen Bereichen sind weiterhin möglich. Werden nämlich besonders strenge Normen für erforderlich gehalten, können diese unter Berufung auf den Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen durchgesetzt werden, wenn wissenschaftlich fundierte Unterlagen vorliegen.

Eine der EG-Etikettierungsrichtlinie vergleichbare Kenn- zeichnungsverordnung wurde bereits ausgearbeitet. Im Zusammen- hang mit dem österreichischen Lebensmittelbuch (Codex Alimentarius Austriacus), das u.a. auch Sachbezeichnungen entsprechend der Zusammensetzung von Lebensmitteln bekanntmacht, ist hier ein weitgehender Schutz der Verbraucher gewährleistet.

In der EG gibt es seit 1989 eine der österreichischen Regelung über die amtliche Lebensmittelüberwachung vergleichbare Richtlinie. Darüberhinaus bietet die EG-Richtlinie bessere Möglichkeiten der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und des Informationsaustausches.

XIII. Arzneimittel:

Die wissenschaftlich-technischen Anforderungen in den EG-Richtlinien entsprechen im allgemeinen den österreichischen arzneimittelrechtlichen Bestimmungen. Die erforderlichen Anpassungen an den EG-Rechtsbestand sind primär formaler und organisatorischer Natur. Eine entsprechende Novellierung der arzneimittelrechtlichen Bestimmungen befindet sich in Ausarbeitung. Eine Beeinträchtigung des freien Verkehrs mit Arzneimitteln wird sich allerdings ergeben, wenn Vertretern der EFTA-Staaten die gleichberechtigte Teilnahme an den Arbeiten der beiden - im EG-Rechtsbestand enthaltenen - Arzneimittelausschüsse wie bisher verwehrt wird.

XIV. Düngemittel

Das Düngemittelgesetz 1985, BGBl.Nr. 488/1985, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 36o/1989, und die darauf basierenden Verordnungen, wie Düngemitteltypenverordnung, DM-Kennzeichnungs- und Verpackungsverordnung, DM-Toleranzverordnung, DM-Einfuhrverordnung und DM-Registergebührenverordnung sind den EG-Rechtsvorschriften anzupassen.

Die Registrierung aller dem Düngemittelgesetz unterliegenden Produkte, eine Kernbestimmung des geltenden Düngemittel-Rechtes, ist nicht mehr aufrechtzuerhalten, Vorschriften über Kennzeichnung und Verpackung, über Anforderungen an bestimmte Düngemittel-Typen und über Toleranzen sind anzupassen, Regelungen über Düngekalke und Ammoniumnitrat sowie über den Cadmium-Grenzwert für P2O5-hältige Düngemittel neu zu schaffen. Zum Letztgenannten ist eine Übergangsbestimmung bis 1995 eingeräumt.

XV. Gefährliche Substanzen

Zu den Punkten 1 und 10 betreffend die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen ist festzuhalten, daß eine Übergangsfrist bis 1995

vereinbart wurde. 1994 wird dem Abkommen entsprechend eine Überprüfung der Notwendigkeit der Verlängerung der Übergangsfrist stattfinden.

Daher ist derzeit keine Änderung der österreichischen Gesetzeslage erforderlich. Sollte jedoch die vorerwähnte Überprüfung die Notwendigkeit von Anpassungen ergeben, wären diese der parlamentarischen Behandlung zu unterziehen.

Waschmittel:

Punkt 2 (Detergentien), Punkt 3 (biologische Abbaubarkeit anionischer Tenside) und Punkt 7 (nicht ionische Tenside):

Es besteht hier kein Handlungsbedarf, da die geltenden EG-Regelungen nähere Spezifizierungen durch nationale Vorschriften zulassen. Die geltenden österreichischen Regelungen sind daher bereits jetzt EG-konform.

Punkt 4 (Stoffverbote und Beschränkungen):

Die EFTA-Staaten haben die Möglichkeit, ihre strengeren nationalen Regelungen hinsichtlich bestimmter taxativ aufgezählter Stoffe bzw. Stoffgruppen beizubehalten.

Um die österreichischen Verpflichtungen zu erfüllen, besteht noch Handlungsbedarf betreffend Verordnungen nach § 14 Chemikaliengesetz, BGBl.Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 325/1990, die im Laufe des Jahres 1992 erlassen werden sollen, und zwar für PCB (Polychlorierte Biphenyle),
- PCB (Polychlorierte Biphenyle), PCT (Polychlorierte Perphenyle) und Ersatzstoffe
- Cadmium
- Bleisulfat und Bleicarbonat
- Verbot bestimmter Flammschutzmittel

Punkt 5 (Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (Pestizide)) und 6 (Inverkehrsetzen von Pflanzenschutzmitteln):

Die EFTA-Staaten können generell ihre nationale Gesetzgebung anwenden, keine Änderungen erforderlich.

Punkt 8 und 9 (Gute Laborpraxis):

Diese ist durch die Bestimmungen des Chemikaliengesetzes und die darauf basierende GLP-Verordnung bereits umgesetzt.

Punkt 11 (Batterien) und Punkt 12 (ozonzerstörende Substanzen):

Es besteht kein Handlungsbedarf, weil eine unbefristete Übergangsbestimmung für die Anwendung nationaler Gesetze festgelegt ist. 1995 findet eine Überprüfung der Situation statt.

XVI. Kosmetika

Die diesen Bereich betreffenden EG-Richtlinien erfordern keine Anpassung der österreichischen Rechtslage auf bundesgesetzlicher Ebene. Allerdings werden die bestehenden zwei Kosmetik-Verordnungen entsprechend anzupassen sein.

XVII. Umweltschutz

Punkt 1 (Schwefelgehalt in Treibstoffen):

Österreich hat mit der am 1. März 1992 in Kraft getretenen Kraftstoffverordnung (BGBl.Nr. 132/92), mit der die entsprechenden Ö-Normen verbindlich erklärt wurden, die für die nahe Zukunft geplante neue EG-Regelung vorweggenommen; eine Absenkung des Schwefelgehaltes auf 0,05

Volumsprozent erfolgt dementsprechend am 1. Oktober 1995. Eine Änderung bestehender österreichischer Regelungen zur Herbeiführung der Konformität mit derzeitigen EG-Vorschriften erscheint aus ökologischen Gründen, aber insbesondere im Hinblick auf die geplante EG-Regelung, verzichtbar.

Zu Punkt 2 und 5 (R 80/51 - Verringerung der Schallemissionen von Unterschalluftfahrzeugen und R 89/629-Beschränkung der Schallemissionen von Unterschallstrahlflugzeugen):

Der Inhalt dieser Richtlinien ist bereits weitgehend Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung. Es besteht nur ein geringfügiger Anpassungsbedarf auf Verordnungsebene.

Nach der Richtlinie (R 89/629) dürfen nach dem 1. November 1990 ins Luftfahrzeugregister (Luftfahrzeugrolle) eines Mitgliedstaates aufgenommene zivile Unterschallstrahlflugzeuge nur mehr dann im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates eingesetzt werden, wenn sie eine Lärmzulässigkeitsbescheinigung nach Normen besitzen, die den im Band 1 Teil II Kapitel 3 des Anhangs 16 des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt spezifizierten entsprechen (diese Bestimmungen entsprechen Abschnitt II D der österreichischen Zivilluftfahrzeug-Lärmzulässigkeitsverordnung (ZLVZ) 1986, BGBl.Nr. 7oo/1986, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 3o/199o). Die nach diesem Zeitpunkt eingetragenen Flugzeuge müssen daher den strengsten internationalen Lärmvorschriften entsprechen, sollen sie innerhalb der EG (bzw. des EWR) eingesetzt werden. Die ZLZV 1986 müßte diesbezüglich novelliert werden, was als unproblematisch angesehen wird.

Punkt 3 (Bleigehalt von Benzin):

Die zu Punkt 1 zitierte Kraftstoffverordnung normiert ein stufenweises Verbot von verbleitem Benzin bis 1. November 1993. Die Verordnung wurde der EG-Kommission notifiziert. Es ist keine ablehnende Stellungnahme der EG-Kommission eingetroffen, sodaß von der Akzeptanz seitens der EG auszugehen ist. Da in den EG zum Zeitpunkt des österreichischen Bleiverbotes Neuwagen nur mehr mit geregeltem Dreiweg-Katalysator zugelassen sein werden und Blei durch gleichwertige andere Zusätze ersetzt werden wird, sind keine Probleme zu erwarten.

XVIII. Informationstechnologie, Telekommunikation und Datenverarbeitung

Der geforderten Trennung der hoheitlichen von den betrieblichen Aufgaben wird einerseits durch organisatorische Maßnahmen und andererseits im Hinblick auf die notwendige Transparenz durch ein eigenes Bundesgesetz entsprochen werden.

XIX. Allgemeine Vorschriften auf dem Gebiet der technischen Handelshemmnisse

Es handelt sich hier um die EG-Richtlinie 83/189/EWG betreffend das Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften. Dieses Verfahren wurde seinerzeit auch auf die EFTA-Staaten ausgedehnt und ist im BGBl.Nr. 694/90 als Übereinkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und den EFTA-Staaten anderseits kundgemacht. Nunmehr wird jedoch nicht mehr dieses Übereinkommen, sondern die erwähnte Richtlinie anzuwenden bzw. in die innerstaatliche Rechtsordnung zu übernehmen sein (siehe auch die Erläuterungen zu Art. 120).

Zur Frage des Verfassungsrangs der Art. 9 und 10 der in der ersten Eintragung des Abschnitts XIX des Anhangs II zitierten Richtlinie:

Art. 9 der Richtlinie 83/189/EWG sieht unter bestimmten Voraussetzungen eine Stillhalteverpflichtung der Mitgliedstaaten für die Erlassung innerstaatlicher technischer Vorschriften vor. Diese Bestimmung wird durch den in lit. f wiedergegebenen Text in institutioneller Hinsicht an das vorliegende Abkommen angepaßt. Durch diese Stillhalteverpflichtung wird die Zulässigkeit der Einleitung oder Fortsetzung einer parlamentarischen Behandlung von Gesetzentwürfen an den Ablauf bzw. an ein Einspruchsverfahren mit Beteiligung anderer

Völkerrechtssubjekte gebunden. Eine verfahrensmäßige Beschränkung der Organe der Gesetzgebung hinsichtlich der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit bedarf jedoch einer besonderen verfassungsgesetzlichen Grundlage.

Auch hinsichtlich der Erlassung von Verordnungen ergibt sich eine ähnliche verfassungsrechtliche Problematik: Der zuständige Bundesminister sowie die Landesregierungen als oberstes Verwaltungsorgan wären in Ausübung ihrer Befugnisse nicht mehr frei. Die Bindung eines obersten Organs der Vollziehung an derartige fremde Rechtsakte ist jedoch (abgesehen vom Fall des Artikels 9 Abs. 2 B-VG) von Verfassungs wegen ausgeschlossen. Auch diesbezüglich bedürfte es einer verfassungsrechtlichen Absicherung der gegenständlichen Bestimmung.

Das Erfordernis, auch Art 10 der genannten Richtlinie im Verfassungsrang zu genehmigen, ergibt sich aus der Tatsache, daß diese Bestimmung eine Ausnahme von der im Verfassungsrang zu genehmigenden Stillhalteverpflichtung nach Art. 9 enthält.

XX. Freier Warenverkehr - Allgemein

Unter diesem Punkt nehmen die Vertragsparteien
1) das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum "Cassis de Dijon"-Fall (EG-Amtsblatt Nr. C 256) und
2) das Weißbuch betreffend die Vollendung des Binnenmarktes (EG-Dokument COM (85) 310 FINAL)

zur Kenntnis.

XXI. Bauprodukte

Die Anpassung an die EG-Bauproduktenrichtlinie erfolgt in den jeweiligen Materiengesetzen im Zuständigkeitsbereich des Bundes und der Länder. Die Regelung über Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen erfolgt durch ein Bundesgesetz, das demnächst als Regierungsvorlage eingebracht wird.

XXII. Persönliche Schutzausrüstungen

Die diesbezüglichen EG-Bestimmungen sollen durch eine Verordnung aufgrund des § 71 der GewO umgesetzt werden.

XXIII. Spielwaren

Spielwaren sind Gebrauchsgegenstände im Sinne des Lebensmittelgesetzes 1975, BGBl. Nr. 86/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 226/1988. Daher ist - im Lichte der Erläuterungen zu Teil XII - auch bei Spielwaren die Rechtslage in Österreich an den EG-Rechtsbestand anzupassen.

XXIV. Maschinen

Die EG-Bestimmungen auf diesem Gebiet werden durch die Maschinensicherheitsverordnung aufgrund des § 71 der GewO umgesetzt.

XXV. Tabak

Tabak und Waren daraus fallen nicht unter die von Artikel 8, Absatz 3 lit. a und b des Abkommens erfaßten Waren. Hier handelt es sich aber um die gemäß Artikel 18 des Abkommens dennoch relevanten Vorschriften für die Kennzeichnung und für die Angabe von Rauchinhaltsstoffen. Hier besteht ein Handlungsbedarf.

XXVI. Energie

Es handelt sich hier um die Einsparung von Rohöl durch Verwendung von Ersatz-Kraftstoffkomponenten im Benzin. Es besteht kein Anpassungsbedarf. Dieser Punkt wurde in Anhang II lediglich zur Information aufgenommen. Der EG-Rechtsbestand auf dem Sektor Energie ist im Anhang IV (siehe die Erläuterungen zu Artikel 24) aufgelistet.

XXVII. Spirituosen

Die Vertragsparteien vereinbarten, die Inverkehrsetzung von Spirituosen innerhalb des EWR auf Basis des hier angeführten EG-Rechtsbestandes und unter Maßgabe der hiezu angeführten Ergänzungen zugunsten der EFTA-Staaten zuzulassen. Alle übrigen in den EFTA-Staaten in Geltung stehenden nationalen Regelungen bezüglich Spirituosen können von den EFTA-Staaten weiter angewandt werden. Weiters steht es den EFTA-Staaten frei, ihre derzeit geltenden Vorschriften über die Inverkehrsetzung von Spirituosen für den nationalen Bereich aufrechtzuerhalten. Ebenso bleibt das Verhältnis der EFTA-Länder zu Drittstaaten in diesem Bereich unberührt.

Es ist in den Verhandlungen weitgehend gelungen, die österreichischen Wünsche nach Ausnahmeregelungen zum EG-Rechtsbestand durchzusetzen. Einzig die in Österreich übliche und als "Inländerrum" bezeichnete Spirituose konnte in dieser Vereinbarung nicht berücksichtigt werden, da seitens einzelner EG-Mitgliedstaaten starke Widerstände dagegen vorgebracht wurden. Sohin kann diese Bezeichnung im Export in die Vertragsparteien weiterhin nicht verwendet werden.

Zum Teil XXVII (betreffend Spirituosen) des vorliegenden Anhangs wurde eine Gemeinsame Erklärung der Vertragsparteien über die Zusammenarbeit der Kontrollbehörden im Bereich Spirituosen abgegeben (26. Gemeinsame Erklärung), womit im Hinblick darauf, daß

- einerseits der derzeitige EG-Rechtsbestand noch keine Bestimmungen über die Zusammenarbeit der Kontrollbehörden der EG-Mitgliedstaaten im Bereich Spirituosen enthält,
- andererseits aber eine derartige Zusammenarbeit auch zwischen den Vertragsparteien für das Funktionieren der Vereinbarung gemäß Anhang II Teil XXVII wünschenswert wäre,

vereinbart wurde, künftige EG-Rechtsvorschriften in diesem Bereich gemäß den im Abkommen vorgesehenen Bestimmungen auch gegenüber den Vertragsparteien zur Anwendung zu bringen.

Weiters wurde eine Gemeinsame Erklärung abgegeben, wonach Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz von Bezeichnungen von Wein und Spirituosen zwischen den Vertragsparteien noch vor Inkrafttreten des Abkommens abgeschlossen werden sollen.

Zu den der vorliegenden Vereinbarung zugrundegelegten EG-Rechtsakten ist - soweit sie für Österreich von Bedeutung sind - im einzelnen folgendes auszuführen:

Die EG-Verordnung 389 R 1576 kommt im Rahmen der vorliegenden Vereinbarung in Verbindung mit folgenden Sonderregelungen zur Anwendung:

Gemäß lit.c der Vereinbarung umfaßt die in Artikel 1 Absatz 4 lit. I angeführte Definition auch österreichische Obstspirituosen, welche gemäß den hier dargestellten traditionellen Verfahren in Österreich hergestellt worden sind und somit beim Export in die anderen Vertragsparteien auch als solche bezeichnet werden dürfen.

Gemäß lit.e können im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 die Bezeichnungen "Jägertee" bzw. "Jagertee" oder "Jagatee" verwendet werden, wenn die Spirituose gemäß den hier angeführten Verfahren sowie Inhaltsstoffen in Österreich hergestellt wurde.

Gemäß lit.h werden im Anhang II der EG-Verordnung (betreffend geographische Angaben) unter den Punkten 5, 7 und 14 traditionelle österreichische Bezeichnungen verankert. Alle angeführten österreichischen Bezeichnungen sind sohin den in der EG-Verordnung genannten Bezeichnun-

gen gleichgestellt und können daher beim Export in die anderen Vertragsparteien verwendet werden.

Protokoll 12 regelt die Vorgangsweise bei Verhandlungen mit Drittländern betreffend Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsprüfungen für Waren, für welche die EG-Gesetzgebung die Verwendung einer Marke vorsieht. Diesem Protokoll zufolge wird die Gemeinschaft in ihren - zuerst zu führenden - Verhandlungen mit Drittländern darauf hinwirken, daß letztere mit den EFTA-Staaten parallele Abkommen wie mit der Gemeinschaft abschließen. Dies ist notwendig, um die Homogenität des EWR-Marktes für diese Waren zu gewährleisten.

Zu Protokoll 47 über die Beseitigung technischer Handelshemmnisse bei Wein ist zu bemerken:

Dieses Protokoll zielt darauf ab, innerhalb des EWR den Handel mit Wein durch Abschaffung bestehender technischer Handelshemmnisse in diesem Sektor zu erleichtern. Künftig sollen im gegenseitigen Handel mit Wein innerhalb des EWR die Bestimmungen des einschlägigen EG-Rechtsbestandes zur Anwendung gelangen, soweit sie sich auf Fragen der Produktdefinition, önologische Verfahren, Zusammensetzung der Weine sowie Modalitäten des Inverkehrbringens und der Vermarktung von Wein beziehen.

Die der Vereinbarung zugrundeliegenden EG-Verordnungen samt Ausnahmebestimmungen zugunsten der weinproduzierenden EFTA-Staaten sind im einzelnen im Anhang zu Protokoll 47 angeführt. Nicht zur Anwendung gelangen alle jene Teile des EG-Rechtsbestandes, die sich auf andere Aspekte des EG-Weinrechtes beziehen, d.h. vor allem Bestimmungen der Marktordnung und des Verkehrs mit Drittstaaten. Hinsichtlich der letztgenannten sowie aller anderen, nicht den Handel mit Wein betreffenden nationalen Regelungen der einzelnen EFTA-Staaten steht es denselben frei, ihre nationale Gesetzgebung aufrechtzuerhalten (auch wenn sie dem EG-Recht nicht entspricht). Überdies bleibt es den EFTA-Staaten unbenommen, für den nationalen Bereich ihre derzeit in Geltung stehenden nationalen Vorschriften hinsichtlich Produktdefinition, önologische Verfahren, Zusammensetzung der Weine sowie Modalitäten des Inverkehrbringens und der Vermarktung von Wein weiterhin aufrechtzuerhalten.

Die Vertragsparteien gestatten sohin gemäß Protokoll 47 den Import von Wein mit Ursprung in einer anderen EWR-Vertragspartei, wenn dieser Wein nach den in der Vereinbarung festgelegten Kriterien hergestellt worden ist. Zollrechtliche und außenhandelsrechtliche Bestimmungen beim Import von Wein bleiben von dieser Vereinbarung unberührt.

Für Österreich bedeutet die vorliegende Vereinbarung eine Änderung der derzeit im Handel mit den EG hinsichtlich Wein geltenden Regelung des "Abkommens zwischen Österreich und den EG über die Kontrolle und den gegenseitigen Schutz von Qualitätsweinen sowie von Retsina-Wein" (BGBl.Nr. 145/1989), wonach das jeweilige Exportland bisher dafür sorgen mußte, daß der zu exportierende Wein den Bestimmungen des Importlandes hinsichtlich der Zusammensetzung und des Inverkehrbringens (insbesondere analytische Grenzwerte sowie Bezeichnung und Aufmachung) entspricht. Gemäß Protokoll 47 sind nun künftig sowohl für den Export, als auch für den Import von Wein die hierin angeführten Vorschriften des EG-Rechtsbestandes anzuwenden. Die sonstigen Bestimmungen des genannten Abkommens Österreich-EG, insbesondere hinsichtlich Schutz geographischer Bezeichnungen sowie Zusammenarbeit der Kontrollbehörden, bleiben grundsätzlich aufrecht, doch ist beabsichtigt, das Abkommen im Lichte des vorliegenden Protokolls noch vor Inkrafttreten des EWR-Abkommens zu adaptieren (siehe hiezu "Agreed Minutes" zu Protokoll 47 sowie 2. Gemeinsame Erklärung hinsichtlich künftiger Abkommen über die Anerkennung und den Schutz von Bezeichnungen von Wein und Spirituosen).

Die übrigen auf dem Weinsektor zwischen Österreich und den EG in Geltung stehenden Vereinbarungen bleiben grundsätzlich unverändert aufrecht, insbesondere auch das "Abkommen zwischen Österreich und den EG über das Inverkehrbringen von in Flaschen abgefüllten Tafelweinen und Landweinen aus der Gemeinschaft in Österreich" vom 19. November 1991 (BGBl.Nr. 215/1992), welches in Protokoll 41 angeführt ist. Dieses von Österreich angestrebte Ergebnis hinsichtlich Weitergeltung des letztgenannten Abkommens hatte jedoch zur Folge, daß

die Gemeinschaft ihrerseits in der vorliegenden Vereinbarung einer Verwendung der Bezeichnungen "Tafelwein" und "Landwein" für österreichische Exporte in die EG nicht zustimmte, sodaß in diesem Bereich der status quo aufrecht bleibt.

Zu den im Anhang zu Protokoll 47 angeführten EG-Verordnungen samt den vereinbarten Ergänzungen ist im einzelnen folgendes auszuführen:

Die Verordnung Nr. 2805/73 betrifft Übergangsmaßnahmen beim Schwefelgehalt für bestimmte Weißweine mit der Bezeichnung "Beerenauslese", "Trockenbeerenauslese", "Sauterne", "Barsac".

Die Verordnung Nr. 2319/74 betrifft den Gesamtalkoholgehalt bestimmter Weine der EG-Mittelmeerländer.

Die Verordnung Nr. 1972/78 betrifft Durchführungsbestimmungen für bestimmte önologische Verfahren. Grundsätzlich sind diese in Österreich gleich geregelt, jedoch sind DL-Weinsäure, Kaliumtartrat, Calciumphytat derzeit in Österreich nicht zugelassen.

Die Verordnung Nr. 358/79 enthält umfassende Vorschriften für die Herstellung und Vermarktung von Schaumwein, einschließlich der aromatisierten Schaumweine.

Die Verordnung Nr. 2510/83 betrifft Ausnahmebestimmungen für den Gehalt an flüchtiger Säure bei zwei italienischen Weinen.

Die Verordnung Nr. 2394/84 betrifft die Festlegung von Verwendungsbedingungen von Ionenaustauschharzen für die Bereitung von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat.

Die Verordnung Nr. 3309/85 betrifft die Festlegung der Grundregeln für die Bezeichnung und Aufmachung von Schaumwein und Qualitätsschaumwein. Bei der Etikettierung, in den Geschäftspapieren, bei Werbung und Verpackung bestehen detaillierte Bestimmungen über die Verkehrsbezeichnung, das Nennvolumen, den Alkoholgehalt, Restzuckergehalt, etc. Ergänzende Angaben sind zulässig. Für Österreich sind beim Export nach EWR-Staaten die Bezeichnungen "Qualitätsschaumwein" und "Qualitätssekt" zulässig.

Bei Verwendung von Sektgrundwein aus Österreich in der EG entfällt die Bezeichnungspflicht des Herkunftslandes, wie sie bei Drittländern besteht. Der Begriff "Winzersekt" ist für österreichische Sekte dieser Art nicht zulässig, da er der Bundesrepublik Deutschland vorbehalten ist. Im Falle einer künftigen Regelung im österreichischen Weingesetz ist für Qualitätssekte dieser Art der Begriff "Hauersekt" reserviert.

Die Verordnung Nr. 3803/85 betrifft ein Verschnittverbot für spanischen Rot- und Rostafelwein.

Die Verordnung Nr. 3804/85 betrifft die Festlegung eines geringeren Alkoholgehaltes für bestimmte spanische Tafelweine.

Die Verordnung Nr. 305/86 betrifft die Zulassung von Weinen mit bestimmtem SO2-Gehalt aus Portugal.

Die Verordnung Nr. 1627/86 betrifft die Bezeichnungspflicht für den Alkoholgehalt auf den Etiketten bei Likörwein, Perlwein und Perlwein mit CO2-Zusatz. In Österreich besteht derzeit keine Bezeichnungspflicht.

Die Verordnung Nr. 1888/86 betrifft Übergangsbestimmungen für den SO2-Gehalt bestimmter Schaumweine aus Portugal und Drittländern, erzeugt vor dem 1.9.1986.

Die Verordnung Nr. 2094/86 betrifft Durchführungsbestimmungen über die Verwendung von Weinsäure für die Entsäuerung von Riesling und Elbing aus bestimmten deutschen Weinbaugebieten bis 31.8.1990.

Die Verordnung Nr. 2707/86 betrifft Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung von Schaumwein. Diese basieren auf der Verordnung Nr. 3309/85. In Österreich bestehen keine vergleichbaren Bestimmungen.

Aus der Verordnung Nr. 822/87 werden die Bestimmungen betreffend die Marktintervention bei Wein, die Preisregelung für Tafelwein und die Regeln für den Handel mit Drittländern im Rahmen des EWR nicht übernommen.

Im wesentlichen werden aus dieser Verordnung die Definition/Normen der Produkte, die Regeln für die önologischen Verfahren und Weinbehandlung übernommen. Einzelne Weinbehandlungsmittel, die in Österreich derzeit nicht zugelassen sind, können künftig in aus den EWR-Staaten importierten Weinen vorhanden sein.

Wesentlich erscheint, daß das in Österreich bestehende Verbot der Verwendung von bestimmten Konservierungsmitteln wie des in der EG erlaubten Mittels Sorbinsäure in Österreich auch für Wein aus den EWR-Staaten weiterhin bestehen bleibt. Österreich wird der Weinbauzone B zugeordnet. Bei einer Änderung der Weinbauzonen durch die EG müßte gemäß den Bestimmungen des Abkommens eine Neueinordnung erfolgen (siehe Gemeinsame Erklärung zu Protokoll 47). Hinsichtlich des Mindestmostgewichtes und der Lesegutaufbesserung bestehen in Österreich strengere Vorschriften als die in der EG-Verordnung festgelegten Mindestnormen.

Für Sturm wurde eine Ausnahmebestimmung festgelegt, wonach dieser mehr als 60 % des Gesamtalkoholgehaltes enthalten kann. Für Prädikatsweine ab der Stufe Beerenauslese kann der Gehalt an flüchtiger Säure über 18, jedoch nicht mehr als 22 Milliäquivalent betragen. Die Verwendung der Bezeichnung Strohwein, sowie des in der EG nicht zugelassenen Behandlungsmittels Silberchlorid wird für österreichischen Wein in der EG erlaubt.

Der Begriff "Tafelwein" bzw. eine gleichwertige Bezeichnung darf für österreichischen Wein bei Exporten nach anderen Vertragsparteien nicht verwendet werden (siehe oben).

In der Verordnung Nr. 823/87 werden die besonderen Vorschriften für Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete festgelegt. Im österreichischen Weinrecht sind alle maßgebenden Gesichtspunkte für Qualitätsweine (abgegrenztes Anbaugebiet, Rebsorte, Anbaumethoden, Methoden der Weinbereitung, Mindestmostgewicht, Hektarertrag, Weinbewertung) entsprechend dem EG-Recht enthalten, sodaß keine Änderungen des österreichischen Weinrechtes erforderlich sind.

Die Verordnung Nr. 1069/87 betrifft Durchführungsbestimmungen für die Angabe des Alkoholgehaltes bei Spezialweinen, das sind Likörwein, Perlwein und Perlwein mit CO2-Zusatz. In Österreich besteht keine solche Vorschrift.

Die Verordnung Nr. 3377/88 betrifft die Ermächtigung Großbritanniens, bestimmte Weine der Ernte 1988/89 stärker aufzubessern.

Die Verordnung Nr. 4252/88 betrifft gemeinsame Regeln für die Erzeugung, Herstellung, Vermarktung und Kontrolle von Likörwein. Im österreichischen Weingesetz 1985, BGBl.Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 10/1992, ist dieser Begriff nicht enthalten, doch können diese Weine bereits jetzt als versetzte Weine eingeführt werden. Diese Verordnung betrifft Weine, die nach speziellen Vorschriften hergestellt worden sind, wie Sherry, Portwein u.a.

Aus der Verordnung Nr. 986/89 werden die detaillierten Bestimmungen über die Begleitpapiere für den Transport von Weinbauerzeugnissen (sogenanntes "zugelassenes Geschäftspapier"), nicht jedoch jene über die Ein- und Ausgangsbücher übernommen.

Da mit Inkrafttreten des Abkommens diese Bestimmungen der EG-Verordnung im Handel zwischen EWR-Vertragsstaaten gelten werden, sind die diesbezüglichen Bestimmungen im österreichischen Weingesetz für den grenzüberschreitenden Verkehr von Wein zu ändern. Um dem Ziel der Vereinbarung zu entsprechen, ist das Abkommen Österreich-EWG betreffend die Einhaltung der EG-Referenzpreise für Exporte von österreichischem Wein in die Europäischen Gemeinschaften (BGBl.Nr. 157/1971) derart anzupassen, daß künftig die in der Verordnung genannten Unterlagen ausreichen.

In der Verordnung Nr.2202/89 sind für Tafel-, Land- und Qualitätswein Verschnitt, Weinbereitung, Abfüller und Abfüllung detailliert geregelt. In Österreich bestehen keine so detaillierten Regelungen.

Die Verordnung Nr. 2392/89 betrifft das Bezeichnungsrecht für Wein, welches in der EG grundsätzlich anders geregelt ist als in Österreich. Bei der Bezeichnung und Aufmachung von Wein und Traubenmost bestehen detaillierte Regelungen über die Begriffe, die verwendet werden dürfen. Diese Bestimmungen gelten auch für die zugelassenen Angaben auf der Verpackung und den Geschäftspapieren. Wenn österreichischer Wein in die EG exportiert wird, muß die Etikettierung bereits jetzt den EG-Vorschriften entsprechen; künftig wird diese Regelung auf die EFTA-Staaten ausgedehnt.

Bereits mit Inkrafttreten des Abkommens sollte die in Österreich verpflichtend vorgeschriebene Angabe des Restzuckergehaltes im Wein, bei der in Österreich andere Grenzen bestehen, jener der EG angepaßt werden. Darüberhinaus wäre es zweckmäßig, die Begriffe, die in Österreich auf Weinetiketten häufig verwendet werden, weingesetzlich zu definieren, um ihre Verwendung auch in allen anderen EWR-Staaten zu ermöglichen. Damit wäre eine künftige Anpassung im Hinblick auf den angestrebten EG-Beitritt erleichtert.

Für Weine aus Österreich, der Schweiz und Liechtenstein werden die Bezeichnungsbestimmungen des Kapitels II der Verordnung angewendet. Die Bezeichnungen "Tafelwein" (bzw. gleichwertige Bezeichnungen) und "Landwein" können für österreichische Weine nicht verwendet werden, weil über österreichischen Wunsch die Weitergeltung des "Abkommens zwischen Österreich und den EG über das Inverkehrbringen von in Flaschen abgefüllten Tafelweinen und Landweinen aus der Gemeinschaft in Österreich" vereinbart wurde.

In der Verordnung Nr. 3677/89 sind die bisher geltenden Ausnahmebestimmungen über die Zulässigkeit von bestimmten Weinen aus Österreich (Auslese, Beerenauslese, Ausbruch und Trockenbeerenauslese mit einem natürlichen Gesamtalkoholgehalt über 15 % Vol.) und aus der Schweiz (mit einer Gesamtsäure von 3-4,5g/l, wenn sie aus bestimmten Sorten stammen) aufgrund des Abkommens nicht mehr erforderlich (die betreffenden ungarischen Weinbezeichnungen wie Tokajer bleiben jedoch aufrecht).

Die Verordnung Nr. 743/90 betrifft Ausnahmebestimmungen für taxativ genannte Weine (Bordeaux, Jahrgang 1989) hinsichtlich der Zulässigkeit eines höheren Gehaltes an flüchtiger Säure.

In der Verordnung Nr. 2676/90 sind für den Weinsektor die gemeinsamen Analysemethoden bei taxativ aufgezählten Weinbestandteilen festgelegt. Diese Methoden haben im Geschäftsverkehr und bei Kontrollmaßnahmen den Vorrang gegenüber anderen.

In der Verordnung Nr. 3201/90 sind detaillierte Durchführungsbestimmungen für die Bezeichnung und Etikettierung von Wein und Traubenmost enthalten. Beim Export bzw. Import gibt es gegenüber dem gegenwärtigen Stand keine grundsätzliche Änderung. Die in Österreich verwendeten Begriffe "Weinhauer/Hauer" werden in Artikel 5(3) aufgenommen, weiters im Anhang I dieser Verordnung für Österreich die Begriffe "Strohwein" und "Qualitätswein". Die Verwendung der Bocksbeutelflasche wird Österreich für Qualitätsweine aller Weinbauregionen bei den Sorten Gewürztraminer und Muskat Ottonel sowie alle Weine der Prädikatsweinstufen "Beerenauslese", "Trockenbeerenauslese", "Eiswein", "Strohwein" und "Ausbruch" gestattet.

Die Verordnung Nr. 3220/90 betrifft die Festlegung der Anwendungsbedingungen für Polyvinylpolypirrolidon und Milchsäurebakterien, die in Österreich derzeit nicht zugelassen sind.

Die Verordnung Nr. 3825/90 betrifft Übergangsbestimmungen für Flaschengrößen in Portugal vom 1.1.-1.9.1991.

Zu Anhang III über die Produkthaftung ist zu bemerken:

Die EG-Richtlinie vom 25.7.1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte führt eine verschuldensunabhängige Haftung für Körper- und Sachschäden ein, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht werden. Besonders bedeutsam ist, daß neben dem Hersteller - der in vielen Fällen schon nach allgemeinem Zivilrecht aus Verschulden haftet - bei importierten Produkten auch der Importeur haftet.

Mit der Übernahme der Richtlinie durch die EFTA-Staaten wird auf dem Gebiet der Produkthaftung einheitliches Recht für den gesamten Integrationsraum geschaffen, das wegen des Wegfalls des bisher bestehenden Handelshemmnisses und der nunmehr gegebenen größeren Rechtssicherheit sämtlichen Wirtschaftsteilnehmern, einschließlich der Verbraucher, zum Vorteil gereichen wird. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, daß die sogenannte "Importeurshaftung" für aus dem Integrationsraum bezogeneProdukte mit Inkrafttreten des Abkommens zwischen jenen Ländern wegfällt, die das Übereinkommen vom 16.9.1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) ratifiziert haben. Derzeit haften die Importeure in der Gemeinschaft, wenn sie von Produzenten außerhalb der EWG Waren beziehen, für etwaige durch fehlerhafte Produkte verursachte Schäden. Diese Haftung stellt ein wesentliches Hindernis für Lieferungen in die Gemeinschaft dar.

Österreich hat - obwohl dazu nicht verpflichtet - bereits mit dem Produkthaftungsgesetz 1988, BGBl.Nr. 99/1988, eine im wesentlichen dieser Richtlinie entsprechende Haftung eingeführt. Die aufgrund des Abkommens notwendig werdende völlige Anpassung der österreichischen Rechtslage an die Richtlinie wird eine nur geringfügige Änderung des Produkthaftungsgesetzes erfordern (z.B. Höhe des Selbstbehalts, Neufassung der Regelung betreffend die Importeurshaftung).

Zu Artikel 24:

Wie bereits ausgeführt, wird durch das Abkommen die Energie in den Freihandel einbezogen. Artikel 24 selbst verweist hinsichtlich der Sonderbestimmungen und -regelungen betreffend Energie auf Anhang IV.

Dieser Anhang umfaßt in neun Punkten Ratsrichtlinien bzw. Ratsentscheidungen der EG zu folgenden energiepolitischen Themenbereichen: Notifikation von Investitionsprojekten, Einschränkung des Einsatzes von Erdölprodukten bei der Elektrizitätserzeugung, Informations- und Konsultationsmechanismen zum Preis von Rohöl und Erdölprodukten, Leistungsanforderungen für Anlagen zur Heizung und Warmwasserbereitung, Registrierung von Rohöl und Produkteneinfuhren, Einsparung von Öl durch alternative Treibstoffkomponenten sowie die Vollendung des Energiebinnenmarktes durch Transparenz der industriellen Endverbraucherpreise für Gas und Elektrizität und durch Bestimmungen über den Transit von Gas und Elektrizität über große Netze. Hinsichtlich der Transitrichtlinien für Elektrizität und Gas trifft der Anhang Regelungen für deren Anwendung bzw. die institutionellen Zuständigkeiten im EWR.

Die Transformation in die österreichische Rechtsordnung erfordert die Novellierung diverser Gesetze auf Bundes- bzw. Landesebene (Verstaatlichungsgesetz, Rohrleitungsgesetz, Preisgesetz bzw. Bauordnungen).

Zu Artikel 25:

Dieser Artikel ist im Zusammenhang mit den Artikeln 10 und 12 zu sehen, weshalb er bereits gemeinsam mit diesen beiden Artikeln erläutert wurde.

Zu Artikel 26:

Sowohl die Freihandelsabkommen als auch das EFTA-Übereinkommen sehen die Möglichkeit vor, Maßnahmen gegen die Einfuhr von Waren zu ergreifen, die Gegenstand von Dumping oder staatlichen Beihilfen sind. Hiedurch sollen Wettbewerbsverzerrungen, die durch unterschiedliche Wirtschaftspraktiken der Vertragsparteien verursacht werden können, vermieden werden.

Unter Hinweis auf die Übernahme der EG-Wettbewerbsregeln durch die EFTA-Staaten, die solche unterschiedliche Praktiken ausschließt, drängten diese Länder während der Verhandlungen über das Abkommen darauf, daß in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien keine Antidumping-Maßnahmen, Ausgleichszölle und andere Maßnahmen gegen unerlaubte Handelspraktiken (letztere Maßnahmen im "Neuen Handelspolitischen Instrument" der Gemeinschaft vorgesehen) angewendet werden. Diesem Verlangen hat die Gemeinschaft im Artikel 26 des Abkommens entsprochen.

Allerdings schränkt Absatz 1 des Protokolls 13 das Entgegenkommen der Gemeinschaft auf Bereiche ein, welche vom Abkommen erfaßt sind und in denen der Rechtsbesitzstand der Gemeinschaft voll in das Abkommen integriert ist. Dies bedeutet, daß die ansonst ausgeschlossenen Maßnahmen gegen Dumping etc. bei landwirtschaftlichen Produkten und bei Produkten, für die der EG-Besitzstand von den EFTA-Staaten nicht übernommen wird, weiterhin zulässig sind.

Wesentlich einschneidender ist aber der 2. Absatz des Protokolls 13, welcher den Vertragsparteien das Recht gibt, - unbeschadet des Artikels 26 - Maßnahmen zur Verhinderung der Umgehung von Antidumping-Maßnahmen, von Ausgleichszöllen oder von anderen Maßnahmen gegen unerlaubte Handelspraktiken, die gegen Drittländer gerichtet sind, zu ergreifen. Diese Bestimmung, welche von der Gemeinschaft gegen den Widerstand der EFTA-Staaten durchgesetzt wurde, gibt ihr das Recht, Maßnahmen gegen Importe von Waren aus EFTA-Staaten zu ergreifen, wenn diese Waren Ausgangsmaterialien oder Komponenten drittländischen Ursprungs enthalten, gegen welche die Gemeinschaft Antidumping-Maßnahmen etc. ergriffen hat. Das gleiche Recht haben - theoretisch - auch die anderen Vertragsparteien.

Ein solches Recht besteht aufgrund der Freihandelsabkommen nicht. Wenn die Ursprungsregeln erfüllt werden, können die betreffenden Produkte Ausgangsmaterialien oder Komponenten drittländischen Ursprungs, gegen welche die Gemeinschaft Antidumping-Maßnahmen etc. ergriffen hat, enthalten, ohne daß sie eine Handhabe für Maßnahmen gegen die Einfuhr dieser Produkte hat.

Diese - auch industriepolitisch relevante - Verschlechterung der Position der EFTA-Staaten (verglichen mit der Rechtslage aufgrund der Freihandelsabkommen) reduziert wesentlich die aus Artikel 26 des Abkommens resultierenden Vorteile.

2.2.5. Kohle und Stahl

Zu Artikel 27:

Auf die Ausführungen unter 1.7, Absatz 5 und 6 im "Allgemeinen Teil" wird verwiesen. Artikel 27 selbst verweist auf die Protokolle 14 und 25.

Zu Protokoll 14 ist zu bemerken:

Seitens der Gemeinschaft wurde die Einbeziehung des EGKS-Sektors in das Abkommen ursprünglich nicht vorgesehen. Die EFTA-Länder haben aber aus grundsätzlichen Überlegungen (gleiche Behandlung des EGKS-Sektors wie anderer industriell-gewerblicher Sektoren) und maßgeblichen handelspolitischen Gründen (EGKS-Sektor als einer der wichtigsten Exportzweige Österreichs und Schwedens) auf diese Einbeziehung gedrängt. Die Berechtigung dieses Verlangens wurde vom EG-Rat durch die Erteilung eines ergänzenden Verhandlungsmandats an die EG-Kommission anerkannt.

Bezüglich der durch diese Einbeziehung aufgeworfenen rechtlichen Fragen wird auf die Ausführungen unter Punkt 1.7 verwiesen.

Gemäß Artikel 2, Absatz 1, erster Satz, des Protokolls 14 bleibt das Freihandelsabkommen Österreich-EGKS (wie auch die EGKS-Freihandelsabkommen der anderen EFTA-Staaten) vom Abkommen unberührt, soweit dieses Protokoll nicht ausdrücklich anderes vorsieht. Zur Verwaltung der unberührt bleibenden materiellen Bestimmungen werden auch die institutionellen Regeln dieses Freihandelsabkommens (Gemischter Ausschuß etc.) weiterhin angewendet.

Eine wichtige Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien bringt aber der zweite Satz des ersten Absatzes des Artikels 2: Wo das Freihandelsabkommen Österreich-EGKS (wie auch die EGKS-Freihandelsabkommen der anderen EFTA-Staaten) keine Anwendung findet, sind die Bestimmungen des Abkommens auch für den EGKS-Sektor heranzuziehen. Auf diese Weise wird die Anwendung jener mit dem Abkommen übernommenen EWG-Rechtsvorschriften, die in der Gemeinschaft mangels eigener EGKS-Vorschriften subsidiär herangezogen werden (z.B. über das Beschaffungswesen, die Produkthaftung etc.), auf den EGKS-Sektor ausgedehnt. Die aufgrund des Freihandelsabkommens Österreich-EGKS (wie auch der EGKS-Freihandelsabkommen der anderen EFTA-Staaten) für EGKS-Produkte und der EFTA-Konvention für Eisen- und Stahlschrott zulässigen mengenmäßigen Ausfuhrbeschränkungen, die Maßnahmen gleicher Wirkung, noch bestehende Zölle (nur EG-Zölle für Importe aus Island!) und Abgaben gleicher Wirkung für EGKS-Produkte sind gegenüber den Vertragsparteien mit Inkrafttreten des Abkommens zu beseitigen. Dies dürfte Rückwirkungen auf die Märkte für Eisen- und Stahlschrott haben: V.a. die Beseitigung der Möglichkeit der Anwendung mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen nimmt den Unternehmen der Stahlindustrie die Sicherheit, sich - geschützt vor der ausländischen Konkurrenz - aus dem jeweiligen heimischen Schrottaufkommen eindecken zu können; sie erhalten andererseits die Möglichkeit, sich auf Märkten einzudecken, die ihnen bisher verschlossen waren. Diese Entwicklung ist vom Integrationsstandpunkt zu begrüßen, weil sie ein Zusammenwachsen der Schrottmärkte mit langfristig positiven Auswirkungen nach sich zieht. Daher akzeptierte die österreichische Stahlindustrie nicht nur die Verpflichtung zur Beseitigung mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen etc. für Eisen- und Stahlschrott durch das Abkommen, sondern auch das Auslaufen des Schrottlenkungsgesetzes 1985, BGBl.Nr. 428/ 1985, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 543/1990, per 30.6.1992.

Zur Erfüllung der österreichischen Verpflichtung auf Beseitigung der vorerwähnten Ausfuhrbeschränkungen wird - unter Aufrechterhaltung der EWR-kompatiblen Gesetzeslage - die Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Ermächtigung der Zollämter zur Erteilung von Aus- und Einfuhrbewilligungen in vereinfachter Form abzuändern sein.

Aufgrund der Erfahrungen während der Stahlkrise haben die EFTA-Staaten nachdrücklich auf die Beseitigung der Möglichkeit der Anwendung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung auf gemeinschaftlicher und einzelstaatlicher Ebene gedrängt. Die diesbezüglichen Bemühungen fanden in Artikel 3 des Protokolls 14 ihren Niederschlag. Dieser Artikel verbietet die Einführung jeglicher Beschränkungen oder administrativer und technischer Vorschriften, welche im Handel zwischen den Vertragsparteien ein Hindernis für den freien Verkehr mit EGKS-Produkten darstellen würden. Gemäß den Erklärungen der EG-Delegation während der Verhandlungen hat die EG-Kommission auf Basis dieser Bestimmung die Möglichkeit, gegenüber Mitgliedstaaten zu intervenieren, welche die Einführung der vorerwähnten Beschränkungen oder administrativen und technischen Vorschriften beabsichtigen. Bezüglich der auf dem EGKS-Sektor anzuwendenden materiellen Wettbewerbsregeln für Unternehmen wird auf die Protokolle 21 und 25 sowie Anhang XIV verwiesen.

Artikel 5 des Protokolls 14 enthält die Verpflichtung zur Einhaltung der Regeln für Beihilfen an die Stahlindustrie. Bei diesen Regeln handelt es sich um den ursprünglich mit 31.12.1991 befristeten sogenannten "EGKS-Beihilfenkodex", welcher aufgrund der während der Stahlkrise gewonnenen Erfahrungen eine generell strenge Disziplin sowie restriktive Kriterien für die Gewährung jener

Beihilfen vorsieht, die weiterhin zulässig sind (Beihilfen für Umweltmaßnahmen, Forschung & Entwicklung, zur Abfederung sozialer Härten und Schließungsbeihilfen). Über die Verlängerung und gleichzeitige Änderung dieses Kodex wurde innergemeinschaftlich - parallel zu den Verhandlungen über das Abkommen - diskutiert. Dementsprechend haben sich die EFTA-Staaten verpflichtet, bis zum Inkrafttreten des Abkommens die neuen Regeln der Gemeinschaft für Beihilfen an die Stahlindustrie zu übernehmen, sofern sie dem vorerwähnten Kodex in der Substanz ähnlich sind. Dies ist aufgrund der inzwischen ergangenen einschlägigen Kommissionsentscheidung der Fall. Die Einführung der neuen EG-Regeln in Österreich dürfte somit keine Schwierigkeiten mit sich bringen. Im übrigen hat Österreich im Übereinkommen mit den USA über eine Beihilfendisziplin auf dem Stahlsektor (BGBl.Nr. 36/92) idente Regelungen übernommen.

Während der Verhandlungen äußerte die Gemeinschaft ihr dringendes Interesse an einem Informationsaustausch über die Stahlmärkte und an der Teilnahme der stahlerzeugenden Unternehmen der EFTA-Staaten an den jährlichen Erhebungen über die Investitionen in der Stahlindustrie. Die Verfügbarkeit vollständiger und verläßlicher Daten für den gesamten EWR erleichtert nämlich die Aufgabe der EG-Kommission zur Marktbeobachtung, einschließlich der Vorschauen, sowie zur Einschätzung der Kapazitäten, der Liefermöglichkeiten und der Konkurrenzverhältnisse auf dem Stahlmarkt. Die diesbezüglichen intensiven Diskussionen im EFTA-Rahmen und mit der Gemeinschaft führten letztlich zu einer Zusage der EFTA-Staaten, sich gegenüber den betroffenen Wirtschaftsbeteiligten nach besten Kräften im Sinn des angestrebten Ziels zu verwenden.

Gemäß Artikel 7 des Protokolls 14 finden die Ursprungsregeln des Protokolls 4 auch auf den EGKS-Sektor Anwendung.

Zu Protokoll 25 ist zu bemerken:

Dieses Protokoll legt die substantiellen Wettbewerbsregeln für Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie fest.

Ziel ist ein Verbot von Preisabsprachen, Beschränkungen oder Kontrollen der Erzeugung, der technischen Entwicklung oder der Investitionen sowie der Aufteilung der Märkte, Erzeugnisse, Abnehmer oder Versorgungsquellen. Die Artikel 1 und 2 dieses Protokolls entsprechen im wesentlichen Artikel 65 und 66 des EGKS-Vertrages. Auch auf diesem Sektor finden die Zuteilungskriterien des Artikels 56 des Abkommens Anwendung.

2.3. TEIL III: DIE FREIZÜGIGKEIT, DER FREIE DIENSTLEISTUNGS- UND KAPITALVERKEHR

1. Teil III regelt drei der vier im Abkommen enthaltenen Grundfreiheiten: Die Freiheit des Personenverkehrs sowie den freien Dienstleistungs- und den freien Kapitalverkehr.

Neben der Schaffung der Grundlagen für den freien Warenverkehr im EWR ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem bestehenden Freihandelsabkommen in der Schaffung der Voraussetzungen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Niederlassungsfreiheit der selbständig Erwerbstätigen, beide Freiheiten zusammengefaßt unter dem Begriff "freier Personenverkehr", sowie der Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit zu sehen.

Zur Verwirklichung dieser Freiheiten bedarf es der Übernahme des in den Anhängen V bis XI ausgewiesenen EG-Sekundärrechts in die österreichische Rechtsordnung.

Die Bestimmungen dieses Teiles des EWR-Vertrages sind im wesentlichen den einschlägigen Regelungen des EWG-Vertrages nachempfunden.

2. Ein legistischer Anpassungsbedarf ergibt sich insofern, als je ein Gesetz über die Rechtsverhältnisse der selbständigen Handelsvertreter, über die Zahnärzte und über die Niederlassung und Dienstleistungen von Rechtsanwälten in Österreich sowie zur Errichtung von Fachhochschulen zu erlassen ist. Die zu novellierenden Bundesgesetze betreffen Bereiche wie Fremdenpolizei, Paßwesen, Waffenwesen, Schieß- und Sprengmittelwesen, Arbeitsrecht, Gewerbe und freie Berufe, Berufsausbildungsrecht, Gesundheits- und Rechtsberufe sowie berufliche Prüfungszeugnisse, Diplome, Berufs-, Schul- und Hochschulausbildung.

3. Bislang liegt die Zulassung von Fremden sowohl was den Aufenthalt als auch was den Zugang zu Erwerbstätigkeiten anbelangt, weitgehend im gesetzlich eingeräumten behördlichen Ermessen. So kann etwa nach dem Paßgesetz 1969, zuletzt geändert mit BGBl.Nr. 427/1991, einem Fremden auf Antrag ein Sichtvermerk erteilt werden, sofern kein zwingender Versagungsgrund vorliegt. Die Voraussetzungen zur Aufnahme einer unselbständigen Erwerbstätigkeit für Ausländer sind im wesentlichen durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz, der Zugang zu selbständigen Tätigkeiten, soweit es sich nicht um "freie Berufe" handelt, weitgehend durch gewerberechtliche Vorschriften geregelt.

Hinsichtlich der Gründung eines Standortes für die Gewerbeausübung in Österreich ist auf §14 GewO 1973, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 686/1991, hinzuweisen, wonach ausländische natürliche Personen grundsätzlich Gewerbe wie Inländer ausüben dürfen, wenn dies in Staatsverträgen festgelegt worden ist oder wenn der Behörde nachgewiesen wurde, daß österreichische natürliche Personen in dem Heimatstaat des Ausländers bei der Ausübung des betreffenden Gewerbes keinen anderen wie immer gearteten Beschränkungen unterliegen als die Angehörigen dieses Staates (Gegenseitigkeit). Wenn das Vorliegen der Gegenseitigkeit nicht nachgewiesen werden kann, bedarf der Ausländer einer bescheidmäßigen Gleichstellung mit Inländern durch den Landeshauptmann. Juristische Personen und Personengesellschaften des Handelsrechts (eingetragene Erwerbsgesellschaften) dürfen Gewerbe an einem österreichischen Standort, soweit Staatsverträge nichts anderes vorsehen, nur ausüben, wenn sie ihren (handelsrechtlichen) Sitz oder ihre (handelsrechtliche) Niederlassung in Österreich haben.

Der Zugang zu gewerbeähnlichen Tätigkeiten auf dem Gebiet des Veranstaltungswesens und des Sportwesens wird durch Landesgesetze geregelt, z.B. Kinogesetze, Schischulgesetze, bei denen Inländervorbehalte aufzuheben sein werden.

4. Demgegenüber gewährt das Abkommen den Staatsangehörigen anderer EWR-Staaten grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Zulassung; dies bedeutet die Abschaffung jeder bislang aufgrund der "Ausländereigenschaft" bestehenden unterschiedlichen Behandlung dieses Personenkreises im Bezug auf Aufenthalt, Aufnahme einer Tätigkeit, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen. Eine Durchbrechung dieses Grundsatzes ist nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit zulässig.

Für den fremdenpolizeilichen Bereich legt der Vertrag die Voraussetzungen für das Einreise- und das Aufenthaltsrecht (Verbleiberecht) dieser EWR-Bürger fest und enthält jeweils spezifische Regelungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, der selbständig Erwerbstätigen, der Dienstleistungserbringer, sowie von Personen, die keine Erwerbstätigkeit ausüben oder aus dem Erwerbsleben bereits ausgeschieden sind. Einschränkungen des nach dem EWR-Vertrag gewährleisteten Einreise- und Aufenthaltsrechts sind nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit zulässig. Die näheren Voraussetzungen einer zulässigen Beschränkung dieser Freizügigkeitsrechte legt die Richtlinie 64/221/EWG fest; danach dürfen diese ordre public-Gründe nicht für wirtschaftliche Zwecke geltend gemacht werden und darf bei entsprechenden Maßnahmen ausschließlich das persönliche Verhalten der Person ausschlaggebend sein. Strafrechtliche Verurteilungen allein können die Erlassung eines Aufenthaltsverbotes oder die Abschiebung ebensowenig begründen wie der Umstand, daß das Reisedokument ungültig geworden ist. Diesen Regelungen sowie den in der gegenständlichen Richtlinie normierten Verfahrensgarantien tragen den fremdenpolizeilichen Vorschriften im wesentlichen bereits Rechnung. Darüber hinaus gehende erforderliche Anpassungen werden durch die Erlassung eines Fremdengesetzes 1992 vorgenommen werden.

5. Der Zugang und die Ausübung von bestimmten Berufen sowie die Führung von Berufsbezeichnungen sind derzeit von den Vertragsparteien unterschiedlich geregelt. Um zu verhindern, daß im Gebiet einer Vertragspartei voll qualifizierte Angehörige anderer EWR-Staaten ihre Ausbildung als Berufsvoraussetzung abermals durchlaufen müssen, sieht das Abkommen eine einheitliche Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen vor.

6. Weiters regelt das Abkommen die Niederlassungsfreiheit als Recht der Angehörigen der EWR-Staaten (natürlichen Personen und Gesellschaften), sich im Staatsgebiet einer anderen Vertragspartei niederzulassen.

7. Dienstleistungen im Sinne des Abkommens sind grenzüberschreitende Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Vorschriften über den freien Waren- und Kapitalverkehr und über die Freizügigkeit der Personen unterliegen. Das Abkommen bestimmt, daß unbeschadet der Bestimmungen über die Niederlassungsfreiheit, der Leistende zur Erbringung einer Leistung, seine Tätigkeit vorübergehend in dem Staat ausüben kann, in dem die Leistung erbracht wird. Dabei gelten für ihn die selben Voraussetzungen, welche dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

8. Das Abkommen sieht vor, daß dem freien Kapitalverkehr innerhalb eines binnenmarktähnlichen Wirtschaftsraumes das gleiche Gewicht beigemessen wird wie der Freiheit des Waren-, Personen und Dienstleistungsverkehrs. Die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs wird in den Artikeln 40 bis 45 des Abkommens im Anhang XII desselben, der auf die Richtlinie 88/361/EWG (Kapitalverkehrsrichtlinie) Bezug nimmt, sowie im Protokoll Nr. 18 (über interne Prozeduren bei der Anwendung von Schutzklauseln) festgeschrieben.

Da durch dieses Abkommen eine Integration der Finanzdienstleistungs- und Kapitalmärkte erfolgen wird, ist auch eine wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit auf informeller Basis zwischen den Vertragsparteien vorgesehen.

Für die bestehenden österreichischen Grundverkehrsgesetze folgt aus dem Inhalt des EWR-Vertrages, insbesondere den Bestimmungen über die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, aber auch die Kapitalverkehrsfreiheit, ein Anpassungsbedarf, insoweit diese Gesetze Ausländer diskriminierende Regelungen enthalten. Für die Reform der österreichischen Grundverkehrsregelungen wurde eine dreijährige Übergangsfrist bis zum 1. Jänner 1996 eingeräumt (siehe Anhang XII Pkt. 1 lit.d sowie e). Demnach kann Österreich seine zum Zeitpunkt des Inkrafttreten des EWR-Vertrages bestehende innerstaatliche Gesetzgebung betreffend den Grunderwerb von Ausländern bis zum Ende der Übergangsfrist vollinhaltlich aufrechterhalten. Diese Übergangsbestimmung gilt nicht nur in Bezug auf die Kapitalverkehrsfreiheit im EWR, sondern erlaubt darüber hinaus eine umfassende Aufrechterhaltung aller den

Liegenschaftsverkehr beschränkenden Regelungen. (Die Länder haben jedoch im Verlauf der EWR-Verhandlungen ausdrücklich betont, daß sie - auf Grund rechtspolitischer Erwägungen - die gegenständliche Übergangsbestimmung nicht dazu benutzen werden, um EWR-Staatsbürgern während der Übergangsfrist den Liegenschaftserwerb für Zwecke der Hauptwohnsitznahme oder Betriebsführung im Zusammenhang mit den grundlegenden Rechten auf Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit vorzuenthalten.)

In diesem Zusammenhang ist auf die Möglichkeit zur Ergreifung von Schutzmaßnahmen (Art.112) sowie auf die diesbezüglichen Erläuterungen zu verweisen. Österreich hat in einer einseitigen Erklärung unter Bezugnahme auf Art.112 auf seine besondere geographische Situation hingewiesen und weiter ausgeführt, daß damit zusammenhängende Störungen auf dem Grundverkehrsmarkt den in Art.112 umschriebenen Tatbestand, der die Anrufung dieser Schutzklausel rechtfertigt, erfüllen könnten. Die EG hat dieser Erklärung nicht widersprochen, sondern in einer begleitenden Erklärung bloß darauf hingewiesen, daß die österreichische Erklärung den Rechten und Pflichten der Vertragsparteien keinen Abbruch tut.

In inhaltlicher Hinsicht enthalten die den Grunderwerb betreffenden Bestimmungen des EWR-Vertrages folgende Vorgaben für die Reform der österreichischen Rechtslage betreffend den Erwerb von Grundstücken:

EWR-Staatsbürger sowie juristische Personen mit Sitz in einem EWR-Staat werden in Ausübung der grundlegenden Rechte der Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowie der Niederlassungs- und der Dienstleistungsfreiheit bezüglich des Erwerbs von Grundstücken zum Zwecke der Wohnungsnahme für den Hauptwohnsitz sowie für die Errichtung von Betrieben und Niederlassungen gleichzubehandeln sein wie Österreicher. Die Kapitalverkehrsfreiheit wird für alle Arten von Investitionen in Immobilien - außer für den Erwerb von Zweitwohnsitzen - herzustellen sein. Schließlich wird aufgrund der drei sogenannten Aufenthaltsrichtlinien der Kreis der anspruchsberechtigten Personen für den Erwerb von Grundstücken - außer für Zweitwohnsitze - auf Pensionisten und EG- bzw. EWR-Staatsbürger, denen nicht schon aufgrund anderer Bestimmungen des EWR-Rechts ein Aufenthaltsrecht gewährt wird, zu erweitern sein.

Die bestehenden Grundverkehrs- bzw. Ausländergrundverkehrsgesetze der Länder werden daher in diesem Sinn spätestens bis zum 1. Jänner 1996 im Hinblick auf das diesbezügliche EWR-Recht zu reformieren sein. Bei Schaffung einer neuen, EWR-konformen Rechtslage besteht das ausdrückliche Recht, besondere, und zwar gegebenenfalls auch strengere Regelungen, als sie derzeit gelten, betreffend den Erwerb von Zweitwohnsitzen in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen Ausnahme des Art. 6 Abs. 4 der sogenannten Zweiten EG-Kapitalverkehrsrichtlinie (Richtlinie 88/361/EWR vom 24.6.1988) zu treffen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz idF von 1929 geändert wird, 372 BlgNR XVIII. GP, hinzuweisen, durch welche den Ländern unter anderem die Kompetenz zur Erlassung von Regelungen für den Verkehr mit Baugrundstücken übertragen werden soll.

Durch diese Kompetenzübertragung sollen die Landesgesetzgeber die Möglichkeit erhalten, nichtdiskriminierende Regelungen zu erlassen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen in den einzelnen Ländern Rechnung tragen.

Verkehrsdienstleistungen finden in Kapitel 6 des Teiles III eine Sonderregelung im Verhältnis zu den allgemeinen Bestimmungen über die Freizügigkeit von Dienstleistungen (Artikel 38 des Abkommens).

2.3.1. Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige

Zu Art. 28:

Dieser Artikel entspricht im wesentlichen Art. 48 des EWG-Vertrages.

In Abs. 1 wird die Freizügigkeit der unselbständig Erwerbstätigen innerhalb des EWR normiert. In den Genuß der durch die Absätze 2 und 3 dieser Bestimmung näher spezifizierten Begünstigungen kommen alle Arbeitnehmer, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaften oder der EFTA-Staaten sind, sowie deren Familienangehörige nach Maßgabe des Anhanges V. Der Begriff des Arbeitnehmers umfaßt jene Personen, die im Gegensatz zu den selbständig Erwerbstätigen, deren Freizügigkeit in den Art. 31 ff geregelt ist - Tätigkeiten in einem Abhängigkeitsverhältnis (Lohn- oder Gehaltsverhältnis) ausüben.

Die Abs. 2 und 3 regeln die aus der Freizügigkeit erfließenden Rechte und Begünstigungen im einzelnen. Es sind dies der Gleichbehandlungsgrundsatz, das Einreise- und Aufenthaltsrecht für Arbeitnehmer sowie das Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt und das Verbleiberecht nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.

Nach Abs. 2 ist jede auf der Staatsangehörigkeit beruhende unter- schiedliche Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten des EWR in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen verboten. Diese Vorschrift überlagert in ihrem Anwendungsbereich als lex specialis das allgemeine Diskriminierungsverbot des Art. 4; außerhalb ihres Anwendungsbereiches ist allerdings eine Berufung auf Art. 4 in Verbindung mit den einschlägigen besonderen Bestimmungen weiterhin möglich.

Durch Abs. 3 lit. b und c wird den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten des EWR zur Verwirklichung des Rechts auf Zugang und Ausübung einer Beschäftigung das Recht gewährt, sich im Hoheitsgebiet derselben frei zu bewegen und sich dort aufzuhalten. Dieses Einreise- und Aufenthaltsrecht kann nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit eingeschränkt werden; derartige Vorbehalte finden sich auch an anderen Stellen des Abkommens; so in Art.33 für das Niederalssungsrecht bzw. in Verbindung mit Art.39 für den freien Dienstleistungsverkehr oder in Art.13 für den freien Warenverkehr.

Zu den durch die Richtlinie 64/221/EWG spezifizierten zulässigen Beschränkungen des Einreise- und Aufenthaltsrechts wird auf die allgemeinen Ausführungen des Teiles III hingewiesen.

Nach Abs. 4 finden die Bestimmungen dieses Artikels keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung. Zur öffentlichen Verwaltung im Sinne des Art. 28 Abs. 4 zählen nach der Rechtssprechung des EuGH nur Stellen, die eine unmittelbare oder mittelbare Teilnahme an der Ausübung hoheitlicher Befugnisse und an der Wahrnehmung solcher Aufgaben mit sich bringen, welche auf die Wahrung der allgemeinen Belange des Staates oder anderer öffentlicher Körperschaften gerichtet sind. Die Beschäftigung auf derartigen Stellen setzt nämlich ein Verhältnis besonderer Verbundenheit mit dem Staat sowie die Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten voraus, die dem Staatsangehörigkeitsband zugrunde liegen.

Der Anhang V, dessen Anwendbarkeit durch Abs. 5 sichergestellt wird, enthält nähere Bestimmungen zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer.

Die Verordnung 1612/68/EWG (Freizügigkeit der Wanderarbeitnehmer) konkretisiert insbesondere das in Art. 28 statuierte Recht der Staatsangehörigen eines EWR-Staates auf freien Zugang zu einer Beschäftigung in anderen EWR-Staaten und auf Gleichbehandlung mit den Inländern, das Recht auf Zuzug der Familienangehörigen und Verfahren zur Zusammenführung und zum Ausgleich von Stellenangeboten und Arbeitsgesuchen.

Die Freizügigkeitsbestimmungen dieser Verordnung stellen nach Inkrafttreten des Abkommens unmittelbar anwendbares Recht dar und bedürfen daher keiner eigenen österreichischen Gesetze. Überdies weist §1 Abs.3 des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, BGBl.Nr. 218/1975, zuletzt geändert mit BGBl.Nr. 684/1991, auf den Vorrang zwischenstaatlicher Vereinbarungen hin. Es ist daher klastgestellt, daß das Ausländerbeschäftigungsgesetz auf EWR-Staatsbürger nicht anwendbar ist.

Weiters ergibt sich aus der Umsetzung des "Gleichbehandlungsgrundsatzes", wie er in der Verordnung 1612/68 verankert ist, ein rechtlicher Anpassungsbedarf hinsichtlich des besonderen

Kündigungsschutzes für Präsenzdiener/Zivildiener und Behinderte. Die österreichischen Bestimmungen - Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991-APSG, BGBl. Nr. 683/1991, und Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG) BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 285/1990, wären dahingehend zu ändern, daß der besondere Kündigungs- schutz auch auf alle EWR-Staatsbürger Anwendung findet (Prinzip der Nichtdiskriminierung).

Das Prinzip der Gleichbehandlung bezieht sich auch auf alle steuerlichen und sozialen Begünstigungen für Wanderarbeitnehmer. Hinsichtlich des Behinderteneinstellungsgesetzes bedeutet dies, daß die Förderungsmöglichkeiten des Behinderteneinstellungsgesetzes auch allen EWR-Bürgern zugutekommen müßten (dies gilt auch für die Sozialhilfe, die jedoch in den Zuständigkeitsbereich der Länder fällt oder die Wohnbauförderung, Stipendien u.a.). Ein Anpassungsbedarf ergibt sich weiters beim Arbeitsverfassungsgesetz, welches das passive Wahlrecht zum Betriebsrat sowie zum Jugendvertrauensrat an die österreichische Staatsbürgerschaft knüpft; gleiches gilt für das passive Wahlrecht zur Behindertenvertrauensperson. Entsprechend dem Gleichbehandlungsgrundsatz wäre das passive Wahlrecht im Arbeitsverfassungsgesetz - ArbVG, BGBl. Nr. 22/1974, zuletztgeändert mit BGBl. Nr. 475/1990, und im Behinderteneinstellungsgesetz auch auf EWR-Staatsbürger auszuweiten.

Grundsätzlich ist auch davon auszugehen, daß Bestimmungen in Kollektivverträgen, wie etwa im Sparkassenkollektivvertrag, die die Beschäftigungsaufnahme in diesem Bereich an die österreichische Staatsbürgerschaft knüpfen, für EWR-Staatsbürger keine Geltung haben.

Die Richtlinie 77/486/EWG (Schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern sieht vor, daß die Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit den Herkunftstaaten geeignete Maßnahmen zur Förderung der Unterweisung der Kinder von Wanderarbeitnehmern in der Muttersprache und in der heimatlichen Landeskunde zu treffen haben. Es soll damit eine etwaige Wiedereingliederung dieser Kinder in den Herkunftsmitgliedstaaten erleichtert werden. Eine Änderung der Lehrpläne der Grundschule und der Hauptschule ist in Vorbereitung, wonach die Möglichkeit des Besuches eines entsprechenden Unterrichts geschaffen wird.

Zu Art. 29:

Art. 29 entspricht im wesentlichen Art. 51 des EWG-Vertrages.

Um eine ungehinderte Ausübung des Freizügigkeitsrechts der unselbständig Erwerbstätigen und der selbständig Erwerbstätigen sowie deren Familienangehörigen zu ermöglichen, ist es notwendig, im Bereich der sozialen Sicherheit erworbene Anwartschaften und Ansprüche zu sichern. Das Abkommen verpflichtet deshalb die Vertragsparteien im Zusammenhang mit der Freizügigkeit,

a) die Zusammenrechnung aller nach den verschiedenen staatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigten Zeiten für den Erwerb und die Aufrechterhaltung des Leistungsanspruches sowie für die Berechnung der Leistungen zu gewährleisten sowie
b) Zahlungen auch an in anderen EWR-Mitgliedstaaten wohnhafte Personen sicherzustellen.

Art. 29 enthält einen Verweis auf Anhang VI des Abkommens, der die einschlägigen Bestimmungen des EG-Sekundärrechts über die soziale Sicherheit enthält.

Die Verordnungen 1408/71/EWG und 574/72/EWG betreffen die Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer, selbständig Erwerbstätige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern sind in Erfüllung des Art. 51 des EWG-Vertrages (diesem entspricht Art.29 des Abkommens) beschlossen worden.

Hinsichtlich der Auswirkungen der beiden Verordnungen ist zunächst darauf hinzuweisen, daß diese im Rahmen ihres sachlichen Geltungsbereiches (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosenversicherung und Familienleistungen) und ihres persönlichen Geltungsbereiches (insbesondere Staatsangehörige der EG- und EFTA-Staaten, Staatenlose und Flüchtlinge sowie deren Familienangehörige und Hinterbliebene) an die Stelle der von Österreich mit allen EG- und EFTA-Staaten (ausgenommen Island) bisher geschlossenen bilateralen Abkommen über Soziale

Sicherheit treten werden. Diese bilateralen Abkommen bleiben daher lediglich auf Personen anwendbar, die vom persönlichen Geltungsbereich der beiden Verordnungen nicht erfaßt sind (insbesondere Staatsangehörige von Staaten außerhalb des EWR und nicht erwerbstätige Personen wie z.B. Studenten).

Das EWR-Abkommen wird somit weitestgehend eine einheitliche zwischenstaatliche Rechtslage im Verhältnis zu allen EWR-Staaten bewirken. Damit wird insbesondere auch ein umfänglicher Schutz im Bereich der Sozialen Sicherheit für österreichische Staatsangehörige sichergestellt, die bisher von einer Anwendung der Verordnungen im Rahmen der EG ausgeschlossen waren.

Die materiellen Grundsätze der beiden Verordnungen entsprechen weitestgehend jenen der von Österreich geschlossenen Abkommen über Soziale Sicherheit, wie insbesondere Gleichbehandlung der Staatsangehörigen, Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zur Wahrung von Leistungsansprüchen und Verpflichtung zur Leistungsgewährung auch bei Aufenthalt des Berechtigten in einem anderen EWR-Staat. Verglichen mit der Rechtslage der von Österreich geschlossenen Abkommen haben die beiden Verordnungen aber insbesondere in den folgenden Bereichen eine Besserstellung der Betroffenen zur Folge:

- Möglichkeit einer Aufenthaltsverlegung in einen anderen EWR-Staat mit Zustimmung des zuständigen Versicherungsträgers ausschließlich zum Zwecke einer bestimmten Behandlung, sodaß im gesamten EWR die jeweils erforderlichen medizinischen Sachleistungen in Anspruch genommen werden können (bisher nur im Verhältnis zu Belgien und zur Bundesrepublik Deutschland);
- umfängliche Verpflichtung der freiberuflich tätigen Ärzte, Zahnärzte und Dentisten zur Betreuung der in einem anderen EWR-Staat Versicherten bzw. deren Familienangehörigen während eines vorübergehenden Aufenthaltes in Österreich;
- Berechnung der Pension nur nach den nationalen österreichischen Rechtsvorschriften, wenn die Anspruchsvoraussetzung für diese Leistung ohne Berücksichtigung der in einem anderen EWR-Staat zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden (anstelle der in den von Österreich geschlossenen Abkommen grundsätzlich vorgesehenen pro-rata-temporis-Berechnung).

2.3.2. Das Niederlassungsrecht

Zu Artikel 30:

Wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit ist die gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen sowie die Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung von Erwerbstätigkeiten. Die Vertragsparteien verpflichten sich daher, die hiefür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Artikel 30 verweist diesbezüglich auf Anhang VII, der das maßgebliche EG-Sekundärrecht betreffend die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen enthält.

Die Anerkennungen auf Fachausbildungsebene erfolgen in Österreich im wesentlichen gemäß § 27 a des Berufsausbildungsgesetzes. Eine institutionelle Anpassung wird im Rahmen der Gewerberechtsnovelle 1992 (Artikel II - Änderung des Berufsausbildungsgesetzes, BGBl. Nr. 142/1969, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 617/1987,) erfolgen.

Die Anerkennung von Berufsausübungsberechtigungen für gewerbliche Tätigkeiten ist in den folgenden Richtlinien enthalten:

- Richtlinie 64/222/EWG (Großhandel sowie Vermittlertätigkeiten in Handel, Industrie und Handwerk)
- Richtlinie 64/427/EWG (Industrie und Handwerk)
- Richtlinie 68/364/EWG (Einzelhandel)

- Richtlinie 68/368/EWG (Restaurations- und Schankgewerbe, Beherbergungsgewerbe und Zeltplatzgewerbe)
- Richtlinie 70/523/EWG (Kohlengroßhandel und Vermittlertätigkeiten auf dem Sektor Kohle)
- Richtlinie 74/556/EWG (Giftstoffhandel einschließlich Vermittlertätigkeiten)
- Richtlinie 75/368/EWG (Persönliche Dienste, sonstige gewerbliche Tätigkeiten)
- Richtlinie 75/369/EWG (Reisegewerbe)
- Richtlinie 82/470/EWG (Hilfsgewerbetreibende des Verkehrs und Reisevermittler)
- Richtlinie 82/489/EWG (Friseure)

Die angeführten Richtlinien werden durch die Gewerberechtsnovelle 1992 implementiert werden.

Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (89/48/EWG.)

Für einige geregelte Berufe, wie für Architekten und mehrere Gesundheitsberufe, bestehen sogenannte sektorielle Richtlinien, die teils die Anerkennung des Berufszuganges, teils die Koordinierung der Ausbildungsvorschriften für solche Berufe regeln. Er erschien aber unmöglich, weitere sektorielle Richtlinien für eine Vielzahl anderer geregelter Berufe zu entwickeln.

Grundprinzip der Richtlinie ist, daß ein Mitgliedstaat dem Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaates den Zugang zu einem geregelten Beruf oder dessen Ausübung nicht verweigern darf, wenn der Betreffende nach Erwerb seines Diplomes und einer gegebenfalls verlangten Zusatzausbildung qualifiziert ist, diesen Beruf in einem der Mitgliedstaaten auszuüben. Die mit dem Diplom bescheinigte Ausbildung muß zum überwiegenden Teil in den Mitgliedstaaten absolviert worden sein; ein in einem Drittland erworbenes Diplom ist jedoch zugelassen, wenn es von einem Mitgliedstaat anerkannt und durch eine mindestens dreijährige Berufserfahrung in diesem Mitgliedstaat ergänzt worden ist.

Die Richtlinie bezieht sich nur auf solche geregelten Berufstätigkeiten, für die ein mindestens dreijähriges Hochschulstudium erforderlich ist und die nicht Gegenstand einer sektoriellen Richtlinie sind. In Österreich erfaßt die Richtlinie beispielsweise die Berufe der Zivilingenieure, Wirtschaftstreuhänder und andere. Ob und welche Ausbildung Hochschulcharakter hat, wird von demjenigen Mitgliedstaat festgelegt, auf dessen Gebiet die Ausbildung erworben worden ist. Eine einheitliche Definition des Hochschulbegriffes ist nicht getroffen.

Ebenso gibt es weder ein Verzeichnis der automatisch anzuerkennenden Diplome noch der in den einzelnen Mitgliedstaaten geregelten Berufe. Die Richtlinie bildet vielmehr die Basis für eine Prüfung im Einzelfall auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens auf die Qualität der Ausbildung in den Mitgliedstaaten und auf eine globale Vergleichbarkeit der Ausbildungsniveaus.

Der Aufnahmestaat hat allerdings die Möglichkeit, trotz der grundsätzlichen Verpflichtung zur Anerkennung von Diplomen Ausgleichsleistungen von einem Bewerber zu verlangen, dessen Ausbildung sich erheblich von der Ausbildung im Aufnahmestaat unterscheidet. So kann eine zusätzliche Berufserfahrung verlangt werden, wenn die Ausbildungsdauer um mehr als ein Jahr unter derjenigen des Aufnahmestaates liegt. Die Dauer der zusätzlich verlangten Berufserfahrung darf das Doppelte der fehlenden Ausbildungszeit nicht überschreiten. Bei erheblichen inhaltlichen Unterschieden in der Ausbildung kann der Bewerber zwischen einem höchstens dreijährigen Anpassunglehrgang bei einem zuständigen Berufsangehörigen und einer Eignungsprüfung wählen, die sich auf alle oder auf einen Teil der fehlenden Fächer erstreckt; in beiden Fällen handelt es sich lediglich um eine berufsbezogene Ergänzung der Ausbildung, nicht um eine neuerliche Überprüfung des gesamten Wissens des Kandidaten (sie deckt sich daher in der Regel nicht mit der Nostrifizierung ausländischer akademischer Grade und Studienabschlüsse durch österreichische Universitäten). Der Aufnahmestaat kann die Wahl zwischen einem Anpassungslehrgang und einer Eignungsprüfung ausnahmsweise selbst treffen - das heißt eine verpflichtende Eignungsprüfung vorschreiben, - wenn es sich um juristische Berufe handelt, deren Ausübung eine genaue Kenntnis des nationalen Rechts erfordert.

Verfahrensrechtlich sieht die Richtlinie die Verpflichtung des Aufnahmestaates vor, innerhalb von vier Monaten über jeden Antrag eines Aufnahmewerbers zu entscheiden. Es handelt sich somit um eine Sonderbestimmung zu der allgemeinen Sechs-Monats-Frist des österreichischen Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes. Die Entscheidung ist zu begründen, und ein Rechtsweg ist zu eröffnen.

Erklärung des Rates und der Kommission aus Anlaß der Annahme der Richtlinie 89/48/EWG

Aufgrund dieser Erklärung wird übereingekommen, die Berufsstände und die Hochschulen der Mitgliedstaaten anzuhören bzw. in angemessener Weise am Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Das bedeutet, daß die Anerkennungsrichtlinie zwar nicht primär Hochschulkompetenz ist, jedoch hinsichtlich der Inhalte der Ausbildung und allfälliger Anpassungsmechanismen die Hochschulen anzuhören sind. Diesbezüglich besteht kein Bedarf einer Rechtsänderung in Österreich.

Empfehlung betreffend die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten, die Inhaber eines in einem Drittstaat ausgestellten Diploms sind (89/49/EWG)

Als ergänzende Maßnahme zur oben beschriebenen Richtlinie 89/48/EWG hat der Rat der Europäischen Gemeinschaften eine Empfehlung erlassen, derzufolge die Regierungen der Mitgliedstaaten auch solche Personen den Zugang zu geregelten Berufen und ihre Ausübung ermöglichen sollen, die ihre Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstigen Befähigungsnachweise in einem Drittstaat erhalten haben und deren fachliche Voraussetzungen ähnlich sind wie die der Inhaber eines Diploms eines Mitgliedstaates.

Mit dieser Empfehlung wird kein einklagbares subjektives Recht auf Anerkennung von Diplomen aus Drittstaaten eröffnet, es wird jedoch der indirekte Anwendungsbereich der Richtlinie 89/48/EWG erheblich erweitert. Die Maßnahmen zur Anerkennung von Diplomen aus Drittstaaten beruhen nicht unmittelbar auf den verpflichtenden EG-Regelungen, sondern sind nationalen Ursprungs und sollen sich an die Prinzipien der Richtlinie 89/48/EWG anlehnen.

Die österreichische Rechtslage erlaubt eine weitgehende Befolgung dieser Empfehlung, und zwar sowohl im Berufsbereich als auch im Hochschulbereich (entweder globale Anerkennung von Studienabschlüssen oder Nostrifizierung im Einzelfall).

RECHTSANWÄLTE

Richtlinie zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des Freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (77/249/EWG)

Während eine sektorielle Niederlassungsrichtlinie der EG für Rechtsanwälte bisher nicht existiert, sondern hiefür die allgemeine Hochschuldiplom-Anerkennungsrichtlinie wirksam ist, befaßt sich die vorliegende Richtlinie ausschließlich mit der Ausübung der Rechtsanwaltstätigkeit im freien Dienstleistungsverkehr und den Voraussetzungen, unter denen diese Dienstleistungen erbracht werden. Dabei wird als "Rechtsanwalt" jede Person verstanden, die ihre Berufstätigkeit unter bestimmten, taxativ aufgezählten Berufsbezeichnungen des jeweiligen Heimatlandes ausüben darf. Die Richtlinie unterscheidet zwischen dem Auftreten vor Behörden (Gerichten oder Verwaltungsbehörden) und sonstiger, also vor allem rechtsberatender Tätigkeit. Für die erstgenannten Tätigkeiten sieht sie unter anderem vor, daß der Mitgliedstaat bestimmte Bedingungen auferlegen kann, die vom dienstleistenden Rechtsanwalt einzuhalten sind. Diese werden bei der Transformierung in das innerstaatliche Recht näher zu regeln sein.

GESUNDHEITSPSYCHOLOGEN; KLINISCHE PSYCHOLOGEN UND PSYCHOTHERAPEUTEN

Auch hinsichtlich der Gesundheitspsychologen, klinischen Psychologen und Psychotherapeuten ist die Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die

eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (89/48/EWG), zu beachten. Nach dieser Richtlinie wird es den jeweiligen Aufnahmestaaten vorbehalten bleiben, die jeweils erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse im Rahmen einer Eignungsprüfung oder eines Anpassungslehrganges zu überprüfen.

In Österreich ist der Zugang für die Ausübung der oben erwähnten Tätigkeiten bereits jetzt dann gegeben, wenn im Einzelfall die Ausbildung hinsichtlich Dauer und Inhalt als gleichwertig anerkannt wird. Ein besonderer Anpassungsbedarf ist daher nicht gegeben.

ÄRZTE

Zur selbständigen Ausübung des ärztlichen Berufes als praktischer Arzt oder als Facharzt bedarf es der österreichischen Staatsbürgerschaft (§ 3 Abs. 1, 2 und 5 Ärztegesetz, BGBl. Nr. 373/1984, idF. BGBl. Nr. 314/1987) sowie der Eintragung in die Ärzteliste (vgl. § 3 Abs. 1 und 5 leg. cit.). Es ergäbe sich daher ein Anpassungsbedarf im Sinne des Diskriminierungsverbotes (Gleichstellung von EWR-Bürgern mit österreichischen Staatsangehörigen).

Auf Grundlage der EG-Richtlinien 75/362/EWG, 75/363/EWG, 82/76/EWG, 86/457/EWG, 75/366/EWG und 75/367/EWG sind im Rahmen der Umsetzung des EWR-Vertrages im Bereich des Ärzterechtes vor allem Anpassungen hinsichtlich der Ausbildung vorzunehmen. Insbesondere sollte ein Teil der praktischen Ausbildung schon im Rahmen des Medizinstudiums absolviert werden. Mit der Promotion würde dann die Berechtigung zur Tätigkeit als Arzt erworben. Darauf aufbauend könnte die Weiterbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin oder zum Facharzt eines Sonderfaches erfolgen. Eine mindestens zweijährige Weiterbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin wird ab 1995 die Voraussetzung für eine ärztliche Tätigkeit im Rahmen des Sozialversicherungssystems sein.

DIPLOMIERTE KRANKENSCHWESTERN/DIPLOMIERTE KRANKENPFLEGER

Die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege entspricht dem in der Richtlinie 77/452/EWG festgelegten Ausbildungsstandard. Das österreichische Krankenpflegediplom wird daher zur Berufsausübung in den Mitgliedsländern des EWR berechtigen.

Das Krankenpflegegesetz muß nur insofern angepaßt werden, als im Sinn der Richtlinie 77/452/EWG festzulegen ist, daß Diplome in der allgemeinen Krankenpflege, die in den Ländern des EWR erworben wurden, ohne weitere Nostrifizierung zur Berufsausübung in Österreich berechtigen.

ZAHNÄRZTE

Für die Ausübung des Zahnarztberufes ist im EG-Raum eine eigene - vom allgemeinen Medizinstudium gesonderte - fünfjährige theoretische und praktische Ausbildung an einer Universität vorgesehen. Es ist deshalb erforderlich, in Österreich eine den Kriterien der EG-Richtlinie 78/686/EWG entsprechende Ausbildung sowie auch eine eigene Berufsgruppe zu schaffen. Dies erfordert auch die Festlegung eines eigenen Zahnärztegesetzes, eines gesonderten Zahnarztstudiums sowie die Schaffung eigener Kammerstrukturen.

Wegen des beträchtlichen Umfanges der erforderlichen Maßnahmen wurde im Rahmen der EWR-Verhandlungen eine sechsjährige Übergangsfrist (bis 1. Jänner 1999) vereinbart.

HEBAMMEN

Die österreichische Ausbildung der Hebammen entspricht nicht dem internationalen Standard und den EG-Vorgaben. Auf der Grundlage der Richtlinien 80/154/EWG und 80/155/EWG ist daher im Bereich des Hebammenwesens die Ausbildung dem europäischen Standard anzupassen. Um eben diesem Ausbildungsstandard in der EG zu entsprechen, ist eine Verlängerung der Ausbildung zur Hebamme auf drei Jahre sowie eine Verbesserung des

Ausbildungsniveaus notwendig. Dies erfordert ein neues Hebammengesetz, eine neue Hebammenausbildungsordnung sowie eine Hebammendienstordnung.

APOTHEKER

Die vorgeschriebene Dauer des Pharmaziestudiums sowie die einjährige praktische Ausbildung in Österreich entsprechen im allgemeinen dem EG-Standard. In Anpassung an die EG-Richtlinien 85//432/EWG und 85/433/EWG ist es notwendig, ein eigenes "Staatliches Apothekerdiplom", das zur Berufsausübung sowohl als selbständiger wie auch angestellter Apotheker berechtigt, auszustellen.

Die derzeitigen Ausbildungsinhalte müssen den Anforderungen eines modernen Gesundheitswesens an den Apothekerberuf angepaßt werden und u.a. auch dem wachsenden Bedürfnis der Bevölkerung nach umfassender Information und fachlicher Beratung Rechnung tragen.

Um eine ordnungsgemäße Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln zu gewährleisten, wird es auch weiterhin möglich sein, die geographische Verteilung von Apotheken regional zu regeln. Ebenso wird man auch die Zahl von neu zu errichtenden Apotheken begrenzen können. Allerdings muß die Beschränkung (Anzahl der Apotheken insgesamt) nach objektiven und transparenten Kriterien erfolgen.

HANDELSVERTRETER

Richtlinie zur Koordinierung der Rechte der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter (86/653/EWG)

Die Rechtsverhältnisse der selbständigen Handelsvertreter sind in Österreich derzeit durch das Bundesgesetz vom 24. Juli 1921, BGBl. Nr. 348, über die Rechtsverhältnisse der selbständigen Handelsvertreter (Handelsvertretergesetz), zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 305/1978, geregelt.

Die Richtlinie bringt eine weitreichende Angleichung der Bestimmungen über die Rechtsbeziehungen zwischen Handelsvertreter und Unternehmer in der Gemeinschaft. Zur Verbesserung der Rechtsstellung des Handelsvertreters als des in der Regel schwächeren Vertragspartners enthält die Richtlinie eine Reihe von nicht abdingbaren Schutzbestimmungen zugunsten des Handelsvertreters; dazu gehört insbesondere der Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters nach Beendigung des Rechtsverhältnisses mit dem Geschäftsherrn und die Neuregelung der Kündigungsrechte für beide Teile. Die erforderlichen Anpassungen werden in einem neuen Bundesgesetz über die Rechtsverhältnisse der selbständigen Handelsvertreter vorgenommen werden.

ARCHITEKTEN

Die Richtlinie 85/384/EWG (Architektenrichtlinie) regelt nicht nur die Anerkennung der Diplome, sondern behandelt auch Fragen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreieht der Architekten.

Im Bereich der Vorschriften über die Anerkennung der Diplome gilt die "Architektenrichtline" als lex specialis gegenüber der allgemeinen Anerkennungsrichtlinie für Hochschuldiplome (89/48/EWG)

Alle in der "Architektenrichtlinie" nicht geregelten Fragen sind nach dem Prinzip des Diskriminierungsverbotes zu beurteilen.

Gemäß §1 Ziviltechnikergesetz, BGBl. Nr. 146/1957, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 143/1978, bedarf die Ausübung des Berufes eines staatlich befügten und beeideten Ziviltechnikers (Architekt, Zivilingenieur, Ingenieurkonsulent) einer vom Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten verliehenen Befugnis.

Für die Verleihung dieser Befugnis sind die österreichische Staatsbürgerschaft, die erforderliche Zuverlässigkeit und die entsprechende fachliche Befähigung Voraussetzung.

Im Zuge der EWR-Rechtsreform ist eine Novellierung des Ziviltechnikergesetzes dahingehend erforderlich, daß das Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft für Angehörige von EWR-Mitgliedstaaten zu entfallen hat.

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Bezüglich der Richtlinien 65/1/EWG, 67/654/EWG und 71/18/EWG betreffend die Niederlassung bzw. Dienstleistungsfreiheit in der Land- und Forstwirtschaft ist zu bemerken, daß die Rechtsanpassung vor allem im Bereich der Länder vorzunehmen sein wird. Das im § 104 Forstgesetz vorgesehene Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft ist nicht EG-konform und wird daher abzuschaffen sein.

Zu Artikel 31:

Art. 31 entspricht im wesentlichen Art. 52 EWG-Vertrag.

In diesem Artikel wird die Niederlassungsfreiheit im Rahmen des Abkommens als Recht der Angehörigen (natürliche und juristische Personen) einer Vertragspartei, sich im Staatsgebiet einer anderen Vertragspartei ohne Beschränkung niederzulassen, definiert. Das freie Niederlassungsrecht beinhaltet auch die Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei ansässig sind.Die Niederlassungsfreiheit umfaßt die Aufnahme und Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten sowie die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften im Sinne des Artikels 34 Absatz 2, nach den Bestimmungen des Aufnahmestaates für seine eigenen Angehörigen.

Wie hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Dienstleistungsfreiheit gilt auch für die Niederlassungsfreiheit der Grundsatz der Inländergleichbehandlung.

Absatz 2 enthält einen Hinweis auf die Anhänge VIII bis XI, in denen die Sonderbestimmungen des EG-Sekundärrechtes über das Niederlassungsrecht enthalten sind, und zwar VIII (Niederlassungsrecht allgemein), IX (Finanzdienstleistungen), X (Audiovisuelle Dienstleistungen) und XI (Telekommunikation); die Anhänge X und XI werden bei Artikel 36 erläutert.

Das speziell für Versicherungsunternehmen geltende Niederlassungsrecht, das eine Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften (insbesondere der Eigenmittelausstattung der Versicherungsunternehmen) vorsieht, ist in den im Anhang IX Teil I enthaltenen Richtlinien geregelt, und zwar für die Bereiche Rückversicherung (Richtlinie 64/225/EWG), Nicht-Lebensversicherung (Richtlinie 73/239/EWG in der Fassung der sie abändernden sechs Richtlinien sowie Richtlinie 73/240/EWG), und Lebensversicherung (Richtlinie 79/267/EWG in der Fassung der sie abändernden Richtlinie (90/619/EWG).Bestimmungen zur Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Ausübung der touristischen Beistandsleistung, der Kredit- und Kautionsversicherung und der Rechtsschutzversicherung bringen die Richtlinien 84/641/EWG, 87/343/EWG und 87/344/EWG.

Zur Implementierung der genannten Richtlinien ist eine umfassende Novellierung des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie, was die Rechtsschutzversicherung betrifft, auch des Versicherungsvertragsgesetzes 1958, BGBl. Nr. 2/1959, erforderlich.

Vorschriften für die Erleichterung der Niederlassung und des freien Dienstleistungsverkehrs der Versicherungsagenten und Versicherungsmakler bringt die Richtlinie 77/92/EWG, die durch die Gewerberechtsnovelle 1992 implementiert werden wird.

Folgende im Anhang IX Teil I enthaltene Richtlinien regeln die Dienstleistungsfreiheit von Versicherungsunternehmen im Sinne des Art. 36 des Abkommens:

In der Nicht-Lebensversicherung wird der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr für kommerzielle und Großrisken einschließlich der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung völlig und für die übrigen Risken grundsätzlich (unter Beibehaltung einer weitgehenden Kontrolle durch den Tätigkeitsstaat) liberalisiert (Richtlinien 88/357/EWG in der Fassung der Richtlinie 90/618/EWG).

Die internationale Mitversicherung (ohne Begründung einer Niederlassung) ist durch die Richtlinie 78/437/EWG geregelt.

In der Lebensversicherung bringt die Richtlinie 90/619/EWG die völlige Liberalisierung der auf Initiative der Versicherungsnehmer grenzüberschreitend abgeschlossenen Verträge.

Notwendig sind in diesem Zusammenhang Novellierungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes -VAG, BGBl. Nr. 569/1978, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 625/1991, des § 6 Abs. 3 Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133/1953, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 281/1990, des IPR-Gesetzes, BGBl. Nr. 304/1978, des § 59 Abs. 1 des Kraftfahrgesetzes, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 695/1991, des Handelskammergesetzes-HKG, BGBl. Nr. 1982/1946, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 620/1991, des Luftfahrtgesetzes, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 238/1975, der Notariatsordnung -NO 1945, StGBl. Nr. 104/1945, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 25/1947, des Rohrleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 411/1975, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 428/1989, und der Jagdgesetze der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Steiermark und Vorarlberg erforderlich. Für Lebensversicherungsverträge, die der Versicherungsnehmer als Initiator mit Hilfe eines Maklers abschließt, sowie für Gruppenversicherungsverträge in der Lebensversicherung sieht die Richtlinie 90/619/EWG selbst Übergangsfristen vor, die Österreich ausschöpfen wird.

Der Inhalt von KFZ-Haftpflichtversicherungsverträgen, der Nachweis der Erfüllung der Versicherungspflicht und der Schutz von Verkehrsopfern wird in den Richtlinien 72/166/EWG, 72/430/EWG, 84/5/EWG, 91/323/EWG und 90/232/EWG harmonisiert. Österreich hat alle wichtigen Anforderungen dieser Richtlinien seit langem erfüllt. Im Gesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsopfer sind nur noch geringfügige Anpassungen erforderlich.

Im Börsengesetz 1989, BGBl.Nr. 555/1989, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 558/1990, sind die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um den im Anhang IX angeführten Richtlinien nachzukommen, zu einem erheblichen Teil bereits in Kraft. Damit sind in Österreich weitgehend jene Bestimmungen für eine Koordinierung der Bedingungen für die Zulassung von Wertpapieren zur Notierung an Wertpapierbörsen im Europäischen Wirtschaftsraum erlassen worden.

Wie im Anhang IX zum Abkommen angeführt wird, wird zwischen Österreich und den Vertragsstaaten vereinbart, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie zur Koordinierung der Vorschriften betreffend Insider-Geschäfte (89/592/EWG) bis zum 1.1.1995 österreichischerseits zu treffen. Diese Übergangsfrist zur Anpassung an die Richtlinie wurde im Laufe der EWR-Verhandlungen als erforderlich anerkannt, damit Österreich auf dem Gebiete der Bekämpfung des Insider-Handels die entsprechenden Maßnahmen vorbereiten kann. Während des Übergangszeitraumes werden die zuständigen österreichischen Behörden mit den Behörden der anderen Vertragsstaaten Informationen über Insider-Geschäfte austauschen.

Das Kapitalmarktgesetz (KMG) 1991, BGBl.Nr. 625/1991, trägt der Richtlinie 89/298/EWG Rechnung.

Mit diesem Gesetz wurden alle jene Maßnahmen in Österreich getroffen, die den kapitalmarktrechtlichen Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaften gerecht werden. Auf dem Gebiet des Kapitalmarktwesens wurden somit die Voraussetzungen für eine EWR-weite Koordinierung der Bedingungen für die Erstellung, Kontrolle und Verbreitung von Prospekten geschaffen, die im Falle öffentlicher Angebote von Wertpapieren zu veröffentlichen sind.

Im Rahmen der Übernahme der Vorschriften der bankrechtsrelevanten Richtlinien in die Rechtsordnung der EFTA-Staaten wird die Dienstleistungsfreiheit im Sinne des Artikel 36 des Abkommens und die Niederlassungsfreiheit im Sinne des Artikel 31 des Abkommens für die im Europäischen Wirtschaftsraum operierenden Kreditinstitute wirksam erfüllt sowie eine EWR-weite Harmonisierung des Bankrechts verwirklicht.

Wie in Anhang IX angeführt wird, wird zwischen Österreich und den Vertragsstaaten vereinbart, den erforderlichen Vorschriften der Richtlinie des Rates vom 8.12.1986 über den Jahresabschluß und den konsolidierten Abschluß von Banken und anderen Finanzinstitutionen (86/35/EWG) in Österreich bis 1.1.1995 nachzukommen.

Wie weiters in Anhang IX angeführt wird, werden die zuständigen Behörden in Österreich geeignete Schritte setzen, damit die Kreditinstitute den Eigenmittelkoeffizienten im Sinne des Artikel 10 (1) der Richtlinie des Rates vom 18.12.1989 über einen Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute (89/647/EWG) in einem Übergangszeitraum bis 1.1.1995 so rasch wie möglich erreichen. So lange Kreditinstitute das erforderliche Ausmaß an Eigenmittel während des Übergangszeitraumes nicht erreichen, werden die zuständigen Behörden im Sinne des Artikels 19 (3) der zweiten Bankrechtskoordinierungs-Richtlinie des Rates vom 15.12.1989 (89/646/EWG) dafür Sorge tragen, daß diese Institute nicht die Niederlassungsfreiheit im Europäischen Wirtschaftsraum in Anspruch nehmen werden.

Zu Artikel 32:

Art. 32 entspricht Art 55 Abs. 1 EWG-Vertrag.

Die Niederlassungs- und die Dienstleistungsfreiheit werden im EWR-Abkommen nicht schrankenlos gewährleistet. Art. 32 schließt die Anwendung des Kapitels zur Niederlassungsfreiheit sowie über Art. 39 auch jene über die Dienstleistungsfeiheit für Tätigkeiten aus, die in dem jeweiligen EWR-Mitgliedstaat selbst zeitweise mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind.

Die Vorschrift des Art. 32 entspricht im Grundsatz derjenigen des Art. 28 Abs. 4, welche vorsieht, daß die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung von der Freizügigkeit gemäß Art. 28 ausgenommen ist. Um die Ausübung öffentlicher Gewalt wird es sich nach der Judikatur des EuGH jedenfalls immer dann handeln, wenn jemand mit staatlicher Autorität ausgestattet den anderen Staatsbürgern durch irgendeine Art des Verwaltungshandelns entgegentritt.

Eine Abänderung des Artikel 3 Staatsgrundgesetz ist nicht erforderlich, da der Begriff "öffentliche Ämter" nur die Ausübung hoheitlicher Funktionen in einem Beamtendienstverhältnis erfaßt. Die durch privatrechtlichen Vertrag erfolgte Betrauung von Personen mit der Besorgung hoheitlicher Aufgaben ist nicht als Eintritt in ein öffentliches Amt anzusehen (VfSlg. 7593/1975).

Zu Artikel 33:

Art. 33 entspricht Art. 56 Abs. 1 EWG-Vertrag.

Diese Bestimmung legt eine Ausnahme vom Grundsatz der Niederlassungsfreiheit fest; danach sind die Niederlassungsfreiheit einschränkende Regelungen aufgrund der "Ausländereigenschaft" von EWR-Bürgern erlaubt, wenn diese Sonderregelungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit gerechtfertigt sind.

Zu Artikel 34:

Art. 34 entspricht Art. 58 des EWG-Vertrages.

Die Niederlassungsfreiheit gilt nach Art. 34 auch für Gesellschaften (Abs. 1). Begünstigt werden nach der Definition des Art. 34 Abs. 2 die Gesellschaften bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen. Durch Art. 34 werden die Gesellschaften den natürlichen Personen gleichgestellt. Da bei

Gesellschaften keine Unterscheidung nach dem Merkmal einer "Staatsangehörigkeit" getroffen werden kann, beschreibt Art. 34 Abs. 1 genau die Voraussetzungen, unter denen sie in die Niederlassungsfeiheit im EWR miteinbezogen werden. Die Gleichstellung mit den natürlichen Personen, die die Staatsangehörigkeit eines EWR-Mitgliedstaates besitzen, erfolgt nur für die Gesellschaften, die die in Art. 34 Abs. 1 genannten Kriterien erfüllen. Sie müssen nach den Rechtsvorschriften eines EWR-Mitgliedstaates gegründet worden sein und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb des EWR haben.

2.3.3. Die Dienstleistungen

Zu Artikel 36

In diesem Artikel wird festgelegt, daß es im Abkommen keine Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs für natürliche und juristische Personen der Vertragsparteien, die in einem anderen Hoheitsgebiet einer Vertragspartei als demjenigen des Leistungsempfängers ansässig sind, gibt.

Die Anhänge IX, X und XI enthalten hierzu besondere Bestimmungen. (Finanzdienstleistungen, Audiovisuelle Dienstleistungen und Telekommunikation).

Audiovisuelle Dienstleistungen Anhang X

Richtlinie (Ausübung der Fernsehtätigkeit)

Ausgehend davon, daß die Fernsehtätigkeit eine Dienstleistung im Sinne des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (und damit auch von dessen Art.59 erfaßt) ist, sollen im Interesse der Errichtung eines Gemeinsamen Marktes auch im Bereich des Fernsehens Hindernisse für den freien Dienstleistungsverkehr bzw. Programmverkehr beseitigt werden. Die Richtlinie soll diesen Übergang von den nationalen Märkten zu einem Gemeinsamen Markt für die Herstellung und Verbreitung von Programmen sichern und - unbeschadet der Funktion des Fernsehens, das Allgemeininteresse zu wahren - fairen Wettbewerbedingungen gewährleisten. Alle Beschränkungen für die Ausstrahlung von Sendungen innerhalb der Gemeinschaft sollen in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehtätigkeit und des Kabelvertriebes aufgehoben werden, wobei dies mit einer Koordinierung der geltenden Rechtsvorschriften einhergehen muß.

Die Richtlinie regelt das notwendige Mindestmaß, um einen freien Sendeverkehr zu verwirklichen. Sie berührt daher nicht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Organisation - einschließlich der gesetzlichen und behördlichen Zulassungen - und die Finanzierung der Sendungen sowie der Programminhalte. Eigenständige kulturelle Entwicklungen in den Mitgliedstaaten und die bewahrung der kulturellen Vielfalt in der Gemeinschaft bleiben deshalb wie bisher möglich.

Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, den freien Empfang zu gewährleisten und jede Behinderung der Weiterverbreitung von Fernsehsendungen aus anderen Mitgliedstaaten zu unterlassen.

Die Förderung der europäischen Produktion ist ein besonderes Anliegen der Richtlinie. In diesem Sinne wird in Art.4 angeordnet, daß die Mitgliedstaaten "im Rahmen des praktisch durchführbaren und mit angemessenen Mitteln" dafür zu sorgen haben, daß die Fernsehveranstalter den Hauptteil ihrer Sendezeit, die kreativen Programmen gewidmet ist, europäischen Werken im Sinne des Art.6 der Richtlinie vorbehalten.

Darüber hinaus enthält die Richtlinie detaillierte Regelungen über Fernsehwerbung und Sponsoring. Die unterbrechende Werbung ist zulässig, bei Kinofilmen allerdings erst einmal je 45 Minuten. Die Sendezeit für Werbung darf 15 v.H. der täglichen Sendezeit nicht überschreiten. Dem Schutz von Minderjährigen und dem Recht auf Gegendarstellung wird ebenfalls breiter Raum gewidmet.

Österreich und die Schweiz haben zur Fernsehrichtlinie eine Erklärung abgegeben, nach der sie sich das Recht vorbehalten, in Übereinstimmung mit dem EWG-Recht - wie es vom EuGH interpretiert wird - geeignete Maßnahmen gegen die Umgehung ihrer innserstaatlichen Rechtsordnung durch Standortwahl im Ausland zu ergreifen.

Telekommunikationsdienstleistungen Anhang XI

Richtlinie 87/372/EWG (Mobilfunkrichtlinie)

Richtlinie 90/544/EWG (Richtlinie betreffend den Paneuropäischen Personenrufdienst)

Richtlinie 91/287/EWG (Richtlinie betreffend Schnurlostelefon)

Die Richtlinien 87/372/EWG (betr. GSM = Öffentlicher zellularer digitaler terrestrischer Mobilfunkdienst), 90/544/EWG (betr. ERMES = Terrestrisches öffentliches Funkrufsystem) und 91/287/EWG (betr. DECT = Modernes, digitales Schnurlostelefon nach einheitlichem Standard) betreffen die koordinierte europaweite Einführung von Telekommunikationsdiensten. Die österreichische Post hat diesbezüglich Absichtserklärungen (Memoranda of Understanding) über die verbindliche Einführung dieser Dienste unterzeichnet.

Da in Österreich vergleichbare öffentliche Telekommunikationsdienste (z. B. Mobilfunkdienste C und D; Personenrufdienste) bereits seit längerem von der Post angeboten werden und einheitliche europäische Normen laufend berücksichtigt wurden, ist aufgrund dieser Rechtsakte der EG eine Veränderung der Gesetzeslage nicht notwendig. Die in diesen Richtlinien angesprochenen Dienste werden von Österreich aufgrund des geltenden Fernmelderechts EG-konform eingeführt werden.

Richtlinie 90/387/EWG (Richtlinie betreffend den offenen Netzzugang (ONP)

Richtlinie 90/388/EWG (Wettbewerbsrichtlinie)

Nach den Richtlinien 90/387/EWG (betr. Offenen Netzzugang ONP) und 90/388/EWG (betr. Wettbewerb bei Telekommunikationsdienstleistungen) verbleibt als Anpassungsbedarf lediglich für die Einhaltung der Bestimmungen des Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG zu sorgen. Dieser Artikel sieht vor, daß die Erteilung von Betriebsgenehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und der verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen von einer von den Fernmeldeorganisationen unabhängigen Einrichtung durchgeführt wird.

Inhaltlich wurde diese Regelung bereits dadurch vorweggenommen, daß mit 1. Mai 1992 die mit dieser Funktion befaßten Arbeitsplätze aus dem Organisationsverband der Generalpostdirektion herausgelöst und zu einer eigenen Abteilung ("Zulassungsbüro") zusammengefaßt wurden. Diese neue Funktionseinheit, für die am 28. November 1991 ein Abteilungsleiter bestellt wurde, ist vorerst direkt dem Generaldirektor für die Post- und Telegraphenverwaltung unterstellt.

Der geforderten Trennung wird im Hinblick auf die notwendige Transparenz durch ein eigenes Bundesgesetz entsprochen werden.

Zu Artikel 37:

Dieser Artikel entspricht Artikel 60 des EWG-Vertrages.

Als Dienstleistungen gelten insbesondere:
- gewerbliche Tätigkeiten,
- kaufmännische Tätigkeiten,
- handwerkliche Tätigkeiten,
- freiberufliche Tätigkeiten.

Unbeschadet der Bestimmungen über die Niederlassungsfreiheit kann der Leistende zur Erbringung einer Leistung seine Tätigkeit vorübergehend in dem Staat ausüben, in dem die Leistung erbracht wird. Dabei gelten für ihn die selben Voraussetzungen, welcher dieser Staat für seine eigenen Angehörigen vorschreibt.

Zu Artikel 38:

Der Bereich Transportdienstleistungen ist im Kapitel Transport geregelt (siehe Erläuterungen zu Artikel 47 ff).

Dieser Artikel entspricht dem Artikel 61 Abs. 1 des EWR-Vertrages.

Zu Artikel 39:

Dieser legt fest, daß die Bestimmungen der Artikel 30 (gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Berufsausbildungen und Befähigungsnachweisen), 32 (Tätigkeiten, die mit der auch nur zeitweisen Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind), 33 (Vorbehalt der öffentlichen Ordnung) und 34 (Gleichstellung von Gesellschaften mit natürlichen Personen, sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen) auch auf Dienstleistungen Anwendung finden.

2.3.4. Der Kapitalverkehr

Zu den Artikeln 40 bis 45:

Die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs wird in den Artikeln 40 bis 45 des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum, im Anhang XII des Abkommens, der auf die EG-Kapitalverkehrsrichtlinie von 24. Juni 1988 Bezug nimmt, sowie im Protokoll Nr. 18 (über interne Prozeduren bei der Anwendung von Schutzklauseln) festgeschrieben. Diese Bestimmungen sehen eine vollkommene Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb des EWR-Raumes vor, wobei es für Österreich zwei Übergangsfristen gibt:

- bis zum 1. Jänner 1996, soweit es die Grundverkehrsbestimmungen für österreichisches Territorium betrifft;
- für Direktinvestitionen auf dem Gebiet der Binnenschiffahrt so lange, bis ein gleicher Zugang zur EG-internen Binnenschiffahrt ermöglicht worden ist.

Die EG-Kapitalsverkehrsrichtlinie, die durch das vorliegende Abkommen auch von den EFTA-Staaten zu übernehmen ist, sieht also die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs vor. Sie führt 13 Kategorien von Kapitalverkehrstransaktionen an, die von Direktinvestitionen über Wertpapiergeschäfte, Darlehen und Finanzkredite bis zum Punkt Sonstiger Kapitalverkehr reichen. Unter diesem Punkt findet sich auch die Generalklausel der Richtlinie - nämlich der Punkt F; "Verschiedenes" - wodurch auch alle anderen vorher nicht explizit aufgezählten Kapitalsverkehrsoperationen liberalisierungspflichtig werden.

Schutzklauseln sollen es ermöglichen, die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs in folgenden Fällen teilweise wieder rückgängig machen:

1. Wenn freiere Bestimmungen in einem anderen EWR-Staat gegen über Drittländern dazu führen, daß es zu Umgehungshandlungen im Kapitalverkehr mit Nicht-EWR-Ländern kommt.

2. Wenn Kapitalbewegungen zu Funktionsstörungen auf dem Kapitalmarkt eines EWR-Staates führen.

3. Wenn durch Wechselkursänderungen die Wettbewerbsbedingungen schwer gestört werden, und

4. bei Zahlungsbilanzproblemen, sofern diese geeignet sind, den reibungslosen Ablauf des EWR-Vertrages gefährden.

Österreich ist diesen Verpflichtungen zur vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs bereits vollständig nachgekommen: Am 4. November 1991 traten die neuen devisenrechtlichen Kundmachungen der Oesterreichischen Nationalbank in Kraft. Seit 1.1.1992 ist das neue Kapitalmarktgesetz in Geltung. Diese Liberalisierung trägt den von Österreich übernommenen internationalen Verpflichtungen Rechung und stellt sicher, daß beim Beitritt Österreichs zum EWR und zur EG keine weiteren devisenrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden müssen.

2.3.5. Wirtschafts- und Währungspolitische Zusammenarbeit:

Zu Artikel 46:

Es ist im Abkommen nicht vorgesehen, die EFTA-Staaten in die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit der EG, in das Europäische Währungssystem und in die zu schaffende EG-Wirtschafts- und Währungsunion einzubinden.

Das Abkommen begründet lediglich einen unverbindlichen Meinungs- und Informationsaustausch über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des EWR-Vertrages und seine Folgen für die Wirtschafts- und Währungspolitik sowie über Wirtschaftslage, -politik und -aussichten. Das Forum für diesen unverbindlichen Meinungs- und Informationsaustausch wird erst im Lichte der praktischen Erfahrungen festzulegen sein.

Österreich ist durch die von der Oesterreichischen Nationalbank schon seit langem verfolgte Hartwährungspolitk (enge Bindung des Schillings an die preisstabilsten EG-Währungen) indirekt auch an das Europäische Währungssystem angebunden. Die Hartwährungspolitik bildet eine wichtige Grundlage für die Europäische Integration der österreichischen Wirtschaft.

Im Bereich der Währungs- und Fiskalpolitik resultiert aus dem EWR-Vertrag für Österreich kein Handlungsbedarf. Die erfolgreiche Hartwährungspolitik der Oesterreichischen Nationalbank kann auch nach Inkrafttreten des EWR-Vertrages weitergeführt werden.

Im EWR ist keine Teilnahme an der zu schaffenden EG-Wirtschafts- und Währungsunion und damit auch keinerlei Mitbestimmung in diesem Bereich vorgesehen. Eine volle und gleichberechtigte Mitwirkung an der entstehenden EG-Wirtschafts- und Währungsunion kann nur durch einen EG-Beitritt erreicht werden.

2.3.6. Der Verkehr

Zu Artikel 47:

Analog zu Artikel 84 EWG-Vertrag finden die verkehrsspezifischen Bestimmungen des Abkommens im Prinzip nur für Beförderungen im Eisenbahn-, Straßen-, und Binnenschiffahrtsverkehr Anwendung. Absatz 2 des Artikels 47 legt jedoch fest, daß Anhang XIII besondere Regelungen für alle Verkehrsträger (i.e. auch für die Seeschiffahrt und die Luftfahrt) enthält. Anhang XIII enthält folgende Bestimmungen:

I. Landverkehr:

Allgemein: Infrastruktur:

Soweit diesen Vorschriften innerstaatliche Bedeutung zukommt, wird auf die Behandlung in den jeweiligen Transportbereichen verwiesen.

Wettbewerbsbedingungen:

Im Zusammenhang mit diesen Vorschriften wird auf die allgemeinen Wettbewerbsbestimmungen bzw. auf die Ausführungen zu den einzelnen Transportbereichen verwiesen.

Richtlinie 75/130/EWG (Kombinierter Verkehr)

Soweit eine entsprechende nationale Anpassung erforderlich ist, erfolgt diese im Zuge der Umsetzung des Abkommens zwischen Österreich und der EWG über den Güterverkehr im Transit auf der Straße und auf der Schiene (im folgenden "Transitvertrag" genannt).

Staatliche Beihilfen:

Siehe jeweiliger Transportbereich.

Verordnung 4060/89/EWG (Grenzerleichterungen)

Die Bestimmungen der Verordnung Nr. 4060/89 betreffend die Abschaffung von Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten werden im Bereich Straßengüterverkehr von Österreich nur teilweise übernommen. Aufgrund des Transitvertrages zwischen Österreich und der EG besteht in diesem Bereich eine Ausnahme hinsichtlich der Kontrolle der Ökopunkte und jener Genehmigungen (Kontingente), wie sie in den jeweiligen bilateralen Straßenverkehrsabkommen vorgesehen sind. Zusätzlich wurde im Transitvertrag die Klarstellung getroffen, daß die Vornahme dieser Kontrollen an den für die Art der Kontrollen zweckmäßigen Orten und in der zur Sicherstellung der Einhaltung der jeweiligen Norm erforderlichen Dichte erfolgen kann. Demzufolge sind aufgrund des Artikels 17 des Transitvertrages lückenlose Grenzkontrollen für die Geltungsdauer des Transitvertrages in diesem Bereich möglich.

II. Straßenverkehr:

Technische Harmonisierung und Sicherheit

Richtlinie 85/3/EWG (Maße und Gewichte)

Diese Richtlinie weicht hinsichtlich der zulässigen Abmessungen und Gewichtsgrenzen von den in Österreich geltenden Grenzen ab. Eine Umsetzung bedeutet eine generelle Anhebung der Gewichtsgrenzen und eine Ausdehnung der Abmessungen und bedarf somit einer Änderung des § 4 Kraftfahrgesetz (KFZ) 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 695/1991. Hiebei muß allerdings berücksichtigt werden, daß das höchst zulässige Gesamtgewicht für Kraftfahrzeuge mit Anhängern - bei Sattelkraftfahrzeugen abzüglich der größeren der höchsten zulässigen Sattellasten - mit 38 t, im Vor- und Nachlaufverkehr mit kranbaren Sattelanhängern mit 39 t und mit Containern und Wechselaufbauten mit 42 t im Transitvertrag zwischen der EG und Österreich festgeschrieben wurde und daher vom EWR-Vertrag ausgenommen ist. Die entsprechende nationale Anpassung erfolgt mit Umsetzung des Transitvertrages.

Richtlinien 86/364/EWG, 77/143/EWG, 89/459/EWG (technische Anpassung)

Diese Vorschriften sind innerstaatlich bereits verwirklicht (RL 77/143/EWG) oder können ohne weiteres durch eine Änderung des § 27 KFG 1967 betreffend Abmessungsangaben (RL 86/364/EWG) bzw. des § 4 Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung (KDV) 1967, BGBl. Nr. 339/1967, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 579/1991, hinsichtlich der vorgesehenen Mindestprofiltiefe von Reifen (RL 89/459/EWG) übernommen werden.

Richtlinie 68/297/EWG (Steuerwesen)

Diese Vorschrift entspricht bereits der innerstaatlichen Rechtslage (Treibstoffreimenge: 200 l).

Soziale Bedingungen:

Diese Vorschriften entsprechen bereits der innerstaatlichen Rechtslage oder werden im Zuge der Änderung des Güterbeförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 63/1952, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 572/1987, bzw. des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes, BGBl. Nr. 85/1952, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 457/1990, angepaßt.

Verordnungen 3820/85/EWG, 3821/85/EWG, Richtlinie 88/599/EWG

Die Verordnung 3820/85/EWG über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr enthält Vorschriften über die Lenkzeiten, Lenkpausen, sowie die tägliche und die wöchentliche Ruhezeit von Lenkern im Straßenverkehr und wird sowohl für den innerösterreichischen Verkehr als auch für Transporte im EWR-Bereich gelten. Die Bestimmungen gelten grundsätzlich für alle Lenker, sofern nicht für bestimmte Fahrzeuge eine Ausnahme vorgesehen wird, unabhängig davon, ob es sich um selbständige Lenker oder Arbeitnehmer handelt.

Aufgrund der Verantwortung des Arbeitgebers stellen diese Regelungen auch Arbeitnehmerschutzrecht dar. Die Anpassung der geltenden arbeitnehmerschutzrechtlichen Bestimmungen des Arbeitzeitgesetzes und des Arbeitruhegesetzes wäre zu überlegen.

Die Verordnung 3821/85/EWG sieht die Ausstattung bestimmter Fahrzeuge mit EG-Kontrollgeräten (Fahrtenschreiber, Schaublatt) vor.

Der Inhalt der Verordnungen ist nahezu ident dem Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonal (AETR, revidierte Fassung 1991). Da Österreich Mitglied des AETR ist, wäre auch dieser zu transformieren.

Das KFG muß diesbezüglich um Organisations- und Strafbestimmungen novelliert werden.

Straßentransport (Güter)

1-Richtlinie des Rates vom 23. Juli 1962, Verordnung 3164/76 (Zugang zum Markt)

Die Beurteilung dieser Vorschriften erfolgt nach den Bestimmungen des Transitvertrages. Sie finden für die Dauer des Transitvertrages keine Anwendung. Für die Dauer des Transitvertrages bleiben die bilateralen Straßenverkehrsabkommen und die darin festgelegten gegenseitigen Marktzugangsrechte sowohl im Verhältnis zu den EG-Mitgliedstaaten als auch den EFTA-Staaten grundsätzlich aufrecht. Nur im Straßengütertransitverkehr werden die in den bilateralen Abkommen zwischen den EG-Mitgliedstaaten und Österreich vorgesehenen Genehmigungen für den Marktzugang, soweit sie für Fahrten im Transit durch Österreich verwendet werden, durch das Ökopunktesystem ersetzt.

Verordnung 89/4058/EWG Beförderungsentgelte

Die Übernahme dieser Verordnung führt im wesentlichen zu keiner Änderung der innerstaatlichen Rechtslage.

Richtlinie 74/561/EWG (Zugang zum Beruf)

Der Inhalt dieser Vorschrift weicht von der innerstaatlichen Rechtslage ab. Die Anpassung betrifft im wesentlichen die Konkretisierung subjektiver Zugangsvoraussetzungen für den gewerblichen Straßengüterverkehr und wird im Zuge der Änderung des Güterbeförderungsgesetzes durchzuführen sein.

Richtlinie 84/647/EWG (Mietfahrzeuge)

Der Inhalt dieser Richtlinien weicht von der innerstaatlichen Rechtslage ab. Die Anpassung wird im Zuge der Änderung des Güterbeförderungsgesetzes durchzuführen sein.

Straßentransport (Personen)

Verordnungen 66/117/EWG, 72/516/EWG, 72/517/EWG, 72/1172/EWG (Zugang zum Markt)

Die Übernahme bzw. Anpassung dieser Vorschriften (Gelegenheitsverkehrsgesetz bzw. Krafttahrlinienverkehrgesetz) bereiten im wesentlichen keine Schwierigkeiten, da sie weitgehend mit den Bestimmungen des Übereinkommens über die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen (ASOR) ident sind. Österreich ist Mitglied des ASOR.

Richtlinie 74/562/EWG, Verordnung 3572/90/EWG (Zugang zum Beruf)

Der Inhalt dieser Vorschriften weicht von der innerstaatlichen Rechtslage ab. Die Anpassung betrifft im wesentlichen eine Konkretisierung der subjektiven Zugangsvoraussetzungen für den gewerblichen Straßenpersonenverkehr und wird im Zuge der Änderung des Gelegenheitsverkehrsgesetzes durchzuführen sein. Die derzeitig auf Verfassungsstufe für den

Bereich des Taxigewerbesverankerte Bedarfsregelung kann aufgrund der EG-Richtlinie nicht aufrecht erhalten werden.

III. Eisenbahnverkehr

Richtlinie 75/327/EWG (Strukturpolitik)

Die Vorschrift Nr. 75/327 ist in der EG nicht mehr in Geltungund wurde von der Richtlinie 91/440/EWG (Veröffentlichung nach dem 31.7.1991) abgelöst.

Richtlinie 83/418/EWG, Verordnungen 1192/69/EWG, 2830/77/EWG, 2183/78/EWG

Diese Vorschriften (Durchführung des internationalen Personen- und Gepäckstransports, Rechnungswesen, Frachtgebühren) sind Verordnungen und bedürfen innerstaatlich keiner gestzlichen Umsetzung. Allfällig abzuleitende Strukturanpassungen werden jedoch im Eisenbahnunternehmensbereich Berücksichtigung finden müssen.

Verordnungen 1108/70/EWG, 1191/69/EWG, 1107/70/EWG (Staatliche Beihilfen)

Diese Vorschriften ergeben hinsichtlich der legislativen Umsetzung - da Verordnungen - keine gesonderten Probleme. Sie müssen jedoch im Zusammenhang mit der Richtlinie 91/440/EWG sowie Artikel 10 des Transitvertrages betrachtet werden. Demgemäß sind diese Vorschriften mit der Modifikation zu lesen, daß zur Förderung des Kombinierten Verkehrs durch die Alpen die Vertragsparteien Beihilfen für die Infrastruktur, feste und bewegliche Umschlagseinrichtungen, spezifisch im kombinierten Verkehr benutztes Material und zum Ausgleich der Kostenunterdeckung im Betrieb zulassen können.

IV. Binnenschiffahrt

Im Rahmen der Verhandlungen über den gegenständlichen Vertrag wurde die Einräumung des gegenseitigen freien Marktzuganges zu den EWR-Wasserstraßen, insbesondere zum Rheinstromgebiet, eine wesentliche Vorfrage für die Anwendbarkeit des EG-Rechtsbestandes in der Binnenschiffahrt. Aufgrund der derzeitigen Rechtslage kann die EG die Gleichstellung österreichischer Schiffe mit den zur Rheinschiffahrt gehörigen Schiffen nicht unmittelbar erwirken, da die Zuständigkeit hiefür bei der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt (RZK) liegt.

Die bedingungslose Übernahme der EG-Normen betreffend die Binnenschiffahrt ohne gleichzeitigen Zugang zum Rhein hätte für Österreich bedeutende Verpflichtungen ohne die Gewährung adäquater Rechte bedeutet. Im Protokoll Nr. 20 zum gegenständlichen Vertrag wird daher festgelegt, daß der acquis communautaire in der Binnenschiffahrt einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Regelungen im Kapitel Kapitalverkehr (Niederlassungsfreiheit) erst dann anwendbar wird, wenn der freie Marktzugang zu den Wasserstraßen der Gemeinschaft gegeben ist. Diese Zielvorgabe soll laut dem obgenannten Protokoll bis 1. Jänner 1996 verwirklicht werden.

Durch die bedingte Annahme des Binnenschiffahrtsacquis, die das Inkrafttreten bis voraussichtlich 1. Jänner 1996 verzögert, werden die erforderlichen legistischen Maßnahmen erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen können.

Verordnung 2919/85/EWG (Zugang zum Markt)

Die konzessionsrechtlichen Bestimmungen des Schiffahrtsgesetzes 1990, BGBl. Nr. 87/1989, sehen eine andere Regelung vor. Eine entsprechende Rechtsanpassung wäre daher erforderlich.

Verordnungen 1101/89/EWG, 1102/89/EWG (Strukturpolitik)

Diese EG-Vorschriften, die einen Abbau der auf dem Rhein bestehenden Überkapazitäten an Schiffsraum zum Ziel haben, entsprechen nicht der gegebenen Marktsituation auf der Donau. In den Agreed Minutes zum Protokoll Nr. 20 wird daher vereinbart, im Rahmen der zuständigen internationalen Organisationen diesbezügliche Sonderregelungen für die österreichische Flotte auszuarbeiten. Vom Ergebnis dieser Verhandlungen wird der Zeitpunkt des angestrebten Marktzuganges zum Rheinstromgebiet beeinflußt werden.

Richtlinie 87/540/EWG (Zugang zum Beruf)

Abweichend vom Konzessionssystem des Schiffahrtsgesetzes 1990 sieht die Richtlinie als Voraussetzung für den Zugang zum Beruf lediglich die fachliche Eignung des Unternehmers vor. Das Schiffahrtsgesetz 1990 wäre daher entsprechend anzupassen, wobei auch Bestimmungen über die gegenseitige Anerkennung der Befähigungsnachweise neu aufzunehmen wären.

Richtlinie 82/714/EWG (Technische Harmonisierung)

Diese Richtlinie wurde bei Ausarbeitung der Schiffstechnikverordnung bereits umgesetzt.

Verordnung 1107/70/EWG (Staatliche Beihilfen)

Die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen sind im EG-Recht eng gefaßt. Subventionen, wie sie bisher der DDSG gegeben wurden, wären jedenfalls dann im Widerspruch zu diesen Bestimmungen, wenn sie zu Wettbewerbsverfälschungen zwischen den Mitgliedsstaaten führen sollten.

V. Seeschiffahrt

In der Seeschiffahrt enthält der "acquis communautaire" vor allem Wettbewerbsvorschriften und technische Normen, die die derzeitigen Vorschriften des Schiffahrtsverwaltungsrechtes nicht berühren.

Der vorliegende Vertrag wird allerdings für das österreichische Flaggen- bzw. Registerrecht dahingehend Änderungen herbeiführen, als nunmehr Staatsbürger aus den EWR-Staaten österreichischen Staatsbürgern gleichgestellt werden.

VI. Zivilluftffahrt

Österreich ist im Bereich der Zivilluftfahrt in ein internationales Vertragswerk eingebunden, dessen Inhalte zu einem gewissen Teil von den Europäischen Gemeinschaften in Verordnungen und Richtlinien übernommen wurden. Die Umsetzung dieses Rechtsbestandes beeinhaltet daher kaum Probleme legistischer Natur.

Wettbewerb

Es wird auf die Erläuterungen zum allgemeinen Teil des Wettbewerbsrechtsrechtes verwiesen.

Verordnungen 2343/90/EWG, 2299/89/EWG, 294/91/EWG (Marktzugang)

Diese Verordnung führt zu einer weitgehenden Aufhebung der Beschränkungen des Marktzuganges und schafft die Voraussetzungen für eine bessere Einbindung der österreichischen Flughäfen in das internationale Netz.

Verordnung 2342/90/EWG (Tarife), Richtlinie 80/50/EWG (Konsultationsverfahren), Verordnung 295/91/EWG (Soziale Bedingungen)

In Österreich gibt es diesbezüglich keine detaillierte Regelung. Anpassungen erfolgen im Luftfahrtgesetz.

Richtlinie 80/1266/EWG (Technische Harmonisierung und Sicherheit)

Der Inhalt dieser Richtlinie ist bereits Bestandteil der Zivilluftfahrt-Störungsverordnung 1978. Es besteht kein weiterer Anpassungsbedarf.

Zu Artikel 48:

Diese Bestimmung legt ein allgemeines Diskriminierungsverbot von EWR-Verkehrsunternehmen auch außerhalb der Materien fest, die im Anhang XIII geregelt sind. Den allgemeinen Prinzipien entsprechend ist auch an dieser Stelle die Möglichkeit der Ergreifung von entsprechenden Gegenmaßnahmen vorgesehen, sollte eine Vertragspartei diesem Gleichbehandlungsgebot nicht Rechnung tragen.

Zu Artikel 49:

Gemäß Artikel 49 sind im EWR grundsätzlich staatliche Beihilfen mit dem Abkommen vereinbar, soweit sie den Erfordernissen der Verkehrskoordinierung oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen (sog. gemeinwirtschaftliche Leistungen) entsprechen. Diese Bestimmung läßt etwa die Aufrechterhaltung des Linienverkehrs auf Nebenbahnstrecken dort zu, wo dies aufgrund von Betriebswirtschaftlichen Überlegungen nicht möglich wäre.

Zu Artikel 50:

Diese Bestimmung zielt darauf ab, Diskriminierungen des Transports von Waren nach deren Herkunfts- oder Bestimmungsland zu vermeiden. Die EFTA-Überwachungsbehörde wird aus eigener Wahrnehmung oder auf Antrag eines Vertragsstaates mutmaßliche Diskriminierungen durch einen Verkehrsträger in Österreich prüfen und nach Maßgabe ihrer Kompetenzen entsprechende Entscheidungen fällen, um solches Verhalten hintanzuhalten.

Zu Artikel 51:

Artikel 51 verbietet im Prinzip die Festlegung von präferenziellen Beförderungsbedingungen zugunsten bestimmter Unternehmen. Ausgenommen ist der Fall einer Zustimmung durch die ESA (in den EFTA-Staaten), die bei ihrer Entscheidung die Notwendigkeit regionalpolitischer Maßnahmen (z.B. präferenzielle Transporttarife) berücksichtigt.

Zu Artikel 52:

Diese Bestimmung beinhaltet das an die Verkehrsunternehmer gerichtete Gebot, für das Faktum des Grenzüberganges nur Beträge in Rechnung zu stellen, die in einem angemessenen Verhältnis zu den tatsächlich verursachten Kosten stehen. Dies soll vermeiden, daß grenzüberschreitende Transporte im Verhältnis zu innerstaatlichen durch differenzierende Beförderungsbestimmungen der Verkehrsträger diskriminiert werden.

Transit

Das Verhältnis des Abkommens zum Transitvertrag zwischen Österreich und den EG

Gemäß Protokoll 43 gehen die Bestimmungen des Transitvertrages dem Abkommen insoweit vor, als dieses Abkommen dieselben Materien regelt und sich auch auf den Transitvertrag bezieht. Aus diesem Grund finden für die Laufzeit des Transitvertrages einige Bestimmungen von im Anhang XIII angeführten EG-Verordnungen und Richtlinien keine Anwendung. Es wird demnach der Vollzug der betroffenen EG-Verordnungen ausgesetzt. Die relevanten Teile von Richtlinien werden nicht umgesetzt.

In diesem Zusammenhang ist auch die Gemeinsame Erklärung zum Straßengüterverkehr zu sehen. Nach dieser Erklärung wird der Artikel 16 des Transitvertrages durch die Übernahme

zusätzlicher (neuer) EG-Bestimmungen über den Marktzugang im Straßengüterverkehr in das Abkommen nicht berührt. Auf diese Weise wird eine Aushöhlung des Transitvertrages durch weitere Liberalisierungsschritte der EG, die aufgrund des allgemeinen Mechanismus des Abkommens übernommen werden, vermieden.

Ebenfalls in diesem Zusammenhang ist eine Erklärung der österreichischen Bundesregierung (eine gleichlautende wurde von der Schweizer Bundesregierung abgegeben) anzuführen, nach welcher sie sich um die Ratifizierung des Transitvertrages bemühen wolle, gleichzeitig aber den Standpunkt wiederholt, daß das EWR-Abkommen und der Transitvertrag zwei eigenständige Abkommen seien und demnach deren Junktimierung abgelehnt werde.

Eine diesbezügliche Erklärung der EG stellt fest, daß der Transitvertrag (und die anderen bilateralen Abkommen) zwar juristische Eigenständigkeit habe, aber dennoch integraler Bestandteil des gesamten Verhandlungsergebnisses und somit auch Voraussetzung für die Zustimmung der EG zum EWR-Abkommen sei. Die EG führt weiters aus, daß sie den Abschluß des Abkommens solange aussetzen werde, solange ihr nicht die Ratifizierung dieser bilateralen Verträge durch die EFTA-Staaten notifiziert werde.

2.4. TEIL IV: WETTBEWERBS- UND SONSTIGE GEMEINSAME REGELN

Die in Teil IV enthaltenen Bestimmungen gelten für die durch Teil II (Freier Warenverkehr) und Teil III (Freizügigkeit, Freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) geregelten Bereiche.

2.4.1. Vorschriften für Unternehmen

Die Artikel 53 bis 6o behandeln die Wettbewerbsregeln für Unternehmen. Das EWR-Wettbewerbsrecht widerspricht nicht der Anwendung des nationalen Wettbewerbsrechts, da das Abgrenzungskriterium für die Anwendung des EWR-Rechts die Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels ist, wohingegen nationales Wettbewerbsrecht sich auf die Auswirkungen auf den inländischen Markt bezieht. Allerdings hat das EWR-Wettbewerbsrecht in gewissen Einzelfällen Anwendungsvorrang.

Zur Durchführung der Artikel 53 bis 6o wird die Erlassung bundesgesetzlicher Vorschriften erforderlich sein.

Zu diesem Bereich siehe auch die Erläuterungen zu Artikel 110.

Zu Artikel 53:

Dieser - der Substanz des Artikels 85 EWG-Vertrag entsprechende - Artikel verbietet Kartelle, wenn diese eine Einschränkung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken und dadurch der Handel zwischen mindestens einem EG- und einem EFTA-Staat beeinträchtigt wird. Tatbestände, die nur den Handel zwischen EG-Mitgliedstaaten beeinträchtigen, werden weiterhin ausschließlich durch den EWG-Vertrag erfaßt.

Artikel 53 Absatz 2 stellt die ausdrückliche Nichtigkeit der durch den Artikel 53 Absatz 1 definierten Tatbestände fest. Der darunter fallende Begriff der "Vereinbarung" umfaßt nicht nur mündliche und schriftliche Verträge, sondern auch informelle Absprachen.

Artikel 53 Absatz 3 erlaubt allerdings gewisse "Lockerungen" des Prinzips des Kartellverbots, die sogenannten "Freistellungen". Bei den sogenannten "Gruppenfreistellungen" werden gewisse Kategorien von Vereinbarungen vom Verbot des Artikels 53 Absatz 1 ausgenommen. Gruppenfreistellungsverordnungen existieren derzeit zu Spezialisierungs-, Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen sowie zu gewissen vertikalen Vereinbarungen über Vertrieb und über die Verwendung von geistigen Schutzrechten und Know-How.

Zu Artikel 54:

Dieser - der Substanz des Artikels 86 EWG-Vertrag entsprechende - Artikel verbietet die mißbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung im EWR oder in einem wesentlichen Teil desselben, wenn diese zu einer Beeinträchtigung des Handels zwischen mindestens einem EG- und einem EFTA-Staat bzw. mindestens zwei EFTA-Staaten führt.

Verboten ist nur der Mißbrauch, nicht aber etwa die Erlangung einer marktbeherrschenden Stellung. Die Beurteilung, ob ein "Mißbrauch" bzw. ein "wesentlicher Teil" des räumlichen Geltungsbereiches vorliegt, kann nur im Einzelfall erfolgen. In Artikel 54 sind allerdings Verhaltensweisen - als Beispiele - aufgezählt, die unter das Verbot gemäß diesem Artikel fallen.

Zu Artikel 55:

Dieser Artikel legt die allgemeinen Koordinierungs- und Überwachungsbefugnisse der beiden Überwachungsbehörden im EWR, der EG-Kommission und der ESA (EFTA-Surveillance Authority = EFTA-Überwachungsorgan), und deren Interaktion hinsichtlich der Artikel 53 und 54 fest.

Protokoll 21 spezifiziert, welche Funktionen und Aufgaben den beiden Überwachungsbehörden bei der Anwendung der Wettbewerbsregeln für Unternehmen zukommen.

Zu Artikel 56:

Dieser Artikel legt die Zuständigkeit der EG-Kommission und der ESA für die Behandlung der sich aus der Anwendung der Artikel 53 und 54 ergebenden Einzelfälle fest. Es ist vorgesehen, daß nach dem "ne bis in idem"-Prinzip vorgegangen wird, d.h. daß jeder Fall ausschließlich von einer der beiden Überwachungsbehörden behandelt wird und die Entscheidung derselben für das Gebiet des gesamten EWR Gültigkeit hat.

Die Zuständigkeit für die vorerwähnten Einzelfälle ist wie folgt geregelt:

a) Artikel 53-Fälle:

Die EG-Kommission ist zuständig, wenn
- der Handel zwischen mindestens zwei EG-Mitgliedstaaten und mindestens einem EFTA-Staat berührt ist oder
- der Handel zwischen einem EG-Mitgliedstaat und mindestens einem EFTA-Staat berührt ist, sofern mehr als 67 % des Umsatzes im EWR auf dem EG-Territorium anfällt.

Die ESA ist zuständig, wenn
- nur der Handel zwischen EFTA-Staaten berührt ist ("reine EFTA-Fälle") oder
- der Handel zwischen einem EG-Mitgliedstaat und mindestens einem EFTA-Staat berührt ist, sofern mindestens 33 % des Umsatzes im EWR auf dem Territorium der EFTA-Länder anfällt, oder
- zwar die EG-Kommission zuständig wäre, die Vereinbarungen aber keine spürbaren Auswirkungen in ihrem Zuständigkeitsbereich haben. Die Kriterien der "Spürbarkeit" ergeben sich aus der Bekanntmachung der EG-Kommission über Vereinbarungen von geringer Bedeutung.

b) Artikel 54-Fälle:

Grundsätzlich ist jene Überwachungsbehörde zuständig, in deren "Territorium" sich der Mißbrauch der marktbeherrschenden Stellung auswirkt. Für den Fall, daß sich dieser Mißbrauch sowohl auf dem Territorium der EFTA-Länder als auch auf EG-Territorium auswirkt, gelten die Zuständigkeitskriterien für die Artikel 53-Fälle.

Im Protokoll 22 sind die Begriffe "Umsatz" und "Unternehmen" näher definiert.

Zu Artikel 57:

Artikel 57 legt die Grundprinzipien und die Zuständigkeit bei der Fusionskontrolle im EWR fest. Die EG-Kommission entscheidet, wenn die in der EG-Fusionskontrollverordnung vorgesehenen Schwellenwerte in der EG oder in der EG und in der EFTA erreicht werden; die ESA, wenn die Schwellenwerte ausschließlich im Territorium der EFTA-Länder erreicht werden.

Protokoll 24 regelt die Details der Zusammenarbeit der beiden Überwachungsbehörden bei der Fusionskontrolle. Weiters werden hierin für die ESA und für die EFTA-Staaten das Recht der Teilnahme im EG-"Beratenden Ausschuß für die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen" (ohne Stimmrecht) und das Recht der Wahrung ihrer Interessen in gleicher Weise, wie die EG-Mitgliedstaaten ihre Interessen wahren, festgelegt. Diese Rechte gelten mutatis mutandis für die EG-Kommission und die EG-Staaten.

Zu Artikel 58:

Dieser Artikel sieht eine enge Kooperation zwischen der EG-Kommission und der ESA vor, um eine einheitliche und homogene Interpretation des Wettbewerbsrechts sicherzustellen. Details der Zusammenarbeit zur Erreichung dieses Ziels sind in den Protokollen 23 und 24 geregelt.

Protokoll 23, das für die Artikel 53- und 54-Fälle gilt, enthält neben Details der Zusammenarbeit und des Amtshilfeverfahrens zwischen den beiden Überwachungsbehörden die Verpflichtung der Unternehmen, an die gemäß Artikel 56 zuständige Behörde zu notifizieren. Aus einer irrtümlich "falschen" Notifikation ergibt sich allerdings kein Rechtsnachteil für die Unternehmen. Die ESA und die EFTA-Staaten haben das Recht der Teilnahme am EG-"Beratenden Ausschuß für Kartell- und Monopolfragen" (ohne Stimmrecht). Dies gilt mutatis mutandis für die EG-Kommission und die EG-Staaten.

Zu Artikel 59:

Dieser - dem Artikel 90 EWG-Vertrag nachgebildete - Artikel legt einerseits die Verpflichtung der Vertragsparteien fest, bei öffentlichen Unternehmen oder Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten alle Maßnahmen zu unterlassen, die diesen Wettbewerbsvorteile verschaffen. Andererseits werden Unternehmen, die gemeinwirtschaftliche Zielsetzungen verfolgen, vom Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln ausgenommen. Dies gilt allerdings nur, wenn die Anwendung der Wettbewerbsregeln die gemeinwirtschaftliche Aufgabenstellung gefährden würde.

Zu Artikel 60:

Dieser Artikel verweist auf Anhang XIV, in dem das - für EWR-Zwecke adaptierte - EG-Sekundärrecht enthalten ist. Protokoll 3 des ESA-Abkommens enthält prozedurale Regelungen zum Wettbewerbsrecht für Unternehmen.

2.4.2. Staatliche Beihilfen

Die Artikel 61 bis 64 des Abkommens beinhalten jene Bestimmungen, die auf staatliche Beihilfen für nichtlandwirtschaftliche Unternehmen anzuwenden sind. Die entsprechenden Bestimmungen des EWG-Vertrages sind die Artikel 92 bis 94. Materiell ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede zu den existierenden Regeln in EG und EFTA. Ausnahme ist der EGKS-Bereich aufgrund institutioneller Gegebenheiten. Aber auch hier werden die wichtigen materiellen Bestimmungen angewendet werden.

Protokoll 26 stellt die Grundzüge der Zuständigkeiten und Funktionen der ESA auf dem Gebiet der staatlichen Beihilfen dar. Protokoll 27 regelt die Prinzipien der Kooperation zwischen ESA und EG-Kommission. In Anhang XV wird der künftig anzuwendende gemeinschaftliche Rechtsbestand angeführt.

Wichtigste Neuerung für Österreich ist, daß neue Beihilfenprogramme sowie größere Einzelfälle vor dem Inkrafttreten der ESA gemeldet werden müssen. Diese kann die vorgelegten Beihilfen(programme) als mit dem EWR vereinbar, nach vorzunehmender Abänderung vereinbar, oder als nicht vereinbar erklären. Bei Beihilfen, die entgegen den Bestimmungen des Abkommens gewährt werden, kann die ESA den betreffenden EFTA-Staat verpflichten, die Förderung (teilweise) rückgängig zu machen. Eine Berufung dagegen ist beim EFTA-Gerichtshof möglich.

Das österreichische Förderungswesen wurde bereits in den letzten Jahren weitgehend an die Regeln der EFTA bzw. der EG angepaßt. Bezüglich der verfahrensmäßigen Regelungen im EWR werden entsprechende institutionelle Vorkehrungen zu treffen sein.

Zu Artikel 61:

Beihilfen, die den Wettbewerb verzerren oder zu verzerren drohen, sind mit dem Abkommen grundsätzlich nicht vereinbar. Mit dem Abkommen vereinbar sind Sozialbeihilfen an einzelne Verbraucher sowie Beihilfen zur Beseitigung von Schäden durch Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Ereignisse.

Folgende Beihilfen können mit dem Abkommen vereinbar sein:
- Regionalbeihilfen in besonders förderungswürdigen, unterentwickelten Regionen (in der EG: Teile von Griechenland, Süditalien, Spanien, Portugal, sowie Irland)
- Beihilfen zur Förderung wichtiger Projekte im gemeinsamen europäischen Interesse oder zur Behebung schwerwiegender wirtschaftlicher Störungen
- Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser wirtschaftlicher Aktivitäten oder Gebiete, sofern dies nicht dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft
- Beihilfen, die vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß festgelegt werden.

Zu Artikel 62:

Bestehende Beihilfenprogramme, deren geplante Abänderungen sowie geplante neue Beihilfen sind auf ihre Kompatibilität mit den Bestimmungen des Artikels 61 zu überprüfen. Diese Überprüfung erfolgt für Beihilfen der EG-Mitgliedstaaten durch die EG-Kommission, für solche der EFTA-Mitgliedstaaten durch die ESA.

Die Kooperation zwischen ESA und EG-Kommission soll eine einheitliche EWR-weite Überwachung gewährleisten.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 62:

Die Art. 61 bis 64 enthalten das den Art. 92 ff des EWG-Vertrages entsprechende System der Beihilfenkontrolle.

Gemäß Art. 62 kommt dabei für die von den EFTA-Staaten gewährten staatlichen Beihilfen der EFTA-Überwachungsbehörde, einem durch getrennte Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zu errichtenden supranationalen Organ, eine maßgebliche Überwachungs- und Entscheidungsfunktion zu. Da die EFTA-Überwachungsbehörde diese Aufgaben nicht nur in Bezug auf vom Bund, sondern auch auf von den Gemeinden und Ländern zu vergebende Beihilfen wahrzunehmen hat, kann deren Zuständigkeit in Art. 9 Abs. 2 B-VG keine Deckung finden (arg. "Hoheitsrechte des Bundes"). Art. 62 ist daher verfassungsändernd zu genehmigen.

Zu Artikel 63:

Artikel 63 verweist auf Anhang XV, der die anzuwendenden materiellen Bestimmungen enthält. Die wichtigsten Regelungen für nichtlandwirtschaftliche Förderungen sind:

- In wirtschaftlich schwachen Regionen, die gewisse Wirtschaftsdaten aufweisen müssen (Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosenrate), ist Regionalförderung möglich.

Die derzeit geltende österreichische Gebietsabgrenzung für Zwecke der Regionalförderung entspricht bereits weitgehend diesen Kriterien.
- Industrielle Forschung und Entwicklung kann bis zu 5o % gefördert werden; je näher das Projekt zur Marktreife ist, desto niedriger soll die Förderungsintensität sein.
- Nachrüstungen bestehender Anlagen aufgrund neuer Umweltvorschriften sind bis zu 15 % förderbar.
- Allgemeine Investitionen sind im Prinzip nicht förderbar; es bestehen jedoch sowohl für Klein- und Mittelbetriebe als auch für Subventionen geringer Bedeutung Ausnahmeregelungen.
- Verlustabdeckungen sowie die Förderung von Exporten innerhalb des EWR sind nicht gestattet.
- Kapitalzuführungen an verstaatlichte Unternehmungen werden danach beurteilt, ob die Kriterien eines privaten Investors erfüllt wären.

Eine Reihe weiterer Vorschriften, auch prozeduraler Natur, ergänzen diese Prinzipien.

Zu Artikel 64:

Das Abkommen sieht eine Kooperation von ESA und EG-Kommission vor, um eine möglichst einheitliche Behandlung von Förderungen im EWR zu gewährleisten. Artikel 64 erlaubt für solche Fälle, für die keine übereinstimmende Beurteilung gefunden werden kann, die Setzung von Ausgleichsmaßnahmen.

2.4.3. Sonstige gemeinsame Regeln

Zu Artikel 65:

Soweit nicht anders festgelegt, sind die Bestimmungen des in Absatz 1 dieses Artikels genannten Anhang XVI betreffend das Beschaffungswesen auf alle Waren und die jeweils angegebenen Dienstleistungen anzuwenden.

Soweit nicht anders festgelegt, sind die Bestimmungen des in Absatz 2 dieses Artikels genannten Protokolls 28 und des Anhangs XVII betreffend das Geistige Eigentum auf alle Waren und Dienstleistungen anzuwenden.

Hinsichtlich des Beschaffungswesens ist folgendes zu bemerken:

Zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft wurden seit 1984 im Rahmen des follow up-Prozesses von Luxemburg Verhandlungen über die gegenseitige Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesen geführt. In den EWR-Verhandlungen konnte nahtlos an die im follow-up-Prozeß von Luxemburg gewonnenen Erfahrungen angeknüpft werden.

Der gemeinsame Rechtsbesitzstand der EG auf dem Gebiet des öffentlichen Beschaffungswesens hat sich im Laufe der siebziger und achtziger Jahre kontinuierlich entwickelt und stellt nunmehr ein beinahe geschlossenes System von Regeln dar, dessen Grundprinzip in der Nichtdiskriminierung ausländischer Auftragnehmer besteht. Die nationalen Gepflogenheiten und Praktiken, öffentliche Liefer- und Bauaufträge nicht nach wirtschaftlichen und wettbewerbsorientierten Kriterien zu vergeben, sondern den Zuschlag für solche Aufträge nach nationalen bzw. regionalen und lokalen Gesichtspunkten zu erteilen, schien von vornherein mit einem zunehmend wirtschaftlich integrierten Europa - mit gleichen Marktchancen für alle Marktteilnehmer - in Widerspruch zu stehen. Der Mangel an Wettbewerb und Transparenz in diesem Bereich wirkt sich außerdem negativ auf die Gebarung der öffentlichen Haushalte aus, die unter diesen Bedingungen ihre Beschaffungen häufig zu überhöhten Preisen tätigen. Durch das nunmehr vorliegende Abkommen wird Österreich in ein internationales Regelwerk von materiellen Normen für die Vergabe von Aufträgen durch öffentliche Stellen eingebunden, das Bevorzugungen jeglicher Art von Auftragnehmern verbietet und zugleich bestimmt, wie sich öffentliche Auftraggeber zu verhalten haben, um nicht in Konflikt mit dem Prinzip der Nichtdiskriminierung zu geraten.

Die im Rahmen des Abkommens von Österreich zu übernehmenden Verpflichtungen werden über Ausführungsgesetze in die innerstaatliche Rechtsordnung zu transformieren sein. Von den Regelungen sind neben dem Bund die Länder und Gemeinden, die Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Sinne der EG-Regelungen, sowie Auftraggeber in bestimmten Bereichen, die eine de jure-oder de facto-Monopolstellung innehaben, betroffen.

Artikel 65 Absatz 1 des Abkommens verweist auf den Anhang XVI, in welchem die relevanten Gemeinschaftsregelungen (Richtlinien, Mitteilungen, Entscheidungen, Verordnungen) zur Stärkung des Wettbewerbs und der Transparenz im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens aufgelistet sind bzw. die notwendigen, primär technischen Adaptierungen dieser Regelungen für die Anwendung in den EFTA-Staaten getroffen wurden.

Ergänzt wird Anhang XVI durch die Listen 1-13, welche den Kreis der Auftraggeber in den jeweiligen EFTA-Staaten spezifizieren, sofern dieser nicht in den jeweiligen EG-Richtlinien selbst allgemein definiert ist, wie dies beispielsweise auf die Auftraggeber des Staates und der Gebietskörperschaften zutrifft. Es handelt sich hier primär um Einrichtungen des öffentlichen Rechtes im Sinne der EG-Richtlinien (für Österreich wurde als Anknüpfungspunkt die Prüfungszuständigkeit des Rechnungshofes gewählt), Auftraggeber, auf welche die Richtlinie über die Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Sektorenrichtlinie) Anwendung findet, sowie jene Vergabestellen, welche dem GATT-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (BGBl.Nr.452/1981, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 46/199o) unterliegen.

Öffentliche Vergaben unterliegen dann den strengen Regeln für das öffentliche Vergabewesen des Abkommens, wenn die Aufträge bestimmte Schwellenwerte überschreiten. Diese betragen für Lieferaufträge in der Regel ECU 2oo.ooo (dzt. ca. öS 2,88 Mio.) und für Bauaufträge ECU 5 Mio. (dzt. ca. öS 72 Mio.). Für Aufträge im Rahmen der Sektorenrichtlinie sowie Aufträge, die von Auftraggebern vergeben werden, die dem GATT-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen unterliegen, gelten differenzierte Schwellenwerte.

Hinsichtlich der in den Gemeinschaftsregelungen über das öffentliche Beschaffungswesen vorgesehenen, die EG-Kommission unterstützenden Komitees wird in den "Agreed Minutes" auf Artikel 100 des Abkommens verwiesen, der generell eine Mitwirkung von EFTA-Experten an den Vorbereitungsarbeiten für neue Maßnahmen in den einschlägigen Komitees vorsieht.

Geplante Aufträge sind in der Regel öffentlich auszuschreiben.

Bekanntmachungen von öffentlichen Ausschreibungen und anderen Mitteilungen gemäß den Richtlinien werden auch für die EFTA-Staaten vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG im Amtsblatt der EG und im "Tenders electronic daily"-System kundgemacht. Dieser Modus wird bereits heute von österreichischen Beschaffungsstellen, die dem GATT-Übereinkommen unterliegen, angewendet.

Die Überwachung der Regeln betreffend das öffentliche Vergabewesen wird nach Maßgabe des Sitzes des Auftraggebers entweder von der EG-Kommission oder der ESA wahrgenommen. Sowohl die EG-Kommission als auch die ESA können von sich aus tätig werden, wenn sie zur Auffassung gelangen, daß bei einem Vergabeverfahren ein klarer und eindeutiger Verstoß gegen die Vorschriften des Abkommens vorliegt. Im innerstaatlichen Bereich wird dafür Sorge zu tragen sein, daß Vergabeverfahren entsprechend nachgeprüft werden können, um bei Verstößen frustrierten Bietern die Möglichkeit zu geben, die Aussetzung bzw. Aufhebung des Verfahrens zu begehren oder um geschädigten Bewerbern Schadenersatz zuzuerkennen.

Bezüglich der Sektorenrichtlinie konnte im Zuge der Verhandlungen das Problem der Behandlung von Angeboten, die Drittlandswaren enthalten, einigermaßen zufriedenstellend gelöst werden. Es wird anerkannt, daß die Vertragsparteien in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Drittstaaten autonom bleiben und der bestehende Liberalisierungsgrad der Vertragsstaaten gegenüber Drittstaaten nicht eingeschränkt wird. Die Möglichkeit, Angebote von Bewerbern, die über ein bestimmtes Ausmaß hinaus Waren mit Ursprung in Drittländern enthalten, zurückzuwei-

sen bzw. Angebote, welche die EWR Ursprungseigenschaft besitzen, preislich zu präferenzieren, bleibt jedoch grundsätzlich aufrecht.

Hinsichtlich des Bereichs des Geistigen Eigentums ist zu bemerken:

Protokoll 28 legt in seinem Artikel 1 den Umfang des Begriffes des "Geistigen Eigentums" unter Bezugnahme auf Artikel 13 des Abkommens fest.

Absatz 2 des vorerwähnten Artikels 1 verpflichtet die Vertragsparteien, ihre Gesetzgebung über geistiges Eigentum nach Inkrafttreten des Abkommens sowohl an die Grundsätze des freien Warenverkehrs als auch an das einschlägige Gemeinschaftsrecht anzupassen.

Für das Urheberrecht bedeutet dies einen Anpassungsbedarf von verhältnismäßig geringem Umfang. Die Regeln über den freien Warenverkehr erfordern eine Anpassung der Bestimmungen über die Erschöpfung des Verbreitungsrechts; dieser Gegenstand ist aber in Artikel 2 des Protokolls 28 ausdrücklich geregelt, sodaß auf die Erläuterungen zu dieser Bestimmung verwiesen wird. Im übrigen ist im Bereich des Urheberrechts nur die Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 14.5.1991 über den Rechtsschutz von Computerprogrammen (91/25o/EWG) umzusetzen; hiebei sind die Änderungen zu berücksichtigen, die in der Ziffer 5 des Anhangs XVII vorgesehen sind. Diese Umsetzung wird durch die Urheberrechtsgesetz-Novelle 1992 geschehen.

Absatz 3 des Artikels 1 sieht vor, daß EFTA-Staaten auf Ersuchen und nach Konsultierung der Vertragsparteien ihre Gesetzgebung über geistiges Eigentum mindestens dem Schutzniveau anpassen, das in der Gemeinschaft nach der Unterzeichnung des Abkommens vorherrscht.

Abgesehen davon, daß das Schutzniveau in der EWG keineswegs einheitlich geregelt ist (auf dem Gebiet des Urheberrechts etwa gibt es zwar in einzelnen Mitgliedstaaten Regelungen, die über den vom österreichischen Urheberrechtsgesetz, BGBl.Nr. 111/1936, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 612/1989, gewährten Schutz hinausgehen, in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten bleibt das Schutzniveau jedoch wohl hinter dem in Österreich gegebenen Schutzniveau zurück), hat Österreich auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums schon derzeit ein hohes Schutzniveau, sodaß - unter Berücksichtigung auch der bereits in Angriff genommenen Umsetzung der Markenharmonisierungsrichtlinie - von EG-Kompatibilität ausgegangen werden kann und mit einem gemäß Absatz 3 des Artikels 1 möglichen Verlangen nach Anpassung der österreichischen Rechtslage nicht zu rechnen ist.

Aus der Festlegung des Umfangs der zu regelnden geistigen Eigentumsrechte ergibt sich eine innerstaatliche Mehrfachkompetenz (insbesondere Bundesministerium für Justiz und Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten).

Im Artikel 2 des Protokolls 28 ist die Übernahme des Prinzips der regionalen Erschöpfung, soweit sie in EG-Maßnahmen oder in der Judikatur behandelt wird, für geistige Eigentumsrechte allgemein, und zwar entsprechend dem EG-Recht, für die Vertragsparteien verbindlich festgelegt. Dabei soll vorbehaltlich zukünftiger Entwicklungen in Einzelfällen für die Interpretation die Rechtsmeinung des EuGH vor der Unterzeichnung des Abkommens maßgeblich sein.

Sofern Patentrechte betroffen sind, ist eine einjährige Übergangsfrist ab Inkrafttreten des Abkommens für die innerstaatliche Umsetzung vorgesehen.

Während in diesem Artikel die Erschöpfung allgemein für alle geistigen Eigentumsrechte festgelegt ist, erfolgte im Anhang XVII für das Gebiet des Halbleiterschutzes (Punkt 1) wie auch des Markenschutzes (Punkt 4) eine entsprechende Adaptierung der von den EFTA-Staaten zu übernehmenden EG-Rechtsakte.

Im Bereich des Urheberrechts ist die im § 16 UrhG geregelte Erschöpfung des Verbreitungsrechts vom Artikel 2 des Protokolls 28 betroffen.

Hinsichtlich der Umsetzung bedürfen einzelne Fragen noch der Klärung.

Artikel 3 befaßt sich mit den zwei Formen von europäischen Patentschutzmöglichkeiten.

Hinsichtlich des noch nicht in Kraft gesetzten Gemeinschaftspatentes - mit Wirkung für den gesamten Binnenmarkt - werden die Vertragsparteien alles in ihren Kräften Stehende tun, um Verhandlungen mit dem Ziel der Teilnahme der EFTA-Staaten am Gemeinschaftspatent innerhalb von 3 Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens zum Abschluß zu bringen.

Die weiters vorgesehene Verpflichtung zur Übernahme des materiellen Rechts des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) berücksichtigt die Schwierigkeiten einzelner EFTA-Staaten (insbesondere Finnland, Island und Norwegen) hinsichtlich der Ratifizierung des EPÜ. Dieses Übereinkommen ist deshalb nicht unter Artikel 5 aufgelistet.

Österreich gehört dem EPÜ bereits seit 1.5.1979 an (BGBl.Nr. 351/1979).

Artikel 4 befaßt sich mit dem Schutz von Topographien für Halbleitererzeugnisse. Es wird hierin zunächst die Frage der Drittlandbeziehungen im Fall der Schutzausdehnung auf eine Nichtvertragspartei geregelt. Grundsätzlich ist Freiheit zu einer solchen Schutzausdehnung festgelegt, allerdings unter genauer Regelung der Berücksichtigung der Interessen der anderen Vertragsparteien.

Anhang XVII enthält unter den Punkten 1-3 die einschlägigen für den EWR relevanten EG-Rechtsakte mit den erforderlichen Adaptierungen.

Österreich hat schon frühzeitig ein EG-kompatibles Halbleiterschutzgesetz, BGBl.Nr. 372/1988, erlassen, und hat auch den Schutz auf alle EG-Mitgliedstaaten sowie auf Schweden (daneben auch auf USA, Japan) ausgedehnt (Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten BGBl.Nr. 494/1989).

Artikel 5 sieht die Verpflichtung der Vertragsparteien zum Beitritt zu den sieben (Absatz 1 a-g) aufgelisteten internationalen Konventionen auf dem Gebiet des geistigen und gewerblichen Eigentums bis 1.1.1995 (Sonderregelungen bestehen für Finnland, Island und Norwegen) sowie zur Übernahme der wesentlichen Bestimmungen der drei Grundsatzkonventionen des geistigen und gewerblichen Eigentums (Absatz 1 a-c) in die innerstaatliche Gesetzgebung bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens vor.

Für Österreich ergibt sich in diesem Zusammenhang lediglich die Verpflichtung zur Ratifizierung des Protokolls zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken - und zwar bis 1.1.1995. Allen übrigen Abkommen gehört Österreich bereits derzeit an.

Artikel 6 nimmt Bezug auf die Wechselwirkung mit den Resultaten der Verhandlungen im Rahmen der GATT-Uruguay-Runde.

Artikel 7 sieht gegenseitige Information und Konsultierung der Vertragsparteien im Zusammenhang mit Arbeiten im Rahmen internationaler Organisationen und einschlägiger Abkommen vor.

In Artikel 8 kommen die Vertragsparteien überein, in Verhandlungen betreffend die volle Beteiligung interessierter EFTA-Staaten an künftigen gemeinschaftsrechtlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des geistigen Eigentums einzutreten.

Hiebei ist zunächst insbesondere an das Institut der Gemeinschaftsmarke gedacht, durch die neben den nationalen zu harmonisierenden Markenschutzrechten ein einheitliches Schutzrecht mit Wirkung für den gesamten EG-Binnenmarkt entstehen soll.

Die unter Punkt 4 der Liste im Anhang XVII angeführte Erste Richtlinie des Rates vom 21.12.1988 (89/1o4/EWG) bildet den Rahmen für die Harmonisierung der nationalen Markenschutzrechte der EG-Mitgliedstaaten, die neben der Gemeinschaftsmarke weiter bestehen bleiben sollen. Als relevanter EG-Rechtsbestand wird sie, mit den für den EWR vorgesehenen Adaptierungen, auch in den EFTA-Staaten, somit auch in Österreich, umzusetzen sein. Es soll hiemit eine EWR-weite harmonisierte Markenschutzgesetzgebung erreicht werden. Daher wurden bereits Vorbereitungen zur zeitgerechten Novellierung des Markenschutzgesetzes 197o, BGBl.Nr. 26o/ 197o, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 653/1987, getroffen.

Artikel 9 enthält den ausdrücklichen Hinweis, daß die Regelungen des Protokolls Kompetenzen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten nicht berühren.

2.5. TEIL V: HORIZONTALE BESTIMMUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN VIER FREIHEITEN

Mit den horizontalen, für die Realisierung der "Vier Freiheiten" des EWR-Vertrages vorgesehenen Vertragsbestimmungen, wird für die Bereiche Sozialpolitik, Konsumentenschutz, Umwelt, Statistik und Gesellschaftsrecht die Rechtsgrundlage für die Übernahme des in den Anhänge XVIII, XIX, XX, XXI und XXII aufgelisteten EG-Sekundärrechts geschaffen.

Eine weitgehende, wörtliche Übernahme des Abkommens war aus institutionellen (die EG-Kommission ist in vielen Fällen der Normenadressat) sowie aus politischen und formalen Gründen nicht möglich.

2.5.1. Die Sozialpolitik

Zu Artikel 66:

Die Vertragsparteien sind sich über die Notwendigkeit einig, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer hinzuwirken.

Mit der Erklärung der Regierungen der EFTA-Staaten zur Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer geben die EFTA-Staaten ihrem politischen Willen Ausdruck, die Ziele dieser Sozialcharta zu unterstützen und betonen die besondere Bedeutung und Rolle der Sozialpartner und Kollektivvertragsvereinbarungen für deren Umsetzung auf EWR-Ebene sowie die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips.

Mit dieser Erklärung bekundet Österreich seine Absicht, die sozialen Grundrechte dieser Charta zu wahren und zu gewährleisten.

Zu Artikel 67:

Dieser ist dem Artikel 118a des Abkommens nachgebildet. Die Vertragsparteien verpflichten sich darin, besonderes Augenmerk der Verbesserung der Arbeitsumwelt zu widmen, insbesondere um die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Mindestvorschriften unter Berücksichtigung der in den einzelnen Vertragsstaaten bestehenden Voraussetzungen und technischen Regelungen schrittweise angewandt werden. Diese Mindestvorschriften hindern keine Vertragspartei daran, Maßnahmen zum verstärkten Schutz der Arbeitnehmer beizubehalten oder zu treffen, soweit sie mit dem Abkommen vereinbar sind.

Der Abschnitt Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz des Anhanges XVIII übernimmt aus dem EG-Recht die beiden Rahmenrichtlinien und die darauf bezogenen Einzelrichtlinien. Es handelt sich dabei um die Rahmenrichtlinie 89/391/EWG über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit und um Einzelrichtlinien für folgende Bereiche:

- Arbeitsstätten
- Arbeitsmittel
- persönliche Schutzausrüstungen
- Arbeiten mit Bildschirmgeräten
- Handhabung schwerer Lasten, die Gefährdungen der Lendenwirbelsäule mit sich bringen
- biologische Arbeitsstoffe sowie
- Gefährdung durch Karzinogene.

Eine weitere Rahmenrichtlinie ist die Richtlinie des Rates 80/1107/EWG zum Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit; Einzelrichtlinien dazu betreffen Blei, Asbest, Lärm und Verwendungsverbote und -beschränkungen für bestimmte Arbeitsstoffe und Arbeitsverfahren.

Bei der Übernahme der Rahmen- und Einzelrichtlinien in das nationale Recht ist zu beachten, daß dies Vorschriften sind, in denen Mindeststandards festgelegt werden, die von den Mitgliedsstaaten auf jeden Fall eingehalten werden müssen.

Bestimmungen bereits bestehender Arbeitnehmerschutzvorschriften, durch die ein höheres Sicherheitsniveau erreicht wurde, werden durch Übernahme von EG-Richtlinien in den nationalen Rechtsbestand nicht berührt; bei der Ausarbeitung künftiger Arbeitnehmerschutzvorschriften steht es den Mitgliedsstaaten frei, die von der EG festgelegten Mindeststandards durch strengere Bestimmungen zu ergänzen.

Im folgenden werden die wesentlichsten Änderungen, die durch die Umsetzung der EG-Richtlinien in das nationale Recht bewirkt werden, angeführt.

Bei der Grundsatzrichtlinie 89/391/EWG über die Durchführung von **Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer** handelt es sich im wesentlichen um folgende Bestimmungen, die durch eine Novelle des Arbeitnehmerschutzgesetzes, BGBl. Nr. 234/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 650/1989, in das österreichische Arbeitnehmerschutzrecht übernommen werden müssen:

- Verpflichtung der Arbeitgeber, für jeden Arbeitsplatz eine Risikoabschätzung (Evaluierung des Arbeitsplatzes) durchzuführen, aufgrund derer er die geeigneten Maßnahmen zur Minimierung der für die Arbeitnehmer bestehenden Gefahren oder Beeinträchtigungen von sich aus zu treffen hat.

- Verpflichtung der Arbeitgeber, eine Liste über diejenigen Arbeitsunfälle zu führen, die eine Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers von mehr als drei Tagen zur Folge haben; ebenso hat der Arbeitgeber Berichte über diese Arbeitsunfälle für die zuständige Behörde auszuarbeiten.

- Wahl oder Bestellung von "Arbeitnehmervertretern mit einer besonderen Funktion bei der Sicherheit und beim Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer" in den Betrieben; diesen Arbeitnehmervertretern steht das Recht auf eine besondere Unterweisung im Hinblick auf sicherheitstechnische Belange zu.

- Festlegung von Unternehmenssparten, in denen sämtliche Maßnahmen zur Verhütung berufsbedingter Gefahren vom Arbeitgeber selbst wahrgenommen werden können; dabei ist die Art der Tätigkeit und Größe der Unternehmen zu berücksichtigen.

In allen anderen Fällen hat der Arbeitgeber von ihm benannte Arbeitnehmer, außerbetriebliche Fachleute oder Dienste mit diesen Aufgaben zu betrauen; dies entbindet den Arbeitgeber jedoch nicht von seiner Verantwortung hinsichtlich der Einhaltung der für seinen Betrieb geltenden Arbeitnehmerschutzvorschriften.

- Ermöglichung einer präventivmedizinischen Überwachung für jeden Arbeitnehmer; die derzeit in Österreich geltenden Vorschriften gewährleisten keine solche Überwachung für alle Arbeitnehmer.

Zu den Einzelrichtlinien wäre zu bemerken, daß eine Vielzahl von Detailanpassungen des Arbeitnehmerschutzgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen notwendig sein werden, um die erwähnten Einzelrichtlinien "EG-konform" umsetzen zu können.

Insbesondere wäre in diesem Zusammenhang die Richtlinie 90/270/EWG über **Bildschirmarbeitsplätze** zu erwähnen. Nach den Bestimmungen dieser Richtlinie haben die Arbeitnehmer das Recht auf eine angemessene Untersuchung der Augen und des Sehvermögens durch eine entsprechend qualifizierte Person. Darüberhinaus sind den Arbeitnehmern spezielle Sehhilfen zur Verfügung zu stellen, wenn die Ergebnisse der Untersuchung aufzeigen, daß sie notwendig sind und normale Sehhilfen nicht verwendet werden können.

Eine Änderung des Arbeitnehmerschutzgesetzes wird auch die Implementierung der Richtlinie 90/394/EWG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen die **Gefährdung durch Karzinogene bei der Arbeit** zur Folge haben, in der u.a. vorgesehen ist, daß der Arbeitgeber eine Liste über

jene Arbeitnehmer zu führen hat, für die aufgrund der Sicherheitsanalyse ihres Arbeitsplatzes ein Risiko an Krebs zu erkranken besteht. Für solche Arbeitnehmer ist eine angemessene Überwachung deren Gesundheit obligatorisch.

Für die Richtlinie über **biologische Arbeitsstoffe** gibt es in den österreichischen Rechtsvorschriften nichts Gleichwertiges, sodaß die Bestimmungen dieser Richtlinie zum Teil in das Arbeitnehmerschutzgesetz und zum Teil in die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen übernommen werden müssen.

Die einschneidendste Änderung, die durch die Rahmenrichtlinie 89/1107/EWG zum **Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische, physikalische und biologische Stoffe** bei der Arbeit bewirkt wird, beruht auf der Bestimmung, daß bei der Festlegung von Grenzwerten für gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe auch deren Probenahme, die Meßmethoden und die Bewertung der Ergebnisse geregelt werden müssen. Für chemische Arbeitsstoffe wird in einem Anhang zu dieser Richtlinie ein Meßverfahren beschrieben, das eine objektive Beurteilung der Exposition gegenüber einem bestimmten Schadstoff gewährleisten soll.

Zu den Einzelrichtlinien wäre generell zu bemerken, daß diesbezüglich in Österreich geltende Rechtsvorschriften einen höheren Schutzstandard aufweisen. Eine Ergänzung zur Gesundheitsüberwachung stellen die in diesen Richtlinien festgelegten periodischen Kontrollmessungen der Schadstoffkonzentration am Arbeitsplatz dar.

Die Richtlinie 88/364/EWG zum Schutz der Arbeitnehmer durch ein **Verbot bestimmter Arbeitsstoffe oder Arbeitsverfahren** hat zur Folge, daß zu den bisher in Österreich durch die Allgemeine Arbeitnehmerschutzverordnung, BGBl. Nr. 218/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 593/1987, ausgesprochenen Verwendungsverbote bzw. -beschränkungen für bestimmte Arbeitsstoffe vier weitere Agenzien hinzukommen.

Darüberhinaus sind zwei weitere Richtlinien ins nationale Recht umzusetzen: die Richtlinie 77/576/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die **Sicherheitskennzeichnung am Arbeitsplatz** und die Richtlinie 91/383/EWG zur Verbesserung der Sicherheit und des **Gesundheitsschutzes von Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsverhältnis** oder Leiharbeitsverhältnis. Die letztgenannte Richtlinie erfordert im wesentlichen eine Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern oder Arbeitnehmern mit befristeten Arbeitsverhältnissen wie Vollzeitarbeitnehmern und verlangt umfassendere Informationen für Leiharbeitnehmer.

Zu Artikel 68:

Dieser Artikel statuiert die Rechtsgrundlage für arbeitsrechtliche Bestimmungen und verweist auf Anhang XVIII. Drei Richtlinien der Gemeinschaft sind in die österreichische Arbeitsrechtsordnung zu übernehmen:

- die Richtlinie 77/187/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen
- die Richtlinie 80/987/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers
- die Richtlinie 75/129/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über Massenentlassungen.

Ziel der **Betriebsübergangsrichtlinie** ist es, die Ansprüche der Arbeit- nehmer bei Betriebsübergang zu wahren. Hinsichtlich der Vertragsübernahme weicht das österreichische Recht vom EG-Recht ab: Während das EG-Recht vorsieht, daß die Rechte und Pflichten aus den bestehenden Arbeitsverhältnissen aufgrund der Betriebsübernahme auf den Erwerber übergehen, ist nach österreichischem Recht der neue Arbeitgeber grundsätzlich nicht verpflichtet, die Arbeitnehmer des Betriebes zu übernehmen. Eine Übernahmepflicht besteht in

Österreich nur für Betriebsratsmitglieder. Eine diesbezügliche Anpassung der österreichischen Rechtslage ist vorzunehmen. Hinsichtlich des Kündigungsschutzes ist die österreichische Rechtslage EG-konform. Im österreichischen Recht müßte allerdings eine Haftungsregelung für den Veräußerer vorgesehen werden.

Ziel der **Insolvenzrichtlinie** ist es, die Ansprüche der Arbeitnehmer zu regeln, deren Arbeitgeber zahlungsunfähig geworden ist (z.B. Konkurs). Die Bestimmungen des österreichischen Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 324/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 628/1991, sind EG-konform. In weiten Bereichen ist das österreichische Recht für die Arbeitnehmer günstiger, wie beispielsweise hinsichtlich des geschützten Personenkreises und des notwendigen Schutzerfordernisses (neben laufendem Entgelt werden auch sonstige Ansprüche erstattet). Die Richtlinie sieht jedoch vor, daß günstigere nationale Vorschriften beibehalten bzw. eingeführt werden können. Im Hinblick auf die Umsetzung der Insolvenzrichtlinie hat Österreich im Anhang XVIII eine Ergänzung vorgenommen:

Österreich hat jenen Personenkreis (Mitglieder des Organs einer juristischen Person, das zur gesetzlichen Vertretung der juristischen Person berufen ist und Gesellschafter, denen ein beherrschender Einfluß auf die Gesellschaft zusteht), der vom Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz ausgeschlossen ist, als Ausnahme von der Richtlinie im EWR vorgesehen.

Die **Richtlinie über Massenentlassungen** sieht vor, daß der Arbeitgeber mit Arbeitnehmervertretern Verhandlungen aufnehmen muß, um die Möglichkeit der Vermeidung oder Verminderung der Massenentlassung und die Herabsetzung der sozialen Folgen zu erörtern. In Österreich ist das Verfahren bei Massenentlassung im § 45a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 685/1991, geregelt und ermächtigt den Bundesminister für Arbeit und Soziales durch Verordnung bestimmte fachliche und örtliche Bereiche festzulegen, für die das "Frühwarnsystem" zur Anwendung kommen soll. Die Verordnung kann nur für eine bestimmte Dauer erlassen werden. Demgegenüber ist die EG-Richtlinie für alle Branchen und Gebiete (Ausnahme: öffentliche Verwaltung) verpflichtend; eine zeitliche Begrenzung ist nicht vorgesehen. Für die Arbeitnehmer günstigere Regelungen verstoßen nicht gegen die Richtlinie.

Die derzeit in Kraft stehende Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales sieht lediglich vor, daß Arbeitgeber aus dem Bereich der Sektionen Gewerbe, Industrie und Handel, sowie Geld-, Kredit- und Versicherungswesen verpflichtet sind, das zuständige Arbeitsamt schriftlich zu verständigen, bevor sie den Beschäftigtenstand innerhalb von vier Wochen reduzieren. Da damit EG-Konformität nicht vorliegt, ist § 45a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (und die entsprechende Verordnung des Bundesministers) zu novellieren. Weiters ist auch eine Begründungspflicht für den Beschäftigtenabbau gegenüber dem Arbeitsamt anzugeben.

Zu Artikel 69:

Dieser Artikel ist mit Artikel 119 des Abkommens praktisch ident. Er sieht den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit vor und enthält die für seine praktische Anwendung erforderlichen Definitionen.

Zu Artikel 70:

Darin wird auf die zur Umsetzung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Mann und Frau anzuwendenden, im Anhang XVIII enthaltenen Rechtsvorschriften verwiesen. Österreich hat diesbezüglich in zwei Fällen Übergangszeiten erwirkt und hinsichtlich der Umsetzung von Artikel 5 der EG-Richtlinie 76/207/EWG (generelles Nachtarbeitsverbot von Frauen) eine Erklärung abgegeben, die von der Gemeinschaft mit einer Gegenerklärung beantwortet wurde.

Umzusetzen sind die fünf Richtlinien im Gleichbehandlungsbereich:
- Die Lohngleichheitsrichtlinie 75/117/EWG,
- die sogenannte Gleichbehandlungsrichtlinie 76/207/EWG,

- zwei Richtlinien im Bereich der sozialen Sicherheit, die das Prinzip der Gleichbehandlung in den Systemen der gesetzlichen und betrieb lichen sozialen Sicherheit verankern 79/7/EWG und 86/378/EWG,
- eine Richtlinie betreffend die Selbständigen 86/613/EWG.

Lohngleichheitsrichtlinie: Durch die im Jahr 1990 verabschiedete Novelle (BGBl. Nr. 410/1990) zum Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 108/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 410/1990, wurde die österreichische Rechtslage weitgehend EG-konform gestaltet; grundsätzlich besteht derzeit kein Anpassungsbedarf im Hinblick auf die Lohngleichheitsrichtlinie der EG.

Die **Gleichbehandlungsrichtlinie** untersagt jede geschlechtsspezifische Diskriminierung und zwar im Hinblick auf den Zugang zur Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen, den Aufstieg im Beruf, Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung sowie die Beendigung eines Dienstverhältnisses. Die Gleichbehandlungsrichtlinie bezieht auch öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse und Selbständige in den Geltungsbereich der Richtlinie ein. Das österreichische Gleichbehandlungsgesetz schließt demgegenüber den öffentlichen Dienst explizit aus, sodaß eine diesbezügliche Rechtsanpassung in Österreich notwendig ist. Ein weiterer Anpassungsbedarf der österreichischen Rechtslage besteht dahingehend, daß die im Gleichbehandlungsgesetz vorgesehenen Sanktionen bei Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot nicht umfassend genug sind. Nach dem EG-Recht müssen nämlich die Sanktionen in einem angemessenen Verhältnis zum Schaden stehen. Die derzeit in Begutachtung stehende Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz sieht u.a. die Einführung einer dem EG-Recht entsprechenden Schadensregelung bei Verstößen gegen das Gleichbehandlungsgebot vor.

Im Bereich der sozialen Sicherheit existieren zwei Gleichbehandlungsrichtlinien der EG - eine Richtlinie bezieht sich auf die Systeme der gesetzlichen sozialen Sicherheit, die zweite Richtlinie auf Systeme der betrieblichen sozialen Sicherheit. Grundsätzlich gilt auch für diese beiden Richtlinien das Prinzip der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, jedoch bestehen gewisse Ausnahmen, wie z.B. Unterschiede zwischen Mann und Frau hinsichtlich des Pensionsalters sowie hinsichtlich der Leistungen für Hinterbliebene.

Anpassungsbedarf hinsichtlich der Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen besteht dahingehend, daß technische Anpassungen im ASVG, GSVG und BSVG vorgenommen werden müssen. Die Novellierung hat bis 1.1.1994 zu erfolgen, da für Österreich eine Übergangsfrist vorgesehen ist.

Österreich hat im Rahmen des Abkommens eine einseitige Erklärung über das Nachtarbeitsverbot für Frauen Erklärung der Regierung Österreichs zur Durchführung von Artikel 5 der Richtlinie 76/207/EWG betreffend Nachtarbeit abgegeben, in der Österreich betont, den gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstand anzuerkennen und erklärt, der besonderen Schutzbedürftigkeit von weiblichen Arbeitnehmern im Hinblick auf die nachteiligen Auswirkungen der Nachtarbeit für Frauen Rechnung tragen zu wollen.

Die Europäische Gemeinschaft hat dazu eine Gegenerklärung abgegeben, die darauf abzielt, daß die Rechte und Pflichten im Rahmen des Abkommens von Österreich gewahrt werden. Somit ist davon auszugehen, daß von einem "dauernden" Abweichen von Gemeinschaftsvorschriften bzw. dem EWR-Recht nicht ausgegangen werden kann.

Zu Artikel 71:

Dieser Artikel ist dem Artikel 118b des Abkommens nachgebildet. Er enthält die Absichtserklärung, den Dialog zwischen den Sozialpartnern auf europäischer Ebene zu fördern.

2.5.2. Der Verbraucherschutz

Zu Artikel 72:

Dieser Artikel verweist auf Anhang XIX, in dem die von den Vertragsparteien zu setzenden Maßnahmen im Bereich des Konsumentenschutzes anzuführen sind. Von Bedeutung für die Umsetzung in Österreich sind dabei insbesondere folgende Bestimmungen:

Haustürgeschäfte: Die Richtlinie 85/577/EWG betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb der Geschäftsräume geschlossenen Verträgen regelt das Rücktrittsrecht bei "Haustürgeschäften" im wesentlichen übereinstimmend mit dem Konsumentenschutzgesetz, BGBl.Nr. 140/1979, zuletzt geändert durch BGBl. 1985/481. Es besteht daher nur ein geringer Anpassungsbedarf in Richtung einer Erweiterung der Sanktion für eine Unterlassung der Belehrung Rücktrittsrecht.

Verbraucherkredit: Ziel der Richtlinie 87/102/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit und der Richtlinie 90/88/EWG zur Änderung dieser Richtlinie ist es, den Verbraucher vor mißbräuchlichen Kreditbedingungen zu schützen und eine Harmonisierung der allgemeinen Bedingungen für den Verbraucherkredit vorzunehmen. Auch in diesem Bereich besteht ein gewisser Anpassungsbedarf. Unter anderem werden einige Bestimmungen - z.B. hinsichtlich der Informationspflichten des Kreditgebers oder des Rechtes auf vorzeitige Kreditrückzahlung - durch das neue Bankwesengesetz angeglichen werden.

Pauschalreisen: Auch die Richtlinie 90/314/EWG über Pauschalreisen dient primär dem Schutz des Verbrauchers. Derjenige Konsument, der einen Pauschalreisevertrag abgeschlossen hat, soll in den Genuß von garantierten Mindestleistungen kommen. So ist beispielsweise der Reiseveranstalter oder Reisevermittler verpflichtet, sicherzustellen, daß die Beschreibungen der von ihnen veranstalteten oder angebotenen Pauschalreisen keine irreführenden Angaben enthalten.

In weiten Bereichen ist die Richtlinie mit dem österreichischen Recht vereinbar. Ein Anpassungsbedarf zu bestimmten Punkten wird sich dennoch ergeben, wie z.B. bei den Informationspflichten des Veranstalters, die bisher nur aus den allgemeinen vertragsrechtlichen Grundsätzen ableitbar sind.

Die Richtlinie 87/357/EWG über **Erzeugnisse, deren tatsächliche Beschaffenheit nicht erkennbar ist** und die die Gesundheit oder die Sicherheit der Verbraucher gefährden, wird durch eine Verordnung aufgrund des Produktsicherheitsgesetzes, BGBl. Nr. 171/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1983, und des Lebensmittelgesetzes 1975, BGBl. Nr. 86/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 226/1988, umgesetzt werden und konkretisiert die in Österreich diesbezüglich bestehenden allgemeinen Schutzvorschriften.

2.5.3. Die Umwelt

Zu Artikel 73:

Die Vertragsparteien verpflichten sich, für ihre auf dem Gebiet der Umweltpolitik zu setzenden Aktivitäten die gleichen Ziele zu verfolgen, wie sie für die Umweltpolitik der Gemeinschaft gelten. Absatz 2 dieses Artikels übernimmt praktisch wörtlich das auch in der Gemeinschaft geltende "Vorsorge- und Verursacherprinzip" sowie die Festlegung, daß die Erfordernisse des Umweltschutzes Bestandteil der anderen Politiken der Vertragsparteien sind.

Zu Artikel 74:

Dieser Artikel verweist auf den Anhang XX, der die von Österreich zu übernehmenden Rechtsakte enthält.

Von besonderer Bedeutung sind hier die beiden Richtlinien betreffend **Umweltverträglichkeitsprüfung** 85/337/EWG sowie betreffend den freien Zugang zu **Umweltinformationen** 90/313/EWG. Die Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, vor der Genehmigung bestimmter Vorhaben deren Auswirkungen auf die Umwelt umfassend zu prüfen. Die betrifft Projekte, bei denen aufgrund ihrer Art, ihrer Größe oder ihres Standortes mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist. Die EG-Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt sieht vor, daß allen natürlichen oder juristischen Personen auf Antrag ohne Nachweis eines Interesses Informationen über die Umwelt zur Verfügung zu stellen sind. Entsprechende gesetzliche österreichische Regelungen finden sich derzeit in Ausarbeitung bzw. in parlamentarischer Behandlung.

Wasser: Grundsätzlich geht die Wasserrechtsgesetznovelle 1990 (WRG-Novelle), BGBl. Nr. 252/1990, davon aus, daß mit ihr die Voraussetzungen für eine autonome Rechtsangleichung insbesondere im Bereich des Gewässerschutzes, geschaffen wurden. In Verbindung mit den darin enthaltenen Verordnungsermächtigungen und den auf dieser Grundlage erlassenen Verordnungen bzw. noch zu erlassenden Verordnungen wird eine EG-Konformität bewirkt, wobei in Ausschöpfung der Möglichkeiten des EG-Rechtes auch strengere Vorschriften als in der EG getroffen werden können.

Bei den im Anhang XX angeführten Rechtsakten ist u.a. die Richtlinie 80/68/EWG über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe von Bedeutung: Danach haben die Mitgliedsstaaten jegliche direkte Ableitung von Stoffen der "schwarzen Stoffliste" zu verbieten, alle Abfallagerungen mit Stoffen der "schwarzen Stoffliste" genehmigungspflichtig zu machen und nur dann zu erlauben, wenn alle technischen Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung des Eindringens solcher Stoffe getroffen wurden; ferner haben die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine indirekte Ableitung (Versickern) "schwarzer Stoffe" in das Grundwasser zu verhindern. Weiters gibt es Bestimmungen, wodurch die direkte und indirekte Ableitung von Stoffen der "grauen Stoffliste" eingeschränkt wird.

Ein Verbot direkter Ableitungen von Stoffen der "schwarzen Stoffliste" (gefährlichen Stoffen) in das Grundwasser besteht in Österreich durch die Bestimmungen der §§ 30 ff in Verbindung mit 105 WRG. Die "schwarze Stoffliste" und "graue Stoffliste" werden im einzelnen zwar nirgendwo angeführt, der Schutz des Grundwassers ist jedoch durch Vorbeugungs- und Sanierungsmaßnahmen im Sinne der einschlägigen Bestimmungen der WRG-Novelle 1990 im Zusammenhang mit der auf § 33 f WRG gestützten Grundwasserschwellenwertverordnung, BGBl. Nr. 502/1991, abgesichert; somit ist in Österreich die Ableitung von Stoffen der "schwarzen Liste" verboten und von Stoffen der "grauen Liste" eingeschränkt. Auch hinsichtlich der direkten Ableitungen besteht derzeit kein Anpassungsbedarf.

Trinkwasser: Die bestehenden EG-Richtlinien betreffend Trinkwasser 75/440/EWG und 80/778/EWG bzw. der derzeit vorbereitete Richtlinienentwurf (Vorschlag der EG-Kommission COM (89)478 vom 29.11.1989) entsprechen nach Zielsetzung und Inhalt den einschlägigen österreichischen Verordnungen (Trinkwasser- und Pestizid-Verordnung, BGBl.Nr. 448/91 und Trinkwasser-Nitrat-Verordnung, BGBl. Nr. 557/89) bzw. den Richtlinien des österreichischen Lebensmittelbuches ("Lebensmittelcodex"), 3. Auflage, Kapitel B 1. Das Kapitel Trinkwasser des österreichischen Lebensmittelbuches wird nach § 10, Abs. 2 Lebensmittelgesetz 1975, BGBl. Nr. 86/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 226/1988, als Verordnung zu erlassen sein, um formalen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Einige Parameter der EG-Richtlinien, die in den genannten Verordnungen bzw. Richtlinien des österreichischen Lebensmittelbuches noch nicht enthalten sind, werden gegenwärtig in der zuständigen Kodexunterkommission beraten und ehestmöglich in das Codexkapitel B 1 "Trinkwasser" aufgenommen.

Luft: Die EG-Regelungen im Bereich Luftreinhaltung lassen sich grundsätzlich in immissionsbezogene und emissionsbezogene unterscheiden.

Zu den immissionsbezogenen Regelungen gehören folgende Richtlinien des Anhanges XX: Grenzwerte und Leitwerte der Luftqualität für Schwefeldioxid und Schwefelstaub (80/779/EWG), Grenzwerte für den Bleigehalt in der Luft (82/884/EWG), Grenzwerte für Stickstoffdioxid (85/203/EWG) sowie die Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest (87/217/EWG). Dazu ist festzuhalten, daß in Österreich derzeit wenige immissionbezogene gesetzliche Regelungen bestehen. In einem Bundesimmissionsschutzgesetz soll eine Regelung von bundeseinheitlichen Immissionsgrenzwerten für Kohlenmonoxid, Blei, Stickstoffdioxid, Formaldehyd, Schwefeldioxid im Zusammenhang mit Staub, Schwefelkohlenstoff, Schwefelwasserstoff, Ozon und Staubdeposition getroffen werden. Österreich hat die Verwendung von Asbest auf der Basis einer Verordnung zu § 14 Chemikaliengesetz, BGBl. Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1990, sehr weit eingeschränkt.

Zu den emissionsbezogenen Richtlinien (Bekämpfung der Luftverunreinigung durch Industrieanlagen (84/360/EWG), Großfeuerungsanlagen (88/609/EWG), Luftverschmutzung durch neue bzw. bestehende Müllverbrennungsanlagen (89/369/EWG und 89/429/EWG)) wäre festzuhalten, daß es sich dabei um sogenannte Mindestrichtlinien handelt. Somit besteht im Hinblick auf die strengere österreichische Gesetzeslage (im wesentlichen Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, BGBl. Nr. 380/1988 und Luftreinhalteverordnung für Kesselanlagen 1989, BGBl. Nr. 19/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 134/1990) kein Anpassungsbedarf.

Chemikalien, Industrielle Risiken und Biotechnologie: Für die Entsorgung von polychlorierten Biphenylen und Terphenylen (76/403/EWG) wurde eine Übergangsfrist bis 1. Jänner 1995 vereinbart, wobei eine Überprüfung der Situation vor 1995 festgelegt ist. Die entsprechenden Regelungen sind in Österreich durch das Abfallwirtschaftsgesetz bereits abgedeckt.

Die sogenannte Sevesorichtlinie der EG (betreffend die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten 82/501/EWG) wurde durch die Störfallverordnung, BGBl. Nr. 593/1991, in Österreich großteils umgesetzt. Noch nicht umgesetzt sind jedoch die Bestimmungen über die Information der Öffentlichkeit über die Gefahren von Störfällen; dies soll im Umweltinformationsgesetz erfolgen.

Für die Richtlinien betreffend die Verwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen 90/219/EWG sowie die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen 90/220/EWG wurden Übergangsfristen bis zum 1. Jänner 1995 festgelegt. Die Umsetzung wird mit einem österreichischen Gentechnikgesetz erfolgen, das derzeit unter Federführung des Bundesministers für Gesundheit, Konsumentenschutz und Sport in Ausarbeitung befindlich ist. Zu bemerken wäre, daß über die Übergangsfrist hinaus im Abkommen eine Schutzklausel für die EFTA-Staaten normiert wurde, die die Beschränkung oder das Verbot von Produkten aus Gründen des Schutzes der Gesundheit oder der Umwelt rechtfertigt.

Abfall: In diesem Bereich sind die Bestimmungen des österreichischen Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, strenger als die Bestimmungen in der EG (Richtlinien betreffend Abfall 75/442/EWG bzw. giftigen und gefährlichen Abfall 78/319/EWG sowie betreffend die Überwachung und Kontrolle grenzüberschreitender Transporte gefährlicher Abfälle 84/631/EWG). Deshalb wurden im Abkommen Übergangsfristen bis zum 1. Jänner 1995 festgelegt, wobei vor diesem Datum zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft eine Überprüfung der Situation stattfinden wird. Die EG unterzieht ihre Bestimmungen in diesem Bereich derzeit einer Revision: So liegt ein Vorschlag der EG-Kommission für eine Verordnung betreffend die gernzüberschreitende Verbringung von Abfällen vor, der die Richtlinie 84/631/EWG ersetzen soll. Weiters konnten durch die im Dezember 1991 erfolgte Annahme der Richtlinie über gefährliche Abfälle (91/689/EWG) gewisse Verbesserungen erreicht werden. Sollten die EG-Regelungen bis 1995 nicht den strengeren Bestimmungen des österreichischen Abfallwirtschaftsgesetzes entsprechen, wird bei der für 1994 zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft vorgesehenen Überprüfung die weitere Vorgangsweise festzulegen sein.

Soweit in den österreichischen Bundesländern Klärschlammgesetze bzw. Klärschlammregelungen in den Bodenschutzgesetzen bestehen, entsprechen diese Regelungen im wesentlichen der

Richtlinie 86/278/EWG. Es fehlt allerdings durchgehend die Regelung eines Registers entsprechend dem Art. 10 der Richtlinie. Diejenigen Bundesländer, die derzeit keine gesetzliche Regelung über die Ausbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Kulturflächen haben, haben ein solches Gesetz richtlinienkonform zu erlassen. In einzelnen Bundesländern besteht hinsichtlich der Grenzwerte für die jährliche Höchstmenge für die Klärschlammzufuhren, der Konzentrationsgrenzwerte in den verwendeten Schlämmen oder der Grenzwerte der Schwermetallmengen, die im Zehnjahresdurchschnitt in den Boden eingebracht werden dürfen, ein Anpassungsbedarf: Die EG-Höchstwerte für Schadstoffeintrag beziehen sich auf einen Zeitraum von zehn Jahren. Die österreichischen Werte sind jährliche Höchstmengen. Bezieht man die EG-Werte auf durchschnittliche Jahreseintragsmengen, so sind diese überwiegend strenger als die österreichischen Richtwerte. In der EG-Richtlinie ist ausdrücklich erwähnt, daß niedrigere Grenzwerte möglich sind und die Kompetenz hiefür bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt.

Zu Artikel 75:

Hier wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die gemäß Artikel 74 des Abkommens zu treffenden Schutzmaßnahmen die einzelnen Vertragsparteien nicht daran hindern, verstärkte Schutzmaßnahmen beizubehalten oder zu ergreifen, die mit dem Abkommen vereinbar sind.

2.5.4. Statistiken

Zu Artikel 76:

Im Bereich Statistik bestand für die EFTA-Länder ein zweifaches Interesse:
- die bestehende, in manchen Bereichen vergleichsweise höhere Qualität der statistischen Standards sollte durch den Eintritt in den EWR nicht gefährdet werden (Qualitätsziel);
- Gewisse Schwerpunkte der Berichterstattung (insbesondere z.B. im Sozialbereich, Umweltbereich, Transportbereich) sollten mit dem Eintritt in den EWR möglichst europaweit verankert werden.

Beide Ziele sind am ehesten in einer paritätischen (partnerschaftlichen), den wissenschaftlichen wie den administrativen Ansprüchen Rechnung tragenden Organisationsstruktur - so wie sie in dem Abkommen festgelegt ist - zu erreichen.

Im Artikel 76 werden zunächst (Abs. 1) die Ziele, welche die Vertragsparteien mit der Statistik verfolgen, beschrieben:

Die in Artikel 76 Absatz 1 genannte Erstellung und Verbreitung von kohärenten und vergleichbaren Statistiken soll in erster Linie der Qualitätssicherung dienen. Hiezu wird auch der Umfang der künftigen Vorhaben festgelegt, wobei die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte gleichrangige Berichtsfelder darstellen. Als Mittel zur Erreichung des Qualitätszieles werden harmonisierte Konzepte für Methoden, Definitionen und Klassifikationen vereinbart (Absatz 2). Nach dem Subsidiaritätsprinzips fällt der Hauptteil der tatsächlichen statistischen Arbeiten weiterhin den nationalen Behörden zu; weiters wird im Protokoll 30 die statistische Geheimhaltung angeführt, worunter die Benützung statistischer Daten nur für statistische Zwecke gemeint ist.

Die Organisation der Zusammenarbeit ist im Protokoll 30 festgelegt; besondere Bestimmungen sind im Anhang XXI statuiert.

2.5.5. Das Gesellschaftsrecht

Zu Artikel 77:

Im Bereich des Gesellschaftsrechtes wird auf den Anhang XXII verwiesen. Auf diesem Sektor besteht eine zweijährige Übergangsfrist ab Inkrafttreten des Abkommens.

Die wichtigste Transformation von EG-Richtlinien im Bereich des Gesellschaftsrechts wurde durch das Rechnungslegungsgesetz, BGBl. Nr. 475/1990, mit dem das Handelsgesetzbuch, das

Aktiengesetz 1965, das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, das Kapitalberichtigungsgesetz, die Ausgleichsordnung, das Kreditwesengesetz, Versicherungsaufsichtsgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden, vorgenommen.

Mit diesem sehr umfangreichen Gesetz sind drei EG-Richtlinien innerstaatlich im Kernbereich umgesetzt worden, nämlich die **Bilanzrichtlinie** 78/660/EWG über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, die **Konzernabschlußrichtlinie** 83/349/EWG betreffend die Rechnungslegung im Konzern und die **Bilanzprüferrichtlinie** 84/253/EWG über die Zulassungsvoraussetzungen für die mit der Pflichtprüfung von Jahresabschlüssen beauftragten Personen. Weiters hat das Firmenbuchgesetz (BGBl.Nr. 10/1991, über das Firmenbuch und damit zusammenhängende Regelungen) zwei EG-Richtlinien im Kernbereich transformiert, nämlich die Richtlinie 68/151/EWG betreffend die **Publizität, die Wirksamkeit der von der Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen und die Nichtigkeit der Gesellschaft** bei der AG, KG auf Aktien und GmbH sowie die **Zweigniederlassungsrichtlinie** 89/666/EWG über die Offenlegung von Zweigniederlassungen, die in einem Mitgliedstaat von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen gegründet werden, die dem Recht eines anderen Staates unterliegen.

Die nachfolgenden genannten Richtlinien sind noch nicht umgesetzt bzw. befinden sich im Umsetzungsstadium:

Die Richtlinie 77/91/EWG (**Kapitalschutzrichtlinie**) betreffend die Gründung, eigene Aktien, Kapitalerhöhungen, Kapitalherabsetzung und Kapitalrückzahlung bei der AG; die Richtlinie 78/855/EWG (**Verschmelzungsrichtlinie**) betreffend die nationale Verschmelzung durch Aufnahme oder Neubildung bei der AG (ein Rohentwurf eines nationalen Verschmelzungsgesetzes ist bereits ausgearbeitet worden); die Richtlinie 82/891/EWG (**Spaltungsrichtlinie**) betreffend die Spaltung durch Übertragung auf mehrere Gesellschaften und die Spaltung durch Gründung neuer Gesellschaften bei der AG sowie schließlich die Richtlinie 89/666/EWG betreffend die **Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter.**

Auch die **Mittelstandsrichtlinie** 90/604/EWG, die die Schwellenwerte für die Größenmerkmale zur Abgrenzung zwischen kleinen, mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften in der EG angehoben hat, wird noch umzusetzen sein. Der wesentliche Inhalt der **GmbH & Co-Richtlinie** 90/605/EWG, nämlich eine KG, deren Komplementär eine Kapitalgesellschaft ist, dem Anwendungsbereich der 4. Richtlinie, also der Bilanzrichtlinie zu unterwerfen, ist in Österreich durch das Rechnungslegungsgesetz bereits vorweggenommen worden.

Bei der Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 über die Schaffung einer **Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung** (EWIV), handelt es sich um eine neue Vereinigung, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen und Angehörigen freier Berufe erleichtern soll. Durch die Verordnung entsteht unmittelbar anzuwendendes Recht und es besteht ein Transformationsbedürfnis nur in den Bereichen, in denen ergänzende Ausführungsbestimmungen, so im Bereich der Geschäftsführerhaftung und des Firmenbuchs, notwendig sind.

Protokoll 30 Bestimmte organisatorische Maßnahmen für die Zusammenarbeit auf statistischem Gebiet

1. Protokoll 30 sieht bestimmte Organisationsformen, die der Verwirklichung der im Artikel 76 genannten Ziele dienen sollen:
- Eine Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Ämter, des Europäischen Statistischen Amtes (EUROSTAT) und des neuen, bei EUROSTAT eingerichteten statistischen EFTA-Organs (OSA) ist vorgesehen. Ihr obliegt die gemeinsame Entwicklung des statistischen Programmes, der Verfahren der Zusammenarbeit sowie deren Überwachung (Z.1).
- Für die EFTA-Staaten ist die Teilnahme an allen Aktivitäten gemäß dem gemeinsamen statistischen Programm vorgesehen (Z.2). Dazu gehört insbesondere auch die volle Teilnahme

an Komitees (und deren Unterausschüssen), deren Agenda in den Rahmen des Vertrages fällt (Z.3 und siehe auch unten Punkt 2).

Die Kostenbeteiligung im Bereich der Statistik entspricht dem allgemeinen Modell (Protokoll 32).

2. In den Verhandlungsprotokollen, Teil VIII. des Inhaltsverzeichnisses des Abkommens, "ad Protokoll 30", werden die für den Bereich Statistik maßgeblichen Komitees angeführt:
- Programmkomitee
- Geld-, Finanz- und Zahlungsbilanzkomitee
- Geheimhaltungskomitee
- Komitee für die Berechnung des Brutto-Nationalproduktes zu Marktpreisen
- Beratender Ausschuß für Wirtschafts-u.Sozialstatistik.

3. Sekundäres Recht der Statistik ist im Anhang XXI zusammengefaßt.

Es handelt sich um 26 Stammnormen der Bereiche Industriestatistik, Verkehrstatistik, Statistik des Außenhandels, Statistische Geheimhaltung, Bevölkerungs- und Sozialstatistik etc.; in den meisten Fällen kommt eine größere Anzahl von Folgenormen (Novellierungen) dazu, die z.T. sehr weitreichende Ergänzungen und/oder Abänderungen bedingen.

Insgesamt sind davon nach dem derzeitigen Stand der Dinge mehr als 30 geltende nationale Normen (Gesetze; VO) betroffen, vor allem in den Bereichen der Wirtschaftsstatistik, (z.B. laufende Industrieproduktion, jährliche Erhebungen in Industrie und Gewerbe), der Agrarstatistik (landwirtschaftliche Strukturerhebungen), der Transportstatistik, der Außenhandelstatistik u.a.

Die erforderlichen nationalen Anpassungen/Umstellungen werden im Rahmen der bestehenden Beratungsgremien des ÖSTAT für entsprechende legistische Initiativen vorbereitet.

Für den Bereich Statistik, soweit er Sachnormen betrifft, wurde eine Übergangsfrist bis 1.1.1995 vereinbart, die im Hinblick auf Umfang und Komplexität der anzupassenden Materie ein kontinuierliches Vorgehen bei den legistischen Vorarbeiten ermöglichen soll.

2.6. TEIL VI: DIE ZUSAMMENARBEIT AUSSERHALB DER VIER FREIHEITEN

Die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten außerhalb der "Vier Freiheiten" umfaßt jene Bereiche, die im Sprachgebrauch der Gemeinschaft mit dem Begriff der "horizontalen und flankierenden Politiken" umrissen werden. Die Verhandlungen darüber gestalteten sich deshalb schwierig, weil sie von positiven Kompetenzkonflikten zwischen der EG-Kommission und den EG-Mitgliedstaaten überlagert waren. Bei diesen Konflikten, die sich im Vorfeld der innergemeinschaftlichen Verhandlungen über die Gestaltung der Politischen Union noch verstärken, ging es auch um die Frage, was ausschließlich, teilweise oder überhaupt nicht in die Zuständigkeit der Gemeinschaft fällt. Weiters hat sich die Situation deshalb erschwert, weil man bis knapp vor Verhandlungsende von dem Konzept ausging, daß die Vertragsparteien des Abkommens die Gemeinschaft als solche und die einzelnen EFTA-Staaten sein werden.

Wesentliche Ziele der EFTA-Staaten sind in diesen Verhandlungen erreicht worden. Es sind dies der institutionell abgesicherte Zugang zur Information und zum Dialog sowie eine stufenweise Einbindung der EFTA-Staaten in die Gestaltung der Rechtsakte der Gemeinschaft in den vom Teil VI erfaßten Bereichen. Eine stufenweise Einbindung deshalb, weil sich die Gemeinschaft für den Fall absichern wollte, daß die EFTA-Staaten wohl an der Gestaltung der Gemeinschaftsrechtsakte mitwirken, diesen jedoch dann, wenn sie dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß zur Annahme vorgelegt werden, die Zustimmung und damit ihr Wirksamwerden für den EWR-Raum verweigern.

Die stufenweise Einbindung kann vereinfacht wie folgt dargestellt werden:
- Zugang zum Dialog und zur Information im allgemeinen (Artikel 79 Abs. 1 des Abkommens im Zusammenwirken mit Teil VII);
- Rechtsanspruch auf Information und Konsultation im Gemeinsamen EWR-Ausschuß, soweit es sich um Pläne oder Vorschläge für die Erstellung oder die Abänderung von Rahmenprogrammen,

speziellen Programmen sowie Gemeinschaftsaktionen oder -projekten in den vom Abkommen erfaßten Zusammenarbeitsbereichen handelt (Artikel 79, Abs. 2 des Abkommens);
- weitgehende Einbindung der EFTA-Staaten in die Ausarbeitung von Rechtsakten der Gemeinschaft in die vom Abkomme erfaßten Zusammen- arbeitsbereiche, sobald diese Zusammenarbeit rechtlich abgesichert ist (Artikel 79, Abs. 3, Artikel 81 c, Gemeinsame Erklärung zur vollen Teilnahme in den EG-Komitees sowie Protokoll 31 des Abkommens).

Im Teil VI des Abkommens werden die Modalitäten der Zusammenarbeit festgelegt; die zu ihrer Durchführung notwendigen Beschlüsse werden, soweit in Einzelfällen im Protokoll 31 nichts anderes vorgesehen ist, nach Inkrafttreten des Abkommens vom Gemischen Ausschuß gefaßt.

Zu Artikel 78:

Dieser Artikel enthält die Verpflichtung der Vertragsparteien, im Rahmen der Gemeinschaftsaktivitäten die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Informationsdienstleistungen, Umwelt, Erziehung, Ausbildung und Jugend, Sozialpolitik, Konsumentenschutz, Klein- und Mittelbetriebe, Fremdenverkehr, audiovisueller Sektor und Zivilschutz zu verstärken und zu erweitern, soweit dies nicht aufgrund anderer Bestimmungen des Abkommens geschieht.

Zu Artikel 79:

Gemäß Artikel 79, Abs. 1 des Abkommens sollen in einem verstärkten Dialog zwischen den Vertragsparteien jene Bereiche und Aktivitäten festgestellt werden, in welchen eine engere Zusammenarbeit in den im Artikel 78 des Abkommens genannten Gebieten zur Erreichung der den Parteien gemeinsamen Vertragszielen beitragen kann. Die Möglichkeiten, in welcher Form in diesen Dialog eingetreten wird, werden bewußt nicht begrenzt; die EFTA-Staaten legten aber Wert darauf, daß dieser Dialog insbesondere nach dem im Teil VII (institutionelle Bestimmungen) vorgesehenen Verfahrensmöglichkeiten erfolgen kann. Abs. 2 dieses Artikels enthält die vertraglichen Verpflichtungen zu einem Informationsaustausch sowie - auf Verlangen einer Vertragspartei - zu Konsultationen im Gemeinsamen EWR-Ausschuß hinsichtlich von Plänen oder Vorschlägen zur Erstellung oder Abänderung eines Rahmenprogramms, eines spezifischen Programms einer Gemeinschaftsaktion oder -projekts in den im Artikel 78 erwähnten Zusammenarbeitsbereichen.

Die empfindlichen Nachteile, die den EFTA-Staaten in der bisherigen Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft wegen mangelnder bzw. nicht zeitgerechter Information erwachsen sind, sollten damit beseitigt sein. Im Abs. 3 des Artikels wird festgehalten, daß der Teil VII des Abkommens mutatis mutandis immer dann zur Anwendung kommt, wenn dies im Teil VI oder im Protokoll 31 ausdrücklich vorgesehen ist. In der Praxis bedeutet dies die Einbindung von Experten der EFTA-Staaten in das in den Artikeln 110 bis 112 des Abkommens vorgesehene Verfahren.

Zu Artikel 80:

Dieser Artikel legt die normalerweise zur Anwendung kommenden Zusammenarbeitsformen fest.

Zu Artikel 81:

Hier werden die Grundsätze für den Fall festgelegt, daß die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien in der Form einer Teilnahme der EFTA-Staaten an einem EG-Rahmenprogramm, an einem spezifischen Programm oder an einem Projekt bzw. einer Gemeinschaftsaktion erfolgt. Es sind dies:

a) Die EFTA-Staaten sollen Zugang zu allen Teilen eines Programmes haben

b) Der Status, der den EFTA-Staaten in den Komitees zukommt, welche die EG-Kommission in der Verwaltung und Fortentwicklung einer Gemeinschaftsaktivität, zu welcher die EFTA-Staaten finanziell beitragen, unterstützen, soll diesem Finanzbeitrag voll Rechnung tragen. Was darunter

konkret zu verstehen ist, wird in einer, integralen Bestandteil des Abkommens bildenden Gemeinsamen Erklärung (Nr. 15 der Erklärungen des Abkommens) näher bestimmt.

Demnach werden die EFTA-Staaten in den Fällen, in welchen sie einen mit den EG-Mitgliedstaaten vergleichbaren finanziellen Beitrag leisten, in diesen Komitees die gleichen Rechte und Pflichten wie die EG-Mitgliedstaaten haben, ausgenommen hinsichtlich der Abstimmungsverfahren, soweit solche im Einzelfall überhaupt vorgesehen sind. Somit sind die EFTA-Staaten im Falle der Leistung solcher Beiträge mit den EG-Staaten (aus institutionellen, dem Abkommen inherenten Gründen) nicht voll, aber doch weitestgehend gleichgestellt.

In den Fällen, in welchen die EG-Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, gegen die Entscheidung der EG-Kommission in der Folge den EG-Ministerrat zu befassen, können die EFTA-Staaten in Übereinstimmung mit Artikel 5 des Abkommens den Gemeinsamen EWR-Ausschuß befassen (siehe hiezu die diesebezügliche vorerwähnte Gemeinsame Erklärung).

c) Beschlüsse der Gemeinschaft, soweit sie nicht das allgemeine Budget der Gemeinschaft betreffen, jedoch direkt oder indirekt ein Rahmenprogramm, ein spezifisches Programm, eine Gemeinschaftsaktion oder -projekt berühren, an denen die EFTA-Staaten aufgrund eines im Rahmen des Abkommens gefaßten Beschlusses teilnehmen, führen zu einer vertragsrechtlich abgesicherten Einbindung der EFTA-Staaten gemäß Artikel 79, Abs. 3 des Abkommens. In einem solchen Falle kann auch die Fortsetzung der Zusammenarbeit unter geänderten Bedingungen von einem Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses abhängig gemacht werden. Diese Bestimmung stellt eine zusätzliche vertragsrechtliche Absicherung der EFTA-Staaten dar.

d) Auf Projektebene werden die Institutionen, Organisationen, Unternehmen und Staatsbürger von EFTA-Staaten hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten aus dem Gemeinschaftsprogramm oder einer anderen Gemeinschaftsaktivität mit jenen der EG-Mitgliedstaaten gleichgestellt. Damit fällt die diskriminierende 2:1 Regel weg: Österreichische Projektteilnehmer benötigen nicht mehr zwei sondern nur mehr einen EG-Partner.

e) Gleichstellung der EFTA-Staaten, ihrer Institutionen, Organisationen, Unternehmen und Staatsbürger auf dem Gebiet der gewerblichen Schutzrechte.

f) Verpflichtung der Vertragsparteien, die Freizügigkeit im Personenverkehr für die Teilnehmer an den Programmen oder an den Aktionen in den hiefür notwendigen Ausmaßen zu gewährleisten.

Zu Artikel 82:

Dieser Artikel regelt allfällige finanzielle Beteiligungen der EFTA-Staaten an EWR-Aktivitäten auf drei Arten:

a) Finanzielle Beiträge der EFTA-Staaten werden proportional zu den im jeweiligen jährlichen Haushaltsplan der EG für die betreffenden Aktivitäten in den jeweiligen Haushaltslinien (Ansätze) vorgesehenen Mittel (Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen) errechnet; die von den EFTA-Staaten tatsächlich zu bezahlenden Beiträge bestimmen sich nach den Zahlungsermächtigungen der EG. Der Proportionalitätsfaktor wird entsprechend der Summe der Verhältnisse zwischen den Bruttoinlandsprodukt (BIP) des jeweiligen EFTA-Staates und der Summe der BIPs der EG-Mitgliedsstaaten und des EFTA-Staates auf Basis der neuesten verfügbaren statistischen Daten ermittelt. Diese Regelung folgt der in den verschiedenen bilateralen Verträgen (z.B. Österreich-EG) geübten Praxis und stellt gegenüber einer "echten" Proportion einen für die EFTA-Staaten vorteilbringenden Schlüssel dar. Die Trennlinie zu aus bereits bestehenden Verpflichtungen der EG resultierenden Zahlungen wird mit dem Inkrafttreten des Abkommens gezogen; solche finanzielle Verpflichtungen, die seitens der EG vor diesem Datum eingegangen worden sind, führen zu keinen Zahlungsverpflichtungen seitens der EFTA-Staaten.

b) Finanzielle Beiträge der EFTA-Staaten aufgrund der Teilnahme an bestimmten Projekten oder Aktivitäten erfolgen nach dem Prinzip, wonach jede Vertragspartei ihre eigenen Kosten trägt.

c) Finanzielle Beiträge der Vertragsparteien zu Kosten bestimmter Aktivitäten können auch durch Entscheidung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegt werden. Genaue diesbezügliche Durchführungsbestimmungen enthält das Protokoll 32.

Zur voraussichtlichen Höhe der österreichischen Beitragszahlungen zum 3. EG-Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung kann angenommen werden, daß die österreichischen Beitragszahlungen für die Jahre 1993 und 1994 insgesamt eine Milliarde öS nicht übersteigen werden (siehe hiezu die Erläuterungen im "Allgemeinen Teil, finanzielle Auswirkungen").

Zu Artikel 83:

In diesem Artikel wird festgehalten, daß in Fällen, in welchen die Zusammenarbeit der Vertragsparteien auf einem Informationsaustausch zwischen den Behörden beruht, die EFTA-Staaten die gleichen Rechte und die gleichen Verpflichtungen haben, Informationen zu empfangen und zu geben, wie die EG-Mitgliedstaaten; dies vorbehaltlich der Bestimmungen über vertrauliche Informationen, für deren Austausch vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß Verfahrensregeln (unter Bedachtnahme auf die Datenschutzbestimmungen der Vertragsparteien) festzulegen sein werden.

Zu den Fragen des Schutzes von Computerprogrammen und des Rechtsschutzes der Topographien von Halbleitererzeugnissen wird auf den Schutz des geistigen Eigentums (Artikel 65, Protokoll 28 und Anhang XVII des Abkommens) verwiesen.

Zu Artikel 84:

Mit diesem Artikel wird die Verbindung zwischen Teil VI und Protokoll 31 des Abkommens hergestellt.

Zu Artikel 85:

Hier wird - vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen des Protokolls 31 des Abkommens - festgehalten, daß, soweit zwischen den Vertragsparteien eine Zusammenarbeit in den im Artikel 78 aufgelisteten Bereichen bereits besteht, eine solche nach Inkrafttreten des Abkommens durch die Bestimmungen des Teils VI und des Protokolls 31 geregelt werden wird.

Zu Artikel 86:

Dieser Artikel legt die Befugnisse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses fest, soweit sie für die Durchführung der Artikel 78 bis 85 des Abkommens erforderlich sind. Diese Befugnisse beinhalten u.a. auch jene zur Ergänzung und Abänderung des Protokolls 31 des Abkommens.

Zu Artikel 87:

Mit diesem Artikel wird für die Vertragsparteien die Möglichkeit geschaffen, die Zusammenarbeit auf andere, nicht im Artikel 78 angeführten Bereiche auszudehnen, soweit dies im gegenseitigen Interesse gelegen ist. Solche zwischen den Vertragsparteien zu schließenden Vereinbarungen unterliegen dem in den Vertragsstaaten hiefür vorgesehenen Recht.

Zu Artikel 88:

Dieser Artikel sieht - unbeschadet der Bestimmungen anderer Teile des Abkommens - vor, daß mit den Bestimmungen des Teils VI nicht die Möglichkeit ausgeschlossen wird, daß eine Vertragspartei Maßnahmen völlig unabhängig vorbereitet, ergreift und durchführt. Die Gemein-

schaft wollte sich mit dieser Bestimmung die Möglichkeit offenlassen, Maßnahmen zu setzen, ohne in eine Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten einzutreten.

Protokoll 31 Betreffend die Zusammenarbeit in spezifischen Sektoren außerhalb des Bereichs der Vier Grundfreiheiten

Die Schwierigkeit in der Verhandlung des Protokolles 31 des Abkommens lag insbesondere darin, daß Gemeinschaftsprogramme vor allem in den Bereichen "Forschung und Entwicklung", "Erziehung, Ausbildung, Jugend" sowie "Sozialpolitik" teilweise mehrjähriger Natur sind; diese Programme laufen zu einem Teil voraussichtlich noch vor dem Inkrafttreten des Abkommens aus, zum anderen Teil reichen sie in die Zeit nach dessen Inkrafttreten hinein. Einige dieser Programme befinden sich gemeinschaftsintern in einer Umstrukturierung (dies vor allem im Bereich "Erziehung, Ausbildung und Jugend"), sodaß die Gemeinschaft während der EWR-Verhandlungen diesbezüglich keine vertragsrechtlichen Bindungen eingehen wollte. In einigen Bereichen gibt es zur Zeit noch keine Programme, es sind jedoch für die Zukunft einige in Aussicht genommen.

Für die EFTA-Staaten stellte sich ferner das Problem der Überschaubarkeit der einzugehenden vertragsrechtlichen und finanziellen Verpflichtungen, sodaß die konkreten Entscheidungen über die Art und Weise der Zusammenarbeit dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß überlassen wurden. Dieser wird sich nach Inkrafttreten des Abkommens diesbezüglich ein besseres Bild machen können (Artikel 2, Artikel 7 und Artikel 9 des Protokolls 31). Von besonderer Bedeutung ist, daß dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß die Zuständigkeit zur Ergänzung und Abänderung des Protokolls 31 in den Verhandlungen eingeräumt wurde.

Er kann damit im vereinfachten Verfahren (siehe Erläuterungen zum Art. 98) entsprechenden Beschlüsse fassen, darunter auch jene, die zu einer weitgehenden Einbindung der EFTA-Staaten in die Programmgestaltung und -durchführung führen (siehe hiezu Artikel 82, 86 im Zusammenwirken mit Artikel 79 Absatz 3 des Abkommens). Die weitgehende Einbindung setzt jedoch einen Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses hinsichtlich der Teilnahme und der Art der finanziellen Beteiligung an einem bestimmten Programm etc. voraus.

Artikel 1:

Vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments zum Abkommen würde Österreich bereits mit dem Inkrafttreten des Abkommens zur Teilnahme an dem darin genannten Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung verpflichtet sein. Für eine weitgehende Einbindung der EFTA-Staaten in die Durchführung bzw. Ausgestaltung des Programms ist durch die Vertragsbestimmungen bereits Vorsorge getroffen worden. Ferner ist es gelungen, eine Einbeziehung in wichtige EG-Komitees zu erreichen (Absatz d), wie zum Beispiel im CREST-Komitee.

Artikel 2:

Hiezu darf auf die generellen Vorbemerkungen verwiesen werden.

Artikel 3:

Eines der Hauptanliegen der EFTA-Staaten im Umweltbereich ist auf eine Teilnahme an der Europäischen Umweltagentur gerichtet. Diese Agentur konnte jedoch, wegen der in der Gemeinschaft noch nicht entschiedenen Sitzfrage, bisher noch errichtet werden. Auf die vertragsrechtliche Möglichkeit einer Einbindung der EFTA-Staaten gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Abkommens für den Fall paralleler Gesetzgebung mit identischen oder ähnlichen Regelungsinhalten wird verwiesen.

Artikel 4:

Österreich würde bereits mit Inkrafttreten des Abkommens zur Teilnahme am Gemeinschaftsprogramm "Jugend für Europa" und ab 1.1.1995 für alle bis dahin in Kraft gesetzten oder von der Gemeinschaft angenommenen Programme in diesem Bereich verpflichtet sein. Die weitgehende Einbindung der EFTA-Staaten in Planung und Entwicklung dieser Programme ist vertragsrechtlich abgesichert.

In den Absätzen 5 und 6 wurden wichtige, von den EFTA-Staaten im Hinblick auf den Ausbau einer derartigen Zusammenarbeit erhobenen Forderungen erfüllt. Diesbezüglich wird auch auf die generellen Vorbemerkungen zu Kapitel VI des Abkommens verwiesen.

Artikel 5:

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik ging es den EFTA-Staaten vor allem um den Zugang zur Information, um einen institutionalisierten Dialog sowie um einen Zugang zu innergemeinschaftlichen "Netzwerken". Es gibt allerdings zur Zeit nur ein Programm, das mit seiner Laufzeit in den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens hineinreicht; die Teilnahme an diesem Programm wurde im Artikel 5 Absatz 3 geregelt. In den Absätzen 4 und 5 wurden wesentliche Forderungen der EFTA-Staaten erfüllt.

Artikel 6:

Was den Konsumentenschutz anbelangt, soll nicht übersehen werden, daß - und dies gilt ebenso für den Bereich der Sozialpolitik - doch zum Teil bereits umfangreiches Sekundärrecht der Gemeinschaft besteht (siehe Anhänge XVIII und XIX), welches mit dem Abkommen zu übernehmen ist. Als Basis für Kooperationsmaßnahmen zwischen den Vertragsparteien am Sektor Konsumentenschutz werden die im Absatz 2 angeführten Programme genannt.

Artikel 7:

Hier wurden die vertragsrechtlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit im Hinblick auf eine Förderung der Klein- und Mittelbetriebe geschaffen. Es geht hier im wesentlichen darum, die Klein- und Mittelbetriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, damit sie sich gegen Großunternehmen internationalen Zuschnitts besser behaupten können. Diese Zusammenarbeit hat aus der Sicht der Gemeinschaft auch eine sozialpolitische Komponente.

Artikel 8:

Auf dem Gebiet des Tourismus wurde die vertragsrechtliche Möglichkeit für den Einstieg in eine derartige Zusammenarbeit geschaffen.

Artikel 9:

Mit der Einbeziehung der Informationsdienstleistungen (Artikel 2) und des dem gegenständlichen Artikel zugrunde liegenden audiovisuellen Sektors wurde eine Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft eingeleitet, die im Vorfeld der Jahrtausendwende und des sich jetzt schon abzeichnenden Spannungsfeldes zwischen Ökonomie und Ökologie wohl als zukunftsträchtig bezeichnet werden kann.

Artikel 10:

Auf dem Gebiete des Zivilschutzes wurde im Absatz 1 der Grundstein für eine zukünftige Zusammmenarbeit gelegt. Die Einführung einer einheitlichen europäischen Notrufnummer soll in diesem Zusammenhang mehr als Symbolcharakter haben.

Protokoll 32 Finanzbestimmungen zur Anwendung von Artikel 82

Artikel 1: Die Bestimmungen dieses Artikels sichern rechtzeitige Bekanntgabe der vorläufigen Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen über den Gemeinsamen EWR-Ausschuß an die EFTA-Staaten und damit die Überprüfungsmöglichkeit dieser Zahlen in angemessener Zeit vor einer Zustimmung durch den Gemeinsamen EWR-Ausschuß, wonach die Beträge in Einklang mit Artikel 82 seien. Das Datum 1. Juli wurde gewählt, um den EFTA-Staaten jeweils die Möglichkeit einer geordneten haushaltsrechtlichen Behandlung einzuräumen. Nach endgültiger Beschlußfassung des EG-Budgets ist gemäß Z.(5) eine analoge Vorgangsweise vorgesehen.

Artikel 2: Dieser Artikel enthält Bestimmungen zur Zahlungsdurchführung seitens jedes EFTA-Staates, wobei auch auf Regelungen der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften verwiesen wird. Die Beitragszahlung in zwei Raten zu je 6/12 gemäß Z.(2) soll Zinsenverluste seitens der EFTA-Staaten reduzieren.

Seitens der EG-Kommission wurde mit großem Nachdruck eine Einmalzahlung zu Jahresbeginn gefordert. Z.(3) bis (5) beinhalten technische Details, die Währung, Konto und Verzugszinsen.

Artikel 3: Die Bestimmungen dieses Artikels regeln die erforderlichen Anpassungen der EFTA-Beiträge an die seit Erstellung des vorläufigen EG-Haushalts eingetretenen bzw. notwendig gewordenen zahlenmäßigen Änderungen. Durch eine terminliche Zusammenlegung mit den ordentlichen Beitragszahlungen Artikel 2, Z.(2), soll eine Minimierung der erforderlichen Anpassungsschritte erreicht werden, um den nationalen haushaltsrechtlichen und parlamentarischen Erfordernissen der EFTA-Staaten bestmöglich Rechnung zu tragen.

Artikel 4: sieht die Überprüfung einiger Bestimmungen bis 1. Jänner 1994 vor. Damit wird bezweckt, bis dahin allenfalls bereits stattgefundenen haushaltsrechtlichen Änderungen in den Europäischen Gemeinschaften Rechnung tragen zu können. Dies wiederum könnte zur Folge haben, daß dann seitens der EFTA-Staaten monatliche (statt halbjährliche) Beitragszahlungen erfolgen könnten.

Artikel 5: ermöglicht die gleichberechtigte Beteiligung der EFTA-Staaten an Ausschreibungen für relevante Projekte im gemeinsamen Kooperationsbereich (z.B. Rahmenprogramm für Forschung und Technologie).

Artikel 6: soll u.a. durch regelmäßige Information des Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten sowie über dessen Wunsch jederzeit die begleitende Kontrolle der Durchführung der Programme und sonstiger Aktivitäten seitens der EFTA-Staaten ermöglichen.

Artikel 7: Verweist ausdrücklich auch auf angemessene Vereinbarungen zwischen den Rechnungsprüfungsorganen der EG und der EFTA-Staaten zum Zwecke der Kontrolle der EFTA-Teilnahme an EG-Aktivitäten.

Artikel 8: regelt technische und statistische Detailfragen im Zusammenhang mit dem Proportionalitätsfaktor gemäß Art. 82. Im Artikel 83 wird festgehalten, daß in Fällen, in welchen die Zusammenarbeit der Vertragsparteien auf einem Informationsaustausch zwischen den Behörden beruht, die EFTA-Staaten die gleichen Rechte und die gleichen Verpflichtungen haben, Informationen zu empfangen und zu geben, wie die EG-Mitgliedstaaten; dies vorbehaltlich vertraulicher Informationen, für welche die für den Austausch geltenden Verfahrensregeln vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß (unter Bedachtnahme auf die Datenschutzbestimmungen der Vertragsparteien) festzulegen sein werden.

2.7. TEIL VII: BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ORGANE

2.7.1. Die Struktur der Assoziation

2.7.1.1 Der EWR-Rat

Zu Artikel 89

Abs. 1 dieses Artikels umschreibt die Aufgaben des EWR-Rats, auf die bereits im Allgemeinen Teil eingegangen wurde. Daß der Rat die allgemeinen Leitlinien für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß (siehe unten) festlegt, ist nicht so zu verstehen, daß der Ausschuß ohne dem Vorliegen solcher Leitlinien in seiner Tätigkeit beschränkt wäre, da seine Aufgaben im Abkommen klar festgelegt sind. Die Befugnis des Rates, die politische Grundsatzentscheidung im Hinblick auf eine allfällige Änderung des Abkommens zu fassen - die in der Folge von den Vertragsparteien auszuverhandeln und in dem üblichen völkerrechtlichen Verfahren durchzuführen ist - berührt nicht das vereinfachte Verfahren zur Änderung des Abkommens nach Artikel 98 (siehe unten). Abs. 2 behandelt die Ausübung des "droit d'vocation" im Rat (siehe oben zu Artikel 5), der im Regelfall eine Befassung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses vorauszugehen hat.

Zu Artikel 9o

Aus der vorgesehenen Zusammensetzung des Rats ergibt sich, daß er nicht nur seitens der EFTA-Staaten, sondern auch seitens der EG-Mitgliedstaaten auf Ministerebene zusammentritt, da letztere im EG-Rat durch Regierungsmitglieder vertreten sind. Beschlüsse des Rats, etwa die Festlegung allgemeiner Leitlinien für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß oder die grundsätzliche Befürwortung einer Änderung des Abkommens, aber auch die Verabschiedung der Geschäftsordnung (Artikel 89 Abs.3) sind im Einvernehmen zu fassen, d.h. sie sind von allen EFTA-Staaten und von der EG-Seite mitzutragen (siehe oben zu Artikel 2 lit.c hinsichtlich der internen Kompetenzlage in der EG und der Frage der Eigenschaft der EG-Mitgliedstaaten als "Vertragspartei").

Zu Artikel 91

Der Vorsitz im Rat alterniert in sechsmonatigem Turnus zwischen den EFTA-Staaten und den EG-Mitgliedstaaten (Abs.1). Für die formelle Designierung des Ratspräsidenten für den jeweiligen Turnus bedarf es offensichlich eines Ratsbeschlusses, wobei davon auszugehen ist, daß die Modalitäten in der Geschäftsordnung festgelegt werden. In der Geschäftsordnung ist auch zu regeln, unter welchen Voraussetzungen der Ratspräsident zusätzlich zu den zweimal jährlich vorgesehenen Ratstagugen weitere Tagungen einberufen kann (Abs.2).

2.7.1.2. Der Gemeinsame EWR-Auschuß

Zu Artikel 92

Das Hauptorgan zur Durchführung des Abkommens ist der Gemeinsame EWR-Ausschuß, dessen Aufgaben ebenfalls bereits im Allgemeinen Teil angesprochen wurden. In diesem gemeinsamen Organ findet ein laufender Meinungs- und Informationsaustausch statt (Abs.1) und es werden Beschlüsse gefaßt, die für die Vertragsparteien rechtlich bindend und von ihnen im Wege der erforderlichen Maßnahmen durchzuführen sind (siehe unten zu Artikel 1o4). Die Beschlüsse des Ausschusses sind das entscheidende Element der im Abkommen vorgesehenen Verfahren zur Änderung des EWR-erheblichen "acquis" (siehe unten zu 2.7.2), zur Übernahme neuer EuGH-Judikatur und bei der Streitbeilegung (siehe unten zu 2.7.3) sowie bei Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen (siehe unten zu 2.7.4). Im Rahmen des Meinungs- und Informationsaustausches kann jede Vertragspartei ihr "droit d'vocation" (siehe oben zu Artikel 5 und zu Artikel 89) wahrnehmen (Abs.2). Für den Ablauf der Beratungen und Beschlußfassungen ist in der Geschäftsordnung Vorsorge zu treffen, die der Ausschuß mit Beschluß zu verabschieden hat (Abs.3).

Zu Artikel 93

Der Gemeinsame EWR-Ausschuß setzt sich aus Vertretern der "Vertragsparteien" zusammen (Abs. 1), was für die EG-Seite im Sinne der Begriffsbestimmung des Artikel 2 lit. b (siehe oben) zu verstehen ist; im Regelfall wird namens der "Vertragspartei EG" die EG-Kommission im Ausschuß den EFTA-Staaten gegenübertreten, wobei die von ihr eingenommene Haltung vorher intern mit den Mitgliedstaaten oder von diesen in einem formellen Ratsbeschluß abgeklärt wurde. Entsprechend der üblichen EG-Praxis werden aber voraussichtlich auch dann, wenn sie nicht Vertragsparteien im Sinne des Artikel 2 lit. c sind, die Mitgliedstaaten an den Sitzungen des Ausschusses unter dem Delegationsvorsitz des Kommissionsvertreters teilnehmen. Obwohl dies im Abkommen nicht ausdrücklich festgehalten wird, ist davon auszugehen, daß der Ausschuß - jedenfalls was die EFTA-Staaten und die Kommission betrifft - auf hoher Beamtenebene zusammentritt.

Die Beschlußfassung im Ausschuß erfolgt im Einvernehmen aller EFTA-Staaten und der EG-Seite (Abs.2). Dabei ist ausdrücklich festgehalten, daß die EFTA-Staaten "mit einer Stimme" sprechen müssen, was aber auch für die EG-Seite gilt, falls auf Grund der EG-internen Zuständigkeit auch die Vertreter der Mitgliedstaaten an der Beschlußfassung mitwirken. Jeder EFTA-Staat hat die Möglichkeit, eine vom Konsens der übrigen Vertragsparteien abweichende Haltung im Auschuß zum Ausdruck zu bringen und dadurch eine Beschlußfassung zu verhindern, was u.a. im Zusammenhang mit Änderungen des EWR-relevantem "acquis" und der Übernahme von neuer EuGH-Judikatur (siehe unten zu Kapitel II und Kapitel 3) von Bedeutung ist.

Zu Artikel 94

Auch im Gemeinsamen EWR-Ausschuß alterniert der Vorsitz in sechsmonatigem Turnus zwischen den EFTA-Staaten und der EG-Seite; er wird auf EG-Seite - anders als im Rat - vom Vertreter der Kommission wahrgenommen (Abs.1). Die Tagungen finden grundsätzlich einmal im Monat statt, bei Bedarf auch häufiger nach Maßgabe der vom Ausschuß zu verabschiedenden Geschäftsordnung (Abs.2). Der Ausschuß kann Unterausschüsse und Arbeitsgruppen einsetzen (Abs.3) und erstellt einen Jahresbericht (Abs.4).

2.7.1.3. Die Parlamentarische Zusammenarbeit

Zu Artikel 95

Hinsichtlich der parlamentarischen Zusammenarbeit im EWR baut das Abkommen auf der langjährigen Tradition der vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und vom Komitee der Parlamentarier der EFTA-Staaten organisierten Tagungen auf. In diesem Sinne wurde die Einrichtung eines Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses vorgesehen, auf den bereits im Allgemeinen Teil eingegangen wurde. Dem Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschuß ist der Jahresbericht des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zur Beratung vorzulegen ist (Abs.4); er kann seine Auffassungen in Berichten und Entschließungen (Abs.4) darlegen. Obwohl dies im Abkommen nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, ist davon ausgzugehen, daß den Berichten und Entschließungen des Parlamentarischen EWR-Ausschusses empfehlender Charakter zukommt. Näheres zum Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschuß ist in Protokoll 36 festgelegt. Der Ausschuß wird sich aus einer gleichen Zahl von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der Parlamente der EFTA-Staaten zusammensetzen (Abs.1), die gemäß einer Bestimmung in Protokoll 36 jeweils 33 beträgt; die EFTA-interne Aufteilung, die in Protokoll 36 nicht geregelt ist, wird im Einvernehmen der EFTA-Staaten festgelegt. Die Geschäftsordnung des Ausschusses ist gemäß einer Bestimmung in Protokoll 36 mit Zweidrittelmehrheit zu verabschieden; sie hat u.a. die Beschlußfassungserfordernisse im Ausschuß zu regeln.

2.7.1.4. Die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern

Zu Artikel 96

Zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschafts- und Sozialpartnern im EWR wird der im Allgemeinen Teil angeführte Beratende EWR-Ausschuß eingesetzt, der einerseits vom Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG und anderseits von dem 1961 mit EFTA-Ratsbeschluß gegründeten EFTA-Konsultativkomitee (Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, Vertreter der Landwirtschaft) zu beschicken ist (Abs.2). Den in der Form von Berichten oder Entschließungen abzugebenden Stellungnahmen dieses Ausschusses kommt offensichtlich empfehlender Charakter zu. Über die Willensbildung im Beratenden Ausschuß ist im Abkommen keine Aussage getroffen; wenn der Ausschuß seine Tätigkeit aufnimmt, wird er daher im Einvernehmen eine Geschäftsordnung (Abs.3) zu verabschieden haben, die sein Verfahren regelt.

2.7.2. Das Beschlußverfahren

Zu Artikel 97

Aus dem von den EG in den Verhandlungen besonders betonten Grundsatz der Entscheidungsautonomie (siehe oben zu Artikel 5), ergab sich das in den Verhandlungen von EG-Seite mit Nachdruck vertretene Anliegen, durch das Abkommen nicht in der Weiterentwicklung des für den EWR relevanten sekundären EG-Rechts beschränkt zu werden. Abgesehen davon, daß dieses Anliegen die Regelung des Abkommens zur Weiterbildung des in den EWR übernommenen "acquis" in entscheidender Weise gestaltet hat (siehe unten zu den Artikel 98, 99, lo2 und 1o3), legte die EG-Seite auch Wert darauf, daß das Recht zur künftigen Änderung ihrer "internal legislation" auch ausdrücklich im Abkommen festgehalten wird. Dies war für die EFTA-Staaten nur im Sinne einer auf alle Vertragsparteien abgestellte Formulierung annehmbar, wie sie nunmehr in Artikel 97 aufscheint.

Die hier dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß übertragene Aufgabe wird dann relevant, wenn ein EFTA-Staat bewußt für seinen innerstaatlichen Bereich eine vom Abkommen abweichende Regelung einführen will, etwa im Hinblick auf höhere Umweltstandards; in diesem Fall ist vorher die Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses einzuholen.

Die Bestimmung, daß die betreffenden Vorschriften der "internal legislation" erst nach Abschluß des Verfahrens nach Artikel 98 (siehe unten) abgeändert werden können, bedeutet sowohl für die EG-Seite wie für die EFTA-Staaten, daß während der Befassung des Gemeinsamen EWR- Ausschusses mit der EG-internen Ändernung eines für den EWR relevanten gemeinschaftlichen Sekundärrechtsaktes zwecks deren Übernahme in den EWR keine weiteren bzw. zusätzlichen Änderungen des geltenden Rechts in der betreffenden Materie als Vorhaben der "internal legislation" beschlossen werden dürfen.

Zu Artikel 98

In dieser Kernbestimmung des Abkommens ist ein vereinfachtes Verfahren zu seiner Änderung vorgesehen: Das Abkommen wird hier durch Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses geändert, der für die Vertragsparteien gemäß Artikel 1o4 (siehe unten) verbindlich und im Wege der erforderlichen Maßnahmen durchzuführen ist. Zwei Bereiche des Abkommens unterliegen diesem vereinfachten Änderungsverfahren: Bestimmte, taxativ angeführte Protokolle und generell die Anhänge des Abkommens (siehe hierzu oben im Allgemeinen Teil und zu Artikel 2 lit.a). Die Änderung von Anhängen schließt die Änderung der in ihnen angeführten Rechtsakte des EWR-relevanten "acquis" ein, wobei das vereinfachte Änderungsverfahren hier insbesondere darauf abgestellt ist, EG-interne Änderungen von Rechtsakten dieses "acquis" in das Abkommen und damit in den EWR zu übernehmen (siehe hierzu oben zu Artikel 97); das dafür vorgesehene besondere Verfahren ist in den Artikeln 1o2 und 1o3 festgelegt (siehe unten),

auch im Hinblick auf das Erfordernis eines innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens (Parlament, Volksabstimmung).

Zu Artikel 99

Dieser Artikel räumt den EFTA-Staaten das Recht ein, unbeschadet der Entscheidungsautonomie der Gemeinschaft im Sinne eines "decision shaping" (siehe oben zu Artikel 5) an der Entstehung von neuem, für den EWR relevantem sekundärem EG-Recht mitzuwirken, auf das schon im Allgemeinen Teil eingegangen wurde (Heranziehung von EFTA-Experten durch die EG-Kommission im Ausarbeitungsstadium, Übermittlung von Kopien der an den EG-Rat gerichteten Kommissionvorschläge an die EFTA-Staaten, Informations- und Konsulationsprozeß im Gemeinsamen EWR- Ausschuß vor der EWR-internen Beschlußfassung). Die Übermittlung der Kommissionsvorschläge an die EFTA-Staaten zum Zeitpunkt ihrer Vorlage an den EG-Rat soll u.a. eine Vorausbefassung der nationalen Parlamente in den EFTA-Staaten und die Abklärung der innerstaatlichen Genehmigungserfordernisse ermöglichen. Der in Abs.2, zweiter Satz,angesprochene erste Meinungsaustausch im Gemeinsamen EWR-Ausschuß sowie der in Abs.3 vorgesehene Informations- und Konsultationsprozeß sind insoweit fakultativ, als sie den Antrag einer Vertragspartei im Gemeinsamen Ausschuß voraussetzen. Es liegt daher an den EFTA-Staaten, jeweils im Gemeinsamen EWR-Ausschuß die erforderlichen Anträge zu stellen. Dieser Informations- und Konsulationsprozeß hat gemäß Abs.4 die zusätzliche Aufgabe, das Verfahren nach Artikel 1o2 uns 1o3 inhaltlich vorzubereiten.

Zu den Artikeln 1oo und 1o1

Bei der Ausübung der ihr vom EG-Recht übertragenen Durchführungsbefugnisse wird die EG-Kommission häufig durch Ausschüsse unterstützt, die sich aus Vertretern der EG-Mitgliedstaaten zusammensetzen. Dabei kann es sich um drei Arten von Ausschüssen handeln, die in unterschiedlicher Intensität eine Mitwirkung der Vertreter der Mitgliedstaaten vorsehen, nämlich um beratende Ausschüsse, Verwaltungsausschüsse und Regelungsausschüsse. Beratende Ausschüsse geben ohne formelle Abstimmung Stellungnahmen zu den von der Kommission vorgesehenen Maßnahmen ab, die von der Kommission entsprechend zu berücksichtigen sind. Verwaltungsausschüsse geben ebenfalls solche Stellungnahmen ab, wobei sie Abstimmungen durchführen; stimmen die Maßnahmen der Kommission mit der Stellungnahme eines Verwaltungsausschusses nicht überein, ist ohne aufschiebende Wirkung der EG-Rat zu befassen. Bei den Regelungsausschüssen verhält es sich wie bei den Verwaltungsausschüssen, allerdings mit aufschiebender Wirkung einer Befassung des EG-Rats.

Die möglichst weitgehende Teilnahme an diesen EG-Ausschüssen war während des gesamten Verlaufs der EWR-Verhandlungen ein wichtiges Anliegen der EFTA-Staaten. Dessen Realisierung erfolgte erstens in Teil VI des Hauptabkommens, namentlich in Artikel 81 (siehe oben), und zwar für die EG-Ausschüsse, die die EG-Kommission bei der Durchführung oder der Entwicklung solcher Tätigkeiten der Gemeinschaft unterstützen, zu denen die EFTA-Staaten aufgrund ihrer Beteiligung finanzielle Beiträge leisten; zweitens in Artikel 1oo für EG-Ausschüsse, welche die EG-Kommission bei der Ausarbeitung von Maßnahmenentwürfen unterstützen; und drittens für eine zusätzliche Zahl von Ausschüssen in Artikel 1o1 und dem darin angeführten Protokoll 37, das eine Liste von nicht in den Artikel 81 und 1o1 erfaßten Ausschüssen enthält, ferner in Sonderbestimmungen wie z.B. in Protokoll 3o hinsichtlich der statistischen Zusammenarbeit (siehe oben zu Artikel 76). Die Liste der für die Mitwirkung der EFTA-Staaten geöffneten zusätzlichen Ausschüsse in Protokoll 37 kann durch Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (siehe oben zu Artikel 98) erweitert werden.

In der Gemeinsamen Erklärung Nr.15 ist zu der Mitwirkung der EFTA-Staaten an EG-Ausschüssen gemäß dem Teil VI des Hauptabkommens und im Rahmen der statistischen Zusammenarbeit festgehalten, daß die Vertreter der EFTA-Staaten zwar nicht an den ausschußinternen Abstimmungen mitwirken, die von ihnen dargelegten Meinungen aber von der EG-Kommission in gleicher Weise gebührend zu berücksichtigen sind wie die von Seiten der

EG-Mitgliedstaaten vor der Abstimmung dargelegten Meinungen; für jenen Fälle, wo EG-Mitgliedstaaten eine auf Ausschußebene behandelte Frage vor den EG-Rat bringen können, wird in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit einer Befassung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses durch die EFTA-Staaten in Ausübung des "droit d'vocation" hingewiesen (siehe oben zu Artikel 5).

Zu Artikel 1o2

Die Änderung von Anhängen im vereinfachten Verfahren nach Artikel 98 ist das im Abkommen vorgesehene Instrument zur Übernahme künftiger EG-interner Änderungen der Rechtsakte des EWR-relevanten "acquis" in den EWR, d.h. zur Anpassung des EWR-Rechts an das EG-Rechts in diesem Bereich (siehe oben im Allgemeinen Teil zur Rechtssetzung im EWR sowie zu den Artikeln 97 und 98). Das im Rahmen des vereinfachten Änderungsverfahrens nach Artikel 98 für die Änderung von Anhängen vorgesehene Sonderverfahren wird mit der Unterrichtung der EFTA-Staaten im Gemeinsamen EWR- Auschuß durch die EG eingeleitet, daß "sie einen Rechtsakt auf einem unter dieses Abkommen fallenden Sachgebiet erläßt" (Abs.1).

Der nächste Schritt ist bereits im Hinblick auf die Möglichkeit der Nichteinigung im Ausschuß und der Rechtsfolge der vorläufigen Außerkraftsetzung der "durch die neuen Vorschriften berührten Teile" des betreffenden Anhanges vorgesehen: Der Ausschuß beurteilt (im englischen Vertragstext "...is assessed in the EEA Joint Committee...") "welcher Teil eines Anhanges zu diesem Abkommen von den neuen Rechtsvorschriften unmittelbar berührt wird." Auf diese Weise soll außer Streit gestellt werden, in welchem Umfang der EWR-erhebliche "acquis" des betreffenden Anhanges bei Nichteinigung im Ausschuß ipso iure vorläufig außer Kraft gesetzt wird. Geht man davon aus, daß diese Beurteilung im Ausschuß mit Beschluß erfolgt, der gemäß Artikel 93 Abs.2 von allen EFTA-Staaten mitzutragen ist, so hätte es jeder EFTA-Staat in der Hand, durch Verhinderung der Beschlußfassung über den Umfang des "berührten" Teiles des Anhanges den Eintritt der negativen Rechtsfolge bei Nichteinigung in der Hauptfrage zu verhindern, da in diesem Fall nicht klargestellt wäre, in welchem Umfang der "acquis" des betreffenden Anhanges außer Kraft tritt. Eine derartige Auslegung von Artikel 1o2 Abs.2 erschiene aus EG-Sicht durchaus ungünstig und es bleibt abzuwarten, ob die Anwendungspraxis im Gemeinsamen EWR-Ausschuß in diese Richtung geht. Eine andere Möglichkeit der Auslegung bestünde darin, den Ausdruck "beurteilt" bzw. "is assessed" im Sinne eines Meinungsaustausches zu sehen, der nicht in einen Beschluß zu münden hat; dies würde, wenn es zu der Rechtsfolge der vorläufigen Außerkraftsetzung von "acquis" kommt, die Frage des Umfanges offen lassen und zweifellos zu einer Rechtsunsicherheit führen.

Mit der erstmaligen Unterrichtung der EFTA-Staaten im Gemeinsamen EWR-Auschuß gemäß Abs.1 beginnt eine Frist von sechs Monaten zu laufen (Abs.4). Falls nicht innerhalb dieser Frist im Ausschuß der Änderungsbeschluß gefaßt wird, kommt es gemäß Abs.5 im Regelfall ipso iure zur vorläufigen Außerkraftsetzung der "von den neuen Vorschriften inhaltlich berührten Teile" des betreffenden Anhanges, und zwar nach Ablauf einer weiteren Sechsmonatefrist, die mit Ablauf der ersten Sechmonatefrist gemäß Abs.4 beginnt (oder zu dem gegebenenfalls später gelegenen EG-internen Inkrafttretenszeitpunkt des neuen EG-Rechts); während des Fristenlaufs bis zu der vorgesehenen vorläufigen Außerkraftsetzung kann der Ausschuß eine andere Lösung finden, sodaß es trotz Nichteinigung in der Hauptfrage nicht zu der negativen Rechtsfolge der Außerkraftsetzung kommt, etwa indem festgestellt wird, daß das innerstaatliche Recht des ablehnenden EFTA-Staates ein dem zu übernehmendem EG-Recht gleichwertiges Ergebnis bringt (Abs. 4). Die Außerkraftsetzung betrifft den EWR, d.h. die Beziehungen der EFTA-Staaten zur EG und untereinander; die EG-interne Rechtsordnung bleibt dadurch unberührt. Im übrigen wären in einem solchen Fall aber einschlägige Verträge zwischen den Vertragsparteien, die durch das EWR-Abkommen bloß suspendiert wurden (siehe unten zu Artikel 12o), wieder anzuwenden, sodaß nicht notwendigerweise im Verhältnis zwischen der EG und den EFTA-Staaten sowie unter letzteren untereinander ein "rechtsfreier Zustand" eintreten muß.

Hinsichtlich der Rechte und Pflichten von Privatpersonen, die gemäß Art.5 von der vorläufigen Außerkraftsetzung unberührt bleiben, sind in der Vereinbarten Niederschrift mehrere Beispiele angeführt. Probleme in der Anwendung der durch die Außerkraftsetzung unberührten Teile des Abkommens ("Anpassungen") sind vom Gemeinsamen EWR-Ausschuß gegebenenfalls mit Beschluß zu lösen (Abs.6).

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 102 Abs. 5:

Diese Bestimmung sieht die vorläufige Außerkraftsetzung von Teilen des EWR-Abkommens für jenen Fall vor, daß im Rahmen des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bis zum Ablauf von sechs Monaten ab Befassung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses oder bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Gemeinschaftsvorschrift ein Beschluß zur Änderung eines Anhanges zum EWR-Abkommens in Entsprechung einer Änderung der Rechtslage in der Gemeinschaft nicht zustande kommt. Da dies eine Änderung des EWR-Vertrages darstellt, die nicht der parlamentarischen Genehmigung des Nationalrates unterliegt, ist diese Bestimmung als verfassungsändernd zu genehmigen.

Zu Artikel 1o3

Die Notwendigkeit einer nach dem Verfassungsrecht der EFTA-Staaten gegebenenfalls erforderlichen Befassung der nationalen Parlamente (oder der Durchführung einer Volksabstimmung) im Zuge der Übernahme von neuem EG-Recht in den EWR in dem in Artikel 1o2 vorgesehenen Verfahren ist bei konkretem Anlaß vor der Beschlußfassung des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bekanntzugeben. Der Beschluß kommt dann zwar zustande, sein Inkrafttreten hängt aber von der in Artikel 1o3 Abs.1 vorgesehenen Mitteilung des betreffenden EFTA-Staates an die übrigen Vertragsparteien ab, "daß die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind."

Für die Durchführung des innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens steht ein Zeitraum zur Verfügung, der sich aus dem Zeitraum zwischen der Einleitung des Verfahrens nach Artikel 1o2 und der Beschlußfassung, d.h. maximal sechs Monaten, und weiteren sechs Monaten zusammensetzt (Abs.2). Kommt es innerhalb dieses Zeitraumes nicht zu der Mitteilung gemäß Abs.1 wird der Beschluß von allen Vertragsparteien vorläufig angewendet. Spricht sich aber eine Vertragspartei - etwa aus verfassungsrechtlichen Gründen - gegen die vorläufige Anwendung des Beschlusses aus oder wird mitgeteilt, daß dieinnerstaatliche Genehmigung verweigert wurde ("Nichtratifizierung"), tritt die gleiche Rechtsfolge wie bei Nichtzustandekommen des Änderungsbeschlusses im Ausschuß ein, d.h. es kommt ipso iure zur vorläufigen Außerkraftsetzung der "von den neuen Vorschriften berührten Teile" des betreffenden Anhangs.

Durch die nach dem Abkommen mögliche negative Rechtsfolge der vorläufigen Außerkraftsetzung der "durch die neuen Vorschriften berührten Teile" eines Anhangs des Abkommens bei negativem Votum wird die Freiheit der Entscheidung eines nach Artikel 1o3 durchgeführten innerstaatlichen Genehmigungsverfahrens - die auch durch andere auf sie von außen einwirkende Umstände beeinflußt wird - grundssätzlich nicht beeinträchtigt.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 103 Abs. 2:

Nach dieser Bestimmung kann ein Beschluß des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bis zur Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen (also noch vor Abschluß des Ratifikationsverfahrens) vorläufig angewendet werden, es sei denn, eine Vertragspartei teilt mit, daß eine solche vorläufige Anwendung nicht möglich ist. In diesem Fall oder bei Nichtratifizierung kommt es zu einer vorläufigen Außerkraftsetzung der von den neuen Vorschriften berührten Teile des betreffenden Anhanges. Dieser provisorischen Anwendung, insbesondere aber auch einer solchen vorläufigen Außerkraftsetzung, die gleichsam als Fall eines (einer Teilkündigung ähnlichen) contracting out (vgl. GRILLER, Die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen <Wien 1989>, 60ff) anzusehen wäre, fehlt die

verfassungsrechtlich gebotene Voraussetzung einer entsprechenden vorherigen parlamentarischen Beschlußfassung (vgl. auch die Ausführungen zu dem in der vorliegenden Regelung zitierten Art. 102 Abs. 5). Da es im System der österreichischen Bundesverfassung aber keine Grundlage für eine solche provisorische Anwendung oder Außerkraftsetzung gesetzändernder bzw. gesetzesergänzender Staatsverträge gibt, ist diese Bestimmung als verfassungsändernd zu genehmigen.

Zu Artikel 1o4

Dieser Artikel stellt klar, daß die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses für die Vertragsparteien verbindlich und von diesen mit den erforderlichen Maßnahmen durchzuführen sind. Wie bereits im Allgemeinen Teil festehalten wurde, handelt es sich hier um völkerrechtliche Verbindlichkeit auf der Grundlage des Abkommens. Es ist davon auszugehen, daß Beschlüsse des Ausschusses, die hinsichtlich des Zeitpunktes ihres Inkrafttretens keine Aussage enthalten, umgehend in Kraft treten.

2.7.3. Die Homogenität, das Überwachungsverfahren und die Streitbeilegung

2.7.3.1. Die Homogenität

Zu Artikel 1o5

Die Homogenität des Rechtsraumes im EWR in Sinne der "möglichst einheitlichen Auslegung des Abkommens und der gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen, die im wesentlichen in das Abkommen übernommen wurden" (d.h. des EWR-erheblichen "acquis" und der dem EWG-Vertrag nachgebildeten Bestimmungen des Abkommens), wird einerseits durch die Bindung an die ältere Judikatur des EuGH (siehe oben im Allgemeinen Teil und zu Artikel 6), und anderseits durch dieRegelungen in Artikel 1o5 und 1o6 bewirkt (siehe oben im Allgemeinen Teil). Ausgangspunkt des Verfahrens gemäß Artikel 1o5 ist der dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß zur Kenntnis gelangte Umstand, daß die einheitliche Auslegung des inhaltlich übereinstimmenden EG- und EWR-Rechts durch eine von der EuGH-Judikatur abweichende Judikatur des EFTA-Gerichtshofs gefährdet ist (Abs.2, zweiter Satz und Abs.3). Der Ausschuß hat sich in diesem Fall "dafür einzusetzen", daß die einheitliche Auslegung gewahrt bleibt; und dies offensichtlich dadurch, daß er Beschlüsse faßt, die gemäß ihrer Wirkung nach Artikel 1o4 die Vertragsparteien im gegebenen Zusammenhang auf eine einheitliche Auslegung festlegen.

Ein solcher Beschluß wäre inhaltlich als Änderung des Abkommens im vereinfachten Verfahren des Artikel 98 anzusehen, sodaß davon auszugehen ist, daß ein EFTA-Staat im Sinne von Artikel 1o3 sein Inkrafttreten von einer verfassungsrechtlich vorgesehenen innerstaatlichen Genehmigung (Parlament) abhängig machen kann. Daß ein solcher Beschluß nur darin bestehen wird, die Auslegung des EuGH verbindlich in den EWR zu übernehmen, ergibt sich aus der den Grundsätzen des EG-Rechts verpflichteten Mitwirkung der EG-Seite an der Beschlußfassung im Ausschuß. Die rückwirkende Aufhebung derjenigen Rechtssprechung des EFTA-Gerichtshofs, die das Verfahren auslöste, ist nicht ausdrücklich vorgesehen und offenbar auch nicht beabsichtigt.

Falls der Ausschuß innerhalb von zwei Monaten ab Beginn des Verfahrens keinen Beschluß im vorstehenden Sinn faßt, sieht Abs.3 die Möglichkeit eines Streitbeilegungsverfahrens vor.

Zu Artikel 1o6

Die in diesem Artikel vorgesehene Einrichtung eines Systems für den Informationsaustausch über die Judikatur der EG-Gerichtshöfe, des EFTA-Gerichtshofs und der Höchstgerichte in den EFTA-Staaten betreffend die "gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen, die im wesentlichen in das Abkommen übernommen wurden" (siehe oben zu Artikel 1o5), bedeutet für den Gemeinsamen EWR-Ausschuß eine Aufgabe, die offensichtlich mit größerem Verwaltungsaufwand

verbunden ist. Eine zentrale administrative Rolle wird dabei dem Geschäftsapparat des EuGH und namentlich seinem Kanzler übertragen, um damit die verwaltungsökonomische Nutzung jenes Apparats für das wichtige Anliegen der Wahrung von wechselseitiger Transparenz und Homogenität in der Rechtssprechung der Vertragsparteien im EWR zu erreichen.

Zu Artikel 1o7

Hier sieht das Abkommen die Möglichkeit vor, daß Gerichte in den EFTA-Staaten sich in einem Vorabentscheidungsverfahren analog zu jenem nach Artikel 177 EWG-Vertrag an den EuGH wenden, um dessen bindende Entscheidung über die Auslgegung einer EWR-Bestimmung zu erwirken. Wünscht ein EFTA-Staat, daß seine Gerichte von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, hat er gemäß Artikel 2 in Protokoll 34 eine entsprechende Mitteilung an den EuGH zu richten. Gegenwärtig wird von den EFTA-Staaten, einschließlich Österreichs, nicht beabsichtigt, eine solche Erklärung abzugeben.

2.7.3.2. Das Überwachungsverfahren

Zu Artikel 1o8

In diesem Artikel verpflichten sich die EFTA-Staaten im Sinne des im Allgemeinen Teil dargestellten "2-Pfeiler-Modells" den "EFTA-Pfeiler", bestehend aus dem EFTA-Überwachungsorgan und dem EFTA-Gerichtshof, zu errichten. Dies erfolgt durch das gleichfalls im Allgemeinen Teil behandelte "Abkommen der EFTA-Staaten zur Errichtung eines Überwachungsorgans und eines Gerichtshofs". Darin ist vorgesehen, daß das EFTA-Überwachungsorgan als Kollegialorgan mit sieben Mitgliedern fungiert, die - unterstützt von einem Beamtenstab - nach dem Vorbild der EG-Kommission ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit ausüben und Anweisungen einer Regierung weder anfordern noch entgegennehmen dürfen.

Für den EFTA-Gerichtshof, der nach dem genannten Abkommen aus sieben Richtern bestehen soll, sieht Artikel 1o8 Abs.2 vor, daß seine Aufgaben die Behandlung von Klagen im Bereich des Überwachungsverfahrens, ferner von Rechtsmitteln gegen Beschlüsse des EFTA-Überwachungsorgans in Wettbewerbsangelegenheiten und die Streitbeilegung zwischen den EFTA-Staaten umfassen soll, wobei die letztgenannte Aufgabe im Abkommen zur Errichtung eines Überwachungsorgans und eines Gerichtshofs dahingehend präzisiert wird, daß hierbei nur Streitfälle im Zusammenhang des EWR angesprochen sind. Das Abkommen zur Errichtung des EFTA-Überwachungsorgans und des EFTA-Gerichtshofs sieht darüber hinaus in seinem Artikel 34 vor, daß der EFTA-Gerichtshof Gutachten über die Auslegung des Abkommens erstellen kann, wobei ein solches Gutachten in einem Vorabentscheidungsverfahren auch von Gerichten in den EFTA-Staaten angefordert werden kann. Für weitere Ausführungen zu jenem Abkommen, das gesondert dem Nationalrat zu Genehmigung vorgelegt wird, sei auf die Erläuterungen der betreffenden Regierungsvorlage verwiesen.

Zu Artikel 1o9

Hier wird in Abs.1 im Sinne des "2-Pfeiler-Modells" festgehalten, daß die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Abkommen einerseits durch das EFTA-Überwachungsorgan und anderseits durch die EG-Kommission überwacht wird. Die beiden Überwachungsorgane arbeiten eng zusammen (Abs.2). Sie setzen einander von den jeweils bei ihnen eingegangenen Beschwerden in Kenntnis (Abs.3) und treten einander die jeweils in die Zuständigkeit des anderen Überwachungsorganes fallenden Beschwerden ab (Abs.4). Bei Zuständigkeitskonflikten und anderen Meinungsverschiedenheiten kann sich jede Seite an den Gemeinsamen EWR-Ausschuß wenden, der nach Artikel 111 (Streitbeilegungsverfahren) vorzugehen hat.

Zu Artikel 11o

Die Vollstreckung von Entscheidungen des EFTA-Überwachungsorgans oder der auf der Grundlage des Abkommens ergangenen Entscheidungen der EG-Kommission, die eine finanzielle Verpflichtung auferlegen (z.B. eine Strafe in einem Wettbewerbsfall), ist von dem territorial zuständigen Staat nach den Bestimmungen seines zivilgerichtlichen Verfahrens vorzunehmen (Abs. 1 und 2). Dies gilt auch für Entscheidungen des EFTA-Gerichtshofs und für Entscheidungen, die auf der Grundlage des Abkommens (etwa in Wettbewerbsangelegenheiten, wenn gegen die Entscheidung der EG-Kommission als Überwachungsorgan ein Rechtsmittel ergriffen wird) durch den EuGH oder den Gerichtshofs erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften ergehen (Abs.1, zweiter Satz). Österreich hat hiezu in einer Erklärung (Nummer 21) festgehalten, daß sich seine Verpflichtung zur Vollstreckung derartiger Beschlüsse von EG-Organen lediglich auf solche Beschlüsse erstreckt, die im Abkommen ihre volle Deckung finden; es hat sich damit die in Artikel 11o nicht vorgesehene inhaltliche Überprüfung der jeweiligen Beschlüsse an Hand des Abkommens und der nach Artikel 6 und nach dem Verfahren nach Artikel 1o5 für den EWR maßgeblichen EuGH-Judikatur vorbehalten. Die EG-Seite hat hierzu ihrerseits eine Erklärung abgegeben, wonach u.a. bei Meinungsverschiedenheiten bei konkreten Fällen umgehend Konsultationen aufzunehmen sind.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 110 Abs. 1:

Diese Bestimmung enthält eine Übertragung von Hoheitsrechten auf internationale Organe (EFTA-Überwachungsbehörde sowie Kommission der EG). Wie bereits die diesbezüglichen Ausführungen zu Art. 62 ergeben haben, wird sich die Tätigkeit dieser Überwachungsbehörden auch auf Angelegenheiten erstrecken, die nach der Kompetenzverteilung des B-VG in die Zuständigkeit der Länder fallen. Es wird daher auch Art. 110 Abs. 1 als verfassungsändernd zu genehmigen sein.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 110 Abs. 4:

Zum verfassungsändernden Charakter dieser Bestimmung kann auf die diesbezüglichen Erläuterungen zu Art. 110 Abs. 1 verwiesen werden.

2.7.3.3. Die Streitbeilegung

Zu Artikel 111

Das Streitbeilegungssystem des Abkommens steht bei Streitigkeiten über dessen Auslegung oder Anwendung zur Verfügung und wird dadurch in Anspruch genommen, daß ein EFTA-Staat oder auf EG-Seite die Gemeinschaft (d.h. nicht ein einzelner EG-Mitgliedstaat) mit einem solchen Streitfall den Gemeinsamen EWR-Ausschuß befaßt (Abs.1). Es handelt sich hier - wie bereits im Allgemeinen Teil festgehalten wurde - um ein politisch-administratives Verfahren, das mit einem Beschluß des Ausschusses (siehe oben zu Artikel 93 und zu Artikel 1o4) seinen positiven Abschluß findet.

Bei Rechtsstreitigkeiten über Bestimmungen des Abkommens, die "inhaltlich identisch" sind mit den entsprechenden Bestimmungen des EWG-Vertrags oder des EGKS-Vertrags oder der auf Grund dieser Verträge erlassenen Rechtsakte (d.h. über den EWR-erheblichen "acquis"), die nicht innerhalb von drei Monaten einer Lösung zugeführt wurden, können die an dieser Streitigkeit beteiligten Vertragsparteien im Einvernehmen den EuGH um eine verbindliche Auslegung der betreffenden Bestimmung ersuchen (Abs.3, erster Satz).

Sollte innerhalb von sechs Monaten nach Befassung des Ausschusses keine Lösung erzielt oder keine Befassung des EuGH vorgenommen worden sein, können die einzelnen Vertragsparteien zur Herstellung des aus ihrer Sicht durch das Verhalten der anderen Seite gestörten Gleichgewichts der im Abkommen vereinbarten Rechte und Pflichten eine Schutzmaßnahme ergreifen (Abs.3, zweiter Satz; siehe unten zu Artikel 112). Sie können aber wahlweise

auch "Artikel 1o2 entsprechendanwenden"; diese Regelung erscheint einigermaßen unklar, da insbesondere nicht erkennbar ist, ab wann die Sechsmonatefrist des Artikel 1o2 Abs. 4 und Abs.5 zu laufen beginnt und in welcher Weise der Umfang der als Rechtsfolge der Nichteinigung im Ausschuß vorläufig außer Kraft zu setzenden "acquis" festzulegen ist.

Streitigkeiten über den Umfang und die Dauer von Schutzmaßnahmen (siehe unten zu Artikel 112), einschließlich jener, die im Zuge eines Rechtsstreites im Sinne von Abs.3 ergriffen werden, sowie die Angemessenheit der als Reaktion auf solche Schutzmaßnahmen ergriffenen Ausgleichsmaßnahmen nach Artikel 114 (siehe unten) können durch die Initiative einer Vertragspartei vor ein Schiedsgericht gebracht werden, falls es im Gemeinsmen EWR-Ausschuß innerhalb von drei Monaten nach seiner Befassung zu keiner Lösung kommt (Abs. 4). Die Zusammensetzung des Schiedsgerichts ist in Protokoll 33 geregelt.

Werden in einem Rechtsstreit im Sinne von Abs.3 Schutzmaßnahmen ergriffen, deren Umfang oder die Dauer bzw. die Angemessenheit von Ausgleichsmaßnahmen in weiterer Folge von einem Schiedsgericht beurteilt wird, darf letzteres nicht über den Rechtsstreit befinden (Abs.4, letzter Satz). Dies entspricht der von der EG-Seite nach Vorliegen des EuGH-Gutachtens vom 14.12.1991 vertretenen Haltung, daß im Abkommen eine andere Rechtssprechungsinstanz als der EuGH nicht zur Auslegung von EG-Recht - und damit auch nicht von "inhaltlich identischem" EWR-Recht - berufen werden darf.

Zur Frage des Verfassungsranges des Art. 111 Abs. 4:

Diese Bestimmung sieht die Unterwerfung von Streitigkeiten betreffend das Ausmaß oder die Dauer von Schutzmaßnahmen unter ein System der völkerrechtlichen Schiedsgerichtsbarkeit vor. Da es nicht ausgeschlossen werden kann, daß Österreich Schutzmaßnahmen in Bereichen ergreifen könnte, die nach der bundesverfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung in die Zuständigkeit der Länder fallen (zu denken wäre insbesondere an den Bereich des Grundverkehrs; siehe dazu die diesbezüglichen Erläuterungen zum Anhang XII) und solche Schutzmaßnahmen in weiterer Folge nach Maßgabe der gegenständlichen Bestimmung einer schiedsgerichtlichen Überprüfung unterliegen können, ist für die Übertragung solcher Hoheitsbefugnisse an ein Internationales Schiedsgericht eine Deckung in Art. 9 Abs. 2 B-VG (arg. "Hoheitsrechte des Bundes") keine Deckung zu finden. Auch Art. 9 Abs. 1 B-VG bildet dafür keine hinreichende verfassungsrechtliche Grundlage (vgl. hiezu: **Griller,** Die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen <Wien 1989> insbesondere Seite 241 bis 245). Art. 11 Abs. 4 wird daher als verfassungsändernd zu genehmigen sein.

2.7.4. Schutzmaßnahmen

Zu Artikel 112

Als Voraussetzungen, unter denen das Abkommen die Vertragsparteien zur Ergreifung von Schutzmaßnahmen ermächtigt (Abs.1) - was bedeutet, daß zur Wahrung wichtiger Interessen ausnahmsweise ein gegenüber den Verpflichtungen aus dem Abkommen konträres Verhalten gesetzt werden darf - werden neben wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch solche im gesellschaftlichen Bereich (der neben der sozialen Komponente auch andere, etwa jene der öffentlichen Ordnung, einschließt) und Umweltprobleme angeführt. So könnte etwa die nach dem Abkommen zulässige Einfuhr bestimmter Produkte, die aus der Sicht des Einfuhrstaates ernste Umweltprobleme aufwerfen würde, im Wege einer Schutzmaßnahme ausgesetzt werden. Die für die Ergreifung von Schutzmaßnahmen ursächliche Situation muß einen zumindest potentiell dauerhaften Charakter aufweisen (im englischen Text "...liable to persist..."). Schutzmaßnahmen sind hinsichtlich des Umfanges und der Dauer auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken (Abs.2) und dürfen unter den anderen Vertragsparteien nicht diskriminieren (Abs.3), wenngleich sie häufig eine Diskriminierung zugunsten der eigenen Staatsangehörigen bewirken (siehe oben zu Artikel 4).

Abgesehen von der generellen Regelung des Artikel 112 werden in einigen weiteren Bestimmungen des Abkommens besondere Voraussetzungen vereinbart, deren Vorliegen die Vertragsparteien berechtigen, Schutzmaßnahmen im Sinne von Art. 112 zu ergreifen; es sind dies insbesondere Artikel 25 (Schutzmaßnahmen bei Schwierigkeiten, die sich für eine Vertragspartei aus bestimmten, den freien Warenverkehr betreffenden Regelungen des Abkommens ergeben; siehe oben zu Artikel 25) und die Artikel 43 und 45 (Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem freien Kapitalverkehr; siehe hiezu oben). Auch bei Mangel an Fortschritten im Streitbeilegungsverfahren nach Artikel 111 können Schutzmaßnahmen ergriffen werden (siehe oben zu Artikel 111 Abs. 3).

Österreich hat zu Artikel 112 eine Erklärung abgegeben, in der darauf hingewiesen wird, daß in Teilen des Bundesgebiets angesichts der geographischen Gegebenheiten Land für Siedlungszwecke und insbesondere Bauland für Wohnzuwecke nur beschränkt vorhanden ist, sodaß Störungen des Liegenschaftsmarktes gegebenenfalls zu jenem in Artikel 112 angesprochenen Sachverhalt führen können, welcher die Ergreifung von Schutzmaßnahmen rechtfertigt.

Zu Artikel 113

Bei der Ergreifung von Schutzmaßnahmen ist ein Verfahren mit vorhergehender Benachrichtigung und Konsultationen einzuhalten. Bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände können die erforderlichen Schutzmaßnahmen auch unverzüglich und außerhalb dieses Verfahrens gesetzt werden (Abs.3, zweiter Satz). Auf EG-Seite werden Schutzmaßnahmen nach dem Abkommen unabhängig davon, wer im konkreten Fall als Vertragspartei im Sinne von Artikel 2 lit.b. anzusehen ist, immer von der EG-Kommission gesetzt (Abs.3, dritter Satz).

Zu Artikel 114

Ist eine Vertragspartei der Auffassung, daß durch die von einer anderen Vertragspartei ergriffene Schutzmaßnahme das Gleichgewicht der im Abkommen vereinbarten Rechte und Pflichten gestört wird, kann sie in der gleichen Weise und entsprechend dem Kriterium der inhaltlichen und zeitlichen Angemessenheit sogenannte Ausgleichsmaßnahmen setzen (Abs.1), wobei das in Artikel 113 für Schutzmaßnahmen vorgesehene Verfahren einzuhalten ist (Abs.2). Auch hier wird auf EG-Seite nach außen ausschließlich die EG-Kommission tätig.

2.8 DER FINANZIERUNGSMECHANISMUS

Während der EWR-Verhandlungen wurde wiederholt von Seiten mancher EG-Mitgliedstaaten argumentiert, daß die gegenseitige Öffnung vor allem auf den Gebieten des Warenverkehrs und der Dienstleistungen den EFTA-Staaten überproportionale Vorteile zu Lasten der weniger entwickelten EG-Mitgliedstaaten bringen würde, deren komparative Vorteile auf dem Gebiet der Landwirtschaft lägen. Da der EWR-Vertrag nur geringe Änderungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukte enthalte, müßten diese Vorteile anderweitig kompensiert werden.

Den Forderungen wurde durch die Einrichtung eines sogenannten Finanzmechanismus Rechnung getragen ("Kohäsionsfonds"). In den Artikeln 115 bis 117 sowie in Protokoll 38 sind die entsprechenden Bestimmungen enthalten. Es sind Investitionszuschüsse von 500 Mio. ECU (etwa 7,25 Mrd. S) sowie Zinsenszuschüsse für Kredite von 1.500 Mio. ECU (eta 21,75 Mrd. S) mit einem Zinsstützelement von 3 Prozentpunkten vorgesehen. Die Mittel sollen für Projekte in den "Kohäsionsländern" Griechenland, Spanien, Portugal und Irland verwendet werden.

Die finanziellen Auswirkungen für Österreich sind mit einem Barwert von etwa 335 Mio. S pro Jahr, verteilt auf 5 Jahre, zu veranschlagen.

2.9. TEIL IX: ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Zu Artikel 118

In diesem Artikel wird für den Fall Vorsorge getroffen, daß das Anliegen besteht, das Assoziationsverhältnis des EWR auf bisher nicht darunter fallende Sachbereiche ("Gebiete") auszudehen. Es ist hier ein förmliches Verfahren (begründeter Antrag im EWR-Rat, Möglichkeit der Prüfung und Abfassung eines Berichts im Gemeinsamen EWR-Ausschuß, politischer Beschluß des Rats zur Aufnahme von Verhandlungen) vorgesehen, das bei anderen Initiativen zur Vertragsänderung (siehe oben zu Artikel 5) offenbar nicht einzuhalten ist, ganz abgesehen vom vereinfachten Verfahren der Vertragsänderung nach Artikel 98.

Zu Artikel 119

Hier wird die in Artikel 2 lit.a getroffene Aussage wiederholt, wonach u.a. die Protokolle und Anhänge des Abkommens sowie die Rechtsakte, auf die darin verwiesen wird (hier "auf die darin Bezug genommen wird"), Bestandteil des Abkommen sind, und zwar mit der Präzisierung, daß es sich dabei um "für die Zwecke des Abkommens angepaßten Rechtsakte" handelt. Diese "Anpassungen" bestehen darin, daß für solche Inhalte der in den EWR übernommenen EG-Rechtsakte, die nicht den Gegebenheiten der Anwendung im EWR - d.h. im Verhältnis zwischen EG und EFTA-Staaten und im Verhältnis der EFTA-Staaten untereinander - entsprechen, aber im Sinne der im folgenden näher kommentierten Verweisungstechnik nicht für die Zwecke des EWR geändert wurden, das EWR-Abkommen bestimmte Anwendungsregeln vorsieht, die im Protokoll 1 zusammengefaßt sind.

Beim EWR-Abkommen wurde aufgrund der großen Zahl der zu übernehmenden Rechtsvorschriften eine Verweisungstechnik gewählt, bei der Titel und Fundstellen des EWR-relevanten Sekundärrechts der EG nach Sachbereichen gegliedert in den 22 Anhängen zum Vertrag chronologisch aufgelistet werden. In diesen Vorschriften wird regelmäßig mit gleichbleibendenBegriffen auf bestimmter Verfahren, Informations- und Berichtspflichten, Mitgliedstaaten, nationale Behörden, Unternehmen und Einzelpersonen sowie deren Rechte und Pflichten verwiesen. Protokoll 1 über horizontale Anpassungen definiert dabei alle allgemeinen Anpassungen, indem es festlegt, daß diese Verweisungen nach Maßgabe des EWR-Vertrags und dieses Protokolls analog auch für die EFTA-Staaten anwendbar sind, sofern im jeweiligen Anhang keine besonderen Anpassungen getroffen werden.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Protokolls 1 ist auszuführen:

Zu den Z. 1 bis 3:

In Z. 1 wird festgehalten, daß die Präambeln der Rechtsakte, die für die Auslegung von Bedeutung sind, nicht angepaßt werden.

Z. 2 verweist hinsichtlich der die EG-Ausschüsse betreffenden Bestimmungen, die in den verwiesenen Rechtsakten enthalten sind, auf die Artikel 81, 100 und 101 des Abkommens sowie auf Protokoll 31.

Z. 3 nimmt auf verwiesene EG-Rechtsakte Bezug, die Bestimmungen enthalten, denenzufolge sie nach EG-Verfahren angepaßt, ausgedehnt oder geändert werden können oder die die Ausarbeitung neuer Politiken, Maßnahmen oder Rechtsakte der Gemeinschaft ermöglichen. Es wird bestimmt, daß immer dann, wenn in der EG von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird, auch die einschlägigen Beschlußfassungsverfahren des EWR-Abkommens Anwendung finden, um die in ihm vorgesehene Konsultation der EFTA-Seite und eine entsprechende parallele Rechtsfortbildung auch in diesen Fällen zu gewährleisten. Eine solche Überprüfung auf eine allfällig notwendige Anpassung ist beispielsweise in der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten oder im Gemeinschaftsrahmen C/83/86/p.2 für staatliche Forschungs- und Entwicklungs- beihilfen (Artikel 9) vorgesehen.

Zu Z. 4: Sieht ein EWR-relevanter Rechtsakt der Gemeinschaft vor, daß ein Mitgliedstaat oder eine zuständigestaatliche Behörde der EG-Kommission Informationen vorzulegen hat, gelten diese Informationspflichten gemäß lit a) für EFTA-Staaten gegenüber der EFTA-Überwachungsbehörde. Eine solche Informationspflicht ist etwa in der Richtlinie 80/723/EWG der Kommission vom 25. Juni 1980 über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen enthalten (Artikel 5 Abs 2).

Z. 4 lit. a) sieht vor, daß die der EG-Kommission bzw. der EFTA-Überwachungsbehörde auf diese Weise zugekommenen Informationen gegenseitig auszutauschen sind. Ziel dieser Bestimmung ist, im EWR-Raum eine gleichartige Anwendung der einschläigigen Rechtsakte zu sichern. Lit. b) sichert aus demselben Grund den Informationsfluß zwischen EG- und EFTA-Mitgliedstaaten im EWR in bezug auf Informationen, welche diese aufgrund von EG-Rechtsakten einander vorzulegen haben. Eine solche gegenseitige Informationspflicht ist etwa in der Verordnung (EWG) 1191/69 des Rates vom 26. Juni über das Vorgehen der Mitgliedstaaten bei mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes verbundenen Verpflichtungen auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs (Artikel 8) vorgesehen. Im Regelfall sind diese Informationen an die EG-Kommission bzw. den Ständigen Ausschuß zu übermitteln, die bzw. der sie dann den EFTA- bzw. EG-Mitgliedstaaten weiterleitet. Gemäß lit c) sind in Bereichen, in denen aus Dringlichkeitsgründen eine schnelle Informationsübermittlung erforderlich ist - also etwa im Wettbewerbs- und Beihilfenbereich - Lösungen mit direktem Informationsaustausch ohne Zwischenschaltung der Aufsichtsbehörden vorzusehen.

Zu Z. 5: In Bezug auf Berichte, Bewertungen und ähnliche von der EG-Kommission oder anderen EG-Gremien auszuarbeitende Dokumente sieht Z. 5 analoge Verpflichtungen der EFTA- Überwachungsbehörde bzw. des Ständigen Ausschusses vor. Derartige Verpflichtungen sind beispielsweise in der zu Z. 4 zitierten Transparenz-Richtlinie (Artikel 7) oder der Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. 7. 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Artikel 15) vorgesehen. Bei Erstellung dieser Berichte bestehen wechselseitige Informationspflichten zwischen EG-Kommission und EFTA-Überwachungsbehörde.

Zu Z. 6: Diese Bestimmung gewährleistet eine EWR-weit gleichartige Veröffentlichung von Informationen durch EG- bzw. EFTA-Mitgliedstaate, zu denen diese aufgrund von EWR-relevanten EG-Rechtsakten verpflichtet sind. Eine solche Verpflichtung findet sich beispielsweise in zu Z. 4 zitierten VO (EWG) 1191/69 (Art. 15).

Zu Z. 7 bis 9: Vielfach werden in EG-Rechtsakten den EG-Mitgliedstaaten oder ihren Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen in ihren Beziehungen zueinander Rechte verliehen oder Pflichten auferlegt. Sind die entsprechenden Rechtsakte im EWR-relevanten "acquis" enthalten, sichert Z. 7 deren Ausdehnung auf den gesamten EWR-Raum. Eine derartige - auf den gesamten EWR-Raum auszudehnende - Berechtigung eines Mitgliedstaates findet sich beispielsweise der Verordnung (EWG) 3820/85 des Rates vom 2o. Dezember 1985 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr (Artikel 13 Abs. 1).

Z. 8 erklärt Bezugnahmen auf das Gebiet der "Gemeinschaft" oder den "Gemeinsamen Markt" als Bezugnahmen auf die Gebiete der Vertragsparteien im Sinne des Artikels 126 des Abkommens und damit als Bezugnahmen auf den gesamten EWR-Raum (mit den in Artikel 126 definierten Einschränkungen). Als Beispiel läßt sich hier die Richtlinie 73/148/EWG des Rates vom 21. Mai 1973 zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten innerhalb der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Niederlassung und des Dienstleistungsverkehrs anführen.

Gemäß Z.9 gelten Bezugnahmen auf Angehörige von EG-Mitgliedstaaten im Sinne des gegenständlichen Abkommens als Bezugnahmen auf die Angehörigen von EFTA-Staaten. Dies ist beispielsweise in Artikel 1 des oben zitierten Rechtsakts der Fall.

Zu Z. 10 - 12: Artikel 10 enthält einen Verweis auf die Sprachenregelung in der EG und damit verbundene Rechte und Pflichten von EG-Mitgliedstaaten, ihren Körperschaften, ihren Unternehmen oder ihren Einzelpersonen. Diese Rechte und Pflichten gelten analog auch für den EFTA-Raum, sofern sie in Rechtsakten der EG, auf die Bezug genommen wird, festgelegt sind.

Z. 11 erklärt die Inkrafttretens- und Durchführungsbestimmungen der Rechtsakte, auf die in den Anhängen Bezug genommen wird, für die Zwecke des Abkommens unbeachtlich und verweist auf die entsprechenden Inkrafttretens- und Durchführungsbestimmungen, die sich aus Art. 129 Abs 3 des Abkommens und aus den Übergangsregelungen ergeben. Damit ist sichergestellt, daß es keine rückwirkende Anwendbarkeit vom EWR-relevanten EG-Rechtsakten gibt.

Zu Artikel 120

Die Anwendung des Abkommens geht jener von anderen die von ihm erfaßten Materien (auch teilweise) regelnden Verträgen zwischen der EG und EFTA-Staaten vor, was bedeutet, daß die Anwendung dieser anderen grundsätzlich weitergeltenden Verträge während der Geltungsdauer des Abkommens sistiert ist. Dies gilt insbesondere für die zwischen der EWG bzw. der EGKS und den einzelnen EFTA-Staaten geschlossenen Freihandelsabkommen einschließlich der Freihandelsabkommen mit Österreich. Ausgenommen von dieser Regelung sind die in den Protokollen 41, 43 und 44 angeführten Verträge, die ihrerseits in ihrer Anwendung dem Abkommen vorgehen: Dies gilt aus österreichischer Sicht für das Abkommen zwischen der Republik Österreich einerseits und der Bundesrepublik Deutschland und der EWG anderseits über die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Einzugsgebiet der Donau (BGBl. Nr. 7/1991), für das am 19.11.1991 unterzeichnete Abkommen in Form eines Briefwechsels zwischen der Republik Österreich und der EWG über das Inverkehrbringen von in Flaschen abgefüllten Tafelweinen aus der Gemeinschaft nach Österreich und für das künftige Abkommen zwischen der Republik Österreich und der EWG über den Güterverkehr im Transit auf der Straße und auf der Schiene. Zu letzterem führt Protokoll 43 aus, daß sechs Monate vor seinem vertragsgemäßen Außerkrafttreten eine gemeinsame Erörterung der Lage im Straßengüterverkehr stattzufinden hat.

Im übrigen gelten für das Verhältnis zwischen dem Abkommen und anderen für die Vertragsparteien sei es untereinander oder im Verhältnis zu Dritten verbindlichen Verträgen die für völkerrechtliche Verträge generell maßgeblichen Grundsätze. Als Sonderregelung hierzu bestimmt die Gemeinsame Erklärung betreffend das Verhältnis zwischen dem EWR-Abkommen und geltenden Abkommen, daß Rechte von Einzelpersonen oder von Unternehmen aus bestehenden Verträgen zwischen EG- und EFTA-Staaten oder zwischen EFTA-Staaten untereinander oder solche Rechte in Bezug auf regionale Zusammenarbeit oder administrative Vereinbarungen solange vom Abkommen unberührt bleiben, bis das Abkommen selbst einen gleichwertigen Rechtszustand herstellt. Dies bedeutet eine Ausnahme gegenüber dem Diskriminierungsverbot des Artikel 4.

Zu Artikel 121

Bei den in diesem Artikel ausdrücklich angeführten Fällen regionaler Zusammenarbeit, die durch das Abkommen unberührt bleiben, soweit sie seiner ordnungsgemäßen Anwendung nicht entgegenstehen, findet sich auch die gegenwärtige und künftige österreichisch-italienische Zusammenarbeit im regionalen Rahmen. Durch die Bestimmung, daß die Berücksichtigung regionaler Zusammenarbeitssysteme das reibungslose Funktionieren des Abkommens nicht beeinträchtigen darf, ist die sich aus der Anwendung dieses Artikels ergebende Einschränkung des Diskriminierungsverbotes des Artikels 4 inhaltlich eingegrenzt. Im übrigen schließt das EWR-Abkommen auch die künftige Fortentwicklung der regionalen Zusammenarbeit in den hier ausdrücklich angeführten Fällen nicht aus, soweit diese ihrerseits das reibungslose Funktionieren des Abkommens nicht beeinträchtigt.

Zu Artikel 122

Die Regelung betreffend die Vertraulichkeit bestimmter Informationen, die im Zuge der Anwendung des Abkommens erworben wurden (insbesondere in bezug auf Unternehmen) ist Artikel 214 des EWG-Vertrages nachgebildet.

Zu Artikel 123

Dieser Artikel, der sich inhaltlich an Artikel 223 und 224 des EWG-Vertrages orientiert, betrifft die durch andere Bestimmungen des Abkommens unberührte Handlungsfreiheit der Vertragsparteien in bezug auf ihre Anliegen der äußeren und inneren Sicherheit, einschließlich der Produktion von und des Handels mit Kriegsmaterial. Hierbei ergibt sich aus der in lit. b getroffenen Regelung für Österreich, daß das Abkommen der Ergreifung von Maßnahmen hinsichtlich des Handels mit Waffen, Munition oder anderem Kriegsmaterial nicht entgegensteht, was zur Folge hat, daß allfällige Beschränkungen oder Verbote betreffend die Ein-, Aus- und Durchfuhr derartiger Waren, die gemäß dem Außenhandelsgesetz 1984 (BGBl. Nr. 184/1984 i.d.g.F) oder dem Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial (BGBl. Nr. 340/1977 i.d.g.F.) verfügt werden, vom Abkommen nicht betroffen sind. In lit. b des Artikels findet sich im übrigen eine weitergehende Formulierung als in der Parallelbestimmung des Art. 223 Abs. 1 lit. b des EWG-Vertrags, da hier auch die Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich sowie andere verteidigungsrelevante Produktionsvorgänge als die Erzeugung von Kriegsmaterial genannt sind.

Zu Artikel 124

Dieser Artikel entspricht Artikel 221 des EWR-Vertrages und verwirklicht dementsprechend das allgemeine Diskriminierungsverbot in Artikel 4 des Abkommens für den besonderen Fall der Beteiligung am Kapital von Gesellschaften.

Zu Artikel 125

In Entsprechung von Artikel 222 des EWG-Vertrages wird hier ein Vorrang des nationalen Rechts hinsichtlich der Gestaltung der Eigentumsordnung ausgesprochen. Der Begriff der Eigentumsordnung im Sinne des EG-Rechts beinhaltet die verfassungsrechtlichen Vorschriften über das Privateigentum, die Enteignung bzw. Sozialisierung und über die Schranken der Eigentumsnutzung. Die Gestaltung der Eigentumsordnung im EWR ist demnach der nationalen Gesetzgebung der EFTA-Staaten vorbehalten, sowie sie auf EG-Seite durch Artikel 222 des EWG-Vertrages der nationalen Gesetzgebung der EG-Mitgliedsstaaten vorbehalten ist. Die nationale Gesetzgebung hat allerdings auch hier das Diskriminierungsverbot in Artikel 4 des Abkommens (bzw. in Artikel 7 des EWG-Vertrages) zu beachten.

Zu Artikel 126

Hinsichtlich des territorialen Anwendungsbereichs des Abkommens wird für die EG-Seite auf den EWG-Vertrag verwiesen, was u.a. bedeutet, daß die dort in Artikel 227 getroffenen Regelungen für die Färöer, für die Kanalinseln und die Insel Man übernommen werden. Auf der EFTA-Seite finden sich Sonderregelungen für die Aland-Inseln (Abs.2) und für Spitzbergen (Protokoll 4o).

Zu Artikel 127

Das Abkommen kann unter Einhaltung einer Zwölfmonatefrist gekündigt werden, wobei die anderen Vertragsparteien umgehend nach Benachrichtigung der Kündigungsabsicht eine diplomatische Konferenz zur Vorbereitung der durch das Ausscheiden einer Vertragspartei allenfalls erforderlichen Vertragsänderungen einzuberufen haben .

Zu Artikel 128

Staaten, die der EFTA beitreten, können sich um Teilnahme am EWR bewerben und solche, die der EG beitreten, sind sogar dazu verpflichtet, wobei die Bedingungen des Eintritts in den EWR jeweils durch völkerrechtlichen Vertrag zwischen dem Bewerberstaat und den vorhandenen Vertragsparteien zu regeln sind. Auch in dem naheliegenden Fall, daß ein bereits dem Abkommen als Vertragspartei angehörender EFTA-Staat in der Folge EG-Mitglied wird, dürfte es erforderlich sein, bestimmte Vertragsänderungen im Abkommen vorzunehmen; ob es in diesem Fall auch notwendig sein wird, den Eintritt in den EWR nunmehr "auf der anderen Seite" vertraglich zu vereinbaren, bleibt im Abkommenstext offen und wird durch die Anwendungspraxis bestimmt werden.

Zu Artikel 129

Das Abkommen, das auf Englisch verhandelt wurde, ist in den offiziellen Sprachen der EG und aller EFTA-Staaten - d.h. insgesamt in 13 Sprachen - authentisch (Abs. 1). Als Depositar ist das EG-Ratssekretariat vorgesehen, das die anderen Vertragsparteien von den erfolgten Ratifizierungen bzw. Genehmigungen benachrichtigt (Abs. 2).

Sollten bis zu dem vorgesehenen Inkrafttretenstermin 1.1.1993 nicht alle Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt sein, tritt der EWR am ersten Tag des zweiten Monats nach der letzten Benachrichtigung durch das EG-Ratssekretariat in Kraft, d.h. beispielsweise bei dem im Abkommen vorgesehenen letztmöglichen Termin der Benachrichtigung durch das EG-Ratssekretariat (30.6.1993) am 1.8.1993 (Abs.3). Kann wegen des verspäteten Eingangs von Ratifikationsurkunden der letztmögliche Benachrichtigungstermin durch das EG-Ratssekretariat nicht eingehalten werden und kommt es deshalb nicht zu einem Inkrafttreten des Abkommens bis einschließlich 1.8.1993 ist von den Vertragsparteien eine diplomatische Konferenz zur Beurteilung der Sachlage einzuberufen, der es u.a. obliegen könnte, den Inkrafttretenstermin weiter zu erstrecken.

Zu Protokoll 1:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 119

Zu Protokoll 2:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 8

Zu Protokoll 3:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 8

Zu Protokoll 4:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 9

Zu Protokoll 5:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 1o

Zu Protokoll 6:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 11

Zu Protokoll 7:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 11

Zu Protokoll 8:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 16

Zu Protokoll 9:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 2o

Zu Protokoll 1o:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 21

Zu Protokoll 11:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 21

Zu Protokoll 12:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 23

Zu Protokoll 13:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 26

Zu Protokoll 14:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 27

Zu Protokoll 17:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 34

Zu Protokoll 18:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 43

Zu Protokoll 21:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 55

Zu Protokoll 22:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 56

Zu Protokoll 23:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 58

Zu Protokoll 24:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 57

Zu Protokoll 25:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 27

Zu Protokoll 26:

Siehe die Erläuterungen zu Teil IV, Staatliche Beihilfen

Zu Protokoll 27:

Siehe die Erläuterungen zu Teil IV, Staatliche Beihilfen

Zu Protokoll 28:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 65

Zu Protokoll 31:

Siehe die Erläuterungen zu Teil VI des Abkommens

Zu Protokoll 32:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 82

Zu Protokoll 33:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 111 Abs. 4

Zu Protokoll 34:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 107

Zu Protokoll 38:

Siehe die Erläuterungen zu Teil VIII des Abkommens

Zu Protokoll 39:

Zur Frage des Verfassungsranges des ersten Satzes des Protokolls 39:

Durch dieses Protokoll wird der Begriff "ECU" für das gesamte Abkommen durch eine dynamische Verweisung auf Rechtsetzungsakte der zuständigen Gemeinschaftsorgane definiert. Da es sich dabei um eine dynamische Verweisung auf nicht näher determinierte Willensakte einer Normsetzungsautorität handelt, in deren Rahmen österreichischen Organen keine Mitwirkungsbefugnis zukommt, ist diese Bestimmung als verfassungsändernd zu genehmigen.

Zu Protokoll 41:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 120

Zu Protokoll 42:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 19

Zu Protokoll 43:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 52

Zu Protokoll 46:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 2o

Zu Protokoll 47:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 23

Zu Anhang I:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 17

Zu Anhang II:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 23

Zu Anhang III:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 23

Zu Anhang IV:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 24

Zu Anhang V:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 28

Zu Anhang VI:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 29

Zu Anhang VII:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 30

Zu Anhang IX - XI:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 31 und 36

Zu Anhang XII:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 40

Zu Anhang XIII:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 47

Zu Anhang XIV:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 60

Zu Anhang XV:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 63

Zu Anhang XVI:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 65

Zu Anhang XVII:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 65

Zu Anhang XVIII:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 67 und 70

Zu Anhang XIX:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 72

Zu Anhang XX:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 74

Zu Anhang XXI:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 76

Zu Anhang XXII:

Siehe die Erläuterungen zu Artikel 77

Diverse Briefwechsel zwischen der EG-Kommission und den EFTA-Staaten

Die nachstehend angeführten paraphierten Briefwechsel zwischen den beiden Chefverhandlern der EG-Kommission einerseits sowie des EFTA-Vorsitzlandes andererseits wurden auf Drängen der EG-Mitgliedstaaten nicht in das Abkommen aufgenommen, da sie nur die EG-Kommission binden.

Es handelt sich dabei um folgende, noch durchzuführende Briefwechsel, die hier zur Information wiedergegeben werden.

**KOMMISSION
DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN**

Generaldirektion
Auswärtige Beziehungen

Der Generaldirektor

Brüssel, den

Herrn H. Hafstein
Botschafter
Leiter der EFTA-Delegation
EFTA-Sekretariat
Rue d'Arlon 118
1040 Brüssel

Sehr geehrter Herr Hafstein!

Ich nehme auf unsere Erörterungen der EWR-Interimsphase Bezug und gehe davon aus, daß wir uns geeinigt haben, eine Interimsvereinbarung zu treffen, damit das Abkommen in geordneter Weise in Kraft treten kann.

Im Rahmen dieser Vereinbarung werden die Strukturen und Verfahren beibehalten, die während der EWR-Verhandlungen begründet wurden. Eine hochrangige Interimsgruppe, die von Interimsgruppen von Sachverständigen unterstützt wird, wird nach dem Beispiel der bisherigen hochrangigen Verhandlungsgruppe und der Verhandlungsgruppen aus Vertretern der Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zusammengesetzt sein und im EWR-Rahmen unter anderem den Besitzstand der Gemeinschaft prüfen, der zwischen dem 1. August 1991 und dem Inkrafttreten des Abkommens angenommen wurde. Die Übereinstimmung wird festgehalten bzw. in die endgültige Form gebracht entweder durch Zusatzprotokolle zu dem EWR-Abkommen oder - nach Inkrafttreten des Abkommens - durch angemessene Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses. Etwaige wesentliche Verhandlungsprobleme, die sich im Rahmen der Interimsvereinbarung ergeben, werden nach dem Inkrafttreten des Abkommens von dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß behandelt.

Es wird davon ausgegangen, daß die Informations- und Konsultationsverfahren des EWR-Abkommens erst nach Inkrafttreten des Abkommens angewandt werden können; die Gemeinschaft wird die EFTA-Staaten während der Interimsphase über Vorschläge für einen neuen Besitzstand der Gemeinschaft unterrichten, sobald diese dem EG-Ministerrat unterbreitet wurden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Zustimmung zu dieser Interimsvereinbarung bestätigen würden.

Hochachtungsvoll
Horst G. Krenzler

ISLÄNDISCHE MISSION
bei den
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Rue Archimède 5
1040 Brüssel

Brüssel, den

Sehr geehrter Herr Krenzler!

Ich beehre mich, den Eingang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„Ich nehme auf unsere Erörterungen der EWR-Interimsphase Bezug und gehe davon aus, daß wir uns geeinigt haben, eine Interimsvereinbarung zu treffen, damit das Abkommen in geordneter Weise in Kraft treten kann.

Im Rahmen dieser Vereinbarung werden die Strukturen und Verfahren beibehalten, die während der EWR-Verhandlungen begründet wurden. Eine hochrangige Interimsgruppe, die von Interimsgruppen von Sachverständigen unterstützt wird, wird nach dem Beispiel der bisherigen hochrangigen Verhandlungsgruppe und der Verhandlungsgruppen aus Vertretern der Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zusammengesetzt sein und im EWR-Rahmen unter anderem den Besitzstand der Gemeinschaft prüfen, der zwischen dem 1. August 1991 und dem Inkrafttreten des Abkommens angenommen wurde. Die Übereinstimmung wird festgehalten bzw. in die endgültige Form gebracht entweder durch Zusatzprotokolle zu dem EWR-Abkommen oder - nach Inkrafttreten des Abkommens - durch angemessene Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses. Etwaige wesentliche Verhandlungsprobleme, die sich im Rahmen der Interimsvereinbarung ergeben, werden nach dem Inkrafttreten des Abkommens von dem Gemeinsamen EWR-Ausschuß behandelt.

Es wird davon ausgegangen, daß die Informations- und Konsultationsverfahren des EWR-Abkommens erst nach Inkrafttreten des Abkommens angewandt werden können; die Gemeinschaft wird die EFTA-Staaten während der Interimsphase über Vorschläge für einen neuen Besitzstand der Gemeinschaft unterrichten, sobald diese dem EG-Ministerrat unterbreitet wurden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Zustimmung zu dieser Interimsvereinbarung bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen meine Zustimmung zu dieser Interimsvereinbarung zu bestätigen.

Hochachtungsvoll
Hannes Hafstein, Botschafter
Leiter der Mission Islands
bei den Europäischen Gemeinschaften

Undatiertes Schreiben
von Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der Isländischen Mission bei
den Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Horst G. Krenzler,
Generaldirektor,
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Generaldirektion I

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

ich nehme Bezug auf unsere Erörterungen in der Hochrangigen Verhandlungsgruppe vom 21. Oktober 1991 in Luxemburg und möchte Ihnen folgende Vorschläge unterbreiten.

Ich schlage vor, daß sich die EG-Mitgliedstaaten und die EFTA-Staaten im Rahmen ihrer jeweiligen Verhandlungen mit Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei usw. über Präferenzabkommen gemeinsam darum bemühen, ein System für die multilaterale/diagonale Kumulierung im Warenhandel einschließlich Textilhandel festzulegen. Die Ausdehnung der bestehenden Verwaltungsvereinbarungen über Textilien von 1984 zwischen Österreich und der Gemeinschaft sowie zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft auf andere EFTA-Staaten sollte ebenfalls geprüft werden.

Ich möchte vorschlagen, diese Fragen im ersten Halbjahr 1992 im Rahmen des regelmäßigen Informationsaustausches zwischen den Dienststellen der EG-Kommission und Vertretern der EFTA-Staaten sowie des EFTA-Sekretariats aufzugreifen, damit die Ergebnisse so bald wie möglich umgesetzt werden können.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Undatiertes Schreiben
von Herrn Horst G. Krenzler,
Leiter der Delegation der Kommission
der Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der EFTA-Delegation

Sehr geehrter Herr Botschafter,

ich bestätige den heutigen Eingang Ihres Schreibens zu den Ursprungsregeln für Verarbeitungserzeugnisse.

Ich habe Ihre Vorschläge zur Kenntnis genommen. Ich werde sie mit den zuständigen Dienststellen der Kommission und den Mitgliedstaaten im Hinblick auf diesbezügliche Sondierungsgespräche prüfen und Ihnen so bald wie möglich einen Termin für derartige Erörterungen im ersten Halbjahr 1992 vorschlagen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Undatiertes Schreiben
von Herrn Horst G. Krenzler,
Leiter der Delegation der Kommission
der Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der EFTA-Delegation

Sehr geehrter Herr Botschafter,

ich nehme Bezug auf das heute paraphierte Abkommen zwischen der Gemeinschaft, ihren Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums und darf Ihnen bestätigen, daß Artikel 100 des EWR-Abkommens hinsichtlich des Beratenden Bankenausschusses auf die Aufgaben Anwendung findet, bei denen der Ausschuß die Kommission bei der Ausübung der ihr vom Rat übertragenen Durchführungsbefugnisse unterstützt. Hinsichtlich der übrigen Aufgaben des Beratenden Bankenausschusses werden Vertreter der Kommission und der Vorsitzende des Ausschusses vor und nach den Sitzungen des Ausschusses mit Vertretern der zuständigen Behörden der EFTA-Staaten Informationen austauschen und sich mit ihnen beraten. Dieselbe Regelung gilt entsprechend für den Versicherungsausschuß, sobald die einschlägigen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften erlassen und in das EWR-Abkommen einbezogen worden sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Undatiertes Schreiben
von Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der Isländischen Mission bei
den Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Horst G. Krenzler,
Generaldirektor,
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Generaldirektion I

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

ich beehre mich, den heutigen Eingang Ihres Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„Ich nehme Bezug auf das heute paraphierte Abkommen zwischen der Gemeinschaft, ihren Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums und darf Ihnen bestätigen, daß Artikel 100 des EWR-Abkommens hinsichtlich des Beratenden Bankenausschusses auf die Aufgaben Anwendung findet, bei denen der Ausschuß die Kommission bei der Ausübung der ihr vom Rat übertragenen Durchführungsbefugnisse unterstützt. Hinsichtlich der übrigen Aufgaben des Beratenden Bankenausschusses werden Vertreter der Kommission und der Vorsitzende des Ausschusses vor und nach den Sitzungen des Ausschusses mit Vertretern der zuständigen Behörden der EFTA-Staaten Informationen austauschen und sich mit ihnen beraten. Dieselbe Regelung gilt entsprechend für den Versicherungsausschuß, sobald die einschlägigen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften erlassen und in das EWR-Abkommen einbezogen worden sind."

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Undatiertes Schreiben
von Herrn Horst Krenzler,
Generaldirektor,
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Generaldirektion I

an Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der EFTA-Delegation

Betrifft: Durchführung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen CREST

Sehr geehrter Herr Botschafter,

wie Sie wissen, legt Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d des Protokolls 31 zum Entwurf des EWR-Abkommens Sonderbestimmungen für die Teilnahme der EFTA-Staaten an der Arbeit des Ausschusses für wissenschaftliche und technische Forschung (CREST) fest. Im Anschluß an die Erörterung in der gemeinsamen Sitzung CREST/EFTA vom 29. November 1991 möchte ich Ihnen nun darlegen, wie die genannten Bestimmungen nach Ansicht der Kommission durchgeführt werden sollten.

Aufgrund der Entschließung des Rates von 1974, durch die CREST eingesetzt wurde, hätte CREST nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens, was seine beratenden Funktionen für die wissenschaftliche und technische Forschung betrifft, drei Aufgaben:

1) den Rat zu beraten,
2) die Kommission bei internen EWG-Fragen zu beraten,
3) die Kommission bei EWG-Fragen zu beraten, die auch für den EWR von Bedeutung sind.

Es wäre wünschenswert, daß die Stellungnahmen von Sachverständigen aus den EFTA-Staaten bei dieser dritten Aufgabe von CREST berücksichtigt werden.

Unbeschadet der bestehenden Kontakte aufgrund der Luxemburger Erklärung von 1984 würden die EFTA-Staaten daher nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens aufgefordert, Sachverständige zur Teilnahme an den Sitzungen von CREST zu entsenden, wenn dieser seine dritte Aufgabe wahrnimmt. Ihre Stellungnahmen würden in das Protokoll aufgenommen. Eine Abschrift des Protokollentwurfs würde vor Anfertigung der endgültigen Fassung auf dem üblichen Wege an alle Teilnehmer zur Stellungnahme verteilt werden. Alle EFTA-Staaten werden in gleicher Weise wie die EG-Mitgliedstaaten sechs Monate im voraus einen Vorentwurf des Arbeitsplans und - sobald diese verfügbar sind - Unterlagen für die folgenden Sitzungen erhalten, in denen Fragen behandelt werden, die für den EWR von Bedeutung sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Undatiertes Schreiben
von Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der Isländischen Mission bei
den Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Horst G. Krenzler,
Generaldirektor,
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Generaldirektion I

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

ich beehre mich, den heutigen Eingang Ihres Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„Betrifft: Durchführung von Protokoll 31 zum EWR-Abkommen CREST

Wie Sie wissen, legt Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d des Protokolls 31 zum Entwurf des EWR-Abkommens Sonderbestimmungen für die Teilnahme der EFTA-Staaten an der Arbeit des Ausschusses für wissenschaftliche und technische Forschung (CREST) fest. Im Anschluß an die Erörterung in der gemeinsamen Sitzung CREST/EFTA vom 29. November 1991 möchte ich Ihnen nun darlegen, wie die genannten Bestimmungen nach Ansicht der Kommission durchgeführt werden sollten.

Aufgrund der Entschließung des Rates von 1974, durch die CREST eingesetzt wurde, hätte CREST nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens, was seine beratenden Funktionen für die wissenschaftliche und technische Forschung betrifft, drei Aufgaben:

1) den Rat zu beraten,
2) die Kommission bei internen EWG-Fragen zu beraten,
3) die Kommission bei EWG-Fragen zu beraten, die auch für den EWR von Bedeutung sind.

Es wäre wünschenswert, daß die Stellungnahmen von Sachverständigen aus den EFTA-Staaten bei dieser dritten Aufgabe von CREST berücksichtigt werden.

Unbeschadet der bestehenden Kontakte aufgrund der Luxemburger Erklärung von 1984 würden die EFTA-Staaten daher nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens aufgefordert, Sachverständige zur Teilnahme an den Sitzungen von CREST zu entsenden, wenn dieser seine dritte Aufgabe wahrnimmt. Ihre Stellungnahmen würden in das Protokoll aufgenommen. Eine Abschrift des Protokollentwurfs würde vor Anfertigung der endgültigen Fassung auf dem üblichen Wege an alle Teilnehmer zur Stellungnahme verteilt werden. Alle EFTA-Staaten werden in gleicher Weise wie die EG-Mitgliedstaaten sechs Monate im voraus einen Vorentwurf des Arbeitsplans und - sobald diese verfügbar sind - Unterlagen für die folgenden Sitzungen erhalten, in denen Fragen behandelt werden, die für den EWR von Bedeutung sind."

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Undatiertes Schreiben
von Herrn Horst G. Krenzler,
Generaldirektor,
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Generaldirektion I

an Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der EFTA-Delegation

Betrifft: Zusatzinformation über die haushaltsrechtlichen Aspekte der Beteiligung der EFTA-Staaten an bestimmten Maßnahmen der Gemeinschaft

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Artikel 82 des EWR-Abkommens enthält Bestimmungen über die finanzielle Beteiligung der EFTA-Staaten an bestimmten Maßnahmen der Gemeinschaft. Außerdem legt Protokoll 32 des Abkommens die erforderlichen Finanzierungsmodalitäten für diese Beteiligung fest.

Bei den Verhandlungen über Protokoll 32 hielten es beide Seiten für wünschenswert, daß den EFTA-Staaten ergänzende Informationen über die haushaltsrechtliche Behandlung der Beteiligung der EFTA-Staaten - sowohl was die Darstellung als auch die Ausführung betrifft - nach den internen Verfahren der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden.

Ich darf Ihnen im Anhang die Zusatzinformationen übersenden, die in dieser Phase zweckdienlich erscheinen. Es versteht sich von selbst, daß diese Einzelheiten der derzeitigen Rechtslage entsprechen.

Ich hoffe, daß diese Informationen der notwendigen Klärung dienen und dazu beitragen, die bestmöglichen Voraussetzungen für die Durchführung der im EWR-Abkommen vereinbarten finanziellen Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ANHANG

ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER BESTIMMUNGEN DES PROTOKOLLS 32 ZUM EWR-ABKOMMEN

1. Buchungstechnische Behandlung der Beiträge der EFTA-Staaten

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften [1]) stellen die Beiträge von Drittstaaten „zweckgebundene Einnahmen" dar.

In der Praxis bedeutet dies, daß die Beteiligung der EFTA-Staaten

- zum einen bei den Einnahmenansätzen als besonderer Ansatz verbucht wird und daher nicht mit anderen Einnahmen innerhalb des Gesamthaushaltsplans verrechnet werden darf und
- zum anderen - ausschließlich für die Zwecke der Buchführung - ihre Identität behält, d.h. sie darf nur zur Abdeckung der Ausgaben für Maßnahmen der Gemeinschaft verwendet werden, an denen sich EFTA-Staaten beteiligen.

Damit die Beachtung des Grundsatzes der „zweckgebundenen Einnahmen" gewährleistet ist, werden daher auf Buchführungsebene die geeigneten Maßnahmen getroffen, um diese getrennten Buchungen auf Dauer sicherzustellen.

Außerdem sei daran erinnert, daß für diese Buchungen Artikel 7 Absatz 4 der Haushaltsordnung gilt, der wie folgt lautet:

„Die am 31. Dezember nicht verwendeten Einnahmen und verfügbaren Mittel aus den in Artikel 4 Absatz 2 genannten besonderen Einnahmen sind zu übertragen."

2. Informationen über die Gliederung des Haushaltsplans bezüglich der Beiträge der EFTA-Staaten

Um den Finanzbeitrag der EFTA-Staaten deutlich auszuweisen, wird im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften eine geeignete Gliederung vorgesehen, und zwar in folgender Form:

1) Einnahmensätze: Haushaltsposten mit „p.m", bei dem im Laufe der Ausführung die Beiträge der EFTA-Staaten für das jeweilige Haushaltsjahr einzusetzen sind.

   In den Erläuterungen zu diesem Haushaltsposten wird informatorisch der Gesamtbeitrag der EFTA-Staaten, ausgedrückt in Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen, angegeben.

2) Ausgabenansätze in Teil B des Einzelplans III (Kommission):

   a) Bei jedem Haushaltsposten, der sich auf Maßnahmen bezieht, an denen sich die EFTA-Staaten beteiligen, wird in den Erläuterungen informatorisch der Beitrag der EFTA-Staaten angegeben.
   b) In einer dem Teil B beigefügten Übersicht [2]) werden auf der Grundlage des jeweiligen Eingliederungsplans alle betroffenen Haushaltsposten und informatorisch die Beiträge der EFTA-Staaten für jede Maßnahme aufgeführt.

---

[1]) Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (Abl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), geändert durch Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 des Rates vom 13. März 1990 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nachstehend „Haushaltsordnung" genannt.

[2]) Diese Zusammenfassung könnte praktisch in Form eines Anhangs erfolgen, sofern dieser sowohl in der Darstellung als auch in der Ausführung einen Bestandteil des Haushaltsplans bildet.

Diese Gliederung - der Haushaltsposten bei den Einnahmenansätzen und die Übersicht bei den Ausgabenansätzen - dient auch der Vorausschau und der Ausführung einschließlich der Rechnungsführung sowie der Rechnungslegung und der Rechnungsprüfung.

3. Ausführungsbedingungen

Der Zeitplan des Artikels 3 für die verschiedenen Anpassungen - insbesondere für diejenigen, die aufgrund von Abänderungen der Mittelansätze der Gemeinschaft im Anschluß an Mittelübertragungen sowie Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushalte notwendig werden - könnte zur Folge haben, daß der Proportionalitätsfaktor nicht immer ganz eingehalten wird, was zu Schwierigkeiten bei der Ausführung des Haushaltsplans führen dürfte und die Durchführung der betreffenden Maßnahmen verzögern könnte.

Nach Ansicht der Kommission wird es daher notwendig sein, daß beide Seiten nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens geeignete Anstrengungen unternehmen, um diese Lage soweit wie möglich zu verbessern.

Nach Ansicht der Kommission wird es ferner notwendig sein, im Rahmen der in Artikel 4 des Protokolls 32 vorgesehenen Überprüfung geeignete Änderungen dieses Protokolls vorzunehmen.

Zu diesem Zweck beabsichtigt die Kommission, eine geeigente Änderung der Haushaltsordnung vorzuschlagen, um einen der neuen Lage besser angepaßten rechtlichen Rahmen zu schaffen, mit dem die genannten Schwierigkeiten behoben werden können.

Es versteht sich von selbst, daß im Falle eines solchen Vorschlags die zuständigen Organe der Gemeinschaft - das Europäische Parlament, der Rat und der Rechnungshof aufgefordert sein werden, ihre jeweiligen Befugnisse gemäß Artikel 209 des EWG-Vertrags auszuüben.

4. Kontrollregelungen

Die Kommission ist ferner der Ansicht, daß die in Artikel 7 Absatz 2 des Protokolls 32 genannten Regelungen im Bedarfsfalle rechtzeitig zu treffen sind.

Undatiertes Schreiben
von Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der Isländischen Mission bei
den Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Horst G. Krenzler
Generaldirektor,
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Generaldirektion I

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

ich beehre mich, den heutigen Eingang Ihres Schreibens zu bestätigen, das wie folgt lautet:

„Betrifft: Zusatzinformation über die haushaltsrechtlichen Aspekte der Beteiligung der EFTA-Staaten an bestimmten Maßnahmen der Gemeinschaft

Artikel 82 des EWR-Abkommens enthält Bestimmungen über die finanzielle Beteiligung der EFTA-Staaten an bestimmten Maßnahmen der Gemeinschaft. Außerdem legt Protokoll 32 des Abkommens die erforderlichen Finanzierungsmodalitäten für diese Beteiligung fest.

Bei den Verhandlungen über Protokoll 32 hielten es beide Seiten für wünschenswert, daß den EFTA-Staaten ergänzende Informationen über die haushaltsrechtliche Behandlung der Beteiligung der EFTA-Staaten - sowohl was die Darstellung, als auch was die Ausführung betrifft - nach den internen Verfahren der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden.

Ich darf Ihnen im Anhang die Zusatzinformationen übersenden, die in dieser Phase zweckdienlich erscheinen. Es versteht sich von selbst, daß diese Einzelheiten der derzeitigen Rechtslage entsprechen.

Ich hoffe, daß diese Informationen der notwendigen Klärung dienen und dazu beitragen, die bestmöglichen Voraussetzungen für die Durchführung der im EWR-Abkommen vereinbarten finanziellen Zusammenarbeit zu gewährleisten."

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Generaldirektor, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

ANHANG

ERGÄNZENDE INFORMATIONEN ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER BESTIMMUNGEN DES PROTOKOLLS 32 ZUM EWR-ABKOMMEN

1. Buchungstechnische Behandlung der Beiträge der EFTA-Staaten

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 2 dritter Gedankenstrich der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften [1]) stellen die Beiträge von Drittstaaten „zweckgebundene Einnahmen" dar.

In der Praxis bedeutet dies, daß die Beteiligung der EFTA-Staaten

- zum einen bei den Einnahmenansätzen als besonderer Ansatz verbucht wird und daher nicht mit anderen Einnahmen innerhalb des Gesamthaushaltsplans verrechnet werden darf und
- zum anderen - ausschließlich für die Zwecke der Buchführung - ihre Identität behält, d.h. sie darf nur zur Abdeckung der Ausgaben für Maßnahmen der Gemeinschaft verwendet werden, an denen sich EFTA-Staaten beteiligen.

Damit die Beachtung des Grundsatzes der „zweckgebundenen Einnahmen" gewährleistet ist, werden daher auf Buchführungsebene die geeigneten Maßnahmen getroffen, um diese getrennten Buchungen auf Dauer sicherzustellen.

Außerdem sei daran erinnert, daß für diese Buchungen Artikel 7 Absatz 4 der Haushaltsordnung gilt, der wie folgt lautet:

„Die am 31. Dezember nicht verwendeten Einnahmen und verfügbaren Mittel aus den in Artikel 4 Absatz 2 genannten besonderen Einnahmen sind zu übertragen."

2. Informationen über die Gliederung des Haushaltsplans bezüglich der Beiträge der EFTA-Staaten

Um den Finanzbeitrag der EFTA-Staaten deutlich auszuweisen, wird im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften eine geeignete Gliederung vorgesehen, und zwar in folgender Form:

1) Einnahmensätze: Haushaltsposten mit „p.m", bei dem im Laufe der Ausführung die Beiträge der EFTA-Staaten für das jeweilige Haushaltsjahr einzusetzen sind.

   In den Erläuterungen zu diesem Haushaltsposten wird informatorisch der Gesamtbeitrag der EFTA-Staaten, ausgedrückt in Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen, angegeben.

2) Ausgabenansätze in Teil B des Einzelplans III (Kommission):

   a) Bei jedem Haushaltsposten, der sich auf Maßnahmen bezieht, an denen sich die EFTA-Staaten beteiligen, wird in den Erläuterungen informatorisch der Beitrag der EFTA-Staaten angegeben.
   b) In einer dem Teil B beigefügten Übersicht [2]) werden auf der Grundlage des jeweiligen Eingliederungsplans alle betroffenen Haushaltsposten und informatorisch die Beiträge der EFTA-Staaten für jede Maßnahme aufgeführt.

---

[1]) Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (Abl. Nr. L 356 vom 31. 12. 1977, S. 1), geändert durch Verordnung (Euratom, EGKS, EWG) Nr. 610/90 des Rates vom 13. März 1990 (ABl. Nr. L 70 vom 16. 3. 1990, S. 1), nachstehend „Haushaltsordnung" genannt.

[2]) Diese Zusammenfassung könnte praktisch in Form eines Anhangs erfolgen, sofern dieser sowohl in der Darstellung als auch in der Ausführung einen Bestandteil des Haushaltsplans bildet.

Diese Gliederung - der Haushaltsposten bei den Einnahmenansätzen und die Übersicht bei den Ausgabenansätzen - dient auch der Vorausschau und der Ausführung einschließlich der Rechnungsführung sowie der Rechnungslegung und der Rechnungsprüfung.

3. Ausführungsbedingungen

Der Zeitplan des Artikels 3 für die verschiedenen Anpassungen - insbesondere für diejenigen, die aufgrund von Abänderungen der Mittelansätze der Gemeinschaft im Anschluß an Mittelübertragungen sowie Berichtigungs- und/oder Nachtragshaushalte notwendig werden - könnte zur Folge haben, daß der Proportionalitätsfaktor nicht immer ganz eingehalten wird, was zu Schwierigkeiten bei der Ausführung des Haushaltsplans führen dürfte und die Durchführung der betreffenden Maßnahmen verzögern könnte.

Nach Ansicht der Kommission wird es daher notwendig sein, daß beide Seiten nach dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens geeignete Anstrengungen unternehmen, um diese Lage soweit wie möglich zu verbessern.

Nach Ansicht der Kommission wird es ferner notwendig sein, im Rahmen der in Artikel 4 des Protokolls 32 vorgesehenen Überprüfung geeignete Änderungen dieses Protokolls vorzunehmen.

Zu diesem Zweck beabsichtigt die Kommission, eine geeigente Änderung der Haushaltsordnung vorzuschlagen, um einen der neuen Lage besser angepaßten rechtlichen Rahmen zu schaffen, mit dem die genannten Schwierigkeiten behoben werden können.

Es versteht sich von selbst, daß im Falle eines solchen Vorschlags die zuständigen Organe der Gemeinschaft - das Europäische Parlament, der Rat und der Rechnungshof - aufgefordert sein werden, ihre jeweiligen Befugnisse gemäß Artikel 209 des EWG-Vertrags auszuüben.

4. Kontrollregelungen

Die Kommission ist ferner der Ansicht, daß die in Artikel 7 Absatz 2 des Protokolls 32 genannten Regelungen im Bedarfsfalle rechtzeitig zu treffen sind.

Undatiertes Schreiben
von Herrn Hannes Hafstein, Botschafer,
Leiter der Isländischen Mission bei
den Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Horst G. Krenzler
Generaldirektor,
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Generaldirektion I

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

im Namen der EFTA-Staaten möchte ich ihnen mitteilen, daß die EFTA-Staaten auf der Ministertagung vom 21. Oktober 1991 in Luxemburg übereingekommen sind, ihre jeweiligen Beiträge zum Finanzierungsmechanismus auf der Grundlage des BSP zu Marktpreisen der drei letzten Jahre zu berechnen.

Undatiertes Schreiben
von Herrn Horst G. Krenzler
Leiter der Delegation der
Kommission der Europäischen Gemeinschaften,

an Herrn Hannes Hafstein, Botschafter,
Leiter der EFTA-Delegation

Sehr geehrter Herr Botschafter,

hiermit bestätige ich den heutigen Eingang Ihres Schreibens, das wie folgt lautet:

„Im Namen der EFTA-Staaten möchte ich ihnen mitteilen, daß die EFTA-Staaten auf der Ministertagung vom 21. Oktober 1991 in Luxemburg übereingekommen sind, ihre jeweiligen Beiträge zum Finanzierungsmechanismus auf der Grundlage des BSP zu Marktpreisen der drei letzten Jahre zu berechnen."

Mit vorzüglicher Hochachtung

3. Bilaterale Agrarabkommen Österreich-EG: Erläuterungen

3.1. ALLGEMEINER TEIL

Wie im Allgemeinen Teil der Erläuterungen zum EWR-Abkommen unter Punkt 1.7. sowie zu Punkt 2.2. "Der Freie Warenverkehr" ausgeführt wurde, schlossen die Republik Österreich und die EWG gleichzeitig mit dem EWR Abkommen ein weiteres Abkommen, worin die Vertragsparteien einander verschiedene Begünstigungen auf dem Agrarsektor einräumen.

Österreich hat sich schon in den vergangenen Jahren um eine umfassendere Regelung der agrarischen Beziehungen mit den EG bemüht, um seine traditionellen Exporte sicherzustellen und insbesondere einer Verschlechterung des agrarischen Handelsbilanzdefizits Österreichs gegenüber den EG entgegenzuwirken. Österreich war daher auch bei Aufnahme der EWR-Verhandlungen zu substantielleren Regelungen, möglichst in bilateraler Form, bereit. Eine derartige Vorgangsweise wurde jedoch sowohl von den anderen EFTA-Staaten als auch den EG abgelehnt.

Im November 1990 übergab die Gemeinschaft der EFTA-Seite eine Liste von Agrarprodukten, für welche vorwiegend die südlichen EG-Mitgliedstaaten unter dem Titel der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion von den EFTA-Staaten einseitige Konzessionen, insbesondere Zollfreiheit und einen Abbau der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen, verlangt hatten. Österreich trat jedoch für eine ausgewogene Lösung ein, die entsprechende Konzessionen der EG auf dem Gebiet der Landwirtschaft auch zugunsten Österreichs einschließen sollte. Im Sinne dieses österreichischen Vorschlages wurde schließlich ein bilateraler Verhandlungsmodus der einzelnen EFTA-Staaten mit den EG durchgesetzt.

Das im Rahmen dieser Verhandlungen erzielte Abkommen in Form eines Briefwechsels enthält vier Vereinbarungen über die Einräumung gegenseitiger Begünstigungen, und zwar für Käse, Obst und Gemüsesäfte, Wein und Fleischwaren, weiters bestimmte Zollkonzessionen Österreichs an die EG sowie Ursprungsregeln für die von diesem Abkommen erfaßten Produkte.

Gemäß der erwähnten bilateralen Konzeption der Agrarvereinbarungen aus Anlaß des EWR gelten die vereinbarten Begünstigungen zwischen Österreich und den EG, nicht jedoch zwischen den EFTA-Staaten untereinander.

Mit dem Abkommen ist es Österreich gelungen, in Bereichen, in denen schon seit längerer Zeit Vereinbarungen mit den EG angestrebt worden waren, solche zu finalisieren (Vereinbarungen über Obst- und Gemüsesäfte sowie Fleischwaren) bzw. die angestrebte Ausweitung bestehender Vereinbarungen zu erreichen (Käse, Wein). Auf Grund des österreichischen Verhandlungskonzeptes konnte die oben erwähnte umfangreiche Forderungsliste der EG weitgehend reduziert werden. Das Abkommen enthält daher nur noch eine kleine Liste von - in Österreich nicht erzeugten - Produkten, für welche Österreich der Gemeinschaft einseitige Zollkonzessionen einräumt. Das Ergebnis der Verhandlungen Österreichs mit der Gemeinschaft, wie es sich nunmehr im Agrarabkommen darstellt, ist wertmäßig als ausgewogen zu bezeichnen.

Der vorliegende Briefwechsel hat keinen politischen Charakter, ist jedoch gesetzändernd und gesetzesergänzend. Die innerstaatliche Durchführung des Notenwechsels obliegt hinsichtlich Käse, Wein und Fleischwaren dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, hinsichtlich Obst- und Gemüsesäften dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten. Die Bestimmungen des Abkommens sind unmittelbar anwendbar, sodaß eine Beschlußfassung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG nicht erforderlich ist.

Das Abkommen ist in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache authentisch. Hinsichtlich Vorlage an den Nationalrat sowie Kundmachung gilt das zum EWR-Abkommen unter Punkt 1.9. Gesagte sinngemäß.

3.2. BESONDERER TEIL

Wie im Allgemeinen Teil der Erläuterungen angeführt, schlossen die Republik Österreich und die EWG gleichzeitig mit dem EWR-Abkommen ein Abkommen in Form eines Briefwechsels, in dem die Vertragsparteien einander verschiedene Begünstigungen auf dem Agrarsektor einräumen. Dieser Briefwechsel enthält Vereinbarungen über Käse, Obst- und Gemüsesäfte, Wein sowie Fleischwaren, weiters bestimmte Zollkonzessionen Österreichs an die EG sowie Ursprungsregeln. Hiezu ist im einzelnen folgendes auszuführen:

I Vereinbarung über den gegenseitigen Käsehandel:

Es werden gegenseitige zollfreie Kontingente, die sämtliche Käse umfassen, geschaffen. Für Schmelzkäse bleiben Subquoten erhalten. Exportseitig wird eine Gesamtquote von 17.700 Tonnen (rechnet man die getrennten Mengen für Spanien und Portugal hinzu, besteht sohin ein Gesamtkontingent von 18.830 Tonnen) festgelegt. Die Subquote für Schmelzkäse beträgt 3.750 Tonnen. Importseitig wurde die Jahresdurchschnittsmenge der Importe von GATT- und Wasserkäse in die Bemessung der Gesamtquote miteinbezogen. Daraus ermittelt sich eine Importmenge von 12.600 Tonnen. Die Subquote für Schmelzkäse beträgt beim Import 2.000 Tonnen.

Die Verwaltung der Kontingente liegt bei Österreich. Die Vergabe der Import- und Exportlizenzen kann nach Vorbezügen vorgenommen werden, sodaß die Exportstruktur gewahrt bleibt. Hinsichtlich der allgemeinen Bestimmungen werden die Regeln des bisherigen Abkommens (BGBl.Nr. 563/1987) übernommen, welches durch die vorliegende Vereinbarung ersetzt wird.

II Vereinbarung über gegenseitige Zollkontingente für Obst- und Gemüsesäfte:

Beide Vertragsteile eröffnen gegenseitige zollfreie Jahreskontingente in Höhe von 10.000 Tonnen, die sich am gegenwärtigen Handelsaustausch orientieren. Das Bemühen Österreichs um ein Kontingent für andere Obstsäfte (insbesondere von Beeren) konnte nur im Ausmaß von 500 Tonnen im Rahmen des Gesamtkontingentes durchgesetzt werden.

Der Preisausgleich für zugesetzten Zucker bleibt beiden Vertragsteilen unbenommen.

Durch diese Vereinbarung wird die Voraussetzung für den Ausbau des österreichischen Exports in die EG, der zum Teil einer unüberwindlichen Importbelastung unterlag, geschaffen. Diese Regelung ist für die Vorbereitung der österreichischen Fruchtsaftindustrie auf den EG-Beitritt Österreichs von großer Bedeutung.

III Vereinbarung über gegenseitige Zollkontingente für Wein:

Hiemit wird das bisher befristete Abkommen über gegenseitige Zollfreikontingente für Qualitätswein in Flaschen (BGBl.Nr. 758/1988) in ein unbefristetes Abkommen umgewandelt. Die Menge wird in beiden Richtungen von derzeit 85.000 hl auf 150.000 hl aufgestockt. Die Einfuhren erfolgen im Rahmen des österreichischen Globalkontingentes. Bei Qualitätsschaumwein wird das bisherige Kontingent von 2.000 hl auf 4.000 hl verdoppelt.

Mit dieser Vereinbarung wird dem Qualitätsgedanken der österreichischen Weinwirtschaft Rechnung getragen, da dadurch künftig einerseits in verstärktem Ausmaß höherwertige Qualitätsweine importiert werden dürften und andererseits für österreichische Qualitätsweine längerfristige Exportmöglichkeiten gesichert werden konnten.

IV Vereinbarung über gegenseitige Zollkontingente am Fleischwarensektor:

Es wurden gegenseitige Kontingente von je 200 Tonnen für getrocknete Wurstwaren, Schinken und Speck zu jeweils halber Abschöpfung vereinbart.

Die Eröffnung dieser Exportmöglichkeiten ist ein wesentlicher Schritt zur Vorbereitung dieser Produktionssparte auf die Möglichkeiten nach einem EG-Beitritt Österreichs.

V Zollkonzessionen Österreichs an die Gemeinschaft:

Siehe Erläuterungen zum Allgemeinen Teil.

VI Ursprungsregeln:

Für die vom bilateralen Agrarabkommen Österreich-EWG erfaßten Waren gilt für die Bestimmung des Ursprungs grundsätzlich das Kriterium der vollständigen Erzeugung.

Eine Ausnahme von diesem Prinzip besteht bei jenen Waren, die in der Anlage zum Anhang VI angeführt sind. Für diese Waren gelten - aus wirtschaftlichen und/oder technischen Gründen - spezielle Ursprungsregeln, die in der genannten Anlage präzisiert sind.

Hinsichtlich des Verbotes der Zollrückvergütung, sowie bezüglich der Ursprungsnachweise und der Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen gelten - mutatis mutandis - die entsprechenden Bestimmungen des Protokolls 4 zum EWR-Abkommen.

Beilage

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

GZ 671.804/28-V/8/91

An alle
Bundesministerien

Wien

Betrifft: Europäische Integration;
Rechtsetzungstechnik;
legistische Fragen der Rechtsreform im Zusammenhang mit der Teilnahme Österreichs am Europäischen Wirtschaftsraum;
Legistische Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt in der Beilage eine Legistische Richtlinie betreffend "Legistische Fragen der Rechtsreform im Zusammenhang mit der Teilnahme Österreichs am Europäischen Wirtschaftsraum" mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme und entsprechende Berücksichtigung.

Die gegenständliche Richtlinie wurde von der Bundesregierung in der Sitzung des Ministerrates am 26. November 1991 zur Kenntnis genommen (TOP 40/3).

Zur Erläuterung der gegenständlichen Legistischen Richtlinie wird folgendes bemerkt:

1. Grundgedanken der Richtlinie

Die vorliegende Legistische Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst soll im Interesse der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit sowie der Verwaltungsökonomie eine möglichst einheitliche legistische Vorgangsweise für die in Rede stehende Rechtsreform gewährleisten. Hiebei sind die gewachsenen Strukturen der österreichischen Rechtsordnung in angemessener Weise zu berücksichtigen. Darüber hinaus wird der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes im Einzelfall bei der Lösung spezifischer rechtsetzungstechnischer sowie materiellrechtlicher Fragen behilflich sein.

Im übrigen wird hinsichtlich der legistischen Gestaltung von Rechtstexten auf die Legistischen Richtlinien 1990, hinsichtlich der Gestaltung von Erläuterungen auf die Legistischen Richtlinien 1979 sowie auf die einschlägigen Rundschreiben des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst hingewiesen. Hingewiesen wird ferner auf § 14 des Bundeshaushaltsgesetzes.

2. Zum Inhalt der Richtlinie

Hinsichtlich der **Bindungswirkung von EWR-Richtlinien** (Punkt 2.2. auf Seite 9 der Beilage) wird erläuternd auf folgendes hingewiesen:

a) EWR-Richtlinien, die Angelegenheiten des Zivilrechts regeln, können im Fall ihrer nicht rechtzeitigen Umsetzung gegenüber Privaten grundsätzlich keine zivilrechtlichen Ansprüche begründen. Wohl aber ergibt sich nach dem derzeitigen Stand der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (EuGH), daß sich Rechtsunterworfene auf unbedingte und hinreichend genaue Bestimmungen einer Richtlinie gegenüber Einrichtungen oder Rechtssubjekten (einschließlich solcher des Privatrechts) berufen können, die dem Staat oder seiner Kontrolle unterworfen und mit Rechten ausgestattet sind, welche über die hinausgehen, die nach den Vorschriften für die Beziehungen unter Privaten gelten. Zu diesen

Rechtssubjekten gehört nach der Rechtsprechung des EuGH jedenfalls eine (unter Umständen auch privatrechtliche) Einrichtung, die **unabhängig von ihrer Rechtsform** kraft eines staatlichen Aktes beauftragt ist, unter staatlicher Kontrolle eine Dienstleistung im öffentlichen Interesse zu erbringen, und dazu mit Rechten ausgestattet ist, die über das hinausgehen, was für die Beziehungen unter Privaten gilt (Urteil vom 12. Juli 1990, Rs C-188/89).

b) Ferner wird darauf hingewiesen, daß nach der jüngsten Rechtsprechung des EuGH ein Staat die Schäden zu ersetzen hat, die den Einzelnen dadurch entstehen, daß eine Richtlinie nicht umgesetzt worden ist, sofern die Einzelnen im Falle der Untätigkeit des Staates die ihnen durch das Gemeinschaftsrecht zuerkannten Rechte vor den nationalen Gerichten nicht geltend machen können (Urteil vom 19. November 1991, Rs C-6/90 und C-9/90, Francovich und Bonifaci; vgl. hiezu das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vom 2. Dezember 1991, GZ 670.746/16-V/8/91).

3. Weitere Vorgangsweise

Was die Erstellung von den EWR betreffenden Entwürfen für generelle Rechtsvorschriften anlangt, so erscheint auf Grund des Bundesministeriengesetzes folgende Vorgangsweise angebracht:

a) Die Regierungsvorlage betreffend den EWR-Vertrag einschließlich der Erläuterungen hiezu wird vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten mit der legistischen Unterstützung des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst vorbereitet werden. Hiebei wird den verschiedenen in ihrem Wirkungsberich betroffenen Bundesministerien die Mitwirkung an der Vorbereitung jener Abschnitte der Erläuterungen obliegen, die den jeweiligen ministeriellen Wirkungsbereich betreffen.

b) Die Vorarbeiten für die innerstaatliche Rechtsreform im Lichte des EWR-Übereinkommens sind von den einzelnen Bundesministerien nach Maßgabe ihres im Teil 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes umschriebenen Wirkungsbereiches wahrzunehmen. Um dabei eine zwischen den Bundesministerien koordinierte Vorgangsweise, vor allem bei der Lösung der auftretenden rechtsetzungstechnischen Probleme, aber auch im Hinblick auf die gebotene Terminplanung, zu sichern, wurde im Rahmen der beim Bundeskanzleramt bestehenden Arbeitsgruppe für Integrationsfragen eine interministerielle Projektgruppe "Rechtsreform" unter dem Vorsitz des Leiters des Verfassungsdienstes eingerichtet. Dieser Projektgruppe gehören Vertreter bzw. Vertreterinnen der Bundesministerien, des Parlaments sowie der Verbindungsstelle der Bundesländer und der Sozialpartner an.

3. Dezember 1991
Für den Bundeskanzler:
HOLZINGER

BUNDESKANZLERAMT
Verfassungsdienst
GZ 671.804/28-V/8/91

Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst

LEGISTISCHE FRAGEN DER RECHTSREFORM IM ZUSAMMENHANG MIT DER TEILNAHME ÖSTERREICHS AM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM

I. Ausgangslage und Problemstellung

Im Zusammenhang mit der Teilnahme Österreichs an einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist die österreichische Rechtsordnung im Sinne des EWR-Rechts, insbesondere des durch das EWR-Übereinkommen als EWR-Recht übernommenen EG-Rechts, umzugestalten (diese Rechtsreform steht zugleich im Einklang mit den Erfordernissen der von Österreich angestrebten EG-Mitgliedschaft).

Mit dem Inkrafttreten des EWR-Übereinkommens am 1. Jänner 1993 müßte dieser Rechtsreformprozeß - mit Ausnahme jener Rechtsbereiche, für welche Übergangsfristen vereinbart wurden - abgeschlossen sein.

Um eine dem System und dem Stand der österreichischen Rechtsordnung einerseits sowie den Verpflichtungen Österreichs aus dem EWR-Übereinkommen andererseits entsprechende einheitliche Legistik zu gewährleisten, wären im Zusammenhang mit einer Umgestaltung der österreichischen Rechtsordnung im Sinne der Erfordernisse einer EWR-Teilnahme Österreichs die nachfolgenden Ausführungen zu beachten. Soweit für diese Rechtsanpassung ein Rechtsvergleich mit der einschlägigen Rechtslage in den Europäischen Gemeinschaften erforderlich ist, wird auf die diesbezüglichen Ausführungen in der Richtlinie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst (betreffend EG-Konformitätsprüfung) vom 25. Oktober 1989, GZ 671.804/9-V/8/89, verwiesen.

II. Rechtsquellen des EWR-Rechts

Rechtsquellen des EWR-Rechts sind
- das EWR-Übereinkommen **(s. Anhang ./A)** einschließlich aller darin verwiesenen Rechtsvorschriften sowie
- die für die Auslegung gleichartiger Regelungen des EG-Rechts **zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung** maßgebliche Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (EuGH). Diese EuGH-Rechtsprechung wird jeweils im Rang jener innerstaatlichen Rechtsatzform, die der gleichen von ihr betroffenen EWR-Rechtsquelle zukommt, in die österreichische Rechtsordnung übernommen.

III. Auffindung von EWR-Rechtsquellen

A. Auffindung vor Inkrafttreten des EWR-Vertrages:

Die in die österreichische Rechtsordnung zu übernehmenden EWR-Vorschriften einschließlich des durch Verweisung übernommenen EG-Rechts sind den betreffenden Vertragstexten zu entnehmen, die allen Bundesministerien sowie den Ländern durch das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten übermittelt wurden. Besonders hinzuweisen ist auf die durch die Sektion IV des Bundeskanzleramtes ausgesandten Listen des für den EWR relevanten "acquis communautaire" (sog. "Acquis-Listen") sowie auf die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten erstellte Kurzübersicht wichtiger Grundlinien der EuGH-Rechtsprechung.

B. Kundmachung des EWR-Übereinkommens:

1. Bundesgesetzblatt

Die Texte des EWR-Vertrages sowie allfälliger Zusatzprotokolle hiezu werden in deutscher, englischer und französischer Fassung im Bundesgesetzblatt abgedruckt werden. Die übrigen authentischen Sprachfassungen werden gemäß Art. 49 Abs. 2 B-VG iVm § 2 Abs. 5 und 4 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985 kundgemacht werden.

2. EG-Amtsblatt (bzw. allfälliges EWR-Publikationsorgan)

Die in den Anhängen des Vertrages durch Verweisung übernommenen EG-Rechtsakte sind im EWR-Vertrag mit ihrer CELEX-Nummer sowie mit ihrer Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften zitiert. Schon derzeit kann das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften als allgemein bekannte und zugängliche Publikationsquelle angesehen werden. Im Zusammenhang mit einer Teilnahme Österreichs am Europäischen Wirtschaftsraum wird darüber hinaus durch besondere Verfassungsbestimmung dafür zu sorgen sein, daß das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (und/oder ein allfälliges EWR-Publikationsorgan) in dem für den EWR erforderlichen Ausmaß als zulässige Rechtsfundstelle der österreichischen Rechtsordnung ausdrücklich anerkannt wird. (Eine andere Lösung wäre weder mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit noch mit dem Bestreben Österreichs nach Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften vereinbar.)

Das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (bzw. ein allfälliges EWR-Publikationsorgan) wäre demgemäß künftig bei allen betroffenen Dienststellen aufzulegen.

C. Künftige EWR-Rechtsentwicklung:

Künftige Beschlüsse des Gemischten EWR-Ausschusses auf Änderung der Anhänge zum EWR-Vertrag einschließlich Verweisungen auf das EG-Amtsblatt (und/oder auf ein EWR-Amtsblatt) wären im Bundesgesetzblatt kundzumachen.

D. EWR-Entscheidungen:

Die für den EWR relevanten, vor der Unterzeichnung des EWR-Vertrages ergangenen Entscheidungen des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) müssen - ebenso wie Entscheidungen im Rahmen der EWR-Gerichtsbarkeit - im Hinblick auf ihre EWR-rechtlichen Rechtswirkungen den betroffenen Dienststellen in Form der amtlichen Sammlung zur Verfügung stehen. In gleicher Weise sollten auch künftige Entscheidungen des EuGH angesichts der angestrebten EG-Mitgliedschaft Österreichs sowie zur Ermöglichung einer - EWR-konformen - Bedachtnahme laufend zur Verfügung stehen. Hinsichtlich der jeweils jüngsten Judikatur wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Leitsätze von EuGH-Entscheidungen laufend im Teil C des Amtsblattes der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden.

E. Publikation konsolidierter Textfassungen:

Im Interesse größtmöglicher Rechtsklarheit wäre die materienspezifische Herausgabe bzw. Beschaffung konsolidierter Texte der für den EWR maßgeblichen Rechtsvorschriften durch die verschiedenen Fachministerien unter deren Verantwortlichkeit sehr zu befürworten. Solche bereinigten Textausgaben wären freilich keine authentischen Rechtsfundstellen, sie würden jedoch in praxiskonformer Weise die Transparenz der Rechtslage erhöhen. In diesem Zusammenhang ist vor allem auch auf die offiziösen Textausgaben (einschließlich Loseblattausgaben) der EG-Kommission, insbesondere des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Luxemburg), hinzuweisen. Diese Textausgaben sowie andere einschlägige Publikationen der Europäischen Gemeinschaften sind dem Verzeichnis "Die Europäische Gemeinschaft als Verleger" zu entnehmen (15. Ausgabe, Katalognummer CB-59-

90-435-DE-C), in Österreich erhältlich über die Manz'sche Verlagsbuchhandlung, Kohlmarkt 16, 1014 Wien.

[Im übrigen wird auf zwischenstaatlicher Ebene dafür zu sorgen sein, daß unübersichtlich gewordene EWR-Rechtsvorschriften anläßlich ihrer Novellierung durch den Gemischten EWR-Ausschuß zur Gänze in konsolidierter Volltextfassung neu beschlossen werden.]

IV. Rechtssatzformen des EWR-Rechts in der österreichischen Rechtsordnung

A. Allgemeines:

1. Das gesamte EWR-Übereinkommen ist ab seinem Inkrafttreten Bestandteil der österreichischen Rechtsordnung. Seine Anwendbarkeit ergibt sich aus den folgenden Ausführungen. Das EWR-Übereinkommen enthält eine Verpflichtung der Organe der Vollziehung, österreichische Rechtsvorschriften außer Acht zu lassen, die mit unmittelbar anwendbarem EWR-Recht im Widerspruch stehen. Für den Bereich der Rechtsetzung bedeutet dies: Aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit ist gegebenenfalls eine förmliche Rechtsbereinigung durch ausdrückliche Aufhebung bzw. durch entsprechende inhaltliche Umgestaltung innerstaatlicher Vorschriften unerläßlich. [Im übrigen wird dementsprechend in vertragskonformer Weise allgemein mittels besonderer Verfassungsbestimmung dafür zu sorgen sein, daß unmittelbar anwendbarem EWR-Recht widersprechendes innerstaatliches Recht von den Vollziehungsorganen außer Acht zu lassen ist. Parallel dazu könnte dem Verfassungsgerichtshof eine Kompetenz zur Aufhebung innerstaatlicher Gesetze und Verordnungen wegen Widerspruches zu EWR-Recht eingeräumt werden.]

2. **Soweit eine formelle Anpassung der österreichischen Rechtsordnung an EWR-Recht erforderlich ist, bestimmen sich die Rechtsform** (insbesondere: Gesetz, Verordnung) **derartiger Anpassungsmaßnahmen und die Zuständigkeit hiefür ausschließlich aufgrund der jeweils einschlägigen innerstaatlichen Rechtslage.**

3. Erforderliche Änderungen österreichischer Rechtsvorschriften müssen spätestens gleichzeitig mit dem EWR-Vertrag in Kraft treten. Einschlägige Gesetzentwürfe müssen dem Nationalrat so rechtzeitig vorgelegt werden, daß sie von diesem spätestens gleichzeitig mit der Genehmigung des EWR-Vertrages verabschiedet werden können.

4. Inhaltlich unbestimmte allgemeine verfassungsrechtliche Ermächtigungen an die Vollziehung zur Einführung bzw. Umsetzung von EWR-Recht kommen aus verfassungspolitischen Gründen (Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung) **nicht** in Betracht. Wohl aber kann in einzelnen, eng umschriebenen Sachbereichen eine inhaltlich hinreichend vorherbestimmte gesetzliche Ermächtigung zur Umsetzung von EWR-Recht durch Verordnungen erfolgen (Art. 18 Abs. 2 B-VG).

5. Soweit durch eine EWR-Vorschrift zugleich Bundes- und Landeskompetenzen berührt werden, ist das zuständige Bundesministerium aufgerufen, die Umsetzung dieser EWR-Vorschrift mit den Ländern zu koordinieren.

6. Ob für die Umsetzung einer EWR-rechtlichen Regelung in Ermangelung eines sachlichen Anwendungsbereiches ausnahmsweise kein innerstaatlicher Rechtsetzungsbedarf besteht (z.B.: Schutz von Muschelgewässern) ist von den hiefür zuständigen Bundesministerien - allenfalls mit Unterstützung des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes - zu beurteilen.

B. EWR-Primärrecht:

Soweit sie hinreichend bestimmt (vgl. Art. 18 Abs. 1 B-VG) und auch ihrem Inhalt nach für eine unmittelbare Anwendung geeignet sind, sind Regelungen des EWR-Primärrechts (das sind der Hauptteil des Vertrages und verschiedene Protokolle, s. Anhang ./A) einschließlich der im EWR-Primärrecht enthaltenen materiellen Rechtsgrundsätze, unmittelbar anwendbare Bestandteile der österreichischen Rechtsordnung.

C. EWR-Sekundärrecht:

1. EWR-Verordnungen

1.1. Begriff

EWR-Verordnungen sind EWR-Rechtsakte, die EWG-Verordnungen (bzw. EGKS-Entscheidungen) entsprechen.

1.2. Bindungswirkung

EWR-Verordnungen sind mit ihrem Inkrafttreten in allen ihren Teilen unmittelbar bindend für staatliche Organe und Rechtsunterworfene.

1.3. Rechtsreformmaßnahmen

a) Verbot spezieller Transformation

Die Erlassung innerstaatlicher Durchführungsvorschriften zur näheren inhaltlichen Präzisierung bzw. Umsetzung von EWR-Verordnungen **ist nicht zulässig** (ausgenommen Verordnungsbestimmungen, für welche die betreffende EWR-Verordnung eine Umsetzung durch Erlassung innerstaatlicher Rechtsvorschriften ausdrücklich vorsieht: solchen Verordnungsbestimmungen kommen die Rechtswirkungen einer EWR-Richtlinie zu [siehe unten]).

b) Formellrechtliche Begleitvorschriften

Hingegen ist es geboten, jene flankierenden formellen Rechtsvorschriften zu erlassen, die gegebenenfalls erforderlich sind, um vollziehungstechnisch die praktische Anwendung einer EWR-Verordnung zu ermöglichen: solche, erforderlichenfalls zu erlassende **begleitende Rechtsvorschriften dürfen sich lediglich auf Angelegenheiten des Verfahrensrechts** (einschließlich z.B. der Beschaffenheit amtlicher Formulare) **und auf Organzuständigkeiten für die Anwendung einer EWR-Verordnung beziehen.**

c) Rechtsbereinigung durch formelle Derogation

Soweit innerstaatliche Vorschriften einer EWR-Verordnung widersprechen, verlieren sie mit dem Inkrafttreten der EWR-Verordnung ihre rechtliche Wirksamkeit (materielle Derogation). Im Interesse der Klarheit der Rechtslage wäre diesfalls jedoch darüber hinaus auch eine ausdrückliche Rechtsbereinigung notwendig: dementsprechend sind spätestens mit dem Inkrafttreten einer EWR-Verordnung alle ihr widersprechenden innerstaatlichen Regelungen auch **ausdrücklich aufzuheben** (Rechtsbereinigung durch formelle Derogation).

2. EWR-Richtlinien

2.1. Begriff

EWR-Richtlinien sind EWR-Rechtsakte, die EWG-Richtlinien (bzw. EGKS-Empfehlungen) entsprechen.

2.2. Bindungswirkung

EWR-Richtlinien sind für Österreich hinsichtlich des zu erreichenden Zieles bindend, die Wahl der Form und der Mittel bleibt jedoch den zuständigen innerstaatlichen Organen überlassen.

Soweit eine EWR-Richtlinie inhaltlich hinreichend bestimmt ist (etwa ähnlich wie nach dem innerstaatlichen Legalitätsprinzip gemäß Art. 18 Abs. 1 B-VG), ist sie hinsichtlich ihrer Rechtswirkungen und der diesbezüglichen Anpassungsmaßnahmen einer EWR-Verordnung gleichzuhalten (siehe oben Pkt. 1.). Im besonderen können sich Rechtsunterworfene nach Ablauf der Umsetzungfrist einer Richtlinie sowohl gegenüber Organen der staatlichen Vollziehung als auch - ausnahmsweise - gegenüber Privaten auf EWR-Richtlinien berufen,

soweit diese Richtlinie hinreichend bestimmt ist und ihre Umsetzung zu einer Verbesserung der subjektiven Rechtsposition des Rechtsunterworfenen führen würde.

2.3. Rechtsreformmaßnahmen

a) Umsetzungserfordernis

Spätestens nach Ablauf einer allfälligen Umsetzungsfrist muß die innerstaatliche Rechtslage mit dem Inhalt einer EWR-Richtlinie im Einklang stehen. Ein Anpassungsbedarf besteht jeweils nur, soweit nicht bereits die geltende innerstaatliche Rechtslage eine Umsetzung der EWR-Richtlinie gewährleistet.

b) Umsetzungsfrist

Soweit nicht ausnahmsweise eine besondere Übergangsfrist vorgesehen ist, müssen die in den Anhängen zum EWR-Vertrag bereits enthaltenen EWR-Richtlinien mit Inkrafttreten des EWR-Vertrages bereits umgesetzt sein.

In späteren EWR-Richtlinien wird jeweils das Ablaufdatum ihrer Umsetzungsfrist ausdrücklich angegeben sein.

c) Zuständigkeit zur Umsetzung

Die Zuständigkeit zur Umsetzung von EWR-Richtlinien bestimmt sich nach der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung (Bundesrecht, Landesrecht) sowie nach der jeweils maßgeblichen materienspezifischen Rechtslage.

d) Mittel der Umsetzung

Bei der Wahl der Mittel für die Umsetzung von EWR-Richtlinien sind die zuständigen staatlichen Organe grundsätzlich frei. Die Umsetzung muß jedoch **durch nach außen bindende Rechtsakte** gewährleistet sein: als Rechtssatzformen kommen hiebei - je nach dem einschlägigen innerstaatlichen Regelungszusammenhang - vor allem Gesetze und Verordnungen sowie allenfalls ergänzend dazu Bescheide und - im Bereich der nichthoheitlichen Verwaltung - privatrechtliche Verträge in Betracht.

Zur Vermeidung eines überflüssigen legistischen Aufwandes sowie zur bestmöglichen Wahrung des historisch gewachsenen österreichischen Rechtssystems erschiene folgende Vorgangsweise angebracht: Anpassungen der innerösterreichischen Rechtslage wären grundsätzlich (soferne nicht bindende materienspezifische Gründe dagegen sprechen) in der Rechtsatzform der der EWR-Richtlinie nicht entsprechenden österreichischen Rechtsnorm vorzunehmen. Das bedeutet insbesondere folgendes:

- Maßnahmen auf Gesetzesstufe

  Änderungen der bestehenden Rechtslage wären auf Gesetzesstufe zu erlassen, soweit eine gesetzliche Deckung für die Durchführung der betreffenden EWR-Richtlinie fehlt. Im Gesetz können für die Präzisierung und Anwendung weitere Rechtsakte (z.B. Verordnungen, Bescheide, Urteile) vorgesehen werden.

  Sofern dies in einer bestimmten Sachmaterie zweckmäßig ist, könnte eine (gemäß Art. 18 Abs. 2 B-VG) hinreichend vorherbestimmte gesetzliche Verordnungsermächtigung zur Anpassung an künftige, inhaltlich abgegrenzte Änderungen der EWR-Richtlinie vorgesehen werden (z.B. Anpassung bestimmter technischer Daten).

- Maßnahmen auf Verordnungsstufe

  Soweit die geltende Gesetzeslage den Regelungsgegenstand einer EWR-Richtlinie bereits durch Verordnungsermächtigung an die Verwaltung übertragen hat, wäre erforderlichenfalls die diesbezügliche Verordnung an den Inhalt der EWR-Richtlinie anzupassen.

Die bloße Einhaltung einer der EWR-Richtlinie lediglich tatsächlich entsprechenden Verwaltungspraxis - sei es auch aufgrund diesbezüglicher genereller Weisungen - reicht (mangels nach außen bindender Rechtswirkungen) für eine ordnungsgemäße Umsetzung nicht aus.

3. Sonstige EWR-Rechtsakte

Abgesehen von EWR-Verordnungen und EWR-Richtlinien enthalten die Anhänge zum EWR-Übereinkommen eine Reihe anderer Rechtsakte von unterschiedlicher rechtlicher Bindungswirkung.

3.1. Einzelfallentscheidungen

Im Rahmen der EWR-Gerichtsbarkeit bzw. des EWR-Aufsichtsrechts wird in Hinkunft eine bindende Entscheidung von Streitfällen gegenüber EWR-Vertragsparteien sowie (in Wettbewerbsfällen) gegenüber Rechtsunterworfenen möglich sein. Solche Entscheidungen könnten mitunter eine Änderung der österreichischen Rechtsordnung erforderlich machen. Dazu kann sinngemäß auf die obigen Ausführungen unter 1. und 2. verwiesen werden.

3.2. "Nichtbindende Akte"

Hinsichtlich der Rechtswirkungen sogenannter "nichtbindender Akte" (insbesondere verschiedener EWR-Beschlüsse) ist auf die einschlägige EuGH-Judikatur zu gleichartigen EG-Rechtsakten hinzuweisen: Demnach sind auch sogenannte "nichtbindende" Akte für die Auslegung von EWR-Recht im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Rechtsanpassung durchaus rechtserheblich und daher zu beachten. Sie sind in den Anhängen zum EWR-Vertrag jeweils bei der betreffenden Sachmaterie angeführt.

V. Legistische Sonderfragen der Angleichung an EWR-Recht

A. "Sammelgesetze" zur EWR-Rechtsanpassung:

Entsprechend den Legistischen Richtlinien 1990 (Richtlinie 65) des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst sollte (zwecks leichterer Auffindbarkeit) nach Möglichkeit für jede an den EWR anzupassende österreichische Rechtsvorschrift grundsätzlich eine eigenständige Änderungsnorm (Novelle) erlassen werden.

Im Hinblick auf die bestehende Zeitknappheit und die Notwendigkeit geordneter Vorbereitung und Planung der für die EWR-Teilnahme Österreichs erforderlichen Rechtsetzungsmaßnahmen kann jedoch auch die folgende Vorgangsweise gewählt werden: Jedes Bundesministerium könnte im Rahmen seines Wirkungsbreiches sachlich zusammenhängende Materien in einem oder mehreren Sammelgesetzen ("EWR-Rechtsanpassungsgesetze") zusammenfassen. Nach dem Langtitel des betreffenden Bundesgesetzes wäre im Kurztitel nach Möglichkeit ein entsprechender Hinweis vorzusehen (z.B.: "EWR-Verkehrsrechtsanpassungsgesetz 1992").

Diese Vorgangsweise könnte eine mittelfristige Terminplanung für die Behandlung von Regierungsvorlagen im Nationalrat und Bundesrat erleichtern.

B. Gestaltung von Regierungsvorlagen:

1. Vorblatt

Im Vorblatt der Regierungsvorlagen für eine Anpassung österreichischen Rechts an EWR-Recht wäre unter den Rubriken "Problem" und "Problemlösung" auf die beabsichtigte Anpassung österreichischen Rechts an das EWR-Recht hinzuweisen.

2. Allgemeiner Teil der Erläuterungen

Am Ende des Allgemeinen Teils der Erläuterungen zu Regierungsvorlagen für eine Anpassung österreichischen Rechts an das EWR-Recht sollten jene Bestimmungen aufgelistet werden, die der Anpassung an EWR-Recht dienen. An dieser Stelle sollte auch eine allgemeine Information darüber erfolgen, an welche EWR-Vorschriften eine Anpassung vorgenommen wird.

3. Besonderer Teil der Erläuterungen

Ebenso wäre im Besonderen Teil der Erläuterungen zumindest abschnittsweise auf die betreffenden Abschnitte der einschlägigen EWR Vorschrift hinzuweisen.

C. Gestaltung des Bundesgesetzblattes und RIS:

Umzusetzende EG-Richtlinien werden in den an der Stirnseite jedes Stückes des Bundesgesetzblattes befindlichen Informationsbalken (vergleichbar den Gesetzgebungsmaterialien) aufzunehmen sein. Dadurch wird diese Information im Rahmen des Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS) in die "idF-Liste" des § 0-Dokumentes des RIS übernommen und dort abfragbar.

Die Texte der Erläuterungen sollten in das RIS nach Möglichkeit vergleichbar der chronologischen BGBl.-Datenbank aufgenommen werden.